BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS UND DER
POLITISCHEN PARTEIEN

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 102

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

ANDREAS BIEFANG

POLITISCHES BÜRGERTUM IN DEUTSCHLAND 1857–1868

Nationale Organisationen und Eliten

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.

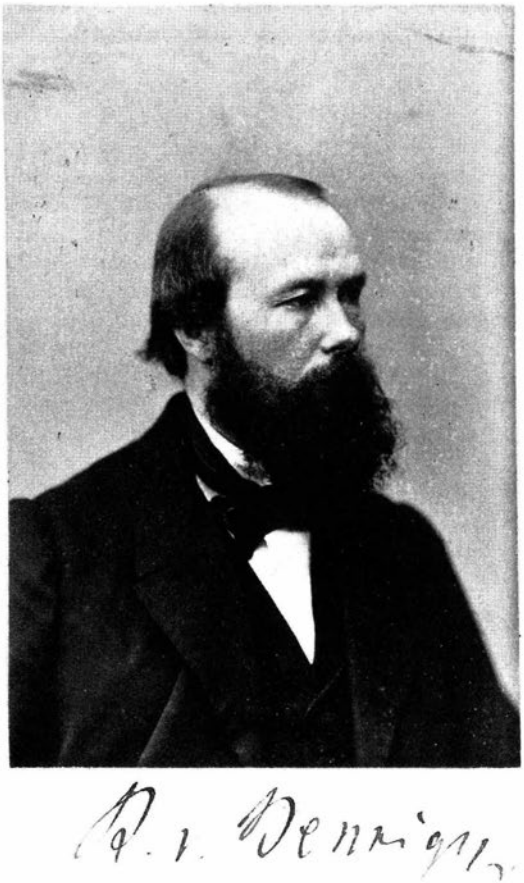
Copyright © 1994 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1994
ISBN 3–7700–5180–7

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 1992/93 unter dem Titel *Nationale Organisationen und nationale Eliten des politischen Bürgertums in Deutschland 1857 bis 1867* von der Philosophischen Fakultät der Universität Köln als Dissertation angenommen und für die Drucklegung leicht überarbeitet. Das Rigorosum fand am 14.11.1992 statt. Im Oktober 1993 wurde die Studie mit dem Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnispreis ausgezeichnet.

Für die finanzielle Ermöglichung der Arbeit sorgte die Friedrich-Ebert-Stiftung, die mir ein zweieinhalbjähriges Promotionsstipendium und Reisekostenzuschüsse gewährte. Der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, insbesondere ihrem Präsidenten, Prof. Dr. Rudolf Morsey, und ihrem Generalsekretär, Dr. Martin Schumacher, danke ich für die Aufnahme meiner Studie in ihre Schriftenreihe. Vor allem während der Frühphase erhielt ich wichtige Anregungen von Dr. Toni Offermann, dem ich dafür herzlich danke. Für die Übernahme des Koreferats bin ich Prof. Dr. Wolfgang Schieder verpflichtet. Besonderen Dank schulde ich Prof. Dr. Eberhard Kolb für seine Förderung und Unterstützung. Das Buch ist meinen Eltern gewidmet.

Bonn, im Januar 1994 *Andreas Biefang*



Rudolf v. Bennigsen

Inhalt

Vorwort 5

Verzeichnis der Abkürzungen 11

Einleitung 13

Erstes Kapitel
Bedingungen nationaler Organisierung in Deutschland am Ende der 1850er Jahre

1. Überregionale politische Organisierung bis 1849 27

2. Das System der Reaktion und die Kontinuität der nationalen Verfassungsbewegung
   a) Das System der Reaktion 1849 bis 1859 34
   b) Auf dem Weg zum Kompromiß: Konstitutionelle und Demokraten während der Reaktionsdekade 38

Zweites Kapitel
Der Kongreß deutscher Volkswirte

1. Der Kongreß deutscher Volkswirte als nationalpolitische Organisation 49

2. Zur Entstehungsgeschichte 53

3. Die Organisationsstruktur 61

Drittes Kapitel
Der Deutsche Nationalverein

1. Die Entstehung des Deutschen Nationalvereins
   a) Nationalpolitische Versammlungen von März bis August 1859 66
   b) Die Gründungsversammlung am 15./16. September 1859 . . . 75

2. Die Organisationsstruktur
   a) Die Organisationsprinzipien: Herkunft und politische Bedeutung 80
   b) Geschäftsorganisation und Vereinsbürokratie 91
   c) Presseorganisation 96
   d) Mitgliederentwicklung und soziale Zusammensetzung: das Problem der Massenbasis 100
   e) Zentralismus und Vereinsdemokratie in der Praxis 111

Viertes Kapitel
Strategie und Tätigkeit des Nationalvereins während der »Neuen Ära« in Preußen (1859–1861/62)

1. Probleme und Elemente einer politischen Strategie 120

2. Das Drängen auf nationalpolitische Initiativen Preußens
   a) Kurhessen 132
   b) Savoyen und Nizza 138
   c) Schleswig-Holstein 142

3. Die Programmdiskussion bis zur ersten Generalversammlung . . 148

4. Wehrpolitik 153
   a) Der Nationalverein und die Vereine der Turner und Schützen 154
   b) Die Flotten-Sammlungen 185

5. Die Gründung der preußischen Fortschrittspartei und der Strategiewechsel des Nationalvereins
   a) Die Gründung der Fortschrittspartei 191
   b) Die neue Strategie 200

Fünftes Kapitel
Der Deutsche Handelstag

1. Der Deutsche Handelstag als nationalpolitische Organisation . . 207

2. Entstehung und organisatorischer Aufbau 209

Sechstes Kapitel
Der Deutsche Abgeordnetentag

1. Zur Entstehungsgeschichte
   a) Pläne zu Abgeordnetenkongressen 1859 bis 1862 221
   b) Die Frankfurter Pfingstversammlung 228
   c) Die Ausschaltung der Deutschösterreicher 233

2. Die Konstituierung des Deutschen Abgeordnetentags 240

Siebtes Kapitel
Koordinierte Politik

1. Die Reichsverfassung von 1849 als Programm der nationalen Verfassungsbewegung 248

2. Zollvereinsreform und preußisch-französischer Handelsvertrag . . 259

3. Die Koordinierung der einzelstaatlichen Fortschrittsparteien . . 272

4. Die Zurückweisung der österreichischen Bundesreformakte 1863 . 279

5. Die Krise des Nationalvereins 1863 288

Achtes Kapitel
Nationale Organisationen und nationale Eliten 298

Neuntes Kapitel
Die Schleswig-Holstein-Krise 1863/64

1. Zur Strategie der nationalen Verfassungsbewegung
   a) Der Nationalverein und der Ausbruch der Krise 310
   b) Die Unterordnung des Nationalvereins unter den Abgeordnetentag 317
   c) Die Tätigkeit des Göttinger Komitees vom 29. November bis zum 23. Dezember 1863 329
2. Der 36er-Ausschuß an der Spitze der Schleswig-Holstein-Bewegung
   a) Der 36er-Ausschuß als Zentralausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine 334
   b) Die Verhandlungen mit dem Augustenburger 340
   c) Die Koordinierung der Schleswig-Holstein-Vereine 346

Zehntes Kapitel
Der Zerfall der nationalen Verfassungsbewegung

1. Die nationale Verfassungsbewegung nach der Schleswig-Holstein-Krise 357
2. Die Reaktivierung des Nationalvereins 365
3. Die Spaltung von Abgeordnetentag und Nationalverein 1865 . . 371

Elftes Kapitel
Die »Revolution von oben«

1. Bismarcks Bundesreformvorschlag und der Frankfurter Abgeordnetentag vom 20. Mai 1866 389
2. Der Braunschweiger Vereinstag vom 4. August 1866 408
3. Das Ende der nationalen Verfassungsbewegung 416

Schlußbetrachtung 431

Anhang

Kurzbiographien der Mitglieder der nationalen Funktionselite . . . 436

Tabellarische Übersichten der Ausschußmitglieder 448

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen 456

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen 457

B. Gedruckte Quellen und Literatur 462

Register 502

AAP	Akten zur Auswärtigen Politik Preußens
AAZ	(Augsburger) Allgemeine Zeitung
ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
AFC	Autographische Frankfurter Correspondenz
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Der Arbeitgeber
AH	Fraktion Augsburger Hof
A-Prot.	Ausschußprotokoll
AT	Deutscher Abgeordnetentag
BNrh	Bote vom Niederrhein
BrHbl	Bremisches Handelsblatt
BW	Bayerische Wochenschrift
C	Fraktion Casino
CAZ	(Coburger) Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung
D	Fraktion Donnersberg
DH	Fraktion Deutscher Hof
DtJbb	Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur
DTVZ	Deutsche Turn- und Volkswehrzeitung/Deutsche Schützen- und Wehrzeitung
DWbl	Deutsches Wochenblatt
DTZ	Deutsche Turn-Zeitung
FBPG	Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte
FJ	Frankfurter Journal
FSP	Fortschrittspartei
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HT	Deutscher Handelstag
HZ	Historische Zeitschrift
JIDG	Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte
KdV	Kongreß deutscher Volkswirte
KöZ	Kölnische Zeitung
MdL	Mitglied des Landtags/der gesetzgebenden Körperschaft
MdNatV	Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung
MdR	Mitglied des Reichstags
NDB	Neue Deutsche Biographie
NFZ	Neue Frankfurter Zeitung
NH	Fraktion Nürnberger Hof
Nl.	Nachlaß
NLP	Nationalliberale Partei
NrhVZ	Niederrheinische Volkszeitung
NV	Deutscher Nationalverein
NZ	National-Zeitung
PrJbb	Preußische Jahrbücher
QDPÖ	Quellen zur deutschen Politik Österreichs
RhZ	Rheinische Zeitung
SZ	Süddeutsche Zeitung
VDAV	Vereinstag/Verband Deutscher Arbeitervereine
VfmD	Volksfreund für das mittlere Deutschland
VjsVW	Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte
V-Prot.	Vorstandsprotokoll
VZ	Volks-Zeitung
WBlNV	Wochen-Blatt des Nationalvereins
Wh	Fraktion Westendhall
WH	Fraktion Württemberger Hof
WSchNV	Wochenschrift des Nationalvereins
WZ	Weser-Zeitung
WZ Jena	Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
ZSHG	Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte

Fedor Streit

Während einer Reichstagsdebatte im Mai 1889 polemisierte der konservative Abgeordnete Julius von Helldorf unter dem Beifall des Hauses mit heftigen Worten gegen die Französische Revolution und warf ihren Nachkommen, den Sozialisten und Kommunisten, permanente Unruhestifterei vor. Dadurch fühlte sich der Sozialdemokrat August Bebel zum Widerspruch herausgefordert: ohne die Französische Revolution, begann er, würde wohl keiner der Herren hier sitzen. Und wenn gerade auch von Seiten der Liberalen in Parlament und Presse gegen die Sozialdemokratie vorgegangen werde, so möge man sich in ihren Reihen doch erinnern, daß sie zum Teil selbst und der Großteil ihrer Väter jene Unzufriedenheit über die politischen Zustände in die Reihen des Bürgertums getragen hätten, ohne die weder die Begebenheiten des Jahres 1848 eingetreten noch Preußen eine Verfassung erhalten hätte. »Denken Sie ferner an den späteren Nationalverein, dessen Hauptführer noch heute unter uns sitzen, Herr von Bennigsen und Dr. Miquel. Ohne die Agitation dieses Vereins, ohne dieses fortgesetzte Stiften von Unruhe und Unzufriedenheit im deutschen Volk über die bestehenden Zustände wäre die deutsche Einheit überhaupt nicht erreicht worden«.[1]

Bebel wußte, wovon er sprach. Mit einer ganzen Reihe seiner jetzigen liberalen Gegner hatte er damals in gemeinsamer Opposition gegen das politische System des Deutschen Bundes zusammengearbeitet. Daß seine Rede an dieser Stelle dennoch von allgemeinem Gelächter unterbrochen wurde, deutet an, wie wenig die politischen Kämpfe und die Tätigkeit in den nationalen politischen Organisationen der 1860er Jahre zum traditionsbildenden »Erbe« des liberalen Bürgertums gehörten, auf das man sich gern und mit Stolz berief. Manchmal gewinnt man den Eindruck, daß die ehemaligen Gegner Bismarcks die Spuren ihrer politischen Tätigkeit geradezu mit Absicht beseitigt haben. Das trifft zumindest auf einige führende Köpfe der damaligen Opposition wie Hans Viktor von Unruh und Johannes Miquel zu, die ihre politische Korrespondenz in späteren Jahren offenbar als kompromittierend empfanden und vernichteten.[2] Auch die zahlreich überlieferten Autobiographien und Lebenserinnerungen gehen über die »Konfliktjahre« zumeist schnell hinweg oder sind von einer starken Neigung zur Harmonisierung gekennzeichnet.[3]

---

1 Zitiert nach W. Hippel (Hrsg.), 1989, S. 260 ff.

2 Zu Unruh vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 3; zu Miquel vgl. W. Mommsen, Miquel, 1928, S. 5.

3 Nicht alle gingen dabei allerdings so weit wie A. L. Reyscher, der die Zeit zwischen 1862 und 1866 völlig ausklammerte, vgl. ders., Erinnerungen, 1884, S. 265 ff., 273. Bennigsen selbst hat in einer interessanten Rede anläßlich seines 70. Geburtstags 1894 den Versuch einer Traditionsanknüpfung unternommen, dabei aber unter Überbetonung der »nationalen« Aspekte die emanzipatorische Komponente weitgehend übergangen, vgl. A. Kiepert, 1903, S. 171 ff.

In der Geschichtsschreibung setzte sich diese Tendenz fort. Heinrich von Sybel, der zwar nicht in der vordersten Reihe der Oppositionellen gestanden, aber dennoch deutlich Stellung bezogen hatte, gab die Richtung für die folgenden Jahrzehnte vor, als er Nationalverein, Abgeordnetentage und Fortschrittspartei in seiner Darstellung der »Begründung des Deutschen Reiches« nur mit wenigen Worten streifte.[4] Erst nach der Jahrhundertwende wurde den Organisationen der 1860er Jahre vorübergehend eine verstärkte Aufmerksamkeit zuteil. Die Ursachen lagen in dem Bemühen jüngerer Liberaler, den politischen Liberalismus organisatorisch zu festigen und seine Bündnisfähigkeit nach links zu erweitern. Ein Rückgriff auf das Vorbild des Nationalvereins, dem jetzt die ersten Forschungen gewidmet wurden, lag nahe. Hermann Onckens Biographien zu Lassalle und Bennigsen zählen zu den bedeutendsten historiographischen Hinterlassenschaften.

Auch die moderne Geschichtswissenschaft, die sich von der borussischen Verengung des Geschichtsbildes und den methodischen Beschränkungen des klassischen Historismus gelöst hat, widmete den politischen Organisationen der Jahre zwischen Revolution und Reichsgründung lange Zeit wenig Aufmerksamkeit. Sieht man von den Revolutionsjahren ab, setzten parteien- und verbandsgeschichtliche Untersuchungen zur deutschen Geschichte in aller Regel erst mit dem Kaiserreich ein, während die vorangegangene Periode als Vor- oder Frühgeschichte begriffen wurde. Otto Pflanze konnte daher noch 1963 von der »lethargy of German nationalism« für die der Reichsgründung vorausgehende Epoche sprechen.[5] Und Leonard Krieger urteilte: »Organization in any formal sense was almost non-existent«.[6]

Eine Ursache für diese Forschungsentwicklung bildete die gut begründbare Entscheidung, mit Blick auf das Scheitern der Demokratie in Deutschland zunächst das Kaiserreich selbst nach möglichen strukturellen Vorbedingungen zu durchforsten. Hinzu kam die theoretische Grundannahme, daß für das Entstehen moderner politischer Parteien und Interessenverbände die Existenz eines nach allgemeinem Stimmrecht gewählten Parlaments eine entscheidende Voraussetzung sei.[7]

Erst die seit den 1970er Jahren verstärkt einsetzende historische Vereinsforschung hat gezeigt, daß die modernen Parteien und Verbände aus dem hochdifferenzierten bürgerlichen Vereinswesen hervorgewachsen sind. Die Erforschung dieses weitverzweigten Organisationsgeflechts, das sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert in Deutschland entfaltete, ist weit fortgeschritten, erstreckt sich bisher aber schwerpunktmäßig auf den Vormärz und

---

4 Zur Beurteilung der Reichsgründung in der älteren Historiographie vgl. E. Fehrenbach, Reichsgründung, 1970; B. Faulenbach, 1980; weiterführende Analysen bei W. Hardtwig, Preußens Aufgabe, 1980; ders., Bürgertum, 1990.

5 O. Pflanze, 1963, S. 12; in der Neuauflage von 1990 fehlt die Passage.

6 L. Krieger, [2]1972, S. 399.

7 So vor allem G. Schulz, 1961; T. Nipperdey, Organisation, 1961; vgl. auch die Periodisierung T. Schieders, Grundlagen, 1958; Überblicke zur Verbandsgeschichte bieten H. J. Varain (Hrsg.), 1973; H. Best, Interessenpolitik, 1980; H.-P. Ullmann, 1988; zur Parteiengeschichte vgl. L. Bergsträsser, [10]1960; H. Grebing, Parteien, 1962; W. Tormin, 1966; W. Treue, 1975; W. Boldt, Anfänge, 1971; G. A. Ritter (Hrsg.), Parteien, 1973; ders., Parteien 1830–1914, 1985; E. Fehrenbach, Verfassungsstaat, 1992, S. 85 ff.

die Revolutionsjahre.[8] Fehlt schon zum wichtigsten Vereinszusammenschluß der Revolutionszeit, dem Zentralmärzverein, eine wissenschaftliche Monographie, so ist die Periode zwischen der Niederschlagung der Revolution und der Gründung des Deutschen Reichs, die Wolfram Siemann jüngst erstmals nicht mehr als eine Übergangsperiode sondern als eigenständige Epoche, als »Gesellschaft im Aufbruch«, begriffen hat, unter organisationsgeschichtlichen Aspekten lange Zeit beinahe völlig vernachlässigt worden, obwohl die Jahre zwischen 1857 und 1867 die nach der Revolution zweite große Mobilisierungs- und Organisierungsphase in der Geschichte des politischen Bürgertums darstellen und als die »eigentliche Inkubationszeit des deutschen Parteiensystems« (Rohe) zu betrachten sind.[9] Die bürgerliche nationale Verfassungsbewegung verfügte in diesen Jahren über einen Organisationsgrad, den die auf diesem Sektor gemeinhin als vorbildlich angesehene Sozialdemokratie erst in den 1890er Jahren erreichte. Warum das politische Bürgertum diesen *Organisationsvorsprung* nicht nutzte, sondern seit 1864/67 preisgab, ist ein historisches Problem ersten Ranges.

Die augenfälligen Forschungslücken sind um so bedauerlicher, als gerade eine Untersuchung des *organisierten politischen Handelns* des liberalen und demokratischen Bürgertums eine hervorragende Möglichkeit bietet, die politischen und gesellschaftlichen Ziele des nachrevolutionären Liberalismus präziser zu erfassen. Durch die Beschäftigung mit den wichtigsten Organisationen des nachrevolutionären Liberalismus, in denen sich die nationale politische Elite sammelte und die gleichzeitig selbst elitebildend wirkten, lassen sich anhand einiger zentraler national- und verfassungspolitischer Probleme Art und Umfang des bürgerlichen Emanzipationsstrebens und Machtanspruchs im nationalen Maßstab überprüfen. Auf diese Weise kann die noch längst nicht abgeschlossene Debatte über den Klassencharakter des Liberalismus und die Periodisierung seiner Geschichte ein Stück vorangebracht werden.[10]

---

8 Zur Bedeutung des Vereinswesens als Strukturmerkmal der nachständischen Gesellschaft grundsätzlich T. Nipperdey, Verein als soziale Struktur, 1972; Forschungsüberblicke bei O. Dann, Anfänge politischer Vereinsbildung, 1976; W. Hardtwig, Strukturelemente, 1984; ders., Gesellschaft und Verein, 1981; H.-U. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1, 1987, S. 317 ff., Bd. 2, 1987, S. 394 ff.; M. Botzenhart, Parlamentarismus, 1978, S. 315 ff.; H. Schulze, Weg zum Nationalstaat, 1985, S. 172 ff.; D. Düding, Nationalbewegung, 1991; E. Fehrenbach, Verfassungspolitik, 1992.

9 Vgl. K. Rohe, 1992, S. 57; zur Entwicklung des Vereinswesen nach 1850 den Überblick bei K. Tenfelde, 1984; wichtig sind die Regionalstudien zu Hannover von M. John, Liberalism and society, 1987, und ders., Associational Life, 1990. Die Vereine der Turner und Sänger sind für den Zeitraum nicht untersucht, ersatzweise R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 35 ff.; T. Austermühle, 1971; H. Braun, Bd. 2, 1987; zum Vereinswesen der Schleswig-Holstein-Bewegung vgl. J. Daebel, 1969. Zu den einzelstaatlichen liberal-demokratischen Parteien sind außer G. Eisfeld, 1969, S. 122 ff., vor allem D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, 285 ff., für Württemberg sowie die älteren Arbeiten K. Raumers, 1924 u. ^{2}1966, und T. Schieders, 1936, über Bayern zu nennen. Eine umfassende wissenschaftliche Monographie über die FSP in Preußen existiert trotz der intensiven Diskussion des Verfassungskonflikts nicht; H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, konzentriert sich ganz auf Parlament und Presse; vgl. auch G. Fesser, Struktur, 1977; G. Seeber, 1983; T. Parent, 1982; T. Offermann, Preußischer Liberalismus, 1988.

10 Die Debatte begann mit dem 1974 publizierten Aufsatz L. Galls, Liberalismus und bür-

Auch für die Beurteilung der Verfassungskompromisse von 1866/67 zwischen großen Teilen der Liberalen und Bismarck, der Frage also, ob es einen spezifischen Mangel an Bürgerlichkeit oder bürgerlichem Machtwillen in der deutschen Geschichte gegeben habe, der in einen von der westeuropäischen Entwicklung negativ abweichenden Weg in die industrielle Moderne mündete, vermag die Beschäftigung mit der organisierten Politik der bürgerlichen nationalen Verfassungsbewegung neue Aspekte zu erschließen. Zwar wird die Sonderwegsthese mit ihren deterministischen Konsequenzen für die deutsche Geschichte von niemandem mehr ernsthaft verfochten, sie liegt aber als heuristisches Interpretamentum noch immer zahlreichen Arbeiten zugrunde und verlangt daher Berücksichtigung.[11]

Ferner lassen sich auf diese Weise bezüglich der engeren Geschichte der deutschen Nationalstaatsgründung empirisch besser fundierte Aussagen treffen, als dies bisher möglich ist. Das gilt insbesondere für das Wechselverhältnis von gesellschaftlichem Druck und gouvernementalem Handeln während des Reichsgründungsprozesses, nach dem erstmals Wilhelm Mommsen fragte.[12] Im Hintergrund stehen dabei die Fragen nach den Alternativen zur kleindeutschen Reichsgründung, »die sich unter der Führung Bismarcks mit den Mitteln der Diplomatie und des Krieges vollzog«.[13] In der Forschung sind zwei Gegenmodelle diskutiert worden. Einmal wurde vor allem von marxistischen Forschern argumentiert, ein Bündnis des Bürgertums mit den »Volksmassen« und der entstehenden Arbeiterbewegung hätte die notfalls revolutionäre Durchsetzung eines bürgerlichen Verfassungsstaats ermöglicht.[14] Implizit liegt diese Annahme auch all jenen am Modell des Sonderwegs orientierten Interpretationen zugrunde, die pauschal von einem Ver-

---

gerliche Gesellschaft (noch einmal illustriert in seiner Bassermannschen Familiengeschichte: Bürgertum in Deutschland, 1990), in dem er scharf zwischen einem vormärzlichen Liberalismus, der dem gesellschaftlichen Leitbild einer klassenlosen Bürgergesellschaft verpflichtet gewesen sei, und einem nachrevolutionärem Liberalismus, der sich zur Klassenideologie verengt habe, unterschied. Den entschiedensten Widerspruch erhob W. J. Mommsen, Der deutsche Liberalismus, 1978, der Gall vorwarf, in einer dichotomischen Übertreibung den vormärzlichen Liberalismus zu idealisieren und die klassenübergreifenden und progressiven Aspekte der nachrevolutionären Phase zu bagatellisieren. Eine umfassende Zwischenbilanz der Forschungsdiskussion, die sich bisher nahezu ausschließlich auf die vormärzliche Periode erstreckt, fehlt; einen knappen Überblick bietet H. Brandt, Liberalismusdeutungen, 1991.

11 Zur Sonderwegsdebatte statt vieler D. Blackbourn/G. Eley, 1986; H. Grebing, 1986; J. Kocka, German history, 1988. Auf das »Defizit an Begründungsqualität«, daß die Vertreter der Sonderwegsthese mehrheitlich die Überlebenschancen der Weimarer Republik nicht ernsthaft ausgelotet haben, macht E. Kolb aufmerksam, vgl. ders., Problem der Kontinuität, 1990.

12 W. Mommsen, Beurteilung, 1928; fast wortgleich H. Schulze, Weg zum Nationalstaat, 1985, S. 125, 180; vgl. zur Problematik ausführlich W. J. Mommsen, Kaiserreich, 1978, S. 15 ff.

13 W. Bussmann, 1968, S. 75. Vgl. G. Eley, State formation, 1986, S. 65: »German unification resulted from specific political decisions and a specific combination of political events in the 1860s, which were very far from being a logical correlate of the wider national movement«.

14 Vgl. etwa R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962; T. Austermühle, 1971; und die von S. Schmidt und R. Weber stammenden Passagen in: W. Schmidt (Hrsg.), Bd. 4, 1984, S. 422 ff. Ähnlich aber auch S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 140.

sagen des Bürgertums sprechen, ohne alternative Handlungskonzepte zu formulieren. Die zweite, neuerdings von Helmut Rumpler noch einmal vehement vertretene These insistiert darauf, daß eine grundlegende Reform der Institutionen des Deutschen Bundes die notwendigen Modernisierungen in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht hätte leisten und die preußisch dominierte Nationalstaatsgründung überflüssig machen können.[15] Als Unterfall dieses Modells lassen sich die Argumentationen einordnen, die eine dualistische oder trialistische Herrschaftsteilung in Deutschland als realistische Alternative zur preußisch dominierten Nationalstaatsgründung ansehen.[16]

Die vorliegende Arbeit möchte einen Beitrag zur Klärung der angedeuteten Fragen leisten, indem sie sich mit dem (Wieder-) Entstehen, der Programmatik, Organisationsstruktur und Politik nationsweiter Organisationen des politischen Bürgertums nach der gewaltsamen Auflösung des Paulskirchenparlaments beschäftigt, und zwar vorwiegend mit den vier wichtigsten, dem Kongreß deutscher Volkswirte (seit 1858), dem Deutschen Nationalverein (seit 1859), dem Deutschen Handelstag (seit 1861) und dem Deutschen Abgeordnetentag (seit 1862). Beabsichtigt ist jedoch keine Spezialuntersuchung über eine der genannten Organisationen. Die vier Zusammenschlüsse sollen vielmehr in ihrem Zusammenwirken als Ganzes behandelt werden. Ausgehend von der Beobachtung zahlreicher Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften in den Führungsgremien der untersuchten Organisationen, den sogenannten leitenden Ausschüssen, lautet die der Arbeit zugrunde liegende These, daß die Mitglieder dieser Führungsgremien eine namentlich benennbare *nationale politische Funktionselite des deutschen Bürgertums* ausbildeten, die aufgrund ihrer Verflechtung mit den einzelstaatlichen Kammerfraktionen und Verbänden zugleich weit in die Landespolitik hineinragte. Innerhalb dieser Personengruppe, so die Annahme, konnten sämtliche politischen Fragen »sofort im nationalen Rahmen diskutiert und somit zum Gegenstand einer ebenfalls national angelegten Strategie« werden.[17] Aufgrund des faktischen Entscheidungsmonopols innerhalb der Verbände, die die Verfügungsgewalt über erhebliche Finanzmittel einschloß, besaß diese nationale Funktionselite die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zur Umsetzung ihrer im einzelnen noch zu analysierenden politischen Strategie.

Diese Gesamtstrategie, so wird zu zeigen sein, bestand nicht aus einem detaillierten politischen Aktionsprogramm, sondern beschränkte sich auf die zwischen Liberalen und Demokraten kompromißfähige Grundstruktur der Politik, wobei man bezüglich einzelner Maßnahmen, die häufig umstritten waren, flexibel blieb. Trotz ständiger Versuche, die bürgerliche Gesamtstra-

---

15 Vgl. die Einleitung H. Rumplers sowie seinen Beitrag über das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch, beide in: ders., (Hrsg.), Deutscher Bund, 1990. »Der Bund war von seiner Struktur her fähig zu zeitgemäßen Reformen, und er hat diese Aufgabe zu erfüllen versucht« (S. 234); N. M. Hope, 1973; fragend in dieselbe Richtung in seiner Gegenüberstellung von Nationalverein und Reformverein H. Schulze, Perspektiven, 1989.

16 P. Burg, 1990; vorsichtiger abwägend A. Kaernbach, 1991.

17 T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 166.

tegie zugunsten der jeweiligen Zielvorstellungen einseitig umzuinterpretieren, blieb sie bis in das Jahr 1864 hinein in ihren Grundzügen verbindlich und wurde im wesentlichen beachtet. Die unterscheidbaren Phasen dieser Grundstruktur richteten sich stark an den innerpreußischen Entwicklungen aus, also an der »Neuen Ära«, der »Konfliktzeit« und dem Beginn der »Revolution von oben« seit Mitte 1864. Bei der Verfolgung ihrer Strategie wendete die nationale Verfassungsbewegung erstaunlich moderne politische Propagandamethoden und Aktionsformen an, die sich mit dem Begriff »Honoratiorenpolitik« nicht mehr hinreichend erfassen lassen, sondern einen hohen Grad von Organisierung und Professionalisierung belegen.

Ein gemeinsames politisches Fundament besaßen die vier im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden Verbände in dem Ziel, einen nationalen deutschen Bundesstaat zu schaffen, der die staatenbündische Verfassung des Deutschen Bundes überwand. Dieser Bundesstaat sollte mit einer kompetenzstarken Zentralregierung unter preußischer Führung, einer unmittelbar gewählten Nationalrepräsentation, einer möglichst einheitlichen und staatsfreien Wirtschaftsordnung sowie einer im einzelnen strittigen liberalen oder demokratischen Staatsverfassung ausgestattet sein. Auch die auf den ersten Blick dem wirtschaftlichen Bereich zuzuordnenden Organisationen, der Kongreß deutscher Volkswirte und der Deutsche Handelstag, werden für den Untersuchungszeitraum ihrem Selbstverständnis gemäß vor allem als nationalpolitische Zusammenschlüsse betrachtet.

Wenn diese Arbeit den Blick erneut auf die nationale Ebene richtet, so profitiert sie in erheblichem Maße von den Ergebnissen der lokal-, regional- und landesgeschichtlich orientierten Bürgertums- und Liberalismusforschung der letzten Jahre. Durch sie hat sich das Bewußtsein für das Faktum geschärft, daß von *dem* deutschen Bürgertum und *dem* deutschen Liberalismus im hier untersuchten Zeitraum nur bedingt die Rede sein kann, daß vielmehr regionale und lokale Traditionen und Erfordernisse zu einem differenzierten und widersprüchlichen Erscheinungsbild geführt haben.[18] Die unreflektierte Anwendung der Kategorie »Nation« auf die Reichsgründungsära verbietet sich aus diesem Grund.[19]

Wer den Aufbau länderübergeifender politischer Zusammenschlüsse anstrebte, stand vor der zwingenden Notwendigkeit, die vielfältigen und häufig

---

18 Zur stadtgeschichtlichen Bürgertums- und Liberalismusforschung vgl. D. LANGEWIESCHE, »Staat« und »Kommune«, 1989; L. GALL (Hrsg.), Stadt und Bürgertum, 1990; Beispiele für die regionale Differenzierung des deutschen Liberalismus bieten die einschlägigen Aufsätze bei W. SCHIEDER (Hrsg.), Liberalismus, 1983, und D. LANGEWIESCHE (Hrsg.), Liberalismus. Über den Wert regionalgeschichtlicher Arbeiten für die Liberalismusforschung vgl. D. LANGEWIESCHE, Handlungsbedingungen, 1983, S. 341 f. Die wichtigsten neueren regional orientierten Arbeiten zur Liberalismusgeschichte für den Untersuchungszeitraum sind H. A. WINKLER, Preußischer Liberalismus, 1964; M. GUGEL, 1975; J. FRÖLICH, 1990, für Preußen; L. GALL, Liberalismus als regierende Partei, 1968, für Baden; D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, für Württemberg; T. PARENT, 1982, und B. C. PADTBERG, 1984, für Köln; H. SEIER (Hrsg.), Akten, 1987, für Kurhessen; C. GOTTHARDT, 1992, für Nordwestdeutschland.

19 Vgl. zum Problem T. SCHIEDER, Kaiserreich, 1961; DERS., Partikularismus, 1962; J. J. SHEEHAN, What is German history?, 1981.

widersprüchlichen regionalen Identitäten und Interessen zu einem gemeinsamen politischen Programm zu bündeln und für diesen Zweck geeignete Organisationsformen zu entwickeln. Die Schwierigkeit dieser Integrationsaufgabe wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß das liberale und demokratische Bürgertum noch kaum über Erfahrungen auf der nationalen Handlungsebene verfügte, daß nach der Niederschlagung der Revolution die einzelstaatlichen Regierungen und Landtage erneut den Mittelpunkt des politischen Lebens bildeten und daß alle die Landesgrenzen überschreitenden unpolitischen und erst recht politischen Organisationsversuche sofort polizeilich unterbunden wurden. »Diejenigen die ein liberales Deutschland anstrebten, mußten zunächst einmal eine liberale Bewegung aufbauen, die auf die Unterstützung durch ein liberales Volk zählen konnte«.[20] Vor diesem Hintergrund erscheint die Errichtung nationaler Verbände mit politischem Anspruch seit 1857 schon für sich genommen als ein untersuchungswürdiger Gegenstand und der kritische Hinweis auf ihre mangelnde programmatische Konsistenz und organisatorische Stringenz zumindest als voreilig.

Der Aufbau nationaler Organisationen wird im folgenden als Ausdruck und als Katalysator des Prozesses des *nation-building* verstanden. Ausgehend von den Arbeiten Karl W. Deutschs bezeichnet die moderne Nationalismusforschung mit diesem Begriff die Selbstverständigung und Identitätsfindung einer räumlich und sozial getrennten Bevölkerung eines bestimmten Staatsgebietes, hier des Deutschen Bundes, die sich durch zunehmende kommunikative, und das heißt auch organisatorische Integration als Nation zu begreifen lernt und als solche politische Rechte einzufordern beginnt.[21] Indem sich der Nationalismus in Deutschland vor 1867/78 eng mit der Forderung nach rechtsstaatlichen und freiheitlichen Garantien verband und mit dem Liberalismus eine symbiotische Verbindung einging, zählt die ihn tragende *nationale Verfassungsbewegung* zu den emanzipatorischen Bewegungen. Für den Untersuchungszeitraum läßt sich nahezu ausnahmslos konstatieren, daß die Gesinnung um so »nationaler« war, je weiter »links« im politischen Spektrum man sich bewegte.[22]

---

20 J. J. SHEEHAN, Liberalismus, 1983, S. 115.

21 K. W. DEUTSCH, Communication, [2]1966, bes. S. 86 ff.; DERS., Nationenbildung, 1972, S. 16 ff. Eine Anwendung auf die deutsche Geschichte bis 1850 bei O. DANN, Nationalismus und sozialer Wandel, 1978; den relativen Bedeutungsverlust der Gemeinde als Orientierungsrahmen seit 1820 und den Weg vom Gemeindebürger zum Staatsbürger beschreibt M. WALKER, 1971, bes. S. 405 ff. Zur Einordnung von Deutsch's Modell als Beispiel einer quantitativen Analyse von Modernisierungsprozessen vgl. P. FLORA, S. 59 ff.; O. DANN, Der moderne Nationalismus, 1978; H.-U. WEHLER, Modernisierungstheorie, 1975, bes. S. 34 ff.

22 Vgl. zur Einordnung des frühen Nationalismus R. BERDAHL, 1978; H. A. WINKLER, Nationalismus, 1978; P. ALTER, 1985, S. 60 ff.; P. GODECHOT, 1988; zum Funktionswandel des Nationalismus nach 1878 H. A. WINKLER, Vom »linken« zum »rechten« Nationalismus, 1978. Gegenüber der enormen Durchschlagkraft des partizipatorischen Nationalismus blieben die Versuche König Maximilians II. von Bayern, auf administrativem Wege ein konservatives »bayerisches Nationalgefühl« zu schaffen, nur von mäßigem Erfolg (vgl. dazu M. HANISCH, 1991). Dieses Nationalgefühl sollte unter bewußter Ausklammerung partizipatorischer Elemente auf der Anhänglichkeit an die Wittelsbacher Dynastie gründen (»dynastische Nation«) und die Fortexistenz eines unabhängigen Bayern sichern. Welche Wir-

Dem Problem der Nationsbildung versucht diese Untersuchung in mehrfacher Hinsicht Rechnung zu tragen. So wird in einem einleitenden Kapitel ein Überblick der politisch motivierten überregionalen Organisierung in Deutschland bis zur Revolution von 1848/49 gegeben, um beispielhaft den Stand der nationalen Integration zu verdeutlichen und die möglichen Vorbilder und Anknüpfungspunkte für die Handelnden der 1860er Jahre zu beschreiben. Auch diejenigen Kapitel, in deren Mittelpunkt die Entstehung und Struktur der behandelten Organisationen stehen, werden den Schwierigkeiten der organisatorischen und programmatischen Integration besondere Aufmerksamkeit widmen. Diese Probleme begleiteten die nationale Verfassungsbewegung bis über das Jahr 1866 hinaus und durchziehen die gesamte Untersuchung wie ein roter Faden. Stärker noch als der in den süddeutschen Verfassungsstaaten tief verwurzelte einzelstaatliche Patriotismus machte der nationalen Verfassungsbewegung die partikularstaatliche preußische Nationsbildung zu schaffen, die seit den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung in Gang gekommen war. Diese Tatsache, auf die Friedrich Meinecke erstmals nachdrücklich aufmerksam machte, wird auch von der neueren Forschung betont.[23] Indem sich der neue preußische Nationalismus mit dem nationalen Machtstaatsdenken verband, entstand aus der Sicht einer wachsenden Zahl preußischer Liberaler und Demokraten spätestens seit 1864 eine verlockende Alternative zum Modell der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands, nämlich die Einigung auf dem Wege preußischer Eroberungen. Während die nationale Verfassungsbewegung das Problem der Einbeziehung Österreichs, also die Frage von großdeutsch und kleindeutsch, mit einiger Mühe in den Griff bekam, führte der mehr und mehr um sich greifende preußische Annexionismus zum Zerfall der Organisationen. Sie hatten sich in den wenigen Jahren ihres Bestehens nicht hinreichend festigen können, um diese Zerreißprobe unbeschadet zu überstehen.

Weil diese Studie sich auf empirisch weitgehend ungesichertes Terrain begibt, wird eine wesentliche Aufgabe darin bestehen, politische Handlungsabläufe zu rekonstruieren und den Motivationen der Handelnden nachzuspüren. Es geht vornehmlich darum, die noch immer in weiten Teilen unbekannte politische Geschichte der nationalen Verfassungsbewegung nachzuzeichnen und zu bewerten. Deshalb wurde eine historisch-genetische Betrachtungsweise gewählt, ohne daß jedoch auf systematische Erörterungen über strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Organisationen, über Umfang und Sozialstruktur der nationalen Elite und über die Bedingungen bürgerlich-liberaler Politik im Übergang zum industrialisierten Nationalstaat verzichtet wird.

---

kungen diese Maßnahmen in der Bevölkerung hatten, untersucht Hanisch nicht, obwohl sich das von ihm untersuchte Phänomen nur als Gegenreaktion auf die politische Nationswerdung der Deutschen begreifen läßt. Man wird aber vermuten können, daß die Erfolge im liberal-demokratischen Lager äußerst gering waren. Als Träger des »bayerischen Nationalgefühls« macht er dann auch »zuallererst die Krone, dann oft wenig enthusiastische Beamte und [. . .] die Kirche« aus (S. 405 f.).

23 F. Meinecke, 1962, S. 281 ff.; M. Botzenhart, Das preußische Parlament, 1983; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 23 ff., 29 f., 39 f.

Für das Verständnis der Politik der nationalen Verfassungsbewegung der 1850er und 1860er Jahre ist die Kenntnis der politischen Laufbahnen der führenden Persönlichkeiten sowie der Beziehungsgeflechte, in die sie eingebettet waren, von großem Nutzen. Sie erlaubt es, die Herkunft und das Profil des politischen Liberalismus der Reichsgründungsära zu schärfen; es wird verständlich, weshalb trotz der zunehmenden Formalisierung und Bürokratisierung des politischen Lebens informelle Beziehungen weiterhin eine bedeutende Rolle spielen konnten. Aus diesem Grund werden im folgenden eine Vielzahl von Kurzbiographien entweder in den Fußnoten eingestreut, oder, bei Zugehörigkeit zu der im achten Kapitel genauer abgegrenzten nationalen Elite, im Anhang aufgelistet. Indem in der Regel die Teilnehmer an politischen Versammlungen, Ausschußsitzungen und informellen Besprechungen in den Fußnoten aufgeführt werden, läßt sich zeigen, daß der Kreis derjenigen, die auf überregionaler und nationaler Ebene politisch handelten, eng begrenzt war.

Die These der möglichen Existenz einer gemeinsamen Strategie und Taktik der hier untersuchten Organisationen formulierte erstmals der aus dem Umfeld des Jenaer Arbeitskreises zur Parteiengeschichte stammende Historiker Edgar Neupert.[24] Die DDR-Geschichtswissenschaft hat seine thesenhafte Anregung jedoch nicht aufgegriffen, wenn man von den Aufsätzen Roland Zeises absieht, die vor allem auf den Kongreß deutscher Volkswirte und den Deutschen Handelstag und ihre Rolle bei den Auseinandersetzungen um den preußisch-französischen Handelsvertrag und die Zollvereinsreform eingehen.[25] Die ausführlichste Ausarbeitung mit zahlreichen Hinweisen auf die personellen Verflechtungen der bürgerlichen Organisationen bietet bisher Toni Offermann, der diesen Aspekt aber gemäß seiner Themenstellung nur am Rande berührt.[26] Liegen zur gemeinsamen Strategie und den Verflechtungen der nationalen bürgerlichen Eliten und Organisationen also nur Skizzen und Andeutungen vor, so existieren zu immerhin zwei der Einzelorganisationen, dem Volkswirtekongreß und dem Nationalverein, wissenschaftliche Monographien.

---

24 E. Neupert, 1965.

25 R. Zeise, Gemeinsamkeiten, 1974; ders., Genesis und Funktion, 1976; ders., Interessenverbände, 1976; ders., Die Rolle des Zollvereins, 1977; ders., Kongreß deutscher Volkswirte, 1980; ders., Wirtschaftsverbände, 1983.

26 T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 158 ff. Die Arbeit G. Eisfelds, 1968, die nach ihrem Titel und dem postulierten Forschungsziel, die »Programme, Reden und Handlungen« Liberaler und ihrer Organisationen zu untersuchen (S. 11), dem hier zugrunde liegenden Ansatz nahekommt, setzt nicht nur zu spät ein, indem sie die Revolution von 1848/49 und von ihr ausgehende Kontinuitätslinien unberücksichtigt läßt, sie beschäftigt sich zudem überwiegend mit den Statuten und Programmen der untersuchten Organisationen (KdV, NV, diverse FSP; HT und AT bleiben unberücksichtigt) und vernachlässigt darüber das politische Handeln völlig. Auch die personellen und sachlichen Verflechtungen werden nur angedeutet. Im übrigen führt die dünne Materialgrundlage zu einigen z. T. gravierenden Fehldeutungen, auf die im Zusammenhang eingegangen wird. Interessante Hinweise auf personelle Verflechtungen der untersuchten Organisationen auch mit dem lokalen Vereinswesen finden sich in einer Reihe von Arbeiten, vgl. z. B. E. N. Anderson, 1954, S. 303 ff.; L. Krieger, ²1972, S. 398 ff.; T. Hamerow, Bd. 1, 1972, S. 315 ff.; J. L. Snell, 1976, S. 143 ff.

In seiner bis 1885 reichenden Gesamtdarstellung des Kongresses deutscher Volkswirte konzentriert sich Volker Hentschel wesentlich auf dessen Beitrag zur Entwicklung und Durchsetzung freihändlerischen Gedankenguts in Deutschland. Dabei erkennt Hentschel zwar ausdrücklich an, daß der Kongreß »vorübergehend eine vorrangig handels- und nationalpolitische Konferenz« gewesen sei, ehe die Versammlung sich »ab etwa 1863 endgültig zum *volkswirtschaftlichen* Kongreß« gewandelt habe. Den hier hauptsächlich interessierenden Fragen nach Organisationsstruktur sowie Stellung und Aufgabe innerhalb der nationalen Verfassungsbewegung geht er jedoch nicht genauer nach. Seine Auffassungen über die Entstehung und die Frühphase des Kongresses weichen daher teilweise von den Resultaten der vorliegenden Arbeit ab, zumal Hentschel auf recht schmaler Quellenbasis argumentiert.[27]

Umfangreicher ist die Literatur zum Deutschen Nationalverein. Neben dem ersten Band der Bennigsen-Biographie Hermann Onckens, die vor allem wegen des umfangreichen abgedruckten Briefmaterials noch immer von hohem Wert ist, sind einige halboffiziöse Schriften aus dem Umkreis der Nationalliberalen Partei zu nennen, die wie Onckens Biographie rechtzeitig zur fünfzigsten Wiederkehr der Vereinsgründung vorlagen.[28] In der Spätphase der Weimarer Republik kamen mit drei Dissertationen zu Teilaspekten der Nationalvereinsgeschichte die ersten wissenschaftlichen Monographien hinzu. Alle diese Arbeiten konzentrieren oder beschränken sich auf die Frühphase der Vereinstätigkeit während der sogenannten Neuen Ära in Preußen und interpretieren den Nationalverein einseitig als propagandistischen Erfüllungsgehilfen der preußischen Regierungspolitik. Mit der Gründung der preußischen Fortschrittspartei, dem Ausbruch des Verfassungskonflikts und der Einsetzung des Ministeriums Bismarck gilt ihnen die Nationalvereinspolitik als gescheitert. Ausgeblendet wird bei dieser Sichtweise die zweite Phase der Nationalvereinsgeschichte, die von einer erheblich selbständigeren Politik, vielfältigeren Aktivitäten und einer veränderten politischen Strategie geprägt war.[29]

Diese zweite, mehr vom linken Vereinsflügel bestimmte Phase steht im Mittelpunkt der 1987 erschienenen Arbeit Shlomo Na'amans, der als hervorragender Kenner der politischen Strömungen der 1860er Jahre die bisher einzige geschlossene Gesamtinterpretation zur Vereinsgeschichte vorgelegt hat.[30] Die vorliegende Untersuchung wird sich mit seinen pointiert formu-

---

27 V. Hentschel, Freihändler, 1975, Zitat S. 23. L. Grambow, 1903, untersucht die Debatten des KdV unter wirtschaftstheoretischen Gesichtspunkten; W. Schunke, 1916, konzentriert sich auf den Beitrag des KdV zur Entstehung der NLP; die staatswissenschaftliche Dissertation von G. Stalmann, 1926, ist nur als Materialsammlung brauchbar; knappe Überblicke bei R. Zeise, Kongreß deutscher Volkswirte, 1980; ders., Kongreß deutscher Volkswirte, 1985; G. Eisfeld, 1969, S. 15 ff.

28 H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910; H. Goldner, 1909; R. Le Mang, 1909. Bereits 1902 erschien R. Schwab, dessen Arbeit ohne wissenschaftliche Ambitionen auf schmaler Quellenbasis einen Überblick über die Gesamtgeschichte des NV gibt.

29 P. Hermann, 1932; W. Grube, Neue Ära, 1933; K. Bachteler, 1934; auch L. O'Boyle, 1957, geht darüber nicht wesentlich hinaus.

30 S. Na'aman, Nationalverein, 1987; zu den Ursachen des hohen Anteils jüdischer Politiker am NV vgl. ders., Jüdische Aspekte, 1986, und ders., Jewish participation, 1989. Aus

lierten Thesen sehr ausführlich und häufig kritisch auseinandersetzen. Na'amans Buch muß im Zusammenhang mit seinen großen Untersuchungen zu Lassalle und der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung gelesen werden, in denen die Begrifflichkeit und die Grundmuster seiner Interpretation des Nationalvereins bereits angelegt sind. Dort hat er detailliert nachgewiesen, wie die selbständige organisatorische Konstituierung der Arbeiterbewegung nicht allein aus sozialen Gründen erfolgte, sondern sich auch aus der Verweigerung der eingeforderten *politischen* Mitsprache durch die Nationalvereinsführer erklärt.[31] Die Untersuchung der Geschichte des Nationalvereins lag somit in der Logik dieses Forschungsansatzes und bildet den Schlußpunkt in Na'amans Gesamtwerk.

Aus dem anspruchsvollen Versuch, die Geschichte der Arbeiterbewegung und des liberalen Bürgertums in ihrer wechselseitigen Verschränkung als eine Einheit zu betrachten, resultieren die Stärken und die Schwächen seiner Nationalvereinsgeschichte. So vermag Na'aman eindrucksvoll zu belegen, wie sehr beide Gruppierungen in politischen und organisatorischen Fragen aufeinander bezogen waren; auf der anderen Seite neigt er dazu, den Stellenwert der Arbeiterpolitik für die bürgerlich-liberale Bewegung zu überschätzen. Auch die Kernthese seines Buches, daß sich parallel zur Konstituierung der Arbeiterbewegung in ADAV und VDAV im Nationalverein die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums vollzogen habe, erweist sich bei nährem Hinsehen als problematisch.[32] Auf die Vorteile der häufig stark assoziativen und durch Analogieschlüsse geprägten Arbeitstechnik Na'amans, nämlich gängige Argumentationsmuster zu überwinden und den Blick auf neue Zusammenhänge zu richten, hat bereits Toni Offermann aufmerksam gemacht.[33] Die Nachteile sind zum Teil mangelhafte Quellenbelege und ein hohes Abstraktionsniveau, die die Nachvollziehbarkeit und Rezeption seiner Werke erschweren, aber auch zu gelegentlich gravierenden Fehlinterpretationen führen. Dennoch erweist sich die Auseinandersetzung mit Na'amans Werk über die politischen Strömungen und Tendenzen der 1860er Jahre als ungewöhnlich ergiebig und diese Arbeit ist ihm in vielem verpflichtet.

An wissenschaftlicher Literatur zur Frühphase des Deutschen Handelstags liegen nur kurze Skizzen vor, die sich im wesentlichen auf die in der

---

DDR-marxistischer Sicht zum NV vgl. G. Fesser, Klassenbasis, 1983, und ders., Nationalverein, 1984. Ferner existieren einige Regionalstudien unterschiedlicher Qualität, die sich ganz oder zumindest ausführlich mit dem NV beschäftigen: A. Neumann, 1912; K. Lange, Nationalverein, 1931, zu Braunschweig; G. Heck, 1968, zum Großherzogtum Hessen; J. Wetzel, 1971, zu Schleswig-Holstein; P. K. Schwarz, 1979, zu Oldenburg; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, zu Württemberg; C. Gotthardt, 1992, zu Bremen, Hannover, Braunschweig und Oldenburg.

31 S. Na'aman, Demokratische und soziale Impulse, 1969; ders., Lassalle, ²1971; ders., Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei, 1986; ders., Konstituierung, 1975. In letzterem Buch finden sich einige der Quellenbelege, die man in der Arbeit über den NV vermißt. Zur Einordnung dieses Werks in die Historiographie der frühen Arbeiterbewegung vgl. G. A. Ritter, Na'aman als Historiker, 1983.

32 Vgl. die Rezension D. Langewiesches, in: AfS 29 (1989), S. 730 ff.

33 T. Offermann, Rezension zu: Na'aman, Konstituierung, in: AfS 16 (1976), S. 547 f., 552 f.

zweibändigen Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum veröffentlichten Materialien stützen.[34] Der Deutsche Abgeordnetentag ist bisher noch gar nicht untersucht worden und wurde auch nicht in das vierbändige Lexikon zur Parteiengeschichte aufgenommen, obwohl er seit dem Ausbruch der Schleswig-Holstein-Krise Ende 1863 für ein knappes Jahr an der Spitze der nationalen Verfassungsbewegung stand, nachdem der Nationalverein sich ihm mit förmlichem Beschluß untergeordnet und seine Tätigkeit vorübergehend eingestellt hatte.[35]

Die Quellenlage ist trotz merklicher Lücken für die Entstehungs- und Konstituierungsphase der Organisationen im ganzen als gut zu bezeichnen. Allerdings mußte das weitgestreute Material aus zahlreichen zum Teil abgelegenen Archiven und Zeitungen zusammengetragen werden. Ein regelrechter Verbandsnachlaß existiert nur für den Nationalverein. In der Potsdamer Außenstelle des Bundesarchivs werden 30 Bände mit insgesamt über 10 000 chronologisch angeordneten Korrespondenzen des Nationalvereins aufbewahrt, die zu einem großen Teil aus geschäftlichen Mitteilungen über Beitragszahlungen, Mitgliedskarten, Beitritte und ähnlichem bestehen.[36] Viele der politisch interessantesten Briefwechsel, die vor allem zwischen den Ausschußmitgliedern des Nationalvereins stattfanden, sind bereits von Onkken veröffentlicht worden.[37]

Die wichtigste Quelle zur Geschichte des Nationalvereins bilden zweifellos seine umfänglichen gedruckten Vorstands- und Ausschußprotokolle. Letztere wurden hier erstmals in lückenloser Folge herangezogen, während einige Vorstandsprotokolle aus der Frühphase der Vereinsgeschichte unauffindbar blieben. Mit diesen ausschließlich für den internen Gebrauch be-

---

34 W. Fischer, 1964, S. 63 ff.; D. Schäfer, 1973; H. Pohl, 1987; R. Zeise u. a., Industrie- und Handelstag, 1983; Handelstag, 1911; vgl. ferner die offiziösen Schriften ohne wissenschaftlichen Anspruch von J. Gensel, 1902; F. Schupp/K. Wettstein, 1911; vgl. auch die Spezialbibliographie von S. Ernst/K. Eyll, 1986.

35 Hinweise auf die Entstehung des AT bei W. Real, Pfingstversammlung, 1970; zu seinem 36er-Ausschuß vgl. J. Daebel, 1969.

36 Die Überlieferungsgeschichte der NV-Akten ist kompliziert. Bis gegen Ende 1863 waren sie in 36 Faszikel geheftet und mit Index versehen, für die folgende Zeit dagegen nur »oberflächlich geordnet und lose liegend«; so wurden sie jedenfalls nach Auflösung des Vereins vom Vereinssekretär Nagel an den Vorsitzenden Bennigsen übergeben. Auf dessen Gut konnte Hermann Oncken die Akten einsehen, ehe die Familie Bennigsen sie an das damalige Reichsarchiv ablieferte (H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 441, Anm. 1). Bei der Ablieferung fehlte jedoch ein Teil des Materials (vgl. die Einleitung zum Findbuch). Im jetzigen BA Potsdam befinden sich 30 Aktenfaszikel (die Bde. 7–34 enthalten chronologisch sortiert die Korrespondenzen mit Streit von November 1859 – Juni 1863, die Bde. 35–36 die Korrespondenzen mit Nagel von April 1865 – 1867, die nachträglich von den Archivaren chronologisch geordnet wurde). Die Korrespondenzen aus der letzten Phase der Amtsperiode Streits ab Juli 1863 fehlen. Ein Teil des in Potsdam fehlenden Materials sowie weitere Akten des Nationalvereins gelangten als Nachlaß Fedor Streit in den Besitz der StadtB München, Monacensia-Abteilung; der Nachlaß Streits war der Bibliothek durch die 1902 nach München verzogene Tochter Streits, die Lehrerin Frieda Streit, übergeben worden; vgl. dazu STA Coburg, Nl. Sauerteig, 46, Mappe Streit; T. Offermann (Hrsg.), Bebel, 1978, S. 313 f.

37 In seiner Bennigsen-Biographie und, zum Teil ausführlicher, in der Deutschen Revue, Bde. 29–32 (1904–1907); ein Teil der Schleswig-Holstein betreffenden Briefe ist bei H. Rautenberg (Hrsg.), Wir wollen Deutsche bleiben, 1939, veröffentlicht.

stimmten Protokollen liegt eine einzigartige Quelle für die Geschichte des politischen Liberalismus des Reichsgründungsjahrzehnts vor. Trotz des häufig lakonischen und summarischen Charakters handelt es sich nicht um reine Ergebnisprotokolle. Vielmehr lassen die Protokolle die Diskussionsverläufe immer wieder in den Grundzügen erkennen; auch enthalten sie die jeweiligen Teilnehmerlisten sowie sämtliche gefaßten Beschlüsse nebst zahlreichen Anlagen. Diese Protokolle erlauben einen Einblick in die Entscheidungsfindung einer bürgerlichen Organisation und eine Nachzeichnung ihres politischen Handelns in einer Genauigkeit, wie es die Quellenlage für frühe Parteien oder Verbände sonst nicht zuläßt.[38]

Auch wenn die Geschäftsakten der übrigen Organisationen verloren gegangen sind, hat ihr Wirken dennoch archivalische Spuren hinterlassen. So sind in den lokalen Kammerarchiven die Ausschußprotokolle des Deutschen Handelstags überliefert.[39] Für den Abgeordnetentag ließen sich immerhin die Protokolle zweier Ausschußsitzungen auffinden; vorwiegend aus Privatnachlässen konnte darüberhinaus der größte Teil der offiziellen Schreiben des geschäftsführenden Vorstands des Abgeordnetentags zusammengetragen werden, während die umgekehrte Korrespondenz weitgehend fehlt.[40] Der Kongreß der Volkswirte, für den die Quellenlage am ungünstigsten ist, hat nie über ein ständiges Büro verfügt. Ein Verbandsnachlaß existiert jedenfalls ebensowenig wie Privatnachlässe seiner Spitzenfunktionäre. Lediglich seine Entstehungsgeschichte ist durch Nachlaßüberlieferungen gut dokumentiert.[41]

Da sowohl der Volkswirtekongreß wie der Nationalverein und der Abgeordnetentag in unterschiedlicher Intensität polizeilich überwacht wurden, finden sich in den Staatsarchiven neben Zeitungsausrissen, Broschüren und Flugblättern auch Polizeiberichte über lokale Versammlungen, die gelegentlich deutlich von den in der liberalen Presse veröffentlichten harmonisierenden Versammlungsberichten abweichen. Bei der insgesamt guten Quellenbasis wurde jedoch nur ergänzend auf staatliche Akten zurückgegriffen.[42]

---

38 Eine Edition der Vorstands- und Ausschußprotokolle des Deutschen Nationalvereins im Rahmen der Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien werde ich in Kürze vorlegen können.

39 Sie befinden sich für den Untersuchungszeitraum im Archiv der Handelskammer Bremen, Ha II 1, sowie im RWWA in Köln, im GSTA-M, Nl. Hansemann und im STA Bremen, Nl. H. H. Meier; vgl. auch die Angaben bei W. Reininghaus, 1986.

40 Ergiebig insbesondere der Nl. Hölder, WLB, der Nl. Völk, StadtA Augsburg, der Nl. Oetker, 21, BAP, sowie die Akten der augustenburgischen Nebenregierung 1863/64, LASH. Die A-Prot.AT entstammen GSTA-M, Nl. Zitelmann, 138; BAP, Nl. Oetker, 21. Im BAF, ZSg. 3/4, befinden sich Abschriften von 17 Briefen an den Vorsitzenden des Ausschusses des Abgeordnetentags Sigmund Müller aus den Jahren 1863–1872. Ernst Lenhoff hatte diese Briefe, die aus Müllers nicht mehr auffindbarem Nachlaß stammen, von der Tochter Müllers erhalten; er beabsichtigte, sie im Anhang zu einem geplanten Buch: »Schulze-Delitzsch als Politiker« zu veröffentlichen, dessen Manuskript aus dem Jahr 1936 sich ebenfalls im BAF befindet.

41 Vgl. BAP, Nl. Mathy, 117; BAF, Nl. Francke, 2, 8, 11, 27.

42 Wichtig vor allem die Berichte über die Versammlungen Frankfurter Mitglieder des NV im GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, und die Berichte über Sitzungen des 36er-Ausschusses im GSTA-B, III. HA, 180–190 sowie die Akten über den NV im LHA-P, 9540–9541.

Unter den gedruckten Quellen nehmen die stenographischen Verhandlungsprotokolle der Generalversammlungen der untersuchten Organisationen eine wichtige Rolle ein: im Untersuchungszeitraum hielten der Volkswirtekongreß 8, der Nationalverein 7, der Handelstag 3 und der Abgeordnetentag 5 derartige Kongresse ab, deren Verlauf durch stenographische Mitschriften ausführlich dokumentiert wurde.[43] Den Protokollen muß allerdings mit einer gewissen Vorsicht begegnet werden, da auch in ihnen Konflikte abgemildert wurden, die machtpolitisch wichtigen Geschäftsordnungsdebatten meist nur knapp erwähnt und gelegentlich regelrechte »Zensur« geübt wurde.[44] Von großer Bedeutung sind darüber hinaus die verbandseigene Presse, die inoffizielle oder offizielle, aber nicht verbandseigene Parteipresse, eine Reihe vorwiegend demokratischer Blätter, die in Opposition zu den untersuchten Organisationen standen, sowie die zahllosen zeitgenössischen Broschüren und Flugschriften.

Die öffentlichen Äußerungen der Organisationen und der ihnen verbundenen Presse unterlagen durchweg meist kurzfristigen taktischen Zwekken. Die Zeitungen waren aktiver Bestandteil des Kampfes um die öffentliche Meinung und nicht etwa ein lediglich reflektierender Ausdruck derselben, wie dies ein Großteil der meist älteren pressehistorischen Arbeiten unterstellt. Zumindest die politische Berichterstattung, die nach den damaligen Gepflogenheiten der liberalen und demokratischen Presse stets mit politischer Stellungnahme verknüpft war, läßt sich nur dann hinreichend erfassen, wenn man sie unter Berücksichtigung ihrer politisch-taktischen Absichten in ihrem jeweiligen Sinnzusammenhang zu analysieren versucht. Als Quelle für die Untersuchung liberaler Weltanschauungen und Wertesysteme eignet sich die tagespolitische Berichterstattung nur bedingt.

Wie ein Überblick der Quellensituation zeigt, liegt es nicht am mangelnden Material, daß die Erforschung der politischen Geschichte der nationalen Verfassungsbewegung in den Reichsgründungsjahrzehnten noch immer viele Lücken aufweist. Im Gegenteil zwingt die Fülle der überlieferten Quellen dazu, eine vernünftige Auswahl zu treffen.

---

43 Die stenographischen Protokolle der Generalversammlungen des NV wurden zunächst gratis an die Vereinsmitglieder verteilt (V-Prot.NV (ms.), 7.10.1860, StadtB München, Akten NV), später nur noch an Teilnehmer und die Agenten kostenlos abgegeben. Auch die Teilnehmer an den Generalversammlungen von KdV, HT und AT erhielten je ein Exemplar der Protokolle kostenlos zugesandt. Der Rest der Auflage, beim NV 1860 z. B. insgesamt 12000 Exemplare (1864: 2000) wurde über den Buchhandel vertrieben.

44 Von der Notwendigkeit einer »Zensur« sprach Karl Brater bezüglich einer mißliebigen Rede K. T. Welckers auf der Generalversammlung des NV 1860, vgl. Brater an Baumgarten, 9.9.1860, BAP, Nl. Baumgarten, 4, Bl. 23 (auch erwähnt bei Francke an Ernst II., 6.9.1860, STA Coburg, LA A, 7192, Bl. 123); vgl. auch die Proteste der Vereinslinken Braunfels (BAP, Akten NV, 16, Bl. 230) und Bürgers (BAP, ebd., Bl. 232) gegen die Fassung ihrer auf der Generalversammlung von 1860 gehaltenen Reden. Im BAP, Nl. Bennigsen, 291, Bl. 10 ff., finden sich Fragmente handschriftlicher Originalprotokolle vom 16.10.1863, in der StadtB München, Akten NV, Fragmente vom 23.8.1861 und 11.11.1867.

Bedingungen nationaler Organisierung in Deutschland am Ende der 1850er Jahre

1. Überregionale politische Organisierung bis 1849

Welche Beispiele gab es für die überregionale oder gar nationale politische Organisierung in Deutschland? Auf welche organisatorischen Erfahrungen, Erfolge oder Mißerfolge konnten die politischen Wortführer der späten 1850er und 1860er Jahre zurückgreifen? Gab es Kontinuitäten personeller oder gar organistorischer Art? Und schließlich: welchen Einfluß besaßen die politische Reaktion und ihr polizeilicher Überwachungsapparat auf Zeitpunkt und Ausgestaltung der überregionalen Organisierung? Festzuhalten bleibt zunächst, daß gegen Ende der fünfziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts der Prozeß der nationalen Integration in Deutschland durch die Intensivierung der überregionalen Kommunikation erheblich fortgeschritten war. Die Verdichtung des Verkehrs und der Kommunikation beruhte auf zahlreichen Faktoren: der Zurückdrängung des Analphabetismus, der Expansion der Buch- und Zeitschriftenproduktion, der zunehmenden Binnenwanderung und der Revolutionierung der Verkehrsverhältnisse durch die Eisenbahn. Allein zwischen 1850 und 1870 wuchs auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reichs das Streckennetz von etwa 5 900 km auf beinahe 18 700 km, verdreifachte sich also. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Telegraphenstationen von 47 auf 2 405 an. Die Expansion der Kommunikation ist gleichzeitig als Ursache und Folge der durchgreifenden Industrialisierung Deutschlands zu begreifen, die nach 1850 in eine neue Phase beschleunigten Wachstums trat.[1] Die entscheidende Bedeutung gerade der Eisenbahn für die überregionale Organisierung liegt auf der Hand und ist schon für die Revolution von 1848/49 herausgestellt worden. Ohne ein funktionsfähiges Streckennetz wären die oft kurzfristig mittels Telegramm einberufenen Treffen der aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands stammenden Politiker nicht möglich gewesen. Vorstands- und Ausschußsitzungen und erst recht Vollversammlungen der hier behandelten Organisationen wurden immer in Städten abgehalten, die einen Knotenpunkt im Strecken-

1 Vgl. zur Industrialisierung unter starker Betonung der regionalen Differenzierungen H. Kiesewetter, 1989, S. 64 ff.; D. S. Landes, 1973, S. 186 ff.; W. Siemann, Gesellschaft im Aufbruch, 1990, S. 94 ff. Zusammenfassend zur Entwicklung der gesellschaftlichen Kommunikation W. Zorn, Wirtschaftliche Integration, 1973; H.-U. Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1, 1987, S. 303 ff., Bd. 2, 1987, S. 520 ff.; F. Zunkel, Kommunikation, 1989; H. Kiesewetter, ebd., S. 239 ff. (zitierte Zahlen S. 256 f., 264).

netz bildeten oder an einer bedeutenden Bahnstrecke lagen. Die gestiegene Mobilität stellte auch die Polizeibehörden vor neue Probleme. Man wisse, schrieb ein mit der Überwachung politischer Bestrebungen beauftragter Beamter aus Heidelberg schon 1854 konsterniert, daß Leute mit der Eisenbahn ankämen, die sich sofort in ein Haus begäben, »wo sich dann die Gesinnungsgenossen einfinden und daß diese Leute nach einigen Stunden Aufenthalt sich wieder auf der Eisenbahn weiterverfügen«.[2]

Im folgenden Abschnitt wird nur ein Teilaspekt des säkularen Prozesses der kommunikativen Integration Deutschlands genauer ins Auge gefaßt, nämlich die Entwicklung der überregionalen und nationalen Organisierung zu politischen Zwecken innerhalb der bürgerlichen Verfassungsbewegung. Die Beobachtung der Entwicklung von Organisationsstrukturen und -mustern der vormärzlichen und revolutionären Vereinszusammenschlüsse verdeutlicht den Erfahrungshorizont der Zeitgenossen der 1850er und 1860er Jahre; sie erlaubt es, die historischen Voraussetzungen und spezifischen Ausformungen derjenigen Verbände präziser zu erfassen, die im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen.

Am Beginn der Selbstorganisierung des Bürgertums standen die vornehmlich von akademischen Bildungsschichten und einigen reformwilligen Adeligen getragenen aufklärerischen Gesellschaften und Geheimbünde des ausgehenden achtzehnten Jahrhunderts. Von ihnen nahm die Selbstverständigung des Bürgertums über seine gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse ihren Ausgang. Die Tätigkeit der Gesellschaften war dabei vor allem nach innen auf die Schaffung eines Freiraums von den Zwängen der ständisch gegliederten Welt gerichtet. Ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele verfolgten die ökonomischen, patriotischen und Lese-Gesellschaften nur mittelbar durch persönliche Kontakte und Einflußnahmen; sie verzichteten darauf, sie in der Öffentlichkeit zu vertreten.[3] Auch die im Oktober 1818 gegründete Allgemeine deutsche Burschenschaft, die »erste überregional-national organisierte und programmatisch ausgerichtete Vereinigung« (Dann) in Deutschland, blieb als akademische Jugendbewegung sozial elitär und auf einen kleinen Personenkreis beschränkt, wie spätestens das Fiasko des Frankfurter Wachensturms offenlegte. Sie hing zudem mit ihren geheimbündischen Strukturen einem Organisationsmodell an, das spätestens seit dem sogenannten Tugendbundstreit an Attraktivität für die bürgerlich-liberale Bewegung verlor und sich mehr und mehr zur spezifischen Organisationsform der unter starkem Verfolgungsdruck stehenden frühen Handwerker- und Arbeiterbewegung entwickelte.[4]

---

2 Polizeibericht v. 20. 1. 1854, LHA-P, 10097, Bl. 21.

3 Zu den aufklärerischen Gesellschaften vgl. O. Dann (Hrsg.), Lesegesellschaften 1981; R.v. Dülmen, 1986; zu den Geheimbünden P. Ludz (Hrsg.), 1979; Überblicke auch bei F. Valjavec, 1978, S. 229 ff.; O. Dann, Anfänge, 1978.

4 Vgl. W. Hardtwig, Protestformen, 1986; ders., Studentische Mentalität, 1986; K. Luys, 1992; das Zitat bei O. Dann, Anfänge, 1978, S. 217; zur Bedeutung des Tugenbundstreits vgl. ders., Geheime Organisierung, 1979; zum Geheimbund als spezifischer Organisationsform der frühen Arbeiterbewegung vgl. W. Schieder, Anfänge, 1963, bes. S. 132 ff.

Größere Bedeutung für die künftige Entwicklung der politischen Organisierung des Bürgertums kam den Sänger- und Turnervereinen zu, die erstmals die *Öffentlichkeit* zum Organisationsprinzip erhoben. Durch die regelmäßige Veranstaltung lokaler und regionaler Feste trugen sie darüber hinaus erheblich zur Ausbreitung eines nationalen Bewußtseins und einer nationalen Symbolik bei.[5] Indem sie durch die Einbeziehung kleiner Handwerksmeister, Gesellen und gelegentlich auch Bauern die soziale Mobilisierbarkeit der unteren sozialen Schichten vorantrieben, leiteten sie jene »Wende des politischen Organisationsverhaltens« (Hauser) ein, die während der 1820er Jahre von den Griechenvereinen und ab 1831 von den Polenvereinen fortgeführt wurde. In den Griechen- und Polenvereinen, die nicht nur als Unterstützungvereine der jeweiligen nationalen Unabhängigkeitsbewegungen, sondern vor allem als innenpolitische Oppositionsbewegungen zu begreifen sind, übte man demokratische Verhaltensweisen ein, indem man Transparenz und Öffentlichkeit durch freie Vorstandswahlen und Rechenschaftspflicht der Funktionsträger zum Merkmal der inneren Organisationsstruktur erhob. Die Vereine brachten es zu einer überregionalen Verbreitung mit Schwerpunkt in den südwestdeutschen Gebieten, betrieben planmäßige Spendensammlungen und entwickelten durch regelmäßige Rundschreiben, Boten und gelegentliche ortsübergreifende Vereinskonferenzen institutionalisierte Formen der Kommunikation. Eine Zentralisierung und Hierarchisierung der Tätigkeit der Einzelvereine, sei es durch die Wahl eines förmlichen Vorortes oder gar durch die Wahl weisungsberechtigter Gremien, fand jedoch nicht statt.[6]

Eine höhere Organisationsstufe erreichte der ebenfalls wesentlich in Südwestdeutschland verbreitete Preß- und Vaterlandsverein, der in Kontinuität zu den Griechen- und Polenvereinen stand, aber als »das erste Beispiel eines verfassungsmäßig organisierten, politischen Zusammenschlusses oppositioneller Untertanen« deren Anlaßgebundenheit überwand und eine erheblich größere Handlungsintensität aufwies.[7] Erste Ansätze zu einer Zentralisierung der politischen Tätigkeit lassen sich an ihm beobachten. Mit einem Zentralkomitee und einer größeren Anzahl von Filialkomitees verfügte er über eine zweigliedrige Organisationsstruktur, mittels derer Presseerzeugnisse von der Zentrale an die mehr als 5 000 Mitglieder verteilt und Mitgliedsbeiträge kas-

---

5 Zu den Vereinen der Turner und Sänger vgl. D. Düding, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus, 1984; zur Bedeutung der politischen Feste vgl. ders. u. a. (Hrsg.), Öffentliche Festkultur, 1988; zur Entwicklung der nationalen Symbolik in scharfer Akzentuierung der »Sonderweg«-These vgl. G. L. Mosse, 1976. Die Kategorie der »bürgerlichen Öffentlichkeit«, unter deren idealtypisch gedachten Bedingungen räsonierende Privatleute die öffentliche Gewalt zum Gegenstand kritischer Reflexion erheben, ist zum Topos in der Bürgertums- und Vereinsforschung geworden. Die theoretischen Herleitungen bei J. Habermas, 1990.

6 Vgl. zu den Griechenvereinen C. Hauser, 1990; ferner G. Heydemann, 1989, bes. S. 39 ff., sowie A. Tischler, 1981 (zu den preußischen Westprovinzen). Zu den Polenvereinen unter Betonung der innenpolitischen Funktion E. Kolb, Polenbild, 1976; ferner J. Kosim, 1978; G. W. Strobel, 1982; H. Bleiber, Polenvereine, 1985.

7 Vgl. C. Foerster, Preß- und Vaterlandsverein, 1982, S. 134 ff.; dies., Sozialstruktur und Organisationsformen, 1983 (Zitat S. 152).

siert wurden; ferner besaß er zeitweise mit zwei nebenberuflichen Sekretären die ersten bezahlten »Parteifunktionäre«. Insgesamt wurde damit zweifelsohne ein Fortschritt an organisatorischer Effizienz erreicht.

Zumindest faktisch kam dem Zentralkomitee wegen der Verfügung über die Gelder und der Auswahl der zu unterstützenden Zeitungen und Journalisten eine starke Stellung zu, wenn es auch keinerlei Berechtigung zur Durchsetzung seiner politischen Linie gegenüber den Filialkomitees besaß, zumal ein klar umrissenes politisches Programm nie beraten oder verabschiedet wurde. Eine Delegiertenkonferenz, die die Mitgliedsvereine durch politische Beschlüsse hätte binden können, war ebenfalls nicht vorgesehen; die Einzelvereine blieben im Prinzip selbständig. In seiner Spätphase näherte sich der Preß- und Vaterlandsverein durch die Personalidentität des Zentralkomitees und des Frankfurter Filialkomitees dem in der Revolutionszeit dominierenden Typus der Vorortorganisation an. Sowohl für die Griechenvereine wie für die Preß- und Vaterlandsvereine wurde darauf hingewiesen, daß sie wegen ihrer Verbindungen zu einigen Parlamentsabgeordneten »Archetyp« (Hauser) oder »Protoform« (Foerster) moderner politischer (Komitee-)parteien gewesen seien.

Beschleunigt durch die sogenannte Rheinkrise erfaßte spätestens seit den 1840er Jahren das politisierte Vereinswesen als Massenbewegung – in unterschiedlicher Dichte zwar – das gesamte außerösterreichische Deutschland. Dazu trug außer der Aufhebung der »Turnsperre« auch das Aufkommen der protestantischen Lichtfreunde und ihrer Freien Gemeinden sowie vor allem der deutsch-katholischen Bewegung bei, die wegen ihres hohen Politisierungsgrades durchaus als Bestandteil der bürgerlichen liberalen und demokratischen Bewegung zu begreifen sind. Da sie sich auch als Oppositionsbewegung gegen innerkirchliche Hierarchien verstanden, verabsolutierten sie das Prinzip der Autonomie der einzelnen Gemeinde bzw. des einzelnen Vereins.[8] Einen Beitrag zur Weiterentwicklung der zur Verfügung stehenden Organisationsmodelle konnten sie daher nicht leisten.

Ebenfalls seit den 1840er Jahren bildeten sich durch die überregionale Presse, regelmäßige Briefkorrespondenz und private Gesprächskreise, wie die auf den Weingütern der Familien Itzstein und Buhl in Hallgarten und Deidesheim, oder durch wissenschaftliche Zusammenkünfte Ansätze zu einer in ständigem Kontakt stehenden nationalen bürgerlichen Elite aus, aus der ein wesentlicher Teil der parlamentarischen Führungsschicht in Vorparlament und Paulskirche hervorging.[9] Dieser noch nicht genügend erforschte Ver-

---

8 Vgl. J. Brederlow, 1976; F. W. Graf, 1978, bes. S. 132 ff.; S. Paletschek, 1990, bes. S. 52 ff., 62 ff., 144 ff.; über die geistesgeschichtlichen Zusammenhänge zwischen theologischem Rationalismus und der liberal-demokratischen Bewegung vgl. H. Rosenberg, Theologischer Rationalismus, 1972; zu den Deutschkatholiken als »dritter Säule« der nationalen Bewegung vgl. auch D. Düding, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus, 1984, S. 153 ff.

9 Vgl. zu den nationalen Kongressen der »Wissenschaftler und Doktoren«, der Philologen und »Germanisten« R. H. Thomas, 1951; zur Presse L. Bergsträsser, Deutsche Zeitung, 1937; zu privaten Kontakten mit weiterführenden Hinweisen I. Cervelli, 1983; die beste Quellensammlung dazu bieten P. Wentzcke/W. Klötzer (Hrsg.), 1959; zur Bedeutung der Universitäten für die nationale politische Sozialisation vgl. H. Best, Männer von Bildung und

netzungsprozeß, der sich losgelöst von der Entwicklung des Vereinswesens in den Bahnen informeller Honoratiorenpolitik vollzog, blieb ein Phänomen der bürgerlichen Bildungsschichten und bezog auch Wirtschaftskreise nur am Rande ein.

Die Revolutionen von 1848 trafen deshalb auf eine organisatorisch weitgehend unvorbereitete nationale bürgerliche Verfassungsbewegung, die plötzlich gezwungen wurde, jenseits informeller Beziehungsgeflechte auf der nationalen Handlungsebene zu operieren. Durch die Revolutionen und das aus ihnen hervorgegangene Frankfurter Nationalparlament erfuhren der Prozeß der nationalen Integration wie auch die organisationstypologische Entwicklung eine radikale Beschleunigung. Innerhalb und außerhalb des Parlamentes verfestigte sich nun die geistesgeschichtlich seit längerem vorbereitete und durch den Zerfall des Hallgartenkreises und die Versammlungen von Offenbach und Heppenheim bereits zu Tage getretene ideologische und organisatorische Spaltung der bürgerlichen Verfassungsbewegung in einen liberalen und einen demokratischen Flügel mit jeweils eigenen Fraktionen und Verbänden.[10] Zugespitzt formuliert verlief die eigentliche *parteibildende* Konfliktlinie während der Revolutionsjahre zwischen den Anhängern der konstitutionellen Monarchie, den Liberalen, und denen der Republik, den Demokraten. Dahinter verbargen sich nicht abstrakte Prinzipienstreitereien, die »politische Brisanz dieses Streites lag in der Verknüpfung von verfassungspolitischen und gesellschaftspolitischen Zielperspektiven, in der Verbindung von Verfassungsdiskussion und »sozialer Frage««. Die grundsätzliche Alternative war die zwischen einer sozial offenen oder einer sozial begrenzten Staatsbürgergesellschaft.[11]

Der eigentliche Antrieb zur Verfestigung der außerparlamentarischen Organisationsstrukturen auf überregionaler und nationaler Ebene ging von der demokratisch-republikanischen Seite aus. Auf dem ersten Kongreß republikanischer Vereine in Frankfurt vom 14.–17. Juni 1848 beschlossen die Demokraten einen Organisationsplan, der über die bisher bekannten Muster deutlich hinausging: der Plan sah einen dreistufigen Aufbau aus Lokalvereinen, Kreisausschüssen und dem durch den nationalen Kongreß eingesetzten Zentralausschuß vor. Die Kreisausschüsse sollten jeweils durch die Lokalvereine eines Bezirks gewählt werden und hatten die Aufgabe, die Kontakte zwischen den einzelnen Vereinen und dem Zentralausschuß zu vermitteln. Durch die regelmäßige Weitergabe politischer Lageberichte und detaillierter Mitgliederlisten von den Lokalvereinen über die Kreisausschüsse an die Zentrale sollte die innerverbandliche Kommunikation sichergestellt werden. Ungeachtet dieser straffen Organisation besaß der Zentralausschuß gegen-

---

Besitz, 1990, S. 136 ff., 145 ff.; zusammenfassende Hinweise bei J. J. SHEEHAN, Liberalismus und Gesellschaft, [3]1985, S. 210 ff., D. LANGEWIESCHE, Liberalismus in Deutschland, 1989, S. 37 f.

10 Vgl. die Skizze von H. BRANDT, Republikanismus, 1992, bes. S. 145 ff., sowie zur Entstehung der demokratischen Theorie im Vormärz P. WENDE, 1975. Zum Hallgartenkreis vgl. S. SCHMIDT, Hallgartenkreis, 1964; DERS., Hallgartenkreis, 1985; zusammenfassend I. CERVELLI, 1983.

11 Vgl. dazu vor allem D. LANGEWIESCHE, Konstitutionelle Monarchie, 1980 (Zitat S. 538).

über den angeschlossenen Vereinen keine Weisungsbefugnisse. Seine politischen Kompetenzen beschränkten sich allein auf das Recht zur regelmäßigen Übersendung politischer Dossiers und Empfehlungen, die jedoch keine Bindungskraft besaßen. Die praktische Umsetzung dieses im Vergleich zum Vormärz fortgeschrittenen Organisationsplans vollzog sich nur schleppend und partiell und mußte spätestens seit dem 2. Demokratenkongreß im Oktober 1848 als gescheitert gelten.[12]

Erfolgreicher war der Ende November 1848 gegründete Zentralmärzverein, der als breite Sammlungsbewegung gegen die fortschreitende Restauration demokratische und kooperationswillige liberal-konstitutionelle Vereine organisatorisch zusammenzufassen suchte. Den eigentlichen Zentralverein bildeten die beigetretenen Abgeordneten der Nationalversammlung, eine »Mischung aus Fraktionsausschuß und Vereinsdachorganisation« (Wettengel), dem sich zahlreiche Vereine oder Vereinsverbände anschlossen. Auch wenn der Zentralmärzverein keinen klar gegliederten Instanzenzug zur demokratischen Willensbildung ausformte, obwohl dies in der Tendenz seiner Entwicklung gelegen hätte, und auch wenn Beschlüsse, die die angeschlossenen Vereine binden konnten, nur durch das in den Statuten nicht vorgesehene Gremium des Vereinsdelegiertenkongresses möglich waren, so bedeutet er doch hinsichtlich der Kommunikationsdichte und der großen Zahl der angeschlossenen Vereine – Wettengel schätzt sie auf mehr als 1 000 – eine neue Qualität, zumal er mit seiner institutionalisierten Verbindung von Parlamentsfraktion(en) und Vereinen sowie einem nach rechts und links erkennbar abgegrenzten politischen Programm als die erste moderne politische Partei in Deutschland anzusehen ist.[13]

Den meisten Konstitutionellen ging diese Form der politischen Organisierung, die ihren Vorstellungen einer individualistischen, auf der Fiktion der Unabhängigkeit der Einzelperson beruhenden Honoratiorenpolitik widersprach, entschieden zu weit. Um jedoch das Vereinswesen nicht ganz den Demokraten zu überlassen, entschlossen sie sich aus der Defensive heraus zur Gründung des Nationalen Vereins als Dachverband der Vereine konstitutioneller Richtung. Der Nationale Verein wies gegenüber dem Zentralmärzverein einige charakteristische Unterschiede auf: an seiner Spitze standen keine Parlamentarier sondern ein lokaler Mitgliedsverein als »Vorort«, hier der Kasseler Bürgerverein, der sich lediglich als eine Art Korrespondenz-

---

12 Vgl. R. Weber, Centralausschuß, 1983; M. Botzenhart, Parlamentarismus, 1977, S. 338 ff. Der Organisationsplan ist abgedruckt bei W. Boldt, Anfänge, 1971, S. 126 ff. Hinweise auf die Tätigkeit von Kreisausschüssen bei D. Dowe, Aktion, 1970, S. 169 ff., und M. Seyppel, 1991, S. 67 ff. zum Rheinland (Köln); M. Wettengel, Revolution, 1989, S. 334 ff., zu Rheinhessen (Mainz); einen Überblick über die sieben preußischen Kreise gibt J. Paschen, 1977, S. 53 ff.

13 Die Definition der politischen Partei nach D. Langewiesche, Anfänge, 1978, S. 326. Das Statut des Zentralmärzvereins bei W. Boldt, Anfänge, 1971, S. 114 f. Vgl. zum Zentralmärzverein M. Botzenhart, Parlamentarismus, 1977, S. 398 ff.; R. Weber, Centralmärzverein, 1983, und neuerdings M. Wettengel, Centralmärzverein, 1991, der prononciert die These von dessen Parteicharakter verficht; zum föderativen Aufbau der württembergischen Volksvereine, die sich dem Zentralmärzverein anschlossen, vgl. W. Boldt, Volksvereine, 1970, S. 84 ff.

und Vermittlungsbüro verstand. Die Verbindung mit einzelnen Parlamentariern oder einer Fraktion lehnte man aus prinzipiellen Erwägungen ab. Auch war die Zahl der zusammengeschlossenen Vereine mit rund 160 erheblich geringer als beim Zentralmärzverein.[14]

Durch die Niederschlagung der Revolution sowie die Wiederbelebung des Deutschen Bundes und seiner politischen Polizei wurde die überregionale und nationale Organisierung für ein knappes Jahrzehnt vollständig unterbunden, ehe sich der »angestaute Organisationsdruck« (Tenfelde) gegen Ende der 1850er Jahre in einer Welle von Vereins- und Verbandsgründungen entlud. Faßt man die Ergebnisse der bisherigen organisationstypologischen Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Ausgangsfragestellung nach Vorbildern und Beispielen für die Liberalen und Demokraten seit 1858 zusammen, so kristallisieren sich vor allem drei Befunde heraus:

1. In den einzelnen Vereinen übten die Mitglieder, die neben lokalen Honoratioren aus Besitz und Bildung auch Handwerksmeister, kleine Gewerbetreibende und kleine Kaufleute umfaßten, den Umgang mit demokratischen Formen ein. Gewaltenteilung, freie Wahl der Vorstände, Transparenz der Entscheidungsfindung, Kontrolle der Vorstände durch Generalversammlungen und Rechenschaftsberichte, alles festgelegt in schriftlichen Satzungen, die gelegentlich auch »Verfassung« genannt wurden, bildeten in kleinen Strukturen modellhaft aus, was man auf die staatlichen Verhältnisse zu übertragen dachte. In den Vereinen fand eine »Fundamentaldemokratisierung« (Tenfelde) statt, die sich den Vereinsmitgliedern einprägte und die Erwartungshaltung gegenüber den Neugründungen der fünfziger und sechziger Jahre prägte.[15]

2. Eine Ausbildung von Vereinshierarchien fand nicht oder doch nur in Ansätzen statt. Die föderative Grundstruktur des Vereinswesens, bei der die Selbständigkeit der einzelnen Vereine weitgehend erhalten blieb, wurde auch von fortgeschritteneren Zusammenschlüssen wie dem Preß- und Vaterlandsverein und dem Zentralmärzverein im Grundsatz nicht in Frage gestellt, wenn auch faktische Zentralisierungstendenzen nicht zu übersehen sind. Die Vereinszusammenschlüsse spiegeln somit den Grad der nationalen Integration wider, denn zumindest für die Revolutionsjahre läßt sich dieses Organisationsmodell nicht mit dem Verweis auf polizeiliche Vorschriften erklä-

---

14 Zum Nationalen Verein und seinen verschiedenen mißglückten Vorläufern vgl. J. P. Eichmeier, 1968, S. 55 ff.; H. Gebhardt, 1974, S. 71 ff.; M. Botzenhart, Parlamentarismus, 1977, S. 389 f.; R. Luhn, 1983; zur Organisation des Nationalen Vereins vgl. die anonyme zeitgenössische Schrift: Darstellung der Gründung des Nationalen Vereins, 1848, S. 22 f.; die Statuten bei W. Boldt, Anfänge, 1971, S. 107 f. Im übrigen gelangte auch das konservative Vereinswesen der Revolutionsjahre nicht zur Ausbildung von Vereinshierarchien, vgl. W. Schwentker, 1988, S. 144 ff.

15 Auf die demokratischen Binnenstrukturen der bürgerlichen Vereine weisen übereinstimmend alle resümierenden und Spezialuntersuchungen hin. Beispiele: O. Dann, Anfänge, 1976, S. 226 f.; ders., Lesegesellschaften, 1981, S. 21; D. Düding, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus, 1984, S. 225 f., 234, 317; A. Tischler, 1981, S. 20 ff., 403; F. W. Graf, 1978, S. 109 f.; J. Paschen, 1977, S. 40 ff.; W. Boldt, Volksvereine, 1970, S. 89 f.; M. Wettengel, Revolution, 1989, S. 334 ff.; I. Tornow, 1976, S. 102 f.; E. Illner, 1982, S. 207 ff.; K. Tenfelde, 1984, S. 111 f.; T. Offermann, Vereinsprinzip, 1988, 46 ff.

ren. Eine einheitliche, zentral geplante und auf den Weg gebrachte Agitation und Aktion war unter diesen Bedingungen nur begrenzt möglich.

3. Insbesondere während der Revolutionsjahre läßt sich bei den Demokraten eine erheblich stärker ausgebildete Organisationsbereitschaft als bei den Konstitutionellen feststellen. In diesem Befund spiegeln sich die grundsätzlichen Konfliktlinien der Revolutionsjahre wider, indem die Demokraten als Anhänger einer »offenen Staatsbürgergesellschaft« sich auch innerhalb politischer Vereine dem Mehrheitsprinzip zu unterwerfen bereit waren. Insbesondere im demokratischen Vereinswesen bildete sich ein moderner Politikertyp heraus, der als öffentlichkeitsgewohnter Multifunktionär über Führungspositionen im lokalen Vereinswesen bis zum Parlamentarier aufsteigen konnte. Als frühe Protagonisten dieses Typus gelten zurecht auch die späteren Volkswirtekongreß- und Nationalvereinspolitiker Karl Braun und August Metz.[16] Die liberalen Politiker, denen es um schnellstmögliche Eingrenzung und Beendigung der Revolution ging, blieben dagegen einem Honoratiorenstil verpflichtet, der ganz auf informelle Beziehungsgeflechte und persönliche Unabhängigkeit setzte. Für sie verlor das »Clubunwesen« (Ludwig Karl Aegidi) nie seinen revolutionären Beigeschmack.

2. Das System der Reaktion und die Kontinuität der nationalen Verfassungsbewegung

a) Das System der Reaktion 1849–1859

Das »System der Reaktion«, das erst in den letzten Jahren durch die Arbeiten Wolfram Siemanns in seiner ganzen Komplexität und Effizienz dargestellt worden ist, brachte zwar nicht das gesamte politische Leben zum Erliegen, kanalisierte und kontrollierte es jedoch und schloß bestimmte Formen der politischen Betätigung vollständig aus.[1] Nachdem aufgrund der sogenannten »Reaktionsbeschlüsse« des reaktivierten Deutschen Bundes vom 23. August 1851 die Grundrechte aufgehoben und die während der Revolutionszeit vereinbarten Verfassungen in nahezu sämtlichen Staaten revidiert oder durch oktroyierte Verfassungen ersetzt worden waren[2], richtete sich das Vorgehen der Regierungen vor allem gegen die Pressefreiheit und das Vereinswesen, gegen die institutionellen Träger der öffentlichen Meinung. Grundsätzlich sind dabei zwei Handlungsebenen zu unterscheiden: die Bundesgesetzgebung und die legislativen und administrativen Maßnahmen der Einzelstaaten.

---

16 M. Wettengel, Revolution, 1989, S. 363.

1 Vgl. zur Praxis der Reaktion W. Siemann (Hrsg.), Polizeiverein, 1983; zum organisatorischen und rechtlichen Rahmen ders., Deutschlands Ruhe, 1985, S. 242 ff.; ders., Gesellschaft im Aufbruch, 1990, S. 25 ff.; E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 129 ff. Als Beispiel für die politischen Möglichkeiten des konstitutionellen Liberalismus in den 1850er Jahren vgl. B. C. Padtberg, 1985.

2 Vgl. E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 136; die Beschlüsse bei ders. (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 1.

Der Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854 und die mit ihm in Einklang stehenden einzelstaatlichen Preßgesetze regelten das Buch- und Pressewesen.[3] Unter formeller Beibehaltung der Zensurfreiheit stellte der Bundesbeschluß den Polizeien und Verwaltungen ein Instrumentarium zur Verfügung, das geeignet war, das wirtschaftliche Risiko für oppositionelle Verleger, Buchhändler und Drucker bis zur Unwägbarkeit zu steigern. Ihre Berufsausübung war nun von staatlichen Konzessionen abhängig, die bei Fehlverhalten ohne Gerichtsbeschluß allein auf administrativem Weg entzogen werden konnten. Die Hinterlegung hoher Kautionen, der drohende Entzug des Postdebits, Kollektivhaftung aller an Herstellung und Vertrieb beteiligter Personen, die Beschlagnahmung beanstandeter Nummern, alles flächendeckend für das gesamte Bundesgebiet geltend, ließen der demokratischen Presse keine Chance.[4] Wichtiger noch wurde der Bundesbeschluß zum Vereinswesen vom 13. Juli 1854.[5] Politische Vereine mußten ihm zufolge, falls sie nicht überhaupt landesrechtlich verboten waren, bei den Behörden unter Angabe ihrer Statuten und des Vereinszwecks um Genehmigung nachsuchen und ihre Übereinstimmung mit dem geltenden Recht beweisen. Das Fortbestehen politischer Vereine war auf diese Weise nicht grundsätzlich ausgeschlossen, entscheidend jedoch war, daß ihnen das Bundesrecht jede Verbindung untereinander versagte (§ 4). Durch dieses Affiliationsverbot blieb »jeder politische Verein ein isoliertes, regionales, zusammenhangloses Einzelereignis« und damit politisch kontrollierbar und gefahrlos.[6]

Ergänzt wurden diese Gesetze durch den sogenannten Polizeiverein, einen geheimen Nachrichtendienst der fünf Königreiche, Badens und Österreichs, der mit Wochenberichten und Polizeikonferenzen ein ausgeklügeltes und abgestimmtes System der Beobachtung politischer Strömungen institutionalisierte. In die Überwachung einbezogen wurden auch Staaten, die sich dem Polizeiverein nicht angeschlossen hatten: Preußen war zugleich für Hamburg, Lübeck, Mecklenburg und Anhalt zuständig, das Königreich Sachsen für Thüringen, das Großherzogtum Hessen, Nassau und Frankfurt, das Königreich Hannover für Kurhessen, Oldenburg, Braunschweig und Bremen.[7] Unter diesen Bedingungen waren alle Versuche zur überregionalen Organisierung von vornherein chancenlos. Der in der Literatur als Beleg für die organisatorische Kontinuität des konstitutionellen Liberalismus durch die fünfziger Jahre angeführte Literarisch-Politische Verein um den coburg-

---

3 Text bei E. R. Huber (Hrsg.), ebd, Nr. 3.

4 Vgl. E. Naujoks, Entstehung, 1975; W. Siemann, Gesellschaft im Aufbruch, 1990, S. 65 ff. Beispiele für wichtige demokratische Zeitungen, die der Unterdrückung zum Opfer fielen, bei A. Sauerteig, 1949 (F. Streits Coburger Tageblatt und seine Neue Deutsche Dorfzeitung), A. Biefang, 1993 (H. Beckers Westdeutsche Zeitung) und bei W. Siemann (Hrsg.), Polizeiverein, 1983 (G. Diezels Blätter der Zeit).

5 Text bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 4. Vgl. auch A. Hueber, 1984, bes. S. 122 ff.

6 W. Siemann, Gesellschaft im Aufbruch, 1990, S. 42. Beispiele für das Fortbestehen politischer bzw. »kryptopolitischer« Vereine in den fünfziger Jahren bei M. Wettengel, Revolution, 1989, S. 505 ff.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 262 ff.; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 82 ff.

7 W. Siemann, Deutschlands Ruhe, 1985, S. 259.

gothaischen Herzog Ernst II. eignet sich nicht zum Gegenbeweis.[8] Im Jahre 1853 gegründet war er ungeachtet seines Namens kein Bestandteil des bürgerlichen Vereinswesens, das auf den dargelegten Prinzipien von Öffentlichkeit und Offenheit für den Beitritt Gleichgesinnter basierte, sondern ein elitärer geheimbundähnlicher Zusammenschluß, nicht mehr als »eine lose Verbindung einiger Altliberaler, ohne Boden im Volke und ohne politische Initiative«, wie bereits Hermann Oncken feststellte.[9] Er stellte damit gleichsam einen organisationstypologischen Rückfall in die Zeit der napoleonischen Kriege dar. Die Tätigkeit des Vereins beschränkte sich auf die verdeckte Finanzierung und Herausgabe einer Handvoll politischer Broschüren und gelegentliche, nur 1854 intensivierte Versuche zur Beeinflussung einiger liberaler Zeitungen. Sein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Kontinuität der nationalen Verfassungsbewegung durch die fünfziger Jahre hindurch bestand einzig darin, daß er die Fortdauer persönlicher Kontakte und informeller Beziehungsnetze bewirkte. Grundsätzlich richtig bleibt deshalb die Feststellung, daß keine *organisatorische* Brücke existiert hat, »welche die politischen Vereine von 1848 und die seit 1859 einsetzende Parteibildung hätte verbinden können«.[10]

Erst die vorsichtig einsetzende innenpolitische Liberalisierung in Preußen seit dem Beginn der Regentschaft Wilhelms im Oktober 1858 veränderte die politischen und polizeilichen Rahmenbedingungen für die politische Organisierung und führte schließlich zum Zerfall des Polizeivereins. Zum eigentlichen epochalen Markstein wurde die Auseinandersetzung um die Unterdrückung des Deutschen Nationalvereins. Der im September 1859 gegründete Verein hatte in Coburg seinen Sitz genommen und forderte eine effektive deutsche Zentralgewalt und eine unmittelbar gewählte nationale Volksvertretung, die an die Stelle der bisherigen Bundesorgane treten sollten. Für dieses Ziel wollte er, wie er wiederholt erklärte, mit »allen gesetzlichen Mitteln« wirken. Da der Verein in seinem Programm zunächst wenig Zweifel daran aufkommen ließ, daß die preußische Regierung und ihr Monarch die angestrebte Zentralgewalt bilden sollten, entschied sich die preußische Regierung, den Nationalverein für die Ziele ihrer Vormachtpolitik in Deutschland einzuspannen und vorläufig zu tolerieren, ohne jedoch darauf zu verzichten, die Tätigkeit des Vereins genau zu beobachten. Eine solche Politik lag ganz auf der Linie der »moralischen Eroberungen«, von denen der Prinzregent zu seinem Regierungsantritt gesprochen hatte.

Die preußische Haltung forderte den Protest der deutschen Mittel- und Kleinstaaten heraus, die sich zu Recht durch die Programmatik des Natio-

---

8 Vgl. J. P. Eichmeier, 1968, S. 292. Zum Literarisch-Politischen Verein vgl. Ernst II., Bd. 2, 1888, S. 306 ff.; E. Tempeltey (Hrsg.), 1904, S. 7 ff., 20 ff.; O. Westphal, 1919, S. 32 ff.; J. P. Eichmeier, ebd., S. 282 ff.; E. Scheeben, 1987, S. 92 ff.; R. Herrmann, 1974, S. 188 ff.; R. Brütting, 1991, S. 31 ff.; auch die detaillierte Untersuchung von R. Hambrecht, 1993, überbewertet die Bedeutung des Literarisch-Politischen Vereins für die organisatorische Kontinuität der nationalen Bewegung.

9 H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 314; vgl. auch den spöttischen Artikel über »Die Kolonie »Neu-Gotha««» in der demokratischen Zeitschrift Jahrhundert 3 (1858), S. 273 ff.

10 W. Siemann, Gesellschaft im Aufbruch, 1990, S. 48

nalvereins in ihrer Souveränität in Frage gestellt sahen. Auf dem Baden-Badener Fürstentag im Juni 1860 bedrängten daher die Könige von Württemberg, Sachsen, Hannover und Bayern in einer verabredeten Aktion den preußischen König, den Nationalverein verbieten zu lassen.[11] Ihre Initiative endete mit einem Fehlschlag und präjudizierte bereits die Ergebnisse der 15. geheimen Polizeikonferenz in Stuttgart vom 6.–8. August 1860, in deren Mittelpunkt die weitere Behandlung des Nationalvereins stand. Der preußische Innenminister Schwerin hatte seinen Vertreter auf der Konferenz, den Berliner Polizeipräsidenten Zedlitz, instruiert, daß weder Veranlassung zum Verbot noch zum polizeilichen Einschreiten gegeben sei, solange sich der Nationalverein wie bisher in den gesetzlichen Schranken halte. Die Vertreter Württembergs und Badens blieben ohne die erhoffte preußische Rückendekkung reserviert und argumentierten, daß die Zeit für administrative Maßnahmen noch nicht gekommen sei. Weitere Versuche Dalwigks und Beusts, Bundesmaßnahmen gegen den Nationalverein zu erwirken, scheiterten ebenfalls am Widerspruch Preußens.[12] Damit war das Prinzip der Reaktionsdekade durchbrochen, unabhängig von Opportunitätserwägungen grundsätzlich jede überregionale Vereinsbetätigung zu unterbinden.[13]

Auch nach dem Zerfall des Polizeivereins dauerte die polizeiliche Überwachung und Verfolgung an. Die Volkswirtekongresse von 1858 und 1859, die Versammlungen des Nationalvereins auf nationaler und lokaler Ebene wurden weiterhin ebenso überwacht wie die Abgeordnetentage, insbesondere während der Schleswig-Holstein-Krise. Die Entscheidung über ein polizeiliches Einschreiten oder sogar das Verbot stand jetzt jedoch im politischen Ermessen der einzelstaatlichen Regierungen. Ihre administrativen Maßnahmen konzentrierten sich in der Folgezeit ganz auf den Nationalverein, der als politische Massenorganisation zu Recht als die gefährlichste Organisation galt. Förmliche Beitritts- und Betätigungsverbote gab es jedoch nur in Mecklenburg, Kurhessen, Hessen-Darmstadt sowie in Holstein und Lauenburg.[14] In Mecklenburg tolerierte die Regierung die Mitgliedschaft trotz des Verbotes vom 1. Oktober 1859 zunächst und schritt erst Ende 1863 ein. 43 Rostocker Bürger wurden zu Geldstrafen zwischen 5 und 20 T. oder mehrtägigen Haftstrafen verurteilt. Jahrelange rechtliche Auseinandersetzungen schlossen sich an, die der Nationalverein weidlich propagandistisch ausnutzte: er finanzierte eine Broschüre mit Aktenanhang über den Prozeß, erstattete den Betroffenen ihre Strafzahlungen und erwähnte das Thema immer wieder auf den Generalversammlungen und in seiner Wochenschrift.[15] Die

---

11 Vgl. Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 48 ff.; R. Brütting, 1991, S. 66 ff.

12 Vgl. W. Grube, Neue Ära, 1933, S. 99 ff.; G. Heck, 1968, S. 24 ff; E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 391 f; vgl. in diesem Zusammenhang auch die sächsische Denkschrift »Die Bestrebungen des Nationalvereins in ihrem Widerspruche mit der gesetzlichen Ordnung innerhalb des Deutschen Bundes und der Einzelstaaten«, Dresden [1860], LHA-P, 9540, Bl. 265 ff.

13 Zu den Diskussionen auf der Polizeikonferenz detailliert W. Siemann, Deutschlands Ruhe, 1985, S. 273 f., 299 ff. Vgl. auch das Votum Schwerins über den NV vom 18. 8. 60 in GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bl. 110 ff.

14 Vgl. dazu E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 392; L. O'Boyle, 1957, S. 341 ff.; P. Herrmann, 1932, S. 54 f., 87 f.

15 Zu diesen Vorgängen vgl. J. Wiggers, Aus meinem Leben, 1901, S. 202 ff., und die aus NV-Geldern finanzierte Broschüre J. Wiggers, Prozeß, 1865; M. Krempien, 1988, S. 123 f.

Hessen-Darmstädtische Regierung verbot den Nationalverein bereits mit ihrem Erlaß vom 21. September 1859. Darin wurden die Behörden angewiesen, gegen alle bekannten Mitglieder gerichtlich vorzugehen. Nachfolgende Massenbeitritte lösten eine Prozeßwelle aus und führten dazu, daß die Regierung die Verfolgungspraxis aufgab und zu stillschweigender Tolerierung überging. Am 7. Oktober 1862, nachdem die neugegründete Fortschrittspartei die absolute Mehrheit der Kammersitze gewonnen hatte, hob Dalwigk das Verbot auf.[16] In Kurhessen wurde der Verein durch Verordnung vom 26. Januar 1860 definitv verboten und so seine Ausbreitung bis ins Frühjahr 1862 verzögert.[17] In Holstein und Lauenburg erfolgte das Verbot unmittelbar nach der ersten offenen Mitgliederversammlung in Kiel am 17. Januar 1861.[18]

Außer der Möglichkeit des Betätigungsverbots standen den Regierungen noch andere Maßnahmen offen. Mit Schwierigkeiten hatten vor allem die beamteten Nationalvereinsmitglieder zu rechnen, insbesondere in Hannover, Sachsen, den thüringischen Staaten und nach Bismarcks Machtantritt auch wieder in Preußen. Ihnen drohten Beförderungsstop, Disziplinarstrafen und Entlassung. Des weiteren sind Beispiele überliefert, daß die Behörden denjenigen Wirtschaftsunternehmen Aufträge entzogen, die mit dem Nationalverein in Verbindung gebracht wurden.[19] Dies alles konnte die Entwicklung des Nationalvereins jedoch nicht mehr entscheidend hemmen, im Gegenteil, die Verbote lieferten ihm als Beweis für den reaktionären Charakter der Kleinstaaterei willkommene und häufig genutzte Gelegenheit zur Agitation.

b) Auf dem Weg zum Kompromiß: Konstitutionelle und Demokraten während der Reaktionsdekade

Im Frühsommer 1849 stand die nationale bürgerliche Verfassungsbewegung vor einem Scherbenhaufen: nicht nur die Revolution war gescheitert, auch die politischen und persönlichen Verwerfungen zwischen den Konstitutionellen und Demokraten schienen unüberwindbar. Symbolisiert wurde die Spaltung der nationalen Verfassungsbewegung durch die Situation des Juni 1849, als die einen im Stuttgarter Rumpfparlament auf ihre gewaltsame Vertreibung warteten, während die anderen in Gotha über ihre Zustimmung zur preußischen Unionspolitik berieten. Trotz dieser Ausgangslage organisierten sich seit Ende der 1850er Jahre viele der 48er-Konstitutionellen und 48er-Demokraten »unter der ausgesprochenen und bewußten Losung einer Koalition«[20] gemeinsam im Volkswirtekongreß, im Nationalverein, in den Fortschrittsparteien und im Abgeordnetentag und feierten diese auf die Natio-

16 G. Heck, 1968, S. 42 ff., 64, 78.

17 Vgl. die Einleitung von H. Seier zu ders., (Hrsg.), Akten, 1987, S. LX ff.; F. Oetker, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 126 ff., 144 f.

18 J. Wetzel, 1971, S. 137 ff.

19 Überblick bei H. Goldner, 1909, S. 39 ff., 55 ff. Hinweise bezüglich einiger thüringischer Kleinstaaten bei M. Wyrwol, 1952, S. 80 ff.; zu Hannover R. Le Mang, 1909, S. 29 ff., K. Kurmeier, 1923, S. 29 ff. In Leipzig wurde dem Advokaten Max Rose wegen seiner Mitgliedschaft im NV die Bestätigung als Stadtverordneter versagt, SZ, Nr. 93, 20. 2. 1863.

20 So Schulze über die Gründung der preußischen FSP an Bennigsen, 6. 6. 1861, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 4, 1910, S. 46 f.

nalstaatsgründung gerichtete Zusammenarbeit als »realpolitische« Wende; die Publizistik enthält eine Fülle von Belegen dafür, daß der Zusammenschluß der ehedem verfeindeten Richtungen planmäßig vorbereitet und in programmatischer Absicht durchgeführt wurde.[21] Die Voraussetzungen für diesen auf den ersten Blick verwunderlichen Vorgang lagen in den intellektuellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Reaktionsdekade begründet, die Wettengel als »die eigentlich konstitutive Phase der modernen deutschen Parteien« gekennzeichnet hat, während der die in der Revolution angelegten Tendenzen ihre charakteristische Ausformung und »realpolitische« Läuterung erfuhren.[22]

Die Erfahrung der gescheiterten Revolution war die Grundtatsache der bürgerlichen Verfassungs- und Nationalbewegung der fünfziger und sechziger Jahre. Die Mehrzahl der Beteiligten empfand das Ergebnis der Jahre 1848/49 als politisches und persönliches Versagen. Das gilt trotz aller unbezweifelbaren Folgen der Revolution, die von der durchgreifenden Politisierung der Gesellschaft über das gemeinsam erfahrene nationale Schicksal, das aus der kollektiven Erinnerung nicht mehr zu tilgen war, bis hin zur Konstitutionalisierung Preußens reichten. An einer generellen Überprüfung von politischer Theorie und Praxis kam kein politisch Denkender oder Handelnder vorbei. Die geistigen Früchte dieser Generalrevision, für deren Gesamtheit August Ludwig Rochau das populäre Schlagwort der »Realpolitik« geprägt hat, die Preisgabe des philosophischen Idealismus und die Hinwendung zu den Naturwissenschaften, die Aufwertung des historisch Gewachsenen und die Einbeziehung der materiellen Grundlagen der Gesellschaft in die politischen Überlegungen sind häufig beschrieben worden.[23] Für den Fortgang dieser Untersuchung interessiert vor allem die Frage nach den theoretischen und praktischen Konsequenzen, die die Konstitutionellen und Demokraten für die Organisierung der politischen Bewegung zogen und schließlich zum Gründungskompromiß der neuen Organisationen führten.

Begünstigt wurde die wechselseitige Annäherung der Konstitutionellen und der Demokraten durch den in den 1850er Jahren einsetzenden Generationswechsel innerhalb der bürgerlichen Eliten, der eine »neue pragmatische Führungsschicht« in einflußreiche Positionen brachte.[24] Allerdings

---

21 Vgl. z. B. die Artikelserien »Preußen und die Demokratie« und »Demokraten und Konstitutionelle« in VZ, Nr. 236–241, 8.–14. 10. 1858, Nr. 298–300, 22.–24. 12. 1859; K. Brater in BW, Nr. 24, 10. 9. 1859; H. Schulze, Flugblatt NV Nr. 1, 1860; L. Nagel in WSchNV, Nr. 13, 27. 7. 1860; G. Planck, 1861; L. A. Rochau in der WSchNV, Nr. 55, 16. 8. 1861; A. Lammers Artikel »Konstitutionelle und Demokraten« in der Zeit, Nr. 193, 15. 11. 1861; SZ, Nr. 397, 8. 8. 1863; O. Stillich, Bd. 2, 1911, S. 253, hielt das Zusammengehen der Demokraten und Konstitutionellen für den eigentlichen »politischen Fortschritt« im Parteileben der 60er Jahre; auf Länderebene ist dieser Prozeß für Württemberg durch D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 223 ff., umfassend untersucht.

22 M. Wettengel, Revolution, 1989, S. 503 f., 515 ff.

23 Vgl. F. Sell, ²1981, S. 176 ff.; J. P. Eichmeier, 1968, S. 249 ff.; A. Lees, 1974; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 188 ff.; J. J. Sheehan, Liberalismus, 1983, S. 95 ff.; M. Fassbender-Ilge, 1981, S. 108 ff.; T. Nipperdey, Deutsche Geschichte, 1983, S. 718 ff.; D. Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, 1989, S. 65 ff.

24 Vgl. z. B. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 449; L. Krieger, ²1972, S. 403 ff.; L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 74 f.; J. Wetzel, 1971, S. 84; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 160 f. (Zitat).

vollzog sich der Ablösungsprozeß nur langsam und kam erst nach der Gründung des Kaiserreichs zum Abschluß. Die pauschalisierende These vom Rückzug der abgewirtschafteten und resignierten Revolutionsliberalen ist Legende.[25] Die nachrückenden jüngeren Politiker waren unbefangener gegenüber den formalisierten Ritualen des Vereinswesens und der politischen Organisierung und aufgeschlossen gegenüber den Entwicklungen der modernen Industriegesellschaft. Das vormärzliche Ideal einer eher idyllischen Hausvätergesellschaft war ihnen fremd.

Aus den Kreisen der jüngeren Konstitutionellen stammten auch die ersten Überlegungen, die Vorteile der politischen Organisierung verstärkt für die liberal-konstitutionelle Richtung nutzbar zu machen. Der bedeutendste Entwurf kam von einem Mitglied des konstitutionellen Vaterländischen Vereins in Braunschweig, dem 24jährigen Redakteur der Deutschen Reichszeitung Hermann Baumgarten. Den konkreten Anlaß seiner Überlegungen bot die Gothaer Versammlung der konstitutionellen Liberalen, die über ihre Haltung zum preußischen Unionsprojekt berieten. Ausgehend von der Überlegung, daß die Schwäche der gemäßigten liberalen Richtung während der Revolutionsjahre »hauptsächlich in dem Mangel jeder Organisation« zu suchen sei, empfahl Baumgarten den Konstitutionellen, dem Vorbild der demokratischen Märzvereine zu folgen und die Verbindung zwischen Abgeordneten und den außerparlamentarischen Vereinen zu knüpfen; zu diesem Zweck sollten sich die versammelten Parlamentarier an die Spitze des Vereinszusammenschlusses stellen. In einigen Punkten ging Baumgartens Entwurf über das im Zentralmärzverein Erreichte hinaus. So schlug er vor, die Gothaer Versammlung möge ein Programm ausarbeiten, das einer Vereinsdelegiertenkonferenz zur Annahme vorgelegt und für sämtliche Mitglieder der angeschlossenen Vereine verbindlich werden solle. Um künftig die unteren Bevölkerungsschichten besser zu erreichen, empfahl Baumgarten des weiteren die Errichtung eines zentralen Pressebüros, das die lokalen Zeitungen mit regelmäßigen Mitteilungen und Korrespondenzen versorgen sollte. Sein Entwurf eines verbesserten Vereinszusammenschlusses sah also eine enge Verbindung dreier Elemente vor: der parlamentarischen Führungsspitze, eines verbindlichen Parteiprogrammes und einer planmäßig organisierten Parteipublizistik. Mit diesen Plänen, die Max Duncker der Gothaer Versammlung zur Annahme vorlegte, überforderte Baumgarten jedoch im Sommer 1849 die Handlungsbereitschaft der Konstitutionellen.[26]

Auch der in Form einer Broschüre verbreitete Organisationsentwurf des jungen Juristen Ludwig Karl Aegidi war auf die Gothaer Versammlung zugeschnitten. Aegidi, der sich gleich im Vorwort als ein »freimütiger Widersacher der Revolution« zu erkennen gab, teilte die Abneigung der Konstitutionellen gegen das bisherige Vereinswesen. Er anerkannte zwar die Not-

---

25 So zurecht T. Nipperdey, Deutsche Geschichte, 1983, S. 718; eine ausführliche Analyse des Generationenwechsels der liberal-demokratischen Elite erfolgt unten, achtes Kapitel.

26 Baumgartens Organisationsentwurf ist abgedruckt in der Beilage zur Deutschen Reichszeitung, Nr. 154, 30. 6. 1849; vgl. dazu J. P. Eichmeier, 1968, S. 180 ff.; H. Gebhardt, 1974, S. 131 ff.; zur Gothaer Versammlung G. Witzmann, 1917, S. 48 ff.; R. Weber, Von Frankfurt nach Olmütz, 1977.

wendigkeit der vereinsmäßigen Organisierung, versuchte aber, die konstitutionelle Führungsspitze weitgehend unabhängig vom Einfluß der einzelnen Vereine zu halten. Aus dieser Überlegung resultierte das eigentlich innovative Element seines Entwurfs, nämlich die Durchbrechung der föderalistischen Vereinsorganisation zugunsten eines zentralistischen Aufbaus. Aegidi plädierte für die Errichtung eines konstitutionellen Zentralbüros in Berlin, das sich auf ein Netz von lokalen Vertrauensmännern stützen sollte. Diesen Vertrauensmännern wurde die Aufgabe zugeschrieben, die von der Zentrale verfaßten Artikel und Broschüren in der örtlichen Presse und den angeschlossenen Vereinen zur Geltung zu bringen. Auch sollten sie die Ausbreitung des konstitutionellen Vereinswesens fördern. Nach dem Vorbild der evangelischen Gustav-Adolf-Vereine sollten die angeschlossenen Vereine ein bis zweimal pro Jahr, vor allem zu besonderen Anlässen wie Parlamentswahlen, zusammentreten. Ihre wichtigste Aufgabe sollte nach Aegidis Vorstellungen die Beschaffung der für die Pressearbeit benötigten Finanzen sein. Eine Beteiligung an der politischen Willensbildung wurde ihnen nicht zugestanden. Vereinsdelegiertenkonferenzen waren deshalb im Gegensatz zu Baumgartens Modell nicht vorgesehen.[27]

Obwohl beide Entwürfe nicht realisiert wurden, kam ihnen dennoch eine doppelte Bedeutung zu: einmal kennzeichneten sie einen Gesinnungswandel innerhalb des konstitutionellen Lagers, das die Notwendigkeit politischer Organisierung zunehmend anzuerkennen bereit war. Sowohl Baumgarten wie Aegidi gehörten später zwar nicht zu den Mitgliedern, aber zu wichtigsten Förderern und Beratern der organisierten nationalen Verfassungsbewegung. Darüberhinaus wurden in beiden Entwürfe spezifische Elemente der politischen Organisierung vorformuliert, die zehn Jahre später im Volkswirtekongreß und im Nationalverein realisiert wurden. Dazu zählen die Zentralisierung der politischen Macht in einem Zentralkomitee, ein für sämtliche Mitglieder verbindliches Programm, eine systematisch betriebene Pressepropaganda und die planmäßig organisierte Geldbeschaffung für die Aktivitäten der Zentrale.

Erleichtert wurde die Zusammenarbeit zwischen Konstitutionellen und Demokraten zudem durch die seit 1850 verstärkt einsetzende Industrialisierung. Sie bewirkte nicht nur ein »verändertes Relationsgefüge« (Faber) zwischen Staat und Bürgertum, die in wirtschaftlichen Fragen auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen waren.[28] In ihrem Gefolge beschleunigten sich auch die Klassenbildungsprozesse. Diese Vorgänge sind besonders für die entstehende Arbeiterklasse gut untersucht, sie ließen umgekehrt aber auch das bürgerliche Lager enger zusammenrücken.[29] Dabei verloren die

---

27 L. K. Aegidi, Zur Propaganda der national-konstitutionellen Partei, 1849; vgl. dazu H. Gebhardt, 1974, S. 140 ff.

28 K. G. Faber, Strukturprobleme, 1975, S. 222 f. (Zitat); vgl. zu den Auswirkungen in Württemberg D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S.S. 223 ff.

29 Vgl. dazu allgemein J. Kocka, Stand – Klasse – Organisation, 1979; ders.; Lohnarbeit und Klassenbildung, 1983. Seit den 1860er Jahren bildeten sich auch jene vier – besonders im Falle des politischen Katholizismus quer zu den Klassengrenzen verlaufenden – »sozialmoralischen Milieus«, das konservative, das liberale, das katholische und das sozialistische, aus,

prinzipiellen Auseinandersetzungen um die Staatsform, die die Revolutionsjahre geprägt hatten, gegenüber den zahlreich vorhandenen Gemeinsamkeiten an trennender Kraft. Dazu zählten ein machtstaatsbezogener Nationalismus, in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht die grundsätzliche Ablehnung der Staatsintervention sowie eine weitgehende Deregulierung des Wirtschaftslebens, ferner in der Verfassungspolitik der auf Gewaltenteilung und Verfassung fußende Rechtsstaatsgedanke. Theoretischen Niederschlag fand die Erkenntnis der gemeinsamen Interessenlage in der Propagierung des »Mittelstandes« als dem eigentlichen, dem »wahren Volk«, dessen Beschwörung zunehmend die vormärzliche Denkfigur des Dualismus zwischen »Volk« und »Staat« ersetzte. Rochau plädierte bereits ausdrücklich für die Bildung einer Mittelstandspartei aus den gesunden Kräften der Konstitutionellen, Gothaer und Demokraten.[30] Den Anspruch, als potentieller allgemeiner Stand die wohlverstandenen Interessen der gesamten Bevölkerung zu vertreten, gab man dabei zumindest in der Theorie noch nicht auf. Die politische Praxis der 1860er Jahre entsprach dem theoretischen Postulat allerdings nur sehr bedingt.

Ganz im Sinne der Mittelstandstheorie Rochaus versuchte Mitte der 1850er Jahre erstmals der württembergische 1848er-Demokrat Gustav Diezel[31] den Aufbau einer überregionalen politischen Organisation. Diezel hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Coburg auf, wo er mit Ernst II. und dessen Literarisch-Politischem Verein in Kontakt stand. Auch aus diesem Grund blieben seine in der Frühphase des Krimkriegs entwickelten Vorstellungen über die zu bildende »nationale Partei« nicht die Kopfgeburt eines Einzelnen, sondern dürften von einem Großteil der politisch interessierten liberalen Kreise zur Kenntnis genommen worden sein. Sie basierten auf dem Gedanken, in einem großen Krieg gegen Rußland die getrennten und verfeindeten bürgerlichen Lager in einer Art »verfrühtem Nationalverein« (Langewiesche) zusammenzuschweißen. Um den Zusammenschluß der ehemaligen Konstitutionellen und Demokraten zu ermöglichen, verzichtete Diezel auf nähere programmatische Erörterungen und kehrte sämtliche verfassungspolitischen Streitpunkte der Revolutionsjahre unter den nationalen Teppich. Auch seine organisatorischen Vorstellungen blieben bis auf die Tatsache recht vage, daß er ausdrücklich für eine Mittelstandspartei plädierte: sozial sollte sich die Vereinigung vor allem auf durch »Stellung, Besitz und Cha-

---

die dem deutschen Parteiensystem vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik hinein seine Festigkeit verschafften, vgl. R. M. Lepsius, 1973; vgl. neuerdings auch K. Rohe, 1992, S. 57 ff., der im Gegensatz zu Lepsius nur drei subkulturell geprägte Lager unterscheidet: das nationale (bestehend aus Konservativen und Liberalen), das sozialistische und das katholische.

30 A. L. Rochau, 1972 [1854], S. 140 ff.; vgl. allgemein T. Schieder, Krise, 1958, S. 187 ff.; J. J. Sheehan, Liberalismus, 1983, S. 105 ff.; ders., Liberalismus und Gesellschaft, 1985, S. 222 f.

31 Gustav Diezel (1817–1858), ev.: Theologie-Studium in Tübingen; während der Revolution im demokratischen Vereinswesen in Nürnberg aktiv; bereits im Mai 1848 Flucht in die Schweiz; 1850 Rückkehr, Tätigkeit als Journalist und politischer Publizist; 18 Monate Haft wegen Majestätsbeleidigung; Diezel ertrank 1858 in der Nordsee; vgl. NDB 3, S. 713; W. Siemann (Hrsg.), Polizeiverein, 1983, S. 104, Anm. 42.

rakter« hervorragende Männer stützen und jene Elemente fernhalten, von denen »massenhafte Demonstrationen und Emeuten« auszugehen pflegten.[32] Im Jahr 1855 besaßen Diezels Pläne jedoch keine Aussicht auf Realisierung. Abgesehen davon, daß die Polizeibehörden derartige Versuche ebenso unterdrückt hätten wie Diezels publizistische Unternehmungen, stießen seine Fusionspläne auch im demokratischen Lager zunächst noch auf Ablehnung. Der Gedanke einer Verschmelzung der ehemaligen Konstitutionellen und Demokraten war jedoch formuliert, und die Nationalvereinsgründer griffen wenige Jahre später ausdrücklich auf Diezel zurück.[33] Mit Lorenz Nagel wurde ein journalistischer Mitarbeiter Diezels sogar zum ersten Sekretär und späteren Geschäftsführer des Nationalvereins.[34]

Wenn man von der politischen Zusammenarbeit der Liberalen und Demokraten spricht, sollte nicht übersehen werden, daß die Ausgangsbedingungen für beide Richtungen völlig verschieden waren. Die Konstitutionellen befanden sich gegen Ende der 1850er Jahre in einer vergleichsweise günstigen Situation. Nach einer kurzen Phase der Desorientierung hatten sie sich ihrem beruflichen Weiterkommen gewidmet und Karrieren in der Wirtschaft, der Verwaltung und der Wissenschaft durchlaufen. In gesellschaftlich anerkannter Position hatten sie auch während der Reaktionsjahre über begrenzte Einflußmöglichkeiten durch bestimmte Presseorgane, die Handelskammern und die Gemeindegremien oder als Parlamentarier in den einzelstaatlichen Kammern verfügt. Auch war es den Konstitutionellen gelungen, die Landesgrenzen überschreitende persönliche Kontakte aufrecht zu erhalten. Selbst in den schwierigen Jahren 1853/54 sind mehr oder weniger regelmäßige Treffen liberaler Paulskirchenpolitiker belegt.[35] Außer den privaten Treffen stand man durch Briefwechsel, die Mitarbeit an verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften und durch den Literarisch-Politischen Verein Herzog Ernst II. in ständigem persönlichen Kontakt.[36]

Demgegenüber befanden sich die Demokraten in einer ausgesprochen schwierigen Situation. Ihre hervorragendsten und profiliertesten Köpfe saßen entweder im Gefängnis, lebten im europäischen oder amerikanischen Exil oder sie waren zur Untätigkeit verurteilt.[37] Politisch und gesellschaftlich

---

32 G. Diezel, Die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland, 1855. Eine detaillierte Untersuchung zu Diezel liegt nicht vor, vgl. jedoch D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 270 ff. (Zitat S. 245). Hinweise zur Überwachung Diezels und seiner publizistischen Unternehmungen bei W. Siemann (Hrsg.), Polizeiverein, 1983, S. 104 ff.

33 Vgl. z. B. den Artikel Nagels in der WSchNV, Nr. 13, 27.7. 1860; ferner Brater oder Lammers in SZ, Nr. 397, 8.8. 1863.

34 Während der 1850er Jahre hatte sich Diezel häufiger in Coburg aufgehalten und mit dem ersten Geschäftsführer des Nationalvereins, Fedor Streit, befreundet, vgl. F. Streit, 1877, S. 90.

35 So trafen sich z. B. Souchay, Gervinus, Mittermaier, Jucho, Duncker, Häusser und Jolly mehrfach in der Frankfurter Villa Juchos, in Heidelberg bei Häusser, Gervinus und Jolly oder bei Buhl in Deidesheim; vgl. die Polizeiakte über die »Gothaische Partei«, LHA-P, 10097.

36 Wenigstens zu nennen sind Aegidi, Baumgarten, Biedermann, Bluntschli, Brater, Droysen, M. Duncker, Francke, Freytag, Haym, Huber, Mittermaier, R. v.Mohl, Samwer und Veit, vgl. J. G. Droysen, Bd. 2, 1929; M. Fassbender-Ilge, 1981, S. 80 ff.; J. P. Eichmeier, 1968, S. 285 f.; R. Herrmann, 1974, S. 181 ff.

37 Zur desolaten Situation der preußischen Demokratie, die die Wahlbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht boykottierte, vgl. G. Grünthal, 1982, S. 98 ff., 194 ff., 433 ff.

isoliert mußten sie häufig unter schlechten Bedingungen einen Großteil ihrer Arbeitskraft für die Sicherung des Lebensunterhalts verwenden. Sie verfügten weder über Presseorgane noch waren sie zur Aufrechterhaltung regelmäßiger persönlicher Kontakte in der Lage. Durch die polizeilichen und administrativen Maßnahmen der Reaktionsregierungen war die demokratisch-republikanische Partei der Revolutionsjahre vollständig zerschlagen. Sie existierte gegen Ende der 1850er Jahre auch im Bewußtsein der Zeitgenossen nicht mehr.[38] Wie es um die Demokraten bestellt war, zeigt folgender Umstand: Ende des Jahres 1857 veröffentlichte die in Hamburg erscheinende neugegründete demokratische Zeitschrift »Das Jahrhundert« ein Verzeichnis der demokratischen Mitglieder der Paulskirche, des Rumpfparlaments und einiger Länderparlamente, das den Lesern wenigstens notdürftige Informationen über das Schicksal und den Aufenthaltsort ihrer politischen Gefährten an die Hand geben sollte.[39]

Für den erfolgreichen Wiedereintritt in das gesellschaftliche und politische Leben Deutschlands waren die Demokraten auf die Unterstützung der Konstitutionellen angewiesen.[40] Was stattfand, war daher weniger eine gleichberechtigte Fusion der alten Parteirichtungen als die »Assimilation der Demokraten an die Konstitutionellen«.[41] Eine wesentliche Rolle in diesem Prozeß spielten Zeitschriften wie das »Jahrhundert« (1856–59) und die »Demokratischen Studien« Ludwig Walesrodes (1860–61), die wegen der Zensurverhältnisse im vergleichsweise liberalen Hamburg erschienen. Beide Zeitschriften markierten den »realpolitischen« Reifeprozeß der Demokratie. In ihnen wurde die Ergänzung geisteswissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Naturwissenschaften propagiert, über die programmatische Neubesinnung der Demokratie nachgedacht und der Kompromiß mit den Liberalen ideologisch und theoretisch vorbereitet. Die stets beschworene Gefahr langwieriger und doktrinärer Programmdiskussionen in der Verfassungsfrage und der sozialen Frage versuchte man – ähnlich wie Diezel – durch die Betonung eines Konsens versprechenden Ziels zu vermeiden: die Errichtung eines deutschen Nationalstaats. Na'aman sieht in den Zeitschriften nicht zu Unrecht die »Abschiedsschrift der Demokratie, die zum Nationalismus übergeht«.[42]

---

38 Wichtige Äußerungen bei Hermann Becker, NrhVZ, Nr. 327, 26.11.1861 (auch als Flugblatt, HASt Köln, Nl. Becker, 37); J. Jacoby, Grundsätze, 1859; ders. an Bernstein, 16.11.1858, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 64 f.; Kinkel an Ruge, 7.5.1861, in: P. Nerrlich (Hrsg.), Bd. 2, 1886, S. 208 f.; Schulze an Henneberg, 26.11.1858, BVRB I, Bl. 13; ders. an Lammers, 4.12.1858, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 115 f.; Rodbertus an die VZ, 28.10.1858, in: K. Rodbertus, Bd. 2, 1971, S. 831 f.; vgl. auch T. Offermann, Preußischer Liberalismus, 1988, S. 110.

39 Jahrhundert 2 (1857/2), S. 1073 ff., 1132 f., 1141 ff., 1157 ff., 1171.

40 Vgl. z. B. Streit an Tafel, 28.7.1859, in: P. Herrmann, 1932, S. 124 f.: »Die deutsche Demokratie ist berufen und verpflichtet, sie ist es sich und dem Vaterlande schuldig, der Nation und allen Parteien in derselben mit gutem Beispiel voranzugehen und so sich eine Achtung, allen ihren Feinden und Gegnern Schweigen gebietende und sich Einfluß sichernde Stellung mitten aus ihrer bisherigen Zerrissenheit und Niedergedrücktheit heraus mit einem raschen, kühnen Entschluß zu erringen. Das ist die Auffassung, die mich bei dem Anschluß an das Eisenacher Programm [des NV] und bei meinem jetzigen Streben und Wirken für einen Kompromiß der Parteien geleitet hat.«

41 So S. Na'aman, Jüdische Aspekte, 1986, S. 299.

42 S. Na'aman, ebd., S. 299, Anm. 33. Wichtige Artikel im Jahrhundert, Bd. 1 (1856), S. 1 f.;

Viele der ehemaligen Republikaner waren somit 1858/59 bereit, ihre Forderung nach Einführung der Republik aufzugeben oder wenigstens zurückzustellen, wobei häufig nicht zu entscheiden ist, wann sie aus taktischen Motiven oder aus ehrlicher Überzeugung sprachen. Das öffentliche Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie war für sie die Voraussetzung für die Rückkehr auf die politische Bühne, die sich im Windschatten der Konstitutionellen vollzog. Die politische Kennzeichnung als »Demokraten«, die inzwischen im öffentlichen Sprachgebrauch einen geradezu denunziatorischen Charakter erhalten hatte, gaben sie dabei auf.[43] Wo der einstmals präzise Begriff »Demokrat« gelegentlich weiterhin benutzt wurde, bezeichnete er nicht mehr als eine irgendwie volksfreundliche »Gesinnung, kaum ein greifbares politisches Programm«.[44] Karl Brater besprach den begrifflichen Wandel in der Bayerischen Wochenschrift wie folgt: das Wort Demokrat bezeichnete ursprünglich

»die Anhänger der republikanischen Staatsform im Gegensatz zur aristokratischen und vor allem zur monarchischen. Aber dieser Gegensatz ist zur Zeit von sehr geringer praktischer Bedeutung. Wer im Herzen der Republik als der »besten Staatsform« zugetan ist, aber auf die Ausführbarkeit seines Ideals verzichtet, – der ist praktisch kein Republikaner. So verstanden gibt es im heutigen Deutschland kaum eine republikanische Partei und die überwiegende Mehrheit derjenigen, die sich Demokraten nennen, würde es mit gutem Grund ablehnen, wenn man als das Charakteristische ihrer Parteistellung ein Streben nach Verwirklichung der republikanischen Staatsform bezeichnen wollte«.[45]

Das bürgerliche Lager trat in den 1860er Jahren vor allem unter dem Signum der *nationalen Partei* an die Öffentlichkeit. Dennoch lassen sich innerhalb seiner politischen Organisationen verschiedene Strömungen unterscheiden, deren Benennung und Abgrenzung im folgenden kurz erläutert werden soll. Um die in der wissenschaftlichen Literatur verbreitete unreflektierte und widersprüchliche Etikettierung bürgerlicher Politiker als Liberale und Demokraten zu vermeiden, erweist sich eine definitorische Vorbemerkung als notwendig, zumal bereits der Sprachgebrauch der Zeitgenossen uneinheitlich war. Eine einfache Übernahme der parteipolitischen Zuordnung der Revolutionsjahre scheidet dabei nach dem bisher Gesagten aus. Die programmatische Kompromißstruktur des Nationalvereins und der Fortschrittsparteien, die unter der Fahne von Nationalismus und Nationalstaatsgründung Republikaner und Monarchisten, entschiedene Demokraten und Konstitutionelle

---

Bd. 2 (1857), S. 321 ff., 879 f., 949 f., 969 f.; Bd. 3 (1858), S. 449 ff., 562 ff., 583, 595 ff., 616 ff.; Bd. 4 (1859), S. 49 ff.; 129 ff., 196 ff.; 216 ff., 260 ff., sowie die Einleitung Bambergers zu den Demokratischen Studien. Dazu treffend T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 180 f.; ausführlich auch O. Wittner, Bd. 2, 1907, S. 332 ff.; H.-G. Böse, 1951, S. 240 ff.

43 Beispiele schon bei G. Mayer, Trennung, 1909, S. 7, Anm. 1. Der 1848er-Demokrat Venedey hatte auf die Teilnahme an der zweiten Eisenacher Versammlung, die zur Gründung des NV führte, aus Furcht, wegen seiner Vergangenheit ausgeschlossen zu werden, verzichtet, vgl. Schüler an Venedey, 30. 8. 1859, BAP, Nl. Venedey, Bl. 3 f.

44 T. Offermann, Preußischer Liberalismus, 1988, S. 111.

45 BW, Nr. 24, 10. 9. 1859.

zusammenbrachten, würde eigentlich die Überprüfung der jeweiligen politischen Zielsetzungen im Einzelfall erfordern, was allein schon wegen der Quellenlage häufig kaum zu leisten ist. Erschwert wird die Entwicklung griffiger und handhabbarer Kriterien, die eine nachvollziehbare Zuordnung der einzelnen Personen erlauben, auch dadurch, daß im Gegensatz zu den Revolutionsjahren eine eindeutig dominierende parteibildende Konfliktlinie in den 1860er Jahren nicht zu bestimmen ist. Die Frage von Republik und Monarchie war kein zur Entscheidung stehendes Thema, über wirtschafts- und sozialpolitische Probleme gab es kaum Streit, und die Wahlrechtsfrage, selbst die Frage nach einer faktischen Parlamentarisierung Preußens oder des künftigen deutschen Nationalstaats dienten vielen als taktisches Wechselgeld im Spiel um die Nationalstaatsgründung. All diese Probleme achtete man zwar nicht gering, sie waren aber bis zur Erreichung des Hauptziels der Nationalstaatsgründung nachgeordnet und kompromißfähig. Sie galten als »untergeordnete Nuancierungen in Fragen, die für die Gegenwart ohne praktischen Bezug sind«.[46] Eine Anordnung der innerbürgerlichen Strömungen um politisch-theoretische Grundaussagen herum würde deshalb die historische Wirklichkeit der Reichsgründungsära verfehlen.

Auch die Spaltung der Kompromißorganisationen seit 1864/65 vollzog sich nicht einfach, wie es der Gründungskompromiß nahegelegt hätte, nach dem Schema Demokraten – Konstitutionelle, sondern verwob sich in häufig unentwirrbarer Weise mit dem Föderalismusproblem, dem Problem von Bundesstaat und Einheitsstaat. Das galt nicht nur für die Entwicklung in den süddeutschen Staaten, sondern in abgeschwächter Form auch für Preußen. In der Auflösungsphase der Kompromißorganisationen kristallisierten sich eine größere Anzahl von Gruppen und Grüppchen mit jeweils unterschiedlichen kurzfristigen Zielsetzungen heraus, die programmatisch und organisatorisch kaum auf einen Nenner zu bringen waren, ehe sie sich im Kaiserreich entweder im liberalen oder im sozialistischen Lager wiederfanden. Das »Parteiensystem« der Revolutionsjahre mit seiner relativ klaren Trennung einer demokratischen und einer konstitutionellen Partei durchlief in den 1850er und 1860er Jahren einen durchgreifenden Wandel, der erst im Kaiserreich mit der Formierung des in drei »Lager« aufgespaltenen Fünfparteiensystems aus Konservativen, Nationalliberalen, Linksliberalen, Katholiken und Sozialisten einen vorläufigen Abschluß fand.

Die im folgenden verwendete Terminologie knüpft an die Arbeiten Offermanns an, der als erster westdeutscher Forscher die Definitionsbemühungen der DDR-Geschichtswissenschaft, insbesondere des Jenaer Arbeitskreises zur Parteiengeschichte, rezipiert, und deren Ergebnisse weiterentwickelnd genutzt hat. Dabei hat er unter grundsätzlicher Beibehaltung des Jenaer Schemas auf das unbrauchbare Kriterium einer ökonomisch begründeten Klassenzugehörigkeit zur Kennzeichnung der politischen Zuordnung verzichtet. Als Unterscheidungsmerkmale dienten ihm vielmehr ein inhaltliches und ein formales Moment: erstens die praktische, bewußt intendierte Politik der bürgerlichen nichtkonservativen Politiker, und zweitens ihr Ver-

46 So die SZ, Nr. 149, 22. 3. 1862.

hältnis zur organisatorischen Einbeziehung breiterer Volksschichten in die politische Aktion.[47] Diese Kriterien können zwar die angedeuteten Schwierigkeiten nicht befriedigend lösen, sie erlauben aber für die Zeit zwischen 1857 und 1866/71 eine wenigstens einigermaßen handhabbare Klassifizierung, wenn auch die Zuordnungen im Einzelfall immer anfechtbar bleiben mögen. Präzise abzugrenzen sind eigentlich nur die Gruppen am rechten und linken Rand der bürgerlichen Verfassungsbewegung, die sich auf die Kompromißbildung nicht einlassen wollten und den darauf basierenden Organisationen fern blieben. Ein weiterer Mangel dieses Modells liegt darin, daß es das Föderalismusproblem nicht erfaßt, das seit 1864 die Parteibildungen vorübergehend *mit*bestimmte. Diese Nachteile werden jedoch dadurch aufgehoben, daß die Terminologie bereits in die Forschung eingeführt ist und Vergleichbarkeit herstellt. Nach dieser Terminologie, die sich in erster Linie als eine pragmatisch begründete Sprachregelung versteht, lassen sich fünf Richtungen innerhalb der liberal-demokratischen nationalen Verfassungsbewegung unterscheiden, von denen in den hier untersuchten Organisationen die Gruppen 2 bis 4, die gemäßigten oder Rechtsliberalen, die Linksliberalen und die gemäßigten Demokraten, dominierten.

1. die *Altliberalen:* sie strebten als unbedingte Anhänger der konstitutionellen Monarchie, zum Teil sogar der preußischen Dynastie, einen preußisch geführten nationalen Bundesstaat an; sie befürworteten die Ministeranklage, lehnten jedoch das parlamentarische System sowie das allgemeine Wahlrecht grundsätzlich ab. In ihrem Organisationsverhalten blieben sie weitgehend dem Typus der Honoratiorenpolitik verhaftet und beteiligten sich im Normalfall nicht am Nationalverein oder an den Fortschrittsparteien. Beispiele: Heinrich v. Arnim, Baumgarten, Biedermann, Bluntschli, Max Duncker, Francke, Freytag, Häusser, Haym, Lette, Mathy, Meier, Patow, Vincke.

2. die *gemäßigten (Rechts-) Liberalen:* sie waren als Anhänger der konstitutionellen Monarchie gegenüber einer Parlamentarisierung des politischen Systems überwiegend ambivalent eingestellt; sie organisierten sich in den Fortschrittsparteien, deren rechten Flügel sie bildeten (in Preußen auch im linken Zentrum), und waren unter Bedingungen bereit zur Zusammenarbeit mit 1848er-Demokraten. Beispiele: Marquard Barth, Bennigsen, Braun, Cetto, Forckenbeck, Grumbrecht, Jordan, Lammers, Lehmann, Michaelis, Oetker, Planck, Reyscher, Rochau, Werner Siemens, Unruh.

3. die *Linksliberalen:* sie stammten in der Regel aus der 48er-Demokratie und wurden aus Überzeugung oder Taktik Verfechter der konstitutionellen, teilweise auch der parlamentarischen Monarchie. Sie befürworteten oder akzeptierten wenigstens das allgemeine Wahlrecht, betrieben Massen- und Arbeiteragitation und organisierten sich in den Fortschrittsparteien und im Nationalverein. Beispiele: Crämer, Franz Duncker, Henneberg, Hoverbeck, Fetzer, Fries, Georgii, Joseph, Knorr, F. Lang, Löwe-Calbe, Metz, Sigmund Müller, Schulze-Delitzsch, Tafel, Moritz Wiggers.

---

47 Vgl. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 28 ff. und ders., Preußischer Liberalismus, 1988, mit den Nachweisen der einschlägigen DDR-Literatur. R. Aldenhoff, 1984, S. 118 f., hat Offermanns modifiziertes Schema übernommen.

4. die *gemäßigten Demokraten:* sie waren Anhänger der Volkssouveränität und der Republik, hielten beides allerdings für vorläufig nicht realisierbar und waren deshalb aus taktischen Erwägungen zur Zusammenarbeit mit Liberalen auf der Grundlage der konstitutionellen Monachie bereit; sie organisierten sich in den Fortschrittsparteien und im Nationalverein. Die Revolution wurde von ihnen nicht forciert, aber als letztes Mittel dennoch akzeptiert. Beispiele: Becker, Büchner, Eckardt, Frese, Haußmann, Jacoby, Lüning, Mayer, Pfau, Streckfuß, Trabert.

5. die *revolutionären Demokraten:* sie bildeten eine kleine Gruppe von Einzelpersonen, die als überzeugte Republikaner die Revolution als unmittelbaren Bestandteil ihrer politischen Strategie auffaßten und die Fortschrittsparteien, abgesehen von kurzfristigen taktisch bedingten Annäherungen, bekämpften. Beispiele: Bebel, Fein, Lassalle, Liebknecht, Nauwerck, Rüstow, Schweigert, Sonnemann, Streit, Struve, Temme.[48]

---

48 S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 33 ff., unterscheidet lediglich drei Gruppierungen: konstitutionelle Liberale oder Rechtsliberale (hier Gruppen 1 und 2), parlamentarisch orientierte Linksliberale oder Liberaldemokraten (hier Gruppen 3 und 4) und eine jakobinische Linie der »totalitären Massendemokratie«, als deren Hauptvertreter für die sechziger Jahre er Lassalle ansieht (hier Gruppe 5).

Der Kongreß deutscher Volkswirte

1. Der Kongreß deutscher Volkswirte als nationalpolitische Organisation

Der Kongreß deutscher Volkswirte war die erste nationsweite Organisation des Bürgertums mit politischem Charakter, die sich nach der Niederschlagung der Revolution etablierte. Im September 1858 in Frankfurt a. M. gegründet, verstand er sich laut Satzung als Organ zur Förderung und Popularisierung nationalökonomischer Erkenntnisse und einer grundlegenden Wirtschaftsreform, die er durch die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu fördern gedachte. Auf seinen Versammlungen wurden Gewerbefreiheit, Genossenschaftswesen, Freizügigkeit, Münzvereinheitlichung, Zollvereinsreform, Handelsverträge und andere auf eine Vereinheitlichung der Normen und Deregulierung des Wirtschaftslebens zielende Themen besprochen und der jeweilige Standpunkt in Resolutionen festgehalten. Von den zahlreichen Versammlungen von Berufsverbänden und anderen wirtschaftlichen Zusammenschlüssen wie denen »der Land- und Forstwirte, der Techniker und Ingenieure, der Reeder, der Industriellen, Kaufleute, Handwerker, der großen Handelsbanken, und der sehr verdienstlichen Volksbanken« hob sich der Volkswirtschaftliche Kongreß durch seinen umfassenden Anspruch deutlich ab. Nach den Worten Karl Brauns, des Vorsitzenden der jährlichen Versammlungen, bestand die Aufgabe des Volkswirtschaftlichen Kongresses darin, »den Zentralpunkt für alle diese wirtschaftlichen Bewegungen zu bilden; in ihm sollen alle diese wirtschaftlichen Bestrebungen ihren Ausdruck, ihre Vermittlung, ihre Klärung finden. Der Kongreß hat noch einen weit höheren Beruf dadurch, daß er nicht einzelne Stände, sondern die wirtschaftlichen Interessen [. . .] des gesamten deutschen Vaterlands vertritt; der Kongreß ist damit der Repräsentant der großen gemeinsamen volkswirtschaftlichen Interessen des deutschen Reichs oder, da wir für jetzt leider noch nicht so sagen können, der Interessen der deutschen Nation«.[1]

Bereits die selbstbewußt formulierte, auf eine Art volkswirtschaftliche Nationalvertretung zielende Aufgabenstellung macht verständlich, warum der Zusammentritt des Kongresses trotz seines auf den ersten Blick rein wirtschaftsbezogenen Charakters ein Politikum erster Ordnung darstellte. Die Polizeibehörden hatten in den fünfziger Jahren das politische Vereinswesen stark eingeschränkt und insbesondere alle über die Landesgrenzen

1 Verhandlungen KdV III (1860), S. 3.

hinausgehenden Verbindungen strikt unterbunden. Wenn jetzt eine nationsweite Organisation im Entstehen begriffen war, bildete sie einen Kristallisationspunkt für die aus ihren kommunikativen Zusammenhängen gerissenen ehemaligen Paulskirchenpolitiker, aber auch für die im Schatten der Reaktion herangewachsene jüngere Politikergeneration. Böhmert sah im Rückblick die politische Bedeutung des Kongresses vor allem darin, daß er »nach langer Stagnation der nationalen Bestrebungen zum ersten Male wieder Männer aus allen deutschen Staaten zur öffentlichen Diskussion über nationale Lebensfragen zusammenrief«.[2]

Für viele der Teilnehmer an den ersten Volkswirtschaftlichen Kongressen spielten politische Motive eine mindestens ebenso große Rolle wie wirtschaftspolitische Interessen. Pickford sprach im Zusammenhang mit dem Kongreß von der »Wiederaufnahme des politischen Kampfes« und Lammers stellte sofort den Zusammenhang zum fehlenden Nationalparlament her.[3] Ein Überwiegen der politischen Interessen wird man auch für Rudolf von Bennigsen, Karl Biedermann, Karl Brater, Karl Cetto, Karl Francke, Gustav Freytag, Hugo Fries, Friedrich Wilhelm Henneberg, Julius Knorr, Karl Mathy, Gottlieb Planck, Hermann Schulze-Delitzsch und Georg Varrentrapp unterstellen können, die allesamt später in den Ausschüssen des Nationalvereins oder des Abgeordnetentags saßen oder in engsten Beziehungen zu ihnen standen.[4]

Es wäre daher verfehlt, aus der Tatsache, daß die Bestrebungen zur nationalen (Re-) Organisierung unter dem Signum eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses begannen, vorschnell eine Änderung der politischen Prioritäten oder sogar eine Entpolitisierung des Bürgertums abzuleiten. Auch unter den Bedingungen einer nachlassenden Repression war es wenigstens solange geboten, die politischen Absichten zu verhüllen, bis man die neu zugestandenen Freiräume ausgemessen hatte. Denn das gesamte Polizeivereinssystem des Deutschen Bundes war im Jahre 1858 noch voll funktionsfähig und erlebte sogar einen gewissen Aufschwung, bevor es im Laufe des folgenden Jahres zerfiel. Daß die volkswirtschaftlichen Beratungen nur den »ostensiblen Kern« der Beratungen des Volkswirtekongresses darstellten, während man den »wahren Kern«, nämlich den Versuch, die »zerstreuten Führer der Revolution wieder zu sammeln und zu einigen«, absichtlich verberge, konstatierten auch die mit der Sache befaßten Polizeibehörden mit Sorge.[5]

---

2 V. Böhmert, Rückblicke, 1900, S. 20 f.

3 Vgl. Pickfords Eröffnungsaufsatz der Volkswirtschaftlichen Monatsschrift 1 (1858), S. 1 ff., sowie Lammers Aufsatz mit dem Titel »Heutige und künftige Volksvertretung«, ebd., S. 483 ff.

4 Vgl. R. Zeise, Kongreß deutscher Volkswirte, 1980, S. 153.

5 Auszug eines Polizeiberichtes, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 1104, Nr. 7, Bd. 2, Bl. 15 f.; ein Verzeichnis der Teilnehmer am KdV I (1858) ebd., Bl. 30 ff.; ähnlich LHA-P, 9540, Bl. 184 f.; weitere Hinweise für die Überwachung des KdV und anderer volkswirtschaftlicher Vereine (auch der Kredit- und Vorschußvereine Schulze-Delitzschs) bei W. Siemann (Hrsg.), Polizeiverein, 1983, S. 181 f., 189 ff., 198; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 170; R. Zeise, Kongreß deutsche Volkswirte, 1980, S. 150; R. Aldenhoff, 1984, S. 110, Anm. 28.

Untersucht man die Teilnehmerlisten der Volkswirtschaftlichen Kongresse im Ganzen, so fällt die verhältnismäßig geringe Zahl von Agrariern, Kaufleuten, Industriellen und Bankiers ins Auge, wenn ihr Anteil auch seit 1863 wuchs. Unter den 110 Teilnehmern der ersten Versammlung in Gotha 1858 befanden sich lediglich 9 Kaufleute, 6 Handwerksmeister, 1 Fabrikbesitzer, 4 Bankangestellte und 2 Gutsbesitzer, das bedeutet einen Anteil von rund 20%. Den Großteil der Anwesenden stellten Beamte, Anwälte, Journalisten, Professoren und Schriftsteller. Ähnliches gilt für die Kongresse in Frankfurt, Köln, Stuttgart und Weimar der Jahre 1859–62. Zumindest in seiner Anfangsphase war der Volkswirtekongreß eindeutig bildungsbürgerlich dominiert, ehe sich ein gewisses Gleichgewicht einstellte.[6]

Der Volkswirtekongreß formulierte und vertrat besonders im Bereich der Sozial- und Arbeiterpolitik mit zunehmender Bewußtheit spezifisch bürgerliche (Klassen-) Interessen. In einem offensichtlichen, gleichwohl unaufgelösten Widerspruch dazu stand, daß man noch immer mit dem aus vormärzlicher Tradition stammenden Allgemeinvertretungsanspruch für alle progressiven Tendenzen der Gegenwart argumentierte. Ein herausgehobenes Beispiel bot Viktor Böhmert in dem von ihm formulierten Gründungsaufruf: »Wir wollen nicht einen einzelnen Stand und seine speziellen Interessen vertreten. Nur wer sich dessen bewußt ist, daß seine Interessen zugleich denen der Gesamtheit des Volkes entsprechen, soll uns mit seinen berechtigten Interessen willkommen sein«.[7] Ungeachtet seiner immer deutlicher zutage tretenden schichtenspezifischen Verhaftung war der Kongreß deutscher Volkswirte während des Untersuchungszeitraums weder nach seinem Selbstverständnis noch nach seiner sozialen oder regionalen Mitgliederstruktur eine Interessenvertretung des freihändlerischen Bürgertums im engeren Sinne.[8] Auch die Debatten der jährlichen Vollversammlungen, die vor allem dann kontrovers verliefen, wenn nationalpolitische Gesichtspunkte berührt wurden, bieten für eine solche Auffassung keinerlei Anhaltspunkte.

---

6 Zusammengestellt nach der offiziellen Teilnehmerliste, Verhandlungen KdV I (1858), S. 2. R. Zeise, Kongreß deutscher Volkswirte, 1985, S. 280, dessen Zahlen auf einem von den Polizeibehörden aufgestellten Teilnehmerverzeichnis beruhen, nennt 9 Kaufleute und 2 Bankiers. Vgl. auch die Zahlen bei G. Stalmann, 1926, S. 96 f., die sich auf den Zeitraum 1858–85 beziehen, wobei eine relative Abnahme der bildungsbürgerlichen Dominanz festzustellen ist: von 4685 berufsmäßig identifizierten Teilnehmern der Kongresse (bei insgesamt 5211 Personen) waren 22% Kaufleute, 4,7% Landwirte, 7,96% Fabrikanten, 4,4% Handelskammervertreter, 4,3% Direktoren und Vertreter von Handelsgesellschaften, 2,8% Bankenvertreter. Der Rest, also über 52%, waren Juristen, Publizisten, Beamte, Wissenschaftler aller Art. Zur Entwicklung der Teilnehmerzahlen nach G. Stalmann, ebd., S. 97: 110 (1858), 155 (1859), 185 (1860), 351 (1861), 244 (1862), 149 (1863), 179 (1864), 128 (1865); zur regionalen Zusammensetzung: 1858 (Gotha): 31,6% Norddtl., 62,7% Mitteldtl., 2% Süddtl., 31,8% Versammlungsort; 1861 (Stuttgart) 17,1%, 11,4%, 68,6%, 38,5%; 1864 (Hannover) 82,7%, 14,5%, 1,7%, 34,1%; 1865 (Nürnberg) 28,9%, 12,5%, 54,7%, 42,2%.

7 BrHbl., Nr. 293, 23. 5. 1857. Zur liberalen Sozialpolitik als »bewußter und reflektierter Stellungnahme im sich verschärfenden öffentlichen Parteikampf« (und nicht als bloß verfehlter Lösungsansatz, als der sie bei W. Conze, 1973, erscheint) nachdrücklich T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 188 ff. (Zitat S. 189).

8 So jedoch H. Böhme, Deutschlands Weg, 1966, S. 87 f. u. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 171.

Im Zusammenhang der vorliegenden Untersuchung, deren Hauptinteresse der nationalen Verfassungsbewegung als einer *politischen* Bewegung gilt, kommt dem Volkswirtekongreß unter zwei Aspekten besondere Bedeutung zu. Zuerst ist sein bereits angedeuteter Beitrag zur Ausbildung des liberaldemokratischen Organisationsgeflechts und seine spezifische Funktion innerhalb desselben zu nennen. Auf dem Boden des Kongresses bot sich für die zerstrittenen 48er-Konstitutionellen und 48er-Demokraten und die nachrükkende Generation erstmals die Gelegenheit, abgerissene Kontakte wieder aufzunehmen, neue Bekanntschaften zu knüpfen, Vorbehalte zu überwinden und die Zusammenarbeit auf vergleichsweise übersichtlichem Terrain zu erproben. Der Volkswirtekongreß wirkte auf die im Entstehen begriffene nationale Führungsgruppe elitebildend. Mehrere wichtige Elemente seines organisatorischen Aufbaus und seiner Geschäftsordnung dienten den in der Folgezeit entstehenden Verbänden zum Vorbild. Unter Ausnützung der neu geschaffenen Kommunikationsstruktur des Volkswirtschaftlichen Kongresses erfolgte schließlich 1859 die Gründung des offen politischen Deutschen Nationalvereins, der sich im Anschluß an die zweite Versammlung der Volkswirte konstituierte. Auch die Gründung der preußischen Fortschrittspartei nahm bekanntlich von einer Versammlung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft für Ost- und Westpreußen ihren Ausgang.[9] Innerhalb des bürgerlichen Organisationsgeflechtes fiel dem Kongreß in der Folgezeit die Aufgabe zu, diejenigen altliberalen Politiker und liberal gesinnten Wirtschaftsführer wenigstens am Rande mit einzubeziehen, die zu einer Mitwirkung etwa am offen politischen Nationalverein mit seiner Massenbasis unter keinen Umständen bereit gewesen wären.[10] Darüber hinaus boten wirtschaftspolitische Fragen am ehesten eine Möglichkeit, mit den Regierungen, insbesondere der preußischen, Beziehungen anzuknüpfen und von ihnen als Gesprächspartner akzeptiert zu werden.

Zum zweiten widmete sich der Kongreß auf seinen Generalversammlungen und in seinen Publikationen einigen nationalpolitisch besonders wichtigen Themen. Zu nennen sind vor allem die Auseinandersetzungen um den preußisch-französischen Handelsvertrag, die sich in Verbindung mit den Problemen einer Zollvereinsreform zu einer regelrechten Zollvereinskrise ausweiteten. Dahinter verbarg sich im Kern die Diskussion über den Ausschluß Österreichs aus der deutschen Volkswirtschaft. Von besonderer politischer Relevanz sind des weiteren die Auseinandersetzungen um die volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile der allgemeinen Wehrpflicht, die sich wie eine Kommentierung des preußischen Verfassungskonfliktes lesen. Vor allem die Zollvereinsfrage wurde 1860, 1861 und 1862 mit Schärfe und Ausdauer kontrovers und vorwiegend unter nationalpolitischen Gesichtspunkten diskutiert. Spätestens seit 1864 läßt sich dann eine beschleunigte Entpoliti-

---

9 Vgl. L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 181 ff.

10 So schrieb Lammers in der Zeit, Nr. 12, 16. 4. 1861, daß an den volkswirtschaftlichen Bestrebungen mancher teilnehmen könne, »der sich in die Listen des Nationalvereins noch lange nicht aufnehmen lassen wolle (beinahe wortgleich bereits in BrHbl., Nr. 448, 12. 5. 1859).

sierung des Kongresses beobachten. Die gravierenden politischen und parteibildenden Probleme der Jahre 1864–66 spiegelten sich in seinen Verhandlungen kaum noch wider. Die Teilnehmerzahlen, die 1861 mit 351 ihren Höhepunkt erreicht hatten, sanken, die politisch motivierten Teilnehmer blieben aus, und die umfangreichen stenographischen Verhandlungsprotokolle wurden ab 1863 zu zusammenfassenden »Berichten über die Verhandlungen« gekürzt. Auch die behandelten Themen wurden sachbezogener, d. h. unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten diskutiert. Der Kongreß entwickelte sich endgültig zu einem *volkswirtschaftlichen* Kongreß und verschwand aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit. Nur im August 1866 kam ihm im Zusammenhang mit der Bewertung der Kriegsergebnisse und der Entstehung einer nationalliberalen Partei nochmals größere allgemeinpolitische Bedeutung zu.

2. Zur Entstehungsgeschichte

Obwohl die Quellen zur Genesis des Volkswirtekongresses aus weit verstreuten Beständen zusammengetragen werden mußten, reicht das Material aus, um das bisher vermittelte Bild der Entstehungsgeschichte erheblich zu modifizieren. Den äußeren Anstoß zur Gründung des Kongresses deutscher Volkswirte im Herbst 1858 lieferte ein Aufruf des Redakteurs des Bremer Handelsblattes und überzeugten Freihändlers Viktor Böhmert. Am 23. Mai 1857 forderte er in einem Artikel des Handelsblatts zur Bildung volkswirtschaftlicher Vereine und eines nationalen Kongresses auf, damit auf diese Weise ein Mittel geschaffen würde, um die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Nationalökonomie vertiefen und einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen zu können:

»Es gilt zunächst in den größeren Städten Deutschlands volkswirtschaftliche Vereine zu errichten, sodann an verschiedenen Orten periodische Versammlungen und alljährlich einen Kongreß deutscher Volkswirte abzuhalten, daneben aber durch Flugschriften, durch lithographierte Korrespondenzen und Verbindung mit den Hauptorganen der Presse, durch Vorstellungen an die Regierungen und überhaupt durch alle redlichen und offenen Mittel der Schrift und des Wortes, mit Hilfe von Vorschlägen, Gutachten, Anträgen, Beschwerden, Petitionen zu wirken, und so über ganz Deutschland eine friedliche Propaganda zu organisieren[1]«.

Böhmerts Aufruf entsprang im Gegensatz zu seinen eigenen späteren Darstellungen, die auch von der wissenschaftlichen Literatur übernommen wurden, weder einer spontanen Eingebung noch beruhte er auf seiner unabhängigen gedanklichen Arbeit.[2] Seine Initiative war vielmehr eingebettet in ein enges Geflecht persönlicher Beziehungen und beruhte auf direkten Vorbil-

1 BrHbl., Nr. 293, 23. 5. 1857 (ähnlich ebd., Nr. 307, 29. 8. 1857); NZ, Nr. 247, 30. 5. 1857; WZ, Nr. 4192, 30. 5. 1857; abgedruckt bei V. Böhmert, Entstehung, 1884, S. 201 ff.

2 Vgl. V. Böhmert, Entstehung, 1884; ders., Rückblicke, 1909, S. 16 ff.; W. Eras, 1867, S. 138 ff.; G. Stalmann, 1926, S. 5 ff.; V. Hentschel, Freihändler, 1975, S. 27 ff.

dern.[3] Die Idee zu einem nationalen volkswirtschaftlichen Kongreß knüpfte unmittelbar an das 1856 in Brüssel gegründete »Internationale Komitee für wirtschaftliche Reform« an, dem neben dem Engländer Richard Cobden auch die Hamburger Kaufleute N. D. Wichmann und H. H. Hertz[4] angehörten. Letztere gehörten zu den führenden Mitgliedern des Hamburger Verein für Handelsfreiheit und betrieben seit 1856 die Zusammenfassung der freihändlerischen Kräfte in den norddeutschen Städten.[5]

Der in den Statuten des Brüsseler Komitees festgelegte Zweck bestand im Eintreten für eine grundlegende europäische Zollreform im freihändlerischen Sinne. Ganz wie der spätere Volkswirtekongreß wollte es zur Verfolgung dieses Ziels wissenschaftliche Erkenntnisse der Volkswirtschaft popularisieren und durch gesetzliche Agitation verbreiten.[6] Unter ausdrücklicher Berufung auf die Unterstützung des Brüsseler Komitees übernahm Böhmert diese Elemente in seinen Aufruf. Das Verhältnis des internationalen Komitees zu dem geplanten nationalen Kongreß beschrieb er darin wie folgt: der Volkswirtekongreß solle einerseits »selbständig für Deutschland, andernteils als Zweig jener internationalen Gesellschaft auftreten«.[7]

Faßt man die persönlichen Beziehungen der an der Gründung des Volkswirtekongresses maßgeblich beteiligten Personen ins Auge, so verdichtet sich die Vermutung zur Gewißheit, daß Böhmerts Aufruf nicht die isolierte Tat eines sendungsbewußten Missionars war, als die sie in seinen eigenen Darstellungen erscheint. Alle wichtigen Akteure, zumeist Vertreter bedeutenderer Zeitungen und volkswirtschaftlicher Verbände, standen bereits seit Jahren in engem Kontakt. So hatten der Begründer der Vorschuß- und Kreditvereine Hermann Schulze-Delitzsch und der Redakteur der »Weser-Zeitung« August Lammers in ihrem Briefwechsel mit Böhmert bereits seit 1856 die Gründung eines nationalen volkswirtschaftlichen Kongresses erörtert.[8] Und an Böhmerts 1856/57 in Heidelberg herausgegebenen volkswirtschaftlichen Monatszeitschrift »Germania« hatten sich u. a. der Redakteur des Frankfurter »Arbeitgeber« Max Wirth, der Briefwechsel mit Lammers unterhielt[9], und der volkswirtschaftliche Schriftsteller Eduard Pickford beteiligt. Pickford wiederum gab 1858/59 in Erlangen als Nachfolgeblatt der »Germania« die »Volkswirtschaftliche Monatsschrift« heraus, an der außer

---

3 Zeitgenössische Darstellungen der Entstehung des KdV, die dem Rechnung trugen, lieferten bereits A. Lammers, Die deutsche Freihandelsbewegung, in: Westermanns Monatshefte, Bd. 2 (1857), S. 355 ff., 694 ff.; W. L[öwe], Zur Geschichte der volkswirthschaftlichen Bewegung, in: DtJbb., Bd. 3 (1862), S. 210 ff.

4 Hartwig Samson Hertz (1809–1877), mosaisch; Kaufmann und Journalist aus Hamburg, liberaler Sozialpolitiker, 1846–51 Direktor der Israelitischen Armenschule, seit 1856 Redakteur der Hamburgischen Reform; MdL 1848, 1859–1877, Bürgerausschuß 1859–71; vgl. W. Heyden, 1909, S. 47 ff.

5 Zum Hamburger Verein für Handelsfreiheit vgl. E. Baasch, 1920.

6 Vgl. BrHbl., Nr. 298, 20.6. 1857; dort auch der Abdruck der Statuten des Internationalen Komitees.

7 Ebd.; ferner Böhmert an Francke, 6.6. 1857, BAF, Nl. Francke, 2.

8 Vgl. A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 60, dem der Nachlaß Lammers' zur Verfügung stand; ferner H. Schulze, Schriften, Bd. 5, 1913, S. 83 f.; V. Hentschel, Freihändler, 1975, S. 28.

9 A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 68 ff.

Wirth auch Otto Michaelis und Lammers mitwirkten. Schulze-Delitzsch gehörte schließlich wie Wilhelm Adolf Lette dem Berliner Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen an und stand durch die Vermittlung Gustav Freytags bereits seit 1856 mit Karl Mathy in Verbindung.[10] Lammers hatte zeitweise an Freytags »Grenzboten« mitgearbeitet, der seinerseits mit dem Gothaer Bankier und Staatsrat Karl Mathy und dem Coburger Regierungspräsidenten Staatsrat Karl Francke dem Literarisch-Politischen Verein Ernsts II. angehörte. Francke wiederum korrespondierte seit 1857 mit Böhmert und verfaßte Artikel für dessen Bremer Handelsblatt. Die nationale Kongreßgründung war innerhalb dieses Personenkreises, zu dem 1858 noch der Gothaer Jurist und Bankangestellte Friedrich-Wilhelm Henneberg stieß, ausführlich besprochen worden, ehe Böhmert zur Tat schritt.

Böhmerts Aufruf, den er mit der Veröffentlichung zugleich an zwanzig Zeitungsredaktionen verschickt hatte, löste eine Pressedebatte aus, die eine generelle Zustimmung erkennen ließ und den Erfolg weiterer Schritte zu versprechen schien.[11] Auf Vorschlag Böhmerts trafen sich die Interessenten im Anschluß an den zweiten Internationalen Wohltätigkeitskongreß in Frankfurt, an dem sie zumeist auch teilgenommen hatten, am 16. September 1857 im Hotel Landsberg zu einer ersten persönlichen Besprechung zur Vorbereitung der nationalen Kongreßgründung. Hier läßt sich erstmals die in den folgenden Jahren regelmäßig geübte Praxis nachweisen, im Anschluß an wissenschaftliche oder berufsspezifische Kongresse politische Versammlungen abzuhalten, um so eine Anzahl bereits am Ort befindlicher Personen zur Teilnahme zu bewegen oder wenigstens ihr Interesse zu wecken.[12]

Die Debatten im Landsberg handelten nicht mehr von der Frage, ob die Gründung eines nationalen Kongresses zweckmäßig sei, umstritten war nur noch der geeignete Zeitpunkt. Die Weigerung des Internationalen Wohltätigkeitskongresses, das Wohltätigkeitsprinzip zugunsten von Schulzes Modell der genossenschaftlichen Selbsthilfe aufzugeben, lieferte nur den offiziellen

---

10 Freytag an Mathy, 11.11.1856, Stabi Berlin, Nl. Freytag, Kapsel 5. Es ging um geeignete Bankverbindungen im Zusammenhang mit Schulzes Kredit- und Vorschußkassen. Vgl. zur Frühphase des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen J. Reulecke, 1983; für die Phase ab 1850 T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 196 ff.; ferner D. Fricke/ M. Giersch, 1986. Der Zentralverein war auf das preußische Staatsgebiet beschränkt und hatte 1859 weniger als 200 Mitglieder, unter ihnen jedoch zahlreiche einflußreiche Personen wie F. Duncker, Gneist, F. Harkort, v.Patow, Schulze-Delitzsch, Veit, Reichenheim, G.v.Vincke, V. A. Huber, Berger, Cetto (vgl. das Mitgliederverzeichnis in der Zeitschrift des Central-Vereins 1 (1859), S. 3 ff.).

11 Die erste zustimmende Äußerung (BrHbl., Nr. 294, 30.5.1857) stammte von H. S. Hertz. Eine ausführliche Zusammenstellung der Pressereaktionen auf Böhmerts Aufruf in BrHbl., Nr. 297, 20.6.1857; NZ, Nr. 247, 30.5.1857.

12 Zur Terminierung der Versammlung vgl. die Briefe Böhmerts an Francke vom 29.7.1857, 19.8.1857 und 21.8.1857, alle BAF, Nl. Francke, 2. Zum 1853 in Brüssel gegründeten Internationalen Wohltätigkeitskongreß und seinem an karitativen Vorstellungen orientierten Programm vgl. Mittheilungen des Central-Vereins, Heft 4/5 (1858), S. 2853 ff.; Zeitschrift des Central-Vereins 3 (1861), S. 465 ff.; Arbeiterfreund, 1863, S. 209 ff. Es fanden insgesamt vier Kongresse statt, wobei Ort und Termin des 3. Kongresses nicht ermittelt werden konnten: 1856 in Brüssel, 1857 in Frankfurt, 1862 in London; der fünfte für Berlin geplante Kongreß kam nicht mehr zustande. Vgl. zum Frankfurter Kongreß (151 Teilnehmer) die ausführlichen Berichte in NZ, Nr. 430–445, 15.–24.9.1857.

Vorwand für eine längst entschiedene Frage.[13] Die Versammelten betrachteten den seit längerem geplanten Kongreß vornehmlich unter nationalökonomischen und nationalpolitischen Gesichtspunkten. In diesem Sinne hatte Lammers in einem ausführlichen Aufsatz Kritik an einer »verfrühten Internationalisierung« geübt. Die sogenannten internationalen Kongresse seien in Wahrheit nationale, bei denen das jeweilige Veranstalterland dominiere. Den Wohltätigkeitskongreß hielt Lammers deshalb für eine spezifisch belgische Angelegenheit. Internationale Kongresse machten nach seiner Auffassung erst Sinn, wenn die Errichtung nationaler Kongresse erfolgreich abgeschlossen sei.[14]

Während Böhmert, Schulze und Pickford auf die möglichst baldige Berufung eines nationalen Kongresses drängten, verlangten die Altliberalen Hertz, Schubert[15] und Lette unter Verweis auf nicht näher erläuterte »zahlreiche Schwierigkeiten« gründlichere Vorbereitungen. Tatsächlich ließ sich eine ausreichende Beteiligung nur nach sorgfältigen publizistischen und brieflichen Sondierungen sicherstellen. Ein verfrühtes Vorpreschen konnte leicht zu einem Mißerfolg führen. Aber auch die ungeklärten preußischen Herrschaftsverhältnisse mahnten zur Vorsicht. Lette und Schubert wollten zunächst den Antritt der Regentschaft durch den preußischen Thronfolger abwarten, der angesichts der zunehmenden Geisteskrankheit Friedrich Wilhelms IV. unmittelbar bevorzustehen schien. Von der Regentschaft erwarteten sie ein reformfreudigeres Klima und bessere Einflußmöglichkeiten für volkswirtschafliche Propaganda. Diesen Bedenken trug die Versammlung Rechnung, indem sie von der sofortigen Berufung eines Kongresses absah. Auch die ursprünglich vorgesehene demonstrative Einsetzung eines hochkarätig besetzten »Zentralausschusses«, bestehend aus Francke, Schubert, Lette und Böhmert, stellte man auf Drängen Schuberts zurück. Stattdessen begnügte man sich mit dem erneuten Aufruf zur Bildung volkswirtschaftlicher Vereine und der Bildung eines unspektakulären »Redaktionsausschusses« mit Sitz in Bremen, dem die weitere Vorbereitung eines nationalen Kongresses überantwortet wurde. In diesen Ausschuß wählte man Pickford, Wirth und als Vorsitzenden Böhmert.[16]

---

13 V. Hentschel, Freihändler, 1975, S. 31, hält demgegenüber an der Darstellung in Böhmerts Erinnerungen fest. Vgl. zu den sozialpolitischen Vorstellungen Schulzes im Zusammenhang mit dem KdV (Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Basis) T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 204 ff.; R. Aldenhoff, 1984, S. 107 ff., sowie Schulzes Schrift »Der internationale Wohltätigkeitskongress als Keim eines deutschen Kongresses für Assoziationswesen«, zuerst veröffentlicht in: Grenzboten 17 (1858), Bd. 2, S. 121 ff., und Schulzes Aufruf in: ders., Schriften, Bd. 1, 1909, S. 267 ff. Schulze gab seinen Plan eines eigenen Kongresses für das Assoziationswesens zugunsten des KdV auf.

14 Das Kongreßwesen, einige Betrachtungen über die gemütliche Anarchie, Volkswirtschaftliche Monatsschrift 1 (1858).

15 Friedrich Wilhelm Schubert (1799–1868), ev.; 1813/14 als Freiwilliger im Krieg; seit 1821 Prof. für Geschichte in Königsberg, MdNatV (C), Gothaer Versammlung, MdL 1850–52, 1858–63 (altliberal); seit 1864 im Herrenhaus; als Nachfolger des zum Innenminister berufenen v.Patow von März bis September 1859 A-KdV; vgl. R. Koch, 1989, S. 373; H. Conrad/B. Haunfelder, 1986, S. 130.

16 NZ, Nr. 439, 20.9.1857; Böhmert an Francke, 18.9.1857, 19.9.1857 und 26.9.1857, alle in BAF, Nl. Francke, 2; der Aufruf ist abgedruckt in NZ, Nr. 446, 24.9.1857; V. Böhmert,

Böhmert hatte erwartet, daß der Frankfurter Aufruf zum Ausgangspunkt einer »deutschen Auflage der englischen Freihandelsbewegung« werden würde.[17] Tatsächlich jedoch kam die Bewegung vorläufig zum Stillstand. Die Ursache lag außer in der weiterhin ungeklärten politischen Lage in Berlin vor allem in der enttäuschenden Resonanz auf den Frankfurter Aufruf begründet: wie Böhmert im August 1858 zugab, hatten lediglich 3–4 Vereine und 8–10 Privatpersonen brieflich reagiert.[18] Der Kongreßplan wurde erst im Juni 1858 wieder aufgegriffen, als der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen – jetzt unter den Bedingungen der sogenannten »Stellvertretung« des erkrankten Königs – auf Drängen Schulzes durch Vorstandsbeschluß seine offizielle Unterstützung für einen nationalen Kongreß erklärte.[19] Diese Zustimmung verband der Vorsitzende des Zentralvereins Lette mit Bedingungen, die den Handlungsspielraum des Bremer Komitees stark einengten.

Die von äußerster Vorsicht geprägten Überlegungen Lettes liefen darauf hinaus, daß die für den Herbst des Jahres einzuberufende Versammlung deutscher Volkswirte lediglich den Charakter einer vorbereitenden, privaten Versammlung tragen sollte. Zudem sollte der Kongreß nicht, wie ursprünglich vorgesehen und von Schulze noch immer gewünscht[20], in Berlin, sondern in Gotha stattfinden. Das Ausweichen auf eine lediglich vorbereitende Versammlung in Thüringen war eine Reaktion auf die nach wie vor unübersichtliche Lage in der preußischen Hauptstadt. Ob man ein polizeiliches Verbot befürchtete oder aus Rücksichtnahme auf den künftigen Regenten handelte, der damit beschäftigt war, sich aus den Fesseln der Regierungsausübung in Stellvertretung zu befreien, bleibt unklar. In Gotha waren jedenfalls wegen der guten Kontakte zu dem als liberal geltenden Herzog Ernst II. mit Sicherheit keine Schwierigkeiten zu befürchten.[21]

Lettes Bedingungen formal erfüllend versandte Böhmert am 8. Juli 1858 ein vertrauliches Zirkular, mit dem er unter Ausschluß der Öffentlichkeit rund hundert »theoretische und praktische Volkswirte« zu einer vorbereitenden Zusammenkunft für Anfang September nach Gotha einlud. Unter

---

Entstehung, 1884, S. 205 f. Der Aufruf wurde u. a. unterzeichnet von Böhmert, Francke, Hoyer, Lette, Macowizka, Mittermaier, Pickford, Rau, Schubert, Schulze, A. Varrentrapp, Welcker und M. Wirth.

17 So Böhmert an Francke, 6. 10. 1857, BAF, Nl. Francke, 2.

18 Vgl. die gedruckte Abschrift des Briefes Böhmerts an das Gothaer Komitee, 4. 8. 1858, BAF, Nl. Francke, 8.

19 Lette an Böhmert, 17. 6. 1858, abgedruckt bei V. Böhmert, Entstehung, 1884, S. 207; Böhmert an Francke, 2. 7. 1858, BAF, Nl. Francke, 2. Die Vorstandssitzung war durch Schulze veranlaßt worden; vgl. H. Schulze, Schriften, Bd. 5, 1913, S. 96.

20 Vgl. Schulze an Mathy, 3. 8. 1858, BAP, Nl. Mathy, 117, Bl. 12 ff.

21 Nachdem Schulze und Freytag brieflich in Gotha vorgefühlt hatten, wandte sich Böhmert durch Vermittlung Franckes offiziell an Ernst II.; Böhmert an Francke, 20. 7. 1858, Nl. Francke, 2; Schulze an Ernst II., 5. 7. 1858, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 5, 1913, S. 98; die zustimmende Antwort Ernsts II., 27. 7. 1858, ebd., S. 98 f. Den Brief Freytags an Ernst. II. erwähnt Mathy in einem Schreiben an Francke, 6. 8. 1858, BAF, Nl. Francke, 11. Demnach wollte Ernst II. sogar ein offizielles Protektorat übernehmen, was ihm jedoch von Freytag ausgeredet wurde. Auch Böhmert sprach sich in dem erwähnten Brief gegen ein förmliches Protektorat des Herzogs aus.

dem Vorwand, die Gefahr eventueller Spaltungen über politische und »prinzipielle« Fragen auszuschließen, hatte Böhmert eine festumrissene »praktische« Tagungsordnung ausgearbeitet, die die vorbereitende Besprechung de facto bereits in eine volkswirtschaftliche Tagung umwandeln sollte.[22] Gleichzeitig forderte Schulze den Gothaer Rechtsanwalt Friedrich-Wilhelm Henneberg auf, die Vorbereitungen vor Ort in die Hand zu nehmen. Henneberg schritt daraufhin sogleich zur Bildung eines neunköpfigen Lokalkomitees unter seinem Vorsitz.[23]

Zwischen dem Bremer Vorort und dem Gothaer Lokalkomitee entspann sich in den folgenden beiden Monaten eine Auseinandersetzung, die sich vordergründig um die Frage nach der geeigneten Tagesordnung rankte, in Wahrheit aber von grundsätzlicher Bedeutung war. Hinter ihr verbarg sich die Frage, ob der Kongreß künftig lediglich als volkswirtschaftliches Diskussions- und Propagandaforum dienen oder ob er zum organisatorischen Ausgangspunkt weitergehender nationalpolitischer Pläne benutzt werden sollte.[24] Die Bremer Gruppe um Böhmert favorisierte eine jährlich zu berufende wissenschaftliche Fachtagung, wie man sie von den Naturforschern oder Forstwirten kannte, und wollte den Kongreß von einer durchgreifenden Politisierung freihalten. Genau aus diesem Grunde hatte er Lettes Wunsch nach einer bloß vorbereitenden Versammlung durch die Aufstellung einer volkswirtschaftlichen Tagesordnung zu unterlaufen versucht. Irgendwelche weitergehenden Pläne zur dauerhaften und kontinuierlichen Organisierung des volkswirtschaftlichen Kongresses entwickelte Böhmert nicht.

Das Gothaer Komitee war demgegenüber vor allem an der politischen Nutzbarkeit des geplanten Kongresses interessiert und legte das Schwergewicht allein auf organisatorische Fragen. In einem scharfen Protestbrief an Böhmert schlug es im Gegenzug als einzigen Tagesordnungspunkt die Beratung zur Gründung eines volkswirtschaftlichen *Vereins* für ganz Deutschland mit periodisch tagenden Kongressen vor. Auf die Diskussion von Sachfragen sollte nach diesen Plänen zunächst ganz verzichtet werden.[25] Die treibenden Kräfte dieser Politik waren Karl Mathy und Karl Francke, deren Führungsrolle wegen ihrer politischen Erfahrung und ihrer gegenwärtigen Stellung im Herzogtum völlig unangefochten war. Sie waren bestrebt, das Bremer Ko-

---

22 Original des Zirkulars im BAP, Nl. Mathy, 117, Bl. 32; in Teilen abgedruckt bei V. Böhmert, Entstehung, S. 208 f.; BrHbl., Nr. 353, 17.7. 1858. Die vorgesehenen Beratungsgegenstände waren die Reform der Gewerbegesetzgebung; das Assoziationswesen; die Durchfuhrzölle des Zollvereins; Spielbanken und Lotto und Wuchergesetze. Nach den Eigenangaben Böhmerts ließen die Antworten auf eine zahlreiche Teilnahme an der Versammlung schließen. Böhmert spricht von 60 positiven Antworten, vgl. ders., Entstehung, 1884, S. 209 f., 212. Dort Auszüge aus den Antworten Prince-Smith' und Braters.

23 Schulze an Henneberg, 14.7. 1858, BVRB I, Bl. 10; weitere Mitglieder des Komitees waren Berlet, Hopf, Hünersdorf, Mathy, Mönich, Samwer und Wolff.

24 V. Hentschel, Freihändler, 975, S. 33 ff., interpretiert die Auseinandersetzung in Anlehnung an Böhmerts Darstellung und Terminologie vor allem als Konflikt zwischen den sachorientierten Freihändlern und den »doktrinären« Gothaern und geht am Kern der Sache vorbei; ähnlich R. Aldenhoff, 1984, S. 110 f.

25 Schreiben des Gothaer Komitees an Böhmert, 30.7. 1858, gedruckte Abschrift im BAF, Nl. Francke, 8; abgedruckt bei V. Böhmert, Entstehung, 1884, S. 211.

mitee möglichst ganz aus den weiteren Vorbereitungen auszuschalten, da sie von ihm eine Gefährdung ihrer auf den Aufbau einer die Landesgrenzen überschreitenden Organisation zielenden Pläne befürchteten.[26]

Da wegen der Unvereinbarkeit der Positionen das Zustandekommen des Kongresses gefährdet schien, versuchte Schulze-Delitzsch eine Vermittlung. Schulze war aus zweierlei Gründen am Erfolg der Angelegenheit interessiert. Einmal wollte er sein Projekt der genossenschaftlichen Selbsthilfe voranbringen, dann aber bewogen ihn auch nationalpolitische Gründe zu seinem Rettungsversuch. Schulzes umfangreiche politische Aktivitäten der kommenden Jahre waren gekennzeichnet von dem Bemühen, der nationalen und liberalen Bewegung eine organisatorische Form zu verschaffen. Schon sein Engagement in der Genossenschaftsbewegung hatte er als einen gesellschaftspolitischen Beitrag zur »Organisierung einer Art Volksbewegung« für die Durchsetzung seiner verfassungs- und nationalpolitischen Ziele verstanden.[27]

Wie aus dem hier zugrundeliegenden Schriftwechsel eindeutig hervorgeht, teilte Schulze deshalb die Auffassung des Gothaer Komitees, das er ungeachtet seiner Vermittlerrolle insgeheim unterstützte. Am 3. August 1858 deutete er in einem ausführlichen Brief an Mathy eine Kompromißmöglichkeit an, die darauf hinauslief, der projektierten Versammlung zwar den Charakter einer Vorversammlung zu geben und zunächst über Statuten zu beraten, anschließend aber die von Böhmert verlangte Debatte von Sachfragen zuzulassen. Auf dieser Grundlage sollte dann die gesamte weitere Vorbereitung der Versammlung dem Gothaer Lokalkomitee übertragen werden.[28] In einer Besprechung des Gothaer Komitees am 6. August 1858, an der neben Schulze wohl auch Lette und der spätere Nationalvereinsvorsitzende Bennigsen teilnahmen, nicht aber Böhmert, einigte man sich auf diese der ursprünglichen Gothaer Linie weitgehend entsprechende Beschlüsse. Die offiziellen Einladungen zu der Versammlung sollten vom Gothaer Lokalkomitee ausgehen und von Lette, Schulze, Böhmert und den Mitgliedern des Lokalkomitees unterzeichnet werden. Auch die Auswahl der persönlich Einzuladenden überließ man dem Gothaer Komitee. Weiteren Personen sollte die Teilnahme gegen ein Eintrittsgeld von fünf Talern ermöglicht werden, dessen Höhe die gesellschaftliche Exklusivität sicherstellte.[29]

---

26 So Mathy an Francke, 31.7. 1858, BAF, Nl. Francke, 11. Neben politischen Gründen spielte auch der Generationskonflikt eine Rolle. So hatte Böhmert Mathy bei der Versendung des Zirkulars vom 8.7. übergangen und ihn erst nachträglich informiert, Böhmert an Mathy, 10.7. 1858, BAP, Nl. Mathy, 117, Bl. 30. Die altliberalen Würdenträger betrachteten das selbständige Vorgehen der jüngeren Bremer Gruppe als anmaßend; der ausführliche Brief Schulzes an Mathy, 3.8. 1858, ebd., Bl. 12 ff., ist um Vermittlung bemüht.

27 R. Aldenhoff, 1984, S. 103; Schulzes allgemeinpolitische Ziele im Zusammenhang mit dem KdV betont auch B. Schulze, Linksliberale Ideologie, 1971, S. 283 f.

28 Schulze an Mathy, 3.8. 1858, BAP, Nl. Mathy, 117, Bl. 12 ff.; die vermittelnde Position wurde auch von Henneberg unterstützt; vgl. dessen undatierte Briefe an Mathy, ebd., Bl. 23 ff.

29 Mathy an Francke, 6.8. 1858, BAF, Nl. Francke, 8.8. 1858, 11; Henneberg an Francke, 8.8. 1858, ebd., 8. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 316 f., erwähnt diese Besprechung, an der auch Lette und Bennigsen teilnahmen, und wo man offen über die politische Bedeutung und den Zusammenhang zwischen volkswirtschaftlicher Reform und politischer Spitze Preußens sprach.

Nachdem Mathy persönlich nach Bremen gereist war, um Böhmert über die Ergebnisse dieser Sitzung zu unterrichten, willigte dieser schließlich in seine Entmachtung ein.[30] Einige Tage später wurde auf der Grundlage dieser Übereinkunft die Einladung zu einer vorbereitenden Versammlung vom 20. bis 24. September in Gotha veröffentlicht, um dort über die Bildung eines volkswirtschaftlichen Vereins für ganz Deutschland zu beraten, »welcher, durch ein ständiges Organ vertreten, auf periodischen Kongressen in Tätigkeit tritt.« Die drei vorgesehenen Tagesordnungspunkte entsprachen den Gothaer Maximalforderungen und beschränkten sich ganz auf organisatorische Fragen: »1. die leitenden Grundsätze – das Programm, 2. die Formen – das Statut, 3. ein Organ – der Ausschuß«. Das gedruckte Schreiben trug die Unterschriften Lettes für den Zentralverein, Böhmerts für das Bremer Komitee, Schulzes für die Vorschußvereine, Hennebergs, Hünersdorfs und Mönichs für das Lokalkomitee und, als Einzelperson, die des Coburger Regierungspräsidenten Francke. Damit sollte der Veranstaltung jeder Anschein einer regierungsfeindlichen Tendenz von vornherein genommen werden.[31]

Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß auf einer weiteren nichtöffentlichen Vorbesprechung in Gotha am 19. September 1859, an der 60 bis 70 Personen teilnahmen, die unterschiedlichen Konzeptionen erneut aufeinanderprallten, zumal Böhmert, der nur »formell um des Friedens willen dem Gothaer Lokalkomitee nachgegeben« hatte, entschlossen war »Opposition zu machen«.[32] Der Verlauf der Versammlung ist nur durch knappe Zeitungsartikel überliefert, die die Streitgkeiten herunterzuspielen suchten.[33] Immerhin läßt sich jedoch den Berichten, von denen derjenige der Weser-Zeitung am deutlichsten wird, entnehmen, daß in der kritischen Frage der Statuten je ein Entwurf des Berliner Zentralvereins und des Gothaer Lokalkomitees vorlagen.[34] Der von Henneberg in Zusammenarbeit mit Mathy verfaßte Entwurf beharrte der Gothaer Linie gemäß auf der Gründung eines »stehenden fortwährend tätigen Vereins«. Er sah ferner die Unterscheidung zwischen einfachen Kongreßteilnehmern und abstimmungs- und wahlberechtigten festen Mitgliedern des Kongresses vor, um dem *Verein* so Festigkeit zu verleihen.

Gegen diese am Vorbild der britischen anti-corn-law league orientierte und auf vereinsmäßige Organisierung zielende Initiative setzte sich der vorsichtige Lette, unterstützt von Böhmert, mit dem Vorschlag einer jedes Jahr an einem anderen Ort tagenden »Wanderversammlung« durch.[35] Auch mit

---

30 Henneberg an Francke, 18.8.1858, 20.8.1858, BAF, Bl. Francke, 8. Am 19.8. erhielt Schulze die briefliche Einwilligung Böhmerts, vgl. Schulze an Henneberg, 19.8.1858, BVRB I, Bl. 1. Auch Bennigsen hatte Böhmert zum Nachgeben geraten, Bennigsen an Böhmert, 18.8.1858, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 315.

31 Original BAP, Nl. Mathy, 117, Bl. 10; veröffentlicht in BrHbl., Nr. 358, 21.8.1857; AG, Nr. 100, 25.8.1859. Abgedruckt bei V. Böhmert, Entstehung, 1884, S. 215 f.

32 Böhmert an Francke, 17.10.1858, BAF, Nl. Francke, 2.

33 Vgl. WZ, Nr. 4602, 22.9.1858; NZ, Nr. 440, 21.9.1858; BrHbl. Nr. 365, 9.10.1858; AG, Nr. 107, 13.10.1858. V. Böhmert, Entstehung, 1884, S. 217 ff., folgt letztgenanntem Artikel beinahe wörtlich. Vgl. ferner Westermanns Monatshefte, Bd. 5 (1858/59), S. 227 ff. (dort der Hinweis auf die Vorbildfunktion der anti-corn-law league).

34 Die Schriftstücke befinden sich im BAF, Nl. Francke, 8 u. 27.

35 Die Meldung des AG, Nr. 100, 25.8.1859, die Entwürfe aus Berlin und Gotha seien kaum voneinander abgewichen, ist demnach harmonisierend.

dem weiteren auf die Festigung der Organisation zielenden Vorschlag, ein für alle Teilnehmer verpflichtendes Programm durchzusetzen – etwa ein Bekenntnis zum Freihandel – drangen die Gothaer nicht durch. Nur im letzten und, wie sich zeigen sollte, entscheidenden Streitpunkt errangen sie einen Erfolg: Schulze erhielt in einer Kampfabstimmung die Mehrheit für seinen Antrag, vor Eintritt in die Sachdebatten zunächst die organisatorische Konstituierung des Kongresses durch die Annahme eines Statuts zu bewerkstelligen. Zur endgültigen Ausarbeitung der Satzungen wurde ein Redaktionsausschuß aus Mathy, Schulze, Böhmert, Biedermann, Wichmann und Michaelis eingesetzt, der unter dem Vorsitz Lettes unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse einen Entwurf erstellte, der von der Vollversammlung am nächsten Morgen unmittelbar nach Sitzungsbeginn ohne Diskussion im Ganzen angenommen wurde. Damit war der Kongreß deutscher Volkswirte konstituiert. Nachdem der organisatorische Teil, wie noch erläutert werden wird, im wesentlichen im Sinne des Gothaer Komitees erledigt war, fungierte die Hauptversammlung nun nicht mehr als Vorversammlung, wie im Einladungsschreiben vorgesehen, sondern als der erste reguläre Kongreß deutscher Volkswirte, auf dem an vier Tagen verschiedene volkswirtschaftliche Probleme beredet und Resolutionen beschlossen wurden.

3. Die Organisationsstruktur

Den organisatorischen Aufbau der Neugründung regelte das sechs Paragraphen umfassende »Statut für den Volkswirtschaftlichen Kongreß«.[1] Als Organe des Vereins waren die periodisch, möglichst jährlich tagende Generalversammlung und eine ständige Deputation vorgesehen. Dem Ausschuß wurden zunächst vier von der Generalversammlung gewählte Fachkommissionen als Hilfsorgane zugeordnet. Sie sollten zu ihren jeweiligen Spezialgebieten Referate und Resolutionen vorbereiten, die den Versammlungen zur Beratung und Abstimmung vorgelegt wurden. Ihre Zahl und ihre Themen variierten in den folgenden Jahren je nach Bedarf.

In der Errichtung der ständigen Deputation lag der eigentliche zukunftsweisende Erfolg des Politikerflügels des Volkswirtekongresses. § 6 des Statuts stattete den zunächst neunköpfigen Ausschuß mit weitreichenden Kompetenzen aus: ihm kam das Recht zu, Ort und Termin der jährlichen Kongresse zu bestimmen, eine vorläufige Tagesordnung aufzustellen, und vor allem war er ermächtigt, für die Zeit bis zur nächsten Deputationswahl für die Durchführung der Beschlüsse des Kongresses zu sorgen und in seinem Namen Korrespondenzen zu führen, kurz, als legitimiertes Organ einer nationalen Vereinigung zu handeln. In diesem zentralistischen Grundzug lag die für die bürgerlichen Organisationen der fünfziger und sechziger Jahre charakteristische Neuerung im Vergleich zu den auf dem föderativen Vereinssystem

1 Original des Statuts mit den Unterschriften der Kommissionsmitglieder im BAF, Nl. Frankke, 27; abgedruckt in Verhandlungen KdV I (1858), S. 1; BrHbl. Nr. 365, 9.10.1858.

beruhenden vormärzlichen und revolutionären Zusammenschlüssen, die solche generellen Ermächtigungen stets vermieden hatten.

Der politische Handlungsspielraum des Ausschusses war groß, weil die vagen programmatischen Vorgaben ihm kaum Beschränkungen auferlegten. Sein politischer Einfluß hing weitgehend von der Entschlossenheit und Geschicklichkeit seiner Mitglieder ab. Sechs der Angehörigen der Deputation waren durch die Versammlung gewählt worden (Bennigsen, Braun, Hopf[2], Lette, Pickford, Schulze-Delitzsch), drei weitere von diesen kooptiert (G. Varrentrapp, Rewitzer[3], v. Patow[4]).[5] Erstaunlicherweise fehlte Böhmert in dieser ersten ständigen Deputation, was ein Indiz für die Schärfe der vorangegangenen Auseinandersetzungen ist. Einen Großteil der genannten Ausschußmitglieder findet man in den folgenden Jahren in den Ausschüssen von Nationalverein und Abgeordnetentag wieder. Ungeachtet seiner zentralistischen Ausgestaltung blieb der Volkswirtekongreß eine im Vergleich zu dem späteren Nationalverein ausgesprochen lose Honoratiorenverbindung. Für die organisatorische Kontinuität zwischen den jährlichen Kongressen stand nur der Ausschuß, einen festen Organisationssitz gab es nicht. Ersatzweise bildete der Wohnort des Präsidenten den Sitz der Deputation; bei der ununterbrochenen Präsidentschaft Lettes bis 1885 war dies Berlin.

Die programmatischen Aussagen des Statuts blieben, wie erwähnt, blaß und gingen nicht über die in den Einladungen formulierten Ansprüche hinaus, »richtige«, d. h. im wesentlichen wirtschaftsliberale Erkenntnisse der Volkswirtschaft zu verbreiten und ihre Anwendung vor allem über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu fördern. Daß man förmliche programmatische Festlegungen etwa auf das Freihandelsprinzip zunächst vermied, war kein Ausdruck politischer Schwäche, sondern unter den gegebenen Umständen sachlich geboten, wenn man die Sprengung der neuen Organisation vermeiden wollte. Das hatte die Debatte um die Beseitigung der finanziell unerheblichen und derjenigen Zölle, die man für »unvereinbar mit einer gesunden industriellen Entwicklung« hielt, deutlich gemacht. Der so unter Vermeidung des Reizwortes »Freihandel« formulierte Ausschußantrag löste eine Grundsatzdebatte über das Freihandelsprinzip aus, die deutlich nationalpolitisch gefärbt war und sich mehr und mehr auf die Rolle Österreichs in Deutschland ausdehnte. Die Spaltung der Versammlung konnte nur durch die von Bennigsen beantragte Vertagung der Streitfrage vermieden

---

2 Julius Hopf (1839–1886), Dr.jur.; Banksekretär in Gotha; MdR 1877–78 (NLP), vgl. H. Kalkoff, 1917, S. 88. Sohn des Gustav Hopf (1808–1872), der die Lebensversicherungsbank in Gotha leitete; G. Hopf war der Schwager Hennebergs und enger Vertrauter Franckes, vgl. A. Emminghaus, Lebensversicherungsbank, 1877, S. 355 ff.

3 Franz Xaver Rewitzer (1788–1869); Webermeister und Vorsitzender des freihändlerischen Chemnitzer Handwerkervereins; MdL 1848; MdR 1867 (FSP); A-KdV 1858–59; vgl. B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 454.

4 Robert Freiherr v. Patow (1804–1890); ev.; Jura-Studium; Handelsminister unter Camphausen; MdL 1849–63, 1866–69 (altliberal); A-KdV 1858; Patow schied nach seiner Ernennung zum preußischen Finanzminister aus dem Ausschuß aus; vgl. ADB 52, S. 760 ff.

5 Verhandlungen KdV I (1858), S. 30. Im Laufe der Jahre vergrößerte sich der Ausschuß ständig: 1862 6 Gewählte + 6 Kooptierte, 1863 9 + 9, 1864 9 + 11, 1865 9 + 12. Ab 1864 war die Zahl der Gewählten also geringer als die Zahl der Kooptierten.

werden. Bennigsen empfahl sich durch die gelungene Schlichtung bereits als Führungsperson für größere Aufgaben.[6] Die Herausarbeitung und Durchsetzung eines fester umrissenen freihändlerischen Programms blieb eine der auch nationalpolitisch bedeutsamen Aufgaben des Kongresses in den nächsten Jahren.[7]

Die Mitgliedschaft des Kongresses erwarb man durch den schriftlichen oder sonstigen Beitritt zum Statut, also auch mündlich. Sie berechtigte zur Kandidatur für die ständige Deputation. Aber auch Personen, die dem Statut nicht beitreten wollten, konnten allein durch die Lösung einer Eintrittskarte zum Preis von jetzt 3 Talern das volle Stimmrecht auf den Versammlungen erlangen. Ausdrücklich zugelassen waren auch Vertreter von Staats- und Gemeindebehörden, von Geschäftshäusern und Vereinen, die jedoch in den Versammlungen stets nur als Einzelpersonen und nicht als Bevollmächtigte ihrer Vereine oder Verbände auftraten. Im übrigen verpflichtete die Unterzeichnung des Statuts zu nichts, da kein von der Kongreßteilnahme unabhängiger Mitgliedsbeitrag erhoben wurde. Diese ausgesprochen lockere Organisationsform, die mit dem Honoratiorenstil vereinbar blieb, ermöglichte die Integration einer ganzen Zahl von altliberalen Politikern wie etwa Schuberts, v. Patows, v. Varnbülers oder des weimarischen Staatsministers v. Watzdorf.

Der Kongreß finanzierte sich zunächst ausschließlich durch Eintrittsgelder zu den Jahresversammlungen und, ab 1861, auch durch gelegentliche Spenden.[8] Erst eine Satzungsänderung auf dem Kongreß vom September 1862 führte eine verbindlichere Form der Mitgliedschaft und damit berechenbare Einnahmen ein, wie sie Mathy schon im September 1858 gefordert hatte: wer einmal beigetreten war, mußte entweder förmlich seinen Austritt erklären oder einen jährlichen Beitrag in Höhe von 3 T. bzw. 41/2 fl. zahlen, der notfalls per Nachnahme kassiert wurde.[9] Die von Hermann Becker[10] angeregte Gründung einer Verbandszeitschrift kam nicht zustande.[11] Ersatzweise entwickelte sich die von Faucher und Prince-Smith herausge-

---

6 Verhandlungen KdV I (1858), S. 11 ff.

7 Die »Verdeutlichung der Freihandelspartei« untersucht V. Hentschel, Freihändler, 1975, S. 53 ff. Bei den Freihändlern des Kongresses lassen sich nach Hentschel, ebd., S. 18 f., 3 Gruppen unterscheiden: die »Orthodoxen« um Prince-Smith und Faucher, die »Pragmatiker« um Otto Wolff und die Ostseezeitung und die »Moralisierenden« um Böhmert, Lammers, Emminghaus und das BrHbl.

8 Die Einnahmenentwicklung nach den Angaben der Verhandlungsprotokolle: 1858/59 287,3 T., 1859/60 479,2 T., 1860/61 861,29 T. (davon 264 T. aus Spenden), 1861/62 984 T. Seit 1863 wurde auf die Veröffentlichung von Geschäftsberichten verzichtet.

9 Verhandlungen KdV IV (1862), S. 117 ff.; vgl. auch AG, Nr. 302, 26.10. 1862. Ferner wurde beschlossen, den Mitgliedern der ständigen Deputation die Unkosten zu ersetzen, die ihnen aus der Anreise zu Vorbesprechungen erwuchsen.

10 Hermann Becker (1820–1885), ev.; Jura-Studium in Heidelberg, Bonn, Berlin; Dr.jur.; 1848–49 radikaler Demokrat, Bund der Kommunisten, MdL 1862–72 (FSP), MdR 1867–74 (FSP), seit 1872 Oberbürgermeister in Dortmund und Köln; 1861–66 Redakteur der NRhVZ und der RhZ; mit Classen-Kappelmann Führer der rheinischen FSP, ständiges Mitglied des KdV, an dessen Ausschußsitzungen er gelegentlich teilnahm, und des AT; vgl. ADB 46, S. 315 ff.; K. E. Hackenberg, 1902; A. Biefang, 1993.

11 Vgl. den Antrag Beckers, Verhandlungen KdV IV (1861), S. 119.

gebene Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte durch den Abdruck der Kongreßberichte zum quasi-offiziellen Organ des Kongresses.

Wie die in den ersten Jahren noch publizierten Geschäftsberichte zeigen, beschränkte sich die Tätigkeit des Ausschusses im wesentlichen auf die Auswahl geeigneter Termine, Versammlungsorte und Tagesordnungen für die jeweiligen Jahresversammlungen. Zu diesem Zweck hielt er in der Regel im März oder April eine Ausschußsitzung in Berlin ab.[12] Seine Gelder verwendete der Ausschuß ganz überwiegend für die Abwicklung der Kongresse, für die Herstellung der stenographischen Verhandlungsprotokolle und für die Druckkosten der Spezialreferate. Ein kleinerer Teil fiel auf die Bürokosten, worunter auch die Entlohnung eines nebenberuflichen Sekretärs für Schreibarbeiten fiel (*1858/59* 25 T., *1860/61* 119, 18 T.).

Durch die Verbindung zu zahlreichen lokalen und regionalen volkswirtschaftlichen Gesellschaften, wie sie die Gründungsaufrufe Böhmerts vorgesehen hatten, sowie durch den Anschluß bereits bestehender Handels- und Gewerbevereine gelang dem Volkswirtekongreß eine Verankerung im gesellschaftlichen Leben. Die lokalen und regionalen Vereine, die über eigene Statuten verfügten, blieben formal völlig unabhängig und waren nur personell mit dem nationalen Kongreß verbunden. Auch wenn sie nicht »das ganze Vaterland mit ihrem Netz überzogen«, wie Böhmert es wünschte, war ihre Zahl beträchtlich. Eine erschöpfende Aufzählung der lokalen Vereine, die sich dem Volkswirtekongreß anschlossen, ließe sich nur nach Durchsicht einer größeren Zahl regional gestreuter Tageszeitungen erstellen, da hierüber keine Statistiken geführt oder solche zumindest nicht überliefert wurden.[13] Auf regionaler Ebene bildeten sich insgesamt sieben Gesellschaften: die Wirtschaftliche Gesellschaft für das nordwestliche Deutschland[14], die Volkswirtschaftliche Gesellschaft für Ost- und Westpreußen[15], die Volkswirtschaftliche Gesellschaft für die sächsischen Lande (später für Mitteldeutschland)[16], der Volkswirtschaftliche Verein für Südwestdeutschland[17], der Han-

---

12 Folgende Ausschußsitzungen lassen sich anhand der Presse 1858–64 nachweisen: am 26.3. 1859 (Protokoll in der Zeitschrift des Central-Vereins 2 (1860), S. 448 ff.); am 2.8. 1859 (AG, Nr. 151, 3.9. 1859; VZ, Nr. 178, 3.8. 1859; BrHbl., Nr. 408, 6.8. 1859); am 18.4. 1860 (AG, Nr. 183, 3.5. 1860); am 30.4. 1861 (Protokoll in der Zeitschrift des Central-Vereins 3 (1861), S. 366 ff.); am 1.–2.3. 1862 (BrHbl., Nr. 543, 8.3. 1862; NrhVz, Nr. 62, 3.3. 1862); 7.3. 1862 (AG, Nr. 272, 11.3. 1862); am 12.3. 1863 in Berlin (SZ, Nr. 138, 17.3. 1863); am 10.4. 1864 (VjVW 2 (1864), S. 245 f.).

13 Vgl. jedoch den Artikel »Volkswirtschaftliche Vereine« bei H. Rentzsch, 1865, S. 996 ff. Eine gewisse Enttäuschung über ungenügende Resonanz läßt der Artikel von A. Lammers, Wirtschaftliche Gesellschaften, in: Volkswirtschaftliche Monatsschrift 2 (1859), S. 1 ff., erkennen; vgl. ders., Wirtschaftliche Vereine, in: Westermanns Monatshefte, Bd. 5 (1858/59), S. 680 ff., Bd. 6 (1859), S. 560 ff.

14 Gegründet am 28.2.–1.3. 1859, WZ, Nr. 4738–4739, 1.–2.3. 1859; Statut bei G. Stalmann, 1926, S. 110 f.; im Vorstand Bennigsen, Böhmert, Lammers, Grumbrecht, Strackerjan; vgl. auch C. Gotthardt, 1992, S. 92 f.

15 Gegründet am 27.8. 1860; vgl. G. Stalmann, 1926, S. 43.

16 Gegründet am 1.10. 1860, am 6.6. 1861 umbenannt in Volkswirtschaftliche Gesellschaft für Mitteldeutschland, AG, Nr. 236, 11.6. 1861. Dem Ausschuß gehörten u. a. Biedermann, Hopf und Rentzsch an, WSchNV, Nr. 119, 8.8. 1862.

17 Gegründet am 15.4. 61, vgl. Beilage zu Nr. 12 der Zeit, 16.4. 1861. Im Vorstand saßen u. a.

dels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen[18], die Volkswirtschaftliche Gesellschaft für Rheinland und Westfalen[19] und der Verein für Norddeutschland.[20]

An der Spitze dieser Vereine und Gesellschaften standen regelmäßig Personen, die zugleich auf nationaler Ebene tätig waren. Über die Tätigkeit der regionalen Zusammenschlüsse, ihre Versammlungen und Publikationen, gibt die einschlägige Presse ausführlich Auskunft.[21] Soweit ersichtlich, wiederholten sich in ihnen die Konflikte der nationalen Kongresse in meist abgeschwächter Form. Mit der Entpolitisierung des Volkswirtekongresses seit 1863 verschwanden sie rasch von der Bildfläche.[22] Die Bedeutung der Regional- und Lokalgesellschaften lag vor allem darin, daß sie die Diskussion über volkswirtschaftliche Probleme und ihre politischen Implikationen bis in die Städte und Gemeinden trugen.

F. E. Passavant, M. Wirth, Sonnemann, Braun, Pickford, Kolb, L. Seeger, Schröder, Steinbeiß, Pirazzi, Christmann, Crämer; vgl. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 228 f.

18 Gegründet am 1.12.1858 in Düsseldorf; Statuten im HASt Köln, Nl. Classen-Kappelmann, 35. Vorsitz A.v.Sybel.

19 Gegründet Anfang Mai 1862 in Köln, Vorstand Classen-Kappelmann, H. Becker, NrhVz., Nr. 138, 17.5.1862. Sie verstand sich als Gegengründung zum altliberalen Düsseldorfer Handels- und Gewerbeverein, der sich offener Politisierung widersetzte. Dies ist der einzige Fall, daß sich eine volkswirtschaftliche Gesellschaft wegen zunehmender Politisierung spaltete. Die Analogie zur Gründung der FSP liegt auf der Hand. Becker formulierte es so: der Handels- und Gewerbeverein erstrebe die Vertretung der verschiedenen Industriezweige, »bei dem Volkswirtschaftlichen Verein handelt es sich um die *Vertretung der Interessen des Volkes*«, NrhVz, Nr. 138, 17.5.1862.

20 Gegründet 1862 in Kiel, Vorstand E. Wiggers, vgl. G. Stalmann, 1926, S. 46.

21 Zu nennen sind insbesondere das BrHbl., die WZ, der AG, die KöZ, aber auch der Beobachter.

22 So auch der Artikel »Volkswirtschaftliche Vereine« in: H. Rentzsch (Hrsg.), 1865, S. 996 ff.

Der Deutsche Nationalverein

1. Die Entstehung des Deutschen Nationalvereins

a) Nationalpolitische Versammlungen von März bis August 1859

Die Entstehungsgeschichte des Nationalvereins gilt als bekannt. Alle Untersuchungen seit Hermann Oncken stimmen in Anlehnung an die offiziöse Selbstdarstellung des Nationalvereins darin überein, daß sich der Verein aus der nationalen Stimmungslage des Sommers 1859 entwickelte, als während des österreichisch-italienischen Krieges die außenpolitische Handlungsunfähigkeit des Deutschen Bundes erneut sichtbar wurde. Scharf wird dabei die Phase seit Kriegsausbruch von der Phase nach dem Waffenstillstand und dem Präliminarfrieden von Villafranca geschieden. Während die Erklärungen nassauischer und württembergischer Staatsbürger vom Juni 1859 noch in der Absicht an die preußische Regierung gerichtet gewesen seien, diese zum Eintritt in den Krieg gegen das napoleonische Frankreich aufzufordern und ihr für diese Zeit die militärische Führung des nichtösterreichischen Deutschlands anzubieten, sei der Gedanke der Gründung eines nationalen Vereins erst nach dem überraschenden Friedensschluß Österreichs entstanden und habe zu den im Juli veröffentlichten Resolutionen von Eisenach und Hannover geführt. Diese Erklärungen werden als spontaner Ausdruck der öffentlichen Meinung und als vollkommen unabhängig voneinander entstandene Einzelereignisse aufgefaßt. Die Unterzeichner der verschiedenen Erklärungen, heißt es dann übereinstimmend, seien anschließend miteinander in Beziehung getreten und hätten die zweite Eisenacher Versammlung verabredet, auf der gemeinsam das Urprogramm des Nationalvereins beschlossen und die Einladung zur Gründungsversammlung erlassen wurden.[1]

Dieses Bild einer zwar im allgemeinen Zeittrend liegenden, aber dennoch spontanen, der Zufallselemente nicht entbehrenden Entwicklung verändert sich, wenn man die Vorgeschichte des Nationalvereins weiter faßt und insbesondere den Volkswirtekongreß in die Betrachtung einbezieht, wie es dem Ansatz dieser Untersuchung entspricht.[2] Ein solcher methodischer Zugriff verdeutlicht, daß die Gründung des Nationalvereins in der Konsequenz der Gründung des Volkswirtekongresses lag und planmäßiger vorbereitet wurde, als bisher angenommen.

---

1 Am ausführlichsten zur Entstehung des NV P. Herrmann, 1932; W. Grube, Neue Ära, 1933; ähnlich auch der Tenor der offiziösen Broschüre G. Plancks, 1861, S. 12 ff.

2 Vgl. die Andeutungen bei S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 46; R. Zeise, Kongreß deutscher Volkswirte, 1980, S. 158 ff.

Der eigentliche Ausgangspunkt für die Gründung eines die Landesgrenzen überschreitenden, offen politischen Zusammenschlusses ist bereits im März 1859 anzusetzen. Zu dieser Zeit fanden in Berlin zahlreiche politische Gespräche statt, an denen sich eine größere Zahl preußischer sowie nichtpreußischer Politiker beteiligte. Diese Gespräche der letzten Märztage nannte im Oktober 1859 auch die Berliner Volks-Zeitung als das entscheidende Datum für die Nationalvereinsgründung.[3] Anlaß der Berliner Besprechungen waren erstens die konstituierende Sitzung der ständigen Deputation des Volkswirtekongresses am 26. März 1859 und zweitens die Feiern zum zehnjährigen Jubiläum der Reichsverfassung von 1849 am 28. März 1859. Die Verfassungsfeiern, die angesichts der europäischen Kriegsgefahr mit den Worten der Weser-Zeitung »durch die im Abgeordnetenhaus herrschende Teilnahme für die gemeinsamen deutschen Interessen« hervorgerufen worden waren und ein entschieden »patriotisches Gepräge« trugen, wurden von der Forschung bisher nicht beachtet.[4] Sie belegen eine erstaunliche Kontinuität verfassungspolitischer Grundvorstellungen auch bei den konstitutionellen Liberalen der Revolutionsjahre und verdeutlichen, daß die Reichsverfassung von 1849, die im Oktober 1862 zum Unwillen der meisten Altliberalen und vieler gemäßigter Liberaler zum Programm des Deutschen Nationalvereins erhoben wurde, Anfang 1859 noch als »Traum der Gothaner« galt, wie der ehemalige Demokrat Hugo Fries spöttisch schrieb.[5]

Der Verlauf der informellen politischen Gespräche und der jeweilige Teilnehmerkreis lassen sich nicht im einzelnen rekonstruieren. An den Erinnerungsfeiern für die Reichsverfassung nahmen jedoch bis auf Beckerath und Flottwell alle 27 preußischen Kammerabgeordneten teil, die bereits der Paulskirche angehört hatten, darunter Lette, Leue, v. Rönne, v. Sänger, Schubert und Veit; ferner werden Johann Gustav Droysen, Gabriel Riesser und Rudolf Haym genannt.[6] Zur Ausschußsitzung des Volkswirtekongresses hat-

---

3 VZ, Nr. 233, 6.10. 1859; vgl. J. Frölich, 1990, S. 296, Anm. 43. H. V. Unruh, Erinnerungen, 1895, S. 200, berichtet in Übereinstimmung mit der VZ von einer Unterredung mit Schulze und Bennigsen, die ihn zur Mitwirkung an einer Vereinsgründung aufgefordert hätten. Die Gespräche erwähnt auch K. Biedermann in seinen Erinnerungen, datiert sie aber irrtümlich in die letzten Apriltage. Vgl. ders., Mein Leben, Bd. 2, 1884, S. 139 f. Biedermann bezeichnet diese Gespräche als den Anlaß für seine Beteiligung an den Vorbereitungen einer nationalen politischen Versammlung; für die Terminierung der Gespräche bereits Ende März spricht *erstens,* daß größere Treffen unter Teilnahme von Paulskirchenabgeordneten in Berlin Ende April nirgendwo belegt sind und *zweitens,* daß Biedermann – anders als es in seinen Erinnerungen erscheint – bereits am 13.4. seinen ersten diesbezüglichen Brief schrieb, nämlich an Riesser; vgl. M. Isler (Hrsg.), Bd. 1, 1867, S. 595 f.

4 Kurze Berichte in WZ, Nr. 4764, 30.3. 1859 (Zitat); VZ, Nr. 249, 31.3. 1859; FJ, 2. Beilage zu Nr. 89, 30.3. 1859; KöZ, Nr. 89, 30.3. 1859; vgl. auch die skeptisch-distanzierten Bemerkungen Droysens gegenüber Sybel, 26.3. 1859, und den Brief Droysens an Francke, 29.3. 1859, beide in: G. Droysen, Bd. 2, 1929, S. 584 ff. Im Zusammenhang mit dieser Feier steht wohl auch ein Brief Aegidis an Bluntschli vom 19.3. 1859, UB Zürich, Nl. Bluntschli. Demnach hatte Bluntschli die Zusammenkunft in Berlin angeregt, woraufhin Aegidi sich mit H.v.Arnim in Verbindung setzte. Heinrich Alexander v. Arnim (1798–1861), ev.; 1840–48 preußischer Gesandter in Brüssel und Paris, Märzminister, MdNatV (C); MdL 1859–61 (anfangs Fraktion Vincke); trotz Sympathien kein Beitritt zum NV; vgl. ADB 1. S. 571 ff.; A.v.d. Bussche, 1986.

5 Fries an Stapff, 20.6. 1859, in: A. Neumann, 1912, S. 19 f.

6 WZ, Nr. 4764, 30.3. 1859; vgl. weiter VZ, Nr. 249, 31.3. 1859; K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1884, S. 140.

ten sich wenigstens Bennigsen, Schulze-Delitzsch, Lette, Hopf und Schubert sowie als Gäste außerdem Lammers, Michaelis und Guido Weiß eingefunden.[7] Außer Biedermann und dem ehemaligen Vizepräsidenten der preußischen Nationalversammlung Unruh haben sich mit großer Wahrscheinlichkeit verschiedene Berliner Politiker und Journalisten wie etwa die Redakteure der Volks-Zeitung und der National-Zeitung Franz Duncker und Friedrich Zabel[8] an den informellen Gesprächen beteiligt.

Als Ergebnis der Berliner Beratungen setzten umfangreiche Aktivitäten zur Vorbereitung politischer Versammlungen ein, die zunächst auf die öffentliche Anregung und Unterstützung nationalpolitischer Initiativen Preußens zielten, in deren Perspektive jedoch von vornherein die Gründung einer wie auch immer strukturierten nationalen politischen Vereinigung lag. Es lassen sich dabei drei Stufen unterscheiden: zunächst richteten sich die Bemühungen auf die Durchführung einer zentralen nationalen Versammlung in Heidelberg. Nach deren Scheitern veränderte man die Taktik, organisierte in einer zweiten Phase verschiedene regionale Versammlungen, die dann in der dritten Phase in eine wiederum nationale Versammlung in Frankfurt mündeten, aus der der Nationalverein hervorging. Die wichtigsten Impulse zur Vorbereitung und Durchführung dieser Versammlungen gingen dabei von Politikern aus, die allesamt eines gemeinsam hatten: sie hatten sich entweder an der Vorbereitung des ersten Volkswirtekongresses beteiligt, oder sie gehörten seinem Ausschuß an. Die nationalpolitischen Kundgebungen in Wiesbaden, Stuttgart, Eisenach und Hannover, die zur Gründung des Nationalvereins führten, beruhten wesentlich auf der Initiative des *Politikerflügels* des Volkswirtekongresses.

Das in Berlin verabredete Vorgehen wurde bereits in seinem Anfangsstadium durch den Ende April beginnenden italienisch-österreichischen Krieg beeinflußt, da keine politische Versammlung um eine Stellungnahme zu diesen Vorgängen herumkam. Der Krieg demonstrierte vor aller Augen die außenpolitische Handlungsunfähigkeit des Deutschen Bundes und verstärkte den politischen Reformdruck erheblich. Er bot den bürgerlichen Sammlungsbestrebungen zugleich einen geeigneten Ansatzpunkt für ihre Agitation. Die Überlegungen liefen darauf hinaus, die preußische Regierung zu einem Kriegseintritt gegen Frankreich anzutreiben. Als Gegenleistung sollte ihr der militärische Oberbefehl über die deutschen Bundestruppen gewährt werden. Durch die Verknüpfung eines preußischen Kriegseintritts mit Bedingungen unterschieden sich diese Vorstellungen deutlich von den proösterreichischen Kriegsbefürwortern in Süddeutschland. Vielfach

---

7 Vgl. den Bericht über die Sitzung in der Zeitschrift des Central-Vereins 2 (1860), S. 448 ff.; ferner WZ, Nr. 4765, 31. 3. 1859; auf der Sitzung wurde der Termin für den zweiten VWK für September 1859 festgelegt. Guido Weiß (1822–1889), Dr.med.; Journalist; 1859–62 Hg. der Zeitschrift des Central-Vereins; Chefredakteur der Berliner Reform bis 1866; Freund Jacobys; MdL 1869–70 (FSP); vgl. E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 288, Anm. 1.

8 Friedrich Wilhelm Zabel (1802–1875), ev.; Geschichts-, Philosophie- und Theologiestudium, Predigtamtskandidat in Schwedt/Oder; Journalist bei der KöZ, seit 1848 leitender Redakteur der NZ, Mitglied NV, seit 1861 FSP, seit 1867 nationalliberal, vgl. E. Schmaling, 1980, S. 11 f.

schwang dabei das Motiv mit, daß die preußische Regierung, einmal im Besitz der militärischen und diplomatischen Führung, diese nicht wieder hergeben würde und damit ein erster Schritt zur Schaffung einer einheitlichen Exekutive getan wäre. Mit der Forderung nach der preußischen Leitung der Außen- und Kriegspolitik verband man daher stets die Forderung nach einem nationalen Parlament.

Treibende Kraft der Versammlungsvorbereitungen war anfangs vor allem Karl Biedermann, der sich bereits für das Zustandekommen des Volkswirtekongresses engagiert und in der Redaktionskommission für dessen Statuten gesessen hatte. Am 13. April 1859 ventilierte er in einem Brief an Gabriel Riesser das Projekt einer großen nationalen Versammlung politischer Notabeln in Heidelberg, um so die preußische Regierung zu nationalpolitischer Aktion anzutreiben, konkret zu einem Eintritt in den Krieg gegen Frankreich.[9] Biedermann setzte sich in dieser Angelegenheit ferner mit Karl Brater in München in Verbindung und beide standen in Kontakt mit Hermann Baumgarten.[10] Gleichzeitig versuchte von Wiesbaden aus Karl Braun, Ausschußmitglied des Volkswirtekongresses und Präsident der nassauischen zweiten Kammer, Heinrich von Gagern zur Teilnahme an der geplanten Versammlung in Heidelberg zu gewinnen, dessen Name mit der Reichsverfassung von 1849 untrennbar verbunden war.[11] Baumgarten, der wie Ludwig Häusser zu den Befürwortern einer politischen Versammlung zählte, hatte von München aus Stuttgart und Heidelberg besucht und sich mit Friedrich Römer[12], Häusser, Gervinus, Wilhelm Beseler und Gagern über das weitere Vorgehen besprochen.

Die Initiative stieß allerdings in Württemberg und Bayern auf große Skepsis: Römer und Beseler waren zu öffentlichen Demonstrationen nicht bereit und lehnten wie der Führer der liberalen Kammerfraktion im bayerischen Landtag Lerchenfeld selbst aufeinander abgestimmte Kammerinitiativen und insbesondere das Aufgreifen der nationalen Verfassungsfrage strikt ab.[13] Gagern lehnte zwar eine politische Versammlung ab, plädierte aber immerhin für gemeinsame Kammerinitiativen in Bayern, Württemberg, Baden, Kurhessen, Hessen-Darmstadt und Nassau, die das deutsche Interesse an Österreichs Stellung in Italien betonen und Preußen zur Aufgabe seiner Neutralität bewegen sollten.[14]

---

9 Der Brief liegt nicht vor, vgl. jedoch die Antwort Riessers vom 15.4.1859, in: M. Isler (Hrsg.), Bd. 1, 1867, S. 595 f.

10 Vgl. K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1884, S. 142 ff. Brater war als Mitglied des bayerischen Landtags und Leiter der preußenfreundlichen Bayerischen Wochenschrift, die durch preußische Regierungsgelder unterstützt wurde, die bevorzugte Kontaktperson in München.

11 Braun an Gagern, 29.4.1859, BAF, Nl. Gagern, 28.

12 Friedrich Römer (1794–1864), Jurist, württembergischer Märzminister; Vorparlament, MdNatV, MdL 1833–38, 1843–48, 1851–63; 1851–63 Präsident der württembergischen zweiten Kammer; vgl. ADB 29, S. 117 ff.

13 Baumgarten an Gervinus, 28.4.1859, Baumgarten an Häusser, 22.5.1859, beide in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 28 f., S. 38 f.; Brater an Biedermann, 23.5.1859; B[aumgarten] an Biedermann, 1.6.1859, beide in: K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1884, S. 142 ff. Zur Beurteilung des italienischen Krieges in Bayern vgl. K. Raumer, Karl Brater, 1924; ders., Das Jahr 1859, 1925. Am 9.8.1859 stellte Völk, der wie Brater zum linken Flügel der »Partei Lerchenfeld« zählte, in der zweiten Kammer den Antrag auf Schaffung einer Zentralgewalt mit Volksvertretung, der mit 87 zu 45 Stimmen abgelehnt wurde.

14 Entwurf Gagern an Braun, 12.5.1859, BAF, Nl. Gagern, 28.

Die Pläne zu einer zentralen Versammlung in Heidelberg scheiterten letztendlich am entschiedenen Widerspruch Max Dunckers. Seit dem April stand er an der Spitze des sogenannten »Literarischen Büros« in Berlin, der Presseabteilung des preußischen Innenministeriums. Dunckers Aufgabe war es, die süddeutsche Presse im Sinne der preußischen Politik der »Neuen Ära« zu beeinflussen und insbesondere ein publizistisches Gegengewicht zu der österreichfreundlichen Augsburger Allgemeinen zu schaffen.[15] Mit seinen Briefen an Häusser und Baumgarten machte er deutlich, daß er die geplante öffentliche Versammlung für »höchst bedenklich« hielt, und stellte klar, daß solche Versammlungen von Regierungsseite abgelehnt und als eine Art »neues Vorparlament« angesehen würden.[16] Baumgarten, ebenfalls Mitarbeiter des »Literarischen Büros«, und Häusser beugten sich Dunckers Wunsch und sagten die Versammlung ab.[17]

Der Einfluß der Berliner Regierung der Neuen Ära auf die Nationalvereinsgründung ist in der älteren Literatur überschätzt worden.[18] Die Regisseure der Nationalvereinsgründung waren zwar bemüht, wenn möglich in Übereinstimmung mit der preußischen Regierung zu handeln. Zu diesem Zweck standen Biedermann und Unruh in Kontakt mit der preußischen Regierung, oder genauer, mit Max Duncker und seinem Mitarbeiter Baumgarten.[19] Daß eine Übereinstimmung mit der preußischen Regierung nur bei einem sehr weitgehenden Verzicht auf eigene politische Betätigung möglich sein würde, zeigte erstmals das Scheitern der Heidelberger Versammlung. Das Äußerste, was Duncker in den folgenden Monaten zugestehen konnte, enthielten seine Denkschriften von Juli und August 1859.[20] Duncker bezeichnete hier zwar in Übereinstimmung mit der nationalen Verfassungsbewegung die bestehende Bundesverfassung als »Gefahr für Deutschland«. Die Überwindung des Bundestages könne aber, das war der Kern seiner

---

15 Vgl. dazu R. Haym, Dunckers Leben, 1891, S. 194 ff; J. Schultze, 1922; K. Raumer, Preußische Zeitungsgründung, 1925; W. Grube, Neue Ära, 1933, S. 14 ff., 121 ff.; E. Naujoks, Bismarcks Pressepolitik, 1968, S. 25 ff. Duncker verfügte über einen Pressefond von 31 000 T.; daraus wurden hauptsächlich die BW und ihre Nachfolgerin, die SZ, unterstützt, sowie einige politische Broschüren, z. B.: L. K. Aegidi, Preußen und der Frieden von Villafranca, 1859; die anonyme Schrift: Politischer Dialog, 1859; W. Beseler, 1859; H. Baumgarten, Deutschland und die italienische Frage, 1859; K. Brater, Was will Deutschland im Kriege?, 1859 (auch in BW, Nr. 5, 30. 4. 1859). Alle diese Schriften verknüpften einen preußischen Kriegseintritt mit der Bedingung der preußischen diplomatischen und militärischen Führung oder sie rechtfertigten die preußische Neutralität. Zur Haltung der AAZ vgl. W. Gebhardt, 1935, S. 16 ff.

16 M. Duncker an Baumgarten, 19. 5. 1859, in: M. Duncker, 1923, S. 111 f.; ders. an Häusser, 20. 5. 1859, in: J. Heyderhoff, (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 37 f.

17 Häusser an M. Duncker, 25. 5. 1859, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), ebd., S. 40 f.

18 Vgl. vor allem H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 327 ff.; W. Grube, Neue Ära, 1933, S. 12 ff.

19 Biedermann an [M. Duncker], 26. 6. 1859, 6. 7. 1859, erwähnt bei K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1884, S. 152 ff.; Unruh an M. Duncker, Anfang August 1859, 26. 8. 1859, Anfang September 1859, in: M. Duncker, 1923, S. 167 f., S. 171, S. 172 f; H. V. Unruh, Erinnerungen, 1895, S. 200 ff.; zu den Kontakten zwischen Bismarck und Unruh im Sommer 1859 vgl. E. Engelberg, Bismarck, 1991, S. 416 ff.

20 Abgedruckt bei H. V. Unruh, ebd., S. 201 ff.; W. Grube, Neue Ära, 1933, S. 157 f.

Schriften, nur unter Wahrung des Rechts und in Form eines *Ausgleichs* des Dualismus zwischen Österreich und Preußen geschehen, also auf dem Wege der Bundesreform. Dazu brauche Preußen die Unterstützung der öffentlichen Meinung. So wichtig diese für Preußen auch sei, dürften etwaige Kundgebungen jedoch »nicht auf Erwerbung der Popularität berechnet sein und keinen agitatorischen Charakter an sich tragen.« Daß eine Parlamentsagitation und gar eine Vereinsgründung nicht erwünscht waren, brachte Duncker klar zum Ausdruck. Lediglich Resolutionen politischer Notabeln, wie er sie in Heidelberg noch hatte verhindern können, erschienen ihm jetzt hinnehmbar. Selbst für diese abschwächende Haltung wird Duncker schwerlich die Rückendeckung der preußischen Regierungsspitze besessen haben. Für die nationale Verfassungsbewegung war Dunckers Angebot in jedem Fall völlig ungenügend. Die Nationalvereinsgründung fand deshalb gegen den erklärten Willen der preußischen Regierung statt, und die weiteren Kontakte zu preußischen Regierungskreisen dienten vor allem dazu, einen offenen Bruch zu vermeiden. Daß Preußen den Nationalverein duldete und seine bundesweite Unterdrückung verhinderte, beruhte nicht auf Sympathie, sondern auf der politischen Zweckmäßigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Habsburgerstaat um die Führungsrolle in Deutschland.

Nach dem Scheitern einer nationalen Versammlung in Heidelberg verlagerten die Betreiber einer Vereinsgründung ihr Vorgehen zunächst auf die einzelstaatliche Ebene. Chronologisch an erster Stelle stand die Initiative Karl Brauns in Nassau, der jetzt ohne weitere Rücksprache mit dem Heidelberger Kreis vorging. Zusammen mit Lorenz Nagel, dem späteren Nachfolger Fedor Streits als Geschäftsführer des Nationalvereins, und Friedrich Lang beriet und verfaßte er eine erste Erklärung zur politischen Lage, die am 21. Juni 1859 einer Bürgerversammlung in Wiesbaden zur Annahme vorgelegt wurde.[21] Die Resolution erklärte die Verfassung des Deutschen Bundes und insbesondere die Kriegsverfassung schlicht als »absolut unbrauchbar« zur Sicherung der nationalen Rechte und verlangte den Kriegseintritt Preußens an der Seite Österreichs. Für die Kriegsdauer müsse die diplomatische und militärische Führung des nichtösterreichischen Deutschland in der Hand Preußens liegen. Die Forderung nach einem nationalen Parlament zur Beseitigung der bestehenden Mißstände klang ebenfalls an, verbunden mit der Anregung zur Bildung von »Vaterlandsvereinen« überall in Deutschland.

Der Text der Erklärung wurde sogleich an zahlreiche Zeitungsredaktionen und 55 bekanntere Persönlichkeiten versandt.[22] In der folgenden Woche

---

21 Text bei G. Planck, 1861, S. 70 ff; Auszüge bei R. Le Mang, 1909, S. 8 f.; veröffentlicht z. B. in der Beilage zum FJ, Nr. 182, 2.7. 1859; Kommentar in VZ, Nr. 145, 25.6. 1859. A. Trabert, 1912, S. 266, nennt Nagel, der zu dieser Zeit als Rechtsanwalt in Wiesbaden arbeitete, als Verfasser der Erklärung, Braun und Lang hätten mitgewirkt; Lang beanspruchte ebenfalls die Verfasserschaft, vgl. die anonyme Schrift: Friedrich Lang, Der Nassauische Volkstribun, 1885, S. 12 f.

22 Vgl. Braun an Gagern, 22.6. 1859, BAF, Nl. Gagern, 28. Braun setzte Gagern einen Tag nach der Veröffentlichung der Erklärung in Kenntnis, wiederholte seinen Vorschlag zu einer Besprechung in Heidelberg auf der Grundlage dieser Erklärung und forderte Gagern zur öffentlichen Befürwortung auf. Die Erklärung wurde u. a. an M. Barth, Biedermann, Böhmert, F. P. Buhl, F. Duncker, Engel, Freytag, Friedelben, Fries, Häusser, Lammers, Lette,

wurde die Nassauer Erklärung auf Initiative Georg Varrentrapps, Ausschußmitlied des Volkswirtekongresses, einer von etwa 150 Personen besuchten Frankfurter Bürgerversammlung zur Annahme vorgelegt, an der neben den Demokraten Leopold Sonnemann und Ludwig Braunfels auch Konstitutionelle wie Varrentrapp selbst und Souchay[23] teilnahmen.[24] Fast gleichzeitig wurde eine von Julius Hölder verfaßte Erklärung württembergischer Bürger in Stuttgart veröffentlicht.[25] Im Anschluß an die bereits im Mai 1859 in die württembergische Kammer eingebrachte Petition Hölders forderte die württembergische Resolution gleichfalls die Übertragung der diplomatischen und miltitärischen Führung an Preußen und meldete den Anspruch auf eine nationale Volksvertretung an.

Der zweite Aktionsschwerpunkt lag in Thüringen und Hannover. Die wichtigsten Akteure waren Bennigsen, Fries, Lammers, Schulze-Delitzsch und Streit. Durch Briefkontakt mit Biedermann waren sie über die Vorgänge in Süddeutschland im Bilde.[26] Die von Schulze-Delitzsch und Lammers zeitweise gehegten Pläne, den für September nach Frankfurt einberufenen zweiten Volkswirtschaftlichen Kongreß als Ersatz für die Heidelberger Versammlung in eine nationale Kundgebung umzufunktionieren, ließen sich allein wegen des Widerstandes des volkswirtschaftlichen Flügels um Böhmert nicht realisieren.[27] Schon Anfang Mai hatte sich Böhmert im Handelsblatt nach dem Motto »Getrennt vermögen wir mehr« gegen eine weitere Politisierung

---

Metz, Michaelis, M. Mohl, v.Patow, Pickford, Prince-Smith, Reinganum, Rewitzer, Reyscher, Rochau, F. Römer, Samwer, Schulze-Delitzsch, Simson, v.Sybel, Unruh, G. Varrentrapp und Wolff verschickt.

23 Eduard Franz Souchay (1800–1872), Jura-Studium in Heidelberg, Burschenschafter; 1848/49 Vertreter Frankfurts bei der provisorischen Reichsregierung; 1849 Kommissar der Reichsregierung in Schleswig-Holstein; Mitglied des konstituionellen Patriotischen Vereins und des Frankfurter gesetzgebenden Körpers; Mitglied KdV, NV und AT; vgl. ADB 34, S. 697 f.

24 Vgl. G. Varrentrapp an F. P. Buhl, 3.7. 1859, BAF, Nl. Buhl, 143, Bl. 1 f. (ähnlich am 3.7. 1859 an Biedermann, DERS., Mein Leben, Bd. 2, 1884, S. 150 f.). Die etwa 150 Teilnehmer unterzeichneten ohne Diskussion die Wiesbadener Erklärung und entrichteten einen kleinen Beitrag, um die Kosten der 17 000 Abdrucke zu decken, die über verschiedene Frankfurter Zeitungen verteilt wurden. Die Zustimmungserklärung ist abgedruckt in der Beilage zum VfmD, Nr. 80, 29.6. 1859; Beilage zum FJ, Nr. 182, 2.7. 1859. Vgl. auch R. SCHWEMER, Bd. 3/2, 1918, S. 111 f.

25 Text bei G. PLANCK, 1861, S. 86 ff.; K. BACHTELER, 1934, 33 f.; zuerst veröffentlicht im Beobachter, Nr. 151, 3.7. 1859; vgl. dazu D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 285 ff., bes. S. 287. Die Württemberger 48er-Demokraten waren wohl durch Baumgarten informiert worden; Hölder und Tafel standen auch in Briefkontakt mit Streit und Fries und wurden von Crämer auf dem Laufenden gehalten (mehrere Briefe in WLB, Nl. Hölder, IV 1); vgl. auch den Brief vom 18.5. 1859 bei K. BIEDERMANN, Mein Leben, Bd. 2, 1884, S. 143.

26 Vgl. K. BIEDERMANN, ebd., S. 145 ff. Biedermann und Schulze diskutierten Anfang Juni bereits freimütig über die Wiedereinführung der Reichsverfassung.

27 Vgl. Francke an M. Duncker, 15.7. 1859, in: M. DUNCKER, 1923, S. 158 f; Mathy an Francke, 12.7. 1859, in: BAF, Nl. Francke, 11; ferner Lammers an M. Duncker, 24.6. 1859, in: M. DUNCKER, 1923, S. 145 f: »Sollte es nicht gelingen, ihn [den KdV] durch eine auf den Kriegszustand berechnete Tagesordnung hinlänglichen Sog zu verleihen? Gerade die Aufnahme dieses Themas verspricht der Versammlung Besuch, wie ich meine« schrieb Lammers. Mögliche Tagesordnungspunkte sollten die Herstellung einer Kriegsflotte, Kriegsanleihen, Einfluß des Kriegs auf Handel und Gewerbe usw. sein.

des Kongresses ausgesprochen.[28] Auch hier beschränkte man sich deshalb zunächst auf Versammlungen regionalen Zuschnitts.

Knapp zwei Wochen vor der Veröffentlichung der Nassauer Erklärung trafen sich auf Veranlassung des Weimarer Rechtsanwalts Hugo Fries, der ebenfalls zu den Gründungsmitgliedern des Volkswirtekongresses zählte, am 11. Juni 1859 in Coburg einige thüringische Demokraten zu einer Besprechung, darunter Karl Rückert, Hermann Hering[29] und Fedor Streit, um die Stellung der Demokraten von 1848 zu den italienischen Ereignissen und der bürgerlichen Sammlungsbewegung festzulegen.[30] Drei Tage später, vom 14.–16. Juni 1859, folgte im Anschluß an die Generalversammlung der Kredit- und Vorschußvereine unter Teilnahme Schulze-Delitzschs eine weitere Besprechung.[31] Von hier aus reisten Fries, Hering und Streit nach Bamberg, wo sie mit dem 48er-Demokraten Titus[32] verhandelten, und anschließend nach Nürnberg. Auf dieser Rundreise warben sie für die Beteiligung an einer größeren Demokratenversammlung, die am 16./17. Juli 1859 in Eisenach stattfinden sollte.[33] Nachdem das Zustandekommen der Eisenacher Versammlung gesichert schien, verabredeten Bennigsen und Albrecht[34], beide Mitglieder der hannoverschen Kammer und des Volkswirtekongresses, Bennigsen auch des Ausschusses, am 8. Juli 1859 eine Versammlung für den 19. Juli 1859 in Hannover.[35] Um eine bedeutendere Beteiligung zu gewährleisten, hatte man den Tag der Kammereröffnung gewählt; gleichzeitig war der hannoversche Anwaltstag in der Stadt versammelt. Eingeweiht in dieses Vorgehen waren auch Lette und Schulze-Delitzsch.[36]

---

28 BrHbl., Nr. 448, 12.5.1859. »Was aber das Wichtigste ist: je freier der Kongreß deutscher Volkswirte von unmittelbarer politischer Wirksamkeit sich hält, desto fähiger bleibt er, der nationalen Idee in ihrem höchsten und umfassendsten Begriffe zu dienen, sie festzuhalten, wenn sie im heißen politischen Streit ganz drohen sollte sich zu verflüchtigen. Je entschiedener die politische Entwicklung den Zug zur preußischen Führung zu nehmen scheint, desto nachdrücklicher sollen die Träger der wirtschaftlichen Entwicklung, meinen wir, darauf bestehen, daß für sie das politische Gebot das ganze Deutschland bleibt.« Die Auseinandersetzung schien sogar das Zustandekommen des herbstlichen Kongresses zu gefährden; vgl. die knappe Meldung im AG, Nr. 139, 3.6.1859; ferner Lette an Lammers, 7.7.1859, in: A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 78 f.

29 Hermann Hering (1821–1887), ev.; Jura-Studium in Jena, Burschenschafter; seit 1848 Rechtsanwalt in Eisenach; seit 1852 Gemeinderat in Weimar; Mitglied NV und AT; MdL 1852, 1860 ff. (FSP); MdR 1867 (NLP); vgl. B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 416.

30 Vgl. Fries an Stapff, 8.6.1859, in: A. Neumann, 1912, S. 19.

31 Vgl. L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 161; P. Herrmann, 1932, S. 39.

32 Nikolaus Titus (1808–1870), Jura-Studium in Würzburg, Erlangen, Burschenschafter; Vorparlament, MdNatV (D/DH), 1849 Exil in der Schweiz, seit 1850 Rechtsanwalt in Bamberg; 1864/65 Volkspartei, nach 1866 Annäherung an die Internationale Arbeiterassoziation; MdL 1866–70; vgl. R. Koch, 1989, S. 403.

33 Fries an Stapff, 20.6.1859, in: A. Neumann, 1912, S. 19 f.

34 Siegfried Wilhelm Albrecht (1826–1896), ev.; Jura-Studium in Göttingen, Berlin; 1852 Obergerichtsanwalt in Hannover, ab 1877 in Berlin; MdL 1854–55, 1858–66 (FSP); MdR 1867–78 (NLP); A-KdV 1864; vgl. B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 371; C. Gotthardt, 1992, S. 83, Anm. 37.

35 Das geht hervor aus einem Brief Lammers an einen unbekannten Journalisten, 9.7.1859, in: M. Duncker, 1923, S. 154 f. Vgl. auch Lette an Lammers, 7.7.1859, bei A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 78 f.

36 Vgl. Francke an M. Duncker, 15.7.1859, in: M. Duncker, 1923, S. 158 f.: zu den persön-

Nach dem bisher Gesagten spricht alles dafür, daß die Versammlungen von Eisenach und Hannover, die im Abstand von zwei Tagen aufeinander folgten, samt der dort gefaßten Beschlüsse in enger Abstimmung organisiert wurden und von vornherein den Zweck hatten, den realpolitischen Kompromiß von Demokraten und Konstitutionellen sinnfällig zum Ausdruck zu bringen. Obwohl die Eisenacher Versammlung ausschließlich von 1848er Demokraten besucht wurde, während in Hannover Konstitutionelle, die den Stil der Versammlung prägten, und Demokraten teilnahmen, stimmten die verabschiedeten Erklärungen in allen wesentlichen Punkten überein.[37] Wie schon die Wiesbadener und Stuttgarter Erklärung liefen sie auf die Forderung nach einer nationalen Volksvertretung mit einer einheitlichen Zentralgewalt hinaus, für die nur der preußische Staat in Frage kam. Ein bedeutsamer Unterschied lag jedoch darin, daß die süddeutschen Erklärungen während des Krieges verabschiedet worden waren und die preußische Spitze auf diplomatische und militärische Angelegenheiten für die Dauer des Krieges beschränkten, während die Beschlüsse von Eisenach und Hannover solche Vorbehalte nicht enthielten. Sie forderten »eine feste, starke und bleibende« Zentralregierung.[38] An dieser Konfliktlinie entzündete sich die Auseinandersetzung auf der zweiten Eisenacher Versammlung.

Am 29. Juli 1859 berieten Bennigsen und die Eisenacher in Köthen über die Möglichkeit einer Synthese der vier vorliegenden Erklärungen. Zu diesem Zweck beschlossen sie, eine weitere Versammlung im kleineren Kreis nach Eisenach auszuschreiben, die jedoch nicht mehr regional beschränkt bleiben, sondern Liberale wie Demokraten aus ganz Deutschland umfassen sollte. Streit wurde beauftragt, auf einer zweiten Rundreise über Leipzig, Berlin, Hannover, Göttingen, Braunschweig, Frankfurt a. M., Darmstadt, Heidelberg, Stuttgart und München das Vorhaben zu erläutern und Teilnehmer zu werben.[39]

Das auf der zweiten Eisenacher Versammlung am 14. August 1859 beschlossene Dokument wurde zum Gründungsprogramm des Nationalvereins. Inhaltlich entsprach es beinahe vollständig der ersten Eisenacher Erklärung, die ersten vier Paragraphen wurden wörtlich übernommen, die nachfolgenden beiden jedoch umformuliert und um einen weiteren ergänzt. Das Entscheidende war, daß man gemäß der Wiesbadener und Stuttgarter Erklärung die preußische Spitze an den Kriegsfall band.

---

lichen und brieflichen Kontakten zwischen Lammers, Lette, Schulze und Böhmert vgl. A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 78 ff., insbesondere Lette an Lammers, 3. 8. 1859, S. 79.

37 An der Eisenacher Versammlung nahmen teil: G. C. Schüler (Vorsitz), Schulze, Fries, Streit, Dölitzsch (aus Altenburg), Joseph, Schaffrath, Titus u. a., vgl. R. Le Mang, 1909, S. 12; den Vorsitz Schülers erwähnt die NZ, Nr. 332, 19. 7. 1859. Die Erklärung von Hannover wurde von insgesamt 35 Personen unterzeichnet, von denen 20 der hannoverschen Kammer angehörten, u. a. Bennigsen, Breusing, Götting, Weber, Lammers, Miquel, Albrecht; vgl. ebd., S. 15 f. Der Resolutionstext in Hannover stammte von Bennigsen (Unruh an M. Duncker, 26. 8. 1859, in: M. Duncker, 1923, S. 171 f.).

38 Ein gedrucktes Exemplar der Eisenacher Resolution in STA Coburg, LA A, 7186, Bl. 295; abgedruckt u. a. bei G. Planck, 1861, S. 17 f.; R. Le Mang, 1909, S. 12 f.; die hannoversche Resolution bei G. Planck, ebd., S. 89 ff; R. Le Mang, ebd., S. 13 ff.

39 R. Le Mang, 1909, S. 17; vgl. den Brief Unruh an Phillips, 4. 8. 1859, bei L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 162 f.

»Sollte Deutschland in der nächsten Zeit von außen wieder unmittelbar bedroht werden, so ist bis zur definitiven Konstituierung der deutschen Zentralregierung die Leitung der deutschen Militärkräfte und die diplomatische Vertretung Deutschlands nach außen auf Preußen zu übertragen.«

In den Augen der unbedingten Anhänger der preußischen Spitze war dies ein Rückschritt und als solcher ist er auch in der älteren Literatur kritisiert worden.[40] Man interpretiert die in Eisenach vorherrschende Kompromißbereitschaft aber wohl angemessener, wenn man sie als Indiz dafür begreift, daß die Teilnehmer der Versammlung der Schaffung einer gemeinschaftlichen Organisation Priorität vor programmatischen Aussagen einräumten. Die Erklärung endete deshalb mit dem ausdrücklichen Hinweis auf ihren Kompromißcharakter und mit der Aufforderung, im Interesse der nationalen Sache alle »Parteistandpunkte« zurückzustellen. Aus diesem Grund wurde auch eine Zusatzerklärung des Darmstädter Rechtsanwaltes August Metz akzeptiert, die die Forderung nach preußischer Spitze im Kriegsfall noch weiter abschwächte, indem sie »jeder Regierung« Unterstützung zusagte, welche ernsthaft nach einer nationalen Volksvertretung und einer kräftigen Zentralgewalt für »Gesamtdeutschland« eintrete. Die Eisenacher Erklärung war von 31 Demokraten und Konstitutionellen unterzeichnet, die mit Ausnahme von Franz Duncker, Julius Frese und drei weiteren auch die Metz'sche Zusatzerklärung akzeptierten.[41]

b) Die Gründungsversammlung am 15./16. September 1859

Die zweite Eisenacher Erklärung wurde der Öffentlichkeit zunächst vorenthalten, um Zeit für die Sammlung weiterer Unterschriften zu gewinnen. Der zu diesem Zweck eingesetzte Ausschuß, bestehend aus Bennigsen, Fries, Metz, Reuß, Rochau und Unruh, versandte ein Rundschreiben an politisch geeignet erscheinende Persönlichkeiten, die zum Beitritt und zur Sammlung weiterer Unterschriften aufgefordert wurden.[42] Am 29. August 1859 wurde

---

40 Die Heidelberger Altliberalen z. B. hielten in ihrer Erklärung vom 12. 8. 1859 an einer »festen, starken und bleibenden« Zentralmacht fest und bekannten sich eindeutig zur preußischen Spitze, KöZ, Nr. 225, 15. 8. 1859.

41 Die Texte wurden veröffentlicht in der NZ, Nr. 408, 2. 9. 1859; Beilage zum FJ, Nr. 244, 2. 9. 1859; abgedruckt bei R. Le Mang, 1909, S. 18 f.; G. Planck, 1861, S. 93 ff.; W. Mommsen (Hrsg.), Parteiprogramme, 1960, S. 130 f.; E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 85; Unterzeichner von Eisenach II: Albrecht, Bennigsen, Breusing, Brockhaus, Cretzschmar, F. Duncker, Frese, Fries, Habicht, Henneberg, Hering, Hoffmann, Jacobs, Jäger, Katzenstein, Kreuznacher, Lammers, Lucius, Metz, Müller, Plitt, Reuß, Rochau, Schüler, Schulze, Siegel, Streit, Taschner, Unruh, Winter, Zabel.

42 Vgl. das lithographierte, von Fries unterzeichnete Schreiben vom 17. 8. 1859, das sich zusammen mit einem gedruckten Exemplar der zweiten Eisenacher Erklärung, versehen mit der Bemerkung: »Vor der Hand nicht zu veröffentlichen«, im STA Coburg, LA A, 7186, Bl. 296, befindet; ein weiteres Exemplar im BAF, ZSg 8/207; vgl. auch L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 164. In Gotha nahm eine Versammlung eine von Mathy entworfene Resolution an, die sich den Erklärungen von Frankfurt, Stuttgart, Eisenach und Hannover anschloß; vgl. Berichte in VZ, Nr. 195, 23. 8. 1859; Freytag an Ernst II., 18. 8. 1859, Stabi Berlin, Nl. Freytag, Kapsel 3 (dies ist der einzige Brief von Bedeutung, der nicht in die Edition von E. Tempeltey, 1904, aufgenommen ist). Riesser verteidigte die Erklärung öffentlich, vgl. seine Schrift: Die deutsche Bewegung, die im September 1859 erstmals in Nr. 1 des

die Erklärung schließlich durch ein von Hugo Fries unterzeichnetes lithographiertes Rundschreiben der Öffentlichkeit übergeben. Das Schreiben erläuterte im Sinne der konstitutionell-demokratischen Kompromißbildung das Zustandekommenen der Eisenacher Versammlung vom 14. August 1859 und gab den Text der Resolution samt der Erklärung Metz' wieder. Anschließend folgten einige hundert Unterschriften aus allen Teilen Deutschlands mit Ausnahme von Württemberg und Deutsch-Österreich. Das Zirkular endete mit der Mitteilung, daß die Eisenacher Versammlung beschlossen habe, »die Bildung einer deutschen Nationalpartei aus den verschiedenen Fraktionen der liberalen Partei in Deutschland in die Hand zu nehmen und zu diesem Zwecke in Kürze wieder zusammen zu treten«.[43] Der Termin für diese Zusammenkunft war durch die Einberufung des Volkswirtschaftlichen Kongresses zum 12.–15. September 1859 nach Frankfurt bereits inoffiziell festgelegt.[44]

Die Frankfurter Verhandlungen sind durch die Aufzeichnungen eines gut informierten Polizeibeobachters dokumentiert. Sein Bericht schildert ausführlich die heftigen Diskussionen in den diversen Vorbesprechungen im kleineren Kreis am 14. und 15. September und stellt die Streitpunkte sehr viel deutlicher heraus, als die wie üblich harmonisierenden und auf redigierten Pressemitteilungen beruhenden Zeitungsberichte.[45]

Die Taktik der politischen Führer war einfach und schloß sich nahtlos an die bereits bei der Gründung des Volkswirtekongresses verfolgte Praxis an. Sie wurde in einer vertraulichen Vorbesprechung zwischen Barth, Bennigsen, Brater, Braun, Buhl, Cetto, Francke, Lette, Planck, Schulze-Delitzsch, Georg Varrentrapp und Veit am Abend des 14. September festgelegt, von der Brater unmittelbar anschließend an Baumgarten berichtete. Der Kernsatz seiner Mitteilung lautete: »Wir sind der Meinung, daß es die Hauptaufgabe sein wird, einen ständigen Ausschuß zu kreieren, der als Organ der »Nationalen

---

Hamburgischen Wochenblatts erschien, in: M. Isler (Hrsg.), Bd. 4, 1868, S. 653 ff. In Berlin, wo die Erklärung bei der Expedition der VZ und 42 Wahlmännern auslag, unterzeichneten bis Anfang Oktober 2326 Personen, GSTA-P, 9540, Bl. 45.

43 Abgedruckt in: VZ, Nr. 205, 3.9.1859; NZ, Nr. 408, 2.9.1859; FJ, Nr. 245, 3.9.1859. Die Angaben bei R. Le Mang, 1909, S. 21 ff., beziehen sich auf dieses Schriftstück. Die Württemberger wurden gesondert durch Metz eingeladen, vgl. seine Briefe an [Hölder] vom 2.9. und 11.9.1859, WLB, Nl. Hölder, Bl. 160, 155.

44 Der Termin war in der Ausschußsitzung des KdV am 2.8.1859 festgesetzt worden, unmittelbar bevor die Einladung zur zweiten Eisenacher Versammlung erging, VZ, Nr. 178, 3.8.1859.

45 Vgl. den mehr als 100 Seiten umfassenden handschriftlichen »Bericht über die Versammlung deutscher Patrioten zu Frankfurt a. M. den 16. September 1859«, LHA-P, 9540, Bl. 89 ff. Eine indirekte Wiedergabe längerer Auszüge des Berichts, teilweise dramatisierend ausgeschmückt, bei P. Herrmann, 1932, S. 57 ff.; inhaltlich im wesentlichen übereinstimmend der Bericht des Augenzeugen Karl Francke an Ernst II. vom 19.9.1859, STA Coburg, LA A, 7186, Bl. 286 ff. Die mehr als 20 anwesenden Journalisten wurden in einer Nachversammlung von Bennigsen aufgefordert, nur über die Beschlüsse der Versammlung zu berichten und die Streitigkeiten fortzulassen; zu diesem Zweck wurde ihnen ein vom Protokollanten Lammers verfaßter Kurzbericht übergeben, der unter dem Titel »Bildung einer deutschen Nationalpartei« u. a. abgedruckt wurde in VZ, Nr. 218, 20.9.1859; NZ, Nr. 436, 19.9.1859; FJ, Beilage zu Nr. 259, 17.9.1859. Er enthielt die Statuten, die Namen der Ausschußmitglieder und eine Teilnehmerliste.

Partei« nach Maßgabe der wechselnden Umstände tätig ist, auf die Presse wirkt und politische Wanderversammlungen veranstaltet«. Eine Erneuerung des Eisenacher Programms sei nicht vorgesehen, nur kurze Sätze »als Grundlage für die Wirksamkeit des Ausschusses«. Man sei bemüht, mit den Hauptpersonen zum Abschluß zu gelangen und hoffe, »daß dann das bunt zusammengewürfelte Plenum sich fügen wird«.[46] Diesem Konzept entsprach der Verlauf der stark emotionalisierten Vorversammlung, die von Bennigsen geleitet wurde. Man legte die Tagesordnung für die Hauptversammlung fest und übertrug die Ausarbeitung eines Statutenentwurfes einer zwölfköpfigen Kommission, der Bennigsen, Brater, Friedleben, Fries, Müller, Metz, Reyscher, Reuß, Rochau, Schulze-Delitzsch, Unruh und Veit angehörten.

Die Hauptversammlung begann wie geplant mit der Debatte der Statuten.[47] Der drei Paragraphen umfassende Entwurf wurde von Schulze verteidigt. Die Statuten enthielten eine Art Totalermächtigung für den Ausschuß. Während § 1 und § 2 den Zweck des Vereins und die Mitgliedschaft regelten, sah § 3 einen zwölfköpfigen Ausschuß vor, der sich nach Bedarf durch Kooptation ergänzen konnte. »Diesem Ausschuß steht die Befugnis zu, über die in die Vereinskasse fließenden Gelder zu verfügen, sowie den Sitz des Vereins geeigneten Falls nach einem anderen Orte zu verlegen.« Das Mandat des Ausschusses wurde angesichts der heftigen Kritik an der Übertragung unkontrollierbarer Vollmachten – das Statut enthielt nicht einmal eine förmliche Bindung des Ausschusses an das Eisenacher Programm – nachträglich zeitlich begrenzt bis zur nächsten Mitgliederversammlung. Gegen die Stimmen der fünf württembergischen Teilnehmer (Ammermüller, Elben, Hölder, Notter, Reyscher), die sich überhaupt gegen eine feste Vereinsgründung wandten und statt dessen von Zeit zu Zeit einzuberufende freie Versammlungen favorisierten, wurde das Statut jedoch angenommen. Damit war die »deutsche Nationalpartei« förmlich gegründet.

Bei der Diskussion des zweiten Tagesordnungspunktes zeigte sich, daß anders als geplant, eine programmatische Diskussion auch auf der Hauptversammlung nicht zu verhindern war. Der bloße Verweis auf das Eisenacher Programm samt der Metz'schen Zusatzerklärung reichte nicht aus, zumal die preußische Regierung auf eine sehr gemäßigte Adresse einer Anzahl Stettiner Bürger an den Prinzregenten, die um Schritte in der nationalen Sache bat, zwar höflich aber völlig unverbindlich geantwortet hatte. Die Antwort des Innenministers Schwerin machte unmißverständlich deutlich, daß die preußische Regierung in der nationalen Sache nur unter »gewissenhafter Achtung

---

46 Brater an Baumgarten, Frankfurt, 14. 9. 1859, in: K. Raumer, Zeitungsgründung, 1925, S. 155; vgl. auch den erwähnten Bericht Franckes an Ernst II., STA Coburg, LA A, 7186, Bl. 286 f.

47 Unter den rund 150 Teilnehmern befanden sich u. a.: Ammermüller, Albrecht, Ahlmann, Bennigsen, Berger, Böhmert, Brater, Braun, Braunfels, Buhl, Cetto, Demmler, F. Duncker, Elben, Fein, Frese, Fries, Friedleben, Gourdé, Hadermann, Henneberg, Hering, Hertz, Hölder, Knorr, Lang, Lehmann, Lette, Lucius, Lüning, G. Mayer, Metz, Mittermaier, Miquel, S. Müller, Notter, Oetker, Passavant, Pirazzi, Raabe, Reinganum, Reuß, Rochau, Rückert, Schulze, Sonnemann, Streckfuß, Streit, Unruh, G. Varrentrapp, Veit, Venedey, Weiß, M. Wirth.

vor fremdem Recht« vorgehen würde, d. h. auf dem Wege des Ausgleichs mit Österreich und den Mittelstaaten, und nicht auf dem Konfliktkurs oder durch Militärdiktatur.[48] Damit war das Eisenacher Programm, wenn nicht hinfällig, so doch kommentarbedürftig geworden. Bereits während der Besprechung am Vorabend waren Forderungen nach einer erläuternden Ansprache an das deutsche Volk aufgetaucht und verschiedene Resolutionsentwürfe diskutiert worden, die zum Teil weit voneinander und vom Eisenacher Programm abwichen. So wollte Reyscher die einzelstaatlichen Kammern, die Presse und alle Patrioten darauf verpflichten, ihre jeweiligen Regierungen zu drängen, Maßnahmen zur Einführung einer Zentralregierung und einer Nationalvertretung zu ergreifen. Metz, unterstützt von Frankfurter und Thüringer Demokraten wie Braunfels, S. Müller, Fries und Hering, verlangte dasselbe, ergänzt um die Forderung nach Wiedereinführung der Grundrechte von 1848 und der ausdrücklich betonten Hoffnung auf eine Beteiligung Deutsch-Österreichs an diesen Bestrebungen. Der 48er-Demokrat Heldmann[49] forderte sogar die sofortige Inkraftsetzung der Reichsverfassung von 1849.[50]

Gemäß der erklärten Absicht, Streitigkeiten im kleineren Kreise zu klären und in der Öffentlichkeit möglichst einheitlich aufzutreten, wollte der Ausschuß angesichts der weit auseinandergehenden Meinungen auf der Hauptversammlung eine Programmdiskussion unbedingt vermeiden. Er hatte deshalb einen Antrag ausgearbeitet, der ihn ermächtigen sollte, selbständig und nach politischer Zweckmäßigkeit eine Ansprache an das deutsche Volk zu erlassen. Darauf wollten die Süddeutschen sich nicht einlassen. Brater verlangte, daß der Text einer solchen Ansprache im Plenum beraten werden müsse. Als eine Einigung unerreichbar schien, deutete Metz als Vertreter des Ausschusses an, daß er eine Abstimmungsniederlage hinnehmen würde, woraufhin der Kommissionsantrag beinahe einstimmig zurückgewiesen wurde. Im Gegenzug verzichtete die Versammlung gänzlich auf eine Ansprache. Die Eisenacher Erklärung blieb demzufolge das einzige programmatische Dokument. Mit der Einsetzung des zwölfköpfigen Ausschusses wurde die Versammlung geschlossen. Ihr Ergebnis war die Konstituierung einer nationalen Vereinigung, deren einziges handlungsfähiges Organ vorläufig der nur lose an das Eisenacher Programm gebundene Ausschuß war, der jetzt politisch weitgehend freie Hand hatte.

Der Nationalverein war in Frankfurt gegründet worden, weil Frankfurt als ehemalige Reichshauptstadt und Sitz des Deutschen Bundes ein politisches Zentrum war, geographisch in der Mitte lag und ans Eisenbahnnetz

---

48 Original der Stettiner Erklärung vom 8.9.1859 und Konzept der Antwort Schwerins vom 12.9.1859 im GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 1, Bl. 34 ff., 55 f. Vgl. W. Grube, Neue Ära, 1933, S. 41 ff. Noch unmittelbar vor der Frankfurter Versammlung hatte Unruh bei Bismarck auf eine entschiedenere Antwort auf die Stettiner Erklärung gedrängt, vgl. Unruh an Bismarck, 12.9.1859, in: H. Poschinger (Hrsg.), Bd. 4, 1897, S. 154 ff.

49 Peter Christian Heldmann (1808–1866), Medizin-Studium in Marburg, Giessen; Dr. med.; Vorparlament, MdNatV (DH), Rumpfparlament; MdL 1847–50 (Hessen-Darmstadt); vgl. R. Koch, 1989, S. 208; H. G. Ruppel/B. Gross, 1980, S. 130.

50 Anträge abgedruckt bei G. Planck, 1861, S. 97 ff.

angeschlossen war. Daß der Nationalverein in Frankfurt auch seinen Sitz nehmen würde, war eine auf der Gründungsversammlung nicht weiter thematisierte scheinbare Selbstverständlichkeit. Unmittelbar im Anschluß an die Gründungsversammlung hatte sich Sigmund Müller als Ausschußvorsitzender an die zuständigen Polizeibehörden um Genehmigung gewandt, die jedoch ohne Angabe von Gründen ablehnten. Der für die Polizei zuständige Senator Speltz bestätigte die polizeiliche Entscheidung mit dem Hinweis, daß der Nationalverein eine verbotene Verbindung politischer Vereine darstelle und durch seine Programmatik den Bestand der Bundesverfassung gefährde.[51]

Mit diesem Ergebnis hatten die Regisseure der Nationalvereinsgründung gerechnet. Sie hatten deshalb den Ausschuß vorsorglich ermächtigen lassen, gegebenfalls einen anderen geeigneten Ort zu wählen. Schon Ende August hatten sie Vorbereitungen für eine Verlegung des Vereinsdomizils getroffen, indem sie wie bei der Gründung des Volkswirtekongresses mit Herzog Ernst II. von Coburg-Gotha in Verbindung getreten waren. Im unmittelbaren Anschluß an die zweite Eisenacher Versammlung hatte Schulze die dort gefaßten Beschlüsse an seinen Vertrauten Henneberg gesandt, der sie sofort über Gustav Freytag an den Herzog weiterreichte.[52] Am 21. August 1859 traf Schulze mit Ernst II. in Gotha zusammen. Hier legte der Herzog nochmals seine Organisationsvorstellungen dar, die er im Zusammenhang mit dem Literarisch-Politischen Verein entwickelt hatte, und ließ seine Bereitschaft erkennen, gegebenenfalls einen politischen Verein in Coburg-Gotha aufzunehmen.[53] Dieses Ergebnis wurde in einer weiteren Unterredung mit Herzog Ernst II. am 9. September 1859 bestätigt, an der neben Schulze auch Bennigsen, Unruh und Fries teilnahmen.[54]

Auf die so vorbereitete Ausweichmöglichkeit griff der Vereinsausschuß nach der Zurückweisung durch den Frankfurter Senat zurück. Von den in Frage kommenden Städten entschied man sich für Coburg als Vereinssitz, nicht zuletzt, um Abstand zum Herzog zu halten. Gotha fiel allein wegen der mißliebigen Assoziationen aus, die dieser Name erweckte. Die Wahl Coburgs hatte jedoch zur Folge, daß der Demokrat Fedor Streit, der am Zustandekommen des Vereins wesentlich mitgewirkt hatte und das zur Zeit einzige dort ansässige Vereinsmitglied war, die Geschäftsführung des Vereins erhielt, sehr zum Unwillen Schulzes, der dessen realpolitischer Läuterung und politischer Befähigung mißtraute.[55]

---

51 Vgl. R. Schwemer, Bd. 3/2, 1918, S. 122 f.; dort auch Zitate aus dem Schreiben Müllers an den Senat; das der Senatsentscheidung zu Grunde liegende Referat über den NV befindet sich in der UB Frankfurt, Nl. Speltz.

52 Schulze an Henneberg, 19. 8. 1859, BVRB II, Bl. 17; Freytag an Ernst II., 21. 8. 1859, in: E. Tempeltey (Hrsg.), 1904, S. 118 f. Ernst II. hatte seinen Staatsrat Francke mit der Beobachtung der Frankfurter Gründungsversammlung beauftragt; vgl. dessen Bericht in STA Coburg, LA A, 7186, Bl. 286 ff.; Auszüge bei Ernst. II., Bd. 2, 1888, S. 535 ff.

53 Das Referat Ernst II. befindet sich als Diktat vom 20. 8. 1859 im STA Coburg, LA A, 7186, Bl. 252 ff.; vgl. Ernst II., Bd. 2, 1888, S. 533 f.

54 Ernst II., ebd., S. 534 f. Vgl. zu den Verhandlungen zwischen den künftigen NV-Führern und Ernst II. auch R. Herrmann, 1974, S. 194 ff.; E. Scheeben, 1987, S. 96 ff.; R. Brütting, 1991, S. 55 ff.

55 Die Entscheidung fiel auf der ersten Ausschußsitzung am 16./17. 10. 1859 in Eisenach, vgl.

2. Die Organisationsstruktur

a) Die Organisationsprinzipien: Herkunft und politische Bedeutung

Der Nationalverein nimmt unter den parlamentsorientierten politischen Organisationen des Bürgertums im neunzehnten Jahrhundert sowohl hinsichtlich seiner Mitgliederzahlen wie seiner organisatorischen Effizienz eine Ausnahmestellung ein. Auf seinem Höhepunkt 1862/63 zählte er über 21 000 Mitglieder, die sich durch Unterschrift unter das Statut und durch feste Jahresbeiträge zu ihm bekannten. Er besaß eine eigene, wöchentlich erscheinende Zeitschrift und seit 1862 mit dem Beschluß zur Durchführung der Reichsverfassung von 1849 ein präzises innen- und außenpolitisches Programm. Ein weiteres Merkmal seiner Modernität bestand darin, daß er über eine regelrechte Organisationsbürokratie mit mehreren hauptberuflichen Angestellten verfügte und seinen politischen Führungskräften die aus ihrer Tätigkeit entstehenden Unkosten großzügig ersetzte. Vor allem war der Nationalverein im Gegensatz zu den föderativ strukturierten nationalen Organisationen der Revolutionsjahre zentralistisch aufgebaut. Anders als der Zentralmärzverein war er keine Vereinsdachorganisation, sondern ein politischer Agitationsverband, an dessen Spitze ein mit umfassenden politischen Vollmachten ausgestattetes Führungsgremium stand. Das erhöhte die propagandistische Schlagkraft entscheidend, brachte aber auch neuartige Probleme mit sich. Die Coburger Geschäftsstelle des Nationalvereins wies Züge auf, die eher dem Wesen einer modernen Parteizentrale entsprechen als dem gängigen Organisationsprinzip der Honoratiorenpolitik, der föderalistischen Vorortorganisation.

Eine ausführliche Untersuchung der organisatorischen Struktur des Nationalvereins rechtfertigt sich aus zwei Gründen. Einmal war der Nationalverein der nach dem Zentralmärzverein zweite und zugleich auch letzte Versuch des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, eine moderne politische Mitgliederpartei aufzubauen.[1] Auch die aus dem rechten Vereinsflügel hervorgegangene Nationalliberale Partei entwickelte sich seit 1867 auf den Typus der Komiteepartei ohne kontinuierliche außerparlamentarische Organisation zurück. Die Beschäftigung mit den Ursprüngen und der Ausgestaltung des Nationalvereinsexperiments vermag vielleicht Aufschlüsse darüber zu verschaffen, weshalb die Bildung einer liberalen Massenpartei im Kaiserreich nicht gelang. Zum zweiten existieren in der Literatur noch im-

---

A-Prot.NV, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Um Streit als Geschäftsführer zu verhindern hatte Schulze versucht, Weimar durchzusetzen, vgl. dazu die Briefe Schulzes an Freytag vom 8.10. 1859 u. 18.10.1859, in: H. Schulze, Bd. 3, 1910, S. 142 ff.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 66 ff.

1 Aus Gründen der analytischen Trennschärfe scheint mir eine eng gefaßte Definition des Parteibegriffs notwendig. Unter einer modernen politischen Partei verstehe ich daher eine allgemeinpolitisch orientierte außerparlamentarische Mitgliederorganisation, die danach trachtet, ihre auf ein Programm verpflichteten Kandidaten in Parlamente zu entsenden; vgl. dazu D. Langewiesche, Anfänge, 1978, S. 326. Zur Parlamentsorientierung und organisationstypologischen Einordnung des NV vgl. auch unten, S. 307 f.

mer unklare und teilweise fehlerhafte Vorstellungen über die Organisationsstruktur des Nationalvereins, die auf der Grundlage der hier erstmals vollständig ausgewerteten Ausschußprotokolle korrigiert werden können.

Inwieweit entsprangen die Organisationsprinzipien des Nationalvereins dem Erfindungsreichtum seiner Gründer und inwieweit knüpften sie an vorhandene Traditionen, wie sie im zweiten Kapitel dieser Untersuchung ausführlich erläutert wurden, an? Auf die Frage nach den organisatorischen Vorbildern gibt die Literatur abweichende Antworten. Die noch immer vorherrschende Ansicht geht auf Hermann Oncken zurück. In seiner Bennigsen-Biographie behauptet er, daß der Nationalverein nach dem »unmittelbaren Vorbild« der 1856 in Turin gegründeten società nazionale geschaffen worden sei.[2] Richtig ist sicherlich, daß die nationale Verfassungsbewegung in Deutschland die italienischen Entwicklungen genau beobachtete und immer wieder auf die deutschen Verhältnisse hin befragte, wobei der konstitutionelle Flügel sein Augenmerk vorzüglich auf Cavour richtete, während der linke Flügel vor allem auf Garibaldi blickte.[3] Eine darüber hinausgehende Vorbildfunktion läßt sich jedoch weder durch Quellenbelege noch durch einen Vergleich der Organisationsstrukturen oder der politischen Strategien beider Verbände erhärten.

Der organisatorische Aufbau der società nazionale besaß zwar einige Parallelen zum Nationalverein: so bildete sie in ihren ersten Jahren einen Zusammenschluß zwischen gemäßigten Liberalen und Teilen der alten Demokratie, der bis 1860 auch Garibaldi angehörte, und verfügte über einen hochzentralistischen Aufbau. Dennoch zeigen sich bei näherer Betrachtung fundamentale Unterschiede, die die Zugehörigkeit zu verschiedenen Organisationstypen belegen. Die società, bestehend aus dem Turiner Zentralkomitee und einer unbekannten Zahl von Lokalkomitees in den bedeutenderen Orten, beschränkte sich ausschließlich auf die Propaganda der piemontesischen Regierungspolitik. Ihre gesamte Tätigkeit erfolgte in regelmäßiger enger Abstimmung mit dem leitenden Minister Cavour; die società war deshalb »im Kern eine Art fünfte Kolonne der piemontesischen Regierungspolitik«.[4] Als reiner Honoratiorenzusammenschluß verfügte sie nur über geringe Mitgliederzahlen, nämlich die Angehörigen der jeweiligen Lokalkomitees. Diese dienten als Exekutivorgane der Turiner Zentrale vor allem zur Beeinflussung der Regionalpresse. Über irgendwelche Organe der Willensbildung verfügte die società ebensowenig, wie es eine Legitimierung des Zentralkomitees durch Wahlen gab.[5]

---

2 Bd. 1, 1910, S. 339 f.; so auch noch G. Fesser, Nationalverein, 1985, S. 204; W. Siemann, Gesellschaft im Aufbruch, 1990, S. 197.

3 Das untersucht für die Alt- und Rechtsliberalen anhand der PrJbb. und der Grenzboten E. Portner, 1959; für die demokratische Seite fehlen ähnliche Studien; vgl. vor allem P. Wiede, 1957.

4 So L. Gall, Europa, 1984, S. 39.

5 Zur società nazionale vgl. R. Grew, 1963; zur Organisation bes. S. 67 ff., 232 ff., 474, 469. Zur Einordnung der società in die italienische Nationalbewegung V. Ullrich, 1978, S. 129 ff. Zu den Kontakten zwischen società und Nationalverein R. Grew, ebd., S. 255 f., 412; H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 438 ff.; A-Prot.NV, 12.12.1859, WLB, Nl. Hölder, XXXV; Verhandlungen NV I (1860), S. 41 ff., 58. Die società drängte auf eine gegen Öster-

Der Nationalverein war demgegenüber eine Mitgliederorganisation mit einer beschlußfähigen Generalversammlung als formell höchstem Organ, besaß Parlamentsorientierung und verfügte über ein selbständiges innen- und außenpolitisches Programm. Er war als Bestandteil des bürgerlichen Vereinswesens gegen den Willen der preußischen Regierung entstanden und zu keinem Zeitpunkt eine bloße Propagandamaschine der preußischen Politik, sondern verknüpfte seine Agitation regelmäßig mit eigenständigen Forderungen.

Shlomo Na'aman verweist stattdessen auf Vorbilder aus der deutschen Organisationsgeschichte. Er stellt seine Betrachtungen über die Struktur des Nationalvereins unter die antithetisch aufgefaßten Begriffe »Partei« und »Verein«, mit denen er zwei Organisationsmuster der deutschen Bewegungs- und Parteiengeschichte idealtypisch faßt. Diese Begrifflichkeit beruht auf seinen Forschungen zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung, in denen er die Ausbildung beider Prinzipien zuerst im Bund der Kommunisten und in der Arbeiterverbrüderung, dann während der 1860er Jahre im ADAV und im VDAV herausgearbeitet hat.[6] Unter »Partei« versteht er einen straff organisierten Agitationsverband, der von einer zentralen Behörde geleitet wird. Dieses Führungsgremium, das nur der jeweiligen Vollversammlung gegenüber verantwortlich ist und von Kongreß zu Kongreß über diktatorische Vollmachten verfügt, betreibt auf der Grundlage eines fest umrissenen Programms Propaganda und übt politischen Druck auf Regierungen und Parlamente aus, bereitet notfalls aber auch revolutionäre Aktionen vor. Historische Beispiele sind ihm außer dem Bund der Kommunisten und dem ADAV auch die in- und ausländischen Geheimbünde des 19. Jahrhunderts und, im Zusammenhang mit dem Nationalverein, insbesondere auch die altliberale Variante in Form des Literarisch-politischen Vereins Ernsts II.[7] Unter dem »Vereinsprinzip« versteht er dagegen, wie es auch im zweiten Kapitel dieser Arbeit als Organisationsmuster der bürgerlichen nationalen Verfassungsbewegung herausgearbeitet wurde, das föderative Modell lokaler Einzelvereine mit jeweils individueller Willensbildung, die sich auf Kongressen oder Vereinstagen zu koordinieren suchen. Den Nationalverein be-

---

reich gerichtete Zusammenarbeit mit dem NV (so entsandte sie mit Legnani ein führendes Mitglied zur ersten Generalversammlung des NV (dazu W. Jungermann in der Gartenlaube, Nr. 33, 1863, S. 521); ferner bot sie Bennigsen 1860 die Generalvertretung für Hannover an; einzelne Lokalkomitees der società traten 1861 dem Eisenacher Programm bei). Der NV lehnte dies jedoch aus Rücksicht auf die süddeutsche öffentliche Meinung ab und betonte die Unverletzlichkeit des deutschen Bundesgebietes; vgl. die ausführliche Erläuterung der Motive in einem Brief Streits an Müllensiefen, 13.6.1860, BAP, Akten NV, 12, Bl. 27 ff.; ferner SZ, Nr. 159, 10.6.1860. In den Auseinandersetzungen um die Anerkennung des italienischen Nationalstaats durch die süddeutschen Staaten spiegelten sich die Probleme wider, vgl. E. Buddrus, 1987.

6 Vgl. S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 46 ff., 82 ff; ders., Bund der Kommunisten, 1965, S. 49 f., 59 ff; ders., Lassalle, ²1971, bes. S. 730 ff; ders., Konstituierung, 1975, bes. S. 145 ff., 400, 417 f., 674 f.; ders., Nationalverein des Volkes, 1989, S. 68 ff. Vgl. ferner T. Offermann, Vereinsmodell, 1988, S. 45 ff.

7 Zum Bund der Kommunisten vgl. außer Na'aman D. Dowe, Aktion, 1970, S. 250 ff.; E. Schraepler, 1971, S. 127 ff.; sowie die dreibändige Quellenedition Bund der Kommunisten, 1970–1984; zu den Geheimbünden des Exils vgl. W. Schieder, Anfänge 1963, S. 132 ff.; E. Schraepler, ebd., S. 29 ff.

greift Na'aman als den letztlich mißlungenen Versuch einer Synthese beider Prinzipien, der den Keim der Spaltung von Beginn an in sich getragen habe. Entlang dieser Generallinie strukturiert und analysiert er die Flügelkämpfe innerhalb des Nationalvereins bis zur Spaltung 1864/65.

In der Sichtweise Na'amans bildeten die auf die Nationalvereinsgründung zulaufenden programmatischen Erklärungen von Eisenach und Hannover vom Juli 1859 das Aktionsprogramm einer »Nationalpartei«, »das dem eines Vorparlaments analog« gewesen sei. Preußen werde darin die Aufgabe zugeschrieben, die deutsche Militärmacht zu organisieren und ein nationales Parlament einzuberufen. Versage sich Preußen seiner Pflicht, müsse eine Volksbewegung an seine Stelle treten. »In beiden Fällen hat der Nationalverein die Aufgabe, bei der Reorganisation Hand anzulegen, wie z. B. Wahlen auszuschreiben«.[8] Mit diesem klaren Konzept seien die Unterzeichner beider Resolutionen gegenüber den süddeutschen Föderalisten und Anhängern des Vereinsprinzips nicht durchgedrungen, weshalb in Frankfurt keine »Partei«, sondern ein »Verein« entstanden sei, dessen blasse Statuten den programmatischen Anforderungen des beschriebenen Agitationsverbandes nicht entsprochen hätten.

In den folgenden Monaten habe Schulze-Delitzsch die »Rettung der Nationalpartei« betrieben, indem er sich vehement gegen die Bildung von Zweigvereinen, gegen die Gründung einer vereinseigenen Zeitung und gegen die Zulassung der unteren Volksschichten zum Verein eingesetzt habe. Diese Position habe der »Logik des Geheimbundes« entsprochen, die zwischen einer kleinen, wissenden und handelnden Kernorganisation und gelenkten Rahmenorganisationen, wie z. B. den Arbeiter-, Turner- und Schützenvereinen, unterscheide. Als Ersatz für den als »Kernorganisation« gedachten Nationalverein habe man einen pseudodemokratisch legitimierten Ausschuß, den Na'aman als »Oligarchie der Honoratioren« oder »lenkende Oligarchie« bezeichnet, ausgeformt.

So richtig und erhellend die Herausarbeitung der beiden idealtypischen Strukturprinzipien von »Partei« und »Verein« für die Organisationstypologie des 19. Jahrhunderts ist und so treffend sie einen Teil der historischen Wirklichkeit des Nationalvereins beschreiben, erliegt Na'aman bei der Anwendung auf die Entstehungsgeschichte des Nationalvereins dennoch der Gefahr, die Quellen zu einseitig im Lichte seines Modells zu interpretieren.

1. Na'aman interpretiert in die Eisenacher und Hannoversche Erklärung eine revolutionäre Alternative hinein, die wohl nur von wenigen der Unterzeichner im Ernst als solche verstanden oder gar befürwortet wurde. Beide Erklärungen waren zum einen ganz auf die preußische Regierung der Neuen Ära berechnet und dienten andererseits der innerbürgerlichen Kompromißbildung. Die Formulierung in der von Bennigsen verfaßten Hannoverschen Erklärung: »So lange das deutsche Volk an einer Reform seiner Verfassung noch nicht verzweifelt und nicht allein von einer revolutionären Erhebung Rettung vor inneren und äußeren Gefahren« suche, sei der natürlichste Weg eine Reform der Bundesverfassung durch Preußen, war weniger eine Dro-

8 S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 47 f., 51 (Zitat).

hung mit revolutionärer Aktion als eine Abgrenzung der eigenen gewissermaßen konstitutionellen Initiative von den Umsturzbestrebungen der alten Demokratie.[9] Es gab zwar Revolutionäre im Nationalverein – seltener im Ausschuß –, die auf die Entfesselung eines nationalrevolutionären Volkskrieges setzten, aber sie erlangten nie dominierenden Einfluß. Auch kokettierte der Verein gelegentlich mit zweideutigen Formulierungen, aber eine doppelpolige Strategie des Ausschusses, die das selbständige Ausschreiben von Wahlen zu einem Nationalparlament – die (gewaltlose) Revolution – als heimliche Alternative realistisch ins Kalkül zog, läßt sich nirgendwo belegen. Wenn in den folgenden Jahren Nationalverein und Abgeordnetentag gedrängt wurden, sich als Vorparlament zu konstituieren, was wiederholt geschah, lehnten die Ausschüsse regelmäßig energisch ab. In derselben Weise beugte der Ausschuß bei der Konzeptionierung seiner Wehrpolitik allen revolutionären Tendenzen vor.[10] Die verschiedentlich nachweisbaren zweideutigen Formulierungen und Verbalradikalismen führender Nationalvereinsmitglieder dienten vor allem zur Integration des linken Vereinsflügels.[11]

2. Ferner unterstellt Na'aman, daß sämtliche Unterzeichner der Erklärungen von Eisenach und Hannover das organisatorische Modell der exklusiven und straffen »Nationalpartei« verfochten hätten. Auch dafür gibt es keine Belege. Blickt man auf den weiteren Verlauf der Organisationsdebatte, stellt man im Gegenteil fest, daß ausschließlich die preußischen Ausschußmitglieder, allen voran Schulze, gefolgt von Franz Duncker und Veit, eine Linie vertraten, die dem Konzept der »Nationalpartei« zu entsprechen schien, allerdings ohne dessen revolutionäre Implikationen zu teilen.[12] Die Motive der Preußen lagen vor allem darin, daß sie keine programmatischen Zugeständnisse in Sachen der preußischen Spitze machen wollten, wie sie Metz zur Integration der Süddeutschen durchsetzte. Schulze sah in Preußen »den Kern der Bewegung«. Verlöre man dort an Terrain, so gefährdete man nach seiner Ansicht die »Hauptlebensbedingung« des Vereins. Deshalb wollte er, wie er es auch bei der Konstituierung des Volkswirtekongresses durchgesetzt hatte, zuerst die Organisation festigen und anschließend den Aus-

---

9 Dasselbe gilt für folgende Briefstelle Plancks an Hölder, 11.10.1860, WLB, Nl. Hölder, III, Bl. 162, mit der er die Württemberger für den Beitritt zum Nationalverein gewinnen wollte: »Wird die deutsche Einheit nicht durch uns und mit der preußischen Regierung erreicht, so wird sie nimmermehr mit einer anderen Regierung, sondern dann ohne und gegen alle bestehenden Regierungen erreicht. Es bleibt dann nur die Revolution«.

10 Vgl. dazu ausführlich unten, S. 153 ff.

11 Zum Problem der Revolution im 19. Jahrhundert vgl. die grundsätzlichen Überlegungen im gleichnamigen Aufsatz T. Schieders, 1958. Auch das regelmäßige Bekenntnis des NV zu »gesetzlicher Agitation« war durchaus zweideutig: spätestens seit 1862 blieb stets im Unklaren, auf welche Rechtsgrundlage man sich eigentlich bezog, auf die bestehende Bundesverfassung oder auf die Reichsverfassung von 1849, deren fortdauernde Rechtsgültigkeit immer wieder behauptet wurde.

12 Selbst Fries und Streit, die entscheidenden Personen bei der Vorbereitung der ersten Eisenacher Versammlung, waren strikt gegen eine Organisation nach dem Modell der »Nationalpartei«: »Ist dies ein Nationalverein, wie wir ihn im Sinne hatten? Wir wollten keinen Bund politischer Notabilitäten gründen, aus dem heraus wir auf das Volk wirken konnten, sondern es sollte der Verein das Volk unmittelbar umschließen, und dies ist uns mißlungen«, Fries an Streit, 1.1.1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 359 f.

gleich mit den Süddeutschen suchen. »Mit ihrer Zuziehung erst noch zu organisieren, ihnen unsere Sache als unfertig zu zeigen, wäre in meinen Augen ganz verfehlt«.[13] Schulzes Haltung in der Organisationsfrage resultierte aus einem großpreußischen Nationalismus oder, wenn man so will, Partikularismus. Bereits 1859 dachte er sich die Einigung Deutschlands »nach Art der Kristallisation, indem die kleinen Kristalle eines nach dem anderen dem größeren sich anschließen«.[14] Dieses Programm wollte er sich nicht in süddeutschen Vereinen zerreden lassen.

Nachdem die Entscheidung zugunsten der Vereinsform gefallen war, spiegelten sich die unterschiedlichen Vorstellungen über die Grundsätze des organisatorischen Aufbaus vor allem in den Auseinandersetzungen über die Gründung einer vereinseigenen Zeitung wider. Diese Frage wurde erstmals auf der konstituierenden Vorstandssitzung vom 13. November 1859 und der nachfolgenden Ausschußsitzung diskutiert.[15] Als entschiedene Gegner einer vereinseigenen Tages- oder Wochenzeitung traten wiederum die Preußen Moritz Veit und Schulze-Delitzsch auf. Nach ihren Vorstellungen sollte die Pressepolitik des Nationalvereins nicht von der Coburger Vereinszentrale, sondern von Berlin als dem Zentrum des künftigen preußisch dominierten Nationalstaats gesteuert werden. Statt eines vereinseigenen Blatts befürworteten sie die Beeinflussung bestehender Zeitungen und die Veröffentlichung von Broschüren und Flugblättern.

In der Coburger Ausschußsitzung konnten Schulze und Veit sich nach längeren Debatten weitgehend durchsetzen, indem sie vor allem auf die finanziellen Risiken des Zeitungsprojekts verwiesen. Die jetzt beschlossene Regelung der Öffentlichkeits- und Pressearbeit setzte vorläufig auf zwanglos erscheinende Flugblätter und politische Broschüren zu wichtigeren politischen Ereignissen. Zusätzlich wurde die Einrichtung zweier Korrespondenzbüros beschlossen, die regelmäßige Verbindungen zu geeigneten Zeitungen, Journalisten und Verlagen unterhalten und Kontakte mit dem Vereinsvorstand herstellen sollten. Das Komitee für Norddeutschland unter Leitung Veits nahm Sitz in Berlin, das für Süddeutschland unter Leitung Sigmund Müllers in Frankfurt.[16]

---

13 Schulze an Bennigsen, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 151 ff. In diesen Zusammenhang gehört auch der scharfe Angriff der VZ auf die kompromißbereite Ausschußmehrheit, Nr. 259, 5.11.1859; vgl. H. Oncken, ebd., S. 372 ff.

14 Schulze an Henneberg, 24.9.1859, BVRB II, Bl. 21. Vgl. die Charakterisierung der Ziele Schulzes durch S. Na'aman, Nationalverein, S. 87; zu diesen Dingen erfährt man bei B. Schulze, Schulze-Delitzsch, 1971, und R. Aldenhoff, 1984, leider nur wenig.

15 V-Prot.NV liegt nicht vor, vgl. jedoch R. Le Mang, 1909, S. 37 f.; A-Prot.NV 11.–12.12.1859, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Zu Entstehung und Bedeutung der WSchNV am ausführlichsten P. Herrmann, 1932, S. 103 ff.

16 A-Prot.NV 11.12.1859, BAP, Nl. Hölder, XXXV. Wer den Preßbüros wie lange angehört hat, ist nicht exakt feststellbar. Für Berlin werden die Namen Veit, Schulze, Unruh, T. Mommsen, Zabel, Wehrenpfennig und Fischel genannt, für Frankfurt S. Müller, Metz, Gourdé, Reyscher, Rochau, Lang; vgl. P. Herrmann, 1932, S. 154; A-Prot.NV 11.–13.3.1860, Nl. Hölder, XXXV; vgl. S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 83 ff. Wehrenpfennig an Lammers, 8.4.1860, in: A. Emminghaus, Lammers, 1908, nennt M. Duncker, F. Dunker, Droysen, Mommsen, Virchow und C. Reimer.

Eine personelle und sachliche Nähe des Berliner Preßbüros zum »Literarischen Büro« Max Dunckers beim preußischen Innenministerium ist unübersehbar. Wilhelm Wehrenpfennig[17], der Nachfolger Dunckers als Leiter des literarischen Büros, und Friedrich Zabel sind Beispiele für Personalüberschneidungen. Dennoch unterschieden sich die Pläne Schulzes von der Konzeption Max Dunckers und des »Büros« in einem grundlegenden Punkt: er wollte sich nicht auf Regierungsgelder stützen, sondern auf ökonomisch und politisch unabhängige Blätter wie die Berliner National-Zeitung und die Volks-Zeitung, die er zu den inoffiziellen Organen des Nationalvereins auserkoren hatte.[18]

Als auf der Ausschußsitzung vom 11.–13. März 1860 die Zeitungsgründung erneut auf der Tagesordnung stand, lag die politische Dimension der Frage offen zutage, zumal das Einladungsschreiben unter Tagesordnungspunkt 8 auch einen Antrag Ludwig Bambergers auf Verlegung der gesamten Vereinszentrale nach Berlin aufgeführt hatte.[19] Schulze und Veit, die zur Unterstützung ihrer Absichten Wilhelm Wehrenpfennig als Gast eingeführt hatten[20], blieben bei der Ablehnung einer eigenen Zeitung und verwiesen stattdessen auf die Tätigkeit des Berliner Preßbüros des Nationalvereins, das inzwischen zweimal wöchentlich Korrespondenzen an 14 Zeitungen mit mehr lokaler Tendenz versandte.[21] Mit diesem Konzept konnten sie sich jedoch dauerhaft nicht duchsetzen. Streit bestand auf der Errichtung einer

---

17 Wilhelm Wehrenpfennig (1829–1900), ev.; Theologie-, Geschichts- und Jura-Studium in Jena und Berlin; 1853 Dr.jur.; 1860 provisor. Direktor, 1861 stellv. Leiter des »Literarischen Büros«; 1862 Beurlaubung und Entlassung; 1863 Eintritt in die Redaktion der PrJbb; 1877 Rückkehr in Staatsdienst und vortragender Rat im Handelsministerium; MdL 1868–79, MdR 1867–81 (NLP); vgl. B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 458 f.

18 Beide Blätter hatten Vorbereitung und Gründung des NV publizistisch begleitet und unterstützt, die NZ mehr noch als die VZ; vgl. dazu E. Schmaling, 1980, S. 46 ff., J. Frölich, 1990, S. 294 ff. Auch die personellen Beziehungen zwischen den preußischen NV-Mitgliedern und den beiden Blättern waren eng. Franz Duncker, der Eigentümer der VZ, war Freund Schulzes und Mitglied des NV-Ausschusses und des Pressekomitees. Der Redakteur der NZ Zabel gehörte der Berliner NV-Gruppe an. Vgl. auch den Hinweis in einem Brief von Rodbertus an v. Berg, 18.10.1859, in: H. Rosenberg (Hrsg.), Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 193 f., daß NZ und VZ für den NV gewonnen seien; interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Denkschrift über Presseorganisation von Rodbertus, ebd., S. 187 ff.

19 Einladung vom 21.2.1860 bei R. Le Mang, 1909, S. 47 f. (zu der Absicht, Berlin zum Vereinssitz zu erheben, vgl. auch den Hinweis bei H. B. Oppenheim, Zum Abschied, in: DtJbb. 13 (1864), S. 387). Die ursprüngliche Wahl Stuttgarts als Tagungsort war von Schulze energisch bekämpft worden; Schulze an Bennigsen, 13.11.1859, bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 356. Den Anlaß der Berliner Sitzung lieferte ein Festmahl zu Ehren Bennigsens, zu dem ein Komitee unter Vorsitz des Ausschußmitglieds Veit eingeladen hatte; weitere Mitglieder waren u. a. Mommsen, Virchow, Wehrenpfennig, A. Delbrück, F. Dunkker, Zabel, Guttentag; vgl. Oncken, ebd., S. 369, Anm. 3.; Veit an [Streit], 5.3.1860, BAP, Akten NV, 9, Bl. 1; NZ, Nr. 122–123, 12.–13.3.1860.

20 Reguläre Teilnehmer waren laut A-Prot.NV, 11.–13.3.1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV, Bennigsen, Bering, Brater, Fries, F. Lang, Lehmann, Müllensiefen, S. Müller, Riesser, Rochau, Schulze, Streit, Veit. Es fehlten Crämer, Gourdé, Metz, Mayer, Niebour, Reyscher, Rückert und Unruh. Warum S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 84, annimmt, Schulze habe nicht teilgenommen, ist unverständlich.

21 Ein Beispiel in BAP, Nl. Oetker, 18, Bl. 132. Das lithographierte, von F. Duncker, Unruh und Veit unterzeichnete Schreiben vom 22.2.1860 bittet um Abdruck der künftig regelmäßig zugehenden Korrespondenzen.

vereinseigenen Wochenschrift, und zwar in Coburg. Darin wurde er insbesondere von den bayerischen und württembergischen Vertretern im Ausschuß unterstützt, darunter Crämer und Reyscher, die schriftliche Voten abgegeben hatten. Entscheidend war, daß sich auch Bennigsen für eine Zeitungsgründung aussprach.[22] Die pointiert formulierte Ansicht Crämers, die Verlegung des Vereinsschwerpunktes nach Berlin würde als Zeichen verstanden werden, daß der Nationalverein »Deutschland preußisch machen wolle«, setzte sich durch.[23] Gegen die alleinigen Stimmen Veits und Schulzes[24] entschied man, ab dem 1. Mai 1860 am Vereinssitz in Coburg eine Wochenschrift herauszugeben. Das war das endgültige Aus für die Pläne, den National*verein* in eine National*partei* umzuwandeln. Die Preßbüros scheinen mit der Einrichtung der Wochenschrift ihre Arbeit eingestellt zu haben, jedenfalls sind keine Hinweise auf weitere Tätigkeit aufzufinden.[25]

3. Von größerem Gewicht ist der Hinweis Na'amans, die Organisationsstruktur des Nationalvereins sei wesentlich durch das Vorbild der Geheimverbindungen beeinflußt worden; allerdings sind auch hier gewisse Einschränkungen vonnöten. Sicher verfügten alte Burschenschafter wie Jakob Venedey[26], Ludwig August Rochau, Hugo Fries und Georg Fein oder frühere Kommunisten wie Heinrich Bürgers[27], Johannes Miquel[28], Otto Lüning, Wilhelm Pieper, Karl Wallau[29], Egmont Lucius[30] und Moritz Wiggers sowie

---

22 Seine Haltung wird am deutlichsten in dem ausführlichen Bericht über die Ausschußsitzung an Reyscher vom 20. 3. 1860, H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 372 ff.

23 Crämer an Streit, 6. 3. 1860, bei P. HERRMANN, 1932, S. 158.

24 Vgl. Streit an Reyscher, 21. 3. 1860, ebd., S. 159.

25 Für diese Annahme sprechen auch die Bemühungen zur Wiedererrichtung eines Korrespondenzbüros Ende 1864; vgl. A-Prot.NV, 29. 10. 1864, BAP, Nl. Oetker, 19. An der Gründung der WSchNV scheiterte im übrigen auch das an die berühmte »Deutsche Zeitung« anknüpfende Zeitungsprojekt der Heidelberger um W. Beseler, Gervinus, Häußer und Jolly, die Bennigsen um Unterstützung für ihr Vorhaben gebeten hatten; vgl. H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 369, Anm. 1, S. 375 f.; R. HAYM, Duncker, 1891, S. 206.

26 Jakob Venedey (1815–1871), Jura-Studium in Bonn und Heidelberg; Burschenschafter; nach Hambacher Fest Exil in Paris und London; Tätigkeit in Geheimbünden, Hg. des »Geächteten«; Vorparlament, MdNatV (WH), Rumpfparlament; Exil in Schweiz; nach Rückkehr Schriftsteller und Journalist in Baden; Mitglied NV und AT; vgl. ADB 39, S. 600 ff.; W. KOPPEN, 1921; M. WINZEN, 1926; H. VENEDEY, 1930.

27 Johann Heinrich Georg Bürgers (1820–1878), kath.; Philosophie-Studium in Bonn; 1842/43 Mitarbeiter der Rheinischen Zeitung; Exil in Paris; Vorparlament; Kommunistenbund; 1852 zu sechs Jahren Haft verurteilt; seit 1859 wieder in Köln; Redakteur der NrhVZ, RhZ; Mitglied NV, MdR 1877–78 (FSP); vgl. B. MANN, 1988, S. 312; T. PARENT, 1982, S. 44, Anm. 33.

28 Über Miquels Briefwechsel mit Marx und sein Interesse an dessen Publikationen bis in die 1860er Jahre hinein vgl. E. BERNSTEIN, Briefe Miquels an Marx, 1914, und DERS., Miquel über Marx, 1914.

29 Friedrich Karl Wallau (1823–1877), kath.; Buchdruckerlehre in Mainz; Mitglied des kommunistischen Londoner Arbeiterbildungsvereins, 1847 Präsident des Deutschen Arbeitervereins in Brüssel, 1848 in Paris; ging im März 1848 im Auftrag des Kommunistenbundes nach Mainz, um einen Arbeiterbildungsverein zu gründen; Mitglied des Demokratischen Vereins; in 1850er Jahren Rückzug aus Politik und Aufbau eines Druckereibetriebs; Mitglied NV und FSP, 1865 der Volkspartei, 1872 Oberbürgermeister von Mainz mit nationalliberaler Tendenz; vgl. J. HEINZELMANN, 1977; T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 100. Anm. 372.

30 Egmont Lucius (1814–1884); Jura-Studium in Göttingen; 1848–49 führend im demokrati-

einige andere wichtige Nationalvereinsmitglieder über eigene Erfahrungen mit geheimen Organisationen, und sicher war auch ein Schulze-Delitzsch mit der Funktionsweise eines Geheimbundes vertraut. Wer dem Nationalverein beitrat, hatte sich jedoch von diesen Traditionen längst verabschiedet, was in aller Regel mit einem Einschwenken auf den Legalitätskurs einherging.[31] Bei ihren Gesprächen über die Vereinsorganisation mit Herzog Ernst II. Anfang September 1859 in Coburg lehnten daher Bennigsen, Schulze, Fries und Unruh die Geheimbundpläne des Herzogs ab.[32] Dies entsprach der bürgerlichen Vereinstradition seit den zwanziger Jahren und dem Prinzip der Öffentlichkeit. Damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß einzelne Elemente geheimbündischer Organisierung in den Nationalverein eingeflossen sind. Insbesondere der Versuch, aus dem Nationalverein heraus durch eine Art Unterwanderungsstrategie Einfluß auf die Vereine des einfachen Volkes zu gewinnen, dürfte dem geheimbündischen Vorbild nachempfunden sein. Die von Na'aman im Zusammenhang mit dem ADAV verwendete Formel von der »Logik eines Geheimbundes, auf eine öffentliche Organisation übertragen«, trifft den Sachverhalt recht genau.[33]

Ein Rückgriff auf die Geheimbundtradition war aber nicht zwingend erforderlich, um zu der spezifischen Organisationsform des Nationalvereins zu gelangen. Die Aufgabe der Nationalvereinsgründer bestand darin, in kurzer Zeit eine neuartige Organisationsform für einen nationalen Agitationsverband zu schaffen, die an das überlieferte Vereinsprinzip anknüpfte, dessen Nachteile aber vermied. Der größte Schwachpunkt des Vereinsprinzips bestand wegen des geringen Standes der nationalen politischen Integration in der Gefahr, daß die unterschiedlichen regionalen Interessen, Traditionen und Mentalitäten zu ständigen Auseinandersetzungen führen und sich nicht zu einer handhabbaren Programmatik und Agitation bündeln lassen würden. Diese Erfahrung machten seit 1864 auch die Demokraten, als sie unter Rückgriff auf das Vereinsprinzip erfolglos versuchten, eine nationale Konkurrenz-

---

schen Vereinswesen; unterhielt 1850–51 Kontakte zum Kommunistenbund; MdL 1848; Agent des NV bis 1863; näherte sich den Nationalliberalen an; Stadtverordneter in Braunschweig 1870–80; die Informationen verdanke ich Dr. Hans-Walter Schmuhl.

31 Programmatisch J. VENEDEY, John Hampden, dessen dritte Auflage 1865 bei F. A. Lange in Duisburg erschien (vgl. dazu G. ECKERT (Hrsg.), 1968, S. 110 ff.; der NV hatte es auf Anfrage abgelehnt, das Buch zu verlegen, V-Prot.NV, 30. 3. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV), und DERS., Denkschreiben eines Freimaurers, 1862. Vgl. auch O. DANN, Geheime Organisierung, 1979.

32 Nach ERNST II., Bd. 2, 1888, S. 534, war Schulze angeblich mit seinen geheimbundähnlichen Organisationsvorstellungen einverstanden; glaubwürdiger jedoch H. V. UNRUH, Erinnerungen, 1895, S. 210 ff., der Schulzes Widerspruch bezeugt; vgl. auch den Brief Schulzes an Freytag, 8. 10. 1859, in: H. SCHULZE, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 144, wo sich Schulze entschieden gegen die Pläne Ernsts II. ausspricht; in einem Brief an Müllensiefen vom 26. 9. 1859 feierte er gerade die »Bindung der Agitation an einen festen Verein« als Erfolg, vgl. die Abschrift bei Müllensiefen an L. Berger, 1. 10. 1859, WWA, Nl. Müllensiefen, Nr. 42. Auf der konstituierenden Ausschußsitzung in Eisenach wurde die Beibehaltung der Vereinsform nochmals *einstimmig* bekräftigt; vgl. A-Prot.NV, 16. 10. 1859, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Schulze plante allerdings, bei einem eventuellen Verbot des NV auf den »stilleren Verband unter den Vereinsgenossen« zurückzugreifen; Schulze an Bennigsen, 1. 11. 1859, in: H. SCHULZE, ebd., S. 147 ff.

33 Vgl. S. NA'AMAN, Lassalle, ²1971, S. 757.

organisation zum Nationalverein aufzubauen.[34] Bei der Gründung des Nationalvereins, die in Erinnerung an das Debakel von 1848/49 ganz im Zeichen der Kompromißbildung stattfand, wie es Diezel schon 1855 gefordert hatte, wollte man ähnliches um jeden Preis vermeiden. Die Lösung lag in der Zentralisierung der politischen Macht im Ausschuß, dem traditionellen Organ der Honoratiorenpolitik. In diesem Sinne formte man, wie Aegidi bereits 1849 angeregt hatte, den lediglich moderierenden und als Korrespondenzbüro fungierenden Ausschuß der Vorortorganisation durch eine politische Generalermächtigung zentralistisch um, was ihn auch für die nach wie vor eher organisationsskeptischen Konstitutionellen akzeptabel werden ließ. Zuerst geschah dies mit Erfolg bei der Gründung des Volkswirtekongresses. Eine Fortsetzung lag für den Nationalverein nahe und mit diesem erklärten Ziel war man ja auch in die Gründungsversammlung gegangen.

Daß man den Nationalverein nicht wie den Zentralmärzverein als Vereinsdachorganisation konstituierte, sondern einen Gesamtverein mit einheitlicher Mitgliedschaft für ganz Deutschland schuf und Zweigvereine nicht zuließ, hatte neben den bereits erwähnten Vorzügen der zentralistischen Organisationsweise zumindest in der Anfangszeit einen weiteren einfachen Grund: nämlich das Affiliationsverbot des Vereinsrechts, das jede Verbindung politischer Vereine untersagte. Natürlich war der Verzicht auf förmliche Zweigvereine keine Schutzgarantie vor staatlichen Verfolgungsmaßnahmen, wie die Beispiele Kurhessen, Mecklenburg, Hessen-Darmstadt und Holstein belegen, aber er erleichterte z. B. der preußischen Regierung erheblich, ihre politisch motivierte Tolerierung des Nationalvereins rechtlich zu begründen.[35] Mindestens bis Mitte 1860, bis der Nationalverein durch Herzog Ernst II. über die Haltung der preußischen Regierung in Baden-Baden informiert wurde, mußte der Nationalverein realistischerweise mit der Möglichkeit eines bundesweiten Verbots rechnen und dementsprechend vorsichtig operieren.[36]

Der Zentralismus war darüber hinaus als politisches Herrschaftsmittel der »lenkenden Oligarchie« (Na'aman) des Ausschusses höchst willkommen, indem er die lokale Willensbildung erheblich erschwerte. Auf den jährlichen Generalversammlungen, die als nationale Mitgliederversammlungen konzipiert waren, traten die Anwesenden nicht als Delegierte ihrer jeweiligen Lokalgruppen sondern als Einzelpersonen auf. Dem Ausschuß gegenüberstehen sollte nur »die ungeformte und undifferenzierte Masse der Mitglieder, die wegen ihrer Atomisierung keiner Initiative fähig war und nur von oben in Bewegung gesetzt« werden konnte.[37] Gerade bei Schulze-Delitzsch liegt

---

34 Vgl. dazu unten, S. 361 ff., 378 ff.

35 Vgl. etwa das Votum Schwerins v. 18. 8. 1860, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 1, Bl. 110 ff.

36 Vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 429 ff; 424 ff. Freytag erhielt von M. Duncker genaue Informationen über den Verlauf der Baden-Badener Gespräche, die er an Bennigsen weitergab. Noch im Mai 1861 wurden im übrigen die Leiter der Königsberger Mitgliederversammlungen angeklagt, einen verbotenen Zweigverein errichtet zu haben; das Gericht erkannte unter Verweis auf die NV-Statuten auf Freispruch, vgl. E. Silberner, Jacoby, 1976, S. 294.

37 So S. Na'aman, Lassalle, ²1971, S. 757, über den ADAV, dessen Statuten bekanntlich nach dem Vorbild des NV entworfen wurden.

dieser Aspekt zu Tage und das Vorgehen des Ausschusses gegen verschiedene Versuche zur Gründung von Zweigvereinen läßt daran keinen Zweifel. Auch bei Streit klingt das disziplinierende Motiv deutlich an. Er glaubte, das Verbot der Zweigvereine habe dem Nationalverein im Ganzen sehr genützt, »denn es hat ihn zu einer Zentralisation genötigt, die seinem Einigungsstreben, seinem Streben nach Ausgleichung der Stammesverschiedenheiten, wie der Kraft seines Wirkens nur förderlich werden mußte. Die Organisation in Zweigvereine bietet nur zu leicht Gelegenheit zur Lockerung der Parteidisziplin, zum Emporkommen partikularistischer Bestrebungen, zur Förderung mancherlei kleiner Parteileidenschaften, zur Abirrung nach kleinen und kleinlichen Zielen, auf Kosten der großen gemeinsamen Aufgabe. Diese notwendige Zentralisation, von welcher der Nationalverein seiner ganzen Natur und Tendenz nach nicht wieder abweichen dürfte, auch wenn es ihm mit einem Male erlaubt wäre, – ist es denn auch, welcher die verhältnismäßig rasche Bildung einer nationalen Partei aus den gesunden Elementen der alten Parteien« zu verdanken sei.[38]

Für die konkrete organisatorische Ausgestaltung des Nationalvereins orientierte sich der Ausschuß an dem historischen Vorbild eines zentralistischen Agitationsverbandes, nämlich an der freihändlerischen anti-corn law league Richard Cobdens und George Wilsons der Jahre 1838–1846. Auf diese erfolgreiche Organisation, die schon bei den Gründungsberatungen für den Zentralmärzverein eine Rolle gespielt hatte, beriefen sich jedenfalls Schulze-Delitzsch und Streit, und tatsächlich scheinen verschiedene Elemente seiner Organisationsstruktur in die des Nationalvereins eingegangen zu sein.[39] Das gilt etwa für die Einrichtung des Agentenwesens, das – eingeteilt in zwölf etwa gleichgroße districts – das ganze Land überzog und für die Spendensammlungen und die Verteilung von Propaganda zuständig war, und für die Formen der Presseagitation durch eine vereinseigene Wochenschrift, durch Flugblätter und Pressekomitees. Auch die bezahlten »Wanderprediger« des Nationalvereins waren dem Vorbild der »lecturers« der league nachempfunden. Die Annahme einer Vorbildfunktion der anti-corn law league wird zudem durch die enge Verbindung zwischen der durch den Volkswirtekongreß forcierten Freihandelspolitik und dem Nationalverein erhärtet. Eine direkte personelle Verbindung war über das Nationalvereinsmitglied Julius Faucher gegeben, der in den 1850er Jahren als Sekretär Cobdens gearbeitet hatte, zu den führenden Agitatoren des Volkswirtekongresses zählte und 1863 auf Kosten des Nationalvereins in Sachsen freihändlerische Propaganda

38 Vgl. Streits »Erläuterung zu der neuen Organisation des Agentenwesens«, WLB, Nl. Hölder, XXXV; ähnlich Fries im Geschäftsbericht, Verhandlungen NV II (1861), S. 10. Wichtig auch der Artikel Braters in SZ, Nr. 239, 29. 8. 1860; dieselbe Tendenz prägte die Diskussion über die Umwandlung der Generalversammlung in einen Delegiertenkongreß, Verhandlungen NV V (1864), S. 30 ff.

39 Vgl. Schulzes Äußerung im Flugblatt I (1860), S. 12, und Streits ausführlichen Rekurs auf die Geschichte der »league« in seiner »Erläuterung zu der neuen Organisation des Agentenwesens«, S. 8 ff., WLB, Nl. Hölder, XXXV. Zum organisatorischen Aufbau der »league machine« vgl. N. McCord, 1958, S. 163 ff. Die Beachtung der »league« bei der Gründung des Zentralmärzvereins erwähnt M. Wettengel, Centralmärzverein, 1991, S. 48 f.

betrieb.[40] Cobden war es auch, der 1862 den Besuch einiger Mitglieder der Arbeiterdelegation des Nationalvereins in Rochdale, dem englischen Vorzeigemodell genossenschaftlicher Sozialpolitik, vermittelte.[41]

Die Organisationsstruktur des Nationalvereins, so läßt sich zusammenfassend sagen, basierte auf einer Fortentwicklung der deutschen Vereinstradition, bei der das überlieferte Vorortprinzip zentralistisch uminterpretiert und um einige Elemente der geheimbündischen Organisierung ergänzt wurde. Für die konkrete Ausgestaltung lieferte die britische anti-corn law league ein in mancherlei Hinsicht kopiertes Vorbild.

b) Geschäftsorganisation und Vereinsbürokratie

Die Grundzüge des organisatorischen Aufbaus des Nationalvereins wurden auf der Gründungssitzung in Frankfurt und der ersten Ausschußsitzung in Eisenach festgelegt. Die drei weit gefaßten Paragraphen des Frankfurter Statuts reichten für eine funktionsfähige Organisation nicht aus, brachten aber einige wichtige Vorentscheidungen. Sie behandelten in wenigen Worten Vereinszweck, Mitgliedschaft und die Leitung der Vereinsangelegenheiten. Der Zweck des Vereins wurde mit der äußerst vagen programmatischen Formulierung angegeben, für die »Einigung und freiheitliche Entwicklung des großen gemeinsamen Vaterlandes« mit »allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln« zu wirken (§ 1). Die Mitgliedschaft des Nationalvereins war an die Unterzeichnung des Statuts und die Entrichtung eines noch nicht näher bestimmten jährlichen Beitrags gebunden, zielte also dem Anschein nach auf eine Massenbasis (§ 2). Entscheidend wurde der § 3. Er übertrug wie beim Volkswirtekongreß die Leitung der Vereinsangelegenheiten auf einen von der Generalversammlung zu wählenden leitenden Ausschuß aus zunächst zwölf Personen, der sich »nach Bedarf« um weitere Mitglieder ergänzen konnte. Über das unbeschränkte Kooptationsrecht hinaus wurde der Ausschuß mit einer jeweils etwa einjährigen politischen Generalermächtigung ausgestattet, die die Bestimmung von Ort und Termin der Generalversammlungen und die Verfügung über die Finanzmittel des Vereins umfaßte.[42]

Erst auf der konstituierenden Ausschußsitzung in Eisenach am 16. Oktober 1859 wurde das Statut durch die sogenannte »Instruktion über die beim Beitritt zum deutschen Nationalverein festzuhaltenden Punkte« ergänzt, die wesentlich auf Vorstellungen und Initiative Schulzes beruhte.[43] In

---

40 A-Prot.NV, 15.10.1863, BAP, Nl. Oetker, 19. Vermutlich hatte der NV auch Fauchers »Reisepredigten« in Süddeutschland unterstützt, die ihn bereits 1861 mehrere Monate durch dutzende Städte führte, vgl. dazu ausführlich BrHbl., Nr. 493, 23.3.1861, Nr. 514, 17.8.1861, Nr. 510, 25.1.1862 (ein Teil der Gelder stammte vom Hamburger Verein für Handelsfreiheit, vgl. E. Baasch, 1920, S. 58).

41 Vgl. S. Na'aman, Konstituierung, 1975, S. 26; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 341 ff.

42 Statut u. a. abgedruckt bei R. Le Mang, 1909, S. 25; G. Eisfeld, 1969, S. 210. Das Statut wurde samt der Namen der jeweiligen Ausschußmitglieder auf der Rückseite der Mitgliedskarten des NV abgedruckt; Faksimile bei R. Le Mang, ebd., nach S. 100.

43 A-Prot.NV, 16.10.1859, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Die Instruktion ist abgedruckt bei R. Le Mang, 1909, S. 100 f, und G. Eisfeld, 1969, S. 211. Vgl. die Briefe Schulzes an Freytag vom 8.10.1858 und 18.10.1859, beide in: Schulze, Schriften, Bd. 3, S. 142 ff.

dieser Instruktion erfuhr der Verein seine eigentliche zentralistische Ausgestaltung, die bezeichnenderweise in kleinem Kreis und nicht auf einer Mitgliederversammlung beraten wurde. An der Ausschußsitzung nahmen nur neun Personen teil: Sigmund Müller als Noch-Vorsitzender, Bennigsen, Veit, G. Mayer, Reyscher, Gourdé, Schulze-Delitzsch, Fries und Streit. Unter Verweis auf die Vereinsgesetzgebung wurde die Bildung von selbständigen Lokal-, Zweig- und Nebenvereinen ausgeschlossen, so daß jedes Mitglied unabhängig vom Wohnort dem einen in Coburg ansässigen Verein beitreten mußte. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf mindestens 1 T. (1,45 fl.) festgelegt, womit faktisch der Ausschluß der lohnabhängigen Arbeiterschaft und der Handwerksgesellen vollzogen wurde. Schließlich errichtete man als weiteres Vereinsorgan einen Vorstand, der aus zunächst drei Personen bestand, dem zum Vorsitzenden gewählten Bennigsen, seinem Stellvertreter Fries und dem Geschäftsführer Streit.[44]

Der Vorstand entwickelte sich mehr und mehr zum inneren Führungszirkel des Nationalvereins, der die Ausschußsitzungen ausschrieb und dessen Entscheidungen vorbereitete. Bis zur Auflösung des Vereins trat er über 50 Mal zusammen, während der Gesamtausschuß sich zu genau 36 teilweise mehrtägigen Sitzungen traf. Über den Vorstand, insbesondere über den Geschäftsführer Streit, sollten auch die einzelnen Mitglieder sowie die sogenannten Vereinsagenten, die vom Ausschuß für die jeweiligen Orte eingesetzt wurden, mit dem Verein in Verbindung treten. Am Beispiel der Beitragskassierung läßt sich die zentralistische Arbeitsweise illustrieren. Die Jahresbeiträge sowie die Originalbeitrittserklärungen wurden durch die Vereinsagenten gesammelt und an den Vorstand in Coburg weitergeleitet. Daraufhin sandte die Zentrale die von Bennigsen persönlich unterschriebenen und für jeweils ein Geschäftsjahr gültigen Mitgliedskarten zurück an die Agenten, die sie an die Mitglieder ausgaben. Dieses arbeitsaufwendige Verfahren bedeutete zugleich eine permanente Mißtrauenserklärung an die Vereinsagenten, denen man die Kontrolle über die Mitgliederentwicklung nicht überlassen wollte. Um sich Entlastung zu verschaffen, unterbreitete Streit daher in einer Vorstandssitzung Anfang August 1860 den Vorschlag, die Ausgabe der Mitgliedskarten künftig auf mehrere Schultern zu verteilen und, wenn nicht die Agenten, so wenigstens die Ausschußmitglieder mit dieser Aufgabe zu betrauen.[45]

Angesichts der rasch steigenden Mitgliederzahlen war die täglich anfallende Arbeit von einer Person nicht mehr zu leisten, obwohl Streit seine gesamte Arbeitskraft dem Verein widmete und darüber seine Coburger Anwaltspraxis völlig vernachlässigte.[46] Das Problem war nur durch die Einstel-

---

44 Am 11.12.1859 wurde K. Rückert aufgenommen, am 6.9.1860 Reyscher. Rückert schied bereits nach der ersten Generalversammlung 1860 aus, Reyscher nach der programmatischen Adaption der Reichsverfassung Ende 1862. Für sie kamen Schulze-Delitzsch (25.8.1860) und Metz (8.10.1862). Ende 1864 nahm man Rochau und Nagel auf, und nach Schulzes Austritt Ende 1865 Lang und Lüning.

45 Das V-Prot.NV liegt nicht vor. Vgl. aber Konzept Streit an Ausschußmitglieder, 31.7.1860, BAP, Akten NV, 13, Bl. 81; Konzept Streit an Müllensiefen, 14.8.1860, ebd., Bl. 149; WSchNV, Nr. 15, 10.8.1860.

46 In seinen Erinnerungen schildert Streit eindringlich die ständige Überlastung, die durch

lung hauptberuflicher Hilfskräfte zu lösen. Bereits im Dezember 1859 beschloß der Ausschuß die Anstellung eines als »Sekretär« bezeichneten politischen Mitarbeiters, der dem Geschäftsführer zur Seite gestellt wurde.[47] Für ein Jahresgehalt von 600 fl. engagierte man im Oktober 1860 den Coburger Eduard Diez als Buchführer und Expedienten und eine weitere Hilfskraft mit einem Monatssalär von 10–15 fl.[48] Anfang 1861 kamen ein Expedient für die vereinseigene Wochenschrift und ein ausgebildeter Kaufmann zur Unterstützung der Kassen- und Buchführung hinzu.[49] Im August des Jahres legte der Vorstand, den Vorschlägen Streits folgend, die endgültige Personalausstattung der Zentrale fest: neben dem »dirigierenden Generalsekretär« wurde eine zweite Sekretärsstelle eingerichtet; hinzu kamen zwei Buchführer, je ein Expedient für allgemeine Vereinskorrespondenzen und die Vereinspublikationen, ein Expeditionsgehilfe sowie je nach Bedarf ein bis zwei Schreibkräfte.[50]

Der einflußreichste Posten war das Amt des »dirigierenden Generalsekretärs«, der als Stellvertreter des Geschäftsführers in der Regel den Vorstands- und Ausschußsitzungen in der Funktion des Schriftführers beiwohnte. Er war in die Interna des Vereins weitgehend eingeweiht und assistierte dem Vorstand auch in politischen Fragen. Seiner herausgehobenen Stellung entsprechend war auch sein Gehalt bemessen, das sich zeitweise auf 2 000 fl. jährlich belief.[51] Die Besetzung des Sekretärpostens spiegelt indirekt die po-

---

seine politisch motivierte journalistische Tätigkeit und die Gründung eines eigenen Verlages 1861 noch verschärft wurde, vgl. F. Streit, 1877, S. 116 ff.

47 A-Prot.NV, 11. 12. 1859, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

48 V-Prot.NV (ms.), 7. 10. 1860, StadtB München, Akten NV; Verhandlungen NV I (1860), S. 7.

49 V-Prot.NV (ms.), 19. 1. 1861, V-Prot.NV (ms.), 20. 2. 1861, StadtB München, Akten NV. Der Name des Expedienten war Röhrig; er erhielt ein Weihnachtsgeld von 35 fl.

50 V-Prot.NV (ms.), 26. 8. 1861, StadtB München, Akten NV. Im März 1865, unmittelbar vor der Verlegung der Zentrale von Coburg nach Frankfurt, verfügte der Verein abgesehen vom Geschäftsführer über insgesamt acht festangestellte Mitarbeiter: die beiden Vereinssekretäre L. Reinhard und L. Schweigert, den Buchhalter Diez, die Kanzlisten Heyder und Schamberger, den Expedienten der Wochenschrift Wittich und die beiden »Vereinsdiener« Hartmann und Speeth, V-Prot.NV, 28. 3. 1865, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

51 Vgl. den Vertragsentwurf Streits für Nagel, Konzept Streit an Nagel, 30. 1. 1860, StadtB München, Akten NV: »Sie übernehmen die Geschäfte eines Sekretärs des Nationalvereins gegen ein jährliches aus der Vereinskasse zu zahlendes Gehalt von 1 000 fl. Sie machen sich dabei verbindlich, Ihren Wohnsitz in Coburg zu nehmen und Ihre Zeit, soweit die Geschäfte des Nationalvereins erheischen, nach Anordnung des geschäftsführenden Ausschußmitglieds diesem zu widmen. Das Vertragsverhältnis besteht auf 1/4 jährlich beiden Teilen freistehende Aufkündigung. Den Geschäftsbereich des Sekretärs näher zu bezeichnen, ist nicht wohl ausführbar, der Vorstand setzt voraus, daß Sie, soweit es die laufenden Geschäfte, namentlich Korrespondenzen, erlauben, im Sinne des Interesses des Vereins durch Verabfassung von Artikeln in Zeitungen, wohl auch nach Beschlüssen des Vorstandes durch Verabfassung von Flugblättern tätig sind.« Nach dem Ausscheiden Nagels wurde die Stelle mit 800 fl. ausgeschrieben; V-Prot.NV (ms.), 15. 4. 1861, StadtB München, Akten NV; Streit an Oetker, o. D. und 2. 5. 1861, BAP, Nl. Oetker, 18, Bl. 270, 281 f. Im August 1861 wurde das Gehalt des ersten Sekretärs auf 2 000 fl., das des zweiten auf 1 000 fl. festgesetzt, V-Prot.NV (ms.), 26. 8. 1861, StadtB München, Akten NV. Zum Vergleich zwei Spitzenverdiener: Hansemann erhielt als Direktor der Berliner Diskonto-Gesellschaft 5 000 T. jährlich, Bluntschli als Professor in Heidelberg 3 200 fl. Der Generalsekretär des HT erhielt 1861 1 200 T. Eine Hamburger Arbeiterfamilie mußte dagegen mit rund 160 T. jährlich auskommen.

litische Entwicklung des Vereins wider. Der erste Vereinssekretär war Lorenz Nagel, der im Frühjahr 1861 angeblich aus familiären Gründen zurücktrat, dem Verein und seiner Wochenschrift aber verbunden blieb. Die Vermutung liegt nahe, daß er die sich anbahnende Linksentwicklung des Vereins nicht mittragen wollte.[52] Ihm folgte Karl Gottburg aus Heidelberg, der zum 1. Juli 1861 als 1. Sekretär angestellt wurde und wohl aus dem Kreis um Rochau stammte und dem rechten Vereinsflügel zuzurechnen ist.[53] Gottburg gab seine Stellung im Herbst 1862 wegen der Beschlüsse der Generalversammlung zur Reichsverfassung auf. Der Ende 1861 oder Anfang 1862 als zweiter Sekretär eingestellte Ludwig Schweigert[54] war vorübergehend allein verantwortlich, ehe Ludwig Reinhard[55] die vakante Stelle einnahm. Schweigert und Reinhard waren Vertraute Streits und gehörten dem linken Flügel des Vereins an, der während des preußischen Verfassungskonflikts spürbar an Einfluß gewann. Mit der Ablösung Streits und der Spaltung des Vereins wurden auch sie mit großzügigen Abfindungen entlassen. Nachfolger waren angesichts der Rückbbildung der Vereinsorganisation unter dem Geschäftsführer Nagel nicht mehr notwendig und erwünscht.

Auch das politische Führungspersonal bezog regelmäßige Gelder aus der Vereinskasse. Soweit erkennbar, handelt es sich dabei aber nicht um feste Gehälter für Angestellte, sondern um Aufwandsentschädigungen, die sich allerdings für einige zu einer Art Ersatzgehalt entwickelten. Die Mehrzahl der Ausschußmitglieder war ökonomisch unabhängig und auf Gehalt nicht angewiesen oder sie lehnte, wie Fedor Streit, aus prinzipiellen Gründen eine förmliche Anstellung ab. Streit erhielt statt eines festen Gehalts für seine

---

52 Nagels Anstellung wurde in der V-Sitzung vom 29.–30. 1. 1860 beschlossen, vgl. R. Le Mang, 1909, S. 45 ff. Streit nennt in einem undatierten Brief an Oetker familiäre Gründe als Ursache von Nagels Rücktritt, BAP, Akten NV, 18, Bl. 270. Nachdem der linke Vereinsflügel sich Anfang 1865 abgespalten hatte, übernahm Nagel die Nachfolge Streits als Geschäftsführer.

53 V-Prot.NV (ms.), 23. 6. 1861, StadtB München, Akten NV. Über ihn konnten keine biographischen Daten ermittelt werden. Die Auffassung S. Na'amans, Nationalverein, 1987, S. 85, Anm. 11, Schweigert sei Nagel unmittelbar nachgefolgt, trifft nicht zu. Ein Dr. Renner aus Kassel, den man zunächst als Sekretär ins Auge gefaßt hatte, lehnte die vierteljährlich kündbare Stellung aus Familienrücksichten ab, V-Prot.NV (ms.), 15. 4. 1861, StadtB München, Akten NV; Nagel an Bennigsen, 2. 5. 1861, BAP, Nl. Bennigsen. Auch der Versuch, den Schleswig-Holsteiner Hugo Jensen zu gewinnen, scheiterte, vgl. Francke an Samwer, 30. 4. 1861, in: H. Rautenberg (Hrsg.), Wir wollen Deutsche bleiben, 1939, S. 266.

54 Schweigerts Anstellung wurde nicht protokolliert; er befand sich spätestens seit Juli 1861 in Coburg, wie ein Brief an Emma Herwegh beweist (P. Wiede, 1957, S. 69); am 5. 3. 1862 zeichnete er erstmals als Schriftführer einer Vorstandssitzung. Ludwig Schweigert (1832–?), über dessen Biographie wenig bekannt ist, diente bis 1848 in der österreichischen Armee, aus der er »ehrenvoll verabschiedet« wurde; 1860 beteiligte er sich als Hauptmann unter Rüstow an Garibaldis Freischaren; seine Briefe an Emma Herwegh zeugen von begrenzter politischer Urteilskraft; vgl. P. Wiede, 1957, S. 61 ff. (dort auch Abdruck der Briefe).

55 Zur Anstellung des Mecklenburgers Reinhard vgl. V-Prot.NV, 30. 3. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Ludwig Reinhard (1805–1877), MdNatV (D, DH); Rumpfparlament; infolge einer Maßregelung 1849 als Schulrektor entlassen, war er bis 1866 als Hauslehrer bei Güstrow in Mecklenburg-Schwerin tätig; er gehörte zu den Freunden Streits, arbeitete wie Schweigert an dessen CAZ mit und nahm am ersten Vereinstag des VDAV teil; in späteren Jahren nationalliberale Sympathien; vgl. K. T. Gaedertz, Reuter-Reliquien, 1885, S. 103 ff.; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 425 ff., 494; R. Koch, 1989, S. 333.

Auslagen und für die Einnahmeverluste in seiner Anwaltskanzlei mehrmals größere Summen bewilligt.[56]

Schon in der konstituierenden Ausschußsitzung des Nationalvereins am 16. Oktober 1859 hatte man beschlossen, den Ausschußmitgliedern pro Sitzungstag 2 Taler Spesen und die Reisekosten zu erstatten.[57] Seit 1862 erhielten die anwesenheitspflichtigen Ausschußmitglieder auch für die Teilnahme an der Generalversammlung Diäten, was mit Blick auf die diesbezüglichen Diskussion im Norddeutschen Reichstag bemerkenswert ist.[58] Penibel abgerechnet und großzügig bezahlt wurden auch die Beiträge zur Wochenschrift, im Auftrag des Ausschusses verfaßte Flugblätter und Broschüren sowie Vortragsreisen. Rochau erhielt vom Verein die Kosten ersetzt, die aus seiner Übersiedlung nach Frankfurt anläßlich der Verlegung der Zentrale entstanden.[59] Zwei rhetorisch besonders begabte Ausschußmitglieder, Hermann Schulze-Delitzsch und August Metz, die im Auftrag des Vorstands als »Wanderprediger« regelmäßig ausgedehnte Propagandareisen für den Nationalverein unternahmen, erhielten 6 Taler pro Tag und Bahnkarten zweiter Klasse.[60] Der Verein zahlte 1862 sogar das Gehalt in Höhe von 250 fl. für eine von Schulze engagierte Hilfskraft.[61] Auch zur Sicherung seines Lebensunterhalts war Schulze-Delitzsch auf die Gelder des Nationalvereins angewiesen, ehe die Einrichtung eines persönlichen Unterstützungsfonds ihm die finanzielle Unabhängigkeit bescherte und ihn zum wohlhabenden Mann machte.[62]

---

56 Erstmals belegt (700 fl.) V-Prot.NV, 7.10.1860 (ms.), StadtB München, Akten NV. Im Februar 1864 wurden ihm pauschal 6000 fl. ausgezahlt; V-Prot.NV, 14.2.1864, ebd.

57 A-Prot.NV, 16.10.1859, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Der Betrag wurde in der Sitzung vom 19.5.1861 auf Antrag Georgiis auf 3 Taler pro Tag erhöht, A-Prot.NV, ebd. Ein Beispiel für eine Reisekostenabrechnung im Brief Fries an Streit, Weimar, 2.2.1861, BAP, Akten NV, 17, Bl. 47. Schulze schätzte die Gesamtkosten pro Ausschußsitzung auf rund 400 Taler, Schulze an Henneberg, o. D., BVRB I, Bl. 14.

58 A-Prot.NV, 8.10.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Die vor Ort mit der Vorbereitung der Generalversammlung Beschäftigten (Zimmerreservierung, Anmeldungen, Plakate usw.) erhielten pro Person pauschal 50 fl. für ihre Arbeit.

59 V-Prot.NV, 20.11.1864, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

60 V-Prot.NV (ms.), 7.10.1860, StadtB München, Akten NV. Die Rechenschaftsberichte der Geschäftsführung geben die Ausgaben für Reisekostenentschädigung an die Vorstands- und Ausschußmitglieder sowie Agenten wie folgt an: *1860* 2506 fl., *1861* 3793 fl., *1862* 1130 fl., *1863* 4607 fl., *1864* 1854 fl., *1865* 4073 fl.

61 Vgl. das Dankschreiben Schulzes an Streit, 9.1.1862, BAP, Akten NV, 24, Bl. 358 ff.

62 Zur wirtschaftlichen Absicherung Schulzes, dessen Einkünfte als Genossenschaftsanwalt spärlich waren, hatten liberale Freunde zur Sammlung eines »Nationalgeschenks« aufgerufen (vgl. das lith. Rundschreiben vom 9.4.1863, HAStK, Nl. Classen-Kappelmann, 30; Unterzeichner u. a. Bennigsen, Brater, Braun, F. Duncker, Lammers, Lette, Sybel, Unruh). Am 4.10.1863 wurden ihm 50000 T. überreicht, die vor allem von genossenschaftlichen Vereinen aufgebracht worden waren, vgl. Schulzes »Erklärung und Dank« vom 5.10.1863, BAP, Nl. Bennigsen, 291, Bl. 31 f. (veröffentlicht in CAZ, Beilage zu Nr. 43, 25.10.1863); das etwas gewundene Schreiben bemüht sich, die Geldgabe mit den liberalen Grundsätzen der »Selbstverantwortlichkeit für die eigene Existenz« in Einklang zu bringen. 20000 T. verwendete Schulze für den Kauf eines Wohnhauses in Potsdam. Mit dem Restgeld wurde ein spezieller Fond zur Unterstützung von Männern, »die für das Interesse des gemeinsamen Vaterlandes« tätig waren, eingerichtet (vgl. die »Stiftungsurkunde über den Schulze-Delitzsch-Fond« vom 25.11.1865, BAP, Nl. Fries, 1; vgl. auch Schulze an Freytag, 14.1.

c) *Presseorganisation*

Seit dem 1. Mai 1860 verfügte der Nationalverein über eine eigene Zeitung, die »Wochenschrift des Nationalvereins«. Ihre Gründung stellte die Konsequenz der Errichtung eines offenen, nur durch die Höhe der Beiträge beschränkten Mitgliedervereins dar, wie er auf der Frankfurter Versammlung und der konstituierenden Ausschußsitzung beschlossen worden war. Die Wochenschrift war die erste deutsche Zeitung, die sich förmlich im Besitz einer politischen Organisation befand. In erster Linie für die Vereinsmitglieder oder am Vereinsleben unmittelbar Interessierte bestimmt, kommentierte sie regelmäßig die Wochenereignisse im Sinne des Vereinsprogramms und bot in der Spalte »Mitteilungen aus dem Vereinsleben« und durch den Abdruck von Ansprachen, Einladungen, Berichten über Ausschußsitzungen etc. die Informationen für die Mitglieder, wie sie zum Funktionieren der Organisation notwendig waren. Durch den gelegentlichen Abdruck von Mitgliederzuschriften, der allerdings stets politischer Zweckmäßigkeit untergeordnet war, vermittelte das Blatt den Anschein eines öffentlichen Diskussionsforums. Die Auflagenhöhe blieb während der Gesamtzeit ihres Bestehens immer weit hinter der Zahl der Vereinsmitglieder zurück, sie hat die Zahl von 5000 nie wesentlich überschritten.[63] Über Multiplikatoren wie die Vereinsagenten und über die lokalen Mitgliederversammlungen, Bürgervereine und -gesellschaften dürfte aber eine erheblich größere Anzahl von Nicht-Abonnenten mehr oder weniger regelmäßig von der Wochenschrift Kenntnis genommen haben.

Auf der Titelseite der Probenummer vom 15. April und der ersten regulären Ausgabe der Wochenschrift vom 1. Mai 1860 wurde unter der Rubrik »Einladung zum Abonnement« die künftige Aufgabe des Blatts damit angegeben,

»den regelmäßigen geistigen Verkehr zwischen dem Nationalverein und seinen Mitgliedern herzustellen, die Ansichten und Grundsätze des Vereins in weiteren Kreisen zu verbreiten und dadurch die Zwecke desselben zu befördern. Vereinigung der gesamten militärischen und diplomatischen Gewalten in einer einzigen Hand, Wiederherstellung einer Gesamtvertretung der Nation, wachsame Wahrung aller wahrhaft

---

1865, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 2, 1910, S. 257 f.; A. Bernstein, 1879, S. 144 ff.). Der Fond umfaßte knapp 30000 T. Geschäftsführer des neunköpfigen Kuratoriums war Henneberg, ferner gehörten ihm Bennigsen, Fries, Keil, Schenk, Rensemann, Reichenheim, F. Duncker und Schulze selbst an. Schulze bezog jährlich 1600 T. aus dem Fond! Zur Kritik der Demokraten und Arbeitervereine vgl. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 223 f.

63 Die WSchNV besaß auf ihrem Höhepunkt 5324 Abonnenten (Verhandlungen NV I (1861), S. 55); die Verbote in Preußen, Nassau und Mecklenburg 1863 brachten einen Wegfall von ca. 3000 Abonnenten, vgl. A-Prot.NV, 28.10.1864, BAP, Nl. Oetker, 19; Verhandlungen NV V (1864), S. 40. Vom 30.4.–22.12.1863 erschien die WSchNV in Preußen in geringfügiger inhaltlicher Veränderung unter dem Namen »Die Aera. Organ des Nationalvereins für dessen Mitglieder und Freunde in Preußen«. Die »Aera« konnte nur über den Buchhandel bzw. direkt von der Expedition bezogen werden. Zwei Nachfolgeblätter der Aera, die Zeitschrift »Iris« und die »Zwanglosen Blätter aus dem deutschen Nationalverein«, die 1864 in Preußen verbreitet wurden, lehnten sich gleichfalls stark an die WSchNV an; vgl. zu ihnen K. Bechstein, Öffentliche Meinung Thüringens, 1922–1926, S. 182; A. Sauerteig, 1949, S. 81.

deutschen Interessen gegenüber dem Ausland, Entfesselung der durch verkehrte Staatsmaximen gebundenen politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Volks, Beseitigung eines unberechtigten bürokratischen und Polizei-Regiments zu Gunsten einer vernünftig aufgefaßten Selbstregierung in Provinz, Gemeinde, Genossenschaft«.[64]

Leitender Redakteur wurde der in Heidelberg wohnende August Ludwig Rochau, der für einen gemäßigten konstitutionellen und preußenorientierten Kurs garantierte und darin anfänglich vom Vereinssekretär Lorenz Nagel unterstützt wurde.[65] Von Coburg aus, wo die Zeitung seit Juli 1860 gedruckt und vertrieben wurde, betreute der demokratisch gesinnte Geschäftsführer Streit die Spalte »Mitteilungen aus dem Nationalverein«, die mit Nr. 8 vom 22. Juni 1860 einsetzte.[66] Streit versuchte in den folgenden Jahren, die Spalte zu einem Forum der demokratischen Stimmen im Nationalverein auszubauen, die in dem von Rochau betreuten politischen Teil kaum zu Wort kamen. Dabei nutzte er insbesondere die durch häufige Erholungsreisen bedingte Abwesenheit Rochaus aus, während der er stellvertretend auch den politischen Teil leitete. Hieraus resultierten persönlich und politisch motivierte Streitereien, die einen regelmäßigen Gegenstand von Vorstands- und Ausschußsitzungen bildeten.[67]

Der Preis der Wochenschrift von 1 T. 10 Sgr. jährlich und ihre stilistische und inhaltliche Gestaltung machten klar, daß die Zeitung sich an das gebildete und besitzende Bürgertum wandte. Streit hatte von vornherein ein mehr populäres Blatt im Auge gehabt, sich damit jedoch im Ausschuß nicht durchsetzen können. Die Idee einer »mehr an die mittleren und unteren Schichten sich richtenden Zeitung« verfolgte er in den kommenden Monaten

---

64 WSchNV, Probenummer, 15. 4. 1860; WSchNV, Nr. 1, 1. 5. 1860.

65 Zur inhaltlichen Analyse der WSchNV, dem machtstaatlich orientierten Nationalismus, der z. B. das Selbstbestimmungsrecht der Polen in Ostpreußen nicht anerkannte und stattdessen mit teilweise rassistischem Vokabular die kulturelle »Assimilationskraft« des Germanentums pries, der eifrig Pläne zur Einbeziehung Österreichs in die Machtpolitik des angestrebten kleindeutschen Nationalstaats schmiedete, sowie den ausgeprägten kulturkämpferischen Impetus vgl. die klaren Ausführungen bei S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 78 f., 93 ff., 192. Na'amans zutreffendes Fazit: so konzentriert und über Jahre hinaus habe keine andere Zeitung diese »deutsche Ideologie« vertreten (S. 101). Einen Großteil der Artikel steuerten Rochau (»R«), Nagel »(N)« Lammers (»L«) und Planck (»P«) bei.

66 Die ersten 9 Nummern wurden in der Engelhardt-Reyerschen Hofbuchdruckerei in Gotha gedruckt und durch Karl Rückert redaktionell betreut, für die folgenden drei Nummern zeichnete Streit stellvertretend verantwortlich, ab Nr. 10 erschien die WSchNV in der Verlagsbuchdruckerei Streits; vgl. A. Sauerteig, 1949, S. 79. Die ursprünglich vorgesehene redaktionelle Mitarbeit W. Wehrenpfennigs kam nicht zustande, da dieser die PrJbb. vorzog.

67 Am 10. 11. 1861 forderte Rochau erstmals die Vereinigung von Druckort und Redaktion in einer Stadt, konnte sich aber nicht durchsetzen, weil der Vorstand auf der Beibehaltung des Vereinssitzes Coburg als Druckort bestand und Rochau eine Übersiedlung ablehnte. Die Auseinandersetzungen schwelten bis zum Ausscheiden Streits Anfang 1865 weiter. So beschwerte Rochau sich wiederholt, daß Artikel in den »Mitteilungen« abgedruckt worden seien, die ihm nicht vorgelegen hätten. Streit rechtfertigte sich mit dem Hinweis auf technische Notwendigkeiten, die eine Vorlage der inkriminierten Artikel in Heidelberg unmöglich machten, schob aber auch das politische Argument nach, er halte es für richtiger, die WSchNV den entschiedenen Kräften im Verein zu öffnen, als daß sie in anderen Blättern schrieben; A-Prot.NV, 17. 10. 1863, StadtB München, Akten NV. Vgl. S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 104 ff.

und Jahren weiter.[68] Nachdem bereits auf der ersten Generalversammlung des Vereins Stimmen laut geworden waren, die eine populäre Zeitung forderten, diskutierte der Ausschuß im August 1861 die Angelegenheit noch einmal ausführlich, entschied aber mit Rochau gegen Streit. Rochau begründete seine ablehnende Haltung mit zum Teil fragwürdigen Argumenten, wenn er anführte, daß es im Nationalverein niemanden gebe, der in der Lage sei, für die einfachen Klassen wirkungsvoll zu schreiben, oder wenn er behauptete, daß der Kleinbürger und der Landmann in allen Gegenden verschieden und daher *ein* populäres Blatt für ganz Deutschland unmöglich sei. Seine eigentliche Motivation erschließt sich mit Sicherheit aus dem dritten angeführten Argument, daß nämlich die einfachen Bevölkerungsschichten nicht die Klassen seien, welche die Geschichte und Politik in Deutschland machten.[69] Diese Haltung knüpfte nahtlos an die in den »Grundsätzen der Realpolitik« entwickelte Mittelstandstheorie an, die offensichtlich von der Mehrheit der Ausschußmitglieder geteilt wurde.

Ersatzweise beschloß der Ausschuß, künftig wenigstens einige dem Verein nahestehende volkstümliche Blätter und Broschüren finanziell zu unterstützen.[70] In Reaktion auf den weitgehenden Verzicht des Nationalvereins auf direkte »volkstümliche Agitation« gründete Streit einen eigenen Verlag und eine eigene Zeitung, die Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung, die sich seit 1863 zum Sprachrohr von Teilen des linken Vereinsflügels entwickelte und als Diskussionsforum der entstehenden eigenständigen Arbeiterbewegung eine herausragende Rolle spielte. Um »den harmonischen Zusammenhang« der nationalen Bewegung mit der Arbeiterbewegung zu fördern, hatte der Ausschuß Streit bereits Anfang 1863 gestattet, den Agenten in einem offiziellen Zirkular des Nationalvereins die Arbeiterzeitung zur Verbreitung zu empfehlen. Ende 1863 besaß die Zeitung rund 800 Abonnenten, darunter eine ganze Reihe von Handwerker- und Arbeiterbildungsvereinen, blieb aber ein Zuschußunternehmen. Eine finanzielle Förderung der Zeitung aus der Nationalvereinskasse, die Bennigsen anbot, lehnte Streit ab, um die Unabhängigkeit des Blattes nicht zu gefährden. Im ersten Halbjahr 1864 wurde die Arbeiterzeitung jedoch auf Vereinskosten gratis an die Vereinsagenten verteilt.[71]

---

68 Vgl. seine Briefe an Reyscher und Parisius, 21.3. und 12.6.1860 bei P. Herrmann, 1932, S. 159 f.

69 Verhandlungen NV I (1860), S. 57; A-Prot.NV, 25.8.1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV; Rochau an Streit, 7.6.1860, in: H. Oncken (Hrsg.), Briefe Bennigsens, Dt. Revue XXX (1905, III), S. 84 ff. Vgl. auch Rochaus schroffe Formulierungen in WSchNV, Nr. 104, 25.4.1862.

70 Als Beispiele wären zu nennen: F. W. Henneberg, Deutsche Noth und Hülfe, 1860 (2000 Exemplare wurden vom NV angekauft und sollten zum Preis von 2 Groschen 6 Pfennig verkauft werden; vgl. Konzept Streit an Henneberg vom 15.1.1860, BAP, Akten NV, 9, Bl. 114, und R. Le Mang, 1909, S. 47); ferner die anonyme, in einfacher Sprache gehaltene Schrift: Was der deutsche Nationalverein will, 1863, für die der NV einen Druckkostenzuschuß in Höhe von 50 fl. gewährte (V-Prot.NV, 30.3.1863, Nl. Hölder, XXXV). Am 21.1.1861 beschloß der Ausschuß des weiteren die Förderung zweier Projekte Hennebergs und Müllensiefens für sogenannte populäre »Nationalkalender« (A-Prot.NV, WLB, Nl. Hölder, XXXV). Zu den geförderten populären Zeitungen gehörte der seit Mitte 1860 in Gumbinnen erscheinende »Bürger- und Bauernfreund« (vgl. E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 162 f.; V-Prot.NV (ms.), 10.11.1861, StadtB München, Akten NV).

71 A-Prot.NV, 1.2.1863; V-Prot.NV, 14.2.1864, beide in StadtB München, Akten NV, und

Die publizistischen Aktivitäten des Nationalvereins beschränkten sich nicht auf die Herausgabe der Wochenschrift und die gelegentliche Förderung volkstümlicher Broschüren. Drei weitere Felder sind daneben zu beachten.

Erstens publizierte der Nationalverein von 1859 bis 1867 insgesamt zwölf »Flugblätter« genannte, in Wahrheit jedoch zum Teil umfangreiche Broschüren zu verschiedenen Themen, deren Auflagenhöhe zwischen 10 000 und 25 000 schwankte[72], gab Sonderdrucke von Artikeln aus der Wochenschrift heraus, veröffentlichte Erklärungen des Ausschusses und Reden seiner »Wanderprediger« und unterstützte diverse politische Broschüren durch finanzielle Zuschüsse.

Zweitens förderte der Nationalverein im Laufe der Jahre eine größere Anzahl von Zeitungen durch finanzielle Zuwendungen, obwohl er die direkte Subvention nahestehender Blätter ursprünglich nicht beabsichtigt hatte. Den Großteil der zahlreich eingehenden Unterstützungsgesuche beschied er allerdings abschlägig.[73]

Drittens richtete der Nationalverein in Frankfurt ein Büro zur Beeinflussung der ausländischen Presse ein. Nachdem Max Wirth dem Ausschuß am 8. Oktober 1862 seine seit geraumer Zeit auf Eigeninitiative beruhenden Bemühungen erläutert hatte, beauftragte dieser ihn förmlich, gegen Honorar seine Tätigkeit fortzusetzen und auszuweiten.[74] Kurz darauf konnte Wirth melden, mit folgenden Blättern die Aufnahme regelmäßiger Korrespondenzen ausgehandelt zu haben: dem »Indépendance belge« in Brüssel, dem »Morning Star«, dem »Standard« und dem »Hermann« in London, dem »Siècle«, der »Presse« und der »Phare de la Loire« in Frankreich, dem »Berner Bund« und dem Bieler »Handelskurier«, der »Stampa« in Turin und dem »Pungolo« in Mailand, der »New Yorker Staatszeitung«, der »Westlichen Post« in St. Louis, dem »Wanderer« in Wien und dem »Pester Llyod«.[75] Zur Entlastung wurde Wirth für die Folgezeit die Anstellung von Wilhelm Pieper[76] als festem Mitarbeiter bewilligt. Für ihre Arbeit standen ihnen künftig jährlich bis zu 5 250 fl. zur freien Verfügung.[77]

WLB, Nl. Hölder, XXXV; V-Prot.NV, 17. 10. 1863, StadtB München, Akten NV. Vgl. R. Webers Einleitung zum Reprint der CAZ; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 424 ff.; S. Na'aman, Arbeiterbewegung und Arbeiterzeitung, 1980. Zu Streits Verlagsunternehmen vgl. A. Sauerteig, 1949, S. 78 ff.

72 Verfasser und Themen sind aufgelistet bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 455, Anm. 1.

73 Zu den laut A-Prot. und V-Prot. geförderten Blättern gehörten die »Hessische Morgen-Zeitung« in Kassel (500 T.; für die HMZ existierte ein spezieller Unterstützungsfond, in den der NV einzahlte; Abschrift des Gründungsaufrufs BAP, Nl. Bennigsen, 337, Bl. 7 f.), eine Zeitung in Bromberg (600 T.), eine Zeitung im mittelfränkischen Solnhofen (120 fl.), der »Volksfreund« in München (200 fl.), der »Hermann« in London (1 000 T., 50 Pfund), die »Süddeutsche Zeitung« in München/Frankfurt (10 Aktien à 120 T., 6500 fl.), der »Norddeutsche Grenzbote« (300 T.), die »Chemnitzer Zeitung« (500 T.), die »Thüringer Landeszeitung« (500 T.).

74 Vgl. Wirths Tätigkeitsbericht A-Prot.NV, 8. 10. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

75 A-Prot.NV, 1. 2. 1863, StadtB München, Akten NV, und WLB, Nl. Hölder, XXXV. Für seine Aufwendungen wurden Wirth für das laufende Jahr 3 000 fl. bewilligt.

76 Friedrich Ludwig Wilhelm Pieper (1826?–1899), ev.; Theologie- und Philologie-Studium in Göttingen, 1848/49 als Journalist tätig, befreundet sich mit Miquel; nach Haftstrafe wegen Majestätsbeleidigung 1850 nach London emigriert, bis 1852 Hauslehrer bei der Familie Rothschild; arbeitete anschließend als Sekretär bei Marx und wurde Mitglied im Kommu-

Betrachtet man die umfangreichen publizistsichen Aktivitäten des Nationalvereins im ganzen, wird man feststellen können, daß er über ein wirkungsvolles Instrumentarium zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung verfügte. Der Versuch zur Schaffung eines den Vereinszielen günstigen Meinungsklimas entsprach dem in den Statuten und im offiziellen Programm der Wochenschrift festgelegten Grundsatz der ausschließlich gesetzlichen Agitation. Daß sich die Politik des Nationalvereins jedoch nicht in publizistischer Propaganda erschöpfte, werden die Kapitel über seine Strategie und Tätigkeit ausführlich belegen.

d) Mitgliederentwicklung und soziale Zusammensetzung: das Problem der Massenbasis

Wollte der Nationalverein politischen Druck auf Parlamente und Regierungen ausüben, so benötigte er dazu erhebliche finanzielle Mittel. Es blieb keine Alternative, als auf die eine oder andere Weise, wenn nicht die »Massen«, so doch breitere Bevölkerungskreise einzubeziehen. Dies war allgemein akzeptierte Erkenntnis auch unter den 48er-Konstitutionellen. »Unser Volk muß sich an solche Agitationen in vollster Offenheit und Gesetzlichkeit gewöhnen, namentlich auch die Mittel zusammenbringen, ohne welche die nachhaltige Verfolgung solcher Ziele nicht möglich ist. Keine Revolution, aber eine Kasse!«.[78] Schon aus finanziellen Gründen hatte man den Nationalverein daher als Mitgliederorganisation konzipiert.

Die Mitgliedschaft im Nationalverein erwarb man durch die Unterzeichnung des Statuts und die Zahlung des Jahresbeitrags. Den jeweiligen Mitgliederstand teilte der Geschäftsführer in seinem jährlichen Rechenschaftsbericht der Generalversammlung mit. Die dort angeführten Zahlen suggerierten eine Genauigkeit, die in Wirklichkeit nicht gegeben war. Als Streit für die erste Nummer der Wochenschrift eine Übersicht über die Mitglieder und Einnahmen des Vereins geben sollte, mußte er passen, weil er über diese Dinge »keine nähere Auskunft« habe.[79] In Anbetracht der Unregelmäßigkeiten und Ungenauigkeiten der Abrechnung durch die Agenten, von der man bei Durchsicht der Vereinsakten einen nachhaltigen Eindruck erhält,

---

nistenbund; 1854–58 als Lehrer tätig; 1859 Rückkehr nach Deutschland, Beitritt zum NV; vgl. B. Schwineköper, 1964; Bund der Kommunisten, Bd. 2, 1982, S. 670 f. Pieper wurde dem Ausschuß durch Miquel vermittelt, vgl. A-Prot.NV, 1.2.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV, u. StadtB München, Akten NV.

77 A-Prot.NV, 25.5.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Die vertragliche Regelung erfolgte auf der Sitzung vom 17.10.1863, A-Prot.NV, StadtB München, Akten NV (dort auch der Vertragstext). Pieper siedelte auf Vereinskosten zeitweise nach Berlin über, vgl. V-Prot.NV, 23.11.1863, BAP, Nl. Oetker, 19. Beispiele für die Tätigkeit des Büros bieten u. a. die Briefe und Tätigkeitsberichte des in Liverpool lebenden Prof. Weinmann, die dieser zunächst an Streit und dann an Wirth sandte, abgedruckt bei H. Rautenberg (Hrsg.), Wir wollen Deutsche bleiben, 1939, S. 252 f., 261 ff., 282 ff., 288 f., 313 f.

78 Schulze an Freytag, 8.10.1859, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 142 ff. Auf Seite der Konstitutionellen hatte L. K. Aegidi bereits 1849 in seiner Schrift »Zur Propaganda der national-konstitutionellen Partei« auf den finanziellen Aspekt als Motiv politischer Organisierung hingewiesen.

79 Streit an Bennigsen und Fries, 27.4.1860, BAP, Nl. Bennigsen, 360, Bl. 47 f.

und die ständig Anlaß zu Klagen boten, dürfte auch in den folgenden Jahren eine exakte Feststellung der jeweiligen Mitgliederzahlen nur für einzelne Bezirke möglich gewesen sein.[80] Die veröffentlichten offiziellen Zahlen beruhten somit zu einem guten Teil auf Schätzungen, die in der Frühphase realistisch gewesen sein dürften, seit 1863/64 jedoch zu hoch angesetzt und absichtlich in nur schwer nachvollziehbarer Weise veröffentlicht wurden, um das dramatische Ausmaß des Mitgliederrückgangs zu vertuschen.[81]

Die Mitgliederzahlen stiegen bis 1862 kontinuierlich an und erreichten nach der programmatischen Adaption der Reichsverfassung von 1849 ihren Höhepunkt, stagnierten im Jahr 1863, bevor sie im folgenden Jahr, in dessen Verlauf der Nationalverein seine Tätigkeit zugunsten des Abgeordnetentags suspendiert hatte, deutlich zurückgingen. Der dramatische Einbruch erfolgte spätestens nach der Generalversammlung von 1864, die zugleich eine beschleunigte Rechtsentwicklung des Vereins einleitete. Die im folgenden angegebenen Zahlen sind den jährlichen Rechenschaftsberichten des Geschäftsführers an die Generalversammlung entnommen, wobei mit Ausnahme der Jahre 1862–64 stets nur Personen aufgeführt wurden, die nach Vereinsangaben tatsächlich ihre Mitgliedsbeiträge entrichtet und somit ihren Bindungswillen bekräftigt hatten. Für die Jahre 1862–64 erschien es sinnvoll, auch diejenigen der Vereinsführung namentlich bekannten Personen mitzuzählen, die mit ihren Beiträgen noch in Verzug standen, weil die Vereinsbürokratie dem Ansturm wohl tatsächlich nicht gewachsen war. Wegen der angeführten Einwände dürften zuverlässigere Zahlen nicht zu erhalten sein: demnach besaß der Nationalverein *1860* 5 369 Mitglieder, *1861* 16 859, *1862* ca. 20–25 000, *1863* ca. 21 000, *1864* ca. 18 000, *1865* 10 681, *1866* 5 314 und *1867* 1 004.[82]

Ähnlich hohe Mitgliederzahlen erreichten bis zur Jahrhundertwende weder die Nationalliberale Partei noch die linksliberalen Parteien. Auch die für den Zentralmärzverein angeführten rund 500 000 Mitglieder sind nicht vergleichbar.[83] Als Vereinsdachorganisation handelte es sich bei ihm um einen Zusammenschluß weitgehend selbständiger Vereine. Das einzelne Mitglied

---

80 Vgl. dazu auch S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 244, Anm. 49.

81 Die bei G. Fesser, Nationalverein, 1984, S. 201, angegebenen Zahlen beruhen auf ungenauer Lektüre der Geschäftsberichte und sind für 1863 bis 1865 erheblich zu hoch angesetzt. Besonders der angebliche Mitgliederzuwachs 1865 verzeichnet die Realität drastisch; richtig dagegen bereits bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 909, S. 469. Das von G. Eisfeld, 1969, S. 46, zur Ermittlung der Mitgliederzahl verwendete Verfahren, die Gesamtsumme der eingegangenen Mitgliedsbeiträge durch den Jahresbeitrag von 1 T. zu dividieren, ist wegen der nach oben offenen Beitragshöhe unhaltbar. So zahlten die 200 Berliner Mitglieder des Jahres 1860 mehr als 500 T. Jahresbeitrag, der schlesische Graf Henckel von Donnersmark zahlte jährlich 500 T., A-Prot.NV, 11.3.1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Weitere Beispiele: der Industrielle Georg Egestorff aus Linden spendete im Oktober 1859 1 000 T. (Schulze an Freytag, 18.10.1859, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 147), der Partikulier Eduard Dähne aus Dresden im August 1862 5 000 T. (SZ, Nr. 119, 2.9.1862); die Spendenbeiträge wurden in den Rechenschaftsberichten nicht gesondert ausgewiesen.

82 Die für den internen Gebrauch verfaßte »Erläuterung zu der neuen Organisation des Agentenwesens« vom April 1863 ging von 20 424 Mitgliedern aus; WLB, Nl. Hölder, XXXV.

83 M. Wettengel, Centralmärzverein, 1991, S. 43.

bekundete durch seinen Beitritt in erster Linie Bindungswillen an die lokale Filiation des Verbandes. Die Mitglieder des Nationalvereins waren dagegen allesamt Angehörige des *einen* Coburger Vereins und unterlagen den Anweisungen der Vereinszentrale. Für den Beitritt zum Nationalverein war daher ein erheblich stärkerer Bindungswille notwendig als bei den föderativen Vereinszusammenschlüssen. Die häufig in der Literatur zu findende Bewertung, die Mitgliedschaft des Nationalvereins sei »nie sehr bedeutend« gewesen, sollte deshalb aufgegeben werden.[84] In den 1860er Jahren gab es weder im bürgerlichen noch im konservativen noch im sozialistischen Lager konkurrenzfähige nationale Organisationen. Selbst der ADAV Lassalles besaß im September 1864 nicht mehr als 3500 Mitglieder. Die Zahlen des Nationalvereins erreichte die Arbeiterpartei erst nach der Fusion mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Bebels im Jahre 1875.[85]

Bei der regionalen Verteilung der Mitgliedschaft ergeben sich erhebliche Unterschiede. Preußen, genauer die Rheinprovinzen, Westfalen, Berlin sowie West- und Ostpreußen bildeten entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung des deutschen Bundesgebiets den Schwerpunkt (vgl. Tab. 1).[86] Leicht Fuß fassen konnte der Verein auch in den thüringischen Staaten, in den freien Reichsstädten, in Baden und im Großherzogtum Hessen. Problematisch blieb dagegen anfangs die Entwicklung in Süddeutschland, namentlich in Württemberg und in Bayern. Die bayerischen Vereinsmitglieder stammten nahezu ausschließlich aus den neubayerischen Gebieten in Franken und der Pfalz. Von 352 Mitgliedern Anfang 1863 stammten allein 263 aus Nürnberg, während es München nur auf 17 Anhänger brachte.[87] Auch die Zahlen für Württemberg blieben mit kaum mehr als 400–500 zahlenden Mitgliedern niedrig, wenn man sie in Relation zur Gesamtmitgliedschaft des Nationalvereins oder etwa zu den 587 Berlinern setzt.[88] Der Nationalverein besaß außerdem in verschiedenen Ländern Auslandsgruppen. Die wichtigsten befanden sich in den klassischen Ländern des demokratischen Exils, in der Schweiz, in Frankreich und in England, wo die bedeutendste Gruppe existierte. Sie verfügte mit dem »Hermann« über eine eigene Wochenschrift, die aus Vereinsmitteln gefördert wurde. Führende Mitglieder waren Gottfried Kinkel und Karl Blind.[89] Die Schweizer Gruppe in Zürich stand unter

---

84 Vgl. M. Gugel, 1975, S. 35; O. Pflanze, Bd. 1, 1990, S. 138 f.: »The Nationalverein was not a mass movement, but an elite body of a few thousand members«; L. O'Boyle, 1957, S. 336.

85 Vgl. T. Offermann, Regionale Ausbreitung, 1987; F. L. Carsten, 1991, S. 71 f.

86 Allein in Berlin gab es Ende 1861 587 Mitglieder, vgl. die von A. Delbrück erstellte gedruckte Mitgliederliste, LHA-P, 9541, Bl. 64 ff. Die deutschösterreichischen Länder können außer Acht gelassen werden, da eine nennenswerte Mitgliedschaft wegen des Vereinsprogramms nicht zu erwarten war und auch nicht zustande kam.

87 Vgl. die erwähnte »Erläuterung«, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

88 Langewiesche hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß, gemessen an der niedrigen politischen Mobilisierung in Württemberg, die Mitgliederzahl des NV hoch gewesen sei und man von einem »Scheitern« des Vereins in Württemberg daher nicht reden könne. Seine Schätzung von rund 800 württembergischen NV-Mitgliedern (G. Runge, 1970, S. 23, gibt 600 an) erscheint allerdings um einiges zu hoch gegriffen (vgl. D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 290 ff.). Auch die »Erläuterung« Streits vom April 1863 gibt nur 385 Personen an; hätte der NV dort mehr Mitglieder besessen, hätte er diesen Erfolg mit Sicherheit propagandistisch ausgenützt.

89 Ende 1860 verteilten sich die Mitglieder wie folgt: London 89, Birmingham 2, Manchester 5,

Führung Georg Feins und Karl Nauwercks[90], die französische Gruppe in Paris unter Führung Ludwig Bambergers[91] und Heinrich Bernhard Oppenheims.[92]

Wie setzte sich die Mitgliedschaft des Nationalvereins in sozialer Hinsicht zusammen? Die Grunddeterminante der Sozialstruktur des Vereins war der jährliche zu entrichtende Mitgliedsbeitrag, der auf der konstituierenden Ausschußsitzung auf einen Taler bzw. 1,45 Gulden festgelegt wurde. Durch ihn wurde mit voller Absicht ein großer Teil der interessierten Bevölkerung von der Möglichkeit einer politischen Mitwirkung am Nationalverein ausgeschlossen: die lohnabhängigen Arbeiter und Handwerksgesellen sowie die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden und Händler. Praktisch seit den ersten Tagen der Vereinsgründung versuchte der linke Flügel eine Abänderung dieses zunehmend als Diskriminierung empfundenen Beschlusses zu erreichen. Anträge zur Senkung oder Staffelung der Jahresbeiträge wurden in den Vorstands- und Ausschußsitzungen vom 11. Dezember 1859 (Antrag Rose), vom 21. Januar 1861 (Antrag Crämer), vom 22. August 1861 (Anträge Fries, Knorr, Vecchioni[93]), vom 5. Oktober 1862 (Anträge Wartenburg, Bötticher und Genossen), vom 9. November 1862 (Antrag Demmler) und vom 1. Januar 1863 (nochmal Antrag Demmler) diskutiert. In dieselbe Richtung zielende Anträge wurden in zahlreichen lokalen Mitgliederversammlungen gestellt und auf drei Generalversammlungen in unterschiedlicher Ausführlichkeit behandelt.[94]

Nottingham 23, Liverpool 34, Bath 1; vgl. Polizeibericht v. 24.10.1860, LHA-P, 9540, Bl. 296. Zur Londoner Gruppe vgl. H. Rösch-Sondermann, 1982, S. 312 ff.; viele Informationen im Nl. Kinkel, UB Bonn (u. a. Tagebücher Kinkels mit Vermerken zu NV-Sitzungen) und bei E. Bauer, 1989, S. 479 ff.; StadtB München, Akten des NV, VI.

90 Vgl. S. Na'aman, Konstituierung, 1987, S. 639, 654; O. Oppermann, 1910; Abschriften des Briefwechsels im Nl. Fein, STA Wolfenbüttel. Fein war am 4.12.1859 von Streit zur Mitarbeit aufgefordert worden und hatte am 9.12.1859 seine Zusage gegeben, BAP, Akten NV, 7, Bl. 70 f., 125.

91 Ludwig Bamberger (1823–1899), mosaisch; Jura-Studium in Gießen, Heidelberg, Göttingen; nach Ausschluß aus dem Staatsdienst Journalist; während der Revolution republikanisch; nach Beteiligung an den Reichsverfassungskämpfen Exil in London und Paris als Bankier; Zollparlament; MdR 1870–93 (bis 1878 NLP, dann freisinnig); vgl. M. L. Weber, 1987.

92 L. Bamberger, Erinnerungen, 1899, S. 389 ff.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 41, Anm. 2. Heinrich Bernhard Oppenheim (1819–1880), mosaisch; Jura-Studium in Göttingen, Heidelberg, Berlin; Dr.jur.; 1842–47 Privatdozent in Heidelberg, ging 1848 als unitarischer Republikaner nach Berlin; Teilnehmer am 2. Demokratenkongreß, wo seine an Robespierre entwickelte Menschenrechtserklärung angenommen wurde; Teilnahme am badischen Aufstand, bis 1861 Exil in der Schweiz, in England und Frankreich; Hg. der DtJbb. 1861–64; MdR 1874–76 (NLP); vgl. ADB 24, S. 396 ff.; V. Hentschel, Oppenheim, 1976.

93 August Napoleon Vecchioni (1826–1908); als Sohn korsischer Eltern in Zweibrücken aufgewachsen; beginnt 1848 Studium in München; 1849 Sekretär des Münchener Märzvereins; Exil in USA; seit 1856 Redakteur der Münchener Neuesten Nachrichten; Mitglied im Arbeiterbildungsverein, NV, FSP; vgl. H. Rau, 1932, S. 76 ff.

94 In Berlin (Antrag Streckfuß, Polizeibericht 14.12.1860, LHA-P, 9540, Bl. 321 ff.), in Leipzig (Antrag Götz am 8.3.1861, WSchNV, Nr. 42, 13.2.1861), in Braunschweig (Anträge Leiste am 18.9.1862 und 30.3.1863, Polizeiberichte, STA Wolfenbüttel, 12 A Neu Fb 1 Nr. I 120, Bl. 75 ff., Bl. 87 ff.), in Frankfurt (Antrag S. Müller am 21.12.1862, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 295 ff.; SZ, Nr. 324, 22.12.1862); Fritzsche, Bitter und Vahlteich vom Leipziger Arbeiterkomitee wandten sich im Oktober 1862 schriftlich an den

Tabelle 1: Regionale Mitgliederstruktur des Nationalvereins

	1860	1861	1864	1865	1866
Preußen	3073	8421	8355	4399	2358
Brandenburg	*379*	*1194*		*1368*	*938*
Hohenzollern	*12*	*11*		–	–
Preußen	*566*	*1421*		*629*	*349*
Pommern	*248*	*445*		*206*	*154*
Posen	*63*	*358*		*95*	*68*
Rheinland	*587*	*1395*		*694*	*285*
Sachsen	*471*	*942*		*439*	*116*
Schlesien	*64*	*356*		*647*	*411*
Westfalen	*683*	*2298*		*321*	*137*
Baden	433	1173	752	583	302
Bayern	193	355	264	97	59
Braunschweig	142	307	224	129	101
Bremen	191	300	708	400	1
Coburg-Gotha	282	293	306	158	2
Frankfurt	98	428	342	174	25
Hamburg	163	547	802	529	399
Hannover	194	664	1157	964	707
Hessen-Darmstadt	32	1416	1383	1039	462
Hessen-Kassel	–	2	278	243	ca. 184
Lübeck	–	–	183	125	100
Mecklenburg	3	18	87	–	–
Nassau	109	513	493	256	66
Österreich	–	7	1	23	7
Oldenburg	113	111	265	160	87
Sachsen	124	228	454	193	47
Thüringische Kleinstaaten	297	478	784	605	157
Weimar	95	266	235	160	13
Württemberg	45	386	82	38	8
Schleswig-Holstein	178	337	326	229	108
Ausland	36	609	380	177	121

Alles was der Ausschuß zuzugestehen bereit war, war eine Regelung zur vierteljährlichen Ratenzahlung, die jedoch dem Ermessen und der persönlichen Verantwortung der einzelnen Agenten überlassen wurde.[95] Ob und in welchem Umfang diese Regelung angewendet wurde, ist unbekannt, ausreichend war sie keinesfalls. Nach außen hin verteidigte der Ausschuß seine Position mit logisch unstimmigen finanziellen Argumenten der Art, daß eine

Vorstand, vgl. S. Na'aman, Konstituierung, 1975, S. 341; ders., Nationalverein, 1987, S. 73, Anm. 60; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 381 f.; Verhandlungen NV III (1862), S. 53 ff., IV (1863), S. 19 f., V (1864), S. 33 ff.

95 A-Prot.NV, 13. 3. 1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

Senkung der Mitgliedsbeiträge die Vereinskasse strapazieren würde. Bei einer Staffelung nach dem Modell Demmlers, der reduzierte Beiträge für Mitglieder von Arbeiterbildungs-, Turn-, Wehr- und Schützenvereinen vorschlug, war das schlichtweg unsinnig. Es ist evident, daß dem Ausschuß die ganze politische Tragweite der Ausgrenzung der wenig besitzenden Schichten völlig bewußt war. So faßte Bennigsen das Resultat einer heftigen Ausschußdebatte über Beitragssenkungen dahingehend zusammen, »daß die *politischen* Gründe für und gegen sich in dieser Angelegenheit die Waage zu halten scheinen« und deshalb beschlossen worden sei, »daß bei der in der Generalversammlung selbst über diese Anträge eintretenden Verhandlung zur Begründung der gegen diese Anträge gerichteten, durch Abstimmung konstatierten Ansicht des Ausschusses, vorzugsweise *finanzielle* Gründe anzuführen seien«.[96]

Der Nationalverein sollte wie seine Wochenschrift für diejenigen (Mittel-) Schichten reserviert bleiben, die über ein Minimum an Besitz verfügten. Hier praktizierte der Nationalverein mit einer Art von Zensus konsequente bürgerliche Interessenpolitik, die im Widerspruch zum Vereinsprogramm stand, das seit 1862 das allgemeine und gleiche Wahlrecht mitumfaßte. Bis der wirtschaftliche Aufstieg geschafft war, womöglich auf dem Weg des genossenschaftlichen Sparens, sollten sich die Arbeiter und die Ärmeren nach der berühmten Formulierung Schulze-Delitzschs auf einer Leipziger Arbeiterversammlung als »Ehrenmitglieder« des Nationalvereins betrachten.[97]

In ähnlicher Weise wurde ein von 12 Studenten »im Namen vieler deutscher Studenten« unterzeichnetes Beitrittsgesuch von Ende August 1860 behandelt. Bennigsen wies ihr Anliegen mit dem Argument zurück, daß der Nationalverein weniger auf die Teilnahme von Jünglingen als auf die von Männern berechnet sei, die »inmitten des politischen Lebens« stünden.[98] Mit dieser Entscheidung enthob sich der Nationalverein leichtfertig der Möglichkeit, seinen Einfluß bei einem erheblichen Teil des akademischen Nachwuchses zu stärken. Denn bei dem Schreiben handelte es sich nicht um die Initiative vereinzelter Studenten, sondern dahinter stand das sogenannte Norddeutsche Kartell, ein Zusammenschluß progressistischer Burschenschaften, der sich auf seinem ersten Kartelltag im August 1860 auf die »politische Notwendigkeit der Einheit auf demokratischer Basis« geeinigt und seine Mitglieder zum Beitritt zum Nationalverein verpflichtet hatte. Das Schreiben an Bennigsen war die direkte Folge dieses Beschlusses.[99]

---

96 A-Prot.NV, 4.10.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV (Hervorhebungen A. B.).

97 Das Urteil R. Aldenhoffs, 1984, S. 131, die Ablehnung der Beitragssenkungen habe »keinen elitär-exklusiven Charakter« getragen, ist unhaltbar.

98 Vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 468, Anm. 1; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 118 f. Womöglich stand die Initiative der Studenten mit einem Rundschreiben Aegidis an die Rektoren der deutschen Universitäten vom Herbst 1859 im Zusammenhang. Darin hatte er gebeten, den Studenten in den Vorlesungen das Eisenacher Programm zur Kenntnis zu bringen; vgl. dazu LHA-P, 9540, Bl. 63.

99 Das Norddeutsche Kartell übte auch entscheidenden Einfluß auf die Errichtung eines nationalen Burschenverbandes aus. So gelang es ihm, den 1863 gegründeten »Eisenacher Burschenbund« und den 1865 gegründeten Deutschen Burschentag für einige Zeit auf das Programm der nationalen Einheit »auf volkstümlicher Basis« festzulegen; vgl. W. Hoffmann, 1903–1904; T. Lorentzen, 1938, bes. S. 168 ff.; M. Thomas, 1992; GSTA-P, 12210.

Wenn der Nationalverein die Studenten und die unteren Bevölkerungsschichten – von den Frauen ganz zu schweigen – absichtlich von der Mitgliedschaft ausschloß, heißt das nicht, daß er auf die Einbeziehung breiterer Kreise verzichten wollte.[100] Auf eine Massenbasis in der Bevölkerung war der Nationalverein dringend angewiesen, zumal ein wesentlicher Bestandteil seiner Strategie darauf beruhte, durch Agitation ein günstiges öffentliches Meinungsklima für seine politischen Ziele zu schaffen, das keine Regierung dauerhaft ignorieren konnte. Nur wenn er den Regierungen gegenüber glaubhaft machen konnte, daß er tatsächlich die Interessen und Meinungen der überwiegenden Mehrheit der politisch interessierten Bevölkerung vertrat, konnte er seinen politischen Forderungen das nötige Gewicht verleihen. Zudem war er mit der verstärkten Einbeziehung der Parlamente in seine Strategie auf die Unterstützung der Bevölkerungen bei den zahlreich anstehenden Landtags- und Kommunalwahlen angewiesen.

Nach den Vorstellungen der Nationalvereinsführung sollten sich diejenigen Kräfte, die zur Zahlung des jährlichen Mitgliedsbeitrags nicht in der Lage waren, in den Arbeiterbildungs-, Turner- und Schützenvereinen organisieren, über die der Nationalverein die politische Schirmherrschaft auszuüben trachtete. Hier liegt die Analogie zu geheimbündischen Strategien auf der Hand. In der Terminologie Na'amans zählten alle genannten Vereine zu den »Satellitenorganisationen« des Nationalvereins, die seinen politischen Vorgaben in der Regel folgten und so dafür garantierten, daß der Nationalverein von den Regierungen ernst genommen wurde.[101] Versteht man dieses Modell nicht allzu mechanistisch und sieht man davon ab, daß Na'aman die Bedeutung der revolutionären Unterströmungen regelmäßig überschätzt, so kann es für die seit Beginn der 1860er Jahre beinahe durchweg unter bürgerlicher Patronage entstehenden Arbeiter(bildungs)vereine als bestätigt gelten.[102]

---

100 Da sich der Nationalverein als Organisation der wahlberechtigten Staatsbürger verstand, war die auf Männer beschränkte Mitgliedschaft eine undiskutierte Selbstverständlichkeit. Anläßlich des Todes des ersten Breslauer Mitgliedes wandte sich der dortige Agent Fischer mit der Frage an den Vorstand, ob die Witwe des Verstorbenen im besonderen und Frauen im allgemeinen aufgenommen werden dürften, vgl. F. Fischer an Streit, 6. 1. 1862, StadtB München, Briefe NV. Auch wenn die Antwort Streits nicht vorliegt, läßt sich der Inhalt leicht erraten.

101 Vgl. dazu in extenso S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 116 ff.; die These ist in der Lassalle-Biographie, [2]1971, S. 734 ff., bereits voll entwickelt, ohne daß der Begriff der »Satellitenorganisation« verwendet wird; vgl. ferner T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 257 f. T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 395 f., kommt in seiner Analyse der Strukturen der bürgerlichen Parteien des späten Kaiserreichs zu Ergebnissen, die dem Modell von Na'amans Satellitenorganisationen erstaunlich nahekommen: »Die Parteien wurden Massenbewegungen; aber die Massen konnten in Nebenverbänden organisiert und neutralisiert werden, die so aufgebauten »Rahmenparteien« hielten die ältere Organisationsstufe fest und waren zugleich – ganz modern – Kader für Werbung und Organisation in einer Massengesellschaft. In allen bürgerlichen Parteien hielt sich das Honoratiorentum neben und in Apparat und Massenorganisation, eine eigentliche Synthese oder vermittelnden Übergang gab es nicht.«

102 Vgl. S. Na'aman, Konstituierung, 1975, bes. S. 374 ff., 830 ff.; ders., Nationalverein, 1987, S. 125 ff., 141 ff.; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, bes. S. 255 ff.; ferner J. Breuilly/W. Sachse, 1984, S. 352 ff., und neuerdings C. Gotthardt, 1992. Aus der älteren Li-

Allein von den Ausschußmitgliedern des Nationalvereins waren wenigstens Bering, Crämer, Heyner, Ladenburg, Lorenz, Löwe-Calbe, Sigmund Müller, Rose, Schulze, Schweigert, Streit und Max Wirth im Arbeiter(bildungs)vereins-Wesen tätig. Nimmt man die Agenten hinzu, würde sich die Zahl erheblich erweitern. Erwähnt seien nur Grumbrecht in Harburg, Knorr in München und Moritz Müller[103] in Pforzheim. Der Nationalverein organisierte und finanzierte darüber hinaus eine Arbeiterdelegation zur Londoner Weltausstellung von 1862[104] und unterstützte indirekt die Arbeiterzeitung Streits. Auch der wiederum unter bürgerlicher Patronage entstehende VDAV wurde durch den Nationalverein finanziell unterstützt.[105] Erst seit 1863 begannen sich die Arbeiter allmählich der bürgerlichen Bevormundung zu entziehen. Dies schuf eine wichtige psychologische Vorbedingung für den politischen Kompromiß mit Bismarck im Jahre 1866, sollte aber in seinen unmittelbaren Auswirkungen auf das politische Handeln der Liberal-Demokraten nicht überschätzt werden.

Vergleichbare Studien über das Verhältnis des Nationalvereins zu den Organisationen der Turner und Schützen liegen nicht vor, wie auch die Verankerung der nationalen Verfassungsbewegung und des Nationalvereins in den Gemeinderäten und im lokalen Vereinswesen der systematischen Erforschung harren.[106] Fest steht jedenfalls, daß der Nationalverein auch gegenüber den Turn- und Schützenvereinen die politische Führungsrolle be-

---

teratur H. ONCKEN, Nationalverein, 1912. Die Integrationsabsicht als entscheidendes Motiv der Arbeiterpolitik des NV kommt deutlich zum Ausdruck in einem Brief Streits an Struve, 14.2.1863, BAF, Nl. Struve: »Die politischen Erschütterungen, denen wir unfehlbar noch entgegengehen, können, ohne Lösung der sozialen Frage, nimmermehr zu einem befriedigenden Ausgang führen. Es gilt deshalb, die Lösung dieser Frage schon jetzt und eben jetzt, bei noch ruhigem Wellenschlag des öffentlichen Lebens vorzubereiten und feste Organisationen zu schaffen, welche eine von den Feinden der Freiheit unzerstörbare Disziplin und somit eine undurchdringliche Phalanx der Freiheit schaffen. Es wird der Reaktion nicht wieder gelingen, das »rote Gespenst« zwischen die besitzenden und nichtbesitzenden Klassen zu werfen und so, in ihrer Trennung, beide zu besiegen. Die nichtbesitzenden, so genannten arbeitenden Klassen lernen das Verhältnis von Kapital und Arbeit richtig verstehen und arbeiten unverdrossen selbst an der Versöhnung des scheinbaren Gegensatzes beider, unterstützt von dem einsichtigen Teil der besitzenden Klassen selbst«; vgl. auch Streits Plädoyer vor dem Ausschuß, A-Prot.NV, 1.2.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV und StadtB München, Akten NV; abgedruckt bei H. ONCKEN, Nationalverein, 1912, S. 124 ff.

103 Moritz Müller (1816–1895); Sohn eines thüringischen Gastwirts; Goldschmied-Lehre, Gründung einer eigenen Fabrik, die 1861 151 Arbeiter zählte; seit 1848 im Arbeiter(bildungs)vereinswesen tätig, 1862–65 Vorsitzender des Pforzheimer Vereins; Mitglied KdV und NV; MdL 1871–74; seit 1874 MdR; vgl. T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 287, Anm. 110.

104 Zur Arbeiterdelegation vgl. S. NA'AMAN, Konstituierung, 1975, S. 25 ff.; T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 341 ff.

105 Vgl. T. OFFERMANN, Bebel, 1978.

106 Vgl. jedoch M. JOHN, Liberalism and society, 1987, der am Beispiel einiger hannoverscher Städte zeigt, auf welche Weise »the structure of social and political life in towns worked broadly in favour of the liberal nationalists« (S. 591), sowie die wichtigen Beobachtungen bei H. W. HAHN, Bürgertum, 1991, S. 453 ff. Vereinzelte Hinweise finden sich in sämtlichen regional- oder lokalgeschichtlichen Untersuchung zur Liberalismusgeschichte; lediglich P. MÜLLER, 1990, der mit Nachdruck die Verankerung des Linksliberalismus in Handwerkerkreisen betont, läßt die Beziehungen zum NV völlig außer acht, obwohl Nürnberg die Hochburg des NV in Bayern war.

anspruchte und ihre Unterordnung erwartete. Auf einem regionalen Turnfest in Göttingen stellte Miquel klar, »daß die Turnvereine eben nur Turnvereine sind, daß es nicht ihre Aufgabe ist, sich mit Politik zu befassen. Sie nehmen keine Partei in den politischen Tagesdifferenzen.« Auch Bennigsen sah ihre Aufgabe nicht darin, »in einer bestimmten politischen Partei mitzuwirken für die praktische Wendung der Geschicke des Vaterlandes. Das ist nicht die Aufgabe der Jugend, das ist die Aufgabe von Männern«.[107] Die gewissermaßen amtliche Bestimmung des Verhältnisses der Turner und Turnvereine zur Politik unternahm Aegidi mit einer Broschüre, die als Beilage zur Wochenschrift ausgegeben wurde. In verblüffender Direktheit wies er tatsächliche oder vermeintliche Mitbestimmungsgelüste der Turner in die Schranken. Ihr Verhältnis zur Politik sei ein ähnliches »wie das der Sängerbünde, der Schützenvereine, der Burschenschaften«. Für die Turner sah er nur ein politisches Betätigungsfeld, nämlich »die Verteidigung des Vaterlands«. Fernhalten sollten sie die Sache des Turnens dagegen »von jener Tagespolitik, deren Verständnis besondere Gaben, die nicht jeder hat, und spezielle Kenntnisse, welche Wissenschaft und Erfahrung voraussetzen, also mehr als dasjenige fordern, als das Gemeingut aller ehrlichen und ehrliebenden Männer ist«.[108] Die vorliegende Studie wird im Zusammenhang mit der sogenannten »Wehrpolitik« des Nationalvereins überprüfen, inwieweit sich die Turner- und Schützenvereine dem Anspruch des Nationalvereins beugten und sich tatsächlich zu den Vorfeldorganisationen des Nationalvereins zählen lassen.[109]

Die Feststellung, daß sich der Nationalverein über die Höhe der Beiträge konsequent »nach unten« abschottete, enthebt nicht der Notwendigkeit, das Sozialprofil der tatsächlichen Mitgliedschaft genauer unter die Lupe zu nehmen. Vornehmlich zwei Gesichtspunkte werden dabei berücksichtigt: erstens das Verhältnis wirtschafts- und bildungsbürgerlicher Gruppen, zu denen hier auch die Beamten gerechnet werden, und zweitens der kleinbürgerliche Anteil. Ähnlich wie bei der quantitativen Mitgliederentwicklung läßt das Quellenmaterial jedoch eine umfassende und soziologisch befriedigende Analyse nicht zu. Der Versuch zur Herausarbeitung des Sozialprofils stößt auf eine weitere Schwierigkeit, mit der alle vergleichbaren Studien für das neunzehnte Jahrhundert zu kämpfen haben. Die jeweils angegebenen Berufsangaben sind außerordentlich unvollständig, unpräzise und uneinheitlich. So sagt die Bezeichnung Kaufmann oder Fabrikant nichts über die Größe des jeweiligen Unternehmens aus, und handwerkliche Berufsbezeichnungen lassen meist nicht erkennen, ob es sich um Meister oder Gesellen handelt. Hinzu kommt, daß sich sozial längst aufgestiegene Mitglieder häufig unter ihren ehemaligen

---

107 Das erste Oberwesergau-Turnfest, 1863, S. 11, 20 (die Festrede Miquels auch in J. Miquel, Reden, Bd. 1, 1911, S. 47 ff.); vgl. auch die Artikel Th. Georgiis in WSchNV, Nr. 161, 31. 5. 1863; Nr. 173, 23. 8. 1863; ferner den Beschluß des Leipziger Turntags bei G. Hirth/E. Strauch (Hrsg.), 1863, S. 63, und die Festreden Heyners (S. 75) und Treitschkes (S. 78).

108 L. K. Aegidi, Das Verhältnis der Turner und Turnvereine zur Politik, 1863, S. 15; die DTZ, Nr. 44, 30. 10. 1863, weist darauf hin, daß die Broschüre der WSchNV beigelegt wurde.

109 Vgl. unten. Kapitel V, 2.

Berufen als Handwerker oder gar Arbeiter in die Listen eintrugen.[110] Die im folgenden wiedergegebenen Zahlen zeigen die Umrisse der Berufsstruktur einiger Städte und Agenturbezirke des Nationalvereins, für die durch Zufälle der Quellenüberlieferung ausführlichere Listen erhalten sind. Sie bestätigen bei allen Unterschieden im ganzen die Beobachtungen Langewiesches über die württembergischen Nationalvereinsmitglieder.[111]

Aus der Regierungs- und Verwaltungsstadt Berlin ist eine von dem dortigen Agenten Adalbert Delbrück[112] erstellte Mitgliederliste vom Frühjahr 1861 überliefert, die 587 Namen ortsansässiger Mitglieder zumeist unter Angabe des Berufs nennt. Davon lassen sich 171 Kaufleute (29%), 57 Fabrikanten (10%) und 2 Bankiers, also insgesamt 230 Personen (39%) dem wirtschaftsbürgerlichen Milieu zurechnen, dem bildungsbürgerlichen 46 Ärzte (8%), 32 Professoren und Doktoren (5%), 17 Schulvorsteher und Lehrer (3%), 6 Redakteure (1%) sowie nur 20 beamtete Juristen und 3 Advokaten (4%), insgesamt also 124 Personen (21%). Eine großstadt-spezifische Gruppe bilden diejenigen Personen, die sich im weitesten Sinne dem »neuen Mittelstand« zurechnen, aber weder im wirtschafts- noch im bildungsbürgerlichen Milieu eindeutig verorten lassen: Künstler, Kunsthandwerker, Angestellte, Techniker, städtische Bedienstete, Apotheker usw., insgesamt 128 Personen (22%). Der kleinbürgerliche Anteil belief sich mit 64 Handwerkern, wohl in der Regel Meistern, und 2 Café-Wirten auf 11%. Die Mitgliedschaft des Nationalvereins in Berlin, so läßt sich zusammenfassen, umfaßte die gesamte Palette bürgerlicher Berufe und bezog auch Handwerker mit ein, die allerdings lediglich eine beachtliche Minderheit darstellten. Der auffallend niedrige Juristenanteil erklärt sich aus den beruflichen Nachteilen, die ein Beitritt zum Nationalverein in Preußen unweigerlich nach sich zog.[113]

Im agrarisch geprägten Agenturbezirk Stade war das Bildungsbürgertum deutlich in der Minderzahl. Unter den 147 beruflich identifizierbaren Mitgliedern von Ende 1863 stellten die »Hofbesitzer« (49, 33%) die stärkste Gruppe dar, gefolgt von den »Gutsbesitzern« (28, 19%) und den »Grundbesitzern« (21, 14%). Ferner gab es 6 Fabrikanten, 8 Ökonomen, 7 Kaufleute, 3 Gutspächter, 3 Gastwirte, 7 Handwerker, 4 Kleinhändler (zusammen 26%), jedoch insgesamt nur 11 (7%) eindeutig als Angehörige akademischer Berufe erkennbare, darunter 5 Obergerichtsanwälte.[114] Ähnlich schwach waren die

---

110 Beispiele bei S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 103, Anm. 57, und D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 304, Anm. 68.

111 D. Langewiesche, ebd., S. 302 ff. Der Versuch L. O'Boyles, 1957, S. 334 f., das Sozialprofil des NV anhand einiger Spendenlisten für Schleswig-Holstein und der Teilnehmerlisten der Generalversammlung zu ermitteln, ist methodisch unhaltbar und zurecht abgewiesen worden.

112 Adalbert Delbrück (1822–1890), ev; Theologie- und Jurastudium; Vetter Rudolf Delbrücks; Inhaber der Berliner Generalagentur der Concordia-Lebensversicherung; Mitbegründer der Bank Delbrück & Co. und später der Deutschen Bank; Stadtverordneter 1861–73; A-NV 1861–64; vgl. R.v. Delbrück, Bd. 2, 1905, S. 144; E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 123, Anm. 9.

113 LHA-P, 9541, Bl. 64 ff. Der hohe Handwerkeranteil beruht vermutlich auf den Aktivitäten des Berliner Arbeitervereins und des Volkstümlichen Wahlvereins. Auf der Liste findet sich überraschenderweise auch Karl Twesten, der offenbar zeitweise dem NV angehörte.

114 BAP, Nl. Bennigsen, 291, Bl. 33 ff.

bildungsbürgerlichen Gruppen in Offenbach vertreten, wo naturgemäß anstelle der bäuerlichen Unternehmer die Fabrikanten und Kaufleute das Wirtschaftsbürgertum repräsentierten. Von den 99 Bürgern, die Anfang 1860 dem Nationalverein beitraten, waren 55 Fabrikanten, 14 Kaufleute, 30 Handwerker und 1 Arbeiter. Nur ein Akademiker ist zweifelsfrei zu identifizieren: 1 Arzt. Über den Ausbildungsgang des aufgeführten (Gymnasial- oder Volksschul-) Lehrers ist nichts bekannt.[115] Auch in Königsberg stellten die Bildungsbürger nur eine Minderheit dar: von 294 Mitgliedern waren 107 Kaufleute (36%), 71 Gutsbesitzer (24%), 35 Handwerker (12%) und 10 Finanzleute (3%). Dazu kamen 17 Physiker, 18 Professoren und Lehrer, 7 Beamte und 3 Schriftsteller (zusammen 15%).[116]

Von einer Dominanz des Bildungsbürgertums unter der einfachen Mitgliedschaft des Nationalvereins kann also nicht gesprochen werden. Die hier angeführten Beispiele lassen eher den gegenteiligen Schluß zu. Nimmt man die Ergebnisse Langewiesches für Württemberg hinzu, ergibt sich ein annäherndes Gleichgewicht wirtschaftsbürgerlicher und bildungsbürgerlicher Berufe bei einem sehr niedrigen Beamtenanteil. Auch wenn eine exakte Zuordnung zu Groß- und Kleinbürgertum nicht durchführbar ist, reichte die Mitgliedschaft des Nationalverein gelegentlich weit in kleinbürgerliche Schichten hinein, wobei, so die Vermutung, die Beteiligung der Handwerker weitgehend von der Existenz eines nationalvereinlich geführten Arbeiter- oder Handwerkervereins abhing.[117]

Auch auf der Ebene der einfachen Vereinsfunktionäre – der Agenten – ist ein signifikantes Übergewicht des Bildungsbürgertums nicht feststellbar. Von den in Streits Erläuterung zum Agentenwesen aufgeführten 280 beruflich identifizierbaren Agenten waren 67 Kaufleute (24%), 28 Fabrikanten (10%), 14 Techniker und Verwaltungsangestellte (5%), 12 Gutsbesitzer (4%), 2 Bankiers, 7 Bürgermeister (2,5%), 9 Handwerksmeister (3%) und 1 Gastwirt. Dagegen standen 47 Rechtsanwälte (14%), 33 beamtete Juristen (12%), 23 Ärzte (8%), 21 Doktoren und Professoren verschiedener und unbekannter Fachrichtungen (7,5%), 9 (meist) Gymnasiallehrer (3%) und 7 Buchhändler (2,5%). Die Agenten rekrutierten sich nahezu ausschließlich aus der lokalen Honoratiorenschaft von Bildung und Besitz. Der kleinbürgerliche Anteil fiel, auch wenn man zu den Handwerkern und Gastwirten die Lehrer und Buchhändler hinzurechnet, mit 26 (9%) hier merklich geringer aus und gewann Ausnahmecharakter.[118]

In einem bemerkenswerten Kontrast dazu stand die Zusammensetzung des nationalen Führungsgremiums – des Ausschusses –, der ein klares Übergewicht bildungsbürgerlicher Berufe aufwies. Von den 50 beruflich

---

115 LHA-P, Nr. 9540, Bl. 288.

116 E. Anderson, 1954, S. 334.

117 Henneberg teilte als erste Frucht seines Vortrages vor dem Landwirtschaftlichen Verein in Gotha auch den seltenen Beitritt von 6 einfachen Bauern mit, Henneberg an Streit, 18.8. 1860, BAP, Akten NV, 13, Bl. 197. Auf den Generalversammlungen lassen sich kaum dem Kleinbürgertum entstammende Personen nachweisen, vgl. L. O'Boyle, 1957, S. 335.

118 Zusammengestellt nach den Angaben der Erläuterung zu der neuen Organisation des Agentenwesens, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

identifizierten Mitgliedern waren allein 16 Anwälte und Notare, 9 Journalisten, 4 Ärzte, 2 Juristen im Staatsdienst und 1 Professor. Rechnet man die drei Verleger hinzu, entstammten 35 Ausschußmitglieder dem bildungsbürgerlichen Milieu (70%). Ihnen gegenüber standen 9 Kaufleute und Industrielle, 3 Angestellte bei Banken und Lebensversicherungen und 3 Gutsbesitzer. Von den beiden letztgenannten Gruppen hatten 5 ein juristisches Studium absolviert.

Zusammenfassend lassen sich also bezüglich der Sozialstruktur des Nationalvereins drei Ebenen unterscheiden: 1. die Ebene der einfachen Mitglieder, bei denen wirtschaftliche und akademische Berufe sich bei auffallenden lokalen Abweichungen im ganzen etwa die Waage hielten. Obwohl die Mitgliedschaft immer wieder in kleinbürgerliche Schichten hineinragte, war jedoch die Dominanz der »Mittelschichten« im Sinne Rochaus charakteristisch; 2. die Ebene der unteren Funktionsträger, der Agenten, bei denen der Kleinbürgeranteil verschwindend gering war, die Parität zwischen Wirtschafts- und Bildungsbürgertum jedoch in etwa gewahrt blieb und 3. die nationale Führungsschicht mit signifikanter bildungsbürgerlicher Dominanz.

e) Zentralismus und Vereinsdemokratie in der Praxis

Der Vorstand des Nationalvereins verkehrte mit seinen Mitgliedern gewöhnlich über die vom Ausschuß bestimmten Lokalagenten. Durch diese meist den örtlichen Honoratiorenschichten entstammenden Personen wurden die Mitgliedsbeiträge und Spenden eingezogen und das Propagandamaterial verteilt. Entgegen der ursprünglichen Absicht des Vorstandes, jedem Ausschußmitglied einen Kreis zuzuweisen, in dem er für die Besetzung der Agenturen verantwortlich sein sollte, wurde die Organisation des Agentenwesens zunächst nicht schriftlich niedergelegt und scheint sich von selbst eingespielt zu haben.[119] Die Zahl der Agenten ist relativ genau feststellbar und korrespondierte mit der allgemeinen Mitgliederentwicklung des Vereins. In seinem Geschäftsbericht vor der Generalversammlung sprach Streit Ende 1860 von rund 200 Agenten.[120] Schon Ende 1862 belief sich ihre Zahl allein in Preußen auf 152.[121] Die Höchstzahl von knapp 400 Agenten in Deutschland und rund 100 Agenten im Ausland wird mehrfach genannt und erscheint glaubwürdig.[122]

Die Aufgabe der Agenten erschöpfte sich in ihrer Rolle als Werkzeuge der Vermittlung zwischen der Zentrale und den Mitgliedern. Politische Mit-

---

119 Das Agentenwesen wurde auf der konstituierenden V-Sitzung vom 13.11.1859 behandelt. Das Protokoll liegt nicht vor, vgl. aber die knappen Hinweise bei R. Le Mang, 1909, S. 37 f.

120 Verhandlungen NV I (1860), S. 7.

121 Im GSTA-M, Nl. Zitelmann, 81, befindet sich ein von der Hand Streits stammendes »Verzeichnis der Agenten des National-Vereins im Königreich Preußen« vom 25.10.1862. Demnach verteilten sich die Agenten wie folgt auf die preußischen Provinzen: Brandenburg 13, Hohenzollern 1, Ostpreußen 25, Pommern 12, Posen 8, Rheinland 27, Sachsen 29, Schlesien 7, Westfalen 19, Westpreußen 11.

122 F. Streit, 1877, 116 f.; A-Prot.NV 25.5.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV; die für den internen Gebrauch bestimmte »Erläuterung zu der neuen Organisation des Agentenwesens« vom April 1863 nennt namentlich 353 Agenten; ebd., XXXV.

verantwortung war ihnen nur insofern zugedacht, als sie von Zeit zu Zeit Versammlungen der am Ort ansässigen Mitglieder und Freunde des Nationalvereins abhalten sollten, um diese streng im Rahmen des Programms über die Vereinspolitik zu informieren. Die Grenze dessen, was der Ausschuß den lokalen Agenten und Ortsgruppen an Eigenständigkeit zuzugestehen bereit war, läßt sich einem vermutlich von Karl Brater stammenden Artikel der Süddeutschen Zeitung entnehmen:

Sollten sich künftig an irgendeinem Ort förmliche Zweigvereine konstituieren, so werde der Nationalverein aus vereinsrechtlichen Gründen keinerlei Verkehr mit ihnen unterhalten. Politische Mitgliederversammlungen und Beschlußfassungen in einzelnen Orten seien jedoch solange unbedenklich, wie diesen Zusammenkünften nicht die Organisation gegeben werde, die den politischen Verein von einer politischen Versammlung unterscheide, und ihren Beschlüssen den Charakter von Vereinsbeschlüssen verleihe. »Dies wäre der Fall, wenn 1. die Beteiligung an solchen Beprechungen von einer vorgängigen Aufnahme in den lokalen Verband abhängig gemacht, wenn 2. eine besondere Vorstandschaft und Geschäftsordnung eingeführt, wenn 3. ein Majoritätsbeschluß der Lokalversammlung als bindend für die Minderheit behandelt und wenn 4. ein solcher Beschluß, gegenüber dem Vorstand oder der Plenarversammlung des Nationalvereins, als Gesamtwille der örtlichen Verbindung geltend gemacht würde. Wo diese Merkmale fehlen, existiert kein Verein, der ohne Mitglieder, Organe und Möglichkeit gemeinsamer Willensbildung nicht denkbar ist«.[123]

Diese Leitlinie bestimmte die Praxis des Ausschusses während der ersten Jahre, und man hätte es wohl dabei belassen, wenn die Funktionsfähigkeit des Systems nicht in Frage gestanden hätte. Probleme ergaben sich in zweierlei Hinsicht. Einmal rechneten die lokalen Agenten die Mitgliedsbeiträge häufig nicht in der gewünschten Weise ab, versäumten die jeweils gesetzten Fristen, übersandten nur rudimentäre Unterschriftenlisten oder erwiesen sich gar in ihrer ganzen Person als unzuverlässig. Die Akten des Nationalvereins enthalten zahlreiche Beispiele für derartige Schwierigkeiten. Eine wie auch immer geartete geschäftliche Revision der Agenten erschien allein aus verwaltungstechnischen Gründen unabdingbar. Der zweite Grund lag in der zunehmenden Tendenz verschiedener lokaler Mitgliedergruppen, sich der politischen Bevormundung durch die Coburger Zentrale zu entziehen. Diese Neigung schlug sich in der Gründung selbständiger Zweigvereine mit eigenen Vorständen, lokalspezifischen Programmen und Mitgliedsbeiträgen nieder. Angesichts der föderalistisch-demokratischen Vereinstradition, die die Erwartungshaltung der Mitglieder prägte und bereits bei den Auseinandersetzungen um die Organisationsform des Vereins virulent geworden war, nimmt dies nicht wunder.

Beispielhaft sind zwei Fälle aus dem westfälischen Preußen, die belegen, wie lokale Vereinsgruppen gleichsam von selbst an das überlieferte Vereinsprinzip anknüpften. So konstituierten sich die Nationalvereinsmitglieder in Lennep und Umgebung im April 1861 unter Führung des örtlichen Bürger-

---

123 SZ, Nr. 238, 29. 8. 1860; ähnlich im Wochenbericht der WSchNV, 27. 7. 1860.

und Kaufmannsstands, der Lehrer und des Vorstands des Turnvereins als förmlicher Zweigverein. Der zum Vorsitzenden gewählte Vereinsagent für Hückeswagen, der Lehrer Langmann, berichtete der Coburger Zentrale in einem ausführlichen Brief über die Gründungversammlung und bat um die Klärung zweier umstrittener Fragen. Erstens sei man uneinig gewesen, ob der Präsident des Zweigvereins von den Mitgliedern gewählt oder vom Ausschuß bestimmt werde, zweitens bestehe Unklarheit, ob es erlaubt sei, die Höhe der jährlichen Mitgliedsbeiträge ins Belieben der Mitglieder zu stellen. Die derzeitige Bandbreite reiche zur Zeit von 5 Silbergroschen bis zu zwei Talern.[124]

In Lüdenscheid machten sich die ersten Anzeichen einer selbständigen Entwicklung in einer Anfrage der dortigen Mitglieder von Anfang 1861 bemerkbar. Man erkundigte sich, ob es erlaubt sei, ein Drittel der Mitgliedsbeiträge in der lokalen Vereinskasse zu behalten und auf den Versammlungen auch Angelegenheiten von lokaler Bedeutung zu besprechen.[125] Im Oktober 1861 kam die lokale Vereinsbildung durch die Verabschiedung eigener Satzungen, die jedem Lüdenscheider Bürger den Beitritt ermöglichten, der sich zum Nationalvereinsstatut bekannte, und durch die Wahl eines siebenköpfigen Vorstands, der die monatlichen Sitzungen vorbereiten und mit dem Ausschuß in Coburg in Verbindung treten sollte, zum Abschluß.[126]

Ähnliche Tendenzen zur Zweigvereinsbildung lassen sich für zahlreiche Orte belegen.[127] Die fortgeschrittene Zweigvereinsbildung in London wurde sogar zum Gegenstand einer Ausschußsitzung, in deren Folge sich der Londoner Vorstand in ein »geschäftsführendes Komitee« umbenennen mußte.[128] Eine grundsätzliche Diskussion der Problematik während einer der Generalversammlungen unterblieb allerdings, obwohl bereits der Versammlung von 1860 ein förmlicher Antrag auf Zulassung von Lokalvereinen vorlag.[129] In Städten wie Berlin, Kiel und Gotha, wo führende Ausschuß-

---

124 D. Langmann an (Streit), 3.4. 1861, BAP, Akten NV, 19, Bl. 24 f. Die Antwort Streits, der die sofortige Auflösung des Zweigvereins verlangte, ebd., Bl. 26 f.

125 Arfermann an Streit, 27.4. 1861, BAP, Akten NV, 19, Bl. 61 f.

126 Die gedruckten Statuten wurden am 1.10. 1861 von August Noelle übersandt, BAP, Akten NV, 22, Bl. 440 f., abgedruckt bei G. Eisfeld, 1969, S. 211. Streit forderte telegraphisch die sofortige Auflösung des Vereins, Konzept Streits ebd., Bl. 442. Eisfeld, ebd., S. 47 ff., nimmt den Lüdenscheider Zweigverein als Beleg für seine generalisierende Aussage, unterhalb der Generalversammlung des NV hätten »regionale Verbände und Ortsvereine« gestanden. Die Reaktion Streits auf die Lüdenscheider Eigenmächtigkeiten berücksichtet er nicht.

127 Vgl. z. B. P.-K. Schwarz, 1979, S. 34 ff. (für Oldenburg); J. Wetzel, 1971, S. 118 ff. u. H. Hagenah, 1863, 1927, S. 288 ff. (für Kiel); Polizeiberichte vom September 1860 über Versammlungen in Braunschweig und Wolfenbüttel, STA Wolfenbüttel, 12 A Neu Fb 1 Nr. I, 120, Bl. 18 ff. (vgl. auch K. Lange, Nationalverein, 1922, S. 75 f.); Schulze an Henneberg, o. D., BVRB, VIII, Bl. 123; Schulze an Bennigsen, 1.11. 1859, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 147 ff.; A-Prot.NV, 30.6. 1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV (für Gotha); Polizeibericht, BAP, 9541, Bl. 29 ff. (für Berlin); Konzept Streit an Amelung, 29.3. 1861, BAP, Akten NV, 18, Bl. 8 (für Stettin); Krause an Streit, 29.1. 1860, BAP, Akten NV, 17, Bl. 47 (für Frankfurt a. O.); Götte an (Streit), 20.12. 1860, BAP, Akten NV, 15, Bl. 235 (für Hamburg); Antrag Ebers, Anträge zur Generalversammlung 1861, StadtB München, Akten NV (für Essen).

128 A-Prot.NV, 19.5. 61, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

129 Verhandlungen NV I (1860), S. 57.

mitglieder ansässig waren und die Aufrechterhaltung der Vereinsdisziplin durchsetzten, hatten förmliche Vereinsbildungen jedoch keine dauerhafte Chance. Auf die Hochburg der linken Opposition im Nationalverein, auf Frankfurt a. M., trifft dies ebenso zu, wie auf Württemberg, wo die Vereinstradition die tiefsten Wurzeln geschlagen hatte.[130] Das führende Stuttgarter Ausschußmitglied Adolf Seeger beantragte allerdings im Februar 1863, einen Teil der Jahresbeiträge (45 kr. von 1,45 fl.) »zur Verwendung für Zwekke des Nationalvereins in Württemberg dem Landesfond der dortigen Fortschrittspartei« zu überlassen, was der Ausschuß jedoch ablehnte.[131]

Mit der wachsenden Enttäuschung über die Politik der neuen Ära in Preußen nahm auch die Kritik am Programm und der Organisationsstruktur des Nationalvereins zu und zwang den Ausschuß zu Korrekturen, wollte er nicht das Auseinanderbrechen des Vereins riskieren. Wie der Ausschuß in programmatischer Hinsicht mit der Adaption der Reichsverfassung von 1849 inklusive der Grundrechte und Wahlgesetze reagierte, nahm er in organisatorischer Hinsicht eine vorsichtige Dezentralisierung in Angriff.

Zu diesem Zweck arbeitete Streit im Frühjahr 1861 umfassende Vorschläge zu einer verbesserten Geschäftsorganisation aus.[132] Das Dokument

---

130 Vgl. die Berichte über die Frankfurter NV-Versammlungen, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120; K. Stoll, 1932, S. 26 ff.; G. Mayer, Schweitzer, 1909, S. 45 ff. In Württemberg, wo die NV-Aktivitäten stark von der Stuttgarter Führungsgruppe dominiert wurden, sind keine förmlichen Zweigvereinsgründungen bekannt. Dies hängt auch damit zusammen, daß sich das einstmals blühende politische Vereinswesen Württembergs erst nach 1865 regenerierte, zu einem Zeitpunkt, als der NV dort bereits jeden Boden verloren hatte; vgl. HSTA Stuttgart, E 146 Bü 1959; G. Runge, 1970, S. 15 ff.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, bes. S. 299 ff.; 335 ff.

131 A-Prot.NV, 1.2.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV, StadtB München, Akten NV; vgl. auch das Zirkular an die Agenten vom 1.2.1861, ebd. Erst Anfang 1866 wurde die Verwendung eines Teils der Mitgliedsbeiträge für lokale Agitation gestattet, zu einem Zeitpunkt, als die Vereinstätigkeit beinahe völlig zum Erliegen gekommen war, vgl. A-Prot.NV, 21.1.1866, BAP, Nl. Oetker, 19. Abgelehnt wurde auch das Gesuch des aus dem englischen Exil zurückgekehrten Deutschkatholiken und Demokraten Johannes Ronge, der den NV im April 1861 um die förmliche Erlaubnis bat, in dessen Namen freikirchliche Vereine zu gründen, die sich dem NV anschließen sollten. Insbesonde in Schlesien wollte Ronge dem NV auf diese Weise Unterstützung verschaffen, Ronge an Streit, 24.4.1861, BAP, Akten NV, 19, Bl. 117 ff. (abgedruckt bei H. Oncken, Zu Johannes Ronge, 1908; vgl. ferner die Briefe Ronges an den NV vom 24.9.1863 und 1.10.1865, StadtB München, Briefe NV.). Ronges Bestrebungen mündeten in die Gründung des Religiösen Reform-Vereins, der Ende Oktober 1863 zu seiner ersten Generalversammlung in Frankfurt zusammenkam. Der Verein, an dessen Spitze Ronge und Gustav Struve standen, wollte in nationalpolitischer Absicht die konfessionelle Spaltung Deutschlands in einer Nationalkirche überwinden, vgl. die Verhandlungen der ersten General-Versammlung des Religiösen Reform-Vereins, 1863. Ende 1865 richtete der Religiöse Reformverein ein Gesuch an den NV, die Errichtung einer Ausbildungsstätte für Prediger, Lehrer und Lehrerinnen zu unterstützen, das aber abgelehnt wurde, A-Prot.NV, 1.10.1865, BAP, Nl. Oetker, 19.

132 Der handschriftliche Entwurf »Zur Geschäftsorganisation« vom 24.3.1861 befindet sich im BAP, Nl. Streit, 1, Bl. 16 f.; Abschriften in StadtB München, Akten NV, sowie BAP, Akten NV, 21; abgedruckt bei P. Herrmann, 1932, S. 147 ff. Er wurde in mehreren Vorstands- und Ausschußsitzungen besprochen: V-Prot.NV (ms.), 15.4.1861, Stb München, Akten NV, A-Prot.NV, 19.5.1861, Nl. Hölder XXXV. Die Angaben bei G. Eisfeld, 1968, S. 39 ff., über die Organisation der Geschäftsführung und des Agentenwesens des NV beziehen sich ausschließlich auf dieses Dokument, das jedoch nicht als Entwurf kenntlich gemacht und

enthielt in einem ersten Teil detaillierte Vorschläge zum Ausbau des Mitarbeiterstabs und widmete sich in einem zweiten Teil der Reorganisation des Agentenwesens. Nach Streits Vorstellungen sollte das Verbreitungsgebiet des Vereins nach dem Vorbild der anti-corn law league in etwa gleichgroße Bezirke, Rayons genannt, eingeteilt werden. Die Vereinsmitglieder der jeweiligen Rayons sollten zudem einen sogenannten Hauptagenten wählen, dessen Wahl vom Coburger Vorstand bestätigt werden mußte. Diese zwischen Zentrale und Lokalagenten geschaltete mittlere Funktionärsschicht der Hauptagenten sollte gleich mehrere Aufgaben übernehmen: so hatten die Hauptagenten die gesamte Korrespondenz mit dem Vereinsvorstand zu vermitteln und die Abrechnung der Mitgliedsbeiträge in ihrem Bezirk zu verantworten. Von großer politischer Bedeutung war darüber hinaus, daß die Hauptagenten innerhalb ihrer Rayons das Recht zur Ernennung geeigneter Lokalagenten erhalten sollten.

Die Umsetzung dieses Plans hätte ohne Zweifel die Machtstrukturen des Nationalvereins erheblich dezentralisiert und das bisherige Organisationsprinzip in einigen Punkten geradezu auf den Kopf gestellt. Denn die gewählten Hauptagenten hätten mit großer Sicherheit über kurz oder lang damit begonnen, ihr Mandat politisch zu interpretieren und die Berücksichtigung der Meinung der von ihnen vertretenen Mitglieder und Agenten verlangt. Der Nationalverein hätte sich auf diese Weise pluralisiert, die Meinungsbildung von unten nach oben wäre in Gang gekommen und den Generalversammlungen wäre auch ohne förmliche Umwandlung in eine Delegiertenkonferenz die Aufgabe zugewachsen, die Meinungen auszugleichen.

Streit sandte seinen Entwurf an die Vorstandskollegen Bennigsen und Reyscher. Während Bennigsen wohlwollend reagierte und vorschlug, den Organisationsplan der nächsten Vorstandssitzung zur Beschlußfassung vorzulegen, opponierte Reyscher heftig. Er hatte offenbar die politische Reichweite des Entwurfes erkannt und verlangte in einem energischen Brief eine Ausschußentscheidung über so weitreichende Strukturreformen.[133] In der Vorstandssitzung vom 15. April 1861 wurde der Organisationsplan dem Einwand Reyschers gemäß tatsächlich dem Ausschuß überantwortet. Dieser verwies die Sache zurück an den Vorstand, wo sie vorläufig unerledigt liegen blieb.[134]

Nach der Ausschußsitzung vom 19. Mai 1861 schlief die Reformdebatte für mehr als ein Jahr ein, ohne daß die Probleme einer Lösung näher gekommen wären. Anstelle der Empfehlungen Streits zur Reorganisation des Agentenwesens beschloß der Ausschuß am 8. Oktober 1862, einen sogenannten Generalinspektor zu ernennen, der sämtliche Agenturen des Vereins bereisen und in geschäftlicher und politischer Hinsicht instruieren und kontrollieren sollte.[135] Auf diese Weise hoffte man, die organisatorischen Pro-

---

dessen (Nicht-) Realisierung nicht überprüft wird. Das gilt auch für P. HERRMANN, ebd., S. 150.

133 Konzept Streit an Reyscher, 30. 3. 1861, BAP, Akten NV, 18, Bl. 45; Bennigsen an Streit, 28. 3. 1861, ebd., Bl. 46 f.; Reyscher an Streit, 27. 3. 1861, ebd., Bl. 44.

134 V-Prot.NV (ms.), 15. 4. 1861, StadtB München, Akten NV; A-Prot.NV, 19. 5. 1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

135 A-Prot.NV, 8. 10. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV; StadtB München, Akten NV.

bleme in den Griff zu bekommen, ohne die politische Macht zu dezentralisieren. Nachdem der ursprünglich ausersehene Friedrich Kapp[136] abgelehnt hatte, beriet der Vorstand Anfang November zwei weitere Kandidaten, den von Schulze-Delitzsch vorgeschlagenen Ludwig Löwe und einen namentlich nicht genannten ehemaligen hannoverschen Offizier, den Bennigsen empfahl. Beide hielt man jedoch für ungeeignet. Ludwig Löwe[137] galt als zu radikal, der ungenannte Offizier als zu unerfahren in politischen Dingen.[138] Das Projekt eines Generalinspektors wurde zunächst vertagt und wenig später ganz aufgegeben, weil man sich auf keine Person einigen konnte.

Stattdessen griff der Ausschuß auf die Rayon-Idee Streits zurück, die allerdings in einigen wesentlichen Punkten abgeändert wurde. Der neue Organisationsplan war eine Art Kompromiß zwischen Streits erstem Entwurf und dem Projekt eines Generalinspekteurs. Nicht durch die Mitglieder gewählte Hauptagenten, sondern durch den Ausschuß eingesetzte (und absetzbare) Hauptagenten und die Ausschußmitglieder selbst sollten jetzt für »die allgemeine Aufsicht in geschäftlicher, wie politischer Hinsicht« in ihren jeweiligen Rayons zuständig sein. Die Einsetzung der Lokalagenten blieb nach den neuen Plänen auch künftig dem Geschäftsführer vorbehalten, sie sollte aber grundsätzlich nur in Absprache mit den zuständigen Hauptagenten und Ausschußmitgliedern erfolgen. Auf diese Weise hoffte man, die Disziplin der Lokalagenten verbessern zu können; gleichzeitig ermöglichte die neue Struktur, rechtzeitig auf regionale oder lokale Ereignisse und Entwicklungen einzugehen und auf diese Weise die Nachteile der im Prinzip als nützlich erkannten Zentralisation auszugleichen, ohne die politische Macht aus der Hand zu geben.

Den Lokalagenten blieb weiterhin die gesamte geschäftliche Routinearbeit wie die Verwaltung des örtlichen Kassenwesens und der Mitgliederlisten sowie die Vermittlung des Geschäftsverkehrs zwischen den einfachen Mitgliedern und der Zentrale überlassen. Ferner sollten sie als unbezahlte Funktionäre »die Vereinsinteressen in den bestimmten Orten in jeder Hinsicht« wahrnehmen. Den Ausschußmitgliedern oder Hauptagenten fielen demgegenüber lediglich Kontrollfunktionen zu. Sie sollten sich mit den Agenturen ihres Rayons in Verbindung setzen, »prüfend, ratend, fördernd und nach-

---

136 Friedrich Kapp (1824–1884), ev.; Jura-Studium in Heidelberg, Berlin; Vater des späteren antirepublikanischen Putschisten Wolfgang Kapp; 1848 Rechtsanwalt in Frankfurt; 1. Schriftführer des Frankfurter Demokratenkongresses; 1850 Emigration in die USA; 1850–70 Advokat in New York; MdR 1872–78 (NLP), 1881–84 (Freisinnig). Kapp hielt sich im Sommer/Herbst 1862 vorübergehend in Deutschland auf, nahm an den Generalversammlungen des KdV und des NV teil, trat in Verhandlungen mit dem NV-Vorstand und übernahm schließlich die Generalagentur des NV für Nordamerika; vgl. H. U. Wehler (Hrsg.), Friedrich Kapp, 1969.

137 Ludwig Löwe (1837–1886), Sohn eines jüdischen Lehrers aus Heiligenstadt, kaufmännische Lehre, Handlungsreisender, ließ sich 1858 in Berlin nieder, wo er Lassalle kennenlernte; seit 1861 Unternehmer, später herausragender Industrieller; 1862 Stadtverordneter; Löwe war neben Streit und Schweigert einer der Verbindungsmänner Lassalles zum NV; seit Mai 1863, dem Beginn der Arbeiteragitation, wandte er sich von Lassalle ab; vgl. G. Mayer, Einleitung, in: Lassalle, Briefe, Bd. 5, 1924, S. 20 ff.

138 V-Prot.NV 9.11.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

helfend« eingreifen, sich Kenntnisse über die lokalen politischen Verhältnisse verschaffen und die Bestellung neuer Agenturen sowie, falls notwendig, die Neubesetzung bestehender Agenturen verantworten. Ausdrücklich wurden sie ermächtigt, in eigener Verantwortung geeignete Redner für lokale Mitgliederversammlungen auszuwählen, denen die für Ausschußmitglieder üblichen Diäten und Reisekostenentschädigungen aus der Vereinskasse erstattet würden. Die kontrollierenden Ausschußmitglieder und Hauptagenten übernahmen mit der Neuregelung des Agentenwesens also auch eine umfassende politische Verantwortlichkeit für ihre jeweiligen Rayons.[139]

Der von Streit ausgearbeitete Entwurf einer Rayoneinteilung wurde in der Vorstandssitzung am 30. März 1863 von Bennigsen, Metz, Schulze und Streit gutgeheißen und am 17. Mai 1863 nach einigen Veränderungen in der Verteilung der lokalen Agenturen vom Ausschuß verabschiedet.[140] Der gedruckte Organisationsplan sah 27 Rayons vor, deren Einteilung sich im wesentlichen an den einzelstaatlichen Grenzen oder in Preußen an den Provinzgrenzen orientierte, wobei aber pragmatisch verfahren wurde. Neben den Ausschußmitgliedern, denen die Kontrollfunktionen automatisch zufielen, war für einige Rayons die Ernennung weiterer Hauptagenten vorgesehen.[141] Unbesetzt blieb zunächst das Rayon Posen.

Die Beschlüsse zur Reform des Agentenwesens wurden durch ein verbessertes Verfahren zur Mitgliederverwaltung ergänzt, das die Lokalagenten zur regelmäßigen Übersendung gedruckter Mitgliederlisten verpflichtete, deren Formulare in der Zentrale zu beziehen waren, das das Abrechnungsverfahren für die Mitgliedskarten vereinfachte und die genaue Abgrenzung der einzelnen Agenturbezirke einleitete.[142]

---

139 Vgl. dazu A-Prot.NV, 1.2.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV; StadtB München, Akten NV; A-Prot.NV, 17.5.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV. S. Na'aman, Nationalverein, 1987, widmet sich der Reorganisation des Agentenwesens auf S. 167, Anm. 39, 40. Da er weder das V-Prot.NV vom 30.3.1863 noch die »Erläuterung« Streits kennt, interpretiert er auch die Formulierung des A-Prot.NV, 17.10.1863, StadtB München, Akten NV, falsch, »daß es bei der bisherigen Organisation sein Bewenden haben solle«. Na'aman bezieht diese Textstelle fälschlich auf das Agentenwesen, dessen Reformierung bereits beschlossene Sache war. Gemeint ist zweifelsfrei die Funktionsverteilung innerhalb des Vorstandes, da das Protokoll auf das A-Prot.NV, 8.10.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV, verweist, das Na'aman ebenfalls nicht vorgelegen hat. Dort wurde eben jene Neuverteilung der Funktionen besprochen.

140 V-Prot.NV, 30.3.1863, WLB, Nl. Hölder XXXV (Rochau stimmte dem Entwurf Streits schriftlich zu, protestierte allerdings heftig dagegen, daß Streit ihm als einzigem Ausschußmitglied kein Rayon zugeteilt hatte! Vgl. ders. an Streit, 22.4.1863, BAP, Akten NV, 33, Bl. 242); A-Prot.NV, 17.5.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Die scheinbar einzigen überlieferten Exemplare der »Erläuterung zu der neuen Organisation des Agentenwesens des Nationalvereins«, gezeichnet Coburg, April 1863, in BAP, Nl. Oetker, 19, und WLB, Nl. Hölder, XXXV.

141 Darunter Richard Eduard John (1827–1889), Prof. jur. in Königsberg, MdL (FSP, seit 1866/67 NLP); vgl. E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 145, Anm. 4.; Kreisrichter Meibauer aus Schivelbein, der Direktor der Germania-Lebensversicherungen Amelung in Stettin, Justizrat Ferdinand Fischer und Kaufmann Lasswitz in Breslau. Dem altliberalen Historiker Dr. Rudolf Ehmck (1836–1908), einem Schüler Droysens, der 1863 zum Senatssekretär und 1875 zum Senator aufstieg (vgl. Bremische Biographie, 1912, S. 122 ff.), wurde diese Stelle schon am 17.5. wieder entzogen, nachdem er sich geweigert hatte, Zirkulare zur Abhaltung von Reichsverfassungsfeiern an die Lokalagenten weiterzureichen; vgl. A-Prot.NV, 17.5.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

142 A-Prot.NV, 25.5.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

Am 23. August 1863 kam auf Antrag Braters eine weitere einschneidende Dezentralisierungsmaßnahme hinzu: die bisher energisch bekämpfte Wahl lokaler Delegierter zur Generalversammlung wurde zugelassen.[143] In einem instruierenden Rundschreiben wurden die Agenten aufgefordert, im gesamten Vereinsgebiet Lokalversammlungen abzuhalten und dort den einzigen Tagesordnungspunkt der Generalversammlung, die deutsche Frage, zu besprechen und die vorherrschenden Meinungen festzustellen. Anschließend sollten »Vertrauensmänner in einer der Mitgliedschaft am betreffenden Ort entsprechenden Anzahl aus deren Mitte zur Beschickung der Generalversammlung erwählt werden«. Diese Vertrauensmänner durften allerdings nicht durch eine bestimmte Instruktion gebunden werden, »weil damit alle Freiheit der Beratung in der Generalversammlung unmöglich gemacht werden könnte«.[144] Indem der Beschluß die Generalversammlung tendenziell zu einer Delegiertenversammlung umformte, brach er mit dem zentralistischen Versammlungsprinzip, auch wenn bindende Instruktionen für die Delegierten abgelehnt und genaue Quoten für ihre Entsendung nicht vereinbart wurden, wie es später etwa beim Deutschen Schützentag oder auch beim Deutschen Handelstag der Fall sein sollte.[145]

Die neue Vereinsorganisation entsprach zwar nicht den weitgehenden Forderungen, die Ludwig Eckardt[146] im folgenden Jahr im Namen der demokratischen Erneuerung des Nationalvereins der Generalversammlung vorlegen sollte. Eckardt hatte in der einzigen großen Generalversammlungs-Debatte über die Reform der Vereinsstruktur u. a. eine Beschränkung des Kooptationsrechts des Ausschusses, die Einrichtung von Kreisverbänden, die endgültige Umwandlung der Generalversammlung in eine Delegiertenversammlung mit entsprechendem Abstimmungsmodus und die Senkung der Mitgliedsbeiträge verlangt.[147] Aber auch durch die konsequente Anwendung

---

143 A-Prot.NV, 23. 8. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV; vgl. S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 169 f. Streit hatte 1860 auf einen solchen Vorschlag des Kölner Agenten Bessel geantwortet, daß das Delegiertenprinzip »der Natur eines politischen Vereins aber doch im Grunde zuwider ist, und nur bei einer vermögensrechtlichen Gesellschaft Anwendung finden kann. Etwas anderes wäre es, wenn alle Fragen, worüber abgestimmt wird, im Voraus festgestellt wären (was freilich an sich unmöglich ist), oder wenn der Vertretungsmodus ein durchgängiger wäre, wie er es bei allen Repräsentativversammlungen ist, also daß z. B. ein Mitglied als solches überhaupt kein Stimmrecht hätte, sondern nur der Mandatar von je 10 oder 20 sei. [...] Angenommen Sie brächten es in Köln auf 1 000 Mitglieder, so könnten diese möglicherweise die ganze Abstimmung beherrschen«; Konzept Streit an Bessel, 10. 8. 1860, BAP, Akten NV, 13, Bl. 120 f.

144 Gedrucktes Zirkular Streits an die Agenten, August 1863, BAP, Nl. Venedey, 134, Bl. 1.

145 Die neue Regelung wurde angewendet; auf der Generalversammlung 1863 traten die verschiedenen Antragsteller jeweils im Namen der NV-Mitglieder eines Ortes auf. Ein Beispiel: Venedey wurde vom »kleinen Bürgerausschuß« der Stadt Müllheim im Schwarzwald förmlich zum Beauftragten für die Generalversammlung ernannt; Urkunde im BAP, Nl. Venedey, 134, Bl. 51.

146 Ludwig Eckardt (1827–1871), kath.; Philosophie-Studium in Wien; Publizist und Schriftsteller; 1848 Mitglied des Sicherheitsausschusses in Wien, Teilnehmer am Dresdener Maiaufstand 1849; 1850–62 Exil in der Schweiz; 1863–64 Hofbibliothekar in Karlsruhe; Ende 1862 Beitritt zu NV, seit Ende 1863 wichtiger Organisator einer demokratischen »Volkspartei«; 1867 Rückkehr nach Österreich; vgl. W. Kosch, Literaturlexikon, Bd. 1, 1963, S. 403 f.; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 123 ff.

147 Verhandlungen NV V (1864), S. 26 ff.

der vom Ausschuß beschlossenen vorsichtig dezentralisierenden Maßnahmen hätten die zentrifugalen Tendenzen im Verein womöglich aufgefangen werden können, zumindest wenn dem Nationalverein die politische Zerreißprobe der Schleswig-Holstein-Krise, während der er seine Tätigkeit zugunsten des Abgeordnetentags suspendierte, bis zum Greifen der Reformen erspart geblieben wäre.[148] Die neue Organisation des Agentenwesens, die sich in einer weniger dramatischen politischen Lage vielleicht eingespielt hätte, kam so nicht mehr zum Tragen, und als der Nationalverein Ende 1864 unter eindeutiger Dominanz des rechten Flügels wieder in Aktion trat, hatte niemand mehr Interesse daran. Der Versuch allein verdient jedoch bereits Beachtung.

148 Nicht alle Ausschußmitglieder nahmen anfangs ihre politischen Kontrollfunktionen in befriedigender Weise wahr. Streit sah sich daher vor dem Ausschuß zu einem leidenschaftlichen Plädoyer für die Umsetzung der Organisationsreform genötigt, A-Prot.NV, 15.10. 1863, BAP, Nl. Oetker, 19. Vorbildlich verhielten sich jedoch Bennigsen (vgl. das gedruckte Schreiben des Agenten des Agenturbezirks Stade im Rayon Bennigsens, F. Kortkampf, an die Vertrauensleute seines Bezirks von Anfang Dezember 1863, das auf Bennigsens Drängen verfaßt wurde; BAP, Nl. Bennigsen, 291, Bl. 33 f.) und Oetker (vgl. das Rundschreiben Oetkers vom 18.12. 1863, Nl. Oetker, 19, Bl. 169).

Strategie und Tätigkeit des Nationalvereins während der »Neuen Ära« in Preußen (1859–1861/62)

1. Probleme und Elemente einer politischen Strategie

In September 1859 war der nationalen Verfassungsbewegung mit dem Deutschen Nationalverein die Gründung einer politischen Mitgliederorganisation gelungen, an der sich 1848er-Konstitutionelle und Demokraten aus beinahe sämtlichen deutschen Bundesstaaten beteiligten, wenn auch mit jeweils charakteristischer Gewichtung. Der Preis für das Zustandekommen einer derart umfassenden Vereinigung war der weitgehende Verzicht auf ein präzises und griffiges Programm. Die inhaltlichen Festlegungen beschränkten sich zunächst auf die vage Angabe des Vereinsziels, nämlich die Ersetzung des Bundestags durch eine *feste, starke und bleibende Zentralregierung*, dem *eine deutsche Nationalversammlung* gegenübergestellt werden sollte. Im Klartext bedeutete dies die Überwindung des bestehenden Staatenbundes durch einen nationalen Bundesstaat. Auch wenn die preußische Spitze nicht ausdrücklich gefordert wurde, war es ein offenes Geheimnis, daß die Vereinsgründer diesem Staat die Führungsrolle im angestrebten Bundesstaat zudachten. Für dieses Ziel wollte der Nationalverein »mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln« wirken. Nichts enthielt das Programm aber zu so entscheidenden Fragen, wie die Kompetenzen der Nationalversammlung und der Zentralgewalt ausgestaltet werden sollten, welches Wahlrecht zur Beschickung des Parlaments für geeignet gehalten wurde, und vor allem zu dem fundamentalen Problem, auf welche Weise der preußisch-österreichische Dualismus gelöst und die Mittel- und Kleinstaaten zur Aufgabe ihrer Souveränität bewegt werden könnten, nachdem die Hoffnungen auf einseitige nationalpolitische Aktionen der preußischen Regierung während des oberitalienischen Krieges sich nicht erfüllt hatten.

Die programmatische und politisch-strategische Verschwommenheit der frühen öffentlichen Äußerungen des Nationalvereins sollte man jedoch nicht vorschnell als Zeichen konzeptioneller Schwäche abtun. Wie auch beim Volkswirtekongreß war sie als Ausdruck der in den Anfängen steckenden politischen Integration des deutschen Bürgertums realistisch und angemessen. Eine der Aufgaben des Nationalvereins bestand gerade darin, dafür Sorge zu tragen, daß eine »alle Teile Deutschlands und alle Fraktionen der Fortschrittspartei umfassende nationale Überzeugung entstehe und durch alle Schichten des Volkes verbreitet werde«.[1]

1 So die Formulierung G. Plancks, 1861, S. 26 f., über die Aufgaben des NV.

Der Nationalverein hatte sich in seinen Statuten grundsätzlich auf die Anwendung »gesetzlicher Mittel« festgelegt. Darunter verstand er die Agitation durch Presse und Publizistik, die Ausschöpfung des Versammlungsrechts und den überlegten Gebrauch des Wahlrechts.[2] Durch die systematische Anwendung dieser Mittel beabsichtigte er ein politisches Meinungsklima zugunsten seiner politischen Ziele zu schaffen, das keine Regierung dauerhaft ignorieren konnte. Bei jeder erdenklichen Gelegenheit, in zahllosen Reden und Artikeln, bekräftigten die Nationalvereinsführer diesen Standpunkt, den sie auch durch ihre umfangreichen publizistischen Bemühungen unterstrichen. Der Nationalverein wollte, so schien es, ein im Prinzip revolutionäres Ziel, nämlich die Ersetzung des Staatenbundes durch einen nationalen Bundesstaat, auf legalem Wege erzwingen. In der Forschung ist in diesem Zusammenhang von einer regelrechten »Theorie der öffentlichen Meinung« die Rede, der der Verein angehangen habe.[3]

An der offenkundigen Diskrepanz zwischen Zielen und Mitteln ist bereits von den Zeitgenossen heftige Kritik geübt worden, die dann von der nationalliberalen Geschichtsschreibung fortgeführt wurde. »In beiden Fällen, mag die Initiative zur Einigung Deutschlands vom deutschen Volk oder von der Krone Preußens ergriffen werden, jedenfalls ist sie nicht zu erreichen, ohne daß durch einen Gewaltschritt (ungesetzlich) der Bundestag beseitigt und ferner durch Gewalt (unfriedlich) die Opposition gegen die Einigung unterdrückt wird«, kommentierte Hermann Becker in der Niederrheinischen Volkszeitung.[4] Daß man auf dem Wege verfassungsmäßiger Verhandlungen am Bundestage nicht zum Ziel gelangen würde, und daß die Mittel- und Kleinstaaten ohne massiven Zwang die Aufhebung ihrer Souveränität hinnehmen würden, glaubte allerdings auch in den Reihen des Nationalvereinsausschusses kaum jemand.

Um den durchaus erkannten Widerspruch zwischen dem Beharren auf legalen Agitationsmethoden und einem im Prinzip revolutionären Ziel aufzulösen, verfügte der Ausschuß intern durchaus über ein strategisches Konzept. Nach seiner Auffassung konnte die bestehende Bundesverfassung nur durch »Krieg, Revolution, ein Mittelding von beiden« zugunsten eines nationalen Bundesstaats überwunden werden.[5] Daß der preußisch-österreichische Dualismus nur gewaltsam zu lösen sei, hatte Rochau bereits in seiner »Realpolitik« unmißverständlich dargelegt.[6] Diese Erkenntnis hatte auch die auf die Nationalvereinsgründung zulaufende Politik während der oberitalienischen Krise bestimmt. Dort hatte man in öffentlichen Erklärungen die

---

2 So bereits Schulze-Delitzsch im Flugblatt Nr. 1, 1860, des NV.

3 T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 178 f.

4 NrhVZ, Nr. 207, 6. 9. 1860; Nr. 117, 29. 4. 1861 (Zitat); Nr. 124, 6. 5. 1861; Nr. 179, 1. 7. 1861; ähnlich L. Bamberger in den Demokratischen Studien, Bd. 1, 1860, S. 162 ff. Wenn H. Baumgarten, 1866, S. 145, mit seiner sogenannten Selbstkritik die im Kaiserreich übliche nationalliberale Kritik an dem vermeintlich idealistischen Konzept des NV einleitete, dann tat er dies wider besseres Wissen, um so die Preisgabe des NV und den Wechsel ins Bismarcksche Lager legitimieren zu können.

5 Das Zitat bei S. Schott, 1860, S. 22.

6 L. A. Rochau 1972 [1854], S. 77 ff., 169 ff.

Übertragung der militärischen und diplomatischen Oberhoheit an Preußen gefordert, das so instand gesetzt werden sollte, die deutschen Grenzen gegen Frankreich zu sichern. War das staatenbündische Prinzip durchbrochen und Preußen einmal im Besitz dieser Vollmachten, so die dahinterstehende Überlegung, würde es sie auch nicht wieder herausgeben, schon gar nicht nach einem erfolgreichen Kriegsverlauf. Zur Stabilisierung und Legitimierung der neuen Ordnung würde die Berufung eines nationalen Parlaments unvermeidlich sein.

In der Auffassung von der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit eines großen europäischen Krieges zur Lösung der deutschen Verfassungsfrage stimmten die dem Nationalverein nahestehenden Konstitutionellen und Demokraten überein, die mit einer für heutiges Empfinden befremdlichen Selbstverständlichkeit und ohne irgendwelche Hinweise auf das damit verbundene menschliche Leid den Krieg als legitimes Mittel der Politik betrachteten. Ein besonders heftiger Verfechter war das ehedem demokratische Vorstandsmitglied Hugo Fries. »Wir wollen Krieg gegen Napoleon und in seinem Gefolge die Neugestaltung Deutschlands, sei es auf dem Wege der Verständigung oder auf dem Wege der Gewalt«, oder: »Auf friedlichem Wege kann die deutsche Frage nicht gelöst werden [. . .] und mir ist es zur vollen Klarheit geworden, daß nur ein gesunder und bei gesunder Verfassung begonnener Krieg uns helfen kann«.[7] Zum Teil klangen dabei durchaus nationalrevolutionäre Vorstellungen an, wie etwa bei dem Demokraten Georg Fein, der im Namen der Züricher Nationalvereinsmitglieder die Erwartung aussprach, daß der nächste Krieg ein nationaler Volkskrieg werde.[8] Daß ähnliche Überlegungen auch von einflußreichen Konstitutionellen angestellt wurden, bezeugen ihre endlosen Spekulationen über Möglichkeiten und Folgen einer preußischen Kriegsbeteiligung während des oberitalienischen Kriegs. »Eine große klare Politik könnte jetzt unsere besten Ideen realisieren, ohne Revolution, durch einen Nationalkrieg« schrieb etwa Hermann Baumgarten.[9]

---

7 Fries an Bennigsen, 27. 4. 1860, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 395, Anm. 2; Fries an Bennigsen, 29. 12. 1860, ebd., S. 478, Anm. 1; Fries an Hölder, 4. 5. 1860, WLB, Nl. Hölder, IV1, Bl. 73 f. (in Auszügen zitiert bei D. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 292 f.); ähnlich Fries an Streit, 30. 3. 1860, BAP, Akten NV, 10, Bl. 36 f.; mit deutlichen Formulierungen Hölder an Planck, 28. 10. 1860, bei H. ONCKEN, ebd., S. 465, Anm. 1. Zu Schulzes befürwortender Haltung zum Krieg vgl. B. SCHULZE, Linksliberale Ideologie, 1971, S. 286 f.; R. ALDENHOFF, 1984, S. 127. In seiner Broschüre: Der italienische Krieg, 1859, hatte J. VENEDEY einen Volkskrieg gegen Frankreich gefordert, aus dem ein gesamtdeutsches Parlament hervorgehen sollte, wie die Paulskirche von Leipzig und Waterloo herrühre. Die Redebeiträge auf den Generalversammlungen des NV enthalten eine Fülle von Beispielen, vgl. etwa die Rede Rochaus, Verhandlungen NV I (1860), S. 55 f.; allgemein zur Entstehung des bürgerlichen Kriegsengagements O. DANN, Der deutsche Bürger wird Soldat, 1990.

8 Fein an Streit, 15. 4. 1861, BAP, Akten NV, 18, Bl. 134 f. Vgl. auch L. ECKARDT, Nationalität oder Freiheit, 1859, S. 5 ff.

9 Baumgarten an Gervinus, 28. 4. 1859, in: J. HEYDERHOFF (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 28 f.; weitere Beispiele bei M. DUNCKER, 1923, S. 84 ff.; J. G. DROYSEN, Bd. 2, 1929, S. 580 ff.; J. HEYDERHOFF (Hrsg.), ebd., S. 1 ff.; E. ENGELBERG (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 111 ff.

In dem von Rochau formulierten geheimgehaltenen Programm der Wochenschrift des Nationalvereins hatte der Ausschuß seine Kriegsstrategie schriftlich festgehalten: Da einer »organischen Umgestaltung der bisherigen Verfassung«, der rechtsförmigen Bundesreform also, »wie sie unentbehrlich ist, um der Nation hinlängliche Stärke und Widerstandsfähigkeit gegen augenscheinliche Gefahren von Ost und West zu geben, die größten Schwierigkeiten« entgegenstünden, sei die Öffentlichkeit auf den Fall vorzubereiten, daß diese Verfassung durch äußere Gewalt, also durch Krieg, gänzlich außer Kraft gesetzt werde.

»Für einen solchen Fall ist dann der Satz zur Anerkennung zu bringen, daß alle Kräfte der Nation sich um denjenigen Mittelpunkt zu sammeln haben, der sich als der stärkste bewährt, unbekümmert um historisches Recht, um Legitimität, um dies oder jenes politische Prinzip«.[10]

Mit derart rücksichtsloser Brutalität hat der Ausschuß seine antilegitimistische Bereitschaft zur Revolution, und zwar »von oben«, in der Öffentlichkeit nie formuliert. Und in der Tat war es »nicht rätlich«, den »Kriegsplan gewissermaßen vor Freund und Feind offen darzulegen«, wie Schulze schrieb.[11] Denn dies hätte mit Sicherheit zahlreiche Anhänger zum Austritt bewogen und vermutlich auch die polizeiliche Unterdrückung provoziert. Ein politischer Agitationsverband mit Massenmitgliedschaft und Parlamentsorientierung ließ sich wohl nur auf streng legaler Basis und mit legalen Methoden führen. Vor dem Hintergrund der Kriegsstrategie gewinnen jedoch die Beteuerungen, man wolle ausschließlich »gesetzliche Mittel« anwenden, eine andere Bedeutung. Als Argument für die vermeintliche Harmlosigkeit idealistisch verblendeter bürgerlicher Honoratiorenpolitiker sind sie jedenfalls untauglich.

Die Kriegsstrategie des Nationalvereinsausschusses stand nicht bloß auf dem Papier, sie prägte auch maßgeblich sein politisches Handeln. Obwohl die preußische Regierung zunächst nur zu einer nationalen Reformpolitik innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens bereit war, wie die Antwort auf die Stettiner Adresse und die Dossiers Max Dunckers dem Nationalverein sogleich bedeutet hatten, ließ der Nationalverein in den folgenden Jahren gemäß seiner »cavouristischen Nützlichkeitstheorie«[12] keine Gelegenheit unversucht, außenpolitische Krisen zu entfesseln oder bis zu einem Kriegsausbruch zu verschärfen. Das geschah erstmals wieder anläßlich der Abtretung Savoyens an Frankreich im Frühjahr 1860 und dann mit zunehmender Konzentration auf Schleswig und Holstein. Daß sich das napoleonische Frankreich in jedem Fall unter den Kriegsgegnern befinden würde, war eine für alle Beteiligten feststehende Tatsache.

---

10 A-Prot.NV, 13. 3. 1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Die vollständige Fassung des fünf Punkte umfassenden Programms findet sich in einer Abschrift von der Hand Streits im STA Coburg, LA A, 7190, Bl. 145 f. Vgl. auch den in dieselbe Richtung zielenden, aber verschlüsselt formulierten Artikel »Statt eines Programms« in der WSchNV, Probenr., 15. 4. 1860.

11 Schulze an Bennigsen, 1. 11. 1859, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 147 ff.

12 So der ehemalige Kabinettssekretär Herzog Ernst II. über die Motive der Schleswig-Holstein-Politik des NV, K. Bollmann, Nationalverein, 1862, S. 4.

Auf innenpolitischem Feld wurde die taktisch motivierte Kriegstreiberei von Anfang an durch die sogenannte »Wehrpolitik« ergänzt, die aus der Überzeugung resultierte, daß Deutschland mit der bestehenden Bundeskriegsverfassung für die künftigen Kriege nicht genügend gewappnet sei. In einer Art Vorwegnahme der allgemeinen Wehrpflicht versuchte der Nationalverein durch die systematische Beeinflussung der Turn- und Schützenvereine die Heranziehung und Ausbildung einer wehrfähigen Bevölkerung zu organisieren und zum anderen durch Geldsammlungen den Grundstock zum Aufbau einer nationalen Flotte zu legen.

Ein weiterer Bestandteil der nationalvereinlichen Strategie bestand darin, die mit der preußischen »Neuen Ära« verknüpfte Politik der sogenannten »moralischen Eroberungen« voranzutreiben. Die beste Möglichkeit bot hierzu – abgesehen von durchgreifenden Reformen in Preußen selbst – die Thematisierung des kurhessischen Verfassungsproblems, bei dem Preußen im Rahmen der bestehenden Bundesverfassung sein Gewicht am Bundestag zur Aufhebung der auch nach bestehendem Bundesrecht fragwürdigen kurhessischen Verfassungsbestimmungen einsetzen konnte.

Parallel verfolgte der Nationalverein von Anbeginn an eine Politik, die nicht die propagandistische Vorbereitung preußischer Regierungsaktionen in den Mittelpunkt stellte, sondern auf selbständiges Tätigwerden setzte. Denn nur für eine kleine Minderheit stellte die preußische Spitze den einzigen Programmpunkt dar. Seit der nassauischen Erklärung hatte man die Forderung nach preußischer Spitze immer mit der Forderung nach einem nationalen Parlament verbunden und sich damit in Widerspruch zur preußischen Regierung begeben. Die Herausarbeitung eines eigenen verfassungspolitischen Programms, das der Nationalverein im Namen des deutschen Bürgertums den Reformvorstellungen der Regierungen *entgegen*setzen konnte, gehörte zum Gründungskonsens. Schließlich gehörte zu dieser Konzeption der nachdrücklich betriebene Versuch, in den Einzellandtagen die Anhänger des Nationalvereins zur stärksten Fraktion heranzubilden und durch die Koordination der Landespolitiken und die Liberalisierung der Einzelstaaten dem Ziel eines nationalen Bundesstaates näher zu kommen. Diese seit der Vereinsgründung nachweisbare, mehr auf eigene Aktion setzende Politik dominierte die Gesamtstrategie jedoch erst, nachdem man die Aussichtslosigkeit des Vorhabens erkannt hatte, die preußische Regierung zu grundlegenden inneren Reformen und nationalpolitischen Aktionen antreiben zu können, und der Nationalverein bei der Beibehaltung dieser ursprünglichen Strategie am wachsenden Unverständnis und Mißmut seiner Mitglieder zerbrochen wäre. Die Gründung der Fortschrittspartei in Preußen war das kräftigste Zeichen eines Richtungswechsels im Nationalverein.

Das erste Jahr der Nationalvereinspolitik bis zur Eisenacher Generalversammlung stand noch weitgehend im Zeichen der Konsolidierung des Vereins, deren organisatorischen Aspekt wir im vorangehenden Kapitel ausführlich behandelt haben. Dazu gehörte aber auch die Schaffung einer kompromißfähigen programmatischen Basis, die präzisierend über das Eisenacher Programm hinausging und in der Öffentlichkeit vertreten werden konnte,

sowie die gleichzeitige Entwicklung geeigneter Agitations- und Handlungsformen. Dies waren die beiden wichtigsten und schwierigsten Aufgaben, die der Nationalverein, oder genauer, sein handlungsfähiges Organ, der Ausschuß, im ersten Jahr seines Bestehens zu bewältigen hatte. Im engen Zusammenhang mit diesen Problemen stand die Erweiterung der Mitgliedschaft, die trotz des bewußten Ausschlusses der Arbeiterschaft und der Handwerksgesellen angestrebt wurde. Dabei ging es nicht bloß um die Steigerung der Mitgliedszahlen, sondern auch um die Ausweitung des politischen und regionalen Spektrums. Wenn der Nationalverein auch mit Recht behaupten konnte, Konstitutionelle wie Demokraten aus allen Gegenden Deutschlands in seinen Reihen zu haben, so waren einige Gruppierungen und Richtungen nur äußerst schwach oder gar nicht vertreten. Große politische Bedeutung besaß das anfängliche Fernbleiben süddeutscher Konstitutioneller und Demokraten, insbesondere aus Bayern und Württemberg. Dies stand im Gegensatz zum erklärten Anspruch des Nationalvereins, durch seine Organisation möglichst die gesamte nationale bürgerliche Verfassungsbewegung zu repräsentieren. Im Königreich Bayern gelang dem Nationalverein wenigstens in Franken mit dem Zentrum Nürnberg und in Teilen der Pfalz die Sammlung einer nennenswerten Anhängerschaft, während ihm das bayerische Kernland vollständig verschlossen blieb.[13]

Dramatischer noch war die Entwicklung in Württemberg. Anfangs besaß der Verein dort nur zwei Mitglieder, nämlich Friedrich Notter[14] und August Ludwig Reyscher. Der Führer der württembergischen Liberal-Demokraten Julius Hölder und die übrigen württembergischen Teilnehmer an der Gründungsversammlung entschieden sich gegen den Beitritt, weil sie die propreußische Orientierung des Eisenacher Programms ablehnten und starke Vorbehalte gegenüber der zentralistischen Organisationsstruktur des Nationalvereins hatten. Zumindest bei Hölder entsprang diese Haltung nur zum Teil der eigenen politischen Überzeugung, sondern reflektierte die fehlende Akzeptanz des Nationalvereins in der heimischen Bevölkerung und in der Kammerfraktion, zumal die ehemaligen württembergischen Märzminister Duvernoy und Römer allem Drängen zum Beitritt widerstanden.[15] Zwischen der Stuttgarter Führungsgruppe und dem Ausschuß des Nationalvereins, der sich in mehreren Sitzungen mit dem Problem beschäftigte, entspann sich ein längerer Schriftverkehr über die Bedingungen für einen württembergischen

13 Die von Beginn an positive Haltung der Nürnberger kommt zum Ausdruck in einem Brief Crämers an Knorr, 25. 8. 1859, BAP, Nl. Knorr, 2, Bl. 34 f. Zum Problem des bayerischen Fortschrittsliberalismus vgl. neben den Arbeiten K. Raumers vor allem T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936. Die Arbeit von P. Müller, 1990, geht auf den für bayerische Verhältnisse sensationell starken Anhang des NV in der Stadt nicht ein. Der spätere Nationalliberale Joseph Völk aus Augsburg, politischer Weggefährte Braters, lehnte den Beitritt zum NV ab, weil er andernfalls befürchtete, seine enorme Popularität zu verlieren; vgl. M. Barth an F. P. Buhl, 30. 11. 1859, BAF, Nl. Buhl, 12, Bl. 10 ff.

14 Friedrich Notter (1801–1884), Dr. med; Literat aus Stuttgart; MdL 1848–55, MdR 1871–73 (NLP); Mitglied NV; Mitarbeiter an Braters SZ; vgl. ADB 24, S. 44 f. Notters Tagebuch (LA Marbach, Nl. Notter) enthält für die Jahre 1848–66 keine Eintragungen; er scheint sich am NV-Leben nicht weiter beteiligt zu haben.

15 Hölder an Bennigsen, 30. 9. 1859, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 349 ff.

Beitritt, der aber zunächst keinen durchschlagenden Erfolg brachte. Die Göppinger Landesversammlung der Liberalen und Demokraten lehnte es am 18. Dezember 1859 ab, den Beitritt zum Nationalverein zu empfehlen.[16]

Eine nennenswerte Anhängerschaft gewann der Nationalverein in Württemberg erst, nachdem er auf seiner ersten Generalversammlung in Coburg die preußische Spitze nur noch indirekt erwähnte und an die Bedingung politischen Wohlverhaltens geknüpft hatte. Auf der entscheidenden Esslinger Versammlung im Februar 1861 kam der für Süddeutschland zuständige »Wanderprediger« des Nationalvereins August Metz den Württembergern noch einmal weit entgegen, indem er eigenmächtig die hier noch immer sehr populäre Reichsverfassung von 1849 zum Vereinsprogramm erklärte, die offiziell erst im Oktober 1862 von der Generalversammlung angenommen wurde.[17] Die Versammlung folgte nach diesem Zugeständnis mit großer Mehrheit einem Antrag Karl Pfeifers, der den Beitritt zum Nationalverein empfahl. Bis Ende 1861 wuchs die württembergische Mitgliedschaft des Nationalvereins tatsächlich auf annähernd 400 Personen an, darunter auch Hölder und die Brüder Adolf und Ludwig Seeger.[18] Die einflußreiche linksliberal-großdeutsche Gruppe um Ammermüller, Probst und Schott fehlte allerdings noch immer.

Das spannungsvolle Verhältnis zwischen den Württembergern und dem Nationalverein spiegelt sich auch in der Schwierigkeit wider, geeignete Ausschußmitglieder zu gewinnen. Das Gründungsmitglied Reyscher schied im Laufe des Jahres 1862 aus, weil er die Linksentwicklung des Vereins nicht mittragen wollte. Julius Hölder, der ihn ersetzen sollte, lehnte die Kooptation genauso ab, wie zuvor bereits Eduard Pfeiffer.[19] Der führende Funktionär der Turnbewegung, Theodor Georgii aus Esslingen, auf der ersten Generalversammlung kooptiert, verließ den Ausschuß nach einer Auseinandersetzung um die sogenannte Wehrpolitik des Vereins bereits Ende 1861 wieder. Und nachdem der 1861 kooptierte Adolf Seeger dem Ausschuß An-

---

16 Beobachter, Nr. 294–301, 20.–29.12.1859.

17 Ein aufmerksamer Polizeibeobachter stellte fest, daß derselbe Metz, der auf der Esslinger Versammlung den Württembergern die Reichsverfassung zugesagt hatte, in Frankfurt behauptete, die Württemberger seien ohne Bedingung beigetreten, vgl. Bericht über NV-Versammlung im Frankfurter Wolfseck am 19.2.1861, LHA-P, 9541, Bl. 17 f.; vgl. GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 1, Bl. 261 f. Der Versammlungsbericht der WSchNV, Nr. 44, 1.3.1861, erwähnt diesen Widerspruch natürlich nicht. Ludwig Häusser beruhigte sich über die Esslinger Vorgänge erst, nachdem er von Reyscher über den taktischen Wert aufgeklärt worden war, Reyscher an Bennigsen, 24.2.1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 486, Anm. 1.

18 Zur Esslinger Versammlung vgl. Beobachter, Nr. 30–34, 5.–9.2.1861. Ausführlich mit allen wichtigen Belegen zum Verhältnis Württemberg – NV bis zur Esslinger Versammlung K. Bachteler, 1934; G. Runge, 1970, S. 10 ff.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 290 ff.; einen guten Einblick in das Denken eines württembergischen gemäßigten Liberalen, der ungeachtet schwerwiegender Bedenken dem NV beitrat, bietet die Broschüre von G. Widenmann, 1861.

19 Eduard Pfeiffer (1835–1921); Sohn des Direktors der königlichen württembergischen Hofbank; Nationalökonomie-Studium, Promotion; aktiv im Stuttgarter Arbeiter(bildungs)verein, 1864 Gründer des Stuttgarter Konsumvereins; Mitglied NV; MdL 1868–1876; vgl. K. Bittel, 1915.

fang 1865 den Rücken kehrte, war in ihm überhaupt kein Württemberger mehr vertreten. Wie auch für die bayerischen Liberalen und Demokraten entwickelte sich für sie der 1862 entstehende Abgeordnetentag mehr und mehr zum Forum ihrer die Landesgrenzen überschreitenden Politik.

Betrachtet man die Zusammensetzung des Ausschusses unter dem Gesichtspunkt des Kompromisses zwischen 1848er-Konstitutionellen und Demokraten, so fällt die Dominanz des gemäßigten und des Linkliberalismus ins Auge. Besonders die scheinbar oder tatsächlich zur konstitutionellen Monarchie bekehrten ehemaligen Republikaner waren für den Nationalverein leicht zu gewinnen, da er für sie eine Möglichkeit zur Rückkehr aus der Isolation auf die politische Bühne bot. Schulze-Delitzsch, Crämer, Lüning, Metz, Miquel, Fries und Lang sind dafür prominente Beispiele.[20] Da mit Johann Jacoby auch der populärste preußische Demokrat der Revolutionsjahre öffentlich seine Unterstützung für den Verein ausgesprochen hatte[21], ließ es sich relativ leicht verschmerzen, wenn einige bekannte preußische Demokraten wie Arnold Ruge, Hermann Becker, Benedikt Waldeck und Franz Ziegler den Kompromiß sowohl mit den Konstitutionellen als auch mit den föderalistischen Süddeutschen ablehnten. Ruge glaubte, daß der Nationalverein künftig eine ähnlich miserable Rolle spielen würde, wie dies »die Verschwörung der liberalen Bassermänner« während der Revolution getan hatte.[22]

Einige weitere radikale Demokraten aus den Mittel- und Kleinstaaten, die wie Titus[23] und Hadermann[24] an ihren republikanischen Vorstellungen un-

---

20 Fraglich war anfangs der Beitritt der Fraktionskollegen der Paulskirche G. C. Schüler und Venedey. Am 12.12.1859 schrieb Schüler, der der zweiten Eisenacher Versammlung präsidiert hatte, an Venedey, daß er dem NV nicht beitreten werde, da es zu viele gebe, die das Eisenacher Programm als kleindeutsches Programm auffaßten, BAP, Nl. Venedey, 48, Bl. 24 f. Seine Haltung begründete er öffentlich in der Broschüre: G. C. Schüler, Betrachtungen über die deutsche Einheit, 1859; vgl. auch ders./M. Wirth, Deutschlands Einheit und Centralgewalt, 1860. Schüler trat dann doch ein und drängte auch Venedey zur Teilnahme an der ersten Generalversammlung, um »den Gothaern etwas entgegensetzen« zu können, ebd., Bl. 26; vgl. auch sein »Votum zur Sache des Nationalvereins«, mit dem er die Württemberger zum Beitritt aufforderte, Beilage zu SZ, Nr. 22, 22.1.1860. Venedey lehnte die Ernennung zum NV-Agenten jedoch ab, Venedey an [Streit], 10.12.1859, BAP, Akten NV, 7, Bl. 135.

21 Vgl. zu Jacoby und der Entstehung des NV E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 99 ff.; sowie die emphatische Stellungnahme der VZ, Nr. 231, 4.10.1859.

22 Ruge an Kinkel, 24.4.1861, in: P. Nerrlich (Hrsg.), Bd. 2, 1886, S. 207 f. Schulze hatte im Mai 1861 ein letztes Mal versucht, Waldeck für den NV zu gewinnen, und ihm die Kooptation in den Ausschuß angeboten, vgl. Fries an Streit, 2.5.1861, BAP, Akten NV, 19, Bl. 95. Ziegler beanspruchte für sich, Waldeck vom Beitritt zum NV abgehalten zu haben, dem er »Vertrauensseligkeit« gegenüber der preußischen Regierung vorwarf, Ziegler an Ruge, 1.9.1864, in: P. Nerrlich (Hrsg.), ebd., S. 232 ff. Zur Haltung Beckers vgl. seine Artikel »Ein National-Kannegießer-Verein«, in der NrhVZ, Nr. 197–198, 19.–20.7.1861; »Unsere Stellung zum Nationalverein«, ebd., Nr. 272, 2.10.1861; ferner ders. in RhZ, Nr. 136, 2.4.1863, ebd., Nr. 310–315, 7.–12.11.1864. Großdeutsch-demokratische Motive wie bei Karl Rodbertus waren die Ausnahme, vgl. Rodbertus an v.Berg, 19.1.1860, in: H. Rosenberg (Hrsg.), Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 195 f.; ferner seine aufschlußreichen Briefe an K. Francke in: K. Rodbertus, Werke, Bd. 6, 1971, S. 7 ff.

23 Vgl. seine Briefe an Fries vom 20.8.1859 und 1.9.1859, veröffentlicht im VfmD, Nr. 131, 2.11.1859.

24 Nikolaus Hadermann (1805–1871); Theologie-Studium in Tübingen, Burschenschaft; in der

eingeschränkt festhielten und diese nicht zum Gegenstand eines politischen Kompromisses machen wollten, blieben politisch ungefährlich und vernachlässigenswert, weil sie zunächst über keinerlei organisatorischen Zusammenhalt verfügten. Das gilt auch für einige der radikal antihabsburgischen demokratischen Befürworter der italienischen Einigung, die die militärische Mitwirkung Napoleons III. und seiner Armeen bergrüßten oder wenigstens in Kauf nahmen, wie etwa die Autoren der Demokratischen Studien Karl Vogt, Ferdinand Lassalle, Moritz Hartmann und Ludwig Walesrode.[25]

Gegenüber den ehemaligen Demokraten waren die »erbkaiserlichen« Altliberalen der Paulskirche und späteren Gothaer nur mühselig zum Eintritt in den Nationalverein und vor allem in seinen Ausschuß zu bewegen.[26] Auf der Frankfurter Gründungsversammlung konnten nur vier dem altliberalen Spektrum zuzurechnende Politiker für den Ausschuß gewonnen werden, nämlich Moritz Veit, Gabriel Riesser[27], der Walzwerkbesitzer L. Gourdé aus Wiesbaden und der Verleger Gustav Mayer aus Leipzig, die jedoch nur selten an den Sitzungen teilnahmen und nach der Generalversammlung vom September 1860, Gourdé nach der vom August 1861, ausschieden. Wichtige Repräsentanten des konstitutionellen 1848er-Liberalismus fehlten. Als Ursachen lassen sich mehrere einander häufig überlagernde Motivkreise ausmachen.

An erster Stelle ist die aus dem Vormärz überlieferte Abneigung der Honoratiorenpolitiker zu nennen, sich den demokratischen Ritualen des Vereinslebens anzupassen und ihre individuell gewonnenen Einsichten dem Mehrheitsprinzip zu unterwerfen. Diese Abneigung hatte sich während der Reaktionsdekade zwar abgeschwächt, aber sie war nicht überwunden. Weiteres kommt hinzu. Einige prominente Vertreter der kleindeutschen Paulskirchenpolitik hatten inzwischen eine Abkehr von den politischen Anschauungen der Revolutionsjahre vollzogen. Die Symbolfigur der »erbkaiserlichen« Politik, Heinrich von Gagern, lehnte den Beitritt zum Nationalverein mit politischen Argumenten ab. Oetkers Aufforderung zur Unterzeichnung der Eisenacher Erklärung beantwortete er in einer Weise, die den offenen Bruch mit seinen bisherigen Bundesgenossen im Jahr 1862 bereits andeutete. In seinem Brief vertrat er wie schon zuvor Karl Braun gegenüber die Auffassung, daß eine Bevorzugung Preußens gegenüber Österreich ab-

---

Revolution im demokratischen Vereinswesen aktiv, Redakteur demokratischer Zeitungen, u. a. des VfmD; 1864 Mitglied des ADAV; vgl. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 101, Anm. 379a.

25 K. Vogt, Studien zur gegenwärtigen Lage, 1859; F. Lassalle, Der italienische Krieg, 1859; L. Bamberger, Juchhee nach Italia, 1859 (vgl. dazu M. L. Weber, 1987, S. 88 ff.); L. Walesrode (Hrsg.), Demokratische Studien, 1860–1861; zu M. Hartmann vgl. O. Wittner, Bd. 2, 1907, S. 98 ff.

26 Vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 447 ff.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 50, Anm. 28, S. 56, Anm. 4, S. 116, Anm. 3.

27 Nach S. Na'aman, Jüdische Aspekte, 1986, sowie ders., Jewish participation, 1989, hängt die Bereitschaft zur Exponierung bei Veit und Riesser mit ihrem Judentum zusammen, wie überhaupt der überproportionale jüdische Anteil am NV auf die verbreitete Annahme zurückzuführen sei, daß nur ein überkonfessioneller nationaler Staat zu völligen rechtlichen Gleichstellung der religiösen Bekenntnisse in der Lage sein würde.

zulehnen sei, da es seine Unzuverlässigkeit während des oberitalienischen Krieges erneut unter Beweis gestellt habe, und entwickelte sein auf Gleichbehandlung und Interessenausgleich beider Staaten beruhendes Bundesreformprogramm, das mit dem umstürzlerischen Kriegskonzept des Nationalvereins unvereinbar war.[28] Durch absichtliche Indiskretion Oetkers gelangte dieser vertrauliche Brief an die Öffentlichkeit; er wurde im Nürnberger Kurier abgedruckt und erregte einiges Aufsehen, da sich hier eine politische Größe abseits gestellt hatte.[29] Mit ganz ähnlichen Argumenten reagierte ein weiterer ehemaliger »Gothaer« auf die Aufforderung zur Mitwirkung am Nationalverein, nämlich Oskar von Wydenbrugk.[30] Gagern und er schlossen sich 1862 dem Reformverein an, der die Reform der bestehenden Bundesverfassung erstrebte, und nicht deren Überwindung, wie der Nationalverein es tat.

Für einige der in gehobenen Posten der Wirtschaft und Verwaltung sitzenden Altliberalen spielte die Furcht, durch politische Exponierung und Zusammenarbeit mit ehemaligen Umstürzlern persönliche Nachteile zu erleiden, eine erhebliche Rolle. Der heimliche Förderer der Nationalvereinsgründung Karl Mathy hatte sich geweigert, auch nur dem Verein beizutreten, obwohl er selbst noch im August 1859 eine nationalpolitische Versammlung in Gotha organisiert und eine »Erklärung« nach dem Vorbild der zweiten Eisenacher Resolution verfaßt hatte.[31] Ein Zusammenhang mit dem Antritt des Postens eines Direktors der Leipziger Allgemeinen Kreditanstalt Ende 1859 liegt nahe.[32] Karl Biedermann lehnte es nach einer Unterredung mit seinem Gönner, dem weimarischen Staatsminister von Watzdorf, ab, sich im Nationalverein zu exponieren.[33] Der Direktor der in Bremen ansässigen Norddeutschen Lloyds Hermann Heinrich Meier verwies darauf, daß er bei einem Eintritt in den Ausschuß den Entzug von Aufträgen durch die hannoversche Regierung zu gewärtigen habe[34], und Friedrich Ammon hielt einen Beitritt mit seiner Stellung als preußischer Oberappellationsgerichtsrat für unvereinbar.[35]

---

28 Oetker an Gagern, 23.8. 1859, BAF, Nl. Gagern, 43; Konzept Gagern an Oetker, 26.8. 1859, ebd., Brief abgedruckt in: F. Oetker, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 163 ff. Ähnliche Auffassungen äußerte P. A. Pfizer in einem Brief an Gagern vom 7.1. 1859, ders., 1925, S. 60 ff.

29 Oetker wies die heftigen Vorwürfe Gagerns wegen seiner Indiskretion mit fadenscheinigen Argumenten zurück; vgl. Oetker an Gagern, 19.2. 1860, BAF, Nl. Gagern, 43. Zu weiteren Versuchen M. Barths und Ladenburgs, Gagern für den NV zu gewinnen, vgl. M. Barth an F. P. Buhl, 20.10. 1859, BAF, Nl. F. P. Buhl, 12, Bl. 6 ff.; Josefine Buhl an F. P. Buhl, 4.2. 1861, ebd., 3, Bl. 97.

30 Wydenbrugk an Fries, 5.8. 1859, in: H. Goldner, 1909, S. 8 ff.

31 Vgl. die Abschrift der Erklärung, die Freytag am 21.8. 1859 an Ernst II. übersandte, STA Coburg, LA A, 7186, Bl. 274 ff.; zu den Folgen vgl. R. Brütting, 1991, S. 57 ff.

32 Freytag an Ernst II., 18.8. 1859, Nl. Freytag, Kapsel 3. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 448. Zu seiner Tätigkeit bei der Leipziger Bank G. Freytag, Mathy, S. 382 ff.

33 K. Biedermann, Aus meinem Leben, Bd. 2, 1887, S. 188 f.

34 Lammers an Bennigsen, 13.2. 1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 449.

35 Vgl. A-Prot.NV, 11.3. 1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

Etwas anders lag der Fall bei den regierungsnahen badischen Liberalen um Häusser, Mohl, Baumgarten und Mittermaier, die aus landespolitischen Motiven den Beitritt ablehnten. Lothar Gall begründet ihre Zurückhaltung mit der Rücksichtnahme auf die prekäre Einheit der badischen Regierungspartei im konfessionell gespaltenen Land, die durch eine offene Parteinahme für den Nationalverein gefährdet worden wäre. Allerdings entsprach diese Haltung durchaus der subjektiven Abneigung der badischen Honoratioren gegen straffere Formen der politischen Organisierung, die sie auch im eigenen Lande so lange wie möglich zu unterbinden suchten.[36]

Die Zurückhaltung der preußischen Altliberalen war ebenfalls stark durch landespolitische Aspekte bedingt. Sie wog um so schwerer, als die Altliberalen seit den Abgeordnetenhauswahlen vom November 1858 über die absolute Mehrheit der Parlamentssitze verfügten. Den altliberalen Kammerfraktionen war vom Nationalvereinsausschuß besonders in der Frühphase eine strategisch wichtige Funktion zugedacht worden, da sie als Bestandteil des preußischen Systems der Neuen Ära den parlamentarischen Arm des Nationalvereins in Preußen bilden sollten, ähnlich wie es seit 1861 die Fortschrittspartei tat. Nachdem anfänglich nur Moritz Veit dem Ausschuß beigetreten war, versuchte der Ausschuß auf seiner Sitzung in Berlin im März 1860 mit wenig Erfolg die Kooptation einiger führender Altliberaler des Abgeordnetenhauses.[37] Friedrich Ammon[38], Wilhelm Grabow[39] und Karl Sänger[40] lehnten wie zuvor bereits Heinrich v. Arnim ab, nur Karl Brämer[41] trat dem Ausschuß bei und blieb bis Ende 1861 nominelles Mit-

---

36 L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 65 ff., 152 f. Die kleine Elite der »regierenden Partei« der badischen Liberalen in der Kammer und im Umfeld der Reformregierung wurde allein durch ein informelles Beziehungsgeflecht zusammengehalten, das wesentlich durch die Heidelberger Universität geprägt wurde. Das badische Vereinswesen und die seit 1863 nachweisbaren Versuche zur Gründung einer FSP harren allerdings noch der Untersuchung. Vgl. auch die Briefe Rochaus an Bennigsen, 26. 10. 1859 und 2. 11. 1859, in: H. Oncken (Hrsg.), Bennigsen Briefe, Deutsche Revue XXX (1905, II), S. 60 ff., und vom 11. 11. 1859 in: ders., Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 352 f.; zu den heftigen Meinungsverschiedenheiten über den NV selbst innerhalb der Heidelberger Gruppe vgl. auch Häusser an F. P. Buhl, BAF, Nl. Buhl, 67, Bl. 15 ff.

37 A-Prot.NV, 11. 3. 1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV; Bennigsen an Reyscher, 20. 3. 1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 373 ff.; zum gleichzeitigen Berliner Festmahl zu Ehren Bennigsens im Arnimschen Saal vgl. NZ, Nr. 122–123, 12. 3.–13. 3. 1860.

38 Friedrich Ammon (1794–1874), Jura-Studium in Heidelberg, Göttingen, Freiwilliger in den »Befreiungskriegen«, seit 1831 Appellationsgerichtsrat in Köln, Direktionsmitglied der Rheinischen Eisenbahn, 1848 Leutnant der Kölner Bürgerwehr, Reichskommissar in Anhalt-Berburg, erste Kammer 1849–50; MdL 1858–64 (Fraktion Vincke); vgl. F. Ammon, Erinnerungen, 1878.

39 Wilhelm Grabow (1802–1874), ev.; Jura-Studium in Berlin, Burschenschafter; seit 1838 Oberbürgermeister in Prenzlau, 1848 pr. NatV (altlib. Zentrum, Präsident), MdL 1850–66 (Fraktion Vincke, Fraktion Grabow); Vizepräsident 1855–61; vgl. ADB 9, S. 542 ff.

40 Karl von Sänger (1810–1871), Rittergutsbesitzer aus Grabow, MdNatV (C) Gothaer Versammlung; MdL 1850–55, 1859–66 (Fraktion Vincke); MdR 1867–71; vgl. R. Koch, 1989, S. 350.

41 Karl Brämer (1810–1868), Rittergutsbesitzer aus Gumbinnen; führendes Mitglied im Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen; Redakteur des Arbeiterfreunds, saß im Vereinigten Landtag; MdL 1849–55, 1859–61 (Fraktion Vincke); vgl. H. Conrad/B. Haunfelder, 1986, S. 49.

glied, ohne jedoch an seinen Sitzungen teilzunehmen. Die preußischen Altliberalen wollten durch ihr öffentliches Bekenntnis zum Nationalverein unter keinen Umständen die ohnehin prekäre Stellung des konservativ-liberalen Ministeriums weiter belasten, dessen Handlungspielraum durch einen mißtrauischen Prinzregenten sehr begrenzt war.[42] Sänger brachte die Kritik der Altliberalen am Nationalverein auf den Punkt, indem er das umstürzlerische Potential des Eisenacher Programms genau erkannte: darin würden keine Wege aufgezeigt werden, wie man ohne große europäische Krise zum Ziel gelangen könne. Sänger favorisierte ähnlich wie Max Duncker in seinen Denkschriften die »geschickte Ausnützung der bestehenden Rechtszustände«, den Weg der verfassungsmäßigen Bundesreform.[43] Auch der Führer der altliberalen Fraktion Georg v. Vincke, den Bennigsen persönlich um politische Unterstützung gebeten hatte, lehnte kühl sowohl seinen Beitritt wie die Indienstnahme für die Zwecke der nationalen Verfassungsbewegung ab. »Das Abgeordnetenhaus wird wie seither fortfahren, seine Schuldigkeit zu tun, dabei sich aber nicht entbrechen können, weniger den Maßstab eines künftigen (Klein- oder Groß-?) Deutschlands und die Stellung der ehrenwerten Opposition gegen eine unserer Nachbarregierungen, als den einer preußischen Landesvertretung unter gegebenen Verhältnissen zugrunde zu legen«.[44]

Daß die Verbindung mit der Politik der Neuen Ära in Preußen weder auf der Ebene der Regierung noch auf der Ebene des Abgeordnetenhauses gelang und der Verein in Süddeutschland nur schwer Wurzeln fassen konnte, belastete die Politik des Nationalvereins erheblich. Bennigsen wollte sogar »die gesamte nationale Bewegung des vorigen Jahres für gescheitert« erklären, wenn es nicht gelänge, »mit den Süddeutschen und den preußischen Konstitutionellen ein neues Verhältnis herzustellen, welches uns zusammenwirken und dadurch und durch die eingetretenen Personen in einer Krisis die Autorität herstellen läßt, welche für die Nation eine klare und feste Richtung angeben und für die preußische Regierung, wenn sie zu irgendeinem entschlossenen Vorgehen kommt, eine Stütze darbieten könnte«.[45] Nach alledem mußte der Ausschuß in den ersten Monaten seines Bestehens außerordentlich vorsichtig vorgehen, wollte er den Beitritt der Süddeutschen erreichen, ohne andererseits das ohnehin nicht spannungsfreie Verhältnis zur preußischen Regierung der Neuen Ära zu gefährden und die Politik der altliberalen Kammermehrheit zu konterkarieren. Aus diesem Grunde legte sich der Nationalverein in Preußen anfangs große Zurückhaltung auf.[46]

---

42 Zur Politik der »Neuen Ära« in Preußen S. BAHNE, 1976; K. H. BÖRNER, Bourgeoisie, 1977; DERS., Krise, 1976, bes. S. 39 ff., 111 ff.; L. HAUPTS, Liberale Regierung, 1978; zur parlamentarischen Strategie der Altliberalen jetzt W. PYTA, 1992. Die genannten Arbeiten betonen durchweg die Enge des Handlungsspielraums für Reformpolitik, da hohe Erwartungen durch einen konservativen und traditionsbewußten Regenten konterkariert wurden. Unzulänglich R. HELFERT, 1989.

43 Vgl. sein zehnseitiges Manuskript »Ein Beitrag zu der Frage über Reform des deutschen Bundes«, [1859], BAP, Nl. Mathy, 140, Bl. 1 ff.

44 Vincke an Bennigsen, 6.4. 1860, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 383 f.

45 Bennigsen an Reyscher, 5.3. 1860, ebd., S. 367 f.

46 Um den 27.11. 1859 fand in der Berliner Wohnung Unruhs eine erste Besprechung der Berliner NV-Mitglieder statt, an der die Redakteure Zabel und F. Duncker, die Altliberalen

Überhaupt lehnte der Ausschuß übereilte und keinen unmittelbaren Erfolg versprechende Vorstöße ab. Als Beispiel mag der Vorschlag des Oldenburgers August Niebour[47] dienen. Ende November 1859 auf Vorschlag Bennigsens in den Ausschuß kooptiert, stellte er auf der Sitzung vom 12. Dezember 1859 den Antrag, der Vorstand des Vereins möge in einer Eingabe an den Bundestag die baldige Einberufung einer Versammlung deutscher Volksvertreter »zur Erklärung über die Gestaltung der Verfassung Deutschlands« einberufen, und für diese Forderung eine großangelegte Unterschriftensammlung in Gang setzen. Um einen Bruch mit Niebour zu vermeiden, bewegte man ihn, seinen Antrag bis zur nächsten Ausschußsitzung zurückzustellen. Dort wurde er dann in Abwesenheit Niebours mit der Begründung abgelehnt, »daß die gegenwärtige politische Situation ein derartiges Vorgehen, für welches ein imponierender Erfolg dermalen nicht zu gewärtigen sei, nicht ratsam erscheinen lasse«.[48] Abgesehen davon, daß Niebours Antrag nicht zur bundesfeindlichen Politik des Ausschusses paßte, ersparte sich der Verein so die Blamage einer öffentlichen Brüskierung. Niebour fühlte sich hintergangen, polemisierte in der lokalen Presse gegen den Ausschuß, und schied Ende August aus dem Nationalverein aus.[49]

2. Das Drängen auf nationalpolitische Initiativen Preußens

a) Kurhessen

Seit den letzten Wochen des Jahres 1859 häuften sich aus den Reihen der Mitgliedschaft die Forderungen, der Nationalverein möge durch öffentliche Erklärungen, Vorträge, Versammlungen oder die Veröffentlichung von Broschüren ein »Lebenszeichen« von sich geben, andernfalls bestünde die Gefahr, daß das Interesse am Verein einschlafe.[1] Fries drängte besonders ener-

---

M. Duncker und Veit sowie Unruh selbst teilnahmen. Die Anwesenden beschlossen, auf die Einberufung einer öffentlichen Versammlung vorläufig zu verzichten und zunächst auf vertraulichem Wege weitere Anhänger zu gewinnen. Als wichtigste Aufgabe sah man es an, Einfluß auf die liberale Kammerfraktion zu gewinnen; vgl. Polizeibericht, 29. 11. 1859, LHA-P, 9540, Bl. 155. Die geplante vertrauliche Besprechung von 30–40 Personen fand im Dezember statt, vgl. Veit an Bennigsen, 2. 12. 1859; Unruh an Bennigsen, 1. 1. 1860, beide in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 357 ff., die erste öffentliche Versammlung der Berliner Nationalvereinsmitglieder anläßlich der Berliner Ausschußsitzung Anfang März 1860.

47 August Karl Adalbert Niebour, kath.; Obergerichtsanwalt in Varel, MdL 1849–61 (1858–61 Präsident), Vertreter des Fortschrittsliberalismus in Oldenburg; A-NV November 1859 bis August 1860, nähert sich 1862 dem Reformverein an, dem er jedoch nicht beitrat, weil er ihm zu konservativ erschien; vgl. P.-K. SCHWARZ, 1979, S. 29 ff., 41 f.

48 A-Prot.NV 12. 12. 1859 (dort der Text des Antrags), A-Prot.NV 13. 3. 1860, beide WLB, Nl. Hölder, XXXV (vgl. die Äußerung Bennigsens gegenüber Reyscher, 20. 3. 1860, in: H. ONKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 372 ff., daß man den Antrag für verfrüht halte, wenn man einen Erfolg beabsichtige); die Sache wurde von Fries in seinem politischen Rechenschaftsbericht nochmals aufgegriffen, Verhandlungen NV I (1860), S. 11 f. Vgl. auch P.-K. SCHWARZ, 1979, S. 34 f.

49 Meldung in WSchNV, Nr. 18, 1. 9. 1860.

1 Amelung an (Streit), 26. 11. 1859, BAP, Akten des NV, 7, Bl. 65 f.; dass., 16. 8. 1860, ebd., 13,

gisch zum Handeln: »Ich meine nicht, daß wir Waffen anschaffen sollen zu einer Revolution, aber statt der Handgranaten sollten wir Erklärungen über alle auftauchenden Tagesfragen in das deutsche Volk hinauswerfen«.[2] Tatsächlich vergingen nach der konstituierenden Ausschußsitzung beinahe zwei Monate, ehe sich der Ausschuß Mitte Dezember in Form einer »Erklärung« wieder an die Öffentlichkeit wandte. Der Gegenstand der ersten politischen Initative des Nationalvereins war der kurhessische Verfassungskonflikt.[3]

Worum ging es dabei? Im Gefolge der Französischen Julirevolution war in Kurhessen am 5. Januar 1831 eine Verfassung vereinbart worden, die, obwohl sie der Krone weitreichende Prärogativen einräumte, einige Elemente aufwies, die sie zur fortschrittlichsten des deutschen Frühkonstitutionalismus machten. Basierend auf dem Einkammersystem garantierte sie dem Parlament das Steuerbewilligungsrecht, die volle Gesetzgebungskompetenz sowie die Ministeranklage und verlangte vom Landesherrn den Eid auf die Verfassung. Außerdem vollzog sie die Trennung von Rechtsprechung und Verwaltung und bekannte sich zum Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht. Die folgenden Jahre waren von den Bemühungen der reaktionären Regierung geprägt, die ihr abgerungenen Zugeständnisse rückgängig zu machen, und trugen die Züge eines permanenten Verfassungskonflikts, der erst durch die Revolution von 1848 vorläufig zugunsten des Liberalismus entschieden wurde. Der Kurfürst wurde zur Einsetzung eines liberalen Ministeriums gezwungen, die Verfassung wurde modernisiert und den auch in Kurhesseen verbreiteten Märzforderungen angepaßt, und das bisherige komplizierte, den Adel privilegierende Wahlrecht durch Gesetz vom 5. April 1849 reformiert. Wahlberechtigt waren nun alle »selbständigen Staatsbürger«, die nicht lohnabhängig waren. Jeweils 16 Sitze blieben allerdings den Höchstbesteuerten, den Städtern und den Landbewohnern reserviert. Von einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht konnte auch jetzt also keine Rede sein, wie die kurhessischen Demokraten bemängelten.

Nach der Wiederbelebung des Deutschen Bundes wurde das reaktionäre Ministerium Hassenpflug durch militärische Bundesintervention reinstalliert. Infolge eines Bundesbeschlusses vom 13. April 1854 oktroyierte Kurfürst Friedrich Wilhelm nun eine Reaktionsverfassung, die an die Stelle des 1831 vereinbarten Dokuments trat. Diese weit hinter das bereits Erreichte zurückfallende Verfassung wurde von jetzt an zum Hauptthema der kurhessischen Opposition. Ihre Rechtmäßigkeit ließ sich nämlich mit guten Gründen in Zweifel ziehen, weil de facto der Bundestag, der den Verfassungstext ausgearbeitet und gebilligt hatte, als pouvoir constituant aufgetreten war. Durch den »pseudolegalen Verfassungsumsturz« (Huber) hatte

---

Bl. 175; vgl. auch Unruh an Bennigsen, 1.1.1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 185 ff.; Bennigsen an Streit, 25.12.1859, ebd., S. 361 f.

2 Fries an Streit, 1.1.1860, in: ebd., S. 359 f.; vgl. ders. an Bennigsen, 17.4.1860, ebd., S. 383 f.

3 Vgl. zum Folgenden ausführlich E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2, ^{3}1988, S. 62 ff., 519 ff., 926 ff.; Bd. 3, ^{3}1988, S. 217 ff., 436 ff., 591 f.; H. Seier, Verfassungskämpfe, 1987; die wesentlichen Dokumente sind abgedruckt bei H. Seier (Hrsg.), Akten und Dokumente, 1987; viele Informationen bei F. Oetker, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 113 ff. Ferner H. G. Rommel, 1950; R. Stöckl, 1958.

der Bundestag seine Kompetenzen überschritten, da die Bundesakte den Einzelstaaten Verfassungsautonomie gewährte. Als im Oktober 1859 die liberal-konservative preußische Regierung ihre Bereitschaft erkennen ließ, die oktroyierte Verfassung beim Bundestag anzufechten, schwenkte die kurhessische Kammer zu einer härteren Gangart über, indem sie nun die Rechtskontinuität der 1831er-Verfassung behauptete. Dieser Weg führte schnell in die bedingungslose Konfrontation mit der Regierung.

Für den Nationalverein ergab sich hier eine günstige Konstellation, indem er durch die Unterstützung der kurhessischen Opposition den preußischen Kurs der »moralischen Eroberungen« unterstützen und auf diese Weise den Beweis antreten konnte, daß nur ein preußisch geführter Bundesstaat die innere Freiheit garantieren würde. Zum Teil spielte dabei auch in diesem Fall die Überlegung mit, Preußen zu einer militärischen Intervention in Kurhessen zu treiben, darüber einen Krieg mit Österreich zu entfesseln und so den lähmenden Dualismus der beiden Großmächte zu beenden. Der Gedanke, der in der preußischen Kammer offen ausgesprochen wurde[4], lag durchaus nahe, da es bereits Ende 1850 über die kurhessische Verfassungsfrage beinahe zum Krieg der deutschen Vormächte gekommen wäre.

Der Vertrauensmann des Nationalvereins in Kurhessen war der 1859 aus dem belgischen Exil zurückgekehrte Friedrich Oetker, der als Eigentümer der Hessischen Morgenzeitung in kürzester Zeit zum unumschränkten Führer der Opposition aufstieg. Oetker, der am 11. Dezember 1859 in den Ausschuß kooptiert wurde, konnte wegen des kurhessischen Vereinsverbotes erst Ende 1863 offiziell beitreten, beteiligte sich jedoch bereits zuvor gelegentlich an den Sitzungen. Über einen ausgedehnten Briefwechsel insbesondere mit Reyscher und mit dem badischen Bundestagsgesandten Robert von Mohl sowie in Unterredungen mit Bennigsen stimmte er sein Vorgehen stets auf das engste mit dem Nationalverein und der badischen Regierung ab.[5] Die Zusammenarbeit mit dem Verein war so eng, daß sich Oetker schon bald gegen den Vorwurf verteidigen mußte, die Verfassungsagitation nur zu betreiben, »um der Sache des Nationalvereins zu dienen«.[6]

Am 12. Dezember 1859 griff nun der Nationalverein erstmals öffentlich in die Auseinandersetzung ein, indem er eine von Reyscher verfaßte Erklärung durch »befreundete Zeitungen« veröffentlichen ließ und in einer Auflage von 1 000 Exemplaren an die Vereinsagenten verteilte. Die Erklärung wies die Rechtswidrigkeit des Bundesbeschlusses von 1852 nach und forderte die Wiedereinsetzung der 1831er-Verfassung, nicht ohne auf die positive Rolle Preußens am Bund aufmerksam zu machen. Die Mitglieder und Anhänger des Vereins wurden aufgerufen, »allen gesetzlichen Einfluß« im Sinne der Erklärung namentlich in der Presse und in den Landesvertretungen geltend zu machen.[7] Diesen Kurs trug auch die altliberale Mehrheit des preu-

---

4 Belege bei E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 441 f, 444.

5 Vgl. die umfangreichen Briefwechsel, WLB, Nl. Reyscher, VI; UB Tübingen, Nl. R.v.Mohl.

6 F. Oetker, Ansichten und Winke, 1860, S. 2.

7 A-Prot.NV, 11.–12.12.1859, Nl. Hölder, XXXV. Text der Erklärung auch bei G. Planck, 1861, S. 103 ff.

ßischen Abgeordnetenhauses mit, die im April 1860 einen entsprechenden Antrag Vinckes annahm.[8] Im September 1860 bekannte sich die erste Generalversammlung des Nationalvereins einstimmig zu einem von Gabriel Riesser verteidigten Antrag, der sich mit dem Kampf des kurhessischen Volkes solidarisierte und insbesondere Oetker Dank für seine »Unerschrockenheit, Ausdauer und Aufopferung« aussprach.[9]

Seit Oktober 1860 verschärfte Oetker die Gangart, indem er zusätzlich zur Wiedereinführung der 1831er Verfassung jetzt auch das Wahlrecht von 1849 forderte. Damit knüpfte er aus agitatorischen Gründen unmittelbar an die Errungenschaften der Revolution an.[10] Die kurhessische Kammer schwenkte auf die von Oetker gewünschte Fundamentalopposition ein. Am 8. Dezember 1860 erklärte die neu zusammengetretene Kammer sich zum ersten Mal für »inkompetent«: mit dem Argument, daß sie nicht verfassungsgemäß gewählt und deshalb zu Landtagsgeschäften unbefugt sei, verweigerte sie jede parlamentarische Mitarbeit. Sie wendete damit jene Taktik des »Parlamentsstreiks« an, die Lassalle im Jahre 1862 vergeblich der preußischen Fortschrittspartei als Kampfmittel im Verfassungskonflikt empfahl.[11] Durch die Veranstaltung der sogenannten »Riesenpetition«, einer landesweiten Unterschriftenaktion, die, obwohl sie bereits nach wenigen Tagen polizeilich gestoppt wurde, über 15 000 Unterzeichner fand, demonstrierte die Opposition die Popularität ihrer Forderungen in der Bevölkerung.[12] Der Vorstand des Nationalvereins unterstützte die Petition, indem er mittels Rundschreiben die Vereinsagenten aufforderte, im ganzen Land für die Absendung von Zustimmungsadressen zu sorgen.[13] Die »Inkompetenzerklärung« führte zur sofortigen Kammerauflösung und zu Neuwahlen, die mit einem Wahlsieg der Opposition endeten. Derselbe Vorgang wiederholte sich nach erneuten Inkompetenzerklärungen am 1. Juli 1861 und 8. Januar 1862.[14]

Der Nationalverein mußte mit Rücksicht auf die preußischen Verhältnisse und auf seine breit gestreute Mitgliedschaft behutsamer auftreten, als Oetker es in Kurhessen tat. Insbesondere die Agitation für das Wahlgesetz von 1849 erschien wegen der Anknüpfung an die Revolution problematisch. Der Ausschuß wies daher – wie auch bei der Unterstützung der »Riesenpetition« – auf vertraulichem Wege seine Agenten an, in öffentlichen Ver-

---

8 Abgedruckt bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 117.

9 Verhandlungen NV I (1860), S. 39 f.

10 Vgl. F. Oetker, Ansichten und Winke, 3. 10. 1860; ders., Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 179 ff., 220 ff., 257 ff.: gegen den Widerstand der kurhessischen Altliberalen und zum anfänglichen Ärger der preußischen Regierung setzte sich Oetker mit seiner Auffassung durch, das Wahlgesetz einzubeziehen; rechtlich sei dies womöglich anzuzweifeln, aber »für die *politische* Agitation schien mir's geradezu unmöglich, den einfachen Rechtsstandpunkt aufzugeben. Für Spitzfindigkeiten ließ sich niemand im Volke begeistern; es bedurfte einer klaren Stellungnahme.«

11 Vgl. dazu S. Na'aman, Lassalle, [2]1971, S. 477 ff.

12 H. Seier (Hrsg.), Akten und Dokumente, 1987, Nr. 145.

13 V-Prot.NV (ms.), 9. 12. 1860, StadtB München., Akten NV; dort das vertrauliche Rundschreiben an die Agenten vom 15. 12. 1860.

14 Die Texte der Erklärungen bei H. Seier (Hrsg.), Akten und Dokumente, 1987, Nr. 124, 141, 148.

sammlungen für die Wiedereinführung des Wahlgesetzes von 1849 einzutreten, verzichtete aber auf eine öffentliche Agitation für diese Frage in der Wochenschrift, durch Flugblätter oder Erklärungen. Der Nationalverein trat in dieser Frage also nicht selbst in Erscheinung, sondern versuchte nach Art eines Geheimbundes mittels seiner Agenten und Vertrauensleute in einer Art Unterwanderungsstrategie Einfluß auf die bestehenden Institutionen zu nehmen.[15]

Erst nachdem die badische Regierung in Übereinstimmung mit der preußischen Regierung im Juli 1861 am Bundestag auch das Wahlgesetz von 1849 als rechtmäßig bezeichnet hatte und seine Inkraftsetzung forderte, ging der Ausschuß zu offener Propagierung des Wahlgesetzes über, die auch in Kurhessen zu den ersten öffentlichen Mitgliederversammlungen des Nationalvereins führte.[16] Die Generalversammlung von 1861 bekräftigte diese Position und sprach insbesondere der badischen Regierung für ihre Vorgehen am Bundestag Dank aus, nicht ohne die Verdienste der preußischen Regierung hervorzuheben.[17] Daß die Strategie des Nationalvereins in erster Linie auf ein Tätigwerden der preußischen Regierung setzte, zeigte die Kontroverse um einen Antrag Karl Theodor Welckers. Welcker hatte beantragt, auch der württembergischen Kammer für einen Unterstützungsbeschluß in der kurhessischen Angelegenheit den Dank des Nationalvereins auszusprechen. Dagegen trat Schulze-Delitzsch mit dem Argument auf, es gehe vor allem darum, zu beweisen, daß »das deutsche Volk, vor allem unser Verein, gern die Hand bietet«, wenn die Regierungen »den berechtigten Forderungen des Vaterlandes im eigenen wohlverstandenen Interesse entgegenkommen«. Die Zeit für eine verstärkte Parlamentsagitation war offenbar noch nicht gekommen.

Zurückhaltend verhielt sich der Nationalverein auch gegenüber dem Problem der Steuerverweigerung, das seit Anfang 1862 ernsthaft diskutiert wurde, nachdem Oetker in verschiedenen Flugschriften darauf hingewiesen hatte, daß die Verweigerung der aufgrund der oktroyierten 1852er-Verfassung zu Unrecht erhobenen Steuern strafrechtlich irrelevant sei.[18] Die Vorstandssitzung vom 5. März 1862 mußte sich mit einem Antrag einiger Hamburger Vereinsmitglieder auseinandersetzen, den steuerverweigernden kurhessischen Bürgern aus Vereinsmitteln einen Teil des beschlagnahmten Besitzes zu ersetzen. In diesem Zusammenhang diskutierte man auch die Zweckmäßigkeit einer großangelegten Steuerverweigerungskampagne. Vor einer Beschlußfassung in dieser Sache sollte Bennigsen jedoch zunächst mit den »wortführen-

15 A-Prot.NV, 20.1. 1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

16 H. Seier, (Hrsg.), Akten und Dokumente, 1987, Nr. 154 f. Der badische Antrag bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 118. Auch das preußische Abgeordnetenhaus schwenkte auf diesen Kurs ein, vgl. die Resolution vom 15.2. 1862, ebd., Nr. 119.

17 Verhandlungen NV II (1861), S. 17 ff.

18 F. Oetker, Zum neuen Jahr, 1861, S. 6; ders., Winke aus der Ferne, 1862, S. 5 f. Oetker lehnte für seine Person allerdings die Steuerverweigerung ab, vgl. H. Seier (Hrsg.), Akten und Dokumente, 1987, S. 336, Anm. 3; Oetker an Bennigsen, 5.1. 1861, BAP, Nl. Oetker: »Den Punkt der Steuerversagung behalte ich noch im Sinn; Entscheidendes kann in keinem Fall damit erreicht werden, aber Erhebliches wäre möglich.«

den Persönlichkeiten der nationalen Partei« in Kurhessen darüber verhandeln.[19] Das Gespräch mit mit den führenden Kammerliberalen Hartwig, Nebelthau und Harnier in Kassel ergab, daß die Genannten eine »Steuerverweigerung in größerem Umfang« für »diesen Augenblick« ablehnten, da deren Wirkung auf das gemeinschaftliche Vorgehen Preußens und Österreichs am Bunde nicht zu übersehen sei.[20] Wie es scheint, scheiterte eine Kampagne vor allem am Widerspruch der kurhessischen Konstitutionellen und nicht am Nationalverein. Die Steuerverweigerung blieb jedenfalls in Kurhessen die Sache einzelner Bürger. Die Anträge Traberts in der Kammer, die zu allgemeiner Steuerverweigerung aufriefen, wurden stets mit großen Mehrheiten zurückgewiesen.[21]

Am 24. Mai 1862 forderte der Bundestag gemäß dem gemeinschaftlichen Antrag Preußens und Österreichs Kurhessen unter Androhung der Bundesintervention ultimativ zur Wiederinkraftsetzung der 1831er-Verfassung mit Ausnahme der bundeswidrigen Artikel auf. Nachdem sich preußische Truppen an den Staatsgrenzen zusammengezogen hatten, leistete der Kurfürst dieser Anweisung Folge. Trotz dieses Ergebnisses brachte die kurhessische Agitation für den Nationalverein nicht den gewünschten Erfolg. Sicher konnte er aufgrund seiner Agitation mit Recht einen günstigen Einfluß auf die Entscheidung des Bundestages beanspruchen. Aber sofern die Überlegung mitgeschwungen hatte, in der Kurhessen-Angelegenheit eine kriegerische Auseinandersetzung mit Österreich zu bekommen, war dies fehlgeschlagen. Österreich hatte rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und war auf den Kurs der preußischen Regierung eingeschwenkt. Davon hatte es sich nicht einmal durch die Agitation für das revolutionäre Wahlrecht abhalten lassen. Erst der gemeinsam vorgetragene Wille beider Großmächte hatte die Mehrheitsverhältnisse des Bundestags zuungunsten des Kurfürsten verändert. Preußen konnte sich nun die Lorbeeren nicht allein anstecken, und obendrein hatte der Deutsche Bund seine Fähigkeit zu entschlossenem Handeln unter Beweis gestellt. Als Beleg für die Notwendigkeit zur Gründung einer Überwindung der deutschen Bundesverfassung taugte die kurhessische Agitation nicht mehr und der Nationalverein stellte sie folgerichtig ein.[22] Unabhängig davon hatte Brater schon lange vor Illusionen gewarnt, durch Demonstrationen für Kurhessen ließe sich die öffentliche Meinung Süddeutschlands für Preußen oder den Nationalverein gewinnen. Das konnten nach Braters Ansicht nur außenpolitische Vorfälle leisten.[23]

---

19 In Anwesenheit Oetkers beraten, V-Prot.NV, 5. 3. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

20 Bennigsen an Oetker, 22. 3. 1862, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 560 ff.

21 H. G. Rommel, 1950, S. 132 f.; R. Stöckl, 1958, S. 169 ff.

22 Als der NV Ende 1864 nach einjähriger Unterbrechung während der Schleswig-Holstein-Krise reaktiviert wurde, diskutierte er auch die Wiederaufnahme der Kurhessen-Agitation. Man verwarf den Gedanken jedoch, da man sie kaum für geeignet hielt, die Spaltung im NV zu überspielen; vgl. A-Prot.NV, 30. 10. 1864, BAP, Nl. Oetker, 19.

23 Brater an Bennigsen, 19. 4. 1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 382 f.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 76, Anm. 63, schätzt den agitatorischen Erfolg in der kurhessischen Freiheitssache dagegen hoch ein, indem er auf Massenbeitritte zum NV in Offenbach verweist. Offenbach lag jedoch im Großherzogtum Hessen!

b) Savoyen und Nizza

Auf außenpolitischem Gebiet bot sich die erste Möglichkeit zum Handeln anläßlich der sich abzeichnenden Abtretung von Savoyen und Nizza an Frankreich, die auf den Geheimvertrag von 1858 zwischen Sardinien/Piemont und Frankreich zurückging und schließlich am 24. März 1860 vollzogen wurde. Dieser Vorgang, der die Grenze der französischen Militärmacht weiter nach Osten verschob, verletzte zugleich die Neutralitätsbestimmungen des Wiener Kongresses für Nordsavoyen und rief deshalb heftige Proteste der schweizerischen Regierung hervor. Indem sich aus dem französischen Gebietszuwachs eine zumindest indirekte Bedrohung Süddeutschlands ableiten ließ, schien die Angelegenheit hervorragend als Beweis für die fortwährende Aggressionslust des napoleonische Frankreichs und die Notwendigkeit politischer Reformen in Deutschland geeignet. Nur selten, schrieb Fries, habe es einen »so guten Anlaß gegeben, die große Frage praktisch und faktisch zu lösen, als in dem Konflikt mit Napoleon wegen der Schweizer Frage. Wäre es uns möglich, darüber einen Krieg anzuhetzen, so würde die deutsche Frage sich darüber mit entsetzlicher Leichtigkeit abwikkeln«.[24]

Die erste Anregung zu einer Agitation des Nationalvereins in dieser Sache ging von Karl Biedermann aus. Aus seinen Gesprächen mit ungenannten Personen im Umkreis der preußischen Regierung, wohl mit Max Duncker und Theodor von Bernhardi, hatte er den Eindruck gewonnen, daß Preußen nicht völlig abgeneigt sei, dem französischen Vorgehen entgegenzutreten. Diese Auffassung basierte allerdings auf einer völligen Fehleinschätzung der Risikobereitschaft der preußischen Regierung, wie sich bald herausstellen sollte. Gerade weil in Süddeutschland die Bedrohung besonders spürbar sei, erschien Biedermann die Savoyen-Frage für eine nationale Agitation unter Einbeziehung der Süddeutschen besonders geeignet.

In einem Brief an Bennigsen schlug er deshalb vor, der Nationalverein möge »1. in der Presse und durch Versammlungen die öffentliche Meinung bearbeiten, 2. wenn die öffentliche Meinung dafür erwärmt ist, eventuell in irgendeiner Form die preußische Regierung in der Sache anregen, oder, wenn sie solche von selbst ergreifen sollte, darin unterstützen«.[25] Der Ausschuß setzte sich mit diesen Vorschlägen in seiner Berliner Sitzung vom 13. März 1860 ausführlich auseinander und verabschiedete eine von Brater entworfene Erklärung, die befreundeten Blättern zuging und als Flugblatt veröffentlicht wurde. Die Erklärung war sehr vorsichtig gehalten und von größerem Mißtrauen gegenüber den Absichten der preußischen Regierung erfüllt, als Biedermann und seine altliberalen Gesprächspartner erwartet hatten. Mit Sicherheit war sie nicht geeignet, eine große außenpolitische Krise zu entfesseln oder als Grundlage für einen unwiderstehlichen Druck der öffentlichen Meinung auf die preußische Regierung zu dienen, zumal sie nur einen indirekten Appell an das namentlich nicht genannte Preußen enthielt. Die

---

24 Fries an Hölder, 4. 3. 1860, WLB, Nl. Hölder, IV1, Bl. 73 f.

25 Biedermann an Bennigsen, 18. 2. 1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 365 ff.

Erklärung interpretierte die französische Gebietserweiterung als eine Gefahr für die deutschen Grenzen, deren »Vollzug zu hindern unter die Aufgaben der nationalen Politik gehört«. Unter Verweis auf die »deutsche Verfassungsnot«, die ein wirkungsvolles Vorgehen verhindere, wiederholte sie nochmals die Forderung nach einer Zentralgewalt mit Volksvertretung.[26]

Von derselben Vorsicht geleitet verzichtete der Ausschuß auch auf die Realisierung eines von Johann Gustav Droysen vorgebrachten Vorschlags, der ihm duch Veit mitgeteilt wurde, eine Massenpetition an das preußische Abgeordnetenhaus zu organisieren. Stattdessen beschränkte er sich darauf, eine von Biedermann verfaßte und anonym veröffentlichte »Denkschrift an Preußens Staatsmänner« unter den Abgeordneten verteilen zu lassen.[27] Die Schrift bezeichnete einen Krieg mit Frankreich in jedem Fall als unvermeidlich, um dann darzulegen, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der relativ günstigste für die Aufnahme des Kampfes sei, da die Unterstützung durch die öffentliche Meinung gegeben sei und die europäischen Mächte im Interesse des Staatengleichgewichts eine Zurückweisung der französischen Ansprüche hinnehmen würden.

Biedermann verband diese Aufforderung zum Krieg mit zahlreichen Hinweisen auf die deutsche Mission Preußens und mit auf den »erlauchten Prinz-Regenten« berechneten Schmeicheleien. »Wenn Preußen es vermag, die Kräfte Deutschlands mit den seinigen zu einem kraftvollen, widerstandsfähigen Ganzen zusammenzufassen und durch festes, dauerndes Band zu einigen, dann wird dieses an der Spitze Deutschlands stehende Preußen, oder, was der Sache nach vollkommen dasselbe ist, dieses unter Preußens Führerschaft geeinte Deutschland eine wahre und echte Großmacht im vollsten Sinne des Wortes sein«. Solche Töne konnte und wollte der Nationalverein in der Öffentlichkeit nicht anschlagen. Abgesehen davon, daß die freiheitliche Seite in der Denkschrift Biedermanns überhaupt nicht vorkam, hätte er damit alle Chancen verspielt, in Süddeutschland Fuß zu fassen, und alle Vorurteile über seinen heillosen »Gothaismus« bestätigt. Die Zusammenarbeit mit Biedermann blieb deshalb der Öffentlichkeit verborgen.

Ende März griff Biedermann nochmals seinen bereits im Februar geäußerten Vorschlag auf, eine nicht nur auf Mitglieder des Nationalvereinsausschusses beschränkte politische Kundgebung einer »größeren Anzahl Notabeln aus den verschiedenen deutschen Ländern« zu berufen, wobei er ganz offensichtlich an das gescheiterte Projekt vom Sommer 1859 anknüpfte.[28] Auch Reyscher hatte einen solchen »weiteren Ausschuß« befürwortet

---

26 A-Prot.NV, 13. 3. 1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Text auch bei G. Planck, 1861, S. 106 f. Fries, dem dies nicht weit genug ging, wollte die Veröffentlichung der Erklärung daher stoppen, Fries an Streit, 30. 3. 1860, BAP, Akten NV, 10, Bl. 36 f.

27 K. Biedermann, Die Savoyer Frage. Denkschrift an Preußens Staatsmänner von einem deutschen Patrioten, 1860 (auszugsweise auch in ders., Fünfzig Jahre, 1892, S. 94 ff.); Bennigsen an Reyscher, 20. 3. 1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 372 ff.; zur Verteilung der Schrift durch den NV vgl. Fries an [Bollmann], 24. 4. 1860, STA Coburg, LA A, 7191, Bl. 15; K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1887, S. 156 ff.

28 Biedermann an Bennigsen, 18. 2. 1860 und 26. 3. 1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 365 ff., S. 378 ff.

und Heidelberg als Versammlungsort empfohlen.[29] Bennigsen ließ sich von der Notwendigkeit weiterer Schritte in der Savoyen-Frage nicht völlig überzeugen. Auf sein Anraten entschied der Vorstand, zunächst die Stimmung der Bevölkerung und des preußischen Abgeordnetenhauses für eine heftigere Agitation gegen Napoleon und zugunsten der Schweiz zu erkunden.[30] Der Nationalverein praktizierte damit wohl erstmals in Deutschland mehr oder weniger systematisch die Erkundung der Volksstimmung als Grundlage politischer Entscheidungen. Das war zwar noch keine Demoskopie, aber doch von erstaunlicher Modernität und gänzlich unvereinbar mit klassischer Honoratiorenpolitik.

Die Ergebnisse des Berlin-Aufenthalts Bennigsens und der Rundreise Fries' durch Süddeutschland, die ihn über München und Stuttgart nach Heidelberg geführt hatte, sowie die in Coburg einlaufenden Stimmungsberichte einiger Ausschußmitglieder waren ernüchternd: weder dachte die preußische Regierung daran, wegen Savoyen einen europäischen Krieg zu entfesseln, noch war das preußische Abgeordnetenhaus bereit, sich die Forderungen des Nationalvereins zueigen zu machen. Auch fühlten sich die süddeutschen Bevölkerungen durch die französische Politik augenscheinlich nicht in einem Maße bedroht, daß sie sich zu politischen Manifestationen bewegen lassen würde. Offensichtlich fehlten für die kriegerische Strategie der Nationalvereinsführung noch die Voraussetzungen. Diese Ergebnisse resümierend, sagte Bennigsen die erweiterte Ausschußsitzung zunächst ab.[31]

Brater hatte schon zuvor gefordert, eine Versammlung auch dann abzuhalten, wenn sich in der preußischen Kammer und Regierung nichts rege. Man dürfe sich »von einer preußischen Kammer nicht abhängig machen, sowenig wir im künftigen Parlament von ihnen abhängig sein wollen«.[32] Dieser Ansicht war im Grunde auch Bennigsen, allerdings hielt er es für besser, statt einer erweiterten Ausschußsitzung eine erweiterte Vorstandssitzung in Heidelberg abzuhalten – mit dem Effekt, daß sich das Fernbleiben der preußischen Ausschußmitglieder formell begründen ließ und deshalb politisch nicht ins Gewicht fallen würde. Die Sitzung sollte in den ersten Maitagen stattfinden und einen letzten Versuch unternehmen, durch eine

---

29 Reyscher an Bennigsen, 7. 3. 1860, ebd., S. 369.

30 Bennigsen an Streit, 29. 3. 1860, in: ebd., S. 380. V-Prot.NV, 5. 4. 1860 liegt nicht vor, vgl. ebd., S. 381; R. Le Mang, 1909, S. 59 f.

31 Vgl. die bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 384 ff. abgedruckten Briefe, insbesondere Bennigsen an Fries, 21. 4. 1860 und Bennigsen an Bollmann, 21. 4. 1860, ebd., S. 407 ff.; ferner Fries an [Bollmann], 28. 4. 1860, STA Coburg, LA A, 7191, Bl. 19 f.; Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 23 ff., S. 29. Die Enttäuschung über das Verhalten der preußischen Abgeordneten war groß: Brater war der Ansicht, diese müßten den Außenminister Schleinitz aus dem Amt treiben, und Bennigsen beklagte die »Beschränktheit des politischen Gesichtskreises« und den »Mangel an Selbstvertrauen«. Fries nannte die Parlamentarier einfach »jammervolle Kerle«; vgl. auch Fries an Hölder, 17. 4. 1860, WLB, Nl. Hölder, IV1, Bl. 62. In der WSchNV, Nr. 6, 8. 6. 1860, veröffentlichte Rochau eine harsche Kritik an Vincke und Kollegen, die nicht einsähen, daß »ohne außerparlamentarische Tätigkeit« keine Erfolge zu erzielen seien.

32 Brater an Bennigsen, 14. 4. 1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 382; auch Fries forderte in jedem Fall weitere »Lebenszeichen« des Vereins; Fries an Bennigsen, 17. 4. 1860, ebd., S. 383.

Erklärung gegen die von Frankreich drohenden Gefahren aus der Savoyen-Frage politisches Kapital zu schlagen.[33] Im Gegensatz zum ursprünglich ins Auge gefaßten Zweck, durch eine kriegerische Auseinandersetzung dem nationalen Bundesstaat näherzukommen, war man sich jedoch im klaren, daß von einer solchen Sitzung bestenfalls eine Festigung der Stellung des Nationalvereins in Süddeutschland zu gewärtigen war.

In dieser unerfreulichen Situation kam dem Nationalverein ein grober Fehler des hannoverschen Staatsministers von Borries zu Hilfe, der sich während einer Kammerdebatte durch Bennigsen zu einer unbedachten Äußerung provozieren ließ: das Programm des Nationalvereins, so der Minister, könnte die von der Mediatisierung bedrohten Mittel- und Kleinstaaten dazu treiben, »die Allianz auswärtiger Mächte« zu suchen.[34] Das war natürlich Wasser auf die Propagandamühlen des Nationalvereins. Die Äußerung von Borries eignete sich hervorragend, um die antinationale Politik der reaktionären Regierungen zu brandmarken, die aus Gründen des Machterhalts nicht einmal vor dem Verrat des Vaterlands zurückschreckten. Auf der erweiterten Vorstandssitzung in Heidelberg am 5. Mai 1860 wurde nun eine »Erklärung« verabschiedet, die die Äußerung Borries' zitierte, das Programm von einheitlicher militärischer Spitze und Volksvertetung wiederholte, und die Bereitschaft erklärte, derjenigen deutschen Regierung alle Vollmachten zu übertragen, die »an der Spitze der im Parlament geeinigten Nation, für die Ehre, die Macht und die Freiheit des Vaterlandes in die Schranken« trete. Gleichzeitig drohte sie den Regierungen, die bei »feindlichen Mächten« Hilfe suchten, an, sie würden »dem öffentlichen Urteil und dem Schicksal verfallen, welches Verrätern« gebühre.[35]

Ungeachtet des agitatorischen Erfolgs – Streit behauptete in der Wochenschrift, aus mehr als 800 Orten Zustimmungsadressen erhalten zu haben[36] – lag die politische Bedeutung dieses Dokuments aber vor allem in der Tatsache, daß es von prominenten süddeutschen Honoratioren unterzeichnet worden war, die bisher dem Nationalverein ihre Mitarbeit verweigert hatten: die Heidelberger Welcker, Jolly, Gervinus, Dusch, Vangerow, Meyer sowie Vater und Sohn Pagenstecher, die Württemberger Duvernoy, Hölder und Tafel. Wichtig war vor allem die Unterschrift Heinrich von Gagerns, der

---

33 Bennigsen an Reyscher, 26. 4. 1860, ebd., S. 388 f.

34 Ebd., S. 392 ff., Zitat S. 394. Bennigsen wurde durch die Attacke auf Borries in eine publizistische Polemik verwickelt, in der ihm Landesverrat und Revolutionstreiberei vorgeworfen wurde; vgl. außer H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 398 ff., die Schriften von O. Meding, Offener Brief, 1860; M. Raven, Herr von Bennigsen, 1860; O. Meding, Sendschreiben an Mathilde Raven, 1861; M. Raven, Die deutsche Frage, 1861. Die anonyme Flugschrift: Ständische Studien oder Stellung der Landesvertretungen dem Nationalverein gegenüber, 1863, wiederholte den Vorwurf des Landesverrats gegen alle NV-Anhänger unter den hannoverschen Abgeordneten.

35 WSchNV, Nr. 2, 8. 5. 1860; abgedruckt bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 396.

36 WSchNV, Nr. 8, 21. 6. 1860. Für Württemberg erließen Murschel, Hölder und G. Müller am 9. 5. 1860 einen Aufruf zum Beitritt durch Unterschrift, WLB, Nl. Hölder, IV1, Bl. 3; in Berlin unterzeichneten am 13. 5. unter Führung v. Arnims 50 Abgeordnete eine Anschlußerklärung, vgl. A.v.d. Busschе, 1986, S. 288 f.; in der SZ sind ab Nr. 130 vom 10. 5. 1860 zahlreiche Zustimmungserklärungen erwähnt.

hier zum ersten und einzigen Mal mit dem Nationalverein an einem Strang zog. Von den Ausschußmitgliedern folgten die Unterschriften von Bennigsen, Reyscher, Brater, Rochau, Lang, Metz und Müller. Indem es dem Nationalverein erstmals gelungen war, Teile der badischen und württembergischen Prominenz zu sich herüberzuziehen, war zugleich eine wichtige Voraussetzung für die Ausschreibung einer ersten Generalversammlung der Vereinsmitglieder geschaffen.

c) Schleswig-Holstein

Das zweite außenpolitische Konfliktfeld bot die schleswig-holsteinische Frage. Anders als die Savoyen-Frage, bei der die Kriegstreiberei gegen Frankreich weitgehend von nationalpolitisch motivierten taktischen Überlegungen bestimmt wurde, stützte sich die Forderung nach der Einbeziehung Schleswigs und Holsteins in den deutschen Nationalstaat auf eine bis in die Anfänge der Nationalbewegung zurückreichende Tradition und war spätestens seit 1848/49 mit starken emotionalen Affekten belegt und mit der traumatischen Erinnerung an das Scheitern der Paulskirche auf das engste verknüpft.[37]

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein waren seit 1460 durch Personalunion mit dem dänischen Königshaus verbunden. Seit den umfassenden territorialen Neuregelungen des Wiener Kongresses zählte Holstein zugleich als fester Bestandteil zum Deutschen Bund, dem der dänische König als holsteinischer Herzog angehörte. Das von deutschen und dänischen Volksgruppen bewohnte Schleswig blieb außen vor, ohne daß die traditionelle gemeinsame Regierung und rechtliche Gleichbehandlung der Herzogtümer davon berührt wurde. Durch die aufkommenden Nationalbewegungen in Dänemark und Deutschland wurde diese Ordnung in der Folgezeit in Frage gestellt. Während die Forderungen der dänischen Nationalisten auf die vollständige Einverleibung Schleswigs in den dänischen Staat zielten, beanspruchte die deutsche Nationalbewegung ihrerseits die Abtrennung Schleswigs von Dänemark und seine Einbeziehung in den Deutschen Bund.

Während der Revolutionen von 1848/49 prallten die konkurrierenden Nationalismen erstmals in voller Schärfe und mit Waffengewalt aufeinander. In Schleswig-Holstein machten die deutschen Liberalen nicht vor den Thronen halt. Durch die Einsetzung einer provisorischen Landesregierung agierte hier »eine ihrem Wesen nach reformistische konstitutionelle Bewegung aus rein nationalpolitischen Motiven offen revolutionär« (Siemann). Für die Abtrennung Schleswigs von Dänemark führte das Deutsche Reich seinen ersten Krieg – allerdings fatalerweise gestützt auf preußische Truppen. Nachdem Preußen auf internationalen Druck hin eigenmächtig einen Waffenstillstand mit Dänemark geschlossen hatte, blieb der Paulskirche keine Wahl, als diesen nachträglich zu genehmigen.

---

37 Das Folgende vor allem nach E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2, ^{3}1988, S. 660 ff., 906 ff., 933 ff., Bd. 3, ^{3}1988, S. 449 ff.; für die Revolutionsjahre vgl. auch G. Wollstein, 1977, S. 23 ff.; W. Siemann, Revolution, 1985, S. 63 f., 153 ff.

Anfang 1851 löste der rekonstituierte Bundestag durch Entsendung eines österreichischen Interventionskorps die provisorische Landesregierung in Holstein auf und übergab das Land an Dänemark. Der Nationalitätenkonflikt erfuhr seine vorläufige Lösung erst nach der vollständigen Niederschlagung der europäischen Revolutionen. Im zweiten Londoner Protokoll vom Mai 1852 wurde auf europäischer Ebene ein Kompromiß festgeschrieben, der die Integrität des dänischen Gesamtstaats garantierte und die Erbfolgefrage regelte. Durch zusätzliche Manifeste sicherte der dänische König verbindlich zu, die überlieferte verfassungsrechtliche Gemeinsamkeit der Herzogtümer zu berücksichtigen und insbesondere auf eine förmliche Einverleibung Schleswigs in den dänischen Staat zu verzichten.

Unter dem Druck der Nationalisten stellte die dänische Krone bereits 1855 die internationalen Vereinbarungen wieder in Frage, indem sie eine revidierte Gesamtstaatsverfassung erließ, die der dänischen Zentralmacht weitreichende Befugnisse in den Herzogtümern einräumte und deren relative Eigenständigkeit beseitigte. Da die neue Verfassung nicht mit den holsteinischen Ständen vereinbart war, verstieß der dänische König zugleich gegen seine Pflichten als Mitglied des Deutschen Bundes. Die daraus resultierenden Auseinandersetzungen führten dazu, daß der Frankfurter Bundestag im Oktober 1858 zum ersten Mal ein Exekutionsverfahren einleitete, um den verletzten Rechten in Holstein wieder Geltung zu verschaffen. Da die dänische Regierung im Kern die Einverleibung Schleswigs anstrebte, fiel es ihr leicht, die Aufhebung der beanstandeten Bestimmungen für Holstein zuzugestehen. Damit war die rechtlich zugesicherte Gleichstellung der Herzogtümer zerstört und die Einverleibung Schleswigs de facto vollzogen. Die Krise schwelte also weiter und die Wiederaufnahme des Verfahrens der Bundesexekution lag ständig im Bereich des Möglichen. Genau an dieser Stelle setzte der Nationalverein an.

Der Ausschuß befaßte sich zum ersten Mal während seiner Berliner Sitzung im März 1860 ausführlich mit dem Schleswig-Holstein-Problem. Als Spezialreferenten hatte man den Kieler Rechtsanwalt Theodor Lehmann[38] bestimmt. Lehmann war bis zu seinem Tod im Juli 1862 die beherrschende Persönlichkeit in der holsteinischen Ständeversammlung und der informelle Führer der dortigen Nationalvereinsmitglieder. Seinen Empfehlungen in der schleswig-holsteinischen Frage folgte anfangs auch der Ausschuß des Nationalvereins uneingeschränkt. Bereits im Dezember 1859 hatte Lehmann eine zurückhaltende Politik des Nationalvereins gefordert, die zunächst auf die Forderung nach Trennung der Herzogtümer von Dänemark verzichten und sich stattdessen darauf beschränken sollte, gemäß des Bundesrechts für Holstein ein erträgliches Provisorium zu schaffen. Den Verzicht auf eine agitatorische Zuspitzung begründete er vor allem mit der mangelnden Vorberei-

38 Vgl. zu Lehmann und der Rolle des NV in Schleswig und Holstein die sorgfältige Arbeit von J. Wetzel, 1971. Wetzel neigt dazu, Lehmanns Einfluß auf die NV-Politik zu überschätzen. Für Lehmann war die Schleswig-Holstein-Politik alles, für den NV war sie nur ein (wichtiges) Thema unter anderen und besaß eher instrumentellen Charakter bei der Verfolgung des Hauptziels, der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands.

tung der Öffentlichkeit Schleswig-Holsteins, die an die Aussicht eines Krieges mit Dänemark noch gewöhnt werden müsse. Lehmann empfahl dem Ausschuß, die Agitation zunächst auf die Kurhessen-Frage zu konzentrieren.[39] In der holsteinischen Ständekammer dominierte eine starke konservativ-altliberale Fraktion, die im Gegensatz zum Nationalisten Lehmann noch immer einen befriedigenden, die Rechte Schleswig-Holsteins bewahrenden Ausgleich mit Dänemark zu erreichen hoffte. Einen offenen Bruch mit diesem Flügel wollte Lehmann solange vermeiden, bis der Nationalverein und seine Anschauungen im Lande Fuß gefaßt hatten.[40]

Dieselbe Auffassung lag auch dem Referat zugrunde, das Lehmann dem Ausschuß im März 1860 vortrug. Auf dieser Grundlage erarbeitete er gemeinsam mit Riesser und dem hinzugezogenen Theodor Mommsen eine Erklärung, die der Ausschuß nach einigen redaktionellen Änderungen als Flugblatt Nr. II des Nationalvereins veröffentlichte. Darin wurde zwar die »mit der Stellung des Bundes vereinbare« Durchführung der seit zwei Jahren schwebenden Bundesexekution in Holstein gefordert. Der Tenor der Schrift zielte jedoch darauf, die Vereinsmitglieder zu verstärkter Agitation anzuhalten, um »die öffentliche Meinung zu einer zwingenden Gewalt« zu machen, die die Regierung zur Sicherung der Rechte beider Herzogtümer zwinge. Vor dem Ausschuß betonte Lehmann ausdrücklich, daß eine befriedigende Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, worunter man übereinstimmend die völlige Trennung der Herzogtümer von Dänemark verstand, nur durch einen Krieg mit europäischen Dimensionen zu erreichen sei. Ein offenes Eintreten für diese Forderung stellte man jedoch aus den genannten Erwägungen vorläufig zurück.[41]

Diese gemäßigte, am Bundesrecht orientierte Politik ließ sich der Ausschuß im Herbst 1860 durch die Generalversammlung bestätigen, der er als Antrag zur schleswig-holsteinischen Frage den Schlußteil des Lehmannschen Flugblattes vorgelegt hatte. Zusätzlich ließ sich der Ausschuß ermächtigen, die Organisierung von Spendensammlungen für notleidende Schleswig-Holsteiner zu organisieren.[42] Damit demonstrierte er den hohen Stellenwert, den er der schleswig-holsteinischen Angelegenheit als Frage der nationalen Ehre und Solidarität zumaß. Die Sammlung von zweckbezogenen Geldern, die der Verein in den folgenden Jahren regelmäßig betrieb, hatte einen dreifachen Nutzen. Einmal erweiterte sie die finanziellen Möglichkeiten des Nationalvereins, da dieser sich stets das letzte Wort über die Verwendung der Gelder vorbehielt, und zum andern bot sie die Gelegenheit, die Bevöl-

---

39 Vgl. Lehmanns Referat für die A-Sitzung vom 12. 12. 1859; eine ausführliche Inhaltsangabe nach dem im Nl. befindlichen Manuskript bei J. Wetzel, ebd., S. 91 ff.; vgl. A-Prot.NV, 12. 12. 1859, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

40 Vgl. J. Wetzel, 1971, S. 46 ff.

41 A-Prot.NV, 12.–13. 3. 1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV; J. Wetzel, 1971, S. 98 f.; Flugblatt NV, Nr. II, 1860; Bennigsen an Reyscher, 20. 3. 1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 374.

42 Verhandlungen NV I (1860), S. 40 f. Der Vorstand wies im Anschluß an die Generalversammlung die WSchNV an, zu Spendensammlungen aufzurufen, V-Prot.NV (ms.), 7. 10. 1860, StadtB München, Akten NV.

kerung am politischen Leben teilhaben zu lassen und zur öffentlichen Stellungnahme zu bewegen. Schließlich besaß sie hohen Demonstrationswert, indem sie das Versagen der eigentlich zuständigen Regierungen öffentlich dokumentierte. Besonders ergiebig war dieser erste Versuch allerdings nicht. Spenden zugunsten notleidender Schleswig-Holsteiner waren nicht populär. Bis zum August 1861 erbrachte die Sammlung gerade 7733 fl., verglichen mit den Flottensammlungen und den Schleswig-Holstein-Spenden von 1863/64 eine vernachlässigenswerte Summe.[43]

Seit Anfang 1861 sprach sich Lehmann dafür aus, die Agitation ganz auf die Entfesselung eines Kriegs mit Dänemark zu richten. Sein Meinungswandel hatte zwei Ursachen: die Festigung des Nationalvereins in Schleswig-Holstein und der endlich vollzogene Thronwechsel in Preußen. Für den 13. Januar 1861, sicher nicht zufällig am Vortag der Thronrede Wilhelms I., hatte Lehmann daher die erste öffentliche Mitgliederversammlung des Nationalvereins in Schleswig-Holstein nach Kiel einberufen. Der Versammlung legte er eine Resolution vor, die eindeutig Stellung innerhalb der holsteinischen Gruppierungen bezog: als Aufgabe der Vereinsmitglieder benannte er es jetzt, auf »die Wiederherstellung und weitere Ausbildung der alten Verbindung Schleswigs und Holsteins, und auf den engsten Anschluß an das zentralisierte Deutschland« unter Preußens Führung hinzuwirken. Mit diesem Programm vollzog Lehmann den Bruch mit den auf einen Ausgleich mit Dänemark setzenden Kräften in Holstein. Die dänische Regierung reagierte darauf sofort, indem sie am 17. Januar 1861 den Nationalverein in Holstein verbot.[44]

---

43 Verhandlungen NV II (1861), S. 7. Die Verwaltung der Gelder überließ der Vorstand zunächst einem Kieler Komitee unter Leitung Lehmanns, V-Prot.NV (ms.), 9. 12. 1860, StadtB München, Akten NV. Da Lehmann bei der Vergabe der Gelder die politischen Belange des NV vernachlässigte, drängte Streit auf Veränderung, Streit an Bennigsen, 6. 2. 1861, in: H. Rautenberg (Hrsg.), Wir wollen Deutsche bleiben, 1939, S. 254. Das sollte durch ein neugegründetes Komitee in Hamburg unter Leitung von Franz Julius Wex (1803–1883), einem linksliberalen Kaufmann, der seit 1864 mit volksparteilichen Bestrebungen sympathisierte (vgl. W. Heyden, 1909, S. 155.), und des dortigen Agenten Karl Götte geleistet werden, die die Interessen des NV besser im Auge hatten als der ausschließlich auf Schleswig-Holstein fixierte Lehmann, V-Prot.NV (ms.), 20. 2. 1861, StadtB München, Akten NV; vgl. J. Wetzel, 1971, S. 103 f. Lehmann beklagte sich in einem Brief an Bennigsen vom 15. 5. 1861 bitter über seine Ausbootung, H. Rautenberg (Hrsg.), ebd., S. 272 f. Die Spendeneingänge für Schleswig-Holstein wurden in der WSchNV dokumentiert, ebenso die Überweisungen des Vorstands an das Hamburger Komitee für gemaßregelte Offiziere (vgl. auch dessen Rechenschaftsbericht für 1861 in WSchNV, Nr. 93, 7. 2. 1862). Hinzu kam später ein Komitee für entlassene schleswig-holsteinische Beamte in Altona unter Vorsitz des Dr. med. de Castro. Einige Ausgabeposten lassen sich direkt aus den A-Prot. und V-Prot.NV belegen.

44 Vgl. J. Wetzel, 1971, S. 129 ff.; A-Prot.NV, 20. 1. 1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Beim anschließenden Festbankett hatte Lehmann angeblich den frisch inthronisierten preußischen König als »Kaiser Wilhelm den Eroberer« bezeichnet. Damit provozierte er erstmals auch den Widerspruch des bundesstaatlichen Flügels der NV-Mitglieder, der sich um Wilhelm Ahlmann sammelte. Die Kieler Erklärung brachte Lehmann einen Hochverratsprozeß ein, der letztinstanzlich mit Freispruch endete, vgl. J. Wetzel, ebd., S. 209 ff. Anstelle des verbotenen NV wurde eine Ersatzorganisation geschaffen, die auf dem Agenten- und Vertrauensmännernetz des Vereins aufbaute, aber nach dem Vereinsprinzip organisiert war. Die Vereine entsandten Delegierte in ein »Landeskomitee«, das aus seiner Mitte einen »geschäftsleitenden Vorstand« bzw. »Engeren Ausschuß« mit Sitz in Kiel wählte und aus NV-Mit-

In der Ausschußsitzung vom 20. Januar 1861 berichtete Lehmann ausführlich über die Kieler Ereignisse und referierte anschließend über das von ihm gewünschte weitere Vorgehen. Lehmann hielt den Zeitpunkt für gekommen, für die Entfesselung des Kriegs gegen Dänemark zu sorgen. Zu diesem Zweck schlug er vor, die Agitation für die Durchführung der Bundesexekution in den Mittelpunkt zu stellen. Die Durchführung der Bundesexekution sollte jedoch nur der erste Schritt zum großen Krieg sein. Wohl wissend, daß das Exekutionsverfahren nur auf Holstein, nicht jedoch auf Schleswig angewendet werden konnte, sollte der Nationalverein durch seine Agitation bewirken, daß das militärische Vorgehen, wenn es einmal in Gang gekommen war, auf Schleswig ausgedehnt, der Bundeskrieg also in einen Nationalkrieg umgewandelt werde. Ein solcher Krieg würde dann Preußen an die Spitze Deutschlands bringen.[45]

Lehmann stieß mit diesem Vorschlag im Ausschuß auf heftigen Widerspruch, insbesondere bei den Vertretern des linken Vereinsflügels. Ganz abgesehen von der Frage, ob der Plan realistisch war, die Bundesexekution auf dem Wege der Agitation zu einem allgemeinen Krieg auszuweiten, lehnten insbesondere Streit und Lüning die weitere Agitation für *bundesgemäßes* Handeln ab. Auch bemängelten sie an Lehmanns Vorschlägen das völlige Fehlen des freiheitlichen Aspekts, der ihnen mehr am Herzen lag als Schleswig-Holstein und die preußische Spitze. Streit und Lüning hielten den Ausbruch eines Krieges, sei es mit Dänemark oder Frankreich, in näherer Zukunft ohnehin für ausgemachte Sache. Sie plädierten deshalb dafür, daß der Verein offen und unverzüglich »die allgemeine Agitation für die Schaffung einer Zentralgewalt und eines Parlaments« einleite, da nur die Lösung der deutschen Verfassungsfrage auch eine *befriedigende* Lösung der Schleswig-Holstein-Frage ermöglichen würde. Nicht die weitere Thematisierung von Einzelfragen wie Kurhessen, Savoyen und Schleswig-Holstein, sondern den Kern des Nationalvereinsprogramms selbst wollte Streit ins Zentrum des weiteren Vorgehens stellen.

Wie immer in festgefahrenen Situationen übertrug der Ausschuß die Kompromißfindung einer Kommission, der Bennigsen, Lüning und Lehmann angehörten. Der von ihnen erarbeitete Resolutionstext verband äußerlich beide Positionen, entsprach im ganzen aber eher der Linie Lehmanns. Er fußte auf dem Programm von 1859, nur war er eindeutiger formuliert. Der erste Teil forderte die Bundesexekution in Holstein und betonte zugleich, daß »das militärische Einschreiten Deutschlands gegen Dänemark« nur dann seinen Zweck erreiche, wenn man dieses »auf Schleswig ausdehnt«. »Einen Krieg, wenn er zur Wiederherstellung und Sicherung der Rechte Schleswig-Holsteins notwendig werden sollte, wird das große deutsche Volk nicht scheuen.« Diese unverhohlene Kriegsforderung verband die Erklärung im zweiten Teil mit der nachdrücklichen Betonung, daß Preußen in die Lage versetzt werden müsse, »über die gesamten militärischen Kräfte Deutsch-

---

gliedern bestand, aber nicht im Namen des Vereins agierte; vgl. H. Hagenah, 1863, 1927, S. 292 f.; J. Wetzel, ebd., S. 118 ff.; 143 ff.

45 A-Prot.NV, 20.–21. 1. 1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV; J. Wetzel, 1971, S. 107 ff.

lands frei verfügen zu können«. Der dritte Abschnitt ging dann auf die aus dem Krieg hervorgehende Lösung der deutschen »Verfassungsnot« durch »Berufung« eines Parlaments und »Aufrichtung« einer Zentralgewalt ein.

Trotz der zunehmenden Enttäuschung über den Verlauf der Neuen Ära hatte der Nationalverein, so schien es, noch einmal alles auf eine preußische Initiative gesetzt, während die offizielle preußische Schleswig-Holstein-Politik immer mehr auf die von England ins Spiel gebrachte Staatenkonferenz und den friedlichen Ausgleich der Interessen zulief. Man sollte allerdings das in der Erklärung zutage tretende fortgesetzte Hoffen auf den preußischen König nicht zum Beleg der Realitätsblindheit der nationalvereinlichen Führungsgruppe hochstilisieren. Verständlich wird die Erklärung nur durch den persönlichen Einsatz Lehmanns, ihrem eigentlichen Initiator, und den Regierungsantritt Wilhelms I., der eine kurze, sehr schnell verfliegende Euphorie auslöste. Bennigsen, der zwischen Optimismus und Resignation geschwankt hatte, war sich bereits Ende Februar sicher, daß von Berlin »nichts zu erwarten« sei.[46] Der Vorstand sah deshalb auch davon ab, die Agenten zur Agitation auf der Grundlage der Schleswig-Holstein-Erklärung anzuweisen.[47] Bereits wenig später standen die Zeichen vollends auf Sturm, nicht nur im preußischen Abgeordnetenhaus, sondern auch im Nationalverein, der die Weichen zu einer Verlagerung seiner Aktivitäten in die Parlamente schon stellte, die mit der Gründung der Fortschrittspartei in Preußen begann. Die Schleswig-Holstein-Erklärung mit ihrem Appell zur preußischen Initiative fand keine Nachfolger mehr, und der Ausschuß schwenkte auf die von Streit und Lüning vertretene Linie der allgemeinen Verfassungsagitation ein.

Auf der Heidelberger Generalversammlung im August 1861 wurde das ganze Ausmaß der Akzentverschiebung deutlich. Zum Tagesordnungspunkt Schleswig-Holstein referierte in Stellvertretung des erkrankten Lehmann Schulze-Delitzsch, der gegenüber der Januar-Erklärung die Kehrtwende vollzog. Schulze sprach sich jetzt *gegen* die Durchführung der Bundesexekution aus, die nur zur Abtrennung Schleswigs führen würde. Stattdessen verlagerte er das Gewicht ganz auf die Lösung der deutschen Verfassungsfrage, indem er die Existenz eines eigenständigen Schleswig-Holstein-Problems leugnete. »Nur das Aufbieten der gesamten Nationalkraft mittelst des Zusammenfassens der militärischen und diplomatischen Leitung in einer Hand vermag den Kampf mit Aussicht auf Erfolg aufzunehmen. Die Lösung der deutschen Frage ist daher zugleich die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage.« »Zentralgewalt und Parlament« lautete jetzt die Losung.[48] Damit war der Übergang von der »praktischen«, am Einzelfall orientierten Agitation zur »prinzipiellen« Agitation vollzogen. Die Schleswig-Holstein-Sache kam erst wieder mit Ausbruch der großen Krise Ende 1863 auf die Tagesordnung des Nationalvereins.

---

46 Vgl. die Briefe Bennigsens an Reyscher, Lammers und Rochau von November 1860 bis Februar 1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910,S:477 f., 483 ff. Bennigsens skeptische Haltung wurde auch durch die Einschätzung Wilhelm I. durch Herzog Ernst II. und Frankke bestätigt, vgl. Francke an Bennigsen, 18. 1. 1861, in: ebd., S. 481, Anm. 1.

47 V-Prot.NV (ms.), 20. 2. 1861, StadtB München, Akten NV.

48 Verhandlungen NV II (1861), S. 32 ff.

3. Die Programmdiskussion bis zur ersten Generalversammlung

Die aus der Situation des italienischen Krieges entwickelte Strategie des Nationalvereins, die darauf gezielt hatte, eine kriegerische Verwicklung herbeizuführen, aus der der nationale Bundesstaat unter preußischer Führung hervorgehen würde, war an der mangelnden Risikobereitschaft der preußischen Regierung und der Zurückhaltung des Abgeordnetenhauses gescheitert. Diese Strategie entbehrte offensichtlich aller Realisierungschancen, da sie auf einer Fehleinschätzung der politischen Absichten des preußischen Machtzentrums beruhte. Im Unterschied zur società nazionale beschränkte sich die Politik des Nationalvereins jedoch zu keinem Zeitpunkt auf propreußische Propaganda, wie das die ältere nationalliberale Literatur suggeriert. Von Anfang an verband er die Forderung nach preußischer Spitze mit dem Anspruch auf ein nationales Parlament. Beide Punkte gehörten für die gesamte Zeit seines Bestehens unauflöslich zusammen.

Gefestigt durch den integrierenden Erfolg der Heidelberger Erklärung gegen Borries schritt der Aussschuß zur Vorbereitung der ersten Generalversammlung. Darin lag ein erhebliches Risiko, denn niemand konnte mit Sicherheit vorher sagen, ob der Gründungskompromiß halten und das Programm konkretisiert werden, oder ob der Nationalverein auseinanderbrechen würde. Die Erinnerung an die Meinungsverschiedenheiten während der Frankfurter Gründungsversammlung, wo man sich nur auf vage programmatische Grundsätze hatte einigen können, mahnte zur Vorsicht. Außerdem endete mit dem Zusammentreten der Versammlung das Mandat des bestehenden Ausschusses, der sich der Wiederwahl würde stellen müssen. Dennoch war die baldige Abhaltung einer Generalversammlung notwendig. Eine Mitgliederorganisation wie der Nationalverein entwickelte ein erhebliches Eigengewicht, dem der Ausschuß Rechnung tragen mußte, wollte er nicht die Anerkennung als legitimes Vereinsorgan verlieren. Der Beschluß zur Abhaltung einer Generalversammlung fiel auf einer Ausschußsitzung in Eisenach Ende Juni 1860. Als Termin legte man den 4. September, als Tagungsort den Vereinssitz Coburg fest.[1]

Beachtlich sind einige der beschlossenen Vorsichtsmaßnahmen, die zeigen, für wie risikoreich man das Unternehmen einer Generalversammlung hielt. Anders als in späteren Jahren wurde die Öffentlichkeit nur begrenzt zugelassen. Gäste und Beobachter mußten sich als »Freunde des Vereins« rechtzeitig anmelden und eine teure Eintrittskarte erwerben. Auf diese Weise war die Exklusivität auch auf der Zuschauertribüne sichergestellt. Von höchster Bedeutung war die Bestimmung, daß alle Anträge über außerhalb der vom Ausschuß festgesetzten Tagesordnung stehende Gegenstände mindestens 8 Tage vor Tagungsbeginn schriftlich dem Vorstand vorliegen mußten.[2]

---

1 Streit befürwortete zunächst Eisenach, das »als bequemer Knotenpunkt mehrerer Eisenbahnen« besonders geeignet schien, und schlug die letzten Augusttage als Termin vor, Konzept Streit an Ausschußmitglieder, 12.6.1860, BAP, Akten NV, 12, Bl. 44. Rochau bevorzugte Frankfurt oder Heidelberg, Rochau an (Streit), 7.6.1860, ebd., Bl. 45 f.

2 A-Prot.NV, 30.6.–1.7.1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

Auf diese Weise konnte der Ausschuß rechtzeitige Vorkehrungen treffen und Überraschungen ausschließen. Umgekehrt war das nicht der Fall. Den Versammelten gingen die Ausschußanträge meist erst unmittelbar vor Beginn oder erst während der Verhandlungen zu, so daß ein gründliches Lesen und die Verabredung gemeinsamen Vorgehens erheblich erschwert oder unmöglich gemacht wurde.

Das Hauptthema der ersten Generalversammlung würde die Frage der deutschen Nationalverfassung werden. Für den Ausschuß bedeutete dies, daß er um eine Stellungnahme zur Reichsverfassung von 1849 nicht herumkommen würde. Seit 1859 war die von der Frankfurter Nationalversammlung verabschiedete Verfassung als politisches Programm wieder im Gespräch, zuerst anläßlich der Feiern einiger ehemaliger Paulskirchenmitglieder zum zehnjährigen Jubiläum in Berlin, dann im Briefwechsel Schulze-Delitzschs und Biedermanns und schließlich durch verschiedene Anträge auf der Gründungsversammlung des Nationalvereins in Frankfurt. Die Anknüpfung an die Reichsverfassung war das beinahe natürliche Ergebnis des Nachlassens der polizeilichen Repression. In ihr hatte sich das Paulskirchenparlament nach langen Auseinandersetzungen in einem Kompromiß ein Fundament geschaffen, das während der Reichsverfassungskämpfe auch von einem größeren Teil derjenigen Demokraten anerkannt worden war, die ihr zunächst ablehnend gegenüber gestanden hatten. Als gemeinsames historisches Erbe der Konstitutionellen und Demokraten kam ihr ein herausragender »integrativer Symbolwert« (Langewiesche) zu. Obendrein lieferte sie zu einigen der am heftigsten umstrittenen Programmpunkte des Nationalvereins Lösungsangebote: »Die Verfassung von 1849 scheint ein Fertiges, nur der Einführung harrendes zu bieten, sie hat historischen Nimbus, sie kommt den Wünschen der deutschen Österreicher entgegen, sie gibt den Gothaern den preußischen Kaiser, den Demokraten die Grundrechte, den Großdeutschen den Einschluß Österreichs«, analysierte Sybel zutreffend.[3] In Erkenntnis dieser Vorteile regte Streit, der persönlich der Reichsverfassung äußerst distanziert gegenüberstand, Ende Mai 1860 bei den Vorstandsmitgliedern Bennigsen und Fries offiziell die programmatische Adaption der Reichsverfassung durch den Nationalverein an:

»Bei der Eigentümlichkeit des deutschen Michels aller Klassen, der ohne einen Rechtsboden nicht existieren kann, bei der nur gesetzlichen Wirksamkeit, die der Nationalverein sich zur Pflicht gemacht hat, sowie bei der Erwägung, daß diese Reichsverfassung auf einem Kompromiß aller Parteien beruht, und rechtlich und gesetzlich, wenn auch nicht tatsächlich, noch ihre volle Gültigkeit hat, daß keine Partei bei der heutigen Lage eine ernstliche Opposition dagegen machen kann (auch die Preußen nicht), daß mit der Durchführung der Reichsverfassung deren weitere Fort- und Umbildung nicht ausgeschlossen ist, und daß endlich die Massen, wenn sie in Bewegung gesetzt werden sollen, ein Schibboleth haben müssen, während andererseits es für den Nationalverein keinen anderen Weg gibt, aus der fatalen Hegemoniefrage herauszukommen, – aus allen diesen Gründen meine ich, sollten wir doch nachgerade ganz ernstlich erwägen, ob wir nicht die Reichsverfassung von 1849 als das nächste Ziel des Nationalvereins offen aufstellen sollen.[4]«

3 Sybel an M. Duncker, 9.2.1861, in: M. Duncker, 1923, S. 262 ff.

4 Konzept Streit an Bennigsen und Fries, 23.5.1860, BAP, Akten NV, 11, Bl. 132.

In der Vorstandssitzung vom 10. Juni 1860 wurde Streits Vorschlag ausführlich diskutiert. Auf Drängen Bennigsens entschied man sich, zunächst schriftlich die Meinung des Ausschusses einzuholen und die Stimmung der Bevölkerung zu erkunden.[5] Von den Antworten der 22 Ausschußmitglieder sprachen sich 13 gegen und 9 für die Reichsverfassung aus. Das wichtigste politische Gegenargument führte Miquel an: er befürchtete, daß man sich durch die Proklamierung der Reichsverfassung »ohne Not die Hände binden würde, ohne daß man konkrete Schritte für die Durchführung derselben zu nennen wüßte«.[6]

Als Befürworter traten demgegenüber Rochau und Reyscher hervor, beide keine unbedingten Anhänger der Reichsverfassung. Sie stellte den prinzipiell berechtigten Einwänden Miquels, die sie vermutlich teilten, vor allem taktische Überlegungen entgegen. Rochau hielt den Rückgriff auf die Reichsverfassung schon deshalb für unvermeidlich, »weil die Reichsverfassung jedenfalls von irgend einer andern Seite auf den Schild gehoben werden wird, so daß es sich nur darum handeln kann, ob der Nationalverein sich freundlich oder feindlich zu derselben verhalten wird. Das letztere ist aber ebenso unmöglich wie irgend eine Neutralität«.[7] Reyscher befürwortete aus ganz ähnlichen Gründen die Reichsverfassung: »Haben wir nicht in der Anerkennung der Reichsverfassung und dem Antrag auf Berufung eines Parlaments Auskunftsmittel gefunden, die uns über die Hegemoniefrage [. . .] hinüberhilft?«.[8]

Den Ausschlag gaben jedoch vorläufig die drohenden Töne aus dem Umkreis der preußischen Regierung, die unmißverständlich deutlich machten, daß eine Berufung auf die Reichsverfassung, und das hieß ja, das Bekenntnis zur Revolution, in preußischen Regierungskreisen als Affront betrachtet würde. In dieser Hinsicht sprach sich besonders deutlich eine Denkschrift Max Dunckers über den Nationalverein aus.[9] Dagegen konnte auch das Ar-

---

5 V-Prot.NV liegt nicht vor, vgl. jedoch Bennigsen an Rochau, 12.6. 1860, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 416 f.; S. 427 f.

6 Miquel an Streit, 11.6. 1860, in: H. ONCKEN (Hrsg.), Bennigsen Briefe, Dt. Revue XXX (1905, III), S. 82 ff. Bennigsen hatte Bedenken, weil er nicht an die Integrationskraft der Reichsverfassung glaubte, Bennigsen an Rochau, 12.6. 1860, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 416 f. Es ist nicht zulässig, Bennigsen wegen der Ablehnung der Reichsverfassung dem rechten Vereinsflügel zuzurechnen, wie z. B. M. GUGEL, 1975, S. 280 f., und R. ALDENHOFF, 1984, S. 149 f., dies tun. Die Einstellung zur Reichsverfassung war stets taktisch bedingt und eignet sich nicht als Sonde zur Feststellung der Richtungszugehörigkeit. Im Herbst 1862 etwa befürwortete der altliberale Coburger Regierungspräsident Francke ihre Adaption, während der ehemalige Kommunist Miquel, der in vielem seiner radikalen und vor allem unitarischen Vergangenheit verbunden war, die Reichsverfassung energisch bekämpfte. Bennigsen blieb bis zur Auflösung des NV Zentrist und bemühte sich konsequent um Ausgleich, das war das Geheimnis seines Erfolgs.

7 Rochau an (Streit), 7.6. 1860, BAP, Akten NV, Bl. 45 f.

8 Reyscher an Bennigsen, 15.10. 1860, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 417 f. Vgl. auch seinen Versuch, M. Duncker gegenüber die Bezugnahme auf die Reichsverfassung zu rechtfertigen, Reyscher an Duncker, 12.2. 1861, in: M. DUNCKER, 1923, S. 268 f.

9 Abgedruckt bei W. GRUBE, Neue Ära, 1933, S. 166 ff.; vgl. dazu und den altliberalen Reaktionen auf die Beschlüsse der Generalversammlung ebd., S. 90 f.; H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 452 ff.; T.v. BERNHARDI, Tagebücher, Bd. 4, 1895, S. 17 ff.; ERNST II., Bd. 3, 1889, S. 80 f.; R. HAYM, Duncker, 1891, S. 219 ff.

gument Lünings nichts ausrichten, daß man nach dem Baden-Badener Fürstentreffen ein Verbot nicht mehr zu befürchten habe und deshalb weniger Rücksicht zu nehmen brauche.[10]

Obwohl intern die Entscheidung gegen die Proklamierung der Reichsverfassung bereits gefallen war und eine Ausschußkommission bereits einen entsprechenden Antrag ausgearbeitet hatte, inszenierte die Wochenschrift seit der Nr. 9 vom 29. Juni 1860 durch den Abdruck angeblicher Leserzuschriften eine Debatte über die Vor- und Nachteile, ehe der Ausschuß in Nr. 14 vom 3. August 1860 seine Haltung bekanntgab und dabei auf die Ergebnisse seiner Umfrage verwies, die gezeigt habe, daß die Reichsverfassung gar nicht so populär sei wie gelegentlich behauptet.[11]

Die Kampagne konnte allerdings nicht verhindern, daß beim Vorstand Anträge von Mitgliedern für die Generalversammlung eingingen, die auf der Einführung der Reichsverfassung beharrten. Nachdem in Unruhs Berliner Wohnung die Württemberger Hölder und Tafel mit den Berlinern Zabel, Ziegler und Unruh noch einmal die Kompromißmöglichkeiten ausgelotet hatten[12], zog der Ausschuß die Konsequenzen und arbeitete in der Vorbereitungssitzung zur Generalversammlung einen Resolutionsentwurf aus, der auf die Reichsverfassung Bezug nahm. Der Kernsatz lautete jetzt:

»Das deutsche Volk wird seinen Anspruch auf bundesstaatliche Einheit, welcher durch das Gesamtorgan des Bundes und alle einzelnen deutschen Regierungen anerkannt ist und in der Reichsverfassung von 1849 seinen Ausdruck gefunden hat, nimmermehr aufgeben«.[13]

Indem der Ausschuß vor allem auf die bundesstaatlichen Elemente abstellte, blieb er weit hinter einer programmatischen Adaption der Reichsverfassung zurück; dennoch hatte er das Tabu gebrochen und offiziell an die Tradition der Revolution angeknüpft.

In der Generalversammlung, zu der sich 446 Vereinsmitglieder, also knapp zehn Prozent der gesamten Mitgliedschaft, in Coburg eingefunden hatten[14], konnte der Ausschußantrag zur deutschen Frage in seiner neuen

---

10 Lüning an Streit, 4.7. 1860, BAP, Akten NV, Nr. 12, Bl. 185 f.

11 Die ausführlichste Befürwortung der Reichsverfassung stammte von Lüning in der WSchNV Nr. 18, 31.8. 1860. Der Resolutionsentwurf für die Generalversammlung war von Brater, Lang, Metz, Reyscher und Unruh erarbeitet worden. Er sprach die preußische Spitze an und betonte zugleich die Zugehörigkeit der deutschösterreichischen Gebiete zur Nation, erwähnte jedoch verabredungsgemäß die Reichsverfassung nicht, vgl. A-Prot.NV, 30.6.–1.7. 1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV; abgedruckt bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 428, Anm. 2. Der Ausschuß traute der Tragfähigkeit seines Entwurfes sowenig, daß er sich eine gründliche Umarbeitung vorbehielt, nicht zuletzt, um die bis dahin eingehenden Anträge von Vereinsmitgliedern in dieser entscheidenden Frage berücksichtigen zu können.

12 Vgl. Unruh an Jacoby, 28.8. 1860, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 111. Der Zusammenhang zwischen diesen Gesprächen und der Empfehlung der Esslinger Versammlung zum Eintritt der Württemberger in den NV liegt auf der Hand.

13 Vgl. zum Text des Antrags und der anschließenden Diskussion Verhandlungen NV I (1860), S. 15 ff.

14 Vgl. die Beschreibung der Räumlichkeiten in der NZ, Nr. 416, 5.9. 1860: »Die herzogliche Reitbahn, das Sitzungslokal des Nationalvereins, war festlich geschmückt worden, von den beiden kleinen Türmen herab wehten schwarz-rot-goldene Farben, im Innern an der der Tür

Fassung beinahe unverändert zur Annahme gebracht werden und sich gegen Anträge von Lüning, von Ladenburg aus Mannheim und Genossen sowie von Leopold Rückert durchsetzen, die die Aufnahme der Agitation für die Wiedereinführung der Reichsverfassung gefordert hatten. Keine Chance hatte auch der Antrag Karl Theodor Welckers, den dieser zum Leidwesen der Versammelten von jetzt an jährlich auf den Generalversammlungen des Nationalvereins und später auch des Abgeordnetentags wiederholte. Der einstmals berühmte Welcker, der sich inzwischen zur Personifizierung des berüchtigten Typus des liberalen »Doktrinärs« entwickelt hatte, behauptete schlicht die rechtliche Fortdauer der Verfassung von 1849 und verlangte die Wiederherstellung des »gebrochenen deutschen Rechtszustands«.[15] Preußenfromme Anträge, wie der Amelungs aus Stettin, am Eisenacher Programm festzuhalten, oder der Webers aus Stade, der Verein solle allein für die Übernahme der Zentralgewalt durch Preußen eintreten, wurden ignoriert oder, wie im Falle Webers, mit Mißfallensäußerungen bedacht. Lediglich ein Amendement des in die Ausschußinterna eingeweihten Nürnbergers Reuß[16] wurde angenommen, wonach es jetzt einschränkend hieß, die Reichsverfassung von 1849 sei der *rechtliche* Ausdruck des Anspruchs auf bundesstaatliche Einigung. Durch die Einfügung dieses unscheinbaren Wortes trug der Nationalverein dem von Miquel formulierten grundsätzlichen Einwand Rechnung, sich durch ein verbindliches Bekenntnis zur Reichsverfassung nicht den Weg zu andersartigen Lösungen zu verbauen.

Der Nationalverein ging erheblich gefestigt aus der ersten Generalversammlung hervor, wie nicht zuletzt auch die Eintritte der Württemberger belegten. »Die Programmlosigkeit, die seit der Frankfurter Gründungsversammlung immer wieder beklagt worden war, war nun aufgegeben« und der Nationalverein hatte seine Unabhängigkeit von der preußischen Regierung bewiesen.[17] Streit konnte jetzt die Agenten anweisen, auf der Grundlage der Coburger Beschlüsse verstärkte Agitation zu betreiben. Mit der Aufforderung zur Abhaltung lokaler Mitgliederversammlungen leitete er eine neue Phase der öffentlichen Wirksamkeit des Vereins ein, die sich bisher weitgehend auf publizistische Aktivitäten der Coburger Zentrale beschränkt hatte.

»Festen Boden im Volke, Einfluß auf die Massen, Ansehen und moralisches Gewicht nach allen Seiten hin kann der Nationalverein durch Kundgebungen, die nur vom Zentrum allein ausgehen, nicht erlangen. Auf solche beschränken mußte er sich, so

---

entgegengesetzten Wand war ein kolossaler Reichsadler im goldenen Felde angebracht, umwallt von deutschen Fahnen. Unter ihm befand sich die auf das anmutigste mit Blumen und einem grünen Strauchwerk geschmückte Estrade für den Präsidenten, das Bureau und die Rednertribüne. Der ganze große Raum war mit blühenden Gewächsen freundlich dekoriert und durch zahlreich angebrachte Gas-Flammen erleuchtet.«

15 Vgl. dazu K. Wild, 1913, S. 308 f.

16 Andreas Reuß (1812–1863); entstammte einer Tagelöhnerfamilie; 1848/49 Schriftführer des Würzburger Märzvereins und Arbeitervereins; Mitglied des Zentralkomitees der Arbeiterverbrüderung; nach 1861 führend in Nürnberger Arbeitervereinen tätig; Schriftführer des 1. VDAV; 1859 Redakteur des Fränkischen Kurier in Nürnberg; Gründungsmitglied des NV; vertrat als enger Vertrauter Karl Crämers diesen gelegentlich in Ausschußsitzungen des NV; vgl. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 251, Anm. 509.

17 So das Urteil S. Na'amans, Nationalvereins, 1987, S. 78.

lange seine Mitgliederzahl noch eine zu unbedeutende war. In diesem Stadium befindet er sich jetzt nicht mehr. Wenn seine Mitgliederzahl auch noch keine imponierende ist, so ist dieselbe doch an sehr vielen Orten hinreichend, um die Mitglieder dort in den Stand zu setzen, in allen wichtigeren öffentlichen Fragen die Initiative zu ergreifen und hierbei die mit den Zielen des Vereins sympathisierenden Elemente aus den durch Intelligenz, Besitz und unabhängige Gesinnung hervorragenden Kreisen der Bevölkerung wirksam heranzuziehen. Daß dies namentlich auch bei allen Wahlen, sowohl kommunalen als auch solchen für die Volksvertretung – selbstverständlich mit taktvoller Berücksichtigung der lokalen Parteiverhältnisse – geschehen muß, bedarf kaum erst der Erwähnung«.[18]

Der Preis für die Bezugnahme auf die Reichsverfassung von 1849 und die verstärkte öffentliche Agitation bestand darin, daß die Beziehungen zur preußischen Regierung der Neuen Ära vollständig abkühlten und die mühselig gewonnenen altliberalen Ausschußmitglieder ihren Rückzug einleiteten.

4. Wehrpolitik

Seit seiner Gründung versuchte sich der Nationalverein an einer eigenständigen sogenannten Wehrpolitik, die darauf zielte, die nationale Wehrkraft zu stärken. Dieses Ziel gedachte er auf zweierlei Weise zu erreichen: erstens, indem er die Nutzbarmachung des Vereinswesens der Turner und Schützen für den Aufbau einer nationalen Wehrpflichtigenarmee in Angriff nahm, und zweitens durch die großangelegte Sammlung der sogenannten Flottengelder, die er dem preußischen Marineministerium als finanziellen Grundstock einer künftigen deutschen Reichsflotte zur Verfügung stellte. Allerdings hing der Nationalverein nicht der Illusion an, durch private Initiative und die Verwendung privater Mittel gleichsam einen Ersatz für die staatliche Militärpolitik bieten zu wollen. Das wäre bei dem enormen finanziellen, organisatorischen und technischen Aufwand unter den Bedingungen der entstehenden Industriegesellschaft völlig aussichtslos gewesen. Dem Nationalverein kam es vielmehr darauf an, durch seine Wehrpolitik zu belegen, daß seine politischen Forderungen die Unterstützung der Bevölkerung besaßen. Durch die eher symbolisch verstandene Wehrpolitik wollte er den Reformdruck auf die Regierungen erhöhen. Daß die 100 000 bis 200 000 Gulden, die man im günstigsten Fall durch Spendensammlungen für die Flotte zusammenzubringen hoffte, bei einem preußischen Militärbudget von 80 Millionen kaum ins Gewicht fallen würden, sagte Schulze der Generalversammlung ausdrücklich. Die »weit hinausgreifende Tragweite« und den »unberechenbaren moralischen Wert« sah er in dem »Druck, den sie durch eine solche Konstatierung des Volkswillens auf die Regierungen« ausübten.[1]

---

18 V-Prot.NV, 7.10.1860 (ms.), StadtB München, Akten NV; vgl. ferner das vertrauliche Rundschreiben an die Agenten vom 15.12.1860, ebd.

1 Verhandlungen NV II (1861), S. 37.

Mit seiner Wehrpolitik zog der Verein praktische Konsequenzen aus der während des italienischen Krieges noch einmal bestätigten Gewißheit, daß die bestehende Bundeskriegsverfassung die nationale Sicherheit nicht gewährleisten könne und zur Befriedigung der nationalen Machtansprüche, die sich vor allem auf Schleswig und Holstein richteten, aber immer häufiger auch Elsaß und Lothringen berührten, nicht in der Lage sei.[2] Da nach der Ansicht des Nationalvereins auch die Lösung der nationalen Frage nur durch einen europäischen Krieg möglich sein würde, entwickelte sich die Stärkung der nationalen Wehrkraft zu einem seiner Hauptanliegen. Ihn plagte die Furcht, daß Deutschland im Ernstfall nicht genügend gerüstet sein würde. »Nichts ist wahrscheinlicher, als daß wir Krieg haben werden [. . .]; aber in der Lage, einen Krieg zu führen, sind wir eben nicht. Die Frage von der Kriegsverfassung, Küstenbefestigung, Festungsbesatzung, Sicherung des Oberrheins! alles unerledigt«.[3] Vor dem Hintergrund dieser Befürchtungen muß die Wehrpolitik des Nationalvereins analysiert werden.

a) Der Nationalverein und die Vereine der Turner und Schützen

Das Wiederaufleben der deutschen Turnbewegung seit Ende der 1850er Jahre war die Voraussetzung des nationalvereinlichen Experiments mit den sogenannten Wehrvereinen. Die Turnbewegung[4] wurzelte in den Jahren der napoleonischen Besetzung und hatte am Anfang der organisierten Nationalbewegung in Deutschland gestanden. In ihrer ersten Phase, die durch die Karlsbader Beschlüsse beendet wurde, unterlag sie dem prägenden Einfluß Friedrich Ludwig Jahns, der ihre antifranzösische Ideologie wesentlich beeinflußte. Hier wurde ein Großteil der Riten, Symbole und Festformen ausgeprägt, die die nationale Bewegung während des Jahrhunderts begleiteten. Nach der Aufhebung der Turnsperre lebte die Bewegung im Gefolge der Rheinkrise der 1840er Jahre erneut auf und entwickelte sich zu einem Mas-

---

2 Eine detaillierte Analyse der Bundeskriegsverfassung bringt Reyscher im Flugblatt NV, Nr. III, 1861, das in einer Auflage von 15 000 Exemplaren (A-Prot.NV, 18. 5. 1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV) verbreitet wurde. Sein Fazit (S. 32 f.) lautet: »1) Mit der bestehenden Bundes-Kriegsverfassung ist ein ernster deutscher Krieg mit gutem Erfolg nicht zu führen. 2) Eine Hoffnung auf wesentliche Verbesserung der Kriegsverfassung, namentlich in Bezug auf den Oberbefehl und die entsprechende militärische Unterordnung, ist auf dem bundesverfassungsmäßigen Wege nicht zu erwarten. 3) Eine Abhilfe ist nur möglich, indem entweder diejenigen Staaten, welche geneigt sind, ihre Streitkräfte der Führung einer deutschen Großmacht zu überlassen, Militärkonventionen mit dieser abschließen, oder indem eine deutsche Zentralgewalt mit dem Rechte des Krieges und Friedens eingesetzt wird.«; in der WSchNV finden sich zahlreiche in diese Richtung gehende Artikel, vgl. etwa WSchNV, Nr. 4, 22. 5. 1860; Nr. 10, 6. 7. 1860; Nr. 7, 15. 6. 1860; Nr. 22, 21. 9. 1860; Nr. 26, 26. 10. 1860; Nr. 27, 2. 11. 1860.

3 Reyscher an Bennigsen, 31. 3. 1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 504; vgl. Fries an Bennigsen, 29. 12. 1860, ebd., S. 478, Anm. 1.

4 Zur Frühphase bis 1847 D. Düding, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus, 1984; zur Revolutionszeit F. Eckardt, 1925; H. Neumann, 1968; M. Wettengel, Revolution, 1989, S. 172 ff.; die nachrevolutionäre Phase ist kaum untersucht; ersatzweise W. Eichel, 1965, und T. Austermühle, 1971; wichtig ist die Arbeit von H. Braun, 1987, über das Turnwesen in Rheinhessen. Einen Überblick unter Einbeziehung der gesellschaftlichen Funktionen des Turnens bietet D. Langewiesche, Zur politischen Rolle der Turner, 1990.

senphänomen mit einer zunehmenden Tendenz zu überregionaler Verbreitung, die während der Revolution in die Gründung nationaler Zusammenschlüsse mündete. Wie im politischen Vereinswesen kam es auch bei den Turnern zu einer Spaltung in zwei rivalisierende nationale Verbände: den konstitutionellen Deutschen Turnerbund und den republikanischen Demokratischen Turnbund. Entsprechend umstritten war auch die Funktion der sich in zahlreichen Vereinen bildenden bewaffneten Wehrriegen, die zum Teil als Ordnungstruppen innerhalb der Bürgerwehren mitwirkten, zum Teil aber auch als Bestandteile eines Revolutionsheeres auftraten. Turnerriegen waren etwa bei den Frankfurter Septemberunruhen und bei den Verfassungskämpfen in der Pfalz, in Baden und in Dresden beteiligt. Trotz der offenkundigen Politisierung großer Teile der Turnbewegung, die in den Revolutionsjahren ihren Höhepunkt erreichte, sollte jedoch eine breite unpolitische Strömung nicht übersehen werden, die stets existierte, sich in ihrem quantitativen Umfang jedoch nur schwer fassen läßt.

Die Reaktionszeit bedeutete auch für die Turnbewegung einen tiefen Einschnitt, den ein Großteil der Vereine nicht überstand. Erst mit dem Liberalisierungsschub seit 1858/59 nahm die Turnbewegung einen erneuten Aufschwung, der sich in einer Vereinsgründungswelle manifestierte. Von den 1 284 Vereinen, die am 1. Juli 1862 gezählt wurden, waren im Jahr *1859* 49 gegründet worden, *1860* 253, *1861* 474 und im ersten Halbjahr *1862* allein 323.[5] Bei insgesamt rund 134 500 Mitgliedern zählten die Vereine knapp 80 000 aktive Turner. Während dieser dritten Phase ihrer Entwicklung gelang der deutschen Turnbewegung der dauerhafte Durchbruch zur nationalen Organisierung, die im Jahre 1868 mit der Gründung der Deutschen Turnerschaft abgeschlossen wurde.

Auch das Vereinswesen der Schützen, das dem mittelalterlichen Gildenwesen längst entwachsen war, gab in den 1860er Jahren seine traditionalistisch-gesellige Selbstbeschränkung teilweise auf. Seine in der Regel aus Angehörigen des bürgerlichen Mittelstandes und der traditionsbewußten Bauernschaft zusammengesetzte Mitgliedschaft – Arbeiter und ein Großteil der Handwerker waren zur Anschaffung der teuren Staffage meist nicht in der Lage – öffnete sich der patriotischen Zeitstimmung und erlebte seit Anfang der sechziger Jahre einen Aufschwung, der sich in der Gründung des Deutschen Schützenbundes 1861 und in dem spektakulären nationalen Schützenfest des folgenden Jahres manifestierte. Die Mitgliederzahlen des Schützenbundes blieben dabei weit hinter der Zahl der Turner zurück. Sie wurden auf dem Frankfurter Schützenfest 1862 mit knapp 10 000 Mitgliedern aus 326 Orten angegeben.[6]

Indem sich der Nationalverein seit 1859 lenkend in die Turner- und dann in die Schützenbewegung einschaltete und mit ihrer Hilfe die militärische

---

5 G. Hirth, Statistisches Jahrbuch, 1863, S. Xxxviii.

6 J. B. v. Schweitzer, Offizielle Festzeitung, 1862, S. 66. Anders als bei den Turnern liegen über die Entwicklung des Schützenwesens kaum Informationen vor, sieht man von dem hervorragend dokumentierten Frankfurter Schützenfest einmal ab; einen knappen Überblick bietet H.-T. Michaelis, Schützengilden, 1985, bes. S. 67 ff.

Erziehung des Volkes zu organisieren begann, wollte er zur Steigerung der nationalen Wehrkraft beitragen. Das geeignete Mittel sah der Nationalverein in der Einführung des neuen Typus der sogenannten Wehrvereine. Im Gegensatz zu den reinen Turn- und Schützenvereinen sollten sich die Wehrvereine (oder die in den bestehenden Turn- und Schützenvereinen eingerichteten speziellen Wehrabteilungen) nicht auf das bloße Turnen und Schießen beschränken, sondern durch geeignete Exerzierreglements und militärische Gliederungen unmittelbar auf die militärische Verwendbarkeit vorbereiten. Die so ausgebildeten Wehrriegen sollten sich im Kriegsfalle als Freiwilligenkontingente den jeweiligen regulären Truppen anschließen.

Zum zweiten besaß das wehrpolitische Engagement des Nationalvereins eine innenpolitische Stoßrichtung. Er beabsichtigte, gewissermaßen auf dem Wege der privaten Initiative die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vorzubereiten und beispielhaft vorwegzunehmen. Vor dem Hintergrund des preußischen Heereskonflikts liegt die politische Relevanz dieses Vorhabens auf der Hand. Von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bei möglichst kurzer Dienstzeit erhoffte er sich eine Senkung der wirtschaftlichen Belastungen, die aus dem kostspieligen Unterhalt der stehenden Heere und daraus erwuchsen, daß die junge Generation für einen unnötig großen Zeitraum dem Arbeitsleben entzogen wurde.[7] Zugleich trachtete er, auf diesem Weg den reaktionären Regierungen ein innenpolitisches Machtinstrument aus der Hand zu schlagen. Deshalb drängte der Nationalverein auf die Einführung eines militärischen Turnunterrichts in den Fächerkanon der Schulen. Das immer wieder betonte Motiv bestand in der Hoffnung, die Entfremdung zwischen Volk und Armee überwinden zu können.[8] Man orientierte sich dabei an dem verklärten Idealbild der Volkserhebung von 1813, wo angeblich reguläre Truppen und Freiwilligenkorps Seite an Seite für die Befreiung des Vaterlands gekämpft hatten.

Im folgenden Kapitel wird auch zu prüfen sein, ob und inwieweit die Vereine der Turner und Schützen nach dem Modell der »Satellitenorganisationen« zur sozialen Massenbasis des Nationalvereins zu rechnen sind, die bei formeller Selbständigkeit die politische Führung durch den Nationalverein anerkannten und sich seinen Anweisungen fügten.[9] Ferner gilt es zu klären, ob in der Turnerschaft eine breite Strömung revolutionärer Ener-

---

7 Dieser Aspekt wurde vor allem auf dem Volkswirtekongreß 1862 behandelt, Verhandlungen KdV V (1862), S. 129 ff.; Referent war G. F. Kolb; vgl. dazu G. F. Kolb, Die Nachteile des stehenden Heerwesens, 1863; auch das auf dem rechten Flügel des Liberalismus anzusiedelnde BrHbl. sprach sich in Nr. 510, 20.7. 1861, gegen »Militärsklaven« und für ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild aus (»Über den volkswirtschaftlichen Nutzen der Schützenfeste«); vgl. W. Schunke, 1916, S. 19 ff.; B. Schulze, Wirtschaftspolitische Auffassungen, 1971, S. 400 ff.; V. Hentschel, Freihändler, 1975, S. 121 ff.

8 Einer der wichtigsten Theoretiker des militärischen Schulturnens, der zeitweise dem Nationalverein angehörende Lehrer und Demokrat Friedrich Albert Lange, argumentierte in seinen Schriften ganz ähnlich: »Das Turnwesen ist bestimmt, auf diese beiden Institutionen [Schule und Heer] befreiend, vermittelnd, ergänzend einzuwirken und auch von beiden Einflüsse in sich aufzunehmen«, DTZ, Nr. 1, 1.1. 1864. Vgl. O. Ellissen, 1891, S. 219 ff.; J. H. Schoeps, 1975; G. Eckert (Hrsg.), 1968, S. 128 ff.

9 Entschieden bejaht wird dies von S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 117 ff.

gie zur Verfügung gestanden hat, die bei entschlossener Führung – durch den Nationalverein – den Weg zu einer parlamentarisch-demokratischen, in der Konsequenz revolutionären Einigung Deutschlands hätte ebnen können.[10]

Der Vorstand des Nationalvereins beschäftigte sich bereits während seiner ersten Sitzung im November 1859 und dann erneut während der im Dezember folgenden zweiten Ausschußsitzung intensiv mit der Wehrpolitik, ein Umstand, der ihren hohen Stellenwert in der politischen Strategie des Vereins verdeutlicht. Der Vorsitzende Bennigsen referierte über die vorhandenen Möglichkeiten zur Verbesserung der »deutschen Wehrkraft«, woran anschließend ausführlich die Möglichkeit der Errichtung von Wehrvereinen bzw. von Wehrabteilungen in den Turn- und Schützenvereinen beraten wurde.[11] Auf Vorschlag Bennigsens beschloß der Ausschuß, den im schweizerischen Exil lebenden Militärexperten Wilhelm Rüstow[12]« mit der Ausarbeitung eines Gutachtens »über die besten Mittel zur Entwicklung der gesamten Wehrkraft des deutschen Volkes« zu beauftragen. Dieses Gutachten sollte insbesondere nähere Aufschlüsse über »die Aufnahme des Militärturnens und sonstiger militärischer Übungen in den Jugendunterricht nach Art der Schweiz« verschaffen. Die Ausschußmitglieder wurden darüber hinaus veranlaßt, über diesen Gegenstand die Urteile ihnen bekannter Offiziere und der Vorsteher der großen Turnanstalten einzuholen.[13]

---

10 So durchgängig die DDR-Forschung, vgl. H. Weder, 1960; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 35 ff.; W. Eichel, 1965; T. Austermühle, 1971; G. Rentzsch, 1986; dazu das Urteil D. Langewiesches, Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner, 1990, S. 52, Anm. 119. Auch S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 117 ff., scheint der Auffassung von der Existenz einer revolutionären Alternative anzuhängen.

11 Angeblich wurde die Idee der Wehrvereine erstmals 1859 von Hermann Orges ins Gespräch gebracht (vgl. K. Bollmann, Herzog von Coburg, 1861, S. 48, Anm. 5), sie lag aber spätestens seit der Beteiligung von Turnerabteilungen an den Revolutionskämpfen in der Luft. Orges (1821–1874), ein ehemaliger preußischer Offizier, der bereits 1838 Rüstow kennengelernt hatte, verließ 1848 die preußische Armee; von 1854–64 arbeitete er als Redakteur der AAZ; mit Ernst II. stand er seit April 1859 in Beziehung; vgl. ADB 55, S. 565 ff. Im Frühjahr 1860 arbeitete Orges weiterführende Pläne aus, die die Errichtung einer Wehrschule für Offiziere vorsahen, zu denen jeder Wehrverein auf Kosten des Nationalvereins 1–2 geeignete Personen zu einer 6–8 monatigen Ausbildung entsenden sollte (vgl. Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 84; T. Austermühle, 1971, S. 175 f.; G. Rentzsch, 1986, S. 43 f.); diese Pläne präsentierte er vermutlich am 12.–13. 5. 1860 dem Vorstand (V-Prot. liegt nicht vor, vgl. aber R. Le Mang, 1909, S. 63, der die Teilnahme Orges' erwähnt), sie stießen jedoch auf genausowenig Resonanz, wie Orges' Versuche, den NV in großdeutsches Fahrwasser zu lenken (davon berichtet ausführlich H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 405 ff.).

12 Wilhelm Rüstow (1821–1878); preußischer Offizierssohn, seit 1840 Artillerieoffizier; veröffentlicht 1845 eine Schrift über die Abschaffung der stehenden Heere, deren Wirkung ihn zum Exil in der Schweiz zwang; 1860 Generalstabschef Garibaldis; ging 1878 in den Freitod; vgl. ADB 30, S. 34 ff.; P. Wiede, 1957; K. J. Müller, 1974. Zu W. Rüstows militärischen Reformvorstellungen auf der Grundlage des Milizsystems vgl. seine Flugschriften: Wehrgesetz-Entwurf, 1860; Militärbudget, 1862; Die preußische Armee, 1862; Zur Warnung vor Kompensationen, 1863. Seine auf den italienischen Erfahrungen basierenden Pläne zum Aufbau einer unabhängigen deutschen Volkswehr hat er ausführlich erläutert in seinen Erinnerungen, Bd. 2, 1860, S. 233 ff.

13 Vgl. zur Vorstandssitzung vom 13. 11. 1859 R. Le Mang, 1909, S. 37 f.; A-Prot.NV, 11. 12. 1859, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Die auf Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 84, zurückgehende und von H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 534, Anm. 1, sowie P. Wiede, 1957, S. 55 f., und

Die Entschlossenheit des Nationalvereins, die Vereine der Turner und Schützen für seine Wehrpolitik zu nutzen, wird durch seine Rolle bei der Vorbereitung des ersten gesamtdeutschen Turnfestes unterstrichen. Der öffentliche Anstoß zu einem solchen Fest war von den Führern des schwäbischen Turnerbundes Karl Kallenberg[14] und Theodor Georgii ausgegangen, die beide spätestens seit den Beschlüssen von Esslingen dem Nationalverein angehörten. Die treibende Kraft war Kallenberg. Auf dem Göppinger Turnfest des Schwäbischen Turnerbunds im September 1859 hatte er vorgeschlagen, der Turnerbund solle sich für die Abhaltung eines nationalen Turnerfestes in Coburg, Leipzig oder Eisenach einsetzen.[15] Nach anfänglichem Zögern Georgiis erließen beide Anfang März 1860 in der Leipziger Deutschen Turn-Zeitung einen gemeinschaftlich verfaßten »Ruf zur Sammlung«, der die Abhaltung eines Allgemeinen deutschen Turnfestes im mitteldeutschen Coburg anregte. Der Aufruf war in einem national-pathetischen Ton gehalten und begründete die Notwendigkeit einer Sammlung der turnerischen Kräfte ausschließlich mit politischen Gründen, indem er die Parallelität der gegenwärtig von Frankreich drohenden Gefahren mit denen von 1813 anführte. Ohne daß ausdrücklich die Stärkung der nationalen Wehrkraft erwähnt wurde, konnte dem Leser kein Zweifel bleiben, daß genau dies der Zweck des Turnfestes sein sollte.[16]

S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 103, Anm. 58, übernommene Auffassung, der NV habe erst im März 1861 durch Vermittlung Bollmanns, des Privatsekretärs Herzog Ernsts II., Kontakt zu Rüstow aufgenommen, muß revidiert werden. Der Impuls zur Kontaktaufnahme ging bereits im Dezember 1859 vom NV aus, wobei der Auftrag des NV durch Bollmann an Rüstow vermittelt wurde. Karl Friedrich Bollmann (1830–1863), ev.; Literat und Publizist aus Halberstadt; trat nach »wildem« Studium aufgrund einer politischen Broschüre in Kontakt mit Ernst II. und arbeitete seit 1860 als dessen Kabinettssekretär; im September 1861 wegen revolutionärer Gesinnung und illoyalen Verhaltens entlassen, ging er 1863 in Kopenhagen in den Freitod; vgl. R. Brütting, 1991, S. 98 ff.; H.-T. Michaelis, Schützenwesen, 1993, S. 96 ff. Ernst II. übertreibt im übrigen in seinen Erinnerungen seinen initiierenden Einfluß auf die Wehrpolitik des Nationalvereins. Seine nicht zu unterschätzende historische Bedeutung liegt jedoch darin, daß er das Territorium seines Staates dem Nationalverein und der Turn- und Schützenbewegung zur Verfügung stellte. E. Scheeben, 1987, S. 115 ff., liefert zu diesem Thema keine Informationen, die über die Memoiren des Herzogs hinausführen. Auch R. Brütting, 1991, S. 92 ff., und H.-T. Michaelis, ebd., überzeichnen die Rolle des Herzogs zum Teil erheblich. Michaelis versteigt sich sogar zu der Behauptung, Ernst II. habe im »Duumvirat« mit Bollmann im Herbst 1859 ernsthafte Revolutionspläne verfolgt; um diese These belegen zu können, zitiert er ein Diktat Ernst II. vom 20. 8. 1859 in zumindest mißverständlicher Weise, vgl. STA Coburg, LA A, 7186, Bl. 252 ff.; H.-T. Michaelis, ebd., S. 99 ff.

14 Karl Kallenberg (1825–1900), ev.; Sohn eines Kupferschmieds aus Ludwigsburg; Kaufmannslehre; 1844 Gründung eines Turnvereins in Göppingen (hier lernte er Georgii kennen, mit dem er lebenslang befreundet blieb); 1848 Mitglied des Demokratischen Turnerbundes; 1850–54 Exil in Paris, nach Rückkehr Mitarbeit an Georgiis Turnblatt aus Schwaben; heiratete 1854 die Enkelin Jean Pauls; seit 1855 Miteigentümer einer Filzwarenfabrik; unternahm ausgedehnte Geschäftsreisen, während der er Garibaldi kennenlernte; 1861 nahm er an der Generalversammlung des NV teil; 1865 Rückzug aus dem öffentlichem Leben; begrüßte die Bismarcksche Reichsgründung und wurde zum Propagandisten des Kolonialismus; vgl. A. Hegele, Kallenberg, 1937.

15 Bericht in DTZ, Nr. 21, Nr. 22, Oktober 1859; vgl. A. Hegele, Kallenberg, 1937, S. 17 ff.

16 DTZ, Nr. 5, März 1860. Abgedruckt bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 137 ff.

In dem knappen halben Jahr, das zwischen dem schwäbischen Turnfest und der Veröffentlichung des Aufrufs lag, hatten Georgii und Kallenberg die notwendigen Absprachen getroffen, um den Erfolg ihrer Initiative sicherzustellen. Man wird mit Sicherheit annehmen können, daß sie den Erlaß ihres Aufrufs mit den wichtigsten Turnerfunktionären, mit dem Leipziger Kreis um die Deutsche Turn-Zeitung und Ferdinand Götz[17] sowie mit dem Berliner Turnrat unter Vorsitz Eduard Angersteins[18] abgestimmt hatten. Diese Annahme wird durch die schleunige Zustimmung Angersteins und Götz' in den folgenden Nummern der Turnzeitung bestätigt.[19] Ebenso wahrscheinlich ist die Mitwirkung der Nationalvereinsführung; dafür spricht, daß man mit Coburg den Vereinssitz zum Austragungsort bestimmt hatte und dem dortigen Turnverein, der von den Nationalvereinsmitgliedern und Freunden des Geschäftsführers Streit, Arnold Schloenbach und Leopold Rückert, geführt wurde, die Federführung bei den weiteren Vorbereitungen überließ. Wenn der Nationalverein sich an den Festvorbereitungen nicht offiziell beteiligte, so hängt dies mit dem Bemühen zusammen, eine hinreichende Beteiligung der Turner nicht durch die Betonung des gewissermaßen parteipolitischen Charakters zu gefährden.[20]

Nachdem das schriftliche Ersuchen des Coburger Turnvereins um Genehmigung eines nationalen Turnfests bei der herzoglichen Regierung erwartungsgemäß auf positive Resonanz gestoßen war, erließ der Coburger Turnverein am 24. März 1860 einen weiteren, demjenigen Kallenbergs und Georgiis nachempfundenen Aufruf zum Turnen.[21] In einer vorbereitenden Besprechung des inzwischen eingerichteten Festkomitees am 29. April 1860 in Coburg berieten Kallenberg, Georgii, Ferdinand Götz, Eduard Angerstein und der dortige Regierungspräsident Karl Francke, der schon bei der Gründung des Volkswirtekongresses und des Nationalvereins eine wichtige Rolle eingenommen hatte, die weiteren Einzelheiten. Das Komitee erließ jetzt die offizielle Einladung für das erste deutsche Turnfest, das für den 17./18. Juni,

---

17 Ferdinand Götz (1826–1916), Dr. med. aus Lindenau; Turner, Teilnehmer am Dresdener Maiaufstand 1849; leitender Redakteur der DTZ 1859–63, 1860 nach vorheriger Ablehnung als Gemeinderat bestätigt; Mitglied NV 1861–63; Mitbegründer des sächsischen FSV; MdR 1867–71 (Sächsische Volkspartei), trennte sich nach dem Krieg 1870/71 von Bebel und Liebknecht und wechselte ins Bismarcksche Lager; MdR 1887–90 (NLP); führend im Deutschen Turnerbund von 1868 tätig; vgl. B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 406 f.; H. Rühl, 1921.

18 Eduard Ferdinand Angerstein (1830–1896), ev.; Dr. med. aus Berlin; seit 1857/59 Turnlehrer an Berliner Gymnasien; 1857–1863 Vorsitzender des Berliner Turnrats; Ende 1862 wird er zum Inspektor für die Turnerei an den Berliner Schulen ernannt und Ende 1863 zum städtischen Oberturnrat; vgl. J. Könnecke, 1987.

19 Angerstein in Nr. 6, März 1860; Götz in Nr. 7, April 1860.

20 Angerstein und Götz hatten ihre Vorbehalte gegen eine Politisierung des Turnens bereits anklingen lassen. »Kein politisches, kein Parteifest, keine Demonstrationen gegen irgendwen im Lande, nichts Heimliches, nichts Verbotenes«, mahnte z. B. Götz in der DTZ, Nr. 7, April 1860. Angerstein hatte bereits mit seiner Broschüre: Ruf zum Turnen, 1859, eine Neubelebung des Turnens gefordert, wollte die Turnerei aber frei von Politik und militärischen Übungen halten.

21 DTZ, Nr. 7, April 1860; dort auch der Text der Genehmigung der herzoglichen Regierung vom 20. 3. 1860, unterzeichnet von Francke.

den Jahrestagen der Schlacht bei Waterloo, angesetzt wurde.[22] Die Wochenschrift des Nationalvereins empfahl mit Nachdruck die Teilnahme an dem geplanten Fest und wies auf dessen zweifache Aufgabe hin, dem Turnen im Innern zu gebührender Anerkennung zu verhelfen, und gegenüber dem Ausland zu beweisen, daß in der wehrkräftigen Jugend der Geist der Befreiungskriege fortlebe.

Der Nationalverein versprach sich von dem Turnfest klare Beschlüsse über die Notwendigkeit patriotischen Wehrturnens und zu seiner organisatorischen Durchführung, wobei nach Möglichkeit die politische Führungsrolle des Vereins berücksichtigt werden sollte. Gemessen an diesen Erwartungen verlief das Coburger Turnfest nur begrenzt erfolgreich. Es wurde vielmehr deutlich, daß bedeutende Teile der Turnerschaft nicht gewillt waren, sich für die politischen Zwecke des Nationalvereins vereinnahmen zu lassen.[23] Nur in einigen Punkten konnte die nationalvereinliche Richtung klare Erfolge erzielen. So wurde der Antrag Kallenbergs einstimmig angenommen, der die durchgängige Einführung des Turnens in den Schulunterricht forderte und das Turnen gleichzeitig als »Grundlage militärischer Ausbildung« in den deutschen Heeren empfahl, um so die Entfremdung zwischen Volk und Heer zu überwinden. Zusätzliche politische Brisanz erhielt dieser Beschluß durch die Bestimmung, daß die in den Turnvereinen vermittelte turnerisch-militärische Vorbildung den künftigen Wehrpflichtigen einen garantierten Anspruch auf die Verkürzung ihrer Militärdienstzeit verschaffen sollte.[24] Ohne Kontroversen verliefen auch die Debatten über die Notwendigkeit, die Turn- und Wehrübungen zu vereinheitlichen. Für die Ausarbeitung eines entsprechenden Regelwerks setzte man einen Preis von 200 fl. aus.[25] Die Gegner des Wehrturnens, die der Erstellung eines wehrturnerischen Leitfadens noch zugestimmt hatten, ließen jedoch nicht mehr zu als die unverbindliche Empfehlung an die Turnvereine, »Waffenübungen, namentlich Übungen mit der Schießwaffe« abzuhalten. Eine Verpflichtung der Vereine auf militärische Übungen lehnten sie ab.[26]

---

22 Versammlungsbericht und Abdruck der Einladung in: WSchNV, Nr. 2, 8. 5. 1860; DTZ, Nr. 10, Mai 1860.

23 Zum Verlauf des Turntags vgl. den Stenographischen Bericht über die Sitzung der ersten deutschen Turnerversammlung zu Coburg am 17. Juni 1860, in: T. Georgii (Hrsg.), Turn- und Jugendfest, 1860, S. 63 ff.; DTZ, Nr. 14, Juli 1860; Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 77 ff. Der von der Rhetorik des Kalten Krieges geprägte Aufsatz des DDR-Historikers H. Weder, 1960, fehlinterpretiert in seinem Bemühen, eine revolutionäre Alternative zur Reichsgründung zu beweisen, das Fest als eine Auseinandersetzung zwischen antirevolutionären liberalen Kräften und revolutionären demokratischen Kräften.

24 T. Georgii (Hrsg.), Turn- und Jugendfest, 1860, S. 64 ff. Die betreffende von Georgii und Kallenberg ausgearbeitete »Denkschrift den Regierungen und Volksvertretungen der Staaten des deutschen Bundes gewidmet von der am 17. und 18. Juni 1860 zu Coburg versammelt gewesenen deutschen Turnerschaft« ist abgedruckt in DTZ, Nr. 20, September 1860; im Beobachter, Nr. 69–70, 22.–23. 3. 1861; WSchNV, Nr. 49, 5. 4. 1861, sowie bei G. Hirth (Hrsg.), Turnwesen, 1865, S. 88 ff. Sie wurde z. B. der württembergischen Kammer Mitte März 1861 durch Georgii überreicht.

25 T. Georgii (Hrsg.), Turn- und Jugendfest, 1860, S. 71 ff.

26 Ebd., S. 92 ff.

Der am heftigsten umstrittene Tagungsordnungspunkt war die Frage der Gründung eines deutschen Turnerbundes.[27] Dabei standen sich zwei unterschiedliche Organisationsmodelle gegenüber. Die demokratische Variante lag dem Antrag Kallenbergs zugrunde, der die Gründung eines einheitlichen Turnvereins für ganz Deutschland nach dem Vorbild des Nationalvereins vorschlug. Demgegenüber vertrat der Obmann des Bremer Turnvereins Kupsch das Modell eines föderativen Turnbundes, basierend auf Einzelvereinen und Gauverbänden, mit einem Ausschuß an der Spitze.[28] Letzteres entsprach ohne Zweifel den Vorstellungen der Nationalvereinsführung, die die Versuche zur Errichtung zentralistischer Verbände der Turner, der Schützen oder der Arbeiter *neben* dem Nationalverein in den folgenden Jahren stets energisch bekämpfte, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg. Das Nationalvereinsmitglied Kallenberg wich hier eindeutig von der Auffassung des Ausschusses ab.

Fraglich bleibt nur, inwieweit das föderative, durch das Vereinswesen kanalisierte Modell den eigentlichen Vorstellungen des Nationalvereins entsprach, oder ob er diese Form der Vergesellschaftung nur als Gegenreaktion auf die zentralistischen Organisationsversuche von demokratischer Seite forcierte. Für die Gründung des Schützenverbands existieren einige Hinweise auf derartige defensive Motive, die im Jahre 1863 bei der Gründung des auch als Gegenorganisation zum ADAV konzipierten VDAV offensichtlich werden. Allerdings muß man berücksichtigen, daß der Nationalverein seinen Einfluß auf die Turn- und Schützenvereine nur indirekt geltend machen wollte und deshalb bereits bei der Vorbereitung des Coburger Fests im Hintergrund geblieben war. Da sich der Nationalverein nicht förmlich an die Spitze der Turnvereine stellen konnte, erschien es aus seiner Perspektive als durchaus sinnvoll, die Gründung eines nationalen Verbands mit einem Ausschuß an der Spitze zu unterstützen, der durch personelle Verbindungen seinen Wünschen zugänglich war.

Die Diskussion auf dem Coburger Turntag konzentrierte sich ganz auf Kallenbergs Antrag, während der bremische offenbar sehr früh zurückgezogen wurde. Genaues läßt sich dem von einem völlig überforderten Stenographen verfaßten Verhandlungsprotokoll nicht entnehmen. Unter den Gegnern eines Zusammenschlusses ragten die Berliner Lenz und Maßmann als Anhänger des reinen Turnens heraus, die jede Form der Vereinigung und Politisierung rundweg ablehnten.[29] Götz aus Leipzig und verschiedene Redner aus Hamburg, Hannover, Stuttgart, Stade, Hanau und Nürnberg begründeten ihre Ablehnung mit dem Argument, daß in zahlreichen Staaten die Mitwirkung an einem Turnerbund verboten werden würde. Die daraus zwangsläufig entstehende Spaltung der Turnbewegung, so ihr Argument, würde der Sache mehr schaden als nützen. Während der gesamten Debatte

27 Ebd., S. 75 ff.

28 Ein ähnliches föderatives Modell enthielt der Antrag der Bielefelder Turngemeinde, der jedoch undiskutiert blieb; abgedruckt auch in der DTZ, Nr. 17, August 1860.

29 Nach H. Weder, 1960, S. 490 f., und W. Eichel, 1965, S. 66, war die Haltung der Berliner Turner mit dem preußischen Innenministerium abgestimmt.

sprachen sich nur zwei Redner für die Errichtung eines nationalen Zusammenschlusses aus, nämlich Arnold Schloenbach und Johann Baptist v. Schweitzer.

Georgii nahm als Versammlungspräsident eine vermittelnde Position ein, vermied ein klares Votum für oder gegen eine Vereinigung und drängte auf Vertagung bis ins nächste Jahr. Kallenberg ließ sich zur Zurücknahme seines Antrags bewegen und vermied damit eine vermutlich deutliche Abstimmungsniederlage.[30] Zur Erledigung der Beschlüsse und zur Vorbereitung des Berliner Festes im kommenden Jahr setzte man einen vierköpfigen Ausschuß ein, dem mit Kallenberg, Götz, Angerstein und Georgii diejenigen Turnerfunktionäre angehörten, die das Coburger Fest vorbereitet hatten.

Aus der Sicht des Nationalvereins waren die Ergebnisse des ersten Turntags zwiespältig. In der Wochenschrift ließ der § – Korrespondent, hinter dem man den Coburger Schloenbach vermuten kann, seinem Unmut darüber freien Lauf, »daß bei der überwiegenden Mehrzahl nicht nur keinerlei ausgeprägte Parteirichtung in der inneren Politik, sondern durchaus kein bestimmtes und deutsches Bewußtsein über die Nähe und Dringlichkeit der auswärtigen Gefahr zum Vorschein kam. Wäre ein solches Bewußtsein vorhanden gewesen, so hätte die Versammlung schwerlich mit so überängstlicher Sorgfalt jede »Hereinziehung der Politik in das Turnwesen« ablehnen können und die Ansicht derjenigen Turngenossen besser zu würdigen verstanden, welche die Turnvereine zu Zwecken militärischer Organisation, den Kern der allgemeinen Volksbewaffnung, zentralisiert zu sehen wünschten«.[31] Auch wenn dieser Artikel offensichtlich mit Kallenberg sympathisierte, entsprach er mit seiner Kritik an den »unpolitischen« Turnerfunktionären durchaus der einhelligen Auffassung des Vereinsausschusses.

Der Berliner Turnrat, der im Juni 1857 gegründete Zusammenschluß der Berliner Turnvereine[32], und die einflußreiche, von Götz redigierte Leipziger Deutsche Turn-Zeitung entwickelten sich zu den entschiedensten Verfechtern eines politikfernen, nichtmilitärischen Turnens. Als bekräftigenden Kommentar zu den Ergebnissen des Coburger Turntags schob der Turnrat eine Erklärung in der Turnzeitung nach, in der er ausdrücklich diejenige Auffassung als »irrig« bezeichnete, die das Turnen einseitig als eine Vorschule zum Wehrdienst und als Ausbildungsstätte für künftige Soldaten betrachte. Der Turnrat stellte klar, daß nach seiner Auffassung die Turnerei vor allem die verloren gegangene Gleichmäßigkeit der körperlichen und geistigen Bildung wiederherstellen und der ausgewogenen Erziehung der Jugend dienen sollte.[33]

---

30 Schweitzer und Kallenberg verzichteten auch darauf, ihren gemeinschaftlichen Antrag auf Gründung eines zentralistisch konzipierten Allgemeinen deutschen Schützenvereins zur Diskussion zu stellen; ebd., S. 91, Antrag S. 121 f.

31 WSchNV, Nr. 9. 29. 6. 1860.

32 G. Hirth, Stat. Jahrbuch, 1863, S. 55 ff.; DTZ, Nr. 8, April 1858.

33 DTZ, Nr. 20, September 1860 (auch in WSchNV, Nr. 29, 16. 11. 1860). Mit dieser Erklärung nahm eine Pressauseinandersetzung ihren Anfang, die auf nationalvereinlicher Seite vor allem von Georgii und Streit, gelegentlich von Kallenberg geführt wurde und sich bis ins Jahr 1863 hinzog. Sie wurde sogar dreimal Gegenstand von Ausschußsitzungen des NV

Die Haltung des Berliner Turnrats wird verständlich, wenn man sich den gleichzeitig in Berlin ausgetragenen sogenannten »Barrenstreit« ins Gedächtnis ruft. Vordergründig ging es dabei um geeignete Übungsrichtlinien für die staatlichen preußischen Turnanstalten. Während die Regierung eine »schwedische« Wehrgymnastik befürwortete, die an militärischem Drill und Disziplin orientiert war, vertrat der Turnrat das bürgerliche »deutsche« Turnen, das die harmonische und gleichmäßige Entfaltung der körperlichen und geistigen Kräfte bezweckte und allein darin den patriotischen Beitrag sich erschöpfen sah. Der »Barrenstreit« entwickelte sich so zu einem Nebenschauplatz des Heereskonflikts und wurde sogar im Abgeordnetenhaus behandelt.[34] Die Versuche zur Militarisierung des Turnens von Seiten des Nationalvereins stießen auch deshalb in Berlin auf wenig Gegenliebe, weil sie die Position des Turnrats im Barrenstreit konterkarierten. Man wird annehmen können, daß der Berliner Turnrat in der Frage des Wehrturnens auch die Interessen eines großen Teils seiner Mitglieder vertrat, die keineswegs darauf brannten, in ihrer Freizeit militärischer Disziplin und Strafandrohung unterworfen zu werden.

Auch Götz, der selbst als linker Flügelmann dem Nationalverein angehörte, war aus Überzeugung ein Gegner der uneingeschränkten Politisierung und Militarisierung des Turnens, wobei sein Beruf als Arzt vermutlich eine Rolle spielte. Er lehnte es ab, daß das Turnen zum »Werkzeug einer Partei« gemacht wurde, zumal er der Nationalvereinsführung mißtraute und »gothaische« Machenschaften befürchtete. Hinzu kam die Notwendigkeit zur Rücksichtnahme auf die politischen Verhältnisse in Sachsen und insbesondere auf seine Leipziger Kollegen unter den Turnerfunktionären, die politisch konservativer eingestellt waren und die erklärte Feindschaft ihrer Regierung gegenüber dem Nationalverein teilten.[35] Furcht vor persönlichen Nachteilen oder einen Mangel an politischer Radikalität kann man dem

---

(A-Prot.NV, 25.8.1861; WLB, Nl. Hölder, XXXV; A-Prot.NV, 15.10.1863, BAP, Nl. Oetker 19; A-Prot.NV, 17.10.1863, WLB, Nl. Hölder XXXV). Vgl. etwa DTZ, Nr. 26, Dezember 1860 (Kallenberg); Nr. 4, Januar 1861 (Alwin Martens); Nr. 7, Februar 1861 (Kallenberg); Nr. 8, Februar 1861 (Götz), Nr. 14–15, März-April 1861; Nr. 22, Mai 1861, Nr. 24, Juni 1861 (Artikel »Die Wehrvereine« v. F. Seitz); Nr. 32, August 1861 (Götz, »Die Turnzeitung und die Wehrvereine«); Nr. 34, August 1861 (Götz, Kallenberg); Nr. 36, August 1861 (Götz); Nr. 40, September 1860 (Lion, »Von Wehrvereinen«); Nr. 41–42; Oktober 1861; Nr. 44, 30.10.1863; WSchNV, Nr. 18, 1.9.1860; Nr. 32, 7.12.1860; Nr. 49, 5.4.1861 (Georgii); Nr. 56, 24.5.1861; Nr. 136, 5.12.1862 (Streit); Nr. 70, 31.8.1861 (Georgii); Nr. 168–169, 19.–26.7.1863 (Streit); Nr. 173, 23.8.1863 (Georgii, abgedruckt in: Georgii, Aufsätze und Gedichte, S. 223 ff.); Nr. 182, 22.10.1863; DTVZ, Nr. 3, 15.8.1861 (Streit »Anti-Götz(e)«) Extrabeilage, DTVZ, Nr. 5, 15.9.1861 (Kallenberg).

34 Dazu H. Überhorst, 1967.

35 Zu nennen sind insbesondere Lion und Martens. Justus Carl Lion (1829–1901); Sohn eines Göttinger Privat-Dozenten; engagierte sich seit seiner Jugend für das Turnen; 1848/49 war er massiv antidemokratisch eingestellt und lehnte jede Politisierung des Turnens ab; nach langjähriger Lehrertätigkeit wurde er 1862 zum Direktor des städtischen Turnwesens in Leipzig ernannt und blieb in diesem Amt bis 1873; Lion schrieb in der DTZ und gehörte seit 1861 dem Ausschuß der deutschen Turnerschaft an; vgl. H. Wortmann, o. J.; sein Briefwechsel mit Alwin Martens von 1860 zeigt die Fortdauer seiner rigorosen Ablehnung allen Wehrturnens und sein äußerstes Mißtrauen gegen die Bestrebungen Kallenbergs und Georgiis; vgl. R. Gasch (Hrsg.), 1929, S. 65 ff.

ehemaligen Barrikadenkämpfer, der im Norddeutschen Reichstag an der Seite Bebels und Liebknechts saß, sicher nicht unterstellen.[36]

Diese Haltung der Berliner und Leipziger Turnfunktionäre mußte der Nationalverein berücksichtigen, wenn er die »Entwicklung der nationalen Wehrkräfte« auf die Tagesordnung seiner ersten Generalversammlung setzte. Der Ausschußantrag zur turnerisch-militärischen Jugenderziehung entsprach – anders als das zugehörige Referat Rochaus – vollständig den Beschlüssen des Coburger Turntages: »Der Nationalverein wolle es seinen Mitgliedern zur Pflicht machen, alles was in ihren Kräften stehe, dafür zu tun, daß militärische Übungen zu einem Bestandteil des Unterrichts der Jugend gemacht werden«. Rochau begründete diesen Antrag mit dem Hinweis, daß eine vielleicht zu lange Periode des Friedens zu Ende gehe und man in den bevorstehenden Kriegen »viele Soldaten brauchen und verbrauchen« werde. Daß solche Formulierungen unter jungen Turnern keine Begeisterung auslösten, verwundert nicht.

Nach den Vorstellungen Rochaus sollte die militärische Ausbildung des Nachwuchses zugleich als »Bindemittel zwischen Volk und Heer« wirken. Die unmittelbare politische Dimension seines Antrags verdeutlichte der nachdrückliche Hinweis auf die Möglichkeit zur Verkürzung der militärischen Dienstzeiten, wenn die gesamte männliche Jugend durch das Schulturnen militärisch vorgebildet würde. Das war ohne Zweifel ein Kommentar zur preußischen Heeresdiskussion. Im Anschluß an Rochaus Rede teilte Theodor Georgii, der noch am selben Tag in den Ausschuß kooptiert wurde, in der von ihm bereits beanspruchten Funktion als Vorsitzender der deutschen Turnerschaft die gleichlautenden Beschlüsse des Coburger Turnfestes mit und unterstrich damit die scheinbar völlige Übereinstimmung zwischen den Zielen der Turner und denen des Nationalvereins.[37]

Daß die Harmonie nicht so vollendet war, belegt ein weiterer, im eigenen Namen eingebrachter, aber vom Ausschuß gedeckter Antrag Rochaus. Er forderte die Nationalvereinsmitglieder auf, die Errichtung von Schützengesellschaften zu unterstützen, damit in ihnen der Umgang mit Kriegswaffen geübt werden könne. Hier kündigte sich bereits die Umorientierung des Nationalvereins von den Vereinen der Turner, die offensichtlich nicht gewillt waren, sich für die Zwecke des Nationalvereins einspannen zu lassen, zu den Vereinen der Schützen an. Die Wochenschrift erläuterte in einem ausführlichen Artikel, daß man bei den Schützengesellschaften nicht an die Traditionsvereine mit ihren »Hanswurstenjacken« dachte, sondern an einfach und gleichmäßig ausgerüstete Vereine, deren Hauptinhalt die Steigerung der Wehrfähigkeit durch militärisch sinnvolle Schießübungen sein sollte. Die

---

36 H. Rühl, 1921, S. 53 ff.; vgl. auch Götz' Beitrag in: G. Hirth/E. Strauch (Hrsg.), Blätter für das dritte allgemeine deutsche Turnfest, 1863, S. 10 ff., sowie seine in Anm. 34 genannten Artikel. Vgl. die ganz ähnliche Haltung des Leipziger Demokraten E. A. Rossmässler, Mein Leben, 1874, S. 358 ff.

37 Vgl. Georgiis Bericht über die Behandlung der Turnfrage auf der Generalversammlung in DTZ, Nr. 21, Oktober 1860. Georgii stimmte bezüglich des Wehrturnens völlig mit der von Bennigsen vertretenen konstitutionellen Linie überein, vgl. seinen ausführlichen Brief an [Streit], 23. 4. 1861, StadtB München, Briefe NV.

neuzugründenden Schützenvereine sollten militärisch brauchbare »Wehrvereine« sein.[38]

Im folgenden Jahr bis zur Generalversammlung im August 1861 erreichte die nationalvereinliche Wehrpolitik ihren Höhepunkt und gewann an Zielstrebigkeit und innerer Konsequenz. Sie war geprägt von systematischen und mit Energie betriebenen Versuchen, seine wehrpolitische Grundlinie in den Turn- und Schützenvereinen durchzusetzen. Dabei traten die stark voneinander abweichenden Vorstellungen über die Rolle der Turnbewegung seitens der radikalen Demokratie einerseits und der politikfernen Turnfunktionäre andererseits sowie die eigentümliche Mittelstellung des Nationalvereins immer deutlicher ins Bewußtsein. War der Nationalverein bisher mit den Versuchen zur politischen Nutzbarmachung des Turnens befaßt gewesen, wobei er nur mäßige Erfolge vorweisen konnte, so sah er sich jetzt auch mit den Versuchen von Teilen der radikalen Demokratie konfrontiert, die neuentstehenden Organisationen der Turner und Schützen in die Hand zu bekommen. Das hatte Rückwirkungen auf die Haltung der Ausschußmehrheit, die sich der potentiellen Gefährlichkeit des wehrpolitischen Konzepts zunehmend bewußter wurde, ohne allerdings ihre Vorstellungen im Grundsatz aufzugeben.

Am 17. März 1861 übersandte Rüstow, der erst Ende 1860 von den italienischen Kämpfen in die Schweiz zurückgekehrt war, den angeforderten »Entwurf zur Organisation von Turnerkompanien« an Bennigsen.[39] Streit, der die Grundzüge des seinerzeit in Auftrag gegebenen militärischen Gutachtens bereits seit einigen Tage kannte[40], drängte jetzt, mit der militärischen Organisierung der Turner Ernst zu machen. Zu diesem Zweck wandte er sich mit einem ausführlichen Brief an Bennigsen:

»Die Sache gewinnt jetzt, bei den neuesten Verwicklungen der auswärtigen Politik, zweifellos Bedeutung, insofern den Gefahren, welche vor allem von Frankreich drohen [...] nur durch einen Volkskrieg wirksam begegnet werden kann. Zu einem Volkskrieg aber gehört ein Volksheer und der tüchtigste Bestandteil eines solchen könnten, bei richtiger Organisation, die Turner werden. Das Nähere ist brieflich zu umständlich. So viel steht fest, wir müssen der Sache unsere Aufmerksamkeit widmen. Die Organisation entwickelt sich rasch von selbst, sobald nur irgendwo ein praktischer Anfang gemacht ist. Letzteren habe ich hier angeregt und in dieser Woche noch wird die erste deutsche Männerscharfschützenkompanie sich konstituieren. Das heißt, die qualifizierte Mannschaft zu letzterer, aus dem hiesigen Turnverein, konstituiert sich, und es kommt nun nur noch darauf an, was freilich die Hauptsache ist, die Mittel zur Ausrüstung zu [be]schaffen, welche die Leute selbst nicht aufbringen können und welche zweckmäßigerweise auch nicht deren Eigentum zu werden hat. [...] Fragt sich nun: würde es zu empfehlen sein, für diese erste, also gleichsam die Musterkompanie, die Kosten der Ausrüstung aus den Mitteln des Nationalvereins zu verwilligen? Ich meine ja. Dem Verein würde es bei allen tatkräftigen Elementen der Deutschen neue Freunde erwerben«.[41]

---

38 WSchNV, Nr. 31, 30.11.1860.

39 Rüstow an Bennigsen, 17.3.1861, BAP, Nl. Bennigsen. Der NV zahlte Rüstow dafür ein Honorar von 250 Schweizer Franken, V-Prot.NV (ms.), 23.6.1861, StadtB München, Akten NV.

40 Einen Vorentwurf seines Gutachtens hatte Rüstow bereits am 4.3.1861 an Bollmann geschickt, der es vermutlich an Streit weiterreichte, STA Coburg, LA A, 7195, Bl. 145 ff.

41 Streit an Bennigsen, 13.3.1861, BAP, Nl. Bennigsen, 360, Bl. 77 f.

In seiner Antwort pflichtete Bennigsen dem Vorschlag Streits zur Errichtung einer Musterkompanie in Coburg bei und befürwortete auch, daß die Mittel zur Ausrüstung zum Teil aus den Geldern des Nationalvereins beigesteuert werden könnten. Bennigsen machte aber unmißverständlich klar, daß er den Aufbau einer Art vereinseigenen Armee ablehnte. Nach seinem Verständnis sollte der Wehrpolitik des Vereins nur eine ergänzende Funktion zur staatlichen Wehrpolitik zukommen. Eine militärische Ausrüstung der Wehrvereine aus den Finanzmitteln des Nationalvereins im größeren Umfang erschien ihm nur dann durchführbar, wenn das Projekt auch von Privaten, aus Kommunalfonds und von wohlgesonnenen Regierungen gestützt würde. Dies würde dem Vorhaben zugleich »jeden revolutionären Beigeschmack« nehmen.[42] Auf seiner nächsten Sitzung am 15. April beschloß der Vorstand jedoch einstimmig, die Wehrpolitik in den Mittelpunkt der kommenden Ausschußsitzung zu stellen, und beauftragte Georgii mit dem Referat über »Maßregeln zur Wehrbarmachung des deutschen Volkes«.[43]

Der für die Wehrpolitik des Nationalvereins entscheidenden Frankfurter Ausschußsitzung vom 18.–19. Mai 1861 lag ein von Leopold Rückert im Namen des Coburger Turnvereins schriftlich vorgebrachtes Ersuchen vor, dem Verein finanzielle Unterstützung für die Errichtung einer Wehrkompanie und die Abhaltung von Schießübungen zu gewähren.[44] Streit wurde ermächtigt, dem Coburger Turnverein ein zinsloses Darlehen in Höhe von 500 Talern zu bewilligen. Er konnte also mit dem Segen des Ausschusses zur Errichtung seiner 25–köpfigen Musterkompanie, dem Prototyp der künftigen Wehrvereine, schreiten.[45] Eine umfassende Finanzierung der Ausrüstung weiterer Kompanien wurde jedoch gemäß der Auffassung Bennigsens nicht in Erwägung gezogen.

Des weiteren entschied der Ausschuß, das von Rüstow auf preußischer Grundlage verfaßte vereinfachte Exerzierreglement zum Druck zu veröffentlichen. Die sogenannten »Übungsvorschriften für die freiwilligen Wehrvereine«, die noch im Mai 1861 im Verlag Streits erschienen, brachten in 94 Paragraphen auf 60 Druckseiten eine ausführliche Instruktion für den Aufbau freiwilliger Wehrkorps. Die vom Vorstand, wahrscheinlich von Streit, vorgeschaltete Einleitung benannte unter Verweis auf die Beschlüsse der Coburger Generalversammlung als Zweck der Broschüre, dazu beizutragen, daß »die Wehrkraft des Volkes den Heeren zur Seite stehe«, bis »die Umwandlung der stehenden Heere in Volks- (Miliz-) Heere« vollzogen sei. Deshalb wolle man der Bildung freiwilliger Wehrvereine »nach Kräften Vorschub leisten« und für eine »gleichmäßige Einübung und Ausbildung« sorgen. Die

42 Bennigsen an Streit, 28. 3. 1861, BAP, Akten NV, 18, Bl. 46 f.; ähnlich Bennigsen an Bollmann, 11. 4. 1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 533.

43 V-Prot.NV (ms.), 15. 4. 1861, StadtB München, Akten NV.

44 A-Prot.NV, 18.–19. 5. 1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

45 Der Coburger Wehrverein schaffte von dem zur Verfügung gestellten Geld 25 Gewehre mit süddeutschem Armee-Kaliber samt Bajonetten sowie eine entsprechende Anzahl von Uniformen und Ausrüstungsgegenständen nach Maßgabe des Rüstow'schen Gutachtens an, vgl. den Brief des Vorstandes des Wehrvereins an Nagel, 9. 6. 1866, StadtB München, Akten NV.

Mitglied der Frankfurter Jugendwehr, 1865

Förderung dieser Wehrhaftmachung des ganzen Volkes sei »die Aufgabe und Pflicht des Staates, der Gemeinde, jedes Vaterlandsfreundes, insbesondere der Mitglieder des Deutschen Nationalvereins«. Die Turner sollten »den natürlichen Anfang und die Grundlage« der Wehrvereine bilden. Weitere Auskünfte über »Ausrüstung, Bewaffnung, deren Bezugsquellen und dergleichen« erteile jederzeit der Geschäftsführer des Deutschen Nationalvereins in Coburg, Advokat Fedor Streit.

Wie ein Vergleich des im handschriftlichen Original erhaltenen ersten Teils des Rüstow'schen Gutachtens mit der Druckfassung zeigt, hatte sich der Ausschuß beinahe vollständig an dessen Vorgaben gehalten. Die Paragraphen legten die genauen Bezeichnungen der Offiziersränge fest, zählten die Bekleidungsstücke auf, die sich mit blauem Flanellhemd und schwarzer Kopfbedeckung mit rotem Band ungeachtet abweichender Farben am Vorbild der Garibaldischen Brigaden orientierten, und gab Hinweise auf die Bewaffnung, die zunächst aus einer Büchse, Muskete oder einem Bajonettgewehr bestehen sollte. Die Offiziere der jeweils 80 bis 100 Mann umfassenden Kompanien sollten durch Wahlen bestimmt und die Paraden, Ehrenbezeugungen und ähnliche Merkmale des obrigkeitsstaalichen Heereswesens auf ein Minimum begrenzt werden. Gestrichen hatte man nur die Abschnitte, die die Zusammenstellung größerer Turnerkompanien und die Artillerie und Kavallerie behandelten. Das ging dem Nationalverein dann doch zu weit. Aus Rücksicht auf die Deutschtümelei in den Turnvereinen hatte man zudem aus dem französisch klingenden Rüstow'schen »Exerzierreglement« deutsche »Übungsvorschriften« werden lassen.

Das eigentliche, am Vorbild der preußischen Armee orientierte Exerzierreglement unterrichtete über den Gebrauch des Gewehrs (§§ 1–7), über die Aufstellung, Bewegungen und Gefechtsstellungen der Kompanie (§§ 8–31), die Bildung von Bataillonen aus je vier Kompanien und ihre Bewegungen und Gefechtsstellungen. Diese Übungsvorschriften wurden noch im Laufe des Juni 1861 an die Vereinsagenten und in 500 Exemplaren an die Vorstände der Turnvereine »zum etwaigen Gebrauch« verschickt.[46] Die Ergebnisse der Ausschußsitzung lassen keinen Zweifel, daß der Nationalverein die Durchführung seiner Wehrpolitik mit Entschlossenheit betrieb.

Mit ähnlicher Zielstrebigkeit schaltete sich der Nationalverein in die nationalen Feste der Schützen und der Turner ein, die im Juli des Jahres zur Gründung des deutschen Schützenbundes und eines gleichartig organisierten Zusammenschlusses der Turner führten. Dabei hatte sich der Ausschuß erstmals ernsthaft mit einer Opposition von links auseinanderzusetzen, die die Idee der Wehrvereine für revolutionäre Zwecke instrumentalisieren wollte.

---

46 Konzept Streit an Agenten, 21.6. 1861, BAP, Akten NV, 20, Bl. 223; Konzept Streit an die Vorstände der Turnvereine, 22.6. 1861, ebd., Bl. 224. Georgiis Organisationsempfehlungen, nach denen er in seinem Heimatort Esslingen einen Wehrverein bildete, wurden offenbar nicht als Broschüre veröffentlicht; sie wurden im Stuttgarter Beobachter, Nr. 217, 15.9. 1861, als nachahmenswertes Beispiel abgedruckt. Unauffindbar sind zwei weitere im Verlag Streits erschienene Broschüren, die in der CAZ inseriert sind: W. Rüstow, Instruktionen für Volkswehrtruppen, 1862, sowie die anonyme Broschüre: Anleitung zur Kenntnis, zur Erhaltung und zum Gebrauch des Gewehrs. Für Freiwillige Wehrvereine, 1862.

Der erste Versuch hierzu wurde aus den Kreisen der Frankfurter Demokratie unternommen. Anfang Oktober 1860 hatte sich in Frankfurt auf Anregung von Sigmund Müller, Leopold Sonnemann[47], Franz Wirth, Albert Varrentrapp und Johann Baptist v. Schweitzer ein Schützenverein gebildet, der sich die »Verbindung zwischen Volk und Heer« durch die »Ausbildung des Volkes in der Handhabung der Schußwaffen« zum Ziel gesetzt hatte, wie es dem Beschluß der Generalversammlung entsprach. Seit Januar drängte die Frankfurter Gruppe nun auf die Abhaltung eines allgemeinen deutschen Schützenfestes im Mai 1861 in Frankfurt.[48] Was die Sache dem Nationalverein so bedenklich machte, war die führende Beteiligung des radikalen Demokraten Johann Baptist v. Schweitzer. Die Nationalvereinsführer hatten bereits auf dem Coburger Turnfest Gelegenheit gehabt, die politischen Auffassungen des künftigen Präsidenten des ADAV kennenzulernen. Und Anfang Januar hatte Schweitzer einer Versammlung der Frankfurter Mitglieder und Freunde des Nationalvereins eine Debatte über Republik und Revolution aufgezwungen, indem er offen erklärte, warum er und seine Freunde dem Nationalverein nicht beitreten könnten. Aus den Todeskämpfen der Freiheit von 1848/49 hätten sie die Erkenntnis gewonnen, daß für die Erlangung der Freiheit nur ein Mittel tauge, nämlich die radikale Revolution.[49] Schweitzer konnte sich gegen den Versammlungspräsidenten Friedeleben, Emil Pirazzi und den wohl zugkräftigsten Nationalvereinsredner August Metz nicht durchsetzen, bewirkte aber immerhin, daß Mitte Februar Bennigsen persönlich in Frankfurt erscheinen mußte, um den versammelten Mitgliedern und Freunden den konstitutionellen Standpunkt des Nationalvereins und sein unbedingtes Festhalten an »gesetzlichen Mitteln« zu erläutern.[50]

Der Ausschuß war keineswegs gewillt, die Abhaltung eines Schützenfests unter maßgeblicher Beteiligung Schweitzers zuzulassen und betrieb nun seinerseits die Organisation eines nationalen Schützenfestes, das auf sicherem

---

47 Leopold Sonnemann (1831–1909), mosaisch; Bankier und Journalist aus Frankfurt, Eigentümer der NFZ; Gründungsmitglied des NV; als radikaler Demokrat auf der äußersten Linken des Vereins; wichtiger Funktionär in der frühen Arbeiterbewegung; MdR 1871–76, 1878–84; vgl. K. Gerteis, 1970.

48 Vgl. H. Weismann, 1863, S. 5 ff. (dort auch die Satzungen des Frankfurter Vereins); G. Mayer, Schweitzer, 1909, S. 51 ff.; R. Schwemer, Bd.III/2, 1918, S. 126 ff.; H. Gruppe-Kelpanides, 1977, S. 22 f.

49 Bericht Zirndorfer, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343A, Nr. 120, Bd. 1, Bl. 212 ff.; vgl. G. Mayer, Schweitzer, 1909, S. 47. Zur Entwicklung der Frankfurter NV-Gruppe vgl. auch K. Stoll, 1932, S. 26 ff.; Geschichte der Frankfurter Zeitung, 191, S. 47 ff.; R. Schwemer, Bd. 3/2, 1918, S. 126 ff.

50 Bericht Zirndorfer, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343A, Nr. 120, Bd. 1, Bl. 301 ff.; WSchNV, Nr. 44, 1.3. 1861; G. Mayer, Schweitzer, 1909, S. 47 f.; H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 488 ff. J. B. v. Schweitzer ergriff während der Februar-Versammlung nicht das Wort, verteilte aber unter den Anwesenden seine Broschüre: Die Venetianische Frage vom deutschen Gesichtspunkte aus, 1861, in der er den gemeinsamen Kampf aller aufrichtigen Patrioten, selbst der »Republikaner, ja Sozialisten und Kommunisten« an der Seite Österreichs gegen Frankreich forderte, was dem NV-Programm diametral entgegenstand; vgl. auch die heftige Kritik am propreußischen Programm des NV in seiner Broschüre: Die deutsche Frage, 1862.

Territorium stattfinden sollte, nämlich unter der Präsidentschaft Ernsts II. in Gotha. Hier scheint es, als ob er den Frankfurter Plan adoptiert habe, um die sich abzeichnende Gründung eines nationalen Schützenbundes in den gemäßigten Bahnen des Vereinswesens zu halten. Bereits am 19. April erließ deshalb der Vorstand des Gothaer Turnvereins aus Braun, Sterzing, Gebhardt u. a. einen öffentlichen Aufruf zu einem nationalen Schützenfest in Gotha vom 8. bis 10 Juni des Jahres.[51] Die weiteren Einzelheiten der Festvorbereitungen besprachen Ernst II., Bennigsen, Georgii und Kallenberg mit den Mitgliedern des Festkomitees am 15. Mai 1861 in Gotha, wobei Ernst II. offiziell die Übernahme des Ehrenpräsidiums bekanntgab.[52]

Nachdem der Vorstand des Nationalvereins durch das Gothaer Nationalvereinsmitglied Hugo Habicht im Namen des Festkomitees nunmehr offiziell um die Entsendung einiger Ausschußmitglieder zu den Feierlichkeiten gebeten worden war, beauftragte der Ausschuß Georgii und Streit, auf dem für Anfang Juli anberaumten Schützenfest mit den Vertretern der Schützenvereine über geeignete Maßregeln zur Wehrbarmachung zu verhandeln.[53] Um möglichst günstige Mehrheitsverhältnisse zu erhalten und ähnliche Probleme wie bei den Turnern zu vermeiden, forderte die Wochenschrift die Vereinsmitglieder auf, zahlreich in Gotha zu erscheinen und auf die Verhandlungen des Schützentags »Einfluß im nationalen Sinne« zu nehmen.[54] Auf Bitten des Nationalvereinsvorstandes nahm auch die 25–köpfige »Musterkompagnie« des Coburger Wehrvereins an den Feierlichkeiten teil.[55]

Am letzten Tag des Schützenfestes, das in Verbindung mit dem thüringischen Turntag abgehalten wurde, unterbreitete der Ehrenpräsident Herzog Ernst II. den mit dem Nationalverein abgestimmten Vorschlag, einen deutschen Schützenbund zu gründen. In der daraufhin entbrennenden Diskussion um die Statuten legten Schweitzer, Sonnemann und die Frankfurter Delegierten der Versammlung einen Entwurf zur sofortigen Abstimmung vor, der eine zentralistische militärische Gliederung des Bundes mit festem Sitz (in Frankfurt) und regelmäßig alle zwei Jahre wiederkehrenden Schützenfesten vorsah, die mit den Festen der Turner und Sänger zu einem großen Nationalfest verschmelzen sollten. Die Mitgliedschaft im Deutschen Schützenbund sollte jedem unbescholtenen Bürger offen stehen und nicht an die Mitgliedschaft in Schützenvereinen gebunden sein.

---

51 Text bei H. Weismann, 1863, S. 20 f.; G. Hirth (Hrsg.), Das erste allgemeine Deutsche Schützenfest, 1861, S. 6 f.; dort auch das Einladungsschreiben an die Vorstände der Turnvereine.

52 Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 84 f.; G. Hirth (Hrsg.), ebd., S. 10.

53 Habicht an Streit, 16. 5. 1861, BAP, Akten NV, 19, Bl. 193; A-Prot.NV, 19. 5. 1861, WLB. Nl. Hölder, XXXV.

54 WSchNV, Nr. 60, 21. 6. 1861; zur gleichzeitig mit dem Schützenfest abgehaltenen Versammlung der Mitglieder und Freunde des Vereins in Gotha vgl. WschNV, Nr. 65, 26. 7. 1861. Dort wurden Anträge im Sinne der dargelegten Wehrpolitik des NV angenommen.

55 Vgl. den Brief des Vorstandes des Coburger Wehrvereins an Nagel, 9. 6. 1866, StadtB München, Akten NV. Zur Wirkung vgl. den Artikel Pirazzis in Didaskalia. Blätter für Geist, Gemüth und Publizität, Nr. 190, 11. 7. 1861: »Besonderes Interesse erregte die Abteilung von 28 [richtig: 25] Turnernschützen aus Coburg, die erste Kompagnie deutscher Volkswehr mit blauen Blousen, Leinenhosen, Regenmantel und Miniégewehren, Tambour, Trompeter und einem stattlichen Anführer voran. Sie sind bereits trefflich einexerziert, tiraillieren ausgezeichnet und waren bald die erklärten Lieblinge des Publikums.«

Die Nationalvereinsgruppe, Georgii, Pirazzi, Sterzing und Braun, aber auch die Demokraten Kallenberg und Streit, ließ sich darauf nicht ein. Sterzing beantragte stattdessen, einen Ausschuß einzusetzen, der einen Statutenentwurf ausarbeiten und dem nächsten Schützentag zur Annahme vorlegen sollte. Während die Frankfurter eine aus 12 Städten zu beschickende Kommission forderten, setzte Herzog Ernst II. durch persönliche Intervention durch, daß die drei bisher durch besonderes Engagement hervorgetretenen Städte Bremen, Gotha und Frankfurt je drei Personen delegieren sollten. Dieser Vorschlag wurde auch von Kallenberg und Streit unterstützt.[56]

Damit hatten die Frankfurter eine entscheidende Niederlage erlitten, denn in der Kommission, dem Zentralausschuß des Deutschen Schützenbundes, war die Mehrheit der in Bremen und Gotha herrschenden gemäßigten und nationalvereinlichen Richtung garantiert. Ein erstes Treffen der Kommission in Bremen Ende Juli brachte erwartungsgemäß wichtige Vorentscheidungen im Sinne der gemäßigten Richtung. So wurde die föderative Vereinsorganisation festgeschrieben und Gotha zum ersten Vorort bestimmt.[57] Die definitiven Satzungen des Deutschen Schützenbundes wurden im November in Braunschweig festgestellt.[58] Sie unterschieden sich wesentlich von den ursprünglichen Vorschlägen der Frankfurter, indem sie eine dezentrale Organisation nach dem Vorortprinzip in Kombination mit Wanderversammlungen vorsahen, die Mitgliedschaft im Schützenbund auf die Angehörigen von Schützenvereinen beschränkten, eine Delegiertenwahl für den Schützentag als dem höchsten Bundesorgan vorschrieben, bei der auf je 100 Schützen ein Vertreter entfallen sollte, und für die Teilnahme am nationalen Schützenfest ein Eintrittsgeld von 1 Taler verlangten. Der Schützenbund war somit durch das lokale Vereinswesen kanalisiert und durch den Gothaer Vorort vollständig in der Hand der gemäßigten nationalvereinsfreundlichen Richtung.[59] Unter diesen Voraussetzungen war man auch dazu

---

56 Vgl. vor allem G. Hirth (Hrsg.), Das erste allgemeine Schützenfest, 1861, S. 64 ff.; Schützenfest-Zeitung, Nr. 9, 12.7.1861; H. Weismann, 1863, S. 10 ff.; Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 84 ff.; G. Mayer, Schweitzer, 1909, S. 51 ff. Der Kommission gehörten an für Gotha Staatsanwalt Sterzing, Ministerialrat Brückner, Bürgermeister Hünersdorf, für Bremen Konsul von Heymann, Kaufmann H. H. Schröder, Sekretär Dr. Plate, und für Frankfurt Kaufmann F. Fabricius, Kaufmann J. G. Reinhard und J. B. v. Schweitzer.

57 Der Gothaer Statuten-Entwurf vom 5.9.1861 im STA Coburg, LA A, 7448, Bl. 73 ff.; vgl. das Ausschußprotokoll der Bremer Sitzung vom 31.7.–2.8.1861, STA Coburg, LA A, 7195, Bl. 227 ff.; ferner den Bericht Sterzings in DTVZ, Nr. 6, 5.10.1861.

58 Vgl. das Ausschußprotokoll der Braunschweiger Sitzung vom 10.–11.11.1861, STA Coburg, LA A, 7450, Bl. 123 ff.; ferner den offiziellen »Aufruf an die deutschen Schützen«, DTVZ, Nr. 10, 1.12.1861; vgl. auch Schweitzers Bericht an die Frankfurter Mitglieder und Freunde des NV, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 150 ff.; die Satzungen sind abgedruckt bei H. Weismann, 1863, S. 27 ff., und erschienen noch 1861 als selbständige Broschüre.

59 Die konstitutionellen Grundsätze des Gothaer Komitees lagen auch den Satzungen des Gothaer Schützenvereins zugrunde, die als Musterstatuten in der DTVZ, Nr. 8, 1.11.1861, veröffentlicht wurden: Zweck des Vereins war die Förderung des Büchsenschießens, der siebenköpfige Vorstand wurde auf 3 (!) Jahre gewählt und den Mitgliedern drohte bei Verlust der staatsbürgerlichen Ehrenrechte – etwa wegen revolutionärer Umtriebe – der Ausschluß; entsprechend auch die Statuten des Mittelrheinischen Schützenbundes vom 2.11.1862, DTVZ, Nr. 53, 11.12.1862.

bereit, Frankfurt zum Austragungsort des ersten gesamtdeutschen Bundesschießens im Sommer 1862 zu bestimmen.

Am 11. Juli 1861 wurde in Gotha der Deutsche Schützenbund gegründet. Einen Monat später, am 12. August, kam in Berlin im Rahmen des zweiten Allgemeinen deutschen Turnfests der Turntag zusammen. Hier wiederholten sich die Gothaer Diskussionen, die im wesentlichen auch von denselben Personen geführt wurden. Wie bei den Schützenvereinen waren auch hier zuvor die Nationalvereinsmitglieder in der Wochenschrift durch Georgii aufgefordert worden, sich möglichst zahlreich den vorhandenen Turnvereinen anzuschließen und Neugründungen anzuregen, um auf diese Weise nationalvereinliche Mehrheiten sicherzustellen.[60] Der Turntag war bereits nach dem Delegiertenprinzip beschickt worden. 416 Delegierte mit insgesamt 1 408 Stimmen (je 30 Turner eine Stimme) vertraten 42 240 organisierte Turner.[61]

Die Debatten, denen abwechselnd Angerstein und Georgii präsidierten, verliefen über weite Strecken chaotisch und erregt. Offenbar befanden sich viele Personen im Raum, die über kein Mandat verfügten und trotzdem mitstimmten und erst nach langen Debatten dazu gebracht werden konnten, die Versammlung zu verlassen. Um einen halbwegs ordnungsgemäßen Ablauf sicherzustellen, mußten die Türen zum Sitzungslokal von Saalordnern bewacht werden. Die Auseinandersetzungen spitzten sich schnell auf die Frage nach der Gründung eines Turnerbundes zu. Für einen zentralistisch konzipierten deutschen Turnverein mit Zentralausschuß sprachen Wilhelmi, Kling aus Hanau und vor allem Kallenberg, der sich auf dem Schützentag der Nationalvereinsdisziplin unterworfen hatte.

Demgegenüber plädierte Georgii im Namen des schwäbischen Turnerbundes – nicht im Namen des Nationalvereins – für das föderalistische Modell, wobei ihn Ferdinand Götz ausdrücklich unterstützte. Auch diesmal versuchte Kallenberg einer Abstimmungsniederlage durch die Rücknahme seines Antrags zu entgehen. Georgii bestand jedoch auf Abstimmung, um die Mehrheitsverhältnisse ein für allemal klarzustellen. Der Antrag Kallenbergs wurde mit 941 zu 467 Stimmen deutlich abgewiesen. Gemäß der Vorschläge Georgiis wählte man anschließend einen ständigen Zentralausschuß der Turnerschaft aus zunächst fünf Mitgliedern (E. Angerstein, Georgii, Friedländer, F. Götz, Lion), der sich durch Kooptation auf 15 Personen ergänzte.[62] Die Zusammensetzung des Ausschusses mit einer Mehrheit der Leipziger und Berliner garantierte bereits einen politikfernen Kurs, der dadurch unterstrichen wurde, daß man die Geschäftsführung bei Angerstein in Berlin beließ. Beschlüsse über das Wehrturnen im Sinne des Nationalvereins, etwa einen eindeutigen Aufruf oder die Verpflichtung zu militärischen Übungen, hatte Georgii nicht durchsetzen können.

---

60 WSchNV, Nr. 49, 5. 4. 1861.

61 Stenographischer Bericht des Turntags, in: E. Angerstein/E. Bär (Hrsg.), 1861, S. 103 ff.; Ulbricht, 1861, S. 12 ff.

62 Kooptiert wurden: Röpell aus Breslau, W. Angerstein aus Köln, Boppenhausen aus Kassel, Krickel aus Wien, Gießler aus Pforzheim, Schäfer aus Lüneburg, Wilhelmi aus Neustadt a. H., Weber aus München, Hausmann aus Neustadt a. O., Jacobi aus Hamburg; DTZ, Nr. 52, Dezember 1861.

Auf der ersten Sitzung des neugewählten Zentralausschusses in Berlin am 28.–29. Dezember 1861 schritt die Konstituierung einer nationalen Turnerorganisation fort. Der Ausschuß wählte aus seinen Mitgliedern einen dreiköpfigen Vorstand, dem Ferdinand Götz als Geschäftsführer, Georgii als Vorsitzender und Eduard Angerstein angehörten. Ferner teilte man Deutschland in 15 Turnkreise ein, für deren Betreuung jeweils ein Ausschußmitglied verantwortlich zeichnete[63], und terminierte das dritte Turnfest für den Sommer 1863 nach Leipzig. Georgii wurde mit der Ausarbeitung einer definitiven Geschäftsordnung beauftragt, die die Beschickung der künftigen Turntage nach dem Delegiertenprinzip festschreiben sollte.[64]

Auch ohne die förmliche Gründung eines nationalen Turnerbundes, die erst 1868 erfolgte, war damit eine auf dem föderativen Vereinsprinzip basierende nationale Turnerorganisation geschaffen, die sich hinsichtlich der Organisationsstruktur vom Deutschen Schützenbund kaum unterschied. Es war reine Augenwischerei, wenn man aus Rücksicht auf die konservativen oder übervorsichtigen Turner in der Öffentlichkeit die Bezeichnung »Turnerbund« vermied. Allerdings war das Verhältnis zur Politik und zum Nationalverein erheblich distanzierter als beim nationalvereinlich dominierten Schützenbund. Alles was Georgii in der Frage des Wehrturnens erreichen konnte, war eine bedingte Empfehlung: »Waffenübungen, mit Ausschluß aller Äußerlichkeiten, kann der Verein nur denjenigen Vereinen empfehlen, welche dazu genügende Lehrkräfte besitzen«. Das einfache Turnen sollte jedoch »die Hauptsache bleiben«.[65]

Die gegenüber dem Turnerbund erheblich engere Anbindung des Schützenbundes an den Nationalverein spiegelte sich auch in der Frage der Verbandszeitschriften deutlich wider. Im Juli 1861 hatte Streit die »Deutsche Turn- und Volkswehrzeitung« gegründet. Das neue Blatt war von vornherein als Gegengründung zu der politikfernen Leipziger Turn-Zeitung konzipiert worden und hatte sich ihrem Namen entsprechend der Förderung des Wehrturnens verschrieben. Georgii hatte bereits auf dem Gothaer Schützentag ihre Ernennung zum Organ des Schützenbundes vorgeschlagen. Ab Nr. 6 vom 5. Oktober 1861 erschien das Blatt unter dem Namen »Deutsche Schützen- und Wehrzeitung. Organ des deutschen Schützenbundes« weiterhin im

---

63 Die Kreiseinteilung wurde in DTZ Nr. 15, 11. 4. 1862, erstmals veröffentlicht (in Klammern die Anzahl der Turnvereine am 1. 7. 1862 nach G. Hirth, Stat. Jahrbuch, 1863, S. XXXV): 1. Nordosten (39), 2. Schlesien (68), 3. Mark, Pommern (185), 4. Norden (59), 5. Niederweser und Ems (35), 6. Hannover (48), 7. Oberweser (25), 8. Niederrhein und Westfalen (100), 9. Mittelrhein (168), 10. Oberrhein (28), 11. Schwaben (76), 12. Bayern (116), 13. Thüringen (142), 14. Sachsen (170), 15. Österreich (25).

64 Die »Ordnung für die Turntage der deutschen Turnerschaft«, von Georgii, F. Götz und E. Angerstein entworfen, wurde in der DTZ, Nr. 40, 3. 10. 1862 veröffentlicht. Sie basierte auf dem Vorortprinzip (Wanderversammlungen ohne festen Verbandssitz) und dem Delegiertenprinzip: je 500 Turner sollten einen Vertreter zu den Turntagen entsenden, die zeitlich mit den Turnfesten zusammenfallen sollten. Die Ordnung wurde auf dem Turntag in Leipzig 1863 im wesentlichen bestätigt; lediglich ein 16. Turnkreis wurde eingerichtet und der Ausschuß auf 23 Personen erweitert (7 Vertreter wurden unmittelbar auf dem Turntag gewählt, die übrigen durch die Kreise); vgl. G. Hirth/E. Strauch (Hrsg.), 1863, S. 34, 69 f.; ausführlicher Bericht in: DTZ, Nr. 34–36, 21. 8.–4. 9. 1863.

65 Protokoll DTZ, Nr. 2, Januar 1862; G. Hirth, Statistisches Jahrbuch, 1863, S. XXVI ff.

Verlag Streits.[66] Die publizistische Vertretung der Turnerorganisation blieb dagegen in den Händen der Leipziger. Seit Dezember firmierte die Deutsche Turn-Zeitung als »Organ der deutschen Turnvereine und des Ausschusses«. Die Verbindung des Nationalvereins zum Dachverband der Turner stützte sich hauptsächlich auf Theodor Georgii, der allerdings als Vorsitzender des Turnerausschusses und ständiger Autor der Turn-Zeitung erheblichen Einfluß ausübte. Daß in Sachsen und in Preußen »nach dem bekannten Verhalten von Turnvorständen dieser Gegenden schwerlich auf eine starke Mitwirkung zu rechnen sein« werde und alles auf Georgiis Verhalten und seinen Einfluß bei den Süddeutschen ankam, darüber war sich die Nationalvereinsspitze im klaren.[67]

Die große Wehrdebatte der Heidelberger Generalversammlung des Nationalvereins vom 23.–24. August 1861 war angesetzt worden, um die vom Ausschuß institutionell und organisatorisch vorbereitete Wehrpolitik offiziell absegnen zu lassen und vor der deutschen Öffentlichkeit demonstrativ zur Geltung zu bringen.[68] Der ausführlichen Begründung des von Georgii und Streit gemeinsam formulierten Ausschußantrags läßt sich entnehmen, daß der Ausschuß mit dem Gedanken spielte, künftig im größeren Umfang auch durch finanzielle Mittel Wehrvereine zu fördern, falls die Angelegenheit bei Kommunen oder Regierungen auf Unterstützung stoßen sollte. Nachdem Georgii den Beitrag der gewöhnlichen Turn- und Schützenvereine zur allgemeinen Wehrbarmachung hervorgehoben hatte, kam er auf den neuen Typus der Wehrvereine bzw. Wehrabteilungen zu sprechen, ohne allerdings die Coburger Musterkompanie ausdrücklich zu erwähnen. Für die Organisation derartiger Wehrvereine, so Georgii, benötige es vor allem Geld. »Denn Waffen und Sonstiges können die Leute, die die Glieder der Wehrvereine abgeben, gewöhnlich nicht aus eigenen Mitteln sich beschaffen, da sie für ihres Leibes Notdurft und Nahrung genug zu tun haben.« Der Antrag lautete daher:

»1) der deutsche Nationalverein wird in jeder ihm möglichen und gesetzlich zulässigen Weise die Bildung von Wehrverreinen fördern;

2) er wird hierbei in gleicher Weise, insbesondere auf die Gleichmäßigkeit in Ausrüstung und Ausbildung – ohne ängstliches Festhalten in Kleinigkeiten und Nebensachen – hinarbeiten;

---

66 Die Gothaer Ausschußmitglieder hatten ein eigenes Organ für den Schützenbund gewünscht und bereits Verhandlungen mit dem Gothaer Verlagsbuchhändler Thienemann aufgenommen; die Nationalvereinler, aber auch Bollmann, Schweitzer und Ernst II. favorisierten aus unterschiedlichen Gründen die DTVZ. Zu den Auseinandersetzungen vgl. die erwähnten Protokolle der Ausschußsitzungen vom Juli in Bremen und November in Braunschweig, ferner Bollmanns Bericht an Ernst II. vom 5. 8. 1861, STA Coburg, LA A, 7447; zum Ganzen R. Brütting, 1991, S. 93 f.; anders als es dort erscheint, blieb die DTVZ jedoch stets unter der Kontrolle Kallenbergs und Streits, und nicht Bollmanns. Erst ab 1864, also nach dem definitiven Ende der nationalvereinlichen Wehrpolitik, übernahm Thienemann den Verlag des Blattes, vgl. A. Sauerteig, 1949, S. 82 f.

67 Bennigsen an Bollmann, 15. 4. 1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 533.

68 Verhandlungen NV II (1861), S. 25 ff.

3) er beauftragt und ermächtigt seinen Ausschuß, unter Heranziehung von Fachmännern alle geeigneten Schritte in dieser Sache zu tun«.

In der Debatte sollte es sich rächen, daß der Ausschuß bei der Konzipierung der Wehrpolitik seine preußischen Mitglieder nicht hinreichend einbezogen hatte, die auch an der entscheidenden Frankfurter Ausschußsitzung im Mai nicht teilgenommen hatten.[69] Nachdem sich bereits verschiedene Redner, darunter Max Wirth und David Born, der aus London angereiste Bruder des Vorsitzenden der Allgemeinen Arbeiterverbrüderung Stefan Born, gegen die Errichtung gesonderter Wehrvereine ausgesprochen hatten, und Jordan aus Saarbrücken und Moll aus Mannheim darauf hingewiesen hatten, daß in Preußen bereits die allgemeine Wehrpflicht bestehe, entschied das geballte Auftreten der Führungsriege der neugegründeten preußischen Fortschrittspartei die Debatte endgültig zuungunsten der Ausschußanträge.

Unterstützt von Schulze und Franz Duncker stellte Unruh klar, daß die Einrichtung von Wehrvereinen in Preußen nicht durchführbar und auch unzweckmäßig sei, weil dort trotz nicht zu leugnender Mängel der Kriegsverfassung die allgemeine Wehrpflicht im Prinzip bereits bestehe. Nur in Ländern, wo die allgemeine Wehrpflicht noch nicht eingeführt sei, käme den Wehrvereinen eine sinnvolle Aufgabe zu. In diesem Sinne lautete auch sein Amendement zu Georgiis Antrag. Duncker wies darauf hin, daß das eigentliche Problem der Heeresreorganisation in Preußen in der Frage der Dienstzeit liege. Wenn der Nationalverein Abhilfe schaffen wolle, solle er, statt Wehrvereine zu gründen, lieber den Kampf der preußischen Kammer um die zweijährige Dienstzeit unterstützen. Mit dieser Haltung hatten die Führer der preußischen Fortschrittspartei nachdrücklich die Grenze dessen markiert, was sie dem Nationalverein an Mitspracherechten in innerpreußischen Angelegenheiten zuzugestehen gedachten. Die komplizierte Materie der Heerespolitik sollte Angelegenheit des Abgeordnetenhauses bleiben.[70]

Für die unveränderte Beibehaltung des Ausschußantrags sprach während der gesamten Diskussion nur ein einziges Ausschußmitglied, nämlich Otto Lüning.[71] Eine derartige Desavouierung eines vom Ausschuß bestellten Berichterstatters war einmalig in der Geschichte des Nationalvereins. Einen offenen Widerspruch gegen die Preußen konnte oder wollte auch Bennigsen nicht riskieren. Angesichts der mangelnden Unterstützung blieb Georgii nichts übrig, als sich zu beugen. In der Abstimmung wurde mit seiner Einwilligung der durch das Amendement Unruhs völlig verwässerte Ausschußantrag »beinahe einstimmig« angenommen.

---

69 Der politisch wenig profilierte Rheinländer Karl Cetto und der linke Flügelmann Otto Lüning konnten das Fehlen von Schulze, Unruh, Hoverbeck und Franz Duncker nicht aufwiegen.

70 Schon im Vorjahr hatte Unruh das Referat über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland übernehmen sollen, A-Prot.NV, 1.7.1860, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Die Debatte wurde jedoch kurzfistig von der Tagesordnung abgesetzt, angeblich, weil man sich erst sachkundig machen mußte, Verhandlungen NV I (1860), S. 56.

71 Lüning hat zumindest vorübergehend mit der Streit-Rüstow Gruppe zusammengearbeitet; Anfang September 1861 reiste er in die Schweiz, wo er Rüstow die Ergebnisse der Generalversammlung erläuterte; Lüning an Streit, Zürich, 10.9.1861, BAP, Akten NV, 22, Bl. 255.

Mit den Beschlüssen der Generalversammlung war das umfassend angelegte Konzept der »konstitutionellen« Wehrpolitik gescheitert. Der wichtigste deutsche Staat und mit ihm ein gutes Drittel der deutschen Turnvereine war der Wehrpolitik des Nationalvereins nicht zugänglich. Auch wenn in Preußen wegen der Haltung des Berliner Turnrats mit einer lebhaften Beteiligung nicht zu rechnen gewesen wäre, kam dem prinzipiellen Verzicht eine andere Qualität zu. Durch die Rücksicht auf den preußischen Partikularismus verlor die Wehrpolitik den Anspruch, eine *deutsche* Nationalsache zu sein. Georgii lehnte nach seinem wohl auch als persönliche Kränkung empfundenen Fiasko die erneute Kooptation in den Ausschuß ab und begnügte sich mit der Tätigkeit als Lokalagent in Esslingen. Er konzentrierte sich in Zukunft ganz auf den Turnerverband, dessen (Ausschuß-) Vorsitzender er bis 1887 blieb. Aus seinen Artikeln in der Turn-Zeitung und der Wochenschrift bis Ende 1863 wird jedoch ersichtlich, daß Georgii weiterhin um die Vermittlung der Turnbewegung und des Nationalvereins bemüht blieb.

Der Nationalvereinsausschuß versuchte zunächst, die Wehrpolitik auf der Grundlage der Heidelberger Beschlüsse weiterzuführen. So wies er beispielsweise die Vereinsagenten an, Streits Turn- und Volkswehrzeitung zur Verbreitung zu empfehlen.[72] In der diesem Beschluß folgenden Nummer des Blatts kommentierte Bennigsen persönlich die Beschlüsse der Generalversammlung zweckoptimistisch als den Beginn eines »neuen Stadiums« der nationalvereinlichen Wehrpolitik.[73] All das konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Wehrpolitik keinerlei reale Basis mehr besaß. Bennigsen beharrte deshalb nicht länger darauf, daß die bestehenden Wehrvereine die Übungsvorschriften Rüstows anwendeten, sondern befürwortete gegenüber Streit die Duldung abweichender Reglements.[74]

Seit Anfang 1862 wurde die Wehrpolitik auf den Vorstands- und Ausschußsitzungen nicht mehr thematisiert. Weitere Versuche zur Gründung, Förderung oder Koordinierung von Wehrvereinen wurden nicht unternommen. Nachweisbare finanzielle Unterstützung gewährte der Nationalverein außer der Coburger Musterkompanie nur noch einem einzigen Wehrverein: dem Oldenburger Verein wurde ein Darlehen in der bescheidenen Höhe von 100 T. zur Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen bewilligt.[75] Die demonstrative Präsenz von Vertretern des Nationalvereins auf den großen Schützen- und Turnfesten der Jahre 1862 und 1863 diente nur noch dazu, gegenüber den Regierungen die grundsätzlich politische Übereinstimmung

---

72 A-Prot.NV. 25.8.1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

73 DTVZ, Nr. 4, 1.9.1861.

74 Bennigsen an Streit, 7.9.1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 535, Anm. 1.

75 A-Prot.NV, 3.3.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Anträge von Görlitzer NV-Mitgliedern, Gelder zur Herstellung eines Normalgewehrs zu bewilligen, wurden abgelehnt (A-Prot.NV, 20.1.1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV), ebenso das Ersuchen des Bremers Stachow auf Unterstützung beim Gewehrkauf (V-Prot.NV, 29.9.1861 (ms.), StadtB München, Akten NV) und ein ähnlicher Antrag des auf den Aufruf des NV hin im Dezember 1861 gegründeten Berliner Wehrvereins »Hermann«, der 50 T. forderte; vgl. Wehrverein Herrmann an NV, 16.1.1863, BAP, Akten NV, 32, Bl. 216; A-Prot.NV, 1.2.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV; ferner M. Gugel, 1975, S. 51 f.

mit der Bevölkerung zu bekunden. Sie fußte nicht mehr auf einer eigenständig verfolgten Wehrpolitik des Nationalvereins.

So war der Stand der Dinge aus der Perspektive des Nationalvereins und der Spitzenfunktionäre des Turn- und Schützenwesens. Aber welche Resonanz fand die Wehrpolitik bei der Turnerschaft selbst? Auf der Ebene der Vereine scheint die Bereitschaft, gemäß der Exerzier- und Organisationsvorschläge des Nationalvereins Wehrriegen einzurichten, nicht sehr groß gewesen zu sein, von revolutionären Tendenzen ganz zu schweigen. Eine umfassende Untersuchung der Wehrbestrebungen auf lokaler und regionaler Ebene kann hier nicht geleistet werden, aber aus den vorhandenen Hinweisen läßt sich doch ein recht zuverlässiges Bild gewinnen. Das Statistische Jahrbuch Georg Hirths hatte in einer großangelegten Datenerhebung die Turnvereine u. a. auch nach der Abhaltung von Fecht-, Schieß- und Exerzierübungen befragt. Demnach gab es am 1. Juli 1862 unter den insgesamt 134 000 Turnern 7 565 Fechter und 2 272 Schützen. An Exerzierübungen ohne Gewehr beteiligten sich 7 559 Turner, an Übungen mit Gewehr ganze 909. Nur letztere wird man zu halbwegs einsatzfähigen Truppen rechnen können. Von ihnen kamen 76 aus der Mark Brandenburg (mit Berlin), 302 aus dem Turnkreis Niederweser/Ems (mit Oldenburg und Bremen), 273 aus dem Mittelrheinkreis (mit Frankfurt und Hanau), 131 aus Thüringen (Coburg) und 75 aus Schwaben.[76] Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß das dem Wehrturnen äußerst ablehnend gegenüberstehende Jahrbuch die Zahl der Wehrturner um ein vielfaches zu niedrig angesetzt hat, wird man zugeben, daß ihre Zahl nicht einmal zu einer eindrucksvollen symbolhaften Unterstützung der Linientruppen ausreichte, geschweige denn zum Aufbau einer Revolutionsarmee. Daß militärische Übungen, »von wenigen Ausnahmen abgesehen, zur Zeit weder in den Turn- noch in den Schützenvereinen getrieben werden«, anerkannte auch Streit in seinem Redebeitrag auf der Generalversammlung des Nationalvereins im Oktober 1862.[77]

Daß von einer irgendwie relevanten revolutionären Strömung im turnerischen Lager nicht die Rede sein kann, bestätigt auch ein Blick auf die angeblichen Zentren des revolutionären Turnens, die Rolf Weber in seiner durchaus verdienstvollen Untersuchung über die radikale Demokratie ausgemacht hat. Diese »Zentren« stimmen mit den im Statistischen Jahrbuch angegebenen Regionen mit wehrturnerischen Aktivitäten überein, nämlich Thüringen, Oldenburg, Südwestdeutschland, Frankfurt und dem Mittelrheinkreis.[78]

Der zweifellos bedeutendste Wehrverein Thüringens, der stets auch als Beleg für revolutionäre Absichten angeführt wird, war der Coburger Verein mit seiner nationalvereinlichen Musterkompanie. Nachdem der Ausschuß des Nationalvereins im Mai 1861 der Errichtung der Wehrriege zugestimmt

---

76 G. Hirth, Stat. Jahrbuch, 1863, S. Xlvi f.

77 Verhandlungen NV III (1862), S. 39. Auch Georgii gab in der WSchNV, Nr. 161, 31.5. 1863, zu, daß die Bildung von Wehrvereinen noch immer eine Zukunftsaufgabe sei.

78 R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 38 f.

hatte, suchte der Coburger Turnverein am 3. Juni 1861 bei der zuständigen Behörde um die Genehmigung von Waffenübungen nach, die ihm vorläufig gewährt wurde.[79] Wenig später erließ die coburg-gothaische Regierung ein »Normativ für die freiwilligen Wehrvereine«, das eine dauerhafte Genehmigung von der Einhaltung zahlreicher Bedingungen abhängig machte: Mitglieder durften demnach nur coburg-gothaische Staatsangehörige werden (§ 2), die Kommandeure und Zugführer bedurften der Bestätigung durch die Staatsregierung (§§ 8–9), und die Wehrvereine mußten sich verpflichten, auf Verlangen in die bewaffnete Staatsmacht einzutreten (§ 10). Genau entsprechend diesen Bestimmungen wurden die Satzungen des Coburger Wehrvereins abgefaßt.[80] Da Coburg-Gotha im Sommer 1861 eine Militärkonvention mit Preußen abgeschlossen hatte, die seine Armee dem preußischen Oberbefehl unterstellte und Herzog Ernst II. zu einem preußischen Offizier machte, unterstand die Musterkompanie des Nationalvereins rechtlich dem Komando des preußischen Königs![81]

Ebensowenig taugt der Oldenburger Wehrverein als Beweis für die Existenz einer organisatorisch faßbaren revolutionären Unterströmung bei den Turnern. Der vom Nationalverein mit 100 Talern finanziell unterstützte Wehrverein arbeitete eng mit dem Bremer Wehrverein zusammen, mit dem er gemeinsame Manöver abhielt.[82] Gerade der Bremer Wehrverein, der Mitte 1860 von Stachow und Ehmck in enger Anlehnung an den Senat und in Kooperation mit dem Linien-Militär geführt wurde, muß als ausgesprochener Exponent einer antirevolutionären Wehrpolitik angesehen werden. Der Senat stellte dem wenig mehr als hundert Mitglieder umfassenden Verein Gewehre und Exerzierplätze zur Verfügung, auf denen nach dem Reglement der oldenburgisch-hanseatischen Brigade des Bundesheeres geübt wurde.[83]

---

79 DTVZ, Nr. 3, 15. 8. 1861.

80 Die Statuten des Turn- und Wehrvereins zu Coburg wurden 1862 als selbständige Broschüre veröffentlicht; abgedruckt in DTVZ, Nr. 29. 3. 7. 1862; Nr. 30, 10. 7. 1862.

81 Text der Militärkonvention bei F. W. Henneberg, Militärkonvention, 1861, S. 43 ff.

82 P.-K. Schwarz, 1979, S. 38 f.; zur finanziellen Förderung durch den NV vgl. A-Prot.NV, 3. 3. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV (der Verein schaffte von dem Geld 100 ausgemusterte Militärgewehre vermutlich an, vgl. den Brief des Turnwarts G. Propping an [Nagel], 2. 3. 1867, StadtB München, Akten NV). Schweigert war von der Errichtung des Wehrvereins so begeistert, daß er Lassalle triumphierend seinen »Erfolg« berichtete, vgl. P. Wiede, 1957, S. 375, Anm. 169. S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 120, Anm. 10, führt den Oldenburger Verein als Beweis für seine unhaltbare These an, der NV habe »immer wieder« Geld zur Verfügung gestellt. Im Herzogtum Oldenburg blieb der hauptstädtische Wehrverein der einzige, vgl. DTVZ, Nr. 44, 9. 10. 1862.

83 Vgl. den ausführlichen Bericht Stachows über die Vereinstätigkeit in: DTVZ, Nr. 3, 15. 8. 1861; ferner H. Schulze, Nordwestdeutsche Turnvereine, 1935, S. 54 ff. Ehmck übersandte Bennigsen am 3. 9. 1861 das Reglement des Wehrvereins, das sich von den auf preußischem Reglement beruhenden Übungsvorschriften des Ausschusses absetzte; Ehmck an Bennigsen, 3. 9. 1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 534, Anm. 2. Im Nordwesten dominierten Nationalvereinsmitglieder auch die Turnvereine in Emden, Leer, Norden, Aurich und Hannover, ohne daß sich dort Wehrriegen gebildet hätten. In Hildesheim, Göttingen, Braunschweig und Osnabrück spalteten sich von den nationalvereinlich geführten Vereinen jeweils unpolitische bzw. katholische Gruppen ab; vgl. H. Schulze, ebd., S. 41 ff.; C. Gotthardt, 1992, S. 92.

Auch im deutschen Südwesten lassen sich nur wenige Wehrvereine nachweisen, die allesamt unter regierungsamtlicher Aufsicht standen. In Mannheim, dem Zentrum der badischen Demokratie, scheiterte der Versuch, einen Wehrverein auf der Grundlage der Coburger Übungsvorschriften zu errichten, weil die badische Regierung die Genehmigung versagte.[84] Im benachbarten Württemberg bildeten sich zunächst immerhin drei Wehrvereine, nämlich in Stuttgart, Esslingen und Göppingen, die auf der Grundlage der Coburger Übungsvorschriften exerzierten. Wie in Coburg und Bremen lag auch hier eine Erlaubnis der Regierung vor.[85]

Es bleibt noch der mittelrheinische Turnerbund, der sich im August 1860 nach mehrjähriger Zwangspause rekonstituiert hatte.[86] Vor allem in der bedeutendsten Stadt des Mittelrheinkreises, in Frankfurt, lassen sich tatsächlich revolutionäre Tendenzen belegen. Dort hatte sich von dem 1860 gebildeten Turnverein im Januar 1861 der radikale Flügel um Schweitzer und den ehemaligen Kommunisten Abraham Strauß[87] abgespalten und – in Anlehnung an den kommunistischen Sprachgebrauch – als Frankfurter Turn*gemeinde* konstituiert. Die rund 200 Mitglieder zählende Turngemeinde hielt eigenständige Wehrübungen ab und hing zweifelsfrei revolutionären Vorstellungen an. Allerdings bildete sie selbst in Frankfurt nur eine Minderheit. Denn dort bildete sich wenig später unter dem Vorsitz des Nationalvereinsmitglieds Dr. jur. Sauerländer ein Jugendwehrverein, der die Turngemeinde an Bedeutung weit überflügelte. Dieser rund 500 Mitglieder zählende Verein

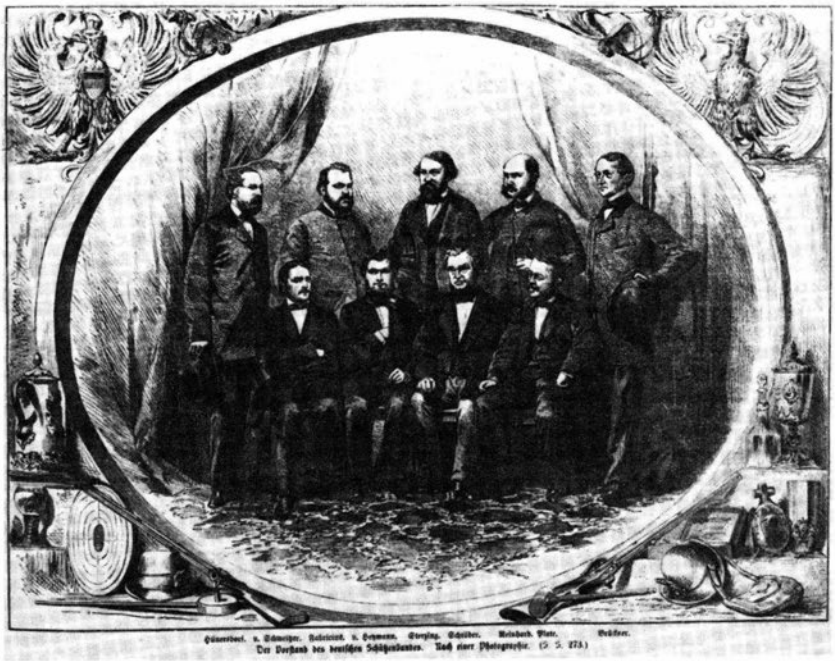
---

84 Vgl. DTVZ, Nr. 3, 15.9.1861; Nr. 10, 1.12.1861. *Vor* seinem Verbot wird der »Turn- und Wehrverein Mannheim« zweimal in den in der WSchNV veröffentlichten Spendenlisten für die deutsche Flotte erwähnt; WSchNV, Nr. 72, 13.9.1861 (30 fl.); Nr. 74, 27.9.1861 (30 fl.). Bennigsen beklagte in einem Brief an Lammers vom 26.11.1861, daß die badische Regierung nichts Besseres zu tun habe, als »mit polizeilichen Reskripten gegen die Wehrvereine einzuschreiten«, vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 549.

85 DTVZ, Nr. 9, 15.11.1861. Die Statuten des Esslinger Wehrvereins sind abgedruckt in: WSchNV, Nr. 70, 31.8.1861; Beobachter, Nr. 217, 15.9.1861. Als Zweck des Vereins wurde die Förderung der »Übung in den Waffen« angegeben. Mitglied konnte jeder unbescholtene Mann werden, der das 17. Lebensjahr vollendet hatte. Jedes Mitglied verpflichtete sich unterschriftlich zur Einhaltung der Satzungen und zur Zahlung monatlicher Beiträge. Der siebenköpfige Ausschuß wurde in geheimer Wahl von der Mitgliederversammlung gewählt, wie auch die Offiziere und Chargen. Der Ausschuß setzte u. a. einen »Waffenmeister« ein, »der die Aufbewahrung und Instandhaltung der dem Verein geliehenen und gehörigen Waffen zu besorgen hat, worüber er ein Verzeichnis führt, ebenso über den ihm anvertrauten Schießbedarf«. Während der Übungen unterstanden die Mitglieder militärischer Disziplin: Verfehlungen wurden mit Verweis, Geldbußen oder Ausschluß aus dem Verein bestraft. In Stuttgart wurde zudem eine spezielle Jugendwehr eingerichtet, die nach einem von A.v.Gaisberg gemeinsam mit einem regulären Offizier erarbeiteten Reglement exerzierte; alle Offiziere und Chargen bedurften auch in Württemberg der regierungsamtlichen Bestätigung; vgl. DTVZ, Nr. 18, 31.3.1862; SZ, Nr. 28, 15.7.1862. Die »Grundzüge über die Ausbildung von Jugendwehren« von Gaisberg wurden im Dezember 1863 als Broschüre veröffentlicht. Zu den Wehr- und Turnvereinen in Württemberg vgl. auch die Bemerkungen bei G. Runge, 1970, S. 61 ff.; P. Sauer, 1976, S. 225 ff.; während der Schleswig-Holstein-Krise Ende 1863 wuchs ihre Zahl kurzzeitig auf 14 an.

86 Vgl. H. Braun, Bd. 2, 1987, S. 17 ff.; T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 309 ff.; zum Hanauer Turnverein vgl. A. Lutz, 1889, S. 40 ff.; zum Turnverein »Germania« in Wetzlar, der ebenfalls das Wehrturnen praktizierte, vgl. H.-W. Hahn, Bürgertum, 1991, S. 454.

87 Zur Biographie Strauß' vgl. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 102, Anm. 381.



Ausschuß des Deutschen Schützenbundes, 1862

Stehend: Hünersdorf, F. Fabricius, A. Sterzing, J. G. Reinhard, R. Brückner
Sitzend: J. B. v. Schweitzer, v. Heymann, H. H. Schröder, J. F. Plate

richtete eine 120 Mann starkes Corps ein, das gemäß den Coburger Vorschriften gekleidet wöchentlich zweimal exerzierte.[88]

Auch innerhalb des Mittelrheinischen Turnerbundes blieb die Turngemeinde weitgehend isoliert. Immerhin gelang es ihr, im Mainbezirk, einem der neun Bezirke des Mittelrheinischen Turnerbundes, das Prinzip der offenen Turnerversammlung gegen das Delegiertenprinzip durchzusetzen. Auf der Ebene des Mittelrheinischen Turnerbundes scheiterte sie jedoch mit diesem Versuch. Im September 1861 wurde auch hier eine föderalistische Verfassung festgeschrieben, die auf dem Delegierten- und Vorortprinzip basierte. Erst nach mehreren Anläufen gelang es dem Turnlehrer Wilhelmi[89] im August 1862, wenigstens eine Empfehlung zur Einführung des Wehrturnens durchzusetzen. Der Beginn des Wehrturnens im bayerisch-pfälzischen Bezirk des Mittelrheinkreises, dem Wilhelmi vorsaß, provozierte jedoch Gegenmaßnahmen der bayerischen Regierung, die die Einstellung der Waffenübungen schon Ende 1862 durchsetzte.[90]

Sicherlich ließen sich nach Durchforstung regionaler und lokaler Archive und Zeitungen noch eine ganze Reihe von Wehrvereinen nachweisen. So hatte sich z. B. auch in der Hamburger Turnerschaft im Sommer 1860 eine Wehrriege konstitutionellen Zuschnitts gebildet, von der sich im Juni 1861 eine kleinere radikale Gruppe abgespaltete.[91] Auch in Berlin existierten zeitweise bis zu fünf Vereine, die Wehrübungen abzuhalten versuchten.[92] Das ändert jedoch nichts am Gesamtbefund, daß an der turnerischen Basis kein breites Interesse an patriotisch motiviertem militärischem Drill nachweisbar ist, geschweige denn eine organisatorisch greifbare revolutionäre Unterströmung von einiger Bedeutung. Nachweisbar sind nur die Bemühungen einer Handvoll revolutionärer Demokraten, aus den Turn- und Schützenvereinen ein unabhängiges Volksheer zu bilden. Diese Versuche waren aber von vornherein chancenlos; sie können keinesfalls als Beleg für eine revolutionäre Alternative zur Reichsgründung von oben herhalten und wurden von Karl Marx mit gutem Grund als »verteufelt dumm« bespöttelt.[93]

Anders als Kallenberg und Schweitzer, die versuchten, einen zentralistischen nationalen Turnverein *neben* dem Nationalverein zu errichten, plante Streit die Turnbewegung aus dem Nationalverein heraus zum Ausgangspunkt eines von den Regierungen unabhängigen Volksheeres zu machen. Unterstützung fand er dabei bei den Demokraten Hermann Orges und Karl Bollmann, die in den Diensten des coburg-gothaischen Herzogs standen, und beim Vereins-

---

88 Vgl. die Satzungen des Jugendwehr-Vereins vom Dezember 1862 und das Dienstreglement vom Februar 1863, BAP, Nl. Venedey, 127, Bl. 3–10; Gartenlaube, 1863, S. 628 ff.

89 Ferdinand Wilhelmi war bis 1849 Turnlehrer in Mainz, verbrachte anschließend 13 Jahre im Exil und lebte seit 1863 in Krefeld; Braun bezeichnet ihn als den einzigen Demokraten im 15er-Ausschuß des Mittelrh. Turnerbundes; vgl. H. Braun, Bd. 2, 1987, S. 101, Anm. 94.

90 DTVZ, Nr. 50, 20.11.1862; H. Braun, ebd., S. 28 f.

91 C. Schneider, 1897, S. 93 ff.; DTVZ, Nr. 14, 31.1.1862.

92 Vgl. G. Rentzsch, 1986, S. 33. Das 57 Personen umfassende Mitgliederverzeichnis des »Schützen- und Wehrvereins in Berlin« vom Juli 1862 im STA Coburg, LA A, 7448, Bl. 71 f.

93 Marx an Engels, 5.7.1862, in: MEW, Bd. 30, S. 251.

sekretär Ludwig Schweigert, dem ehemaligen Hauptmann Rüstows. Bollmann, der im September 1861 wegen seiner offen revolutionären Gesinnung als Kabinettssekretär entlassen wurde und nach Dänemark übersiedelte[94], berichtet in einer reichlich indiskreten Abrechnung mit Ernst II. von gemeinsam mit Orges geschmiedeten Plänen, an die Spitze jedes Turnvereins oder Wehrvereins einen auf Nationalvereinskosten ausgebildeten Offizier zu stellen, um dann unter dem Vorwand eines großen Festes die Truppen – von 25 000 Mann war die Rede – zusammenzubringen.[95] Bollmann war es auch, der den Auftrag zur Abfassung eines Gutachtens an Rüstow übermittelte. Dabei zeichnete er offensichtlich ein zu radikales Bild des Nationalvereins. Denn in dem Begleitbrief zu seinem Gutachten sprach Rüstow gegenüber Bennigsen freimütig von seinen und Bollmanns Gedankenspielen, mit den Wehrvereinen »den organisatorischen Grund zu einem Freiwilligenheer zu legen, das in gewissen Fällen als Initialtruppe des deutschen Volkes auftreten könnte«.[96]

Streit mußte bei der Verfolgung derartiger Pläne innerhalb des Nationalvereins sehr vorsichtig vorgehen, um seine Stellung als Geschäftsführer nicht zu gefährden, die ihn zu einer strikten Einhaltung der Vorstands- und Ausschußbeschlüsse zwang. Seine engen Kontakte zu Rüstow und dann auch zu Lassalle verschwieg er dem Ausschuß daher. In der Ausschußsitzung vom 19. Mai 1861 hatte Streit mit der Zustimmung zu der Errichtung einer Musterkompanie und der Vervielfältigung des Rüstow'schen Gutachtens nur einen ersten Teilerfolg erzielt. Daß er durchaus weitergehende Pläne verfolgte, beweist der folgende von ihm vorgelegte Antrag:

»Für den Fall, daß der Ausschuß die Dringlichkeit der Wehrorganisation anerkennt und die auf Organisation freiwilliger Wehrkräfte gerichteten Anträge in der Hauptsache annimmt, beantrage ich: die Errichtung eines besonderen Ausschusses (Wehrausschuß) zur Inhandnahme der gesamten desfallsigen Einleitungen und organisatorischen Tätigkeit, ernannt aus Mitten des Gesamtausschusses mit dem Recht zur Selbstergänzung«.

Die Absicht Streits, durch einen mit Kooptationsrecht ausgestatteten Wehrausschuß ein Instrument für sich und seine revolutionären Genossen wie Rüstow, Lassalle und Schweigert zu sichern, liegt auf der Hand. Die Ausschußroutiniers durchschauten sofort die weitreichende Bedeutung des Antrags. Sie dachten überhaupt nicht daran, die heikle Wehrpolitik aus der Hand zu geben, und bewirkten, daß eine Verhandlung über Streits Antrag ausgesetzt wurde, wie das Protokoll verzeichnet.

In den ersten Nummern der seit Ende Juli 1861 erscheinenden Deutschen Turn- und Volkswehrzeitung bot Streit seinem Verbündeten Rüstow aus-

---

94 Zur »Bollmann-Affäre« vgl. R. Brütting, 1991, S. 98 ff.; dort wird allerdings nicht hinreichend deutlich, daß Bollmann vor allem wegen seiner immer unverhüllter zutage tretenden revolutionären Aktivitäten entlassen wurde.

95 K. Bollmann, Der Herzog von Coburg, 1861, S. 20 ff.; zu Orges Plänen einer Offiziersschule vgl. T. Austermühle, 1971, S. 175 f.; spätere Pläne Bollmanns wollten die Wehrschule durch Beiträge der einzelnen Vereine finanzieren, STA Coburg, LA A, 7196, Bl. 32 f.

96 Rüstow an Bennigsen, 17. 3. 1861, BAP, Nl. Bennigsen.

führlich Gelegenheit, seine Variante der Wehrpolitik zu erläutern, die auf ein deutsches Freiwilligenheer »als Grund- und Eckstein eines zukünftigen deutschen Reichsheeres« hinauslief, und die sich im Gegensatz zum Nationalverein ausdrücklich dagegen aussprach, daß sich die Freiwilligen »in einzelnen kleinen Haufen den einzelnen Armeekorps des deutschen Bundesheeres« anschließen sollten.[97]

Der Artikel rief heftige Proteste des altliberalen Bremer Agenten und Turnerfunktionärs Ehmck hervor. Ehmck protestiete dagegen, »daß aus den Wehrvereinen ein neues deutsches Volksheer hervorgehen« und dieselben »nicht im Anschluß, sondern im Gegensatz zu den stehenden Heeren« wirken sollten.[98] In der folgenden Nummer mußte Streit auf Druck der Vereinsführung eine ausführliche redaktionelle Klarstellung drucken, daß das Blatt unbedingt auf dem Boden der bestehenden Gesetze stehe.[99] Nach ihrer Ernennung zum Organ des Schützenbundes bewegte sich die Zeitung dann auch – abgesehen von gelegentlichen Ausfällen gegen die Leipziger Turnzeitung – stets auf der gemäßigten Linie des Nationalvereins und propagierte seine konstitutionelle Wehrpolitik.

Erfolglos verliefen auch die weiteren Versuche der Streit-Rüstow-Schweigert-Lassalle-Gruppe. Rüstow hatte eigentlich schon nach den Beschlüssen der Heidelberger Generalversammlung Lassalle gegenüber angedeutet, die aussichtslose Zusammenarbeit mit dem Nationalverein zu beenden.[100] Nachdem er im Dezember nach Coburg gereist war und mit Streit und seinen dortigen Freunden ausführlich beraten hatte, schöpfte er noch einmal Hoffnung.[101] Streit, Schweigert und Rüstow wiegten sich in der Illusion, das größte Hindernis für den Aufbau einer Revolutionsarmee bestünde im Fehlen der nötigen Geldmittel. In diesem Zusammenhang verfiel man auf den wohl von Lassalle stammenden Plan, die Flottengelder des Nationalvereins für die Ausrüstung der Wehrvereine zu nutzen. Schweigert hatte allerdings die Chancen, derartige Nationalvereinsbeschlüsse zu erreichen, mit seltenem Klarblick von Anfang an als gering beurteilt.[102] Weitere Geldquellen zum Ankauf von wenigstens 3 000 Gewehren hoffte Schweigert in England erschließen zu können. Zu diesem Zweck begleitete er Streit und Metz im Sommer 1862 auf einer Reise nach London, die notwendig geworden war, um die Verhältnisse der dortigen Nationalvereinsgruppe zu ordnen. Schweigert verhandelte in London erfolglos mit Marx und anschließend mit den dortigen Nationalvereinsführern, konnte aber niemanden für seine Pläne gewinnen.[103]

---

97 DTVZ Nr. 1, 15.7.1861; Nr. 4, 1.9.1861. Der letzte Artikel Rüstows über die schleswig-holsteinischen Freikorps von 1848 erschien in Nr. 7, 15.10.1861.

98 Ehmck an Bennigsen, 3.9.1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 534, Anm. 2.

99 DTVZ, Nr. 5, 15.9.1861.

100 Rüstow an Lassalle, 15.10.1861, in: F. Lassalle, Briefe, Bd. 2, 1923, S. 269 f.

101 Rüstow an Lassalle, 25.11.1861, ebd., Bd. 2, 1923, S. 272 ff.; dass., 12.1.1862, ebd., Bd. 5, 1924, S. 15.

102 Schweigert an Lassalle, 15.1.1862, ebd., Briefe, Bd. 2, 1923, S. 275 f.

103 Schweigerts Reise war durch Empfehlungsschreiben Lassalles an Marx und Rüstows an Kinkel vorbereitet worden, Lassalle an Marx, 19.6.1862, in: F. Lassalle, Briefe, Bd. 3, 1922, S. 396; Rüstow an Kinkel, 7.6.1862, UB Bonn, Nl. Kinkel, 2662. Zu Marx' Reaktion vgl.

Ein ähnliches Schicksal erlitten die Pläne zur Nutzbarmachung des Frankfurter Schützenfestes im Juni 1862. Wenn der Flügel um Schweitzer das Schützenfest nicht zum Auftakt einer Revolution nutzen wollte, so beabsichtigte er zumindest, eine Revidierung der Satzungen des Schützenbundes zu erreichen. Eine Konferenz der Frankfurter Delegierten zum Schützentag hatte eine Reihe von Änderungsvorschlägen beschlossen, die vor allem die Abschaffung des Vorortprinzips und die Zulassung von Nichtmitgliedern von Schützenvereinen zum Schützentag beinhalteten, aber auch die Abschaffung von Ehrenchargen und von Trinksprüchen »auf einzelne Personen«, was eindeutig gegen den coburg-gothischen Herzog gerichtet war.[104]

Schweitzer war vom Zentralkomitee zur Vorbereitung des Frankfurter Schützenfestes nach einigen internen Streitigkeiten zum korrespondierenden Sekretär des Komitees und zum Redakteur der offiziellen Festzeitung bestimmt worden und so in eine einflußreiche Stellung gelangt.[105] Diese Position nutzte er, indem er die Mailänder Schützengesellschaft offiziell einlud, eine italienische Delegation nach Frankfurt zu entsenden. Garibaldi forderte daraufhin seine Landsleute zur zahlreichen Beteiligung auf. Als diese Vorgänge in Frankfurt bekannt wurden, kam es zum Skandal, der das Zustandekommen des Schützenfestes zu gefährden schien und Schweitzers ohnehin zweifelhaftem Ansehen weiteren Schaden zufügte. Die Großdeutschen befürchteten »gothaische« Machenschaften und die Liberalen sorgten sich, in den Geruch revolutionärer Umtriebe zu gelangen.[106]

Eine eiligst zusammengerufene Sitzung des Gesamtkomitees stellte deshalb am 31. Mai klar, daß mit Ausnahme der Schweizer keine ausländischen Schützen zugelassen seien. Es handele sich in Frankfurt um ein »Nationalfest«, das die ganze Nation ohne Ansehung der Parteistellung feiere, und nicht um eine »internationale Zusammenkunft der liberalen Parteien Europas«.[107] Auch mit ihren Änderungsvorschlägen für die Statuten drangen die radikalen Demokraten nicht durch. Auf dem Schützentag unter dem Ehrenpräsidium Herzog Ernst II. kamen die Pläne nicht einmal zur Debatte; sie wurden einer Kommission zur Prüfung übergeben, die darüber auf dem kommenden Schützentag Bericht erstatten sollte. Als Austragungsort hatte man das fest in der Hand der Rechtsliberalen befindliche Bremen bestimmt.[108]

Marx an Engels, 5.7. 1862, MEW, Bd. 30, S. 251. Nach einem Polizeibericht, GSTA-P, 9541, Bl. 114 ff., traf Schweigert in Seyd's Hotel, dem Londoner Vereinslokal des NV, mit Marx zusammen, der natürlich jede Zusammenarbeit mit dem NV ablehnte. Auch die Unterhandlungen mit den Führern der Londoner NV-Gruppe Kinkel und Heintzmann, die 10 000 Dollar aus dem Revolutionsfond der Emigration für Waffenkäufe beisteuern sollten, scheiterten; vgl. auch G. Rentzsch, 1986, S. 51 ff.; zum Revolutionsfond H. Rösch-Sondermann, 1982, S. 306 ff.

104 DTVZ, Nr. 32, 17.7. 1862. Vollständiger Abdruck der Änderungsvorschläge in DTVZ, Nr. 38, 28.8. 1862.

105 DTVZ, Nr. 22, 17.5. 1862.

106 Vgl. den Briefwechsel Schweitzers bei H. Weismann, 1963, S. 34 ff.; ferner G. Mayer, Schweitzer, 1909, S. 64 f. Schweitzer war diesmal mit Kenntnis der Coburger Gruppe vorgegangen, wie ein Brief Schweigerts an Lassalle vom 27.4. 1862 nahelegt, F. Lassalle, Briefe, Bd. 5, 1924, S. 7 f. Möglicherweise wurde die Mailänder Anfrage durch Rüstow angeregt.

107 DTVZ, Nr. 26, 12.6. 1862; K. Grün, 1862, S. 6 f.

108 Zum Verlauf der Verhandlungen vgl. J. B. v. Schweitzer, Festzeitung, 1862, S. 26 f., 66 f.;

Einen letzten Versuch, aus dem Nationalverein heraus den Aufbau eines Volksheeres zu beginnen, unternahm die Lassalle-Rüstow-Schweigert-Streit-Gruppe im Vorfeld der Generalversammlung 1862. Nachdem der Ausschuß Anfang März 1862 die Auszahlung der Flottengelder an die preußische Regierung gestoppt hatte, lief der neue Plan darauf hinaus, die brachliegenden Flottengelder für die Ausrüstung der Wehrvereine auf breiter Ebene umzuleiten. Auf der Coburger Generalversammlung wurden diese Vorschläge nicht einmal diskutiert. Die Beschlüsse zur Wehrfrage blieben im Oktober 1862 deutlich hinter denen des Vorjahres zurück. Es war jetzt nicht mehr die Rede davon, daß der Nationalverein die Bildung von Wehrvereinen nach Kräften unterstützen solle, sondern man sprach den patriotischen Bestrebungen der Schützen- und Turnvereine zur Bildung von Wehrvereinen und Jugendwehren lediglich unverbindlich die »Anerkennung und stete Unterstützung des deutschen Volkes« aus. Bereits während der vorausgegangenen Ausschußsitzung war mehrheitlich entschieden worden, daß die Verwendung der Flottengelder zu einem anderen als dem ursprünglich vorgesehenen Zweck von Ausschußmitgliedern nicht befürwortet werden solle.[109] An diesen Beschluß hielt sich auch Streit.[110] Lassalle brach »wegen des schwächlichen Beschlusses in der Wehrvereinssache und der Reservierung der Flottengelder für Flottenzwecke« seine Beziehungen zum Nationalverein endgültig ab und begann, seine Revolutionshoffnungen auf die Arbeiter zu setzen.[111] Rüstow gab wenig später ebenfalls auf.[112]

b) Die Flotten-Sammlungen

Weniger risikobeladen als das Experiment mit den Wehrvereinen war das zweite Feld nationalvereinlicher Wehrpolitik, nämlich die Sammlung der sogenannten Flottengelder, die der Verein dem im April 1861 neu eingerichteten preußischen Marineministerium mit der Auflage zur Verfügung stellte, sie für die Anschaffung von Kanonendampfbooten zu verwenden. Die Flottensammlungen kamen wesentlich auf Initiative und Drängen des rechten Vereinsflügels zustande und unterstrichen noch einmal in aller Deutlichkeit den gleichsam konstitutionellen Grundzug seiner gesamten Wehrpolitik. Auch hier wollte der Verein durch Privatinitiative demonstrativ vorwegnehmen, was er insbesondere von der preußischen Regierung erwartete: den

---

H. Weismann, 1863, S. 107 f.; K. Grün, 1862, S. 66 f. Die Kommission aus Friedleben, Sterzing, Georgii, F. Mittermaier trat Ende Oktober 1863 zusammen und lehnte erwartungsgemäß alle wesentlichen Satzungsänderungen ab; vgl. das Ausschußprotokoll der Heidelberger Sitzung vom 11.10.1863, STA Coburg, LA A, 7448, Bl. 122 ff.; die überarbeiteten Satzungen erschienen 1864 als selbständige Broschüre; sie wurden auf dem Bremer Schützenfest, das erst im Sommer 1865 in der Hochburg des annexionistischen Rechtsliberalismus stattfand, aber wegen der inzwischen eingetretenen politischen Veränderungen nur noch wenig öffentliche Resonanz fand, angenommen, vgl. WBlNV, Nr. 16, 18, 19, vom 20.7., 3.8. und 10.8.1865.

109 A-Prot.NV, 4.10.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

110 Verhandlungen NV III (1862), S. 21 ff.

111 Lassalle an Sophie v. Hatzfeldt, 26.10.1862, in: F. Lassalle, Briefe, Bd. 4, 1924, S. 303 f.

112 P. Wiede, 1957, S. 72.

Wiederaufbau der aus der Revolution hervorgegangenen und 1852 durch den Deutschen Bund aufgelösten Reichsflotte als Voraussetzung für die kriegerische Abtrennung Holsteins und Schleswigs von Dänemark. Der Nationalverein knüpfte dabei, allerdings mit charakteristischen Abwandlungen, an die Tradition der Flottensammlungen der Revolutionsjahre an, die ergänzend zu den spärlichen Mitteln der Reichsregierung rund 193 000 fl. durch private Spenden zusammengebracht hatten.[113]

Die Flottensammlungen standen in engstem Zusammenhang mit dem angestrebten Abschluß von Militärkonventionen reformwilliger Mittel- und Kleinstaaten mit Preußen, die Reyscher im Flugblatt Nr. III des Nationalvereins als einen möglichen Ausweg aus der Misere der Bundeskriegsverfassung angeführt hatte. Diese bilateralen Verträge waren ausdrücklich als eine Brüskierung des Bundestags geplant, bei dem die Verhandlungen über eine Reform der Bundeskriegsverfassung seit langem auf der Stelle traten. Im Juli 1861 kam es tatsächlich zur Unterzeichnung einer derartigen Militärkonvention zwischen Preußen und Coburg-Gotha, die die Truppen des Kleinstaats in die preußische Armee eingliederte und aus Herzog Ernst II. einen preußischen Offizier machte.[114]

Über ähnliche vertragliche Vereinbarungen bezüglich des Aufbaus einer Flotte zum Schutz der deutschen Küsten verhandelte die preußische Regierung mit den Hansestädten und Oldenburg. Im Kern ging es darum, daß die Küstenstaaten aus eigenen Mitteln eine bestimmte Anzahl von Dampfkanonenbooten anschafften, die der preußischen Kriegsmarine eingegliedert werden sollten. Seit den ersten Monaten des Jahres 1861 besprachen Bennigsen, Ehmck, Lammers, Droysen, Reyscher und Hermann Heinrich Meier in ihren Briefwechseln das Projekt und versuchten, den Einfluß des Nationalvereins in Bremen und Hamburg fördernd geltend zu machen; zu diesem Zweck veranlaßten sie gleichartige Anträge in der Hamburger und Bremer Bürgerschaft, die die Senate zum Bau einer Kanonenbootflotille als Beitrag zur deutschen Flotte aufforderten.[115]

---

113 Zur Reichsflotte 1848/49 vgl. A. Duckwitz, 1877, S. 103 ff.; V. Valentin, Bd. 2, 1932, S. 128, 324 ff.; G. Moltmann, 1985. Die Summe der damaligen Flottensammlungen nach Schulze-Delitzsch, Verhandlungen NV II (1861), S. 35; sie entspricht den Berechnungen des preußischen Marineministeriums, vgl. P. Koch, 1896, S. 138.

114 Vgl. F. W. Henneberg, Militärkonvention, 1861; Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 107 ff.; H. Onken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 512 ff. (dort auch zu den Plänen einer Konvention mit Baden). Waldeck und Altenburg folgten im Februar und März 1862, während Weimar die Verhandlungen nach Bismarcks Amtsantritt einschlafen ließ, vgl. E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 401; M. Wyrwol, 1952, S. 100 f.; U. Hess, 1991, S. 16 f.

115 Vgl. dazu H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 502 ff., 543 f.; A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 92, 98 f.; F. Hardegen, 1920, S. 174 ff. In Hamburg wurde ein entsprechender Antrag am 8. 5. 1861 von Adolf Godeffroy gestellt, dem Mitbegründer und Direktor der HAPAG; der Bremer Antrag, auf einer Versammlung der dortigen NV-Mitglieder beschlossen (WSchNV, Nr. 60, 21. 6. 1861), wurde am 19. 6. 1861 von Friedrich Pfeiffer (1815–1879) eingebracht, einem in Kassel geborenen Juristen; 1850 Obergerichtsanwalt in Fulda; MdL 1849 in Kurhessen; Pfeiffer siedelte sich infolge einer Steuerverweigerung in Bremen an, wurde dort 1864 Senator und 1876 Bürgermeister; A-AT 1863–64; vgl. P. Losch, 1909.

Sehr früh kam die Idee auf, die Vertragspolitik durch seitens des Nationalvereins organisierte Spendensammlungen zu unterstützen. Lammers und Francke hatten dies bereits im Februar und März 1861 in Briefen an Bennigsen angeregt.[116] Bennigsen reagierte auf ihre Vorschläge mit heftiger Ablehnung, da er der auswärtigen Politik Preußens inzwischen kein Vertrauen mehr entgegenbrachte. Außerdem beharrte er darauf, daß die Regierungen der Küstenstaaten ihre guten Absichten zunächst durch eigene Leistungen beweisen müßten.[117]

Unter diesen Umständen kamen die Flottensammlungen unabhängig vom Nationalverein in Gang. Eine hervorragende Rolle spielte dabei ein Kapitän Christian Wraa aus Dresden, ein ehemaliger Offizier, der zwischenzeitlich als Leiter einer Seemannsschule am Bodensee gewirkt hatte. Womöglich durch Vermittlung badischer Regierungskreise hatte er in Gotha mit Freytag, Francke und den regierungsnahen Altliberalen über die Organisation von Flottensammlungen konferiert und war beauftragt worden, in verschiedenen Städten geeignete Komitees ins Leben zu rufen. Durch Vermittlung Freytags und Max Dunckers wurde Wraa sogar nach Berlin gebeten und durch den Kriegsminister Roon empfangen.[118] Infolge seiner Tätigkeit entstanden u. a. in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hamburg und Bremen sogenannte Flottenkomitees. Angesichts dessen geriet der Nationalverein mehr und mehr unter Zugzwang und stand vor der Alternative, entweder Gefahr zu laufen, in einer nationalpolitisch wichtigen und emotional hoch aufgeladenen Frage abseits zu stehen oder sich an die Spitze der Bewegung zu stellen.

Auf der Frankfurter Ausschußsitzung vom 18.–19. Mai 1861, derselben, die die Förderung der Wehrvereine beschloß, standen die Flottensammlungen auf der Tagesordnung. An der Sitzung nahm auch besagter Kapitän Wraa teil. Dieser Umstand belegt seine herausragende Bedeutung in der Flottenagitation und läßt sich ohne die Protegierung durch Max Duncker und die einflußreichen Altliberalen um Herzog Ernst II. nicht erklären. Wraa berichtete dem Ausschuß über den Stand der Sammlungen und über seine diesbezüglichen Unterhandlungen mit dem preußischen Kriegsminister. Dazu legte er einen Brief Roons vom 24. April 1861 vor, der die Anerkennung seiner Bemühungen durch die preußische Regierung ausdrückte und die Bereitschaft zur Annahme der Gelder signalisierte.[119] Wie Wraa berichtete, hatte Roon vorgeschlagen, der Verein möge seine organisatorischen Mittel für weitere Sammlungen zur Verfügung stellen und die Angelegenheit in die Hand nehmen. Dabei solle jedoch jeder »Anschein einer Parteidemonstration« vermieden werden.

---

116 Lammers an Bennigsen, 13.2.1861, u. Francke an Bennigsen, 22.3.1861, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 502 f.

117 Bennigsen an Reyscher, 8.5.1861, ebd., S. 507 f.; vgl. auch Bennigsen an Ehmck, 13.5.1861, ebd., S. 509 f.

118 Freytag an Samwer, 26.4.1861, in: H. RAUTENBERG (Hrsg.), Wir wollen Deutsche bleiben, 1939, S. 263 f. Daß M. Duncker zu den treibenden Kräften der Flottensammlungen gehörte, beweist sein Brief an Reyscher vom 25.3.1861, in: W. GRUBE, Einheitsbewegung, 1936, S. 345 f.

119 Veröffentlicht im BrHbl., Nr. 512, 3.8.1861.

Das lief natürlich den Absichten des Nationalvereins diametral entgegen, dem es, falls er sich zur Beteiligung an den Sammlungen entschließen sollte, gerade auf deren demonstrativen Charakter angekommen wäre. Man entschied deshalb, zunächst in Verhandlungen mit dem Kriegsministerium einzutreten und vorläufig von einem förmlichen Aufruf in der Sache abzusehen. In der Wochenschrift sollte aber ausführlich und befürwortend über die in Hamburg und Bremen in Gang befindlichen Sammlungen berichtet und den Vereinsmitgliedern die Unterstützung empfohlen werden, »ohne Rücksicht darauf, ob eine formelle Zustimmung der preußischen Regierung oder eine vertragliche Vereinigung mit derselben bereits erfolgt ist«.[120]

Über die Verhandlungen des Nationalvereins mit dem Kriegsministerium liegen keine Informationen vor, sie müssen jedoch im Sinne des Ausschusses verlaufen sein. Durch Kabinettsordre vom 23. Juli 1861 ermächtigte der preußische König jedenfalls seinen Kriegs- und Marineminister, die Spendengelder anzunehmen und ihrer Bestimmung zuzuführen.[121] Die daraufhin im Herbst einsetzenden Flottensammlungen trugen zweifellos »Parteicharakter«; sie waren demonstrativ herausgestellte Nationalvereinspolitik.

Auf der Heidelberger Generalversammlung brachte Schulze einen von ihm selbst formulierten Antrag ein, der die Vereinsmitglieder offiziell zu Sammlungen zum Bau von Dampfkanonenbooten aufforderte.[122] Den Sinneswandel seit der Frankfurter Ausschußsitzung begründete er mit dem »bereitwilligen Entgegenkommen des preußischen Marineministers«. Die eingehenden Spenden sollten in einem gesonderten Fond dem Vereinsausschuß zur Verwaltung zugeführt werden. Dieser wurde ermächtigt, die Gelder unter bestimmten Auflagen dem preußischen Marineministerium zu überweisen, das damit als »Interimistikum« (Schulze), stellvertretend für die nicht vorhandene Zentralgewalt, den Aufbau einer Schutzflotte für die deutschen Küsten beginnen sollte. Als Grundstock steuerte der Ausschuß 10 000 fl. aus Vereinsmitteln bei. Durch Schiffsbauexperten hatte man errechnen lassen, daß eine Flotte von 40 Kanonenbooten, deren Baukosten man mit rund 2 Millionen Talern ansetzte, zum Küstenschutz ausreichend sei. Ein Boot würde demnach also etwa 50 000 Taler kosten, und das schien durch Selbstbesteuerung erreichbar.[123]

---

120 A-Prot.NV, 18.–19. 5. 1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV; als Beilage IX der Textentwurf für die WSchNV.

121 Vgl. P. Koch, 1896, S. 146.

122 Vgl. Verhandlungen NV II (1861), S. 32 ff. »Der Nationalverein beschließt: 1) Es werden überall von seinen Mitgliedern Sammlungen angestellt, zum Bau von Dampfkanonenbooten. 2) Die gesammelten Gelder fließen in eine gemeinschaftliche Kasse, welche unter Verwaltung des Vereinsausschusses steht [. . .]. 3) Als erster Grundstock werden diesem Flottenfond aus den Mitteln des Nationalvereins zunächst 10 000 Gulden überwiesen [. . .]. 4) Da zur Zeit eine deutsche Zentralgewalt nicht vorhanden ist, wird diese Summe und werden ferner die gesammelten Bestände, sobald sie den Betrag von 10 000 Gulden erreicht haben, an das preußische Marine-Ministerium abgeliefert, mit der ausdrücklichen Bestimmung, die Gelder zum Bau der zum Schutze der deutschen Nord- und Ostsee-Küsten bestimmten Boote in den Reihen der preußischen Kriegs-Marine zu verwenden [. . .]«; ebd., S. 46.

123 Vgl. den Redebeitrag von H. Rickert, der auch das Flugblatt Nr. V mit dem Titel »Die deutsche Flotte« verfaßte; M. Duncker setzte den Preis für 50 Boote auf 2 1/2 Millionen Taler an, vgl. M. Duncker an Reyscher, 25. 3. 1861, in: W. Grube, Einheitsbewegung, 1936, S. 345 f.

Ab der Nr. 72 vom 13. September 1861 veröffentlichte die Wochenschrift des Nationalvereins wöchentlich Listen über den Spendeneingang.[124] Leider ist es nicht möglich, anhand der Listen auf die soziale Struktur der Spender zu schließen. Meist wurden nur die Namen der Übermittler und der Sammler vor Ort aufgeführt, nicht aber diejenigen der einzelnen Spender. Man kann jedoch mit Sicherheit annehmen, daß ein erheblicher Teil der Spenden von Personen aufgebracht wurde, die zu einem Beitritt zum Nationalverein schon aus finanziellen Gründen nicht in der Lage waren. Darauf deutet die häufige Erwähnung von Schützen- und Turnvereinen in den Listen hin.[125] Wo die radikale Demokratie Einfluß besaß, versuchte sie mit unterschiedlichem Erfolg, die Flottensammlungen zu unterbinden.[126]

Wie bei der Wehrvereinspolitik läßt sich auch bei den Flottensammlungen eine preußische Sonderrolle beobachten: in einigen Orten lehnte man die Beteiligung des Nationalvereins als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Preußens mit nationalpreußischen bzw. partikularistischen Argumenten ab und überstellte die Gelder direkt an das Marineministerium. Friedrich Harkort begründete diesen Standpunkt in einer eigens verfaßten Broschüre: »Die preußische Flotte, als Kern der künftigen deutschen, bedarf zunächst der Unterstützung der Staatsangehörigen und es erscheint als eine Anomalie, vorab für die nicht bestehende deutsche sammeln zu wollen. Hier tritt der [National-] Verein in eine bevormundende Stellung und gibt der Deutung Raum, es geschehe, um sich mehr Gewicht zu verschaffen«.[127] Aber auch aus dem Königreich Sachsen wurden größere Beträge unmittelbar nach Berlin gesandt. Die Nationalvereinsgelder eingeschlossen gingen bis zum Juni 1865

---

124 Auch das BrHbl. unterstützte nachdrücklich die Flottenbeschlüsse, die sie die »bedeutsamsten und großartigsten« nannte, welche der Nationalverein bisher verabschiedet habe, vgl. Nr. 516, 31. 8. 1861; Nr. 517, 7. 9. 1861; Nr. 519, 21. 9. 1861; Nr. 521, 21. 9. 1861.

125 Etwa der Turn- und Wehrverein Mannheim, der Heilbronner Turnverein, der Schützenbund Gerstungen, die Turner Remscheids, der Mosbacher Schützenverein usw. Schulze hatte auch unter den Mitgliedern seiner Genossenschaften geworben, vgl. H. SCHULZE, Schriften, Bd. 1, 1909, S. 552 ff.; in Berlin gründete Johann Casimir Eichler, prominentestes Mitglied der »Arbeiterdelegation« des NV nach England, im Oktober 1861 einen »Flottenverein der Berliner Arbeiter«, vgl. T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 350; auch die progressistische Breslauer Burschenschaft Bratislavia unternahm den Versuch, Sammlungen unter sämtlichen deutschen Studenten zu organisieren, WSchNV, Nr. 75, 4. 10. 1861; die Satzungen des Hamburger Flottenvereins in: Grenzboten 21 (1862, I), S. 120; vgl. die Aufrufe vom Juli 1861 für Berlin bei H. RAUTENBERG (Hrsg.), Wir wollen Deutsche bleiben, 1939, S. 273 f. (unterzeichnet von Mommsen, A. Delbrück, Virchow und G. Reimer) und Leipzig, WSchNV, Nr. 68, 16. 8. 1861 (Bering, Brockhaus, Busch, Cichorius, Freytag, Hirzel, Lorenz und J. Schmidt); in Schleswig-Holstein selbst wurde das von Lehmann im Oktober 1861 gegründete Landeskomitee bereits am 23. 12. 1861 polizeilich aufgelöst, vgl. J. WETZEL, 1971, S. 138 ff. Weitere Hinweise bei E. N. ANDERSON, 1954, S. 336 ff.; C. GOTTHARDT, 1992, S. 95.

126 J. B. v. Schweitzer setzte sich bei den Turnvereinen des Maingaus durch, vgl. G. MAYER, Schweitzer, 1909, S. 54; J. B. v. SCHWEITZER, Die deutsche Frage, 1862, S. 19; Beobachter, Nr. 68. 22. 3. 1862. In Frankfurt dagegen unterlagen die Gegner gegen Sonnemann, der die Einsetzung eines Flottenkomitees bewirkte, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 133 ff. Vgl. dazu Lammers an Bennigsen, 2. 10. 1861, BAP, Nl. Bennigsen: »v. Schweitzer, dessen unruhiger Ehrgeiz natürlich auch in Opposition gegen [. . .] die Flottenbewegung aufflammen mußte, wagte, obwohl anwesend, gegen Metz' direkten Angriff nichts zu sagen«.

127 F. HARKORT, 1861, S. 60 f.

nach offiziellen Angaben insgesamt 458 536 T. beim Marineministerium ein.[128]

Dazu trugen die Sammlungen des Nationalvereins mit insgesamt 140 000 fl. gerade ein knappes Fünftel bei. Der Vorstand überwies die Gelder in acht Raten zwischen 10 000 und 30 000 fl. und veröffentlichte die jeweiligen regierungsamtlichen Empfangsbestätigungen in der Wochenschrift.[129] Die letzte Zahlung erfolgte am 31. Dezember 1861. Mit der Beendigung der Überweisungen trug der Ausschuß der wachsenden Gewißheit Rechnung, daß in näherer Zukunft nicht mit dem Abschluß von Flottenkonventionen zu rechnen war. Zugleich reagierte er auf die wachsende Kritik an der Flottenpolitik des Nationalvereins. Angesichts des sich verschärfenden preußischen Budgetkonflikts erschien es immer weniger vertretbar, ausgerechnet einer Regierung Gelder zu überantworten, die ohne verfassungsmäßigen Etat regierte. Der Entschluß zur Einstellung der Überweisungen, die »Sistierung der Flottengelder«, erfolgte auf der Berliner Ausschußsitzung vom 4. März 1862. Da der Nationalverein durch den Beschluß der Generalversammlung die politische Verantwortung für die Flottengelder übernommen habe, begründete Streit, sei »in Folge der wenig Vertrauen erweckenden neueren Haltung der preußischen Regierung und des Kriegs- und Marineministeriums insbesondere, sowie veranlaßt durch die von verschiedenen Seiten eingehenden abmahnenden Zuschriften« die weitere Überzahlung an das Marineministerium vorerst einzustellen, die Sammlungen selbst jedoch fortzusetzen. Nur zwei Tage später brachte der Abgeordnete Hagen von der Fortschrittspartei jenen berühmten Antrag auf Spezialisierung des Militärhaushalts ein, der den offenen Bruch der Kammermehrheit mit der Regierung bedeutete. Der Zusammenhang mit dem Ausschußbeschluß liegt auf der Hand.

Interessanterweise machte der Ausschuß seinen Beschluß zur Nichtablieferung weder durch eine Erklärung noch durch die Wochenschrift öffentlich bekannt, sondern erklärte ihn »als nicht zur Veröffentlichung geeignet«. Der Ausschuß wollte zunächst freie Hand behalten und den weiteren Gang der Dinge in Preußen abwarten. Deshalb entschied er, die eingegangenen und noch eingehenden Gelder verzinslich bei der Coburger Kreditbank anzulegen, bis die Ergebnisse der preußischen Kammerverhandlungen über die Gründung einer preußischen Marine vorlägen.[130] Trotz der beabsichtigten

---

128 So überwiesen das sächsische Zentralkomitee 65 000 T., Leipzig 7 000 T., der Magistrat Breslaus 51 000 und Berlin 85 000 T. Mit den Geldern wurde der Bau des Panzerkreuzers »Arminius« finanziert; vgl. P. Koch, 1896, S. 146 f.

129 Das Begleitschreiben zur ersten Sendung vom 4. 9. 1861 (WSchNV, Nr. 74, 27. 9. 1861) lautete: »Hohes Königliches Marine-Ministerium! Die zweite Generalversammlung des deutschen Nationalvereins hat in ihrer Sitzung am 24. August d. J. zu Heidelberg mit Einmütigkeit den aus der abschriftlichen Beilage ersichtlichen Beschluß gefaßt. In Gemäßheit dieses Beschlusses und im Hinblick auf die vom Königl. Marine-Ministerium bei anderer Gelegenheit erklärte Bereitwilligkeit zur Empfangnahme von Beiträgen zu solchem Zwecke, habe ich vom Ausschuß des Nationalvereins Ermächtigung und Auftrag erhalten, die Summe von 10 000 fl. rhn. aus der Vereinskasse an das Königl. Marineministerium zu übermitteln. [. . .] Der Geschäftsführer des deutschen Nationalvereins F. Streit.« H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 538, spricht versehentlich von 80 000 *Gulden* statt *Talern* (= 140 000 fl.).

130 A-Prot.NV, 5. 3. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Nur Miquel stimmte dagegen, der mit

Geheimhaltung gelangten die Beschlüsse bald an die Öffentlichkeit und entfachten eine Debatte über die anderweitige Verwendung der Flottengelder, wie bereits im Zusammenhang mit der Bewaffnung der Wehrvereine gesehen.[131] Erst auf der Coburger Generalversammlung im Oktober 1862 wurde der Ausschußbeschluß offiziell bestätigt.[132] Allerdings mußte der Ausschuß einige Mühe aufwenden, abweichende Anträge wie den des Hamburgers Wex zurückzuschlagen, der im Namen der dortigen Mitglieder, unterstützt von Heinrich Bürgers, verlangte, die preußische Regierung solle die Flottengelder zurückzahlen. Die verbliebenen Flottengelder blieben bis zur Auflösung des Nationalvereins bei der Coburger Kreditbank deponiert, wo sie sich vor allem durch Zinsen, weniger durch weitere Spenden, auf über 116 000 fl. vermehrten.

5. Die Gründung der preußischen Fortschrittspartei und der Strategiewechsel des Nationalvereins

a) Die Gründung der Fortschrittspartei

Die neuere Forschung erklärt die Entstehung der Fortschrittspartei vornehmlich aus der Zuspitzung der parlamentarischen Auseinandersetzungen

---

Hoverbeck die Auszahlung der eingegangenen Gelder und die Einstellung der Sammlungen forderte. Metz hatte die öffentliche Motivierung der Sistierung vorgeschlagen, sich aber der Mehrheit angeschlossen. Das Leipziger Flottenkomitee lehnte die »Sistierung« ab und wandte sich fortan unmittelbar an den preußischen Kriegsminister, vgl. den Briefwechsel in: Grenzboten 21 (1862 II), S. 235 ff.

131 In diesem Zusammenhang verdienen die Anträge Erwähnung, Vereinsmittel zur Förderung des »Bauer'schen Tauchwerks« zu bewilligen, mit denen sich Vorstand und Ausschuß erstmals im April und Juli 1862 auseinandersetzten (V-Prot.NV, 20. 4. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV; A-Prot.NV, 27. 7. 1862, ebd.). Dabei ging es um die Experimente des U-Boot-Erfinders Wilhelm Bauer (1822–1875), einem katholischen Drechsler aus Dillenburg, der von 1840–50 als Soldat in der bayerischen und schleswig-holsteinischen Armee diente. Während des dänischen Kriegs entstanden seine U-Boot-Pläne, für die er in den 1850er Jahren vergeblich Unterstützung in Österreich, England, Rußland und Preußen suchte. Wohl angeregt durch die Flottensammlungen des NV gründete Friedrich Hofmann (1813–1888), Redakteur der Gartenlaube, 1861 in Leipzig das »Zentralkomitee für Wilhelm Bauers Tauchwerk«, das sich die Beschaffung der notwendigen Finanzmittel zur Aufgabe machte. Anfang 1864 lag dem Vorstand des NV ein vom 36er-Ausschuß des AT befürwortetes Ersuchen Hoffmanns vor, die Flottengelder für das Tauchwerk zu verwenden (V-Prot.NV, 14. 2. 1864, ebd.). Dafür machte sich auf der Generalversammlung im Herbst 1864 auch Biedermann stark; der Vorstand dachte allerdings nicht daran, den Großteil seiner Gelder in ein Unternehmen zu investieren, dessen politischer Nutzen fragwürdig war (Verhandlungen NV V (1864), S. 68 f.). Im Jahr 1865 wandte sich Bauer persönlich an den Ausschuß, um 3 000 T. zu erbitten, stieß aber auf Ablehnung (A-Prot.NV, 28. 9. 1865, ebd.). Die Vereinsführung bezweifelte nicht nur das technische Gelingen, sondern mißtraute der Person Bauers, den sie für ehrgeizig und national unzuverlässig hielt. Erst die Generalversammlung, der zahlreiche Anträge von Mitgliedern vorlagen und auf der Bauer, der erst jetzt dem NV beigetreten war, selbst sprach, beschloß auf Drängen der Vereinslinken (Venedey, Hohenemser, Friedeleben, Bürgers u. a.) die Bewilligung von 3 500 fl. (Verhandlungen NV VI (1865), S. 31 ff.). Vgl. O. Gluth, 1911; A. Layer, 1979.

132 Verhandlungen NV III (1862), S. 21 ff.

im preußischen Abgeordnetenhaus, die sich von einem Streit um die Ausgestaltung einer allgemein als notwendig anerkannten Heeresreform zu einem regelrechten Verfassungskonflikt entwickelten. Sie erkennt zwar die Einbettung der Parteigründung in die allgemeine nationalpolitische Entwicklung grundsätzlich an, begreift den Vorgang jedoch im wesentlichen als Ereignis der preußischen Innenpolitik und verzichtet darauf, den staatsübergreifenden nationalen Bezügen genauer nachzugehen.[1] Die ältere Literatur hatte demgegenüber ein größeres Gewicht auf die nationalpolitischen Zusammenhänge gelegt, ohne jedoch zu einer systematischen Untersuchung vorzudringen. Oncken urteilte, daß die Entstehung der Fortschrittspartei »keineswegs ausschließlich aus innerpreußischen Gründen zu erklären« sei, sondern diese sich »im Zeichen der nationalen Bewegung« vollzogen habe.[2] Und Wilhelm Mommsen glaubte, daß sowohl die Parteigründung wie der preußische Verfassungskonflikt »nicht von den innenpolitischen preußischen Kämpfen und auch nicht von den parteipolitischen Anschauungen her zu verstehen«, sondern in erster Linie »von nationalpolitischen Gesichtspunkten« bestimmt gewesen seien.[3] Dieselbe Tendenz lassen die grundlegenden Arbeiten Ludolf Parisius' erkennen.[4]

Verläßt man das Terrain der innerpreußischen Politik und nimmt die nationale Verfassungsbewegung als Ganzes in den Blick, so erscheint die Konstituierung der Deutschen Fortschrittspartei in Preußen im Juni 1861 als ein Ereignis, das im engsten sachlichen und personellen Zusammenhang mit dem Nationalverein stand und ohne ihn zumindest in dieser Form nicht stattgefunden hätte. Natürlich soll damit die Verwurzelung der Entstehung der oppositionellen liberal-demokratischen Koalitionspartei in der preußischen Parlamentsgeschichte nicht geleugnet werden. Die Unzufriedenheit über verschleppte Reformen und die sich mehr und mehr zu einem prinzipiellen Machtkampf zuspitzenden Auseinandersetzungen um die Heeresreorganisation stellten zweifellos wichtige Vorbedingungen dar. Aber sowohl die Umstände der Konstituierung wie auch die organisatorische und programmatische Ausgestaltung der Fortschrittspartei – und damit letztlich auch die Frage nach der Unvermeidlichkeit des Verfassungskonflikts und den Chancen seiner Beilegung – lassen sich nur dann umfassend analysieren, wenn man die Verflechtung mit den nationalen Organisationen des politischen Bürgertums im Auge behält. Hier stößt eine vorwiegend landesgeschichtlich orientierte Parteien- und Liberalismusforschung an ihre Grenzen, denn für viele der politisch engagierten Liberalen und Demokraten der 1860er Jahre bildete das jeweilige Landesparlament nicht den alleinigen und häufig nicht einmal den wichtigsten Orientierungspunkt ihres Handelns. Vielmehr richteten sie ihr innenpolitisches Vorgehen immer wieder an den Vorgaben und Entwicklungen der organisierten nationalen Verfassungsbewegung aus.

---

1 Vgl. z. B. E. N. Anderson, 1954, S. 3 ff.; H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 6 ff.; G. Eisfeld, 1969, S. 71 ff.; M. Gugel, 1975, S. 52 ff.; G. Fesser, Linksliberalismus, 1976, S. 7 ff.; K. H. Börner, Bourgeoisie, 1977, S. 416 ff.; G. Seeber, 1983, S. 625 ff.

2 H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 522 (Zitat), 554 ff.

3 W. Mommsen, Miquel, Bd. 1, 1928, S. 204 f.; vgl. auch M. Gugel, 1975, S. 53 ff.

4 L. Parisisus, Fortschrittspartei, 1879, S. 3 ff.; ders., Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 180 ff.

Durch die Gründung der Fortschrittspartei in Preußen verschaffte sich der Nationalverein das seit langem schmerzlich vermißte parlamentarische Standbein und schuf zugleich die Voraussetzungen für den Übergang zu einer deutlich veränderten politischen Strategie. Die altliberale Mehrheitsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hatte sich bisher aus Rücksichtnahme auf Regierung und König und aus preußischer Selbstgenügsamkeit einer engeren Kooperation mit dem Verein stets verweigert; ebenso hatte die Fraktionsführung den Eintritt in den Nationalvereinsausschuß trotz nachdrücklicher Bemühungen abgelehnt. Das Fehlen schlagkräftiger Verbündeter in der preußischen Kammer stellte eine schwere Belastung für die Nationalvereinspolitik dar. Insbesondere fiel es dem Ausschuß schwer, den mangelnden nationalpolitischen Reformdruck der preußischen Parlamentarier im außerpreußischen Deutschland begreiflich zu machen. Nach der Ansicht Bennigsens war der »vollständige Mangel einer demokratischen Partei mit anerkannten, gemeinsam handelnden, einflußreichen Führern«, die nicht wüßten, ob sie die Regierung stützen oder stürzen sollten, eine der Hauptursachen für die verfahrene innerpreußische Situation und damit des Nationalvereins.[5] Aus diesen Gründen machte sich der Verein die Tendenzen zur Abspaltung einer entschieden oppositionellen Gruppe aus der altliberalen Fraktion Vincke zu eigen.

Die ersten Anfänge gingen auf die Beratungen einiger Mitglieder der Fraktion Vincke in Elbing im September 1860 zurück. Auf der Jahresversammlung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft für Ost- und Westpreußen besprachen die Nationalvereinsmitglieder Forckenbeck, Behrend, Hoverbeck, Brämer und andere die Möglichkeiten eines energischeren Kurses im preußischen Abgeordnetenhaus. Insbesondere war ihnen an einer schärferen programmatischen Profilierung der liberalen Gesamtfraktion gelegen, nicht zuletzt, um die Befugnisse des scheinbar allmächtigen Vorsitzenden zu beschränken.[6] Auf einer weiteren Besprechung anläßlich einer Vorstandssitzung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Danzig arbeiteten daher Behrend, Forckenbeck und Hoverbeck einen ersten Programmentwurf aus, der mit der Forderung nach bundesstaatlicher Einigung Deutschlands begann und alle wesentlichen Punkte des späteren Wahlprogramms der Fortschrittspartei enthielt. Bereits zu diesem Zeitpunkt rechnete man mit der Spaltung der Fraktion Vincke; das belegen erste Spekulationen um die künftige Benennung der neuen Fraktion/Partei.[7] Ihren Programmentwurf legten die Ostpreußen am 12. Januar 1861 in Berlin einer Gruppe von zwanzig Parlamentariern zur Diskussion vor, die sich mit knapper Mehrheit dafür entschied, das Papier nach nochmaliger Überarbeitung der Gesamtfraktion zu unterbreiten. Diese lehnte das Programm jedoch am 16. Januar 1861 mit 70 gegen 30 Stimmen ab.[8]

---

5 Bennigsen an Rochau, 7.2. 1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 484.

6 Das Folgende vor allem nach L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 180 ff.; ders., Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 32 ff.; R. Adam, 1933, S. 162 ff.; M. Philippson, 1898, S. 61 ff.

7 So im Brief Rickerts, der offenbar an der Danziger Besprechung teilgenommen hatte, an Jacoby, 10.1. 1861, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 136.

8 Text bei L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 33 f.

Nach dieser Abstimmungsniederlage waren die Weichen für die Spaltung gestellt. Vollzogen wurde der Bruch jedoch erst anläßlich der Fraktionsberatungen über die bevorstehende Adreßdebatte. In verschiedenen Vorberatungen hatte man sich über alle Bestandteile eines gemeinsamen Fraktionsantrags einigen können, mit Ausnahme eines einzigen Punktes: die von den Oppositionellen geforderte »deutsche Politik im Sinne des Nationalvereins« wurde von der Fraktionsmehrheit nach wie vor abgelehnt.[9] Daraufhin spaltete sich der »parlamentarische Verein« Ancker und Genossen (Ancker, Behrend, Forckenbeck, Hoverbeck, u. a.) ab, dem anfangs insgesamt nur 11 Personen angehörten. Die eigentliche Konstituierung der Fraktion Ancker erfolgte am 2. März 1861 durch Unterzeichnung der Statuten.[10]

Zusammenfassend läßt sich feststellen: die entscheidenden Impulse zur Konstituierung der Fraktion Ancker waren von Nationalvereinsmitgliedern ausgegangen; der Hauptgegenstand des zugrundeliegenden Streits war die deutsche Politik im Sinne des Nationalvereins. In der Spaltung der Fraktion Vincke und der späteren Gründung der Fortschrittspartei sah die rechtsliberale Frankfurter »Zeit« deshalb zurecht »eine Fahne zur Sammlung aller derjenigen, denen die Politik der liberalen Ära nicht genügte, und zwar vorzugsweise aus nationalen Gründen nicht genügte«.[11] Trotz dieses offensichtlichen Zusammenhangs existieren keine Belege dafür, daß die Abspaltung des Vereins Ancker mit dem Ausschuß des Nationalvereins oder mit einzelnen Ausschußmitgliedern abgestimmt war oder gar auf deren Anregung hin erfolgte. Daß derartige Gespräche zumindest mit den preußischen Ausschußmitgliedern in Berlin stattgefunden haben, liegt jedoch auf der Hand.

Nachweislich schaltete die Führungsspitze des Nationalvereins sich erst ein, nachdem Schulze-Delitzsch am 15. März 1861 durch eine Nachwahl an Stelle des verstorbenen Heinrich von Arnim einen Parlamentssitz im Abgeordnetenhaus erobert hatte.[12] Von jetzt an wurde die Zusammenarbeit zwischen den Sezessionisten und dem Nationalverein planmäßig betrieben. Das betraf besonders die organisatorischen Vorbereitungen für die kommenden Wahlen und die Ausarbeitung eines entsprechenden Wahlprogramms. Ohne die organisatorische, personelle und finanzielle Unterstützung des Nationalvereins, so wird man behaupten können, wäre der durchschlagende Wahlerfolg der neuen Partei im Dezember 1861 nicht möglich gewesen.

Bereits am 15. April 1861 meldete Schulze dem Nationalvereinsvorsitzenden Bennigsen die bald bevorstehende »Konstituierung unserer Fraktion als nationale Partei«.[13] Hoverbeck berichtete wenig später einem Freund über den Fortgang der Beratungen: »Wir haben hier im engen Kreis (ich nenne Ihnen zunächst Schulze-Delitzsch, Forckenbeck und mich) den Plan besprochen, unsere kleine Fraktion gewissermaßen mit dem Nationalverein

9 L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 190 ff. (Zitat); ders., Deutschlands politische Parteien, 1879, S. 34 f.

10 Faksimile bei L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, zwischen S. 191 u. 192.

11 ZEIT, Nr. 213, 10.12.1861.

12 R. Aldenhoff, 1984, S. 132.

13 Schulze an Bennigsen, 15.4.1862, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 4, 1911, S. 18 f.

zu verbrüdern, wozu der Name »Nationale Partei« gewählt und ein Wahl- und Parteiprogramm im Sinne des Nationalvereins ausgearbeitet werden« solle.[14] Über die entscheidenden Programmverhandlungen berichtete Schulze am 6. Juni 1861 an Bennigsen: am Vorabend sei das Programm der »Deutschen Fortschrittspartei« von ihm, Hoverbeck, Forckenbeck von Seiten der Fraktion, und von Unruh, Mommsen, Virchow und den Redakteuren der Volks-Zeitung und National-Zeitung unter der »ausgesprochenen und bewußten Losung einer Koalition« vereinbart worden.[15] Die von ihm und Hoverbeck gewünschte und inhaltlich aussagekräftigste Bezeichnung als »Nationale Partei« hatte er allerdings nicht durchsetzen können.[16]

An erster Stelle des Wahlprogramms stand – wie bereits im ersten Programmentwurf vom Januar – die Nationalvereinsforderung nach »einer festen Einigung Deutschlands, die ohne eine starke Zentralgewalt in den Händen Preußens und ohne gemeinsame deutsche Volksvertretung« nicht gedacht werden könne. Im weiteren listete das Programm eine Reihe von innenpolitischen Forderungen auf wie die nach Verwirklichung des verfassungsmäßigen Rechtsstaats, nach Ministerverantwortlichkeit, nach Reform der Kommunalverfassung, nach Trennung von Staat und Kirche, nach Reform des Herrenhauses sowie nach Beibehaltung der Landwehr und der zweijährigen Dienstzeit. Nicht einigen konnte man sich bekanntlich über die Wahlrechtsfrage, die ausgeklammert blieb.[17] Zu den ersten Unterzeichnern des Programms zählten mit Unruh und Schulze bereits zwei Ausschußmit-

---

14 Hoverbeck an Marauhn, 23.5.1861, in: L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 208.

15 Schulze an Bennigsen, 6.6.1861, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 4, 1911, S. 46 f. An den Verhandlungen nahmen u. a. teil: Waldeck, Forckenbeck, Schulze, Virchow, Mommsen und Siemens, vgl. L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 209 f.

16 Schulze an Bennigsen im Begleitbrief zum Programm der FSP, 15.6.1861, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 4, 1911, S. 47 f. (auch an Streit versandte Schulze vier Exemplare des Wahlprogramms, Schulze an Streit, 15.6.1861, BAP, Akten NV, 20, Bl. 289 f.) Zur Diskussion um den Namen der neuen Fraktion/Partei vgl. W. Siemens, 1892, S. 188: die Mehrheit plädierte demnach für »demokratische Partei«, Schulze für »Deutsche Partei«. Siemens habe zunächst »Fortschrittspartei« und dann in Vereinigung mit Schulze »Deutsche Fortschrittspartei« vorgeschlagen. Rickert berichtete bereits im Januar, daß der Name »demokratische Partei« wegen der unangenehmen Assoziationen auf Ablehnung gestoßen sei, und er stattdessen »entschieden freisinnige Fortschrittspartei« vorgeschlagen habe, Rickert an Jacoby, 10.1.1861, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 136.

17 Text des Programms u. a. bei W. Mommsen (Hrsg.), Parteiprogramme, 1960, S. 132 ff.; W. Treue (Hrsg.), Parteiprogramme, [2]1968, S. 62 f.; E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 163 ff.; L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1879, S. 36 ff. (dort auch das Begleitschreiben zum Parteiprogramm, das die Frage nach der Zweckmäßigkeit des allgemeinen Wahlrechts als offen bezeichnete und der künftigen Entwicklung anheimgab); vgl. dazu W. Gagel, 1958, S. 25 f.; H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 12 f. Einige lokale und regionale Wahlkomitees sprachen sich für Wahlrechtsreformen aus: zum Berliner Volkstümlichen Wahlverein vgl. G. Fesser, Streckfuß, 1972 (Streckfuß plante sogar die Gründung einer demokratischen Tageszeitung mit dem Titel »Deutsche Abendzeitung«; vgl. das gedruckte Statut des provisorischen Verwaltungsrats, HASt Köln, Nl. Becker, 48). Zum Kölner Programm der FSP (abgedruckt bei S. Na'aman, Konstituierung, 1975, S. 684, Anm. 80: »Revision der Wahlgesetzgebung, vor allem Abschaffung der öffentlichen Abstimmungen«) vgl. E. Uelsmann, 1926, S. 113 ff.; H. Denk, 1954, S. 144 ff.; T. Parent, 1982, S. 37 ff.; T. Offermann, Preußischer Liberalismus, 1988, S. 123 f.; eine heftige Kritik an den abweichenden Wahlprogrammen in WSchNV, Nr. 67, 9.8.1861.

glieder des Nationalvereins. Auf der folgenden zweiten Generalversammlung des Vereins im August 1861 baute der Ausschuß die personelle Verflechtung aus, indem er mit Behrend, Forckenbeck, Hoverbeck und Franz Duncker die gesamte Führungsriege der neuen Fraktion/Partei kooptierte.

Mit der Konstituierung der Fraktion war der erste Schritt getan, mehr aber nicht. Damit die Fortschrittspartei zum parlamentarischen Standbein des Nationalvereins werden konnte, mußte sie die Mehrheit der Parlamentssitze erringen. Erst nach erfolgreichen Wahlen konnte man es zwischen Regierung und Kammer »zum Biegen oder Brechen treiben«, wie Rochau formulierte.[18] Der Wahlkampf, der zum triumphalen Erfolg führen sollte, wurde in enger Anlehnung und mit handfester materieller Unterstützung des Nationalvereins organisiert. Lammers hatte bereits im Februar 1861 die Einmischung durch die Verbreitung von Flugblättern gefordert, die den rückhaltlosen Anschluß an die Nationalpartei empfehlen sollten.[19] Zur Besprechung des Wahlprogramms und geeigneter Maßnahmen im kommenden Wahlkampf luden Unruh, Mommsen, Franz Duncker und Virchow den Nationalvereinsvorsitzenden Bennigsen, Metz, Lüning und weitere Ausschußmitglieder zu einer Besprechung nach Berlin am 2. Juli 1861 ein.[20] Die Einladenden, namentlich Unruh und Hoverbeck, strebten wie selbstverständlich einen in aller Öffentlichkeit mit dem Nationalverein gemeinsam organisierten Wahlkampf an. »Was Ihre Ansicht betrifft, der Nationalverein müsse namentlich auf die Wahlen Einfluß zu gewinnen suchen, so freue ich mich, daß wir uns auch in dieser Meinung so ganz begegnen«, schrieb Hoverbeck an einen Freund.[21]

Schulze-Delitzsch dagegen lehnte die offizielle Wahlkampfhilfe durch den Nationalverein energisch ab. Schon während der Verhandlungen über die Konstituierung der Fraktion hatte sich Schulze eine förmliche Befassung des Nationalvereinsausschusses verbeten und verlangt, daß »von dem ganzen Plane« offiziell nicht die Rede sei.[22] Schulze begründete seine Haltung in einem Brief an Streit mit vorgeschobenen Argumenten der Art, daß ein öffentliches Auftreten des Nationalvereins viele Wähler abschrecken und Konflikte mit dem preußischen Vereinsgesetz hervorrufen würde. Schulze behauptete, zuverlässige Informationen zu besitzen, daß die Regierung einschreiten werde, sobald der Nationalverein in den Wahlkampf eingreife. Nach Schulzes Vorstellungen sollten die Nationalvereinsmitglieder nicht offen als solche auftreten, sondern sich – wiederum nach Art eines Geheimbundes – einflußreiche Positionen in den Wahlkomitees sichern, überall die deutsche Frage in den Vordergrund stellen und die Kandidaten zu einer positiven Stellungnahme zwingen.[23]

---

18 Rochau an Bennigsen, 5.3.1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 521, Anm. 1.
19 Lammers an Bennigsen, 28.2.1861, ebd.
20 Unruh an Bennigsen, 21.6.1861, ebd., S. 525 f.
21 Hoverbeck an Marauhn, 23.5.1861, in: L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 1, 1897, S. 208.
22 Schulze an Bennigsen, 15.4.1861, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 4, 1911, S. 18 f.
23 Schulze an Streit, 18.6.1861, BAP, Akten NV, 20, Bl. 255 f.

Schulze verhielt sich in der Frage des Verhältnisses von Nationalverein und Fortschrittspartei in derselben Weise, wie bereits im Zusammenhang mit der Vereinsgründung und dem Konzept der »Nationalpartei« erläutert wurde. Zurecht spricht Na'aman in diesem Zusammenhang davon, daß Schulze in Umkehrung seiner berühmten Formulierung von der Fortschrittspartei als »Exekutive des Nationalvereins« im Nationalverein die »Exekutive der Fortschrittspartei« gesehen habe.[24]

Schulze hatte den Aufbau einer festen Parteiorganisation in Preußen im Auge, die über permanente Lokalvereine, beitragsgebundene Parteimitgliedschaften und eine unabhängige finanzielle Basis verfügen, in jedem Fall aber weit über das später tatsächlich verwirklichte hinausgehen sollte: »Nach meinem Willen muß das Zentral-Wahl-Komitee zu einem stehenden Zentral-Komitee der deutschen Fortschrittspartei in Preußen werden, und es müßten auch zusätzliche Beiträge und Mittel in größerem Stil für die Parteizwecke zusammengebracht werden.« Neben dieser Passage findet sich eine treffende, das Problem genau bezeichnende Randbemerkung Streits: »Preuß[ischer] Nat[ional] Verein?«.[25] Schulze wollte verhindern, »daß der Nationalverein in Preußen als politische Partei auftrete« und dort »irgendeine Wirksamkeit entfalte«.[26] Er wollte die Tätigkeit des Nationalvereins im wesentlichen auf die nichtpreußischen Staaten beschränken, wie er dies gemeinsam mit Franz Duncker auch bei der Wehrvereinspolitik durchgesetzt hatte. Der Sieg über den Militärstaat sollte durch die preußischen Volksvertreter im Abgeordnetenhaus erkämpft werden. Schulzes Befürwortung preußischer Annexionen seit dem Jahre 1865 wurzeln in dieser Auffassung.

Der Vorstand des Nationalvereins schloß sich dem nachdrücklich vorgetragenen Wunsch Schulzes zunächst an. Streit wurde beauftragt, die Agenten in seinem Sinne zu instruieren und dabei besonders auf die Gefahr eines Verbots aufmerksam zu machen.[27] Dem widerwillig Folge leistend wies Streit die preußischen Agenten unter wörtlicher Übernahme längerer Passagen aus Schulzes Brief vom 18. Juni 1861 an, »auf die dortigen Wähler nach Kräften einzuwirken, damit Männer mit nationaler Gesinnung in das

---

24 S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 87.

25 Schulze an Streit, o. D. [April 1862], BAP, Akten NV, 26, Bl. 274; bereits in dem zitierten Brief an Streit vom 18.6. 1861 hatte Schulze von einer »dauernden Organisation in Lokalvereinen und Komitees« in Preußen gesprochen, BAP, Akten NV, 20, Bl. 255 f. Vgl. Schulze an Streit, [April 1862], in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, S. 564 f.; H. Schulze, Schriften, Bd. 4, 1911, S. 59 f.

26 So H. Becker in der NrhVZ, Nr. 198, 20.7. 1861. In dieses Bild paßt auch Schulzes Verhalten im April 1862: der Vorstand des Nationalvereins hatte aus gegebenem Anlaß der FSP eine umfassende finanzielle Wahlkampfunterstützung angeboten (vgl. Konzept Streit an Zentralwahlkomitee, 10.4. 1862, Akten NV, 26, Bl. 160 f.). Die Berliner nahmen das Angebot zunächst an und schlugen insbesondere die Unterstützung einiger rheinischer Kandidaten vor. Nach internen Beratungen, an denen Schulze maßgeblich beteiligt war, änderte das Komitee seinen Standpunkt. Am 24.4. schrieb Schulze »im Namen und Auftrag« des Zentralwahlkomitees, »in erster Linie« müsse »die liberale Partei in Preußen selbst« die benötigten Gelder aufbringen (Schulze an Streit, 24.4. 1862, ebd., Bl. 275 f.; Zentralwahlkomitee an (Streit), 18.4. 1862 u. 22.4. 1862, ebd., Bl. 182 u.255 f.).

27 V-Prot.NV, 23.6. 1861, StadtB München, Akten NV.

preußische Abgeordnetenhaus kommen.« Zugleich warnte er davor, »die Angelegenheit als *Vereinssache*« zu behandeln und »gewissermaßen offiziell in die Hand« zu nehmen, da dies gegen die preußischen Gesetze verstoße.[28]

Ungeachtet der eindeutigen Instruktionen der Coburger Zentrale nahmen an zahlreichen Orten die Nationalvereinsgruppen den Wahlkampf in die Hand. Als Unruh in Berlin eine große Nationalvereinsversammlung als Wahlveranstaltung für die Fortschrittspartei abhalten wollte, mußte Bennigsen persönlich eingreifen und ihn gemäß des Vorstandsbeschlusses zur Unterlassung auffordern. Unruh fügte sich nur widerwillig: »Wir haben Ihnen in Berlin gehorcht, aber einverstanden sind wir nicht mit Ihnen gewesen. Sie sagen, daß in der Tat in mehreren preußischen Orten die Wahlfrage von Mitgliedern des Nationalvereins erörtert worden ist. Nur in Königsberg[29] ist dagegen eingeschritten. Dem sei aber wie ihm wolle, so stimmen wir ihnen nur darin bei, daß man wohltut, nichtpreußische Mitglieder von solchen Versammlungen ferne zu halten. Im übrigen muß man es darauf ankommen lassen, was die Regierung tun will«.[30]

Soviel Parteidisziplin war die Ausnahme. Außer in Königsberg veröffentlichten z. B. auch die Weseler und die Breslauer Nationalvereinsmitglieder in dieser Eigenschaft eigene Wahlprogramme und waren offen im Sinne der Fortschrittspartei tätig.[31] In Köln forderten auf einer von 300 Personen besuchten Nationalvereinsversammlung Otto Lüning und Heinrich Bürgers dazu auf, im Interesse der deutschen Sache nur entschieden freisinnige Männer ins Abgeordnetenhaus zu wählen.[32] Ähnliches läßt sich für eine ganze Reihe von Orten belegen.[33] Die Generalversammlung des Nationalvereins, die Mitte August in Heidelberg tagte, befaßte sich unter dem Tagesordnungspunkt der deutschen Verfassungsfrage nicht mit einer Weiterentwicklung der Beschlüsse des Vorjahres, sondern nur mit den bevorstehenden Wahlen. Der einstimmig angenommene Ausschußantrag lautete, daß es die dringendste Pflicht aller Vereinsmitglieder sei, »bei den Wahlen zu den Volksvertretun-

---

28 Konzept Streit an die preußischen Agenten, 28.6. 1861, BAP, Akten NV, 21, Bl. 60 f.

29 Vgl. E. Silberner, Jacoby, 1976, S. 294.

30 Unruh an Bennigsen, 23.7. 1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 526. Unruh sah in der FSP »die erste praktische Frucht des Nationalvereins«, vgl. seinen Aufsatz in: DtJbb. 1 (1861), S. 16. Auch in Dortmund wurde die Behandlung der Wahlfrage von der Tagesordnung einer NV-Versammlung abgesetzt, »da der National-Verein als solcher sich nicht in die Wahlen zu mischen habe«, NrhVZ, Nr. 198, 20.7. 1861.

31 Gedrucktes Exemplar aus Wesel vom November 1861 im BAP, Akten NV, 24, Bl. 26.; zu Breslau vgl. Büttner an Jacoby, 9.7. 1861, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 154 f. Dort auch die Breslauer Resolution. Die Breslauer Versammlung des NV beschloß ausdrücklich »die Einwirkung des Vereins auf die bevorstehenden Landtagswahlen«, zitiert nach G. Eisfeld, 1969, S. 104.

32 NrhVZ, Nr. 179, 1.7. 1861.

33 Beispiele bei E. N. Anderson, 1954, S. 306 f., 326 f.; G. Eisfeld, 1969, S. 101 f., 104.; M. Epkenhans, 1991, S. 137 f.; M. Gugel, 1975, S. 58; H. Schierbaum, 1960, S. 129 ff., bes. S. 143 f. (in Trier sprach man vom »rheinischen Wahlprogramm des Nationalvereins in Köln«); P. Schmidt, 1971, S. 219 ff., bes. S. 224 ff, 230, 232 ff., 236 f.; wenig ergiebig H. Denk, 1954, S. 144 ff., der das Organ der rheinischen FSP, die NrhVZ bzw. RhZ, nicht ausgewertet hat. Für den katholischen Regierungsbezirk Münster verzeichnet B. Haunfelder, 1982, S. 274 ff., keine NV-Beteiligung. Vgl. auch WSchNV, Nr. 63, 12.7. 1861; Nr. 64, 19.7. 1861.

gen der Einzelstaaten darauf hinzuwirken, daß nur Abgeordnete gewählt werden, welche für die Herstellung einer einheitlichen Zentralgewalt und eines deutschen Parlaments zu wirken entschlossen sind«.[34] Zudem beteiligte sich der Nationalverein mit finanziellen Hilfen am preußischen Wahlkampf, indem er etwa die Reisekosten Schulze-Delitzschs (!) übernahm oder sich an der Finanzierung von Flugblättern beteiligte.[35]

Natürlich trug der Nationalverein die Wahlkampforganisation nicht allein. Im September wurde erstmals ein 16–köpfiges Zentralwahlkomitee der Fortschrittspartei einberufen, zu dessen Vorsitzenden bis 1866 regelmäßig Hans-Viktor v. Unruh gewählt wurde, der die Vorbehalte Schulzes gegenüber einer förmlichen Beteiligung des Nationalvereins nicht teilte. Das Zentralkomitee erließ einen Aufruf zur Bildung lokaler und regionaler Wahlkomitees[36] und veröffentlichte insgesamt acht Wahlflugblätter.[37] Daß der Nationalverein diese Aktivitäten des Zentralwahlkomitees finanziell unterstützt hat, läßt sich nicht nachzuweisen, erscheint aber durchaus möglich.[38]

Das Zentralwahlkomitee war in jedem Fall nur ein schwacher Ersatz für die eigenständige Parteiorganisation, die Schulze im Auge gehabt hatte; die Fortschrittspartei blieb daher auch künftig auf die Unterstützung des Nationalvereins angewiesen. Noch 1863 konnte das Zentralwahlkomitee außerhalb der Wahlkampfzeiten wegen Widerspruch Waldecks und anderer, die jede Form außerparlamentarischer Organisierung ablehnten, nicht tätig werden. Um unter den Zensurbedingungen der »Preßordonnanz« wenigstens eine »ordentliche, für die Verteilung von Flugblättern geeignete Organisation« zu erhalten, mußte deshalb im Juni 1863 eigens der »Verein zur Wah-

---

34 Verhandlungen NV II (1861), S. 11. In Frankfurt sprach Metz in einer NV-Versammlung vom 9.4. 1861 ebenfalls klar aus, daß der Nationalverein in Preußen wie bei allen anderen Wahlen dafür Sorge tragen müsse, daß nur Personen gewählt würden, die mit den Zielen des Vereins übereinstimmten, Agentenbericht, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 1 ff

35 Schulze bat den Vorstand des NV um die Übernahme der Kosten für eine Wahlkampfreise nach Danzig, Schulze an Streit, o. D. (ca. 15.–17.7. 1861), BAP, Akten NV, 21, Bl. 90 f.; vgl. ferner Schulze an Jacoby, 27.11. 1861, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 166 f. Schulze bot in dem Brief auch Jacoby Wahlkampfunterstützung aus NV-Geldern an. Der Vorstand des NV hatte zudem die Druckkosten für eine Wahlkampfrede Schulzes übernommen und auf seine Rechnung an die preußischen Vereinsagenten verteilen lassen, V-Prot.NV (ms.), 10.11. 1861, StadtB München, Akten NV.

36 Abgedruckt bei L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1879, S. 45 ff.

37 L. Parisius, ebd., S. 43 ff. (Auflistung der Themen der Flugblätter S. 47; besonders interessant Flugblatt Nr. 5: »Wählet deutschgesinnte Abgeordnete«, das mir Dr. Manfred Hettling zur Verfügung stellte); zum Zentralwahlkomitee vgl. G. Eisfeld, 1969, S. 100 ff.; T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 19 f.; A. G. Manca, 1988, S. 375 ff. Dem Komitee gehörten u. a. an: Cetto, Forckenbeck, Hoverbeck, Lüning, Mommsen, Philipps, Schulze, Tempeltey (Schriftführer), Twesten, Virchow; 1862 kamen u. a. Behrend, Delbrück, F. Duncker, Frese, Löwe, Michaelis, Müllensiefen, Parisius, W. Siemens und Zabel hinzu.

38 Über die Finanzierung der FSP erfährt man auch bei T. Nipperdey, 1961, und G. Eisfeld, 1969, außer dem Hinweis auf einige Spendenaufrufe der Wahlkomitees nichts. Seit Ende 1862 wurde ein Teil des Geldes vermutlich dem »preußischen Nationalfond« entnommen, einer Spendenkasse, die wegen der zahlreichen Verfolgungen und Schikanen am 24.10. 1862 in Preußen eingerichtet worden war und knapp 100 000 Taler zusammenbrachte; zu den Verwaltern gehörte u. a. H. V. Unruh, vgl. dessen Erinnerungen, 1895, S. 218 ff.; G. Eisfeld, 1969, S. 168, Anm. 35.

rung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit in Preußen« ins Leben gerufen werden.[39] Das von Schulze stammende Statut des Vereins enthielt einige Elemente, die einer ständigen Parteiorganisation entsprachen und die er für die Fortschrittspartei gewünscht hätte: die feste Vereinsmitgliedschaft und Jahresbeiträge in der Höhe von einem Taler.[40]

Noch 1865 bezeichnete das Wochenblatt daher mit Recht den Nationalverein als die einzige funktionsfähige politische Organisation in Deutschland. »Daß es nicht so ganz leicht ist, eine solche Organisation zu gründen oder zu erhalten, beweist schon der Umstand, daß bis jetzt keine andere, sei es von Gegnern, sei es von unzufriedenen Freunden versuchte, hat gedeihen wollen, und daß insbesondere die preußische Fortschrittspartei bis jetzt zu ihrer Herstellung nicht hat kommen können«.[41] Ein Zentralwahl*verein* der Fortschrittspartei wurde erst 1867 nach der Spaltung der Partei gegründet, zu einem Zeitpunkt, als der Nationalverein bereits ganz auf die Nationalliberalen orientiert war.[42]

b) Die neue Strategie

Der überwältigende Erfolg der Fortschrittspartei bei den Wahlen vom 6. Dezember 1861, bei der die Fortschrittspartei auf Anhieb 109 Parlamentssitze erreichte, verschaffte dem Nationalverein endlich die erwünschte parlamentarische Stütze in Preußen. Gemeinsam mit dem linken Zentrum verfügte die Fortschrittspartei über die relative Stimmenmehrheit im Abgeordnetenhaus, die sie bei den Wahlen im Mai 1862 und im September 1863 zur absoluten Mehrheit ausbauen und bis zum Wahldebakel vom Juli 1866 verteidigen konnte. Damit waren die parlamentarischen Voraussetzungen für eine verschärfte Gangart gegenüber der preußischen Regierung gegeben, wenn auch der offene Bruch nicht sofort vollzogen wurde.

Die ersten Anzeichen dafür, daß der Nationalverein seine bisherige Politik überdachte, lassen sich bereits Ende 1860 nachweisen. Sie reflektieren die Erkenntnis, daß die in der Situation des oberitalienischen Kriegs entwickelte Strategie, die preußische Regierung auf dem Wege der unmittelbaren

---

39 Diese Argumente führten übereinstimmend an: Schulze an Bennigsen, 18.6.1863, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 198 ff.; und Runge an Jacoby, 22.6.1863, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 271 f. (Zitat). Vgl. auch die Kritik Unruhs an Waldeck, der die Einführung des Fraktionszwangs in der FSP verhinderte, in: H. V. Unruh, Erinnerungen, 1895, S. 231 f.

40 Exemplare im HAStK, Nl. Classen-Kappelmann, 26; StadtA Krefeld, Nl. Seyffardt, 457. Vgl. G. Eisfeld, 1969, S. 106 f. Das im Nl. Seyffardts befindliche Mitgliederverzeichnis von 1863 nennt für Berlin 355, Potsdam 43, Düsseldorf 117, Duisburg 62, Krefeld 141, Köln 30, Bonn 81, Magdeburg 124 und Aachen 139 Personen. Bis Juli 1865 wuchs der Verein auf über 7000 Mitglieder. Die auf Anregung Bennigsens in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten der Universitäten Kiel, Heidelberg und Göttingen zur Preßverordnung 1863 befinden sich ebd., 454–456; die Universität Bonn lehnte die Erstellung eines Gutachtens ab, vgl. L. Wickert (Hrsg.), 1962, S. 288 ff. Die durch den Verein finanziell unterstützten bzw. von ihm vertriebenen Flugblätter befinden sich im LHA-P, 15337.

41 WBlNV, Nr. 1, 6.4.1865.

42 Zur Organisation der FSP in Preußen nach 1867 vgl. T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 17 f.; K. E. Pollmann, 1985, S. 259 ff.

Ansprache durch öffentliche Agitation und informelle Kontakte zu nationalpolitischen Initiativen anzutreiben, an mangelndem Interesse und an fehlender Risikobereitschaft seitens der preußischen Führung zu scheitern drohte. Angesichts dessen erwog Bennigsen erstmals die Verlagerung des Schwerpunkts der politischen Tätigkeit in die Länderparlamente, um auf diese Weise »die kleineren Regierungen einzuschüchtern und Preußen vorwärtszutreiben«.[43] Vor dem Wahlerfolg der preußischen Fortschrittspartei fehlten für eine solche Konfliktpolitik allerdings die Voraussetzungen. Auf der Generalversammlung vom August 1861 unterstützte der Nationalverein deshalb zwar durch eine Resolution den Wahlkampf der Fortschrittspartei, hielt aber, abgesehen von der Schleswig-Holstein-Frage, an der bisher geübten Praxis fest, seine Agitation auf Einzelfragen wie Kurhessen und die Wehrpolitik zu richten. Der Antrag der Münchener Mitglieder Vecchioni und Knorr, die Agitation ganz auf die prinzipielle Forderung nach einem deutschen Parlament zu konzentrieren und zu diesem Zweck an einem noch zu bestimmenden Tag gleichzeitig an allen Orten Versammlungen abzuhalten, erschien jetzt noch inopportun.[44]

Noch im November 1861 hielt Bennigsen politische Kopplungsgeschäfte mit der preußischen Regierung für möglich. So äußerte er gegenüber Lammers, die Fortschrittspartei dürfe während der kommenden Session die Militärvorlagen der Regierung weder einfach annehmen noch ablehnen, sondern müsse klar herausstellen, daß die Militärfrage nur »im innigen Zusammenhang mit der deutschen Frage« zu lösen sei.[45] Die kurzfristig aufblühenden Hoffnungen auf preußische Schritte waren durch den Amtsantritt des neuen preußischen Außenministers Bernstorff ausgelöst worden, von dem man sich eine energischere deutsche Politik versprach, zumal er mit dem badischen Außenminister Roggenbach zusammenzuarbeiten bereit schien. Lette glaubte sogar, daß, falls die Regierung jetzt eine nationalpolitische Initiative starte, es »für die preußische konstitutionelle Partei umsomehr an der Zeit [sei], in den Nationalverein in geschlossenen Reihen einzutreten«.[46]

Derartige Gedankenspiele wurden jedoch schnell zur Makulatur, als bekannt wurde, daß auch Bernstorffs Konzepte für die Neugestaltung Deutschlands zwar einen bundesstaatlichen Zusammenschluß vorsahen, den im Wege stehenden preußisch-österreichischen Dualismus jedoch auf dem Verhandlungswege ausräumen wollten und zudem keinerlei Hinweise auf die Einrichtung oder Mitwirkung einer unmittelbar gewählten Nationalrepräsentation enthielten.[47] Der Vertrauensvorschuß der preußischen Regierung

---

43 Bennigsen an Reyscher, 24.11.1860, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 479.

44 Verhandlungen NV II (1861), S. 12. Streit hatte erfolglos einen ähnlichen Antrag bereits im Ausschuß gestellt, A-Prot.NV, 21.1.1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

45 Bennigsen an Lammers, 26.11.1861, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 549 f.

46 Lette an Lammers, 15.12.1861, in: A. EMMINGHAUS, Lammers, 1908, S. 100 f.

47 Bernstorff entwickelte seine Reformvorstellungen in einer als Antwort auf die staatenbündischen Reformpläne Beusts konzipierten Depesche an den Gesandten in Dresden Savigny. Text bei E. R. HUBER (Hrsg.), Dokumente, ^{3}1986, Bd. 2, Nr. 95; vgl. DERS., Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 410 f., und zur Rolle der badischen Regierung L. GALL, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 213 ff.

war damit endgültig aufgebraucht und machte die Wendung zur entschiedenen Opposition gegenüber der preußischen Regierung unvermeidlich. Andernfalls drohte angesichts der wachsenden Kritik am Programm der preußischen Spitze in Süddeutschland wie im demokratischen Lager der Zusammenhalt des Vereins in Gefahr zu geraten.

Die Entscheidung für den Übergang zur offenen Konfrontation mit der preußischen Regierung und über den damit verbundenen Strategiewechsel fiel während einer Reihe von politischen Unterredungen zwischen den Führungsspitzen von Nationalverein und Fortschrittspartei im Februar und März 1862 in Berlin. Nachdem Bennigsen bereits am 15. Februar 1862 anläßlich eines Festessens des Zentralwahlkomitees, dessen Ehrengast er war, ausführliche Gespräche geführt hatte[48], trat vom 2.–4. März 1862 der Ausschuß des Nationalvereins zu einer seiner wichtigsten Sitzungen im Hotel d'Angleterre zusammen, in demselben Hotel, in dem die Fortschrittspartei ihre Fraktionssitzung abhielt.[49]

An der Ausschußsitzung beteiligten sich die preußischen Fortschrittler Behrend, Delbrück, Franz Duncker, Forckenbeck, Hoverbeck, Lüning, Schulze und Unruh, die alle auch dem Zentralwahlkomitee angehörten. Zu den herausragenden Beschlüssen dieser Sitzung zählte die »Sistierung der Flottengelder«, also die Einstellung der Überweisung der Spendensammlungen an die preußische Regierung, mit der der Nationalverein sein Mißtrauen offen erklärte. Dieser Beschluß ist in unmittelbarer Parallele zu dem berühmten Antrag Hagen vom 6. März 1862 auf Spezifizierung des Etats zu sehen, mit der das preußische Abgeordnetenhaus den demonstrativen Bruch mit der Regierung vollzog und die auf dem Fuße folgende Kammerauflösung provozierte. Auch wenn das Ausschußprotokoll dies nicht ausdrücklich verzeichnet, wird man mit der Vermutung nicht fehlgehen, daß das Vorgehen der preußischen Kammer bereits während der Sitzungen beraten worden ist.

Nachdem Schulze den Anwesenden ausführlich über den Verlauf der Fraktionsverhandlungen der Fortschrittspartei in der deutschen Frage und über die entsprechende Haltung der Bundesreformkommission des Abgeordnetenhauses berichtet hatte, arbeitete auf dieser Grundlage eine Kommission aus Bennigsen, Brater, Metz, Miquel und Schulze eine Ansprache an die Mitglieder aus, die den bevorstehenden Kurswechsel des Nationalvereins erläutern sollte. Die Ansprache verteidigte das bisherige Programm der preußischen Spitze, indem sie erläuterte, daß der Nationalverein »nicht im Vertrauen auf die augenblickliche preußische Regierung, auf diesen und jenen Minister« gehandelt habe, sondern in der Überzeugung, daß »die Notwendigkeit der Dinge und die Einsicht des preußischen Volkes« den preußischen Staat über kurz oder lang in die Richtung drängen werde, die seinen

48 L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 2, 1899, S. 12; H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 554.

49 Ursprünglich sollte die Ausschußsitzung im Hotel Kellner in der Taubenstraße stattfinden, wo die FSP ihre Sitzungen abhalten wollte, vgl. Bennigsen an Streit, 18.2.1862, BAP, Akten NV, 25, Bl. 115 f. Sie wurde dann kurzfristig ins Hotel d'Angleterre verlegt. Aus der Tatsache, daß während der Ausschußsitzung der im selben Haus befindliche FSP-Abgeordnete Müllensiefen hinzugeladen wurde (A-Prot.NV, 2.3.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV), läßt sich indirekt schließen, daß auch die FSP ihre Sitzung dorthin verlegt hatte.

eigenen Interessen wie denen der Nation entspreche. In welche Richtung die preußische Regierung zu gehen hatte, sprach die von Brater verfaßte Resolution für die am Abend des 3. März vorbereitete Versammlung der Berliner Mitglieder und Freunde des Nationalvereins in einer bisher vermiedenen Eindeutigkeit aus. Sie stellte fest, »daß eine von Preußen verfolgte Bundesreformpolitik nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn dieses seine Stütze bei den freisinnigen Kräften der Nation suche«.[50]

Mit den Berliner Beschlüssen des März 1862 begann für die Führung der nationalen Verfassungsbewegung jene heikle Gradwanderung, die den offenen Konflikt mit der preußischen Regierung unter Beibehaltung des Programms eines kleindeutschen Bundesstaats mit preußischer Spitze zu vermitteln hatte. Zu diesem Zweck stützte sich der Nationalverein auf ein Argumentationsmuster, das Hans-Viktor v. Unruh in die tagespolitische Diskussion eingeführt hatte. In seinem berühmten Aufsatz »Was hat Preußen in der Deutschen Sache zu tun«, mit der die seit August 1861 in Berlin erscheinenden »Deutschen Jahrbücher« Heinrich Bernhard Oppenheims – einer programmatischen Alternative zu den altliberalen »Preußischen Jahrbüchern« – eröffnet wurden, baute Unruh seine Antwort auf dem Gedanken auf, daß man bei der Beurteilung der preußischen Zustände »zwischen der Bevölkerung Preußens und der preußischen Regierung wohl unterscheiden« müsse. Die deutsche Frage, argumentierte er weiter, sei auch für Preußen eine Existenzfrage, da es sich ohne die Unterstützung des deutschen Volkes seiner äußeren Feinde nicht erwehren könne. Um die Unterstützung des deutschen Volkes zu erreichen, müsse Preußen liberal regiert werden. Daraus leitete er die Aufgabe des preußischen Parlaments ab, für die konsequente Verwirklichung des Rechsstaats in Preußen zu wirken.[51]

Ähnlich formulierte auch der Wahlaufruf der Fortschrittspartei vom 14. März 1862. »Das deutsche Volk aber, welches wohl der preußischen Regierung, nicht mehr dem preußischen Volke entfremdet werden kann, weiß, daß die Zukunft Preußens nur in der freiheitlichen Entwicklung liegt, und daß

---

50 A-Prot.NV, 2.–4. 3. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV; zu der Versammlung der Mitglieder und Freunde des Vereins vgl. das stenographische Protokoll in der Zeit, Nr. 284–285, 6.–7. 3. 1862. Rochau, der an der entscheidenden Berliner Ausschußsitzung nicht teilgenommen hatte, kritisierte in der WSchNV, Nr. 99, 21. 3. 1862, daß der Antrag Hagen die preußische Krisis ohne Not verschärft habe. Auf der folgenden Vorstandssitzung kam die Angelegenheit auf Drängen Unruhs zur Sprache und führte zu einer herben Niederlage Rochaus. Der Vorstand beschloß, in der WSchNV eine Erklärung abdrucken zu lassen, die auf die unabhängige Stellung der Redaktion verwies und das Verhalten des preußischen Abgeordnetenhauses »für vollkommen richtig« erklärte, V-Prot.NV, 20. 4. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

51 Vor allem S. 15 ff. Unruh nannte die scharfe Unterscheidung zwischen der preußischen Regierung und dem preußischen Volk den »größten Fortschritt der letzten Jahre. Früher wurde bei jeder Handlung der ersteren das Volk verantwortlich gemacht, obgleich seit 1840 schon die Volkspartei von der Regierung getrennt war«, Unruh an Hölder, 23. 3. 1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 85 f.; mit ähnlichen Formulierungen Unruh an Hölder, 23. 4. 1862, ebd., S. 88 f. Ganz in diesem Sinne auch Löwe-Calbe, Preußens Beruf in der deutschen Sache, in: DtJbb. 2 (1862), S. 169 ff., sowie die Broschüre F. W. Hennebergs: Vor den Wahlen, 1861; vgl. den Artikel »Die politische Haltung des preußischen Volkes«, WSchNV, Nr. 105, 2. 5. 1862.

diese in Preußen für ganz Deutschland gesichert werden muß«.[52] Seit dem Frühjahr 1862 gehörte es zu den Selbstverständlichkeiten lokaler, regionaler und erst Recht der Generalversammlungen des Nationalvereins oder der Abgeordnetentage, dem preußischen Parlament alle Unterstützung für seinen Kampf zuzusichern.[53] Der Kampf des preußischen Abgeordnetenhauses wurde in dieser Sicht mehr und mehr zum »Kampf um die Zukunft Deutschlands«.[54]

Mit der Ausschußsitzung vom 2.–4. März 1862 und dem einige Tage später folgenden Antrag Hagen war der politische Kurswechsel – der Linksruck, wenn man so will – vollzogen. In den älteren Darstellungen des Nationalvereins erscheint das Scheitern der preußischen »Neuen Ära« immer auch als Scheitern des Nationalvereins und der von ihm repräsentierten Nationalbewegung. Die zweite Phase seines politischen Wirkens wurde aus diesem Grund nicht näher untersucht. Selbst in Onckens einfühlsamer Bennigsen-Biographie fließt das publizierte Briefmaterial immer spärlicher und steht damit in umgekehrter Proportion zur Menge der tatsächlich überlieferten Quellen. Die Kenntnisse über die weitere Entwicklung des Nationalvereins seit 1862 sind deshalb außerordentlich gering und haben auch in neueren Überblicksdarstellungen praktisch keine Spuren hinterlassen.[55]

Der Übergang zum offenen Konflikt mit der preußischen Regierung bedeutete zunächst nur das Scheitern der ursprünglichen Strategie, nicht jedoch das Scheitern des Nationalvereins selbst. Allein die Tatsache, daß der Verein erst in den Jahren 1862/63 den Höhepunkt seiner Mitgliederzahlen erreichte, spricht gegen die These des Niedergangs. Auch die Einschätzung der Vereinssituation durch führende Ausschußmitglieder trug zunächst durchaus optimistische Züge. So hieß der Rechtsliberale Reyscher in Übereinstimmung mit dem Demokraten Streit »die eingetretene Krise willkommen«, weil sie die Möglichkeit eröffne, »Preußen konstitutioneller zu machen, als es bisher war«. Reyscher glaubte, daß »das Erwachen des preußischen Volksgeists« auch dazu beitragen würde, die Kluft zwischen Nord und Süd zu schließen.[56] Im Frühjahr 1862 war es eine offene Frage, ob der Verein nicht siegreich und gestärkt aus dem Konflikt hervorgehen würde. Es ist richtig, daß die Nationalvereinspolitik seit 1862 zunehmend defensive Züge trug, indem sie durch programmatische und organisatorische Zugeständnisse alte und neue Mitglieder an sich zu ketten versuchte. Gefährlich wurde es für den Nationalverein jedoch erst, als sich seit Anfang 1863 das reaktionäre Regime Bismarcks zusehends stabilisierte.

---

52 Text bei L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1879, S. 56 ff.

53 Den Anfang machte Hölder, Verhandlungen AT I (1862), S. 80 ff.

54 NrhVZ, Nr. 290, 28. 9. 1862.

55 Verdienste für die Darstellung dieser Phase hat sich vor allem Na'aman erworben, dessen Untersuchung aber durch die Perspektive seines vorwiegenden Interesses an der Arbeiterbewegungsgeschichte bestimmt bleibt und einige empirisch unhaltbare Fehlinterpretationen enthält.

56 Reyscher an Streit, 26. 4. 1862, BAP, Akten NV, 26, Bl. 315 f.; Reyscher an Bennigsen, 15. 5. 1862, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 566.

Bevor in den folgenden Kapiteln die Politik der nationalen Verfassungsbewegung unter den Bedingungen des Konflikts nachgezeichnet und analysiert wird, sollen hier die wichtigsten Elemente der veränderten Strategie kurz dargelegt werden:

1. Der prinzipielle Unterschied zur Phase der Neuen Ära lag darin, daß der Nationalverein nicht mehr darauf setzte, die preußische Regierung durch direkten Appell zu nationalpolitischen Aktionen anzutreiben. Stattdessen versuchte er jetzt, die bundesstaatliche Einheit über die Liberalisierung der Einzelstaaten voranzubringen. Der Aufbau zweier weiterer nationaler Organisationen, des Deutschen Handelstags und des Deutschen Abgeordnetentags, sollte dazu die institutionellen Voraussetzungen schaffen. Von der Erringung (fortschritts-) liberaler Mehrheiten in den einzelstaatlichen Parlamenten und der Vereinheitlichung der Landespolitiken versprach sich der Nationalverein, abgesehen von einer allgemeinen Angleichung der Lebensverhältnisse, eine Verstärkung des Reformdrucks am Bundestag und die innere Vorbereitung der Einzelstaaten auf ihre Mediatisierung im Bundesstaat. So wie die erste Phase seiner Politik auf die Zusammenarbeit mit der preußischen Regierung abzielte, war die zweite Phase von einer engen Kooperation mit der reformorientierten badischen Regierung gekennzeichnet. Die scheinbare Aufwertung des Deutschen Bundes bedeutete allerdings zu keinem Zeitpunkt, daß die Nationalvereinsführung plötzlich an die Möglichkeit einer friedlichen Reform geglaubt hätte. In Wirklichkeit war Bennigsen sicher, daß man auch auf diese Weise »vorläufig nichts« erreichen könne, »aber die Auffassung wird dann gerade, wenn nichts geschieht, immer klarer werden, daß mit den bisherigen Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten so wenig etwas zu hoffen ist als mit der Bundesverfassung überhaupt, und der Partikularismus wird hoffentlich den Rest erhalten«.[57] Mit den Worten Schulzes legte der Nationalverein lediglich eine »Pause« ein, bis sich die inneren Verhältnisse in Preußen besserten und eine erneute »äußere Bedrängnis« Gelegenheit zur Wiederaufnahme der ursprünglichen Vereinsstrategie bot.[58]

2. Seit dem Frühjahr 1862 begann der Nationalverein seinen »Flirt mit den Massen« (Na'aman). Darunter fallen eine ganze Reihe verschiedener Agitations- und Aktionsformen, deren Zweck darin bestand, die Mitgliedschaft des Nationalvereins zu steigern und seine politische Übereinstimmung mit breiteren Bevölkerungsgruppen symbolhaft gegenüber den Regierungen zum Ausdruck zu bringen. Für diese neue volkstümliche Agitation fand die Süddeutsche Zeitung die typisch nationalvereinliche Formel »Liberale Prinzipien und demokratische Praxis«.[59] Die »demokratische Praxis« erweiterte die Palette der Aktionsformen des Nationalvereins erheblich. Die bisher vorherrschende Agitation durch Erklärungen, Flugschriften und Broschüren wurde um die direkte Massenagitation ergänzt. Seit dem Herbst 1862 wurde es zur Regel, die Agenten anzuregen, zum gleichen Termin in möglichst

57 Bennigsen an Reyscher, 24.11.1860, in: ebd., S. 479.
58 Schulze an Freytag, 12.7.1863, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 4, 1911, S. 222 ff.
59 SZ, Nr. 34, 20.1.1863.

zahlreichen Orten Mitgliederversammlungen abzuhalten, die möglichst übereinstimmende Resolutionen beschließen sollten. Um die gesteigerte Versammlungstätigkeit zu dokumentieren, wies der Ausschuß die Wochenschrift an, die »Mitteilungen aus dem Nationalverein« erheblich zu erweitern.[60] Der Nationalverein praktizierte dabei im übrigen jene Variante der offenen, nicht durch das formelle Kriterium der Mitgliedschaft begrenzten Versammlung, die er bei der zur organisatorischen Selbständigkeit tendierenden Arbeiterbewegung so energisch bekämpfte. Ein weiteres wesentliches Element der volkstümlichen Agitation bestand in der Organisierung und demonstrativen Beteiligung an politischen Festen. Als herausragende Beispiele sind die nationalen Feste der Turner und Schützen, insbesondere das Frankfurter Schützenfest 1862 und das Leipziger Turnfest 1863, sowie die Kölner Abgeordnetenfeste und die Reichsverfassungsfeiern des Frühjahrs 1863 zu nennen.

3. Schließlich verlagerte der Nationalverein seine Agitation weg von verschiedenen Einzelfragen wie Kurhessen, Savoyen, Schleswig-Holstein usw., bei denen Preußen Gelegenheit zu »moralischen« oder territorialen Eroberungen erhalten sollte, hin zu einer umfassenden Agitation für eine Zentralgewalt und ein nationales Parlament. Der Nationalverein handelte also nicht mehr »praktisch« sondern »prinzipiell«. Diese Entwicklung führte schließlich zur programmatischen Übernahme der Reichsverfassung von 1849 inklusive der Grundrechte und der Wahlgesetze.

60 A-Prot.NV 8.10.1862, Nl. Hölder, XXXV.

Der Deutsche Handelstag

1. Der Deutsche Handelstag als nationalpolitische Organisation

Mit dem im Mai 1861 in Heidelberg gegründeten Deutschen Handelstag trat ein Verband der nationalen Verfassungsbewegung ins Leben, der innerhalb des bürgerlichen Organisationsgeflechtes eine signifikante Sonderstellung einnahm. Diese Besonderheit beruhte darauf, daß der Handelstag »mit den Handelskammern eine Institution ins nationale Spiel brachte, die quasi offizielle Geltung besaß. Seine Mitglieder vertraten nicht allein ihre Person oder ihre Ideen, sondern auch in den deutschen Bundesländern bei aller Unterschiedlichkeit fest gegründete Institutionen«.[1] Auf diese Weise verkörperte der Handelstag als Organisation den Föderalismus der deutschen Bundesverfassung, wie es ähnlich ab 1862 auch der Deutsche Abgeordnetentag tun sollte. Auch wenn der Handelstag ursprünglich in der Absicht gegründet worden war, eine reformorientierte Wirtschaftspolitik Preußens und Badens abzustützen, fügte sich seine Gründung dennoch in die veränderte Strategie der nationalen Verfassungsbewegung ein, die, statt weiterhin direkt an die preußische Regierung zu appellieren, den Schwerpunkt ihrer politischen Aktionen in die Einzelstaaten und ihre politischen Institutionen verlegte.

Gegenüber dem Volkswirtekongreß und dem Nationalverein, die jedem Interessierten im Prinzip offen standen, war die Mitgliedschaft im Deutschen Handelstag auf diejenigen Teile des Wirtschaftsbürgertums beschränkt, die in lokalen Handelskammern oder -vorständen zusammengeschlossen waren. Als das »Organ des gesamten deutschen Handels- und Fabrikantenstandes« formulierte er zu wirtschaftsrelevanten Themen wie der Zoll- und Handelspolitik, der Zollvereinsverfassung, der Vereinheitlichung des Wirtschaftsrechts und der Münzen, Maße und Gewichte sowie vielen spezielleren Problemen Resolutionen, die er in der Öffentlichkeit verbreitete oder in Form von Denkschriften den einzelstaatlichen Regierungen zur Berücksichtigung übergab. Wenn der Handelstag hier dennoch nicht primär als wirtschaftlicher Interessenverband, sondern als ein Teilelement der nationalen bürgerlichen Verfassungsbewegung begriffen wird, so bedarf dies einer genaueren Begründung.

Der Handelstag war zum Zeitpunkt seines Entstehens ein Bestandteil des freien bürgerlichen Vereinswesens.[2] Anders als die lokalen Kammern und

1 D. Schäfer, 1973, S. 122.

2 D. Schäfer, ebd., interpretiert den HT als »Beitrag zur deutschen Politik«; vgl. zur organisationstypologischen Einordnung des Handelstags H.-P. Ullmann, 1988, S. 29 f.

Vorstände, die bei aller Unterschiedlichkeit im einzelnen als Institutionen öffentlich-rechtlichen Charakters zumeist auch nachgeordnete Funktionen in der allgemeinen Staatsverwaltung ausübten, legitimierte sich der Handelstag allein durch den politischen Willen seiner Mitgliedschaft.[3] Als nationaler Wirtschafts-Verein unterschied er sich deshalb in seiner rechtlichen Stellung nicht grundlegend vom Volkswirtekongreß und vom Nationalverein. In den fünfziger Jahren waren daher selbst die Versuche zur Gründung eines preußischen Handelstags behördlich untersagt worden, und auch 1861 noch sahen sich die hessischen, bayerischen und württembergischen Kammern zunächst mit einem Teilnahmeverbot am Deutschen Handelstag konfrontiert.[4]

Durch einige Mitglieder seiner ständigen Deputation, die zugleich Ausschußangehörige des Volkswirtekongresses, des Nationalvereins, des Abgeordnetentags oder Mitglieder der liberalen Parlamentsfraktion einer einzelstaatlichen Kammer waren, sowie durch ein darüber hinausgehendes informelles Umfeld war der Deutsche Handelstag der Einbeziehung in die politische Strategie der nationalen Verfassungsbewegung zugänglich. Als Vermittler zwischen den allgemeinpolitischen Organisationen und dem Handelstag wirkten maßgeblich Hermann Beckerath, Heinrich Behrend, Johann Classen-Kappelmann, Ludwig August Jordan, Hermann Heinrich Meier und Hermann Weigel. In der Entstehungsphase ist zudem der Einfluß der badischen Regierung unter Roggenbach sowie einiger führender Vertreter der liberalen Kammermehrheit unübersehbar. Dieser Personenkreis bestimmte maßgeblich die Entstehung und organisatorische Ausgestaltung des Handelstags sowie seinen Kurs in den nationalpolitisch entscheidenden Fragen.[5] Die Stellungnahmen des Deutschen Handelstags werden deshalb in ihrer Bedeutung nicht hinreichend erfaßt, wenn man sie lediglich als unspezifischen Ausdruck der Wirtschaftsinteressen des Bürgertums versteht. Aufgrund des besonderen Charakters seiner Mitgliederrekrutierung war die Einbindung des Handelstags in die bürgerliche Gesamtstrategie jedoch vergleichsweise lose.

Der Handelstag diskutierte sowohl organisatorische Fragen wie den umfassenden Themenkomplex von Zollvereinsreform und Handelspolitik hauptsächlich unter nationalpolitischen Gesichtspunkten. Wie bereits für den Volkswirtekongreß festgestellt, ging es dabei um die Einbeziehung bzw. den Ausschluß des Habsburgerreichs aus dem angestrebten deutschen Bundesstaat. Diese Fragen dominierten die Debatten um die Organisations-

---

3 Ein Überblick über die Entwicklung und Typen der Handelskammern und verwandter Körperschaften in Deutschland bei W. Fischer, 1964, S. 11 ff. Der ehemals charakteristische Gegensatz zwischen dem öffentlich-rechtlichen napoleonischen Typus und dem rein korporativen Selbstverwaltungstypus hatte sich demnach durchgängig in einem Mischtypus aufgehoben; vgl. auch R. Zeise, Genesis, 1967; H.-P. Ullmann, 1988, S. 22 ff.

4 WSchNV, Nr. 3, 15. 5. 1860. Vgl. die Stellungnahmen der Handelskammern Mainz, Stuttgart, Nürnberg bei F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 11 ff., 40 f.; Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 4, 6.

5 Völlig unhaltbar ist deshalb die Auffassung H. Böhmes, der Handelstag sei »als letzte Zentralorganisation für die Vertretung der Zollvereins- und österreichischen Handelsinteressen gegründet« worden mit dem Ziel, »eine »großdeutsche« Handelspolitik zu befürworten«, vgl. ders., Deutschlands Weg, 1966, S. 105.

struktur, und für sie wurde der Handelstag besonders auf der Generalversammlung von 1862 im Sinne der Strategie des Nationalvereins und seiner verbündeten Organisationen mobilisiert. Seine spezifische Funktion bestand darin, wenigstens punktuell das Gewicht der Wirtschaft für die nationale Verfassungsbewegung nutzbar zu machen, da das Wirtschaftsbürgertum es im Regelfall vermied, sich in politischen Organisationen zu exponieren, wie z. B. die Zusammensetzung des Nationalvereinsausschusses belegt. Die altliberale Frankfurter »Zeit« schrieb dem Handelstag deshalb die Aufgabe zu, den »Stamm unabhängiger Politiker« vermehren zu helfen.[6] Nach 1862 schwächte sich die Politisierung des Handelstags, auch hierin dem Volkswirtekongreß ähnlich, deutlich ab, ehe sie im Vorfeld des Krieges von 1866 vorübergehend noch einmal durchschlug.[7] Mit der Nationalstaatsgründung 1870/71 verlor der Handelstag seine ursprüngliche nationalpolitische Funktion und geriet in eine tiefe Krise, ehe er ein neues Selbstverständnis als allgemein akzeptiertes Organ gesamtwirtschaftlicher Interessenvertretung fand.[8]

2. Entstehung und organisatorischer Aufbau

Folgt man den offiziösen Selbstdarstellungen oder der spärlichen wissenschaftlichen Literatur, so ist die Idee zur Berufung eines deutschen Handelstags mehr oder minder spontan auf dem badischen Handelstag von 1860 entstanden, wo sie von Theodor Frey aus Eberbach vorgetragen wurde, einem Politiker, der vorher und nachher auf der nationalen Handlungsebene nicht mehr hervorgetreten ist.[1] Die Erfahrungen mit der Genesis von Volkswirtekongreß und Nationalverein gebieten allerdings eine gehörige Portion Skepsis gegenüber solchen scheinbaren Zufälligkeiten. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß auch die Gründung des Deutschen Handelstags erheblich zielstrebiger und folgerichtiger vorbereitet wurde, als es nach den offiziösen Darstellungen den Anschein hat.

Ehe im Mai 1860 der badische Handelstag seine Initiative startete, hatte es Überlegungen gegeben, den preußischen Handelstag zu einem derartigen Aufruf zu nutzen. Als typischer Sprößling der »Neuen Ära« war der preußische Handelstag aus einer Konferenz der Handelsvorstände der wichtigsten preußischen Städte hervorgegangen, die im Mai 1859 stattgefunden hatte.[2] Der erste Preußische Handelstags trat vom 20. Februar bis 2. März 1860

6 Zeit, Nr. 7, 10. 4. 1861.

7 Zur fortschreitenden Entpolitisierung vgl. auch den Artikel: Der deutsche Handelstag und seine drei Generalversammlungen, PrJbb. 16 (1865), S. 560.

8 Vgl. dazu D. Schäfer, 1973, S. 125 ff.; Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 38 ff.

1 W. Fischer, 1966, S. 63 ff.; D. Schäfer, 1973; R. Zeise, Industrie- und Handelstag, 1985; Handelstag, Bd. 1, 1911; vgl. ferner die offiziösen Schriften ohne wissenschaftlichen Anspruch von J. Gensel, 1902; F. Schupp/K. Wettstein, 1911; aus der zeitgenössischen Literatur zum Handelstag W. Röhrich, 1861.

2 Vgl. das Rundschreiben der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft (David Hansemann) vom 12. 9. 1859, RWWA, 1–14–1, Bl. 1.

in Berlin zusammen. Wie das stenographische Verhandlungsprotokoll belegt, wurde die Gründung eines nationalen Handelstags während der offiziellen Sitzungen zwar nicht verhandelt. In den informellen Gesprächen im Umfeld der Veranstaltung spielten diese Pläne aber eine erhebliche Rolle.[3] Daß die nationalpolitisch motivierten Teilnehmer in Berlin nicht zum Zuge kamen, hängt wesentlich mit der starken Position David Hansemanns[4] zusammen, dem wegen seiner Funktion als Ältester der Berliner Kaufmannschaft der Vorsitz des preußischen Handelstags nach den Gepflogenheiten der Honoratiorenpolitik von selbst zugefallen war. Hansemann stämmte sich wie später als erster Präsident des Deutschen Handelstages konsequent allen Versuchen entgegen, den Handelstag für die nationalpolitischen Ziele insbesondere des Nationalvereins einspannen zu lassen.

Das Scheitern des Politikerflügels in Berlin rief eine heftige Kritik der Wochenschrift des Nationalvereins hervor, die sich vor allem gegen David Hansemann richtete: Hansemann sei zwar ein vortrefflicher Financier, aber auf den Namen eines Staatsmanns habe er nicht den geringsten Anspruch. Die Vorhaltungen der Zeitung konzentrierten sich in dem Vorwurf, Hansemann habe bei der Initiative zur Einberufung eines deutschen Handelstags versagt. »Oder welche Handhabe hätte sich zur Befestigung des moralischen Einflusses von Preußen in Deutschland, zur Sicherung des Zollverbandes und seiner weiteren Durchbildung für den Augenblick besser darbieten können, als die Zusammenberufung eines deutschen Kaufmannstages nach Berlin?«[5] Der Artikel der Wochenschrift erschien genau in dem Augenblick, als in Heidelberg zum erstenmal seit der Revolution der badische Handelstag zusammentrat. Die Intention war klar: da die Preußen sich verweigert hatten, mußte die Initiative zur Gründung eines deutschen Handelstages jetzt von Baden ausgehen.

Die offizielle Version, nämlich daß die Gründung des Deutschen Handelstags auf der persönlichen Initiative Theodor Freys[6] beruht habe, wird von dessen Lebenserinnerungen bestätigt. Demnach hatte Frey auf einer Sitzung der Eberbacher Handelsgenossenschaft, deren Begründer und Vorsitzender er war, einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet, der ungeteilte Zustimmung gefunden hatte; anschließend stattete ihn das Gremium

---

3 Das legt der Brief der Handelskammer Breslau an die Handelskammer Heidelberg vom Juni 1860 nahe, abgedruckt bei F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 19 f.; vgl. auch die gedruckten Protokolle der »Verhandlungen des Handelstags in Berlin«, 1860. Es nahmen Vertreter aus 43 preußischen Städten teil.

4 David Hansemann (1790–1864), ev.; Bankier aus Aachen, 1848 preußischer Finanzminister, Mitglied der ersten Kammer 1849–50, 1850–51; Direktor der preußischen Bank, 1851 ff., anschließend Direktor der Berliner Diskontogesellschaft; 1861–62 Vorsitzender des Ausschusses des HT; vgl. ADB 10, S. 529 ff.; A. Bergengruen, 1901.

5 WSchNV, Nr. 3, 15. 5. 1860.

6 Theodor Frey (1814–1897), ev.; Weinhändler und Weingutsbesitzer aus Eberbach, während der Revolution Vorsitzender des Eberbacher Volksvereins, Zivilkommissar der Revolutionsregierung Brentano, Mitglied der konstituierenden Versammlung; 1849–50 Exil in Frankreich; nach Rückkehr wirtschaftliche Betätigung als Weinhändler; Gründung eines Vorschußvereins nach Schulze-Delitzsch; Agent des NV für Eberbach; seit 1867 MdL; vgl. T. Frey, 1896.

mit einem Mandat zur Vertretung dieser Pläne auf dem badischen Handelstag aus.[7] Ein zwingender empirischer Nachweis, daß das Auftreten des Nationalvereinsagenten Frey mit den Führern der nationalen Verfassungsbewegung im Nationalverein abgesprochen war, läßt sich nicht führen. Immerhin war Bennigsen jedoch Mitte April 1860 mit Ludwig Frey, dem Bruder Theodors, auf dem Weingut der Familie Buhl in Deidesheim zusammengetroffen, das seit dem Vormärz als Kontaktstelle für die südwestdeutschen Liberalen diente.[8] Es ist im höchsten Maße wahrscheinlich, daß auch der Weinhändler Theodor Frey dort verkehrte und in Kontakt mit Führern des Nationalvereins gekommen war. Ein weiteres Indiz für die Vermutung, daß der Nationalverein bei der Vorbereitung des badischen Handelstags seine Hände im Spiel hatte, liefert die Tatsache, daß er am 5. Mai 1860 in Heidelberg unter Hinzuziehung verschiedener altliberaler Politiker des Südwestens eine Vorstandssitzung abgehalten hat, die bekanntlich auch zum Ausgangspunkt der berühmten Erklärung gegen Borries wurde; nur einen Tag später, am 6. Mai, veröffentlichte das Heidelberger Tageblatt die offizielle Einladung zum badischen Handelstag.[9]

Auf dem badischen Handelstag, der vom 14. bis 15. Mai 1860 in Heidelberg stattfand, motivierte Frey den Eberbacher Antrag in einer längeren Rede, die die nationalpolitischen Aspekte in den Vordergrund stellte. Der Kernsatz lautete:

»Die fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die politische Einheit Deutschlands herzustellen, liegen in den souveränen Rechten der deutschen Fürsten und insbesondere in dem großen Übelstande, daß Deutschland einen Staatenbunde und nicht einen Bundesstaat mit einer einheitlichen Gewalt bildet. Eine Einheit dagegen in handelspolitischer Beziehung zu erzielen, liegt keineswegs im Bereiche der Unmöglichkeit, da solche auf der einen Seite den sämtlichen Regierungen Deutschlands in ihren souveränen Rechten keinen Eintrag bringen und auf der anderen Seite der deutschen Nation nur Wohlfahrt gewähren und für den Handel und die Industrie unermeßlichen Vorteil schaffen wird«.[10]

Der Antrag auf Einberufung eines deutschen Handelstags wurde einstimmig angenommen und seine Durchführung dem Vorort des badischen Handelstags Heidelberg übertragen, mit dessen Vorsitzenden C. A. Ritzhaupt die Familie Frey eng befreundet war. Das Vorbereitungskomitee wandte sich an 91 Handelsvorstände aus dem Gebiet des Zollvereins und der Hansestädte

---

7 T. Frey, 1896, S. 92 ff.

8 Vgl. Bennigsen an Brater, 21. 4. 1860, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 384 ff. Bennigsen äußerte Vorbehalte gegenüber Ludwig Frey: da dieser kein Befürworter eines Krieges gegen Frankreich war, geriet er sogleich in den Verdacht »bonapartistischer Gesinnung«. Ludwig Frey (1810–1871); ev.; Jura-Studium in Heidelberg, Burschenschafter und Teilnehmer am Hambacher Fest, gab seit 1859 den nationalvereinsfreundlichen »Pfälzischen Kurier« heraus; vgl. W. Kosch, Bd. 1, 1963, S. 352.; T. Frey, 1896, S. 98 f.

9 Heidelberger Tageblatt, Nr. 107, 6. 5. 1860.

10 Abgedruckt bei F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 5 ff., in Auszügen in Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 2 f. In der Presse hat der badische Handelstag kaum Spuren hinterlassen, vgl. die knappen Hinweise im Heidelberger Tageblatt, Nr. 117, 19. 5. 1860, sowie im AG, Nr. 186, 26. 5. 1860.

mit der Frage, ob sie bereit seien, Abgeordnete zu einem deutschen Handelstag zu schicken und geeignete Orte und Termine vorzuschlagen.[11] Aus den in der Folgezeit in Heidelberg eingelaufenen Antworten der Kammern läßt sich unschwer herauslesen, daß die nationalpolitische Relevanz der beabsichtigten Neugründung sofort erkannt wurde. Umstritten war insbesondere die geographische Eingrenzung des deutschen Handelstags, die in den Antwortschreiben sogleich auf das engste mit der Frage nach dem Umfang eines künftigen deutschen Nationalstaats verknüpft wurde. Dabei lassen sich drei Positionen unterscheiden: 1. die strikte Beschränkung auf das Gebiet des Zollvereins, 2. die zusätzliche Einbeziehung der Hansestädte und Mecklenburgs oder 3. der Einschluß auch der österreichischen Handelsvorstände.[12]

Zu den Vertretern der ersten Position zählte vor allem Hansemann, der in nationalpolitischer Hinsicht ein Anhänger »großdeutscher« Vorstellungen war und auf einen friedlichen Ausgleich zwischen den Staaten des Deutschen Bundes setzte. Den im Entstehen begriffenen Deutschen Handelstag, der sich ohne seine Unterstützung entwickelte, wollte er von vornherein von einer politischen Instrumentalisierung im Sinne des Nationalvereins freihalten und ihn stattdessen als Organ der wirtschaftlichen Interessenvertretung im Rahmen des Zollvereins ausgestalten, nicht zuletzt deshalb, weil er in einem wirtschaftlich attraktiven Zollverein einen Anknüpfungspunkt für die Verwirklichung seiner Bundesreformvorstellungen sah.[13] Im Namen der ständigen Deputation des Preußischen Handelstags hatte Hansemann die preußischen Handelsvorstände angewiesen, auf die badische Initiative erst zu reagieren, wenn die Kommission ihre Stellungnahme beschlossen habe.[14] In der Sitzung vom 4. Juli 1860 in Berlin setzte Hansemann seine Position uneingeschränkt durch: ohne dies offen auszusprechen, deutete die verabschiedete Stellungnahme an, daß mit preußischer Teilnahme am deutschen Handelstag nur dann zu rechnen sei, wenn die Teilnahme auf die Mitgliedstaaten des Zollvereins beschränkt werde.[15] Die Mehrzahl der preußischen Voten hielt sich an diese Richtschnur. Nur einige nationalvereinlich dominierte Kammern wie Danzig (Behrend), Breslau (Weigel), Köln (Classen-Kappelmann) und Elberfeld (H. Becker), forderten wenigstens die Einbeziehung der Hansestädte, wie dies auch die Heidelberger Vorbereitungskommission beabsichtigt hatte.[16]

---

11 Ritzhaupt an die Handelsvorstände, 6.6. 1860; Original RWWA, 1–14–1, Bl. 21 f.; HK Bremen, Ha II 1, Bd. 1, Bl. 1; GSTA-M, Nl. Hansemann, 34, Bl. 6 f.; abgedruckt bei F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 9 f.

12 Zahlreiche Auszüge aus den Antworten bei F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 11 ff.

13 Vgl. dazu A. Bergengruen, 1901, S. 699 ff.; R. Zeise, Genesis, 1976, S. 77 f., sowie die Broschüre D. Hansemanns, 1861.

14 Schreiben vom 29.6. 1860, RWWA, 1–14–1, Bl. 15; WWA, K2, Nr. 831. Die Deputation des preußischen Handelstags bestand aus den Handelsvorständen von Berlin, Breslau, Magdeburg, Elberfeld, Köln, Stettin und Danzig, vgl. die Statuten, Verhandlungen des Handelstages in Berlin, S. 110 f.

15 Hansemann an preußische Kammern und die Handelskammer Heidelberg, 5.7. 1860, RWWA 1–14–1, Bl. 25 ff.; WWA, K2, Nr. 831, abgedruckt bei F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 20 ff.

16 Vgl. den Kölner Antrag vom 9.1. 1861 in RWWA, 1–14–1, Bl. 36 ff.; die »Denkschrift des

Die Zuschriften aus den süddeutschen Staaten bestanden demgegenüber einhellig auf der Einbeziehung Österreichs. Angesichts der abweichenden Auffassungen entschloß sich das Heidelberger Vorbereitungskomitee, die Frage durch eine schriftliche Abstimmung klären zu lassen.[17] Von den eingegangenen Antworten sprachen sich 53 gegen 20 Stimmen für einen gesamtdeutschen Handelstag unter Einbeziehung sowohl der Hansestädte als auch Deutschösterreichs aus.[18] Ritzhaupt versandte daraufhin nachträgliche Einladungsschreiben an die Mecklenburger und Deutschösterreicher.[19] Nach Erhalt ihrer Zusage erließ er ohne nochmalige Rücksprache mit dem Ausschuß des preußischen Handelstags, d. h. mit Hansemann, der sich an der Abstimmung bezeichnenderweise nicht beteiligt hatte, am 27. Oktober 1860 die Einladung und das Programm zum ersten deutschen Handelstag.[20]

Aus der Sicht des nationalvereinlich orientierten Politikerflügels stellte die Einbeziehung der deutschösterreichischen Kammern zweifellos eine Niederlage dar. Seine Anhänger konzentrierten sich deshalb in der Folgezeit darauf, den Einfluß der »großdeutschen« Richtung möglichst gering zu halten. Gemäß der erprobten Methode, kontroverse Fragen im kleinen Kreis vorzuklären, hatte die Handelskammer Danzig, deren Vorgehen wohl auf die Initiative ihres Sprechers Heinrich Behrend zurückzuführen ist, angeregt, dem Handelstag eine Vorberatung vorausgehen zu lassen, um die eingegangenen Anträge zu prüfen und die Tagesordnung für die Hauptversammlung festzusetzen.[21]

Die auf diese Weise zustandegekommene Vorkommission tagte in sieben Sitzungen vom 3. bis 11. Mai 1861 in Heidelberg. Teilnehmer waren außer Ritzhaupt, Hansemann, Weigel, Classen-Kappelmann, Behrend, Jordan, Roß und Soetbeer auch einige Professoren der Heidelberger Universität und ein Abgesandter der badischen Regierung. Die Teilnahme eines Regierungsmitglieds an den Beratungen belegt den hohen Stellenwert, den der am Vortag als Außenminister in das reformerische Ministerium Lamey eingetretene Freiherr von Roggenbach dem Deutschen Handelstag zumaß. Roggenbach verfolgte in enger Abstimmung mit Großherzog Wilhelm I. eine Politik der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands unter Führung Preußens und unter Ausschluß Österreichs. Die Kompetenzen der Zentralgewalt sollten nach seinen Vorstellungen auf die Außen-, Militär- und Handelspolitik beschränkt bleiben. Ein nationales Parlament, bestehend aus einer Staaten- und einer Volkskammer, sollte der Bundesregierung zur Seite gestellt werden. Roggenbach hoffte, sein Ziel auf friedlichem Wege durch die Herausbildung

---

Vereins für Handelsfreiheit in Hamburg an den ersten deutschen Handelstag in Heidelberg betreffend die künftige Organisation des Zollvereins, Hamburg, April 1861« unterstützte den Kölner Antrag (Exemplar HK Bremen, Ha II 1, Bd. 1, Bl. 14).

17 Rundschreiben vom 15. 8. 1860, Original in RWWA, 1–14–1, Bl. 30; HK Bremen, Ha II 1, Bd. 1, Bl. 3.

18 Auszüge bei F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 27 ff.

19 Ebd., S. 34 ff.

20 Original RWWA, 20–14–1; HK Bremen, Ha II 1, Bd. 1, Bl. 6; abgedruckt bei F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 37 ff.

21 Vgl. das Einladungsschreiben vom 3. 2. 1861, RWWA, 20–14–2; HK Bremen, Ha II 1, Bd. 1, Bl. 12.

eines Konsenses erreichen zu können. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen seines nationalpolitischen Planes sah er in durchgreifenden innen- und wirtschaftspolitischen Reformen, die den Einigungsplänen die Unterstützung der öffentlichen Meinung sichern sollten. In dieses politische Konzept fügte sich die Gründung eines deutschen Handelstags genauso ein, wie die jüngst vollzogene Ausgliederung eines eigenständigen badischen Handelsministeriums aus dem Finanzressort.[22] Aus den dargelegten Gründen hatte die Regierung gegenüber dem Heidelberger Vorbereitungskomitee die Unterstützung »nicht nur von Seiten unserer Regierung sondern auch von unserem Landesfürsten selbst« zugesichert[23] und durch die Bewilligung eines Betrags von 1500 fl. unter Beweis gestellt. Die badische Landesregierung hatte dem Komitee auch nahegelegt, die Heidelberger Professoren zu den Beratungen hinzuzuziehen. Mit Vergnügen, hieß es in einem Brief an die Heidelberger Handelskammer, habe man die Bildung eines Komitees aus Mittermaier[24], Rau[25], Robert v. Mohl[26], Häusser, Goldschmidt und Pickford zur Kenntnis genommen. »Wir veranlassen nun das Präsidium der Heidelberger Handelskammer dieses Komitee zusammenzuberufen und mit demselben näher zu beraten, welche Einleitungen zu treffen sind, damit die Abhaltung des deutschen Handelstages in angemessener zweckentsprechender Weise stattfinde. Über das Ergebnis dieser Beratung wünschen wir Mitteilung zu erhalten«.[27] Das Professorengremium war eng mit der badischen Regierung und ihrem Beraterstab verknüpft. Mit Ludwig Häusser, dem Führer der liberalen Regierungsmehrheit in der badischen Kammer, und Robert von Mohl, der einige Monate später die badische Bundestagsgesandtschaft in Frankfurt übernehmen sollte, gehörten ihm zwei der Schlüsselfiguren der badischen Reformära an.

Wie bei der Gründung des Volkswirtekongresses und des Nationalvereins waren die Anhänger der nationalvereinlichen Richtung mit der klaren Absicht in die Vorberatungen gegangen, zunächst einen handhabbaren organisatorischen Rahmen zu schaffen. Die Wochenschrift des Nationalvereins hatte es als die »allererste Aufgabe« des Handelstags bezeichnet, »daß er sich eine dauernde Organisation« verleihe und insbesondere einen ständigen Aus-

---

22 Vgl. dazu ausführlich, allerdings ohne Erwähnung des Handelstags, L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 114 ff., 146 ff., 208 ff.

23 F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 40 f.

24 Karl Josef Anton Mittermaier (1787–1867), Apothekerssohn aus München, seit 1821 Jura-Professor in Heidelberg, MdL 1831–39, 1846–49, Mithg. der Deutschen Zeitung; Präsident des Vorparlaments, MdNatV (WH, AH); beteiligte sich am Brüsseler Wohltätigkeitskongreß; vgl. ADB 22, S. 25 ff.

25 Karl Heinrich Rau (1792–1870), stammte aus einer Erlanger Theologenfamilie, seit 1816 Prof. für Nationalökonomie, seit 1822 in Heidelberg; 1845 Geheimrat; Vorparlament; Anhänger des Freihandels; vgl. ADB 27, S. 380 ff.

26 Robert v. Mohl (1799–1875), Jura-Studium in Tübingen, Heidelberg, Göttingen; seit 1824 Prof. in Tübingen, seit 1847 in Heidelberg; Vorparlament; MdNatV (WH, AH); Reichsjustizminister; MdL 1845–47 in Württemberg; in der ersten badischen Kammer 1857–73; MdR 1874–75; 1861–65 badischer Gesandter am Bundestag; 1867–71 in München; vgl. ADB 23, S. 745 ff.; R. Koch, 1989, S. 290; E. Angermann, 1962.

27 Brief des Handelsministeriums an Handelskammer Heidelberg, 9.2.1861, F. Schupp/K. Wettstein, 1911, S. 40 f.

schuß niedersetze.[28] Genau in diesem Sinne hatte der Vertreter der Breslauer Handelskammer Hermann Weigel, ein Mitglied des Volkswirtekongresses und wichtiger Nationalvereinspolitiker mit Zugang zur Vereinsführung, einen ausführlichen Entwurf ausgearbeitet, der sich eng an die ebenfalls von ihm stammenden Statuten des Preußischen Handelstags anlehnte.[29] In der Vorkommission wurde die ursprüngliche Version des Breslauer Antrags allerdings in einigen Punkten abgeschwächt: die Bestimmung eines festen Sitzes des Handelstags (in Berlin) mußte zugunsten des geläufigen Prinzips der Wanderversammlungen aufgegeben werden. Darüber hinaus wurde den Statuten nur ein vorläufiger Charakter zuteil, um die Akzeptanz bei den großdeutschen Kritikern zu erhöhen. In dieser Form wurden die Anträge von der Vorkommission gegen den ausdrücklichen Widerstand Hansemanns adaptiert.

An der Hauptversammlung vom 13.–18. Mai 1861 nahmen 195 Vertreter von 91 Handelskörperschaften teil.[30] Eröffnet wurde die Versammlung durch eine Ansprache des badischen Handelsministers v. Weizel, der die Anwesenden im Namen des Großherzogs begrüßte. Nach der en bloc-Genehmigung der von der Vorkommission ausgearbeiteten Geschäftsordnung und der Wahl Hansemanns zum Präsidenten der Versammlung begann die Debatte. Wie bei Volkswirtekongreß und Nationalverein stand auch jetzt die organisatorische Konstituierung an der Spitze der Tagesordnung. Berichterstatter war Weigel. Bezeichnenderweise erhielten die Versammelten den Statutenentwurf der Vorkommission erst kurz vor Verhandlungsbeginn ausgehändigt, so daß ihnen eine gründliche Diskussion und Meinungsbildung kaum möglich war. Dieses Verfahren hatte Methode und war Bestandteil der Herrschaftstechnik der Ausschüsse in allen hier untersuchten Organisationen. Es wiederholte sich bei sämtlichen politisch bedeutsamen Debatten, deren Ausgang im Sinne des Ausschusses nicht von vornherein absehbar war.

Das Kernstück des Weigelschen Organisationentwurfs war der sogenannte Bleibende Ausschuß, dem man für die Zeit zwischen den Versammlungen die Ausführung der Beschlüsse, die Verfügung über die Kasse und die Vorbereitung und Ausschreibung weiterer Generalversammlungen übertrug. Der Ausschuß bestand aus fünfzehn durch die Generalversammlung gewählten Personen. Ein Kooptationsrecht wurde in den Statuten nicht festgeschrieben,

---

28 WSchNV, Nr. 3, 15. 5. 1860.

29 Der Breslauer Antrag erschien als selbständige Broschüre: H. Weigel, Der Deutsche Handelstag, 1861. Die Satzungen des Preußischen Handelstags sind abgedruckt in: Verhandlungen des Handelstages in Berlin, S. 110 f. Die Satzungen des Deutschen Handelstags von 1861 in: Verhandlungen HT I (1861), S. 107 f.; abgedruckt in Handelstag, Bd. 1, S. 14 ff. Die Beschlüsse der Vorkommission im GSTA-M, Nl. Hansemann, 35, Bl. 27, 36; HK Bremen, Ha II Bd. 1, Bl. 22. Vgl. auch Handelstag, Bd. 1, S. 12 ff. Der von der Vorkommission beschlossene Antrag zur nationalpolitisch relevanten Frage der Zollvereinsreform stammte übrigens von Classen-Kappelmann, der den Ausschüssen von KdV, NV und HT angehörte.

30 Vgl. die Teilnehmerliste, Verhandlungen HT I (1861), S. V ff. Neben 24 preußischen, 10 badischen und 11 bayerischen Städten waren alle Hansestädte, Frankfurt, Leipzig, Hannover, Braunschweig usw. vertreten, aus Württemberg jedoch nur 3 Orte (Stuttgart, Reutlingen, Heilbronn) und aus dem Habsburgerreich 6 (Brünn, Olmütz, Prag, Reichenberg, Triest, Wien).

aber der Ausschuß ließ sich durch die Generalversammlung nachträglich zur Kooptation von höchstens vier Personen ermächtigen.[31] Ergänzt wurde der Ausschuß durch ein bleibendes Zentralbüro mit Sitz in Berlin (§§ 9–13).

Eine programmatische Festlegung gab es nicht. Der Handelstag begriff sich als Organ des gesamten Handels- und Fabrikantenstandes, dessen »Gesamtansicht« über »allgemein wichtige Fragen des Verkehrs« er auszusprechen beanspruchte (§ 1). Mindestens alle zwei Jahre sollte er zu diesem Zweck zu einer Generalversammlung zusammentreten (§ 2). Für die Beschickung der Hauptversammlung wurde das Delegiertenprinzip festgeschrieben, das jedem Handelsplatz nur eine Stimme zugestand, über deren Vergabe sich unter Umständen mehrere Körperschaften einig werden mußten (§ 4). Die Satzung wurde »bis zur Einführung definitiver Bestimmungen über die Art der Zusammensetzung des Handelstags« ausdrücklich als vorläufig gekennzeichnet (§ 3). Im Klartext hieß dies, *vorläufig* blieben die deutschösterreichischen Kammern teilnahmeberechtigt und *vorläufig*, solange Berlin nicht durchsetzbar war, beließ man es bei einer Wanderversammlung. Die definitive Satzung wurde erst 1868 beschlossen. Sie begrenzte die Teilnahmeberechtigung auf die Staaten des Zollvereins und des Zollparlaments und legte den Sitz der Gesamtorganisation in Berlin fest.

Gegen die Statutenvorschläge traten mehrere Vertreter süddeutscher Handelskammern auf, namentlich Hänle aus München[32], der Vorsitzende des Vereins für deutsche Industrie Kerstorff aus Augsburg, Wertheim aus Wien[33] und die Vertreter der Kammern Reutlingen[34], Stuttgart und Ulm. Ihre Attacken richteten sich vor allem gegen die Konstituierung eines bleibenden Ausschusses und eines ständigen Büros mit Sitz in Berlin. Daß dabei nationalpolitische Argumente den Ausschlag gaben, gestand Kerstorff offen ein. Die Opposition wollte den Charakter einer Wanderversammlung erhalten und lehnte deshalb die Errichtung ständiger Organe, zumal in Berlin, prinzipiell ab. Auf diese Weise wollte sie ausschließen, »daß durch einen ständigen Ausschuß die *Schablone für den Handelstag nach einer bestimmten Richtung* gemacht« werde.[35]

Zu den Verteidigern des Ausschußantrags gehörten neben dem Berichterstatter Hermann Weigel vor allem Heinrich Behrend, Johann Classen-Kappelmann, Eduard Moll, Karl Braun, Max Wirth und Alexander v. Sybel, der Bruder des Historikers.[36] Mit Ausnahme des letzteren waren sie zugleich

---

31 Antrag Soetbeer, Verhandlungen HT I (1860), S. 93.

32 Leo Hänle (1807–1887), Fabrikant aus München (Metallpapier- und Bronzewarenindustrie), Vorsitzender der Handelskammer 1852–66, A-HT 1861–62. MdL; vgl. Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 408 f.

33 Franz Frhr. v. Wertheim (–1883), Wiener Fabrikant (Hersteller feuerfester Kassen), Vorsitzender der Handelskammer 1858–67, A-HT 1861–62; vgl. Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 412 f.

34 Darunter Karl Finckh (1806–1869), Farbwarenhändler aus Reutlingen; Kommerzienrat; Vorsitzender der Handelskammer 1855–69; A-HT 1861/62; vgl. Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 408 f.

35 Verhandlungen HT I (1861), S. 10 f. (Hervorhebung A. B.)

36 Alexander v. Sybel (1823–1902), ev.; Vorsitzender des Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen; MdL 1862, 1867–70 (linkes Zentrum; rechtes Zentrum); MdR 1869–71 (freikonservativ); A-HT 1861–72; 1870–80 Regierungsrat, dann Ministerialrat in Straßburg; vgl. B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 476; B. Mann, 1988, S. 383.

führende Mitglieder von Volkswirtekongreß und Nationalverein. In den namentlichen Abstimmungen, die nach Paragraphen getrennt erfolgten, wurden der § 8 (Wanderversammlung) mit 55 zu 29 Stimmen, § 9 (Einrichtung eines ständigen Büros) mit 64 zu 20 Stimmen und § 10 (Sitz in Berlin) mit 58 zu 24 Stimmen mit klaren Mehrheiten angenommen. Die Gegenstimmen stammten beinahe ausnahmslos aus den sächsischen Städten Leipzig, Chemnitz, Dresden und Zwickau sowie aus Bayern, Württemberg, Baden und Österreich. Lediglich in einer Frage hatte die Opposition Erfolg: die Versammlung lehnte es mit einer Stimme Mehrheit ab, den Ausschuß zur Abfassung eines jährlichen repräsentativen »Berichts über den Gang des gesamten deutschen Handels- und Industrieverkehrs« zu ermächtigen. Die fehlende wirtschaftspolitische Kompetenz konnte aus der Sicht der Initiatoren der Handelstagsgründung jedoch leicht verschmerzt werden, da sie ihr Hauptanliegen, die Errichtung einer weitgehend unabhängigen ständigen Deputation, durchgesetzt hatten.

In den folgenden Monaten stand die Konsolidierung der Organisation im Mittelpunkt der Ausschußtätigkeit, die auch den einzigen Tagesordnungspunkt seiner konstituierenden Sitzung bildete. Dort setzten sich die Bemühungen um die Eindämmung Hansemanns fort, dessen Wahl zum Präsidenten der ständigen Deputation des Handelstages wegen seines Amtes als Ältester der Berliner Kaufmannschaft unvermeidlich war, obwohl die Gründung eines Deutschen Handelstags von ihm mehr hingenommen als begrüßt worden war und er sich als entschiedener Gegner nationalvereinlicher Ziele bekannt hatte.[37] In der Debatte über die Organisation der Geschäftsführung und des ständigen Büros schlug Hansemann die Einstellung eines Generalsekretärs vor, für dessen Position er seinen Vertrauten, den Berliner Kaufmann Gustav Arndt, empfahl. Die Mittelsmänner der nationalen Verfassungsbewegung im Ausschuß waren allerdings nicht gewillt, die Führung des Verbandes de facto allein Hansemann und seinen Gesinnungsgenossen zu überlassen. Classen-Kappelmann verlangte deshalb die Berufung eines Ausschußmitglieds als Generalsekretär, und Weigel und Behrend beantragten, daß die Geschäftsführung nicht einer Person allein übertragen werde.

Nach heftigen Auseinandersetzungen präsentierte Alexander v. Sybels einen Kompromißvorschlag, der zwar die sofortige Bildung eines Büros nach den Vorstellungen Hansemanns vorsah, dessen Amtszeit aber auf eine Frist von drei Monaten begrenzte. Als weitere Sicherheit wurde dem geschäftsführenden Büro ein Kontrollgremium zur Seite gestellt, das den Nationalvereinsanhängern ihren Einfluß auf die Geschäftsführung garantieren sollte: »Der Ausschuß ernennt in allen Fällen, in welchen es ihm notwendig erscheint, Kommissionen aus seiner Mitte, welche mit dem Präsidenten die Beschlüsse des Bleibenden Ausschusses zur Ausführung bringen und zum Beweise ihrer Mitverantwortlichkeit für die Ausführung derselben zu den

37 Vgl. dazu vor allem D. Hansemanns Mitte Juli 1860 in der Haude und Spenerschen Zeitung und anschließend als Broschüre veröffentlichten Betrachtungen über den ersten deutschen Handelstag; vgl. dazu A. Bergengruen, 1901, S. 700 ff.

Akten zu unterschreiben haben«.[38] Diese Regelung war ein klares Mißtrauensvotum gegen Hansemann und ermöglichte im Notfall ein schleuniges Eingreifen, das tatsächlich notwendig wurde, als Hansemann während der Zollvereinskrise um den preußisch-französischen Handelsvertrag eigene Wege zu gehen begann und seinen Sturz unabwendbar machte.

Das ständige Büro befand sich zunächst in der Privatwohnung des Generalsekretärs. Nach dem Rücktritt Hansemanns Ende 1862 gab auch Arndt seinen Posten auf. Sein Nachfolger wurde Hermann Maron, der nach einer Einarbeitungsphase schließlich für ein Gehalt von 1 200 T. – Arndt hatte 1 500 T. erhalten – fest angestellt wurde. Als ständige Hilfskraft kam ein Sekretär namens Liegheit hinzu. Seit Ende 1865 mietete der Ausschuß im Gebäude der neuen Berliner Börse zwei Räume an, wo das Büro seinen festen Sitz bezog.[39] Der Jahresetat des Aussschusses betrug 1861 6 400 T., wovon einschließlich des Gehalts für Arndt 1 900 T. auf Bürokosten entfielen, 2 100 T. auf Reisekosten für die Ausschußmitglieder, 2 400 T. auf Druck- und Portokosten.[40]

Im Untersuchungszeitraum trat der Ausschuß zwölfmal zumeist in Berlin zusammen. Seine und des ständigen Büros Tätigkeit beschränkte sich im wesentlichen auf die weitere Konsolidierung der Organisation, die Vorbereitung der Hauptversammlungen und eine im ganzen bescheidene Öffentlichkeitsarbeit.[41] Zunächst konzentrierte sich der Ausschuß auf die Mitgliederwerbung. So forderte er im Anschluß an den ersten Handelstag alle bekannten Handelsvorstände zum Beitritt auf, sorgte mit Rundschreiben an die Mitgliedskammern für die innerverbandliche Kommunikation und bereitete durch die Einsetzung von Fachkommissionen und Referenten die Generalversammlungen vor. Die Mitgliederwerbung verlief erfolgreich. Von den 188 angeschriebenen Körperschaften traten 112 dem Handelstag bei. Bis Ende 1862 wuchs die Zahl auf 195 Mitglieder an. Das Ausscheiden von 35 österreichischen und süddeutschen Kammern im Anschluß an die zweite Vollversammlung wurde durch Neuzugänge beinahe ausgeglichen, so daß Ende 1865 noch 179 Körperschaften im Handelstag vertreten waren. Die Mitglieder verpflichteten sich zur Zahlung gestaffelter Jahresbeiträge, die in fünf Stufen je nach Finanzkraft von 10 bis 200 Talern reichte. Die so eingehenden Summen reichten zur Deckung des Finanzbedarfs des Ausschusses völlig aus, der seine Haushaltsjahre regelmäßig mit stattlichen Guthaben abschloß.

Ein zweiter Aktionspunkt lag in der Öffentlichkeitsarbeit. Sie nahm jedoch im Vergleich zu Agitationsverbänden wie dem Volkswirtekongreß und

---

38 A-Prot.HT, 24.–28.6. 1861, GSTA-M, Nl. Hansemann, 33, Bl. 65 ff; HK Bremen, Ha II 1, Bd. 1.

39 Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 22, 26.

40 Rundschreiben des Ausschusses, 7.7. 1861, RWWA, 1–14–1, Bl. 64.

41 Das folgende im wesentlichen nach »Bericht über die Tätigkeit des bleibenden Ausschusses in der Periode vom 1.Juli bis 15. November 1861« (RWWA, 1–14–2, Bl. 1 f.; GSTA-M, Nl. Hansemann, 33, Bl. 150 ff.); dass., Juli 1861 bis Oktober 1862, (Verhandlungen HT II (1862), S. 2 ff); dass. vom Oktober 1862 bis Februar 1864 (RWWA,1–14–2, Bl. 22 ff.); dass. bis September 1865 (Verhandlungen HT III (1865), S. 1 ff.

dem Nationalverein einen wesentlich geringeren Stellenwert ein. Wichtigstes Medium waren die Vollversammlungen, von denen im Untersuchungszeitraum drei stattfanden, nämlich 1861, 1862 und 1865. Die Debatten wurden stenographisch protokolliert und anschließend als Broschüren veröffentlicht. Mit seiner Entpolitisierung nach 1866 verzichtete der Handelstag auf dieses Mittel. Eine eigene Zeitung richtete der Handelstag zunächst nicht ein. Dafür versah er eine Reihe von Zeitungen mit regelmäßigen Informationen.[42] In der Ausschußsitzung vom 29. März 1865 wurde die Frage der Gründung eines eigenen Blattes ausführlich diskutiert, wobei man auch die Ernennung einer bereits bestehenden Zeitung zum offiziellen Organ erwog.[43] Aus Kostengründen und wegen fehlender Dringlichkeit entschied man sich für eine regelmäßig erscheinende Korrespondenz, die als vorläufiger Ersatz für eine eigene Zeitung seit Juni 1865 an die Mitgliedskammern und ausgewählte Zeitungen verschickt wurde, zunächst mit handschriftlichen Beiträgen, seit Anfang 1866 in gedruckter Form. Über sie wurden offizielle Mitteilungen des Ausschusses verbreitet und den Kammern Gelegenheit zu eigenen Beiträgen gegeben. Die Korrespondenz war vor allem auf die innerverbandliche Kommunikation ausgerichtet; ihr Quellenwert für die vorliegende Arbeit ist gering.[44]

Von besonderer Bedeutung waren die regelmäßigen Kontakte zu den einzelstaatlichen Regierungen. Darin lag ein Spezifikum des Handelstags, das ihn von den übrigen behandelten Organisationen unterschied und einen Teil seiner besonderen Bedeutung im bürgerlichen Organisationsgeflecht ausmachte. Im Anschluß an den ersten Handelstag hatte der Ausschuß sämtliche 31 Staatsregierungen des Deutschen Bundes »um Schutz und Förderung der Vereinsbestrebungen« gebeten. Von den 15 erfolgten Rückantworten fiel nur eine einzige neagativ aus.[45] Es folgten weitere Rundschreiben an die 31 Regierungen wegen Einführung einheitlicher Maße und Gewichte, an die 25 Zollvereinsregierungen wegen der Dringlichkeit einer Zollvereinsreform, und regelmäßig im Anschluß an die Hauptversammlungen sogenannte Denkschriften über die Beschlüsse des Handelstags.[46] Gelegentlich kamen auch

---

42 Folgende Zeitungen nennt das Rundschreiben des Ausschusses vom 26.7.1861, RWWA, 1–14–1, Bl. 63: Allgemeine Preußische Zeitung, Bank- und Handelszeitung, Berliner Börsenzeitung, Haude und Spenersche Zeitung, National-Zeitung.

43 Man dachte dabei vor allem an das BrHbl., vgl. Emminghaus an Meier, 18.3.1865, STA Bremen, Nl. Meier, 48/9.

44 Vgl. das undatierte Schreiben »Deutsche Handelstag – Lithographierte Correspondenz – Ankündigung«, RWWA, 1–14–2, Bl. 39 f. Die Lith. Korrespondenz, Nrn. 1–8, 3.6.–20.11.1865, vollständig in RWWA, 20–14–1. Dort auch die Nrn. 1–5, 12.1.–15.8.1866, der gedruckten »Korrespondenz des Deutschen Handelstages, herausgegeben vom Central-Büro«.

45 Vgl. den Tätigkeitsbericht des Ausschusses, GSTA-M, Nl. Hansemann, 33, Bl. 150 ff.; Bremen, Baden, Preußen, Hannover, Hamburg, Österreich u. a. hatten positiv reagiert.

46 Vgl. z. B. die »Denkschrift über die vom zweiten Deutschen Handelstage zu München gefaßten Beschlüsse. Den hohen deutschen Regierungen überreicht vom bleibenden Ausschuß«, Berlin 1862; »Die Beschlüsse des Deutschen Handelstags über die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches und die Organisation von Handelsgerichten. Denkschrift den hohen deutschen Regierungen vorgelegt vom Bleibenden Ausschusse des deutschen Handelstages«, Berlin 1862; »Denkschrift des bleibenden Ausschusses des Deutschen Handelstages über die Nothwendigkeit der Vermehrung, bzw. Verbindung des Handelsver-

direkte Kontakte zu den Regierungen hinzu, meist im Umfeld der Generalversammlung, aber auch in der Form von Konferenzen mit den Handelsministern oder anderen Regierungsstellen, vor allem in Baden und Preußen. Überblickt man die Tätigkeit des Ausschusses im ganzen, muß man wie beim Volkswirtekongreß feststellen, daß ihr Umfang verglichen mit den allgemeinpolitischen Organisationen gering blieb.

---

kehrs-Straßen Deutschlands durch Anlage schiffbarer Kanäle«, alle GSTA-M, Nl. Hansemann, 34.

Der Deutsche Abgeordnetentag

1. Zur Entstehungsgeschichte

a) Pläne zu Abgeordnetenkongressen 1859 bis 1862

Wie beim Volkswirtekongreß, beim Nationalverein und beim Handelstag liegen auch die Ursprünge des Deutschen Abgeordnetentags weitgehend im Dunkeln und müssen mühselig aus weitgestreuten Quellen herausgearbeitet werden. Anders als Willy Real in seinem Aufsatz über die gemeinsamen Wurzeln von Reformverein und Abgeordnetentag meint, ist jedoch auch letzterer nicht »beinahe zufällig« aus der politischen Situation des Frühsommers 1862 entstanden.[1] Die Gründung des Deutschen Abgeordnetentags beruhte vielmehr auf einem genauen politischen Kalkül und knüpfte folgerichtig an die bisherige Entwicklung der nationalen Verfassungsbewegung an.

Die Idee zu größeren Versammlungen deutscher Volksvertreter war seit 1859 ständig im Gespräch gewesen und hatte die gesamte Frühphase des Nationalvereins begleitet. Ihre Verfechter entstammten im wesentlichen zwei Lagern, die beide dem Nationalverein zwiespältig gegenüberstanden, indem sie Form und Inhalt seiner politischen Tätigkeit teils unterstützten, teils aber auch heftig ablehnten. An erster Stelle sind Teile der preußischen und preußenfreundlichen Konstitutionellen zu nennen, denen die formalisierte Willensbildung im Nationalverein und seine Agitationsmethoden Unbehagen bereiteten, und die vor einer organisierten Zusammenarbeit mit den 1848er-Demokraten zurückschreckten. Sie hätten eine mehr kooperative Form der politischen Tätigkeit bevorzugt, die mittels der bestehenden Institutionen über informelle Kontakte zu den Regierungen eine nationale Reformpolitik der kleinen Schritte befördert und eine öffentliche Konfrontation vermieden hätte. Schon Karl Biedermann hatte daher bei seinen Bemühungen des Frühjahrs 1859, die preußische Regierung zu militärischen Schritten gegen Frankreich anzutreiben, zunächst mehr an eine nationsweite politische Honoratiorenversammlung, zusammengesetzt vor allem aus Parlamentsmitgliedern, als an eine feste Vereinsgründung gedacht, und Max Duncker hatte die Entwicklung in diesen Bahnen zu halten versucht.[2]

---

1 W. Real, Pfingstversammlung, 1970, S. 168. Hier wie in seiner Darstellung des Reformvereins, 1966, als deren Ergänzung der Aufsatz anzusehen ist, vertritt Real die unhaltbare These, daß ein Ausgleich zwischen der »kleindeutschen« Nationalbewegung und den Anhängern des späteren Reformvereins möglich gewesen sei. Gleichzeitig überschätzt Real – ähnlich wie Huber – die Stärke des in Wahrheit kaum vorhandenen liberalen Flügels im Reformverein.

2 Vgl. oben, S. 67 ff.

Die zweite Richtung speiste sich aus dem föderalistisch-großdeutschen Mißtrauen in Süddeutschland gegenüber dem preußenfreundlichen Programm des Nationalvereins. An seiner Stelle hätten die süddeutschen Demokraten und Konstitutionellen eine dezentrale Organisationsform vorgezogen. Auf der Frankfurter Gründungsversammlung des Nationalvereins hatten sich die wenigen anwesenden Württemberger gegen die zentralisierte Organisationsform ausgesprochen, in der sie die organisatorische Verkörperung preußischen Hegemoniestrebens erblickten. Ihre Wortführer, allen voran Hölder, plädierten dafür, den politischen Schwerpunkt zunächst in den Einzelstaaten zu belassen. Ihnen ging es darum, »eine einheitliche Aktion in den Einzelterritorien für die gemeinschaftlichen Zwecke herzustellen«.[3] In dieselbe Richtung zielten auch Äußerungen von Max Wirth und Oskar v. Wydenbrugk. Beide hatten als einen möglichen Schritt auf dem Weg zum verfassungsmäßigen Nationalstaat die Abhaltung periodischer Abgeordnetenkongresse vorgeschlagen, um so die Gleichförmigkeit der Gesetzgebung und der Bundesreformbemühungen in den Einzelstaaten zu erreichen.[4] Zwischen beiden Motivkreisen, dem altliberalen und dem föderalistischen, kam es in der Folgezeit zu zahlreichen Überschneidungen.

Im Frühjahr 1860 hatte Biedermann anläßlich der Savoyen-Krise den Plan einer Versammlung namhafter Persönlichkeiten, die sich nicht auf Nationalvereinsmitglieder beschränken sollte, erneut aufgegriffen. Daraus war die bekannte Heidelberger Versammlung vom 6. März 1860 hervorgegangen, an der sich erstmals auch badische und württembergische Parlamentarier aus dem konstitutionellen Lager beteiligt hatten. Anknüpfend an diesen Erfolg unternahm Heinrich v. Arnim im Sommer 1860 einen ernsthaften Versuch zur Organisierung einer gesamtnationalen Abgeordnetenversammlung, die am 29. September 1860 wiederum in Heidelberg stattfinden sollte. Damit wollten er und seine altliberalen Kollegen nicht nur den Brückenschlag zwischen Nord- und Süddeutschland vollführen, sondern auch der bevorstehenden ersten Generalversammlung des Nationalvereins zuvorkommen, von der sie eine programmatische Bezugnahme auf die Reichsverfassung von 1849 befürchteten. Dadurch wäre nach ihrer Auffassung das ohnehin schwierige Verhältnis zur preußischen Regierung über Gebühr belastet worden. Auch Max Duncker hatte deshalb versucht, den Nationalverein zum Verzicht auf eine Generalversammlung zu bewegen, und in seiner Denkschrift über den Verein vom 15. August 1860 unter Punkt 7 die ersatzweise Abhaltung von Abgeordnetenkongressen befürwortet.[5] Dem altliberalen Bremer Agenten des Nationalvereins Hermann Gröning schwebte bereits eine Institutionalisierung der Abgeordnetenversammlungen mit regelmäßigen Kongressen und der Einsetzung eines ständigen Vorstandes vor.[6]

---

3 Vgl. den ausführlichen Polizeibericht, GSTA-P, 9540, Bl. 89 ff.; P. Herrmann, 1932, S. 70 f.; K. Bachteler, 1934, S. 48 ff.; Hölder an Bennigsen, 30.9.1859, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 349 ff.

4 M. Wirth, Die deutsche Nationaleinheit, 1859, S. 480; Wydenbrugk an Fries, 5.8.1859, in: H. Goldner, 1909, S. 8 ff.

5 Abgedruckt bei W. Grube, Neue Ära, 1933, S. 169.

6 Gröning an Streit, 4.7.1860, BAP, Akten NV, 12, Bl. 280 ff.

Anfang Juni 1860 begab sich Arnim auf Rundreise, um Unterstützung für seine Pläne zu gewinnen.[7] Die nahezu einhellige Ablehnung seiner Initiative zeigte allerdings deutlich, daß die politischen Rahmenbedingungen einer Verwirklichung seines Vorhabens entgegenstanden. Erfolg war seiner Mission nur in Heidelberg beschieden. Dort unterzeichneten Robert v. Mohl, Häusser und Arnim selbst einen »Aufruf« zu der geplanten Abgeordnetenversammlung, den sie mit der Bitte um Beitritt auch an Bennigsen versandten.[8] Dagegen verliefen die Unterredungen mit den Württembergern Duvernoy, Römer, Murschel und Rödinger ebenso ergebnislos wie die Gespräche mit Lerchenfeld, dessen Einwilligung die Voraussetzung für die Teilnahme bayerischer Abgeordneter war.[9] In Württemberg und Bayern lehnte man die Teilnahme ab, weil man mißtrauisch gegenüber den »gothaischen« Betreibern der Versammlung blieb. Für die süddeutschen Demokraten spielte eine zusätzliche Rolle, daß die Zusammensetzung der Versammlung ausgesprochen altliberale, teils sogar konservative Züge aufweisen sollte, da Arnim auch die Mitglieder der ersten Kammern hinzuziehen wollte.[10]

Auch in den Reihen des Nationalvereins, besonders des linken Flügels, regte sich Widerspruch. Dort befürchtete man die Konkurrenz einer neuen altliberal dominierten Honoratiorenorganisation. Geschäftsführer Streit argwöhnte, daß dieses »sehr gefährliche Projekt« die »in Ruhestandversetzung des Nationalvereins und seines Vorstandes durch die bisherigen Kammerschwätzer« bedeutete.[11] Mit Reyscher riet ein weiteres Vorstandsmitglied von der Unterstützung der schlecht vorbereiteten Initiative ab.[12] Als auch von Seiten der preußischen Regierung warnende Signale ertönten, gab Arnim auf.[13]

Trotz dieses Fiaskos wurde der Plan von Abgeordnetentreffen verschiedener Staaten auch im folgenden Jahr nicht aufgegeben. Die Bemühungen konzentrierten sich jedoch vorläufig auf das Zusammentreffen von Parlamentariern benachbarter Staaten und zielten nicht wie bisher auf öffentliche Demonstration sondern auf interne Verständigung.[14] Vertrauliche Besprechungen lassen sich wenigstens zwischen bayerischen, württembergischen, badischen und nassauischen Abgeordneten in Mannheim[15], zwischen han-

---

7 Vgl. zum Folgenden den Briefwechsel zwischen Bennigsen, Rochau, Reyscher und Arnim bei H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 415 ff.; DERS. (Hrsg.), Bennigsen Briefe, Dt. Revue XXX, II (1905), S. 297 ff.

8 Vgl. Rochau an Bennigsen, 9.6. 1860, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 415 f.

9 Arnim an Rochau, 14.6. 1860, ebd., S. 418 f.

10 Vgl. ebd., S. 566; Reyscher an Bennigsen, 15.6. 1860, ebd., S. 417 f.

11 Randbemerkung Streits zu dem Brief Gröning an Streit, 4.7. 1860, BAP, Akten NV, 12, Bl. 280 ff.

12 Reyscher an Bennigsen, 15.6. 1860, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 417 f.

13 Arnim an Bennigsen, 28.6. 1860, ebd., S. 422 ff. Durch Arnims Aktivitäten fühlte sich der Prinzregent »des schmählichen Anfangs von 1848« erinnert und schrieb an Ernst II., daß er gegen diese Aufforderung zu einer »Art Vorparlament« sicher eingeschritten wäre, hätte sie Folgen gehabt; vgl. W. GRUBE, Neue Ära, 1933, S. 80; ERNST II., Bd. 3, 1889, S. 60 ff.

14 Vgl. den von Lammers stammenden programmatischen Artikel »Zusammenkünfte von Volksvertretern«, Zeit, Nr. 28, 24.5. 1861.

15 Vgl. Brater an Hölder und Reyscher, 27.4. 1861, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 201; ferner Reyscher an Bennigsen, 5.6. 1861, in: H. ONCKEN (Hrsg.), Bennigsen Briefe, Dt. Revue XXXI

noverschen und braunschweigischen Abgeordneten in Hannover[16] und zwischen Abgeordneten verschiedener thüringischer Staaten in Gotha und Weimar[17] belegen. Ein erneuter und diesmal erfolgreicher Versuch zur Durchführung eines nationalen Abgeordnetentags wurde jedoch erst seit dem Frühsommer 1862 unter gänzlich veränderten politischen Rahmenbedingungen unternommen.

Die neue Konstellation war durch zwei Umstände gekennzeichnet. Zum einen erzwang der Ausbruch des Verfassungskonflikts in Preußen eine Vertagung der Nationalvereinsagitation für die preußische Spitze auf unbestimmte Zeit. Die veränderte Strategie der bürgerlichen Verfassungsbewegung zielte deshalb bis zur Lösung der preußischen Krise darauf ab, durch die Erringung fortschrittsliberaler Mehrheiten in den Länderkammern den Reformdruck in den Einzelstaaten und am Bundestag zu verstärken und zu vereinheitlichen. Nach den Wahlerfolgen der Fortschrittspartei in Preußen waren aus der Sicht des Nationalvereins die Voraussetzungen gegeben, durch das Mittel regelmäßiger Abgeordnetenkongresse die Herausbildung einer »kombinierten Fortschrittspartei«[18] zu betreiben, zumal sich durch die Abgeordnetentage vermutlich auch diejenigen altliberalen Kreise einbeziehen lassen würden, die – wie das preußische »Linke Zentrum« – den Beitritt zu Nationalverein und Fortschrittspartei ablehnten.

Hinzu kam zweitens, daß sich seit Ende des Jahres 1861 auch die Auseinandersetzung um das Verhältnis des angestrebten Bundesstaats zu Österreich zuspitzte. Angesichts der wachsenden Unpopularität Preußens in Deutschland schienen die Chancen für die Realisierung großdeutsch-dualistischer oder trialistischer Bundesreformprojekte, wie sie jetzt in zahlreichen Varianten von den Regierungen der Mittelstaaten und Österreichs entwickelt wurden, zu wachsen.[19] Gefahr ging für den Nationalverein vor allem von der beginnenden aktiven Bundesreformpolitik Österreichs aus. Die innenpolitischen Voraussetzungen einer solchen Politik schuf der erfolgreiche Versuch der kaiserlichen Bürokratie, einen Kompromiß mit dem liberal-konservativen deutschösterreichischen Bürgertum auf der Basis einer konstitutionellen zentralistischen Staatsverfassung zu finden, die die deutschösterreichische Hegemonie im habsburgischen Gesamtreich festschrieb. Diese Politik war vor allem mit dem Namen des Innenministers Schmerling verbunden. Ihren verfassungsrechtlichen Ausdruck fand sie in dem sogenannten Februarpatent

---

(1906/1), S. 93 f.; Bennigsen an Ernst II., 17. 5. 1861, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 513 f.; Brater an Hölder, 11. 3. 1862, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 224. Roggenbach zeigte sich sehr interessiert an diesen Treffen, vgl. Baumgarten an Bluntschli, 26. 12. 1861, UB Zürich, Nl. Bluntschli.

16 Vgl. C. GOTTHARDT, 1992, S. 88.

17 Und zwar im April und November 1861, vgl. M. WYRWOL, 1952, S. 91 f.; WSchNV, Nr. 53, 3. 5. 1861.

18 So die Formulierung Reyschers in einem Brief an Bennigsen, 29. 6. 1862, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 567 ff. Im Vorjahr noch hatte Rochau darauf hingewiesen, daß die »nationale Partei« für nationale Abgordnetenkongresse nicht einmal in Preußen hinreichend stark im Parlament vertreten sei, WSchNV, Nr. 53, 3. 5. 1861.

19 Vgl. zu den zahlreichen Reformplänen W. REAL, Bundesreformbestrebungen, 1963; DERS., Österreich und Preußen, 1966; E. R. HUBER, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 399 ff.

vom 26. Februar 1861. Das Kernstück der Verfassung bildete der neu eingerichtete Reichsrat, ein aus zwei Kammern bestehendes Parlament. Quotierung und Wahlrecht waren so ausgerichtet, daß eine deutschösterreichisch-zentralistische Mehrheit im Reichsrat gesichert blieb. Obwohl der Reichsrat nur mit äußerst schwachen parlamentarischen Kontrollrechten ausgestattet war, kam er den Interessen des aufstrebenden Bürgertums entgegen, da er ein klares Übergewicht gegenüber den konservativ dominierten Landtagen besaß. Gestützt wurde die Verfassungspolitik durch eine Wirtschaftspolitik, die das kapitalistische Wirtschaftsbürgertum zum eindeutigen Nutznießer des Einheitsstaats machte. Der österreichischen Regierung gelang es auf diese Weise, den bei weitem überwiegenden Teil des liberalen deutschen Bürgertums an sich zu binden, das sich im Reichsrat in der sogenannten »Verfassungspartei« formierte.[20] Auf dieser Grundlage begann die österreichische Regierung ihre Bundesreformpolitik, die – unter Einbeziehung des gesamten Habsburgerstaats – auf die Verbesserung und Ergänzung der bestehenden Bundesorganisation zielte, ohne jedoch deren staatenbündischen Charakter ernsthaft antasten zu wollen. Seit September 1861 unternahm in ihrem Auftrag der Politiker und Publizist Julius Fröbel seine erste Werbereise durch den Süden Deutschlands, um die Unterstützung von Parlamentariern und Journalisten zu gewinnen.[21]

Der Nationalverein geriet in dieser Situation nationalpolitisch zunehmend in die Defensive und lief Gefahr, seine mühevoll geschaffene Basis in Süddeutschland zu verlieren. Unter Berücksichtigung der Schilderungen, die Miquel und Pfeiffer über ihre im Auftrag des Vereins unternommenen Reisen nach Österreich und Württemberg und die dort vorherrschenden Stimmungen ablieferten, entschied der Ausschuß, auf der im August 1861 bevorstehenden Generalversammlung auf eine inhaltliche Weiterentwicklung des nationalpolitischen Programms zu verzichten. Alle Anträge zur deutschen Verfassungsfrage sollten während der Generalversammlung von den Ausschußmitgliedern bekämpft werden.[22]

Bennigsen, Brater und Reyscher schätzten die Situation so kritisch ein, daß sie bereits Überlegungen anstellten, in der Bundesreformfrage Zwischenlösungen als »Abschlagszahlung« zu akzeptieren, bis sich die innenpolitische Lage in Preußen verbesserte, zumal »eine ausreichende Einmütigkeit« über die vom Verein aufgestellten Ziele »in der Nation noch lange

---

20 Vgl. G. Franz, 1955, S. 221 ff.; H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 176 ff.; E. Somogyi, 1983, S. 9 ff.; E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 378 ff.; H.-H. Brandt, 1988. Wenig ergiebig P. Molisch, Deutschnationale Bewegung, 1926, S. 57 ff.

21 Vgl. E. Zimmermann, 1929, S. 9 ff.; W. Real, Reformverein, 1966, S. 27 ff.; J. Fröbel, Lebenslauf, Bd. 2, 1891, S. 125 ff. Fröbel versuchte merkwürdigerweise auch Bennigsen, den er in Hannover traf, für die österreichischen Reformpläne zu gewinnen. Bennigsen verhielt sich natürlich abweisend und erläuterte das Nationalvereinsprogramm eines Bundesstaates mit einheitlicher Führung und direkt gewähltem Parlament, das über einen reformierten Bund weit hinausginge; Bennigsen an Reyscher, 3.11.1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 544 f.

22 A-Prot.NV, 22.8.1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Tatsächlich gelang es dem Ausschuß, Beschlüsse über das Verhältnis zu Deutschösterreich und zur Februarverfassung zu verhindern, Verhandlungen NV II (1861), S. 11 ff.

nicht vorhanden« war.[23] Das Fehlen eines klaren nationalpolitischen Programms belastete den Verein immer mehr. So konnte der Ausschuß den Reformplänen der Würzburger Koalition Österreichs und der Mittelstaaten vom 2. Februar 1862, die ein Bundesdirektorium und eine Delegiertenversammlung vorsahen, keine positive Alternative entgegensetzen. Er mußte sich stattdessen damit begnügen, in einer Ansprache an die Mitglieder die Würzburger Pläne zurückzuweisen: sie seien völlig ungeeignet, das Verlangen des deutschen Volkes nach bundesstaatlicher Einigung zu befriedigen.[24] Als im Sommer 1862 Nebelthau nach seiner Inspektionsreise durch Bayern und Schwaben eine »nicht bloß preußenfeindliche, sondern *österreichische* Stimmung« aufkommen sah, und Völk und Hölder erklärten, sie seien angesichts dessen in ihrem politischen Wirken für den Nationalverein auf »längere Zeit lahmgelegt«, wähnte Bennigsen den Nationalverein bereits »in der selben Lage wie 1859/60« und befürchtete, daß er sich »zu einem Nord-Mitteldeutschen Verein« zurückentwickeln würde.[25] In dieser Situation wuchs die Bereitschaft der Nationalvereinsführung, ihr Mißtrauen gegenüber potentiellen Konkurrenten zurückzustellen und die süddeutschen Parlamentarier über benachbarte Organisationen wie einen föderalistisch strukturierten Abgeordnetentag weiterhin an die nationale Verfassungsbewegung zu binden.

Wenn in den Jahren 1861 bis 1863 das durch die Reichsverfassung von 1849 bereits gelöst geglaubte »großdeutsche« Problem, das Problem des Verhältnisses von Deutschland zu Österreich, die nationale Verfassungsbewegung erneut in Beschlag nahm, läßt sich daraus jedoch nicht folgern, daß der Nationalverein im süddeutschen Bürgertum eine großdeutsche Bundesreformbewegung oder gar eine Bewegung für eine österreichische Spitze zu bekämpfen gehabt hätte.[26] Das liberale und demokratische Bürgertum erstrebte vielmehr auch in Süddeutschland in seiner ganz überwiegenden Mehrheit einen echten nationalen Bundesstaat und wollte sich mit keinem noch so tiefgreifend reformierten Staatenbund begnügen. Das »großdeutsche« Problem bestand für den Nationalverein – abgesehen von den föderalistischen Vorbehalten vor allem gegen ein reaktionäres Preußen – wesentlich in einer politisch folgenschweren begrifflich-programmatischen Unklarheit.

Hinter dem vielgebrauchten Schlagwort der »großdeutschen« Lösung der deutschen Frage verbargen sich zwei grundsätzlich verschiedene Organisationsmodelle. Darunter ließ sich sowohl die Teilnahme der deutschösterreichischen Territorien an einem deutschen Bundesstaat verstehen, wie gleichzeitig auch die Einbeziehung des gesamten Habsburgerreichs in einen verbesserten Staatenbund.[27] Aus der Sicht der nationalen Verfassungsbewe-

---

23 Bennigsen an Reyscher, 3.11.1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 544 f.

24 A-Prot.NV, 3.3.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Die Vorschläge wurden der preußischen Regierung durch identische Noten der Würzburger Staaten übermittelt; Text bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, ^{3}1986, Nr. 97.

25 Bennigsen an Streit, 28.8.1862, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 583.

26 Vgl. zum gesamten Problem S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 20 ff.

27 Zur Entstehung der Begriffe während der großen Paulskirchendebatten Ende 1848 vgl.

gung bestand die politische Aufgabe nun darin, eine inhaltliche Klärung herbeizuführen, eine institutionelle Scheidung der Anhänger der einander ausschließenden Modelle zu bewirken und auf diese Weise das im *bundesstaatlichen* Sinne »großdeutsche« liberale und demokratische Bürgertum über den Abgeordnetentag an sich zu binden.

Dem Nationalverein kam dabei zugute, daß die kulturelle und ökonomische Desintegration Deutschlands und Österreichs im wesentlichen bereits vollzogen war, als Schmerling seine Bundesreformpolitik begann, daß also die staatsrechtliche Trennung von 1866 gesellschaftlich längst vorbereitet war. Dies hat Katzenstein mit seiner am kommunikationssoziologischen Modell Deutschs orientierten Studie durch die Untersuchung der Vernetzung von Kommunikations-, Verkehrs- und Wirtschaftsstrukturen sowie der Rekrutierung von Verwaltungseliten überzeugend nachgewiesen.[28] Seine Ergebnisse wurden durch Best ergänzt und bestätigt, der anhand der Untersuchung der Austauschbeziehungen und Wanderungsbewegungen der Paulskirchenabgeordneten festgestellt hat, daß auch auf der Ebene der parlamentarischen Führungsgruppen die Österreicher am innerdeutschen Elitenaustausch praktisch nicht teilnahmen. Die Österreicher blieben »weitgehend ausgeschlossen aus jenen sozialen Netzwerken, die sich innerhalb des werdenden kleindeutschen Nationalstaats verdichteten«.[29] Überprüft man diese Ergebnisse anhand der deutschösterreichischen Parteibildungen und anhand ihrer Mitwirkung an den Organisationen der deutschen Nationalbewegung der 1860er Jahre, verfestigt sich das Bild. Von den drei unterscheidbaren Richtungen innerhalb der deutschösterreichischen »Verfassungspartei« vertraten die beiden größten, die sogenannten »Großösterreicher« und die »Unionisten«, einen ausgesprochenen österreichischen Reichspatriotismus, und unterschieden sich nur in den Ansichten über die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus des konstitutionellen Systems. Lediglich die kleine

---

H. Möller, 1937; zu den parlamentarischen Auseinandersetzungen ausführlich G. Hildebrandt, 1989, S. 175 ff.

28 P. J. Katzenstein, 1976.

29 H. Best, Elitenstruktur, 1985, Zitat S. 617. Vgl. die Turnvereine betreffend D. Langewiesche, Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle, 1990, S. 41 f.; ders., Reich, Nation und Staat, 1992, S. 366 ff.; zusammenfassend ders., Deutschland und Österreich, 1991 (anders D. Düding, Deutsche Nationalbewegung, 1991, S. 622, der behauptet, in den 1860er Jahren seien die österreichischen Turn-, Schützen- und Sängervereine integrierter Bestandteil der nationalen Bewegung gewesen); ferner die interessanten Ausführungen über die kleindeutsche Sozialisation der »Zöglinge der liberalen Schule« bei A. Trabert, 1912, S. 270, der sich seit 1864 vom NV-Mitglied zum Großdeutschen wandelte: »Wir hatten unsere Geschichtsstudien in Büchern gemacht, die samt und sonders nur zur Verherrlichung Preußens geschrieben waren. Drücken wir das noch deutlicher aus: Zur Brandmarkung des sogenannten großen Sündenbocks Österreichs. Wir standen unter dem Einflusse der deutschen Literatur, in welcher dieselbe Anschauung dominierte. Einer Literatur, in welcher jeder, der einen anderen Ton anschlug, verspottet oder totgeschwiegen wurde. Wenn ich das alles bedenke, so weiß ich kaum noch, wie es hätte möglich sein sollen, daß irgendwer, dem nicht sein lebendiges christliches Glaubensbekenntnis und die Traditionen seiner Familie nicht von vornherein, und mit zwingender Notwendigkeit eine andere Richtung gaben, oder den nicht die Gunst besonderer Umstände in dieser Richtung festhielt, politisch tätig werden konnte, ohne in den antichristlichen Strom von damals hineinzugeraten. Ich wundere mich vielmehr, daß ich mich später diesem Strom doch wieder entrissen habe«.

Gruppe der »Autonomisten«, die unter Anknüpfung an Autonomiebestrebungen des Jahres 1848 innerhalb des verfassungsrechtlichen Rahmens die dualistische Autonomie wenigstens der deutschen und der ungarischen Reichsteile gewahrt wissen wollte, blieb in den folgenden Jahren an der Entwicklung der nationalen Verfassungsbewegung im außerösterreichischen Deutschland interessiert und unterhielt lose Kontakte, ohne jedoch an den Organisationen selbst mitzuwirken.[30] Weder Volkswirtekongreß noch Nationalverein, auch nicht der Ende 1862 entstehende großdeutsche Reformverein verfügten über eine nennenswerte österreichische Mitgliedschaft.

b) Die Frankfurter Pfingstversammlung

Die erneute Initiative zur Vorbereitung einer nationalen Abgeordnetenversammlung ging von führenden Nationalvereinsmitgliedern in Frankfurt und Bayern aus, ausgesprochenen Hochburgen der großdeutschen Sympathien. Hinzu kamen mit Baumgarten, Häusser und Bluntschli die führenden kleindeutschen Liberalen Badens. Der Zusammenhang mit der badischen Regierungspolitik gestaltete sich ähnlich eng wie bereits bei der Gründung des Deutschen Handelstages beobachtet. Da in der badischen Öffentlichkeit das Verhältnis des künftigen deutschen Bundesstaats zu Österreich umstritten war, hatten die Regierung und die liberale Kammerfraktion es bislang vermieden, ein präzises außenpolitisches Programm zu formulieren. Aus denselben Gründen hatten beide Distanz zum Nationalverein gehalten und schon 1860 Arnims Plan eines scheinbar weniger auf die kleindeutsche Lösung festgelegten Abgeordnetentags unterstützt. Wenn jetzt nach dem Ausbruch des Verfassungskonflikts in Preußen vollends der Zusammenbruch der kleindeutschen Position in Baden drohte, gewann das Projekt der Abgeordnetentage neue Dringlichkeit.[31]

Die ersten Vorbereitungsgespräche zu einer nationalen Abgeordnetenversammlung fanden gegen Ende Februar 1862 unter Beteiligung Bennigsens statt. Bereits in der Berliner Ausschußsitzung des Nationalvereins vom 3. März 1862 konnte er mitteilen, daß je nach der politischen Entwicklung der nächsten Monate »die Abhaltung eines deutschen Abgeordnetentags, zusammengesetzt aus den der nationalen Richtung, wenn auch nicht dem Nationalverein, angehörigen Mitgliedern sämtlicher deutscher Ständevertretungen in Aussicht genommen« sei.[32] Die Entscheidung fiel Ende April bei einer Besprechung im Hause der Familie Buhl in Deidesheim, an der wenigstens Franz-Peter Buhl, Brater, Bluntschli, Lammers, G. Varrentrapp und Lang teilnahmen. Hier einigte man sich darauf, eine Versammlung der Ausschußmitglieder der »Süddeutschen Zeitung« und der »Zeit« zum Anlaß für die Vorbereitung einer nationalen Abgeordnetenversammlung zu nehmen. Dabei griff man auf die im Zusammenhang mit der Gründung des Volkswirtekongresses und des Nationalvereins bereits bewährte Methode zurück, vorder-

---

30 Vgl. vor allem G. Franz, 1955, S. 221 ff.; ferner E. Bruckmüller, 1990.

31 Vgl. L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 150 ff., 216 ff. Gall geht auf die Abgeordnetentage allerdings nicht ein.

32 A-Prot.NV, 3.3.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

gründig unpolitische Versammlungen zum Anlaß politischer Besprechungen zu nutzen. Für solche Zwecke erschien die Zusammenkunft der Zeitungsausschüsse deshalb so geeignet, weil ihre Mitgliedschaft allein schon »eine nicht sehr lückenhafte Vertretung der verschiedenen Kammern« garantierte, zu der lediglich einige weitere geeignete Personen hinzugeladen werden mußten.[33]

Beide Zeitungen konnten als typische Produkte der preußischen Neuen Ära gelten. Gegründet, um ein publizistisches Gegengewicht zu der österreichfreundlichen Presse Süddeutschlands, insbesondere zur Augsburger Allgemeinen zu bilden, besaßen sie ein überdurchschnittliches Niveau und konnten sich überwiegend auf Originalbeiträge stützen. Wie die berühmte Heidelberger »Deutsche Zeitung« waren sie als überregionale Blätter konzipiert und zielten der Tendenz nach auf ein nationales Publikum. Die »Süddeutsche Zeitung« war bereits im Oktober 1859 aus der Bayerischen Wochenschrift entstanden. Ihre Gründung ging auf Pläne von Brater, Baumgarten und Bluntschli zurück, die sich in München näher kennengelernt hatten. Als Chefredakteur des Blattes fungierte Karl Brater, der allerdings wegen seiner vielfältigen Verpflichtungen häufig vom Feuilletonleiter Adolf Wilbrandt vertreten wurde.[34] Finanziert wurde das von Brater redigierte Blatt anfangs aus Mitteln des »Literarischen Büros« Max Dunckers. Die Zahlungen wurden aus Gründen der Geheimhaltung über die Gothaer Kreditbank abgewickelt, wobei Karl Mathy als Mittelsmann fungierte. Um die Finanzierung breiter zu streuen und sich von den preußischen Geldern unabhängiger zu machen, betrieb man seit dem Frühjahr 1861 die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft.[35]

Die »Zeit« erschien seit April 1861 in Frankfurt. Hauptbetreiber der Zeitungsgründung war der Konstitutionelle Georg Varrentrapp gewesen. Das Blatt sollte durch einen betont gemäßigt-liberalen Kurs insbesondere die altliberale Leserschaft ansprechen, wie schon die im Zeitungskopf genannten Herausgeber Ludwig Häusser, Robert von Mohl, Gabriel Riesser, David Strauß und Eduard Zeller signalisierten. Man blieb daher auf freundlicher Distanz zum Nationalverein und kommentierte auch die Bildung der preußischen Fortschrittspartei mit Bedauern als Beitrag zur Spaltung der großen liberalen »Partei«.[36] Als leitenden Redakteur hatte man der Weser-Zeitung August Lammers, der anstelle des ursprünglich vorgesehenen Biedermanns

---

33 Zum Deidesheimer Gespräch vgl. J. K. Bluntschli, Denkwürdigkeiten, Bd. 3, 1884, S. 37; A. Sapper, 1908, S. 132 f.; H. Baumgarten, Die deutsche Presse, 1862 (dort auch das Zitat). Ein ausführlicher Bericht aus großdeutscher Sicht auch bei Wallerstein an Cotta, 17.6. 1862, in: H. Schiller (Hrsg.), Bd. 3, 1934, S. 293 ff. Dem provisorischen Ausschuß der SZ gehörten im September 1861 Baumgarten, M. Barth, Brater, Buhl, Häusser, Hölder, Reyscher und Völk, dem fusionierten Ausschuß von Zeit und SZ gehörten zusätzlich zu den Genannten Bennigsen, Bluntschli, Briegleb, Cetto, Freytag, Grabow, Grandow, Hirzel, Hoverbeck, Klauhold, Lang, Nebelthau, Oetker, Pfeiffer (Bremen), G. Reimer, Schlemmer, Streit, Souchay, Sybel, A. Varrentrapp und Vollhard an; Brater an Hölder, WLB, Nl. Hölder, III, Bl. 144 f.; SZ, Nr. 13, 7.7. 1862.

34 A. Wilbrandt, Erinnerungen, 1907, S. 108 ff.

35 Zur Entstehung der SZ mit Quellendokumentation vgl. J. Schulze, 1922; K. Raumer, Zeitungsgründung, 1925.

36 Z. B. Zeit, Nr. 54, 6.6. 1861; Nr. 213, 10.12. 1861.

die Stelle übernahm, abgeworben. Sein engster politischer Mitarbeiter wurde Wilhelm Jungermann aus Kassel. Finanziert wurde das auf einer Aktiengesellschaft basierende Blatt durch Frankfurter Unternehmerkreise und mit preußischen und badischen Regierungsgeldern.[37]

Als Max Duncker im Sommer 1861 aus dem »Literarischen Büro« ausschied, setzten die preußischen Zahlungen aus; gleichzeitig zogen sich einige der privaten Finanziers zurück. Da die verkauften Auflagen nicht kostendeckend waren, kamen beide Zeitungen in finanzielle Schwierigkeiten.[38] In dieser Situation war der Gedanke einer Fusion der beiden verwandten Blätter aufgekommen. Als künftigen Erscheinungsort beabsichtigte man Frankfurt zu wählen, weil man dort näher am politischen Geschehen war. Brater und Lammers sollten gemeinsam als Herausgeber zeichnen, die Aufgabe des verantwortlichen Redakteurs sollte Lammers anstelle des überlasteten Braters übernehmen.[39] Nach der gelungenen Fusion entwickelte sich die Süddeutsche Zeitung zu dem wichtigsten überregionalen Blatt des liberalen Flügels der Fortschrittspolitik, das bis zu seiner Einstellung Mitte 1864 wie kein anderes versuchte, zur programmatischen Einigung des *deutschen* Liberalismus beizutragen. Als gewissermaßen inoffizielles Organ des Deutschen Abgeordnetentags berichtete die Süddeutsche Zeitung in großer Ausführlichkeit über das parlamentarische Leben und die seit 1861 in allen wichtigen Bundesstaaten entstehenden Fortschrittsparteien.[40]

Als am 27. April und 1. Mai die Einladungsschreiben für die gemeinsame Versammlung der Ausschußmitglieder beider Blätter und der parlamentarischen Führer ergingen, konnte Brater als bereits gesicherte Teilnehmer außer Buhl und Bluntschli auch Häusser, Metz, Bennigsen und Nebelthau nennen, die, so läßt sich daraus entnehmen, vollständig in das Vorgehen eingeweiht waren. Das gilt auch für Unruh, Lammers und Baumgarten, die weitere Einladungsschreiben verschicken sollten.[41] Nach anfänglichen Schwierigkei-

---

37 A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 85 f., 101 f.; K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1887, S. 192 ff.; vgl. ferner die Briefe Biedermanns an M. Duncker und Lammers, in: M. Dunker, 1923, S. 211 f., 244, 253, 256.; zur Bedeutung der »Zeit« für die Politik Roggenbachs vgl. Roggenbach an Jolly, 22. 3. 1861, und Jolly an Roggenbach, 28. 3. 1861, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Roggenbach und Jolly, Bd. NF 48, 1935, S. 192 ff.

38 So betrug die Auflage der SZ im Juli *1860* gut 1 000, im Mai *1861* 1 250, Mitte *1864* knapp 2 000. Die Kostendeckung wäre bei 3 200 verkauften Exemplaren erreicht worden; vgl. Brater an Buhl, 5. 7. 1860, BAF, Nl. Buhl; das Rundschreiben an die Ausschußmitglieder vom Mai 1861, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 233; SZ, Nr. 301, 17. 6. 1864.

39 Bluntschli an die Ausschußmitglieder der SZ, 27. 4. 1862, StadtB München, Briefe NV.

40 Zur Zeitungsfusion vgl. H. Baumgarten, Die deutsche Presse, 1862, zum Teil abgedruckt in: Grenzboten 21 (1862, III), S. 23 ff.; ferner Sybel an Baumgarten, 25. 3. 1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 86 f. Im dritten Quartal 1862 besaß die SZ knapp 1 900 Abonnenten, daß waren knapp 100 mehr, als zuvor beide Blätter gemeinsam besessen hatten (Lammers an Freytag, 18. 9. 1862, Stabi Berlin, Nl. Freytag). Bereits Ende 1863 drohte der SZ auf dem Höhepunkt der Schleswig-Holstein-Krise erneut das Aus. Um das Weitererscheinen im ersten Halbjahr 1864 sicherzustellen, fehlten 14 000 fl. (Brater an Freytag, 18. 12. 1863, Stabi Berlin, Nl. Freytag; Rundschreiben G. Varrentrapp, 9. 12. 1863, BAP, Nl. Bennigsen, 291, Bl. 35). Die Gelder wurden vom NV und aus Privatmitteln zusammengebracht. Bennigsen selbst erwarb drei Anteilsscheine zu je 60 T. (A. Varrentrapp an Bennigsen, 24. 12. 1863, BAP, Nl. Bennigsen, 365, Bl. 1.).

41 Unruh, der beauftragt gewesen war, die Einladungen für Preußen vorzunehmen, hatte als

ten legte man den 8. Juni 1862 als endgültigen Termin fest.[42] Am 31. Mai 1862 informierte Streit auch die Vorstandsmitglieder des Nationalvereins Fries, Metz und Reyscher offiziell über den Wunsch Bennigsens, daß man an einer Zusammenkunft zwecks Verschmelzung der Zeit und der Süddeutschen Zeitung teilnehmen solle, die man mit einer Vorstandssitzung verbinden werde.[43] Die »Zeit« stimmte mit einem ausführlichen Leitartikel die interessierte Öffentlichkeit auf die bevorstehende Abgeordnetenversammlung ein.[44]

An der sogenannten Frankfurter Pfingstversammlung im Hause Albert Varrentrapps nahmen 37 Personen teil, darunter jedoch aus Preußen mit Cetto, Unruh und Hoverbeck nur drei Fortschrittsabgeordnete.[45] Die preußische Zurückhaltung ist nur teilweise mit der bis in den Nachmittag des Vortages andauernden Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses zu erklären[46], sie ist vielmehr auch politisch als Protest gegen die Verwässerung der preußischen Spitze zu verstehen und prägte das Verhältnis der preußischen Abgeordneten zu den Abgeordnetentagen während der gesamten Zeit ihres Bestehens. Die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer stammte aus dem Südwesten Deutschlands. Mindestens 21 der Teilnehmer gehörten dem Nationalverein an, 11 sogar dem Ausschuß. Unter dem Vorsitz Bluntschlis und

---

FSP-Politiker offensichtlich die altliberalen Fraktionen Rönne und Schubert (Vincke) übergangen und sie weder zur Pfingstversammlung eingeladen noch ihnen die Mitwirkung im Ausschuß angeboten. Auf Drängen Baumgartens holte Bluntschli dies nach, Baumgarten an Sybel, 12.5.1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 90 f.

42 Bluntschli an die Ausschußmitglieder der SZ, 27.4.1862, StadtB München, Briefe NV (vgl. den zustimmenden Brief von Mathy, Hirzel, Freytag u. a. an Bluntschli, 30.4.1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; Mathy sagte seine Teilnahme wegen angeblicher geschäftlicher Verpflichtungen ab, den eigentlichen Grund deutete er aber selbst an: »Die Versammlung wird als eine Art Vorparlament angesehen werden, um so mehr, wenn sie einen Ausschuß hinterlassen wird, der nicht gerade aus fünfzig Mitgliedern zu bestehen braucht«, Mathy an Baumgarten, 8.6.1862, BAP, Nl. Baumgarten, 17, Bl. 20 f.); Brater an Hölder, Deidesheim, 1.5.1862, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 260; Brater an Bluntschli, 8.5.1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; Lammers an Streit, 26.4.1862, StadtB München, Briefe NV.

43 BAP, Akten NV, 26, Bl. 107.

44 »Deputierten – Kongresse«, Zeit, Nr. 361, 7.6.1862: »Gleichzeitig an verschiedenen Orten, scheint es, regt sich denn auch wieder ein Projekt, das im Sommer 1859 der Idee des Nationalvereins Konkurrenz machte, und seitdem in den Unterhandlungen nachdenkender Vaterlandsfreunde nie ganz wieder verschwunden ist – das Projekt eines gesamtdeutschen parlamentarischen Kongresses. Dieser Gedanke, wenn jetzt ausgeführt, kann jetzt freilich nicht mehr sogleich jene Wirkung haben, die seine Gönner sich in jenem heißen Kriegssommer von ihm mit Recht versprachen, die Wirkung nämlich, alle partikularistischen Kammerparteien mit der großen nationalen auf dem selben Kampfplatze zu vereinen.«

45 Vgl. zur Pfingstversammlung H. Baumgarten, Protokoll, 1862, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 242; ausführlich auch Zeit, Nr. 364, 12.6.1862; SZ, Nr. 302, 15.6.1862, Nr. 306, 17.6.1862; WSchNV, Nr. 111, 13.6.1862. Laut der dem gedruckten Ergebnisprotokoll beigefügten Teilnehmerliste waren anwesend: Ammermüller, K. Barth, Baumgarten, Bennigsen, Bluntschli, Brater, Briegleb, Buhl, Cetto, Freytag, Fries, Häusser, Hölder, Hoverbeck, Jolly, Jungermann, Ladenburg, Lang, Lammers, Mays, Metz, Moll, S. Müller, Pfeiffer (Bremen), Probst, Schlemmer, Schott, L. Seeger, Souchay, Stein, Streit, Unruh, A. u. G. Varrentrapp, Vollhard, Völk, M. Wiggers. Vgl. ferner den brieflichen Bericht Baumgartens an Sybel, 13.6.1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 98 ff.

46 Sybel hatte sein Fernbleiben so begründet und war dafür von Baumgarten heftig kritisiert worden; vgl. Sybel an Baumgarten, 11.6.1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), ebd., S. 95 ff.; ähnlich Sybel an Bluntschli, 15.6.1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli.

des Rechtsanwalts Karl Barth brachte man die gut vorbereitete Zeitungsfusion schnell zustande, so daß das fusionierte Blatt seit dem 1. Juli 1862 in Frankfurt erscheinen konnte.

Das eigentliche Thema der Pfingstversammlung war die Vorbereitung der geplanten nationalen Abgeordnetenversammlung. Obwohl über deren Zweckmäßigkeit allgemeine Übereinstimmung herrschte, riefen zwei Fragen kontroverse Diskussionen hervor. Die erste betraf das Problem der genauen Abgrenzung des Personenkreises, der zu den Abgeordnetentagen geladen werden sollte. Häusser schlug vor, außer den Landtagsabgeordneten auch einzelne Persönlichkeiten zuzulassen, die sich durch publizistische oder sonstige Tätigkeiten verdient gemacht hatten. Da dieser Vorschlag offensichtlich darauf abzielte, eine gemäßigte Konkurrenzorganisation alten Honoratiorentyps zu errichten, stieß er auf den energischen Widerstand des Nationalvereins. Man hielt daher an der Beschränkung auf Parlamentarier fest und erklärte auf Drängen der Nationalvereinler förmlich, daß eine konkurrierende Vereinsgründung nicht beabsichtigt sei. Zugelassen wurden dagegen die Angehörigen nicht mehr bestehender Parlamente. Damit sollte den Angehörigen aufgelöster Länderkammern und vor allem den ehemaligen Mitgliedern der Frankfurter Nationalversammlung die Teilnahme ermöglicht werden.[47] Gemäß der Formulierung der Schlußredaktion wurden alle »gegenwärtigen und gewesenen Mitglieder deutscher Volksvertretungen« eingeladen, soweit sie die »Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschlands« anstrebten.

Indem die württembergischen Linksliberalen Probst und Schott in Ergänzung des allgemeinen Einladungsschreibens eine zusätzliche ausdrückliche Einladung der Deutschösterreicher verlangten, zwangen sie der Versammlung eine Diskussion über den noch immer ungeklärten Streitpunkt zwischen dem Nationalverein und den »großdeutsch« orientierten Süddeutschen auf. Nach heftigen Widersprüchen von Hoverbeck, Souchay, Metz und Völk mußten Probst und Schott zwar die Zurückweisung ihres Vorschlags hinnehmen. Sie setzten aber durch, daß der Vorsitzende des Vorbereitungsausschusses mit den Österreichern Alois Brinz[48] und Karl Rechbauer[49], die als interessiert an deutschen Reformfragen galten, in Kontakt treten und ihnen nachträglich sechs Ausschußplätze anbieten sollte.

Die Hinzuziehung der Deutschösterreicher sollte laut Protokoll dazu genutzt werden, das künftige Verhältnis von Österreich zu Deutschland zu klären. Es wäre allerdings verfehlt, in dieser Formulierung mehr als ein

---

47 Daß die Zulassung von Mitgliedern sämtlicher bestehender Kammern keinesfalls die rechtliche Anerkennung derjenigen Ständeversammlungen bedeutete, die in den Reaktionsjahren durch einseitigen Akt der Fürsten an die Stelle der vereinbarten rechtmäßigen Kammern gesetzt worden waren, machte ein Beschluß des ersten Abgeordnetentags klar; vgl. Verhandlungen AT I (1862), S. 16 ff.

48 Alois Brinz (1820–1887); Jura-Studium in München, Berlin; Dr. jur.; seit 1854 Prof. in Erlangen, dann bis 1866 in Prag, anschließend in München; MdL in Böhmen, im Reichsrat seit 1861; vgl. ADB 47, S. 241 ff.

49 Karl Rechbauer (1818–1889), Jura-Studium in Graz; Dr. jur.; seit 1846 Advokat; MdL 1848, 1861–85 in der Steiermark; seit 1861 im Reichsrat; vgl. Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 11, 1988, S. 3 f.

verbales Zugeständnis an Probst und Schott zu sehen. Die scheinbare Kompromißbereitschaft war kein inhaltliches Zugeständnis der Nationalvereinsführung; sie diente allein der Integration der württembergischen Großdeutschen. Bereits der Duktus des Protokolls, in dem es hieß, »daß keines Falls die Einigung Deutschlands aufgehalten werden dürfe, wenn sich herausstellen sollte, daß die Deutschösterreicher nicht in der Lage seien dazu mitzuwirken«, ließ daran keinen Zweifel.

c) Die Ausschaltung der Deutschösterreicher

Zur Durchführung ihrer Beschlüsse hatte die Pfingstversammlung einen Vorbereitungsausschuß eingesetzt, dem unter dem Vorsitz Bluntschlis u. a. die Ausschußmitglieder des Nationalvereins Bennigsen, Hoverbeck, Fries, Lang, Metz und Wiggers sowie Barth, Buhl, Häusser, Hölder, Pfeiffer und Probst angehörten und der mit einem unbeschränkten Kooptationsrecht ausgestattet wurde. Der überzeugte Protestant und Kleindeutsche Bluntschli, ein Altliberaler mit deutlicher Tendenz ins konservative Lager, führte die Verhandlungen mit Brinz und Rechbauer von vornherein mit der klaren Absicht, eine Absage der Deutschösterreicher zu provozieren und ihre Beteiligung am Abgeordnetentag zu verhindern. Dabei hatte er nur darauf zu achten, daß in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstand, die Einladenden trügen die Schuld am Fernbleiben der Österreicher. Eine öffentliche Absage der Deutschösterreicher mußte auch in Süddeutschland deren mangelndes Interesse an wichtigen Fragen von nationalem Interesse offenlegen und die Bereitschaft der Süddeutschen zur Mitwirkung in der nationalen Verfassungsbewegung steigern.

Das Spiel Bluntschlis barg durchaus Risiken. Sybel formulierte die Bedenken am schärfsten, wenn er vor der Gefahr einer übermäßig starken Beteiligung österreichischer oder partikularistischer Parlamentarier warnte. Nach seiner Ansicht hätte der Abgeordnetentag nur auf der Grundlage eines positiven Programms berufen werden dürfen, um so die Möglichkeit zu erhalten, mißliebige Personen zurückzuweisen.[50] Die Badener kalkulierten nüchterner, wenn sie darauf hinwiesen, daß eine österreichische Teilnahme am Abgeordnetentag kaum wahrscheinlich sei, weil sich bereits unter den Einladenden kein Österreicher befunden habe. In jedem Fall, so Baumgarten, würde das Übergewicht der eigenen Auffassung so groß sein, daß keine Gefahr bestünde.[51]

Als Vorsitzender des Vorbereitungsausschusses riß Bluntschli in der Folgezeit die Verhandlungen ganz an sich und dehnte sein Mandat bis an die äußersten Grenzen des Zulässigen aus. Daß er dabei vermutlich in Übereinstimmung mit der badischen Regierung die Errichtung eines altliberalen politischen Kraftzentrums neben dem Nationalverein verfolgte, legen seine

---

50 Sybel an Baumgarten, 11.6.1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 95 ff. »Und vor allem, welche Bürgschaft hat Ihre Kommission, daß nicht die Leute uns überschwemmen, welche lediglich hinkommen, die Sache zu stören oder zu töten? Schmerling schickt wenigstens 150 Mann, [...] alles Vertreter des österreichischen Gesamtstaats«.

51 Baumgarten an Sybel, 13.6.1862, ebd., S. 98 ff.

Versuche nahe, die Nationalvereinsführung außen vor zu halten.[52] So setzte er den Beschluß der Pfingstversammlung, das Sitzungsprotokoll sofort drukken und an die Teilnehmer versenden zu lassen, erst nach mehreren Beschwerden um.[53] Auch enthielt er Bennigsen nähere Informationen über seinen Schriftverkehr mit den Deutschösterreichern trotz dessen energischen Drängens vor.[54] Die Streitigkeiten konnten zumindest vorläufig ausgeräumt werden, nachdem Bennigsen während des Frankfurter Schützenfests in der Wohnung Varrentrapps mit Bluntschli zusammengetroffen war. An den Gesprächen nahm übrigens auch der badische Außenminister Roggenbach teil.[55]

Bluntschlis Alleingänge verstärkten auf Seiten des Nationalvereins das ohnehin latente Mißtrauen gegen eine Konkurrenzorganisation erheblich. Das galt insbesondere für den demokratischen Flügel. Streit hatte sich unmittelbar nach der Pfingstversammlung mit der Bitte an Lassalle gewandt, ihm genauere Informationen über den »politischen Leumund« Bluntschlis mitzuteilen, um Bennigsen die Augen über dessen wahren Charakter öffnen zu können.[56] Lassalle holte seinerseits Erkundigungen bei dem besser informierten Georg Herwegh ein, der in mehreren Briefen ausführlich über Bluntschlis reaktionären Pietismus und seine führende Rolle bei den Sozialistenverfolgungen im Zürich der 1840er Jahre berichtete.[57] Aber weder die bald beginnende Kampagne der demokratischen Presse gegen Bluntschli[58] noch der auf Lassalles Informationen beruhende ausführliche Brief Streits an Bennigsen, dessen seitenlange Beschimpfungen des intriganten und reaktionären Bluntschli in der zeitgenössischen liberal-demokratischen Korrespondenz ihresgleichen höchstens bei den exilierten Demokraten finden, vermochten die Zusammenarbeit der Nationalvereinsführer mit Bluntschli zu verhindern.[59]

Am 19. Juni 1862 informierte Bluntschli die Österreicher Brinz und Rechbauer offiziell über die Beschlüsse der Frankfurter Pfingstversammlung. Der

---

52 Dafür spricht auch ein Brief Baumgartens an Max Duncker, der die Beteiligung der preußischen Konstitutionellen anmahnte und sein Unverständnis äußerte, daß Schubert und Vincke zögerten, Baumgarten an Duncker, 24.9.1862, BAP, Nl. Baumgarten, 6, Bl. 25 f.

53 Bluntschli an Hölder, 26.6.1862, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 250; Fries an Bluntschli, 3.7.1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli.

54 Bennigsen an Bluntschli, 26.6.1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli.

55 Vgl. Bennigsen an Reyscher, 28.6.1862, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 559; Bluntschli an Bennigsen, 12.7.1862, ebd., S. 567, Anm. 2.

56 Streit an Lassalle, 28.6.1862, in: F. Lassalle, Briefe, Bd. 5, 1924, S. 32 f.

57 Herwegh an Lassalle, 26.6.1862, 28.6.1862, 1.7.1862, in: ebd., S. 33 ff., S. 38 ff. Auch August Röckel lieferte einige Informationen: Röckel an Streit, 20.6.1862, StadtB München, Briefe NV. Zu J. K. Bluntschlis Rolle bei der Kommunistenbekämpfung in der Schweiz vgl. seine Schrift: Die Kommunisten in der Schweiz, 1843; dazu Bund der Kommunisten, Bd. 1, 1970, S. 174 ff.; E. Schraepler, 1971, S. 88 ff.

58 An der Pressekampagne beteiligten sich u. a. VfmD, Nr. 115, 24.9.1862 (nach dem Nürnberger Anzeiger); NFZ, 16.8.1862 (vgl. Geschichte der Frankfurter Zeitung, 1911, S. 68); Gegenreaktionen in SZ, Nr. 160, 24.9.1862, Nr. 162, 25.9.1862.

59 Streit an Bennigsen, 23.9.1862, Nl. Bennigsen, 307, Bl. 98 ff.; vgl. auch Streit an Fries, 23.9.1862, in: E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 182 (dort allerdings versehentlich auf den 23.9.1863 datiert).

Brief erläuterte, daß zu dem angekündigten Abgeordnetentag alle diejenigen Kammermitglieder eingeladen seien, welche die Einigung und freiheitliche Entwicklung Deutschlands erstrebten, prinzipiell ausgeschlossen dagegen die, welche in ihrem eigenen Land liberal, in deutschen Angelegenheiten aber bloß partikularistisch gesinnt seien. Die Pfingstversammlung habe die gesonderte Einladung der Deutschösterreicher gewünscht, um zu klären, inwieweit sie auf dieser Grundlage mit den übrigen Deutschen zusammenwirken könnten und wollten.[60] Das Schreiben stimmte in den entscheidenden Passagen mit einer in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten »Erklärung« überein, in der Bluntschli die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung kommentierend zusammenfaßte.[61] Die von Bluntschli gewählten Formulierungen zogen den freiheitlichen Einigungswillen der Deutschösterreicher öffentlich in Zweifel. Als »bloß partikularistisch gesinnt« konnten und sollten sich alle diejenigen angesprochen fühlen, die statt einer den Deutschen Bund überwindenden bundesstaatlichen Einigung lediglich die Revision der staatenbündischen Bundesverfassung wünschten.

Auf diese Weise hatte Bluntschlis den projektierten Abgeordnetentag in ein Gremium zur Überprüfung der patriotischen Gesinnung der Deutschösterreicher umfunktioniert. So verstanden es jedenfalls Brinz und Rechbauer, die in ihrem offiziellen Antwortschreiben vom 27. Juli 1862 weder der Teilnahme am Abgeordnetentag noch dem Beitritt zum Frankfurter Ausschuß zustimmten. Im Grundsatz hießen sie den Vorschlag von Abgeordnetenversammlungen über deutsche Reformfragen zwar gut, äußerten allerdings Zweifel, ob die geplante Versammlung tatsächlich den Charakter einer kleindeutschen Parteiversammlung vermeiden werde. Um eine Majorisierung durch Nationalvereinsanhänger unmöglich zu machen, forderten sie stattdessen weitere Verhandlungsrunden, die aus beiden politischen Lagern paritätisch beschickt werden sollten.[62]

Mit dieser öffentlichen Absage hatte Bluntschli einen ersten Teilerfolg zu verbuchen. Auch der zunächst skeptische Sybel gab nun eine »Ehrenerklärung über die projektierte Deputierten-Versammlung« ab.[63] Anstatt auf den

---

60 Abgedruckt in: SZ, Nr. 102, 24.8.1862.

61 SZ, Nr. 1, 1.7.1862; in Auszügen abgedruckt bei H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 205, Anm. 75. Vgl. auch den »Nachtrag zu der Erklärung über die Frankfurter Pfingstversammlung«, SZ, Nr. 16, 9.7.1862.

62 Brinz und Rechbauer an Bluntschli, 27.7.1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; in Auszügen abgedruckt in H. Schulthess, 1862, S. 70; vgl. Fröbel an Rodbertus, 28.7.1862, in: H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 203 f. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Bluntschlis Erklärung sprach sich auch Rodbertus für Unterredungen mit paritätischer Beteiligung beider Richtungen aus, Rodbertus an Fröbel, 4.8.1862, ebd., S. 205 f. (vgl. zu Rodbertus U. Enbring-Romang, 1990, S. 146 ff.). Wydenbrugk befürwortete im Grundsatz eine Teilnahme an der Abgeordnetenversammlung: »Sollen wir den Standpunkt den jeder Großdeutsche hierbei einzunehmen hat mit einem Wort bezeichnen, so können wir nur sagen: die höchste Nachgiebigkeit, wenn es der Einigung Deutschlands von der Grundlage der gegebenen Staatenbildung aus gilt, gar keine Nachgiebigkeit, wenn es einheitlichen Formen gilt, welche mit der Natur dieser Staatenbildung, mit dem Bestande Deutschlands unvereinbar sind«; vgl. seinen Artikel »Die Stellung der großdeutschen Partei zum Abgeordnetentag«, in: AAZ, Beilage zu Nr. 172, 21.6.1862.

63 Sybel an Baumgarten, 7.8.1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 107 ff.; im wesentlichen wortgleich an Bluntschli, 13.8.1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli.

österreichischen Vorschlag einer offiziellen Vorbesprechung einzugehen, beabsichtigte Bluntschli, den Deutschen Juristentag, der am 25. August 1862 in Wien stattfinden sollte, zu einem rein informellen Meinungsaustausch zu nutzen. Bennigsen, Streit und Schulze willigten ein mit der Bedingung, daß in den Gesprächen die Beschlüsse der Pfingstversammlung nicht zur Disposition gestellt, keinerlei programmatische Absprachen getroffen und insbesondere das Paritätsprinzip abgelehnt würde. Denn dadurch würde »der Hauptzweck der Versammlung verfehlt«, nämlich der, »die Stärke der Parteien zu konstatieren«. Darüber hinaus verlangten sie den nochmaligen Zusammentritt des Gesamtausschusses in Frankfurt oder Thüringen, um die preußische Teilnahme zu erleichtern.[64]

Am 7. August erließ Bluntschli daraufhin die Einladung zu einer Ausschußsitzung, die er mit der erklärten Absicht, die Teilnahme der Preußen zu verhindern, nach Augsburg ausschrieb. Er fürchtete nicht zu Unrecht, daß ihre Teilnahme seine aus taktischen Motiven weit ausgeschöpften Verhandlungsspielräume einengen würde.[65] Auf der Tagesordnung stand neben organisatorischen Fragen vor allem sein Plan, den Wiener Juristentag zu einer »freien Besprechung in engerem Kreise von etwa 24 Mitgliedern zu benutzen, zur Orientierung und wenn möglich Verständigung, ohne bindende Beschlüsse.« Bereits am 6. August hatte er in einem als »privat« bezeichneten Brief an Brinz vorbehaltlich der Entscheidung des Ausschusses ein erneutes Gesprächsangebot unterbreitet.[66] Brinz, der von Anfang an die Chancen einer österreichischen Beteiligung an den Abgeordnetentagen äußerst skeptisch beurteilt hatte, spielte angesichts der noch im Gange befindlichen Meinungsbildung im großdeutschen Lager auf Zeit und lehnte die vorgeschlagene »Privatbesprechung« im Auftrag der deutschösterreichischen Abgeordneten entschieden ab. Auf diese Weise, argumentierte er, würde ihre Absicht zunichte gemacht, sich zuvor mit denjenigen außerösterreichischen Bundesgenossen zu verständigen, die ebenfalls die Bundesreform ohne Deutschösterreich ablehnten.[67]

---

64 Schulze an Bluntschli, 3. 8. 1862, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 185 (Zitat); Bennigsen an Bluntschli, 5. 8. 1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; Konzept Streit an Bluntschli, 18. 8. 1862, BAP, Akten NV, 28, Bl. 220. Ähnlich auch M. Barth an Bluntschli, 1. 8. 1862, UB Zürich, ebd. Eine von Fries gewünschte offizielle Vorstandssitzung des NV zur Besprechung der Angelegenheit kam nicht zustande, Fries an Streit, 4. 9. 1862, BAP, Akten NV, 29, Bl. 87.

65 Exemplare der Einladung in StadtB München, Briefe NV; WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 247; STA Bremen, Nl. Meier, 53/10; zum Ausschluß der Preußen vgl. Bluntschli an Sybel, 15. 8. 1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 109 f. Die Mitglieder, denen Augsburg zu südlich lag, lud er zu einer Besprechung in Frankfurt am 16. 8. 1862 bei Varrentrapp ein, wo sich am 17. 8. 1862 auch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses der SZ einfinden sollten, vgl. G. Varrentrapp an Hölder, 9. 8. 1862, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 270.

66 Text liegt nicht vor; die entscheidenden Passagen sind jedoch wörtlich zitiert im Antwortbrief Brinz' an Bluntschli, 18. 8. 1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; vgl. auch Brinz an Fröbel, 17. 8. 1862, in: H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 218 f.; Bluntschli an Sybel, 15. 8. 1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 109 ff.

67 Brinz an Bluntschli, 18. 8. 1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; zu Brinz' Haltung vgl. seinen Brief an einen »unbekannten Freund«, 25. 6. 1862, in: P. Molisch (Hrsg.), Briefe, 1934, S. 7 f. Rechbauer stand dem Projekt des Abgeordnetentags positiver gegenüber und drängte

Auf der Augsburger Ausschußsitzung lag diese zweite Absage der Deutschösterreicher bereits vor. Bluntschli hatte es deshalb leicht, die offiziellen Verhandlungen mit den Österreichern für beendet zu erklären und die Einberufung des Abgeordnetentags für den 28. September 1862 nach Weimar durchzusetzen. Gleichzeitig wurde ein von Bluntschli konzipiertes nunmehr offizielles Antwortschreiben genehmigt, das das Angebot einer informellen Unterredung während des Juristentags weiter aufrecht hielt.[68] Mit diesen Beschlüssen abgesichert konnte Bluntschli den Wiener Gesprächen, sollten sie zustande kommen, mit Ruhe entgegensehen. Die Einberufung des Abgeordnetentags, Tagungsort, Termin und Tagesordnung waren ohne vorherige Einigung mit den Deutschösterreichern beschlossen. Zu verhandeln gab es somit nichts mehr.

Im Gegensatz zu Brinz war Rechbauer dennoch zu einer weiteren Unterredung bereit und brachte trotz seiner Skepsis eine Anzahl politischer Freunde zusammen, so daß die geplante Besprechung am 27. August zustande kam.[69] Bluntschli trug hier jene vier Möglichkeiten vor, die nach seiner Auffassung im Verhältnis zwischen Deutschland und Deutschösterreich denkbar seien: erstens – die positive Herrschaft Österreichs über Deutschland, also die österreichische Spitze; zweitens – die negative Herrschaft, soll heißen, die Behinderung jeder Reform durch Österreich; drittens – die Einigung Deutschlands ohne Österreich, Einigung des österreichischen Gesamtstaats und ein Bündnis der beiden, also die alte »Gothaer« Lösung; viertens – Teilnahme der deutschen Länder Habsburgs am Bundesstaat und infolgedessen die relative Trennung von den nichtdeutschen Ländern.[70]

Mit diesen Alternativen, die er zuvor mit Roggenbach und Ludwig Häusser abgestimmt hatte, trachtete Bluntschli, »in die Situation mehr Klarheit zu bringen und die Leute zur Besinnung und teilweise zu deutlicher Gegenäußerung zu nötigen«.[71] Gleich zu Anfang der Besprechung machte er klar, daß

---

auf Abhaltung der Wiener Besprechung, Rechbauer an Völk, 12. 8. 1862, StadtA Augsburg, Nl. Völk.

68 Text in SZ, Nr. 99, 13. 8. 1862 (dort auch der offizielle Bericht über die Ausschußsitzung); das Antwortschreiben ist in Auszügen abgedruckt bei J. K. Bluntschli, Denkwürdigkeiten, Bd. 3, 1884, S. 41 ff. Ein gedrucktes Exemplar des Einladungsschreibens in WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 238. Vgl. die schriftlichen Voten von Lette und Reyscher: Lette an Bluntschli, 15. 8. 1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; Reyscher an Bluntschli, 14. 8. 1862, ebd. Die Beschwerden Hölders und der SZ, daß man entgegen eines angeblichen Beschlusses der Berliner Komiteemitglieder Weimar statt Frankfurt zum Tagungsort gewählt habe, entbehrten der Grundlage, vgl. Bluntschli an Hölder, o. D. [Ende August 1862], WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 244; SZ, Nr. 134, 10. 9. 1862, Nr. 142, 15. 9. 1862.

69 Rechbauer an Brinz, 21. 8. 1862, in: P. Molisch (Hrsg.), Briefe, 1934, S. 8 f. Rechbauers isolierte Position wird deutlich, wenn er »den Mangel an Verständnis und Sympathie für die deutsche Frage in den Kreisen der Wiener Abgeordneten« beklagt. Zur Haltung Brinz' vgl. dessen Brief an Fröbel vom 17. 8. 1862, bei H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 218 f.

70 Entwurf abgedruckt bei J. K. Bluntschli, Denkwürdigkeiten, 1884, Bd. 3, S. 49 ff; ausführliche Berichte über die Wiener Besprechungen im Beobachter, Nr. 208 u. 209, 6. 9. 1862 (wörtliche Wiedergabe der Reden), und in SZ, Nr. 126 u. 127, 6. 9. 1862. Teilnehmer waren: Bluntschli, Pfeiffer, Fries, Josephi, Planck, Probst, Stolpe; aus Österreich: Berger, Brestel, Fleckh, Groß, Kaiser, Kuranda, Mühlfeld, Rechbauer, Schuselka, Scheiner und Unger.

71 Vgl. Bluntschli an Sybel, 15. 8. 1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 109 ff.

die beiden ersten Möglichkeiten überhaupt nicht in Betracht kämen. Als absolute Minimalforderungen bezeichnete er ein deutsches Parlament und ein deutsches Außenministerium. Die von Bluntschli, Völk und Planck verfolgte Argumentation stellte immer wieder auf die Unmöglichkeit ab, bei der Beibehaltung der zentralistischen Februarverfassung eine engere Bindung der deutschösterreichischen Gebiete an den deutschen Bundesstaat zu bewerkstelligen. Die schärfste Waffe führte Planck ins Feld, der ganz offen fragte, ob die Deutschösterreicher bereit seien, sich zur Reichsverfassung von 1849 zu bekennen. Die Teilnahme der Österreicher an den Abgeordnetentagen wurde also an harte Bedingungen geknüpft: sie hätten sich zu der Notwendigkeit bekennen müssen, den habsburgischen Gesamtstaat entweder aufzulösen oder extrem föderalistisch zu organisieren, um einen Beitritt Deutschösterreichs zum Bundesstaat zu ermöglichen. Daß hierzu nur die wenigsten unmittelbar bereit sein konnten, lag auf der Hand. Eine definitive Entscheidung über die Teilnahme in Weimar wollten die Deutschösterreicher solange aussetzen, bis der in Gang befindliche Prozeß der Meinungsbildung abgeschlossen sei.

Spätestens nach der Wiener Besprechung setzte der gewünschte Klärungsprozeß ein. Für die Konservativen unter den »großdeutschen« Politikern war die Frage einer Teilnahme in Weimar endgültig erledigt. Sie waren schon seit Ende Juli verstärkt mit der Sammlung der »großdeutschen« Kräfte beschäftigt, durchaus in Reaktion auf die von der Frankfurter Pfingstversammlung ausgehende Offensive.[72] Dabei verstanden sie unter »Großdeutschland«, wie später der Reformverein, ein Gebilde, das auf der Grundlage einer reformierten Verfassung des Deutschen Bundes den habsburgischen Gesamtstaat mitumfaßte; eine Auffassung, die sich auch in den österreichischen Bundesreformplänen der Jahre 1862/63 widerspiegelte.[73] Auf der Rosenheimer Versammlung vom 7./8. September 1862, die mit dem Beschluß zur Abhaltung einer »Großdeutschen Versammlung« die Gründung des Reformvereins einleitete, wurde gleichsam die offizielle Absage der staatenbündlerischen Großdeutschen an den Abgeordnetentag formuliert.[74]

Nachdem am 10. September 1862 in mehreren Zeitungen die offizielle Einladung für den Weimarer Abgeordnetentag erschien, setzte auch in Süddeutschland eine Klärung der Begriffe ein, indem sich jetzt eine institutionelle Scheidung der entgegengesetzten nationalpolitischen Organisationsmodelle abzeichnete.[75] Unter den Liberalen und Demokraten Württembergs

---

72 Vgl. H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 202 ff. Fröbel bemühte sich bekanntlich schon seit Herbst 1861 um die Sammlung der großdeutschen Politiker. Im Sommer 1862, auch im Umfeld des österreichischen Delegiertenprojektes, traten die Anstrengungen in eine neue Phase ein, vgl. dazu W. Real, Reformverein, 1966, S. 27 ff.

73 Vgl. dazu H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 158 ff., sowie die beiden Briefe Fröbels an Rodbertus, ebd., S. 196 ff., 202 f.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 21 ff. Vgl. auch das Programm des Reformvereins bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 90, vor allem Punkt 7: »Die Reform ist nur auf der Grundlage der bestehenden Bundesverfassung durch Vereinbarung herbeizuführen.«

74 Zur Rosenheimer Versammlung: W. Real, Reformverein, 1966, S. 33 ff., sowie die Briefe bei H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, 208 ff.

75 Ein gedrucktes Exemplar der auf der Augsburger Sitzung formulierten Einladung befindet

erschien der Gegensatz zwischen dem Weimarer Abgeordnetentag und der Großdeutschen Versammlung nicht mit »kleindeutsch und großdeutsch«, sondern mit »freisinnig und reaktionär« richtig beschrieben.[76] Die Entscheidung fiel hier zugunsten der Errichtung eines geeinigten Nationalstaats im Sinne der letzten beiden Alternativen Bluntschlis. Die wichtigsten parlamentarischen Wortführer Württembergs, Ammermüller, Hölder, Ludwig Seeger und die beiden ausgesprochenen »Großdeutschen« Probst und Schott veröffentlichten in der »Zeit« und der Süddeutschen Zeitung eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich nochmals ausdrücklich zu den Beschlüssen der Pfingstversammlung bekannten und alle Vorwürfe zurückwiesen, vom Nationalverein überlistet worden zu sein.[77] Bis auf Schott zählten sie zu den Teilnehmern des Weimarer Abgeordnetentags.[78] Jakob Venedey, der zuvor öffentlich dazu aufgefordert hatte, sowohl die Weimarer wie die Frankfurter Versammlung der Großdeutschen zu besuchen, machte im Anschluß an die Weimarer Tagung bekannt, daß er einen Besuch in Frankfurt jetzt für überflüssig halte.[79] Der württembergische Abgeordnete Adolph Walter sah nur in seinem Beitritt zum Abgeordnetentag eine angemessene Möglichkeit, mit seinen großdeutschen Ansichten weiterhin den Fortschrittsliberalismus zu unterstützen. Mit den »edlen und schwarzen Rittern«, die sich unter der Firma »Großdeutsche« für eine österreichische Großmacht auf Kosten Deutschlands einsetzten, wollte er nichts zu schaffen haben. Andererseits konnte er auch nicht dem Nationalverein beitreten, der nach seiner Überzeugung noch immer der preußischen Hegemonie anhing.[80] Die

---

sich in WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 238. Unter den 48 unterzeichnenden Ausschußmitgliedern werden auch Rechbauer und Berger aufgeführt. Bluntschli hatte ihre Namen ohne vorherige Rücksprache wohl in der Absicht verwendet, einige unentschiedene Süddeutsche zur Teilnahme zu veranlassen (vgl. die Protest-Telegramme der Genannten in UB Zürich, Nl. Bluntschli). Nach Rechbauers Protesten entstand daraus ein erbitterter Streit, in dem Bluntschli »spezifisch kleindeutsche Manipulationen« vorgeworfen wurden. Diese Auseinandersetzung hatten auch bei Berger und Rechbauer, den entschiedensten Demokraten, die letzten Zweifel geraubt. Am 18.9.1862 sprachen sie sich endgültig gegen Weimar aus (Brief abgedruckt in SZ, Nr. 157, 23.9.1862; Bluntschlis Antwort in SZ, Nr. 162, 25.9.1862). Vgl. Bluntschlis Gegendarstellung zu den Vorwürfen der Presse, SZ, Nr. 156, 22.9.1862; Weimarer Zeitung, 21.9.1862; W. Real, Pfingstversammlung, 1970, S. 208 f.; J. K. Bluntschli, Denkwürdigkeiten, Bd. 3, 1884, S. 65; ders., Rechenschaftsbericht, Verhandlungen AT I (1862), S. 10 f.

76 Beobachter, Nr. 244, 19.10.1862; ähnlich bereits Nr. 228, 1.10.1862; weitere Artikel in diesem Sinne: SZ, Nr. 150, 19.9.1862 (»Großreaktionär« statt großdeutsch); der Artikel »Weimar oder Frankfurt«, Grenzboten 21 (1862, IV), S. 69 ff.; und die Besprechung der Frankfurter Gründungsversammlung des Reformvereins, ebd., S. 241 ff. Über den baldigen Austritt der vereinzelten Demokraten spottete die SZ, Nr. 79, 13.2.1863. Auch Fröbel berichtet von den Schwierigkeiten, die großdeutschen Demokraten in Württemberg zu gewinnen, weil es ihnen auf ein Parlament ankam; J. Fröbel, Bd. 2, 1891, S. 127 f., 193 f.; vgl. auch A. E. F. Schäffle, Bd. 1, 1905, S. 109 ff; G. Runge, 1970, S. 20; N. M. Hope, 1973, S. 24 ff.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 296.

77 Beilage zur Zeit, Nr. 368, 17.6.1862; vgl. ebd., Nr. 370, 19.6.1862; SZ, Nr. 303, 16.6.1862. Sie reagierten damit auf Vorwürfe in der AAZ, Nr. 163–166, 12.–15.6.1862.

78 Nach G. Runge, 1970, S. 19, hat auch Schott in Weimar teilgenommen. Sein Name fehlt allerdings in der dem Verhandlungsprotokoll beigefügten Anwesenheitsliste; zu Schott, der seine Teilnahme offenbar von der Bereitschaft der Österreicher abhängig gemacht hatte, vgl. seinen Brief an Fröbel, 28.6.1862, in: H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 217 f.

79 SZ, Nr. 222, 28.10.1862, Nachdruck aus dem FJ.

80 Walter an Hölder, 14.7.1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 163 ff.

österreichischen Linksliberalen Berger[81] und Rechbauer weigerten sich im Namen ihrer politischen Gesinnungsgenossen ebenfalls, an der großdeutschen Versammlung teilzunehmen, da sie »den Akzent vor allem auf das aus direkten Volkswahlen hervorgehende Parlament« legten.[82]

Bluntschlis Verhandlungsführung war, im Sinne der Kleindeutschen, erfolgreich gewesen. Er konnte in seinem Rechenschaftsbericht darauf verweisen, daß die Österreicher trotz vielfältiger Bemühungen um ihre Teilnahme abgesagt, daß sie sich von der Diskussion über Fragen von nationalem Interesse selbst ausgeschlossen hätten. Gleichzeitig hatte er die Klärung des Verhältnisses der nationalen Verfassungsbewegung zu Österreich einen entscheidenden Schritt weiter gebracht: die Teilnehmer am Abgeordnetentag signalisierten ihre Bereitschaft, notfalls auch die bundesstaatliche Einigung Deutschlands ohne Deutschösterreich mitzutragen. Die institutionelle Scheidung der Anhänger von Bundesstaat und Staatenbund stand unmittelbar bevor.

2. Die Konstituierung des Deutschen Abgeordnetentags

Am 28. September 1862 trat der Abgeordnetentag zu seiner ersten halböffentlichen Sitzung zusammen. Zutritt zur Besuchertribüne erhielt eine geringe Anzahl von Personen, und auch das nur nach vorheriger persönlicher Anmeldung.[1] Auf diese Vorsichtsmaßnahme gegen unerwünschtes Publikum verzichtete man erst, als der Abgeordnetentag über ein Programm verfügte und die Versammlungen besser kalkulierbar waren. Von den über 200 Teilnehmern kamen immerhin 12 aus Württemberg, 7 aus Bayern und 14 aus Baden. Die Preußen stellten mit 45 noch vor den ortsansässigen weimarischen Abgeordneten das größte Kontingent. Österreicher waren erwartungsgemäß nicht erschienen.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen, denen das Vorstandsmitglied des Nationalvereins Hugo Fries mit Unterstützung Unruhs und Karl Barths präsidierte, stand die deutsche Frage, insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Bundesreformplan Österreichs, der am 14. August 1862 offiziell dem Bundestag übergeben worden war. Der glanzlose Reformvorschlag spiegelte den Minimalkonsens wider, den eine Gesandtenkonferenz der österreichischen und mittelstaatlichen Staaten gefunden hatte, und sah die Einrichtung einer indirekt gewählten Repräsentativversammlung zur Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung und eines Bundesgerichts vor.[2]

---

81 Johann Nepomuk Berger (1816–1870); Jura-Studium; Dr. jur.; Advokat in Wien; MdNatV (D), MdL 1861–70; seit 1863 im Reichsrat; 1867–70 Staatsminister ohne Portefeuille; vgl. ADB 2, S. 337 ff.; R. Koch, 1989, S. 84 f.

82 Vgl. ihre Briefe an Moritz Mohl vom 20.10.1862, in: H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 227 ff. (Zitat S. 228).

1 Vgl. Heydebrandt an Bernstorff, 29.9.1862, GSTA-B, III. HA, 188, Bl. 18 ff. Die weimarische Regierung verfügte dennoch über ein wirksames Mittel, genaue Kenntnis über die Debatten zu erlangen. Sie veranlaßte »ihre Beamten, die Deputierte waren oder noch sind, zur Teilnahme«, vgl. Heydebrandt an Bernstorff, 26.9.1862, ebd., Bl. 11 f.

2 Vgl. E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 415 ff.

Bluntschli erklärte schon in seiner Eröffnungsrede, daß man die Frage nach dem Träger der Zentralgewalt »im jetzigen Augenblick auf sich beruhen lassen« wolle, wichtig sei nur, daß sie einheitlich sein müsse. Der von Karl Barth verteidigte Ausschußantrag verwarf erwartungsgemäß die österreichischen Reformvorschläge und stellte klar, daß jede Veränderung des bestehenden deutschen Verfassungsrechts nur dann als gültig anerkannt werde, »wenn sie unter Mitwirkung und Zustimmung einer Nationalvertretung zu Stande gekommen« sei. Dem Bedürfnis nach einer solchen Vertretung der Nation könne nur ein Parlament genügen, dem dann allerdings nicht der Bundestag, sondern eine »wirkliche Zentralgewalt« gegenüberstehen müsse. »Nur der Übergang aus dem Staatenbunde in den Bundesstaat vermag die deutsche Nation zu befriedigen, wie dies bereits in der Reichsverfassung von 1849 anerkannt worden ist«. Bezüglich der Deutschösterreicher hieß es, daß man sie nicht ausschließen wolle, daß aber »die Konstituierung des übrigen Deutschlands von der Möglichkeit ihres Zutritts nicht abhängig gemacht werden« könne.[3] Im Klartext war dies das bundesstaatliche Programm des Nationalvereins, allerdings ohne Erwähnung der preußischen Spitze. Die im Antrag enthaltene Bezugnahme auf die Reichsverfassung blieb unverbindlich. Sie wurde nicht zum Programm des Abgeordnetentags erhoben und bedeutete schon gar nicht die Berufung auf die Volkssouveränität. In erster Linie diente sie dazu, die Forderung nach einem Bundesstaat zu untermauern.

Gerade gegen die unpräzise Haltung gegenüber der Parlamentsforderung und der Reichsverfassung erhob sich Widerspruch aus der Versammlung. Die Debatte glich in den Argumentationsmustern den Reichsverfassungsdiskussionen im Nationalverein. Die gemäßigten Demokraten um Venedey, Schüler »und Genossen« verlangten eine »förmliche Rechtserklärung« für die Reichsverfassung und legten zu diesem Zweck einen Antrag vor, der von der bundesstaatlichen Einigung, wie sie »in der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 ihre rechtliche Verwirklichung gefunden« habe, sprach.[4] Die Entscheidung über die politische Spitze sollte dem aus freien Volkswahlen hervorgegangenes Nationalparlament überlassen werden. Die Gegenposition markierte Heinrich Behrend, der sich gegen die Festlegung auf die Reichsverfassung aussprach und darauf drängte, auf diese Weise nicht den Weg zu anderen Lösungen zu verbauen. Behrend wollte, wie Miquel im Nationalvereinsausschuß, gegenüber den Regierungen freie Hand behalten. Eine Bundesreform sollte nach seinen Vorstellungen zwischen den Regierungen und einer ungebundenen, frei gewählten Volksvertretung vereinbart werden.[5]

Als die Debatte sich in der Konfrontation festzufahren drohte, entwarfen in einer Tagungspause Bennigsen, Fries, Hölder, Hoverbeck, Metz und

---

3 Verhandlungen AT I (1862), S. 21. In diesem Sinne auch die unveröffentlichte Broschüre des demokratischen Paulskirchenabgeordneten W. A. Zöllner: Nicht gehaltene Rede in der Versammlung deutscher Volksvertreter zu Weimar, 1862, UB Köln, V53/12.

4 Ebd., S. 24., 35 ff.

5 Ebd., S. 25, 45 ff.

Schulze einen Kompromißantrag, den sie im eigenen Namen einbrachten, der jedoch im Grunde einen überarbeiteten Ausschußantrag darstellte. Um knappe Mehrheitsentscheidungen zu verhindern und möglichst einstimmig unterstützte Resolutionen zu erzielen, kam der neue Ausschußantrag dem Venedey'schen durch ein stärkeres Bekenntnis zur Reichsverfassung entgegen. Der Antrag bezeichnete jetzt die Reichsverfassung als »rechtlichen Ausdruck« – nicht als »rechtliche Verwirklichung« – des deutschen Einheitsstrebens. Mit dieser im Nationalverein bereits erprobten Formel behielt sich der Ausschuß für etwaige Verhandlungen mit den Regierungen vor, die Reichsverfassung womöglich doch zur Disposition zu stellen. Darüber hinaus wurde die Entscheidung über die deutsche Exekutivgewalt ausdrücklich an die Mitwirkung und Zustimmung eines aus »freien Volkswahlen« hervorgegangenen Parlaments gebunden.[6]

Unter den nur vier Gegenstimmen, die der verbesserte Ausschußantrag erhielt, befanden sich diejenigen Schäffles, Gagerns und Probsts. Die beiden ersteren verfochten offen die österreichischen Reformpläne. Heinrich v. Gagern vollzog den endgültigen spektakulären Bruch mit der Nationalbewegung, der ihn schließlich in das Lager des Reformvereins führte.[7] Er entwikkelte nach einer ausführlichen historisch-juristischen Herleitung sein Projekt, das »die Einigung Österreichs und Preußens, und in Folge davon die Einigung der deutschen Nation unter der Zentralgewalt von Österreich und Preußen mit paritätischer Besetzung, beraten und kontrolliert von einem deutschen Parlament«, zum Kern hatte. Nach den Erinnerungen Oetkers sprach er länger als eine Stunde, wobei ihn die Versammlung »achtungsvoll, doch mit eisiger Kälte« anhörte.[8]

Wenig besser erging es Probst, der sich gegen die »Schimäre des engeren Bundesstaates« wandte, die faktisch nur ein vergrößertes Preußen bringen würde.[9] Probst zählte zu der kleinen Gruppe linksliberal bzw. gemäßigt demokratisch orientierter Württemberger, für die – in seinem Fall z. B. aus konfessionellen Gründen – die sofortige Einbeziehung Deutschösterreichs

---

6 Die Resolution des AT ist am leichtesten zugänglich bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 101. Gall, dem das Verhandlungsprotokoll nicht vorlag, nimmt irrtümlich an, daß auf dem Weimarer Abgeordnetentag »zwei der engsten politischen Vertrauten Roggenbachs, J. Jolly und Bluntschli, beide zusammen mit dem ebenfalls anwesenden Häusser die Mehrheit der Versammlung zu einem Votum gegen das Projekt« zu bewegen vermocht hätten (L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 223). Nun hat in Weimar keiner der Genannten in die Debatte eingegriffen. Auf des Rätsels Lösung verweist vielleicht F. Oetker in seinen Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 172. Im Anschluß an seine Äußerungen über die Rede Gagerns schreibt er, daß diesem eigentlich Häusser antworten wollte, der jedoch durch den Schluß der Debatte daran gehindert wurde. Womöglich gründet sich Galls Auffassung auf diese ungehaltene Rede, die wohl identisch ist mit Häussers Artikel »Gagerns Abfall« in SZ, Nr. 243, 8. 11. 1862.

7 Verhandlungen AT I (1862), S. 47 ff.

8 F. Oetker, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 172; vgl. auch K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1887, S. 129 ff.

9 Verhandlungen AT I (1862), S. 66 ff.; vgl. auch Probst an Fröbel, 4. 10. 1862, in: H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 223 ff. Hier übt er Kritik am Fernbleiben der Deutschösterreicher, von deren Anwesenheit er sich günstigen Einfluß auf die Beschlüsse des AT versprochen hätte.

unverzichtbar blieb, die aber wegen ihrer Vorbehalte gegenüber dem reaktionären Reformverein dort keine politische Heimat finden konnten. Probst blieb auch in den folgenden Jahren auf den Abgeordnetentag hin orientiert, ohne jedoch die mehrfach angebotene Kooptation in seinen Ausschuß anzunehmen.

Die Ergebnisse der Verhandlungen hätten aus der Sicht der nationalvereinlichen Richtung kaum besser ausfallen können. Der Abgeordnetentag »sonderte schärfer als bisher geschehen die Freunde und Gegner der bundesstaatlichen Reform, die schwankenden mußten sich entscheiden, die verschiedenen Parteien traten in leicht erkennbare Hauptgruppen auseinander«.[10] Die Anbindung der führenden süddeutschen Parlamentarier des liberal-demokratischen Lagers an die nationale Verfassungsbewegung war gelungen. Neben 14 Mitgliedern des Nationalvereinsausschusses gehörten dem Ausschuß des Abgeordnetentags mit Bluntschli und Häusser die beiden wichtigsten badischen Kammermitglieder und mit Hölder die Schlüsselfigur des württembergischen Landtags an. Der Stuttgarter »Beobachter« bezeichnete die nationalpolitische Resolution des Abgeordnetentags sogar als im wesentlichen auf den Beschlüssen der württembergischen Volkspartei in Göppingen, Esslingen und Plochingen beruhend.[11] Die Zustimmung zu den Beschlüssen des Abgeordnetentags umfaßte implizit die Anerkennung der preußischen Spitze, auch wenn der Wortlaut die Entscheidung darüber einer künftigen Volksvertretung überantwortete. Das preußische Übergewicht würde auch dann erdrückend bleiben, wenn die deutschösterreichischen Provinzen sich dem Bundesstaat anschlössen.

Auch für Teile des altliberalen Lagers schien das Forum des Abgeordnetentags akzeptabel zu sein. So war es gelungen, mit Lette und Sybel zwei herausragende Vertreter des preußischen »linken Zentrums« für den Ausschuß zu gewinnen.[12] Als dem altliberalen Spektrum zuzurechnende Ausschußmitglieder wären außer Häusser und Bluntschli der Coburger Bürgermeister Oberländer, das bremische Bürgerschaftsmitglied Pfeiffer und Nebelthau aus Kassel zu nennen. Auch unter den einfachen Teilnehmern befanden sich mit Bunsen, Jolly, Jucho, Lamey, H. H. Meier, Rönne und Seydlitz eine ganze Reihe prominenter Honoratioren.

Zu diesem politischen Integrationserfolg kam die organisatorische Vervollständigung der nationalen Verfassungsbewegung, die darin bestand, daß mit dem Abgeordnetentag »ein bleibender Mittelpunkt für die Beratung und Verständigung der liberalen Volksvertreter geschaffen ist – bleibend bis zu dem Tag, wo das deutsche Parlament sich versammelt«.[13] In der Tat handelte es sich beim Abgeordnetentag nicht um eine unverbindliche Versammlung von Parlamentariern, sondern um eine regelrechte Organisation und einen

---

10 Die alten und die neuen Parteien, in: Grenzboten 22 (1863, II), S. 1 ff. (Zitat S. 6).

11 Beobachter, Nr. 233, 7.10. 1862.

12 Sie waren bereits in den Vorbereitungsausschuß kooptiert worden, Baumgarten an Bluntschli, 16.7. [1862], UB Zürich, Nl. Bluntschli; Lette an Bluntschli, 20.7. 1862, ebd.

13 SZ, Nr. 174, 2.10. 1862. Auch der preußische Gesandte sah das wesentliche Resultat darin, daß ein dauerhafter Verband zwischen den Länderkammern geschaffen sei; Heydebrandt an Bismarck, 30.9. 1862, GSTA-B, III. HA, 188, Bl. 15 f.

Bestandteil des bürgerlichen Vereinswesens. Der Organisationscharakter manifestierte sich in den Statuten des Abgeordnetentags, die der Versammlung im Auftrag der Vorkommission durch Lette vorgelegt wurden.[14] So bestimmte § 3 die regelmäßige jährliche Wiederkehr des Abgeordnetentags am Vereinssitz in Frankfurt und § 9 legte den Mitgliedern einen Jahresbeitrag von zwei »Vereinstalern« auf. Solange die Mitglieder ihren Austritt nicht förmlich bekanntgaben, wurde der Jahresbeitrag bei Nichterscheinen per Postnachnahme erhoben.

Wie beim Handelstag war auch beim Abgeordnetentag die Mitgliedschaft an ein formelles Kriterium gebunden, nämlich an die Zugehörigkeit zu einer Länderkammer. Zwar waren darüber hinaus die Angehörigen der Revolutionsparlamente bzw. aufgelöster Kammern teilnahmeberechtigt, aber ihre tatsächliche Zahl war so gering, daß der Charakter eines interfraktionellen Zusammenschlusses nicht beeinträchtigt wurde. Damit wurzelte der Abgeordnetentag, wie auch der Handelstag, in den öffentlich-rechtlichen Institutionen der Einzelstaaten und repräsentierte auf diese Weise in seiner Struktur den Föderalismus des nationalpolitischen Reformprogramms. Laut der dem Verhandlungsprotokoll beigelegten Mitgliederlisten schwankten die Mitgliederzahlen des Abgeordnetentags zwischen 210 und 490, die fast ausschließlich den zweiten Kammern entstammten (vgl. Tab. 2). Bei einer Anzahl von etwa 2 500 Abgeordneten zweiter Kammern inklusive der deutsch-österreichischen Landtage spricht dies für eine außerordentlich hohe Mobilisierung, zumal die Anreise zum Teil beschwerlich gewesen sein dürfte und stets aus eigener Tasche bezahlt werden mußte.[15]

Das Kernstück der Organisation war – wie bei den bisher behandelten Zusammenschlüssen – der bleibende Ausschuß. In ihm als dem einzigen handlungsfähigen Organ wurde die gesamte Macht konzentriert. Stärker noch als bei den bisher vorgestellten Organisationen oblag die Zusammensetzung des Führungsorgans dem politischen Ermessen seiner Mitglieder, das nur durch ein Regionalitätsprinzip begrenzt wurde. Das Wahlverfahren (§ 4) sah vor, daß der amtierende Ausschuß aus den Vorschlägen der Angehörigen der jeweiligen Einzelstaaten eine 20–köpfige Kandidatenliste bilden sollte. Um 20 weitere Mitglieder konnte sich der Ausschuß durch das Kooptationsverfahren ergänzen. Von einer »Wahl« im eigentlichen Sinne, bei der politische Richtungsentscheidungen zum Austrag kommen konnten, wird man kaum sprechen können.[16] Der so zusammengesetzte Ausschuß hatte sämtliche anfallenden Geschäfte zwischen den Kongressen zu besorgen.

---

14 Verhandlungen AT I (1862), S. 86 ff.

15 In den Grenzboten 24 (1865, IV), S. 631 ff., findet sich eine detaillierte Zusammenstellung über die Größe der Landtage; J. Daebel, 1969, S. 118, kommt unter Einbeziehung der ersten Kammern auf 3300 Parlamentarier.

16 Im August 1863 beantragte Venedey erfolglos eine dahingehende Änderung des Paragraphen, daß die Vorschläge der Versammlung bereits die Kandidatenliste bilden sollten, Verhandlungen AT II (1863), S. 61 f.

Tabelle 2: Teilnehmer der Abgeordnetentage aufgeschlüsselt nach Herkunftsstaaten

	Sep.1862	Aug.1863	Dez.1863	Okt.1865	Mai 1866
Baden	14 (2)	21 (2)	44 (8)	18 (1)	36 (5)
Bayern	8	11	107 (2)	80	14
Braunschweig	5	3	6	3	–
Bremen	4	3	8	–	3
Coburg-Gotha	19	12	10	2	1
Frankfurt	4	64	73	37	37
Hamburg	–	3	8	2	1
Hannover	9 (1)	8	9	10	3
Hessen-Darmstadt	5	32	42	22	30
Hessen-Kassel	12	27	31	6	30
Mecklenburg	3	3	–	–	4
Nassau	7 (3)	14 (2)	20 (6)	21 (8)	34 (10)
Oldenburg	–	2	5	–	1
Österreich	–	–	7	1	–
Preußen	46 (1)	58 (1)	46	7	17
Sachsen	15	11 (1)	10	9 (1)	2
Schleswig-Holstein	1	4	4	19	30
Weimar	36	16	6	2	1
Württemberg	12	15	48	27	2
Sonstige	10	12	6	5	4
Gesamt	210 [45]	319 [52]	490	271	250 [33]

In runden Klammern sind die Mitglieder erster Kammern angegeben, in eckigen Klammern die Anzahl der ehemaligen Parlamentsmitglieder.

Darüber hinaus verfügte er über das Recht, außerordentliche Abgeordnetentage zu berufen (§ 5) und ein geschäftsführendes Büro einzurichten (§ 6). Im folgenden Jahr wurde durch Erweiterung des § 6 die Größe des geschäftsführenden Vorstands auf fünf Personen festgelegt, in den man Karl Barth, Häusser, Metz, Müller und Passavant delegierte. Ferner beschloß man die Errichtung einer Spezialkommission, die verpflichtet wurde, »die Beziehungen der Kommission und des Vorstands mit den Landesvertretern der einzelnen deutschen Staaten zu unterhalten«. Miquel erläuterte die Aufgaben dieser Kommission, die in den einzelnen Ländern »ständige Korrespondenten und Agenten« ernennen sollte. Geplant war unter anderem, alle Aktenstücke und Berichte über landständische Verhandlungen zu sammeln, um beim ständigen Ausschuß eine »deutsche Bibliothek« zu errichten, die eine detaillierte Behandlung der jeweiligen Spezialprobleme durch den Abgeordnetentag erlauben würde.[17]

17 Verhandlungen AT II (1863), S. 61 ff.

Der Abgeordnetentag entsprach 1862/63 weitgehend dem Typus einer Honoratiorenverbindung, wenn man die Methoden der Führungsauswahl und den Organisationsgrad berücksichtigt. Er verfügte in dieser Zeit weder über eine Verbandszeitung noch über bedeutende Finanzmittel. Auch läßt sich eine nachhaltige Tätigkeit des Ausschusses nicht nachweisen, sieht man von der hektischen Vorbereitung des zweiten Kongresses im Vorfeld des Frankfurter Fürstentags ab. Die eigentliche politische Agitation sollte dem Nationalverein überlassen bleiben, während der Abgeordnetentag seine Aufgabe als »kombinierte Fortschrittspartei« durch vorsichtige Koordinierung im Hintergrund sowie durch demonstrative Resolutionen in der Öffentlichkeit erfüllen sollte.

Über ein »Programm« im engeren Sinne – wie es etwa der Nationalverein besaß – verfügte der Abgeordnetentag entsprechend seiner Natur nicht, sieht man einmal davon ab, daß er sich als Förderer der »Einigung und freiheitlichen Entwicklung Deutschlands« verstand. Sein Zweck bestand laut § 1 der Statuten in der Beratung wichtiger Fragen von gemeinsamem Interesse, welche zur Beratung in den Einzelstaaten geeignet seien, »um ein möglichst gleichartiges Verfahren in den deutschen Kammern« zu fördern. Sein »Programm« manifestierte sich in den Resolutionen und Beschlüssen zu den jeweils besprochenen Einzelfragen. All dies änderte sich seit Dezember 1863, als der Abgeordnetentag und sein Ausschuß einen tiefgreifenden Funktionswandel erfuhren und an die Spitze der Schleswig-Holstein-Bewegung traten. Die seitdem als »36er-Ausschuß« bezeichnete Deputation griff aktiv in die Tagespolitik ein und verfügte aufgrund eines enormen Spendenaufkommens bald über größere Finanzmittel, als sie dem Nationalverein zur Verfügung standen.

Der Abgeordnetentag beanspruchte unter den Organisationen der nationalen Verfassungsbewegung eine besondere Legitimität, die er durch den Status seiner Mitglieder als gewählte Volksvertreter begründete. In § 1 der Statuten spiegelte sich die Selbsteinschätzung in der Formulierung wider, daß der Abgeordnetentag »in Ermangelung eines deutschen Parlaments« über Fragen von nationalem Interesse beraten wolle. Es nimmt daher nicht Wunder, daß der Abgeordnetentag bei Konservativen und Regierungen in Verdacht geriet, ein verkapptes »Vorparlament« zu sein oder sich zu einem solchen erklären zu wollen, zumal es von demokratischer Seite tatsächlich derartige Bestrebungen gab.[18] Im ursprünglichen Sinne war ein »Vorparlament« eine unter Berufung auf das revolutionäre Recht des Volkes zusammengetretene Versammlung ohne formale Legitimation, deren Zweck es war, Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung auszuschreiben. So war es im März 1848 gewesen. Damals hatte der in Heidelberg eingesetzte Siebenerausschuß »alle früheren oder gegenwärtigen Ständemitglieder und Teilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen« und zusätzlich eine Reihe öffentlich angesehener Personen eingeladen.[19] Trotz einer ähnlichen Zusammensetzung wie das Vorparlament von 1848 – die Pfingstversammlung hatte

18 Vgl. unten, S. 286 f.
19 Vgl. V. Valentin, Bd. 1, 1977, S. 376, 468 f.

allerdings, wie gesehen, auf die zusätzliche Einladung »verdienter Persönlichkeiten« verzichtet – wies der Ausschuß des Abgeordnetentags alle von demokratischer Seite vorgebrachten Forderungen zurück, sich als solches zu konstituieren. Als in Weimar am Beispiel Moritz Rittinghausens darüber verhandelt wurde, ob allein die Teilnahme am Frankfurter Vorparlament eine ausreichende Legitimation für die Teilnahme am Abgeordnetentag verschaffe, wurde dies verneint. Fries nutzte als Versammlungspräsident die Gelegenheit zu deutlicher Distanzierung gegen die Bezeichnung des Abgeordnetentags »als eine Art Vorparlament«. Es habe »diese Bezeichnung schon zu soviel Mißdeutung geführt, daß ich mich berufen erachte, dieser Auffassung entschieden zu widersprechen«.[20] Erst unter den völlig veränderten politischen Bedingungen des Sommers 1866 wurde ein solcher Schritt im Ausschuß ernsthaft erwogen.

20 Verhandlungen AT I (1862), S. 24 ff. Vgl. auch die offiziösen Formulierungen in SZ, Nr. 150, 19. 9. 1862: der Abgeordnetentag solle »nach der ausgesprochenen Absicht seiner Urheber nicht bedeuten ein Vorparlament in dem geschichtlichen Sinne dieses Wortes. Das Vorparlament von 1848 hatte den Zweck, die unmittelbare Berufung eines deutschen Parlaments einzuleiten. Der Zweck der Versammlung in Weimar ist das nicht«; fast wortgleich der Beobachter, Nr. 224, 25. 9. 1862.

Koordinierte Politik

1. Die Reichsverfassung von 1849 als Programm der nationalen Verfassungsbewegung

Fedor Streit hatte während der Vorbereitungsphase des Weimarer Abgeordnetentags erneut die Frage aufgeworfen, ob es nicht geboten sei, die Reichsverfassung von 1849 zum Programm des Nationalvereins zu erheben. Nach seiner Überzeugung ließ sich nur auf diesem Wege die »unnatürliche Verbindung« zwischen den großdeutschen Liberalen und Demokraten des Südens und den »Reaktionären und Ultramontanen« sprengen und zugleich die zögerliche Demokratie an den Nationalverein binden. Die Stärke dieser Position sah er darin, daß man gegenüber allen Gegenbestrebungen ein konkretes, faßbares Ziel und eine feste rechtliche Grundlage besäße, die die Gegner zwingen würde, Stellung zu beziehen. »Sie schlagen die Delegiertenversammlung vor – wir fordern die Reichsverfassung von 1849«.[1]

Mit dem Verweis auf die Möglichkeit zur Integration bundesstaatlicher Großdeutscher und 1848er-Demokraten hatte Streit in seinem Brief bereits zwei Gründe für die seit dem Herbst 1862 einsetzende großangelegte Agitation für die Reichsverfassung angesprochen. Nach dem bisher über die Entstehungsgeschichte der Abgeordnetentage Gesagten leuchtet die integrative Kraft der Reichsverfassung als Gegengewicht zu den staatenbündischen Reformprojekten der Mittelstaaten und Österreichs unmittelbar ein und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Wenn aber auch namhafte 1848er-Demokraten, die während der Revolutionsjahre die liberal-konstitutionelle Reichsverfassung abgelehnt hatten, jetzt auf einem Bekenntnis zum Verfassungswerk der Paulskirche bestanden, so hing dies nicht nur damit zusammen, daß die Paragraphen inzwischen die Weihe der Verfassungskämpfe trugen. Die Reste der versprengten, zum Teil noch im Exil befindlichen Demokratie drohten, soweit sie im Gründungsjahr 1859 noch nicht zum Nationalverein gefunden hatten, vollends in politischer Isolierung zu versinken, wenn sie sich nicht zu programmatischen Kompromissen bereitfanden. Ihre organisatorische und numerische Schwäche gebot zwingend die Zusammenarbeit mit den gemäßigt demokratischen und liberalen Kräften im Nationalverein, da es zu ihm keine organisatorische Alternative gab. Aus diesem Blickwinkel erschien auch die einstmals verpönte oder wenigstens ungeliebte Reichsverfassung in einem anderen Licht, da sie eine gute Ausgangsbasis für einen Kompromiß zu bieten schien.

1 Streit an Bennigsen, 23. 9. 1862, Nl. Bennigsen, 307, Bl. 98 ff.

Das Bekenntnis der Demokratie zur Reichsverfassung war bereits seit 1856 im »Jahrhundert« und in den »Demokratischen Studien« publizistisch vorbereitet worden.[2] Vorangetrieben wurde der Klärungsprozeß im Mai 1860 durch die mißglückte Rede des hannoverschen Ministers v. Borries über eventuelle Bündnisse der Mittelstaaten mit fremden Mächten, die dem Nationalverein die Gelegenheit zu seiner Heidelberger Erklärung verschafft hatte. Heinrich Simon, einer der Autoren der »Demokratischen Studien«, versandte von Zürich aus eine Erklärung an seine demokratischen Weggefährten, in der er vorschlug, man solle angesichts der äußeren Bedrohung die »Fahne« hochhalten, um die sich alle Vaterlandsfreunde scharen könnten: »die deutsche Reichsverfassung beschlossen vom ganzen deutschen Volke«.[3] Simons Initiative besaß besonderes Gewicht, da er in der Paulskirche maßgeblich zu dem auf der Verbindung von Erbkaisertum und allgemeinem Wahlrecht basierenden Kompromiß zwischen Konstitutionellen und Demokraten beigetragen hatte, der die Verabschiedung der Reichsverfassung ermöglichte.

In einer Anfang 1862 publizierten Broschüre forderte Johann Baptist v. Schweitzer den Nationalverein erstmals direkt auf, »mit Weglassung der Frage nach der Führerschaft, einen allgemeinen Ruf nach einer deutschen Nationalvertretung zu erheben« und deutete für diesen Fall einen Beitritt der Demokratie an: »Sobald der Nationalverein lediglich die Erwirkung eines deutschen Parlaments auf seine Fahne schreibt und die Verfechtung des alten Gothaer Programms bis zu dessen Zusammentritt verschiebt, kann auch die Demokratie in denselben eintreten, ohne ihren Grundsätzen etwas zu vergeben«.[4]

Die Frage, ob die Demokratie sich eine eigene Organisation verschaffen, oder ob sie sich dem Nationalverein anschließen solle, beschäftigte auch ein Treffen einer Reihe ehemaliger demokratischer Abgeordneter der Paulskirche während des Schützenfestes in Frankfurt im Juli 1862. Die Bedeutung dieses Treffens für die Geschichte der deutschen Demokratie kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Seit dem Frankfurter Demokratentreffen im Landsberg während der Gründungsversammlung des Nationalvereins handelte es sich um die erste größere Zusammenkunft. Der Teilnehmerkreis und der Verlauf des Treffens, über das strengstes Stillschweigen vereinbart wurde, ist im einzelnen kaum zu rekonstruieren. Wegen des gleichzeitig stattfindenden Schützenfestes, zu dem Schweitzer bekanntlich auch Gari-

---

2 Vgl. oben, S. 44 f.

3 Die Erklärung ist abgedruckt bei L. Bamberger, Erinnerungen, 1899, S. 398 f.; J. Jacoby (Hrsg.), Heinrich Simon, [2]1865, S. 358 f.; vgl. auch Simon an Kinkel, 8. 8. 1860, UB Bonn, Nl. Kinkel, 2662.

4 J. B. v. Schweitzer, Die deutsche Frage, 1862, S. 39 f. Walesrode deutete Lassalle gegenüber ein weiteres Moment an, weshalb die Demokratie »die Gothaer zwingen« müsse, sich mit ihr auf dem Boden der Reichsverfassung zu treffen: das sei »die Anerkennung der Revolution von 1848«. Sie sollte nach seiner Auffassung jedoch nur der Anfangspunkt der Bewegung sein, nicht deren Ende, vgl. Walesrode an Lassalle, 8. 7. 1860, in: F. Lassalle, Briefe, Bd. 2, 1923, S. 222 f. Lassalle lehnte allerdings die Reichsverfassung strikt ab, vgl. Streit an Lassalle, 1. 10. 1862, ebd., Bd. 4, 1924, S. 51 ff.; Lassalle an Sophie v. Hatzfeld, 14. 10. 1862, ebd., Bd. 5, 1925, S. 304.

baldi einladen wollte und das im Zusammenhang mit den Plänen zur Schaffung eines »Volksheeres« stand, wird man zahlreiche Teilnehmer auch aus dem ausländischen Exil vermuten dürfen.[5] Mit Sicherheit nahmen Christmann, Heldmann, Georg Friedrich Kolb, Reinhard, Roßmäßler[6], Tafel, Bekker und der gerade aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrte Löwe-Calbe teil.

Den Anlaß zu dem Treffen hatten die Beschlüsse der Frankfurter Pfingstversammlung vom Juni 1862 geliefert. Die Demokraten vermuteten darin den Versuch der »gothaischen« Richtung, eine Art Vorparlament vorzubereiten, ohne dabei die legitimen Mitglieder der aufgelösten Frankfurter Nationalversammlung gebührend zu berücksichtigen. Als Gegenreaktion wurde von einigen Hitzköpfen der Vorschlag ins Spiel gebracht, die noch amtierenden Rumpfparlamentarier sollten sich auf der Stelle zum Vorparlament erklären, um, wahrscheinlich gestützt auf die zahlreichen Schützen und Turner in der Stadt, revolutionäre Tatsachen zu schaffen. Einsichtigere Teilnehmer lenkten die Aufmerksamkeit auf den Nationalverein und sprachen sich dafür aus, denselben aufzufordern, sich auf seiner nächsten Generalversammlung zum Vorparlament zu erklären und Wahlen nach dem Gesetz von 1849 auszuschreiben.[7] Die Versammlung endete mit dem Beschluß, im Anschluß an die Generalversammlung des Nationalvereins erneut zusammenzutreten, um die Beitrittsfrage endgültig zu entscheiden.[8]

Das geplante Folgetreffen der Demokraten fand am 10. Oktober 1862 wiederum in Frankfurt statt, nur wenige Tage nachdem der Nationalverein sich vorbehaltlos zur Reichsverfassung inklusive der Grundrechte und der Wahlgesetze von 1849 bekannt hatte. Ein Großteil der Anwesenden war direkt aus der Schweiz angereist, wo sie sich anläßlich der Einweihung eines Denkmals für den im August 1860 im Wallersee ertrunkenen Heinrich Simon getroffen und wichtige Vorgespräche geführt hatten.[9] Zu den im Lands-

---

5 Gottlob Tafel, einer der Teilnehmer, war auf einer Reise in die Schweiz Anfang August 1861 mit Vogt, Hagen, Temme, Löwe, Nauwerck u. a. zusammengekommen, Tafel an Jacoby, 22. 8. 1861, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 159.

6 Emil Adolf Roßmäßler (1806–1867), ev., seit 1846 deutschkath.; Theologie- und Botanik-Studium; seit 1827 Hauslehrer, seit 1830 an der Akademie für Forstwirtschaft in Tharandt; seit 1839 Professor; schriftstellerische und journalistische Tätigkeit; MdNatV (DH, AH); Rumpfparlament; 1852–54 mehrmals in Haft; Mitglied NV und AT; spielte eine große Rolle im Leipziger Arbeiterverein; vgl. ADB 29, S. 268 ff.; R. Koch, 1989, S. 345.

7 SZ, Nr. 151, 19. 8. 1862; DAZ, Nr. 224, 25. 9. 1862.

8 Vgl. das Exemplar des Einladungsschreibens aus dem Besitz Hermann Beckers, UB Köln, Sign. V 53/12; mit kleineren Fehlern nach L. Bamberger, Erinnerungen, 1899, S. 511 f., abgedruckt bei S. Na'aman, Konstituierung, 1975, S. 643; vgl. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 427, Anm. 532. Bamberger hatte die Einladung durch Wilhelm Löwe-Calbe erhalten, nahm aber selbst nicht teil; kurz erwähnt ist die Zusammenkunft bei E. A. Rossmässler, Mein Leben, 1874, S. 363 f. Vgl. ferner den von Rudolf Genée stammenden Artikel in der Coburger Zeitung, Nr. 136, 14. 6. 1862.

9 Jacoby hatte für seinen engen Freund eine mit unglaublicher Energie betriebene Sammlung für die Errichtung eines Denkmals in Gang gesetzt, die trotz gelegentlicher Kritik, daß Simon ein so bedeutender und populärer Mann nicht gewesen sei, schließlich genügend Geld zusammenbrachte; vgl. die Briefe bei E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 111 ff.; ders., Jacoby, 1976, S. 296 ff.; L. Bamberger, Erinnerungen, 1899, S. 506 ff. Am 5. 10. 1862 fand die Einweihungsfeier in Murg statt. Unter den Teilnehmern befanden sich Bamberger,

berg Versammelten, darunter auch dreizehn »Rumpfparlamentarier«, zählten nachweislich Karl Vogt, Löwe-Kalbe, Jacoby, Temme, Titus, Roßmäßler, Mohr und Christmann, die allesamt an der Einweihungsfeier des Simon-Denkmals teilgenommen hatten, sowie Schulz aus Nassau, Bermbach und die Frankfurter Kolb, Reinganum, Supf, Friedleben und Max Wirth. Unter Verweis auf die Beschlüsse der Generalversammlung des Nationalvereins plädierte Wilhelm Löwe nachdrücklich für den Beitritt der Demokraten. Die Mehrheit der Anwesenden schloß sich seinem Vorschlag an.[10] Ein kleinerer Teil der Versammlung verweigerte sich und entschied, sich bis auf weiteres abwartend zu verhalten. Nur einige überzeugte republikanische (Alt-) Demokraten wie Titus und Bermbach verharrten in völliger Ablehnung zum Nationalverein.[11]

Neben der Integrationskraft für die bundesstaatlich orientierten Großdeutschen und die 1848er-Demokraten bestimmte den Nationalverein noch ein drittes Moment zur Adaption der Reichsverfassung, nämlich die Konkurrenz des Abgeordnetentags um die führende Stellung innerhalb der nationalen Verfassungsbewegung. Bereits am 9. Juni 1862 hatte der Vorstand des Nationalvereins in Frankfurt die Ergebnisse der Pfingstversammlung beraten und beschlossen, die diesjährige Generalversammlung erst im Anschluß an den Volkswirtekongreß und den Abgeordnetentag abzuhalten, um in Kenntnis ihrer Ergebnisse den Standort des Nationalvereins neu zu bestimmen.[12] Durch die weitestgehenden Beschlüsse, in diesem Fall durch die Pro-

---

Berlepsch, Hans Blum, Borchardt, Stephan Born, Moritz Hartmann, Jacoby, Gottfried Keller, Köchly, Karl Mayer, Nauwerck, Rödinger, Phillip Schwarzenberg, Ludwig Simon, Heinrich Simon jun., Temme, Wesendonck, Wislicenius und das Ausschußmitglied des NV Otto Lüning; nach Beendigung der Feiern traf ein Ehren-Kranz des NV-Vorstands in Murg ein! Daß der Beitritt zum NV auch hier diskutiert wurde, belegt vor allem der Festbericht Mayers. Gemeinsam mit über 70 Mitgliedern verschiedener deutscher Arbeitervereine der Schweiz leistete man den »Rütlischwur« der deutschen Demokraten in der Schweiz, vgl. die Festberichte bei J. Jacoby (Hrsg.), Heinrich Simon, [2]1865, S. 376 ff.; K. Mayer, Festfahrt, 1863; H. Blum, Totenfeier, 1862; M. Wittner, Hartmann, Bd. 2, 1907, S. 457 ff.; E. Silberner, Jacoby, 1976, S. 311 f.; ders., (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 243, Anm. 3; NrhVZ, Nr. 312, 12.10. 1862; VZ, Nr. 238, 11.11. 1862.

10 Zu den Befürwortern gehörten Karl Vogt und Georg Fein; Vogt unterstützte in einem offenen Brief aus Genf vom 17.10. 1862 die Reichsverfassung und empfahl den Beitritt zum NV, SZ, Nr. 252, 13.11. 1862; Fein empfahl den deutschen Arbeitervereinen in Genf den Beitritt und die Unterstützung der Reichsverfassung, Abschriften Fein an Biedermann, 14.1. 1863; Fein an die Arbeitervereine Genfs, 19.1. 1863, STA Wolfenbüttel, Nl. Fein, 94. Auch Karl Mayer, 1864 einer der Mitbegründer der württembergischen Volkspartei, empfahl die Unterstützung des NV und war mit großer Wahrscheinlichkeit zeitweise Mitglied desselben, vgl. seine Äußerungen in: K. Mayer, 1863, S. 319 ff.

11 Wentzel an Bismarck, 12.10. 1862, GSTA-B, III. HA, 189, Bl. 25 f.; GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 232 ff.; SZ, Nr. 266, 20.11. 1862; Mainzer Journal, Nr. 240, 15.10. 1862; Frankfurter Post Zeitung, Nr. 580, 11.11. 1862; ironischer Bericht Vogts in (Münchener) Neueste Nachrichten, Nr. 330, 26.11. 1862. Republikanische Kritik an der Reichsverfassung äußerte Karl Blind, vgl. den Nachdruck eines Artikels des »Hermann« im VfmD, Nr. 67, 4.6. 1862; NrhVZ, Nr. 290, 28.8. 1862. Vgl. den Artikel »Die Flüchtlinge von 1848 und 1849«, in: Grenzboten 22 (1863, I), S. 14 ff.: dort werden drei Gruppen von Flüchtlingen unterschieden, die Beitrittswilligen, die Zögerlichen und die unheilbaren Revolutionäre vom Schlage eines Marx und Freiligrath.

12 V-Prot.NV (ms.), 9.6. 1862, StadtB München, Akten NV.

klamierung der Reichsverfassung samt der Grundrechte und Wahlgesetze ohne einschränkende Zusätze, sollte der politische Führungsanspruch des Nationalvereins in der nationalen Verfassungsbewegung unterstrichen werden.[13]

Zudem wurde auf diese Weise eine Arbeitsteilung zwischen Nationalverein und Abgeordnetentag eingeleitet. Während der Nationalverein für das Grundsätzliche zuständig war, konnte der Abgeordnetentag, programmatisch variabler, gegenüber den Regierungen Kompromißbereitschaft vermitteln. Der Abgeordnetentag habe sich wesentlich mit der Verabredung politischer Maßregeln zu beschäftigen, erläuterte die Süddeutsche Zeitung, während der Nationalverein die Verbreitung politischer Ideen als seine Hauptaufgabe betrachte. Deshalb sei das Programm des Abgeordnetentags »weiter« als das des Nationalvereins. Der Zweck sei eine »erfolgreiche Wechselwirkung«.[14] Die personelle Verflechtung der Ausschüsse erlaubte es, bei Bedarf die jeweilige Variante auszuspielen, entweder mit dem Abgeordnetentag Kompromißbereitschaft zu betonen oder durch den Nationalverein das Prinzip aufzustellen. In diesem Sinne versuchte Bennigsen in seiner Eröffnungsrede zur Generalversammlung des Nationalvereins die weitverbreiteten Bedenken gegen den Abgeordnetentag zu zerstreuen, indem er eine Abgrenzung der Funktionen beider Organisationen vornahm: den Nationalverein bezeichnete er als das »Volkshaus«, den Abgeordnetentag dagegen als das »Staatenhaus« eines künftigen nationalen Bundesstaats. Während der Abgeordnetentag das Organ der liberalen Fraktionen der Länderkammern sei, nehme der Nationalverein die Interessen der »gesamten Nation« wahr.[15]

Nachdem selbst ausgesprochen konstitutionelle Liberale wie Baumgarten und der beinahe konservativ gefärbte Francke die programmatische Adaption der Reichsverfassung befürwortet[16] und Schulze-Delitzsch diesen Schritt zur »absoluten Notwendigkeit« erklärt hatte, um gegenüber den anlaufenden Reformbestrebungen nicht »geradezu in das Hintertreffen« zu geraten[17], und nachdem Unruh im Namen der preußischen Fortschrittspartei dem Ausschuß vollkommenes Einverständnis signalisiert hatte, begaben sich Brater, Metz und Unruh an die Ausarbeitung einer entsprechenden Resolution.[18]

---

13 Vgl. das Urteil S. Na'aman, Nationalvereins, 1987, S. 154.

14 SZ, Nr. 176, 3.10.1862.

15 Verhandlungen NV III (1862), S. 4. »Der Nationalverein und der Abgeordnetentag unterstützen sich gegenseitig und erscheinen in ihrer Zusammengehörigkeit wie Volkshaus und Staatenhaus in der Reichsverfassung«, schrieb auch L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 2, 1898, S. 111 f.

16 Baumgarten an Bluntschli, 16.5.1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; Francke an Bennigsen, 5.9.1862, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 582. Vgl. auch SZ, Nr. 202, 17.10; Nr. 204, 18.10.1862: sie führte zwei Argumente für die Reichsverfassung an: die Krise in Preußen und den Aufschwung der großdeutschen Bewegung; befürwortende Artikel auch in Freytags Grenzboten 21 (1862, IV), S. 121 ff. Der Beobachter brachte ab Nr. 192 vom 19.8.1862 eine zehnteilige Serie mit dem Titel »Die deutsche Reform«, in der er die Reichsverfassung propagierte.

17 Schulze an Streit, 23.10.1862, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 197.

18 A-Prot.NV, 5.10.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

Die Kernsätze des sehr kurzen Textes lauteten:

»Dem Rechtsbewußtsein der Nation und ihrem Verlangen nach Macht und Freiheit entspricht nur Eines, die Durchführung der Reichsverfassung vom 28. März 1849, samt Grundrechten und Wahlgesetz, wie sie von den legal gewählten Vertretern des deutschen Volkes beschlossen sind. Auf die Verwirklichung dieses Rechtes, vor allem auf die Berufung eines nach den Vorschriften des Reichswahlgesetzes gewählten Parlaments, mit Ernst und Kraft zu dringen, ist die Aufgabe der nationalen Partei«.[19]

Mit diesem Beschluß verfügte der Nationalverein über ein detailliertes national- wie verfassungspolitisches Programm, das durch das eindeutige Bekenntnis zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht das Programm der Fortschrittspartei in Preußen überflügelte. Die Phase der diffusen Formelkompromisse konnte somit auf den ersten Blick als beendet erscheinen. Eine der Grundthesen Na'amans lautet deshalb, daß der Nationalverein mit dem Beschluß zur Durchführung der Reichsverfassung die »politische Konstituierung des deutschen Bürgertums« auf nationaler Ebene vollzogen habe. Mit dem Bekenntnis zur Revolution habe der Nationalverein bewiesen, daß er kein Propagandaverein für die preußische Spitze, sondern das legitime Organ des gesamten deutschen Bürgerstandes gewesen sei, der den nationalen Bundesstaat notfalls auf revolutionärem Weg mit Hilfe der Turner- und Schützenvereine durchsetzen würde. Na'aman hält offenbar die dauerhafte Realisierung einer gesamtbürgerlichen Organisation für möglich und zeichnet das baldige Scheitern einer solchen Konstituierung, den Zerfall in sozialistische, demokratische und nationalliberale Gruppierungen und Parteien, nach. Die Ursache für den Niedergang sieht er darin, daß der Nationalverein die Erwartungen einer entschlossenen Volkspolitik enttäuscht und während der Schleswig-Holstein-Krise 1863 den Mut zu revolutionärem Handeln nicht aufgebracht habe.[20]

Läßt man die Einwände gegen die unterstellte Möglichkeit einer revolutionären Einigung beiseite, wird man dennoch betonen müssen, daß die Vorstellung einer gesamtbürgerlichen und durch Einbeziehung der frühen Arbeiterbewegung auch klassenübergreifenden Politik aus der vorindustriellen Zeit stammte und unter den Bedingungen der beschleunigten Industrialisierung keine Chancen auf dauerhafte Realisierung besaß.[21] Sie wurde darüber hinaus von den Ausschußmitgliedern auch nicht angestrebt. Die Reichsverfassung war im Ausschuß nie als verbindliche programmatische Basis akzeptiert, sondern aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit ins Spiel gebracht worden. Im Ausschuß gab es niemanden, der wie Welcker die Reichsverfassung zur Glaubensfrage machte. Weder die Demokraten noch die Konstitutionellen sahen in ihr das Ideal ihrer nationalpolitischen Vorstellungen verkörpert. Ihre programmatische Adaption war vielmehr die einzige Möglichkeit, unter den Bedingungen des Verfassungskonflikts die »Nationalpartei« zusammenzuhalten, Kritiker zu integrieren und den konkurrierenden

19 Verhandlungen NV III (1862), S. 9 f.
20 S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 13, 15 ff., 121 ff., und, skeptischer, S. 152 f.
21 So auch D. Langewiesche in seiner Rezension, in: AfS 29 (1989), S. 730 ff.

Bundesreformvorstellungen ein halbwegs populäres Programm entgegenzusetzen. Indem die nationale Elite zwischen der Konstatierung des Prinzips durch den Nationalverein und der Andeutung von Kompromißbereitschaft durch den Abgeordnetentag wählen konnte, hatte sie durch institutionelle Vorkehrungen eine bindende Festlegung auf die Reichsverfassung abgewendet. Daß man die Reichsverfassung fallen lassen würde, sobald es politisch nutzbringend erschien, war für die Mehrheit der Ausschußmitglieder selbstverständlich.

Im Anschluß an die Generalversammlung beschloß der Ausschuß eine ganze Reihe von Maßnahmen, um die Reichsverfassung zu popularisieren und im öffentlichen Bewußtsein zu verankern. Man organisierte die Abhaltung größerer Mitgliederversammlungen in Frankfurt, Stuttgart, Nürnberg, München, und, im Anschluß an die für den 18. Oktober 1862 angesetzte und für den nordwestdeutschen Raum entscheidende Bremer Versammlung, in Osnabrück, Braunschweig und Hamburg. Ferner forderte man die verbundene Presse durch ein Rundschreiben auf, die Reichsverfassung durch Abdruck zu verbreiten. Streit sagte man vorab die Kostenübernahme für 2000 Exemplare zu.[22] Außerdem verbreitete man ein von Planck verfaßtes Flugblatt mit einer Auflage von 25000 Stück über die Geschichte und gegenwärtige Bedeutung der Reichsverfassung.[23] Angesichts der programmatischen Beschlüsse des neugegründeten Reformvereins legte der Vorstand Anfang November noch einmal nach. Verschiedene Ausschußmitglieder wurden instruiert, lokale Mitgliederversammlungen zugunsten der Reichsverfassung zu organisieren. In Breslau, Frankfurt a. O. und Bromberg sollte Schulze, in Danzig Behrend, in Königsberg John, in Stettin Amelung, im Rheinland und in Westfalen Lüning und in Leipzig Fries das Notwendige veranlassen.[24]

Seit Mitte Oktober fanden in zahlreichen Städte entsprechende Versammlungen statt.[25] Die Schwierigkeiten, auf die die Nationalvereinsführung vor allem in Bremen stieß, zeigten jedoch die Grenzen der Integrationskraft der Reichsverfassung. Die dortigen Mitglieder, die als Exponenten des äußersten rechten Flügels des Nationalvereins anzusehen waren[26], bezeichneten das Bekenntnis zur Reichsverfassung als doktrinär und politisch verfehlt. Erst nachdem Bennigsen und Miquel eine Interpretation der Beschlüsse der Generalversammlung lieferten, die die Reichsverfassung de facto wieder zur

---

22 Die SZ und die CAZ folgten dieser Aufforderung und brachten als Beilagen den Text der Reichsverfassung; SZ, Nr. 199, 15.10.1862, CAZ, Nr. 15, 12.4.1863. Ob die Berliner VZ, die über Franz Duncker gesondert aufgefordert wurde, einen Abdruck zu besorgen, dem nachkam, muß offenbleiben. Das benutzte Exemplar enthielt keine entsprechende Beilage; auch J. Frölich, 1990, gibt keine Hinweise. Ein Exemplar der »Verfassung des Deutschen Reiches«, Coburg ²1862, inklusive der Wahlgesetze von 1849 und der Namen der unterzeichneten Abgeordneten, befindet sich im BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 199 ff.

23 A-Prot.NV, 8.10.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Das Zirkular an die Redaktionen als Beilage zu V-Prot.NV, 9.11.1862, ebd.

24 V-Prot.NV, 9.11.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

25 Die unvollständige Aufzählung der SZ nennt Bremen, Nassau, Frankfurt a. M., Königsberg, Heidelberg, Alzey, Hamburg, Müllheim, Gießen, Jerxheim bei Braunschweig, Mannheim, Pforzheim und Darmstadt statt, SZ, Nr. 209, 21.10.1862 – Nr. 138, 17.3.1863.

26 Vgl. hierzu jetzt zusammenfassend C. Gotthardt, 1992, S. 75 ff.

Disposition stellte, falls sich andere Möglichkeiten zur nationalen Einigung ergäben, erklärten sich die Bremer zur Einwilligung bereit.[27]

Den Höhepunkt dieser zweiten »Reichsverfassungskampagne« stellten die Verfassungsfeiern des Nationalvereins im Frühjahr 1863 dar, auch wenn sie als parteipolitische Veranstaltung an die Bedeutung der großen Nationalfeste nicht heranreichen konnten. Dennoch ist bemerkenswert, daß der Nationalverein das politische Fest als Mittel zur politischen Demonstration in sein Repertoire einbezog. Die demonstrative Beteiligung an politischen Festen oder gar ihre Organisierung war ein wesentlicher Bestandteil des »Flirts mit den Massen« (Na'aman), zu dem der Nationalverein sich seit Ausbruch des preußischen Verfassungskonflikts entschlossen hatte. In einem zweiteiligen Artikel der Wochenschrift behauptete Nagel sogar die Kontinuität der gegenwärtigen patriotischen Feste zum Hambacher Fest, nicht ohne jedoch auf gewisse Verfehlungen der damaligen »Jugendlichkeit« hinzuweisen, wozu er auch die unverständliche Polenbegeisterung rechnete.[28]

Die Mitwirkung des Nationalvereins bei der Vorbereitung und Durchführung der Turn- und Schützenfeste in Coburg, Gotha und Berlin wurde bereits ausführlich dargelegt. Im Frühjahr 1862 organisierte er in offensichtlicher Analogie zu den Schillerfeiern des Jahres 1859 in mehreren Städten Feiern zum 100jährigen Geburtstag des als Nationalhelden vereinnahmten Fichte.[29] Auf Antrag Löwes hatte eine Berliner Nationalvereinsversammlung die Ausrichtung der Jubiläumsfeiern beschlossen.[30] Zur Unterstützung finanzierte der Nationalvereinsvorstand eine Schrift Adolf Stahrs über Fichte, die er den Agenten kostenlos zur Verfügung stellte.[31] Bei der von über 3000 Personen besuchten Berliner Fichte-Feier hob Löwe-Kalbe in der Hauptrede die Bedeutung Fichtes als »geistigem Wegbereiter für die Neugestaltung Deutschlands« hervor und ließ den Nationalverein als späte Frucht seiner »Reden an die deutsche Nation« erscheinen. Angeblich gewann der Nationalverein dabei 502 neue Mitglieder.[32] Außer in Berlin fanden größere Fichte-Feiern unter Nationalvereinsregie mindestens in Kiel, Leipzig, Karlsruhe, Frankfurt und Bremen statt.[33] Daß diese Feiern als politische Manifestatio-

---

27 WSchNV, Nr. 131, 7.11.1862. Das BrHbl., Nr. 576, 23.10.1862, stützte den Nationalverein, indem es eine Stimme aus Süddeutschland abdruckte, die die Reichsverfassung unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten pries.

28 WSchNV, Nr. 112, 20.6.1862, Nr. 114, 4.7.1862,

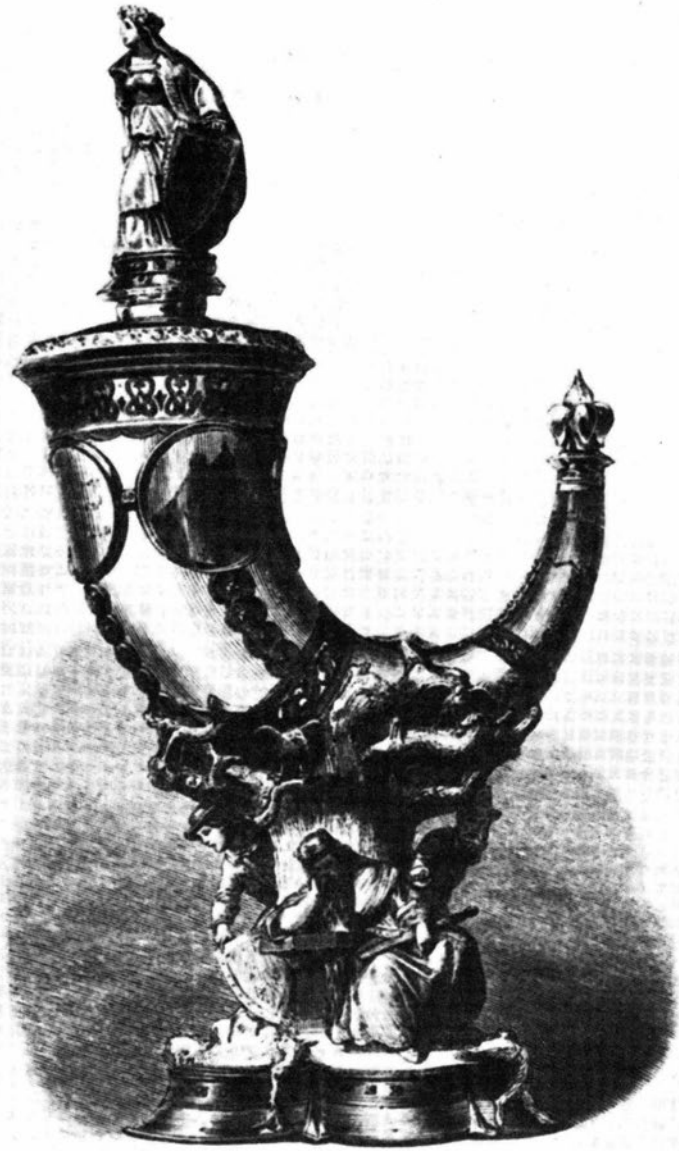
29 Vgl. zu den Schillerfeiern K. Obermann, 1955; R. Noltenius, 1984, S. 71 ff.

30 Versammlungsbericht in der Zeit, Nr. 284–285, 6.–7.3.1862.

31 V-Prot.NV, 5.3.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV; im folgenden Jahr spendete er der Fichte-Stiftung in Dresden 100 fl., V-Prot.NV, 30.3.1863, ebd.

32 Vgl. die Broschüre: Die Fichte-Feier der Berliner Mitglieder des National-Vereins, 1862. Dem Festkomitee unter Veit gehörten u. a. Auerbach, Delbrück, F. Duncker, Löwe, Schulze, Stahr, Twesten, Unruh, Virchow und Zabel an.

33 Vgl. die knappen Berichte in WSchNV, Nr. 110, 6.6.1863; SZ, Nr. 262. 23.5.1862; die Karlsruher Festrede L. Eckardts wurde unter dem Namen: Fichte, Vorbild des deutschen Volkes, 1862, veröffentlicht; darin betonte er, daß es im Sinne Fichtes sei, wenn sich das ganze deutsche Volk wie »ein einziger großer Nationalverein« unter dem schwarz-rot-goldenen Banner sammle; zum Kieler Fest vgl. J. Wetzel, 1971, S. 150 f.; vgl. auch den Artikel Nagels über die nationale Bedeutung Fichtes in WSchNV, Nr. 106, 9.5.1862.



Ehrengabe des Nationalvereins für das Deutsche Schützenfest in Frankfurt am Main, Juli 1862

Trinkhorn aus Silber mit Germania-Statue, angefertigt vom Hof-Goldschmied seiner Majestät des Königs Sy & Wagner, Berlin, zum Preis von 600 Talern.

nen ernst genommen wurden, beweist das regierungsamtliche Verbot im hessen-darmstädtischen Pforzheim.[34]

Den Höhepunkt der Festveranstaltungen bildete das zwölf Tage dauernde Frankfurter Schützenfest, das unter dem Präsidium des Ausschußmitglieds des Nationalvereins und Vorsitzenden des Abgeordnetentags Sigmund Müller vom 13. bis 25. Juli abgehalten wurde. Ein fester Bestandteil der Feierlichkeiten, die insgesamt von mehreren zehntausend Menschen besucht wurden, waren die zahllosen Festbankette und Empfänge. Dort hielten vor allem linksliberale und demokratische Politiker wie Reinganum, Preetorius, Trabert, Grün, Roßmäßler, Metz und Streit populistische Reden, die immer wieder auf die Errungenschaften von 1848/49 eingingen. Von herausragender Bedeutung war das Auftreten einer hochkarätigen Delegation preußischer Abgeordneter bestehend aus Franz Duncker, Schulze, Hoverbeck, Cetto, Lüning, Bunsen und Diederichs.[35] Schulze hielt hier seine berühmte »Volksheer«-Rede, in der er den Schützenbund und den Turnerbund als »Vorparlament« bezeichnete, »welches uns wirklich zum deutschen Parlament führt«, was immer damit gemeint sein mochte. Damit vollzog die preußische Fortschrittspartei »in aller Offenheit den Anschluß an die gesamtdeutsche Nationaldemokratie und die Tradition von 1848/49«.[36]

In die dichtgedrängte Folge dieser Festveranstaltungen sollten sich auch die Reichsverfassungsfeiern des Nationalvereins vom Frühjahr 1863 einreihen. Bereits im Februar des Jahres hatten die dem linken Vereinsflügel zuzurechnenden Münchener Vereinsmitglieder Vecchioni und Knorr dem Ausschuß vorgeschlagen, am 28. März 1863, dem 14. Jahrestag der Verabschiedung der Verfassung durch die Frankfurter Nationalversammlung, allgemeine Reichsverfassungsfeiern abzuhalten.[37] Der Ausschuß machte sich diese Pläne zu eigen und wies die Vereinsagenten durch ein Zirkular an, eine möglichst große Anzahl solcher Feiern zu organisieren.[38] Unter den zahlreichen Orten, die das Jubiläum der Reichsverfassung durch eine vom Nationalverein organisierte Feier begingen, findet man auffälligerweise kaum eine preußische Stadt.[39] Die preußischen Vereinsagenten waren offensichtlich kaum aktiv geworden. Sie hatten vermutlich auf Schulze-Delitzsch gehört, der von Versammlungen zur Feier des Geburtstages der Reichsverfassung in

---

34 SZ, Nr. 262, 23. 5. 1862.

35 J. B. v. Schweitzer, Festzeitung, 1862, S. 87 ff.; K. Grün, 1862, S. 81 ff.; J. A. Hammeran, 1862; vgl. R. Schwemer, Bd. 3/2, 1918, S. 151 ff.

36 So R. Schwemer, ebd., S. 156.

37 A-Prot.NV, 1. 2. 1863, StadtB München, Akten NV, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

38 Abgedruckt in WSchNV, Nr. 151, 20. 3. 1863; SZ, Nr. 144, 20. 3. 1863.

39 Für folgende Städte lassen sich nach den Berichten der SZ und der WSchNV Feiern nachweisen: Hannover, Frankfurt, Stuttgart, Wetzlar, Bremerhaven, Greiz, Weida, Aachen, Brieg, Bremen, Emden, Göttingen, Darmstadt, Dresden, Chemnitz, Kempten, Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Calw, Ellwangen, Niederwalluf, Limburg, Herborn, Allstedt, Berka, Eimsheim, Braunschweig, Gotha, Bever, Hildesheim, Oppenheim, Coburg, Gießen, Pfungstadt, Butzbach; zusammengestellt nach SZ, Nr. 163, 30. 3. 1863 ff.; WSchNV, Nr. 154, 10. 4. 1863 ff. Der Bremer Agent Ehmck hatte im Namen der dortigen Mitglieder heftig gegen die Feiern protestiert, vgl. seine Briefe an Bennigsen bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 576, Anm. 2.

Preußen mit dem Argument gewarnt hatte, daß die Behörden dagegen einschreiten würden.[40] Auch wenn dieses Risiko angesichts der inneren Zustände Preußens durchaus bestand, so kommt doch die schon bei der Wehrpolitik und im Zusammenhang mit den preußischen Wahlkämpfen bei verschiedenen Parlamentariern und insbesondere bei Schulze beobachtete Grundtendenz hinzu, das preußische Territorium der Fortschrittspartei zu reservieren.

Die Veranstaltungen, die wie üblich als Versammlungen der Mitglieder und Freunde des Nationalvereins angekündigt waren, stießen auf unterschiedliche Resonanz. Die Besucherzahlen schwankten zwischen gerade 150 und 2–3 000, je nach Stärke der lokalen Anhängerschaft und den organisatorischen Bemühungen der Lokalagenten. Fester Bestandteil waren Festbankette, Toasts, Gesangsdarbietungen, Rezitationen. Im Mittelpunkt stand zumeist eine Rede bekannterer Nationalvereinsführer über die historische und politische Bedeutung der Reichsverfassung. Einige der bewährten und prominenten Meisterredner sprachen auf verschiedenen Veranstaltungen, teilweise am selben Tag. Typisch war dabei überall die ständige Bezugnahme auf die Revolutionsjahre, allerdings immer unter Betonung der Legalität der Reichsverfassung, die seinerzeit immerhin von 29 Regierungen angenommen worden war.

In Stuttgart bezeichnete Adolf Seeger die Reichsverfassung als »Magna Charta« des deutschen Volks. Es folgten Trinksprüche, Toasts auf die »Reichsverfassungsmärtyrer«, insbesondere auf Robert Blum, ferner auf den Nationalverein und auf den Kammerpräsidenten Grabow in Berlin. Beim Festbankett wurden Texte von Jean Paul rezitiert und die lokalen Liederkränzchen und Gesellschaften trugen Musik und Gesang bei.[41] In Hamburg nutzte der Nationalverein die offiziellen Feiern zum fünfzigjährigen Jubiläum der Befreiung von napoleonischer Besetzung zu einer eigenen, gesonderten Festveranstaltung. Auch hier gab es den üblichen Reigen von Banketten, Toasts und Gesangsdarbietungen; der Höhepunkt der zweitägigen Feiern war eine Volksversammlung, auf der Schulze-Delitzsch die Hauptrede hielt, und ein großer Festzug, angeführt von den Nationalvereinshonoratioren, bei dem die »Reichsfahne« und ein Banner mit der Aufschrift »Reichsverfassung von 1849« von bewaffneten Turnern und Schützen getragen und bewacht wurde.[42] Diese Anordnung symbolisierte das soziale Ordnungsmodell, das der Nationalvereinsspitze vorschwebte, und zeigt eine klare schichtenspezifische Aufgabenteilung. Das gehobene Bürgertum präsentierte sich durch die Fest-Inzenierung als berufene Schicht zur Führung der gesamten Nation. Die Turner und die Schützen sollten Masse und Zahl bringen, Wähler und Beitragszahler sein und vor allem als symbolisches

---

40 Schulze an Streit, 13.2.1863, BAP, Akten NV, 32, Bl. 176 f.

41 Beobachter, Nr. 69, 24.3.1863; Nr. 75–76, 31.3.–1.4.1863; der Vorstand des NV beauftragte anschließend Wilhelm Löwe, den Präsidenten des Rumpfparlaments, auf Kosten des Vereins in Süddeutschland für die Reichsverfassung zu agitieren; V-Prot.NV, 30.3.1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

42 Vgl. das gedruckte »Spezielle Programm« der Nationalvereinsfeiern, unterzeichnet vom Vorstand der Hamburger Vereinsmitglieder, BAP, Akten NV, 32, Bl. 194.

»Volksheer« die bürgerliche Führung absichern. Die Parallelen zum Frankfurter Schützenfest und Schulzes Volksheer-Rede liegen ebenso auf der Hand, wie der politische Gehalt in Bezug auf den preußischen Verfassungskonflikt.

2. Zollvereinsreform und preußisch-französischer Handelsvertrag

Während die nationale Verfassungsbewegung mit der Einbindung der Demokraten und der bundesstaatlichen »Großdeutschen«, mit der Vervollständigung des Organisationsgeflechts sowie mit der Erprobung neuer Formen der Massenagitation vollauf beschäftigt war, entbrannte ein weiterer leidenschaftlich geführter Streit, in dessen Mittelpunkt zwei eng miteinander verbundene Themenkomplexe standen: die Pläne zur Reform der Zollvereinsverfassung, die wegen der Ende 1865 auslaufenden bisherigen Verträge von verschiedenen Ausschußmitgliedern entwickelt wurden, und die Paraphierung eines Handelsvertrags mit Frankreich durch Preußen im März 1862, der den Anschluß an die durch den Cobden-Vertrag geschaffene, auf gegenseitiger Meistbegünstigung und stark gesenkten Zöllen basierende englisch-französische Handelszone gewährleisten sollte. Die Auseinandersetzungen über diese Themen kulminierten in einer Zollvereinskrise, die dem Kongreß deutscher Volkswirte und dem Deutschen Handelstag den Höhepunkt ihrer nationalpolitischen Bedeutung bescherten.

Die Zollvereinskrise war dadurch ausgelöst worden, daß die preußische Regierung eine Verlängerung der Zollvereinsverträge von der Annahme des einseitig abgeschlossenen Handelsvertrags mit Frankreich durch die übrigen Mitgliedsstaaten abhängig machte. Damit brachte Preußen nicht nur seinen Anspruch auf eine politische Vormachtstellung gegenüber den Mittel- und Kleinstaaten zum Ausdruck, es durchkreuzte zugleich auch die österreichischen Absichten, die ihr vertraglich zugesicherten Verhandlungen über eine Zollunion erfolgreich zum Abschluß zu bringen. Die zollgeschützte österreichische Industrie war nicht in der Lage, die freihändlerische Konkurrenz mit den westeuropäischen Staaten durchzustehen. Eine Reihe von Staaten verweigerte sich deshalb dem preußischen Ansinnen, in dem sie einen Präzedenzfall für ihre politische und wirtschaftliche Mediatisierung erblickten. Sie favorisierten eine Einbeziehung Österreichs, weil sie so ihre Eigenstaatlichkeit besser wahren zu können hofften. Für das Ringen Preußens und Österreichs um die Vorherrschaft in Deutschland kam dem Handelsvertrag eine herausragende Bedeutung zu: seine Annahme durch sämtliche Mitgliedsstaaten des Zollvereins hätte die Zementierung des wirtschaftspolitischen Ausschlusses Österreichs aus Deutschland bedeutet.[1] Zweifellos besaßen sowohl der Handelsvertrag wie die Zollvereinsreform auch für die

1 Vgl. allgemein H. Böhme, Deutschlands Weg, 1966, S. 91 ff.; H.-W. Hahn, Hegemonie, 1984, S. 65 ff.; ders., Zollverein, 1984, S. 165 ff.; E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 615 ff.

wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Länder eine erhebliche Bedeutung, indem sie der exportierenden Industrie neue Absatzmärkte erschließen und generell eine schnellere und einheitlichere Gesetzgebung ermöglichen sollten. Diese Feststellung ändert jedoch nichts an dem Befund, daß sich die gegnerischen Positionen in Volkswirtekongreß und Handelstag vornehmlich entlang nationalpolitischer Konfliktlinien ausbildeten.[2]

Schon während der Verhandlungen des ersten Volkswirtekongresses im September 1858 hatte sich anhand der Diskussion über die Beseitigung verschiedener Zölle gezeigt, wie leicht scheinbar wirtschaftsbezogene Debatten in Grundsatzstreitigkeiten über Freihandel oder Schutzzoll mit allen ihren nationalpolitischen Implikationen übergehen konnten. Mit seinem ersten großen öffentlichen Auftritt war es Bennigsen damals gelungen, den Konflikt durch eine Kompromißformel zu entschärfen. In den folgenden beiden Jahren glückte es einer geschickten Ausschußregie, grundsätzliche nationalpolitische Diskussionen zu vermeiden und die Konzentration auf eng umgrenzte und weniger Spaltungstendenzen bergende Felder zu lenken. Der Volkswirtekongreß vom September 1859 beschäftigte sich neben der Gewerbefreiheit und dem Assoziationswesen mit der Aufhebung der Fluß- und Durchfuhrzölle im Zollvereinsgebiet, aller in den Zollvereinsverträgen nicht ausdrücklich bezeichneten Zölle, der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte und auf Roh- und Hilfsstoffe für das Handwerk. Alle diesbezüglichen Ausschußanträge wurden ohne nennenswerte Opposition nahezu einstimmig angenommen.[3]

Auf dem Kölner Kongreß des folgenden Jahres kann man dasselbe Phänomen beobachten: über die Aufhebung verschiedener Einzelzölle ließ sich ohne weiteres Einigkeit herstellen, ohne daß Grundsatzdebatten ausgelöst wurden. Selbst die erste offizielle Befassung mit dem geplanten Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich, über den die diplomatischen Verhandlungen gerade in Gang kamen, verlief konfliktfrei: der Kongreß erklärte, daß die zu vereinbarenden Handelserleichterungen nur dann der allgemeinen Wohlfahrt förderlich seien, wenn sie zugleich »der allgemeinen Gesetzgebung des Zollvereins einverleibt und allen Ländern der Erde gleichmäßig eingeräumt« würden. Damit war auf indirekte Weise ein Bekenntnis zum Freihandel als Basis des Zollvereins ausgesprochen.

---

2 Anders H. Böhme, Deutschlands Weg, 1966, S. 116 f.: er sieht in der Zustimmung zum Handelsvertrag »je nach »materieller« Bindung, verschiedene Äquivalente eines möglichen politischen Kompromisses« und ein Beispiel für jene »»Realpolitik«, die ein nur noch wirtschaftlich kaum mehr politisch kämpfendes »Bürgertum« auszeichnete.« Mit der Annahme des Handelsvertrags sieht Böhme sogar die enge Verbindung zwischen KdV, NV und FSP zerfallen; die Mehrzahl der Mitglieder des NV seien »seitdem« Schriftsteller, Lehrer und Professoren gewesen, ebd., S. 89 f.; L. Machtan/D. Milles, 1980, S. 36 ff.; M. Gugel, 1975, S. 22. Das Primat der Nationalpolitik bestätigen T. Amman, 1948, S. 69; R. Zeise, Gemeinsamkeiten, 1974, S. 195 ff.; B. Schulze, Wirtschaftspolitische Vorstellungen, 1971, S. 379, 409; L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 180 ff.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 425 ff., 443; ders., Liberalismus in Deutschland, 1988, S. 98 ff.

3 Verhandlungen KdV II (1859), S. 39 ff. Vgl. V. Hentschel, Freihändler, 1975, S. 61 ff.

Auch wenn man unterstellt, daß die ermüdete Versammlung bei der Zustimmung zu diesem nachgeordneten Antrag keineswegs die Absicht hatte, weitreichende Grundsatzerklärungen zum Freihandel abzugeben, läßt sich dennoch konstatieren, daß über wirtschaftliche Fragen sehr weitgehende Übereinstimmung unter den Teilnehmern herrschte: von der Gewerbefreiheit bis zur Abschaffung von Zöllen und Handelsschranken befürwortete man die Deregulierung des Wirtschaftslebens.[4] Erst seit 1861 begann sich die Zolldiskussion verstärkt mit der Diskussion um eine Reform des Zollvereins zu überlappen. Seither traten die nationalpolitischen Implikationen mit aller Schärfe in den Vordergrund. Die zeitliche und inhaltliche Parallele zu den Vorgängen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Weimarer Abgeordnetentags sind offensichtlich.

Forciert wurden die Reformpläne für den Zollverein von einigen vorwiegend altliberalen Politikern, die eine Reorganisation des Zollvereins als geeigneten Ansatzpunkt zu einer allgemeinen nationalen Reformpolitik nutzen wollten oder in ihr sogar einen Ersatz für die politische Einigung sahen. Der herausragendste Vertreter dieser Richtung war David Hansemann, der Präsident des Deutschen Handelstags. Als entschiedener Gegner der Politik des Nationalvereins, dessen Ziele nach seiner Überzeugung nur auf revolutionärem Wege zu erreichen waren, entwarf er als gleichsam evolutionäre Alternative einen Plan zur Reorganisation des Zollvereins, der anstelle des politischen wenigstens den wirtschaftlichen Bundesstaat ermöglichen sollte. Hansemanns Plan sah eine Zentralbehörde aus etwa 10 Personen unter dem ständigen Vorsitz Preußens vor, die nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden und durch eine aus zwei Kammern bestehende Volksvertretung ergänzt werden sollte. Die erste Kammer war durch Delegierte der Länderparlamente zu beschicken, die zweite durch Direktwahlen der Bevölkerung.[5]

In mancher Hinsicht ähnliche Vorstellungen verfolgte der Vorsitzende des Kongresses deutscher Volkswirte Lette. Auch er hatte einen Plan zur Reorganisation des Zollvereins entworfen, der aber gegenüber Hansemanns Entwurf stärker die preußische Führungsrolle betonte und erweiterte Kompetenzen für die Zentralorgane vorsah. Nach Lettes Ansicht war »der Zollverein für die politische Einigung Deutschlands der allerdings praktische Boden und Anhaltspunkt, von dem weiter zu gehen« sei. Der reformierte Zollverein sollte nach seinen Vorstellungen auch wesentliche Bereiche der diplomatischen Vertretung Deutschlands übernehmen.[6] Diesen Reformplan wollte Lette in Absprache mit Sybel, Biedermann, Böhmert, den Nassauern

---

4 Verhandlungen KdV III (1860), S. 47 f.

5 Vgl. A. Bergengruen, 1901, S. 704 ff.; R. Zeise, Gemeinsamkeiten, 1974, S. 180 ff.; ders., Rolle des Zollvereins, 1977, S. 441 ff.; ders., Genesis, 1976, S. 72 f.; Entwürfe im GSTA-M, Nl. Hansemann, 37; Text der im wesentlichen identischen Fassung von 1862 in Anlage A zu Resolution 3, Verhandlungen HT II (1862), S. 91 ff.

6 Lette an Bluntschli, 20.7. 1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli; vgl. auch Lette an Bennigsen, 17.6. 1863, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 595, Anm. 1.; Sybel an Baumgarten, 7.8. 1862, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 107 ff.; Bluntschli an Sybel, 15.8. 1862, ebd., S. 109 ff.; Baumgarten an Sybel, 6.9. 1862, ebd., S. 112 ff. Vgl. Lettes Vortrag vor dem Berliner Handwerkerverein: Der Volkswirtschaftliche Kongreß und der Zollverein, 1862; ferner R. Zeise, Rolle des Zollvereins, 1977, S. 443 f.

Braun und Lang, den Badenern Baumgarten, Häusser und Pagenstecher und mit Lammers dem Kongreß deutscher Volkswirte präsentieren.

Es geht jedoch erheblich zu weit, aus solchen Überlegungen abzuleiten, daß es innerhalb der bürgerlichen Nationalbewegung zwei gleichwertige Konzeptionen zur Verwirklichung der deutschen Einigung gegeben habe: den des wirtschaftlichen und den des politischen Primats.[7] Nur einige altliberale Politiker hingen Vorstellungen von einer Einigung auf dem Wege der Zollvereinsreform an. Die bei weitem überwiegende Mehrheit der nationalen Verfassungsbewegung hätte sich jedoch mit einem »Zoll-Bundesstaat« zu keinem Zeitpunkt zufrieden gegeben und bestand prinzipiell auf dem Primat der Politik. Bennigsen bemühte sich dennoch um die Integration der Verfechter dieser Vorstellungen. Gegenüber der Bremer Gruppe um Böhmert, die anfänglich ebenfalls zu den Anhängern einer Zollvereinsreform gehörte, gestand er zwar zu, daß auch nach seiner Meinung die preußische Regierung zwei Ansatzpunkte für eine nationale Reformpolitik besitze: »1. die politischen Ideen von 1848, jetzt des Nationalvereins, 2. seine Stellung im Zollverein und die vorhandenen Bedürfnisse des Zollvereins«. In dem letzteren sah er allerdings nur einen »Umweg« bei der Verfolgung des »Hauptziels«. Die »politische Nationalpartei« könne sich in ihren Zielen nicht beschränken. Sie könne einen »aus den Kreisen des Handels und der Industrie hervorgehenden ernsthaften Versuch der Umgestaltung des Zollvereins immer nur aus dem Gesichtspunkte einer Abschlagzahlung oder einer Vorbereitung ansehen«.[8]

In diesem Sinne verliefen auch die Beratungen des Ausschusses des Nationalvereins, der sich im Sommer 1862 mit dem Problem befaßte. Man kam überein, den Nationalverein von den Diskussionen um Zollvereinsreform und Handelsvertrag ganz freizuhalten. Eine Zollvereinsreform als Ersatz für einen politischen Bundesstaat wies man aus prinzipiellen Erwägungen zurück. Den Nationalvereinsmitgliedern wurde die Befürwortung eines Zollparlaments in den Länderkammern, auf dem Abgeordnetentag, Volkswirtekongreß oder Handelstag zwar gestattet, »jedoch immer unter ausdrücklicher Verwahrung dagegen, daß mit solchen teilweisen Reformen auf materiellem Gebiete dem politischen Einigungs- und Reformbedürfnis des deutschen Volks Genüge geschehen könne«.[9] Für die »politische Nationalpartei« und ihre Anhänger in Volkswirtekongreß, Handelstag und Abgeordnetentag war die Zollvereinsreform eher ein Element im Kampf um das Verhältnis zu Österreich als ein möglicher Ansatzpunkt zu einer alternativen Einigungspolitik. Auch die Bremer Gruppe um Böhmert ordnete sich der Vorgabe Bennigsens unter und bekannte sich schließlich eindeutig zum Vorrang der politischen Einigung. Schon auf dem Volkswirtekongreß von Weimar im Herbst 1862 trat sie nicht mehr für eine Zollvereinsreform auf.[10]

---

7 So vor allem R. Zeise, Gemeinsamkeiten, 1974; ders., Interessenverbände, 1978; K. H. Börner, Krise, 1976, S. 410;

8 Bennigsen an Böhmert, 21.4.1861, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 498 ff.; vgl. den Artikel über den »Handelsvertrag mit Frankreich unter nationalpolitischen Gesichtspunkten«, WSchNV, Nr. 109, 30.5.1862.

9 A-Prot.NV, 27.7.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

10 Vgl. dazu die unmißverständlich formulierte Broschüre von A. Emminghaus, Entwicklung,

Gegen das »Primat der Politik« war Hansemann bereits auf dem konstituierenden Heidelberger Handelstag nur begrenzt zum Zuge gekommen. Sein detailliert ausgearbeiteter Plan zur Zollvereinsreform wurde von der Vorkommission, vor allem von Weigel und Classen-Kappelmann, zu allgemeinen Absichtserklärungen abgeschwächt.[11] Der Resolutionsentwurf anerkannte zwar die Notwendigkeit »einer veränderten Organisation« des Zollvereins, beschränkte sich aber darauf, mit allgemeinen Worten die Beteiligung der Bevölkerung an der Gesetzgebung und die Einführung von Majoritätsbeschlüssen im Regierungskollegium zu nennen. In gesonderten Paragraphen betreffend Österreich hieß es, daß man weitgehende Verkehrsfreiheit und »in geeigneter Zeit« die »vollständige Handelsvereinigung[12] zwischen dem Zollverein und dem österreichischen Staat« anstrebe, das hieß, man ging auch für die Zukunft von der Existenz zweier Staatsgebiete aus. Hansemann konnte vor dem Plenum seine detaillierten Reorganisationspläne nur zu Protokoll geben. Im Anschluß an die Versammlung versuchte er auf auf eigene Faust, bei den Mittelstaaten für seine Pläne zu werben. Die badische Regierung war die einzige, die Unterstützung signalisierte, während Bayern, Württemberg und Sachsen die Zugeständnisse an Preußen zu weit gingen und die preußische Regierung den auf eigene Faust vorgehenden Hansemann desavouierte.[13]

Auf dem Volkswirtschaftlichen Kongreß Anfang September 1861 in Stuttgart spitzte sich der nationalpolitische Streit zu. Aus der Sicht der nationalvereinlichen Richtung lag ein gewisses Wagnis darin, die Versammlung in der Hochburg der großdeutschen Schutzzöllner abzuhalten, da die Zusammensetzung der Kongresse stets stark von den jeweiligen Tagungsorten mitbestimmt wurde. Diese Erfahrung wurde in Stuttgart nachhaltig bestätigt: von den 351 Teilnehmern stammten allein 196 (56%) aus Württemberg.[14]

Lette verfolgte seinen Plan zur Reorganisation des Zollvereins, indem er beantragte, eine »permanente Kommission in Bezug auf die Reform der Zollvereinsgesetzgebung« niederzusetzen. Diese Kommission sollte nach einem Vorschlag Beckers aus den Mitgliedern der ständigen Deputation, Vertretern aller Mitgliedsstaaten sowie aus Mecklenburg und den Hansestädten zusammengestellt werden, aber keine Österreicher umfassen.[15] Dagegen traten nachdrücklich die Württemberger Kerstorff, Varnbüler, Steinbeis und

---

1863, S. 100 ff., bes. S. 104 ff., die dieser in seiner Funktion als Redakteur des BrHbl., also in offizieller Funktion, veröffentlichte. V. Hentschel, Freihändler, 1975, S. 71 ff., übersieht diesen Aspekt völlig; in seiner Darstellung erscheint es, als ob die Bremer gerade auf dem KdV 1862 für eine volkswirtschaftliche Nationalvertretung gekämpft hätten (sie waren anwesend, ergriffen aber nicht das Wort).

11 Zum folgenden vgl. Verhandlungen HT I (1861), S. 52 ff.

12 Ursprünglich hieß es »vollständige Vereinigung«, worauf Behrend das Amendement »Handelsvereinigung« einbrachte.

13 D. Hansemann, 1861; A. Bergengruen, 1901, S. 704 ff.; R. Zeise, Gemeinsamkeiten, 1977, S. 180 ff.; ders., Rolle des Zollvereins, 1977, S. 441 ff.; ders., Genesis, 1976, S. 72 f.

14 Aus Bayern waren 21 Personen anwesend, aus Frankfurt 14, aus Sachsen 5, aus Preußen dagegen nur 28, aus Hamburg 4, aus Bremen 1 (Böhmert), aus Coburg-Gotha 4.

15 Verhandlungen KdV IV (1861), S. 123 ff.

Schäffle auf, die zurecht vermuteten, daß Lette sich mit dem Spezialausschuß ein Gremium für seine kleindeutsche Nationalpolitik schaffen wollte. Sie beriefen sich ausdrücklich auf politische Argumente und verlangten den Übergang zur Tagesordnung.

Der Ausschußantrag erfuhr jedoch auch Widerspruch aus entschieden kleindeutschen Kreisen, und zwar ganz im Sinne der Beschlüsse des Nationalvereinsausschusses. Ihre Position formulierte am pointiertesten Löwe-Calbe, der sich »aus politischen wie volkswirtschaftlichen Gründen« gegen die Niedersetzung einer Spezialkommission aussprach: Löwe hielt es für eine »absolut falsche Taktik«, auf Gebieten, die nicht unmittelbar die Souveränitätsfrage berührten, zur Einheit zu drängen und erst dann beim Heere, der Armee und der materiellen Gewalt zu beginnen, »wo sie allein notwendig ist«.[16] Löwe und Sonnemann, unterstützt von Faucher, unterbreiteten daher ein Amendement, daß die Aufgaben der Kommission darauf beschränkte, »Materialien zu sammeln und zu verarbeiten, mit welchen die Grundsätze einer gesunden Volkswirtschaft und die Interessen des freien Verkehrs« bei der Zollvereinsreform zu wahren seien.

Angesichts der massiven Angriffe entschloß sich Lette zum Rückzug und empfahl, das Amendement Löwe/Sonnemann zu unterstützen, das bessere Aussichten auf Annahme besaß.[17] Die süddeutsche Mehrheit des Plenums war allerdings entschlossen, die Einsetzung einer gesonderten Kommission um jeden Preis zu verhindern. Der Antrag Kerstorffs wurde mit 115 zu 104 Stimmen, einer bemerkenswert knappen Mehrheit bei offenbar zahlreichen Enthaltungen, angenommen. Die Niederlage des kleindeutsch-bundesstaatlich dominierten Ausschusses wurde noch dadurch verstärkt, daß ein von Michaelis verteidigter Antrag zur Reduzierung der Twistzölle durch den Übergang zur Tagesordnung zurückgewiesen wurde.[18]

Weil der Ausschuß auf dem Stuttgarter Volkswirtekongreß mehrfache Abstimmungsniederlagen hinnehmen mußte, nimmt die Versammlung eine Ausnahmestellung in der Geschichte der hier untersuchten Verbände ein. Ungeachtet dieses Debakels sah das Bremer Handelsblatt jedoch mit gutem Grund keinen Anlaß zur Dramatisierung. Denn die Opposition hatte es in mangelnder politischer Klarsicht versäumt, den Ausschuß in ihre Hände zu nehmen, um auch künftig die Richtung des Kongresses bestimmen zu können.[19] Weil die Dominanz der nationalvereinlichen Richtung im Ausschuß gewahrt blieb, genügte eine einfache Verlegung des Tagungsortes in das nördliche Deutschland, um die ursprünglichen Mehrheitsverhältnisse wiederherzustellen.

Seit 1862 wurde die Auseinandersetzung um die Zollvereinsreform von den Diskussionen um den Handelsvertrag überlagert.[20] Am 29. März 1862

---

16 Ebd., S. 142 ff. Löwe wurde von Prince-Smith unterstützt.

17 Ebd., S. 148 f.

18 Ebd., S. 150 ff., 172 ff.

19 BrHbl., Nr. 519, 21. 9. 1861.

20 Zur Beurteilung in Presse und Flugschriftenliteratur vgl. H. Rischbieter, 1952; herausragende Beispiele von Seiten der Befürworter bieten L. K. Aegidi, Vorwände und Tatsachen, 1862, sowie die anonyme Schrift Der Französische Handelsvertrag und seine Gegner, 1862;

hatte Preußen den Vertrag paraphiert, der eine erhebliche Absenkung der bisherigen Zolltarife und die gegenseitige Meistbegünstigung vorsah. Bereits am 19. April 1862 stimmte die sächsische Regierung zu, der beide Kammern im Juni folgten. Baden, die thüringischen Staaten, Oldenburg, Nassau und Preußen schlossen sich bis Ende Juli an.[21] Die preußische Regierung unterzeichnete daher am 2. August 1862 rechtsverbindlich den Handelsvertrag, allerdings mit dem Vorbehalt, daß der Austausch der Ratifikationsurkunden erst nach der Zustimmung der übrigen Zollvereinsmitglieder erfolgen könne. Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt gaben jetzt ihre Weigerung bekannt, dem Handelsvertrag unter diesen Bedingungen anzunehmen. Daraufhin drohte Preußen am 26. August 1862 die Sprengung des Zollvereins an und erhielt für diese Konfrontationspolitik sogar die Unterstützung des oppositionellen Abgeordnetenhauses.

Innerhalb weniger Wochen nahmen mit Volkswirtekongreß, Handelstag und Abgeordnetentag drei nationale Organisationen des politischen Bürgertums auf ihren Jahresversammlungen zu diesen Ereignissen Stellung. An diesem Beispiel läßt sich die Zusammenarbeit der Verbände hervorragend belegen. Den Versammlungsreigen des Herbstes 1862 eröffnete der Volkswirtschaftliche Kongreß in Weimar vom 8.–11. September. Noch im März hatte der Ausschuß geplant, die diesjährige Versammlung in Würzburg abzuhalten, hatte sich jedoch angesichts der Zuspitzung der politischen Lage Ende August für Weimar entschieden.[22] Die Parallele zu der Entwicklung beim Abgeordnetentag, der von Frankfurt ebenfalls nach Weimar verlegt wurde, liegt nach den Stuttgarter Erfahrungen auf der Hand. Der weiter nördlich gelegene Versammlungsort stellte eine im Sinne des Ausschusses günstigere Zusammensetzung des Plenums sicher.[23] Da sich die Gegner des Handelsvertrags auf den Abgeordnetentag und vor allem den Deutschen Handelstag konzentrierten, hatte die nationalvereinliche Richtung auf dem Volkswirtekongreß vergleichsweise leichtes Spiel.

Der Ausschußantrag sah im Handelsvertrag einen ersten wesentlichen Schritt zu einer generellen Tarifreform des Zollvereins im freihändlerischen

---

während Aegidi bedingungslos die preußische Vorgehensweise verteidigt, versucht die zweite Schrift auf vermittelnder Linie die sachliche Notwendigkeit der Verträge herauszustellen. Von Seiten der Gegner vgl. vor allem die im Auftrage des Stuttgarter Komitees der Gegner des Vertrags verfaßten Schriften über die Entstehungsgeschichte (F. Ammermüller, 1862) und die nationale Seite des Vertrags (K. Deffner, 1862), die die Eigenmächtigkeit Preußens kritisieren und auf den drohenden Ausschluß Österreichs verweisen.

21 E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 620. In Preußen sprach sich die 2. Kammer am 25.7. 1862 für den Vertrag aus, vgl. H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 71 ff.; in Baden am 26.6. 1862, vgl. L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 180 ff.; in Nassau brachte Braun am 7.7. 1862 einen Antrag ein, der gegen 2 Stimmen angenommen wurde, vgl. W. Seelig, 1980, S. 69 ff. Im bayerischen Landtag befürwortete die FSP vergeblich den Handelsvertrag, vgl. T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 32 f.; zu Württemberg vgl. D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 424 ff.

22 NrhVZ, Nr. 62, 3.3. 1862; Verhandlungen KdV V (1862), S. VIff.

23 Zusammensetzung des KdV V (1862): von den 244 Teilnehmern stammten aus Preußen 63 (26%), aus Weimar 52 (21%), aus Coburg-Gotha 15 (6%) und aus dem übrigen Thüringen 5 (2%), während aus dem Süden mit 4 Bayern (2%), 13 Württembergern (5%), 11 Frankfurtern (5%) und 4 Österreichern kaum jemand erschienen war.

Sinne. Mit Schärfe betonte er, daß der politische oder monopolistische Widerstand einzelner Regierungen gegen den Handelsvertrag die wirtschaftlichen Interessen des deutschen Volkes auf das schwerste verletze.[24] Der Ausschuß setzte klare Prioritäten, indem er den Handelsvertrag mit Frankreich in seiner Bedeutung vor einer Zolleinigung mit Österreich ansiedelte.[25] Am schärfsten formulierte Schulze-Delitzsch: Die Zolleinigung mit Österreich setze politische und wirtschaftliche Gemeinsamkeiten voraus, die bei dem monopolistischen Vielvölkerstaat nicht gegeben seien. Der Vielvölkerstaat Österreich werde nur durch Personalunion zusammengehalten und sei daher zu dynastischer Politik verdammt. Eine Zollunion sei deshalb unmöglich. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Deutschland und Österreich empfahl er auf dem Wege eines Handelsvertrags nach dem Vorbild des deutsch-französischen zu lösen. Kerstorf und seine wenigen Mitstreiter, die in umgekehrter Priorität erst die Zolleinigung mit Österreich verlangten, konnten dem kaum etwas entgegensetzen. Ihr Antrag wurde nach Schulzes fulminanter Rede gegen 3 (!) Stimmen abgelehnt.

In der anschließenden Diskussion um die Zollvereinsreform wurde das altliberale Projekt einer politischen Einigung Deutschlands durch die vorherige Errichtung eines wirtschaftlichen Bundesstaats endgültig begraben. Der Hauptredner Braun scheiterte an den »Männern der streng nationalen Richtung, die das Ziel einer deutschen Zentralgewalt und eines deutschen Parlaments ins Auge gefaßt« hatten.[26] Braun half es nicht, daß er beteuerte, ein Zollparlament könne nie mehr als ein »provisorischer Notbehelf« oder eine »Art Abschlagzahlung« für den Nationalstaat sein. Unter ironischer Anspielung auf die schlechten Erfahrungen des preußischen Abgeordnetenhauses mit provisorischen Steuerbewilligungen warnte Rönne davor, sich auf Abschlagzahlungen einzulassen. Man brauche den »politischen Bundesstaat«, alles andere sei unerheblich. Um eine Kampfabstimmung zu vermeiden, brachten Braun und Moritz Wiggers mit Unterstützung von Fries einen Kompromißantrag ein, der die Errichtung einer Zentralbehörde und Volksvertretung *auch* für volkswirtschaftliche Angelegenheiten verlangte und damit zum Anhängsel einer politischen Einigung machte.

Nur zwei Wochen später befaßte sich der Abgeordnetentag mit denselben Problemen, ebenfalls in Weimar; eine ganze Reihe von Teilnehmern dürfte die nähere Umgebung der Stadt deshalb gar nicht erst verlassen haben.[27] Die Behandlung der Zollvereinsreform und des Handelsvertrags erfolgte erst im Anschluß an die entscheidenden Debatten über die österreichischen Bundesreformvorschläge; dort hatten sich die Anwesenden – wie gesehen – auf die bundesstaatliche Einigung Deutschlands notfalls auch ohne Deutschösterreich festgelegt. Im Grunde handelte es sich deshalb nur noch um ein Nachhutgefecht, auch wenn die nationalvereinliche Richtung im Vergleich zum

24 Verhandlungen KdV V (1862), S. 17; zur Diskussion ebd., S. 19 ff.

25 So Wolff in seiner Begründung; ferner David Born, Böhmert, Faucher und Michaelis.

26 So kennzeichnete Braun die Gegner seines Antrags; vgl. ebd., S. 18, 66 ff.

27 Von den Prominenteren nahmen Becker, Behrend, Bennigsen, Biedermann, Braun, Fries, Henneberg, Hering, Hünersdorf, Lette, Oberländer, Rönne, Röpell, Schulze, Julius und Moritz Wiggers an KdV und AT teil.

Volkswirtekongreß vorsichtiger auftreten mußte. Der Nürnberger Linksliberale Karl Crämer, Ausschußmitglied des Nationalvereins und des Abgeordnetentags, verteidigte den Ausschußantrag, der ohne Spitzfindigkeiten klar vom Primat der politischen Einigung Deutschlands ausging. An erster Stelle stand die Forderung nach Gründung eines deutschen Bundesstaats, gefolgt von dem Zusatz, daß bis dahin die Beibehaltung des Zollverein, möglichst mit verbesserter Organisation, unentbehrlich sei.

Aus Rücksicht auf die in ihrer Kompromißbereitschaft wegen der Resolution zur deutschen Frage ohnehin strapazierten Württemberger vermied Crämer jeden direkten Hinweis auf den Handelsvertrag. Indem der Antrag die eigentliche Frage umging, wie sich die Länderkammern gegenüber dem Handelsvertrag verhalten sollten, konnte keine Rede davon sein, daß er die Vereinheitlichung der Landespolitik vorantrieb. Die nationalpolitische Bedeutung des Antrags bestand darin, daß dem Erhalt des Zollvereins der Vorrang vor einer Zollunion mit Österreich eingeräumt wurde. Um den skeptischen Süddeutschen die Annahme zu erleichtern, betonte Crämer ausdrücklich, daß der Mißbrauch des Zollvereins für »dynastische Zwecke«, wie ihn die preußische Regierung beim Abschluß des Handelsvertrags betrieben habe, keineswegs ein Präjudiz für die künftige Gestalt des Zollvereins schaffen solle.[28]

Die folgenden Redebeiträge boten nun zwei völlig unterschiedliche Interpretationen des Ausschußantrags, die jeweils auf die Zustimmung eines Teils der Versammlung rechnen konnten. Welche Variation die autoritative war, wurde während der Debatte nicht entschieden. Das behielt sich stillschweigend der Ausschuß vor. Das Ganze sah nach einem abgekarteten Spiel aus, um die möglichst einstimmige Annahme der Ausschußanträge zu erreichen. Die nationalvereinliche Richtung, vertreten durch Souchay, Reinhard, Braun, Grumbrecht und Schulze-Delitzsch, erklärte die Annahme des »deutsch-französischen« Handelsvertrags, wie es in ihrer Terminologie hieß, für unabdingbar, verlangte, daß der künftige Zollverein nach dem Mehrheitsprinzip entscheiden müsse und sprach sich mit kräftigen Worten gegen eine Zollunion mit Österreich aus, die zur Sprengung des Zollvereins führen würde. Namens der Württemberger bekundete Hölder zwar die grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Ausschußantrag, stellte aber klar, daß der Ausschußantrag nicht so verstanden würde, als ob die Krise des Zollvereins durch den nachträglichen Beitritt der dissentierenden Staaten zum »preußisch-französischen« Handelsvertrag beendet werden könne. Eine grundsätzliche Opposition gegen den Antrag, der schließlich gegen wenige Stimmen angenommen wurde, artikulierte sich auf dem Abgeordnetentag nicht.

Die schwierigste und entscheidende Schlacht hatte die nationalvereinliche Richtung zwei Wochen später auf dem Handelstag in München zu schlagen, zumal aufgrund der spezifischen Zusammensetzung dieser Organisation ihr Einfluß dort am geringsten war. Bereits seit längerer Zeit hatte sie mit Sorge den »wahrhaften Sturm auf München« unter den österreichischen und süddeutschen Handelsvorständen beobachtet. Allein zwischen August und Ok-

28 Vgl. zum folgenden Verhandlungen AT I (1862), S. 90 ff.

tober 1862 waren über 40 österreichische und 15 bayerische Mitglieder beigetreten, ohne Zweifel in der Absicht, eine propreußische Resolution zu verhindern.[29] Da der Versuch der preußischen Ausschußmitglieder, den Handelstag ins folgende Jahr zu verschieben, gescheitert war, galt es alle Kräfte zu mobilisieren, um eine folgenschwere Niederlage abzuwenden.[30]

Auf Drängen des Nationalvereinsmitglieds und Fortschrittsabgeordneten Werner v. Siemens[31] hatten die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft in ihrer Funktion als Vorort des Preußischen Handelstags Anfang September ein lithographiertes Rundschreiben an die preußischen Handelskammern versandt, das die Erteilung bindender Instruktionen – das imperative Mandat – für die preußischen Delegierten anregte. Zugleich wurden die Kammern aufgefordert, nach dem Vorbild der Berliner Delegierten abzustimmen. Diese waren von den Ältesten angewiesen worden, sich dafür einzusetzen, daß zunächst der preußisch-französische Handelsvertrag, dann die Reorganisation des Zollvereins und erst zuletzt die Frage der Zolleinigung mit Österreich besprochen werde. Wenn es gelingen würde, so die dahinterstehende Überlegung, den Handelsvertrag zur Annahme zu bringen, wofür die Chancen am besten standen, wäre damit die sensible Frage der Zollunion zuungunsten Österreichs präjudiziert. Der preußisch-französische Handelsvertrag sollte nach den Vorstellungen der Berliner Ältesten unbedingt befürwortet, der Zolleinigung mit Österreich jedoch nur auf der Grundlage des Handelsvertrags zugestimmt werden. Um das preußische Gewicht in München zum Tragen zu bringen, wurden die Kammern, die sich nicht zur Teilnahme entschließen konnten, aufgefordert, ihre Stimme förmlich auf andere Korporationen zu übertragen.[32]

---

29 Vgl. Handelstag, Bd. 2, 1911, S. 350.

30 Die Einberufung des HT für die zweite Septemberhälfte nach Müchnen, um über den Handelsvertrag zu beraten, war bereits im März beschlossen worden (A-Prot.HT, 7.–8.3. 1862, HK Bremen, Ha II 1, Bd. 1, Bl. 41). Nach dem Bekanntwerden des Angebots Rechbergs, dem Zollverein 1865 auf freihändlerischer Grundlage beizutreten, befürchtete der Ausschuß, unter diesen Bedingungen in der bayerischen Hauptstadt eine schwere Niederlage für die preußische Regierung verantworteten zu müssen. Die preußischen Mitglieder drängten deshalb auf eine Vertagung ins Frühjahr 1863. In einer schriftlichen Abstimmung sprach sich der Ausschuß mehrheitlich in diesem Sinne aus (Dietrich an Ausschuß, 16.7. 1862, 29.7. 1862, GSTA-M, Nl. Hansemann, 34, Bl. 93, 97). Die süddeutschen Mitglieder, insbesondere Hänle und Jordan, bestanden auf dem Herbsttermin, da eine Vertagung die antipreußische Stimmung in Süddeutschland nur verstärken würde (Dietrich an Hansemann, 28.7. 1862, ebd., Bl. 101 f.). Am 15.–16. August 1862 entschied der Ausschuß daher einstimmig für die Beibehaltung des Herbsttermins (A-Prot.HT, 15.–16.8. 1862, HK Bremen, Ha II 1, Bd. 2; Hansemann an Handelsvorstände, 16.8. 1862, GSTA-M, Nl. Hansemann, 34, Bl. 122 f.; RWWA, 1–14–2, Bl. 10 f.). Vgl. zur Vorbereitung und zum Verlauf des HT auch Handelstag, Bd. 2, 1911, S. 33 ff.

31 Werner v. Siemens (1816–1892), ev.; Techniker und Soldat, Industrieller und Wissenschaftler; kämpfte 1848 als Freiwilliger in Schleswig-Holstein; seit 1859 im Vorstand der Handelskammer Mark Brandenburg; trat im selben Jahr dem Nationalverein bei, lehnte jedoch im Dezember 1860 die Ernennung zum Agenten für Berlin ab (LHA-P, 9541, Bl. 29 f.); MdL 1863–66 (FSP), danach Rückzug aus der Politik; vgl. ADB 55, S. 203 ff.; W.v. Siemens, 1892.

32 Rundschreiben der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft an preußische Handelskammern, 8.9. 1862, RWWA, 1–14–2, Bl. 12 f.; dass. vom 22.9. 1862, ebd., Bl. 15. Dem wurde z. T. Folge geleistet: so vertraten Behrend, Liebermann und Michaelis außer Berlin auch Greifswald und Cottbus, Behrend zusätzlich noch Danzig, Sybel sprach für Düsseldorf und Neuss

Im Ausschuß des Handelstags unterstützte die nationalvereinliche Richtung die Strategie der Berliner Ältesten mit bemerkenswertem Erfolg. Nach heftigen Auseinandersetzungen mußte sie zwar hinnehmen, daß die Versammlung mit einer Generaldebatte über sämtliche Tagesordnungspunkte beginnen würde. Entscheidend war jedoch, daß die Spezialdebatten und die Abstimmungen in der gewünschten Reihenfolge anschließen würden.[33] Im Vorfeld des Handelstages war es außerdem gelungen, einen Kompromißversuch Hansemanns zum Scheitern zu bringen: Hansemann hatte vorgeschlagen, in paritätisch aus Nord- und Süddeutschen besetzten Kommissionen zu allen Fragen inhaltliche Kompromisse auszuarbeiten, die auf eine Abschwächung der beim Volkswirtekongreß und Abgeordnetentag erreichten Positionen hinausliefen; auf diese Weise wollte er Kampfabstimmungen auf dem Handelstag vermeiden.[34] Da sich jedoch Weigel und Sybel jeder Zusammenarbeit versperrten, gelang es auch der vorbereitenden Ausschußsitzung nicht, gemeinsame Ausschußresolutionen zu erarbeiten, so daß der Ausschuß mit Mehrheits- und Minderheitsvoten vor die Vollversammlung treten mußte.[35]

Dazu hatten sich 190 Kammervertreter in München eingefunden. Ihre regionale Zusammensetzung belegt, daß die Mobilisierung der Berliner Ältesten Erfolg gehabt hatte. Selbst im süddeutschen München stellten die Preußen mit 56 (29%) Vertretern die größte Gruppe, gefolgt von Österreich mit 41 (22%), Bayern mit 36 (19%), Hannover mit 17 (9%), Baden mit 13 (7%), Sachsen mit 5 und Württemberg mit 4 Delegierten.[36]

Nachdem bereits die Generaldebatte ganz vom Handelsvertrag bestimmt wurde, legte Puscher den Mehrheitsantrag des Ausschusses vor, der, wie es der Linie Hansemanns entsprach, einen Ausgleich zwischen den politisch verfeindeten Lagern bezweckte. Der Handelsvertrag wurde darin als höchst wünschenswert bezeichnet, seine Annahme jedoch von der Bedingung der Nachbesserung des Artikels 31 abhängig gemacht. Dieser Artikel, der die gegenseitige Meistbegünstigung vorsah, sollte so gefaßt werden, daß er auch künftig spezielle Zollvereinbarungen mit Österreich ermöglichte und die Zolleinigung nicht erschwerte.[37] Für diesen Antrag, der die Beibehaltung der besonderen Wirtschaftsbeziehungen zu Österreich über die Annahme des

---

usw. Den Rekord stellte Weigel auf, der Breslau, Stolp, Stettin, Stahlberg, Schweidnitz und Kassel vertrat. In einem gesonderten Schreiben hatten die Ältesten Hansemann die Vertretung der Berliner Kaufmannschaft angeboten, der das imperative Mandat jedoch als Zumutung zurückwies (Älteste der Berliner Kaufleute an Hansemann, 9.9.1862; Entwurf Hansemann an dies., 15.9.1862, GSTA-M, Nl. Hansemann, 37, Bl. 10 f., 11 ff.). Auch Elberfeld und Barmen verweigerten ein imperatives Mandat, vgl. Berliner Börsenzeitung, Nr. 451, 27.9.1862; H. Wesendonck, 1862.

33 A-Prot.HT, 6.–10.10.1862, HK Bremen, Ha II 1, Bd. 2.

34 A-Prot.HT, 15.–16.8.1862, HK Bremen, Ha II 1, Bd. 2; vgl. auch die Kopien Hansemann an Sybel, Puscher, Weigel, Hurtzig, Wertheim, 13.9.1862, GSTA-M, Nl. Hansemann, 34, Bl. 137 ff. Zu Hansemanns Rolle vgl. A. Bergengruen, 1901, S. 723 ff.

35 A-Prot.HT, 6.–10.10.1862, HK Bremen, Ha II 1, Bd. 2.

36 Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 24. Verhandlungen HT II (1862), S. 21 ff. Nach Abschluß der Mandatsprüfungen erhöhte sich unter Berücksichtigung der Mehrfachmandate die Zahl der Stimmen auf 220.

37 Verhandlungen HT II (1862), S. 8 ff.

Handelsvertrags stellte, sprachen sich auch Hänle, Meier, Moll, Wesenfeld und Hansemann aus. In umgekehrter Priorität bestanden Weigel, Michaelis, Beckerath[38], Schröder, Behrend, Braun und Sybel auf dem schnellstmöglichen Zustandekommen des Handelsvertrags auch dann, wenn, wie zu erwarten, Nachbesserungen nicht möglich sein würden. Die großdeutsche Maximalposition enthielt der Antrag Szabel und Genossen, der die Annahme des Handelsvertrag prinzipiell solange ablehnte, bis eine Zolleinigung auf der Grundlage der österreichischen Vorschläge vom Juli 1862 erreicht sei.[39]

Die Diskussion verlief vorwiegend nach den bereits beschriebenen nationalpolitischen Argumentationsmustern. Eine polemische Zuspitzung, die Kompromisse unmöglich machen sollte, erfuhr die Debatte durch den Beitrag Heinrich Behrends, der die Inkraftsetzung des Handelsvertrags zu einer Frage der preußischen Ehre erhob: »Die Machtstellung Preußens erfordert die Annahme des Handelsvertrags mit Frankreich, der im Auftrage aller Vereinsregierungen von Preußen geschlossen ist. [. . .] Preußen hat sein Wort und seine Ehre verpfändet, Preußen kann nicht mehr zurücktreten von dem Vertrag«. Die Sprengung des Zollvereins sei nur durch die Annahme des Handelsvertrags zu vermeiden.[40]

Über die Frage der preußischen Ehre entbrannte eine Kontroverse zwischen Hansemann und Beckerath, bei der Hansemann in ähnlicher Weise attackiert wurde wie einige Tage zuvor auf dem Abgeordnetentag der andere großdeutsche Abweichler Heinrich v. Gagern. Hansemann widersprach dem Ehrenargument und bekannte offen, daß ihm die Zolleinigung mit Österreich wichtiger sei als der Handelsvertrag. Damit ging er zur direkten Kritik an Preußen über. Beckerath kündigte im Gegenzug in spektakulärer Weise ihre jahrzehntelange politische Freunschaft auf: »Mit Herrn Hansemann verband mich eine langjährige mir sehr wert gewordene Gemeinschaft der politischen Gesinnung. Sie ist aufgelöst. Ich kann ihm auf dem Weg, den er mit so großem Nachdruck betreten hat, nicht folgen; denn dieser Weg führt nach meiner Überzeugung zur Erniedrigung Preußens; er gefährdet die Zukunft Deutschlands«.[41] Die Versuche einzelner Redner wie Ritzhaupt oder Funcke, die Kommission zu bewegen, sich zu einem gemeinsamen Antrag zu vereinigen, hatten angesichts dieser Konfrontation wenig Erfolgsaussichten.[42] Eine Kampfabstimmung wurde unvermeidlich.

---

38 Hermann v. Beckerath (1801–1870), ev.; Krefelder Bankier und Industrieller; 1848–49 Reichsfinanzminister; Gothaer Versammlung; 1862–63 Vorsitzender der Handelskammer, A-HT 1862–63 (Vorsitzender), MdL 1848–51, 1858–59 (altliberal); vgl. ADB 2, S. 231 ff.; NDB 1, S. 723 f.

39 Ebd., S. 58 f.; in diesem Sinne sprachen auch Dörsterling aus Chemnitz, Schäffle, Spitzer aus Wien, Kerstorf, Kreutzberg aus Wien, Ammermüller.

40 Ebd., S. 43 ff.

41 Ebd., S. 51 ff.

42 Ebd., S. 56 ff. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang der Bericht der Duisburger Delegierten Julius Curtius und Friedrich Albert Lange, der illustriert, wie gering die Einflußmöglichkeiten einfacher Teilnehmer waren, die nicht zum kleinen Kreis der Eingeweihten zählten. Beide waren ohne bindendes Mandat in der Absicht nach München gereist, den Verhandlungen möglichst unvoreingenommen zu folgen. Eine »vermittelnde Partei« von Bedeutung hat es nach ihren Beobachtungen nicht gegeben. »Zur Bildung einer solchen Fraktion schienen auch die durch ihre Verbindungen und ihre ganze Kenntnis der Sachlage vorzugsweise befähigten Mitglieder keineswegs geneigt zu sein; insbesondere schien Herr

Nach einigen Streiteren über den Abstimmungsmodus wurde zunächst der Antrag Szabels mit 139 zu 60 Stimmen sehr deutlich zurückgewiesen und anschließend der Antrag der Minorität, also die bedingungslose Befürwortung des Handelsvertrags, mit 102 zu 93 Stimmen angenommen.[43] Durch diesen Erfolg der nationalvereinlichen Richtung war die Debatte um die Zolleinigung mit Österreich bereits vorentschieden. Der von Hurtzig[44] begründete Antrag ging von der Erhaltung des Zollvereins auf der Grundlage des Handelsvertrags aus. Das künftige Verhältnis des Zollvereins zu Österreich sollte sich durch die Ausdehnung der Handelserleichterungen der Verträge von 1853 in Richtung eines zollfreien Handels entwickeln, wobei die grundsätzliche »Selbständigkeit der beiden Zollgebiete« auch künftig erhalten bleiben sollte. Der Antrag wurde mit 138 zu 55 Stimmen angenommen.[45] Das ganze Ausmaß des Sieges der nationalvereinlich-preußischen Richtung wird an der Besetzung des Präsidentenstuhls deutlich. Nachdem Hansemann die Wiederwahl in den Ausschuß ablehnte, weil er sich außerstande sah, die Beschlüsse des Handelstags zu vertreten, wurde in der anschließenden Ausschußsitzung sein Gegenspieler Beckerath mit 9 zu 4 Stimmen zum Vorsitzenden bestimmt.[46]

Hansemann in dieser Beziehung grundsätzlich untätig zu bleiben. Der Mangel konnte aber von anderer Seite um so weniger ersetzt werden, als kein gedrucktes Verzeichnis der Delegierten vorlag [auch die Ausschußanträge und Kommissionsberichte wurden erst verspätet vorgelegt!]; es konnte daher nur von Seiten weniger vollständig orientierter Ausschußmitglieder etwas der Art unternommen werden, und diese hatten alle bereits Partei ergriffen«. Curtius und Lange hatten auch den Eindruck gewonnen, daß die Feindschaft gegen den Handelsvertrag größtenteils »Feindschaft gegen Preußen und dessen Stellung im Zollverein und in Deutschland« sei, RWWA, 20–14–1.

43 Das im Verhandlungsprotokoll, ebd., S. 71 f., wiedergegebene Ergebnis von 100 zu 96 wurde später korrigiert, vgl. Handelstag, Bd. 2, 1911, S. 370 ff. Aufschlußreich ist die Aufschlüsselung der Stimmen nach Herkunftsstaaten:

	pro	contra
Preußen	50	5
Österreich	0	42
Bayern	8	25
Württemberg	0	7
Baden	5	4
Sachsen	0	4
Hannover	14	4
Ghzgt. Hessen	5	1
Kurhessen	4	0
Sonstige	16	1

44 Fritz Hurtzig (1825–1897); hannoverscher Industrieller, Stahl-, Baumwoll- und Zuckerfabriken; Neffe von Georg Egestorff; Ausschußmitglied der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft für Nordwest-Deutschland; Handelsverein Hannover; A-HT 1861–62; 1868–74; vgl. A. Lefevre, 1974. Der Hannoversche Handelstag hatte sich in Hildesheim am 18.–19. Juli 1862 gegen 1 Stimme, die Hurtzigs, für den Handelsvertrag und einen Beitritt Hannovers ausgesprochen, vgl. Verhandlungen des Hannoverschen Handelstags, 1862, S. 15 ff.; A. Lefevre, 1974, S. 192 f.

45 Ebd., 74 ff.

46 A-Prot.HT, 18.10. 1862, HK Bremen, Ha II 1, Bd. 2. Der Sturz Hansemanns war von langer Hand geplant; als Nachfolger war auch Werner v. Siemens im Gespräch gewesen, vgl. A.v. Sybel an Hansemann, 20.9. 1862, GSTA-M, Nl. Hansemann, 34, Bl. 182 f. In der Ausschußsitzung wurde auch die Denkschrift beraten, die den Regierungen die Beschlüsse des

Die Stellungnahmen drei der wichtigsten nationalen Organisationen des Bürgertums zugunsten des Handelsvertrags waren sicher nicht ursächlich dafür, daß die bayerische, württembergische und hessen-darmstädtische Regierung ihren Widerstand gegen den Handelsvertrag im Laufe des Jahres 1864 aufgaben und damit die Erneuerung der Zollvereinsverträge ermöglichten. Gleichwohl dürften die Beschlüsse von Volkswirtekongreß, Abgeordnetentag und vor allem des Handelstags diesen Schritt erleichtert haben. Auch wer der Ansicht ist, daß die Verlängerung der Zollvereinsverträge auf der Grundlage des preußisch-französischen Handelsvertrags, die nach Lage der Dinge auf absehbare Zeit den handelspolitischen Ausschluß Österreichs festschrieb, keineswegs eine zwangsläufige Entwicklung in Richtung auf die Reichsgründung von 1867/70 einleitete, wird doch zugestehen müssen, daß eine Nationalstaatsgründung ohne österreichische Beteiligung wahrscheinlicher geworden war.[47]

3. Die Koordinierung der einzelstaatlichen Fortschrittsparteien

»Wenn in Preußen selbst aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen die Bildung einer Partei begonnen hat, die unter ihren politischen Zielen die Bundesreform obenanstellt« erläuterte Fries im August 1861 der Generalversammlung des Nationalvereins, »so ist dies keine isolierte und zufällige Erscheinung, sondern ein Vorgang, der sich wie gesagt überall, wo neue Wahlen stattfinden, wiederholen muß und wird«.[1] In der Tat hat man in den Jahren 1861 bis 1863 in einer ganzen Reihe von deutschen Staaten liberale und demokratische Abgeordnete nach dem preußischen Muster, »soweit sie den Nationalvereinsbestrebungen zugetan waren, unter dem Namen Fortschrittspartei zu einigen gesucht«.[2] In allen Fällen gingen die Gemeinsamkeiten dieser liberal-demokratischen Koalitionsparteien mit dem Nationalverein über eine bloß ungefähre Übereinstimmung der politischen Tendenzen weit hinaus. Hinsichtlich des Führungspersonals, der nationalpolitischen Programmatik, der Organisationsstruktur und zum Teil auch der politischen Praxis läßt sich eine derart weitreichende Verflechtung belegen, daß man für den Untersuchungszeitraum dieser Arbeit von einer Teilidentität von Nationalverein und einzelstaatlichen Fortschrittsparteien sprechen kann. Dieses bemerkenswerte Phänomen ist Ausdruck der gewandelten Strategie der nationalen Verfassungsbewegung, die durch die Erringung der Mehrheiten in den Länderkammern die Vereinheitlichung der Gesetzgebung erreichen und den Reform-

---

Handelstags erläuterte: Denkschrift über die vom zweiten Deutschen Handelstage zu München gefaßten Beschlüsse, 1862; in Auszügen abgedruckt bei M. Erdmann, 1968, S. 117 ff., und E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 60 ff.

47 Vgl. dazu W. Zorn, Zusammenhänge, 1963; ders., Wirtschaft und Gesellschaft, 1970; K. Megerle, 1984; H.-W. Hahn, Zollverein, 1984, S. 179 f.; ders., Wirtschaftsordnung, 1990, S. 208 ff.

1 Verhandlungen NV II (1861), S. 9.

2 L. Parisius, Fortschrittspartei, 1879, S. 16 f. Vgl. dazu G. Eisfeld, 1969, S. 122 ff.; J. L. Snell, 1976, S. 146 ff., und T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 184, 187.

druck auf die Regierungen erhöhen wollte. Im folgenden Abschnitt können lediglich einige Aspekte herausgestellt werden. Eine vergleichende Geschichte der Fortschrittsparteien ist nicht der Gegenstand dieser Arbeit. Sie kann auch deshalb hier nicht geleistet werden, weil regionalhistorische Vorarbeiten weitgehend fehlen.

Den Anfang bei der Gründung einzelstaatlicher »Fortschrittsparteien« machte bereits im Dezember 1861 Württemberg[3], gefolgt vom Großherzogtum Hessen im August 1862[4], von Nassau im Februar 1863[5], von Bayern im März 1863[6], von Hannover[7] und Sachsen im April 1863[8], um nur die größeren Staaten zu nennen. Tendenzen zu weiteren Parteigründungen lassen sich zudem in einigen Städten und Kleinstaaten erkennen, wie zum Beispiel in Frankfurt[9], in Braunschweig[10] und in den thüringischen Staaten.[11] Die Initiative ging in allen diesen Fällen von führenden Mitgliedern des Nationalvereins aus, die die notwendigen Versammlungen vorbereiteten, die Einladungen verschickten und die Programme entwarfen. Auch im kurhessischen Hanau war im Sommer 1862 die Gründung einer Fortschrittspartei im Gespräch: verschiedene Zeitungen veröffentlichten im August sogar das Pro-

---

3 Vgl. zur württembergischen FSP D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 293 ff.; G. Eisfeld, 1969, S. 136 ff.; H. Brandt, Parlamentarismus, 1987, S. 671 ff.

4 Zur hessen-darmstädtischen FSP vgl. A. Hess, Landtags- und Reichtagswahlen, 1955, S. 65 ff.; G. Heck, 1968, S. 72 ff.; G. Eisfeld, 1969, S. 147 ff.

5 Zur nassauischen FSP vgl. W.-H. Struck, 1966, S. 202 ff.; E. Grandpierre, 1923, S. 68 ff; W. Seelig, 1980, S. 62 ff.; einen knappen, aber ungewöhnlichen Einblick in die Wahlkampfpraxis liefert H.-W. Hahn, Nassauischer Wahlkampf, 1989.

6 Zur bayerischen FSP vgl. T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 19 ff.; die ältere Arbeit K. Dorns, 1922, ist durch Schieder völlig überholt; G. Eisfeld, 1969, S. 125 ff.; über die parlamentarische Tätigkeit gibt detaillierten Aufschluß [K. Brater], Fortschrittspartei, 1863.

7 Zur hannoverschen FSP vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 478 f., 494 ff., 632 ff.; N. Matern, 1959, S. 121 ff.; G. Eisfeld, 1969, S. 151 ff.; C. Gotthardt, 1992, S. 140 f., 145 ff.; wenig informativ K. Kurmeier, 1923; H. Barmeyer, 1981.

8 Zum sächsischen Fortschrittsverein vgl. SZ, Nr. 114, 4. 3. 1863; Nr. 280, 6. 6. 1863. RhZ, Nr. 174, 30. 4. 1863; Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 97, 28. 4. 1863; Nr. 106 u. 108, 8. 5. u. 10. 5. 1863 (von Biedermann?); Nr. 123, 5. 6. 1863; Einige Informationen bei J. Müller, 1972, S. 251, S. 340, Anm. 8; K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1887, S. 209 f.; G. Eisfeld, 1969, S. 155.

9 Zur Bildung einer »städtischen Fortschrittspartei« in Frankfurt Ende 1862, die mit der »Frankfurter Reform« Röckels eine eigene Zeitung besaß und laut Programm »in der nationalen Frage auf dem Standpunkt der großen deutschen Fortschrittspartei« stand, vgl. R. Schwemer, Bd. 3/2, 1918, S. 162 ff.

10 Vgl. K. Lange, Nationalverein, 1931. In Braunschweig unternahm eine Anzahl von Nationalvereinsmitgliedern 1863 den Versuch, ein Wochenblatt im Sinne des Fortschritts zu gründen, das jedoch erst ab dem 1. 9. 1865 unter dem Namen »Braunschweiger Tageblatt« zustandekam; ebd., S. 77.

11 Die Vereins- und Parteiorganisationen der thüringischen Parteien harren noch der Erforschung, knappe Hinweise bei K. Bechstein, Öffentliche Meinung, 1922–1924, S. 160 ff.; M. Wyrwol, 1952, S. 40 ff., und G. Eisfeld, 1969, 157 f. In Eisenach gründeten prominente Nationalvereinsmitglieder die Thüringer Landeszeitung. Organ der Fortschrittspartei, die von Hering, Fries, Rückert und Henneberg herausgegeben wurde und ab Juni 1863 erschien. Ein Exemplar der 2. Probenummer im BAP, Nl. Oetker, 23. Die Zeitung wurde vom NV mit einem Zuschuß von 500 Talern bedacht, A-Prot.NV, 22. 12. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

gramm einer »kurhessischen Fortschrittspartei«. An erster Stelle stand auch hier die Forderung nach Zentralgewalt und nationalem Parlament, gefolgt von der Forderung nach Wiederherstellung der Verfassung von 1831.[12] Offensichtlich in der Absicht, eine Spaltung der liberalen Kammerfraktion zu vermeiden, ließ man das Projekt jedoch wenig später fallen.[13]

Einen Sonderfall stellt die Parteientwicklung in Baden dar.[14] Im Juli 1863 kam es hier zu einer großen von 1848er-Demokraten und den regierenden Liberalen gleichermaßen besuchten Landesversammlung, auf der unter anderem die Organisation der »Partei« diskutiert wurde. Den Anwesenden lag dabei ein aus Kreisen der Mannheimer Nationalvereinsanhänger stammender »Vorschlag von Grundzügen eines Programms der Fortschrittspartei« vor, der nicht zum offiziellen Verhandlungsgegenstand erhoben wurde. Zum Tagesordnungspunkt »Organisation der liberalen Partei« referierte stattdessen Bluntschli, der alles tat, eine organisatorische Formierung zu verhindern.[15] Sein Beitrag belegt, daß die »regierenden Liberalen« überhaupt nicht daran dachten, durch eine Organisation oder ein Programm ihre Handlungsfreiheit beschränken zu lassen. Die Parallele zu der Zurückhaltung gegenüber dem Nationalverein ist offensichtlich. Bluntschli schlug lediglich die Bildung eines dreißigköpfigen Ausschusses vor, dessen Zusammensetzung so konzipiert war, daß sie die Vorherrschaft der liberalen Führungsgruppe garantierte. Der Ausschuß sollte nur über zwei Rechte verfügen, nämlich einen engeren Ausschuß einzusetzen und bei Bedarf eine erneute Landes-Versammlung einzuberufen. Auf diese Weise stellte man sicher, daß die gesamte Macht bei dem kleinen Kreis Eingeweihter in der Kammer und im Regierungsumfeld konzentriert blieb. Der Verzicht der Mannheimer auf eine offizielle Vorlage ihres Programms, die bei dem geschlossenen Auftreten der Karlsruher und Heidelberger Prominenz bei einer Abstimmung keine Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, erfolgte ganz offensichtlich auf den politischen Druck der Versammlungsleitung hin, eine Konfrontation oder Spaltung zu vermeiden. Die liberale »Partei« blieb in Baden eine weitgehend auf informellen Beziehungen beruhende Honoratiorenverbindung.[16]

---

12 SZ, Nr. 131, 9.8.1862; WSchNV, Nr. 125, 19.9.1862.

13 SZ, Nr. 148, 18.8.1862.

14 Vgl. dazu jeweils knapp L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 201 ff., 335 ff.; H. Färber, 1959, S. 266 ff., 274 ff.; G. Eisfeld, 1969, S. 143 ff.

15 Stenographisches Protokoll über die Landes-Versammlung, 1863, S. 27 ff.

16 Anders als Gall meint, wird man wohl doch eine direkte Kontinuitätslinie von der Offenburger Versammlung zur Gründung einer kurzlebigen badischen »Fortschrittspartei« im Jahre 1865 ziehen müssen, bei der die Mannheimer NV-Gruppe erneut eine führende Rolle spielte (so bereits H. Färber, 1959, S. 266 ff., 174 ff.). Gall sieht die Spaltung der Liberalen zu einseitig als Folge der badischen Kirchenpolitik, während Färber angemessener ein Bündel von Motiven anführt: die preußische Politik in Schleswig-Holstein, den Rücktritt Roggenbachs, den Kirchenstreit und die Opposition gegen den »autoritären Liberalismus« der Regierung Jolly. Die badische FSP übernahm das übliche nationalpolitische Programm (vgl. L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 338 f.) und vollzog damit den vorbehaltlosen Anschluß an die »nationale Partei«. Eine weitere Rücksichtnahme auf die altliberale Führungsriege war nach Roggenbachs Rücktritt nicht mehr notwendig. Allerdings ging die Gründung einer festeren Organisation mit Statuten, Fraktionszwang und versuchter Verankerung in den Gemeinden mit einer vorübergehenden Spaltung der liberalen »Partei« Badens einher, da die altliberale Richtung nicht mitzog.

Im Falle Badens trifft es jedoch wie bei den genannten Fortschrittsparteien zu, daß die Führungskräfte in den Ausschüssen des Nationalvereins und bzw. oder des Abgeordnetentags vertreten waren. Darauf ist in der Literatur bereits gelegentlich hingewiesen worden. Für Preußen sind vor allem Schulze, Franz Duncker, Unruh, Hoverbeck und Behrend zu nennen, für Hessen-Darmstadt Metz, für Bayern Brater, Crämer und Völk, für Nassau Braun und Lang, für Württemberg Reyscher, Hölder und Adolf Seeger, für Hannover Bennigsen, Miquel und Planck, für Sachsen Heyner und Joseph, für Thüringen Fries, Streit und Henneberg und für Baden Bluntschli und Häusser. Erst diese personelle Verflechtung schaffte die Voraussetzung für gemeinsame Programme, Strukturen und Aktionen.

Die Programme der Fortschrittsparteien wiesen sehr weitgehende Übereinstimmungen auf. Das gilt insbesondere für den Bereich der Nationalpolitik: gemäß den Beschlüssen von Nationalverein und Abgeordnetentag wurde in sämtlichen Parteien an herausgehobener, meist sogar an erster Stelle ein deutscher Bundesstaat mit einheitlicher Zentralgewalt und unmittelbar gewähltem Parlament gefordert. In einigen Fällen wurde dabei unmittelbar auf die Reichsverfassung von 1849 verwiesen.[17] Aber auch in innenpolitischen Fragen läßt sich ein Katalog gemeinsamer Forderungen zusammenstellen, wobei die Gewichtung je nach landespolitischer Dringlichkeit unterschiedlich ausfiel: Presse- und Vereinsfreiheit, Selbständigkeit der Gemeinden, Öffentlichkeit der Gerichtsprozesse, Trennung von Staat und Kirche, Ministerverantwortlichkeit, Erhalt des Zollvereins, Bekenntnisse zum preußisch-französischen Handelsvertrag und zur Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung. In diesen Forderungen verbanden sich die liberalen Forderungen von 1848 mit nationalpolitisch durchaus relevanten Bekenntnissen zur Deregulierung des Wirtschaftslebens, gemäß den Resolutionen von Volkswirtekongreß und Abgeordnetentag. Das allgemeine Wahlrecht oder die Einführung von Grundrechten wurden nicht ausdrücklich erwähnt, ließen sich aber, wenn man wollte, aus der Bezugnahme auf die Reichsverfassung erschließen.

Der organisatorische Apparat der Fortschrittsparteien war in hohem Maße deckungsgleich mit dem des Nationalvereins. Wie am preußischen Beispiel vorgeführt, blieben die Parteien auf das Informations- und Agentennetz des Nationalvereins angewiesen und waren auch bis zu einem gewissen Grad von seinen Geldmitteln abhängig. Regionalstudien haben die weitgehende Identität der Organisationsstrukturen auch für Hannover[18], das Groß-

---

17 Fundorte der Wahlprogramme: für das *Großherzogtum Hessen* in WSchNV, Nr. 121, 22. 8. 1862; für *Bayern* in SZ, Nr. 151, 24. 3. 1863.; SZ, Nr. 165, 31. 3. 1863; zur Autorenschaft Braters vgl. ders. an Streit, 18. 3. 1863, BAP, Akten NV, 32, Bl. 123 f.; für *Hannover* in SZ, Nr. 246, 17. 5. 1863; in Auszügen bei G. Eisfeld, 1969, S. 208; für *Nassau* in SZ, Nr. 112, 3. 3. 1863; RhZ, Nr. 95, 5. 3. 1863; für *Sachsen* in Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 97, 28. 4. 1863, RhZ, Nr. 174, 30. 4. 1863. Im Plochinger Wahlprogramm der württembergischen FSP hieß es 1861 noch: Errichtung einer Zentralgewalt mit »Verzicht auf einzelne Souveränitätsrechte« und einer vom Volke gewählten Gesamtvertretung (abgedruckt bei G. Eisfeld, 1969, S. 203 f.; vgl. auch die darauf fußende Broschüre A. Seegers, 1861); im Programm von 1862 erfolgte das Bekenntnis zur Reichsverfassung (vgl. Verhandlungen der Landesversammlung, 1862, Anhang).

18 Vgl. N. Matern, 1959, S. 121 ff.; C. Gotthardt, 1992, S. 145 f.

herzogtum Hessen[19] und für Württemberg[20] belegt, und ähnliches hat Eisfeld für die thüringischen Fortschrittsparteien beobachtet.[21] Die Württemberger planten sogar, einen Teil der Mitgliedsbeiträge des Nationalvereins für Parteizwecke zu verwenden. Adolf Seeger beantragte bei dessen Ausschuß, 45 kr. des Jahresbeitrags von 1,45 fl. »zur Verwendung für Zwecke des Nationalvereins in Württemberg dem Landesfond der dortigen Fortschrittspartei« zu überlassen. Der Ausschuß ließ anstelle eines Abzuges an den Normalbeiträgen jedoch nur zu, den dortigen Vereinsmitgliedern »einen um so viel höheren Vereinsbeitrag aufzulegen und dieses plus dann in der [. . .] vorgeschlagenen Weise zu verwenden«.[22]

Wo es wie in Sachsen zu dem Versuch kam, eine eigenständige Organisation aufzubauen, stieß man auf das größte Mißtrauen der Vereinsführung, die solche Sonderrolle allenfalls einem Schulze-Delitzsch nicht zu versagen wagte. Dem damaligen Sprachgebrauch folgend hatte die sächsische Neugründung auf die Bezeichnung »Partei« verzichtet und sich den Namen »Fortschrittsverein« gegeben. Diese abweichende Namensgebung signalisierte bereits die Absicht, eine vom Nationalverein weitgehend unabhängige Organisation aufzubauen. Der Ausschuß des Nationalvereins war über diese Entwicklung stark beunruhigt. Er befürchtete, daß im unruhigen Leipzig, das für die Entstehung unabhängiger Arbeiterorganisationen eine herausragende Rolle spielte, durch den Fortschritts»verein« gleichsam eine linke Konkurrenz zum deutschen Nationalverein entstehe. Das anwesende sächsische Ausschußmitglied Heyner, zugleich Mitglied des Ausschusses des Fortschrittvereins, wurde deshalb nachdrücklich aufgefordert, derartige Tendenzen zu unterbinden.[23]

Auch in Bayern, wo der Nationalverein nur in den neubayerischen Provinzen hatte Fuß fassen können, verzögerte man die Entwicklung einer eigenständigen Parteiorganisation bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Zersplitterung der nationalen Verfassungsbewegung und der Zerfall des Nationalvereins sich beschleunigten. Mit dem Ende der politischen Anlehnung an den Nationalverein löste sich auch die organisatorische Verflechtung. Auf einer Parteiversammlung in Nördlingen am 20. November 1864 wählte man einen ständigen Parteiausschuß mit Sitz in Erlangen und nahm eine Revision des

---

19 Vgl. G. Heck, 1968, S. 72 f.

20 Vgl. G. Runge, 1970, S. 23 f.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 299 ff.; Verhandlungen der Landesversammlung, 1862, S. 26 ff.

21 G. Eisfeld, 1969, S. 151 ff.

22 A-Prot.NV, 1.2. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV, StadtB München, Akten NV. Grundsätzlich freigegeben wurde die Verwendung der Mitgliedsbeiträge für Lokal- und Landesangelegenheiten erst am 21.1. 1866, als die Vereinstätigkeit beinahe völlig zum Erliegen gekommen war, vgl. A-Prot.NV, 21.1. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19.

23 A-Prot.NV, 17.5. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Das Unbehagen am Fortschrittsverein ist noch in den Erinnerungen Biedermanns zu spüren, worin er dessen Bedeutung herunterzuspielen versucht (K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1887, S. 209 f.). Biedermann war kurz zuvor nach Leipzig übergesiedelt, um dort die Redaktion der Deutschen Allgemeinen Zeitung, des Parteiorgans des Fortschritts, zu übernehmen. Seine Behauptung, daß der Ausschuß des FSV nie zusammengetreten sei, ist nicht ganz richtig: der Ausschuß konstituierte sich am 30.5. 1863 definitiv und erließ einen weiteren Aufruf; Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 123, 5.6. 1863; SZ, Nr. 280, 6.6. 1863.

Programms von 1863 vor.[24] Auf einer weiteren Versammlung einen Monat später entschied man zwar, daß die Gründung eines ganz Bayern umfassenden Vereins noch nicht sinnvoll sei und verzichtete auch auf einen Aufruf zur Gründung von Ortsvereinen. Man begann aber mit dem Aufbau eines Netzes von Vertrauensmännern unter anderem auch zur Geldbeschaffung und setzte die Gründung einer eigenen Wochenschrift in Gang.[25]

Besonders in den Wahlkämpfen manifestierte sich die teilweise weitreichende Abhängigkeit der Fortschrittsparteien vom Nationalverein. Schon im ersten Flugblatt des Nationalvereins hatte Schulze den vernünftigen Gebrauch des Wahlrechts zu den wichtigsten Wirkungsmöglichkeiten der Vereinsmitglieder gerechnet. Auch Streit hatte in seinen Instruktionen an die Agenten mehrfach in diesem Sinne geäußert: »Der Verein kann nur wirken durch die Hebel der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts und durch umsichtigen und energischen Gebrauch des Wahlrechts von Seiten seiner Mitglieder, bei allen Staats- und Kommunalwahlen in den Einzelstaaten«.[26] Während des ersten Wahlkampfes der preußischen Fortschrittspartei hatte der Verein massiv interveniert und auf diese Weise erheblich zu dem überwältigenden Wahlerfolg beigetragen. Im Jahr 1862 unterstützte er den Wahlkampf der hessen-darmstädtischen Fortschrittspartei mit 1 500 fl.[27] Besondere Bedeutung kam den Wahlen im Krisenjahr 1863 zu, in dem sich die neugegründeten Fortschrittsparteien in Bayern, Hannover und Nassau erstmals bewähren mußten. Die Süddeutsche Zeitung berichtete in einem Artikel »Drei bevorstehende Wahlkämpfe« über die Wahlbewegungen in den drei Ländern, wobei sie die Übereinstimmung der nationalpolitischen Forderungen mit den Beschlüssen des Abgeordnetentags und des Nationalvereins ausdrücklich hervorhob.[28] Wie aus den Vorstands- und Ausschußprotokollen hervorgeht, zahlte der Nationalverein 2 000 fl. für den Wahlkampf in Bayern[29], 500 fl. für Nassau und 1 000 fl. für Hannover. Die Bayern und die

---

24 Exemplar des revidierten Programms im BAP, Nl. Marquardsen, 57, Bl. 76. An erster Stelle standen nach wie vor die bundesstaatliche Einigung Deutschlands und das deutsche Parlament, gefolgt von der Forderung nach der Konstituierung Schleswig-Holsteins unter Friedrich VIII. Die nächsten Punkte waren Reform der ersten Kammer, des Wahlrechts, des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, Gewerbefreiheit, allgemeine Wehrpflicht usw.

25 Vorstand an Ausschußmitglieder, 30.12.1864, BAP, Nl. Marquardsen, 57, Bl. 77; vgl. T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 71 ff.; G. Eisfeld, 1969, S. 130; Die Fortschrittspartei in Erlangen, 1869, S. 3 ff. Nipperdey verlegt die Gründung eines »selbständigen Vereins« mit »Landesausschuß« bereits ins Jahr 1863, vgl. T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 20 f.

26 Streits »Erläuterung zu der neuen Organisation des Agentenwesens«, Nl. Hölder, XXXV; vgl. bereits die Instruktion an die Agenten vom 15.12.1860, StadtB München, Akten NV.

27 A-Prot.NV, 4.3.1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Der NV hatte der hessen-darmstädtischen FSP bereits zuvor mehrfach Sonderdrucke von Reden Metz' und einer Artikelserie über die »Zustände im Großherzogtum Hessen« zur Verfügung gestellt, die über das Agentennetz des Vereins verteilt wurden; vgl. V-Prot.NV (ms.), 9.12.1860; V-Prot.NV (ms.), 29.9.1861, beide StadtB München, Akten NV; A-Prot.NV, 20.1.1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV; vgl. G. Heck, 1968, S. 73.

28 SZ, Nr. 151, 20.3.1863; vgl. den Artikel über »Die Parteibewegung der letzten Wochen« im Grenzboten 23 (1863, II), S. 149 ff.

29 Die bayerische FSP mußte sich bald gegen den Vorwurf verteidigen, ein »verkappter Nationalverein« zu sein, vgl. SZ, Nr. 170, 3.4.1863. Brater hatte deshalb ursprünglich Wahl-

Nassauer erhielten zusätzlich je 2 000 Druckexemplare der Reichsverfassung von 1849.[30]

In Preußen verfügten Fortschrittspartei und linkes Zentrum über die Mehrheit der Parlamentssitze. Seit 1862 eroberten die Fortschrittsparteien im Großherzogtum Hessen, in Nassau, in Württemberg und in Hannover jeweils absolute Mehrheiten. Liberale Kammermehrheiten in den thüringischen Kleinstaaten, in Oldenburg, Baden und Kurhessen kamen hinzu.[31] Die personellen, organisatorischen und politischen Voraussetzungen für die Vereinheitlichung der Landespolitiken waren damit gegeben, und sie wurde in Fragen der Nationalpolitik und der Wirtschaftspolitik auch betrieben. Offermann hat auf eine weitere Parallele aufmerksam gemacht: in den Jahren 1861 bis 1866 kam es in einer ganze Reihe von Ländern zu scharfen Konflikten zwischen Kammern und Regierungen, die in ihren Grundzügen dem preußischen Verfassungskonflikt ähnelten, zum Teil aber erheblich schärfer geführt wurden.[32] In Kurhessen setzte Oetker einen regelrechten Parlamentsstreik durch, im Großherzogtum Hessen beschloß die Kammer im Mai 1865 auf Antrag Metz', der Großherzog möge Dalwigk wegen Verfassungsbruch vor Gericht stellen, in Nassau wiederholten sich wegen einer Totalkonfrontation zwischen Parlament und Regierung Kammerauflösung und Neuwahlen in immer kürzeren Zeitabständen und in Oldenburg kam es über die Besoldung von Beamten zu einem Budgetkonflikt.

Diese sicher nicht zufälligen Gleichzeitigkeiten fügten sich genau in die Strategie der nationalen Verfassungsbewegung ein. Sie versinnbildlichten einen der Glaubenssätze der nationalen Verfassungsbewegung, daß nämlich eine befriedigende Regelung der innerstaatlichen Verhältnisse nur unter dem Dach des Nationalstaats möglich sein würde. Den jeweiligen Regimen wurde immer wieder vor Augen geführt, daß nur die Bereitschaft zu einer nationalen Reformpolitik und zur Aufgabe umfassender Souveränitätsrechte den inneren Frieden wiederherstellen konnte. Daß in Württemberg vergleichbare Konflikte ausblieben, obwohl die politischen Mehrheitsverhältnisse dies erlaubt hätten, verweist auf die Bedeutung des »Verfassungspatriotismus« und die vergleichsweise große Akzeptanz des politischen Systems in den frühkonstitutionellen Staaten.

Wenn Nationalverein und Abgeordnetentag ihre Aufgabe zur organischen Angleichung der Landespolitiken nur in Ansätzen erfüllen konnten und über einige Anfangserfolge nicht hinauskamen, so lag dies wesentlich in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit begründet. Durch den eruptiven

---

kampfunterstützung durch den AT im Auge gehabt, aber Bennigsen beharrte auf der Zuständigkeit des NV. Die NV-Gelder wurden auf Wunsch Braters nicht als Geldsendung, sondern in Form eines Manuskriptpakets versandt, um keine Vorwürfe der Gegner zu provozieren; H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 590 f.; Brater an Streit, 18. 3. 1863, BAP, Akten NV, 32, Bl. 123 f. Brater an Streit, 24. 3. 1863, BAP, Akten NV, 33, Bl. 28 f.

30 V-Prot.NV, 30. 3. 1863; A-Prot.NV, 17. 5. 1863, beide WLB, Nl. Hölder, XXXV. Für die Nassauer Wahlen 1865 stellte der NV nochmals 1 000 fl. zur Verfügung, V-Prot.NV, 26. 2. 1865, ebd.

31 In Bayern blieb die FSP allerdings mit 16 Parlamentssitzen in der Minderheit, vgl. T. SCHIEDER, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 26.

32 T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 184 f.

Ausbruch der Schleswig-Holstein-Krise im November 1863, die das gesamte politische Leben dominierte, erfuhr der Abgeordnetentag einen tiefgreifenden Funktionswandel, der ihn an die Spitze der nationalen Bewegung brachte, während der Nationalverein seine Tätigkeit nahezu vollständig einstellte.

4. Die Zurückweisung der österreichischen Bundesreformakte 1863

Angesichts der verbreiteten antipreußischen Stimmungen in der deutschen öffentlichen Meinung unternahm Österreich im Sommer 1863 einen zweiten Versuch, durch die Präsentation eines verbesserten Bundesreformplanes die Unterstützung des Bundestags und der nationalen Verfassungsbewegung zu gewinnen und so den Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland zu seinen Gunsten zu entscheiden.[1] Der unter strikter Geheimhaltung erarbeitete Entwurf sollte einer auf den 16. August angesetzten Versammlung deutscher Fürsten in Frankfurt zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Er sah als oberstes Exekutivorgan ein fünfköpfiges Bundesdirektorium unter österreichischem Vorsitz vor, dem eine indirekt zu wählende Repräsentativversammlung, ein föderativer Bundesrat und eine Fürstenversammlung zur Seite gestellt werden sollte. Als weitere Zentralinstanz war ein Bundesgericht vorgesehen. Der Entwurf, laut Huber »eine mittlere Lösung zwischen der staatenbündischen Bundesakte von 1815 und der bundesstaatlichen Reichsverfassung von 1849«, stellte das äußerste Zugeständnis dar, das der Habsburger Vielvölkerstaat dem Drängen nach effektiverer Ausgestaltung der Zentralgewalten gewähren konnte. Dennoch blieb er weit hinter den Minimalforderungen der nationalen Verfassungsbewegung zurück. Ein reformierter Bund – womöglich ohne Preußen – wäre kein Nationalstaat gewesen, da er unter den Bedingungen der österreichischen Zentralverfassung weiträumige nichtdeutsche Gebiete umfaßt hätte, und, genauso wichtig, eine indirekt gewählte Nationalrepräsentation mit ähnlich eingeschränkten Rechten wie der österreichische Reichsrat hätte den Partizipationsforderungen der »Nationalpartei« nicht genügt. »Es handelt sich nicht um die Schaffung eines Bundesstaats; der Staatenbund soll, mit einigen modernen Gewürzen versehen, wieder aufgewärmt werden«, kommentierte das Bremer Handelsblatt knapp.[2] Die Aussichten auf die Realisierung der österreichischen Pläne wurden durch die am 4. August erfolgte und am 20. des Monats wiederholte offizielle Absage des preußischen Königs entscheidend gemindert. Nach langen Verhandlungen und einigen Abänderungen stimmten am 1. September 1863 zwar vierundzwanzig Staaten der österreichischen Reformakte zu, machten aber die Bindewirkung ihrer Entscheidung vom nachträglichen Beitritt Preußens abhängig. Damit war der Fürstentag faktisch gescheitert, denn die Ablehnung durch Preußen war vorhersehbar und erfolgte drei Wochen später.

---

1 Text der definitiven Fassung des Bundesreformplans bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 108.; vgl. ders., Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 420 ff.

2 BrHbl., Nr. 620, 29. 8. 1863.

Während der Fürstentag in Frankfurt verhandelte, trat gleichzeitig nur wenige hundert Meter entfernt der Deutsche Abgeordnetentag zum zweiten Mal zusammen, um »in Ermangelung eines deutschen Parlaments« über die österreichische Reformakte zu beraten und die Stimme der Nation zur Geltung zu bringen. Daß es sich bei dem zeitlichen Zusammentreffen der beiden Versammlungen um einen Zufall handelte, wie Real schreibt, stimmt nur bedingt.[3] Richtig ist, daß die Einberufung des Abgeordnetentags zum 21.–22. August nach Frankfurt längst beschlossen war, als in den ersten Augusttagen die Einladungen zum Fürstentag ergingen. Bereits am 24. Mai 1863 hatte auf ausdrückliches Antragen von Bennigsen und Fries, also des Nationalvereinsvorstands, eine Ausschußsitzung des Abgeordnetentags in Frankfurt stattgefunden, die den Termin der nächsten Versammlung auf den Juli des Jahres festgesetzt hatte.[4] Als Tagesordnungspunkte waren die Schleswig-Holstein-Frage, das Polen-Problem sowie die Bedeutung der preußischen Verfassungskrise für Deutschland vorgesehen.[5] Auf Drängen der preußischen Mitglieder wurde der Termin auf den 21.–22. August 1863 verschoben.[6] Am 24. Juli 1863 erschien in der Süddeutschen Zeitung die offizielle Einladung.[7]

Die Einberufung des Fürstentags auf den 16. August kam für die nationale Verfassungsbewegung überraschend, auch wenn man seit Februar 1863 von den österreichischen Bestrebungen zur Vorlage eines verbesserten Bundesreformkonzepts wußte.[8] In Kreisen des Nationalvereins und des Abgeordnetentags vermutete man, daß die österreichische Regierung den Fürstenkongreß absichtlich unmittelbar vor dem Abgeordnetentag plaziert habe, um durch ihren Coup die Versammlung womöglich zu sich herüberzuziehen.[9] Das Risiko, daß der Abgeordnetentag sich für die österreichischen Entwürfe aussprechen könnte, war solange kaum zu kalkulieren, wie man ihren Inhalt nicht kannte. Alarmierend klangen die Mitteilungen des coburg-gothaischen Kabinettssekretärs Tempeltey, daß der Reformplan angeblich ein »aus freien Wahlen hervorgegangenes und nicht nach Art der Delegierten-Kommissionen« beschränktes Parlament umfaßte.[10] Hätte sich dies

---

3 W. Real, Reformverein, 1966, S. 157.; vgl. Ernst II., Bd. 3, 1889, S. 320.

4 Vgl. das Einladungsschreiben Müllers an Ausschußmitglieder, 9.5. 1863, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 166. Bennigsen erwähnte am 25.5. 1863 vor dem Nationalvereinsausschuß die Ausschußsitzung des AT, vgl. A-Prot.NV, 25.5. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

5 Der Beschluß wurde zunächst nicht veröffentlicht. Am 26.6. 1863 sandte Müller einen Einladungsentwurf an die Ausschußmitglieder zur Billigung, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 154; vgl. auch Schulze an Henneberg, 27.6. 1863, BVRB, III, Bl. 46.

6 Müller an Ausschußmitglieder, 4.7. 1863, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 151. Am 20.7. 1863 versandte er den Einladungstext zur Bekanntmachung in der Öffentlichkeit, ebd., Bl. 148. Lette hatte Bennigsen gebeten, mit Rücksichtnahme auf die preußischen Abgeordneten den geplanten Abgeordnetentag möglichst Ende August abzuhalten, Lette an Bennigsen, Nl. Bennigsen, 324, Bl. 1 f.

7 SZ, Nr. 369, 24.7. 1863; Beobachter, Nr. 174, 25.7. 1863.

8 Jolly hatte in einem ausführlichen Brief an Bluntschli vom 24.2. 1863 davon berichtet, UB Zürich, Nl. Bluntschli.

9 So Mathy an Freytag, 9.8. 1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 166 f.; vgl. Freytags Exposé zum Fürstentag von Anfang August, abgedruckt bei M. Busch, Tagebuchblätter, Bd. 3, 1899, S. 379 ff.; Konzept Streit an Löwe, 13.8. 1863, StadtB München, Akten NV.

10 Tempeltey an Bennigsen, 24.6. 1863, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 597 ff. Frey-

bewahrheitet, wäre es vermutlich kaum gelungen, die Organisationen der nationalen Verfassungsbewegung zusammenzuhalten. Bluntschli und andere plädierten deshalb dafür, den Abgeordnetentag auf die zweite Septemberhälfte zu verschieben. Die Chancen für Österreich lägen »momentan so günstig als möglich und es ist die Frage, ob nicht das Schach, das Preußen geboten wird, zum Matt« führe.[11] Erst nachdem am 7. August 1863 der badische Gesandte in Wien Edelsheim die Grundzüge des Bundesreformplans mitgeteilt bekam, die Jolly am übernächsten Tag an Baumgarten weitergab, stellte sich Gewißheit ein.[12] Am 14. August 1863 erfuhr Bennigsen auch durch Freytag, daß die österreichische Regierung nicht über ihren Schatten gesprungen und das frei gewählte Parlament vom Tisch war.[13]

Trotz aller Bedenken entschied man sich für die Beibehaltung des Augusttermins. Besonders Mathy, der wieder im badischen Staatsdienst stand, und Baumgarten setzten sich dafür ein.[14] Ihre Auffassungen entsprachen der Politik der badischen Regierung, die darauf abzielte, das Bundesreformprojekt zu torpedieren. Ihre Absicht bestand darin, bis zu einem Kurswechsel in Preußen jede nationalpolitische Entscheidung zu verzögern. Durch einen zeitgleich abgehaltenen Abgeordnetentag, der – noch bevor die versammelten Fürsten zu einer Entscheidung gelangt waren – die Reformakte als ungenügend zurückwies, ließ sich der Auftritt des Großherzogs auf dem Fürstenkongreß abstützen. Da auch Bennigsen, nachdem er den Inhalt der Reformakte kannte, annahm, daß es Österreich und den Würzburgern nicht gelingen werde, die »nationale Partei« zu sprengen, konnten sich die Badener durchsetzen, zumal der Ausschußvorsitzende des Abgeordnetentags Müller eine so kurzfristige Vertagung nur schwer für möglich hielt.[15]

Ein eigens eingerichteter Spezialausschuß zur deutschen Frage, dem Karl Barth, Bennigsen, Hölder, Schulze und Häusser angehörten, beauftragte letzteren mit der Verteidigung des Ausschußantrags.[16] Bei dessen Formulierung

---

tag dämpfte die Befürchtungen einige Tage später, Freytag an Bennigsen, 27.6.1863, ebd., S. 601 ff.

11 Bluntschli an Sybel, Anfang August 1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 166; ähnlich am 12.8.1863 an Jolly, vgl. H. Baumgarten/L. Jolly, 1897, S. 58: »Meines Erachtens darf man die österreichische Aktion nicht unterschätzen; sie wird von der europäischen Parteilage stark unterstützt, von der preußischen Impotenz nicht aufgehalten und von dem Verlangen der Nation nach irgend einer Fortbildung des Bundes im Gegensatz zu der jetzigen völligen Ohnmacht mit mehr Gunst als Mißtrauen aufgenommen.« Auch Nagel und Seydlitz sprachen sich für Vertagung aus, Telegramm Nagel an Streit, 14.8.1863, StadtB München, Akten NV; Seydlitz an Streit, 12.8.1863, ebd.

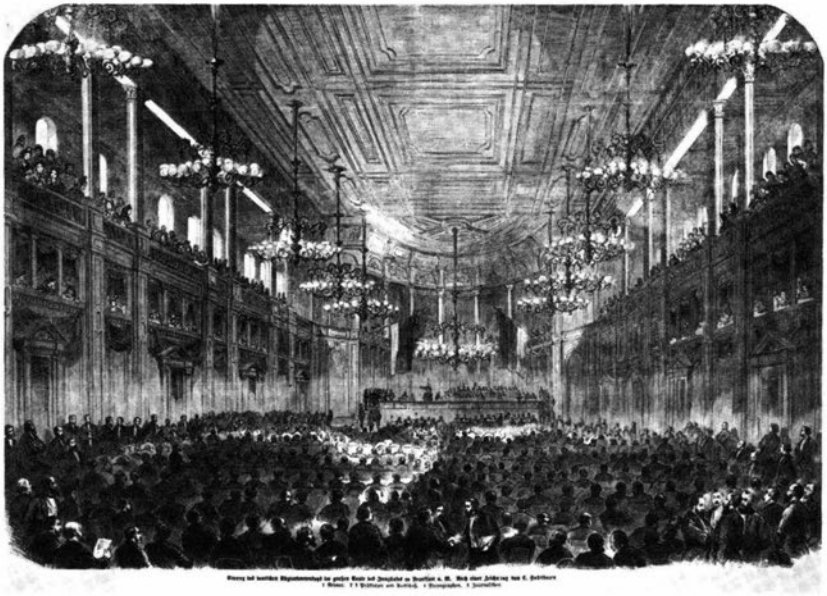
12 L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 235, Anm. 80.

13 Freytag an Bennigsen, 14.8.1863, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 602 ff. Der SZ Nr. 418 vom 19.8.1863 lag dann ein Exemplar des Bundesreformplans bei.

14 Mathy an Jolly, 10.8.1863, vgl. H. Baumgarten/L. Jolly, 1897, S. 57; am 17.8. schrieb Mathy, es gehe mehr darum »Schaden zu verhüten als Nutzen zu schaffen«, ebd., S. 58.; Baumgarten an Sybel, 13.8.1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 167 f.

15 Bennigsen an Streit, 15.8.1863, StadtB München, Akten NV. »Ein wahres Glück ist es, daß der Abgeordnetentag in derselben Woche, wo die Fürsten tagen, auch die Führer unserer Partei nach Frankfurt bringt. Wenn es uns gelingt, uns zu einigen, so werden wir auch Presse und öffentliche Meinung in Deutschland in unserer Richtung wie bisher halten können«; Telegramm Müller an Streit, 16.8.1863, StadtB München, Akten NV.

16 Vgl. Sydow an Bernstorff, 20.8.1863, GSTA-B, III. HA, 188, Bl. 134.; H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 606.



Deutscher Abgeordnetentag im August 1863

Die Sitzung fand im »Saalbau« statt, dem Veranstaltungsgebäude der Frankfurter Museumsgesellschaft in der Junghofstraße. Im Hintergrund über der Tribüne sind zwei (schwarz-rot-goldene) Fahnen zu erkennen. Die zeitgenössische Bildunterschrift verweist auf den Redner, den Präsidenten und den Ausschuß, sowie auf die Stenographen und Journalisten.

arbeitete Häusser auf das engste mit Julius Jolly, dem badischen Bundestagsgesandten Robert v. Mohl und Roggenbach selbst zusammen, so daß er auf dem Abgeordnetentag eine ähnliche Argumentation verfolgte, wie die badische Regierung auf dem Fürstenkongreß.[17]

Der Ausschußantrag, der schließlich einstimmig angenommen wurde, war ein diplomatisches Meisterstück.[18] Im Ton sehr gouvernemental und verbindlich begrüßte er, daß die österreichische Regierung durch ihre Initiative die Notwendigkeit zu einer Bundesreform anerkannt habe. Er stellte sodann klar, daß nur die bundesstaatliche Einheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 ihren »rechtlichen Ausdruck« gefunden habe, die berechtigten Bedürfnisse der deutschen Nation befriedigen könne, daß aber angesichts der inneren Krise und der äußeren Bedrohung der Abgeordnetentag sich gegenüber dem österreichischen Entwurf nicht »lediglich verneinend« verhalten könne. Des weiteren akzeptierte die Resolution im Grundsatz die Einrichtung eines Direktoriums, verlangte aber die Anerkennung der vollständigen Gleichberechtigung der beiden Großmächte im Staatenbund. Diese scheinbar sensationellen Zugeständnisse und der konzessive Ton der Resolution dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die folgenden Passagen eine eindeutige Ablehnung der Reformakte beinhalteten. Als »unerläßliche Vorbedingung« jedes Gelingens einer Bundesreform bezeichnete die Resolution die Zustimmung einer unmittelbar gewählten Volksvertretung. »Unter allen Umständen sieht sich der deutsche Abgeordnetentag zu der Erklärung gedrungen, daß er von dem einseitigen Vorgehen der deutschen Regierungen eine gedeihliche Lösung der deutschen Frage nicht zu erwarten vermag, vielmehr die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung auf Grundlage der Normen, welche die deutsche Bundesversammlung selbst in ihren Beschlüssen vom 30. März und 7. April 1848 aufgestellt hat[19], und die Zustimmung dieser Versammlung als unumgängliche Ergänzung bezeichnen muß«.

---

17 Vgl. L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 234 ff., besonders S. 241, Anm. 92; vgl. auch H. Baumgarten/L. Jolly, 1897, S. 62. Das Referat Häussers wurde als selbständige Publikation in mehreren Auflagen veröffentlicht (genaue Angaben im Quellenverzeichnis) und in Preußen durch den Verein zur Wahrung der Preßfreiheit vertrieben, LHA-P, 15337, Bl. 17; auch der Stuttgarter Beobachter druckte die Rede Häussers befürwortend ab, Nr. 199–204, 27. 8.–2. 9. 1863. Vgl. zur Rolle Häussers auch L. Gall, Ludwig Häusser, 1967, S. 90. Der Kabinettssekretär des badischen Großherzogs v. Ungern-Sternberg verfolgte im Auftrag der Regierung die Abgeordnetenversammlung und berichtete Friedrich I. regelmäßig über deren Verlauf, vgl. dessen Aufzeichnungen bei H. Oncken, (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 1, 1927, S. 405 f., 410.

18 Am leichtesten zugänglich bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, ^{3}1986, Nr. 106; H. Fenske (Hrsg.), 1977, S. 282 f.

19 In ihnen hatte der Bundestag zunächst die Einzelstaaten zur Abhaltung von Volkswahlen aufgefordert (30. 3.) und anschließend das Wahlgesetz des Vorparlaments übernommen. Damit war den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung der Anschein der Rechtskontinuität gegeben, vgl. E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 2, ^{3}1988, S. 606 f.; W. Siemann, Revolution, 1985, S. 83. Indem der Antrag sich in die legalistische Kontinuität zu den Beschlüssen des Bundestags stellte, anstatt wie der Nationalverein auf das Reichswahlgesetz von 1849 Bezug zu nehmen, wurde die scheinbar bundesfreundliche Tendenz unterstrichen.

Die Bedingungen, unter denen der Abgeordnetentag dem Reformprojekt zustimmen sollte, waren durch das Beharren auf einer direkt gewählten Nationalrepräsentation so formuliert, daß ihre Annahme durch die versammelten Fürsten nicht zu befürchten war, zudem sie ja eine Einigung Österreichs und Preußens voraussetzten, die schon aufgrund des preußischen Fernbleibens vom Fürstentag nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen war.[20] Nur so ist es zu erklären, daß mit Häusser einer der prominentesten Verfechter der historischen Mission Preußens ein gleichgewichtig zu besetzendes Direktorium zu akzeptieren bereit schien. Dieses aufsehenerregende Zugeständnis war Bestandteil der »kleindeutschen« Verteidigungslinie und sollte die Zustimmung der württembergischen, bayerischen und badischen »Großdeutschen« sicherstellen. Bei der Beurteilung der Resolution muß dies berücksichtigt werden.

Der Ausschuß ließ seine Resolution mit voller Absicht nicht von bekannten Nationalvereinsführern vertreten, sondern wählte mit Häusser, Hölder und Völk die führenden Politiker der liberalen Kammerfraktionen in Baden, Württemberg und Bayern, die die Kooptation in den Nationalvereinsausschuß aus Rücksichtnahme auf das politische Klima in ihren Ländern abgelehnt hatten, aber dennoch zweifellos Anhänger der preußischen Spitze und der nationalvereinlichen Politik waren. Hölder bezeichnete das Direktorium trotz aller Einwände als die einzige Möglichkeit eines Weiterkommens, da weder ein gewaltsames Durchgreifen einer der beiden Großstaaten noch Gewalt von unten zu erwarten sei.[21] Und Völk erklärte, »daß wenn wir auf Grundlage des Direktoriums und auf Grundlage des Staatenbundes Verbesserungen erhalten können«, diese angenommen werden müßten.[22]

Die in der Literatur gelegentlich geäußerte Auffassung, daß der Reformplan die gesamte liberale Bewegung verwirrt und mit dem österreichischen Kaiser habe liebäugeln lassen, und daß die Resolution des Abgeordnetentags ein Anerkennen der Reformbemühungen Österreichs bedeutet habe, läßt sich bei genauerer Betrachtung nicht aufrechterhalten.[23] Gerade die überzeugten Anhänger der preußischen Spitze urteilten anders. Wilhelm Wehrenpfennig, Redakteur der Preußischen Jahrbücher und einer der frühesten und entschiedensten Annexionisten in der Schleswig-Holstein-Sache, sprach davon, daß der Abgeordnetentag die Luft gereinigt habe, die zuvor vollstän-

---

20 Vgl. hierzu L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, besonders S. 240 f. Großherzog Friedrich trug in seiner Schlußerklärung vom 1.9.1863 dieselbe Verknüpfung einer beide Großmächte umfassenden Bundesspitze mit einem direkt zu wählenden Parlament erst vor, nachdem er sich überzeugt hatte, daß ein preußisch-österreichischer Ausgleich darüber nicht bevorstand.

21 Verhandlungen AT II (1863), S. 41.

22 Ebd., S. 49 ff. Zur integrativen Bedeutung der Rede Völks vgl. auch T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 35 f.

23 Vgl. W. Real, Reformverein, 1966, S. 157 f. (Real nimmt gar an, daß Häusser für die Annahme des Reformprojekts gewesen sei); R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 74. Vgl. auch die berühmte »Heerschaurede« Lassalles vom September 1863, in der er dem Abgeordnetentag vorwirft, mit den Fürsten »geliebäugelt« zu haben, in: F. Lassalle, Reden und Schriften, Bd. 3, 1919, S. 379. Vgl. die abweichenden Auffassungen bei T. Amann, 1948, S. 90; H.-J. Schoeps, 1968, S. 84 f.

dig österreichisch gewesen sei.[24] Max Duncker bedankte sich gar persönlich bei Häusser für dessen Beitrag zum Gelingen des Abgeordnetentags. Es sei von unschätzbarem Wert, daß gerade der Abgeordnetentag es gewesen sei, der den Stoß Österreichs pariert habe. Wenn man geglaubt habe, den deutschen Abgeordnetentag fortreißen zu können, so hätte er, Häusser, das vereitelt.[25] Schulze-Delitzsch betonte, daß man mit einer *direkten* Zurückweisung der Reformakte unter den gegebenen Umständen nicht durchgedrungen wäre. Dem habe der Ausschußantrag Rechnung getragen, ohne den alten Standpunkt aufzugeben.[26] In diesem Sinne fiel auch der Bericht des preußischen Gesandten in Frankfurt aus.[27] Selbst Sybel sah in seiner Geschichte der Reichsgründung in dem Antrag »die vollständige Zurückweisung des kaiserlichen Entwurfs«.[28]

Keiner der zahlreichen oppositionellen Anträge hatte für eine einfache Annahme des österreichischen Reformplans plädiert, wie es im Oktober der Deutsche Reformverein tun sollte.[29] Die abweichenden Anträge zielten vielmehr ausschließlich auf eine deutlichere Betonung der Rolle des Parlaments ab und kamen von links. Noch bevor Häusser sein Referat zur Begründung des Ausschußantrags beginnen konnte, mußte sich der Ausschuß mit einem anderen Antrag Venedeys auseinandersetzen, der beinahe die Absichten des Ausschusses konterkariert hätte. Dabei profitierte man davon, daß anstelle des angeblich erkrankten Sigmund Müller der energischere und geschicktere Nationalvereinsvorsitzende Bennigsen der Versammlung präsidierte.

Venedey hatte die Absicht des Ausschusses erkannt, durch die frühzeitige Festlegung der Versammlung die österreichischen Reformpläne zu torpedieren, ehe die Regierungen ihre Beratungen abgeschlossen hatten. Gemeinsam mit den Württembergern Fetzer, Nägele, Tafel und Schwaderer hatte er deshalb die Vertagung des Abgeordnetentags beantragt, bis der Fürstentag eine Verfassung ausgearbeitet habe. Der Abgeordnetentag sollte erst dann erneut zusammentreten, um die vorgelegte Verfassung »im Namen des Volkes zu beraten, die Vervollkommnung derselben anzubahnen und deren Be-

---

24 Wehrenpfennig an M. Duncker, 23. 8. 1863, in: M. Duncker, 1923, S. 363.

25 M. Duncker an Häusser, 27. 8. 1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 169 f.; ähnlich auch Freytag an Samwer, 22. 8. 1863, ebd., S. 168.

26 So in seiner 1883 in der Deutschen Revue veröffentlichten Schrift »Die Deutschen Abgeordnetentage von 1862 und 1863«, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 309 ff. Zur kommentierten Veröffentlichung seiner Reden auf den Abgeordnetentagen 1862 und 1863 hatte sich Schulze entschieden, weil ihm im preußischen Abgeordnetenhause des öfteren antinationale Gesinnung vorgeworfen worden war, wobei man auf eine vor dem Abgeordnetentag vorgebrachte Äußerung über »Preußens außerdeutschen Großmachtkitzel« verwiesen hatte.

27 Sydow an Bismarck, GSTA-B, III. HA, 188, Bl. 134 ff.; ähnlich Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, der den Verhandlungen des Abgeordnetentags als Zuschauer beiwohnte, vgl. C. Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. 1, 1906, S. 130.

28 H.v. Sybel, Bd. 2, [2]1889, S. 536

29 Das gilt auch für den in Frankfurt lebenden kurhessischen Journalisten Adam Trabert, der den österreichischen Entwurf trotz seiner Mängel als Übergangsregelung »bestens zu acceptieren« bereit war, aber die Zustimmung einer Nationalvertretung verlangte, Verhandlungen AT II (1863), S. 8 f. Die Resolution des Reformvereins ist abgedruckt bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 113.

stätigung durch eine konstituierende Versammlung zu betreiben«. Als Termin schlug er den 18. Oktober vor, den symbolträchtigen fünfzigsten Jahrestag der Schlacht von Leipzig. Falls bis dahin kein Vorschlag seitens der Fürsten vorläge, sollte der Abgeordnetentag in eigener Regie die Einberufung eines Parlaments betreiben.[30] Der Antrag Venedeys war ausdrücklich in der Absicht gestellt worden war, eine Diskussion des österreichischen Reformplans zu vermeiden, bis das Ergebnis der fürstlichen Verhandlungen vorlag. Anstatt den Antrag jedoch sofort zur Debatte zu stellen, wie es einer unparteiischen Versammlungsleitung angestanden hätte, befragte Bennigsen die Versammlung, ob der Antrag als »ein absolut präjudizierlicher« zu behandeln sei. Als diese verneinte, zog Venedey seinen Antrag zurück.

Unter den oppositionellen Anträgen lassen sich zwei Richtungen unterscheiden. Für die erste steht der Antrag Welckers, in dem sich vier ursprünglich selbständige Anträge ähnlichen Inhalts vereinigten.[31] Welcker knüpfte an die Auffassung von der Rechtskontinuität der Reichsverfassung von 1849 an, die er schon im Vorjahr in Weimar vertreten hatte. Er wollte sich fest auf den »Rechtsboden« von 1849 stellen, um durch Überzeugungsfestigkeit die Regierungen auf seinen Kurs zu zwingen. Welcker vertraute auf die Kraft der öffentlichen Meinung: »Das deutsche Rechtsbewußtsein, das wird die deutsche Verfassung zu Stande bringen«. Konkrete Vorschläge zur Durchführung der Reichsverfassung hatte Welcker nicht anzubieten. Er gab selbst zu, daß man »die Mittel offen lassen« müsse. Den politischen Routiniers des Ausschusses fiel es nicht schwer, diese Position zu zerpflücken. Seine Hauptredner Häusser, Völk und Hölder warfen Welcker Naivität vor: wer keine Revolution wolle, dürfe auch nicht Dinge verlangen, die nur auf dem Wege der Revolution zu bekommen seien.[32] Daß dies auch für die Beschlüsse des Nationalvereins zur Durchführung der Reichsverfassung galt, erwähnten sie selbstverständlich nicht.

Größere Schwierigkeiten bereiteten dem Ausschuß Anträge von demokratischer Seite, die darauf zielten, den Abgeordnetentag in ein Vorparlament umzuwandeln. Der Fortschrittsabgeordnete Ferdinand Fischer aus Breslau unterbreitete den Vorschlag, der Abgeordnetentag möge die versammelten Fürsten und den preußischen König durch eine förmliche Adresse zur Annahme der Reichsverfassung auffordern. Die Zentralgewalt sollte – offenbar durch den Abgeordnetentag – derjenigen Macht übertragen werden, die sich zuerst zur Reichsverfassung bekannte.[33]

---

30 Verhandlungen AT II (1863), S. 3 f. Fetzer strebte statt des bestehenden Abgeordnetentags einen »Volkstag« aus allen Parteien an, um das Reformprojekt zu beraten; vgl. seinen Brief an Venedey, 17. 8. 1863, BAP, Nl. Venedey.

31 Neben dem Antrag Welckers die Anträge Beckers, Sybels und Ammermüllers; vgl. Verhandlungen AT II (1863), S. 5 ff., 24 ff.

32 Ebd., S. 48.

33 Ebd., S. 7; S. 29 f.; ähnlich der Antrag Karl Grüns, S. 8. Mehr oder minder revolutionäre Ansinnen waren auch in der Presse an den AT gerichtet worden, vgl. den zweiteiligen Artikel »Aufforderung an den deutschen Abgeordnetentag zur Bildung einer deutschen Eidgenossenschaft«, SZ, Nr. 256, 22. 5. 1863 und Nr. 258, 23. 5. 1863. Becker, der sich dem Antrag Welckers angeschlossen hatte, hatte in der RhZ, Nr. 320, 26. 8. 1863, die Berufung eines Vorparlaments befürwortet. Im Anschluß an den AT schrieb er, die Initiative zu einer

Gegen diesen halbrevolutionären Vorschlag schritt der Ausschuß energisch ein. Aufgrund der innerpreußischen Zustände kam es ihm auf eine Vertagung nationalpolitischer Veränderungen an. Schulze-Delitzsch verwies deshalb darauf, daß die Kompetenz einer künftigen Nationalvertretung nur dann gewahrt bleiben könne, wenn man ihren Beschlüssen nicht vorgreife. Er betonte ähnlich wie Häusser, Unruh und Völk, daß der Abgeordnetentag »zu einer Abstimmung, die etwas Bindendes hätte, zu einer Unterhandlung über Verfassungsformen« kein Mandat besitze.[34] Zudem stellte er klar, daß eine Deputation an den preußischen König ohne Teilnahme preußischer Abgeordneter bleiben würde. Denn eine preußische Spitze sei zur Zeit unmöglich; und eine österreichische Spitze stand sowieso außerhalb jeder Diskussion.

Da vor der Schlußabstimmung sämtliche oppositionellen Anträge wegen mangelnder Erfolgsaussichten zurückgezogen wurden, gelangte der Ausschußantrag unverändert und einstimmig zur Annahme. Durch diesen Beschluß, der die österreichischen Reformpläne scheinbar nicht grundsätzlich verwarf, trug der Abgeordnetentag entscheidend dazu bei, daß die Position der Kleindeutschen in Süddeutschland nicht völlig zusammenbrach.[35] Gleichzeitig war durch den Fürstentag die Notwendigkeit einer Verfassungsreform von sämtlichen Regierungen anerkannt und gleichsam »offiziell auf die Tagesordnung gesetzt« worden.[36] Die Wochenschrift des Nationalvereins kommentierte, daß die Stellung der Nationalpartei gegenüber den österreichischen Reformen durch den Beschluß des Abgeordnetentags »in ihren allgemeinen Umrissen richtig bezeichnet« sei.[37] Dem Nationalverein blieb es in den nächsten Wochen bis zu seiner Generalversammlung überlassen, die durch den Abgeordnetentag vorgegebenen »allgemeinen Umrisse« präzise auszufüllen, insbesondere das Prinzip der Reichsverfassung und des Reichswahlgesetzes von 1849 zu betonen und so seine Führungsrolle innerhalb der nationalen Verfassungsbewegung zu unterstreichen. Dazu organisierte er eine weitere Versammlungsreihe, während der sich die Mitglieder und Freunde des Vereins in zahlreichen Orten grundsätzlich mit den Beschlüssen des Abgeordnetentags einverstanden erklärten und unter Verweis auf die Reichsverfassung die österreichischen Reformpläne ablehnten.[38]

Bundesreform müsse vom Volke ausgehen. Dazu sei die Einberufung eines Vorparlaments notwendig. Da der Abgeordnetentag das nicht geleistet habe, falle die Aufgabe jetzt dem Nationalverein zu, RhZ, Nr. 321, 27. 8. 1863.

34 Ebd., S. 31 f.; Häusser, ebd., S. 20;. Unruh, S. 45, Völk, S. 47.

35 So L. Gall, Ludwig Häusser, 1967, S. 90.

36 So ein Rundschreiben Streits an die NV-Agenten, August 1863, BAP, Nl. Venedey, 134, Bl. 1.

37 WSchNV, Nr. 174, 27. 8. 1863.

38 Die SZ, Nr. 457–514, 9. 9.–10. 10. 1863, und die WSchNV, Nr. 179–181, 1. 10.–15. 10. 1863, nennen in unvollständiger Aufzählung folgende Orte: Alzey, Arnstedt, Arolsen, Braunschweig, Bremen, Butzbach, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Eisenach, Emden, Frankfurt a. M., Geislingen, Gera, Gießen, Hamburg, Harburg, Karlsruhe, Konstantinopel, Köthen, Loetzen, Lübeck, Mainz, Mannheim, Nordhausen, Offenbach, Ottweiler, Pforzheim, Querfurt, Rostock, Schöningen, Schwerin, Stade, Stettin, Stuttgart, Thorn, Waldeck, Waldhausen, Weimar, Weißenfels, Wiesbaden, Zürich. Sogar eine Resolution der »Nationalvereinsmitglieder Deutschösterreichs« wird erwähnt.

5. Die Krise des Nationalvereins 1863

Die Entwicklung der innerpreußischen Verhältnisse nach Antritt des Ministeriums Bismarck hatte ein Klima geschaffen, das die gesamte bundesstaatliche Nationalbewegung zusehends in die Defensive drängte. Die vernichtenden Urteile über den »Mustermann des Junkertums« und »auserlesenen Ritter des Königtums von Gottes Gnaden« sind Legion.[1] Baumgarten glaubte, man sei »beim absoluten aut-aut« angekommen, nannte Bismarck einen »ruchlosen Spieler« und forderte, »die populären Kräfte in Bewegung zu setzen«, um Bismarck zu stürzen.[2] Bismarcks »Eisen- und Blutrede«, der mit der fragwürdigen »Lückentheorie« kaum verhüllte Übergang zu einem verfassungswidrigen Regime, das Bündnis mit dem reaktionären Rußland zur Unterdrückung des polnischen Freiheitskampfes und die auf den Kernbereich des liberalen Selbstverständnisses zielende preußische »Preßordonnanz«, der auch die Wochenschrift des Nationalvereins und die Süddeutsche Zeitung zum Opfer fielen, ließen vorübergehend sogar die leidenschaftlichsten Preußenanhänger an der Richtigkeit ihrer politischen Anschauungen zweifeln. Auch sie waren »einstweilen nur Opposition«, wie Rudolf Haym formulierte.[3]

In den Sog der antipreußischen öffentlichen Meinung geriet naturgemäß auch der Nationalverein. Weder die Forderung nach Durchführung der Reichsverfassung noch seine durchaus vorzeigbaren Erfolge des letzten Jahres: ein rasanter Mitgliederzuwachs, die Zurückweisung der österreichischen Reformpläne, die überwältigenden Wahlsiege der Fortschrittsparteien oder das Durchboxen des preußisch-französischen Handelsvertrags konnten dies verhindern. Denn Fortschritte im Hinblick auf das Hauptziel des Vereins, der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands auf konstitutioneller Grundlage unter preußischer Führung, ließen sich kaum vorweisen. Das Vereinsleben kam daher nach den großen Versammlungsserien des Frühjahres 1863 weitgehend zum Erliegen und eine Stagnation der Mitgliederzahlen, ja erste Anzeichen eines Rückgangs waren die Folge. Im Sommer 1863 benannte Streit die »Mitteilungen *aus* dem Nationalverein« demonstrativ in »Mitteilungen *für* den Nationalverein« um, weil nichts zu berichten sei. »Weit und breit nicht die Spur eines Lebenszeichens, nirgendwo Zusammenkunft, Ver-

---

1 So Rochaus Kommentar zum Amtsantritt Bismarcks in der WSchNV, Nr. 128, 10. 10. 1862.

2 Vgl. die Briefe Baumgartens an Sybel, 30. 4. 1863, 1. 5. 1863, 19. 5. 1863, 6. 9. 1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1924, S. 147 f., 148 f. 151 f., 170. Sybel argumentierte in seinen berühmten Antwortbriefen allerdings direkt an Baumgarten vorbei, wenn er ihm vorrechnete, daß eine gewaltsame Revolution, die Baumgarten selbstverständlich nie wollte, keine Aussicht auf Erfolg habe: man verfüge über keine reale Macht, und wo eine Armee von 200 000 Mann loyal bleibe, könne man nichts mit Gewalt durchsetzen. Das Regime werde also erhalten bleiben, »bis sich die Armee für die Verfassung erklärt oder bis sie in einem auswärtigen Krieg geknickt wird«, Sybel an Baumgarten, 9. 5. 1863, 26. 5. 1863, ebd., S. 149 f., 152 f.

3 Haym an Sybel, 17. 12. 1862, ebd., S. 120 f. Weitere Beispiele bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 595 ff.

sammlung, Besprechung, überall weder Rede noch Protest noch Resolution«.[4]

Auf seiner Eisenacher Sitzung am 17. Mai 1863 und auf der bereits am 25. Mai in Frankfurt folgenden Sitzung beriet der Ausschuß über geeignete Maßnahmen, wie der Krise wirksam zu begegnen sei.[5] Dazu gehörten die bereits ausführlich erläuterten Versuche, durch eine vorsichtig dezentralisierende Reform des Agentenwesens bei gleichzeitiger Straffung der Kontrollmechanismen den zentrifugalen Kräften im Verein entgegenzuwirken.[6] In politischer Hinsicht beschloß man, gemäß der Parlamentstaktik den für Mitte Juli festgesetzten Abgeordnetentag zur öffentlichen Behandlung der drängendsten Probleme wie der Schleswig-Holstein-Krise, der Polenfrage[7] und dem preußischen Konflikt zu nutzen und den Länderkammern die Richtung zu weisen. Das war bereits mit dem Ausschuß des Abgeordnetentags abgesprochen.[8] Zu den genannten Punkten verabschiedete man des weiteren eine von Brater und Hoverbeck redigierte erläuternde Ansprache an die Vereinsmitglieder.

---

4 WSchNV, Nr. 169, 26.7.1863. Zur Krise des NV 1863/64 vgl. vor allem S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 160 ff.

5 A-Prot.NV, 17.5.1863; A-Prot.NV, 25.5.1863, beide WLB, Nl. Hölder, XXXV.

6 Vgl. dazu oben, S. 111 ff.

7 Die Polen-Frage war wegen der polnischen Minderheit im preußischen Posen für den NV von äußerster Brisanz. Da der NV die Notwendigkeit der preußischen Spitze auch damit begründete, daß es sich bei Preußen im Gegensatz zu Österreich um einen »reindeutschen« Staat handele, reagierte er empfindlich auf die großdeutsch-demokratischen Hinweise auf die polnische Minderheit und auf die Betonung des Nationalitätenprinzips. Der Streit entflammte erstmals, als Schulze am 24.3.1861 in Bromberg auf einer NV-Versammlung der polnischen Minderheit das Recht auf Vereinigung mit Polen absprach und dies mit dem Kulturauftrag des Germanentums und der Fähigkeit zur »Germanisierung« begründete. Er vertrat dabei das Machtstaats- und nicht das Nationalitätenprinzip. Posen war für ihn wie für die Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses Bestandteil Preußens und Deutschlands (Auszüge seiner Rede in WSchNV, Nr. 50, 12.7.1861; zu den Parallelen zur Paulskirchendiskussion vgl. G. Wollstein, 1977, S. 98 ff.). Der Ausschuß des NV billigte am 19.5.1861 gegen heftige Proteste »mehrerer Ausschußmitglieder« diese Politik und der Vorstand beschloß wenig später, die Rede Schulzes auf Vereinskosten als Broschüre an die Agenten der ostpreußischen Provinzen verteilen zu lassen (vgl. A-Prot.NV, 19.5.1861, WLB, Nl. Hölder, XXXV; V-Prot.NV (ms.), 10.11.1861, StadtB München, Akten NV). Durch den polnischen Aufstand wurde die Angelegenheit wieder virulent; die preußische FSP sprach sich mehrheitlich für die Gründung eines unabhängigen Polens aus, erhob aber gemäß der Bromberg-Rede Besitzanspruch auf Posen; das rief zum Teil heftige Kritik bei süddeutschen Demokraten und Linksliberalen hervor (vgl. etwa J. Venedey, Die Polenfrage, 1863). Der Ausschuß des NV nahm deshalb nur vorsichtig Stellung: einerseits verurteilte er das preußische Bündnis mit Rußland als Gefahr für die deutsche Ehre und die deutsche Sicherheit, äußerte Respekt für das »heldenmütig verteidigte Recht des polnischen Volkes auf nationale Existenz« und lehnte es ab, »Helfershelfer der Unterdrückung« zu sein, auf der anderen Seite betonte er, daß »die Eroberungen, die deutscher Geist und deutsche Arbeit auf ehemals polnischem Boden« geschaffen hätten, unwiderruflich seien. Auf der Leipziger Generalversammlung konnte er die Diskussion abweichender Anträge unter Verweis auf die Tagesordnung (nur die deutsche Frage) verhindern; vgl. R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 71. Zur Beurteilung des polnischen Aufstands in Presse, Flugschriftenliteratur und preußischem Abgeordnetenhaus vgl. H.-W. Rautenberg, 1979, S. 96 ff., S. 174 ff.; H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 34 ff.

8 Dies teilte Bennigsen am 25.5.1863 als Ergebnis der Ausschußsitzung des AT vom Vortag mit.

In der Phase der politischen Flaute empfand der Ausschuß insbesondere das Wiederaufflackern der Schleswig-Holstein-Frage als einen »Glücksfall«. Der Auslöser für die wachsende Empörung war der Erlaß des sogenannten Märzpatents, mit dem die dänische Regierung unter Verstoß gegen die Nicht-Inkorporierungszusage von 1852 die staatsrechtliche Trennung Schleswigs von Holstein vollzogen, ein Sonderregiment für Holstein und Lauenburg beschlossen und Schleswig der Gesetzgebung des Gesamtstaats unterworfen hatte.[9] Der Ausschuß sah in dieser Märzverordnung weniger einen Ansatzpunkt zur Beseitigung des Regiments der Londoner Protokolle und der »Befreiung« Schleswig-Holsteins, sondern glaubte, endlich die ersehnte Chance zu einer »alle Schichten und fast alle Parteien der Nation umfassenden Agitation« zu haben.

Bei der Beratung der schleswig-holsteinischen Frage zeigte sich jedoch sogleich die enge Verknüpfung der Nationalpolitik mit dem preußischen Verfassungskonflikt, die die Aktionsmöglichkeiten des Nationalvereins hemmten und eine großangelegte Schleswig-Holstein-Agitation unmöglich machten. Durch die innerpreußische Situation erschien die Anwendung der bisherigen Kriegsstrategie unbrauchbar, Preußen zu militärischen Alleingängen zu drängen, um auf diesem Wege in der Lösung der deutschen Frage weiterzukommen. Die Anwesenden stimmten darin überein, daß »aus dem Dilemma eines unfruchtbaren, nur die Reaktion stärkenden Krieges, oder die Demütigung unter das Ausland [. . .] ohne Beseitigung des jetzigen preußischen Ministeriums nicht heraus zu kommen sei«. Die Erklärung zu Schleswig-Holstein war deshalb nicht frei von Widersprüchen: einmal verlangte sie gemäß des Bundesrechts und des Völkerrechts die Wiederherstellung der rechtlichen Gleichstellung der Herzogtümer und die Beschränkung der Verbindung zu Dänemark auf reine Personalunion; zum andern unterstützte sie den Oldenburgischen Antrag am Bunde, dem sich später auch Baden anschloß. Dieser forderte die förmliche Lossagung von den Londoner Protokollen und stellte damit die europäisch garantierte Friedensregelung von 1852 grundsätzlich in Frage.

Wegen der preußischen Zustände verzichtete der Nationalverein auf eine weitergehende Agitation für den Oldenburger Antrag und setzte das Schleswig-Holstein-Problem auch nicht auf die Tagesordnung der Generalversammlung im Oktober. Die Behandlung dieses Themas überließ er vielmehr ganz dem Abgeordnetentag. Hier zeigt sich erneut die Arbeitsteilung zwischen beiden Organisationen: die prinzipielle Agitation für die Loslösung Schleswig-Holsteins von Dänemark wäre Sache des Nationalvereins gewesen, war aber aus den genannten Gründen nicht opportun; die Unterstützung der bundesrechtlichen Exekution fiel dagegen in den Zuständigkeitsbereich des vermittelnden Abgeordnetentags.[10]

---

9 Vgl. dazu E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 456 ff.; Text des Märzpatents in: ders. (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 129.

10 Dort sprach sich der von Brater verfaßte Ausschußantrag für die Durchführung der Bundesexekution aus, nicht ohne zu erwähnen, daß auf diesem Weg eine wirkliche Lösung des Schleswig-Holstein-Problems nicht zu erwarten sei, Verhandlungen AT II (1863), S. 63. Auch in mehreren Flugschriften von dem NV nahestehenden Autoren wurde die Durch-

Der Nationalverein hatte stattdessen nach dem Willen seines Ausschusses seine agitatorischen Kräfte zunächst auf die Bereinigung der preußischen Krisis zu richten: weil die Kriegsstrategie blockiert war, wollte die Ausschußmehrheit »ohne alle weitere Rücksicht direkt gegen das Ministerium« vorgehen und insbesondere die preußische Fortschrittspartei zu entschlossenerem Auftreten veranlassen. Die Mehrheit des Ausschusses befürwortete sogar eine Massendeputation, die in Berlin vor der königlichen Residenz die Entlassung des Ministeriums Bismarck verlangen sollte, forderte also de facto die Parlamentarisierung des preußischen Herrschaftssystems. In der am kurhessischen Beispiel der »Riesenpetition« orientierten »Massendeputation« sah man »das letzte legale Mittel, um die Dinge zum Biegen oder Brechen zu bringen«.[11]

Auf Widerspruch der preußischen Mitglieder, die wegen dringender Parlamentsgeschäfte größtenteils die Eisenacher Sitzung verpaßt hatten, mußte man in der Frankfurter Sitzung auf den Plan zu einer Massendeputation sowie überhaupt auf konkrete Schritte verzichten. Bereits am 22. Mai, also zwischen den beiden Ausschußsitzungen, hatte die preußische Kammer eine Adresse an den König beschlossen, mit der sie den Handlungsspielraum des Nationalvereins absteckte und die Vorrangstellung des Abgeordnetenhauses unterstrich. Darin hieß es, daß man »kein Mittel der Verständigung mehr mit diesem Ministerium« sehe. Zwischen den Ratgebern der Krone und dem Lande bestünde eine Kluft, die »nicht anders als durch einen Wechsel der Personen, und mehr noch, durch einen Wechsel des Systems ausgefüllt werden« könne. Auch in dieser Frage gelang es dem Nationalverein nicht, nach Preußen hineinzuregieren.[12]

Man beließ es bei nachhaltigen Aufforderungen an die preußischen Mitglieder, alle Hebel zur Beseitigung des Regimes in Bewegung zu setzen. Die verabschiedete Ansprache an die Vereinsmitglieder kritisierte die preußische Regierung in einer bisher nicht gekannten Schärfe, bezeichnete sie als »den gefährlichsten Widersacher nationaler Interessen« und erklärte, daß, wenn die jetzige preußische Regierung nach der Leitung Deutschlands greifen würde, der Nationalverein »in der ersten Reihe der Kämpfer gegen eine solche Vermessenheit« stehen würde. Sein Ziel sei aber unverrückt dasselbe geblieben, nämlich die politische Einheit Deutschlands, »nur die Wege zum Ziel sind verdunkelt. Je mehr durch eine furchtbar verblendete Regierungspolitik die innere Freiheit und die äußere Sicherheit Deutschlands bedroht ist, um so lebendiger wird im Volke das Bewußtsein der eigenen Pflicht und der

---

führung der Bundesexekution gefordert, vgl. die anonyme, wohl von L. K. Aegidi stammende Hamburger Flugschrift: Aphorismen, 1863; ferner L. Eckardt, Für Schleswig-Holstein, 1863; sowie die bei Streit anonym erschienene Broschüre des Hamburgers M. May, 1863 (der Vertrieb der Schrift wurde vom Engeren Ausschuß der Schleswig-Holsteinischen Vereine finanziell gefördert; vgl. Sitzungsprotokoll vom 10. 12. 1863, in: H. Hagenah, 1863, 1927, S. 381).

11 Vgl. zum Problem der Massendeputation auch den Briefwechsel von Baumgarten und Sybel, 22. 5. 1863 und 26. 5. 1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 151 ff.

12 Zitiert nach L. Gall, Bismarck, 1983, S. 283; vgl. die Schlußfolgerung H. A. Winklers, Preußischer Liberalismus, 1961, S. 21 f., daß die FSP de facto eine parlamentarische Regierungsform angestrebt habe.

eigenen Kraft, sich die Bürgschaften einer besseren Zukunft zu erringen«, die in der Reichsverfassung von 1849 enthalten seien.

Ohne konkrete Handlungsanweisungen an die Mitglieder blieben allerdings auch entschieden klingende Beschlüsse ohne durchschlagende Wirkung. Mit ihnen allein ließ sich der wachsende Unmut der Mitglieder genausowenig bremsen, wie mit der Reform des Agentenwesens und der tendenziellen Umwandlung der Generalversammlung in eine Delegiertenversammlung. Dazu mußten irgendwann erkennbare Erfolge in der nationalen Frage oder wenigstens der Sturz der Regierung Bismarck treten. Zur Enttäuschung der neugewonnenen Mitglieder trug ganz offensichtlich auch bei, daß der Verein seine vollmundigen Ankündigungen, sich mehr auf die Volkskräfte zu stützen, nur sehr schleppend umsetzte. Seit dem Frühjahr 1863 nahmen daher die Tendenzen zur Bildung unabhängiger Organisationen neben dem Nationalverein zu, wobei an erster Stelle der im Mai gegründete ADAV Ferdinand Lassalles zu nennen ist. Aber auch die Arbeiter(bildungs)vereine begannen sich der politischen Vormundschaft der bürgerlichen Sozialpolitiker und des Nationalvereins zu entziehen. Mit dem Blick auf diese gut untersuchten Vorgänge spricht Na'aman vom Scheitern des nationalvereinlichen Systems der Satellitenorganisationen im Jahre 1863.[13]

Auch innerhalb des Nationalvereins begann sich im Laufe des Jahres 1863 die Linke zu formieren. Durch den Beitritt zahlreicher Demokraten infolge der Coburger Beschlüsse im Oktober 1862 hatte der linke Vereinsflügel an Stärke und politischem Gewicht gewonnen. Seine Anhänger nahmen die populistischen Reden der Vereinsführung beim Wort und drängten auf ihre Einlösung. Die Forderungen der linken Opposition umfaßten vor allem die Erweiterung der finanziellen Mittel durch die Errichtung eines sogenannten »Nationalfonds«, die Senkung der Mitgliedsbeiträge, die Durchführung der Volksbewaffnung mittels der Turn- und Wehrvereine sowie die Konzentrierung der Agitation auf die Parlamentsfrage. Stimmen dieser Richtung lassen sich in Hamburg, Mannheim, Stuttgart, Berlin, Braunschweig, Coburg und Frankfurt nachweisen.[14]

Die Hochburg der Demokratie war Frankfurt; die dortige Nationalvereinsgruppe um Leopold Sonnemann und die Neue Frankfurter Zeitung hatte sich bereits mehrfach mit Anträgen zur Senkung der Mitgliedsbeiträge und zur Wehrpolitik bemerkbar gemacht. In ihren Versammlungen wurde seit März 1862 auch mit Regelmäßigkeit die Errichtung eines »Nationalfonds« aus den zurückgehaltenen Flottengeldern des Nationalvereins propagiert.[15] Angeblich nur als Fond zur Unterstützung gemaßregelter Patrioten gedacht, sollte der Nationalfond den Grundstock für eine Agitationskasse oder in den Gedankenspielen einiger weniger sogar für eine Revolutionskasse bilden.[16]

---

13 S. Na'aman, Nationalverein, 1987, bes. S. 151.

14 Vgl. R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 65 ff.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 160 ff.

15 Agentenberichte über NV-Versammlungen im März und Dezember 1862, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 179 ff.; Bl. 295 ff.

16 Gelegentlich wurde auch die Umwandlung des preußischen Nationalfonds in einen deut-

Anfang Oktober 1863 ließ Sonnemann erstmals sogar die Möglichkeit einer Spaltung des Nationalvereins anklingen, falls das Programm nicht im demokratischen Sinne abgewandelt und ganz auf die Parlamentsagitation ausgerichtet würde.[17] Überraschenderweise nahm die Sonnemann-Gruppe jedoch nicht an der Leipziger Generalversammlung teil, um dort ihre Forderungen zu vertreten. Die Vermutung liegt nahe, daß sie den Glauben an die Reformierbarkeit des Nationalvereins verloren hatte und sich zugleich bewußt war, daß ihre Kraft für eine Spaltung des Vereins nicht ausreichte.

Größere Bedeutung kam deshalb zunächst dem Coburger Kreis um Streit und Struve zu. Gustav Struve, der seit seiner Rückkehr aus den USA bei Streit in Coburg wohnte, erklärte sich mit den Beschlüssen des Nationalvereins zur Reichsverfassung im Grundsatz einverstanden, warf ihm aber vor, nichts für deren Umsetzung zu tun. Dem Fürstentag und den Beschlüssen des Abgeordnetentags hatte er in seiner im Verlag Streits erschienenen Broschüre »Diesseits und Jenseits des Oceans« seine »Forderungen der deutschen Nation« entgegengesetzt, die die allgemeine Volksbewaffnung und die sofortige Einberufung der Nationalversammlung verlangten.[18] Streit, der die »Forderungen« Struves in der Wochenschrift abdrucken ließ[19], machte sich zum Fürsprecher der Anliegen des linken Vereinsflügels und trug sie in der vorbereitenden Ausschußsitzung zur Generalversammlung am 15. Oktober 1863 vor.[20] In einer großangelegten Rede verwies er auf den Rückgang der Mitgliederzahlen insbesondere in Preußen und beklagte die allgemeine Lauheit und fehlende Agitation des Vereins. Zur Behebung der Mißstände schlug er vor, künftig die Freiheitsfrage in den Mittelpunkt der Agitation zu stellen, die Wehrfrage wieder aufzugreifen und die Flottengelder für einen »Nationalfond« verfügbar zu machen. Ferner verlangte er die energische Umsetzung der im Mai und August beschlossenen Organisationsreform. Streit konnte sich in den wesentlichen Punkten nicht durchsetzen. Die Ausschußmehrheit hielt die Wehrpolitik für gescheitert und war auch nicht gewillt, der Errichtung eines weiteren politischen Agitationsfonds zu-

---

schen Nationalfond verlangt (der Fond war Ende 1862 eingerichtet worden, umfaßte bald knapp 100 000 Taler und wurde durch Unruh, d. h. der FSP, verwaltet, H. V. Unruh, Erinnerungen, 1895, S. 218 ff.). Bennigsen hatte Schulze auf entsprechende Anträge aus der Mitgliedschaft hingewiesen und um eine Stellungnahme der FSP gebeten (Bennigsen an Schulze, 7. 11. 1862, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 588). Am 9. 11. 1862 lehnte der Vorstand auf Schulzes Einwände hin ab, da dies zu Spaltungen der FSP führen könnte (V-Prot.NV, 9. 11. 1862, WLB, Nl. Hölder, XXXV). Bennigsen nannte die Rücksichtnahme auf die preußischen »Demokraten« als Motiv (Bennigsen an Rochau, 26. 12. 1862, in: H. Oncken, ebd., S. 588 f.). Gemeint ist wohl die NV-feindliche großpreußische Gruppe um Waldeck.

17 Agentenbericht, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 379 ff.; SZ, Nr. 511, 8. 10. 1863; vgl. K. Stoll, 1932, S. 32 f.; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 76 ff.; zum folgenden S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 170 ff.

18 G. Struve, Diesseits und jenseits des Oceans, 1863, bes. S. 101 ff. Zum »Coburger Kreis« vgl. R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, S. 75 f.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 104 f. Zu weiteren publizistischen Plänen Struves und seinen Versuchen zur Sammlung republikanischer Autoren finden sich zahlreiche Hinweise in seinem Nachlaß.

19 WSchNV, Nr. 178, 24. 9. 1863.

20 A-Prot.NV, 15. 10. 1863, BAP, Nl. Oetker, 19.

zustimmen. Sie hielt an ihrer Auffassung fest, daß schon »die Kasse des deutschen Nationalvereins den Charakter eines allgemeinen deutschen Fonds« habe, »aus welchem für alle Maßregeln zur Förderung der nationalen Sache die Mittel entnommen« würden.[21] Nach ausführlicher Diskussion verpflichtete der Ausschuß seine Mitglieder und damit auch Streit, alle auf Wehrpolitik und Volkskasse gerichteten Anträge im Plenum zu bekämpfen.

Streit trat deshalb vor der Generalversammlung sehr zurückhaltend auf. In seinem Geschäftsbericht ließ er zwar erstmals anklingen, daß seine Zeit als Geschäftsführer bald zu Ende gehen könnte. Auch machte er keinen Hehl daraus, in welche Richtung er den politischen Kurs verändert sehen wollte. All das geschah jedoch, ohne daß er sich eines förmlichen Verstoßes gegen die Ausschußdisziplin schuldig machte. Das gilt auch für seinen Debattenbeitrag, in dem er die Begriffe von »Kabinettspolitik« und »Volkspolitik« kontrastierte und den Nationalverein auf das unbedingte Festhalten an der Reichsverfassung ohne kompromißlerische Abstriche festlegen wollte. Streit stellte jedoch weder einen eigenen Antrag noch sprach er für die Unterstützung der oppositionellen Anträge.[22] Die Rolle, die Streit im Ausschuß gespielt hatte, übernahm vor dem Plenum der seinerzeit von Miquel eingeführte ehemalige Kommunist Wilhelm Pieper, der ohne Erfolg eine nach den persönlichen Einkommensverhältnissen gestaffelte »Selbstbesteuerung« von 10, 5 und 1 Taler und für Arbeiter 1/2 Taler vorschlug und die Verwendung der Flottengelder für eine verstärkte Agitation durch regelmäßige Volksversammlungen und bezahlte Agitatoren ins Spiel brachte.[23]

Heftigen Streit löste in der vorbereitenden Ausschußsitzung der von Miquel vorgelegte Resolutionsentwurf zur deutschen Frage aus. Er mündete in eine Diskussion über das Vereinsprogramm von 1862, das sowohl von links wie von rechts in Frage gestellt wurde. Der Entwurf stellte zunächst fest, daß die Nationalpartei auch künftig am Bundesstaat und der Reichsverfassung festhalten werde. Dann folgte der umstrittene Satz: sie, die Nationalpartei, »verwirft kein Mittel, welches uns diesem Ziel wirklich näher bringt.« Mit dieser Formulierung wollte Miquel verhindern, daß man sich durch die Berufung auf die Reichsverfassung unnötig die Hände band, und »die Möglichkeit der Vermittlung« erhalten. Miquel zielte damit auf die kürzlich von der preußischen Regierung in Reaktion auf den österreichischen Reformplan unterbreiteten Vorschläge ab, die als Voraussetzung einer Bundesreform die

---

21 So bereits im Februar des Jahres beschlossen; A-Prot.NV, 1.2.1863, StadtB München, Akten NV, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

22 Verhandlungen NV IV (1863), S. 4 f., 21 f.; seine Rede veröffentlichte Streit unter dem Titel »Volksdiplomatie oder Volkspolitik« in der CAZ, Nr. 43, 25.10.1863. Daß sein Sturz deshalb bereits beschlossene Sache sei, wie S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 162 ff., behauptet, erscheint unwahrscheinlich. Bei den Ausschußwahlen erhielt er 446 Stimmen von 449 Stimmen, überboten nur noch von Bennigsen, ein Indiz, daß man seine Beiträge nicht als Konfliktreden begriffen hatte. Streits Sturz Ende 1864 war wesentlich bedingt durch den Verlauf der Schleswig-Holstein-Krise, nicht durch sein Auftreten in Leipzig.

23 Ebd., S. 19 f. Auch Leiste beantragte im Namen der Braunschweiger Mitglieder die Einrichtung eines Nationalfonds, ebd., S. 21. Fries trat als Gegenredner des Vorstands auf, nannte die Pläne zur Selbstbesteuerung zu kompliziert und hielt die Verwendung der Flottengelder zu anderen Zwecken für rechtswidrig, ebd., S. 29.

Parität Österreichs und Preußens im Direktorium sowie eine direkt gewählte Nationalvertretung genannt hatten.[24] Damit stellte er das Coburger Programm von 1862 zur Disposition, allerdings in anderer Weise, als die demokratische Opposition erwartete. Die Linke, allen voran Streit, bekämpfte Miquels Entwurf deshalb als ein kompromißlerisches Abweichen ins gothaische Lager. Brater dagegen wollte im Anschluß an die Beschlüsse des Abgeordnetentags die Kompromißbereitschaft noch stärker betonen und zielte auf die Beseitigung der programmatischen Nuancen zwischen beiden Organisationen. Erst mit dem erläuternden Zusatz, daß nur ein freigewähltes deutsches Parlament über die künftige Verfassung Deutschlands entscheiden könne, nahm der Ausschuß den Miquel'schen Entwurf schließlich an.

Im Plenum der Generalversammlung, die am 16. Oktober in Leipzig eröffnet wurde, wiederholten sich die Auseinandersetzungen der Ausschußsitzung.[25] Dabei plädierte insbesondere die rechte Bremer Nationalvereinsgruppe dafür, die Reichsverfassung fallenzulassen und der preußischen Regierung Kompromißbereitschaft zu signalisieren. Anders als Miquel, der vor allem den taktischen Spielraum des Nationalvereins ausweiten wollte, schienen die Bremer tatsächlich bereit, auf die preußischen Vorschläge einzugehen. Nach ihrer Auffassung sollte der Nationalverein jede »auf wirkliche Verbesserungen des bestehenden Staatenbundes abzielende Reform« unterstützen. Als Voraussetzung für ein Wirksamwerden einer Bundesreform benannte sie die Zustimmung einer deutschen Volksvertretung und die Beseitigung des gegenwärtigen preußischen Systems. Für den Fall, daß die Reichsverfassung beibehalten würde, kündigte Gröning den Austritt zahlreicher Bremer Mitglieder an.[26]

Die linke Opposition scharte sich um Eckardt/Streckfuß, die keinen selbständigen Antrag stellten, sondern lediglich ein Amendement zum Ausschußantrag vorschlugen: sie verlangten die Streichung der schon im Ausschuß umstrittenen Passage, daß der Nationalverein kein Mittel verwerfen solle, welches ihn dem Ziel des Bundesstaats näherbringe. In der Begründung dieses Amendements trat der Mannheimer Demokrat Eckardt mit einer betont gemäßigten Rede auf und wandte sich gegen jede Programmdebatte: entsprechend der erprobten Arbeitsteilung sollte der Nationalverein am Prinzip, der Reichsverfassung, festhalten und dem Abgeordnetentag das Verhandeln überlassen.[27] Da die Mehrheit der Versammlung Eckardt zuzuneigen schien, legte Miquel im Anschluß an eine Verhandlungspause einen verbes-

---

24 Text bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, ³1986, Nr. 109; H. Fenske (Hrsg.), 1977, S. 284.

25 Die Abhaltung der Versammlung in Leipzig war wegen der ausgesprochen NV-feindlichen Haltung der Regierung Beust nicht risikolos. Die sächsichen Ausschußmitglieder Bering und Heyner hatten von der Drohung der Polizeibehörden berichtet, die Versammlung bei Abweichungen von der genehmigten Tagesordnung sofort auflösen zu lassen. Vorsichtshalber hatte der Ausschuß deshalb im nahegelegenen preußischen Schkeuditz ein Ausweichquartier angemietet und beschlossen, sämtliche Anträge unter dem Tagesordnungspunkt »deutsche Frage« abzuhandeln.

26 Ebd., S. 13, S. 16 f.

27 Ebd., S. 14 f., 18 f. Ähnlich für die Schweizer Mitglieder Fein, S. 23 f.; für die Hamburger Mitglieder May, S. 26

serten Ausschußantrag vor, in dem die beanstandete Passage fehlte.[28] Der so überarbeitete Antrag wurde jetzt gegen nur drei Stimmen angenommen.

Die Generalversammlung hatte also mit einem Teilerfolg des linken Flügels geendet. Zwar war es nicht gelungen, den Verein zu einer »volkstümlicheren Politik« zu veranlassen, aber eine Aufweichung des Programms war abgewendet worden. Auf einer Nachversammlung am 18. Oktober 1863 beschloß die linke Opposition deshalb, vorläufig im Nationalverein zu verbleiben und durch die Hinzuziehung weiterer Demokraten das Gewicht des linken Flügels zu verstärken.[29] Insbesondere Eckardt, der im Nationalverein »die politische Schule der Nation« sah, plädierte mit Nachdruck für den Verbleib der »demokratischen Partei«. Durch den Beschluß in der Verfassungsfrage habe sich der Nationalverein als »die Linke der Bewegung« hingestellt, »welche das Prinzip hochhalten« werde. »Da der Nationalverein die einzige Organisation der liberalen Partei ist, so halten wir es für eine Pflicht in denselben einzutreten und *in ihm* zu wirken«.

Um den weitergehenden politischen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, konstituierte sich die Linke unter dem Namen »Freunde des 18. Oktober« als Richtungsverband im Nationalverein. Eckardt und Knorr wurden zu Vertrauensleuten der Gruppe gewählt, die bis zur nächsten Generalversammlung die politischen und organisatorischen Geschäfte führen sollten. Als programmatischen Leitfaden für die künftige Politik stellte man folgende Ziele auf: die Einberufung eines deutschen Parlaments, die Verwirklichung der Grundrechte und die Umgestaltung des Kriegswesens. Von großer Bedeutung war der Plan, das Kooptationsrecht des Ausschusses künftig zu begrenzen: Eckardt wollte seine Größe auf 30 Personen beschränken, von denen 20 durch die Versammlung gewählt werden sollten. Damit zielte er auf die Grundlagen der Ausschußmacht. Daß Eckardt nach wie vor keine Spaltungsabsichten hegte, beteuerte er in einem Brief an den Ausschuß, in dem er offiziell die Konstituierung des »18. Oktober« mitteilte.[30]

Vorderhand war es der Generalversammlung gelungen, eine Abspaltung des linken Flügels abzuwenden, ohne damit jedoch die Ursachen der Krise beseitigt zu haben. Trotzdem bestanden gute Aussichten, die Anhängerschaft des Nationalvereins solange beieinanderzuhalten, bis die preußische Verfassungskrise durch den Sturz Bismarcks im Sinne der »nationalen Partei« gelöst und eine Rückkehr zur ursprünglichen Strategie möglich werden würde.

---

28 Ebd., S. 30 ff.

29 Unter den Teilnehmern befanden sich mit Ausnahme Streits alle demokratischen Redner der Generalversammlung: Eckardt, Wasserfuhr, Preetorius, Knorr, Schultheiß, Winter, Martens, Fein und der Bremer Kotzenberg, der zuvor mit Gröning gegen die Reichsverfassung gestimmt hatte; Heinrich Wilhelm August Kotzenberg (1813–1881), Pädagoge und Sprachforscher, seit 1861 Archivar der Stadt; 1848er Demokrat und Mitarbeiter an der bremischen Verfassung von 1849; MdL 1849 ff.; vgl. Bremische Biographie, 1912, S. 265 ff.

30 Erstes Kreisschreiben der Freunde vom 18. Oktober 1863, 1. 11. 1863, WLB, Nl. Hölder, VI, Bl. 24. Vgl. die Rede Eckardts zur Feier des 18. Oktober, in der er für allgemeine Wehrpflicht und die Bildung von Jugendwehren eintrat. Eckardt zeigte Perspektiven einer Völkerverständigung auf, die in den »Vereinigten Staaten von Europa« münden sollten (dies sei die »internationale Bedeutung des Tags von Leipzig«); L. Eckardt, Völkerschlacht, 1863; vgl. ferner seinen Redebeitrag Verhandlungen NV IV (1863), S. 18 f.

Allerdings war deutlich geworden, daß die Zeit gegen den Nationalverein arbeitete; die Mitglieder und Anhänger des Nationalvereins wollten Erfolge sehen. Zudem war der in Richtungskämpfe verstrickte Nationalverein darauf angewiesen, daß die politische Entwicklung ihm weitere Zerreißproben ersparte, wie sich während der Schleswig-Holstein-Krise 1863/64 herausstellen sollte. In einer Situation, die einer geschlossenen und schlagkräftigen Organisation dringend bedurft hätte, war der Nationalverein durch innere Kontroversen geschwächt. Unter diesen Bedingungen entfaltete das Problem von Bundesstaat und Einheitsstaat, mit dem er sich seit den preußischen Kriegserfolgen konfrontiert sah, seine zerstörerische Wirkung und leitete den Zerfall der nationalen Verfassungsbewegung ein.

Nationale Organisationen und nationale Eliten

Dieser Untersuchung liegt die Annahme zugrunde, daß sich in den vier behandelten Organisationen, die personell und sachlich eng miteinander verflochten waren, eine namentlich benennbare nationale politische Elite des Bürgertums ausbildete, die in der Lage war, gesamtnationale politische Strategien zu entwickeln und – aufgrund ihrer weitgehenden Verfügungsgewalt über den organisatorischen Apparat – in politisches Handeln umzusetzen. Bei diesem Personenkreis handelte es sich nicht um eine Gruppe intellektueller Vordenker, die sich durch die Originalität ihrer Ideen und Stichhaltigkeit ihrer Theorien auszeichnete, sondern um eine pragmatisch orientierte politische *Funktions*elite, die eine durchgreifende Veränderung des politischen Systems des Deutschen Bundes anstrebte, nämlich die Umwandlung des Staatenbundes in einen nationalen Bundesstaat mit kompetenzstarker Zentralgewalt und Nationalrepräsentation.

Eine unabdingbare Voraussetzung dieser Elitenbildung war die allen Organisationen gemeinsame halbdiktatorische Stellung der Ausschüsse, die bereits von oppositionellen Zeitgenossen erkannt und beschrieben wurde. Ihre kritischen Analysen konzentrierten sich zumeist auf den Nationalverein, trafen aber auf die übrigen Organisationen ebenso zu. So wies eine republikanische Zeitung bereits 1859 darauf hin, daß der Nationalverein in Wahrheit nur aus seinem Ausschuß bestehe: »Er hat sich selbst zusammengesetzt und hat sich eine völlige carte blanche votieren lassen, auf welche hin er im Namen eines angeblichen Vereins machen kann, was ihm beliebt«.[1] Tatsächlich garantierte das umfassende Kooptationsrecht, das nur beim Handelstag spürbaren Beschränkungen unterlag, daß die Ausschüsse über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg eine hohe Personalkontinuität aufwiesen. Durch das Mittel der Kooptation konnten die Ausschüsse zudem der jeweiligen politischen Stimmungslage Rechnung tragen, indem sie führende Oppositionelle in die Ausschußdisziplin einbanden.

Für die Zeit zwischen den Jahresversammlungen erhielten die Ausschüsse eine Art politischer Totalermächtigung, die es ihnen erlaubte, ohne weitere Kontrolle im Namen des Vereins die politischen Geschäfte zu führen. Die Auschüsse besaßen auch die Verfügungsgewalt über die organisationseigenen Finanzmittel, die namentlich beim Nationalverein und beim Abgeordnetentag eine beachtliche Höhe erreichten und alles bisher bekannte in den Schatten stellten: beide Organisationen verfügten zusammen über weit mehr als eine Millionen Gulden.[2]

---

1 VfmD, Nr. 133, 6. 11. 1859.

2 Zum NV vgl. die von H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 469, Anm. 3, nach den Pro-

Gegenüber den jährlichen Vollversammlungen, den formal höchsten Gremien, konnten sich die Ausschüsse in allen wichtigen Fragen durchsetzen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen traten die Ausschüsse stets nur geschlossen mit einem gemeinsamen Antrag vor die Versammlungen, indem sie die jeweilige Minderheit dazu verpflichteten, auf die Vorlage eigener Anträge zu verzichten. Eine häufig rigorose Handhabung der Geschäftsordnung und vor allem die regelmäßig geübte Praxis, den Versammelten die gedruckten Fassungen der Ausschußanträge und der Anträge aus Reihen der Mitglieder gar nicht oder verspätet vorzulegen, machten den Ausschuß zu einem regelrechten »Bevormundungsinstitut«.[3] Denn so wurde den Teilnehmern der jeweiligen Generalversammlungen eine rechtzeitige Meinungsbildung sowie die Absprache eines einheitlichen Abstimmungsverhaltens erschwert oder gar unmöglich gemacht; demgegenüber besaßen die Ausschüsse bereits vorher genaue Kenntnis über die Antragslage und konnten mit politisch abgestimmten Strategien vor das Plenum treten. Moritz Busch hat die Folgen dieses Sachverhalts in seinen Erinnerungen präzise beschrieben: »Das Verhältnis des wohlorganisierten Büros zu der gar nicht organisierten Masse der Versammelten entscheidet im voraus über das Geschick der Anträge des Ausschusses, und die schließliche Abstempelung derselben erfolgt stets mit überwiegender Majorität«.[4]

Das wichtigste Kriterium für die Zugehörigkeit der im folgenden zu analysierenden nationalen Elite bildet nach dem Gesagten die Mitgliedschaft in einem oder in mehreren der Ausschüsse der untersuchten Organisationen. Allerdings reicht die bloße Mitgliedschaft in einem Ausschuß nicht aus, um der nationalen Funktionselite zugerechnet zu werden. Hinzukommen muß eine die bloße Namensnennung übersteigende nachweisbare Tätigkeit von Gewicht, sei es durch die regelmäßige Teilnahme an Ausschußsitzungen, durch Redebeiträge, durch Versammlungstätigkeit, durch Publizistik, durch besonderen Einfluß in den einzelstaatlichen Kammerfraktionen oder durch den Zugang zu Regierungskreisen. Ferner werden zwei kleinere und gut abgrenzbare Personenkreise hinzugenommen, die durch persönliche Beziehungen zu einzelnen oder mehreren Ausschußmitgliedern am internen Informationsfluß teilhatten und somit in der Lage waren, diese Kenntnisse im Sinne der Organisationen in ihr Handeln einzubeziehen. Die erste dieser Gruppen bilden die altliberalen Mittelsmänner zwischen den politischen Organisationen und vor allem der preußischen, der badischen und der coburg-gothaischen Regierung, die aus Rücksicht auf ihre Stellung, zum Teil

---

tokollen der Generalversammlungen berechnete Summe von 293 400 fl., zu der jedoch noch die »Flottengelder« sowie die Schleswig-Holstein-Spenden hinzuzunehmen sind. Der Abgeordnetentag brachte es während der Schleswig-Holstein-Krise 1864–65 auf rund 640 000 fl., vgl. Verhandlungen AT IV (1864), S. 27.

3 So die RhZ, Nr. 411, 25. 12. 1863.

4 M. Busch, Tagebuchblätter, Bd. 3, 1899, S. 446 (auch in: ders., Neue Tagebuchblätter, 1879, S. 49 ff.); die Kritik wurde bereits 1865 unter dem Titel »Der Nationalverein« in den Grenzboten 24 (1865, IV), S. 780 ff., publiziert, als Busch ins annexionistische Lager abwanderte; ähnlich, wenn auch mit anderen Intentionen, äußerte sich von demokratischer Seite K. Bollmann, Nationalverein, 1862, S. 3 f.

aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen, zumindest die exponierte Mitwirkung an vereinsartigen Verbänden ablehnten. Die zweite Gruppe besteht aus einigen einflußreichen Journalisten und Publizisten, die ihre Möglichkeiten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der nationalen Verfassungsbewegung und in Abstimmung mit ihr zu nutzen bereit waren.

Die Existenz einer auf diese Weise genau zu umgrenzenden politischen Funktionselite des Bürgertums ist von der Forschung bisher nicht erkannt oder zumindest nicht hinreichend beachtet worden. Die zahlreichen personellen und sachlichen Verflechtungen der Organisationen wurden zwar gelegentlich bemerkt, aber ihnen wurde nicht systematisch nachgegangen. Wenn sich die Forschung den bürgerlichen Verbänden der 1850er und 1860er Jahre widmete, dann stand stets eine einzige Organisation im Mittelpunkt des Interesses. Dieser methodische Zugriff machte es unmöglich, die nationale bürgerliche Führungsgruppe als Ganzes in den Blick zu bekommen. Dabei verstanden sich die betreffenden Zeitgenossen durchaus als politische Elite der Nation. Ihre Selbsteinschätzung stützte sich auf ein exklusives Herrschaftswissen, die Verfügungsgewalt über einen bürokratisierten Apparat und eine prominente Rolle im politischen Alltag; sie war das nahezu zwangsläufige Resultat der Professionalisierung des politischen Geschäfts.

Der nach den genannten Kriterien abgegrenzte Personenkreis umfaßt 76 Politiker, von denen nur 9 (12%) zu keinem Zeitpunkt einem der Ausschüsse angehört haben, immerhin 27 (36%) jedoch in zwei oder mehr Ausschüssen vertreten waren.[5] Selbstverständlich ließe sich der eine oder andere Name mit einleuchtenden Gründen ergänzen oder streichen, eine wesentliche Veränderung oder Gewichtsverschiebung würde sich dadurch jedoch nicht ergeben. Die im Anhang aufgeführten Personen waren es, die ganz wesentlich die organisierte Politik der nationalen Verfassungsbewegung von 1857 bis 1866/67 bestimmten. Sie formulierten die politischen Strategien und legten die Mittel zu ihrer Umsetzung fest.

Wie setzte sich diese nationale Funktionselite regional, sozial und biographisch zusammen? Die regionale Mitgliederstruktur reflektierte im wesentlichen die Bedeutung der Herkunftsländer und stellte eine angemessene Berücksichtigung der einzelstaatlichen Belange sicher. Legt man anstelle des Geburtsorts den jeweiligen Lebensmittelpunkt im Untersuchungszeitraum zugrunde, so zählt man 16 Preußen, 10 Bayern (davon je 3 Schwaben und Pfälzer und je 2 Franken und Münchener), 9 Badener, 7 Württemberger, 6 Coburg-Gothaer, je 4 Hannoveraner und Bremer, je 3 Hamburger, Sachsen, Nassauer, Kurhessen, Schleswig-Holsteiner und Frankfurter und je einen Hessen-Darmstädter und Mecklenburger. Ein Vergleich mit der Mitgliederstruktur des Nationalvereins, bei dem regionale Schwerpunktbildungen eine zum Teil erhebliche Rolle spielten, bestätigt die naheliegende Vermutung, daß die nationale Integration auf der Ebene der bürgerlichen Führungsgruppe weiter vorangeschritten war als auf der Ebene der einfachen Mitgliedschaft.

---

5 Kurzbiographien und Tabellen über die jeweilige Zusammensetzung der Einzelausschüsse finden sich im Anhang.

Ein Blick auf die Sozialstruktur der Elite bestätigt das Bild, das sich bereits für die Führungsriege des Nationalvereins ergeben hat: nämlich eine überwältigende Dominanz des akademisch gebildeten Bürgertums. Lediglich 13 Personen (17%), darunter 1 Journalist, 5 Fabrikanten und 7 Kaufleute, besaßen keine universitäre Ausbildung. Ihnen standen insgesamt 63 Akademiker (83%) gegenüber, von denen allein 29 den Doktortitel (38%) und 8 sogar den Professorentitel besaßen. Unter den Akademikern überwogen bei weitem die Juristen, die mit 47, davon 16 Promovierten, einen Anteil von 75% der Universitätsabsolventen und von 62% der gesamten Elite stellten. Hinzu kamen 4 Ärzte (5%) und 12 Historiker, Literaturwissenschaftler und Philosophen (16%), von denen 9 promoviert waren. Zum bildungsbürgerlichen Lager wird man auch den Autodidakten Georg Friedrich Kolb rechnen müssen, der als Statistiker und Journalist tätig war.

Die Dominanz der bildungsbürgerlichen Akademiker erlaubt nicht in jedem Fall, daraus das Fehlen unmittelbarer wirtschaftlicher Interessen abzuleiten.[6] Oft genug waren gerade die Juristen als Rechtsberater größerer Firmen oder Handelskammern tätig, wie Böhmert, Henneberg, Hölder, Mathy, Seeger und Weigel, oder sie besaßen selbst Firmenanteile, wie etwa Braun und Faucher. Der Anteil der im Staatsdienst stehenden Juristen war mit höchstens 9 relativ gering. Die drei Gutsbesitzer der Elite, Bennigsen, Hoverbeck und Joseph, waren wie die Fabrikanten Behrend und Knorr akademisch gebildete Juristen. Die Buchhändler und Verleger Franz Duncker und Veit besaßen geisteswissenschaftliche Universitätsabschlüsse.

Signifikant ist das Übergewicht der Protestanten, das sich auch in den kulturkämpferischen Tendenzen der Wochenschrift des Nationalvereins widerspiegelte. Insgesamt konnte die Konfessionszugehörigkeit von 70 der 76 Eliten-Angehörigen ermittelt werden. Den 58 Protestanten (83%) standen nur 9 Katholiken (13%) und drei Juden (4%) gegenüber. Daß die protestantischen Bildungsbürger ihre politische Führungsposition auf nationaler Ebene bis in die 1870er Jahre hinein verteidigen konnten, hing sicherlich damit zusammen, daß sie »stärker als alle anderen Sozialgruppen in der Lage war, die rechtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Gleichheitsansprüche der Zeit auf die Idee des Nationalstaats zu beziehen«.[7] Gerade in der Dominanz der Juristen, die bereits die Paulskirche geprägt hatte, spiegelte sich aber auch die zunehmende Arbeitsteilung und Professionalisierung des politischen Geschäfts wider. Neben die traditionell begründete Dominanz des Bildungsbürgertums trat damit ein zukunftweisendes Moment.

Außerordentlich eng war die nationale Elite mit den einzelstaatlichen Parlamenten verflochten. Sie umfaßte die Führungsspitzen der liberalen Kammerfraktionen aus allen bedeutenden Bundes-Staaten: aus Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Nassau, Hannover, Weimar und aus Coburg-Gotha. Umgekehrt besaßen insgesamt 52 der

---

6 Darauf macht zurecht C. Gotthardt, 1992, S. 77 ff., 96 ff., aufmerksam.

7 D. Langewiesche, Bildungsbürgertum, 1989, S. 97. Zur Fortdauer der bildungsbürgerlichen Dominanz liberaler Eliten vgl. auch J. J. Sheehan, Liberalismus, 1983, S. 97 ff.; ders., Liberalismus und Gesellschaft, [3]1985.

76 Elitenangehörigen (68%) ein gültiges Landtagsmandat. Indem die nationalen Verbände derart in die Landespolitik hineinragten, entstand erstmals die Möglichkeit einer planmäßigen Koordinierung der einzelstaatlichen liberalen Kammerfraktionen.

Gab es nach der Niederlage der Revolution einen Generationenwechsel in der liberal-demokratischen Führungsspitze? Immerhin 35 (46%) der 76 Elitenangehörigen hatten bereits 1848/49 einem Parlament angehört, davon 14 (18%) der Paulskirche.[8] Das Durchschnittsalter im Jahre 1862 betrug 46 Jahre. Vor *1810* waren 21 (29%), vor *1820* 27 (36%), vor *1830* 23 (31%) geboren, nach *1830* nur 3 (4%). Versteht man unter einer »Generation« mit Karl Mannheim eine durch chronologische und geographische Gemeinsamkeiten verbundene Personengruppe (Generationslagerung), die durch die Partizipation an gemeinsamen Schicksalen (Generationszusammenhang) und eine spezifische Art und Weise der Verarbeitung dieser Erfahrungen (Generationseinheit) geprägt ist[9], so lassen sich bezogen auf die Generationsfolge innerhalb des Milieus der liberal-demokratischen Nationalbewegung zwei einander überlagernde Generationen ausmachen, die in den sechziger Jahren annähernd gleichberechtigt nebeneinanderstanden: die ältere Generation derjenigen, deren politische Sozialisation sich unter den Bedingungen des Frühkonstitutionalismus oder der verfassungslosen Zeit vollzog und die die dort ausgeprägten Denk-, Handlungs- und Organisationsmuster in die Paulskirche einbrachte, und zweitens die jüngere Generation derjenigen, deren politische Sozialisation sich ausschließlich während der Revolutions- und Reaktionsjahre vollzog. Letztere Gruppe zeichnete sich durch eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber der Notwendigkeit der parteipolitischen Organisierung wie durch eine im ganzen professionellere Politikauffassung aus.

Schon ein Blick auf den Umfang der jeweiligen Kapitel gibt darüber Auskunft, daß unter den vier untersuchten Organisationen dem Nationalverein die politische Führungsrolle zukam – sieht man einmal von der kurzen Phase der Schleswig-Holstein-Krise 1863/64 ab. Dieser oberflächliche Eindruck entspricht auch der Selbsteinschätzung der »nationalen Elite«, deren Auffassung Schulze-Delitzsch treffend wiedergegeben haben dürfte, als er seinen tour d'horizon über die neugegründeten nationalen Zusammenschlüsse wie den Volkswirtekongreß, den Handelstag, den Juristentag und die Handwerkerkongresse, mit folgendem Satz beendete:

»Der Nationalverein aber ist nichts anderes als die höchste Stufe, der Schlußstein aller dieser Bestrebungen, dazu bestimmt, ihnen in der Garantie der politischen Existenz der deutschen Nation erst den Rahmen und den rechtlichen Halt zu geben«.[10]

---

8 Von den 352 Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses von 1862 gehörten immerhin 91 (25%) bereits einem der Parlamente der Revolutionsjahre an, vgl. A. Hess, Parlament, 1964, S. 127.

9 K. Mannheim, 1928.

10 Verhandlungen NV II (1861), S. 29.

Die Vorstellung von der führenden Rolle des Nationalvereins als »central organization around which the smaller local Vereins could group their activities and gain direction«[11] liegt auch Na'amans Modell von Kern- und Rahmenorganisationen zugrunde. Das politische Gewicht des Nationalvereins, das ihn deutlich von dem ebenfalls allgemeinpolitisch orientierten Abgeordnetentag abhob, ergab sich aus seiner Massenmitgliedschaft und den darauf beruhenden finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten, die den Nationalverein zu einer parteiähnlichen Einrichtung werden ließen. Seine führende Rolle kommt auch darin zum Ausdruck, daß er mit 39 Ausschußmitgliedern den größten Anteil an der »nationalen Elite« stellte.

Auf die bestehende Arbeitsteilung zwischen den Organisationen wurde in den vorangehenden Kapiteln mehrfach aufmerksam gemacht. Dem unitarischen Nationalverein als Massenorganisation war die Aufgabe zugedacht, mit möglichst zugkräftigen Aussagen die Führung in der politischen Agitation zu übernehmen und die dazu benötigten Gelder zusammenzubringen. Der föderalistische Abgeordnetentag stand demgegenüber für die Kooperation mit den Regierungen und dem Bundestag zur Verfügung. In der Haltung gegenüber der Reichsverfassung von 1849 trat diese Arbeitsteilung am deutlichsten zutage. Je nach politischer Zweckmäßigkeit war die nationale Elite in der Lage, die geeignete Variante auszuspielen, und entweder mit dem Nationalverein die Durchführung der Reichsverfassung zu verlangen oder mit dem Abgeordnetentag Kompromißbereitschaft zu signalisieren. Die wichtigste Aufgabe für Volkswirtekongreß (unitarisch) und Handelstag (föderalistisch) bestand darin, zurückhaltende Altliberale und Wirtschaftskreise in die nationale Verfassungsbewegung einzubeziehen und die grundsätzliche Übereinstimmung der wirtschaftspolitischen Ziele mit den nationalpolitischen Zielen zum Ausdruck zu bringen. Sie führten darüber hinaus allerdings ein begrenztes Eigenleben und wurden nur punktuell für die nationale Verfassungsbewegung mobilisiert.

Nimmt man die Veranstaltungsorte und -termine der jeweiligen Generalversammlungen in den Blick, findet sich ein weiteres Argument für die politische Führungsrolle des Nationalvereins. Mit Ausnahme des Jahres 1863, in dem aufgrund der Schleswig-Holstein-Krise ein außerordentlicher Abgeordnetentag dazwischenkam, standen die Generalversammlungen des Nationalvereins stets am Ende des jährlichen Versammlungsreigens. Auf diese Weise war der Verein in der Lage, durch seine Resolutionen gleichsam das Fazit des Zustandes der nationalen Verfassungsbewegung zu ziehen und seinen Führungsanspruch durch die weitreichendsten Beschlüsse zu untermauern.

Wie bei den Ausschußsitzungen der Organisationen, die vor allem bei Nationalverein und Abgeordnetentag häufig gleichzeitig in derselben Stadt angesetzt wurden, gab es auch für die Vollversammlungen klare Absprachen. Ob die Versammlungen im Norden oder Süden Deutschlands stattfanden, hing von den jeweiligen politischen Konstellationen ab. Die Kongresse von 1861 fanden allesamt im Süden statt, da es vornehmlich galt, dort die poli-

11 L. O'Boyle, 1957, S. 336.

tische Stellung auszubauen. Als sich im folgenden Jahr das Problem der Integration der bundesstaatlichen Großdeutschen zuspitzte, zog man die Notbremse und legte die Versammlungen nach Thüringen. Dort konnte man sich leicht günstigere Mehrheitsverhältnisse ausrechnen; nur für den Handelstag, den man zunächst hatte ausfallen lassen wollen, ließ sich dies trotz energischer Bemühungen nicht durchsetzen. Im großen Krisenjahr 1864 ließ man die Vollversammlungen der föderalistischen Organisationen ausfallen und legte den Volkswirtekongreß und die Generalversammlung des Nationalvereins nach dem Norden, weil das Hauptproblem darin lag, die Preußen bei der Stange zu halten. Im Jahr 1865 dagegen ging es bereits weniger um den Erhalt schlagkräftiger Organisationen als darum, die Konstituierung konkurrierender »volksparteilicher« Organisationen zu verhindern; um die

Tabelle 3: Übersicht der Tagungsorte und Termine der Vollversammlungen

	VWK	NV	HT	AT
1858	Gotha (20.–23. 9.)			
1859	Frankfurt (12.–15. 9.)			
1860	Köln (10.–14. 9.)	Coburg (3.–5. 9.)		
1861	Stuttgart (9.–12. 9.)	Heidelberg (23.–24. 8.)	Heidelberg (13.–18. 5.)	
1862	Weimar (8.–11. 9.)	Coburg (6.–7. 10.)	München (14.–18. 10.)	Weimar (28.–29. 9.)
1863	Dresden (14.–16. 9.)	Leipzig (16. 10.)	Frankfurt (21–22. 8.) (21. 12.)	
1864	Hannover (22.–25. 8.)	Eisenach (31. 10.–1. 11.)		
1865	Nürnberg (28.–31. 8.)	Frankfurt (29. 10.)	Frankfurt (25.–28. 9.)	Frankfurt (1. 10.)
1866				Frankfurt (20. 5.)
1867	Hamburg (26.–29. 8.)	Kassel (11. 11.)		

größtmögliche Integrationswirkung zu erzielen, wählte man mit Frankfurt und Nürnberg Hochburgen der demokratisch-föderalistischen Opposition.

Aus arbeitsökonomischen Gründen erwies sich die weitgehende Beschränkung der Untersuchung auf die vier wichtigsten Organisationen der nationalen Verfassungsbewegung als unumgänglich. Das organisatorische Geflecht der Bewegung als Ganzes ging allerdings über diese Verbände in zweierlei Richtung weit hinaus. Einmal waren die nationalen Verbände durch zahlreiche Doppelmitgliedschaften im lokalen Vereinswesen verankert. Gelegentliche Andeutungen dazu finden sich am Beispiel der lokalen und regionalen volkswirtschaftlichen Gesellschaften und der Arbeiter(bildungs)vereine in den vorausgegangenen Kapiteln. Ausführlicher wurden nur die Versuche des Nationalvereins behandelt, die politische Hegemonie über die Vereine der Turner und Schützen auszuüben.[12] Nur durch detaillierte Lokalstudien ließen sich genauere Aufschlüsse über die Wechselwirkung lokaler und nationaler Politik sowie über die Einbettung der nationalen Elite im örtlichen Vereinswesen und den Gemeinderäten gewinnen, wobei auch die Rekrutierung und Stellung der Lokalagenten des Nationalvereins zu berücksichtigen wäre.[13]

Auf nationaler Ebene wurde das Organisationsgeflecht durch einige weitere Zusammenschlüsse ergänzt, die durch allgemeine Zielsetzungen, personelle Verflechtungen und organisatorische Strukturen den im Zentrum dieser Untersuchung stehenden Organisationen verbunden waren: an ihrer Spitze standen wiederum mit weitreichenden Ermächtigungen versehene Ausschüsse, die aufgrund ihrer Zusammensetzung der Einbeziehung in die Politik der nationalen Verfassungsbewegung zugänglich waren.

Zu diesen Organisationen gehörte der Deutsche Juristentag, der im Jahre 1860 aus der Juristischen Gesellschaft Berlins entstanden war.[14] Seit 1861 gehörte Bluntschli, der zugleich die Präsidentschaft übernahm, dem Ausschuß an. Aus Nationalvereinskreisen kamen Friedrich Pfeiffer und Planck hinzu. Der Juristentag beschäftigte sich auf seinen Kongressen in Parallele zum Volkswirtekongreß und zum Handelstag vor allem mit Fragen der Rechtsvereinheitlichung in Deutschland auf sämtlichen Rechtsgebieten sowie mit klassischen liberalen Themen wie der Freigabe der Advokatur, der Vereinheitlichung der juristischen Ausbildung, der Unabhängigkeit der Richter und der Staatsanwaltschaft.[15] Die Rolle des Juristentags bei der Vorbereitung des Weimarer Abgeordnetentags von 1862 wurde bereits erwähnt.

Beschleunigt durch den Erlaß der preußischen »Preßordonnanz« kam es im Sommer 1863 zu der seit geraumer Zeit diskutierten Gründung des Deutschen Journalistentags.[16] Zur Mitgliedschaft waren Redakteure, Mitarbeiter,

---

12 Als Vorlage für die zu entwerfenden Statuten des Deutschen Sängerbunds fragte Otto Elben am 14.1. 1863 beim Vorstand des NV nach einem Exemplar der Geschäftsorganisation, BAP, Akten NV, 31, Bl. 342.

13 Nahezu alle regional- und lokalgeschichtlichen Arbeiten liefern einzelne Hinweise, die beste Problematisierung bietet bisher M. John, Associational life, 1990; ders., Liberalism and society, 1987, sowie jetzt H.-W. Hahn, Bürgertum, 1991, S. 453 ff.

14 Vgl. T. Olshausen, 1910.

15 Vgl. die Auflistung der Beschlüsse ebd., S. 57 ff.

16 Nach Biedermann ging die Gründung des Journalistentags auf eine Initiative des Verlegers

Herausgeber und Verleger von Zeitungen berechtigt. Der Journalistentag, dessen erster Vorsitzender Karl Biedermann war, behandelte presserechtliche Fragen, vor allem natürlich das Zensurproblem, zeigte aber auch berufsgenossenschaftliche und gewerkschaftliche Tendenzen, wenn er sich um die Altersversorgung von Journalisten kümmerte. Erheblich stärker als der Juristentag unterlag er tagespolitischen Einflüssen. So wurde auf dem ersten Kongreß in Eisenach im Mai 1864 – allerding ergebnislos – beratschlagt, den Journalistentag in ein zentrales Korrespondenzkomitee für die Schleswig-Holstein-Sache zu verwandeln. Dem Ausschuß der Organisation, die 1865 bereits 68 Zeitungen repräsentierte, gehörten eindeutig liberale oder demokratische Blätter mit politischer Tendenz an wie die Leipziger Deutsche Allgemeine Zeitung, das Frankfurter Journal, der Arbeitgeber, die Weser-Zeitung, die Neue Frankfurter Zeitung, der Nürnberger Korrespondent und die Rheinische Zeitung.[17]

Zuletzt wäre der ebenfalls 1863 als »kirchliches Gegenstück zum Nationalverein« gegründete Deutsche Protestantenverein zu nennen, der als Bündnis liberaler Politiker und liberaler Kirchenleute mit einer gegen das konservative Staatskirchentum gerichteten Tendenz für eine auf Gemeindeautonomie beruhende protestantische Nationalkirche eintrat. Hervorgegangen aus den badischen Vorläufern des Kulturkampfes trat der Protestantenverein auch für weltliche Schulaufsicht, Simultanschule und die obligatorische Zivilehe ein. Dogmatische Festlegungen in religiösen Fragen wurden von Bennigsen verhindert, um das »Primat der kleindeutschen Nationalpolitik« nicht zu gefährden. Den Vorsitz des Durlacher Gründungskongresses führte Bennigsen, führend beteiligt an der Vorbereitung waren Häusser und wiederum Bluntschli, der auch zum Präsidenten des Vereins gewählt wurde. Dem Ausschuß gehörte auch Friedrich Oetker an.[18] Alle drei Verbände bezogen jeweils eine gesellschaftliche oder berufliche Gruppe in das organisatorische Geflecht der nationalen Verfassungsbewegung ein, ohne daß sie in ähnlicher Weise das Interesse der Öffentlichkeit geweckt hätten wie die behandelten.

Brockhaus zurück, K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1887, S. 214 f. Rochau sprach sich in der WSchNV, Nr. 113, 27.6. 1862, erstmals für einen Journalistentag aus.

17 Vgl. K. Biedermann, Bericht über den ersten deutschen Journalistentag, 1864 (im Anhang die Statuten); WSchNV, Nr. 213, 26.5. 1864; CAZ, Beilage zu Nr. 75, 5.6. 1864. Zum 2. Kongreß: Einladungsschreiben des Ausschusses, 3.5. 1865, HAStK, Nl. Becker, 37; ausführlicher offizieller Bericht in Beilage zur CAZ, Nr. 129, 18.6. 1865. Vgl. auch die Schilderung bei J. Eckardt, Bd. 1, 1910, S. 43 ff., der den allgemeinpolitischen Charakter der zweiten Versammlung mißbilligend bestätigt: wenn er gewußt hätte, daß ihn ein »Konzil zumeist liberaler und radikaler Schriftsteller« erwarte, wäre er wie Lammers ferngeblieben; der »rote Becker« habe als Vorsitzender gegen die preußische Reaktion eine Philippika vom Stapel gelassen und man habe über alles mögliche Resolutionen gefaßt, nur nicht über Presseangelegenheiten.

18 Vgl. H. Gottwald/H. Herz, 1984; J. Becker, 1973, S. 179 ff., 181 (Zitate); SZ, Nr. 497, 1.10. 1863. Exemplar der Statuten im BAP, Nl. Oetker, 108, Bl. 5; die überarbeitete Fassung in Verhandlungen des Protestantentags, 1865, S. 19 ff. Vgl. den Aufruf des Ausschusses zur Gründung von Lokalvereinen vom 1.11. 1863, BAP, Nl. Oetker, 108, Bl. 6. Die Satzungen des Lokalvereins in Heidelberg, die als Mustersatzungen zu gelten haben, sind in der SZ, Nr. 583, 17.11. 1863, abgedruckt.

Die typologische Einordnung der untersuchten Organisationen erweist sich als schwierig. Die Probleme entstehen aus den Eigentümlichkeiten der historischen Situation im Übergang vom Staatenbund zum Bundesstaat. Diese Konstellation ließ einen organisatorischen Zwittertypus entstehen, der einerseits als Partei bzw. Interessenverband auf die Beeinflussung bestehender einzelstaatlicher oder intendierter nationaler Regierungen und Parlamente abzielte, anderseits aber in pseudorevolutionärer Manier das fehlende Nationalparlament vorwegzunehmen beanspruchte.

Lediglich beim Deutschen Abgeordnetentag, der stets mit dem Gedanken des Vorparlaments kokettierte, liegt die existentielle Verknüpfung mit der historischen Situation der 1860er Jahre auf der Hand. Mit der Errichtung eines nationalen Parlaments verlor er zweifellos seine Funktion als Ersatzparlament und als Koordinationsorgan der liberalen Kammerfraktionen. Der Volkswirtekongreß und vor allem der Handelstag wiesen demgegenüber Elemente auf, die einem modernen Interessenverband zuzuordnen sind.[19] Bis wenigstens 1866/67 genoß jedoch die Nationalpolitik den eindeutigen Vorrang vor einer wirtschaftlichen Interessenvertretung. Aus diesem Grund reicht der Begriff des Interessenverbands zur Charakterisierung ihrer Rolle nicht aus. Sie waren während des Untersuchungszeitraums in erster Linie »ideelle Fördererverbände« (Ullmann), die jenseits unmittelbarer Interessenvertretung im engeren Sinne dem politischen Ziel des nationalen Bundesstaats verschrieben waren.

Ähnlich liegen die Dinge beim Deutschen Nationalverein. Versteht man unter einer modernen politischen Partei – wie es die dieser Arbeit zugrundeliegende Definition tut – eine programmatisch festgelegte Mitgliederorganisation, die die Verbindung zwischen außerparlamentarischer Organisation und Parlamentsabgeordneten institutionalisiert, so erfüllt der Nationalverein im wesentlichen diese Bedingungen. Auch in der neueren Forschung wird ihm daher mit gutem Grund der Charakter einer modernen politischen Partei zugesprochen.[20] Denn der Nationalverein, dessen Name dem zeitgenössischen Sprachgebrauch folgte, der mit »Partei« eine politische Strömung und mit »Verein« eine Organisation bezeichnete, ging weder in seiner Rolle als potentielles Vorparlament auf, noch war er lediglich eine eindimensionale Propagandabewegung für die preußische Spitze. Seine durch die Fortschrittsparteien vermittelte Orientierung auf die Länderparlamente, in denen er Vertretern seiner politischen Ziele die Mehrheit verschaffen wollte, ist bereits behandelt worden. Darüberhinaus zielte der Nationalverein auch auf die Mitwirkung in einem noch zu errichtenden nationalen Parlament. Es beruhte nicht allein auf ereignisgeschichtlichen Zufälligkeiten, daß aus seinen Trümmern die Nationalliberale Partei des Norddeutschen Reichstags hervorging. Zudem ließ der Nationalverein den Typus einer Honoratiorenpartei, die gewöhnlich durch Merkmale wie die lockere Bindung

19 Vgl. H.-P. Ullmann, 1988, S. 29 f., 55.

20 Vgl. S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 16; C. Gotthardt, 1992, S. 91; anders dagegen T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 12 ff.; H.-P. Ullmann, 1988, S. 55, spricht von einem »politischen Fördererverband«.

der Mitglieder, die schwache Ausrichtung auf den Machtkampf und einen wenig ausgebauten Apparat gekennzeichnet wird, mit seiner Vereinsbürokratie, seinen hauptamtlichen Mitarbeitern und seiner semiprofessionellen Führungsgruppe weit hinter sich.[21] Allerdings weist die Methode der Ausschußbesetzung, die formal auf demokratischen Wahlen beruhte, de facto jedoch häufig durch Selbstrekrutierung erfolgte, Züge traditioneller Honoratiorenpolitik auf.

Das liberal-demokratische bürgerliche Organisationsgeflecht der 1860er Jahre läßt sich als Ganzes wohl am treffendsten als eine *soziale Bewegung* charakterisieren.[22] Denn entsprechend den politikwissenschaftlichen Definitionsbemühungen war die organisatorisch weitgefächerte nationale Verfassungs*bewegung* durch ein hohes Maß an symbolischer Integration gekennzeichnet, vor allem durch die Reichsverfassung von 1849. Ferner wurde die bereits angelegte Diversifizierung in verschiedene Typen der Interessenvertretung durch das allen überregionalen Organisationen gemeinsame Hauptziel der bundesstaatlichen Einigung entscheidend relativiert. Die nationale Verfassungsbewegung als Ganzes verfolgte ihre Ziele mit einer relativ geringen Rollenspezifikation, wobei sie sowohl parlamentarische wie außerparlamentarische Organisations- und Aktionsformen anwendete.

Dieser Befund spiegelt sich im zeitgenössischen Sprachgebrauch wider: von bestimmten Organisationen abstrahierend verstand sich die nationale Verfassungsbewegung als Ganzes als »Partei des Bundesstaates«, die »alle Fraktionen der Fortschrittspartei« umfaßte – wobei der Parteibegriff im Sinne einer großen politischen Strömung verwendet wurde. Als solche grenzte sie sich von der gegnerischen »Partei der Staatenbündler«, der Feudalpartei, den Anhängern der absoluten Monarchie, den Ultramontanen und der »partikularistischen Fraktion der liberalen Partei« ab.[23] Auch ging die nationale Verfassungsbewegung nicht in ihren zentralen Organisationen auf, so notwendig sie ihrer bedurfte, sondern sie blieb auf die partielle und auch spontane Unterstützung in den Gemeinden, durch gesellige Vereinigungen, durch Turner- und Schützenvereine und durch unorganisierte Spender und Teilnehmer an Volksversammlungen angewiesen.

---

21 Zum Honoratiorenbegriff vgl. T. Offermann, Arbeiterbewegung, 1979, S. 178, 187 f.; T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 42 ff., 49 ff., 394 ff.; H. Rosenberg, Honoratiorenpolitiker, 1970, S. 156, 160; T. Schieder, Krise, 1958, S. 202 f.

22 Vgl. dazu die Definition von J. Raschke, 1985, S. 76 ff., 109 ff., bes. S. 77: »Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen«. Die deutsche Verfassungs- und Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts ordnet Raschke dem Untertypus der modernisierenden progressiven Bewegungen mit Machtorientierung zu.

23 SZ, Nr. 74, 9. 8. 1862 (Zitate); G. Planck, 1861, S. 26 ff. (Zitate); vgl. auch die Klassifizierung der NV-Gegner des Pforzheimer Agenten M. Müller, 1860: 1. die Fürsten; 2. die Pfaffen; 3. Kritiker, die stets alles besser wüßten aber nie etwas täten (die Philister); 4. Vorsichtige, die ihr Privatglück nicht riskieren wollten; 5. jene, die ebenso mutig wie der NV seien, aber gegen dessen Mittel und Wege, wie etwa die demokratischen Großdeutschen; ähnlich in: SZ, Nr. 278, 5. 6. 1863.

Erst mit der Erreichung des Hauptziels, der Schaffung eines nationalen Bundesstaats konstitutioneller Prägung, verlor der Liberalismus, der dem gesamten bürgerlichen Organisationsgeflecht seinen Stempel aufgedrückt hatte, seinen Bewegungscharakter und verengte sich zur Partei neben anderen. Eine Schmälerung seiner Basis in der Bevölkerung war eine unvermeidliche Begleiterscheinung.

Die Schleswig-Holstein-Krise 1863/64

1. Zur Strategie der nationalen Verfassungsbewegung

a) Der Nationalverein und der Ausbruch der Krise

In der für den Nationalverein schwierigen Situation des Herbstes 1863 trat die schwelende Schleswig-Holstein-Krise in ihr entscheidendes Stadium. Seit dem Erlaß des dänischen Märzpatents hatte sich der Konflikt stufenweise verschärft. Auf die Wiederaufnahme des Exekutionsverfahrens durch den Bundesbeschluß vom 9. Juli 1863 hatte Dänemark mit der Ankündigung seines Austritts aus dem Deutschen Bund reagiert. Der Bundestag hatte im Gegenzug am 1. Oktober 1863 eine dreiwöchige Frist zur Aufhebung des Märzpatents gesetzt und Vorbereitungen für die eventuelle militärische Durchführung seiner Beschlüsse getroffen. Durch den Erlaß der dritten Gesamtstaatsverfassung am 13. November 1863, die die Integration Schleswigs zum Abschluß brachte, hatte die dänische Regierung die Eskalation der Krise weiter vorangetrieben.

Zwei Tage darauf starb der dänische König Friedrich VII. Nun verkomplizierte die Erbfolgefrage die ohnehin gespannte Situation. Eigentlich hatten die europäischen Großmächte unter Umgehung erbrechtlicher Spitzfindigkeiten und damit letztlich auch des Legitimitätsprinzips im Londoner Protokoll Prinz Christian von Sonderburg-Glücksburg als Thronfolger in Schleswig-Holstein vorgesehen. Die Grundlagen des Vertrags waren aber inzwischen durch die dänische Politik so weitgehend ausgehöhlt, daß ein weiterer Kandidat, Friedrich von Augustenburg, plausible Ansprüche auf die Nachfolge in den Herzogtümern vorbringen konnte. Der Vater des augustenburgischen Prätendenten hatte 1852 als nächstberechtigter Anwärter zwar versprochen, dem dänischen König nicht entgegenzutreten, aber der damals schon volljährige Friedrich war diesem Verzicht nicht beigetreten und fühlte sich nicht gebunden. Schon am 16. November zeigte er deshalb dem Bundestag seinen Regierungsantritt als Herzog Friedrich VIII. an und erließ eine Proklamation an die Bevölkerung Schleswig-Holsteins.[1]

1 Text bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986. Nr. 132; vgl. zum Ganzen DERS., Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 456 ff.

Obwohl der Augustenburger erst seit dem Sommer 1863 versuchte, Verbindungen zur nationalen Bewegung in Schleswig-Holstein herzustellen, gelang es ihm erstaunlich schnell, deren Unterstützung zu erlangen. Bereits am 16. November berief der engere Ausschuß der Schleswig-Holsteinischen Vereine, der nach dem Verbot des Nationalvereins als dessen Ersatzorganisation fungierte, die Vollversammlung der Vertrauensleute zum 18. November nach Kiel zusammen. Das Gremium sprach sich für die vollständige Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark und das Erbrecht des Augustenburgers aus. Tags darauf beschloß die Ständeversammlung eine Eingabe an den Bundestag zugunsten des Augustenburgers.[2] Damit war die »Anerkennung« des Augustenburgers durch die beiden wichtigsten Artikulationsorgane der schleswig-holsteinischen Bevölkerung vollzogen. Im übrigen Deutschland setzte jetzt eine Welle der nationalen Begeisterung ein, die sich in einer Unzahl von Zeitungsartikeln, Broschüren und Volksversammlungen äußerte. So fanden bis Ende November mindestens in Hamburg, Stuttgart, Hannover, Pforzheim, Leipzig, Augsburg, Erlangen, Braunschweig, Nürnberg, München, Kassel, Bremen, Darmstadt und Magdeburg Volksversammlungen mit jeweils einigen tausend Teilnehmern statt, die sich in Resolutionen für die Erbfolge des Augustenburgers und die Lossagung von den Londoner Protokollen aussprachen.[3]

Unter dem Eindruck dieser Ereignisse trat am 22. November 1863 in Berlin der Ausschuß des Nationalvereins zu einer seiner dramatischsten Sitzungen zusammen, um die Politik des Vereins in der Schleswig-Holstein-Frage festzulegen und mit der preußischen Fortschrittsfraktion abzustimmen.[4] Unter den Teilnehmern besaßen die Preußen das zahlenmäßige Übergewicht: den acht Nicht-Preußen Bennigsen, Brater, Fries, Ladenburg, Metz, Müller, Reventlow und Streit standen mit Cetto, Delbrück, F. Duncker, Forckenbeck, Hoverbeck, Jacoby, Lüning, Molinari, Schulze und Unruh

2 Vgl. H. Hagenah, 1863, 1927, S. 313 ff., J. Daebel, 1969, S. 53 ff.

3 J. Daebel, 1969, S. 59 ff. (die Versammlungen sind aufgelistet S. 60, Anm. 3). Daebel bezeichnet den Zeitraum zwischen dem 20.11. und dem 7.12. als den »eigentlichen Höhepunkt der gesamten Schleswig-Holstein-Bewegung«, gemessen an der Zahl der Demonstrationen und Aktionen sowie der daran beteiligten Menschen. Seine sehr gründliche Untersuchung informiert auf breiter Quellenbasis über die vielfältigen Erscheinungsformen der Schleswig-Holstein-Bewegung zwischen November 1863 und Oktober 1864. Allerdings ist die Arbeit in ihren Wertungen stark der kleindeutschen Historiographie-Tradition verpflichtet und überbetont durchgängig den »nationalen« Aspekt der Bewegung gegenüber dem freiheitlichen. Diese Tendenz wird durch die methodische Vorentscheidung, den Untersuchungszeitraum strikt auf die genannte Phase zu beschränken, noch verstärkt. Als problematisch erweist es sich auch, daß Daebel eine Binnendifferenzierung der gesamten Bewegung im wesentlichen nach dem nicht weiter problematisierten Schema großdeutsch-kleindeutsch vornimmt und eine Verknüpfung der jeweiligen »nationalen« Ziele mit verfassungspolitischen Vorstellungen unterläßt. Den auch instrumentellen Charakter der Schleswig-Holstein-Frage im übergreifenden Zusammenhang der nationalen Verfassungsbewegung vermag er deshalb nicht zu erkennen. Durch die isolierte Betrachtungsweise verbaut er sich das Verständnis für diejenigen, die nach der Eroberung Schleswig-Holsteins in Opposition zur preußischen Politik verharren und auf der bundesstaatlichen Konstituierung des Herzogtums bestehen. Deren Charakterisierung als »rechtsidealistische Augustenburgbewegung« geht am Kern vorbei.

4 A-Prot.NV, 22.–24.11. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

zehn Preußen gegenüber, die durch den als Gast hinzugezogenen Schleswig-Holstein-Experten Theodor Mommsen noch verstärkt wurden. Besondere Beachtung verdient die Teilnahme des schleswig-holsteinischen Ausschußmitglieds Ludwig Reventlow. Er war derjenige, der tags zuvor in Frankfurt die Resolution der schleswig-holsteinischen Ständekammer zugunsten des Augustenburgers an Robert v. Mohl zur Vorlage beim Bundestag übergeben hatte. Anschließend war er sofort nach Berlin gereist, um im Auftrag der Stände mit preußischen Regierungsvertretern über die Anerkennung Friedrichs VIII. zu verhandeln.[5]

Über eine ganze Reihe von Punkten herrschte unter den Anwesenden von vornherein Übereinstimmung: so war unumstritten, daß jetzt die vollständige Trennung Holsteins und Schleswigs vom Königreich Dänemark auf kriegerischem Wege auf der Tagesordnung stand, und daß dabei der Einsatz (national-) revolutionärer Mittel entweder aus grundsätzlichen Überlegungen oder wegen mangelnder Erfolgsaussichten nicht in Frage kam. Die Debatte begann mit Berichten über die Stimmungsentwicklung in der Bevölkerung. Die nichtpreußischen Mitglieder faßten ihre Eindrücke dahingehend zusammen, daß die Schleswig-Holstein-Sache überall als »nationale Angelegenheit« und nicht als »Parteiangelegenheit« betrachtet werde. Nach ihrer Einschätzung eignete sich der Gegenstand daher nur begrenzt zur Profilierung des Nationalvereins. Sie drängten deshalb darauf, organisationsübergreifend eine »Agitation in großartigster Ausdehnung« zu beginnen. Für sie stand außer Zweifel, daß eine »schlaffe Behandlung« den Nationalverein ruinieren, und daß namentlich »die preußische Fortschrittspartei sich in Deutschland moralisch tot machen und Preußens deutschen Ruf unwiederbringlich gefährden würde, wenn sie in dieser wichtigsten deutschen Nationalangelegenheit nicht ganz entschieden und kräftig vorangehe und, falls sie das Ministerium Bismarck nicht zu stürzen vermöge, selbst dieses Ministerium unterstütze, wenn es im deutschen Sinn vorangehe, im andern Fall es aber mit allen Kräften auf Tod und Leben bekämpfe«.

Demgegenüber erklärten die Preußen, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses der Ansicht sei, dem gegenwärtigen Ministerium dürften unter keinen Umständen Gelder bewilligt werden.[6] In der Tat verschärfte die Schleswig-Holstein-Krise für die preußische Fortschrittspartei das bereits im Frühjahr aufgeschienene Dilemma: sollte sie Bismarck für die nationale Aufgabe der Befreiung Schleswig-Holsteins Gelder bewilligen und damit Gefahr laufen, daß Bismarck einen auswärtigen Erfolg zur Stärkung seiner innen-

---

5 Vgl. C. Boysen, 1933, S. 459 f.

6 Twesten zählte zu denen, die sich von Anfang an für Geldbewilligung aussprachen, Twesten an Lipke, 23.11.1863, 6.12.1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 185 f., 195 f.; vgl. auch A. Hänel, 1863 (veröffentlicht auch in AAZ, Nr. 336–337, 2.–3.12.1863). Baumgarten hatte im Auftrag Roggenbachs bereits bei Sybel sondiert, ob und unter welchen Bedingungen ein Kompromiß mit Bismarck möglich sei, Baumgarten an Sybel, 12.11.1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), ebd., S. 179 f. Bernhardi vermutete – wenn man die spätere Entwicklung berücksichtigt, wohl nicht zu Unrecht –, daß sich die FSP spalten würde, wenn die Regierung in der Schleswig-Holstein-Sache entschieden aufträte, T.v. Bernhardi, Bd. 5, 1896, S. 147.

politischen Position nutzen konnte? Oder sollte sie, wie bisher, auf Konfliktkurs bleiben, und womöglich eine Niederlage in Schleswig-Holstein riskieren, mit allen Konsequenzen für ihr und des Nationalvereins Ansehen in Deutschland? Zur definitiven Klärung der Angelegenheit beschloß der Ausschuß, daß Bennigsen und Unruh sich auf der Stelle persönlich mit der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses in Verbindung setzen sollten.

Während ihrer Abwesenheit legte Schulze-Delitzsch einen Aktionsplan vor, der die Mehrheitsauffassung der preußischen Fortschrittspartei verdeutlichte. Er basierte wie selbstverständlich auf der Unterstützung des Erbanspruchs des Augustenburgers, einer Vorentscheidung, die im Ausschuß von niemandem in Frage gestellt wurde. Nach Schulzes Vorstellung sollte der Ausschuß schleunigst mit Friedrich VIII. in Verbindung treten, um mit ihm über die gemeinschaftliche Aufstellung eines Schleswig-Holsteinischen Freiwilligenheeres zu verhandeln. Gleichzeitig sollte der Nationalverein Massenversammlungen abhalten, die überall entstehenden Komitees und Initiativen organisatorisch zusammenfassen, die Anerkennung des Augustenburgers am Bundestag erzwingen und vor allem durch Spendensammlungen die notwendigen Geldmittel für die Truppenbildung beschaffen. Zu diesem Zweck befürwortete Schulze auch die Verfügbarmachung des Flottenfonds.

Dieser Plan entsprach weitgehend der Vereinbarung, die Bennigsen und Unruh mit den preußischen Parlamentariern ausgehandelt hatten und nach ihrer Rückkehr dem Ausschuß zur Genehmigung vorlegten. Bereits am folgenden Tag, dem 23. November, legten Stavenhagen und Virchow dem Abgeordnetenhaus einen Antrag vor, der die Regierung aufforderte, auf die Anerkennung des Augustenburgers durch sämtliche Staaten des deutschen Bundes hinzuwirken. Alle in der Folgezeit von Regierungsseite vorgelegten Anträge auf Kreditbewilligung für Militärzwecke lehnte die oppositionelle Mehrheit bis 1866 konsequent ab.[7]

Das Bekenntnis der Nationalvereins und der Fortschrittsparteien zum Augustenburger hatte nicht im entferntesten mit Rechtsüberzeugungen in der Erbfolgefrage oder mit besonderen persönlichen Sympathien für den Thronprätendenten zu tun. Es reflektierte zunächst einen Grundzug der öffentlichen Meinung, wie sie vor allem auch in Schleswig-Holstein selbst zutage trat und vom Ausschuß nicht ohne weiteres ignoriert werden konnte, zumal Reventlow als Vertreter der schleswig-holsteinischen Stände nachhaltigen Druck ausübte. Im übrigen bot das Bekenntnis zum Augustenburger der nationalen Verfassungsbewegung die Möglichkeit, die Forderung nach

7 Text bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 133. Vgl. L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 2, 1898, S. 189 ff.; H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 43 ff. Der Antrag Stavenhagen/Virchow wurde in der Debatte vom 1.–2.12. mit 231 zu 63 Stimmen angenommen; Waldeck und 34 weitere FSP-Abgeordnete hatten sich gegen den Augustenburger ausgesprochen. Die auf den bis 1866 durchgehaltenen Kreditverweigerungen gründende These L. Dehios, Taktik der Opposition, 1929, die Opposition sei bereit gewesen, den preußischen Staat durch äußere Feinde zertrümmern zu lassen, um auf diese Weise Bismarck zu stürzen, ist mit Recht bereits von H. A. Winkler, ebd., S. 96 f., zurückgewiesen worden. Im Gegenteil war gerade die militärische Stärke des preußischen Staats ein wesentliches Motiv, *trotz* Bismarck an der preußischen Spitze festzuhalten, nicht zuletzt wegen der vermeintlichen oder tatsächlichen äußeren Bedrohungen.

der Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark durch die Berufung auf Rechtstitel zu untermauern.

Die vereinbarte Strategie schloß gemäß der Mehrheitslinie des preußischen Abgeordnetenhauses die Unterstützung der reaktionären Regierung Bismarck aus. Sie strebte im Gegenteil den Sturz des Ministerpräsidenten an. »Der Gedanke ist: eine umfassende, zusammenhängende nationale Bewegung gegen die widerwilligen Regierungen, auslaufend in den Sturz Bismarcks«, faßte Baumgarten zusammen.[8] In einem ersten Schritt mußte der Bundestag zur Anerkennung des Augustenburgers gezwungen werden, was einer Kriegserklärung an Dänemark gleichkommen würde. Die Abtrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark sollte dann gestützt auf die militärische Kraft der regulären Truppen erfolgen, wobei im Idealfall ein verfassungsmäßig regiertes Preußen sich nationalpolitische Meriten erwerben und womöglich die deutsche Verfassungsfrage voranbringen konnte. Für den ungünstigen Fall, daß der Bundestag die Anerkennung Friedrichs VIII. verweigern oder verschleppen würde, hätte der Augustenburger bereits *vor* seiner Anerkennung nach Holstein zu gehen und mit dem Aufbau eines Heeres zu beginnen, um so, unterstützt durch großangelegte Volksversammlungen und Resolutionen, den politischen Druck zu steigern und den Krieg unvermeidlich zu machen.

Die Pläne zur Organisierung eines Freiwilligenheeres für den Augustenburger waren in diesem Zusammenhang vor allem ein *politisches* Mittel, um durch die Schaffung vollendeter Tatsachen den Druck auf den Bundestag zu erhöhen und den Sturz Bismarcks zu beschleunigen, und allenfalls in zweiter Linie ein *militärisches* Mittel zur Befreiung Schleswig-Holsteins. Auch wenn einzelne Mitglieder auf die Eroberung der Herzogtümer durch ein augustenburgisches Freiwilligenheer spekuliert haben sollten, hielt es doch die Ausschußmehrheit mit Baumgarten für »undenkbar, daß wir mit Volkskräften, die sich nicht organisierter Staatsgewalt untertänig gemacht haben, gegen das Ausland durchdringen«.[9]

Die dargelegte Strategie des Nationalvereins in der Schleswig-Holstein-Krise war nach Lage der Dinge ohne erkennbare Alternative, wenn man akzeptiert, daß eine revolutionäre Bewegung weder gewünscht noch für aussichtsreich gehalten wurde. Sie verschaffte der Agitation eine Richtung und ermöglichte das allein schon aus militärischen Gründen unausweichliche Zusammengehen mit den gutwilligen Regierungen. Einen Verbündeten besaß

---

8 Baumgarten an Rochau, 30.11.1863, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 630 f. Der Brief gelangte über Miquel an Bennigsen. Vgl. den zustimmenden Brief Rochaus an Miquel, 1.12.1863, ebd., S. 631 f.; Rochau erwartete den Sturz Bismarcks binnen drei Tagen (ähnlich Rochau an Jacoby, 7.12.1863, in: E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 297). Die SZ betitelte die Situation in diesem Sinne mit »Preußen am Scheideweg«: entweder halte Preußen an seiner antinationalen Politik und den internationalen Verträgen fest, oder, wenn die Opposition ihre Pflicht tue, Forttreiben der Regierung zu einer nationalen Politik im Namen des Vaterlands und der Freiheit zur Befreiung Schleswig-Holsteins, SZ, Nr. 606, 30.11.1863.

9 Baumgarten an Rochau, 30.11.1863, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 630 f. Es erübrigt sich daher, über die zweifelhaften militärischen Erfolgsaussichten eines solchen Unternehmens nachzudenken, wie J. Daebel, 1969, S. 139 f., es tut.

der Nationalverein auch in diesem Fall vor allem in der badischen Regierung.[10]

Allerdings barg die eingeschlagene Richtung auch erhebliche Risiken für den Verein. Einmal war die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Bismarck sich im Amt halten konnte. Zwar bestand nach vertraulichen Informationen Unruhs begründete Aussicht, daß der preußische König, der als ein überzeugter Anhänger des Augustenburgers galt, das bestehende Ministerium durch eine augustenburgfreundliche Regierung ersetzen werde.[11] Wie die historische Forschung zeigt, hatte Bismarck in den folgenden Wochen tatsächlich mehrfach »auf der Wipp« gestanden – so die Formulierung Max Dunckers – und mußte äußerste Mühe darauf verwenden, seinen politischen Kurs des Festhaltens an den Londoner Protokollen gegen seine Widersacher durchzusetzen, die sich dem König als personelle und politische Alternative anboten.[12] Sollte der Sturz jedoch nicht gelingen, war doch äußerst fraglich, ob sich die preußische Fortschrittspartei dauerhaft auf einen mittelstaatlichen, gegen die preußische Außenpolitik gerichteten Kurs festlegen lassen würde. Das ausgeprägte preußische Sonderbewußtsein, mit dem der Ausschuß schon häufiger zu kämpfen gehabt hatte, mußte skeptisch stimmen. In jedem Fall war zu erwarten, daß die Integrationsfähigkeit der Bewegung aufs Äußerste beansprucht werden würde. Hinzu kam zweitens, daß der Nationalverein einfach voraussetzte, der Augustenburger würde ihn als Verhandlungspartner und Sprachrohr der nationalen Bewegung akzeptieren. Diese Annahme beruhte auf reinem Wunschdenken und sollte sich bald als voreilig erweisen.

Nachdem sich der Nationalverein somit auf die Unterstützung des Augustenburgers festgelegt hatte, verließ Bennigsen am Abend des 23. November nochmals die Ausschußsitzung, um in Begleitung seines Stellvertreters Fries in Gotha mit dem Augustenburger zu verhandeln. Über den Verlauf der Gespräche sind keine Aufzeichnungen bekannt; die zur Veröffentlichung bestimmte Ansprache des Nationalvereins an den Herzog und dessen offizielle Antwort lassen jedoch keinen Zweifel daran, daß Bennigsen und Fries eine herbe Abfuhr erhielten. In ihrer Ansprache hatten sie die Anerkennung der augustenburgischen Erbansprüche durch den Nationalverein ausgedrückt und dem künftigen Herzog die tatkräftige Unterstützung des Vereins angeboten. Friedrich reagierte darauf abweisend und unverbindlich.[13] Der Augustenburger wollte in jedem Fall eine öffentliche Festlegung auf den Nationalverein vermeiden. Deshalb wies er den hochgesteckten Anspruch

---

10 Vgl. L. Konrad, 1935; L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 244 ff. In Roggenbachs Handakten befand sich eine auf den 16.11. datierte Aufzeichnung, wonach der Augustenburger nach Erlaß einer Proklamation an das Volk sofort faktisch von den Herzogtümern Besitz ergreifen, d. h. holsteinischen Boden betreten, die Stände berufen, eine Regierung bilden und eine Aufforderung zur Rückkehr der schleswig-holsteinischen Truppen erlassen sollte, vgl. G. Lechner, Bd. 89 (1964), S. 40 ff.

11 Unruh an Bennigsen, 27.11.1863, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 629.

12 Dazu gehörten der preußische Kronprinz, von der Goltz, Schleinitz und der badische Großherzog, vgl. L. Gall, Bismarck, 1983, S. 302 ff.; Max Dunckers bekannte Formulierung ist belegt bei T.v. Bernhardi, Bd. 5, 1896, S. 188.

13 Abgedruckt auch in: CAZ, Nr. 48, 29.11.1863.

des Vereins zurück, im Namen der gesamten nationalen Bewegung zu sprechen. Er behandelte den Nationalverein vielmehr wie einen Verein unter vielen und erklärte, daß es in der Schleswig-Holstein-Frage keine Parteien geben dürfe. Vor allem gab er keinerlei Zusagen für den gemeinschaftlichen Aufbau einer Freiwilligenarmee. Statt gestützt auf die nationale Bewegung – repräsentiert durch den Nationalverein – in Holstein einzuziehen und entschlossen die Amtsgeschäfte aufzunehmen, zog es der Augustenburger vor, den Zusammentritt des Bundestags abwarten. Für seine Anerkennung beim Bunde bedurfte er der Zustimmung der Regierungen, die er durch zu enge Bindung an den Nationalverein nicht gefährden wollte.[14]

Obwohl die Beziehungen zum Augustenburger noch völlig ungeklärt waren, trat der Nationalverein bereits am 23. November mit einer proaugustenburgischen Erklärung an die Öffentlichkeit. Ein weiterer Zeitverlust mußte unbedingt vermieden werden, wenn man die Führung der Bewegung übernehmen wollte. Die von Brater, Franz Duncker und Metz ausgearbeitete »Ansprache an die deutsche Nation« bekannte sich zum Augustenburger als rechtmäßigem Herzog Schleswig-Holsteins und ließ dem einen Appell an die »deutschen Fürsten« folgen, ihre Pflicht zu tun, wobei man andeutete, daß »Beruf zur Führung der Nation« auf dem Spiele stünde. Gleichzeitig beschwor der Aufruf die Bevölkerung, »selbst zu handeln«. Damit wurden die »deutschen Brüder« aufgefordert, »Geld herbeizuschaffen – und Mannschaft, Waffen und alle Mittel bereit zu halten«. Der Aufruf deutete an, daß auch die Flottengelder des Nationalvereins jetzt Verwendung finden würden.[15]

Um den Führungsanspruch in der Schleswig-Holstein-Bewegung zu untermauern, setzte der Ausschuß außerdem ein besonderes Schleswig-Holstein-Komitee ein, dem Bennigsen, Brater, Fries, Metz, Miquel, Schulze-Delitzsch und Streit angehören sollten. Da Miquel den Vorsitz übernommen hatte, verlegte man den Sitz des Komitees in seinen Wohnort Göttingen, das zugleich näher am Zentrum des Geschehens lag.[16] Als Sekretär für die Geschäftsführung des Komitees hatte man Ludwig Schweigert bestimmt. Das Göttinger Komitee verfügte über ein uneingeschränktes Kooptationsrecht und besaß sämtliche Befugnisse des Ausschusses, also auch das Verfügungsrecht über die Vereinskasse mit Ausnahme des Flottenfonds.[17] Spätestens im Januar sollte es jedoch dem Gesamtausschuß Rechenschaft ablegen.[18] Am 29.

---

14 Zum Lavieren des Augustenburgers vgl. J. Daebel, 1969, S. 80 ff.; die aus augustenburgischer Perspektive verfaßte Arbeit F. Gebauers, 1912, blendet die Kontakte zwischen Friedrich VIII. und Nationalverein und Abgeordnetentag völlig aus, vgl. bes. S. 61 ff.

15 Abgedruckt u. a. in WSchNV, Nr. 187, 26. 11. 1863; CAZ, Nr. 48, 29. 11. 1863. Das Manifest wurde am Abend des 23. 11. auf einer von 4000 Personen besuchten Volksversammlung durch Jacoby erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt, LHA-P, 9541, Bl. 156 ff.; E. Silberner (Hrsg.), Briefwechsel 1978, S. 295 ff.

16 W. Mommsen, Miquel, Bd. 1, 1928, S. 105 f.

17 Am 9. 12. 1863 hatte Streit die Ausschußmitglieder gebeten, der Verwendung von 50000 fl. aus dem Flottenfond zuzustimmen und den Vorstand zu ermächtigen, über das Geld zugunsten des Göttinger Komitees zu verfügen, Streit an Ausschußmitglieder, 9. 12. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV, Bl. 79. Der Ausschuß stimmte schriftlich mit 18 zu 4 Stimmen für den Antrag, der jedoch mit der Auflösung des Göttinger Komitees am 22. 12. 1863 hinfällig wurde, A-Prot.NV, 22. 12. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV.

18 A-Prot.NV, 24. 11. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Einige Hinweise bei W. Mommsen, Miquel, Bd. 1, 1928, S. 266 ff.

November trat der schleswig-holsteinische Hilfsausschuß des Nationalvereins zu seiner konstituierenden Sitzung in Göttingen zusammen. Seine erste Tat war ein erneuter »Aufruf« an das »ganze deutsche Volk« zu Spendensammlungen für die Aufstellung einer »zweiten schleswig-holsteinischen Armee«.[19]

b) Die Unterordnung des Nationalvereins unter den Abgeordnetentag

Nur knapp vier Wochen später löste der Nationalverein das Göttinger Komitee auf und überließ die Leitung der Schleswig-Holstein-Bewegung dem Ausschuß des Abgeordnetentags. Angesichts der umfangreichen politischen und organisatorischen Vorbereitungen des Nationalvereins erscheint dies auf den ersten Blick völlig unverständlich und verlangt jedenfalls nach ausführlicher Erläuterung. Die von Na'aman gelieferte Interpretation erweist sich dabei als zu einseitig und ergänzungsbedürftig. Nach Na'amans Auffassung entsprang die Unterordnung des Nationalvereins unter den Abgeordnetentag der Furcht vor einer revolutionären Bewegung. Angesichts einer umfassenden Volksbewegung habe die liberale Ausschußmehrheit befürchtet, daß sich, wie bei den Arbeitervereinen durch die Gründung des ADAV bereits geschehen, auch die Turn- und Schützenvereine der Vormundschaft des Nationalvereins entziehen und in radikaldemokratisches Fahrwasser abdriften würden, daß jedenfalls diejenigen Strömungen Oberwasser erhielten, die sich im Umfeld der erst wenige Wochen zurückliegenden Generalversammlung erstmals deutlich vernehmbar artikuliert hatten. Die Unterordnung des Nationalvereins unter den Abgeordnetentag erscheint ihm daher als »klägliches Scheitern« und als Verzicht auf eine in der Konsequenz doch wohl revolutionären – Na'aman sagt das nicht explizit – »Volkspolitik« zugunsten einer konzessionsbereiten und schwächlichen »Volksdiplomatie« durch Parlamentarier.[20]

Gegen diese Interpretation müssen zwei grundlegende Einwände angeführt werden: Erstens konstruiert Na'aman einen Gegensatz zwischen dem Göttinger Ausschuß des Nationalvereins und dem 36er-Ausschuß des Abgeordnetentags, ein Fehler, der in einer völligen Verzeichnung der Politik des Göttinger Komitees wurzelt. Na'aman glaubt, in ihm ein Organ der in der radikaldemokratischen Presse beschworenen »Volkspolitik« erblicken zu können. Er erkennt nicht, daß bereits das Göttinger Komitee – wie später der 36er-Ausschuß – den Augustenburger beim Aufbau einer »regulären« Armee unterstützen wollte.[21] Hinzu kommt zweitens, daß Na'aman unter Berufung auf die DDR-Geschichtswissenschaft die angesichts der Schleswig-Holstein-Krise zahlreich entstandenen Wehrabteilungen in den Turn- und Schützenvereinen als Zeichen von Revolutionsbereitschaft fehlinterpretiert.[22]

---

19 Aufruf vom 29.12.1863, WSchNV, Nr. 188, 3.12.1863; CAZ, Nr. 49, 6.12.1863.

20 S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 159 ff., bes. S. 178 ff.

21 S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 182 f. Auch rechnet er die Gründung des »Zentralbüros für freiwillige Wehrvereine«, einem in Opposition zum Nationalverein stehenden Komitee, fälschlich dem Göttinger Ausschuß zu.

22 Nach DDR-marxistischer Auffassung hat in den ersten Wochen der Schleswig-Holstein-

Tatsächlich existieren Belege, daß sich in zahlreichen Turnvereinen eine spontane Bereitschaft zur Beteiligung an bewaffneten Wehr- und Exerzierübungen einstellte, die erheblich über das Maß hinausging, welches der Nationalverein bei der Konzipierung seiner Wehrpolitik zwei Jahre zuvor angetroffen hatte. Es wäre jedoch völlig verfehlt, die plötzlich aufgekommene Neigung zur Wehrertüchtigung als Beleg für das Vorhandensein einer nationalrevolutionären Krise anzuführen, die, bei geschickter Ausnutzung durch die bürgerlichen Führungskräfte, den Auftakt zu einer demokratischen Nationalstaatsgründung »von unten« hätte bilden können – ganz abgesehen von der Chancenlosigkeit solcher Unternehmungen angesichts intakter und loyaler Armeen. Auch im Winter 1863/64 läßt sich eine nennenswerte revolutionäre Strömung nicht nachweisen. Da zum gesamten Komplex bereits im Zusammenhang mit der Wehrpolitik des Nationalvereins ausführlich Stellung genommen wurde, mögen an dieser Stelle drei beispielhafte Hinweise genügen, die jedoch deshalb eine weiterreichende Aussagekraft besitzen, weil sie die Auffassungen und Verhältnisse derjenigen Kräfte schildern, von denen eine radikale Politik am ehesten zu erwarten gewesen wäre:

1. So schwor Ludwig Eckardt, der Sprecher des 18. Oktober, des linken Richtungsverbands im Nationalverein, noch vor der Sitzung des Nationalvereinsausschusses allem voreiligen Aktionismus ab. Bereits am 21. November legte er einer Volksversammlung in Pforzheim eine Resolution vor, die die sofortige Anerkennung des Augustenburgers als dem rechtmäßigen Herzog Schleswig-Holsteins verlangte. Auch setzte Eckardt nicht auf unabhängige Freischaren, sondern unterstützte den Aufbau einer halblegalen augustenburgischen Armee, wobei er dem Nationalverein eine führende Rolle zudachte: der Verein sollte dem neuen Herzog für die Truppenbildung sämtliche Vereinsgelder inklusive der Flottengelder zur Verfügung stellen. Die Resolution, die er dem Nationalvereinsausschuß zur Kenntnisnahme übersandte, endete mit der Aufforderung zum massenhaften Vereinsbeitritt.[23]

Krise bis zum Einmarsch der Bundestruppen in Holstein die Chance für eine Eroberung der Herzogtümer durch Freischaren unter Führung demokratisch-republikanischer Kräfte bestanden, die den Auftakt zu einer Nationalstaatsgründung »von unten« hätte bilden können; vgl. vor allem R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, bes. S. 84 ff.; W. Eichel, 1965, S. 109 ff.; T. Austermühle, 1971, S. 68 ff., 183 ff.; G. Rentzsch, 1986, S. 64 ff. Zahlreiche Hinweise auf die Errichtung von Wehrriegen in Turnvereinen, die Abhaltung von Wehrübungen, deftige Reden usw. enthält vor allem Austermühle; seine Arbeit entbehrt jedoch nicht nur aller analytischen Qualitäten; sie ist zudem geprägt von einer völlig unzureichenden Zuordnung der wahllos aufgeführten Einzelbeispiele zu den jeweiligen politischen Lagern und aus diesem Grunde auch als Materialsammlung nur begrenzt brauchbar. Viel differenzierter und kenntnisreicher dagegen die Arbeiten Webers und Rentzschs.

23 Vgl. das von Eckardt verfaßte Zweite Kreisschreiben der Freunde vom 18. Oktober 1863, 26. 11. 1863, WLB, Nl. Hölder, VI, Bl. 25. Auch Georg Fein war der Ansicht, daß Eckardt die Bildung einer entschiedenen Fraktion innerhalb des Nationalvereins während der Schleswig-Holstein-Krise auf sich beruhen lassen sollte, Abschrift Fein an Streit, 1. 1. 1864, STA Wolfenbüttel, Nl. Fein, Nr. 94. Für Württemberg rief der »Beobachter« zur Bildung von Wehrvereinen auf, Beobachter, Nr. 270–271, 19. 11.–20. 11. 1863. Ihm folgte am 29. 11. das Stuttgarter Schleswig-Holstein-Komitee, Beobachter, Nr. 279, 29. 11. 1863. Der Stuttgarter Männerturnverein beschloß am 2. 12. 1863, Exerzierübungen abzuhalten und vom *Innen-*

2. Etwas anders lagen die Dinge in Frankfurt, der linken Hochburg des Nationalvereins. Hier artikulierten sich zwar revolutionäre Tendenzen, sie blieben jedoch nur die Meinung einer kleinen Minderheit. Die Sonnemann-Gruppe, die innerlich den Bruch mit dem Nationalverein bereits vollzogen hatte, legte der entscheidenden, von über 4000 Menschen besuchten Volksversammlung vom 22. November einen Antrag vor, in dem weder der Augustenburger noch der Deutsche Bund noch der Nationalverein erwähnt wurden. Vielmehr zielte der Antrag gemäß dem radikaldemokratischen Programm auf die Bildung von unabhängigen Freischaren zur Befreiung Schleswig-Holsteins ab. Zu diesem Zweck schlug Sonnemann die Einsetzung eines fünfzehnköpfigen Aktionsausschuß in Frankfurt vor, der als oberstes Kontrollorgan die Beschaffung von Geldern, Waffen und Mannschaften organisieren sowie »alle sonstigen Maßregeln« ergreifen sollte. Seine Rede provozierte außer lauten Mißfallensbekundungen entschiedene Gegenreden etwa Georg Varrentrapps, Sterns und Reinganums. Einer vernichtenden Abstimmungsniederlage kam Sonnemann nur dadurch zuvor, daß er seinen Antrag rechtzeitig zurückzog.[24] Der Augenzeuge Lammers kommentierte, Sonnemann sei »von seinen eigenen Parteigenossen dermaßen abgeschlachtet worden, daß er's sich fast wie eine Gnade erbat, seinen Antrag zurückziehen zu dürfen«.[25] Die Versammlung nahm eine Resolution an, die sich ganz auf der Mehrheitslinie des Nationalvereins bewegte. Zum Vorsitzenden des wenig später gegründeten mittelrheinischen Verbandes der Schleswig-Holstein-Komitees wurde dementsprechend der Frankfurter Konstitutionelle Georg Varrentrapp gewählt.[26] Auch in der radikalen Frankfurter Turngemeinde rief man die Freiwilligen nicht zum sofortigen Aufbruch nach Schleswig-Holstein auf, sondern riet vorheriges Üben und das Abwarten des geeigneten Augenblicks an, um die Erfolgschancen zu steigern. Für die knapp 150 Frei-

---

ministerium Instruktionen und Gewehre zu erbitten. Der Zweck war ganz eindeutig nicht die Bildung von Freischaren, sondern der Beitritt als »Freiwillige im stehenden Heer«, vgl. G. Rauchschnabel, 1893, S. 49 f. Der Verein entzog sich im ersten Halbjahr 1864 allen Versuchen zur Politisierung und Militarisierung, vgl. zur sogenannten Stuttgarter Turnfehde G. Eckert (Hrsg.), 1968, S. 131 ff.

24 Polizeibericht, GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 407 ff. Vgl. R. Schwemer, Bd. 3/2, 1918, S. 189 ff. Die Haltung des Sonnemann-Kreises kommt auch in dem Flugblatt »Die Stunde der Entscheidung ist da« zum Ausdruck. Das Flugblatt wurde im Auftrag Hohenemsers in einer Auflage von 40000 gedruckt und in Frankfurt, Preußen, Sachsen und Süddeutschland verteilt. Bereits am 18.12.1863 war es in Frankfurt durch Maueranschlag und durch Verteilung vor den Kasernen verbreitet worden. Darin wurden – ohne Erwähnung des Augustenburgers – folgende Forderungen an die bevorstehende Abgeordnetenversammlung erhoben: 1) daß sie die Ausführung des Londoner Protokolls zum Verrat erkläre, 2) daß sie die Regierungen, welche die Rechte der Herzogtümer anerkennten, auffordere, sofort ihre vereinte Kriegsmacht in Bewegung zu setzen, 3) daß sie diesen Regierungen tatkräftige Unterstützung der ganzen Nation versichere und 4), daß sie einen Zentralausschuß ernenne, welche die Anstrengungen des Volkes zur Rettung Schleswig-Holsteins zu leiten habe. Das Blatt endete mit den bekannten Zeilen eines Gedichts von Theodor Körner: »Das Volk steht auf, der Sturm bricht los«, Exemplar im HAStK, Nl. Becker, 37; abgedruckt in Beobachter, Nr. 298, 22.12.1863; RhZ, Nr. 438, 22.12.1863; GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 3, Bl. 6 f.

25 Lammers an Böhmert, 27.11.1863, in: A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 111.

26 Vgl. Verhandlungen AT III (1863), S. 29.

willigen, die sich zu Exerzierübungen gemeldetet hatten, fehlte es allerdings an geeigneten Übungswaffen.[27]

3. Als wichtiger Beleg für die Existenz einer revolutionären Unterströmung gilt das Ende November oder Anfang Dezember 1863 in Gotha als Konkurrenz zu den Nationalvereinsbestrebungen gegründete sogenannte »Hauptwehrkomitee«, für das sechs ehemalige Offiziere aus schleswig-holsteinischen oder garibaldischen Armeen verantwortlich zeichneten. Am 9. Dezember 1863 trat dieses Komitee mit einem Aufruf zur Bildung von Volkswehren zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Die Intention des Aufrufs richtete sich auf die Schaffung von gleichmäßig ausgebildeten Freikorps zur Befreiung Schleswig-Holsteins. Dazu war ein Organisationsplan beigegeben, der sich eng an die von Rüstow niedergelegten Vorstellungen anlehnte. Obwohl das Komitee ausdrücklich bekannte, weder ernannt noch gewählt worden zu sein, beanspruchte es dennoch die politische und militärische Führung der Bewegung.[28]

Der Aufruf blieb allerdings ohne Echo in Presse und Bevölkerung und hatte keinerlei nachweisliche Folgen.[29] Eine von Gustav Freytag verbreitete Pressemitteilung, die unter anderem in der Leipziger Turnzeitung und der Augsburger Allgemeinen abgedruckt wurde, warnte vor dem Komitee und forderte die Bevölkerung auf, alle Spendengelder weiterhin an den Göttinger Hilfsausschuß des Nationalvereins zu überweisen.[30] Bereits am 13. Dezember entzog die coburg-gothaische Regierung dem Hauptwehrkomitee die Genehmigung, und die Auflösung erfolgte ohne erkennbaren Widerstand.[31]

Die in Coburg Anfang Januar 1864 errichtete Nachfolgeorganisation des Hauptwehrkomitees, das »Zentralbüro für freiwillige Wehrvereine«, stellte von vornherein klar, daß die Schleswig-Holstein-Sache in ein Stadium getreten sei, »in welchem Freiwillige nichts mehr tun können«.[32] Das Zentralbüro konzentrierte sich auf die einheitliche Ausbildung der Freiwilligen, damit *in Zukunft* eine schlagkräftige Volkswehr bereit stünde. Mit der seit dem 15. Januar 1864 in Streits Verlag erscheinenden »Deutsche Wehrzeitung« stand dafür immerhin ein publizistisches Organ zur Verfügung. Zu den Mitarbeitern zählten neben den Nationalvereinlern Streit und Schwei-

---

27 Vgl. die Auszüge aus eher über- als untertreibenden Berichten von Polizeibeobachtern bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 174 f., 193, 254 f. 260 f.

28 WLB, Nl. Hölder, VI., Bl. 246. Abgedruckt bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 269 ff.

29 Eine Meldung der CAZ, Nr. 49, 6.12. 1863, daß sich in Landshut 55 Freiwillige auf den Aufruf vom 9.12. 1863 hin gemeldet hätten, wird bei R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 93, als Beleg für die revolutionäre Übereinstimmung gewertet; Weber erwähnt nicht, daß die Freiwilligen gebeten hatten, den Berater des Augustenburgers »Herrn Samwer« zu informieren. Die 55 augustenburgisch gesinnten Freiwilligen hatten sich mit ihrem Schreiben wohl nur in der Adresse geirrt.

30 DTZ, Nr. 50, 11.12. 1863; AAZ, Nr. 347, 13.12. 1863, Nr. 349, 15.12. 1863. Vgl. den Protest der Frankfurter Turngemeinde, DTZ, Nr. 4, 27.1. 1864, abgedruckt bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 273 f.

31 AAZ, Nr. 348, 14.12. 1863; CAZ, Nr. 51, 10.1. 1864; T.v. Bernhardi, Bd. 5, 1896, S. 207 ff.; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 93.

32 Vgl. Rüstows »Aufruf an die deutsche Jugend«, in der Wehrzeitung, Nr. 1, 15.1. 1864, abgedruckt bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 278 ff.

gert auch Rüstow. Streit und Schweigert suchten weiter Anlehnung an den Nationalverein. Nachdem der Vorstand des Nationalvereins zugesagt hatte, die Wehrzeitung auf Vereinskosten an die Agenten zu verteilen, begann die Redaktion, Rüstows Artikel zu entschärfen.[33] Rüstow trat daraufhin am 15. April 1864 empört von der Mitwirkung an der Wehrzeitung zurück.[34]

Wie dieser kurze Überblick der Aktivitäten der wichtigsten demokratischen Zirkel zeigt, konnte von der Existenz einer breiten revolutionären Strömung keine Rede sein. Auch der empirische Nachweis, daß der Nationalvereinsausschuß aus einer sachlich nicht gerechtfertigten Furcht vor revolutionären Ausbrüchen seine Tätigkeit suspendiert habe, läßt sich nicht führen, selbst wenn einige ängstliche Gemüter von derartigen Sorgen befallen gewesen sein mochten. Zwar lassen sich auch in den Verlautbarungen des Nationalvereins zahlreiche Hinweise finden, die sich gegen die Bildung von Freischaren richteten und vor unbedachten Aktionen warnten. Aber daraus sprach weniger die Angst vor einer politischen oder gar sozialen Umwälzung als die Sorge vor Tumulten und gewaltsamen Abenteuern kleinerer Gruppen, die die gesamte nationale Verfassungsbewegung samt ihres legalistischen Versuches zur Errichtung einer augustenburgischen Schleswig-Holstein-Armee hätten diskreditieren und ein Einschreiten der Staatsgewalt provozieren können.

Die Ursachen für die Unterordnung des Nationalvereins unter den Abgeordnetentag lagen anderswo. Zumindest drei Argumente von zwingendem Gewicht lassen sich anführen. Einmal verfolgte die nationale Verfassungsbewegung in der Schleswig-Holstein-Sache eine Politik, die auf die Anerkennung des Augustenburgers und seine notfalls gewaltsame Installation durch den Bundestag setzte, ungeachtet aller Hoffnungen auf preußische Alleingänge *nach* Bismarcks Sturz. Nach der bisher geübten Praxis der Arbeitsteilung war für derartige am Bundesrecht orientierte Vorgehensweisen der Abgeordnetentag zuständig, dem man im August auch die Forderung nach Durchführung der Bundesexekution überlassen hatte. Zu diesem eher formalen Argument kam zweitens, daß die Führung des Nationalvereins von Anfang an beabsichtigte, an die Spitze sämtlicher Schleswig-Holstein-Komitees und der gesamten Freiwilligenbewegung zu treten, wie es ihrem Selbstverständnis als Stellvertretung der Nation entsprach. Auf diese Weise sollte nicht nur der Druck gegenüber den Regierungen gebündelt und gelenkt und das Spendenaufkommen verbessert werden[35], es sollte zugleich

33 V-Prot.NV, 14.2.1864, StadtB München, Akten NV.

34 Vgl. P. Wiede, 1957, S. 72 ff.; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 100 ff.; ferner Rüstows Erklärung in der Wehrzeitung, Nr. 9, 13.3.1864, und den Rundbrief der Hg. der Wehrzeitung vom 21.2.1864, BAP, Nl. Venedey, 133, Bl. 3 ff.; STA Coburg, LA A, 7449. Der deutsche Offizierstag, ein Zusammenschluß entlassener demokratischer Offiziere, der sich Anfang März 1864 in Coburg konstituierte, wählte die Wehrzeitung zu seinem offiziellen Organ, vgl. Wehrzeitung, Nr. 9, 13.3.1864; ferner den Bericht über die erste Jahresversammlung, ebd., Nr. 43, 15.11.1864. Dort wurde eine Versicherungskasse für Offiziere gegründet, der militärische Jugendunterricht und die Errichtung militärischer Jugendanstalten besprochen. Den Bestrebungen der Wehrzeitung und des Offizierstags maß das preußische Innenministerium im Frühjahr 1865 keinerlei Bedeutung mehr zu und riet von einem Einschreiten ab, LHA-P, 12059, Bl. 13.

35 Zur Verdeutlichung der finanziellen Bedeutung: während das Göttinger Komitee des NV

ausgeschlossen werden, daß sich die Bewegung in konkurrierende Aktionszentren aufsplitterte. Dieses Ziel ließ sich mit dem parteipolitisch weniger gebundenen Ausschuß des Abgeordnetentags leichter erreichen, denn dieser war in der Lage, bis weit ins altliberale und ins bundesstaatlich-großdeutsche Lager hinein integrierend zu wirken. Er konnte daher auf höhere Akzeptanz unter den Schleswig-Holstein-Komitees rechnen. Nicht zuletzt hatte drittens der Augustenburger eine offizielle Zusammenarbeit mit dem Nationalverein zurückgewiesen und die Bevorzugung einer »parteiübergreifenden« Unterstützung angedeutet.

Begünstigt wurde die Entscheidung des Nationalvereinsausschusses dadurch, daß unabhängig von der Schleswig-Holstein-Krise bereits seit August des Jahres Gespräche zwischen Mitgliedern des Abgeordnetentags einerseits und österreichischen Parlamentariern sowie Angehörigen des Ausschusses des Reformvereins anderseits zur Vorbereitung einer »allgemeinen« deutschen Abgeordnetenversammlung in Gang gekommen waren. Die Versuche zur Annäherung des Deutschen Reformvereins an die Organisationen der nationalen Verfassungsbewegung setzten bereits mit dem Scheitern des Fürstentags ein, der für den Verein den Verlust seines Programms bedeutet hatte. Eine Bundesreform ohne bzw. gegen Preußen besaß offensichtlich keinerlei Aussicht auf Verwirklichung mehr. Die einzige Chance für eine tiefgreifende Weiterentwicklung der Bundesverfassung bestand darin, eine Übereinstimmung der beiden deutschen Großmächte zu erreichen. Aus diesem Grund lag es für den politisch isolierten Reformverein nahe, zumindest mit Teilen der »kleindeutschen« Nationalbewegung einen Konsens zu suchen. Als Anknüpfungspunkt bot sich aus zweierlei Gründen der Deutsche Abgeordnetentag an: erstens waren der schwache linke Flügel des Reformvereins und eine Reihe unorganisierter Süddeutscher mit großdeutschen Sympathien seit 1862 stets auf diese Organisation bezogen geblieben[36], und zweitens schien die Antwort des Abgeordnetentags auf den österreichischen Bundesreformplan, die ja nicht »lediglich verneinend« ausgefallen war, eine programmatische Kompromißbereitschaft erkennen zu lassen – so glaubten jedenfalls einige im Reformverein.

Ausgehend von solchen Überlegungen entwarf Oskar v. Wydenbrugk nach eingehenden Beratungen mit Schäffle und Lerchenfeld einen Plan für einen »wirklich nationalen« Abgeordnetentag. Wydenbrugks Aufzeichnungen belegen das ausweglose politische Dilemma des Reformvereins und spiegeln den Realitätsverlust seiner Führung wider, die schlechterdings den prinzipiellen Unterschied zwischen den Zielen der liberal-demokratischen Na-

---

vom 24.11. bis zum 21.12. 1863 nur 16 043 fl. einnahm, brachte es der 36er-Ausschuß des AT innerhalb von zehn Tagen bis zum 31.12. 1863 auf immerhin 58 158 fl., vgl. die Listen in WSchNV, Nr. 193, 7.1. 1864.

36 So hatte Heinrich v. Gagern bei Lerchenfeld, dem Vorsitzenden des Reformvereins, um eine Direktive nachgesucht, ob die Vereinsmitglieder sich am Abgeordnetentag vom August 1863 beteiligen sollten, was Lerchenfeld strikt ablehnte, Lerchenfeld an Gagern, 4.6. 1863, BAF, Nl. Gagern, 42. Auch Wydenbrugk sprach sich gegen eine Teilnahme aus, Wydenbrugk an Gagern, 10.6. 1863, BAF, Nl. Gagern, 50.

tionalbewegung und der Bundesreformbewegung nicht begreifen wollte. Der Entwurf knüpfte an den Frankfurter Abgeordnetentag vom August, insbesondere den Antrag Venedeys an, der bekanntlich die Vertagung der Verhandlungen bis zu dem Zeitpunkt gefordert hatte, an dem das Resultat des Fürstenkongresses vorlag. Durch die Annahme dieses Vorschlags und durch die Niedersetzung eines Ausschusses mit gleichmäßiger Vertretung beider Parteien hätte der Abgeordnetentag nach Wydenbrugks Auffassung den »Charakter einer Parteifraktion« ablegen können. Die versäumte Gelegenheit wollte Wydenbrugk nachholen, indem er alle »gegenwärtigen oder gewesenen Mitglieder erster oder zweiter Kammern eines deutschen Landtages, der Nationalversammlungen oder des österreichischen Reichstages zu einer öffentlichen Verhandlung« über Fragen der Bundesreform zusammenrief. Eingeladen werden sollten alle Liberalen, Konservativen, Demokraten oder Royalisten, die eine Reform des Deutschen Bundes befürworteten und ihre Durchführung nicht von der Berufung eines konstituierenden Parlaments abhängig machten. Für diese aller emanzipatorischen Elemente entkleideten Einigungspläne glaubte Wydenbrugk Männer wie Rodbertus, die Brüder Reichensperger, Friedrich Lang, Venedey und sogar Bluntschli gewinnen zu können.[37]

In der Behandlung dieser Initiative wiederholten sich in mancherlei Hinsicht die Auseinandersetzungen des Jahres 1862 um die Vorbereitungen des Weimarer Abgeordnetentags. Nur lag das Aktionszentrum der nationalvereinlichen Richtung diesmal beim Führungskreis der württembergischen Fortschrittspartei um Hölder und Adolf Seeger, an die sich Schäffle wegen der dort bekanntermaßen ausgeprägten großdeutschen Sympathien zuerst gewandt hatte. Der Hölder-Kreis dachte allerdings zu keinem Zeitpunkt daran, auf die angebotene Zusammenarbeit mit dem Reformverein einzugehen; sein Vorgehen in den folgenden Wochen zielte im Gegenteil von vornherein darauf ab, dem ohnehin schwer angeschlagenen Konkurrenten den Todesstoß versetzen.[38]

Die Württemberger konnten dabei an Gespräche mit Angehörigen des österreichischen Reichsrats anknüpfen, die anläßlich des Mainzer Juristentags unmittelbar im Anschluß an den Abgeordnetentag am 25.–26. August 1863 stattgefunden hatten, um das künftige Verhältnis der Deutsch-Österreicher zu Deutschland zu beraten »und ihren Eintritt in den Abgeordnetentag anzubahnen«. Die Initiative zu diesen Gesprächen war von süddeutschen Mitgliedern des Abgeordnetentags ausgegangen. Sie wollten ausloten, ob in den deutschen Provinzen des Habsburgerreichs politische Verbündete für die Variante der bundesstaatlichen Einigung zu finden seien, die diese

37 Wydenbrugk an Gagern, 30. 8. 1863, BAF, Nl. Gagern, 50.

38 Anders wiederum W. Real, Reformverein, 1966, S. 159 ff. Weil der AT vom 21. 12. 1863 eine Resolution zur Schleswig-Holstein-Frage verabschiedete, die sowohl von der Führung des NV wie von der Führung des Reformvereins unterzeichnet worden war, ist in der Literatur immer wieder davon die Rede, daß die Schleswig-Holstein-Krise zeitweilig »die Gegensätze zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen fast völlig überdeckt« habe, vgl. z. B. L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 245, Anm. 105 (Zitat); T. Nipperdey, Deutsche Geschichte, 1983, S. 771; J. Daebel, 1969; H. Schulze, Perspektiven, 1985, S. 154.

Gebiete zwar mitumfaßte, dafür aber deren weitgehende Trennung vom habsburgischen Gesamtstaat verlangte. An dem Meinungsaustausch beteiligten sich aus Österreich die Paulskirchenmitglieder Berger, Giskra, Mühlfeld und Rechbauer, aus den Kreisen von Abgeordnetentag und Nationalverein Karl Barth, Hölder, Lang, Metz, Oetker, Planck und Pfeiffer, ferner Schaffrath, Tafel, Völk und Zimmermann aus Spandau. Über den Verlauf der Versammlung, der Gottlob Tafel präsidierte, wurde Stillschweigen vereinbart, weshalb die Nachrichten darüber äußerst knapp ausfallen.[39] Die Österreicher unter ihrem Wortführer Berger zeigten sich nach den Berichten der Süddeutschen Zeitung gegenüber der Aufforderung, dem Abgeordnetentag beizutreten, reserviert. Sie erklärten sich jedoch bereit, in Parallele zu den Fortschrittsparteien auf die Gründung einer »deutschen Partei« in Österreich hinzuwirken. Konsens herrschte auch darüber, daß die Beseitigung der zentralistischen Februarverfassung eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Gruppierung zu sein hatte. Der politische Ertrag dieser Gespräche lag darin, daß hier erstmals eine Übereinstimmung zwischen deutschen und österreichischen Parlamentariern auf der Grundlage des Programms des Abgeordnetentags in greifbare Nähe rückte.[40]

Auf die Pläne des Reformvereins konnten Hölder und Adolf Seeger daher mit großem Selbstbewußtsein reagieren. In gleichlautenden Schreiben informierten sie am 25. Oktober 1863 die Führer der nationalen Verfassungsbewegung über Wydenbrugks Absichten und stellten zugleich ihr Gegenprojekt vor, das sie mit Ammermüller, Ludwig Seeger, Tafel, Probst, Oesterlen u. a. ausgearbeitet hatten.[41] Anstatt auf das Projekt der »reaktionären« Richtung einzugehen, schlugen sie unter Anknüpfung an die Mainzer Gespräche vor, Mitte November eine weitere vertrauliche Besprechung in Nürnberg abzuhalten, um den Beitritt der freisinnigen Richtung unter den Großdeutschen zum Abgeordnetentag vorzubereiten. Die Reaktionen in Nationalvereinskreisen waren überwiegend positiv. Entscheidend war die Zustimmung Bennigsens. Er sagte seine Teilnahme unter der Voraussetzung zu, daß eine Anzahl beitrittswilliger Österreicher sich einfinden würde.[42]

---

39 Vgl. SZ, Nr. 435, 28. 8. 1863; Nr. 448, 4. 9. 1863; Nr. 467, 15. 9. 1863.

40 In diesen Zusammenhang gehört die Broschüre L. Eckardts, Deutschösterreich, August 1863 (die Broschüre, deren einziger Zweck die Integration großdeutscher Demokraten in den NV war, wurde von F. Lang in seiner Funktion als Ausschußmitglied des AT bevorwortet und aus Mitteln des NV gefördert, vgl. A-Prot.NV, 24. 8. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV). Eckardt forderte die süddeutschen Demokraten zum Eintritt in den NV als der »einzigen Organisation der Freiheitspartei« auf. Für das Verhältnis Deutschlands und des Habsburgerstaats sah er nur zwei Möglichkeiten: entweder die Fortexistenz eines habsburgischen Gesamtstaats in engem Vertragsverhältnis zu Deutschland oder eine extrem föderative Organisation Österreichs und Beitritt der deutschen Provinzen zum Bundesstaat. Beide Möglichkeiten seien durch die Reichsverfassung von 1849 und damit durch NV und AT gedeckt. Die erste Aufgabe einer zu bildenden österreichischen FSP müsse es sein, die zentralistische Februarverfassung zu bekämpfen.

41 Konzept von der Hand A. Seegers mit Korrekturen Hölders in WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 27; Ausfertigung vom 25. 10. 1863 in StadtB München, Briefe NV. Laut Vermerk gingen Exemplare u. a. an Bennigsen, S. Müller, Streit und an die Führer der liberalen Fraktionen in Baden (Häusser), Nassau (F. Lang), Kurhessen (Oetker), Preußen (Unruh) und die sächsischen FSP-Politiker Joseph und Schaffrath.

42 Bennigsen an Hölder, 30. 10. 1863, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 22 (erwähnt bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 625, Anm. 1).

Zustimmende Voten gaben auch Müller, Völk, Streit, Unruh und Braun, die nachdrücklich betonten, daß keinerlei gemeinsame Basis für eine Zusammenarbeit mit dem Reformverein bestehe.[43]

Nachdem Rechbauer das Erscheinen von mindestens fünf Österreichern verbindlich zusagen konnte[44], versandte Hölder am 22. November 1863 ohne klärende Rücksprache mit Schäffle oder anderen Mitgliedern des Reformvereinsausschusses die Einladungsschreiben zu einem informellen Gespräch, das am 6. Dezember 1863 in Nürnberg stattfinden sollte.[45] Schäffle, der die Vorgänge in Württemberg mit wachsendem Unbehagen beobachtet hatte, fühlte sich durch dieses eigenmächtige Vorgehen übergangen, entschied sich aber dennoch für die Teilnahme.[46] Wydenbruck und Lerchenfeld, die keine persönliche Einladung erhalten hatten, wurden erst durch Schäffle informiert. Sie reagierten verunsichert und rieten zunächst von der Teilnahme ab. Zurecht befürchteten sie, daß die geplante Besprechung weitere großdeutsche Demokraten an den Abgeordnetentag binden und ihrer Führung entziehen würde.[47] Nur ihre völlige politische Perspektivlosigkeit macht verständlich, daß sie dennoch nach Nürnberg reisten. Den Vorwand bot ihnen die Verschärfung der Schleswig-Holstein-Krise, die angeblich die Zusammenarbeit aller politischen Richtungen erforderte.[48]

---

43 Müller an Hölder, 28.10.1863, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 20; Völk an Hölder, 10.11.1863, ebd., Bl. 24.; Streit an Hölder, ebd., Bl. 25; Unruh an Hölder, 3.11.1863, ebd., Bl. 28. Braun an Hölder, [Ende Oktober 1863], ebd., Bl. 17. Oetker war grundsätzlich einverstanden, zweifelte aber am Erfolg des Plans. Seine Teilnahme sagte er unter Verweis auf seinen Gesundheitszustand ab, Oetker an Hölder, 31.10.1863, 3.12.1863, ebd., Bl. 18, Bl. 11. Ähnlich äußerte sich Häusser, der allerdings Zeitmangel als Grund für sein Fernbleiben angab, Häusser an Hölder, 29.10.1863, ebd., Bl. 19. Gall erklärt die Zurückhaltung der Badener, die auch auf der Nürnberger Besprechung fehlten, mit der Befürchtung, ihre Beteiligung hätte womöglich die bisherige Zurückhaltung der großdeutschen badischen Liberalen gegenüber dem Reformverein schwächen können, vgl. L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 245, Anm. 105. Wahrscheinlicher als die Furcht vor dem zerfallenden Reformverein erscheint es jedoch, daß Häusser und seine Vertrauten die Hinzuziehung der Österreicher aus prinzipiellen Gründen ablehnten, wie dies ihr Verhalten bereits während der Vorbereitung des Weimarer AT nahelegt. Heftig ablehnend war auch die Reaktion Schulzes, vgl. Schulze an Bennigsen, 27.11.1863, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 218.

44 Rechbauer an Hölder, 19.11.1863, 26.11.1863, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 23, Bl. 15.

45 Unterzeichner: Probst, A. Seeger, Hölder, Fetzer, Oesterlen; Entwurf des Einladungsschreibens nebst Liste der Adressaten von der Hand Hölders in WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 40, Ausfertigung Bl. 41.

46 Schäffle an Wydenbrugk, 25.11.1863, BAF, Nl. Wydenbrugk (als Anlage übersandte er eine Abschrift der Stuttgarter Einladung vom 22.11.1863). Bereits am 7.11. hatte Schäffle den Eindruck gehabt, daß die Verhandlungen mit den großdeutschen Demokraten keinen günstigen Verlauf nähmen. Wenn selbst der Ausschuß des Abgeordnetentags das Direktorium ablehne, könne man nicht viel erwarten, schrieb er an Wydenbrugk. Am 10.11.1863 berichtete er, daß Probst auf eine Konferenz Ende November/Anfang Dezember dränge. Er, Schäffle, habe wiederholt erklärt, daß er am Direktorium, wie es auch die württembergischen Demokraten wollten, und der Delegation festhalte. Er bezweifle, daß viel bei der Sache herauskommen könne, Schäffle an Wydenbrugk, 10.11.1863, ebd.

47 Wydenbrugk an Gagern, 3.12.1863, BAF, Nl. Gagern, 50; Lerchenfeld an Wydenbrugk, 12.10.1863 und 20.10.1863, BAF, Nl. Wydenbrugk.

48 Lerchenfeld an Wydenbrugk, 13.11.1863 und 29.11.1863, ebd.; vgl. auch die nachträgliche öffentliche Rechtfertigung Lerchenfelds vom 7.12. in AAZ, Nr. 342, 8.12.1863.

Als der Ausschuß des Nationalvereins am 24. November die Einsetzung des Göttinger Komitees für Schleswig-Holstein beschloß, stand der Termin für die Nürnberger Vorbereitungsgespräche zu einem »allgemeinen Abgeordnetentag« bereits fest. Beide ursprünglich unabhängigen Entwicklungen verschränkten sich jetzt. Wann genau in Kreisen des Nationalvereinsausschusses die Entscheidung gefallen ist, das Göttinger Komitee zugunsten eines durch den Abgeordnetentag eingesetzten Zentralausschusses einzustellen, ob bereits auf der Berliner Ausschußsitzung vom 22. bis 24. November oder erst während der folgenden Tage, läßt sich zweifelsfrei nicht feststellen. Seit dem 19. November lassen sich aber Spekulationen nachweisen, den Abgeordnetentag vor allem zur Besprechung der Schleswig-Holstein-Frage zu nutzen und durch ihn einen »nationalen« Ausschuß einsetzen zu lassen.[49] Es ist daher in hohem Maße wahrscheinlich, daß das Göttinger Komitee seit seiner Konstituierung mit dem Ziel der Überleitung arbeitete.

Der Verlauf der Nürnberger Gespräche, an denen die Führungsspitzen des Nationalvereins und des Reformvereins teilnahmen, läßt sich nur über eine Interpretation der beschlossenen sogenannten Nürnberger Erklärung vom 6. Dezember 1863 rekonstruieren, da Versammlungsberichte oder briefliche Schilderungen gänzlich fehlen.[50] Das wesentliche Ergebnis der Versammlung bestand darin, daß eine von sämtlichen Anwesenden unterzeichnete Einladung zu einer *Versammlung deutscher Volksvertreter* zum 21. Dezember 1863 nach Frankfurt verabschiedet wurde, um die gemeinsame Auffassung zur Schleswig-Holstein-Frage zur Geltung zu bringen. Die Ausschußsitzung des *Deutschen Abgeordnetentags,* die Sigmund Müller unmittelbar nach Erhalt des Stuttgarter Einladungsschreibens auf den 7. Dezember 1863 in dasselbe Nürnberger Hotel ausgeschrieben hatte, segnete die Beschlüsse des Vortags formell ab.[51] Aus Rücksicht auf die am Vortage statt-

---

49 Erstmals Rechbauer an Hölder, 19.11. 1863, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 23; ferner Lammers an Böhmert, 22.11. 1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 184 f.; G. Varrentrapp an Bennigsen, 27.11. 1863, BAP, Nl. Bennigsen, 364, Bl. 9 f. Herzog Ernst II. spekulierte darauf, an die Spitze des Zentralkomitees zu gelangen. Das ließ er durch seinen Kabinettssekretär von Meyern an Friedrich Oetker übermitteln. Meyern berichtete von folgender Äußerung des Herzogs: »Wenn man mich wählt von den Komitees, werde ich sofort das Präsidium übernehmen und die hervorragendsten Männer, die sich bewährt haben (Bennigsen etc.) um mich sammeln«, Meyern an Oetker, 6.12. 1863, BAP, Nl. Oetker, 23, Bl. 265 f.; vgl. auch Ernsts II. Briefe an den Vorstand des Schützenbundes (H. H. Schröder) und an den Geschäftsführer des Turnerausschusses (Georgii) vom 29.11. und 1.12. 1863, abgedruckt in: F. Mager, 1910, S. 12 ff. Freytag versuchte, den Herzog von derartigen Plänen abzubringen, Freytag an Ernst II., 14.12. 1863; Ernst II. an Freytag, 16.12. 1863, in: E. Tempeltey (Hrsg.), 1904, S. 183 ff.; vgl. R. Brütting, 1991, S. 133.

50 Abgedruckt u. a. in: SZ, Nr. 621, 8.12. 1863; WSchNV, Nr. 189, 10.12. 1863; CAZ, Nr. 50, 13.12. 1863; Beobachter, Nr. 288, 10.12. 1863. Anwesende: K. Barth, M. Barth, Brater, Christmann, Crämer, Lerchenfeld, Hegnenberg-Dux, Franz, Hofmann, Kolb, Umbscheiden, Völk (alle Bayern), Deffner, Duvernoy, Fetzer, Hölder, Oesterlen, Probst (Württemberg), Müller, Passavant (Frankfurt), Bennigsen (Hannover), Streit (Coburg-Gotha), Vieweg (Braunschweig), E. Wiggers (Schleswig-Holstein), Hoverbeck, F. Duncker, Unruh (Preußen) und aus Österreich Brinz, Fleckh, Groß, Hann, Mühlfeld und Rechbauer. Der Ausschuß der bayerischen FSP forderte im Anschluß an die Gespräche die Fraktionsmitglieder zur Teilnahme am AT auf, vgl. seinen Brief an die Fraktionsmitglieder, 12.12. 1863, StadtA Augsburg, Nl. Völk.

51 Müller an Ausschußmitglieder, 28.11. 1863, WLB, Nl. Hölder, V, Bl. 14.

gefundene Versammlung, hieß es in einem für die Öffentlichkeit bestimmten Bericht, habe der Ausschuß auf die Behandlung der Schleswig-Holstein-Frage verzichtet und sich der Nürnberger Erklärung angeschlossen. Ebenso habe man die Berufung des *Abgeordnetentags* zugunsten der jetzt ausgeschriebenen *Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen* zurückgestellt.[52]

Müller versuchte hier den Anschein zu erwecken, als handele es sich um zwei verschiedene Organisationen, als sei die *Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen* eine Neugründung. Tatsächlich handelte es sich jedoch nur um einen taktischen Winkelzug, dessen Bedeutung man nicht überschätzen sollte. Beide Organisationen waren bezüglich der Zusammensetzung des Ausschusses und des Vorstandes – und darauf kam es an – nahezu identisch. Vorsitzender blieb Sigmund Müller und die gesamte Führungsriege des Weimarer Abgeordnetentags, die ihrerseits eng mit der des Nationalvereins verflochten war, blieb weiterhin vertreten, wie auch der Organisationssitz in Frankfurt belassen wurde. Die einzige Veränderung lag in der Beschränkung der Teilnahmeberechtigung: zugelassen waren nur noch gegenwärtige Parlamentsmitglieder. Die scheinbare Neugründung reduzierte sich somit de facto auf eine Satzungsänderung. In der Publizistik und im Briefverkehr wurde deshalb die Bezeichnung *Abgeordnetentag* unverändert beibehalten; eine begriffliche Scheidung beider Organisationen findet sich ausschließlich im offiziellen Schriftverkehr Müllers. Warum also das seltsame Manöver?

Die scheinbare Neugründung war in erster Linie ein Entgegenkommen an diejenigen Kräfte, die im Weimarer Abgeordnetentag ein Instrument nationalvereinlicher Politik sahen und ihm aus diesem Grunde nicht beitreten wollten: ein Entgegenkommen an die Deutsch-Österreicher und eine Handvoll süddeutscher Demokraten. Ihre Integration wurde so erleichtert. Zugleich entsprach die Neugründung der Forderung des Augustenburgers, der gegenüber dem Nationalverein sein Interesse an einer parteipolitisch ungebundenen Unterstützung deutlich artikuliert hatte. Ausgeschlossen waren durch die Satzungsänderung diejenigen Angehörigen des bisherigen Abgeordnetentags, die gegenwärtig über kein Landtagsmandat verfügten. Das traf vor allem eine ganze Reihe von Paulskirchenmitgliedern, und zwar vorwiegend der Linken. Es geht aber zu weit, im Ausschluß dieser Demokraten, der einigen Konstitutionellen äußerst gelegen kam, das eigentliche Motiv für die vermeintliche Neugründung zu sehen.[53]

---

52 Offizieller Bericht, SZ, Nr. 623, 9.12. 1863, AAZ, Nr. 342, 8.12. 1863..

53 So vor allem J. Venedey, Grundübel, 1864, S. 28 f.; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 97 (ausgeschlossen wurden u. a. die Rumpfparlamentarier Bermbach, Fehrenbach, Heldmann, Reinhard, Roßmäßler, Schüler, Tafel und Venedey). Die Beschränkung der Teilnehmerschaft auf gegenwärtige Abgeordnete entsprach im übrigen auch der funktionellen Abgrenzung von NV und AT und war aus diesem Grund bereits 1862 besonders von Reyscher gefordert worden. Der NV, so sein Argument, habe als Ausweis seiner Bedeutung die Unterstützung seiner Mitglieder. Der AT könne dagegen nur dann hinreichende Legitimität erhalten, wenn er ausschließlich aus gewählten Volksvertretern bestehe, Reyscher an Bluntschli, 14.8. 1862, UB Zürich, Nl. Bluntschli. Nach den überwältigenden Wahlsiegen der liberalen (Fortschritts-) Fraktionen in mehreren Ländern stand der Umsetzung dieser Vorstellungen nichts mehr im Wege.

Am Vorabend des Abgeordnetentags fand eine weitere Vorbesprechung statt, um die Anträge für die Hauptversammlung vorzubereiten.[54] Über eine Resolution zur Schleswig-Holstein-Frage gelangte man mühelos zur Einigung. Heftige Auseinandersetzungen entbrannten dagegen über die Frage, ob die Abgeordnetenversammlung einen Zentralausschuß zur Führung der Bewegung niedersetzen sollte. Die konservativen Reformvereinler lehnten die Bildung eines Ausschusses, den sie für ein quasi-revolutionäres Instrument hielten, ab. Für den Fall, daß derartige Anträge auf dem Abgeordnetentag zur Sprache kämen, kündigte Lerchenfeld den demonstrativen Auszug aus der Versammlung an.[55]

Der Verzicht auf die Einsetzung eines Ausschusses stand für die Führer von Nationalverein und Abgeordnetentag außerhalb jeder Diskussion. Denn die Ausschüsse bildeten das eigentliche Kernstück der nationalen Organisationen. Ihnen verdankten sie ihre einflußreiche politische Stellung. Ohne einen permanenten Ausschuß wäre der Abgeordnetentag vollständig entwertet worden und tatsächlich nicht mehr gewesen als eine ohnmächtige Kundgebung der öffentlichen Meinung, wie die Bismarck-orientierte Geschichtsschreibung später immer behauptete. Die Reformvereinler hätten sich darüber im klaren sein müssen, daß die nationalvereinliche Richtung dieses Instrument nicht preisgeben würde.

Der Abgeordnetentag nahm am nächsten Morgen ohne Debatte und »mit dem Jubel der ganzen Versammlung« den vorbereiteten Antrag zu Schleswig-Holstein mit Unterstützung der Reformvereinsspitze einstimmig an.[56] Unmittelbar im Anschluß provozierte die nationalvereinliche Richtung den Eklat. Löwe-Calbe verlangte als Verteidiger eines gemeinsam mit den Brüdern Karl und Marquard Barth, Bennigsen, Bluntschli, Cetto, Franz Dunker, Häusser, Hoverbeck, Metz, Müller, Schulze, Streit, Unruh, Vieweg, Völk und Wiggers eingebrachten Antrags die Einsetzung eines ständigen Ausschusses von 36 Mitgliedern »als Mittelpunkt der gesetzlichen Tätigkeit der deutschen Nation«.[57] Für Löwe und die Mitunterzeichner konnte kein Zweifel über die Wirkung ihres Vorgehens bestehen. Der Schluß ist zwingend, daß der Auszug der konservativen Reformvereinler von den Antragstellern gebilligt und mehrheitlich auch bezweckt wurde. Der Präsident der bayerischen Abgeordnetenkammer Hegnenberg-Dux gab nun im Namen des Reformvereins eine Erklärung ab, mit der er den Auszug der konservativen Großdeutschen begründete.[58] Er und die Mitunterzeichner lehnten die Teil-

---

54 Vgl. dazu QdPÖ, Bd. 6, Nr. 1353; A. E. F. Schäffle, 1905, S. 115 f.; W. Seefried, 1928, S. 33; SZ, Nr. 2, 2. 1. 1864. Es nahmen teil: Mühlfeld, Brinz, Rechbauer, Unruh, Löwe, Simson, Lerchenfeld, Hegnenberg, Pözl, Edel, Kolb, Hölder, Schäffle, Haberkorn, Mammen, Bennigsen, Bluntschli, Häusser, Metz, Lang, Streit, M. Wiggers, S. Müller.

55 Vgl. Lerchenfeld an Wydenbrugk, 25. 12. 1863, BAF, Nl. Wydenbrugk.

56 Verhandlungen AT III (1863), S. 23.

57 Ebd., S. 23 ff. Nachträglich traten Christmann, Kolb, Lang, Mammen dem Antrag bei.

58 Ebd., S. 37 f. Auf Lerchenfeld hatte Bennigsen »ganz den Eindruck eines gewissenlosen leichtsinnigen Spielers« gemacht; aus den Reden Löwes, Schulzes, Metz' usw. gewann er die Überzeugung, »daß es diesen Leuten nicht um Schleswig-Holstein, sondern um die Einleitung einer allgemeinen Erhebung in ganz Deutschland, die man im Frühjahr in Szene setzen zu können hofft, zu tun ist. Deshalb das Drängen auf Niedersetzung eines Ausschusses«, Lerchenfeld an Wydenbrugk, 25. 12. 1863, BAF, Nl. Wydenbrugk.

nahme an den weiteren Verhandlungen und die Verantwortung für die Folgen eines Beschlusses über die Einsetzung eines Ausschusses ab. Die Erklärung war von einundvierzig Abgeordneten unterzeichnet, die meisten von ihnen stammten aus Bayern und Württemberg. Auch zwei der sieben anwesenden Österreicher verließen den Saal.

Das Verhalten der Großdeutschen bestätigte alle diejenigen, die den Reformverein schon immer für »reaktionär« gehalten hatten. Der württembergische Demokrat August Becher faßte die vorherrschende Stimmung zusammen, indem er den Auszug der »Partei der Mäßigung« heute mit dem Auszug der »Partei der Bewegung« um Hecker aus dem Vorparlament verglich.[59] Der Coup der nationalvereinlichen Richtung war gelungen. Vor aller Augen hatte sich erneut gezeigt, daß der Reformverein für eine ernsthafte Nationalpolitik nicht zur Verfügung stand. Der Triumph wurde durch die einstimmige Annahme eines Antrags, der die Notwendigkeit eines direkt gewählten Nationalparlaments betonte, vervollständigt.[60] Die Anbindung der süddeutschen Demokraten und Liberalen an die nationale Verfassungsbewegung wurde auf diese Weise bekräftigt; es gelang sogar, mit Berger, Fleckh und Rechbauer drei Österreicher in den Ausschuß zu kooptieren.[61] Der schon schwer angeschlagene Reformverein überlebte das Ausscheiden aus der Schleswig-Holstein-Bewegung nicht lange. Im Laufe des Jahres 1864 hörte er einfach auf zu existieren.[62]

c) Die Tätigkeit des Göttinger Komitees vom 29. November bis 23. Dezember 1863

Die eigentliche Aufgabe des Göttinger Komitees bestand also von vornherein, spätestens jedoch seit dem 6. Dezember, darin, die Bewegung bis zur Schaffung eines Zentralkomitees durch den Abgeordnetentag im Zaum zu halten und zu organisieren. Schon sein erster Aufruf sollte vor allem beruhigend und kanalisierend wirken. Die Bevölkerung wurde zu Spenden aufgefordert und die jungen Männer sollten prüfen, ob sie zum Eintritt in ein zu bildendes schleswig-holsteinisches Heer bereit seien. Allerdings, so wurde gleich betont, sei die Zeit zur Bildung eines solchen Volksheeres noch nicht gekommen. Es könne sich nicht darum handeln, »ungeordnete Freischaren in die Herzogtümer zu werfen und leichtfertig einem sicheren Untergang entgegen zu führen zum Ruin der Sache selbst, für welche sie kämpfen sollen«.[63] Bis eine Einigung mit dem Augustenburger erzielt würde, sollte sich die wehrfähige Bevölkerung durch militärische Übungen vorbereiten.

---

59 Verhandlungen AT III (1863), S. 46.

60 Ebd., S. 50 f.

61 Sie nahmen allerdings an keiner Ausschußsitzung und keinem der folgenden Abgeordnetentage teil, erklärten aber auch nicht ihren Austritt; vgl. die erläuternden Briefe Rechbauers an Völk, 7.10. 1864, 15.9. 1865, StadtA Augsburg, Nl. Völk.

62 Vgl. zum Niedergang des Reformvereins E. Zimmermann, 1929, S. 81 ff.; W. Real, Reformverein, 1966, S. 183 ff.

63 Aufruf vom 29.12. 1863, WSchNV, Nr. 188, 3.12. 1863; CAZ, Nr. 49, 6.12. 1863. Vgl. den beinahe gleichlautenden Aufruf Oetkers vom 29.11. für Kurhessen in der Hessischen Morgenzeitung, Ausriß, BAP, Nl. Oetker, 19, Bl. 254.

Zeitgleich versandte Streit eine ausführliche Instruktion an die Vereinsagenten, die darauf abzielte, mit einer Art Unterwanderungsstrategie den Einfluß des Nationalvereins auf die Schleswig-Holstein-Komitees auszubauen. Die Agenten wurden angewiesen, die Ansprachen des Nationalvereins überall vor Ort zur Kenntnis zu bringen. Zugleich sollten sie den zahlreich entstehenden Komitees beitreten, sich in ihnen vor allem um die Organisation der »Selbstbesteuerung« kümmern und dafür Sorge tragen, daß die Spendengelder unverzüglich nach Göttingen überwiesen würden. Die Herausstellung des Parteistandpunktes sollte dabei möglichst vermieden und der Mitwirkung von Vertretern anderer »Parteirichtungen« nicht entgegengetreten werden. Ferner sollten die Agenten für die Errichtung von Wehrriegen und die Abhaltung militärischer Übungen sorgen und Übersichtslisten über die Anzahl der Freiwilligen nach Göttingen schicken.[64]

Soweit der Ausschuß auf eine schleunige Anerkennung des Augustenburgers gehofft hatte, um dann sofort den Aufbau einer Schleswig-Holstein-Armee in Angriff nehmen zu können, machte dem spätestens der Zusammentritt des Bundestags am 7. Dezember ein Ende. Bis dahin hatten sich nur Coburg-Gotha, Meiningen und Reuß jüngere Linie für Herzog Friedrich ausgesprochen, wenig später gefolgt von Weimar, Baden, Schwarzburg-Sondershausen sowie Altenburg und Braunschweig.[65] Der Bundesbeschluß zeigte nun, daß eine Mehrheit für den Augustenburger vorläufig nicht zu erwarten war. Mit 8 zu 7 Stimmen folgte die Mehrheit der Regierungen den gemeinschaftlichen Anträgen Preußens und Österreichs, die auf der Grundlage der Londoner Protokolle für die sofortige Durchführung der Bundesexekution plädierten. Da die Bundesexekution nur gegen Bundesmitglieder möglich war, basierte der Beschluß auf der Annahme der Rechtmäßigkeit der dänischen Thronfolge in Schleswig und Holstein. Immerhin hatten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt sowie die 12. und 13. Kurie gegen die Großmächte für die im Bundesrecht eigentlich nicht vorgesehene *Okkupation* gestimmt, einer eigens entwickelten Rechtskonstruktion, die ein Eingreifen des Bundes in Schleswig ermöglichen sollte, ohne die Anerkennungsfrage zu präjudizieren.[66]

Für den Nationalverein ergab sich aus dem Bundesbeschluß eine doppelte Konsequenz: einerseits galt es, durch den Ausbau der Organisation und die Ausweitung der Agitation den öffentlichen Druck auf den Bundestag zu erhöhen, um die Minorität vom 7. Dezember in eine Majorität umzuwandeln. Andererseits entstand die Notwendigkeit, den Augustenburger zu drängen, auch ohne formelle Anerkennung des Bundestages die Regierungsgeschäfte in Holstein zu übernehmen und mit dem Aufbau eines Armeekorps zu beginnen. Aus der Sicht des Nationalvereins drängte die Zeit.

---

64 Streit an Agenten, 30.11.1863, BAP, STA Coburg, LA A, 7209, Bl. 170; Nl. Oetker, 23, Bl. 259.; vgl. auch das weitere Rundschreiben an die Agenten vom 8.12.1863, STA Coburg, ebd., Bl. 172.

65 E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 464; J. Daebel, 1969, S. 109.

66 E. R. Huber, ebd., S. 463 ff.; V. A. Huber, 1863, hatte sich publizistisch für die »Bundesokkupation« stark gemacht; vgl. auch seinen Brief an Hölder vom 27.11.1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 187 f.

Wollte man das Gesetz des Handelns nicht vollends dem Bundestag überlassen, galt es vor dem Einmarsch der Bundestruppen Fakten zu schaffen.

Bei den Versuchen zur Einwirkung auf den Augustenburger konnte sich der Ausschuß erneut auf die Regierung Roggenbach stützen. Roggenbach drängte auch ohne Anerkennung durch den Bund darauf, »dem Herzoge schon jetzt in den ihm befreundeten Ländern und mit deren Hilfe ein Bundeskontingent zu organisieren« und war bereit, Offiziere für Wehrübungen und badisches Territorium für die Aufstellung einer Truppe zur Verfügung zu stellen.[67] Auch in Hamburg waren bereits einige Vorbereitungen für den Aufbau eines Freiwilligenheeres getroffen. Dem Hamburger Schleswig-Holstein-Komitee unter Leitung Ludwig Karl Aegidis kam bei diesen zaghaften Ansätzen besondere Bedeutung zu, weil Anfang Dezember auch der Engere Ausschuß der schleswig-holsteinischen Vereine seine Tätigkeit von Kiel nach Hamburg verlegen mußte und mit dem dortigen Komitee fusionierte. Das Komitee richtete Unterausschüsse für Presse, auswärtige und militärische Angelegenheiten ein und organisierte die Wehrübungen der ersten drei Freiwilligenkompanien, die in verschiedenen Turnhallen in St. Pauli Waffenübungen betrieben. Das Hamburger Komitee hatte den Senat um die Zuteilung von Exerzierplätzen und um die Überlassung der Gewehre der aufgelösten Jägerabteilung des Hamburgischen Bundeskontingents gebeten; weitere finanzielle Unterstützung in Form von Handgeldern für die Freiwilligen stellte Gotha zur Verfügung. Die augustenburgische »Regierung« entsandte Anfang Dezember drei ehemalige Offiziere mit dem Auftrag nach Hamburg, die Leitung der Waffenübungen zu übernehmen.[68]

Das Göttinger Komitee des Nationalvereins konzentrierte sich währenddessen auf die Zusammenfassung der Bewegung. Für den 8. Dezember 1863 hatte es hierzu eine Konferenz nach Eisenach einberufen, zu der auch der Leipziger Ausschuß der deutschen Turnvereine und der Wehrausschuß des Gothaer Schleswig-Holstein-Komitees eingeladen war, dem wegen der engen Kontakte zur augustenburgischen Nebenregierung eine große Bedeutung zukam.[69] Das Göttinger Komitee kooptierte Ferdinand Götz, den Geschäfts-

---

67 Wardenburg an Raethgen, 6.12.1863, in: J. Olshausen (Hrsg.), 1941, S. 139 ff.; vgl. dazu auch L. Konrad, 1935, S. 60 ff.; J. Daebel, 1969, S. 129 ff.

68 Vgl. J. Daebel, 1969, S. 129 ff., 280 f.; die Sitzungsprotokolle des Engeren Ausschusses für die Dauer seiner Hamburger Phase vom 10.12.–26.12. sind im Anhang zu H. Hagenah, 1863, 1927, S. 381 ff. abgedruckt; vgl. auch C. Tiedemann, Bd. 1, 1905, S. 302 ff.; H. Hagenah, ebd., S. 347 ff.; C. Boysen, 1933, S. 470 ff.; Tiedemann war Leiter des Unterausschusses für Militärisches. Auf Anregung Roggenbachs hatte Baumgarten dem Göttinger Komitee vorgeschlagen, mit der Sammlung von Freiwilligenverbänden in Hannover und Hamburg zu beginnen, vgl. Baumgarten an Rochau, 30.11.1863, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 630 f. Zu den Militärübungen vgl. C. Schneider, 1891, S. 96 ff. J. Daebel, 1969, S. 137, Anm. 8, schätzt die Zahl der Freiwilligen, die sich in Hamburg eingefunden hatten, auf rund 300 Mann, zu denen bis Jahresende 400–500 weitere hinzugestoßen seien.

69 Vgl. Freytag an S. Müller, 3.12.1863, in: BAF, ZSg.3/4, Bl. 94 f. Das Gothaer Komitee wurde am 30.11.1863 gegründet, den Vorsitz hatte Hünersdorf, Mitglieder waren u. a. Sterzing, Henneberg, Freytag usw., AAZ, Nr. 338, 4.12.1863. Freytag verfaßte zudem für die augustenburgische Regierung eine lithographische Korrespondenz, die vom 1.–21.12.1863 erschien; Exemplare sämtlicher 9 Nummern befinden sich im STA Coburg, LA A, 7209 und 7210; vgl. dazu auch K. Bechstein, Öffentliche Meinung, 1922/24, S. 185.

führer des Turnerausschusses[70], und als Vertreter des Gothaer Komitees Gustav Freytag, der als Mitglied des Wehrausschusses des Gothaer Schleswig-Holstein-Komitees und Herausgeber einer Lithographischen Korrespondenz für den Augustenburger anfangs eine Schlüsselstellung bei der Vermittlung zwischen der Exilregierung und der nationalen Verfassungsbewegung innehatte. Auf Drängen Freytags hatte Miquel bereits einige Tage zuvor Schweigert und einen weiteren Mitarbeiter des Komitees zur Unterstützung in militärischen Angelegenheiten gleichsam als Militärberater nach Gotha entsandt.[71] Damit war der Schulterschluß mit der Turnerorganisation und mit dem Gothaer Wehrausschuß vollzogen. Weitere Kooptationen erklärte man mit Blick auf die bevorstehende Abgeordnetenversammlung für überflüssig.[72]

Eine unmittelbare Folge des Koordinierungstreffens waren die sogenannten »Organisationsversammlungen« der folgenden Wochen, die die insgesamt rund 900 Schleswig-Holstein-Komitees – so die Schätzung Daebels – in lose, nach dem Vorortprinzip strukturierten Regional- und Landesverbänden zusammenfassen sollten. Am 13. Dezember fanden derartige Gründungen in Frankfurt (Mittelrhein), Offenburg (Baden), Stuttgart (Württemberg), Oldenburg und Gotha (Thüringen) statt, denen in den folgenden Wochen nahezu flächendeckend in ganz Deutschland weitere folgten.[73] Die Organisationsversammlungen folgten alle demselben Muster. So versammelten sich beispielsweise in Gotha Deputierte von 14 Schleswig-Holstein-Vereinen

---

70 Die Leipziger DTZ hatte bereits am 27.11. und am 4.12. Aufrufe an alle Turner erlassen, sich gegebenenfalls für den Eintritt in ein noch zu bildendes schleswig-holsteinisches Heer unter Leitung Friedrich VIII. bereitzuhalten. Ferner wurde zu Spenden aufgefordert; »An die Turngenossen« u. »An die Turnvereine«, beide von Georgii und Götz, DTZ, Nr. 48, 27.11.1863, Nr. 49, 4.12.1863; vgl. auch den Aufruf von Georgii, E. Angerstein, Lion, Friedrichs und Götz, SZ, Nr. 630, 12.12.1863.

71 Freytag beklagte brieflich die schwächlichen Ansätze der augustenburgischen Militärpolitik: »Acht Tage waren vergangen und nichts war geschehen. Eine Erkundigung nach Gewehren eingezogen, vergeblich; dann kam Dr. Varrentrapp und schrieb auf eigene Hand, sich bei Krupp und wegen Munitionswagen zu erkundigen, Antwort ad acta gelegt. Man hätte sich durch irgendwelche Präparationen diskreditiert bei den Regierungen. [...] So ist für eine Organisation der Wehrkraft noch nichts geschehen«. Wegen der Untätigkeit des Augustenburgers hatte Freytag selbst mit der Ausarbeitung einer »stillen militärischen Instruktion« an die Freiwilligen begonnen, und sich wegen seiner mangelnden Erfahrung an das Göttinger Komitee gewandt: »Und in Göttingen sitzt Hauptmann Schweigert [Freytag schrieb irrtümlich »Schweizer«], noch aus der Radetzkyschen Schule, ein ausgezeichnetes Organisationstalent, ein ernsthafter, diskreter und zuverlässiger Mann und Abgott der Turner. Wenn einer, gehört er zu dieser stillen Tätigkeit«, vgl. Freytag an Mathy, 6.12.1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 196 ff. (Original in Stabi Berlin, Nl. Freytag; vgl. auch Freytag an S. Müller, o. D., BAF, ZSg.3/4, Bl. 100 f.). Miquel entsandte das NV-Mitglied Dr. Usinger aus Göttingen und Schweigert (»durchaus zuverlässig und eingeweiht, von großer militärischer Erfahrung, früher im Stab von Garibaldi«) nach Eisenach, Miquel an Freytag, Göttingen, 5.12.1863, Stabi Berlin, Nl. Freytag. In den Papieren des NV findet sich der handschriftliche Entwurf einer wohl von Schweigert stammenden »Vorläufigen Instruktion« der Freiwilligen, StadtB München, Akten NV.

72 SZ, Nr. 624, 9.12.1863.

73 SZ, Nr. 635, 15.12.1863, Nr. 636, 16.12.1863; vgl. zu Baden L. Konrad, 1935, S. 48; zu Oldenburg P.-K. Schwarz, 1979, S. 46 ff.; weitere Hinweise auf die Gründung von Landesverbänden bei J. Daebel, 1969, S. 270 ff.: demnach kam es zu Gründungen in Neustadt, Kassel, Stettin, Hannover, Erlangen, Frankfurt, Braunschweig, Rendsburg, Karlsruhe, Leipzig, Stuttgart und Köln.

Thüringens, bestimmten Gotha zu ihrem Vorort und beauftragten dieses »Provinzialkomitee«, »schleunigst auf Bildung eines allgemeinen deutschen Zentralkomitees für Schleswig-Holstein hinzuwirken, inzwischen aber etwaigen Anordnungen des in Göttingen sitzenden Hülfsausschusses sich zu unterwerfen«.[74]

Am 15. Dezember 1863 veröffentlichte Miquel als Geschäftsführer des Göttinger Komitees eine weitere Erklärung, die vor übereiltem Aktionismus warnte und nachdrücklich belegt, daß der Nationalverein zur Übergabe an den Abgeordnetentag entschlossen war:

»Da nicht bloß die Zahl der zum freiwilligen Eintritt in die zu bildende Schleswig-Holsteinische Armee Entschlossenen täglich wächst, sondern auch in den jugendlichen Gemütern das Ungestüm zunimmt und es mehrfach vorgekommen ist, daß junge Patrioten hierhergekommen sind, in der Meinung, ohne Weiteres zu den Waffen greifen zu können, so halte ich mich verpflichtet, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß die mit allen Kräften zu unterstützende Bildung einer wirklichen Schleswig-Holsteinischen Armee unter dem legitimen Herzog noch nicht so weit vorgeschritten ist, um zur Sammlung von Freiwilligen zu schreiten, daß daher jetzt noch alles auf die möglichst rasche militärische Ausbildung im Wohnorte und die Beschaffung der Mittel ankommt. Ein Weiteres würde im Augenblicke Verschwendung von Kräften sein. Der Nationalverein würde behuf besserer Leitung der Wehrbewegung – dies zur Antwort auf viele Fragen – schon jetzt einen Wehrausschuß aus sachkundigen Militärs zusammengesetzt haben, wenn wir nicht die Hoffnung hegten, daß in Frankfurt am 21. Dezember des Jahres ein neuer Zentral-Ausschuß aller Deutschen gebildet werde«.[75]

Zwei Tage nach der Einsetzung des 36er-Ausschusses beschloß der Nationalvereinsausschuß in Frankfurt, den Göttinger Hilfsausschuß aufzulösen, »die Kasse desselben an den Zentralausschuß abzuführen, die Listen der Freiwilligen und die Akten an den Zentralausschuß abzugeben« und die Agenten und Mitglieder anzuregen, die Gelder künftig unmittelbar an den 36er-Ausschuß zu übersenden. Die Entscheidung fiel gegen die alleinige Stimme Streits, der diese Konzessionen »nach rechts hin« ablehnte.[76] Miquel wurde mit der Abfassung einer entsprechenden Erklärung für die Öffentlichkeit beauftragt, die wenig später in den Zeitungen erschien:

»Der Nationalverein hat nie einen anderen Zweck verfolgt als den, für die Größe und das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Nichts könnte seiner Tendenz daher ferner liegen, als die Leitung einer gemeinsamen Angelegenheit da zu beanspruchen, wo ein anderes zweckmäßigeres Organ gefunden ist. Für die Schleswig-Holsteinische Sache [. . .] ist ein solches durch den Frankfurter Ausschuß gegeben, und die Mitglieder des

74 SZ, Nr. 635, 14. 12. 1863.

75 BAP, Nl. Bennigsen, 291, Bl. 36. Bis zum 14. 12. 1863 waren in Göttingen erst enttäuschende 11 456 fl. eingegangen, Originalaufstellung des Komitees im BAP, Nl. Oetker, 23, Bl. 261 f.; veröffentlicht in WSchNV, Nr. 190, 17. 12. 1863.

76 A-Prot.NV, 22. 12. 1863, WLB, Nl. Hölder, XXXV. Fries, der ursprünglich wie Streit für die Leitung der Schleswig-Holstein-Bewegung durch das Göttinger Komitee plädiert hatte, das durch Kooptationen auf eine breitere Basis gestellt werden sollte (vgl. Fries an Bennigsen, 4. 12. 1863, BAP, Nl. Bennigsen, 307, Bl. 1 f.), hatte sich inzwischen der Mehrheitsmeinung angeschlossen.

Nationalvereins werden es daher, wie wir zuversichtlich erwarten, als Ehrensache betrachten, die ersten zu sein, welche sich demselben bereitwillig anschließen«.[77]

Mit dieser Erklärung hatte sich der Nationalverein nicht nur von der Schleswig-Holstein-Bewegung verabschiedet, er stellte seine Tätigkeit vielmehr für ein knappes Jahr ganz ein, sieht man einmal von der Fortführung der Wochenschrift ab. Die nächste Ausschußsitzung fand erst Ende Oktober 1864 zur Vorbereitung der fünften Generalversammlung statt. Allerdings behielt sich der Verein die jederzeitige Reaktivierung vor. Auch die Überweisung der Gelder an den 36er-Ausschuß erfolgte nur zögerlich: erst Anfang Februar beschloß der Vorstand auf Anregung Streits einstimmig, lediglich die Spendengelder, die das Göttinger Komitee eingenommen hatte – und auch diese nur abzüglich der Unkosten – an den 36er-Ausschuß zu überweisen und die Nationalvereinskasse intakt zu erhalten.[78] Der finanzielle Beitrag des Nationalvereins zur Schleswig-Holstein-Bewegung 1863/64 blieb also denkbar gering.

2. Der 36er-Ausschuß an der Spitze der Schleswig-Holstein-Bewegung

a) Der 36er-Ausschuß als Zentralausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine

Der von nahezu 500 Abgeordneten besuchte Abgeordnetentag vom 21. Dezember 1863 hatte eine einstimmige Resolution zu Schleswig-Holstein verabschiedet, die dem 36er-Ausschuß keine allzu engen Bindungen auferlegte und eine weitgehende Handlungsfreiheit garantierte. Sie umfaßte im Kern nur zwei Forderungen: Anerkennung der Erbfolge Herzog Friedrichs durch den Deutschen Bund und Trennung der Herzogtümer von Dänemark »ohne Rücksicht auf fremden Einspruch«. Auf diese Ziele mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln hinzuwirken, hatte der Abgeordnetentag den Ausschuß und sämtliche Teilnehmer verpflichtet.[1] Indem der Nationalverein sich zugunsten des 36er-Ausschusses aus der Schleswig-Holstein-Angelegenheit zurückzog, war die nationale Verfassungsbewegung zu einer Organisationsweise nach dem Vereinsprinzip zurückgekehrt, wie man sie aus den Revolutionsjahren kannte: der 36er-Ausschuß bildete gewissermaßen den Vorort der zahllosen Schleswig-Holstein-Komitees, ohne daß er organisch an der Spitze einer mit Lokal- und Regionalverbänden mehrstufig aufgebauten Gesamtorganisation stand. Seine Legitimation erwuchs aus dem Votum einzelstaatlicher Volksvertreter und nicht aus der Willensbildung der Vereine. Im Gegensatz zu

77 WSchNV, Nr. 192, 31. 12. 1863; in Auszügen bei W. Mommsen, Miquel, Bd. 1, 1928, S. 270.

78 V-Prot.NV, 14. 2. 1864, StadtB München. Brater bezifferte die überwiesene Summe später auf 29600 fl., vgl. Verhandlungen NV V (1864), S. 6.

1 Verhandlungen AT III (1863), S. 17. Der Antrag wurde von Edel begründet. Karl Edel (1806–1890) war seit 1840 Professor für Polizeirecht in Würzburg; MdL seit 1845; Vorparlament; MdNatV (C, PH); vgl. R. Koch, 1989, S. 143. Er verließ nach Einsetzung des 36er-Ausschusses den Abgeordnetentag.

dem ähnlich strukturierten Zentralmärzverein beanspruchte der 36er-Ausschuß jedoch von vornherein als »Mittelpunkt der gesetzlichen Tätigkeit der deutschen Nation« ein politisches Weisungsrecht über die gesamte Bewegung, ohne daß die einzelnen Komitees nach ihrer Meinung gefragt wurden. »Als vermittelnde Behörde zwischen der herzoglichen Regierung und der staatlich nicht geordneten Masse des deutschen Volkes« und als »Mittelpunkt für alle Geldsammlungen« wollte der 36er-Ausschuß die »Kontrolle des deutschen Volkes« über die zweckmäßige Verwendung der Spendengelder ausüben.[2]

Mit dem hohen Anspruch, die Nation gegenüber dem Augustenburger und dem Bundestag zu vertreten, hatte der 36er-Ausschuß diesmal den Bogen überspannt. Durch die zentralistische Praxis des Nationalvereins hatten die machtgewohnten Ausschußmitglieder einen Führungsstil ausgeprägt, für den nach der Rückkehr zum Vereinsprinzip die organisatorischen Voraussetzungen fehlten. Von Anfang an entzogen sich diejenigen Komitees der Vormundschaft des 36er-Ausschusses, in denen der Reformverein über Einfluß verfügte. Dieser hatte im unmittelbaren Anschluß an den Abgeordnetentag seine Anhänger aufgefordert, die von ihnen aufgebrachten Spendengelder unter Umgehung des 36er-Ausschusses unmittelbar an den Augustenburger zu überweisen.[3] Parallel untersagten die bayerische und die hannoversche Regierung die Überweisung von Geldern an den 36er-Ausschuß – nicht aber an den Augustenburger.[4] Der Augsburger Verein wurde wegen Verstoßes bereits am 29. Dezember aufgelöst.[5]

Nach einer Aufstellung der geschäftsleitenden Kommission gingen bis Ende Juni 1864 unmittelbar bei der herzoglichen Regierung rund 276 000 fl. ein, während im gleichen Zeitraum rund 534 000 fl. beim 36er-Ausschuß zusammenkamen. Eine regionale Aufschlüsselung macht deutlich, daß insbesondere die bayerischen Komitees den 36er-Ausschuß ganz überwiegend ignorierten. Etwa die Hälfte der in Württemberg gesammelten Gelder ging ebenfalls direkt an den Herzog. Auch eine ganze Reihe von altliberal-konstitutionell dominierten Komitees lieferte die Spenden direkt in Gotha oder Kiel ab: z. B. gingen aus Preußen und Bremen je ein knappes Drittel sofort in die herzogliche Kasse.[6] Wie gefährdet der Führungsanspruch des 36er-Ausschusses war, wurde den Führern der nationalen Verfassungsbewegung seit Mitte Januar 1864 immer deutlicher vor Augen geführt.

---

2 Zitate aus den Reden von Löwe (S. 28) und Schulze (S. 32), Verhandlungen AT III (1863).

3 Wochen-Blatt des Reformvereins, Nr. 1, 3. 1. 1864

4 H. Schulthess, 1863, S. 110, 112; 1864, S. 46. Francke hatte daraufhin den Großdeutschen Verein Hannovers aufgefordert, die Spenden direkt nach Gotha zu überweisen, Wochen-Blatt des Reformvereins, Nr. 2, 10. 1. 1864.

5 WSchNV, Nr. 193, 7. 1. 1864; NFZ, Nr. 2, 2. 1. 1864; SZ, Nr. 5, 4. 1. 1864.

6 Vgl. die Aufstellung des 36er-Ausschusses in AFC, Nr. 37, 1. 7. 1864, wiedergegeben bei J. Daebel, 1969, S. 281 ff. Zu den konstitutionellen Komitees, die direkt an den Augustenburger überwiesen, zählte auch das Gothaer (vgl. die Aufforderung im Grenzboten 23 (1864, I), S. 34); zur Tätigkeit des altliberalen Komitees unter Leitung Brückners, Freytags, Jakobs' und Sterzings vgl. seinen Aufruf vom 29. 12. 1863, NFZ, Nr. 1, 1. 1. 1864.

Abbildung 9

Sigmund Müller, 1864

Der 36er-Ausschuß sollte die auf der Berliner Ausschußsitzung des Nationalvereins vom 22. bis 24. November festgelegte und vom Göttinger Komitee eingeleitete Politik unmittelbar fortsetzen: er sollte die Anerkennung des Augustenburgers durch den Bundestag erzwingen und alle willigen Regierungen bei dem zwangsläufig entstehenden Krieg politisch, finanziell und eventuell militärisch durch Freiwillige unterstützen. Am Ende würde im Falle des Gelingens ein liberaler Modellstaat Schleswig-Holstein unter Friedrich VIII. von Augustenburg stehen, idealerweise als Bestandteil eines deutschen Bundesstaates unter der Führung eines liberalisierten nach-bismarckschen Preußen. Die nächsten praktischen Aufgaben der Kommission lagen klar auf der Hand: erstens galt es, den Kontakt mit dem Augustenburger wiederaufzunehmen und Einigkeit über den Aufbau einer Armee zu erzielen, und zweitens mußte die Tätigkeit der zahllosen Schleswig-Holstein-Komitees gebündelt und auf diese Weise fruchtbar gemacht werden. Da der gesamte 36er-Ausschuß bis zum Oktober 1864 nur viermal zusammentrat, trug die eigentliche organisatorische Arbeit die geschäftsleitende Komission, die sich im selben Zeitraum 48 Mal traf.[7] Die Kommission war unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen des Abgeordnetentags eingesetzt worden und bestand mit Müller, Georg Varrentrapp, Kolb, Häusser, Metz, Lang und den sofort kooptierten Brater und Karl Barth aus Politikern, die alle in Frankfurt und Umgebung ansässig waren.[8] Metz, Müller, Lang und Brater gehörten zum engeren Führungskreis des Nationalvereins, Varrentrapp und Häusser repräsentierten die altliberalen Kleindeutschen und Kolb und Barth die großdeutsch-bundesstaatliche Richtung. Als problematisch sollte sich bald herausstellen, daß man versäumt hatte, einen Preußen in die Frankfurter Zentrale zu berufen. Die geschäftsleitende Kommission des 36er-Ausschusses ließ sich in einem leerstehenden Haus in der Großen Gallusgasse nieder, das ihr einer der Varrentrapp-Brüder zur Verfügung gestellt hatte. Brater und sein Vertreter bei der Süddeutschen Zeitung, Adolf Wilbrandt, nahmen dort vorübergehend ihren Wohnsitz. Die offiziellen Schriftstücke wurden ausnahmslos von Brater und Müller verfaßt, Wilbrandt erledigte die Schreibarbeiten und verfaßte die Korrespondenzen für die verbundene Presse.[9]

Gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit wurde der geschäftsleitenden Kommission vor Augen geführt, wie außerordentlich eng der behördlicherseits tolerierte Spielraum für den Aufbau einer augustenburgischen Armee war. Wie sehr der 36er-Ausschuß von der polizeilichen Unterdrückung bedroht gewesen ist, mag den Akteuren im vollen Umfang gar nicht bewußt gewesen sein. Eine deutliche Warnung bot ihnen jedoch das Schicksal des Hamburger Schleswig-Holstein-Komitees, dem als Schaltstelle zwischen Frankfurt und den Herzogtümern eine herausragende Stelle in der Politik der Bewegung

7 Vgl. Rechenschaftsbericht, Verhandlungen AT IV (1865), S. 13.

8 Vgl. die Beschlüsse der Sitzung des 36er-Ausschusses vom 21.–22. 12. 1863, BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 74.

9 A. Wilbrandt, Erinnerungen, 1907, S. 143 ff. Unklar ist, ob die Kommission des Abgeordnetentags bereits 1862/63 in demselben Haus residiert hat.

zukam. Am 23. Dezember 1863 mußte das Hamburger Komitee bekannt geben, daß nach dem Einmarsch der österreichischen Bundestruppen im gesamten Stadtgebiet alle Wehrübungen auch in geschlossenen Räumen untersagt und die Polizei bereits mehrfach eingeschritten sei.[10] Die kleine augustenburgische Freiwilligentruppe mußte nach Altona ausweichen, wo sie ihre Übungen noch eine Weile fortsetzen konnte, unterstützt jedoch nicht mehr aus augustenburgischen Mitteln sondern durch Gelder des 36er-Ausschusses.[11] Das Verbot war ein deutliches Signal auch für den Augustenburger und dürfte seine Bereitschaft zu abenteuerlichen Experimenten weiter gedämpft haben.

Auch über der Tätigkeit des 36er-Ausschusses schwebte die Gefahr eines Verbots. In Frankfurt waren die Behörden auf den schlimmsten Fall vorbereitet: auf die Konstituierung eines Vorparlaments und auf größere Krawalle. Ein Teil der Truppen stand in den Kasernen in Alarmbereitschaft.[12] Bismarck hatte sich genau über den Verlauf der Frankfurter Vorgänge unterrichten lassen. Der preußische Bundestagsgesandte von Sydow, der von den Zuschauertribünen herab die Debatten der Abgeordneten verfolgte, sandte im Laufe des Tages vier Telegramme über die neuesten Entwicklungen an sein Ministerium. Seine Gesamtbeurteilung der Verhandlungen faßte er anderntags in zwei weiteren ausführlichen Berichten zusammen. Insbesondere in der Einsetzung des 36er-Ausschusses sah er eine Kraft, »deren gefährliche Bedeutung nicht unterschätzt werden« dürfe, da sie »eine feste Organisation der Erregung« bezwecke »und eine Ansammlung von sehr bedeutenden Geldsummen zur Folge haben« werde.[13]

Bismarck bedurfte des Anstoßes solch dramatisierender Berichte nicht. Sein Entschluß, auf ein Verbot des 36er-Ausschusses hinzuwirken, entsprach der Logik seines außenpolitischen Kurses, in Frontstellung zur nationalen Verfassungsbewegung gemeinsam mit Österreich wenigstens äußerlich an den Londoner Protokollen festzuhalten und eine Konsenslösung anzustreben.[14] Den Führern des Abgeordnetentags unterstellte er, sie hielten »durch Einsetzung des Ausschusses der Sechsunddreißig ein Organ für einen erwarteten revolutionären Ausbruch in Bereitschaft«. Seinen Frankfurter Gesandten wies er daher an, mit dem Präsidialgesandten Kübeck vertraulich die notwendigen Schritte oder militärischen Maßnahmen zu vereinbaren, »um die Auflösung des Ausschusses und die Abreise der Mitglieder desselben aus Frankfurt herbeizuführen«.[15] Wie aus den inhaltlich übereinstimmenden Berichten der beiden Frankfurter Gesandten hervorgeht, hielten weder Kübeck

---

10 Flugblatt des Hamburger Schleswig-Holstein-Komitees, 23.12.1863, BAP, Nl. Oetker, 23, Bl. 268; abgedruckt in WSchNV, Nr. 192, 31.12.1863; vgl. CAZ, Nr. 53, 3.1.1864.

11 J. Daebel, 1969, S. 148, 198; Kommission an Du Plat, 1.3.1864, LASH, Abt. 22 IV DD II, 13.

12 Wentzel an Bismarck, GSTA-B, III. HA, 188, Bl. 216 f.

13 Ebd., Bl. 196 ff.

14 Zu Bismarcks Politik in der Schleswig-Holstein-Krise, in deren Gesamtzusammenhang auch das angestrebte Vorgehen gegen den Abgeordnetentag gemeinsam mit Österreich zu sehen ist, vgl. L. Gall, Bismarck, 1983, S. 293 ff.

15 Erlaß vom 23.12.1863, in: O.v. Bismarck, Werke, Bd. 4, Nr. 197. Eine Abschrift erhielt der österreichische Außenminister Rechberg, vgl. QDPÖ, Bd. 3, Nr. 1376.

noch Sydow die Einleitung von Bundesmaßnahmen gegen den Ausschuß für erfolgversprechend, solange dieser sich auf bloße Agitation und Geldsammlungen beschränkte. Selbst wenn man eine knappe Mehrheit von neun Stimmen erhalte, so Sydow, werde die Durchführung entsprechender Beschlüsse »sehr lässig« sein. Er empfahl stattdessen, zunächst den Frankfurter Senat zur Anwendung des einfachen Vereinsgesetzes zu veranlassen.[16]

Der 36er-Ausschuß hatte sich in der Tat über die vereinsrechtliche Pflicht hinweggesetzt, bei den Behörden um Genehmigung nachzusuchen.[17] Nicht zuletzt die Erinnerung an die 1859 dem Nationalverein versagte Zulassung hatte dazu beigetragen. Es scheine, urteilte Wentzel, »daß der Ausschuß eine Anfrage oder Einmischung der Polizei abwarten will, indem er wohl darauf rechnet, daß diese, bei der Haltung des gesetzgebenden Körpers und bei der Popularität der Sache, Abstand nehmen werde, sich in die Tätigkeit des Ausschusses einzumischen«.[18] Ganz offensichtlich waren die Frankfurter Behörden an einer Verfolgung des 36er-Ausschusses nicht interessiert. Das geht aus den Berichten Wentzels über seine Unterredungen mit dem älteren Bürgermeister Müller hervor. In Gesprächen unter vier Augen verurteilte zwar auch dieser den Abgeordnetentag, aber zu konkreten Schritten der Frankfurter Behörden ist es trotz bis in den Januar reichender wiederholter Aufforderungen Wentzels nicht gekommen.[19]

Bismarck drängte jetzt darauf, gemeinsam mit Österreich ein Einschreiten des Bundes gegen den Abgeordnetentag und seinen Ausschuß durchzusetzen. Nachdem der zunächst skeptische Rechberg eingewilligt hatte[20], wies Bismarck seinen Gesandten in einem ausführlichen Erlaß an, unter Berufung auf den Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 zu verlangen, »daß der Bund das Verbot des Abgeordnetentags, seiner Ausschüsse und dem ähnlicher Vereinigungen [. . .] herbeiführe, und die Bundesregierungen zur Ergreifung der entsprechenden Maßnahmen in ihren Staaten einlade«.[21] Am selben Tag erging eine gleichlautende Zirkulardepesche der preußischen und der österreichischen Regierung an die Missionen bei den deutschen Höfen mit dem Auftrag, einen entsprechenden Bundesbeschluß diplomatisch vorzubereiten.[22] Die Regierungen verhielten sich gegenüber dem Anliegen der Großmächte äußerst zurückhaltend. Zwar erklärten sich einige bereit, gegen eventuelle »Ausschreitungen« vorzugehen, aber eine Berufung auf den Bundesbeschluß von 1854 lehnten sie dabei ab, wie sie sich auch bezüglich ihres Stimmverhaltens für den Fall eines Antrages der beiden Vormächte

16 Bericht Sydows vom 27.12.1863, GSTA-B, III. HA., 188, Bl. 263 ff; Bericht Kübecks vom 26.12.1863, QDPÖ, Bd. 3, Nr. 1370. Ähnlich äußerte sich auch Rechberg selbst in einem Brief an seine Gesandten in Dresden und Stuttgart, ebd., Nr. 1378.

17 Vgl. den Rechenschaftsbericht der geschäftsleitenden Kommission vom 17.1.1864, BAP, Nl. Oetker, Bl. 69 ff.

18 Wentzel an Bismarck, 23.12.1863, GSTA-B, III. HA., 188, Bl. 222 f.

19 Vgl. dazu ebd., Bl. 261 f., 294 f., 298 ff., 306 ff. Vgl. auch QDPÖ, Bd. 3, Nr. 1379, über die Unterredung Kübecks mit Müller.

20 Abschrift des entsprechenden Erlasses an Kübeck vom 26.12.1863, GSTA-B, III. HA, 188, Bl. 272 f.

21 Erlaß an Sydow, 31.12.1863, in: O.v. Bismarck, Werke, Bd. 4, Nr. 205.

22 O.v. Bismarck, Werke, Bd. 4, Nr. 206.

vage bis ablehnend äußerten.[23] Die Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten waren offensichtlich entweder nicht willens oder nicht in der Lage, sich dem Druck der nationalen Bewegung und deren Zentralorgan offen entgegenzustellen. Die preußische Regierung mußte sich deshalb bis auf weiteres auf die aufmerksame Beobachtung der Aktivitäten des 36er-Ausschusses beschränken.

b) Die Verhandlungen mit dem Augustenburger

Der Augustenburger hatte unmittelbar nach seiner »Regierungsübernahme« mit dem Aufbau einer Exilregierung begonnen. Bereits am 16. November 1863 hatte er telegraphisch den badischen Bundesgesandten Robert v. Mohl gebeten, seine Vertretung am Bundestag zu übernehmen. Nach Rücksprache mit Karlsruhe kam Mohl der Bitte nach.[24] Die Gesandtschaft in Wien übernahm Wydenbrugk, das Innen- und Finanzressort Karl Francke[25], das Außenressort Karl Samwer und das Kriegsressort Oberst Cesar Du Plat. Als Berater standen ihm der künftige badische Außenminister Edelsheim und Ungern-Sternberg zur Seite, die beide von Roggenbach nach Gotha entsandt worden waren. Ende November kam Ludwig Reventlow hinzu, der als Nachfolger Theodor Lehmanns für Schleswig-Holstein dem Ausschuß des Nationalvereins angehörte. Reventlow wurde umgehend zum Bevollmächtigten Friedrichs beim Hamburger Schleswig-Holstein-Komitee ernannt.[26]

Eines der entscheidenden und lästigsten Probleme für den frischgebakkenen Herzog Friedrich VIII. und seine Regierungsmannschaft war der Geldmangel. Um den geschätzten Finanzbedarf von rund 15 Millionen Talern für den Aufbau einer 15–30 000 Mann starken Armee zu decken, hatte das Finanzdepartement des Augustenburgers, verwaltet durch Karl Francke, bereits Anfang Dezember per Rundschreiben sämtliche Schleswig-Holstein-Komitees zu einer »freiwilligen, unverzinslichen Anleihe« für die Bildung einer Armee aufgefordert.[27] Darüber hinaus versuchte man durch Vermitt-

---

23 Vgl. die Gesandtenberichte aus Baden (Bl. 319 ff.), aus Weimar (Bl. 324), aus Württemberg (Bl. 309, 326 ff.), aus Hessen-Darmstadt (Bl. 310 f.), aus Sachsen (Bl. 297 f.), aus Bayern (Bl. 314, 317), aus Hannover (Bl. 315 f.), alle in GSTA-B, III. HA., 188. Bayern hatte lediglich unter Berufung auf eine eigene Spezialgesetzgebung schon am 26. 12. 1863 die Verbindung der Schleswig-Holstein-Komitees mit dem 36er-Ausschuß untersagt (nicht aber die Überweisung von Geldern unmittelbar an den Augustenburger!) und wegen Verstoßes am 29. 12. das Augsburger Komitee aufgelöst (vgl. H. Schulthess, 1863, S. 110, 112). Hannover hatte etwas später durch einen Ministerialerlaß ähnlich reagiert (vgl. ebd., 1864, S. 46).

24 R.v. Mohl, Bd. 2, 1902, S. 255; E. Angermann, 1962, S. 90.

25 Francke stand vom 20. 11. 1863 bis 1866 im Dienste des Augustenburgers; Ernst II. hatte ihn zu diesem Zweck beurlaubt; vgl. U. Hettinger, 1990, S. 170 ff.

26 Zur »Regierungsmannschaft« des Augustenburgers vgl. J. Daebel, 1969, S. 81 ff., 278 ff.; Wardenburg an Raethgen, 25./26. 11. 1863, in: J. Olshausen (Hrsg.), 1941, S. 135 ff. Roggenbach hatte dem Augustenburger Samwer, Francke und Reventlow als Berater empfohlen; zu Reventlows Rolle beim Hamburger Komitee vgl. C. Boysen, 1933, S. 471 ff.

27 Exemplare des lithographierten Schreibens vom 5. 12. 1863 in GSTA-M, Rep. 77, Tit. 662, Nr. 35, Bl. 34; STA Coburg, LA A, 7209, Bl. 142 ff. Die Coburg-Gothaische Kreditgesellschaft stellte dazu Schuldscheine in Höhe von 5, 10 oder 50 Talern aus, Lithogr. Schreiben der Kreditgesellschaft, 11. 12. 1863, GSTA-M, ebd., Bl. 33. Vgl. zu Franckes Berechnungen des Finanzbedarfs J. Daebel, 1969, S. 131 f.

lung Hermann Heinrich Meiers eine gesonderte Prämien-Anleihe für Schleswig-Holstein auszuschreiben.[28] Meier hatte zu diesem Zweck über Georg Varrentrapp Kontakte zu Frankfurter Bankkreisen geknüpft. Beide mußten aber feststellen, daß Kredite nur zu den üblichen geschäftlichen Bedingungen zu erhalten waren, da man kein Bankhaus finden konnte, das für politische Zwecke bedeutende Opfer zu bringen bereit war.[29] Erfolglos blieb auch der Versuch, die deutschen Regierungen zur Bewilligung finanzieller Hilfen zu bewegen.[30] Der finanzielle Ertrag der augustenburgischen Bemühungen blieb ungenügend. Immerhin erbrachte die freiwillige Anleihe bis Ende Januar 140 000 Taler. Hinzu kamen rund 100 000 Taler an Spendengeldern, die direkt an den Augustenburger überwiesen worden waren.[31]

Die Finanzmisere bot dem 36er-Ausschuß den geeigneten Ansatzpunkt für die angestrebte quasi-parlamentarische Kontrolle des Augustenburgers. Die erste Tat der geschäftsleitenden Kommission war ein bereits am 22. Dezember veröffentlichter Aufruf zur freiwilligen »Selbstbesteuerung« und zur Gründung von Schleswig-Holstein-Komitees. Ganz auf den zögerlichen Augustenburger zugeschnitten waren die Passagen über die Wehrbewegung: die Kommission bat um die Zusendung von Freiwilligenlisten, ohne jedoch bereits zur Sammlung aufzurufen. Ausdrücklich verwahrte sie sich gegen »feindselige Verdächtigungen« und sprach sich gegen »regellose Freischaren« aus. Der Aufruf betonte, daß durch »gesetzmäßiges Handeln« die Wehrkraft der Herzogtümer unter ihrem rechtmäßigen Herzog gesteigert werden sollte.[32]

Am folgenden Tag, dem 23. Dezember, reiste Müller, begleitet von Hugo Fries, nach Gotha, und übergab der herzoglichen »Regierung«, vertreten durch Karl Francke, ein Schreiben des 36er-Ausschusses, mit dem die offizielle Kontaktaufnahme erfolgte. Gemäß seines Selbstverständnisses als »Mittelpunkt der gesetzlichen Tätigkeit der deutschen Nation« bezeichnete es der Ausschuß als seine Aufgabe, den »Einklang zwischen der nationalen Bewegung und den auf die Befreiung Schleswig-Holsteins gerichteten Bestrebungen der herzoglichen Regierung« herzustellen und verlangte möglichst sofort mündliche Verhandlungen.[33] Sollte die Kommission darauf gerechnet haben, der Augustenburger würde nun umgehend jene Zusammenarbeit beginnen, die er dem Göttinger Komitee des Nationalvereins verweigert hatte, war sie einem Irrtum aufgesessen. Friedrich blieb weiter zurückhaltend und wertvolle Zeit verstrich, ohne daß eine Antwort einging.

---

28 Francke an Meier, 19.12.1863; Meier an Francke, 21.12.1863; Francke an Meier, 26.12.1863, STA Bremen, Nl. Meier, 48/9.

29 G. Varrentrapp an Meier, 3.1.1864, ebd., 53/10.

30 Vgl. J. Daebel, 1969, S. 131 f. Nur Baden erklärte sich dazu bereit, ließ die Gelder jedoch durch den 36er-Ausschuß übergeben.

31 Zahlen nach J. Daebel, ebd., S. 133, Anm. 3.

32 Aufruf des 36er-Ausschusses an das deutsche Volk vom 22.12.1863, abgedruckt bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 275 ff.

33 Kommission an die herzogliche Regierung, 22.12.1863, LASH, Abt. 22 IV DD IV, 25. Der Schriftverkehr zwischen der geschäftsleitenden Kommission und der herzoglichen Regierung ist mit den Akten des augustenburgischen Hausarchivs überliefert; die Kommunikation vollzog sich ausschließlich über den »Kriegsminister« Du Plat und über den »Finanzminister« Francke; vgl. zum folgenden J. Daebel, 1969, S. 150 ff.

Nachdem die von 12 000 bis 20 000 Menschen besuchte große Elmshorner Volksversammlung vom 27. Dezember 1863, die auf gemeinsame Initiative des Hamburger Schleswig-Holstein-Komitees und des dort ansässigen Engeren Ausschusses der Schleswig-Holsteinischen Vereine unter mittelbarer Mitwirkung des 36er-Ausschusses zustande gekommen war, Friedrich VIII. pseudoplebiszitär zum Herzog »gewählt« hatte, entschloß sich die Kommission zu energischerem Vorgehen.[34] Sie veröffentlichte am 28. Dezember eine zweite Erklärung, die inhaltlich mit dem Aufruf vom 22. Dezember übereinstimmte, jetzt jedoch mit dem nicht zutreffenden Zusatz versehen war, daß sie für ihr Vorgehen die Zustimmung der herzoglichen Regierung besitze.[35] Noch am selben Tag forderten Müller und Brater den Herzog auf, samt der Regierung unverzüglich »persönlich in seinem Lande zu erscheinen und dadurch der gefahrvollen Wendung, welche neuerdings durch die Nachgiebigkeit der dänischen Politik [sic!] herbeigeführt ist, auf's wirksamste entgegenzuwirken«. Der Brief nahm beinahe ultimativen Charakter an, wenn er betonte, daß »eine gedeihliche Zusammenarbeit« von regelmäßigen Kontakten zwischen Regierung und 36er-Ausschuß abhänge.[36] Die gefahrvolle Nachgiebigkeit der dänischen Politik bestand in den Augen der Kommission darin, daß Dänemark nach dem Einmarsch der Bundestruppen in Holstein am 23. Dezember das Herzogtum kurzerhand kampflos räumte. Da die Bundesexekution keine Möglichkeit zu einem Eingreifen in Schleswig bot, schien die dänische Politik ihrem Ziel der Einverleibung Schleswigs nahe zu sein. Aus der Sicht des 36er-Ausschusses erschien die kriegsauslösende Regierungsübernahme Friedrichs in Holstein und Schleswig deshalb um so dringender.

Es bedurfte jedoch einigen weiteren Drucks – Francke und weitere Mitarbeiter drohten mit ihrem Rücktritt – bis Friedrich sich entschließen konnte, am 30. Dezember in Holstein einzuziehen und in Kiel Residenz zu nehmen. Am folgenden Tag erließ der Augustenburger eine Proklamation an die Schleswig-Holsteiner, in der er seinen »Regierungsantritt« bekanntgab. Zugleich wies er alle Beamten an, den Befehlen der Bundeskommissare zu gehorchen, d. h., er vermied die Konfrontation mit dem Bundestag und hielt an seinem vorsichtig taktierenden Kurs fest.[37]

Damit verstieß er erneut gegen die Erwartungen des 36er-Ausschusses und der badischen Regierung und gefährdete das Gelingen des Plans, den

---

34 Sitzungsprotokolle, 23.12.1863, 26.12.1863, in: H. Hagenah, 1863, 1927, S. 383 f., 386; vgl. ebd., S. 359 ff.; C. Boysen, 1933, S. 473 ff. Der Engere Ausschuß hatte durch Vermittlung E. Wiggers' Schulze und Metz eingeladen; Schulze sagte ab, Metz nahm teil und berichtete der Kommission darüber, vgl. Kommission an Francke, 29.12.1863, LASH, Abt. 22 IV DD IV, 25.

35 Aufruf vom 28.12.1863, WSchNV, Nr. 193, 7.1.1864. Am 29.12. übersandte Brater der herzoglichen Regierung ein Exemplar der Erklärung vom selben Tag. Am folgenden Tag bat Du Plat darum, die »Bekanntmachung vorläufig zu sistieren« und die briefliche Begründung abzuwarten, Konzept LASH, Abt. 22 IV, DD IV, 25.

36 Kommission (Brater/Müller) an Francke, 28.12.1863, LASH, Abt. 22 IV DD IV, 25. Am folgenden Tag mahnte die Kommission nochmals den Umzug nach Kiel und die offizielle Beantwortung des Schreibens vom 22.12. an, Kommission an Francke, 29.12.1863, ebd.

37 Abgedruckt bei K. Jansen, 1897, S. 694 f.

Bundestag zur Anerkennung zu zwingen.[38] Gerade um die Bundeskommissare unter Druck zu setzen »sollte er ja hin, definitiv als Herzog auftreten, die Stände sammeln, ein Heer organisieren! Dann mußte es sich ja zeigen, ob die Bundestruppen gegen ihn einschritten – das mußte ein für allemal riskiert werden! So war die Abrede mit uns, die der H[erzog] gebrochen hat«, schrieb Schulze. Eine Anerkennung durch den Bund hielt er unter diesen Bedingungen für aussichtslos. »Keine Zeit durfte er der Diplomatie lassen, darauf gehn mußte er rücksichtslos, dann kam der Bund nach. Jetzt durch die gewonnene Frist haben seine Gegner schon halb gewonnen«.[39] Das Verhalten des Augustenburgers gefährdete darüber hinaus die Kriegsstrategie. Es stand zu befürchten, daß die Preußen und Österreich in Holstein einmarschieren und über die Köpfe der nationalen Bewegung hinweg einen friedlichen Ausgleich mit Dänemark verfolgten.

Die geschäftsleitende Kommission des 36er-Ausschusses versuchte, den Druck auf den Augustenburger zu erhöhen, indem sie sich mit einem scharfen Brief außerstande erklärte, Gelder zu überweisen, wenn es nicht umgehend zur offiziellen und persönlichen Kontaktaufnahme käme. Gleichzeitig versuchte sie die Vorbehalte des Augustenburgers zu zerstreuen, indem sie erklärte, daß es ihr weniger auf öffentliche Demonstrationen als auf ein »geräuschloses Einverständnis« ankomme.[40] Brater und Müller konnten ihrer Forderung dadurch Nachdruck verleihen, daß die badische Regierung sie in ihrer quasi-parlamentarischen Kontrollfunktion unterstützte: diese hatte aus Mitteln des badischen Bundesausschusses für Schleswig-Holstein 40 000 fl. mit der Auflage nach Frankfurt gehen lassen, sie der herzoglichen Regierung zu übermitteln.[41] Tatsächlich ging jetzt endlich die Einladung zu einem Gespräch am 5. Januar in Frankfurt ein.[42] Am nächsten Morgen brachen Brater und Kolb nach Kiel auf.[43]

Die Ergebnisse der zweitägigen Unterredung mit Samwer und Francke, der sich ein kurzes Treffen mit dem Augustenburger anschloß, lassen sich aus einem von Francke verfaßten Brief erschließen, der die erzielte Vereinbarung aus der Sicht der herzoglichen Regierung zusammenfaßte: danach

---

38 Bereits am 16.12. hatte Roggenbach gedrängt, Friedrich solle sofort holsteinischen Boden betreten, die Stände berufen, eine Regierung bilden und eine Aufforderung zur Rückkehr der schleswig-holsteinischen Truppen erlassen, und zwar vor dem Einmarsch der Bundestruppen. Roggenbach hielt das Spekulieren auf preußische Unterstützung in der Anerkennungsfrage für aussichtslos, die einzige Chance des Augustenburgers liege in entschlossenem Handeln, Roggenbach an Samwer, 16.12.1863, in: G. Lechner, Bd. 89, 1964, S. 52 f.

39 Schulze an Henneberg, 1.1.1864, BVRB, IV, Bl. 50. Einige Tage später sah Schulze seine Befürchtungen bestätigt: »Ehe der Bund mit der Anerkennung der Erbfolge des Herzogs fertig ist, haben wahrscheinlich Österreich und Preußen die Herzogtümer schon besetzt und jede Volksbewaffnung, jede Heeres- und sonstige Organisation des Herzogs ist unmöglich«, Schulze an Henneberg, o. D., ebd., VIII, Bl. 128.

40 Kommission an Francke, 3.1.1864, LASH, Abt. 22 IV DD IV, 25.

41 Müller an Francke, 6.1.1864, ebd.

42 Konzept o. D., ebd.

43 Brater an Bluntschli, 5.1.1864, UB Zürich, Nl. Bluntschli. Demnach sollte auch Häusser teilnehmen, der aber unentschlossen war und verzichtete. A. Varrentrapp warnte Francke vor Kolb, den er als weit links stehend kennzeichnete, während Häusser und Brater zuverlässig seien, A. Varrentrapp an Francke, 5.1.1864, LASH, Abt. 22 IV DD IV, 25.

erklärte sich dieselbe bereit, daran mitzuwirken, »daß der Einklang zwischen der vom Ausschuß repräsentierten nationalen Bewegung und ihren eigenen auf Befreiung Schleswig-Holsteins gerichteten Bestrebungen« erhalten werde. Die künftige »Teilnahme der Nation« auf dem Wege der Übersendung von Geldmitteln wurde ebenso anerkannt wie das Recht der Geber, über die Verwendung der Gelder zu entscheiden. Francke sagte zu, daß die eingehenden Gelder ausschließlich für militärische Zwecke verwendet würden; zugleich erkannte er den 36er-Ausschuß als Organ der Vermittlung zwischen den Schleswig-Holstein-Komitees und der augustenburgischen Regierung an und akzeptierte die quasi-parlamentarische Rolle des 36er-Ausschusses.[44]

Trotz dieses augenscheinlichen Teilerfolgs blieb das Verhandlungsergebnis im ganzen enttäuschend. Den politischen Kern der Gespräche brachte Brater knapp auf den Punkt: der Herzog wolle stillhalten, bis beim Bundestag die Anerkennungsfrage erledigt sei.[45] Erst nachdem der Bundestag am 14. Januar 1864 den österreichisch-preußischen Antrag auf »Pfandbesetzung« Schleswigs mit der nunmehr deutlichen Mehrheit von 11 zu 5 Stimmen zurückgewiesen hatte, faßte der Augustenburger Mut. Mit der Rechtsfigur der »Pfandbesetzung« hatten die Großmächte beabsichtigt, sich einen Rechtstitel für den Einmarsch in Schleswig zu verschaffen, ohne von den Vereinbarungen des Londoner Protokolls förmlich abweichen zu müssen. Schleswig sollte als »Pfand« dienen, um Dänemark in Friedensverhandlungen zur Rückkehr des international festgeschriebenen Rechtszustands von 1852 zu zwingen. Auf die Erbfolgefrage angewendet bedeutete der ablehnende Bundesbeschluß, daß die überwiegende Mehrheit der Bundesmitglieder die dänische Thronfolge in Schleswig und Holstein nicht anerkannte und eine über die Londoner Protokolle hinausgehende Lösung anstrebte.

Am 15. Januar traf die Ankündigung Franckes in Frankfurt ein, daß die Regierung nun bereit sei, Uniformen und Waffen zu kaufen und mit dem Aufbau einer schleswig-holsteinischen Armee zu beginnen. Die Summe der kurzfristig benötigten Finanzmittel veranschlagte er auf rund 217 000 Taler.[46] Wie sich auf Nachfrage der Kommission zeigte, wollte die herzogliche Regierung die erste zugesagte Rate in Höhe von 50 000 Talern zum Ankauf von Tuch für die Anfertigung von Uniformen verwenden. Die Kommission stellte jedoch klar, daß sie ihre Gelder ausschließlich für Waffenkäufe zur Verfügung stellen werde.[47] Die erste Zahlung in Höhe von 88 291 Talern erging

---

44 Francke an 36er-Ausschuß, 8. 1. 1864, LASH, Abt. 22, IV DD II, 13; Abschrift im BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 4 f.; das wichtige Schreiben wurde auszugsweise in der WSchNV, Nr. 195, 21. 1. 1864, veröffentlicht, die Geschäftsgrundlage des »geräuschlosen Einverständnisses« konnte also jeder Interessierte zur Kenntnis nehmen.

45 Vgl. den undatierten Brief Braters an seine Frau bei A. Sapper, 1908, S. 159 f.; ferner Kommission an Francke, 11. 1. 1864, LASH, Abt. 22, IV DD IV, 25.

46 Vgl. den Schlußbericht des Kriegsdepartements über die Verhandlungen mit dem 36er-Ausschuß, LASH, Abt. 22, IV DD II, 13.

47 Kommission an Francke, 18. 1. 1864, LASH, Abt. 22, IV DD II, 13; Kommission an Du Plat, 1. 2. 1864, ebd. Die zögerliche Politik des Augustenburgers verfehlte nicht ihre Wirkung auf die Freiwilligenbewegung, die im Januar ins Stocken geriet. Bis zum 15. 1. hatten sich beim 36er-Ausschuß erst 31 Offiziere und Ärzte gemeldet, meist Veteranen, vgl. die Liste des 36er-Ausschusses in LASH, Abt. 22, IV DD II, 3. Die Kommission wies den Augustenbur-

unter diesen Umständen erst am 1. März 1864, zu einem Zeitpunkt, bei dem an eine Aufstellung eines augustenburgischen Heeres ohne Zustimmung des Bundestags, und zwar einschließlich der Stimmen Österreichs und Preußens, nicht mehr zu denken war. Am 4. April folgten noch einmal 22 488 Taler[48], am 25. April 1864 in einer letzten Zahlung weitere 60 000 Taler.[49] Damit waren die Geldüberweisungen, die über den Kieler Bankier Ahlmann[50] in aller Diskretion abgewickelt wurden, beendet. Die letzte Korrespondenz zwischen der Kommission und dem herzoglichen Kriegsdepartment fand am 19. November 1864 mit der Übersendung der noch fehlenden Kaufbelege statt. Insgesamt erhielt die augustenburgische Nebenregierung durch den 36er-Ausschuß in drei Zahlungen 170 779 Taler aus Spendenmitteln überwiesen.[51] Das war beinahe das doppelte der »Flottengelder«, die der Nationalverein dem preußischen Marineministerium zur Verfügung gestellt hatte. Aus diesen Mitteln schaffte das augustenburgische Kriegsdepartement u. a. 37 gußstählerne Kanonen der Firma Krupp in Essen, 7 laffetierte Kanonen, 12 Laffeten, 26 Munitionswagen, 1 Batterie-Vorratswagen, 6 000 Gewehre, 200 Zentner Pulver und 600 000 Schuß Gewehrmunition an – ohne jeden erkennbaren politischen Nutzen für die nationale Verfassungsbewegung.[52] Mehr als die wenigen hundert Hamburger bzw. Altonaer Freiwilligen sind zu keinem Zeitpunkt vom Augustenburger und vom 36er-Ausschuß unterhalten worden. Im Rechenschaftsbericht des 36er-Ausschusses vom Oktober 1865 hieß es über das Schicksal der Freiwilligen, sie seien von der irrigen Annahme ausgegangen, »daß ein schleswig-holsteinisches Heer bereits in der Bildung begriffen sei und der Eintritt jederzeit erfolgen könne. Die Beteiligten wurden über ihren Irrtum aufgeklärt und später, nach dem Einmarsch der österreichischen und preußischen Truppen, hörten diese Anmeldungen auf.« Der 36er-Ausschuß finanzierte schließlich die Rückreise der »hülflos in der Fremde sich umhertreibenden« jungen Männer.[53]

---

ger mehrfach auf die Ursachen für den Rückgang der Freiwilligenbewegung hin, indem sie u. a. ein Schreiben des Vorsitzenden des Mittelrheinischen Turnbunds Ludwig Büchner übersandte, das kritisierte, daß die Freiwilligen nichts über ihre Rechte und Pflichten in einer von der allgemeinen Wehrpflicht abgesonderten Armee wüßten und sich dies nicht mit ihren Ansprüchen auf persönliche Selbständigkeit vereinbaren ließe.

48 Kommission an Du Plat, 1. 3. 1864 und 4. 4. 1864, LASH, Abt. 22, IV DD II, 13.

49 Ebd.

50 Hans Wilhelm Ahlmann (1817–1910), ev.; kaufmännische Lehre, Studium der Philosophie und Nationalökonomie in Hamburg, Berlin, Tübingen; seit 1852 Bankier in Kiel; 1848 Sekretär der provisorischen Regierung; mit T. Mommsen Hg. der Schleswig-Holsteinischen Zeitung; führendes Mitglied des NV in Kiel und des Engeren Ausschusses der Schleswig-Holsteinischen Vereine; MdL 1848, 1868; vgl. NDB 1, S. 111 f.; Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein, Bd. 1, 1970, S. 24 f.; H. Hagenah, Ahlmann, 1930.

51 J. Daebel, 1969, S. 284, gibt die Summe mit 341 813 fl. (über 235 000 Taler) an, die er aus den veröffentlichten Rechenschaftsberichten des 36er-Ausschusses übernimmt. Der 36er-Ausschuß faßte unter diesem Posten jedoch nicht nur die an Friedrich überwiesenen, sondern auch die »in Übereinstimmung« mit diesem verwendeten Gelder zusammen; dabei dürfte es sich um alle diejenigen Posten handeln, die er nicht offenlegen wollte.

52 Der Schriftwechsel über die Zahlungen des 36er-Ausschusses an das Kriegsdepartement inklusive der Kaufbelege und detaillierte Aufstellungen über die Verwendung der Gelder befindet sich im LASH, Abt. 22, IV DD II, 13. Dort ist auch der ausführliche Schlußbericht des Kriegsdepartements über die Verhandlungen mit dem 36er-Ausschuß enthalten.

53 Verhandlungen AT IV (1865), S. 16; vgl. auch den Geschäftsbericht als Anlage zu A-Prot.AT, 9. 4. 1864, GSTA-M, Nl. Zitelmann, 109, Bl. 3 ff.

Faßt man das Resultat der seit dem 22. November verfolgten Politik des Nationalvereins und des Abgeordnetentags zusammen, die darauf gezielt hatte, erstens den Sturz Bismarcks zu bewirken und zweitens in Kooperation mit dem augustenburgischen Thronprätendenten den Kern für ein schleswig-holsteinisches Bundeskontingent aufzubauen, um auf diese Weise den politischen Druck auf den Bundestag zu erhöhen und einen auf die regulären Truppen gestützten nationalen Krieg gegen Dänemark zu entfesseln, so stand die nationale Verfassungsbewegung bereits Mitte Januar 1864 vor einem Scherbenhaufen. Der Sturz Bismarcks war ihr nicht gelungen, im Gegenteil, seine Stellung schien sich mehr und mehr zu festigen. Auch der Versuch zur Entfesselung eines nationalen Kriegs war mißlungen. Vielmehr drohte jetzt die Gefahr, daß Österreich und Preußen im Stile antinationaler Kabinettspolitik über den Kopf der Nation hinweg die Wiederherstellung des Londoner Protokolls militärisch durchsetzten. Ein irgendwie gearteter Fortschritt in der nationalen Verfassungsfrage war auf diesem Wege nicht zu gewärtigen.

Die Ursache für das Scheitern lag in erster Linie in der völligen Fehleinschätzung des Augustenburgers, der sich auf das abenteuerliche Experiment einer halbrevolutionären Politik nicht einlassen wollte und deshalb die Einlösung seiner vagen Zusagen solange hinausgezögert hatte, bis die Realisierung der nationalvereinlichen Strategie unmöglich wurde. Nach dem Einmarsch der österreichischen und preußischen Truppen in Holstein am 21. Januar blieb dem 36er-Ausschuß in der Schleswig-Holstein-Frage nur noch die Möglichkeit, durch die propagandistische Unterstützung der Politik der Mittelstaaten einen begrenzten Einfluß auf die Entwicklung zu behalten: wenn es gelang, den Bundestag zur Anerkennung des Augustenburgers zu bringen, hätten die beiden deutschen Großmächte nur um den Preis eines radikalen Bruchs des Bundesrechts an ihrer Politik der »Pfandbesetzung« Schleswigs festhalten können, die ja auf der Annahme der Rechtmäßigkeit der dänischen Thronfolge basierte. Womöglich gelang es auf diese Weise, den Kabinettskrieg in einen Nationalkrieg um Schleswig-Holstein umzufunktionieren.

c) Die Koordinierung der Schleswig-Holstein-Vereine

Am 24. Januar, nur wenige Tage nach dem Einmarsch der preußischen und österreichischen Truppen in Holstein, kam der 36er-Ausschuß in einer äußerst gefühlsbeladenen Atmosphäre zu seiner ersten Sitzung in Frankfurt zusammen. Unter den Teilnehmern fehlten die Mitglieder aus Österreich – das hatte man erwartet –, aber auch aus Sachsen und Preußen.[54] Aus dem Fernbleiben der Preußen mag sich die außergewöhnliche Schärfe der verab-

54 Teilnehmer: Barth, Bennigsen, Bluntschli, Brater, Buff [für Pfeiffer aus Bremen; Karl Friedrich Christian Buff (1820–1891), Kaufmann, MdL 1856–68, Mitglied der Handelskammer, 1865 Präsident des deutschen Schützenfests in Bremen, seit 1868 Senator, vgl. Bremische Biographie, 1912, S. 71], Fetzer, Feustel, Fries, Häusser, Henneberg, Kolb, Lang, Metz, Müller, Nebelthau, L. Seeger, Streit, Varrentrapp, Vieweg, Völk, E. Wiggers. J. Daebel, 1969, S. 167, Anm. 1, erwähnt die Teilnahme Unruhs, die aber weder im A-Prot. noch im Bericht Sydows an Bismarck, 26. 1. 1864, GSTA-B, III. HA, 188, Bl. 375 f., vermerkt und auch wegen des Verlaufs der Sitzung unwahrscheinlich ist.

schiedeten »Ansprache an das deutsche Volk« erklären. Darin wurde das eigenmächtige und gewalttätige Vorgehen Preußens und Österreichs verurteilt, die es verwirkt hätten, die »Großmächte Deutschlands« zu heißen. Preußen und Österreich wurde vorgeworfen, zur Erfüllung rechtsleerer Verträge das Bundesrecht gebrochen zu haben. Die bundestreuen Regierungen müßten nun handeln, »wenn nicht der Glaube an die oft gerühmte Bedeutung der Mittelstaaten bis an die Wurzel getilgt werden« solle. Die konkreten Forderungen lauteten: Anerkennung des Augustenburgers und massive militärische Intervention in Holstein.[55]

Der scharfe und schwungvolle Ton der Ansprache stand im Kontrast zu dem Verlauf der Sitzung, der von dem Bemühen geprägt war, die auseinandertreibenden Kräfte zusammenzuhalten. So mußte sich der Ausschuß erstmals mit »Trias«-Plänen auseinandersetzen. Der pfälzische Demokrat Umbscheiden[56] hatte zur Besprechung des weiteren Vorgehens beim 36er-Ausschuß eine Abgeordnetenversammlung der Mittel- und Kleinstaaten angeregt und damit gegen ein Grundprinzip der Bewegung verstoßen, die sich als eine *nationale* verstand. Der Ausschuß wies derlei Ansinnen energisch zurück und ermächtigte die geschäftsleitende Kommission, für den Fall, daß die mittelstaatlichen Regierungen derartige Pläne unterbreiteten, öffentlich dagegen vorzugehen.[57]

Umgekehrt zeigten die Preußen eine nachhaltige Tendenz zum Abfall. Der von Bennigsen und Unruh zwischen dem Nationalverein und der preußischen Fortschrittspartei ausgehandelte Kompromiß war spätestens seit der schwächlichen Proklamation des Augustenburgers bei seinem Einmarsch in Holstein gefährdet. Schulze, Unruh, Löwe und Franz Duncker waren angesichts des Verhaltens Friedrichs zu der Auffassung gelangt, sie könnten »die Unterstützung dieser feigen Erbärmlichkeit« nicht vor der (preußischen?) Nation verantworten. Seinen Vertrauten Henneberg forderte Schulze auf, diesen Standpunkt den augustenburgischen Beratern und insbesondere Freytag zu verdeutlichen. Man müsse definitiv wissen, wie man mit dem Herzog stehe. Derselbe gleichsam offizielle Brief ging abschriftlich auch an die Vor-

---

55 A-Prot.AT, 24.1.1864, GSTA-M, Nl. Zitelmann, 109, Bl. 2; BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 80. Die Ansprache ist u. a. abgedruckt in WSchNV, Nr. 196, 28.1.1864; E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 144; vgl. auch das entsprechende Rundschreiben der Kommission an die Schleswig-Holstein-Komitees, 15.2.1864, SZ, Nr. 83, 15.2.1864. Die Ansicht Wentzels, die Ansprache sei ein »unverhüllter Aufruf zur Revolution«, war Panikmache ohne jede faktische Grundlage, Wentzel an Bismarck, 25.1.1864, GSTA-B, III. HA., 188, Bl. 372 f., dass. vom 6.2.1864, ebd., Bl. 394 f. Beispiele für den verschärften Ton bieten die Resolutionen des Ausschusses des rheinisch-westfälischen Provinzialkomitees für Schleswig-Holstein vom 22.1.1864, HAStK, Nl. Classen-Kappelmann, 22, und die Resolution einer Landesversammlung der Schleswig-Holstein-Vereine in Braunschweig vom 7.2.1864, STA Wolfenbüttel, 12 A Neu Fb1 Nr. 1 120, Bl. 107.

56 Philipp Friedrich Umbscheiden (1816–?), Jura-Studium in Erlangen, Würzburg; 1847 Friedensrichter in Dahn; MdNatV (NH, DH), Märzverein, Rumpfparlament, 1849 Flucht in die Schweiz; nach Rückkehr MdL 1859 ff. (FSP), vgl. R. Koch, 1989, S. 406.

57 Baumgartens konsternierte und übertreibende Äußerung, selbst die eifrigsten Vertreter der preußischen Hegemonie seien bereit, »mit Bayern Trias zu machen«, bezieht sich auf diese Diskussion im 36er-Ausschuß, Baumgarten an Sybel, 27.1.1864, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 212 f.

stände von Nationalverein und Abgeordnetentag: Fries, Bennigsen und Müller.[58]

Damit war unmißverständlich ausgesprochen, daß die preußische Fortschrittspartei den Augustenburger nur in dem Falle zu stützen bereit sein würde, wenn dieser sich mit allem persönlichen Risiko für die ursprüngliche Strategie des Nationalvereins einsetzte. Die skeptische und ablehnende Haltung der politischen Führer der Fortschrittspartei hatte sich auch in der vergleichsweise zaghaften öffentlichen Agitation niedergeschlagen.[59] Bereits in ihrer Sitzung vom 10. Januar 1864 hatte die geschäftsleitende Kommission daher Häusser beauftragt, nach Berlin zu reisen, um die Agitation in Gang zu bringen. Häusser lehnte jedoch ab.[60] In der Ausschußsitzung vom 24. Januar wurden Bennigsen, Brater und Fries mit der Angelegenheit betraut. Der zweite Versuch einer offiziellen Preußen-Mission scheiterte diesmal am Protest der preußischen Ausschußmitglieder.[61]

Infolge der in der Ausschußerklärung hervortretenden scharf antipreußischen Haltung und der zunehmend »mittelstaatlichen« Stoßrichtung der Kritik einerseits und unter dem Eindruck der beginnenden militärischen Auseinandersetzung andererseits, erwogen einige preußische Mitglieder bereits, den 36er-Ausschuß zu verlassen. Sybel hatte formell seinen Austritt aus dem Ausschuß erklärt, diesen aber auf Drängen Unruhs und der Kommission rückgängig gemacht.[62] Lediglich Twesten, der den Abgeordnetentag von Anfang an für verfehlt gehalten hatte, ließ sich von seinem Entschluß nicht abbringen.[63] Hier kündigte sich an, daß die überwiegende Mehrheit der preußischen Liberalen und Demokraten keinesfalls bereit waren, sich ernsthaft auf die Unterstützung einer Politik unter Führung der Mittelstaaten einzulassen. Ihr ursprünglicher Plan war es gewesen, die reaktionäre Regierung

---

58 Schulze an Henneberg, 1.1.1864, BVRB, IV, Bl. 50.

59 Vgl. dazu auch J. Daebel, 1969, S. 240 ff.

60 Häusser an Sybel, 11.1.1864, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 210 f.

61 Vgl. dazu A-Prot.AT, 9.–10.4.1864, GSTA-M, Nl. Zitelmann, 109, Bl. 8. Schulze wies die Vorwürfe gereizt zurück, Schulze an Henneberg, o. D., BVRB, VIII, Bl. 128. Immerhin hatte das preußische Abgeordnetenhaus am 22.1.1864 eine Anleihe abgelehnt, die das preußische Ministerium zur Finanzierung des militärischen Einsatzes in Schleswig-Holstein beantragt hatte, vgl. H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 43 ff.; J. Daebel, 1969, S. 165 ff.

62 Vgl. Unruh an Sybel, 5.4.1864, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 218.

63 Twesten hatte die von ihm gesammelten Schleswig-Holstein-Gelder nicht an den 36er-Ausschuß – dem er selbst angehörte –, sondern direkt nach Gotha zur herzoglichen Regierung überwiesen, ein klarer Loyalitätsbruch, vgl. Twesten an Lipke, 28.12.1863, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 204 f. Karl Twesten (1820–1870), Stadtgerichtsrat in Berlin, MdL 1862–70 (FSP, NLP) hatte bereits eine Teilnahme am Weimarer Abgeordnetentag abgelehnt und dessen Beschlüsse, bei denen seine politischen Freunde »ihre Nationalvereinsabsichten ganz haben unter den Scheffel stellen müssen«, scharf kritisiert, Twesten an Lipke, 1.10.1862, ebd., S. 117 f. Twesten gehörte anders als gemeinhin angenommen zumindest vorübergehend dem NV an (vgl. die Liste der Berliner Mitglieder im GSTA-P, 9541, Bl. 64 ff.) Während der Schleswig-Holstein-Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses gehörte er zu den wenigen, die von Anfang an die Unterstützung Bismarcks in der Außenpolitik verlangten; vgl. zu ihm ADB 39, S. 34 ff.; V. Renner, 1954. Dort, S. 91 ff., einige Hinweise zu dem Disziplinarprozeß gegen Twesten wegen seiner Teilnahme am AT III (1863).

Bismarck zu stürzen bzw. zu einer nationalen Politik zu zwingen. Als dies angesichts der Erfolge seiner Politik immer unwahrscheinlicher wurde, begannen die preußischen Nationalisten sich umzuorientieren. Der Ausschuß lief Gefahr, sich von einem nationalen Gremium zu einem Organ des südwestdeutschen Liberalismus zu verengen; diese Tendenz wurde durch die Kooptation des Württembergers Oesterlen und der Bayern Christmann[64], Redwitz und Arnheim verstärkt.[65]

Spätestens seit dem Einmarsch der preußischen und österreichischen Truppen in Schleswig am 1. Februar 1864 agierte der 36er-Ausschuß nur noch aus der Defensive. In einem Rundschreiben an die Schleswig-Holstein-Komitees mußte die Kommission sich bereits gegen Vorwürfe verteidigen, daß noch immer keine Anzeichen zur Bildung eines schleswig-holsteinischen Heeres erkennbar seien.[66] Um der wachsenden Kritik entgegenzuwirken, bemühte sich die geschäftsleitende Kommission in mehreren Umlaufschreiben an sämtliche Schleswig-Holstein-Vereine, die bisherigen Erfolge ihrer Tätigkeit herauszustellen. Sie beanspruchte, mit dem organisierten Druck der Bewegung die Majorisierung Österreichs und Preußens am Bundestag bewirkt, aber auch die Großmächte in ihrer Politik beeinflußt zu haben. Österreich und Preußen seien »von der öffentlichen Meinung nach Schleswig getrieben worden«.[67] Wie begründet diese Argumentation auch sein mochte, sie konnte das Verebben der Schleswig-Holstein-Bewegung nicht verhindern. Das Nachlassen der Bewegung läßt sich nachdrücklich an der Entwicklung des Spendenaufkommens belegen. Hatte der Ausschuß allein im Januar 1864 283 500 fl. eingenommen, so konnte in den folgenden sechs Wochen noch 154 000 fl. und von Mitte März bis Ende Oktober nur noch 161 000 fl. verbuchen.[68]

Nach dem Scheitern der Würzburger Konferenz der Mittelstaaten Mitte Februar 1864 zeichnete sich jedoch ab, daß für die Erringung augustenburgischer Mehrheiten am Bundestag keine Aussicht bestand. Auf die bedingungslose Konfrontation mit Österreich und Preußen, die höchstwahrscheinlich zur Sprengung des Deutschen Bundes geführt hätte, wollten sich die Mittelstaaten nicht einlassen. Damit war die Absicht des 36er-Ausschusses, den Kabinettskrieg der Großmächte auf dem Wege der Anerkennung des Augustenburgers in einen Nationalkrieg zur Befreiung der Herzogtümer umzuwandeln, engültig gescheitert. Eine weitergehende Unterstützung des

---

64 Rudolf Eduard Christmann (1814–1867), Weingutsbesitzer aus Dürkheim; Vorparlament; MdNatV (DH); Märzverein; Rumpfparlament; MdL 1843–49, 1863–67; A-AT 1864–65; vgl. R. Koch, 1989, S. 115.

65 SZ, Nr. 44, 25. 1. 1864. Bis auf Christmann lehnten sie jedoch ihre Mitwirkung förmlich ab bzw. nahmen an keiner der folgenden Sitzungen teil. Ferner wurde Oetker kooptiert.

66 Kommission an Schleswig-Holstein-Vereine, 5. 2. 1864, SZ, Nr. 66, 6. 2. 1864.

67 Kommission an Schleswig-Holstein-Komitees, 11. 2. 1864, H. Schulthess, 1864, S. 59 f.; ganz ähnlich auch im Rundschreiben vom 18. 3., SZ, Nr. 145, 19. 3. 1864.

68 Laut Rechenschaftsbericht, Verhandlungen AT IV (1865), S. 15. Die Aufrufe zu Spenden für die unter den Kriegsfolgen leidende schleswig-holsteinische Bevölkerung (erstmals durch das Rundschreiben an die Schleswig-Holstein-Komitees vom 23. 2. 1863, in: SZ, Nr. 98, 23. 2. 1864), zu denen die Kommission 10 000 T. beisteuerte, erbrachten bis zum 1. 10. 1865 immerhin 189 717 fl., vgl. Verhandlungen AT IV (1865), S. 27.

Augustenburgers machte keinen Sinn mehr; und zur Unterstützung Preußens und Österreichs, die mit wachsenden militärischen Erfolgen gegen Dänemark vorgingen, besaß der Ausschuß weder ein Mandat noch das notwendige Vertrauen. Es hätte daher nahegelegen, bereits jetzt die Schleswig-Holstein-Agitation einzustellen, den Nationalverein zu reaktivieren und sich ganz auf die nationale Verfassungsfrage zu konzentrieren, wie es im Herbst des Jahres geschah.

Wenn der 36er-Ausschuß die Schleswig-Holstein-Agitation dennoch bis in den August des Jahres fortführte, so vor allem deshalb, weil er sicher gehen wollte, daß der Krieg der Großmächte zur staatsrechtlichen Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark führte. Da man der österreichischen wie der preußischen Regierung zutraute, unter Mißachtung nationaler Interessen eine international vermittelte Kompromißlösung nach Art der Londoner Vereinbarungen von 1852 zu akzeptieren, erschien die Betonung des »nationalen« Standpunktes durchaus sinnvoll, zumal er den europäischen Mächten die »Legitimität« des kriegerischen Vorgehens signalisierte. Dabei zeigte sich jedoch, daß der 36er-Ausschuß, oder präziser, die geschäftsleitende Kommission, mehr und mehr in die Isolierung geriet.

Die politischen Aktionsmöglichkeiten des 36er-Ausschusses hatten sich auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung begrenzt. Zu diesem Zweck griff die Kommission auf die vom Nationalverein mit Erfolg praktizierte Methode zentral organisierter Volksversammlungen zurück, die am Ostermontag 1864 in ganz Deutschland abgehalten werden sollten. Sie entwarf dazu einen Resolutionstext, den sie den Versammlungen zur Annahme empfahl. Darin wurde Schleswig-Holstein das Recht zugesprochen, von Dänemark getrennt unter einem eigenen Fürsten zu leben; jede Vereinbarung mit fremden Mächten, die gegen den Willen des Volkes geschlossen werde, sei null und nichtig. Verbunden wurde der Aufruf mit der Forderung nach einem deutschen Parlament. Die Resolution endete mit einer jener typischen schillernden Formulierungen, die die Kommission wahrscheinlich für volkstümlich hielt und deren pseudoradikales Pathos sich durchaus im revolutionären Sinne interpretieren ließ: »Verhallt jede Ermahnung erfolglos, so mögen die Schuldigen dem verdienten Geschick anheim fallen«.[69]

Auffällig ist, daß der Aufruf zum ersten Male den Augustenburger nicht mehr erwähnte. Dieser Richtungswandel wurde in einem mit »Herzog Friedrich« überschriebenen Artikel der Süddeutschen Zeitung erläutert, der unter unbekanntem Sigel erschien und vermutlich von Brater stammte, mit Sicherheit jedoch die Billigung der Kommission besaß. Da die Anerkennung Friedrichs durch den Bundestag immer fraglicher werde und der Herzog selbst die Gunst der Stunde nicht genutzt habe, hieß es, »trete die Person dieses Fürsten [...] in den politischen Hintergrund zurück«. Kritik wurde auch an den altliberalen Ratgebern Friedrichs geübt, die ihn nicht zu energischem Handeln angetrieben, sondern auf die Anerkennung durch den

69 Vgl. die vorbereitenden Schreiben der geschäftsleitenden Kommission an den 36er-Ausschuß vom 7. 3. 1864 und 18. 3. 1864, BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 83 f., 80 f.; der definitive Text des Frankfurter Resolutionsentwurfs u. a. in CAZ, Nr. 65, 27. 3. 1864.

Bundestag spekuliert hätten.[70] Die Kommission unternahm hier den Versuch, sich von der mehr und mehr zur politischen Belastung werdenden Bindung an den Augustenburger zu befreien.

In seinem politischen Rechenschaftsbericht sprach der Ausschuß von insgesamt 269 Versammlungen mit etwa 250 000 Teilnehmern in allen Teilen Deutschlands mit Ausnahme Österreich, die die Erklärung unverändert oder mit unwesentlichen Abweichungen angenommen hätten.[71] Die Wirklichkeit sah weniger eindrucksvoll aus. Daebel hat die tatsächliche Beteiligung wohl realistischer auf höchstens 75 000 bis 100 000 Menschen geschätzt.[72] Typisch mag der Verlauf der Frankfurter Versammlung gewesen sein, die mit 800–1 000 Besuchern zu den größeren Zusammenkünften zählte. Laut dem Bericht des preußischen Residenten Wentzels machte das ganze »den Eindruck eines Spiels mit verteilten Rollen, dessen größerer Teil bei dem versammelten Publikum unverkennbare Langeweile erregte und dem man nur zu sehr anmerkte, wie es auf Bestellung abgespielt wurde und die handelnden Personen sich beeilten, so schnell wie möglich zum Schluß zu kommen«.[73]

Auch hinsichtlich der Annahme abweichender Erklärungen hatte der Ausschuß ein zu günstiges Bild der Wirklichkeit gezeichnet. In Württemberg hatten 34 der 54 nachweisbaren Volksversammlungen für das demokratische Programm der neugegründeten extrem föderalistischen Volkspartei gestimmt, die damit einen ersten durchschlagenden Erfolg erzielte. Im Unterschied zum Resolutionsentwurf des 36er-Ausschusses hielt das volksparteiliche Programm an der Erbfolge Friedrichs VIII. fest und stellte, begleitet von heftigen Attacken gegen Österreich und Preußen, die Forderung nach einem nationalen Parlament in den Mittelpunkt.[74]

In die entgegengesetzte Richtung wichen die Resolutionen der preußischen Volksversammlungen ab, die durchweg einem im Namen des Zentralwahlkomitees der Fortschrittspartei von Unruh, Löwe und Runge verfaßten Entwurf folgten. Wie der Frankfurter Entwurf begann auch dieser mit der Forderung nach der Trennung der Herzogtümer von Dänemark und gestand der Bevölkerung Schleswig-Holsteins das Recht zu, einen Staat unter einem selbständigen Fürsten zu konstituieren, wobei der Augustenburger nicht erwähnt wurde. Die charakteristische Abweichung enthielt erst der dritte

---

70 SZ, Nr. 140, 17. 3. 1864.

71 Verhandlungen AT IV (1865), S. 20; vgl. auch die Übersichten in AFC, Nr. 10, 1. 4. 1864, Nr. 11, 4. 4. 1864; J. Daebel, 1969, S. 228, mit regionaler Aufschlüsselung.

72 J. Daebel, ebd., S. 207.

73 Bericht vom 28. 3. 1864, GSTA-B, III. HA., Nr. 188, Bl. 415 f.; GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 3, Bl. 39 ff.

74 Text der volksparteilichen Resolution im Beobachter, Nr. 69, 23. 3. 1864; Original WLB, Nl. Hölder, VI, Bl. 146; vgl. HSTA Stuttgart, E 146 III, 1970; L. Pfau, Osterversammlungen, in: ders., Politisches und Polemisches, 1895, S. 146 ff.; A. Rapp, 1910, S. 96 f.; G. Runge, 1970, S. 33 ff. (Runge bringt die detailliertesten Belege; nach ihr die Zahlen); D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 320 f.; H. Brandt, 1987, S. 720. Auch in Baden kam es vereinzelt zu abweichenden Erklärungen von links, die jedoch im Unterschied zu Württemberg ganz auf das demokratische Element abstellten; vgl. J. Venedey, Freiburger Zusätze, 1864. In Karlsruhe mußte Häusser auftreten, um die Annahme einer schärferen Resolution Eckardts zu verhindern, vgl. R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 141.

Punkt, der eine eindeutige Anerkennung der militärischen Erfolge der Großmächte enthielt: das Zentralwahlkomitee forderte Preußen und Österreich auf, die Preisgabe dessen zu verhindern, was mit dem Blut tapferer Krieger gewonnen worden sei. Auch die Forderung nach einem nationalen Parlament war in den Vorschlägen des Zentralwahlkomitees nicht enthalten: es blieb jedoch frei gestellt, die entsprechenden Passagen der Frankfurter Resolution zu übernehmen. Soweit ersichtlich, bekannte sich keine der 47 preußischen Versammlungen zum Programm des 36er-Ausschusses.[75]

Resümiert man das Ergebnis der Osterversammlungen aus Sicht der geschäftsleitenden Kommission, so bleibt festzuhalten, daß sie keineswegs mehr über hinreichende Autorität verfügte, die unterschiedlichen Auffassungen durch Formelkompromisse zu überdecken. Ihr Anspruch, im Namen sämtlicher Schleswig-Holstein-Komitees bzw. im Namen der Nation zu sprechen, drohte immer mehr zur Farce zu werden. An diesem Ergebnis konnte auch der Versuch des 36er-Ausschusses nichts mehr ändern, den fortschreitenden Vertrauensverlust durch eine gemeinsame Konferenz mit den Vertretern der Landes- und Provinzialkomitees abzufangen.

Zu der Vorbereitungssitzung des 36er-Ausschusses am 9. April hatten sich nur noch 14 Personen, darunter 11 Süddeutsche, in Frankfurt eingefunden.[76] Auf der Tagesordnung dieser zweiten Sitzung des Gesamtausschusses stand außerdem die anlaufende Londoner Konferenz der europäischen Mächte, die den Krieg um Schleswig-Holstein im internationalen Rahmen schlichten sollte. Die Position gegenüber der Londoner Konferenz war klar: sie wurde als Beeinträchtigung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Deutschen verstanden. Für einen wirksamen Protest gegen die internationale Verfügung über Schleswig-Holstein standen drei Möglichkeiten zur Diskussion. Den Plan, eine weitere Abgeordnetenversammlung zu berufen, verwarf man, da die Beteiligung vermutlich weitaus geringer als im Dezember ausfallen würde. Ebenso verzichtete man angesichts der niederschmetternden Erfahrungen

---

75 Rundschreiben von Unruh, Löwe, Runge an Vertrauensleute der FSP, 22. 3. 1864, HAStK, Nl. Classen-Kappelmann, 22. Insgesamt fanden in Preußen 47 Versammlungen statt, in Berlin wurde auf die Parlamentsforderung verzichtet (N. Süssmilch, Entwicklung, 1978, S. 16 ff.), in Köln und Dortmund dagegen die Berliner Anträge plus Parlamentsforderung angenommen (T. Parent, 1982, S. 244, Anm. 39). Nach der RhZ wichen die Resolutionen in fast allen Orten Preußens und in Württemberg vom Vorschlag des 36er-Ausschusses ab, zum größeren Teil auch in Bayern. In den übrigen Staaten habe man dagegen die Frankfurter Beschlüsse im wesentlichen übernommen, RhZ, Nr. 94, 4. 4. 1864. Dies bestätigt für Thüringen die Arbeit K. Bechsteins, Öffentliche Meinung Thüringens, 1922/24, S. 186 f. (in Weimar nahm eine Landesversammlung unter Vorsitz Fries' die Resolution des 36er-Ausschusses an); die CAZ Streits empfahl die Frankfurter Resolution, CAZ, Nr. 65, 27. 3. 1864.

76 A-Prot.AT, 9.–10. 4. 1864, GSTA-M, Nl. Zitelmann, 109, Bl. 3 ff.; vgl. die offizielle Pressemitteilung in AFC, Nr. 13, 10. 4. 1864 sowie die Zeitungsberichte in WSchNV, Nr. 208, 21. 4. 1864; CAZ, Nr. 69, 24. 4. 1864. Teilnehmer: Brater, Christmann, Fetzer, Feustel, Gildemeister (für Pfeiffer; Otto Gildemeister (1823–1902), ehemals Redakteur des WZ, seit 1852 Senatssekretär und seit 1857 Senator; im Herbst 1866 Bevollmächtigter Bremens bei den Verfassungsberatungen zum Norddeutschen Bund; seit 1871 Bürgermeister; vgl. Bremische Biographie, 1912, S. 174 ff.), Häusser, Kolb, Metz, Müller, Streit, Sybel, Tafel, G. Varrentrapp und Vieweg.

der Osterversammlungen auf eine weitere Serie von Volksversammlungen. Stattdessen beschloß man, eine demonstrative Protestnote auszuarbeiten, die man den deutschen Landtagsabgeordneten zur Unterschrift vorlegen und dann förmlich der Londoner Konferenz übergeben wollte.

Um der geringer werdenden Resonanz in der Bevölkerung entgegenzuwirken, wurde zusätzlich die Finanzierung einer Broschüre beschlossen, die in einfacher Sprache die Geschichte Schleswig-Holsteins seit 1460 darstellte und den Standpunkt des Abgeordnetentags und seines Ausschusses erläuterte. Die von Wilbrandt stammende Schrift wurde bei dem Ausschußmitglied Vieweg[77] verlegt und in 127 000 Exemplaren verteilt und verkauft.[78] Abschließend genehmigte man einen ausführlichen Rechenschaftsbericht zur Vorlage für die Delegiertenversammlung.

Nachdem man diese Vorentscheidungen getroffen hatte, ging man am folgenden Tag in die erweiterte Sitzung.[79] Indem man die Delegierten der Landes- und Provinzialverbände der Schleswig-Holstein-Vereine hinzugezogen hatte, wollte man der wachsenden Kritik an der zentralistischen Herrschaftsausübung des 36er-Ausschusses entgegenwirken. Tatsächlich hatten sich rund fünfzig Delegierte aus 28 Städten und von sämtlichen bestehenden Schleswig-Holstein-Landesausschüssen in Frankfurt eingefunden.[80] Zunächst kreiste die Diskussion um die Verbesserung der Kommunikation zwischen dem Zentralausschuß und den Provinzial- und Landeskomitees. Zu diesem Zweck vertrieb die Kommission bereits seit März 1864 die sogenannte »Autographische Frankfurter Correspondenz«, die sich unter Leitung von Wilbrandt[81] an die Schleswig-Holstein-Vereine und die geneigte Presse richtete, und anfangs in zwei Nummern, seit Juli nur noch einmal wöchentlich über die Aktivitäten der einzelnen Vereine berichtete, Nachrichten über Bundestags-Sitzungen brachte, Spendenberichte vorlegte und offizielle Mitteilungen und Rundschreiben der geschäftsleitenden Kommission wiedergab.[82]

---

77 Eduard Vieweg (1797–1888); 1813 Freiwilliger; Verleger und Besitzer einer Papierfabrik in Braunschweig; seit 1848 Hg. der Deutschen Reichszeitung; 1852–61 im Direktorium der Braunschweiger Bank; Stadtverordneter 1839–55; MdL 1848–67; A-AT 1863–66; vgl. ADB 39, S. 690 ff.

78 A. Wilbrandt, Für Schleswig-Holstein, 1864 (auch in: A. Wilbrandt, Gespräche und Monologe).

79 Protokoll der Versammlung vom 10. 4. 1864 in GSTA-M, Nl. Zitelmann, 109, Bl. 11 f.; Agentenbericht GSTA-M, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 120, Bd. 3, Bl. 51 ff.; AFC, Nr. 13, 10. 4. 1864.

80 Die ursprünglich dem A-Prot. beigelegte Teilnehmerliste konnte nicht aufgefunden werden. Nach dem Merseburger Bericht waren über die oben genannten Ausschußmitglieder hinaus mindestens anwesend: Aronheim, K. Barth, Baumeister, Bennigsen, Biedermann, Braun, Briegleb, Bürgers, Claussen, v.Cronberg, Fries, Godeffroy, Henneberg, Hildebrand, Hoyer, Kornberg, Ladenburg, Ladendorff, Lang, Löwe, Miquel, Nauwerck, Nebelthau, Oetker, Otto, Pfeiffer, Rave, Rieger, Schlimper, Sterzing, E. Wiggers, Wuttke, Vieweg, Volkhausen, Völk, Zinn.

81 A. Wilbrandt, Erinnerungen, 1907, S. 143 ff.

82 Exemplar in UB Heidelberg, Nl. Häusser, 1453. Von den 50 erschienenen Nummern fehlen die Nrn. 1–3, 5, 48, 49. Die Schlußnummer 50 erschien am 30. 9. 1864, also zeitgleich mit dem Wiener Frieden, der das Ende der Schleswig-Holstein-Bewegung bedeutete.

Der Machtanspruch des 36er-Ausschusses geriet vor allem von links unter Druck. Zur Verbesserung der Verbandsstruktur verlangte der radikale Demokrat Ladendorf die »Zentralisation« der Schleswig-Holstein-Vereine, indem er die föderative Vorort-Organisation durch eine einheitliche Verbandsstruktur mit Willensbildung von unten nach oben ersetzen wollte. Dieser auf die Demokratisierung der Organisation zielende Vorschlag wurde auf Widerspruch der nationalvereinlichen Richtung abgewiesen. Zur Korrektur des organisatorischen Grundfehlers, durch den 36er-Ausschuß als freischwebendem »Zentralorgan« die politische Führung über unabhängige Vereine zu beanspruchen, fand sich die Mehrheit auch angesichts des Fiaskos der Osterversammlungen nicht bereit, weil dies die Machtverhältnisse in Frage gestellt hätte. Daß die Vereine künftig von Zeit zu Zeit Berichte an den Zentralausschuß über den Stand der Bewegung, Spendensammlungen, Freiwillige usw. richten sollten, war kein Ersatz für die fällige Strukturreform; diejenigen, die bereits auf eine Reaktivierung des Nationalvereins setzten, konnten allerdings an einer solchen Reform kein ernsthaftes Interesse besitzen.

Die Versammlung mußte sich mit weiteren radikaldemokratischen Anträgen auseinandersetzen: zum letzten Mal in der deutschen Geschichte beratschlagten hier überzeugte Konstitutionelle wie Sybel, Varrentrapp und Häusser mit tatbereiten Revolutionären über die einzuschlagende Politik. Vor allem die Anträge von Nauwerck, Ladendorf und Zinn, den Abgesandten des Zentralausschusses der Schleswig-Holstein-Vereine der Schweiz[83], dürfte den Konstitutionellen die Blässe ins Gesicht getrieben haben. In einem fünf Punkte umfassenden Antrag forderten sie 1) den Einsatz aller Mittel für die Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark, 2) die Organisation des Volkes in kleineren und größeren Truppenkörpern sowie einheitliche militärische Übungen, 3) eine allgemeine Steuerverweigerung gegen alle Regierungen, die nicht ihre Pflicht täten, 4) die Bildung eines allgemeinen deutschen Nationalfonds, aus dem 5) geeigneten Persönlichkeiten aus den Schleswig-Holstein-Komitees Aufwandsentschädigungen gezahlt werden sollten.[84] Dieser auf die direkte Vorbereitung des gewaltsamen Umsturzes zielende Antrag wurde von der gemäßigten Mehrheit ebenso zurückgewiesen wie der Vorschlag des linken Nationalvereinsmitglieds Heinrich Bürgers, der die Schleswig-Holstein-Agitation beenden und zur Parlamentsagitation zu-

83 Die militant-revolutionäre Gesinnung des Züricher Zentralausschusses wird aus zwei Rundschreiben vom Frühjahr 1864 (o. D. und 23. 5. 1864) ersichtlich, die sich in der LB Kiel, Nl. Ahlmann, und in der Flugschriftensammlung Schleswig-Holstein der UB Bonn, Sign. Ka 1308, Nr. 8a u. 8b, befinden. Sie forderten die nationale Wiedergeburt durch eine gewaltsame Volksrevolution. Beide Schreiben sind auch von Nauwerck, Ladendorf und Zinn unterzeichnet.

84 Vgl. den entsetzten Bericht Sybels an Baumgarten vom 22. 4. 1864 über das Auftreten von Nauwerck und Genossen, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 220 f.; ferner den Bericht Nauwercks an die Schleswig-Holstein-Ausschüsse in der Schweiz vom 20. 4. 1864, UB Bonn, Sign. Ka 1308, Nr. 8c.; nach den beigefügten Beschlüssen einer Delegiertenversammlung der deutschen Vereine in der Schweiz vom 17. 4. 1864 billigten diese die Frankfurter Anträge Nauwerks und Genossen und beschlossen, künftig einen eigenen »Nationalfond« unter Leitung des Züricher Komitees einzurichten.

rückkehren wollte. Die erweiterte Konferenz erbrachte somit keinerlei Ergebnisse, die über die Beschlüsse der Ausschußsitzung des Vortags hinausführten.[85]

Die geschäftsleitende Kommission konzentrierte sich in den nächsten Wochen darauf, die Durchführung der beschlossenen Unterschriftenaktion zu organisieren, um auf diesem Weg den Standpunkt des deutschen Volkes, vertreten durch seine Parlamentarier, der Londoner Konferenz zur Kenntnis zu bringen.[86] Der Text der sogenannten »Rechtsverwahrung des deutschen Volkes« ist von Sybel verfaßt worden. Lediglich das ausdrückliche Bekenntnis zum Augustenburger wurde durch den Ausschuß aus Rücksichtnahme vor allem auf die Württemberger nachträglich eingearbeitet.[87] Die Lektion der Osterversammlungen hatte man gelernt. Unter ausdrücklicher Berufung auf den Volkswillen wurde »im Namen der Nation« erneut die vollständige Trennung der Herzogtümer von Dänemark und ihre Konstituierung als selbständiges Mitglied des Deutschen Bundes unter Friedrich VIII. gefordert.[88] Der praktische politische Zweck dieser Erklärung bestand darin, die preußische und österreichische Verhandlungsposition in London zu stärken, indem man ihr nationale Legitimität verschaffte.[89]

Das wurde offensichlich von den Abgeordneten verstanden. Insgesamt unterzeichneten 1389 Parlamentarier, die nahezu ausschließlich den zweiten Kammern angehörten, die »Rechtsverwahrung«: von 760 deutsch-österreichischen Landtagsabgeordneten waren diesmal immerhin 58 beigetreten, von den 348 Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses jedoch 186[90],

---

85 Völlig abwegig ist das Urteil Wentzels, daß die Beschlüsse »auf nichts weniger als die Bildung einer geheimen Regierung« hinausgelaufen seien, Wentzel an Bismarck, 12. 4. 1864, GSTA-B, III. HA., 188, Bl. 427 ff.; vgl. auch das Urteil J. Daebels, 1969, S. 190 ff., der 36er-Ausschuß habe hier den Boden der gesetzlichen Agitation verlassen .

86 Vgl. zur Londoner Konferenz E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 478 ff.; am 16. 4. 1864 forderte die Kommission die Mitglieder des 36er-Ausschusses auf, in ihren jeweiligen Herkunftsländern die Unterschriftensammlungen zu organisieren, BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 94.

87 Vgl. Sybel an Gneist, 22. 4. 1864, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 221 f.; H. Seier, Staatsidee, 1961, S. 134.

88 Exemplar im BAF, ZSg 8/208. Vgl. in diesem Zusammenhang die Broschüre des Sekretärs des Offenbacher Schleswig-Holstein-Vereins E. Pirazzi, 1864, die sich an die Mitglieder des englischen Unterhauses richtete. Die Schrift enthält auf 98 S. eine Begründung des Standpunktes der deutschen Nation in der Schleswig-Holstein-Frage und fordert die Parlamentarier zur Unterstützung auf. Dabei schwingt durchweg ein drohender Unterton mit, daß Deutschland niemals vergessen werde, wenn England in dieser nationalen Kernfrage auf Seiten seiner Feinde stünde. Die Broschüre wurde vom 36er-Ausschuß gebilligt und den Schleswig-Holstein-Komitees zur Verbreitung empfohlen. Eine geplante Übersetzung ins Englische kam nicht zustande, wohl aber eine französische Ausgabe, die 1865 in Brüssel erschien (vgl. dazu die gedruckten Briefe Pirazzis an die Redaktionen der liberalen Zeitungen vom 1. 5. 1864 und 7. 4. 1865, die dem Exemplar der UB Köln, Sign. V6/785, beigeheftet sind. Emil Pirazzi (1892–1898), deutschkath.; Schriftsteller und Journalist; Teilhaber einer Firma; aktiv im Schützenvereinswesen; NV-Agent; vgl. ADB 53, S. 69 ff.

89 So Sybel an Gneist, 22. 4. 1864, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 221 f.

90 Von den unterzeichneten Preußen gehörten 79 dem linken Zentrum und 107 der Fortschrittspartei an, vgl. L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 3, 1900, S. 4 ff. Parisius rügt die mangelhafte Arbeit des 36er-Ausschusses bei der Versendung der Rechtsverwahrung: viele preußische Abgeordnete seien nicht berücksichtigt worden, so er selbst; man habe nachträglich eine

und von den 914 Angehörigen der mittel- und kleinstaatlichen Kammern 772, sowie 350 der 554 Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften der Freien Städte.[91] Bei insgesamt ungefähr 2 500 Mitgliedern zweiter Kammern einschließlich der deutschösterreichischen Landtage war dies eine eindrucksvolle Zahl. Beschränkt man sich auf die außerösterreichischen Kammern, wird das Ausmaß der Zustimmung noch deutlicher: 1 308 von 1 816 Abgeordneten, also mehr als 70%, erklärten sich demnach mit der Resolution des 36er-Ausschusses einverstanden. Bei den Parlamentariern war sein Rückhalt augenscheinlich größer als in der breiten Bevölkerung.[92]

Die Resolution wurde dem Beauftragten des Deutschen Bundes Beust übergeben, der sie offiziell der Londoner Konferenz vorlegen sollte. Das Schicksal der Rechtsverwahrung auf der Londoner Konferenz ist unklar. Vermutlich wurde sie in derselben Weise behandelt wie eine nahezu gleichlautende Rechtsverwahrung der schleswig-holsteinischen Stände, die von einer achtköpfigen Delegation dem englischen Außenminister Lord Russell übergeben werden sollte. Ungeachtet der Fürsprache Beusts verweigerte dieser jedoch die Annahme mit dem Argument, daß es sich um eine Regierungskonferenz handele, zu der Privatpersonen nicht zugelassen seien.[93] Dennoch dürfte der Inhalt beider Verwahrungen den Konferenzteilnehmern bekannt geworden sein und auch die Verhandlungsposition Bismarcks indirekt gestärkt haben, da sie dem Vorgehen der preußischen und österreichischen Armeen eine nationale Legitimität verliehen.[94] Die Londoner Konferenz ging jedenfalls am 25. Juni 1864 ergebnislos auseinander, woraufhin die Kriegshandlungen wieder aufgenommen wurden, bis Dänemark in den Friedenspräliminarien vom 1. August die Abtretung der Herzogtümer an Österreich und Preußen zugestehen mußte, ohne daß die europäischen Großmächte vernehmbaren Einspruch erhoben.

Beitrittserklärung in der Nationalzeitung veröffentlichen müssen; nicht unterzeichnet hatten Waldeck, Valentini, Mellien, Michaelis und Faucher; die Rechtfertigungen Waldecks und Melliens sind bei Parisius abgedruckt.

91 Vgl. Rechenschaftsbericht, Verhandlungen AT IV (1865), S. 20. Die Zahlen bei J. Daebel, 1969, S. 228, etwas abweichend, in der Tendenz jedoch übereinstimmend.

92 Der Versuch, angesichts der oldenburgischen Thronkandidatur noch einmal Volksversammlungen in ganz Deutschland zugunsten des Augustenburgers zu organisieren, stieß jedenfalls kaum auf Resonanz: nach der offiziellen Aufstellung der Kommission folgte man in nur 23 vorwiegend süddeutschen Orten dem Aufruf; Erklärung vom 7.7. 1864, BAF, ZSg. 8/208; StadtA Augsburg, Nl. Völk (abgedruckt auch in WSchNV, Nr. 220, 14.7. 1864); Rundschreiben an die Schleswig-Holstein-Komitees vom 7.7. 1864, HAStK, Nl. Classen-Kappelmann, 22; AFC, Nr. 43, 12.8. 1864; vgl. J. Daebel, 1969, S. 211.

93 Lorentzen an Samwer, 30.4. 1864, 4.5. 1864, in: G. Kupke (Hrsg.), 1914, Nr. 18 f. Der Text der Resolution bei K. Jansen, 1897, S. 710 f. Beusts sehr ausführliche Schilderung der Londoner Konferenz enthält keine Hinweise, F. F. v. Beust, Bd. 1, 1887, S. 355 ff.

94 Während der Londoner Konferenz erließ die Kommission zwei weitere Rundschreiben, in denen sie die Pläne zur Teilung Schleswigs energisch zurückwies und zur Beendigung der aufkommenden Spekulationen um Zugeständnisse an Preußen zu Lasten der Selbständigkeit Schleswig-Holsteins aufforderte; Schreiben vom 3.6. 1864, BAP, Nl. Oetker, 23, Bl. 325; vom 14.6. 1864, SZ, Nr. 298, 15.6. 1864. Einen Überblick über sämtliche Resolutionen und Beschlüsse des AT und des 36er-Ausschusses bietet die Zusammenstellung des Ausschusses vom 12.4. 1865, WLB, Nl. Hölder, VII, Bl. 39.

Der Zerfall der nationalen Verfassungsbewegung

1. Die nationale Verfassungsbewegung nach der Schleswig-Holstein-Krise

Mit der staatsrechtlichen Trennung der Herzogtümer von Dänemark hatte die *Schleswig-Holstein*-Bewegung, soweit sie sich als nationale Befreiungsbewegung verstand, ihr Ende erreicht. Der überwiegende Teil der Vereine und Komitees stellte seine Tätigkeit ein. Seither trat die ungelöste Verfassungsfrage in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen: die Frage der bundesstaatlichen Konstituierung der unter gemeinsamer Verwaltung Österreichs und Preußens stehenden Herzogtümer. Weil das Schicksal Schleswig-Holsteins allgemein als Präzedenzfall für die Begründung des deutschen Nationalstaats angesehen wurde, kam diesem Problem eine Bedeutung zu, die weit über die Grenzen der Herzogtümer hinausreichte. Wer sich in der Schleswig-Holstein-Frage durchsetzte, so die verbreitete Auffassung, der würde auch in der Lösung der nationalen Verfassungsfrage das letzte Wort sprechen.

Die nationale Verfassungsbewegung befand sich allerdings in einem Zustand, der die Chancen zur Durchsetzung ihres bundesstaatlichen Programms nicht nur bezüglich Schleswig-Holsteins fragwürdig erscheinen ließ. Ungeachtet aller mehr oder weniger berechtigten Hinweise auf den eigenen Anteil an der »Befreiung« der Herzogtümer konnte kein Zweifel daran bestehen, daß sie mit ihrer Schleswig-Holstein-Politik eine dramatische Niederlage erlitten hatte. Spätestens seit April 1864 hatte sie das Gesetz des Handelns an Bismarck verloren. Unter seiner Führung hatten die deutschen Großmächte nicht etwa im Namen des nationalen Selbstbestimmungsrechts, sondern unter Berufung auf den Rechtstitel des verhaßten Londoner Protokolls und im Stile althergebrachter Kabinettspolitik Schleswig-Holstein von dänischer Herrschaft befreit, um es sogleich einem Regime zu unterstellen, das unter konstitutionellen Gesichtspunkten untragbar war.

Insbesondere war man dem eigentlichen Ziel, der Lösung der nationalen Verfassungsfrage, keinen Schritt näher gekommen. Im Gegenteil, der reaktionäre preußische Ministerpräsident ging erheblich gestärkt aus dem siegreichen Krieg gegen Dänemark hervor. An seinen Sturz war vorerst nicht mehr zu denken. Dem Erstarken Preußens und Bismarcks suchten die Organe der nationalen Verfassungsbewegung Rechnung zu tragen, indem sie unter Beibehaltung des bundesstaatlichen Programms die selbständige Konstituierung Schleswig-Holsteins verlangten, sich aber zugleich für die Übertragung der

militärischen und diplomatischen Führung auf das reaktionär regierte Preußen aussprachen. Aus der Sicht des Nationalvereins lag darin kein grundsätzliches Problem; an der Errichtung eines partikularistischen Einzelstaats besaß der Verein keinerlei Interesse. Die Zentralisierung der diplomatischen und militärischen Gewalt in einer Hand entsprach dem Vereinsprogramm. Für Form und Inhalt der Souveränitätsübertragungen mochten dabei die Militärkonventionen einiger thüringischer Staaten mit Preußen oder die anvisierten Flottenkonventionen mit den Küstenstaaten den Weg weisen.[1]

Schon die nationalvereinlich dominierte Delegiertenkonferenz der Schleswig-Holsteinischen Vereine vom 25. Juli 1864 in Rendsburg bewegte sich entlang dieser Linie. Die von Eduard Wiggers präsidierte Versammlung einigte sich mit knapper Mehrheit auf einen Ausschußantrag, der die selbständige Konstituierung Schleswig-Holsteins unter Friedrich VIII. forderte, gleichzeitig aber erstmals »eine Gemeinsamkeit der diplomatischen, militärischen und maritimen Einrichtungen« mit dem preußischen Staat ins Auge faßte.[2] Derselben Absicht entsprach der Beschluß des 36er-Ausschusses vom 16. Oktober 1864, der allerdings aus Rücksicht auf die süddeutsch-föderalistischen Empfindlichkeiten erheblich vorsichtiger formuliert war. Darin wurde weiterhin der Grundsatz des »Selbstbestimmungsrechts« des schleswig-holsteinischen Volkes betont, zugleich aber die Berufung einer Ständeversammlung gemäß des Staatsgrundgesetzes von 1848 verlangt, die darüber entscheiden sollte, »ob und welche Verträge mit Preußen zu schließen seien«.[3]

Allerdings wurde immer fraglicher, ob die Integrationskraft der nationalen Verfassungsbewegung ausreichen würde, das liberal-demokratische Lager nochmals auf eine gemeinsame programmatische Linie festzulegen. Die auf Integration der Bewegung abzielende Politik von Nationalverein und Abgeordnetentag, die an der bundesstaatlichen Konstituierung Schleswig-Holsteins und Deutschlands festhielt, geriet von zwei Seiten unter stetig steigenden Druck: einmal durch einen wachsenden Annexionismus im Norden, der ohne Rücksicht auf den Zusammenhalt der nationalen Organisationen sein unitarisches Alternativprogramm verfolgte, sowie zum andern durch einen vornehmlich antipreußisch motivierten extremen Föderalismus, der dem reaktionär regierten Staat keinerlei Zugeständnisse zu machen bereit war. Selbst die zurückhaltenden Beschlüsse des 36er-Ausschusses über die Übertragung von schleswig-holsteinischen Hoheitsrechten an Preußen riefen nach Bennigsens Mitteilungen bei ihnen »entschiedene Neigungen zum Ab-

---

1 So bereits W. Löwe in einem Vortrag vor dem Berliner Arbeiterverein im Oktober 1864: Die Lage Preußens, 1864.

2 Protokoll der Versammlung im BAP, Nl. Oetker, 23, Bl. 328 f.

3 Vgl. Kommission (Müller/Kolb) an Ausschußmitglieder, 9. 10. 1864, StadtA Augsburg, Nl. Völk; ferner den zur Veröffentlichung bestimmten gedruckten Sitzungsbericht (Müller/Kolb), ebd. (er wurde am 15. 11. 1864 an sämtliche Teilnehmer des Abgeordnetentages vom 21. 12. 1863 verschickt). An der Sitzung nahmen teil: K. Barth, Bennigsen, Brater, Christmann, Crämer, F. Duncker, Fetzer, Fries, Godeffroy, Henneberg, Hoverbeck, Kolb, Löwe, Mammen, Metz, Miquel, Müller, Streit, Tafel, Unruh, G. Varrentrapp, Völk, Vieweg und E. Wiggers. Als Versuch, diese politische Linie insbesondere dem bayerischen Publikum nahezubringen, vgl. K. Brater, Preußen und Bayern, 1864.

fall« hervor.[4] Die folgenden Monate bis zum Frühjahr 1866 waren von dem vergeblichen Bemühen geprägt, einen tragfähigen programmatischen Kompromiß zu erzielen, der die Fortsetzung einer Politik im nationalen Maßstab ermöglichen und den Rückfall in die einzelstaatliche Zersplitterung verhindern sollte.

Anstelle der bundesstaatlichen Konstituierung der Herzogtümer, wie sie dem Programm der nationalen Verfassungsbewegung und der Reichsverfassung von 1849 entsprochen hätte, trat seit Ende 1864 die Möglichkeit einer preußischen Annexion Schleswig-Holsteins immer deutlicher ins Bewußtsein der Öffentlichkeit – sei es als Chance oder als Bedrohung. Zunächst nur von einigen wenigen Politikern und Zeitschriften wie Treitschke, Mommsen, Wehrenpfennig, den Preußischen Jahrbüchern und den Grenzboten vertreten, auf der Linken unterstützt von Twesten und Waldeck, gewann diese Vorstellung in Preußen und den nördlichen Staaten des Deutschen Bundes, insbesondere Bremen und Oldenburg, zunehmend mehr Anhänger.[5] Wehrenpfennig sprach Anfang Dezember davon, daß viele seiner Freunde die »Annexion für das Wahrscheinlichste« zu halten begännen und ein Rundschreiben der geschäftsleitenden Kommission des 36er-Ausschusses wies zur selben Zeit erstmals auf die um sich greifenden Gerüchte hin, daß die ministerielle Politik Preußens eine Annexion anstrebe.[6]

Der aufkommende Annexionismus speiste sich aus verschiedenen Quellen. Eine starke Kraft war die borussische Geschichtsideologie, die häufig mit einem großpreußischem Nationalismus einherging und die Interessen des preußischen Staats und Deutschlands für prinzipiell identisch hielt. Bei ihren Verfechtern deutete sich durch den weitgehenden Verlust des emanzipatorischen Gehalts des Nationalismus bereits jener Wandel »vom linken zum rechten Nationalismus« an, der in der Krise von 1878/79 seinen Abschluß fand.[7] Hinzu kam, gewissermaßen als links gewendeter Treitschkeanismus

---

4 Bennigsen an Böhmert, 26.10.1864, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 645 f. Der Bericht des preußischen Gesandten in Weimar v. Pirch an Bismarck vom 19.10.1864 bestätigt nachdrücklich die Uneinigkeit des 36er-Ausschusses, GSTA-B, III. HA., 188, Bl. 436 ff. Der auf die süddeutschen Stimmungen berechnete Kommentar der geschäftsleitenden Kommission zum offiziellen Friedensschluß vom 31.10.1864 sprach davon, daß die Vergewaltigung der Herzogtümer durch Dänemark durch die der deutschen Großmächte ersetzt worden sei; vgl. Rundschreiben Kommission (Müller/Kolb) an die Schleswig-Holstein-Komitees, 11.11.1864, WLB, Nl. Hölder, VI, Bl. 29; abgedruckt in CAZ, Nr. 100, 27.11.1864.

5 Vgl. H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 55 ff.; H. Hjeholt, 1929, S. 68 ff.; H. Rosenberg, Nationalpolitische Publizistik, Bd. 2, 1935, S. 805 ff.; zur Rechtsentwicklung der Bremer NV-Gruppe 1864/65 A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 119 ff.; D. H. Meyer, 1932, S. 178 ff.; H. Kastendieck, 1952, S. 61 ff. Die einflußreichsten Schriften stammten von H.v. Treitschke, Bundesstaat und Einheitsstaat, 1864; und T. Mommsen, 1865.

6 Wehrenpfennig an Häusser, 8.12.1864, zitiert nach D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 313, Anm. 5; Kommission (Müller/Kolb) an 36er-Ausschuß, 6.12.1864, BAF, ZSg. 8/208; StadtA Augsburg, Nl. Völk.

7 Vgl. W. Hardtwig, Preußens Aufgabe, 1980; H. A. Winkler, Vom linken zum rechten Nationalismus, 1978. Um die Stellung Schleswig-Holsteins kam es im demokratischen Lager zu einer interessanten Kontroverse, die den Wechsel eines Teils der Demokratie zum Inter-

(Na'aman), der preußische Nationalismus des Waldeck-Flügels, der im preußischen Abgeordnetenhaus den eigentlichen Mittelpunkt eines deutschen Nationalstaats sah. Eine häufig übersehene kleinere, aber in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Gruppe bildeten jene unitarischen Republikaner von 1848/49, denen selbst ein reaktionärer großpreußischer Einheitsstaat im Vergleich zu einem Bundesstaat mit mehreren Dutzend Dynastien als das kleinere Übel erschien. Diese Gruppe verfügte über ein ausgeprägtes Bewußtsein für die revolutionäre Qualität der Beseitigung der Kleinstaaterei und sah in der Annexion Schleswig-Holsteins nur den Auftakt eines deutschen Einheitsstaats. Zu ihr sind z. B. Miquel, Bamberger, Oppenheim, Kapp, später auch Löwe, Becker und Wallau zu rechnen. Über die Schaltstelle des Annexionismus führte einer der Wege vom entschiedenen Republikanismus der Revolutionsjahre bis in das Umfeld der nationalliberalen Partei.

Die politische Konstellation, die den annexionistischen Tendenzen zum Durchbruch verhalf, resultierte wesentlich aus dem Dilemma der preußischen Fortschrittspartei im Angesicht der Bismarckschen Kriegserfolge: fand sie sich zu Kompromissen mit dem Regime bezüglich Schleswig-Holsteins bereit, unterminierte sie ihre oppositionelle Haltung im Verfassungskonflikt und riskierte zugleich durch das Abweichen vom Programm der bundesstaatlichen Einigung den Zerfall von Nationalverein und Abgeordnetentag. Verharrte sie dagegen unbeeindruckt in der Fundamentalopposition und lehnte weitreichende Beschneidungen der schleswig-holsteinischen Souveränität ab, lief sie Gefahr, Abspaltungen am rechten Rand zu provozieren und sich im eigenen Lande zu isolieren. In diesem Sinne sprach Schulze-Delitzsch erstmals während der Schleswig-Holstein-Debatte des Nationalvereins Ende Oktober 1864 davon, daß die preußische Fortschrittspartei die Wähler in die Arme Bismarck treibe, wenn sie die militärischen Eroberungen nicht gebührend würdige.[8] Der Idee des deutschen Einheitsstaats hing am Ende des Jahres 1864 nur eine kleine Minderheit an, die jedoch im Laufe des folgenden Jahres beträchtlich anwuchs, »weil sie gedanklich klar war und die reale Politik ihr Recht gab«, jedenfalls dem äußeren Anschein nach. Die letzte Alternative, die sich der nationalen Verfassungsbewegung stellte, war deshalb nicht mehr die zwischen Großdeutschland und Kleindeutschland, sondern die Entscheidung zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat.[9]

---

nationalismus ankündigte: C. WINTERHOFF, der Präsident der Zentralisation der Arbeitervereine der Schweiz, hatte eine Broschüre veröffentlicht (Demokraten-Stimme, 1863), in der er argumentierte, solange Deutschland nicht demokratisiert sei, solle Schleswig-Holstein lieber beim vergleichsweise freien Dänemark verbleiben. Die Schrift griff sogar die Formel eines nachrevolutionären »Völkerfrühlings« wieder auf (ähnlich bereits K. BOLLMANN, Nationalverein, 1862). Eine anonyme Gegenstimme (Demokratie und Nationalität, 1863) sprach dagegen vom »berechtigten nationalen Egoismus« und erklärte die Schleswig-Holstein – Angelegenheit zu einer Frage der »nationalen Existenz und nationalen Ehre«. C. WINTERHOFF antwortete darauf mit der Broschüre: Mit Skorpionen statt mit Ruten, 1864. Ansätze einer Lösung von der »deutschen Ideologie« finden sich auch bei L. ECKARDT, Völkerschlacht, 1863, wo bereits von den »Vereinigten Staaten von Europa« die Rede ist.

8 Verhandlungen NV V (1864), S. 62 ff.

9 Zum Problem S. NA'AMAN, Nationalverein, 1987, S. 20 ff.; Zitat S. 202.

In Reaktion auf den wachsenden Annexionismus entstanden vorwiegend in Süddeutschland föderalistische antipreußische Sammlungsbewegungen, die mit der seit geraumer Zeit erkennbaren Tendenz zur Bildung einer demokratischen Opposition im Nationalverein zusammenflossen.[10] Beide Strömungen, die föderalistische und die demokratische, empfanden den Annexionismus als ein Abweichen von der bisherigen gemeinsamen programmatischen Grundlage der nationalen Verfassungsbewegung, dem Programm der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands auf der Grundlage der Reichsverfassung von 1849. Daß die gemeinsame Gegnerschaft zu einem reaktionären und erobernden Preußen jedoch keine ausreichende Basis für eine gemeinsame Politik, geschweige denn für eine eigenständige Parteiorganisation bildete, sollte sich bald herausstellen.

Noch bei Ausbruch der Schleswig-Holstein-Krise hatte Eckardt im Namen des »18. Oktober« die Zusammenarbeit mit dem Nationalverein zugesichert. Die Absetzbewegung setzte jedoch ein, als die Bildung einer augustenburgischen Freiwilligenarmee nicht vorankam. Bereits am 19. Januar 1864 trafen sich in Karlsruhe 16 badische Landtagsabgeordnete mit weiteren im Lande lebenden Politikern wie Eckardt, Karl Wallau, Moritz Müller, Armand Gögg, Jakob Venedey und Christian Wraa sowie mit dem Kurhessen Adam Trabert[11] und den Frankfurtern Hohenemser und Röckel, um über die Gründung einer »deutschen Parlamentspartei« zu beraten. Wichtigste Programmpunkte sollten das Vorantreiben der allgemeinen Volksbewaffnung »im Einklang mit der Regierung« und die allgemeine Parlamentsagitation sein. Der Plan lief zunächst noch nicht auf die Spaltung von Nationalverein und 36er-Ausschuß hinaus. Vielmehr ging es darum, durch die organisatorische Zusammenfassung der oppositionellen Kräfte Einfluß auf die Führung der bestehenden Organisationen zu erlangen. Die interessierten Personen sollten sich zunächst in den einzelnen Ländern sammeln, um sich dann in näherer Zukunft auf einer nationalen Versammlung zu konstituieren.[12]

Den Plan einer nationalen Versammlung mußte man jedoch bald aufgeben, da die Resonanz in Demokratenkreisen weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Auch die einzelstaatliche Entwicklung verlief im ganzen enttäuschend und zeigte, daß die Volksstimmung durchaus nicht nach demokratischen Parteiorganisationen verlangte. Außer in Baden und Württemberg scheinen die Bemühungen zur Sammlung der Demokratie in keiner ihrer Hochburgen, weder in Hamburg, Thüringen, Frankfurt, Nürnberg, dem Rheinland noch in Berlin, über die bereits existierenden Gesprächszir-

---

10 Vgl. allgemein R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 81 ff.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 246 ff.

11 Adam Trabert (1822–1914), kath.; Journalist und Schriftsteller aus Hanau; Jura-Studium; 1848 ff. Hg. der demokratischen Zeitung »Wacht auf«; 1852–55 Festungshaft wegen seiner journalistischen Tätigkeit; 1859–61 Redakteur der Wiesbadener Rhein-Lahn-Zeitung Karl Brauns; MdL 1862–66; NV 1859–64; Mitglied AT; 1864–65 im provisorischen Ausschuß der Volkspartei; 1868 Übersiedlung nach Österreich; seine Erinnerungen enthalten ausführlichere Passagen über die Frühphase der Volkspartei, die aber wegen zahlreicher Verzerrungen kaum brauchbar sind (S. 334 ff.); vgl. A. Trabert, 1912.

12 Gedrucktes Rundschreiben von Eckardt und Perrin, 23.1.1864, BAF, Nl. Buhl, 160.

kel hinaus nachhaltige Wirkung gezeigt zu haben. Auf einem vertraulichen Treffen in Karlsruhe Ende Januar, an dem Teilnehmer aus Baden, Bayern, Braunschweig, Frankfurt, Hessen-Darmstadt, Nassau, Sachsen, Preußen und Württemberg teilgenommen haben sollen, zog man die Konsequenz, zunächst ein geheimes Netz von Vertrauensmännern aufzubauen. Zur Koordination der weiteren Tätigkeit setzte man einen Ausschuß mit Sitz in Karlsruhe ein, dem die Badener Eckardt, Gögg, Bichler und Kopfer sowie der Frankfurter Röckel angehörten. Dieser Ausschuß fungierte zugleich als vorläufiger Landesausschuß in Baden.[13]

Nach den Beobachtungen Galls hat das Komitee im Land selbst kaum Beachtung gefunden und ist über das demokratische Milieu Mannheims, wo es mit dem Mannheimer Anzeiger über ein nahestehendes Blatt verfügte, kaum hinausgekommen.[14] Tatsächlich ließen sich Eckardts hochfliegende Pläne einer badischen Volkspartei nicht verwirklichen. Seine Organisationsvorstellungen geben jedoch ein Bild davon, wie der Nationalverein aus Sicht seines demokratischen Flügels hätte arbeiten sollen: demnach sollten die bestehenden Wehrvereine in Gauverbänden zusammengefaßt, die Turner-, Arbeiter- Schützenvereine politisch gesteuert, Verbindungen mit der lokalen Presse und den Kammermitgliedern angeknüpft und gegebenenfalls Lokal- oder Provinzialkomitees errichtet und durch ein regelrechtes Netz von Vertrauensmännern mit genau abgegrenzten Bezirken ergänzt werden. Eckardt dachte auch an den Einsatz von Reiseagenten, die auf Kosten des Ausschusses das Land bereisen und regelmäßige schriftliche Berichte vorlegen sollten.[15] Ganz wirkungslos blieb das Landeskomitee allerdings nicht. Es konnte sich immerhin auf eine größere Summe stützen, die ihm vom 36er-Ausschuß überwiesen worden war.[16] Mindestens die abweichenden Haltungen bei den badischen Osterversammlungen von 1864 dürften auf dessen Aktivitäten zurückzuführen sein.

Daß sich das Komitee dennoch im Sommer 1864 auflöste, erklärt die Literatur mit der unmittelbaren Einwirkung der badischen Regierung auf Eckardt, der als großherzoglicher Hofbibliothekar in Karlsruhe zur Rücksichtnahme gezwungen war.[17] Hinzu kamen jedoch zwei weitere Momente: Eckardt berichtet im Kreisschreiben vom Juni 1864 von einem vertraulichen Treffen mit dem stellvertretenden Nationalvereinsvorsitzenden Fries in Weimar, bei dem das Verhältnis der entstehenden Volkspartei zum linken Flügel des Nationalvereins besprochen worden sei. Das Ergebnis dieser geheim gehaltenen Gespräche bestand offensichtlich darin, daß Eckardt den Aufbau

---

13 Kreisschreiben I, Februar 1864, WLB, Nl. Hölder, VI, Bl. 163.

14 L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 200, Anm. 71.

15 Kreisschreiben II, o. D. (April 1864), WLB, Nl. Hölder, VI, Bl. 70 f. (Auszüge bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 305 ff.); vgl. die Anlage über »Vorläufige Organisation und Programm einer deutschen Volkspartei« sowie die »Instruktion für die Lokal-Agenten oder Vertrauensmänner«, ebd., Bl. 72, und die »Instruktion für die Reise-Agenten«, ebd., Bl. 74.

16 Die Zahlung wurde auf der Januar-Sitzung des 36er-Ausschusses beschlossen, ist jedoch nicht im Protokoll verzeichnet; sie ist belegt im Kreisschreiben II vom April 1864, WLB, Nl. Hölder, VI, Bl. 70 f.

17 Vgl. R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 143 f.

einer eigenständigen Organisation neben dem Nationalverein bis zur Generalversammlung im Herbst zurückstellte. Von der Reformfähigkeit des Nationalvereins, die sich dort erweisen mußte, wollte er sein weiteres Vorgehen abhängig machen.[18]

Aber auch innerhalb der badischen Demokratie selbst stieß Eckardt mit seinen organisatorischen Initiativen auf Widerspruch, insbesondere bei dem noch immer einflußreichen Veteranen Venedey, der als Verfechter der Einheit der liberalen Partei gegen jede Spaltung des Nationalvereins opponierte. Neben persönlichen Vorbehalten gegenüber Eckardt, dessen Führungsqualitäten er gering schätzte, spielte der Generationenkonflikt eine wichtige Rolle.[19] Venedeys weitgreifende Pläne zielten stattdessen darauf ab, anstelle des Nationalvereins und der Versammlung der *Mitglieder deutscher Landesvertretungen* den unverbrauchten Weimarer *Deutschen Abgeordnetentag* zu reaktivieren, dem er als ehemaliger Abgeordneter auch angehörte. Der Weimarer Abgeordnetentag sollte die gescheiterte Wehrpolitik des Nationalvereins wiederaufnehmen und die Parlamentsagitation in den Vordergrund stellen. Die finanziellen Voraussetzungen sollten durch eine Fusion der Kassen von Nationalverein und 36er-Ausschuß erfolgen.[20] Venedeys Politik setzte nach dem Motto: »Das Instrument ist gut, die Hand die es trägt, führt es schlecht« konsequent darauf, den demokratischen Einfluß auf die Ausschüsse zu verstärken.[21] Seine Inititive zur Berufung des Weimarer Abgeordnetentags stieß allerdings beim zuständigen Ausschuß auf wenig Gegenliebe und wurde einstimmig abgelehnt.[22]

Auch in Preußen gab es um die Jahreswende 1863/64 Versuche zur Gründung einer demokratischen Partei. Der Düsseldorfer Abgeordnete Groote[23] plädierte, offensichtlich beeinflußt von Eckardts Bestrebungen, für die Spaltung der Fortschrittspartei und die Bildung einer »deutschen Aktionspartei«, die die »nötige Tatkraft und die Hinneigung zu einem revolutionären Handeln im entscheidenden Augenblicke« besitze. Zu den potentiellen Verbündeten rechnete er den Kreis um Waldeck und einige Rheinländer – darunter wohl Becker und Bürgers –, schätzte aber die Erfolgsaussichten pessimistisch

---

18 Kreisschreiben III, Ende Juni 1864, WLB, Nl. Hölder, VI, Bl. 144. Weber erwähnt die Unterredung mit Fries nicht.

19 Vgl. dazu Venedey an Kolb, o. D., BAF, Nl. Kolb.

20 Konzept vom 7.12. 1864, BAP, Nl. Venedey, 136, Bl. 72. Vgl. auch seine nachträgliche ausführliche Begründung vom 14.12. ebd., Bl. 81 ff. Die Antworten Müllers vom 10.12. und 17.12. ebd., Bl. 73 f., 59. In den Papieren Venedeys findet sich das Konzept eines offenbar nicht abgeschickten Briefs vom 11.9. 1864, in dem er gemeinsam mit Roßmäßler die Einberufung des Weimarer AT forderte, ebd., Bl. 69 ff.

21 Vgl. dazu die wichtige Broschüre von J. Venedey, Grundübel, 1864.

22 Müller an Ausschußmitglieder, 19.12. 1864, StadtA Augsburg, Nl. Völk; Müller an Venedey, 9.1. 1865, BAP, Nl. Venedey, 136, Bl. 62; Müller an Ausschußmitglieder, 14.2. 1865, WLB, Nl. Hölder, VII, Bl. 287. Einen ähnlichen Antrag legte Venedey im Oktober 1865 der Generalversammlung des NV vor, wo er jedoch wegen mangelnder Unterstützung nicht zur Diskussion kam, vgl. Verhandlungen NV VI (1865), S. 10 f.

23 Alfred Groote (1812–1878), ev.; ehemaliger Landgerichtsreferendar in Düsseldorf; MdL 1862–67 (FSP), MdR 1867 (fraktionslos), lehnte den Beitritt zum NV ab, der ihm zu »doktrinär« auf die monarchische Spitze fixiert schien (Verhandlungen AT V (1865), S. 62); vgl. B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 408.

ein. Die Genannten besäßen zwar eine ehrenhafte Festigkeit im Widerstand gegen die Regierung, aber »namentlich für das große deutsche Vaterland« fehle ihnen »die Sympathie und mehr noch das Verständnis«.[24] Der Brief Grootes bestätigt die bekannte Schilderung des im Schweizer Exil lebenden 1848er Demokraten Temme[25], der im Dezember 1863 ins Abgeordnetenhaus gewählt worden war. Temme war daraufhin mit der Absicht nach Berlin zurückgekehrt, die Fortschrittspartei zu spalten und die Demokratie von 1848/49 wiederherzustellen, stieß mit diesen Plänen jedoch auf weitgehende Ablehnung: »Die Worte Volk und Volksrecht wurden auch hier nicht gehört, und die Namen Demokrat und Demokratie waren geradezu verpönt«. Nach Temmes Darstellung sind lediglich Jacoby und Bresgen[26] bereit gewesen, an der Bildung einer eigenständigen Linken mitzuwirken. Am Widerspruch Waldecks sei alles gescheitert.[27]

Zum Aufbau einer funktionierenden Landespartei kam es nur in Württemberg.[28] Die latent vorhandene und während der Schleswig-Holstein-Krise wachsende antipreußische Grundstimmung wurde durch die Rückkehr der Exilanten Mayer und Pfau politisch fruchtbar gemacht. Im Februar 1864 brachten sie die Redaktion des bisher der Fortschrittspartei nahestehenden »Beobachters« in ihre Hand und verschafften sich damit in weiten Kreisen Gehör. Auf der Landesversammlung vom Mai 1864 konstituierte sich die neue Kraft als eigenständige Partei und setzte ein Landeskomitee ein. Eine der wichtigsten Programmschriften der württembergischen Volkspartei war die von Ludwig Pfau stammende Broschüre: Centralisation oder Föderation? Pfau entwickelte darin, begleitet von heftigsten antipreußischen Ausfällen, das extrem föderalistische nationalpolitische Programm der Württemberger: nicht Monarchie oder Republik, Österreich oder Preußen seien die entscheidenden Fragen, sondern Zentralisation oder Föderation. In der Zentralisation sah Pfau das Ende aller Freiheit. Seine Schlußfolgerung lautete, daß der künftige deutsche Nationalstaat von den Mittel- und Kleinstaaten als den eigentlichen Trägern deutscher Kultur ausgehen müsse. Ein gemeinsames Parlament und eine nach dem Vorbild der Schweiz gebildete gemeinsame Miliz der Mittelstaaten sollten daher am Anfang stehen.[29] Wegen der extrem föderalistischen Ausrichtung der württembergischen Gruppe kam eine Zusammenarbeit mit der Eckardt-Gruppe erst zustande, als diese ihre Hoffnung auf eine Reform von Nationalverein und Abgeordnetentag aufgegeben hatte. Die Spaltung der württembergischen Fortschrittspartei bedeutete ei-

---

24 Groote an Venedey, 12.12.1863, BAP, Nl. Venedey, 22, Bl. 11 ff.

25 Jodukus Deodatus Hubertus Temme (1798–1881) aus Lette/Westfalen; 1839 Kriminalgerichtsdirektor in Berlin; MdNatV (WH); Rumpfparlamentarier und Steuerverweigerer; 1851 Entlassung aus Staatsdienst; vom Hochverrat freigesprochen; Exil in der Schweiz, wo er seit 1852 politisch abstinent als Schriftsteller und Jurist lebte; vgl. ADB 37, S. 558 ff.

26 Franz Joseph Hubert Bresgen (1815–1895), ehemaliger Gerichtsreferendar und Weingutsbesitzer aus der Eifel; MdNatV (WH); MdL 1862–67 (FSP), vgl. R. Koch, 1989, S. 102.

27 J. D. H. Temme, 1883, S. 483 ff.; vgl. M. Botzenhart, Waldeck, 1985, S. 124.

28 Vgl. G. Runge, 1970, S. 25 ff.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 309 ff.

29 Die wichtigsten Programmschriften sind abgedruckt bei L. Pfau, 1895; ebd., S. 151 ff., auch die Schrift: Centralisation oder Föderation?, 1864.

nen erheblichen Einflußverlust für Nationalverein und Abgeordnetentag in Württemberg, der zum ersten Mal während der Osterversammlungen 1864 schmerzlich erfahren worden war.

2. Die Reaktivierung des Nationalvereins

Die Ausschüsse der nationalen Organisationen beobachteten die zentrifugalen Tendenzen mit wachsender Sorge, da sie den Bestand ihrer Verbände zu gefährden schienen. Um die Gefahr von Spaltungen abzuwenden, verfiel man auf den Gedanken, die für den Herbst anstehenden jährlichen Generalversammlungen ausfallen zu lassen. So hatte der 36er-Ausschuß im Laufe des Jahres 1864 während aller drei Ausschußsitzungen die Wiederberufung der Abgeordnetenversammlung diskutiert. Schon im April hielt man ihn jedoch für ein »verbrauchtes Institut« und war der Ansicht, daß eine erneute Einberufung unvermeidlich mit einem »Fiasko« enden würde.[1] Als die geschäftsleitende Kommission in den letzten Julitagen die Einberufung des Abgeordnetentags vorschlug, um die Ergebnisse der Londoner Konferenz zu beraten, ergab die schriftliche Abstimmung der Ausschußmitglieder mit je 12 befürwortenden und 12 ablehnenden Stimmen kein klares Votum. Weil unter diesen Bedingungen mit einer hinreichenden Beteiligung kaum zu rechnen war, verzichtete die Kommission.[2] Als Ersatz hielt man im Oktober die bereits erwähnte dritte Plenarsitzung des Gesamtausschusses ab.

Auch der Ausschuß des Handelstags beschloß, den statutenmäßig für den Herbst des Jahres vorgeschriebenen Zusammentritt der Generalversammlung auf den Mai oder Juni 1865 zu verschieben. In einem Rundschreiben an die Handelsvorstände begründete er diesen Schritt damit, daß wegen der zu erwartenden Diskussionen über den vor der Ratifizierung stehenden *deutsch*-französischen Handelsvertrag die Spaltung der Organisation drohe. »Unter diesen Umständen befanden wir uns einfach in der Alternative, entweder den Handelstag nicht einzuberufen und damit das Statut zu verletzen, oder durch ängstliches Festhalten daran die Existenz des Handelstages mindestens als eines Deutschen Handelstages ernstlich zu gefährden«.[3]

Selbst die Einberufung der Generalversammlung des Nationalvereins stand zeitweise in Frage.[4] Die Eigengesetzlichkeiten einer modernen Mitgliederorganisation verboten es jedoch, auf die in den Satzungen festgelegten

---

1 Vgl. den Rechenschaftsbericht des 36er-Ausschusses, Verhandlungen AT IV (1865), S. 13; Sybel an Baumgarten, 9. 4. 1864, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 222 f.

2 Rundschreiben der Kommission an Mitglieder des 36er-Ausschusses, 4. 8. 1864, BAF, ZSg. 8/208; StadtA Augsburg, Nl. Völk (das Schreiben war erstmals nicht mehr von Brater unterzeichnet, der die Geschäftsführung aus gesundheitlichen Gründen an G. F. Kolb übergeben hatte; vgl. A. Sapper, 1908, S. 132 ff.); ferner Bluntschli an S. Müller, 1. 8. 1864; Löwe-Calbe an S. Müller, 2. 8. 1864, beide in: BAF, ZSg.3/4, Bl. 96 f., 98.

3 Ausschuß an Handelsvorstände, 11. 11. 1864, RWWA, 1–14–2, Bl. 35. Selbst der Protestantentag ließ seine Jahresversammlung 1864 aufgrund der Schleswig-Holstein-Krise ausfallen, vgl. Bluntschlis Rede, Verhandlungen Protestantentag I (1865), S. 14.

4 Vgl. Verhandlungen NV V (1864), S. 3.

demokratischen Spielregeln und insbesondere die Neuwahl der Vereinsführung zu verzichten. Vor dem Hintergrund der beinahe einjährigen Suspendierung des Nationalvereins wäre das Ausfallen der Generalversammlung der Auflösung des ohnehin angeschlagenen Vereins gleichgekommen. Die lange Phase der politischen Enthaltsamkeit hatte dem Nationalverein bereits die ersten Einbrüche in der Mitgliedschaft beschert, was durch eine Besonderheit der Organisation mitbedingt wurde: die Mitglieder mußten durch die Zahlung der Mitgliedsbeiträge ihren Bindungswillen alljährlich erneut bekunden. Wer nicht zahlte, wurde aus den Mitgliederlisten gestrichen. Eine Beitragskassierung per Nachnahme gab es im Gegensatz zum Volkswirtekongreß und zum Abgeordnetentag nicht.

Der größte Druck zur Reaktivierung des Nationalvereins ging von der Vereinslinken aus. Sie hatte bereits gegen die Auflösung des Göttinger Schleswig-Holstein-Komitees zugunsten des 36er-Ausschusses opponiert, hinter der sie stets einen Coup des rechten Flügels vermutet hatte. Auch die verstärkten Organisationsbemühungen der »Freunde des 18. Oktober« hingen mit der Untätigkeit des Nationalvereins während der Schleswig-Holstein-Krise zusammen; das hatte Eckardt in seinem ersten Kreisschreiben deutlich zum Ausdruck gebracht. Am 24. März 1864 hatte Streit in den beinahe völlig eingestellten »Mitteilungen aus dem Nationalverein« erstmals die Hoffnung anklingen lassen, daß es zu einer baldigen Reaktivierung des Vereins kommen werde.[5] Ab August 1864 begann dann in der Wochenschrift, deren politischer Teil wegen ausgedehnter Urlaubsreisen Rochaus bis zum Herbst ebenfalls von Streit redigiert wurde, eine Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Einberufung der Generalversammlung, um den Nationalverein aus seinem »todesähnlichen Schlummer« zu wecken. Das Hauptargument lautete, daß die Schleswig-Holstein-Frage, wegen der der Nationalverein in den Hintergrund getreten sei, nun erledigt sei. In den letzten Septembertagen erschien die Einladung zur Generalversammlung, nachdem eine schriftliche Befragung der Ausschußmitglieder bei 24 Voten nur eine Gegenstimme erbracht hatte.[6]

Während der dreitägigen vorbereitenden Ausschußsitzung vom 28.–30. Oktober 1864, an der auch die Preußen Schulze, Lüning, Franz Duncker und Cetto teilnahmen, führte der inzwischen eingetretene grundlegende Wandel der politischen Konstellationen zu heftigen Auseinandersetzungen um das Vereinsprogramm von 1862. Der Änderungsdruck ging dabei vor allem vom rechten Vereinsflügel aus. Bennigsen war durch einen Brief aus Bremen bereits gewarnt: im Namen der dortigen Mitglieder hatte Böhmert deutlich gegen die Betonung der Freiheitsfrage Stellung bezogen. Nach ihrer Auffassung mußte die Parlamentsagitation solange zurückgestellt werden, bis mit Preußen die nationale Einheit erreicht sei.[7] Böhmert formulierte damit zum ersten Mal explizit eine Politik, die unter faktischer Preisgabe des Nationalvereins eine bedingungslose Unterstützung der Außenpolitik Bismarcks

5 WSchNV, Nr. 204, 24. 3. 1864.
6 WSchNV, Nr. 225, 25. 8. 1864, Nr. 226, 1. 9. 1864, Nr. 231, 29. 9. 1864.
7 Böhmert an Bennigsen, 24. 10. 1864, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 644 f.

verlangte. In dieselbe Richtung gingen die Vorstellungen von Ladenburg, Reventlow, Rochau, Eduard Wiggers und Brater, die die Rückkehr zum Programm von 1860 verlangten, also Preisgabe der Reichsverfassung und Wiederaufnahme der ursprünglichen Strategie des direkten Appells an die preußische Initiative. Immerhin hielten sie dabei im Unterschied zu den Bremern an der Forderung nach einem nationalen Parlament fest.

Nach ausführlichen Diskussionen schloß sich die Mehrheit jedoch dem von Miquel, Schulze und Metz ausgearbeiteten Resolutionsentwurf an, der sich ausdrücklich zu den Beschlüssen von 1862 bekannte. Solange die Durchführung der Reichsverfassung wegen der undeutschen Zustände in den Einzelstaaten unmöglich sei, lautete das Fazit, müßten alle Energien auf die freiheitliche Entwicklung der Einzelstaaten gerichtet bleiben. Das bedeutete: zunächst galt es für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen zu sorgen. Für den Ausgang der Abstimmung spielte die entschiedene Abneigung Bennigsens gegen die Bremer Vorschläge, deren Annahme zweifellos den Zerfall des Nationalvereins bedeutet hätten, eine maßgebliche Rolle. Worauf diese hinausliefen, hatte er genau verstanden: »Eine Militärdiktatur kann ein Volk um seiner Einheit willen in einer schlimmen Lage wohl dulden, aber niemals fordern«. Bennigsen war ein energischer Gegner jeglicher Programmänderung, da sie die Gefahr der Spaltung mit sich brachte. Ihm kam es in erster Linie darauf an, den Nationalverein als Machtbasis des politischen Bürgertums zusammenzuhalten, und dazu brauchte er das Programm von 1862.[8]

Mit der Feststellung des Ausschußantrages zur deutsche Frage war die Debatte über den Antrag zur Schleswig-Holstein-Frage vorentschieden. Die Schleswig-Holsteiner im Nationalvereinsausschuß, Ludwig Reventlow und Eduard Wiggers, die sich gemäß der Rendsburger Beschlüsse der Schleswig-Holsteinischen Vereine für den »engsten Anschluß« der Herzogtümer an Preußen ausgesprochen hatten, blieben isoliert. Stattdessen übernahm man auf Drängen Schulzes und Müllers die Weimarer Beschlüsse des 36er-Ausschusses, die die Entscheidung über Marine- und Militärkonventionen der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung überlassen wollten. Dementsprechend enthielt die Resolution die Forderung nach der Konstituierung Schleswig-Holsteins unter Friedrich von Augustenburg sowie nach der Einberufung der Stände. Der »maritime Anschluß« an Preußen wurde aus Gründen des nationalen Interesses befürwortet, die Annexion der Herzogtümer jedoch als »schwere Gefährdung der bundesstaatlichen Einigung der Nation« zurückgewiesen.[9]

---

8 Vgl. seinen wichtigen Brief an Böhmert, 26. 10. 1864, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 645 ff. Das einzige positive Programm, das man der Reichsverfassung gegenüberstellen könne, sah Bennigsen in der Föderativrepublik. Diese sei jedoch »ein Revolutions- oder Konspirationsprogramm und kein Reformprogramm für öffentliche Agitation«. Alles andere, ob Dualismus (womit er die »Mainlinie« als Folge preußischer Annexionen in Norddeutschland meinte), Trias oder Direktorium, hielt in seinen Augen einer Kritik vom nationalen Standpunkte nicht Stand.

9 A-Prot.NV, 28.–30. 10. 1864, BAP, Nl. Oetker, 19.

Innerhalb des Ausschusses hatte sich damit die integrierende bundesstaatliche Richtung nahezu vollständig durchgesetzt. Die Ausschußstrategie zielte offensichtlich darauf ab, durch programmatische Zugeständnisse die angekündigte Abspaltung der Vereinslinken zu verhindern. Durch Fries war man genauestens über die Entwicklungen der Eckardt-Gruppe unterrichtet und wußte, daß ihr Verbleib im Verein vom Verlauf der Generalversammlung abhing; auch lagen die Karlsruher Anträge seit Wochen vor. Wenn sich der Ausschuß in programmatischen Fragen kompromißbereit auch zeigte, stand jedoch von vornherein außer Zweifel, daß Eckardt in organisatorischen Fragen keinerlei Entgegenkommen zu erwarten hatte. Das galt insbesondere für seine Absicht, das Verfahren der Ausschußwahlen durch die Beschränkung des Kooptationsrechts zu demokratisieren. Nach dem von Venedey formulierten Motto: »Das Instrument ist gut, die Hand die es trägt, führt es schlecht« zielte die Eckardt-Gruppe damit auf das Herzstück der Ausschußmacht.[10] Da der amtierende Ausschuß die Pläne zur Demokratisierung der Ausschußwahlen nicht offen bekämpfen konnte, ohne sein Gesicht zu verlieren, beschloß er, lediglich zu erklären, daß er derlei für überflüssig halte. Gewissermaßen als Köder sollte Streit der Versammlung im Gegenzug einen Antrag auf Einrichtung eines Nationalfonds für gemaßregelte Militär- und Zivilpersonen vorlegen und damit einer alten Forderung der Vereinslinken nachkommen.[11]

In der Generalversammlung zeigte die Integrationsstrategie des Ausschusses Wirkung. Nachdem der Protokollführer Emminghaus den Ausschußantrag zur deutschen Frage verlesen hatte, zog Eckardt seinen Gegenantrag zurück und beschränkte sich auf ein bloßes Amendement. Sein ursprünglicher Antrag hatte die Beschränkung auf die reine Parlamentsorganisation und die Durchführung der Grundrechte beinhaltet, sowie die Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung im Sinne der allgemeinen Wehrpflicht und ein deutsches Heimatrecht angemahnt. Das Amendement beschränkte sich darauf, den Ausschußantrag um die Umgestaltung der Kriegsverfassung und das deutsche Heimatrecht zu ergänzen.[12] Während der Debatte legte die Ausschußregie großen Wert darauf, die Gemeinsamkeiten der Nationalpartei zu betonen.[13] Preußenfromme Annexionisten wie den Hannoveraner Weber ließ Bennigsen nicht ausreden[14], und sie wurden von Schulze energisch bekämpft.[15] Um nicht in den Verdacht zu geraten, die Einigkeit der Versammlung stören zu wollen oder gar die Spaltung des Vereins anzustreben, sah sich Eckardt schließlich zum Rückzug seiner Amendements gezwungen.[16] Der Ausschußantrag wurde gegen nur 5 Stimmen angenommen.

---

10 Kreisschreiben IV, o. D., WLB, Nl. Hölder, Bl. 145; J. Venedey, Grundübel, 1864; vgl. R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 147 ff.

11 A-Prot.NV, 28.–30. 10. 1864, BAP, Nl. Oetker, 19.

12 Verhandlungen NV V (1864), S. 8 f.

13 Vgl. insbesondere Metz, ebd., S. 9 ff.

14 Ebd., S. 14 f.

15 Ebd., S. 16 ff.

16 Ebd., S. 11 ff.

In der anschließenden Debatte um die Organisationsreform des Nationalvereins erlitt Eckardt jedoch eine Serie von Niederlagen, die den Integrationserfolg der Programmdebatten in Frage zu stellen drohten: sowohl die Einführung der Delegiertenabstimmung, der Aufbau von Kreisverbänden wie die Senkung der Mitgliedsbeiträge und die Verbindung mit den Verfassungsparteien der Nachbarländer[17] wurden abgelehnt. Auch der Antrag zur Beschränkung des Kooptationsrechts drang nicht durch. Die Ausschußwahlen brachten keinerlei Überraschungen: unter den zwölf Gewählten fand sich kein neues Gesicht, die meisten Stimmen hatte mit 183 Schulze-Delitzsch erhalten, die wenigsten Rochau mit 128.[18] In der Schleswig-Holstein-Debatte, die nur noch nachgeordnete Bedeutung besaß, sprachen sich Eckardt und Bürgers zwar gegen alle Zugeständnisse an Preußen aus, verzichteten jedoch darauf, eigene Anträge vorzulegen.[19] Der großangelegte Versuch der Eckardt-Gruppe, den Nationalverein programmatisch und organisatorisch nach links zu verschieben und Einfluß auf den Ausschuß zu gewinnen, war damit vollständig zurückgeschlagen.

Um die drohende Abspaltung des volksparteilichen Flügels zu vermeiden, versuchte der Ausschuß im unmittelbaren Anschluß an die Generalversammlung die wichtigsten Exponenten der Opposition – mit Ausnahme Eckardts – zu kooptieren und in die Ausschußdisziplin einzubinden. Dies gelang nur teilweise: Jacoby und Preetorius akzeptierten zwar, Trabert und Bürgers lehnten jedoch ab.[20] Angesichts dieser Integrationspolitik erscheint die Annahme Na'amans voreilig, daß die wenig später erfolgende Entlassung des Geschäftsführers Streit seit der Generalversammlung beschlossene Sache gewesen sei. Die Absicht zur Ablösung Streits verfolgte vorerst nur der rechte Flügel um Rochau und die Bremer.[21] Die Ausschußmehrheit trachtete allerdings danach, für die Zukunft alle publizistischen Eigenmächtigkeiten Streits auszuschließen. Neue triftige Argumente hatte Streit geliefert, als er die Abwesenheit des Chefredakteurs Rochau ausgenutzt hatte, um Auszüge aus Struves republikanischer Streitschrift »Diesseits und Jenseits des Oceans« in der Wochenschrift abzudrucken und Struve in der beigelegten Arbeiterzeitung Gelegenheit zu scharfen Attacken gegen seinen Intimfeind Häusser gegeben hatte.[22]

---

17 Vgl. zu Eckardts einsetzendem Wandel vom Nationalisten zum Internationalisten die Ausführungen S. Na'amans, Nationalverein, 1987, S. 193 ff.

18 Verhandlungen NV V (1864), S. 42. Die übrigen Gewählten in der Reihenfolge der Stimmenzahl: Metz, Bennigsen, Streit, Miquel, Crämer, Fries, Brater, Unruh, Müller und A. Seeger. Die Stimmenzahl Eckardts ist im Verhandlungsbericht nicht angegeben.

19 Ebd., S. 56 f., 60 ff.

20 A-Prot.NV, 1.11.–2.11.1864, BAP, Nl. Oetker, 19.

21 Vgl. dazu die Briefe Lammers' an Böhmert, 5.11.1864 u. 22.11.1864, in: A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 121 ff.

22 Dabei ging es u. a. um Unterstellungen in Häussers Darstellung der badischen Revolution, Struve habe bei seiner Flucht in die USA Gelder veruntreut; die Sache führte zu einer Serie von Beschimpfungen und Gegendarstellungen, vgl. CAZ, Nr. 45, 8.11.1863, Nr. 47, 21.11.1863, Nr. 49, 6.12.1863; vgl. Häusser an Bennigsen, 20.11.1863, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 628 f.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 104, Anm. 61, S. 220; G. Akkermann, 1914, S. 112 ff.

Nachdem Rochau die Vereinigung von Redaktion und Druck in Heidelberg oder Frankfurt verlangte, um so die Wochenschrift dem Zugriff Streits zu entziehen, Streit aber für den Fall der Verlegung des Druckorts seinen Rücktritt androhte, schlug Bennigsen eine Kompromißlösung vor: sämtliche Vereinsgeschäfte sollten künftig von einer sogenannten »kollegialischen Organisation« am Vereinssitz in Coburg geführt werden. Die eigentliche Geschäftsführung wäre demnach Streit und Brater, die Redaktion der Wochenschrift Rochau und Brater zugefallen; im Fall von Meinungsverschiedenheiten sollte der Vorstand entscheiden.[23] Als Brater aus gesundheitlichen Rücksichten verzichten mußte, änderte der Vorstand das Konzept ab: Streit sollte demnach die Verwaltung der Finanzangelegenheiten und den Verkehr mit den Agenten behalten, Rochau für die Redaktion der Wochenschrift und Nagel für die autographischen Korrespondenzen und die Flugblätter zuständig sein. Der Vorstand wurde verpflichtet, sich künftig mindestens zweimal pro Quartal zu versammeln, um die Übereinstimmung der politischen Haltung der Wochenschrift mit dem Vereinsprogramm zu überprüfen.[24]

Die Ausschußrechte um Rochau war aber zu keinen Kompromissen mehr bereit. Auf der Vorstandssitzung am 16. Januar 1865 in Kassel lehnte Rochau die Übersiedlung nach Coburg rundheraus ab und ließ damit die »kollegialische Organisation« scheitern. Streit hatte die Einrichtung eines Redaktionsausschusses zunächst als eine Schlappe für Rochau und seine Freunde angesehen und gehofft, sich noch eine zeitlang auf dem Geschäftsführerposten halten zu können.[25] Jetzt hatte Rochau dem Ausschuß die Entscheidung zwischen seiner Person und Streit aufgezwungen. Streit sah ein, daß er verloren hatte, und legte sein Amt freiwillig nieder. Der Vorstand beschloß die Verlegung von Geschäftsführung, Redaktion und Druck der Wochenschrift nach Frankfurt, wobei aus vereinsrechtlichen Gründen Coburg weiterhin offizieller Sitz bleiben sollte. Bis die Übersiedlung vollzogen war, sollte Streit kommissarisch im Amt bleiben.[26] Dieser Beschluß wurde in einer schriftlichen Abstimmung der Ausschußmitglieder mit 19 zu 7 Stimmen gebilligt. Die Agenten wurden angewiesen, ab dem 1. April 1865 ihren gesamten Verkehr über den neuen Geschäftsführer in Frankfurt, Lorenz Nagel, abzuwickeln.[27]

---

23 Die Angelegenheit war auf der Ausschußsitzung vom 28.–29. 10. erstmals diskutiert worden; dort fiel die Grundentscheidung, Redaktion und Druck der WSchNV an einem Ort zu vereinigen und der Redaktion ein kontrollierendes Gremium zur Seite zu stellen (A-Prot.NV, 28.–29. 10. 1864, BAP, Nl. Oetker, 19); nachdem die Generalversammlung dies gebilligt hatte (Verhandlungen NV V (1864), S. 36 ff.), beschloß der Ausschuß die endgültigen Regelungen, A-Prot.NV, 1. 11. 1864, ebd.

24 V-Prot.NV, 20. 11. 1864, StadtB München; Akten NV.

25 Vgl. den ausführlichen Brief Streits an Struve, 29. 10. 1864, BAF, Nl. Struve.

26 V-Prot.NV, 16. 1. 1865, StadtB München, Akten NV, und WLB, Nl. Hölder, XXXV. Streit nahm letztmals Ende März 1865 an einer V-Sitzung in Coburg teil, V-Prot.NV, 28.–29. 3. 1865 WLB, Nl. Hölder, XXXV. Fries wurde Mitte Juni beauftragt, Streit »unter Verweis auf das Mißliche« seiner Stellung auch zum Rücktritt aus dem Ausschuß zu bewegen, A-Prot.NV, 11.–12. 6. 1865, StadtB München, Akten NV.

27 V-Prot.NV, 26. 2. 1865 und 28. 3. 1865, beide StadtB München, Akten NV, und WLB, Nl. Hölder, XXXV. Dort auch zahlreiche Details zu den technischen Problemen des Umzugs: Büromiete, Personal, Bankkonten, Aktenübergabe etc.

Die Verlegung der Zentrale und die Entlassung Streits waren für die weitere Entwicklung des Nationalvereins von grundlegender Bedeutung. Einerseits konterkarierten sie die Integrationsstrategie der Generalversammlung, indem sie den endgültige Bruch mit der volksparteilichen Richtung signalisierten. Eckardt erklärte jetzt seinen Austritt aus dem Nationalverein und brach öffentlich mit dem 36er-Ausschuß.[28] Die Ablösung Streits war jedoch nicht nur das Signal für verstärkte Austritte der Linken aus dem Nationalverein, sie bedeutete zumindest in der Rückschau auch das definitive Ende der Entwicklung des Nationalvereins zu einer modernen Massenorganisation. Denn die Frankfurter Geschäftsstelle unterschied sich von der bisherigen nicht nur im Personalumfang, sondern auch in ihrer Tätigkeit grundlegend. Das hing nur zum Teil mit den rapide sinkenden Mitgliederzahlen des Vereins zusammen. Mit dem politischen Kurswechsel nach rechts verlor der Ausschuß zusehends das Interesse an der Erhaltung einer Massenbasis im Verein. Eine der letzten Amtshandlungen Streits war eine ausführliche Instruktion der Agenten gewesen, in der sie nach der langen Untätigkeit des Vereins nochmals im Detail über den Geschäftsgang aufgeklärt wurden.[29] Derlei Initiativen sind von Nagel nicht mehr unternommen worden. Auch auf die immer häufigeren Hinweise der Agenten über allgemeines Desinteresse und Vereinsaustritte reagierte er nur mit einfallslosen Durchhalteparolen.[30] Die neue zentrale Geschäftsstelle beschränkte sich im wesentlichen auf die Arbeit am Vereinsorgan, das seit der Übersiedlung nach Frankfurt unter dem Namen »Wochen-Blatt des National-Vereins« erschien. Mit der schrittweisen Rückkehr zur Honoratiorenpolitik wurde jetzt jene Entwicklung eingeleitet, die mit der Gründung der Nationalliberalen *Partei* endete, die in Wirklichkeit kaum mehr als eine Parlaments*fraktion* im Norddeutschen Reichstag war.

3. Die Spaltung von Abgeordnetentag und Nationalverein 1865

Nachdem der Nationalverein seinen Einfluß in Württemberg bereits seit der Enstehung der Volkspartei im Frühjahr 1864 weitgehend eingebüßt hatte, hatte der Ausschuß mit der Ablösung Streits entgegen seiner ursprünglichen Absicht eine weitere Austrittswelle der demokratisch-föderalistischen Opposition provoziert oder wenigstens in Kauf genommen. Die Verbindung des Nationalvereins mit Süddeutschland beruhte nach den Worten Bennigsens »in der Hauptsache nur noch auf dem Vertrauen einzelner allerdings einflußreicher Führer im Süden zu uns«.[1] Dennoch konnte der neue Geschäftsführer Nagel mit Recht behaupten, daß es »in Deutschland derzeit nur eine Organisation« gebe, welche in der Lage sei, »die zersplitterten und in der

28 DWBl. Nr. 14, 2.4.1865; »Das Mandat des 36er-Ausschusses und dessen Kündigung«, DWBl., Nr. 26, 25.6.1865.

29 Gedrucktes vierseitiges Schreiben, 1.1.1865, BAP, Nl. Oetker, 19.

30 Vgl. die Instruktion Nagels an die Agenten, 15.12.1865, StadtB München, Akten NV.

1 Bennigsen an Böhmert, 9.11.1864, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 647 f.

Zersplitterung ohnmächtigen Einzelnen zu einer Partei zusammenzuballen«, nämlich den Nationalverein. »Daß es nicht so ganz leicht ist, eine solche Organisation zu gründen oder zu erhalten, beweist schon der Umstand, daß bis jetzt keine andere, sei es von Gegnern, sei es von unzufriedenen Freunden versuchte, hat gedeihen wollen«.[2]

Kurz darauf zog das Wochenblatt eine »Bilanz der Nationalpartei«, die den veränderten Standort des Vereins offenbarte. Ohne weiter auf süddeutsche Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen, listete der Artikel die »wichtigsten Gegebenheiten der letzten Jahre« auf, nicht ohne das Verdienst des Nationalvereins an diesen Entwicklungen herauszustellen: das Fiasko des österreichischen Reformplans, die Erneuerung des Zollvereins »auf preußischer Grundlage«, die Trennung Schleswig-Holsteins von Dänemark und die faktische Mediatisierung des Bundestags durch Österreich und Preußen.[3]

Obwohl der Austritt eines Großteils der volksparteilichen Richtung den Handlungsspielraum des Nationalvereins vergrößerte, verharrte der Verein in der Defensive und fand nicht die Kraft, die homogener gewordene Mitgliedschaft zu der dringend erwünschten »positiven Agitation« zu mobilisieren. In den ersten Monaten des Jahres 1865 wurde der Vorstand nahezu vollständig von der Verlegung der Zentrale nach Frankfurt, der Regelung der Finanzangelegenheiten und der Entlassung des Personals beansprucht. Eine eigentliche agitatorische Tätigkeit entfaltete er nicht, sieht man von der finanziellen Unterstützung des nassauischen Wahlkampfs einmal ab. Erst Anfang Juni, mehr als ein halbes Jahr nach seiner letzten Sitzung, trat der Ausschuß erneut in Frankfurt zusammen, um über verschiedene Maßnahmen zur Wiederbelebung des Vereins zu diskutieren. Gedacht war an die Wiederaufnahme planmäßig organisierter Volksversammlungen oder die demonstrative Beteiligung am bevorstehenden deutschen Schützenfest in Bremen. Die Ausschußsitzung stand jedoch erneut ganz unter dem Eindruck der äußeren Ereignisse. Der Nationalverein agierte nicht mehr, er reagierte.[4]

Anfang 1865 wurden die sogenannten Februarforderungen Bismarcks bekannt, in denen der Ministerpräsident die Bedingungen formuliert hatte, zu denen Preußen bereit sein würde, die staatliche Konstituierung Schleswig-Holsteins zu akzeptieren.[5] Die Februarforderungen kamen einer Annexion der Herzogtümer nahe, wenn sie die preußische Militärhoheit einschließlich des Fahneneids und der preußischen Militärorganisation, den wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Anschluß sowie eine Anzahl formeller Gebietsabtretungen verlangten. Wie sollten sich die Organe der nationalen Verfassungsbewegung dazu stellen? Viele Preußen argumentierten zu Bennigsens Entsetzen bereits, daß zur Lösung der schleswig-holsteinischen und der deutschen Frage nur der »energisch konzentrierte preußische Partikularismus« übrigbleibe, da eine Revolution unmöglich und eine Initiative der preußischen Regierung nicht zu erwarten sei.[6] Der Bremer Kreis um Viktor Böh-

2 WBlNV, Nr. 1, 6.4. 1865.
3 WBlNV, Nr. 10, 8.6. 1865.
4 A-Prot.NV, 11.–12.6. 1865, StadtB München, Akten NV.
5 Vgl. den Text im Erlaß an Werther, 22.2. 1865, in: O.v. Bismarck, Werke, Bd. 5, Nr. 62.
6 Bennigsen an Böhmert, 9.11. 1864, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 647 f.

mert erblickte inzwischen in der Annexion die einzige Alternative zum Partikularismus und bekannte sich zumindest bezüglich Schleswig-Holsteins zu Treitschkes gerade erschienenen fulminaten Apologie des preußisch-deutschen Einheitsstaats.[7]

Während einerseits der Druck von rechts auf die Nationalvereinsspitze zunahm, hatten umgekehrt in Schleswig-Holstein die Anhänger des unbedingten Selbstbestimmungsrechts der Herzogtümer gegenüber den Befürwortern des »engsten Anschlusses« das Übergewicht gewonnen. Die Rendsburger Delegiertenversammlung der Schleswig-Holsteinischen Vereine vom 26. Februar 1865 bekannte sich mit 120 zu 88 Stimmen zu einem Antrag, der die preußischen Februarforderungen zurückwies, an einem unabhängigen Schleswig-Holstein unter dem Augustenburger festhielt, sich aber *nach* dessen Konstituierung für den Abschluß von Staatsverträgen mit Preußen »im Interesse Deutschlands« aussprach.[8] Zugleich regte der Engere Ausschuß der Schleswig-Holsteinischen Vereine eine erweiterte Sitzung des 36er-Ausschusses – nicht des Nationalvereinsausschusses – an, um auf der Grundlage der Rendsburger Beschlüsse eine abgestimmte Haltung in der Schleswig-Holstein-Frage zu verabreden. Dies sollte geschehen, ehe die preußische Kammer zu dem Problem öffentlich Stellung bezog.[9]

Sigmund Müller kam dem Wunsch der Schleswig-Holsteiner nach und berief auf den 26. März eine Versammlung nach Berlin, an der als Vertreter des 36er-Ausschusses Karl Barth, Bennigsen, Bluntschli, Mammen, Metz, Müller und Eduard Wiggers teilnahmen, als Abgesandte des Engeren Ausschusses Bokelmann[10], Baudissin, May, Jessen und zwölf weitere Schleswig-Holsteiner, und als Vertreter des preußischen Abgeordnetenhauses Dahlmann, Franz Duncker, Forstmann, Frese, Hoverbeck, Möller, Pauli, Rönne, Seydlitz, Unruh, Vaerst und Virchow. Der von dieser hochkarätig besetzten Runde ausgehandelte sogenannte »Berliner Kompromiß« war der bedeutendste Versuch, nochmals eine umfassende Übereinkunft zu erreichen, auf der sich die um den volksparteilichen Flügel verkleinerte nationale Verfassungsbewegung treffen konnte.

Indem der einstimmig gefaßte Beschluß den Rechtsstandpunkt des 36er-Ausschusses, der Osterversammlungen und der Rechtsverwahrung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen bekräftigte, beharrte er auf der Konstituierung Schleswig-Holsteins unter Friedrich von Augustenburg. Zugleich

---

7 Böhmert an Bennigsen, 18.2.1865, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 655 f. H.v.TREITSCHKE, Einheitsstaat oder Bundesstaat, 1864; Treitschke hatte die Broschüre in Reaktion auf die Beschlüsse der Generalversammlung des Nationalvereins verfaßt, die er als »Selbstverleugnung der nationalen Partei« empfand, Treitschke an Häusser, 23.11.1864, in: H.v. TREITSCHKE, Briefe, Bd. 2, 1913, S. 362.

8 An der Versammlung nahmen 207 Delegierte von 121 Vereinen teil, vgl. den Versammlungsbericht im BAP, Nl. Oetker, 23, Bl. 333 f.; LB Kiel, Nl. Ahlmann; vgl. Samwer an Bennigsen, 17.3.1865, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 659 f.; zur Entwicklung der politischen Strömungen in Schleswig-Holstein 1864–65 vgl. H. RAUTENBERG, Untersuchungen, vor allem Bd. 62 (1934), S. 277 ff.

9 Kommission an Ausschußmitglieder, 10.3.1865 und 16.3.1865, StadtA Augsburg, Nl. Völk.

10 Conrad Johann Bokelmann (1830–1875); ev.; Gutsbesitzer bei Oldesloe; MdR 1867 (bundesstaatl.-konst.); A-AT 1866; vgl. B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 383.

konzedierte er Preußen die Ausbildung, Bewaffnung und Inspektion der schleswig-holsteinischen Armee sowie den Oberbefehl im Kriegsfall, das Anlegen von Festungen und Militärhäfen auf schleswig-holsteinischem Gebiet, die Aushebung der Seestreitkräfte und bis zur Errichtung einer deutschen Flotte auch einen finanziellen Beitrag zum Unterhalt der preußischen Seemacht. Die übrigen »Februarforderungen« wie der preußische Fahneneid, die Aushebung des Landheeres und die Verwaltung von Zoll, Post und Telegraphenwesen durch preußische Behörden wurden jedoch als unvereinbar mit der Selbständigkeit der Herzogtümer zurückgewiesen. Diese sehr weitreichenden Zugeständnisse der Schleswig-Holsteiner gingen weit über die Souveränitätsbeschränkungen hinaus, die die bisher als vorbildlich betrachtete Militärkonvention zwischen Preußen und Coburg-Gotha enthielt. Sie bezeichneten die äußerste Grenze dessen, was sich mit der Aufrechterhaltung der Forderung nach einer bundesstaatlichen Konstituierung Schleswig-Holsteins vereinbaren ließ. Umgekehrt hatte sich auch die Führungsriege der preußischen Fortschrittspartei durch ihr Bekenntnis zum Augustenburger und zu den Weimarer Beschlüssen kompromißbereit gezeigt und damit heftige Kritik im annexionistischen Lager provoziert.[11] Der Ausschuß des Nationalvereins übernahm den Berliner Kompromiß in seiner Sitzung vom 11. Juni 1865. Indem er die schleunige Berufung der schleswig-holsteinischen Stände verlangte und mit dem Arzt Peter Jessen den Vorsitzenden des Engeren Ausschusses kooptierte, vollzog er den völligen Schulterschluß mit den Schleswig-Holsteinern.[12]

Der mühsam gefundene »Berliner Kompromiß« zerbrach bereits wenig später in seiner ersten großen Belastungsprobe. Ende August 1865 wurde die sogenannte Gasteiner Konvention zwischen Preußen und Österreich bekannt, in der beide Staaten einen vorläufigen modus vivendi für die unter gemeinsamer Verwaltung stehenden Herzogtümer Schleswig und Holstein gefunden und damit den drohenden Krieg noch einmal abgewendet hatten. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten hatten sich dramatisch verschlechtert, seit die österreichische Politik unter dem neuen Außenminister Mensdorff auf die annexionistischen Tendenzen Preußens mit einer Annäherung an die Mittelstaaten reagierte und die Anerkennung des Augustenburgers

---

11 Gedruckte Pressemitteilung, StadtB München, Akten NV. Danach auch die Presseberichte z. B. CAZ, Nr. 120, 16. 4. 1865. Vgl. die Einladungsschreiben der Kommission vom 10. 3. und 19. 3. 1865, BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 115 f.; ferner das erläuternde Rundschreiben der Kommission (Müller/Metz) an den 36er-Ausschuß, 8. 4. 1865, StadtA Augsburg, Nl. Völk; BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 117; eine Schilderung aus Sicht der FSP-Fraktion bei Rönne an R.v. Mohl, 26. 3. 1865, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 246 f.; die Position der preußischen FSP-Fraktion erläuterte zuvor bereits Schulze an Bennigsen, 9. 1. 1865, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 657 f.; Häusser und Miquel, die nicht an der Versammlung teilgenommen hatten, hatten zuvor brieflich ihre Einwilligung in den angestrebten Kompromiß erklärt, vgl. ihre Briefe an S. Müller vom 13. 3. 1865 u. 26. 3. 1865, BAF, ZSg.3/4, Bl. 102 f., 104. Sybel veröffentlichte in der KöZ vom 26. 4. 1865 eine Kritik am Berliner Kompromiß, vgl. H. Seier, Staatsidee, 1961, S. 148; vernichtend die Attacken der PrJbb. 15 (1865), S. 468 ff.; T. Mommsen, 1865, S. 15 ff.

12 A-Prot.NV, 11.–12. 6. 1865, StadtB München, Akten NV. Jessen hatte zuvor seinen Standpunkt dem Nationalverein nochmals brieflich erläutert, Jessen an [Nagel], 7. 6. 1865, StadtB München, Briefe NV.

betrieb. In Gastein hatte man den Konfrontationskurs vorläufig aufgegeben und war zu einer gemeinsamen Politik zurückgekehrt. Durch eine Verwaltungsteilung der Herzogtümer, so daß Preußen für Schleswig und Österreich für Holstein zuständig war, sollten die aus der gemeinsamen Verwaltung erwachsenden alltäglichen Reibereien beseitigt werden. Bismarck konnte dabei für Preußen eine Reihe von Sonderrechten wie etwa die Erlaubnis zur Anlage von Marinestützpunkten und Etappenstraßen in Holstein durchsetzen. Insgesamt stellte Gastein zweifellos einen diplomatischen Erfolg und machtpolitischen Zugewinn für Preußen dar, nicht zuletzt auch deshalb, weil der plötzliche Schwenk der österreichischen Politik von der Unterstützung der Mittelstaaten und des Augustenburgers zurück zu einer Politik an der Seite Preußens den Habsburgerstaat auch in den Augen der größten Preußenfeinde in der bundesstaatlichen Nationalbewegung endgültig diskreditieren mußte. Daß Österreich sich sogar zum »Länderschacher« bereit fand, und seine Rechtstitel auf das Herzogtum Lauenburg für 21/2 Millionen Taler an Schleswig abtrat, bestätigte das traurige Bild nur noch.[13]

Die Gasteiner Konvention rief als Inbegriff rücksichtsloser antinationaler Kabinettspolitik eine Welle der Empörung hervor und führte sogar zu einem kurzen Wiederaufleben der Schleswig-Holstein-Bewegung.[14] Der Engere Ausschuß der Schleswig-Holsteinischen Vereine sprach angesichts der »Zerreißung« der Herzogtümer und der Überführung des provisorischen Kondominiums in einen scheinbaren Dauerzustand von »Unterwerfung«. Um demgegenüber die Forderungen des »Berliner Kompromisses« durch ein eindeutiges Votum des Volkswillens zu bekräftigen, verlangte er die sofortige Einberufung des Abgeordnetentags.[15] Sigmund Müller berief daraufhin pflichtgemäß den 36er-Ausschuß auf den 3. September 1865 nach Leipzig ein.[16]

Für den Zusammenhalt der nationalen Verfassungsbewegung sollte sich die Leipziger Ausschußsitzung als verhängnisvoll erweisen. Die Sitzung, bei der die Anhänger des unbedingten Selbstbestimmungsrechts der Herzogtümer die Mehrheit besaßen, provozierte die offene Konfrontation mit der preußischen Fortschrittspartei und zertrümmerte den ohnehin brüchigen »Berliner Kompromiß«. Mit knapper Mehrheit beschloß die Versammlung, mit einem vom 36er-Ausschuß und dem engeren Ausschuß der Schleswig-Holstein-Vereine gemeinsam erlassenen Aufruf die Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen zum 1. Oktober nach Frankfurt zu berufen. Durch die dazugehörige Resolution, die die Gasteiner Konvention mit scharfen Worten geißelte und die Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der Herzogtümer verlangte, bestand kein Zweifel, daß der Abgeordnetentag zu einem Tribunal für Österreich und vor allem Preußen gemacht werden sollte.[17]

---

13 Text bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 158. Vgl. dazu ders., Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 503 ff.; L. Gall, Bismarck, 1983, S. 335 ff.

14 Vgl. dazu für Bayern und Württemberg T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 83 ff.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 328 f.

15 Vgl. den Brief an den 36er-Ausschuß, Verhandlungen AT IV (1865), S. 32 ff.

16 Einladungsschreiben vom 23. 8. 1865, BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 120.

17 Für die Resolution dürften die Bayern K. Barth, Crämer, Feustel, Kolb und Riedel, die

In Bennigsens Augen war die Einberufung des Abgeordnetentags zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein unverzeihlicher Fehler, da er die Spaltung der Bewegung unvermeidlich machen würde. »Auch diejenigen, die sich in bewußter radikaler und antipreußischer Tendenz dazu entschieden haben, werden sich doch bald davon überzeugen müssen, daß Südwestdeutschland mit seinen demokratischen Plänen keinen Vorteil davon haben, aber eine sehr große Gefahr laufen wird, wenn die Versammlung den Riß zwischen den Süd- und Norddeutschen besiegelt«.[18] Bennigsen schrieb ganz unter dem Eindruck der Pläne zur »Bildung einer spezifisch preußischen Partei«, von denen Nagel und er in Leipzig Kenntnis erlangt hatten. Die eigentlichen Initiatoren, die Schleswig-Holsteiner Römer[19] und Reventlow, hatten sich mit den Redakteuren des Grenzboten Julian Schmidt und Moritz Busch, mit dem Redakteur der Preußischen Jahrbücher Wehrenpfennig, mit den Bremern um H. H. Meier und Böhmert und auch mit Treitschke in Verbindung gesetzt. Eine für den August geplante Konferenz in Hamburg war jedoch nicht zustande gekommen, angeblich weil die preußischen Ansprechpartner (Twesten, Mommsen?) Zweifel bekommen hatten.[20]

Einen letzten Versuch, die drohende Spaltung zu vermeiden, unternahm Karl Biedermann, der 1865 noch jegliche Annexionen ablehnte und darüber mit Treitschke in Streit geraten war.[21] Er hatte einen Resolutionsentwurf ausgearbeitet, der sich grundsätzlich am Berliner Kompromiß orientierte, aber auf die Bezeichnung von Einzelforderungen verzichtete und damit gegenüber den preußischen Machtansprüchen flexibler reagieren konnte: engster »bundesstaatlicher Anschluß« an Preußen und die Aufforderung an die Bevölkerung Schleswig-Holsteins, dies im nationalen Interesse zu akzeptieren. Für eine solche Resolution, die zwischen den Februarforderungen und dem Berliner Kompromiß die Waage hielt, suchte er mit einem Rundbrief vom 12. September die Unterstützung seiner politischen Freunde zu gewinnen, um sie auf dieser Grundlage zur Beteiligung am Abgeordnetentag zu

---

Württemberger Fetzer und Tafel sowie Vieweg, Mammen und Müller gestimmt haben. Verbürgte Gegenstimmen stammten von Unruh, Pauli (Fritz Pauli (1832–1898), kath.; Jura-Studium in Bonn, Königsberg und Greifswald; Pressedezernent bei der Stettiner und Kölner Bezirksregierung; schied nach Erlaß der »Preßordonnanz« aus dem Staatsdienst aus und lebte von Kapitaleinkünften; MdL 1863–67 (FSP), MdR 1868–74 (fraktionslos), A-AT 1863–65; vgl. B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 447; T. Parent, 1982, S. 136, Anm. 35), Bennigsen, Brater, Fries und Oetker, zu denen Völk, Metz und Eduard Wiggers zuzuzählen wären; vgl. RhZ, Nr. 247, 6.9. 1865; ein gedrucktes Exemplar des Einladungsschreiben an die Parlamentarier, 15.9. 1865, BAF, ZSg. 8/209; die Einladung wurde z. B. veröffentlicht im WBlNV, Nr. 24, 14.9. 1865; CAZ, Beilage zu Nr. 141, 15.9. 1865.

18 Bennigsen an Nagel, 4.9. 1865, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 670 f.; Bennigsen an Oetker, 25.9. 1865, ebd., S. 671 f.

19 August Römer (1821–), ev.; Jura-Studium in Jena, Kiel; Advokat und Journalist in Rendsburg, seit 1856 in Elmshorn; Mitglied NV, Engerer Ausschuß der Schleswig-Holsteinischen Vereine; vgl. J. Wetzel, 1971, S. 125.

20 Lammers an [Nagel], 2.8. 1865, StadtB München, Briefe NV; Nagel an Bennigsen, 4.9. 1865, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 670 f.; Bennigsen an Lammers, 13.10. 1865, ebd., S. 674 f.; vgl. Treitschke an Busch, 13.6. 1865, in: H.v. Treitschke, Briefe, Bd. 2, 1913, S. 400 ff.

21 Vgl. dazu R. J. Bazillion, 1990, S. 325 ff.

bewegen. Das Echo auf seine Initiative blieb jedoch gedämpft. Während Marquard Barth und Völk Zustimmung signalisierten, lehnte Brater weitere Zugeständnisse an Preußen ab. Auch Metz, Lammers, Oetker und Fries bezeugten zwar grundsätzliche Übereinstimmung, wollten sich aber unter Verweis auf die zuständigen Ausschüsse des Abgeordnetentags und des Nationalvereins nicht festlegen. Schulze ließ bereits erkennen, daß die preußischen Abgeordneten sich nicht am Abgeordnetentag beteiligen würden, weil sie sonst ihre ohnehin schwierige Stellung im preußischen Abgeordnetenhaus weiter schwächen würden.[22]

In der Tat entschied am 19. September 1865 in Berlin eine Versammlung von etwa 15 Mitgliedern der preußischen Fortschrittspartei – darunter Unruh, Twesten, Mommsen und Schulze – nicht nach Frankfurt zu gehen.[23] Die offizielle Bekanntgabe dieses Beschlusses wurde Mommsen und Twesten übertragen, die sich ihrer Aufgabe in Form von offenen Briefen an den Vorsitzenden des 36er-Ausschusses Sigmund Müller entledigten, die in der National-Zeitung veröffentlicht wurden. Mommsen erklärte darin, daß der Zweck des Abgeordnetentags mit der Trennung der Herzogtümer von Dänemark erfüllt sei, und schlug die Auflösung des 36er-Ausschusses vor. Eine Teilnahme am Abgeordnetentag stellte er nur für den Fall in Aussicht, daß dieser die »definitive ewige Unterordnung unter den preußischen Großstaat den sämtlichen Mittel- und Kleinstaaten und insbesondere jetzt den Elbherzogthümern« vorschriebe.[24] Brutaler ließ sich das Programm des großpreußischen Einheitsstaat kaum formulieren. Im Ton weniger schroff, aber in der Sache ähnlich argumentierte Twesten. Seine Absage begründete er damit, daß neben dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes auch die Machtstellung Preußens beachtet werden müsse; von dem bevorstehenden Abgeordnetentag seien Schritte zu erwarten, die sich nicht gegen die Politik der gegenwärtigen Regierung sondern gegen den preußischen Staat als solchen richteten. Twesten erklärte, daß er »jede Alternative einer Niederlage des preußischen Staates« vorziehen würde.[25]

In der preußischen Fortschrittspartei hatten sich diejenigen Kräfte durchgesetzt, die aus nationalpreußischen Gründen an einem Ausgleich mit der nationalen Verfassungsbewegung nicht länger interessiert war. Die offizielle

---

22 Vgl. dazu mit ausführlichen Briefzitaten K. Biedermann, Mein Leben, Bd. 2, 1887, S. 250 ff.

23 Vgl. L. Parisius, Hoverbeck, Bd. 3, 1900, S. 61 ff., sowie den Brief Schulze an Bennigsen, [20. 9. 1865], in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 218 ff. (Herausgeber Thorwart setzt den undatierten Brief im Herbst 1864 an, H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 672 ff., datiert den dort in Auszügen wiedergegebenen Brief auf den 24. 9. 1865. Da Schulze sich auf besagtes Treffen der FSP vom *Vortage* bezieht, das am 19. 9. stattfand, wurde der Brief am 20. 9. 1865 verfaßt).

24 Mommsen an Müller, 28. 9. 1865, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 253 ff.

25 Twesten an Müller, 28. 9. 1865, in: ebd., S. 255 ff.; im Vergleich zu den Attacken Treitschkes auf Nationalverein und Abgeordnetentag formulierten Twesten und Mommsen allerdings moderat, vgl. H.v. Treitschke, Die Parteien und die Herzogtümer, datiert vom 23. 9. 1865. Mit der öffentlichen Absage der Preußen war Biedermanns Initiative gescheitert. Auch sein beschwörender Versuch in der Deutschen Allgemeinen Zeitung, die preußischen Abgeordneten umzustimmen, hatte keinen Erfolg, vgl. RhZ., Nr. 266, 25. 9. 1865. Konsequenterweise verzichtete Biedermann auf die Teilnahme am Abgeordnetentag.

Antwort hatte man mit Twesten und Mommsen zwei Politikern übertragen, die im Nationalverein kaum eine Rolle gespielt hatten. Für Schulze-Delitzsch und Unruh, die als Mitbegründer des Nationalvereins und führende preußische Ausschußmitglieder erheblich mehr Verständnis für die Belange der nationalen Verfassungsbewegung aufbrachten und wohl auch »nationaler« dachten, stellte sich die Lage weniger eindeutig dar. Sie billigten zwar den Beschluß der Fortschrittspartei, hätten aber eine weniger provokative Form der Absage vorgezogen.[26] Zur Rechtfertigung des preußischen Fernbleibens hatte Schulze ein ausführliches Promemoria ausgearbeitet, das er in eigener Verantwortung an Bennigsen, Fries und in Auszügen auch an Sigmund Müller versandte.

Darin warb er um Verständnis und begründete das Fernbleiben der preußischen Fortschrittspartei mit wahltaktischen Überlegungen, nicht aber wie Mommsen und Twesten mit einer Abkehr vom Berliner Kompromiß. Nach Schulzes Ansicht mußte die Politik Bismarcks aus dem preußischen Parlament heraus angegriffen werden. Die preußische Bevölkerung würde für Verurteilung ihres Landes durch den Abgeordnetentag angesichts der unbestreitbaren Erfolge Bismarcks kein Verständnis haben; eine Teilnahme der preußischen Abgeordneten würde daher die Stellung der Fortschrittspartei weiter schwächen. Eine Wahlniederlage der preußischen Opposition müsse jedoch um jeden Preis auch im Interesse der nationalen Sache vermieden werden.[27] Schulze hatte damit nochmals seine politischen Prioritäten benannt: im Zweifelsfall war ihm die Fortschrittspartei wichtiger als Abgeordnetentag und Nationalverein. Die kurhessischen Parlamentarier nahmen sich die Entscheidung der preußischen Abgeordneten zum Vorbild. Am 23. September 1865 beschlossen die Kasseler Parlamentarier, gleichfalls nicht am Abgeordnetentag teilzunehmen.[28]

Die offenen Absagebriefe Mommsens und Twestens riefen heftige Reaktionen hervor. Der sächsische Demokrat Wilhelm Schaffrath beschuldigte die preußischen Abgeordneten, durch ihr »hegemonisches Wegbleiben« den Bruch zwischen Nord und Süd verschuldet und »für das Linsengericht eines kleinen äußeren Machtzuwachses« das Recht des deutschen Volkes – gemeint ist die bundesstaatliche Einigung – aufgegeben zu haben.[29] Noch härtere

---

26 Twesten an Lipke, 7.10.1865, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 262 f.

27 Schulze an Bennigsen, [20.9.1865], in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 218 ff., sowie mit ähnlichen Argumenten bereits Schulze an Fries, 8.9.1865, ebd., S. 240 ff. (beiden Briefen war das erwähnte Promemoria Schulzes beigelegt, das ebd., S. 247 ff., abgedruckt ist). Aus dem Brief Schulzes an Fries, 28.9.1865, ebd., S. 242 f., geht hervor, daß Müller das Promemoria nur in Auszügen erhalten hatte. Auch Unruh, der bisher stets um enge Tuchfühlung mit NV und AT bemüht gewesen war, war gegen die Teilnahme und hatte dies ausführlich gegenüber Müller begründet, vgl. Unruh an Bennigsen, 24.9.1865, Nl. Bennigsen, 363, Bl. 1.

28 Vgl. die gedruckte Pressemitteilung der Kasseler Landtagsmitglieder, BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 123; ferner den Zeitungsausriß aus der Hessischen Morgenzeitung Oetkers, GSTA-B, III. HA, 189, Bl. 42. Der Frankfurter Altliberale Jucho lehnte die Teilnahme mit ähnlichen Argumenten ab, vgl. R. Schwemer, Bd. 3/2, 1918, S. 222 f.

29 Schaffrath an Twesten, 1.10.1865, aus der Dresdener Konstitutionellen Zeitung zitiert nach J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 257 ff.

Kritik am »spezifischen Preußentum« äußerte Julius Frese. Wenn Preußens Macht nur durch gewaltsame Annexionen zu erhalten sei, schrieb er in Umkehrung der Formulierung Twestens, so sei es besser, »der preußische Staat ginge heute unter als morgen«.[30]

Auch wenn Schaffrath und Frese nicht als autorisierte Sprecher der Volkspartei handelten, standen ihr Vorgehen doch in engem Zusammenhang mit deren Zielen. Im April des Jahres hatten Ludwig Eckardt und Ludwig Büchner[31] mit einer großen Artikelserie des neugegründeten Deutschen Wochenblatts einen politischen Kurswechsel eingeleitet, der statt der Demokratisierung des Nationalvereins den Aufbau einer eigenständigen Volkspartei zum Ziel erhob.[32] Zur Begründung führten sie an, daß der Nationalverein als Vertreter des preußisch-deutschen Einheitsstaats sein Ziel »von Oben herab, durch Preußen, durch Bismarck« erreichen wolle. Die Volkspartei wolle demgegenüber ihr Ziel einer souveränen Nationalvertretung mit gewählter Bundesregierung »durch das Volk, von Unten herauf erreichen, durch die Freiheit zur Einheit gelangen«.[33]

Auf einer Versammlung in Darmstadt am 18. September 1865 sollte der Grundstein zum Aufbau einer nationalen Parteiorganisation gelegt werden. Allerdings fehlten unter den insgesamt 41 Teilnehmern prominente preußische Vertreter wie etwa Jacoby, der im Gefängnis saß, oder die Rheinländer Becker, Bürgers und Lange sowie der Frankfurter Kreis um Sonnemann.[34] Die Bemühungen um ein gemeinsames Programm scheiterten an unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten. Umstritten war erstens die von Büchner und Eckardt beantragte Aufnahme der sozialen Frage und zweitens die von Oesterlen beantragte Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten.

---

30 Erklärung Freses im Wächter, der Wochenschrift für Minden-Ravensberg, vom 11.10. 1865 zitiert nach J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 260 ff. In beiden Briefen wird auf die Problematik einer Unterstützung der Bismarckschen Außenpolitik unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Opposition im Verfassungskonflikt aufmerksam gemacht. Vgl. dazu H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 81 f.

31 Ludwig Büchner (1824–1899); Bruder Georg Büchners; Medizin-Studium in Gießen, Straßburg, Burschenschafter; 1848 im demokratischen Vereinswesen tätig; tätig als Dozent und Publizist; Gründer und Vorsitzender des Darmstädter Arbeiterbildungsvereins, Vorsitzender des Turnvereins; zeitweise MdL in Hessen-Darmstadt; vgl. ADB 55, S. 459 ff.

32 »Zur Organisation der Volkspartei«, in: DWBl. Nr. 14, 2.4. 1865, Nr. 15, 9.4. 1865, Nr. 17, 23.4. 1865, Nr. 20, 14.5. 1865, Nr. 24, 11.6. 1865, Nr. 38, 17.9. 1865. Fein hatte bereits vor der Generalversammlung von 1864 auf Spaltung gesetzt, die er einem faulen Kompromiß vorzog. Er sah keine Möglichkeit zur Reform des NV. Selbst wenn man die Mehrheit gewönne, argumentierte er, würden die »Prussomanen« sofort austreten, vgl. Abschriften Fein an Eckardt, 25.10. 1864, STA Wolfenbüttel, Nl. Fein, 98; Fein an Nauwerck, ebd.; Fein an Venedey, 13.1. 1865, ebd., 94.

33 DWBl., Nr. 15, 9.4. 1865.

34 Weitere Teilnehmer waren u. a. die Rheinländer Rittershaus und W. Angerstein, Knorr aus München, Mayer und Oesterlen aus Schwaben, Preetorius, Büchner und Trabert aus Hessen-Darmstadt und Kurhessen, Röckel aus Frankfurt, Wex aus Hamburg, Wuttke aus Sachsen, Schenck aus Nassau und Riepen und Neergardt aus Schleswig-Holstein. Zur preußischen Volkspartei rechnete F. A. Langes Bote vom Niederrhein, der sich im Editorial der ersten Nummer vom 1.10. 1865 für die Volkspartei ausgesprochen hatte, Guido Weiß, Jacoby, Löwe, Ziegler und Becker. Ein Zusammengehen mit der FSP hielt er nur noch in der Budgetpolitik für möglich, ein Beleg dafür, daß die Spaltungsabsicht nationalpolitisch bedingt war, BNrh, Nr. 40, 31.12. 1865.

Auch in der Organisationsfrage konnte man sich nur auf das dezentrale Vorortprinzip einigen, das gemessen an den drängenden Erfordernissen der politischen Situation das Scheitern der geplanten nationalen Parteigründung nur mühsam kaschieren konnte. Wie bereits Anfang 1864 sollte die Sammlung und Organisation der volksparteilichen Kräfte in den einzelnen Staaten beginnen, während zur länderübergreifenden Koordinierung allein periodische Zusammenkünfte der einzelstaatlichen Vertreter vorgesehen waren. In Abgrenzung vom Nationalverein strebte Eckardt lediglich ein »Bundesverhältnis« der verschiedenen volksparteilichen Gruppierungen an.[35] Zum ersten Vorort der neuen »Partei« wurde Nürnberg, zum vorläufigen Organ das Deutsche Wochenblatt Eckardts bestimmt.[36]

Die mangelnde politische Schlagkraft der Demokraten, die in den folgenden Monaten immer deutlicher zutage trat, läßt sich auch auf einen organisatorischen Umstand zurückführen: ihr föderalistisches Bekenntnis hat sie zu ihrem eigenen Schaden davon abgehalten, eine zentralistische Organisation nach dem Vorbild des Nationalvereins oder des ADAV aufzubauen.[37] Wenn die Volkspartei irgendeinen Einfluß auf die politische Entwicklung nehmen wollte, dann hätte sie einer handlungsfähigen nationalen Organisation bedurft. Indem sie die Lehre des Nationalvereins ablehnte, verabschiedete sie sich aus der Politik. Ihre programmatische und organisatorische Zerfahrenheit verhinderte selbst eine einheitliche Strategie für den bevorstehenden Abgeordnetentag. Der vorbereitenden Versammlung unter Leitung von Aloys Brinz, an der u. a. Eckardt, Neergardt, Becker, Trabert, Oesterlen, Groote und erstmals auch Fedor Streit teilnahmen, gelang es nicht, sich über gemeinsame Anträge zu verständigen.[38] Verschiedene Aufrufe im Deutschen

---

35 DWBl., Nr. 43, 29.10.1865

36 Versammlungsberichte in SZ, Nr. 263, 22.9.1865 (nach NFZ); CAZ, Nr. 144, 1.10.1865; die Rede Eckardts bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 316 ff.; vgl. Wentzel an Bismarck, 26.9.1865, GSTA-B, III. HA, 189, Bl. 28; ferner G. Mayer, Trennung, 1912, S. 15 f.; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 221 ff. Am 19.9.1865 beschlossen die Württemberger in einer Nachversammlung ein extrem föderatives, fast ganz auf die freiheitliche Ausgestaltung der Einzelstaaten gerichtetes Programm, akzeptierten aber den Nürnberger Vorort, BNrh., Nr. 1, 1.10.1865. CAZ, Nr. 146, 15.10.1865. Der Deutsche Eidgenosse Karl Blinds vertrat demgegenüber einen entschieden republikanisch-revolutionären Standpunkt, vgl. sein »Sendschreiben zu Händen der Darmstädter Versammlung«, Eidgenosse, Heft V, 15.11.1865, S. 122 ff.; ähnlich bereits K. Blind, Offener Brief, 1859, und K. Blind, Anschlag, 1860. Blind sprach angeblich im Namen einer »Gesellschaft deutscher Vaterlandsfreunde« oder eines »Vereins für deutsche Freiheit und Einheit«, war aber nach Berichten des Spitzels Edgar Bauer völlig auf sich gestellt, vgl. E. Bauer, 1989, S. 538 f., 582 ff. (die Statuten des Vereins im STA Coburg, LA A, 7192, Bl. 89 f.). In einem weiteren Sendschreiben zur Bamberger Versammlung verurteilte Blind scharf den württembergischen Partikularismus, Eidgenosse, Heft VI, 15.1.1866, S. 159 f. Diese Position unterstützte auch Büchner, der für den Fall der Erhebung der Trias zum Programm die Spaltung der Volkspartei ankündigte, vgl. seinen Programmentwurf für die Bamberger Tagung in Eidgenosse, Heft VI, 15.1.1866, S. 167 ff.; DWBl., Nr. 48, 28.11.1865, Nr. 52, 26.12.1865.

37 So bereits G. Mayer, Trennung, 1912, S. 22; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 216 ff., bedauert das Fehlen eines Bebel, der die zerstreuten volksparteilichen Gruppen zusammengefaßt hätte. Auch Fein machte den »vollständigen Mangel an all und jeder Organisation« für die Schwäche der Volkspartei verantwortlich, vgl. die Abschrift Fein an Nauwerck, 13.12.1865, STA Wolfenbüttel, Nl. Fein, 99.

38 DWBl., Nr. 41, 8.10.1865. Vgl. auch den Bericht in CAZ, Nr. 145, 8.10.1865. Auch die

Wochenblatt und anderen der Volkspartei nahestehenden Zeitungen, der Abgeordnetentag möge sich als »zweites Vorparlament« konstituieren und die Nation zu ihrem Schutz aufrufen, konnten dafür keinen brauchbaren Ersatz bieten.[39]

Immerhin verhinderte die öffentlich zur Schau getragene Uneinigkeit der nationalen Verfassungsbewegung die militärische Unterdrückung des Abgeordnetentags durch Preußen und Österreich. Die beiden Großmächte reagierten auf die sichtbar werdende Spaltung des Fortschrittsliberalismus, indem sie auf die ursprünglich ins Auge gefaßte gewaltsame Unterbindung des Abgeordnetentags verzichteten. Daß es zumindest Bismarck äußerst ernst gewesen ist, beweist sein Vorgehen gegen das Kölnische Abgeordnetenfest vom Juli des Jahres, das unter Einsatz militärischer Gewalt aufgelöst worden war.[40] Nachdem Österreich und Preußen nach längeren Verhandlungen kurz vor einer Einigung über die einzuleitenden Schritte standen[41], erläuterte Bismarck seinem Wiener Gesandten, er sei der Ansicht, »daß der Abgeordnetentag in Frankfurt auch ohne unser Zutun mißlingen werde. Ich schlage deshalb aus Utilitätsgründen Aufschub unserer Frankfurter Schritte bis nach dem voraussichtlichen fiasco der Abgeordneten vor«.[42]

Für Bennigsen und die Führungsriege der nationalen Verfassungsbewegung ging es darum, trotz der Absage der Preußen und Kurhessen ein Abdriften des Abgeordnetentags ins volksparteiliche Lager zu verhindern; sie verfolgten in erster Linie defensive Ziele und versuchten den bereits eingetretenen Schaden zu begrenzen. Zu diesem Zweck hatte Bennigsen im Anschluß an die Leipziger Sitzung des 36er-Ausschusses eine Ausschußsitzung des Nationalvereins in die Wege geleitet, die unmittelbar vor dem Zusammentritt des Abgeordnetentags in Frankfurt stattfand.[43] Unter Berücksichtigung der Berichte von Preetorius, der an der Vorbesprechung der Volkspartei teilgenommen hatte, diskutierte der Ausschuß ausführlich die Resolutionsentwürfe des 36er-Ausschusses, die ihm durch Müller vertraulich vorgelegt worden waren, und erklärte schließlich sein Einverständnis. Wil-

---

Bamberger Tagung der Volkspartei vom 26. Dezember 1865 brachte gegenüber Darmstadt keinen Fortschritt in programmatischen oder organisatorischen Fragen. Indem man den Vorort für das nächste Jahr nach Stuttgart verlegte und damit die Führung den württembergischen Trias-Politikern übergab, hatte man dem Eckardt-Büchnerschen Programm einer nationalen Volkspartei den Todesstoß versetzt, vgl. zur Bamberger Tagung DWBl., Nr. 3, 14. 1. 1866; BNrh., Nr. 6, 19. 1. 1866; G. Mayer, Trennung, 1912, S. 18 ff.; R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 234 ff. Vgl. auch die Schilderung bei A. Trabert, 1912, S. 339 f.

39 »Aufruf an die Mitglieder des Abgeordnetentag«, in DWBl., Nr. 40, 1. 10. 1865; ähnlich der Fränkische Kurier am 4. 9., vgl. T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 86 f.; vgl. auch die Erklärung einer Volksversammlung im württembergischen Calw, Verhandlungen AT IV (1865), S. 36.

40 T. Parent, 1982, S. 283 ff.

41 Vgl. zu den Vorverhandlungen GSTA-B, III. HA., 189, Bl. 4 ff.; vgl. E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, ^{3}1988, S. 511 f.

42 Telegramm Bismarck an Werther, 24. 9. 1865, in: O.v. Bismarck, Werke, Bd. 5, Nr. 182; vgl. APP, Bd. 6, Nr. 302, Anm. 3.

43 Bennigsen an Nagel, 4. 9. 1865, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 670 f.; Nagel an Ausschußmitglieder, 6. 9. 1865, WLB, Nl. Hölder, XXXV, Bl. 61.

helm Jungermann, der erstmals offen für den preußisch-deutschen Einheitsstaat eintrat und eine Änderung des Programms im annexionistischen Sinne anregte, blieb isoliert.[44]

Unter den nach offiziellen Angaben gerade 268 Teilnehmern des Abgeordnetentags befanden sich lediglich sieben Preußen. Stark vertreten waren insbesondere die Bayern (79, 29%), Frankfurter (37, 14%), Württemberger (27, 10%) und Hessen-Darmstädter (22, 8%), während aus Kurhessen und Weimar kaum jemand, aus Bremen sogar niemand erschienen war.[45] Da wie angekündigt auch sämtliche preußischen und kurhessischen Ausschußmitglieder ausgeblieben waren, bespöttelten die »Grenzboten« die Versammlung als »Rumpfparlament«.[46]

Der Ausschußantrag wurde von Joseph Völk begründet, der in Süddeutschland großes Vertrauen genoß, weil er als Mitglied der bayerischen Fortschrittspartei nie dem Nationalverein beigetreten war. Durch die Ernennung Völks zum Referenten bewies der Ausschuß, daß es ihm vorrangig darum ging, die verbliebenen süddeutschen Föderalisten bei der Stange zu halten. Inhaltlich hielt der Ausschußantrag am Berliner Kompromiß fest: so bekannte er sich in einem ersten Absatz zum »Selbstbestimmungsrecht« Schleswig-Holsteins und verurteilte den Rechtsbruch durch die Gasteiner Konvention. Völk wies ausdrücklich darauf hin, daß der preußische Annexionismus nicht nur die Herzogtümer sondern auch die deutschen Mittel- und Kleinstaaten bedrohe. Der folgende Paragraph stellte fest, daß das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer nur durch die höheren Interessen Deutschlands beschränkt werden dürfe; diesen sei durch die im Berliner Kompromiß beschlossenen Konzessionen an Preußen hinreichend Rechnung getragen worden. Schließlich wurden mit Blick vor allem auf das preußische Abgeordnetenhaus sämtliche Länderkammern aufgefordert, im Sinne der Beschlüsse des Abgeordnetentags zu wirken und ihren Regierungen jede Unterstützung für eine Fortsetzung der »Politik der Vergewaltigung« zu verweigern.[47]

Das Auftreten der frisch gegründeten Volkspartei war demgegenüber geprägt von mangelnder Abstimmung und einem angeschlagenen Selbstbewußtsein.[48] Ihre Redner legten drei abweichende Anträge vor, wobei dem Antrag Traberts die größte Bedeutung zukam. Oesterlen[49] und Streit be-

---

44 A-Prot.NV, 28.–29. 9. 1865, BAP, Nl. Oetker, 19.

45 Laut einem Bericht Kübecks vom 9. 10. 1865 waren die offiziellen Zahlen zu hoch angesetzt; in Wirklichkeit hätten weniger Personen teilgenommen, QDPÖ, Bd.V, 1, Nr. 2228. Venedey hatte sich schriftlich um eine Teilnahmegenehmigung bemüht, wurde aber von Müller darauf aufmerksam gemacht, daß nur Parlamentarier zugelassen seien. Müller bat Venedey, in Anbetracht der Lage einen öffentlichen Streit hierüber zu vermeiden, Müller an Venedey, 28. 9. 1865, BAP, Nl. Venedey, 136, Bl. 65.

46 Grenzboten 24 (1865, IV), S. 631 ff.

47 Verhandlungen AT IV (1865), S. 38 ff.

48 Vgl. auch die Kritik R. Webers, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 232.

49 Ludwig August Oesterlen (1819–1893), 1848/49 im Landesausschuß der Volksvereine, Stadtgerichtsaktuar; nach Entlassung aus Staatsdienst im Ausschuß des württ. Kreditvereins und im Vorstand der Stuttgarter Handwerkerbank; Anwalt in Stuttgart; MdL 1862–76 (FSP, VP); bundesstaatlicher Großdeutscher, lehnt 1864 die Kooptation in 36er-Ausschuß ab; vgl. die Hinweise bei D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974.

schränkten sich auf Amendements zum Ausschußantrag, wobei ersterer das Bekenntnis zum Augustenburger ergänzen und Streit die Abschnitte über Konzessionen an Preußen streichen und es bei der Bekräftigung des Selbstbestimmungsrechts Schleswig-Holsteins belassen wollte.[50] Die Frankfurter Gruppe um Hohenemser, Kolb und Braunfels beteiligte sich überhaupt nicht an der Debatte und für die preußischen Sympathisanten der volksparteilichen Richtung erklärte Groote, daß sie sich der Abstimmung enthalten würden. Seiner Rede lassen sich zwei Gründe entnehmen: die Abneigung der Unitarier gegenüber der Föderativrepublik der Süddeutschen und eine Art preußischer Nationalismus, der sich gerade bei entschiedenen Bismarck-Gegnern finden läßt, die dem Kampf des Abgeordnetenhauses die entscheidende Bedeutung beimaßen.[51]

Adam Trabert lehnte Konzessionen an Preußen nach Art des Berliner Kompromisses ab. Stattdessen schlug er der Versammlung vor, ein »Manifest an das deutsche Volk« zu verabschieden, das die antinationale »Vergewaltigungspolitik« in scharfen Worten verurteilen und die bedingungslose Konstituierung Schleswig-Holsteins fordern sollte. Sein Textentwurf endete mit der Drohung, daß der Gedanke einer »Föderativrepublik« immer weiter um sich greifen werde, wenn die Regierungen die Volksforderungen nicht erfüllten. Trabert machte sich zum Fürsprecher der Triaspläne der württembergischen Volkspartei: die deutschen Staaten mit Ausnahme Österreichs und Preußens sollten sich zu einem engeren Bündnis vereinigen, »gestützt auf eine gemeinsame Volksvertretung und geleitet durch ein kräftiges Bundesdirektorium«; dieses Gebilde sollte am Anfang der föderativen Einigung stehen. Traberts Rede löste in der Versammlung mehrfach »stürmischen Applaus«, »lebhafte Zustimmung« und »stürmisches Bravo« aus, besaß also durchaus Anhänger im Plenum und auf den Galerien.[52]

Die entscheidende Rede zugunsten der Ausschußanträge hielt Karl Braun, der mit heftiger Polemik die Trias-Pläne Traberts als eine Neuauflage des Rheinbundes und als »Korruptionswerkzeug in der Hand des Auslandes zur Erniedrigung und Beschimpfung des deutschen Namens« angriff.[53] Anschließend sprachen mit Bokelmann und Hansen zwei Schleswig-Holsteiner für den Ausschußantrag, denen man schwerlich im Namen des Selbstbestimmungsrechts der Herzogtümer entgegentreten konnte. Den letzten Redebeitrag lieferte wie gewohnt August Metz, der mit großem Pathos und demagogischem Geschick die Notwendigkeit der Einigkeit des Abgeordnetentags beschwor[54], worauf der Schluß der Debatte ausgesprochen wurde. Tra-

---

50 Verhandlungen AT IV (1865), S. 54 f., S. 47 ff.

51 Ebd., S. 60 ff. Von den 7 anwesenden Preußen dürften Becker, Frese, Groote, Raffauf und Lüning mit der Volkspartei wenigstens zeitweise sympathisiert haben, Cetto war konstitutionell, über Jablonski liegen keine Informationen vor. Metz bestätigt in einem Brief an Schulze, daß die Preußen an der Abstimmung nicht teilgenommen hätten, vgl. H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 243 ff. Nach einer Anmerkung Heyderhoffs zum offenen Brief Freses hatten sechs von ihnen gemeinsam erklärt, *als Preußen* nicht zustimmen zu können.

52 Verhandlungen AT IV (1865), S. 46 f.; 51 ff.

53 Ebd., S. 56 ff.

54 Ebd., S. 63 ff.

bert und Oesterlen bekamen nicht mehr das Recht, sich gegen die massiven auch persönlichen Angriffe zu verteidigen und zogen ihre Anträge vor der Abstimmung zurück.[55] Der Antrag Streits fiel durch, angenommen wurden die Ausschußanträge und ein von 15 badischen Abgeordneten vorgeschlagener Zusatz, der in unverbindlicher Form das »rechtlich begründete Verlangen der Nation nach einem deutschen Parlament« wiederholte.[56] Daß im stenographischen Verhandlungsprotokoll anders als üblich die Annahme des Ausschußantrags ohne Zusätze wie »einstimmig« oder »mit großer Majorität« verzeichnet worden ist, läßt auf eine bedeutsame Minderheit schließen, die bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Leitantrag geblieben war.

Die anschließenden »Ausschußwahlen« waren eine Farce. Unter Verweis auf die besondere »Schwierigkeit, die eine neue Wahl gerade zum jetzigen Zeitpunkt mit sich bringen würde«, forderte Karl Barth die Versammlung auf, den bisherigen Ausschuß durch Akklamation zu bestätigen. Daß die Sympathisanten der Volkspartei die Ausschußwahlen nicht in ähnlicher Weise wie im Vorjahr beim Nationalverein zu nutzen suchten, belegt ihre Desorganisation und ihr mangelndes Selbstvertrauen. Es bleibt ein erstaunliches Faktum, daß sie den Ausschuß kampflos ihren Gegnern überließen, jedenfalls wenn man dem Verhandlungsprotokoll trauen kann.[57] Der Verlauf des Abgeordnetentags bewirkte eine Austrittswelle der Nürnberger Linksliberalen und Demokraten aus Nationalverein und Fortschrittspartei. Unter Führung Karl Crämers schlossen sie sich am 30. Oktober der Volkspartei an und Crämer trat ihrem Ausschuß bei.[58]

Als Resultat bleibt festzuhalten, daß es der nationalvereinlichen Führungsriege gelungen war, die Institution der Abgeordnetenversammlungen für die um überregionale Organisation ringenden antipreußisch-demokratischen Gruppen zu blockieren. Integrierende oder koordinierende Impulse gingen von der Versammlung nicht mehr aus; als gestaltende politische Kraft war der Abgeordnetentag verschlissen und seine Auflösung hätte nahegelegen. Statt einer förmlichen Auflösung entschied man jedoch, den Abgeordnetentag stillschweigend einschlafen zu lassen. Eine für den Spätherbst geplante Ausschußsitzung kam nicht mehr zustande.[59]

---

55 Ebd., S. 69.

56 Ebd., S. 46.

57 Ebd., S. 70. Das Protokoll verschweigt z. B. auch die Störungen der Verhandlungen, die von den Galerien des Frankfurter Saalbaus ausgingen. Metz hielt die Frankfurter Lassalleaner für die Übeltäter, vgl. Metz an Schulze, 17.10.1865, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 250 ff.

58 CAZ, Nr. 151, 19.11.1865; vgl. auch das Werbeschreiben der Nürnberger Mitglieder der Volkspartei, Mai 1866, StadtA Augsburg, Nl. Völk; zur Entwicklung der volksparteilichen Richtung in Bayern vgl. T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 75 ff. (die kleine Münchener Gruppe um Knorr und Vecchioni erwähnt Schieder nicht); P. Müller, 1990, S. 137 f., 237, rechnet den im Oktober 1865 unter Führung Crämers gegründeten »Volksverein« unbesehen der FSP zu.

59 Brater an Bluntschli, 30.10.1865, UB Zürich, Nl. Bluntschli. Ebenfalls ohne Wirkung blieb der Versuch der geschäftsleitenden Kommission, die 1388 Unterzeichner der Rechtsverwahrung von 1864 zu bewegen, durch eine ähnliche Initiative die Bestrebungen zur Berufung der schleswig-holsteinischen Stände zu unterstützen, vgl. das vertrauliche Schreiben der Kommission (Müller/G. Varrentrapp) an die Abgeordneten, 6.2.1866, Exemplar im StadtA Augsburg, Nl. Völk.

Bennigsen, der die Abnutzung des Abgeordnetentags als eines nützlichen Instruments der nationalen Verfassungsbewegung bedauerte, sah die Chance, daß der offene Konflikt mit den volksparteilichen Kräften die »zuverlässigen Freunde« des Nationalvereins in Preußen »zu einem positiven Programm in der auswärtigen Politik«, also zu einem klaren Bekenntnis zur bundesstaatlichen Konstituierung Schleswig-Holsteins auf Grundlage des Berliner Kompromisses, antreiben und so den Handlungsspielraum des Nationalvereins erweitern würde.[60] Bennigsen und der kleindeutsche Kern des Nationalvereins um Metz und Fries setzten weiterhin darauf, eine gemeinsame Haltung der um die demokratisch-föderalistische Richtung verkleinerten »Nationalpartei« zu erreichen. Diesem Ziel sollte die Generalversammlung des Nationalvereins dienen.

Bennigsens verhaltener Optimismus erwies sich jedoch als voreilig. Unruh lehnte eine Beteiligung an der Generalversammlung ab, weil die Wähler bei weiteren Resolutionen im Stile des Abgeordnetentags endgültig ins Lager Bismarcks getrieben würden. Er würde daher nicht ausgleichend, sondern nur »spaltend und erbitternd« auftreten können. Unruh war zwar noch immer gegen »absolute Annexion«, der Berliner Kompromiß erschien ihm jedoch nicht mehr tragbar.[61] Metz mußte Schulze geradezu anflehen, für eine nennenswerte Beteiligung an der Generalversammlung des Nationalvereins zu sorgen, und versuchte, die Befürchtungen Schulzes und Unruhs vor antipreußischen Resolutionen zu zerstreuen.[62] Wenn Schulze und andere Preußen sich schließlich zur Teilnahme bereit fanden, dann in der Überzeugung, daß man den Nationalverein nicht den politischen Gegnern überlassen dürfe. Es sei völlig gleichgültig, was der Nationalverein beschließe, argumentierte Schulze, »jeder solche Kompromiß hilft wieder auf einige Zeit die Mitglieder den Händen der Trabert, Eckardt usw. fernzuhalten«.[63] Genau darauf bezieht sich die bekannte Formulierung Gustav Freytags, der gegenüber Treitschke den Nationalverein als »Kleinkinderbewahranstalt für zuchtlose Demokratie« bezeichnet hatte.[64]

Sachlich waren Schulze, Duncker und Löwe derselben Ansicht wie Unruh: den Berliner Kompromiß hielten sie nicht mehr für akzeptabel. In einer Vorversammlung der Berliner Nationalvereinsmitglieder am 24. Oktober war deshalb in der von Löwe begründeten Resolution von der »tatsächlichen Annullierung des Deutschen Bundes« und dem durch »die Gewalt der historischen Tatsachen« festgestellten »preußischen Beruf« die Rede. Sie unterstrich den legitimen Anspruch Preußens, »in den Herzogtümern diejenigen Rechte in Anspruch zu nehmen, welche nach der Reichsverfassung der definitiven Zentralgewalt übertragen« würden.[65] Diese Haltung war noch immer weit von dem entfernt, was etwa die Bremer Mitglieder anstrebten: in

---

60 Bennigsen an Lammers, 13.10. 1865, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 674 f.
61 Unruh an Bennigsen, 26.10. 1865, ebd., S. 677 ff.
62 Metz an Schulze, 12.10. 1865, 17.10. 1865, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 243 ff., S. 250 ff.; Schulze an Metz, o. D. [ca. 14./15.10. 1865], ebd., S. 245 ff.
63 Schulze an Henneberg, 22.10. 1865, BVRB, V, Bl. 65.
64 Freytag an Treitschke, 13.11. 1865, in: E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 145.
65 BAP, 9541, Bl. 180 ff.; BNrh., Nr. 12, 27.10. 1865.

ihrem Namen verlangte Böhmert die Rückkehr zum alten Programm der politischen Einigung unter Preußens Führung. Dabei übersah Böhmert geflissentlich, daß zum Programm des Nationalvereins neben der Einigung immer auch ein nationales Parlament gehört hatte. Jetzt sprach er von der notwendigen Entscheidung zwischen »Einheit und Freiheit« und sagte offen, daß er und seine Freunde das Auseinanderfallen des Vereins für kein Unglück halten würden.[66]

In der vorbereitenden Ausschußsitzung am 28. Oktober bedurfte es mehrstündiger Diskussionen, bis eine Einigung über die Anträge zur deutschen Frage und Schleswig-Holstein gelang.[67] Dabei kam in aller Ausführlichkeit die grundsätzliche Alternative von Bundesstaat und Einheitsstaat zur Sprache. Anstelle von Jungermann vertrat diesmal Miquel das nationalrevolutionäre Programm des preußisch-deutschen Einheitsstaats, dessen Annahme zur sofortigen Sprengung des Nationalvereins geführt hätte. Im Namen der »Einheit und Unteilbarkeit der Nation« wollte Miquel keinerlei Selbstbestimmungsrecht eines »einzelnen deutschen Staates, Stammes oder Teils der Nation« anerkennen. Schleswig-Holstein müsse im nationalen Interesse Deutschlands seine »gesamten militärischen und maritimen Kräfte mit denen des preußischen Staates vereinigen, und sich der Leitung dieses Staats in politischen und volkswirtschaftlichen Fragen unterwerfen«.[68] Weder Miquels Vorschlag noch weitere weniger pointiert formulierte annexionistische Anträge kamen in der Generalversammlung zur Diskussion, weil die Antragsteller auf eine Wortmeldung verzichteten.[69] Ganz offensichtlich war dies in der Ausschußsitzung so vereinbart worden, um die offene Spaltung des Vereins abzuwenden.

Die Ausschußanträge bewegten sich wiederum entlang der bisherigen bundesstaatlichen Linie. In abgeschwächten Formulierungen wurde am Ziel der Reichsverfassung von 1849 festgehalten, dabei allerdings nicht mehr von ihrer unveränderten Durchführung inklusive der Grundrechte und der Wahlgesetze gesprochen. Indem auch Preußen verpflichtet wurde, sich einer Zentralgewalt und einem nationalen Parlament zu unterwerfen, enthielt er eine klare Zurückweisung des einheitsstaatlichen Programms. In der Schleswig-Holstein-Sache stellte sich der Ausschuß ausdrücklich auf den Boden des Berliner Kompromisses vom Frühjahr. Der von Bennigsen persönlich durchgesetzte Nachsatz zu Gastein kritisierte, ohne Preußen namentlich zu erwähnen, die vertraglich festgeschriebene Willkürherrschaft über die Herzogtümer.[70]

Die Opposition sammelte sich um Heinrich Bürgers, der zum kleinen volksparteilichen Flügel der preußischen Fortschrittspartei zählte. Sein Antrag wies alle Zugeständnisse an die reaktionäre preußische Regierung zu-

---

66 Böhmert an Bennigsen, 25. 10. 1865, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 676 f. In einer Erklärung über den Abgeordnetentag sprachen sich auch die braunschweigischen Abgeordneten unverblümt für die Annexion aus, BNrh., Nr. 7, 10. 10. 1865.

67 A-Prot.NV, 28. 10. 1865, BAP, Nl. Oetker, 19.

68 Abgedruckt in Verhandlungen NV VI (1865), S. 10.

69 Ebd., S. 7.

70 Ebd., S. 4.

rück und forderte den Ausschuß auf, die preußische Politik mit allen Mitteln zu bekämpfen.[71] Bürgers drängte darauf, die Schleswig-Holstein-Frage nicht weiter zu thematisieren, sondern die gesamte Kraft auf den Sturz der Regierung Bismarck zu richten.

Daß »es beim Beginn der Debatte, bei deren Verlauf und sogar bis zu dem Augenblick der Abstimmung zweifelhaft« war, welcher Antrag die Zustimmung des Plenums erhalten würde, bestätigt der sehr präzise Bericht des preußischen Ministerresidenten Wentzel, der die Verhandlungen von den Galerien aus verfolgte. Nach seinen Beobachtungen wurden die Gegner des Ausschußantrages mit ungleich größerem Applaus begleitet als die Befürworter. Die Vertreter des Ausschußantrages hätten allerdings »eine äußerst vorsichtige Taktik eingeschlagen. Sie betonten das Konditionelle des Antrages, erschöpften mit Geschick alle möglichen persönlichen und sachlichen Gründe und ließen, als trotzdem die Menge zu schwanken schien, erst im letzten Augenblick durch den Mund des Referenten Metz die Gefahr der Alternative: entweder Annahme des Ausschußantrages oder Sprengung des Vereins, nachdrücklich der Versammlung vor Augen führen«.[72]

Die Wirkung dieses Manövers wurde durch zwei persönliche Bemerkungen Bürgers' unterstützt, in denen er sehr emotional auf Spaltungsvorwürfe reagierte und sich zu persönlichen Angriffen hinreißen ließ. Den Ausschußroutiniers wurde es leicht, Bürgers als unverantwortlichen Hitzkopf hinzustellen. Sein Antrag wurde schließlich mit »überwiegender Mehrheit« abgelehnt. Das läßt auf eine relativ starke Minderheit schließen, die sich nach den Angaben der Arbeiterzeitung Streits auf etwa 50 Stimmen belief.[73]

Die offene Spaltung war so mit Mühe vermieden, auch wenn der Schrumpfungsprozeß weiter voranschritt. Innerlich hatten einige annexionistische Ausschußmitglieder den Nationalverein bereits aufgegeben; einige weitere hatten auch die »Mainlinie« als Zwischenlösung auf dem Weg zum Nationalstaat akzeptiert. Der verbliebene, im wesentlichen rechtsliberale Kern versuchte in der Folgezeit, das bundesstaatliche Programm in den aller Voraussicht nach großpreußisch dominierten Staat hinüberzuretten. Aus ihm ging die nationalliberale Reichstagsfraktion hervor, die durch die Stärkung der Bundesgewalten einen wesentlichen Beitrag dazu leistete, daß das deutsche Kaiserreich trotz aller Dominanz der preußischen Vormacht als Bundesstaat ins Leben trat.

Im Anschluß an die Generalversammlung rechnete Lammers in einem scharfen Artikel mit denjenigen »Großpreußen« ab, die sich in einer eigenen Partei zu organisieren versucht hatten. Von diesem Typus, schrieb er, seien nur einzelne Exemplare auszumachen, etwa bei den Preußischen Jahrbüchern, dem Norddeutschen Grenzboten, in Freiburg, Leipzig, Flensburg, Bremen und Berlin. Sie seien entweder Doktrinäre ohne jeden Einfluß oder Gelehrte aus Studierstuben.[74] Ein vernichtenderes Urteil war im Zeitalter

71 Ebd., S. 8 ff.
72 Wentzel an Bismarck, 30.10.1865, GSTA-B, III. HA, 189, Bl. 245.
73 CAZ, Nr. 149, 5.11.1865.
74 WBlNV, Nr. 27, 5.10.1865.

der vielbeschworenen »Realpolitik« kaum möglich. Der Ausschuß ließ zudem eine Flugschrift verbreiten, die die Frage Bundesstaat oder Einheitsstaat im Sinne des Programms behandelte.[75] Die von Rochau verfaßte Broschüre erschien wenig später unter dem Titel »Die Lage des Nationalvereins im Anfange des Jahres 1866« und grenzte das bundesstaatliche Nationalvereinsprogramm der Reichsverfassung von 1849 noch einmal ausdrücklich und ausführlich sowohl von jedem Annexionismus wie vom revolutionären Umsturz ab, mußte allerdings zugestehen, daß angesichts der innerpreußischen Verhältnisse die Lösung der nationalen Frage im Sinne des Nationalvereins »auf unbestimmte Zeit vertagt werden« müsse.

Auf der Grundlage des preußisch geführten kleindeutschen Bundesstaats versuchte der Ausschuß im Januar 1866 in Berlin nochmals, eine gemeinsame Haltung mit der preußischen Fortschrittspartei zu finden. Bennigsen sah im Schwanken der Preußen nach wie vor das größte Übel und wollte die Partei entweder auf die Unterstützung der Außenpolitik Bismarcks oder seine bedingungslose Bekämpfung festlegen, wobei er letzteres vorgezogen hätte.[76] Dazu sah sich die zerstrittene Fraktion jedoch nicht in der Lage. Ihre Vertreter Schulze, Unruh, Duncker, Hoverbeck, Cetto, Löwe und Lüning gaben an, daß sie in der kommenden Session weiterhin gegen die Schleswig-Holstein-Politik des Ministeriums opponieren und insbesondere keine Gelder bewilligen würden, erklärten sodann aber, daß sie eine endgültige Lösung der Angelegenheit kaum für erreichbar hielten. Zwar gebe es im Abgeordnetenhaus nur wenige Annexionisten, unter den übrigen herrsche aber große Verwirrung: einige wollten die Februarforderungen, einige den Berliner Kompromiß und andere gar keine Zugeständnisse an Preußen. Ein eindeutig formuliertes Programm in der Schleswig-Holstein-Frage würde die Divergenzen sofort in die Bevölkerung tragen, und das müsse man wegen der bevorstehenden Wahlen unbedingt vermeiden.[77]

Obwohl die übrigen Ausschußmitglieder nachdrücklich darauf hinwiesen, daß eine erfolgversprechende Politik des Nationalvereins nur auf der Basis einer verläßlichen Übereinkunft der schleswig-holsteinischen und der preußischen Politiker möglich sei, ließ sich die Fortschrittspartei von ihren wahltaktischen Erwägungen nicht abbringen. Sie lehnte es sogar ab, unmißverständlich gegen die Annexion Schleswig-Holsteins Stellung zu beziehen. Die Preußen fanden sich lediglich dazu bereit, einer Resolution auf Einberufung der schleswig-holsteinischen Stände zuzustimmen.[78] Ob dieser halbherzige »Kompromiß«, der jede energische Agitation des Nationalvereins unmöglich machte, stärkeren Belastungen standhalten würde, ließ sich allerdings mit guten Gründen bezweifeln.

---

75 A-Prot.NV, 21.1.1866, BAP, Nl. Oetker, 19.

76 Bennigsen an Oetker, 18.1.1866, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 685 ff.

77 Vgl. zur Situation in der FSP-Fraktion den dramatischen Brief Lammers' an Böhmert, 16.3.1866, in: A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 125 ff.

78 A-Prot.NV, 21.1.1866, BAP, Nl. Oetker, 19; in Auszügen abgedruckt bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 685, Anm. 2.

Die »Revolution von oben«

1. Bismarcks Bundesreformvorschlag und der Frankfurter Abgeordnetentag vom 20. Mai 1866

Seit März 1866 nahm die Gewißheit der öffentlichen Meinung zu, daß die Auseinandersetzungen um die Zukunft Schleswig-Holsteins in einen kriegerischen Konflikt zwischen Preußen und Österreich münden würden. Die liberale und demokratische Presse reagierte auf die Gefahr eines »Bruderkriegs« oder »Bürgerkriegs« in ihrer überwiegenden Mehrheit mit scheinbar einhelliger Ablehnung. Man befürchtete die Zerreißung Deutschlands nach der Mainlinie, Kompensationsforderungen Frankreichs und hatte nicht zuletzt Zweifel, ob Preußen siegreich aus einem Krieg hervorgehen würde.[1] In dieser Situation wurde am 9. April bekannt, daß Bismarck dem Bundestag den Vorschlag unterbreitet hatte, »eine aus direkten Wahlen und allgemeinem Stimmrecht der ganzen Nation hervorgehende Versammlung« einzuberufen, um »die Vorlagen der deutschen Regierungen über eine Reform der Bundesverfassung entgegenzunehmen und zu beraten«.[2] Es bedurfte keiner überdurchschnittlichen Hellsichtigkeit, um zu erkennen, daß der Parlamentsvorschlag keine Abkehr von den Kriegsplänen bedeutete, sondern diese im Gegenteil ergänzte. Gelänge es Bismarck, die Berufung des Parlaments zu Stande zu bringen und gleichzeitig Österreich zum Kriege zu drängen, kommentierte der Bote vom Niederrhein, so könne Bismarck den Krieg unter besonders günstigen Umständen führen und sich das Resultat eines siegreichen Ausgangs bereits im voraus sichern.[3]

Nach der Auffassung Lothar Galls war die Initiative Bismarcks »nicht, auch nicht in Teilen, konstruktiv, sondern rein destruktiv« gemeint. Daß der Bundestag ablehnen würde, sei leicht vorauszusehen und der eigentliche Adressat daher ein anderer gewesen: die bürgerlich-liberale Bewegung. Sie habe Bismarck mit der Androhung des allgemeinen Wahlrechts unter Druck

1 Vgl. etwa die Artikelserie »Die Kriegsgefahr« in BNrh., Nr. 33–39, 18.3.–1.4.1866, mit zahlreichen Verweisen auf Artikel anderer Blätter; entschiedene Kriegsgegner waren die CAZ, der Beobachter, das DWBl. und die VZ; die NZ schwenkte früh auf Kriegskurs ein; einen Überblick bietet O. Bandmann, 1909, S. 82 ff.; vgl. ferner U. Schultze, 1933, S. 120 ff.; J. Droz, 1932, S. 44 ff. »Wir behaupten nicht, daß ein Krieg zwischen Preußen und Deutschland nicht geführt werden dürfe. [...] Aber dann muß es ein Krieg um die deutsche Kaiserkrone sein«, schrieb das BrHbl., Nr. 756, 7.4.1866.

2 Text bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 163; vgl. ders., Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 518 f.

3 BNrh., Nr. 44, 13.4.1866.

setzen und zum Einlenken im Verfassungskonflikt zwingen wollen.[4] Mit der Betonung der »cäsaristischen« oder »bonapartistischen« Elemente des Bundesreformantrags ist ein wichtiger, gegen die preußische Fortschrittspartei gerichteter Aspekt der Bismarckschen Politik bezeichnet. Angesichts der gleichzeitigen Propaganda sowohl der konservativen preußischen Volksvereine Hermann Wageners als auch der lassalleanischen Arbeiter für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, dem vermeintlichen Bündnis der »schwarzen und roten Reaktion«, befürchtete die Partei, nach der Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts ihre herausragenden Wahlerfolge nicht wiederholen zu können und Stimmen an das konservative, das demokratische oder das sozialistische Lager abgeben zu müssen.[5] Aber diese Interpretation berücksichtigt nicht gebührend, daß Bismarck auch – und nicht nur beiläufig – in der Absicht auf das liberal-demokratische Bürgertum in und außerhalb Preußens zielte, seine Unterstützung für die beginnende »Revolution von oben« zu gewinnen.

Der Parlamentsvorschlag traf auf den Rumpf einer organisierten nationalen Verfassungsbewegung, die durch Richtungskämpfe, Mitgliederschwund und nachlassenden öffentlichen Rückhalt erheblich geschwächt war. Seit dem Scheitern ihrer Strategie in der schleswig-holsteinischen Krise und den militärischen Erfolgen der preußischen Armee hatte sie das Gesetz des Handelns verloren und ausschließlich aus der Defensive agiert. Sie hatte auf die verschiedenste Art *gegen* die antinationale Politik der deutschen Vormächte protestiert. Eine »positive Agitation« war seither nicht mehr zustande gekommen. Alle Versuche, diese Tatsache durch Formelkompromisse zu übertünchen, hatten die stetige Verkleinerung ihrer politischen und sozialen Basis nicht abwenden können.

---

4 L. Gall, Bismarck, 1983, S. 352 f.; vgl. auch W. Gagel, 1958, S. 26 ff.; M. Stürmer, 1974, S. 33 f., 294 ff., 312 ff.; T. Nipperdey, Deutsche Geschichte, 1983, S. 778 f.; K. E. Pollmann, 1985, S. 68 ff.; und neuerdings A. Kaernbach, 1991, S. 222 f. Kaernbachs Verdienst liegt darin, daß er die Kontinuität der deutschen Politik Bismarcks seit 1850 nachzuweisen versteht und ihre grundsätzliche Mehrgleisigkeit herausarbeitet, die bis weit in das Jahr 1866 hinein die Variante eines dualistischen Ausgleichs mit Österreich mitumfaßte (vgl. dazu auch E. Kolb, Großpreußen, 1992). Von »den« Liberalen zeichnet er allerdings ein derartig verzerrtes Bild, daß seine Aussagen über ihre Bedeutung für Bismarcks Deutschland-Politik weitgehend unbrauchbar sind. Seine Auffassung, daß Bismarck »den« Liberalen nur »geringe politische Bedeutung« beigemessen hat und sie daher als Faktor in seinem Kalkül auch seit April 1866 keine Rolle spielten, stützt Kaernbach dabei fast ausschließlich auf ein für den internen Gebrauch bestimmtes Diktat Bismarcks vom Juni 1863; vgl. vor allem S. 133 ff., 142, 188 ff., 196 f., 222 f.

5 Wagener, der Schöpfer der Volksvereine, der ursprünglich ein ständisch geprägtes Wahlrecht angestrebt hatte, verteidigte seit Mitte April 1866 publizistisch das allgemeine Wahlrecht, das er als konservativ und gegen die FSP gerichtet interpretierte und als Übergang zu einem berufsständischen Wahlrecht ansah, vgl. W. Saile, 1958, S. 58 ff.; zu den Befürchtungen der FSP vgl. H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 25 f., 92, 122 f.; auch Teile der preußischen Demokratie um Rodbertus, Ziegler und Bucher plädierten für Spaltung der FSP und bedingungslose Unterstützung der Bismarckschen Reformpläne, um auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts die demokratische Partei zu rekonstruieren, vgl. dazu L. Dehio (Hrsg.), Die preußische Demokratie, 1927; zur Beurteilung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durch die Liberalen vgl. allgemein W. Gagel, 1958, S. 7 ff.

In dieser Situation entfaltete das Angebot Bismarcks durchaus eine anziehende Wirkung, indem es die allgemeine Agonie durchbrach und eine politische Perspektive aufzeigte. Denn eine nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht beschickte Nationalrepräsentation, die spätestens seit dem Jahr 1862 zum Kernbestand des Nationalvereinsprogramms gehört hatte, schien jetzt in Greifweite zu rücken. Sicher gab es keinen fliegenden Wechsel ins Bismarcksche Lager, dazu fehlte es neben klar umrissenen Kooperationsangeboten vor allem bei den durch zahlreiche Repressionsmaßnahmen gebeutelten preußischen Fortschrittlern an Vertrauen. Selbst Politiker vom Schlage Twestens, der ein Jahr zuvor erklärt hatte, eine Militärdiktatur einer Schwächung des preußischen Staats vorzuziehen, blieben anfangs skeptisch.[6] Statt eines plötzlichen Kurswechsels kamen seit April 1866 zwischen preußischen Regierungsstellen und einigen Führern der nationalen Verfassungsbewegung zähe Verhandlungen über Möglichkeiten und Formen einer Zusammenarbeit in Gang. Auch wenn sich zunächst nur wenige offene Befürworter der preußischen Politik fanden und Bismarck sich enttäuscht über verschiedentliche Zusammentreffen mit herausragenden Vertretern des oppositionellen bürgerlichen Lagers zeigte, waren die Verhandlungen folgenreicher und erfolgreicher, als gemeinhin angenommen wird.[7] Beginnend mit vereinzelten Gesprächen führten sie über den Frankfurter Abgeordnetentag vom 20. Mai und den Braunschweiger Vereinstag vom 4. August bis zum Verfassungskompromiß des Konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes. Daß das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht gemäß der Wahlgesetze von 1849 von Bismarck aufgegriffen wurde und dann in die Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreichs einging, war dabei in einem sehr unmittelbaren Sinn die Frucht des politischen Wirkens des Nationalvereins.[8] Das gilt ungeachtet der fortdauernden prinzipiellen Abneigung großer Teile der Liberalen gegenüber dem im Bonapartismusverdacht stehenden Wahlrecht. Auch wegen dieser Zusammenhänge erscheint der Begriff der »Revolution von oben« geeignet zur Charakterisierung des politischen Prozesses, der in die Nationalstaatsgründung von 1867/70 mündete; er verweist auf den gesellschaftlichen Anteil an der mit kriegerischen Mitteln durchgesetzten Nationalstaatsgründung, bezeichnet zugleich aber

---

6 Twesten an Lipke, 23.4.1866, 3.5.1866, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 277 f., 279. Vgl. den Überblick bei O. Bandmann, 1909, S. 122 ff.; in Bayern und Württemberg gab es durchaus auch vereinzelte positive Stimmen zu Bismarcks Parlamentsvorschlägen in der Presse, die die psychologischen Vorbedingungen für den späteren Umschwung schafften; vgl. D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 380 f.; T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 100 ff.; zu den Reaktionen in Preußen vgl. W. Gagel, 1958, S. 38 ff.; H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 85 ff.; J. Frölich, 1990, S. 332 ff.

7 Zu den Kontakten zwischen Bismarck und einzelnen Liberalen seit April 1866 vgl. die detaillierte Auflistung bei H. Oncken (Hrsg.), Bennigsen Briefe, Dt.Revue XXXI (1906/3), S. 163 f.; ferner H. Poschinger, Bd. 2, 1895, S. 20 ff.; M. Spahn, 1908, S. 371 ff.; H. Schwab, 1968, S. 69 ff.

8 So auch S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 18. »Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist unter unserer Mitwirkung zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht«, hieß es im Programm der Nationalliberalen Partei vom 12.6.1867, in: W. Mommsen (Hrsg.), Parteiprogramme, 1960, S. 147 ff.; W. Treue (Hrsg.), ²1962, S. 63 ff.

auch die Grenzen der bürgerlichen Mitwirkungschancen, die durch das Erstarken des preußischen Staats gezogen waren.[9]

Noch vor dem öffentlichen Bekanntwerden der Bismarckschen Anträge hatte die geschäftsleitende Kommission des 36er-Ausschusses für den 7. April zu einer Sitzung nach Frankfurt eingeladen.[10] An der Sitzung des 36er-Ausschusses nahmen mit Schulze und Franz Duncker auffälligerweise auch diejenigen Preußen teil, die den Abgeordnetentag und seinen Ausschuß im Oktober 1865 bereits aufgegebenen hatten. Auch die Führungsriege des Nationalvereins war mit Bennigsen, Fries, Brater, Lang und Metz vertreten. Hinzu kamen die überzeugten Kleindeutschen Bluntschli und Georg Varrentrapp sowie mit Fetzer, Tafel, Völk und Eduard Wiggers Mitbegründer der späteren nationalliberalen Parteien. Ihnen gegenüber waren die ausgesprochenen Föderalisten Karl Barth, Bockelmann, Christmann, Feustel, Kolb, Müller und Vieweg in der Minderzahl. Die starke Beteiligung der preußenfreundlichen Kräfte signalisierte, daß man die Sitzung zu diesem Zeitpunkt für zu wichtig hielt, um sie den Gegnern zu überlassen.

Auf der Tagesordnung standen die Kriegsgefahr und die Frage einer durchgreifenden Bundesreform. Auch wenn Bluntschli in seinen Erinnerungen versichert, daß ihm zum Zeitpunkt der Sitzung der preußische Parlamentsantrag am Bunde noch nicht bekannt gewesen sei, war man in jedem Fall darüber informiert, daß preußische Schritte unmittelbar bevorstanden. Bluntschli forderte jedenfalls – wie Oetker es zuvor schriftlich getan hatte –, den Konflikt zwischen dem Abgeordnetenhaus und dem Ministerium Bismarck beiseite zu drängen, wenn dieses »frischweg und entschieden eine durchgreifende Bundesreform« beantrage.[11]

Mit dem Vorschlag, durch die offene Unterstützung der preußischen Politik zur »positiven Agitation« überzugehen, konnte sich Bluntschli nicht durchsetzen. Die vom Ausschuß veröffentlichte Erklärung beschwor vielmehr die Gefahr eines Bürgerkriegs und drohender ausländischer Einmischung. Indem sie die rechtswidrige Verfügung der Großmächte über Schleswig-Holstein und insbesondere die »offenkundigen Pläne gewaltsamer Annexion« seitens der preußischen Regierung als Ursache der Krise benannte, enthielt sie eine klare Schuldzuweisung. Der folgende Abschnitt erläuterte, daß zur dauerhaften Beseitigung derartiger Gefahren eine vollständige Umgestaltung der Bundesverfassung notwendig sei. Mit Blick auf die bevorste-

---

9 Vgl. zur Problematik des Begriffs D. LANGEWIESCHE, »Revolution von oben?«, 1989, S. 133.

10 Das Einladungsschreiben der geschäftsführenden Kommission liegt nicht vor; Nagel unterrichtete Bennigsen jedoch am 3.4. 1866, daß er am selben Tag durch Brater von der anberaumten Sitzung erfahren habe, BAP, Akten NV, 36, Bl. 21. H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 691 f., gibt irrtümlich an, daß Bennigsen die Sitzung des 36er-Ausschusses einberufen habe.

11 J. K. BLUNTSCHLI, Denkwürdigkeiten, Bd. 3, 1884, S. 135 f.; Oetker an Bennigsen, 6.4. 1866, BAP, Nl. Bennigsen; daß man bereits vor dem 9.4. mit Reformvorschlägen rechnete, die Nationalparlament und preußische Militärhegemonie umfaßten, beweisen die Briefe Twestens an Lipke, 4.4. 1866, in: J. HEYDERHOFF (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 276 f.; und Baumgartens an Sybel, 1.5. 1866, ebd., S. 278. Bismarck hatte seinen Frankfurter Gesandten bereits am 7.4. instruiert, vgl. Erlaß an v.Savigny, O.v. BISMARCK, Werke, Bd. 5, Nr. 298.

hende preußische Initiative hieß es dann, daß einer Regierung, die das Recht des eigenen Landes mit Füßen trete, »mit dem Vertrauen des eigenen und des deutschen Volkes die Gewähr für das Gelingen des großen nationalen Einigungswerkes« fehle.[12]

Das klang nach einer entschiedenen Zurückweisung der Bismarckschen Pläne, war jedoch in Wahrheit sehr zurückhaltend formuliert und enthielt mit der Anspielung auf die innerpreußischen Zustände – nur indirekt formuliert – im Kern bereits ein Verhandlungsangebot: bei Entgegenkommen im Verfassungskonflikt Zustimmung zu den Reformplänen. Die wirklichen Gegner preußischer Annexionspolitik sahen das sehr deutlich. So protestierte der Engere Ausschuß der Schleswig-Holsteinischen Vereine, in dem die Anhänger des unbedingten Selbstbestimmungsrechts inzwischen dominierten, schriftlich gegen die Stellungnahme des 36er-Ausschusses. Die aufgebrochenen Meinungsunterschiede konnten auch dadurch nicht ausgeglichen werden, daß Bennigsen (nicht Müller!) zur Erläuterung des Beschlusses des 36er-Ausschusses persönlich nach Holstein reiste. Der Engere Ausschuß vermißte ein klares Bekenntnis zur selbständigen Konstituierung Schleswig-Holsteins und bemängelte insbesondere, daß der 36er-Ausschuß sich nicht auf eine bundesgemäße Lösung der Schleswig-Holstein-Frage festlegen wollte, sondern auf dem Standpunkt beharrte, daß der Deutsche Bund sich als unfähig zu grundlegenden Reformen erwiesen habe.[13] Genau in dieselbe Richtung zielte die Kritik der Coburger Arbeiterzeitung, die darauf aufmerksam machte, daß der 36er-Ausschuß nur die *gewaltsame* Annexion verurteilt hatte.[14]

In der Tat unterschied sich die Stellungnahme des 36er-Ausschusses von denjenigen der entschiedenen Anti-Kriegskundgebungen dadurch, daß sie den Deutschen Bund bereits abgeschrieben hatte.[15] Darin lag de facto eine Anerkennung der Bismarckschen Politik. In diesem Sinne ist auch der Artikel des Wochenblatts des Nationalvereins vom 12. April zu sehen. Der Au-

---

12 Exemplar im BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 131; veröffentlicht u. a. in NFZ, Nr. 97, 8.4. 1866 (dort das Teilnehmerverzeichnis); NFZ, Nr. 98, 9. 4. 1866; WBlNV, Nr. 55, 12. 4. 1866; CAZ, Nr. 172, 15. 4. 1866. Ganz ähnlich reagierte eine Nationalvereinsversammlung in Berlin am 11. 4. 1866. Die von Duncker, Löwe und Schulze formulierte Resolution sprach sich für den maritimen und militärischen Anschluß Schleswig-Holsteins an Preußen, aber gegen die »gewaltsame« Annexion aus. Bezüglich des Parlamentsplans hieß es, eine Regierung, die das Recht der Landesvertretungen in Preußen und in Schleswig-Holstein nicht anerkenne, könne auch kein nationales Parlament schaffen; VZ, Nr. 85, 13. 4. 1866; BNrh., Nr. 44, 13. 4. 1866; die Rede Schulzes in H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 254 ff.; vgl. auch Schulze an Bennigsen, 12. 4. 1866, ebd., S. 262 f.; vgl. ausführlich N. Süssmilch, Linksliberalismus, 1978, S. 33 ff.; dies., Fortschrittspartei, 1977.

13 Vgl. den offiziellen Protestbrief des Engereren Ausschusses an die Kommission des 36er-Ausschusses, BAP, Nl. Oetker, 23, Bl. 346; zur Versammlung der Schleswig-Holsteinischen Vereine in Neumünster am 11. 4., auf der der Brief beraten wurde, vgl. CAZ, Nr. 173, 22. 4. 1866.

14 CAZ, Nr. 172, 15. 4. 1866.

15 Berichte über die wichtigsten Anti-Kriegsversammlungen in CAZ, Nr. 172, 15. 4. 1866 (Alzey, 8. 4.), Nr. 173, 22. 4. 1866 (Frankfurt, 15. 4.; Offenbach, 13. 4.; Stuttgart), Nr. 176, 13. 5. 1866 (Leipzig, 9. 5.), 177, 20. 5. 1866 (Frankental, 14. 5.); vgl. dazu R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, 247 ff.

tor Lorenz Nagel stellte darin zunächst fest, daß der Bismarcksche Antrag auf das Volk berechnet sein müsse, weil Bismarck wisse, daß er beim Bunde nicht angenommen werden würde. »Als die Brücke zu einer revolutionären Nationalpolitik hätte der Reformantrag am Bundestag in der Tat einen ganz guten Sinn. Daß Graf Bismarck der Mann ist, eine solche Wendung zu nehmen, wird niemand bezweifeln«. Die folgenden Passagen enthielten zwar eine Kritik an den innerpreußischen Zuständen und betonten, daß der Haß, den Bismarck in Deutschland gesät habe, einen »Pakt zwischen ihm und der Nation« unmöglich mache. Sie behandelten aber die preußischen Vorschläge, die auf die Sprengung des Deutschen Bundes hinausliefen, immerhin als diskussionswürdig. Wie der Beschluß des 36er-Ausschusses enthielt der Artikel des Wochenblatts ein verstecktes Kooperationsangebot an Bismarck – Unterstützung der Parlamentspläne gegen innenpolitische Zugeständnisse.[16] Den Artikel wie ein ähnlich lautendes Zirkular an die Agenten hatte Nagel mit Rochau und Müller abgestimmt. Er selbst hatte einen anderen Textvorschlag gemacht, damit aber keinen Anklang gefunden. Dieser war nach Nagels eigenem Urteil »ein paar Schritte entgegenkommender, wenn auch immerhin noch spröde genug, uns nichts zu vergeben.« Nagel war überzeugt, daß der »Zauber des Wortes Parlament« groß genug sein würde, um »die Abneigung gegen Bismarck zu brechen«.[17]

Die Wirkungen der Bismarckschen Offensive zeigten sich jedoch nicht nur in mehrdeutigen Zeitungsartikeln und Resolutionen, sondern, und das ist entscheidend, sie gaben Impulse für organisiertes politisches Handeln. Die früheste und wichtigste Initiative ging von Karl Braun und Friedrich Lang aus, den gemeinschaftlichern Verfassern der Wiesbadener Erklärung von 1859. Im Namen der nassauischen Fortschrittspartei beantragten sie zwei Tage nach dem öffentlichen Bekanntwerden der Parlamentsvorschläge beim Ausschußvorsitzenden Sigmund Müller die sofortige Berufung des *Weimarer* Abgeordnetentags.[18] Offiziell ging es ihnen darum, die preußischen Anträge am Bund öffentlich zu beraten. Die dahinterstehende Absicht zumindest Karl Brauns war jedoch, den deutschen Abgeordnetentag zum fulminanten Auftakt einer »positiven Agitation« für die Bismarckschen Parlamentspläne zu nutzen. Braun knüpfte dabei offensichtlich an die Tendenzen zur Bildung einer großpreußischen Partei an, die im Vorjahr am Widerstand der Nationalvereinsführung gescheitert waren. Seiner Initiative kommt nicht zuletzt deshalb eine herausragende Bedeutung zu, weil sich sofort preußische Regierungsstellen einschalteten, um Vorbereitung und Verlauf des Abgeordnetentags in ihrem Sinne zu beeinflussen.

---

16 WBlNV, Nr. 54, 12. 4. 1866; vgl. ebd., Nr. 56, 26. 4. 1866; in diesem Sinne auch ein Zirkular Nagels an die Agenten vom 9. 4., das H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 693, erwähnt. Vgl. auch den ganz ähnlichen Artikel des BrHbl., Nr. 757, 14. 4. 1866.

17 Nagel an [Bennigsen], 12. 4. 1866, StadtB München, Briefe NV.

18 Vgl. den von 11 Angehörigen der ersten und 20 Angehörigen der zweiten Kammer, allesamt Mitglieder der nassauischen Fortschrittspartei, unterzeichneten Aufruf vom 11. 4. 1866, BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 134.

Aus dieser Perspektive fällt auch auf die verschiedenen Gespräche, die in den folgenden Wochen und Monaten zwischen Bismarck und von ihm beauftragten Regierungsvertretern und führenden Liberalen stattfanden, ein verändertes Licht. Sie waren keine zufallsbestimmten Einzelereignisse, sondern standen im engen Zusammenhang und waren eingebettet in ein schlüssiges Konzept zur Kooperation mit Teilen der nationalen Verfassungsbewegung zur inneren Absicherung der »Revolution von oben«.

Am Abend des 17. April traf der in Frankfurt für Presseangelegenheiten zuständige preußische Regierungsassessor Urban zu einer längeren vertraulichen Besprechung mit Braun und Lang in Wiesbaden zusammen. Es ist unklar, ob Urban dabei auf eigene Faust vorging oder ob er von höherer Stelle aufgefordert worden war. Fest steht aber ohne Zweifel, daß der preußische Gesandte in Frankfurt Friedrich Karl von Savigny, der in Bismarcks »Revolution von oben« eine herausragende Rolle spielte, sich der Angelegenheit annahm und sie in den folgenden Wochen mit Nachdruck verfolgte. Und fest steht auch, daß Bismarck von den Vorgängen genaue Kenntnis besaß und mit lebhaftem Interesse den Verlauf des Abgeordnetentags beobachtete.[19] Vom Inhalt der Wiesbadener Gespräche zeugt ein ausführlicher schriftlicher Bericht Urbans vom 18. April, den Savigny am folgenden Tag seinem Dienstherrn übersandte.[20]

Demnach verlief der entscheidende Teil der Unterredungen unter vier Augen mit Braun, in dem Urban den eigentlichen Verhandlungspartner sah, während Lang erst später hinzugezogen wurde. Braun begrüßte nach Urbans Schilderungen den preußischen Parlamentsvorschlag und erklärte sich bereit, für den Plan innerhalb der ihm zugänglichen Kreise, insbesondere unter der süddeutschen Liberalen, zu wirken. Dieser Gedanke, so Braun, habe bereits seiner Initiative zur Berufung des Abgeordnetentags zugrundegelegen: dabei sei es ihm einmal darum gegangen, einen von Württemberg ausgehenden Plan zu einer südwestdeutschen Versammlung von Abgeordneten der thüringischen Staaten, beider Hessen, Nassaus, Frankfurts, Württembergs, Bayerns und Badens zu paralysieren[21], und zweitens habe er verhindern wollen, daß die Zusammenberufung der Versammlung in die Hände des 36er-Ausschusses gelegt werde, dessen Charakter sich im Vorjahr offenbart

---

19 Bismarck verlangte telegraphisch die schnellstmögliche Zusendung des stenographischen Verhandlungsprotokolls, das ihm kurz darauf zuging und sich ebenfalls in den Akten des Auswärtigen Amts befindet, Konzept des Telegramms Bismarcks an Savigny, 21. 5. 1866, GSTA-B, III. HA, 190, Bl. 75; das Protokoll ebd., Bl. 87 ff.

20 Savigny an Bismarck, 19. 4. 1866, GSTA-B, III. HA, 190, Bl. 50 ff. Die Zeitgenossen knüpften an das Gespräch zwischen Braun und dem »jungen preußischen Diplomaten« den nicht grundlosen Verdacht, daß Braun auf die Annektierung Nassaus hingearbeitet habe. Partner und Inhalt der Gespräche blieben aber seither unbekannt, vgl. E. Grandpierre, 1923, S. 67 f.; W.-H. Struck, 1966, S. 205; W. Seelig, 1980, S. 106.

21 Vgl. zu den Bestrebungen der Volkspartei in Württemberg und Bayern, einen besonderen Abgeordnetentag für Süddeutschland zu Stande zu bringen, BNrh., Nr. 45, 15. 4. 1866; am 10. 5. 1866 fand tatsächlich in Stuttgart ein öffentlich kaum beachtetes Treffen von 40 württembergischen und badischen Abgeordneten statt, bei dem man gemäß des volksparteilichen Programms die Konföderation der Mittel- und Kleinstaaten sowie die Einführung der Volksbewaffnung und des Milizsystems forderte, NFZ, Nr. 131, 13. 5. 1866.

habe. Folgt man dem ansonsten glaubwürdigen Bericht, dann wollte Braun dem Abgeordnetentag den Charakter einer liberal-demokratischen Versammlung nehmen und auch Konservative aller Schattierungen hinzuziehen. »»Schicken Sie uns Wagener«, sagte hierbei Dr. Braun wörtlich, »er wird uns willkommen und darf seiner freundlichen Aufnahme gewiß sein««. Braun gab an, nicht ohne Aussicht auf Erfolg mit Roggenbach in Verhandlung zu stehen, den er wegen seines herausragenden Einflusses in Süddeutschland als Redner gewinnen wollte.

Die Ergebnisse seiner Unterredung resümierend riet Urban der preußischen Regierung, auf den geplanten Abgeordnetentag in ihrem Sinne Einfluß zu nehmen, da er für die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland von erheblicher Bedeutung sein werde. Auch wenn sich ein eindeutiger empirischer Beweis nicht führen läßt, wird man mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen können, daß Bismarcks jetzt einsetzende Versuche zur Kontaktaufnahme mit Bennigsen und Roggenbach direkt mit diesen Vorgängen zusammenhängen. In jedem Fall entsprachen die nachfolgenden Unterredungen derselben politischen Strategie wie die Initiative Urbans und Savignys, die weiterhin mit Braun in Kontakt blieben.

In einem vertraulichen Gespräch mit Max Duncker am 22. April legte Bismarck seine Auffassung dar, daß es notwendig sei, für seine Bundesreformpläne die Unterstützung der öffentlichen Meinung zu gewinnen, und regte zu diesem Zweck die Kontaktaufnahme mit Rudolf v. Bennigsen an, dem nach wie vor einflußreichsten liberalen Politiker in Deutschland. Eine erste Frucht dieses Bemühens war die Unterredung zwischen Theodor v. Bernhardi und Bennigsen am 28. April 1866 in Hannover, in der Bernhardi den preußischen Standpunkt erläuterte und Bennigsen um eine Stellungnahme bat. Dabei zeigte sich, daß Bennigsen schlichtweg nicht bereit war, sich zum nachgeordneten Gehilfen der preußischen Politik machen zu lassen, sondern auf seine und des Nationalvereins Unabhängigkeit Wert legte und eigene Forderungen stellte.

Als mindeste Voraussetzung für eine Unterstützung der Bismarckschen Politik seitens des Nationalvereins nannte er zwei Bedingungen: erstens müsse Bismarck die Bundesreformvorschläge konkretisieren und öffentlich bekannt machen, und zweitens müsse er im Verfassungskonflikt Kompromißbereitschaft zeigen. Bis dies geschehen sei, werde der Nationalverein sich abwartend verhalten.[22] Einen ähnlichen Verlauf nahmen die zur selben Zeit stattfindenden Besprechungen zwischen Bismarck und Roggenbach, dem, wie Gerüchte sagten, sogar der Eintritt in preußische Dienste angeboten worden sei. Auch Roggenbach zeigte sich jedoch zu einer öffentlichen Unterstützung Bismarcks nicht bereit.[23] Als Bennigsen ihn jedoch schriftlich um nähere Auskunft über die Gespräche bat, empfahl Roggenbach dringend die Unterstützung der Bismarckschen Parlamentspläne.[24]

---

22 H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 700 ff.; vgl. auch Bennigsens Brief an Böhmert, 15. 4. 1866, ebd., S. 694 f.; T.v. Bernhardi, Bd. 6, 1897, S. 298 ff.

23 Vgl. zu Roggenbach L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 352 f.; T.v. Bernhardi, Bd. 6, 1897, S. 294 ff.

24 Bennigsen an Roggenbach, 8. 5. 1866; Roggenbach an Bennigsen, 12. 5. 1866, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 706 ff.

In der Folgezeit versuchte Braun, durch persönliche Gespräche und briefliche Erläuterungen für den geplanten Abgeordnetentag zu werben. Das geht aus einem weiteren Bericht Urbans vom 26. April hervor.[25] Auch Savigny setzte sich »mit den bedeutenderen Führern der liberalen Partei in Nassau und in Baden auf geeignetem Wege in Verbindung«, um zu bewirken, »daß möglichst viele preußenfreundliche Elemente aus den genannten Teilen Deutschlands« den Abgeordetentag besuchten.[26] In Baden stieß er damit nicht nur bei Roggenbach, sondern auch bei dessen Beraterstab um Baumgarten, Bluntschli und Jolly auf positive Resonanz: »Siegt Bismarck mit nachdrücklicher Unterstützung der popularen Kräfte, nun, so siegt das liberale Preußen. Siegt es, während das liberale Volk das Geheul der Kölnischen Zeitung und der jüdischen Volkszeitung anstimmt, nun, so wird das preußische Volk dem Liberalismus den Rücken kehren«, schrieb Baumgarten.[27] Aus dieser Überlegung heraus drängte er unter Berufung auf Roggenbach auf möglichst zahlreiche Beteiligung der preußischen Fortschrittler am Abgeordnetentag, damit sie Parlament und Reichsverfassung beantragten und die Versammlung in eine mächtige Kundgebung für die Bismarcksche Politik verwandelten.[28] Nachdem Sybel ihm zunächst vorgeworfen hatte, die Stimmung in Preußen völlig falsch einzuschätzen, schwenkte er schließlich auf Baumgartens Linie ein und verfaßte sogar einen Resolutionsentwurf zur Vorlage vor dem Abgeordnetentag, der die Einberufung eines Parlaments auf der Grundlage der Reichsverfassung von 1849, und, für den Fall eines preußisch-österreichischen Kriegs, die bewaffnete Neutralität der Mittelstaaten verlangte.[29] Auch die auf Betreiben Rudolf Hayms zustande gekommene Hallenser Erklärung vom 26. April, die erste aus dem Lager des preußischen Liberalismus, die sich öffentlich für die Unterstützung Bismarcks aussprach, dürfte ein Resultat der Initiative Brauns gewesen sein.[30] Viktor Böhmert, der sich gerade in Baden aufhielt, warb im Namen der annexionistischen Bremer Gruppe bei Bennigsen für den Plan zur Nutzung des Abgeordnetentags und spekulierte über die Bildung einer »großen Vaterlandspartei«.[31]

Der Präsident des Abgeordnetentags Sigmund Müller, dem die politische Absicht des nassauischen Antrags nicht verborgen geblieben war, weigerte sich jedoch, eine Abgeordnetenversammlung zu berufen. Als Argument

---

25 Savigny übersandte den Bericht am 26. 4. 1866 an Bismarck, GSTA-B, III. HA, 190, Bl. 62 ff.

26 Savigny an Bismarck, 17. 5. 1866, ebd., Bl. 68 ff.

27 Baumgarten an Sybel, 11. 5. 1866, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 281 ff.

28 Baumgarten an Sybel, 15. 5. 1866, 16. 5. 1866, ebd., S. 287 ff. Baumgarten weihte auch Treitschke ein, der sein skeptisches Einverständnis signalisierte, Treitschke an Baumgarten, 17. 5. 1866, in: H.v. Treitschke, Briefe, Bd. 2, 1913, S. 470.

29 Sybel an Baumgarten, 14. 5. 1866, 18. 5. 1866, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 284 f., S. 291 f.

30 R. Haym, Aus meinem Leben, 1902, S. 288 ff.; vgl. Haym an Schrader, 16. 5. 1866, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 285 ff.; Haym an M. Duncker, 19. 5. 1866, in: M. Duncker, 1923, S. 409 f. A. Kahan, 1989, geht fehl, wenn er Haym als typischen Repräsentanten »of mainstream or moderate liberalism« einstuft. Haym gehörte zum äußersten rechten Flügel des Liberalismus.

31 Vgl. Böhmert an Bennigsen, Baden-Baden, 16. 5. 1866, BAP, Nl. Bennigsen; vgl. R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 257.

führte er an, daß der Zusammentritt des Abgeordnetentags nur dann sinnvoll sei, wenn – wie im Sommer 1863 beim Zusammenspiel von Fürstentag und Abgeordnetentag – der genaue Inhalt der Bundesreformpläne bekannt sei.[32] Im Gegenzug beharrte Braun im Namen der nassauischen Fortschrittspartei auf dem sofortigen Zusammentritt des Weimarer Abgeordnetentags, indem er das Hauptargument Müllers auf den Kopf stellte: die Publikation der preußischen Reformpläne, so Braun, sei nur dann erfolgversprechend, wenn zuvor »der Tag des Zusammentritts des Parlaments und die Wahl nach dem Reichswahlgesetz ausgeschrieben« sei. Andernfalls würden sie dasselbe Schicksal erleiden wie die bisherigen Reformversuche.[33] Mit genau denselben Argumenten begründete einige Tage später Bismarck seine Entscheidung, näheres zum Inhalt der Reformpläne vorläufig nicht bekanntzugeben.[34]

Statt der Berufung des seit dem Dezember 1863 offiziell ruhenden *Weimarer Abgeordnetentags* betrieb Müller die Einberufung der *Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen*, in deren 36er-Ausschuß sich die Gewichte durch verschiedentliche Austritte und Kooptationen zugunsten der prinzipiellen Föderalisten verschoben hatte.[35] Dieser Versuch, dem Abgeordnetentag eine möglichst wenig preußenfreundliche Zusammensetzung zu verschaffen, scheiterte jedoch am energischen Widerspruch der preußischen Abgeordneten, die nicht daran dachten, »dem wahnsinnigen Kolb noch ein Extra-Mandat zur Einberufung der Versammlung deutscher Landesvertreter« zu verschaffen. In einem von Schulze verfaßten und Löwe vervollständigten Schreiben beharrten sie auf der Berufung des Weimarer Abgeordnetentags, da es sich nicht um die schleswig-holsteinische sondern um die deutsche Frage handle.[36]

Angesichts des massiven Drucks gab der unschlüssige Müller nach und versandte am 12. Mai 1866 – für die Öffentlichkeit überraschend – die Einladungen zum dritten Deutschen Abgeordnetentag, der bereits für den 20. Mai in Frankfurt angesetzt wurde.[37] Ganz zurecht vermutete darin der volksparteiliche Bote vom Niederrhein einen »Kunstgriff der großpreußischen Partei«.[38]

Während der Ausschußsitzung des Nationalvereins am 13. und 14. Mai in Berlin, die zur Vorbereitung des Abgeordnetentags berufen worden war, wurde der rechtsliberal-propreußischen Gruppe jedoch klar, daß ihre großangelegte Initiative zur offenen Unterstützung der Bismarckschen Politik auf

---

32 Kommission (Müller) an Ausschuß AT, 18.4.1866, StadtA Augsburg, Nl. Völk; StadtB München, Briefe NV.

33 Vgl. die Erklärung Brauns vom 19.4.1866, die sich als Zeitungsausriß bei den Akten des preußischen Außenministeriums befindet, GSTA-B, III. HA, Nr. 190, Bl. 61; man kann mit Sicherheit annehmen, daß Braun im Sinne dieser Erklärung an Müller geschrieben hat.

34 Runderlaß Bismarcks an die preußischen Gesandtschaften, in: O.v. Bismarck, Werke, Bd. 5, Nr. 313.

35 Müller an 36er-Ausschuß, 3.5.1866, BAF, ZSg. 8/108; StadtA Augsburg, Nl. Völk; StadtB München, Akten NV.

36 Vgl. Schulze an Nagel, 9.5.1866, BAP, Akten NV, 36, Bl. 66, dem eine Abschrift des Briefs an Müller beiliegt.

37 Exemplar in WLB, Nl. Hölder, VII, Bl. 141.

38 BNrh., Nr. 46, 18.5.1866.

Widerstand stieß und sich in der ursprünglich beabsichtigten Weise nicht durchsetzen lassen würde.[39] Zunächst referierte der Geschäftsführer Nagel das Ergebnis seiner schriftlichen Umfrage unter den Vereinsagenten vom 27. April. Die Agenten waren darin um die Beantwortung folgender Frage gebeten worden: »Soll der Verein für die Einberufung eines Parlaments in Gemäßheit des Bismarck'schen Antrags ohne Weiteres mit seinen Mitteln eintreten, oder soll er sich zur Zeit noch abwartend verhalten?«.[40] Die Formulierung der Frage ließ keinerlei Präjudiz durch den Ausschuß erkennen, sie stellte im Gegenteil die Frage der Unterstützung der Bismarckschen Initiative als völlig offen dar.

Daß Nagel für diese Umfrage kein Mandat des Ausschusses oder des Vorstands erhalten hatte, wie er in seinem Rundschreiben an die Agenten angab, kann man annehmen. Wenig glaubwürdig ist jedoch seine Behauptung, daß er allein aus eigenem Antrieb gehandelt habe. Wahrscheinlicher ist, daß auch Nagel von Braun in Bewegung gesetzt worden war, um den Nationalverein in die gewünschte Richtung zu lenken. Gestützt wird diese Vermutung – abgesehen davon, daß die Kontaktaufnahme mit dem Geschäftsführer des Nationalvereins ohnehin nahelag – durch die zeitliche Koinzidenz beider Initiativen und durch die lange und enge Bekanntschaft zwischen Nagel, Braun und Lang, die aus ihrer gemeinsamen Zeit als Anwälte am Wiesbadener Hofgericht herrührte. Nagel hatte seinerzeit auch an der Ausarbeitung der berühmten Nassauer Erklärung mitgewirkt.

In ihren Antworten sprachen sich 27 Agenten für die sofortige Aufnahme der Agitation aus, 7 strikt dagegen und einige weitere verhielten sich unentschieden, d. h. von den ehemals knapp 400 Vereinsagenten kam nur noch ein kleiner Teil seinen Verpflichtungen nach.[41] Unterstützung für die Parlamentsvorschläge gab es beinahe durchweg im außerpreußischen Norddeutschland, wo die Bismarckschen Vorschläge in zahlreichen Orten durch Nationalvereinsversammlungen begrüßt wurden.[42] Allen voran drängten die Bremer Nationalvereinsmitglieder in diese Richtung.[43]

---

39 A-Prot.NV, 13.–14. 5. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19.

40 Nagel an Agenten, 27. 4. 1866, StadtB München, Akten NV.

41 Die Zahl nach dem A-Prot.; H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 698 f., spricht ohne Quellenangabe von 31 positiven Voten.

42 So z. B. in Osnabrück, Wolfenbüttel, Schöningen, Goslar, Geerstmünde, Oldenburg, Göttingen, Gera, Weimar, und Coburg, vgl. R. Lembcke, 1962, S. 157; Köpp an Nagel, BAP, Akten NV, 36, Bl. 48 ff.; K. Lange, Braunschweig, 1929, S. 23 f.; Hoffmann an Nagel, 2. 5. 1866, StadtB München, Briefe NV; Hoyer an Nagel, 19. 4. 1866, ebd.; P.-K. Schwarz, 1979, S. 60; K. Kurmeier, 1923, S. 77 f.; WBlNV, Nr. 57, 3. 5. 1866; Fries an Nagel, 8. 5. 1866, StadtB München, Briefe NV; L. Rückert an Nagel, 6. 5. 1866, ebd.; K. Bechstein, Die öffentliche Meinung, 1926, S. 79 ff. Auch in London entschied sich der Nationalverein für die Unterstützung der Bismarckschen Politik, vgl. Kinkels Tagebucheintragungen vom 5. 5., 2. 6. und 7. 7. 1866 sowie die Abschriften seiner Reden vom 8. 7. und 8. 8. 1866, UB Bonn, Nl. Kinkel, 2680, 2375.

43 Böhmert an Bennigsen, 12. 4. 1866, H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 693; Stachow an Nagel, 25. 4. 1866, StadtB München, Briefe NV; Stachow an Nagel, 20. 5. 1866, BAP, Akten NV, 36, Bl. 78 ff. Die im Grunde selbstverständliche Forderung Lammers', im Gegenzug ein Einlenken Bismarcks im Verfassungskonflikt zu fordern, stieß in Bremen auf weitgehendes Unverständnis.

Anders verhielt es sich in Süddeutschland. Dort hatten die Agenten bereits die neutral formulierte Frage als Zumutung aufgefaßt. Der Bericht Braters über die Stimmungsentwicklung machte klar, daß in Bayern und Württemberg mit einer nennenswerten Unterstützung kaum zu rechnen war. Selbst in Baden, so Brater, hätte das beinahe einhellige Votum der zweiten Kammer für den Bismarckschen Vorschlag geteilte Reaktionen hervorgerufen. Allerdings – und das war wichtig – bewirkte die antipreußische Stimmung umgekehrt kein Anwachsen der österreichischen Sympathien, wie Brater ausdrücklich feststellte.[44]

Als auch die Führungsriege der preußischen Fortschrittspartei, namentlich Schulze, Duncker, Unruh, Lüning, Löwe und Cetto, dem Ausschuß erklärte, daß man der Regierung auch im Kriegsfall keine Gelder bewilligen werde, war klar, daß eine Agitation für den Parlamentsvorschlag solange nicht in Frage kam, wie Bürgschaften bezüglich des Inhalts der Reformpläne und des »inneren Systems der Regierung«, von der sie ausgegangen waren, fehlten. Nach den Erinnerungen Oetkers waren Karl Rückert, Jungermann und er selbst die einzigen, die in der Ausschußsitzung für die ausdrückliche Unterstützung von »Bismarcks vermutlicher Absicht« eingetreten seien.[45]

Selbst der direkte Versuch der preußischen Regierung, den Nationalverein und damit auch den bevorstehenden Abgeordnetentag für eine offene Unterstützung zu gewinnen, scheiterte. Am zweiten Sitzungstag wurde Bennigsen zu einem Gespräch mit Legationsrat Keudell herausgerufen, der ihn zu einer Unterredung mit Bismarck am Abend um 9 Uhr einlud. Die Einladung war die – verabredete oder überraschende – Folge einer zweiten Unterredung, die Bennigsen am 12. Mai mit Bernhardi gehabt hatte.[46] Daß Bismarck sich an Bennigsen wandte – und nicht umgekehrt – belegt noch einmal, daß er den bevorstehenden Stellungnahmen der organisierten nationalen Verfassungsbewegung hohen Stellenwert beimaß. Im Ausschuß brach heftiger Streit darüber aus, daß Bennigsen die Einladung angenommen hatte. Die Auseinandersetzungen haben im Protokoll nur zum Teil ihren Niederschlag gefunden. Neben dem Vermerk, daß ausführlichere Diskussionen nicht stattgefunden hätten, notierte Oetker handschriftlich: »unrichtig«. Erst nachdem Metz die geplante Unterredung zur »Privatangelegenheit« erklärt hatte, verzichtete man darauf, den Vorsitzenden von Ausschuß wegen zur Zurücknahme seiner Zusage aufzufordern.

Bei seinem ersten Zusammentreffen mit Bismarck, über das keine näheren Informationen vorliegen, dürfte Bennigsen an den bekannten Bedingungen festgehalten haben.[47] Für diese Vermutung spricht die Ansprache an die Ver-

---

44 Vgl. auch Brater an Nagel, 30.4.1866, StadtB München, Briefe NV (in Auszügen bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 698). Der Vorstand der bayerischen FSP beschloß, die Pläne nicht durch Agitation zu unterstützen, die Beschickung eines durch den Bundestag berufenen Parlaments aber zu befürworten, wenn das Wahlrecht Bürgschaften für eine echte Volksvertretung liefere, Rundschreiben, 27.4.1866, BAP, Nl. Marquardsen, 57, Bl. 81. Zur Haltung der bayerischen FSP vgl. T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 100 ff.

45 F. Oetker, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 422 f.; vgl. Oetker an Nagel, 1.5.1866, StadtB München, Briefe NV.

46 T.v. Bernhardi, Bd. 6, 1897, 315 ff.

47 Vgl. dazu H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 709 ff.; M. Duncker an Baumgarten, 14.5.1866, in: M. Duncker, 1923, S. 408.

einsmitglieder, die der Ausschuß noch am selben Tag erließ. Sie wandte sich im ersten Abschnitt ausführlich gegen den Krieg und warnte vor einem Bruch des »deutschen Landfriedens«. Dann folgte eine scheinbar klare Absage an die Vorschläge Bismarcks: der preußische Antrag sei »bei der Unbestimmtheit seines Inhalts und in Betracht des Systems der Regierung, von welcher er ausgeht, nicht geeignet, das Vertrauen des deutschen Volkes« zu gewinnen. So lange die preußische Verfassung toter Buchstabe sei, könne die Nation niemals an eine deutsche Verfassung glauben, die die preußische Regierung in Aussicht stelle. Die Ansprache endete mit einem Plädoyer für die unverzügliche Einberufung eines deutschen Parlaments nach dem Reichswahlgesetz von 1849, der angeblich einzigen Möglichkeit, die Kriegsgefahr dauerhaft zu beseitigen.[48]

Daß sich der Nationalverein einer offenen Unterstützung Bismarcks verweigerte, veranlaßte Baumgarten zu wütenden Attacken auf die preußische Fortschrittspartei, in der er das Haupthindernis vermutete. Auf ihr Auftreten im Ausschuß des Nationalvereins bezieht sich sein Vorwurf, der ihn schließlich zu der berühmten »Selbstkritik« führte, daß der preußische Liberalismus »unheilbar blind« sei und über »falsch verstandenen Parteiinteressen das Vaterland« vergesse.[49] In der Tat hatte sich der Nationalverein für eine weniger offensichtliche Form der Kooperation entschieden. Er scheute mit gutem Grund davor zurück, sich ohne Garantien an Bismarck zu binden, wie es Braun, Böhmert, Baumgarten, Haym und anderen offensichtlich vorschwebte. Ein solches Unterfangen hätte zum sofortigen Auseinanderfallen des Nationalvereins geführt und die Verhandlungsposition der im Grundsatz durchaus kooperationswilligen Kräfte erheblich geschwächt. Trotz dieser machtpolitisch gebotenen Zurückhaltung fiel während der Ausschußsitzung die Entscheidung zugunsten einer aktiven Unterstützung der Bismarckschen Kriegs- und Einigungspolitik. Sie sollte allerdings in einer weniger offensichtlichen Weise und ohne endgültige Bindung an das nach wie vor reaktionäre Ministerium erfolgen. Das zu diesem Zweck ausgewählte Mittel war die Forderung nach bewaffneter Neutralität der Mittelstaaten im Bürgerkrieg. Allerdings wollte der Nationalverein nicht selbst dafür agitieren, sondern dies dem bevorstehenden Abgeordnetentag überlassen, da dieser in den Staaten, auf die es am meisten ankam, über größeren Einfluß verfügte und es zudem um die Koordinierung der Kammerpolitiken ging.

Den Operationsplan der »unserer Sache günstigen politischen Notabilitäten bei dem heute hier tagenden Abgeordnetentag«, der dem am Vorabend formulierten Ausschußantrag zugrunde lag, beschrieb Savigny gegenüber Bismarck zutreffend wie folgt: man wolle erreichen, daß die Kammern den preußenfeindlichen Regierungen alle Gelder für Rüstungsmaßnahmen verweigern. »Der Kernpunkt der heute vorgeschlagenen Resolutionen läuft auf

48 Abgedruckt u. a. im WBlNV, Nr. 59, 17. 5. 1866.

49 Baumgarten an Sybel, 15. 5. 1866, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 286 ff. So auch der Tenor der Flugschrift H. Baumgartens, Partei oder Vaterland?, 1866, die er unentgeldlich an die im Saalbau versammelten Abgeordneten verteilen ließ, vgl. dazu Wehrenpfennig an Baumgarten, 19. 5. 1866 u. 22. 5. 1866, in: BAP, Nl. Baumgarten, 27.

diesen Gedanken hinaus; die übrige teilweise gegen die preußische Politik in Schleswig-Holstein gerichtete Deklaration, hat nur die Bedeutung, den Kernpunkt allen denjenigen zur Annahme herzurichten, welche die landläufigen Diatriben gegen Preußen seit Jahren in ihren politischen Katechismus fest aufgenommen haben«.[50]

Nach demselben Schema wie die Ansprache des Nationalvereins konzipiert, verdammte der Ausschußantrag in einem ersten Abschnitt den drohenden Krieg als nur »dynastisch« und einer zivilisierten Nation unwürdig. Der folgende Abschnitt brachte dann die Neutralitätsforderung, ohne daß der Begriff selbst auftauchte: sollte es nicht gelingen, den Krieg zu verhindern – wovon man stillschweigend ausging –, so müsse er wenigstens auf den engsten Raum beschränkt werden. Die nichtbeteiligten Staaten sollten deshalb mit ihrer Heeresmacht die deutschen Grenzen decken, um für den Fall, daß der Krieg europäischen Charakter annehmen sollte, dem äußeren Feind entgegentreten zu können. Die Landesparlamente wurden ausdrücklich aufgefordert, bei der Bewilligung von Kriegskrediten Garantien zu verlangen, daß die Gelder ausschließlich zu Zwecken des patriotischen Grenzschutzes verwendet würden. Der Antrag endete wiederum mit der Forderung nach einem nach dem Wahlgesetz von 1849 gewählten Parlament.[51]

Die intrigenreiche Vorgeschichte wirkte sich merklich auf die regionale Zusammensetzung des Abgeordnetentags aus. Aus Bayern hatten sich lediglich 14 Parlamentarier eingefunden, durchweg preußenfreundlichere Vertreter der schwäbischen und der pfälzischen Fortschrittspartei. Der »Erlanger Kreis« um Karl Brater war zur Teilnahme nicht bereit; die politische Atmosphäre wurde von Nürnberg, der nahegelegenen Hochburg der Volkspartei, geprägt. Der »Erlanger Kreis« lehnte am 21. Mai die Neutralität und jedes andere Zugeständnis an Bismarck ab. Für Brater war dabei das Primat des Erhalts der bayerischen Fortschrittspartei ausschlaggebend.[52] Aus Württemberg waren mit Hölder und Tafel nur noch zwei Abgeordnete erschienen, die wenig später zu den Gründungsmitliedern der nationalliberalen Deutschen Partei zählten. Dominiert wurde der von 250 Deputierten besuchte Abgeordnetentag von Vertretern aus Baden (36), Nassau (34), Kurhessen (30), Hessen-Darmstadt (30), ein klarer Mobilisierungserfolg Brauns. Aber auch die Preußen waren mit 17 hochrangigen Abgeordneten wieder zahlreicher vertreten. Von den Ausschußmitgliedern fehlte mit Miquel, Sybel, Oetker, Braun und Bluntschli keiner der unbedingten Preußenanhänger. Die Leitung der Versammlung wurde Sigmund Müller als Vorsitzendem und Bennigsen und Karl Barth als Stellvertretern übertragen. Wie schon im August 1863 übernahm jedoch bald Bennigsen die Verhandlungsführung, der im stenographischen Protokoll einige Male versehentlich, aber bezeichnend, als Präsident apostrophiert wird.[53]

---

50 Savigny an Bismarck, Frankfurt, 20. 5. 1866, ebd., Bl. 76 f.

51 Text des Antrags Verhandlungen AT V (1866), S. 18. Der Antrag wurde von Völk begründet, ebd., S. 23 ff. T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 106, urteilt, daß Völk der Versammlung die Neutralität nahebringen mußte, »ohne daß ihre politische Tragweite – die Unterstützung Bismarcks – allzusehr ins Bewußtsein gehoben werden durfte«.

52 Vgl. T. Schieder, ebd., S. 103 ff., S. 109 f.

53 Die CAZ, Nr. 178, 27. 5. 1866, berichtet, Bennigsen sei Präsident gewesen, Müller und Barth die Stellvertreter.

Trotz dieser Vorkehrungen und trotz der günstigen Zusammensetzung der Versammlung waren gewaltige Anstrengungen notwendig, um den Ausschußantrag durchzusetzen. Die Diskussion bewegte sich immer am Rande des Eklats, wozu neben den demokratisch besetzten Galerien[54] auch das Aufeinandertreffen von Schulze und Frese beitrug. Indem Schulze in provozierender Weise »preußische Kultur« und »österreichische Herrschaft« gegenüberstellte und die Kriegslust allein dem Habsburgerstaat zuschrieb, bewirkte er mehrfache Störungen, die ihn beinahe zum Abbruch seiner Rede gezwungen hätten.[55] Frese seinerseits entlarvte die Neutralitätsforderung als Strategie der Kriegstreiber und bezichtigte das »Großpreußentum« und die preußische »Kriegspartei«, denen er auch Schulze zurechnete, des Landesverrats.[56] Schulze und mit ihm 8 weitere Preußen fürchteten den Vorwurf des mangelnden preußischen Patriotismus' derart, daß sie sich in einer gesonderten Erklärung ausdrücklich von Frese distanzierten.[57]

Die Verhandlungen begannen damit, daß die Unterstützungsfrage für die oppositionellen Anträge gestellt wurde, ohne daß diese gedruckt vorlagen oder verlesen wurden. Die hartnäckigen Proteste von Braunfels und Venedey wurden übergangen.[58] Mittels dieses rabiaten Verfahrens und einer eigenwilligen Zählweise erreichte der Ausschuß, daß lediglich die gemäßigten Oppositionsanträge Welcker und Passavant/Müller nebst eines unbedeutenden Amendements von Amand Gögg ausreichende Unterstützung fanden. Die radikalen volksparteilichen Anträge verschwanden dagegen undiskutiert von der Bildfläche.

Gemeinsam war diesen Anträgen, daß sie diejenige Macht zum »Feind der Nation« erklärten, die zuerst die Grenze eines Nachbarlandes in kriegerischer Absicht überschritt. Venedey forderte, der Abgeordnetentag möge sich zum Vorparlament erklären und einen Ausschuß mit der Durchführung der Parlamentswahlen nach dem Reichswahlgesetz betrauen.[59] Nach Heldmann sollte der Abgeordnetentag sich gar als »permanenter Wohlfahrtsausschuß« konstituieren, die Bundesexekution gegen die »Ruhestörer in Deutschland« organisieren und eine Nationalvertretung zusammenrufen.[60] Beide Anträge standen in engem Zusammenhang mit einer Volksversammlung, die von

---

54 Vgl. dazu die Schilderung A. Bebels, [7]1989, S. 114, der die Verhandlungen von der Galerie aus verfolgte: »Mitten in der Rede Völks donnerten mehrere Kanonenschläge durch den Saal, so daß alles entsetzt aufsprang und nach der Decke schaute, deren Einsturz man befürchtete. Völk selbst schien zu glauben, es handle sich um ein Attentat auf ihn. Mit einem mächtigen Satz sprang er rückwärts von der Bühne an die Wand, begleitet von einem lauten Gejohle und Händeklatschen auf der obersten Galerie. Die Frankfurter und Offenbacher Lassalleaner hatten unter Führung Oberwinders die Kanonenschläge gelegt, um auf diese Weise ihre Visitenkarte beim Abgeordnetentag abzugeben. Dem Schrecken folgte allgemeine Heiterkeit.«

55 Verhandlungen AT V (1866), S. 38 ff. Ähnlich polarisierend auch die Reden Bluntschlis und Brauns, ebd., S. 46 ff., S. 55 ff.

56 Ebd., S. 52 ff.

57 Ebd., S. 65. Vgl. die empörte Reaktion Wehrenpfennigs in einem Brief an Treitschke vom 20. 5. 1866, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 292 f.

58 Vgl. Verhandlungen AT V (1866), S. 21 f.

59 Ebd., S. 11 ff.; vgl. die Broschüre J. Venedeys, Ave Caesar, 1866.

60 Ebd., S. 13 f. Ähnlich auch das Mitglied des Vorparlaments J. G. Hamel, ebd., S. 16.

volksparteilicher Seite auf den Nachmittag angesetzt war und an der neben Bebel, Struve, Trabert, Gögg, Karl Mayer, Neergardt und Röckel auch die Mitglieder des 36er-Ausschusses Crämer und Kolb teilnahmen. Es fehlte allerdings die Eckardt-Gruppe, die aus Protest gegen die föderative Ausrichtung fernblieb.

Die Versammlung gibt einen Eindruck davon, wie ein unter Regie von Kolb durchgeführter Abgeordnetentag hätte verlaufen können, wenn ihm die Preußenfreunde nicht zuvorgekommen wären. In der verabschiedeten Resolution wurde der preußische Parlamentsvorschlag rundheraus abgelehnt und zu »bewaffnetem Widerstand« gegen die friedensbrecherische Politik Preußens (»Neutralität ist Feigheit oder Verrat«) aufgerufen. Stattdessen sollte eine konstituierende Volksvertretung über die künftige Verfassung Gesamtdeutschlands entscheiden. Zugleich wurde aus dem Stegreif ein weiterer Versuch zur Gründung einer nationalen Volkspartei auf der Basis des Vereinsprinzips unternommen. Indem man einen Ausschuß einsetzte, dem die Ausarbeitung eines Programms überantwortet wurde, gelang die Parteigründung zwar formal, auf die weitere Entwicklung hatte die Volkspartei aber keinen nachhaltigen Einfluß zu nehmen vermocht.[61]

Die Opposition auf dem Abgeordnetentag scharte sich dagegen um den linksliberal-föderalistischen Antrag Passavant/Müller, der im Namen von weiteren 40 Anwesenden eingebracht wurde.[62] Der entscheidende Unterschied zum Ausschußantrag lag weniger in der Haltung gegenüber dem preußischen Parlamentsvorschlag, der durch die Forderung nach einem gemäß dem Reichswahlgesetz von 1849 gewählten Parlament indirekt sogar unterstützt wurde. Die Differenz bestand in der unbedingten Ablehnung des Bürgerkriegs und jeder Form von Neutralität. In der »gewaltsamen Annexionspolitik der jetzigen preußischen Regierung gegen Schleswig-Holstein« sah der Antrag die eigentliche Ursache der Kriegsgefahr. Konsequenterweise bestand er deshalb auf der sofortigen Konstituierung der Herzogtümer als selbständiges Bundesmitglied.

Der Berichterstatter Passavant lehnte die Neutralität der Mittelstaaten mit dem Argument ab, daß sie völlig ungeeignet sei, eine Ausweitung des drohenden »Bruderkriegs« zu verhindern. Stattdessen schlug er vor, die Mit-

---

61 Zur Volksversammlung vgl. den ausführlichen Bericht der NFZ, Nr. 110, 23. 5. 1866; FJ, Nr. 140, 21. 5. 1866; CAZ, Nr. 178, 27. 5. 1866; dem Ausschuß gehörten Bebel, Crämer, Eichelsdörfer, Gögg, Grün, Kolb, Morgenstern, Mayer, Neergardt, Röckel, Struve und Trabert an. Exemplare der Ansprache und des Programmentwurfs der Volkspartei vom 31. 5. 1866 im BAF, Nl. Struve, 42; abgedruckt u. a. in DWBl., Nr. 23, 3. 6. 1866; CAZ, Nr. 180, 10. 6. 1866; E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 347 ff.; vgl. auch A. Bebel, [7]1989, S. 115 ff.; sowie aus der Literatur R. Weber, Kleinbürgerliche Demokraten, 1962, S. 258 ff.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 273 ff.; als wichtige demokratische Broschüren aus dem Umfeld der Versammlung sind zu nennen L. Eckardt, Politische Flugblätter, 1866, E. A. Rossmässler, Unsere Lage, 1866.

62 Verhandlungen AT V (1866), S. 16 f.; die Begründung Passavants ebd., S. 34 ff. Welcker zog seinen Antrag (ebd., S. 15 f.), der in allgemeiner Form die Entscheidung des österreichisch-preußischen Konflikts einem nach den »ewigen Rechtsgrundsätzen« von 1849 gewählten Nationalparlament übertragen wollte, vor der Schlußabstimmung zurück. Das unwesentliche Amendement Göggs wurde mit dem Antrag Passavant/Müller abgelehnt.

telstaaten sollten sich verpflichten, mit der angegriffenen Macht ein Militärbündnis einzugehen: »Mit einer Großmacht verbunden werden sie unzweifelhaft die andere über den Haufen werfen. Sie können sie der Art bedrohen, daß diese es vielleicht gar nicht wagen wird, den Kampf zu beginnen«.

Die Aussichten auf Annahme dieses oppositionellen Antrags wurden dadurch entscheidend gemindert, daß Passavant eine Entschließung der 37 anwesenden Frankfurter Abgeordneten bekanntgab, in der Abstimmung nur 10 Stimmen abzugeben, damit ihre durch den Tagungsort bedingte überproportionale Beteiligung nicht verzerrend ins Gewicht falle.[63] Angesichts einer etwa gleichstarken Beteiligung aus den übrigen hessischen Staaten, aus Baden und Schleswig-Holstein leuchtet diese Stimmbeschränkung überhaupt nicht ein, zumal sie der bisherigen Praxis der Abgeordnetentage und der Generalversammlungen des Nationalvereins widersprach. Die Angelegenheit wirft kein günstiges Licht auf Müller und Passavant. Es spricht vieles dafür, daß es sich um ein abgekartetes Spiel handelte, um die Gegner der Ausschußanträge zu schwächen. Als Ausschußmitglied auch des Nationalvereins war zumindest Müller in alle Interna eingeweiht und mit Sicherheit über die politische Bedeutung des Abgeordnetentags informiert. Es paßt auch ins Bild, wenn Schulze den gesamten Abstimmungsmodus dahingehend verändern wollte, daß zusätzlich zur freien Abstimmung eine Abstimmung nach Ländern durchgeführt wurde. Schulze gab damit die Fiktion, der Abgeordnetentag vertrete die Nation, zugunsten einer partikularstaatlichen Sichtweise auf und bestätigte nochmals den nationalpreußischen Grundzug seiner Politik. Aber auch für den Fall, daß Müller und Passavant moralisch integer handelten, gebrach es ihnen eindeutig an Durchsetzungswillen; darin unterschieden sie sich charakteristisch von der Ausschußmehrheit. Nachträglich brachte ihnen ihr Verhalten ein Lob von Karl Braun ein, der sie als »ehrenhafte Patrioten« deutlich von der verhaßten Volkspartei abhob.[64]

Die Frankfurter Abgeordneten hielten sich allem Anschein nach an ihre Ankündigung. Dafür spricht, daß die 250 Anwesenden in der Schlußabstimmung nur rund 220 Stimmen abgaben. Der Ausschußantrag wurde »mit überwiegender Mehrheit«, das heißt, gegen eine erhebliche Minderheit, angenommen. Rochau schätzte, daß höchstens 70 Personen, wahrscheinlich nur 50 gegen die Ausschußanträge gestimmt hätten.[65] Zu den letzteren zählten sämtliche anwesenden Schleswig-Holsteiner, die den Leitantrag wegen mangelnder Berücksichtigung ihres Hauptanliegens ablehnten und dies in einer gesonderten Erklärung, die ebenfalls dem Verhandlungsprotokoll beigefügt wurde, bekräftigten.[66] Durch seine Neutralitätserklärung hatte der Abgeordnetentag, soweit er auf den preußischen Sieg rechnete oder ihn wenigstens wünschte, der zu erwartenden vorläufigen Teilung Deutschlands nach

63 Ebd., S. 20 f.

64 Vgl. K. Braun, Auf dem Marsch in die Freiheit, 1869. Müllers Austritt aus dem Ausschuß des Nationalvereins im Anschluß an den Abgeordnetentag spricht dafür, daß ihm erst nachträglich aufging, welche Rolle er gespielt hatte, vgl. Müller an Nagel, 24.5.1866, StadtB München, Briefe NV.

65 WBlNV, Nr. 61, 31.5.1866.

66 Verhandlungen AT V (1866), S. 45 f., S. 66.

der Mainlinie zugestimmt. Der preußische Ministerresident in Frankfurt Wentzel, der dem Abgeordnetentag als Zuschauer beigewohnt hatte, konnte Bismarck vom günstigen Verlauf der Versamlung berichten.[67] Vor diesem Hintergrund ist auch das Urteil des Annexionisten Wehrenpfennig zu verstehen, der Abgeordnetentag sei »über Erwarten gut verlaufen« und man dürfe sich durch die Umhüllung des Ausschußantrags nicht irre machen lassen, »der Kern – die Neutralität – war durchaus im preußischen Sinne gemeint«.[68]

In den Länderparlamenten versuchten die Fortschrittsfraktionen mit unterschiedlichem Erfolg, die Neutralitätspolitik des Abgeordnetentags durchzusetzen. Dabei erwies es sich als glücklicher Umstand, daß die preußische Fortschrittspartei sich wegen der Auflösung des Abgeordnetenhauses der Zerreißprobe einer Kriegskreditvorlage nicht aussetzen mußte. In Hannover legte Bennigsen am 29. Mai 1866 der Kammer einen wohl von Miquel entworfenen Antrag vor, der sich für Neutralität aussprach und den König aufforderte, auf eine Bundesreform mit frei gewähltem Parlament hinzuwirken. Wenige Tage später wurde der durch Bennigsen begründete Antrag mit deutlicher Mehrheit angenommen.[69] In Braunschweig bekannte sich das Parlament zur Neutralität. Nachdem die dortigen Nationalvereinsmitglieder Ende Juni offen auf einen propreußischen Kurs einschwenkten und die Auszahlung der Flottengelder des Vereins an Preußen forderten, stimmte die Kammer sogar einem Militärbündnis mit Preußen zu.[70] Ähnlich verhielt sich die Mehrheit der weimarischen Abgeordneten unter Führung von Hugo Fries.[71] In Nassau lehnte eine liberale Landesversammlung am 12. Juni 1866 jede Bewilligung von Geldern ab und forderte die Rücknahme der eingeleiteten Mobilisierungsschritte. Zwei Wochen später verweigerte die Kammer die Zustimmung zu der nachträglich eingebrachten Kriegsanleihe.[72] Und die kurhessische Kammer verlangte von ihrer Regierung am 15. Juni 1866, einen Tag nach dem Mobilmachungsbeschluß beim Bunde und einen Tag vor dem Einmarsch Preußens, die sofortige Rückkehr zur strikten Neutralität.[73]

In den Kammern der süddeutschen Mittelstaaten ließ sich die preußenfreundliche Neutralitätsrichtung trotz aller Bemühungen nicht durchsetzen. In Hessen-Darmstadt verfocht die Kammer in der Debatte vom 11.–13. Juni 1866 zwar die Neutralität und verweigerte der Regierung die Kriegskredite.

---

67 Wentzel an Bismarck, 21.5. 1866, GSTA-B, III. HA, 190, Bl. 79 f.

68 Wehrenpfennig an Baumgarten, 22.5. 1866, BAP, Nl. Baumgarten, 27; Wehrenpfennig an Treitschke, 20.5. und 21.5. 1866, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 292 ff.; ähnlich auch M. Duncker an Baumgarten, 22.5. 1866, in: M. Duncker, 1923, S. 411; T.v. Bernhardi, Bd. 6, 1897, S. 334; WBlNV, Nr. 61, 31.5. 1866; BrHbl., Nr. 763, 26.5. 1866; ferner E. Engelberg, Bismarck, 1985, S. 496.

69 Vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 721 ff.; W. Mommsen, Miquel, Bd. 1, 1928, S. 334 f. Der Zusammenhang mit Miquels Treffen mit Bismarck am 24.5. 1866 liegt auf der Hand, vgl. H. Poschinger, Bd. 2, 1895, S. 28 f.; W. Mommsen, ebd., S. 324 ff.

70 K. Lange, Braunschweig, 1929, S. 29 ff. Zu Biedermanns umtriebigen aber vergeblichen Wirken für die Neutralität Sachsens vgl. ders., Fünfzig Jahre, 1892, S. 109 ff.

71 K. Bechstein, Die öffentliche Meinung, 1926, S. 87 ff.; CAZ, Nr. 180, 10.6. 1866.

72 W.-A. Kropat, 1966, S. 225 ff.

73 Vgl. H. Seier (Hrsg.), Akten, 1987, Nr. 200.

Die Fortschrittspartei provozierte damit jedoch die Abspaltung des altliberalen Flügels und isolierte sich von der Bevölkerungsmehrheit. Kurz darauf, am 20. Juni, gab die Fortschrittspartei dem wachsenden öffentlichen Druck nach und stimmte einer reduzierten Kriegsanleihe zu. Bei den Wahlen im Dezember 1866 erhielt sie wegen ihres Taktierens nur noch 12 von 48 Sitzen, nachdem sie zuvor die absolute Mehrheit besessen hatte.[74] In Württemberg stimmte die Kammer am 4. Juni 1866 mit überwältigender Mehrheit den Regierungsvorlagen zu, die die Bewilligung außerordentlicher Militärmittel (82 zu 8) und den Aufruf der Landwehr (58 zu 31) vorsahen. Gegen die Finanzierung und für die Neutralität traten u. a. Hölder, Römer, Fetzer und Tafel auf, die aber isoliert blieben.[75] In Bayern mußte die Völk-Gruppe, um die endgültige Spaltung der Fortschrittspartei zu vermeiden, die Neutralitätsforderung aufgeben.[76] Und selbst in Baden, wo sich die Kammer am 11. April fast einstimmig für den preußischen Bundesreformantrag ausgesprochen hatte, drang die Neutralität weder in der ersten noch in der zweiten Kammer durch, obwohl Bluntschli und Jolly alle Energie aufwendeten.[77]

Eine interessante Parallele bot das Verhalten des Ausschusses des Deutschen Handelstags, der sich entgegen dem wohl mehrheitlichen Willen seiner Mitglieder zum Handlanger der Bismarckschen Kriegspolitik machte. Daß die preußischen Kammern mehrheitlich den Krieg ablehnten, ist eindeutig belegt. Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft hatten sich als Vorort des preußischen Handelstags in einem Schreiben unmittelbar an den König gewandt, um diesen aufzufordern, die durch einen womöglich langwierigen Krieg unvermeidlich drohenden Nachteile für den Handelsstand abzuwenden. Schon die Furcht vor einem Kriege, die seit Wochen umgehe, wirke lähmend auf die Unternehmungen. Die Ältesten vermochten keinerlei Rechtfertigung für einen Krieg zu erkennen und glaubten, daß selbst die durch einen Sieg zu gewinnenden Vorteile die erlittenen Nachteile nicht aufwiegen könnten.[78] In dieser Situation versuchte der Handelsverein der Stadt Ulm, den Deutschen Handelstag zu einer Kundgebung gegen den Krieg zu mobilisieren. Unterstützt von einer größeren Anzahl von Handelskammern forderte er den Berliner Ausschuß auf, mit einem Schreiben an die Regierungen der Zollvereinsstaaten, insbesondere an die preußische Regierung, für die Wahrung des Friedens einzutreten. Der Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen beantragte sogar die Berufung eines außerordentlichen Handelstags.[79]

---

74 A. Hess, Landtags- und Reichstagswahlen, 1955, S. 74 ff.; G. Heck, 1968, S. 86 ff.

75 H. Brandt, Parlamentarismus, 1987, S. 740 ff.

76 T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 110 ff.; R. Kärtner, 1941, S. 18 ff.

77 NFZ, Nr. 134, 16. 5. 1866; vgl. zum Ganzen L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 348 f., 354 ff.; H. Färber, Liberalismus, 1959, S. 328 ff.

78 Abschrift in RWWA, 20–14–1.

79 Vgl. die Resolution des Handelsvereins Ulm vom 14. 5. 1866, RWWA, 20–14–1; Schreiben des Handelsvereins Ulm an Ausschuß HT, 4. 6. 1866, RWWA, 1–14–2, Bl. 53. Auszüge aus den Schreiben verschiedener Handelskammern bei E. Engelberg (Hrsg.), Im Widerstreit, 1970, S. 33 ff.; vgl. zur Haltung der Handelskammern auch R. Zeise, Interessenverbände, 1976, S. 133 ff. 17 westfälische Handelskammern wandten sich Ende Mai 1866 mit einer Petition an den König, den Krieg zu verhindern, vgl. M. Epkenhans, 1991, S. 137.

Die Berliner Zentrale des Handelstags lehnte sowohl die Berufung eines außerordentlichen Handelstags wie die Versendung von Zirkulardepeschen an die Regierungen mit der fadenscheinigen Begründung ab, daß der Krieg, wenn überhaupt, nur durch die schleunige Berufung eines deutschen Parlaments und die Beseitigung der bestehenden Bundesverfassung verhindert werden könne. Unter Verstoß gegen seine satzungsmäßige Kompetenz verweigerte der Ausschuß die Bündelung der zahlreichen Einzelproteste und riet den Kammern, jede solle an ihrem Platz vor Ort gegen den Krieg wirken. Das war, wenn man so will, auch eine Art Neutralitätserklärung, aber in parteilicher Absicht.[80]

Durch ihr Verhalten machten sich der Nationalverein, der Abgeordnetentag samt der verbündeten Fortschrittsparteien und der Handelstag mit vollem Bewußtsein zu Hilfsorganen der preußischen Kriegspolitik. Die historische Bedeutung der Entscheidung der wichtigsten Organe der nationalen Verfassungsbewegung bestand nicht darin, daß durch sie die militärischen Kräfteverhältnisse oder die »große Politik« unmittelbar beeinflußt worden wäre. Wie Preußen waren auch die meisten Mittelstaaten in der Lage, wenigstens kurzfristig ohne Finanzbewilligungen ihrer Kammern zu regieren. Ihre Bedeutung lag vielmehr in der politischen Signalfunktion. Bismarck konnte jetzt die wenn auch begrenzte Kooperationsbereitschaft der Führungsspitzen der nationalen Verfassungsbewegung, von der er eine erste Probe erhalten hatte, in sein politisches Kalkül einbeziehen. Und er kannte die Bedingungen für eine umfassende Zusammenarbeit: Aufhebung des deutschen Bundes und Berufung eines nationalen Parlaments nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht sowie die Beendigung des verfassungslosen Zustands in Preußen.

2. Der Braunschweiger Vereinstag vom 4. August 1866

Der Krieg und der militärische Sieg Preußens schufen grundlegend veränderte politische Rahmenbedingungen für die nationale Verfassungsbewegung. Der Deutsche Bund war zerstört, der lähmende Dualismus der beiden Vormächte endgültig beseitigt. Die Frage war, was an die Stelle der alten Ordnung treten würde, aber auch, ob, in welchem Umfang und auf welche Weise die nationale Verfassungsbewegung Anteil am Aufbau der neuen Ordnung nehmen konnte. Denn die Machtverhältnisse hatten sich weiter deutlich zu ihren Ungunsten verschoben, insbesondere durch den Ausgang der preußischen Landtagswahlen vom Juli 1866. Die Befürchtungen vieler Anhänger der Fortschrittspartei hatten sich bewahrheitet, daß die Wähler eine fortdauernde Opposition angesichts des Krieges nicht honorieren würden. In ihrem von Runge formulierten Wahlaufruf vom 20. Juni hatte die Fort-

80 Vorstand an den Handelsverein Ulm, 20.5.1866, RWWA, 1–14–2, Bl. 53; Ausschuß (Dietrich, Liebermann, Moll, G. Müller, Scherbius, Stahlberg, Sybel, Weigel, Wesenfeld) an Handelskammern, 6.6.1866, WLB, Nl. Hölder, VII, Bl. 111.

schrittspartei dem noch Rechnung zu tragen versucht, indem sie eine vorsichtige Zustimmung zum Kriege anklingen ließ: »Das Geschehene kann nicht wieder ungeschehen gemacht werden und so muß der Krieg geführt werden, auf welche Weise er auch entstanden sein mag«.[1] Eine folgenschwere und dramatische Wahlniederlage ließ sich so jedoch nicht mehr vermeiden. Im neugewählten Abgeordnetenhaus verfügte die Fortschrittspartei nur noch über 83 und das linke Zentrum über 65 Mandate. Die seit 1862 innegehabte absolute Mehrheit der Opposition war somit verloren.

Weder die preußische Fortschrittspartei noch die weitgehend auf eine Honoratiorenverbindung geschrumpfte nationale Verfassungsbewegung konnten aus einer Position der Stärke verhandeln, aber beide waren auch nicht machtlos. Für den Aufbau einer stabilen Ordnung war Bismarck auf politische Partner angewiesen, und die verläßlichste Stütze für einen irgendwie gearteten deutschen Staat bildeten ohne Zweifel die nationalen Liberalen und Teile der nationalen Demokratie.

Es war deshalb folgerichtig, wenn der preußische Innenminister Eulenburg in den ersten Julitagen das Projekt eines »Vorparlaments« ventilierte. Dieses »Vorparlament« sollte in Absprache mit der preußischen Regierung von »unabhängigen Männern« berufen werden, um die deutsche Verfassungsfrage voranzubringen und die befürchteten Kompensationsforderungen Frankreichs zurückzuweisen.[2] Als geeignete Persönlichkeiten waren außer Treitschke die Altliberalen Max Duncker, Georg und Wilhelm Beseler sowie führende Angehörige des Nationalvereins und des Abgeordnetentags wie Löwe-Calbe, Rochau, Bennigsen und Miquel im Gespräch. Bismarck, der bekanntlich in Unterredungen mit ausländischen Diplomaten wiederholt mit der Entfesselung eines Nationalkriegs drohte, erklärte sich telegraphisch mit entsprechenden Sondierungen einverstanden; aus seinen Äußerungen läßt sich entnehmen, daß er dabei vor allem an eine außenpolitische Nutzbarmachung des »Vorparlaments« dachte.[3] Am 12. Juli 1866 versandte daraufhin Eulenburg die Einladungen zu einer vorbereitenden Besprechung.

Es war kein Zufall, wenn am selben Tag auf Einladung von Bennigsen und Miquel eine Versammlung von 32 Liberalen aus den norddeutschen Staaten in Hannover zusammenkam, und eine drohende Erklärung gegen die befürchtete Einmischung Frankreichs verabschiedete. Max Duncker hatte zuvor zumindest einen wichtigen Teilnehmer, nämlich Grumbrecht aus Harburg, brieflich um eine solche Erklärung gebeten und zugleich angeregt, die Berufung eines Vorparlaments zu fordern, ja sogar die Einladung dazu aus-

---

1 L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 74 ff.

2 Vgl. zum folgenden L. Dehio, Beiträge, 1934; W. Mommsen, Miquel, Bd. 1, 1928, S. 342 ff.; K. Kurmeier, 1923, S. 112; F. Oetker, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 450 ff.; zu den innerfranzösischen Diskussionen um Kompensationsforderungen vgl. E. Fehrenbach, Preußen-Deutschland, 1980, S. 119 ff.

3 Telegramm an Eulenburg, 7.7. 1866, in: O.v. Bismarck, Werke, Bd. 6/1, Nr. 456. Auch der König stimmte nach persönlichem Vortrag Bismarcks mit Bedenken zu, Bismarck an Gesamtministerium, 8.7. 1866, ebd., Nr. 459; Bismarck drängte am 15.7. und 16.7. gegenüber dem Auswärtigen Amt und Eulenburg nochmals energisch auf die Berufung des Vorparlaments und der Ausschreibung von Wahlen auf der Grundlage des Reichswahlgesetzes von 1849, vgl. die Schreiben ebd., Nr. 476, 478.

zusprechen. Duncker stellte den Zusammentritt des Vorparlaments in Berlin binnen zehn Tagen in Aussicht und schlug vor, Bennigsen solle den Nationalverein mobilisieren.[4] Bennigsen und die norddeutschen Liberalen hatten mit ihrer Erklärung den Wünschen Dunckers jedoch nur teilweise entsprochen und sich auf die Andeutungen bezüglich eines Vorparlaments nicht eingelassen. Ohne weitergehende Garantien waren sie nur zu der allgemeinen Aussage bereit, daß Preußen »den Anspruch auf die militärische Leitung Deutschlands erobert« habe.[5]

Am 16. Juli 1866 fanden die geplanten Verhandlungen zwischen Eulenburg, Max Duncker, Miquel, Bennigsen, Grumbrecht, Oetker, Biedermann, Twesten, Faucher und Lette über das durchaus ernstgemeinte Vorparlamentsprojekt statt.[6] Nach den übereinstimmenden Berichten Max Dunckers (16. Juli) und Eulenburgs (18. Juli) an Bismarck scheiterte das »Vorparlament« vor allem am Widerspruch Bennigsens, der darauf beharrte, daß der Nationalverein nicht auf Veranlassung der preußischen Regierung handeln könne. Bennigsen bestand auch jetzt mit Selbstbewußtsein auf einer vorherigen Lösung des inneren Konflikts in Preußen und riet der preußischen Regierung, die Ernsthaftigkeit ihrer Absichten durch die Ausschreibung von Wahlen nach dem Reichswahlgesetz von 1849 zu beweisen. Anstelle eines preußisch inspirierten Vorparlaments schlug Bennigsen unter Anknüpfung an die Erfahrungen vom Mai des Jahres vor, erneut den unabhängigen bürgerlichen Abgeordnetentag ins Spiel zu bringen. Er erklärte sich bereit, für dessen Berufung für Anfang August nach Braunschweig einzutreten, um über die bis dahin eingeleiteten Schritte der preußischen Regierung zu beschließen. Indem Bennigsen Braunschweig, das in einem Militärbündnis mit Preußen stand, als Versammlungsort auswählte, signalisierte er bereits, daß dieses norddeutsche Ersatz-Vorparlament vorläufig einen nach der Mainlinie getrennten Teilstaat akzeptieren würde. In der anschließend diskutierten Annexionsfrage ließ er sich jedoch im Gegensatz zu Oetker, Miquel und Grumbrecht auf keinerlei Zusagen ein.[7] Bennigsen hielt also an seiner bis-

---

4 M. Duncker an Grumbrecht, 11.7.1866, in: M. Duncker, 1923, S. 420 ff.; ähnlich M. Duncker an Baumgarten, 14.7.1866, ebd., S. 423. Bereits am 14.6.1866 hatte Bismarck durch den Berliner Bürgermeister H. Duncker vorfühlen lassen, ob Bennigsen nach einem Sieg Preußens seinen Einfluß für die Wahl eines nach dem allgemeinen Wahlrecht gewählten Parlaments geltend machen würde und bereit sei, an die Spitze einer provisorischen Regierung in Hannover zu treten, was Bennigsen natürlich ablehnte, vgl. Bennigsen an Lasker, 30.6.1878, in: W. Cahn (Hrsg.), 1902, S. 163 ff.; H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 731 ff.

5 W. Mommsen, Miquel, Bd. 1, 1928, S. 342 f.; K. Kurmeier, 1923, S. 103 ff.; H. Barmeyer, 1981, S. 78 ff.; F. Oetker, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 451; M. Busch, Übergangsjahr, 1867, S. 114 ff.; H. Oncken (Hrsg.), Bennigsens Briefe, Dt. Revue, XXXI (1906/4), S. 72 ff.

6 Einladungsschreiben abgedruckt bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 742; G.v. Vinkke hatte u. a. wegen der Beteiligung Bennigsens und des NV abgesagt, vgl. ders. an M. Dunkker, 23.7.1866, in: M. Duncker, 1923, S. 424. Auch Roggenbach war trotz Einladung nicht erschienen.

7 F. Oetker berichtet in seinen Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 454 ff. über eine Unterredung mit Bismarck am 7.8., während der er für den Anschluß Kurhessens an Preußen unter größtmöglicher Wahrung seiner Eigenständigkeit plädiert habe; vgl. zu Oetkers Vor-

herigen politischen Linie fest, eine förmliche Zusammenarbeit von vorhergehenden Zugeständnissen abhängig zu machen. Aus der Sicht der preußischen Regierung und ihrer altliberalen Anhänger war dieses Ergebnis enttäuschend. Lette, der das Einladungsschreiben für das geplante Vorparlament bereits entworfen hatte, verlangte wegen des ungünstigen Verlaufs der Besprechung das Papier von Duncker zurück.[8]

Noch am selben Tag, am 16. Juli 1866, stellten Bennigsen, Miquel und Oetker gemeinsam bei Sigmund Müller den Antrag, den Abgeordnetentag auf die erste Augustwoche nach Braunschweig zu berufen. Der Föderalist Müller, der ganz unter dem Eindruck des drakonischen preußischen Besatzungsregiments in Frankfurt stand, verweigerte sich jedoch mit dem Argument, daß der fortdauernde Kriegszustand eine Beteiligung süddeutscher Abgeordneter zumal im fernen Braunschweig nahezu unmöglich mache. Müller sah unter diesen Bedingungen in der Berufung des Abgeordnetentags zurecht eine symbolische Vorwegnahme der »Mainlinie«, an der er sich nicht beteiligen wollte.[9]

Anstelle des Abgeordnetentags kam deshalb nur der sogenannte Braunschweiger Vereinstag vom 4. August zustande, gewissermaßen als Ersatz für den Ersatz eines Vorparlaments. Bereits am 22. Juli hatte Lette den Ausschuß sowie einzelne Mitglieder des Volkswirtekongresses nach Braunschweig eingeladen, um durch eine Konferenz mit den Ausschüssen der übrigen nationalen Organisationen einen Ersatz für das von ihm gewünschte Vorparlament zu schaffen. Obwohl diese Aufgabe eigentlich dem künftigen Parlament zukomme, schrieb er, sollten die »durch Wahl und Vertrauen auf den wichtigsten Lebensgebieten der Nation berufenen Männer« in Braunschweig vorberaten, inwieweit die preußischen Reformvorschläge genügten, um dem »für den volkswirtschaftlichen Fortschritt, wie für den inneren Frieden, die Macht und die Wohlfahrt der Deutschen Nation so verderblichen Partikularismus zu begegnen«.[10] Gleichzeitg mit Lette hatte auch der Vorsitzende des Handelstags Dietrich den Ausschuß zu einer Sitzung nach Braunschweig eingeladen. Sein Rundschreiben enthielt den Hinweis, daß sich auch die Ausschüsse des deutschen Abgeordnetentags und des Volkswirtschaftlichen Kongresses sowie die Vertreter deutscher Kommunen einfinden würden, um nach Möglichkeit »zu einem gemeinsamen und gemeinschaftlich vertretenen Programm« zu gelangen.[11] Eine ähnliche Ein-

---

stellungen eines »dezentralen Einheitsstaats«, bei dem Preußen in Deutschland aufgehen sollte und nicht umgekehrt, die Ausführungen H. Heffters, [2]1969, S. 470 ff. F. W. A. Grumbrecht veröffentlichte mit Datum vom 1. 8. 1866 eine Broschüre, die den Ergebnissen der Berliner Besprechung vom 16. 7. entsprach; der Hinweis M. Johns, Associational Life, 1990, S. 184, Grumbrecht habe in dieser Schrift gegen Annexionen Stellung genommen, trifft nicht zu.

8 Lette an M. Duncker, 17. 7. 1866, in: M. Duncker, 1923, S. 424.

9 Müller an Bennigsen, 26. 7. 1866, StadtB München, Briefe NV; ferner die Briefe Bennigsens an Passavant vom 18. 7. und 25. 7., H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 743; Kommission an Ausschuß, 5. 9. 1866, StadtA Augsburg, Nl. Völk; vgl. die öffentliche Erklärung Bennigsens vom 28. 7., wiedergegeben bei H. Oncken, ebd., S. 745, Anm. 1.

10 Abgedruckt in: Bericht über die Versammlung zu Braunschweig, 1866, S. 180 ff.

11 Dietrich an Ausschuß, 23. 7. 1866, WLB, Nl. Hölder, VII, Bl. 56.

ladung erging auch an die Mitglieder des Nationalvereinsausschusses, die am 4. August als erste zu einer gesonderten Sitzung zusammentraten.

Den in Braunschweig versammelten Ausschüssen von Volkswirtekongreß, Handelstag und Nationalverein lagen die Grundzüge der Verfassungsvorstellungen Bismarcks in Form des detaillierten Reformplans vom 10. Juni vor.[12] In einem Rundschreiben, das sicherlich nicht zufällig ebenfalls am 4. August abgesandt wurde, war Bismarck mit dem Entwurf eines Bündnisvertrags an die Regierungen der künftigen Mitgliedstaaten herangetreten. Der Entwurf sah gemäß der Junivorschläge die Errichtung eines norddeutschen Bundesstaats mit diplomatischer und militärischer Führung Preußens und die Berufung eines nach dem Reichswahlgesetz von 1849 gewählten Parlaments zur »Beratung und Vereinbarung« der von den Regierungen zu erarbeitenden Verfassung vor. Im Gegensatz zu den bisherigen Plänen hatte sich Bismarck nicht zuletzt wegen des internationalen Drucks auf die Gründung eines norddeutschen Teilstaats beschränken müssen.[13]

In konsequenter Fortführung seiner Politik entschied der Ausschuß des Nationalvereins, vor einer definitiven Beschlußfassung über diese Entwürfe zur Errichtung eines norddeutschen Bundesstaats die für den kommenden Tag erwartete Thronrede des preußischen Königs abzuwarten, von der man sich Klarheit über die Beilegung des Verfassungskonflikts versprach. Die Sitzung sollte deshalb am 6. August in Berlin fortgesetzt werden. Daß man jedoch grundsätzlich auf die Gründung eines norddeutschen Teilstaats einzugehen geneigt war, belegt die Tatsache, daß man bereits beriet, ob und auf welche Weise der Nationalverein die Wahlkämpfe zum Bundesparlament in Preußen und den übrigen Staaten organisieren sollte.[14]

Von diesen Beschlüssen setzte der Nationalvereinsausschuß die Vertreter des Handelstags und des Volkswirtekongresses offiziell in Kenntnis, die am selben Tag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten.[15] Die Teilnehmer entstammten ausnahmslos den künftigen Mitgliedsstaaten des Norddeutschen Bundes und umfaßten drei Gruppen: die Ausschußmitglieder des Volkswirtekongresses Braun, Böhmert, Faucher, Grumbrecht, Lette, Michaelis, Prince-Smith, Strackerjan und Weigel, die Ausschußmitglieder des Handelstags Bering, Dietrich, Maron, Soetbeer, A. v. Sybel, Weigel und Wesenfeld und als offizielle Gäste Ahlmann, Albrecht, Aronheim, Biedermann, Brockhaus, Emminghaus, Gröning, Henneberg, Lammers, Leiste, Alexander Meyer und Pavenstedt. Hinzu kamen die Angehörigen des Nationalver-

---

12 Text der »Grundzüge einer neuen Bundesverfassung« bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 173.

13 Vgl. E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988, S. 536 ff., S. 571 f., S. 644 ff.

14 A-Prot.NV, 4.8.1866, BAP, Nl. Oetker, 19. Teilnehmer waren mit Bennigsen, F. Duncker, Fries, Jungermann, Lammers, Lang, Löwe, Lorenz, Lüning, Rückert, Schenck, Schulze, E. Wiggers und M. Wiggers praktisch nur noch Angehörige des künftigen Nordstaats, sieht man von den Vorstandsmitgliedern Metz und Rochau ab.

15 Vgl. den offiziellen von Alexander Meyer erstellten Bericht über die Versammlung zu Braunschweig, 1866; darauf aufbauend ferner die subjektiv gefärbten Schilderungen K. Brauns, Auf dem Marsch zur Freiheit, 1869; einen ausführlichen Bericht bringt auch die Beilage zum AG, Nr. 489, 19.8.1866; BrHbl., Nr. 774, 11.8.1866; zur Vorgeschichte und zum Verlauf der Braunschweiger Besprechungen ferner die Grenzboten 25 (1866, II), S. 156 ff., und 25 (1866, III), S. 306 ff., 376 ff.

einsausschusses, die zwar aus formalen und politischen Gründen im Teilnehmerverzeichnis nicht aufgeführt werden, jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit als inoffizielle Gäste teilgenommen haben.

Bemerkenswert erscheint die Tatsache, daß die Problematik der Gründung eines norddeutschen Teilstaats von der Versammlung nicht thematisiert wurde, obwohl sie dem Programm der nationalen Verfassungsbewegung strikt widersprach und allgemein als »Spottgeburt antinationaler Phantasie« galt.[16] An erster Stelle der Tagesordnung stand vielmehr die Kompetenzausstattung der anvisierten norddeutschen Zentralgewalt. Die Diskussionen und Ergänzungsvorschläge zeigten, daß die künftigen Nationalliberalen den Bundesgewalten erheblich mehr Macht zugestehen wollten, als die Bismarckschen Entwürfe vorsahen. Unumstritten war, daß die Garantie der allgemeinen Freizügigkeit sowie die generelle Bundeszuständigkeit für das Postwesen und das Eisenbahnwesen in die Bundesverfassung aufgenommen werden sollte. Diese Tendenz zu einem stärkeren Zentralismus trat auch bei der Frage der Finanzierung des künftigen Bundesstaats zutage. Die versammelten Ausschüsse legten großen Wert darauf, daß die finanzielle Unabhängigkeit des Bundes von den Mitgliedsstaaten gewährleistet würde: deshalb schlugen sie vor, die geplanten Matrikularbeiträge durch eigene Reichseinnahmen zu ersetzen. Diese sollten aus einem unveränderlichen Grundbetrag sowie aus einer jährlich durch das Bundesparlament zu bewilligenden variablen Summe zusammengesetzt sein.

Indem die Braunschweiger Versammlung, namentlich die preußischen Abgeordneten Michaelis und Faucher, durch das Plädoyer für einen festen Grundetat die Beschränkung der parlamentarischen Budgethoheit konzedierten, signalisierten sie der preußischen Regierung ihre Kompromißbereitschaft im Verfassungskonflikt. Die im Grundsatz berechtigte und bereits in Braunschweig von Grumbrecht vorgebrachte Kritik[17], daß damit die Position der preußischen Fortschrittspartei konterkariert und liberale Freiheitsforderungen preisgegeben worden seien, sollte dennoch zweierlei berücksichtigen: erstens sah die Braunschweiger Versammlung im Sommer 1866 ihren Hauptgegner nicht in Bismarck sondern in den partikularstaatlichen Kräften. Nach Fauchers Worten sollten die festen Reichseinnahmen »Kraft gegen partikularistische Strömungen« verschaffen[18], indem sie den Bundesstaat gegen eventuelle reichsfeindliche Parlamentsmehrheiten absicherten; zweitens entsprach es der erprobten Arbeitsteilung zwischen den Organisationen der nationalen Verfassungsbewegung, wenn Volkswirtekongreß und Handelstag als »praktische« Organe sich kompromißbereiter gaben als der »prinzipielle« Nationalverein. Ohne Zweifel belegt jedoch die Absicht der »Freihändler«, das Budgetrecht künftig nicht mehr vorrangig als Machtinstrument im parlamentarischen Kampf zu nutzen, ihre generelle Tendenz zum Kompromiß mit dem Regime Bismarcks.[19]

---

16 So das BrHbl., Nr. 758, 21. 4. 1866.

17 Vgl. etwa V. Hentschel, Freihändler, 1975; R. Zeise, Kongreß, 1985, S. 281; ders.; Kongreß, 1980, S. 165 ff.

18 Bericht über die Versammlung zu Braunschweig, 1866, S. 191.

19 Vgl. dazu W. Schunke, 1916, bes. S. 41 ff.; K. E. Pollmann, 1985, S. 56 ff.

Die heftigsten Auseinandersetzungen entbrannten über die Frage, wie die Beziehungen des künftigen norddeutschen Bundesstaats zum Zollverein geregelt werden sollten, über die Frage also, ob und auf welche Weise die süddeutschen Staaten wenigstens in eine gemeinsame Wirtschaftszone einbezogen werden sollten. Der von Braun und Böhmert vorgelegte Antrag stellte sich auf den Standpunkt, daß mit der Konstituierung eines parlamentarischen Bundesstaats die Reform des Zollvereins obsolet sei. Sie plädierten zwar für die vorläufige Fortführung des Zollvereins, um so die süddeutschen Staaten in den Wirtschaftsraum einbeziehen zu können. An die Stelle der bisherigen Zollvereinskonferenzen sollten aber Parlament und Regierung des Norddeutschen Bundes treten. Die Mitwirkung der süddeutschen Zollvereinsstaaten sollte nach ihren Vorstellungen allein auf die Entsendung gewählter Abgeordneter zu denjenigen Parlamentssitzungen beschränkt werden, die mit Zollvereinsangelegenheiten befaßt waren. Braun und Böhmerts Vorschläge kamen dem später verwirklichten Modell des »Zollparlaments« sehr nahe, und es spricht einiges dafür, daß sie in Absprache mit dem preußischen Handelsministerium vorgegangen waren, zu dem man durch Vermittlung Otto Michaelis' gute Beziehungen unterhielt.[20]

Gegen diese Zollparlamentspläne erhoben sich erhebliche nationalpolitisch motivierte Einwände, in denen ein Unbehagen an der Einrichtung organisatorischer Zwischenlösungen auf dem Weg zum gesamtnationalen Bundesstaat zum Ausdruck kam. Grumbrecht und Strackerjan[21], in der Tendenz unterstützt von Henneberg, sahen in der Beibehaltung des Zollvereins ein politisch schädliches Zugeständnis an die süddeutschen Staaten. Durch die Ausübung wirtschaftlichen Drucks wollten sie den sofortigen Beitritt der Südstaaten erzwingen. Wer die Vorteile eines Bundesstaats genießen wolle, so ihr Argument, müsse ihm eben beitreten. Die Auseinandersetzung wurde durch einen Amendement Biedermanns zum Antrag Braun/Böhmert geschlichtet, der den süddeutschen Staaten eine Frist bis zum Jahr 1870 einräumte; bis dahin hatten sie zu entscheiden, ob sie dem Bundesstaat beitreten oder aus dem Zollverein ausscheiden wollten. In dieser Version gelangte der Antrag nahezu einstimmig zur Annahme. Die verschiedenen Resolutionen wurden zu der sogenannten »Braunschweiger Erklärung« zusammengefaßt und in der Öffentlichkeit verbreitet. Der Ausschuß des Handelstags übermittelte die Beschlüsse durch ein erläuterndes Rundschreiben an die Mitgliedskammern und an sämtliche »fungierenden Regierungen« Deutschlands auch südlich der Mainlinie.[22]

Der Ausschuß des Nationalvereins mußte sich zwei Tage darauf mit der Frage auseinandersetzen, ob er die Thronrede Wilhelms I. zur Kammereröff-

---

20 Vgl. dazu R.v. Delbrück, Bd. 2, 1905, S. 228 f., 243 f., 331 f.

21 Ludwig Strackerjan (1825–1881), ev.; Theologie- und Jura-Studium; Redakteur der Oldenburgischen Zeitung 1848–50; Beamtenlaufbahn, seit 1865 Justizrat; seit 1873 Sparkassendirektor; MdL; A-KdV 1863–67; vgl. ADB 36, S. 489.

22 Beide Schreiben liegen nicht vor; eine Inhaltsangabe des Rundbriefs an die Kammern vom 4.8. enthält jedoch die Korrespondenz des Deutschen Handelstages, Nr. 5, 15.8.1866, RWWA, 20–14–1; dort ist auch das Begleitschreiben an die Regierungen vom 11.8. im Wortlaut wiedergegeben.

nung am 5. August als ausreichendes Zugeständnis für die Aufnahme der »positiven Agitation« betrachten sollte, oder nicht. Die Rede enthielt die Ankündigung, daß die Regierung das Abgeordnetenhaus in Kürze um »Indemnität« für die Jahre budgetlosen Regierens ersuchen werde.[23] Was immer diese auf verschiedene Weise auslegbare Formel rechtlich bedeuten mochte, ob sie bloß die Entlastung der Regierung oder die nachträgliche Anerkennung des Rechtsstandpunktes des Abgeordnetenhauses meinte, politisch handelte es sich in Gesamtheit mit dem Plan zur Errichtung eines Bundesstaats um ein umfassendes Kompromißangebot der Regierung an die Fortschrittspartei und die nationale Verfassungsbewegung.

Die Beratungen des Ausschusses ergaben jedoch sehr schnell, daß die überwiegende Mehrheit der preußischen Fortschrittspartei die innenpolitischen Zugeständnisse skeptischer beurteilte, als die nichtpreußischen Ausschußmitglieder. Das galt zu diesem Zeitpunkt offenbar auch noch für Unruh und die künftigen Gründungsmitglieder der nationalliberalen Fraktion. Den Übergang zu einer energischen propreußischen Agitation auf der Grundlage der Bismarckschen Verfassungsentwürfe stellte man vor allem auf Widerspruch der preußischen Parlamentarier zurück, bis die Regierung sich über die Bedeutung der »Indemnität« eindeutig erklärte und die Wahlen für ein Bundesparlament ausschrieb. Allerdings war man bereit, die bevorstehende Konstituierung eines norddeutschen Teilstaats als »unvermeidliche Übergangstatsache« anzuerkennen, wenn man auch betonte, daß der Beitritt der süddeutschen Staaten stets möglich bleiben müsse.[24]

Erstaunlich schnell hatten sich Volkswirtekongreß, Handelstag und Nationalverein wenigstens vorläufig mit der Mainlinie abgefunden, die für die nationale Verfassungsbewegung in der Tat »viel Peinliches« enthielt.[25] Die Stellungnahmen zu den verfassungsrechtlichen Vorstellungen Bismarcks fielen gemäß der Arbeitsteilung zwischen den Organisationen unterschiedlich aus: während Volkswirtekongreß und Handelstag ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisierten und mit detaillierten Verbesserungsvorschlägen in die »praktische« Verfassungsdiskussion eintraten, hielt sich der Nationalverein weiterhin bedeckt, verzichtete aber darauf, dem Entwurf Bismarcks gemäß des offiziellen Vereinsprogramms die Reichsverfassung von 1849 entgegenzusetzen. Indem der Ausschuß des Nationalvereins in seine Ansprache an die Vereinsmitglieder erklärte, daß es in erster Linie Sache der süddeutschen Bevölkerungen in Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt sei, für den Anschluß an den norddeutschen Teilstaat zu agitieren, deutete sich bereits an, daß der Nationalverein sein Wirkungsfeld vor allem im künftigen Bundesparlament sah.[26]

---

23 Auszüge bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 80; zur Problematik vgl. die zusammenfasenden Worte bei K. E. Pollmann, 1985, S. 31 ff.

24 A-Prot.NV, 6.–8. 8. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19.

25 So Baumgarten an Sybel, 8. 8. 1866, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 338 ff.

26 Text der von Lang und Rochau entworfenen Ansprache im WBlNV, Nr. 69, 13. 9. 1866; das entsprechende Rundschreiben an die Agenten in Auszügen in NZ, Nr. 406, 28. 8. 1866.

3. Das Ende der nationalen Verfassungsbewegung

Sämtliche Organisationen der nationalen Verfassungsbewegung gerieten nach den preußischen Siegen, spätestens jedoch, seitdem die Entwicklung unumkehrbar auf die Gründung des Norddeutschen Bundes zulief, durch den vermeintlichen oder tatsächlichen Wegfall ihres Gründungszwecks in eine Legitmationskrise, die sie zur Überprüfung ihrer bisherigen Tätigkeit zwang und mit der Frage konfrontierte, ob eine weitere Fortführung sinnvoll sei. Am leichtesten tat sich der Kongreß deutscher Volkswirte, der den Gedanken an Auflösung schnell aufgab und als intellektuelles Forum des Freihändlertums bis ins Kaiserreich hinein weiterwirkte. Er mußte dabei allerdings einen erheblichen Bedeutungsverlust hinnehmen und entschwand zusehends der öffentlichen Wahrnehmung, ehe er im Gefolge des Übergangs zum Schutzzoll Ende der siebziger Jahre an intellektueller Auszehrung zugrundeging.[1] In erheblich größere Schwierigkeiten geriet der Deutsche Handelstag, der viele Jahre benötigte, bevor er zu einem neuen Selbstverständnis als wirtschaftliche Interessenvertretung fand. Angesichts des wiederholt von massiver und einseitiger politischer Parteinahme gekennzeichneten Verhaltens seines Ausschusses, der dabei vor Satzungsverstößen nicht zurückschreckte, erscheint dies verständlich.[2]

Im folgenden Abschnitt soll nun ausführlich den langwierigen Diskussionen um die Fortführung oder die Auflösung des Nationalvereins nachgegangen werden. Es soll aufgehellt werden, warum weder der Links- noch der Nationalliberalismus die Tradition einer modernen Mitgliederorganisation mit Parlamentsorientierung ins Kaiserreich hinüberrettete. Wie die vorliegende Untersuchung bereits mehrfach aufgezeigt hat, bestand ein enger Zusammenhang zwischen dem politischen Wollen und dem Organisationsverhalten des Bürgertums. Die Organisationsfrage bietet deshalb einen bislang unterschätzten Indikator für die Gesamtbeurteilung der Frage, inwieweit das liberale politische Bürgertum zu den Siegern oder zu den Verlierern des Jahres 1866 zählte.

»Der deutsche Krieg war die deutsche Revolution«, schrieb Bluntschli, und zwar eine »Revolution in der Form des Kriegs und nicht der Volksaufstände«, die »von oben, von dem Königtume geleitet, und nicht von unten, von der losgebundenen Volksgewalt bestimmt« wurde. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes hielt Bluntschli die deutsche Frage bereits für entschieden, und zwar zugunsten des »faktischen« preußischen Einheitsstaats, der auch durch die Fortexistenz der süddeutschen Mittelstaaten im neuen Reich nicht gefährdet werden konnte.[3] Weil Bluntschli sich am Ziel

---

1 Vgl. dazu V. Hentschel, Freihändler, 1975, S. 160 ff.

2 Vgl. D. Schäfer, 1973, S. 125 ff.; Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 38 ff.

3 J. K. Bluntschli, Die Neugestaltung Deutschlands, 1867, S. 9 f., 27 ff.; die Broschüre wurde bereits 1866 verfaßt. Weitere zeitgenössische Beispiele für die Anwendung des Revolutionsbegriffs auf die Ereignisse des Sommers 1866 bei K.-G. Faber, Realpolitik, 1966, S. 4 ff.; vgl. auch K. E. Pollmann, 1985, S. 37 ff., sowie die ausführlichen Überlegungen bei D. Langewiesche, »Revolution von oben«, 1989.

wähnte, plädierte er für die Auflösung des Abgeordnetentags, für den er keine Aufgabe mehr sah: »Die Hauptfrage ist entschieden und die Nebenfrage von der auswärtigen Politik abhängig, die nur von der preußischen Regierung geleitet, von Frankfurt aus höchstens erschwert und gestört werden kann«.[4] In ähnlicher Weise äußerte sich Baumgarten in seiner sogenannten »Selbstkritik« über den Nationalverein. Sein Plädoyer für den Adel als der eigentlich zum Herrschen berufenen Schicht ließ keinen Platz für eine unabhängige bürgerliche Organisation, die sich in seinen Augen als regierungsunfähig erwiesen hatte.[5]

In den Publikationen und brieflichen Äußerungen Bluntschlis und Baumgartens, die als repräsentativ für den gesamten alt- und große Teile des rechtsliberalen Flügels der nationalen Verfassungsbewegung gelten können, wird besonders deutlich, daß sie die politische Organisierung lediglich als notwendiges Übel in einer historischen Ausnahmesituation betrachtet hatten, die sie durch die Gründung des Norddeutschen Bundes als der Vorstufe zum Nationalstaat für beendet hielten. Ihre Haltung ist eine konsequente Fortsetzung derjenigen Politik, die seit der Nationalvereinsgründung nachweisbar und durch die Initiative Karl Brauns im Vorfeld des Abgeordnetentags vom Mai 1866 wirkungsmächtig wurde. Sie hatten stets eine informelle Einflußnahme der organisierten und formalisierten Betätigung im Vereinswesen vorgezogen und deshalb den Abgeordnetentag gegenüber dem Nationalverein favorisiert. Seit der Gründung des Norddeutschen Bundes schien ihnen die ausschließliche Beschränkung auf das parlamentarische Wirkungsfeld selbstverständlich. Dort, im nationalen Parlament, sahen sie ihr ureigenstes Wirkungsfeld. Sie setzten auch ohne umfassende verfassungsrechtliche Garantien ganz auf die parlamentarische Zusammenarbeit mit dem Ministerium Bismarck, wobei sie zur Preisgabe der politischen Organisationen, ihrer eigentlichen Machtbasis, bereit waren.

Erheblich differenzierter und sachlich zutreffender als Bluntschli und Baumgarten urteilte der Geschäftsführer des Nationalvereins Nagel in seinem im Wochen-Blatt veröffentlichten Artikel über die »Revolution von 1866« und deren Bedeutung für den Nationalverein. Die »Eigentümlichkeit der gegenwärtigen Lage« sah Nagel darin, »daß wir halb zu den Siegern und halb zu den Besiegten gehören. Als Nationale, als Anhänger der »preußischen Spitze« können wir uns über den Gang der Dinge nur Glück wünschen, [...] als Liberale dagegen haben wir unzweifelhaft eine Niederlage erlitten«. Nagel hatte ein besseres Gespür für das Fehlen verfassungsrechtlicher Garantien und für die Abhängigkeit des Liberalismus vom Gutdünken Bismarcks, die sich daraus ergab. Aus diesen Gründen war er für die Beibehaltung des Nationalvereins und hielt Spekulationen über seine Auflösung für verfrüht. Aber auch hinsichtlich der unvollendeten nationalen Frage sah er Handlungsbedarf für den organisierten nationalen Liberalismus: als künftige Schwerpunkte der Nationalvereinstätigkeit betrachtete er die Agitation

4 Bluntschli an Bennigsen, 20.1.1867, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 66, Anm. 2.
5 H. BAUMGARTEN, Der deutsche Liberalismus, 1974 [1866], bes. S. 68 ff., 118 f., 144 f.; vgl. auch BrHbl., Nr. 789, 24.11.1866.

für den Anschluß des Südens an den norddeutschen Teilstaat und die Wahlagitation für den Norddeutschen Reichstag.[6] Daß man den Nationalverein wenigstens bis zur Konstituierung des Reichstags, womöglich aber bis zur inneren und äußeren Vollendung des Nationalstaats und darüber hinaus erhalten müsse, war seine feste Überzeugung.

Die nach Kriegsende einsetzenden Versuche zur Reaktivierung der nationalen Organisationen gingen vom südlichen Deutschland aus, wo die Unzufriedenheit mit dem Erreichten naturgemäß größer sein mußte als nördlich der Mainlinie. Seit August 1866 hatten hier die anschlußwilligen liberalen Gruppierungen mit der Neuformierung begonnen. In Plochingen konstituierte sich am 19. August unter führender Beteiligung Hölders die nationalliberale »Deutsche Partei«. Hauptprogrammpunkt war der Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bund.[7] In Bayern reorganisierte sich zur selben Zeit die zersplitterte Fortschrittspartei unter dem Motto: »Einigung des gesamten außerösterreichischen Deutschlands im Bundesstaat und im Parlament« sowie militärische und diplomatische Leitung durch Preußen. Selbst der Franke Crämer und der Pfälzer Umbscheiden, die sich 1864/65 der Volkspartei angeschlossen hatten, kehrten auf dieser Grundlage zur Fortschrittspartei zurück.[8] In Hessen-Darmstadt organisierten sich die anschlußwilligen Kräfte weiterhin in der durch Wahlniederlagen erheblich geschwächten nationalliberalen Fortschrittspartei, die jedoch bereits 1868 wieder zur stärksten politischen Kraft im Lande wurde.[9] Auch in Baden fanden sich zur selben Zeit die seit 1865 gespaltenen Liberalen auf der Basis eines »nationalliberalen« Programms zusammen, das jedoch erst 1869 in die förmliche Gründung der Nationalliberalen Partei mündete.[10]

Die Bemühungen der süddeutschen Nationalliberalen, den institutionalisierten Kontakt mit den Norddeutschen wiederherzustellen, konzentrierten sich zunächst auf den Abgeordnetentag, weil dieser im Süden ein höheres Ansehen als der Nationalverein genoß.[11] Nach verschiedenen Besprechungen beantragte deshalb Anfang September der bayerische Landtagsabgeordnete

---

6 WBlNV, Nr. 75, 25. 10. 1866.

7 Vgl. D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 324 ff., 378 ff., 331 ff.; H. Brandt, Parlamentarismus, 1987, S. 741 ff.; der Name »Nationale Partei«, der die Verbindung mit dem NV hervorheben sollte, war nicht durchgedrungen; Reyscher setzte jedoch durch, daß darauf verzichtet wurde, eine eigene Organisationstruktur neben der des NV zu errichten; vgl. Reyscher an Nagel, 3. 3. 1866, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 69; Widenmann an G. Müller und Hölder, [Anfang August 1866], in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 337 f.; vgl. auch A. L. Reyscher, Ursachen des Krieges, 1867, S. 161 f.

8 Rundschreiben 19. 8. 1866, BAP, Nl. Marquardsen, 57, Bl. 83; vgl. T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 120 ff.

9 D. S. White, 1976, S. 27 ff.

10 L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 381 ff.; G. Eisfeld, 1969, S. 144 ff.

11 Brater führte an, daß weder Völk noch der Crämer-Kreis zum NV zurückkehren würden und den Abgeordnetentag bevorzugten, Brater an Nagel, 23. 8. 1866, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 68 f. Der Vorstand des NV ermächtigte am 26. 8. 1866 Nagel, eine »Rekognizierungsreise« nach Bayern zu unternehmen, um die Stimmung zu erkunden, V-Prot.NV, 26. 8. 1866, BAP. Nl. Oetker, 19. Als Ergebnis seiner Reise stellte er fest, daß dort für den NV nichts mehr zu machen sei, Nagel an Bennigsen, 22. 9. 1866, in: H. Onkken, ebd., S. 69 f.

Marquard Barth – unterstützt von August Metz – eine Ausschußsitzung des Abgeordnetentags in Eisenach oder Coburg.[12]

Diese Initiative stieß jedoch auf entschiedenen Widerspruch bei den fortschrittsliberalen Altpreußen Schulze, Duncker, Hoverbeck und Löwe, die unter den geänderten Verhältnissen keinerlei Interesse an der Fortführung des föderalistischen Abgeordnetentags hatten.[13] Nach mehreren gescheiterten Anläufen kam erst am 9. Dezember 1866 eine Sitzung in Leipzig zustande. Die treibende Kraft waren diesmal die Preußen um Schulze-Delitzsch, deren alleiniges Ziel es jedoch war, die Auflösung des Abgeordnetentags durchzusetzen. Zu diesem Zweck waren die Ausschußmitglieder des Weimarer Abgeordnetentags und der Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertretungen zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen worden. Nach mehrstündiger Debatte vertagte man sich ergebnislos bis zum Zusammentritt des Norddeutschen Parlaments.[14] Die letzte Ausschußsitzung des Abgeordnetentags fand am 23. Februar 1867 in Berlin statt. Dort beschloß man offensichtlich, beide im wesentlichen identischen Ausschüsse ohne formelle Auflösung stillschweigend eingehen zu lassen. Eine weitere Tätigkeit läßt sich jedenfalls nicht mehr nachweisen.[15]

Wenn der Abgeordnetentag mit einem Begräbnis zweiter Klasse von der Bildfläche verschwand, ohne daß in der Öffentlichkeit bedauernde Stimmen

---

12 Kommission (Müller) an Ausschuß, 5.9.1866, StadtA Augsburg, Nl. Völk. Zumindest Völk, Hölder und Fetzer hatten die Angelegenheit zuvor miteinander besprochen, Völk an Bennigsen, 21.8.1866, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 747 f.; vgl. R. KÄRTNER, 1941, S. 31 f. Der badische Linksliberale Kiefer schrieb an den neuen Außenminister von Freydorf am 19.8. von der Notwendigkeit der Verständigung der Gesinnungsgenossen in Baden, Bayern, Württemberg und Hessen, der Gründung von Vereinen nach Anlage des Nationalvereins oder im Anschluß an denselben. Das alles solle auf dem kommenden Abgeordnetentage eingeleitet werden; ausgiebig zitiert bei L. GALL, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 381 ff.

13 Kommission an Ausschuß, 10.9.1866, ebd. Auch der auf die erste Novemberhälfte anberaumte Nachfolgetermin scheiterte am Widerspruch Schulzes, vgl. Kommission an Ausschuß, 25.10.1866, WLB, Nl. Hölder, VIII, Bl. 348; Kommission an Ausschuß, 30.10.1866, ebd., Bl. 307; Kommission an Ausschuß, 7.11.1866, ebd., Bl. 306.

14 Einladungsschreiben der Kommission an die Ausschüsse, 24.11.1866, BAF, ZSg. 8/209. Teilnehmer waren Bennigsen, Bockelmann, Braun, Cetto, Duncker, Fetzer, Fries, Hölder, Hoverbeck, Joseph, Löwe, Lüning, Metz, Müller, Oetker, Schulze, Völk, M. Wiggers und Wilhelm F. Wiggers. Der Ausschuß des Nationalvereins unterstützte die Preußen in ihrem Vorhaben, vgl. Nagel an Ausschußmitglieder, 31.10.1866, BAP, Nl. Oetker, 19, Bl. 368, woraus hervorgeht, daß Schulze die treibende Kraft war. Vgl. ferner FJ, 12.12.1866; Coburger Tageblatt, 11.12.1866; Kommission an Ausschuß, 8.2.1867, WLB, Nl. Hölder, VIII, Bl. 181. Einen Hinweis, daß man die »Abwicklung« des Abgeordnetentags beraten hatte, gibt F. OETKER, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 492.

15 Kommission an Ausschuß, 8.2.1867, BAP, Nl. Oetker, 21, Bl. 140; dass., 16.2.1867, WLB, Nl. Hölder, VIII, Bl. 186; vgl. Bluntschli an Bennigsen, 20.1.1867, in: H. ONCKEN, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 66, Anm. 2. Der kurz nach der Sitzung erfolgte Rücktritt des Vorsitzenden Müller dürfte das unrühmliche Ende des Weimarer Abgeordnetentags bedeutet haben, vgl. Passavant an Hölder, 18.3.1867, WLB, Nl. Hölder, VIII, Bl. 182. Die offizielle Liquidation der Versammlung der Mitglieder deutscher Landesvertreter wurde erst im August 1872 eingeleitet und im April 1874 abgeschlossen. Die restlichen Kassenbestände in Höhe von ca. 7000 fl. wurden einer deutschen Schule im ehemals dänischen Sonderburg überwiesen, Kommission (Müller) an 36er-Ausschuß, 26.8.1872, StadtA Augsburg, Nl. Völk; Kommission an Ausschuß, 30.4.1874, in: F.v. MAMMEN, 1935, S. 313 ff.

laut wurden, hängt dies wesentlich mit der spezifischen Funktion und Zeitgebundenheit dieser Organisation zusammen. Mit der Einrichtung des norddeutschen Reichstags war ein interfraktionelles Gremium zur Koordinierung der Landespolitiken in der Tat überflüssig, zumindest in der Form des Abgeordnetentags, der sich immer auch als symbolischer Ersatz eines Nationalparlaments begriffen hatte.

Erheblich langwieriger und schmerzhafter vollzog sich der Auflösungsprozeß des Nationalvereins, der selbst als Rumpforganisation im Kern eine moderne parlamentsorientierte Massenpartei geblieben war und in seiner Organisationsstruktur viele zukunftsweisende Züge in sich trug. Der Nationalverein befand sich allerdings in einem konfusen Zustand, nachdem man die ursprünglich in Braunschweig beschlossene Verlegung der gesamten Vereinsorganisation nach Weimar aufgegeben hatte.[16] Das Wochen-Blatt des Vereins, das aufgrund des Einschreitens der preußischen Militärverwaltung in Frankfurt am 19. Juli 1866 letztmals erschienen war, wurde seit dem 13. September von Heidelberg aus herausgegeben.[17] Der juristische Vereinssitz war nach wie vor Coburg, die Geschäftsstelle saß in Frankfurt und die Ausschuß- und Vorstandssitzungen der Spätphase fanden durchweg in der politischen Hauptstadt Berlin statt. Außer durch den fortschreitenden Zerfall der Organisation, der nur durch einen energischen politischen Willen rückgängig gemacht werden konnte, wurde die weitere Entwicklung des Nationalvereins durch zwei weitere Umstände entscheidend gehemmt.

Erstens fand der Nationalverein in den Kreisen der süddeutschen Nationalliberalen keinen ausreichenden Rückhalt mehr. Das zeigte nachdrücklich ein größeres Treffen hessischer, badischer, württembergischer und bayerischer Abgeordneter am 14. Oktober in Stuttgart, auf dem die Gründung einer süddeutschen nationalliberalen Partei mit gemeinsamem Programm und gemeinsamer Organisation vorbereitet werden sollte. Eines der dort diskutierten Organisationsmodelle lief darauf hinaus, die nationalliberale Partei in Anlehnung an die vorhandene Nationalvereinsstruktur aufzubauen. Die Ablehnung, auf die dieser Vorschlag stieß, bestätigte Brater in seiner Auffassung, daß der Nationalverein in Süddeutschland nicht mehr zu verwerten sei; so faßte er jedenfalls gegenüber dem Geschäftsführer des Nationalvereins die Resultate der Verhandlungen zusammen.[18]

Von größerem Gewicht war zweitens die Spaltung der preußischen Fortschrittspartei, der es nicht gelungen war, eine einheitliche Position gegenüber dem Kompromißangebot der preußischen Regierung zu finden.[19] Zwar wur-

---

16 A-Prot.NV, 4. 8. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19; Nagel an Ausschuß, 29. 8. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19, Bl. 367.

17 Bennigsen hatte über die Verlegung des WBlNV mit jenem Regierungsassessor Urban verhandelt, der bei der Vorbereitung des Abgeordnetentags vom Mai eine so bedeutende Rolle gespielt hatte, vgl. A-Prot.NV, 4. 8. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19; V-Prot.NV, 26. 8. 1866, ebd.

18 Brater an Nagel, 16. 10. 1866, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 70 f.; T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 138 f.; D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 363 ff.

19 Zur Indemnitätsdebatte und der Spaltung der FSP vgl. L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 77 ff.; H. A. Winkler, Preußischer Liberalismus, 1964, S. 99 ff.; K. E. Pollmann, 1985, S. 31 ff.; Texte der Annexions- und Indemnitätsgesetze bei E. R. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, [3]1986, Nr. 84, Nr. 188.

de die Annexion Schleswig-Holsteins, Nassaus, Kurhessens, Hannovers und Frankfurts am 7. September mit 273 zu 14 Stimmen beinahe einstimmig gebilligt, gegen das Indemnitätsgesetz stimmte jedoch mit 230 gegen 75 Stimmen eine starke Minderheit. Während das großpreußisch-unitarische Element der Regierungspolitik ungeteilte Zustimmung fand, gingen die Meinungen über die verfassungspolitischen Kompromisse unversöhnlich auseinander. Die zeitgenössischen Kontroversen spiegeln sich auch in der Forschungsliteratur wider; sie reflektieren die Tatsache, daß es sowohl für die Beibehaltung der Opposition wie für einen Kompromiß triftige Argumente gab. Die Urteile über die Zustimmung zur Indemnität lauten von Kapitulation (Sell) über Opportunismus (Oncken), konsequenter kapitalistischer Interessen- oder Klassenpolitik (Gall/Gugel) bis hin zum machtpolitisch gebotenen Kompromiß (Winkler). Auch wenn ein einheitliches Urteil wahrscheinlich nie erreicht werden wird, so scheint das Verständnis für die machtpolitischen Zwänge, unter denen die im Entstehen begriffenen Nationalliberalen handelten, gewachsen zu sein. Damit geht auch eine positivere Bewertung ihres Wirkens im Norddeutschen Reichstag einher.[20]

Hier soll nur ein Aspekt betont werden, der um so mehr ins Auge fällt, wenn man den preußischen Blickwinkel verläßt: die Zustimmung zum Indemnitätsgesetz als einem Bestandteil des umfassenden Kompromisses zwischen Bismarck und der nationalen Verfassungsbewegung war um ein vielfaches »nationaler« als die rein preußisch-innenpolitisch motivierte »partikularistische« Verweigerung der Fortschrittspartei. Sie schaffte die Voraussetzung für die weitere Zusammenarbeit mit den im Nationalverein organisierten außer- bzw. neupreußischen Kräften und ermöglichte den Übergang zu einer »positiven Agitation«. Dagegen blieben die nationalpreußischen Indemnitäts-Verweigerer außerhalb der alten Provinzen ohne Bundesgenossen.[21]

Die Differenzen über das Indemnitätsgesetz führten sehr schnell zur Abspaltung einer nationalliberalen Gruppe von der Fortschrittspartei. Ende September handelten Cetto, Lasker, Lette, Lüning, Roepell, Twesten, Unruh u. a. jene Erklärung aus, die zum Urprogramm der nationalliberalen Partei werden sollte.[22] Die dringendste Aufgabe der kommenden Session des Abgeordnetenhauses bestand demnach darin, »der Regierung in ihrer auswärtigen Politik den vollen Beistand der Landesvertretung zu verschaffen«. Darunter fiel offenbar auch die Zustimmung zum Indemnitätsgesetz als Voraussetzung einer nationalpolitischen Kooperation. Denn auf innenpolitischem Gebiet sah man seinen Platz im übrigen weiter in der Opposition und verschrieb sich dem Ausbau der Verfassung. Die nationalliberale Erklärung wurde am 24. Oktober 1866 veröffentlicht, dem Tag, an dem das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes publiziert wurde. Als das Abgeordnetenhaus am 12. November nach mehrwöchiger Vertagung wieder zusammentrat, konstituierte sich die »neue Fraktion der nationalen Partei«

---

20 Vgl. neuerdings K. H. Pohl, 1991; ferner G. Schmidt, 1973; K. E. Pollmann, 1985.
21 Vgl. dazu auch S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 283 f.
22 Text bei L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 78 ff.

aus 19 Mitgliedern und wählte einen dreiköpfigen Vorstand aus Hennig, Twesten und Unruh.

Die Spaltung der preußischen Fortschrittspartei, die als »interner Vorgang der liberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses« (Pollmann) begann, besaß eine weit über das Parlament und Preußen hinausgehende Bedeutung. Das lag vor allem daran, daß das Indemnitätsgesetz in vielem den Verhandlungsspielraum des konstituierenden Reichstags determinierte. Sowenig das Verhältnis von Militär, Krone und Parlament im preußischen Abgeordnetenhaus geklärt war, sowenig gelang dies bekanntlich in der Verfassung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs.[23] Hinzu kam, daß die Spaltung der Fortschrittspartei unmittelbar in den Nationalvereinsausschuß hineinwirkte. So zählten Schulze-Delitzsch und Hoverbeck zu den wichtigsten Gegenern des Indemnitätsgesetzes, während Forckenbeck, Lüning und Unruh im nationalliberalen Lager standen.[24] Es wuchs die Gefahr, daß die fraktionspolitischen Auseinandersetzungen den Nationalvereinsauschuß spalten und in einen Kampf um das organisatorische Erbe der gemeinsamen Organisation münden würden.

In der Ausschußsitzung vom 17./18. November in Berlin, der ersten seit August, stand zum ersten Mal formell die Frage der Auflösung des Nationalvereins auf der Tagesordnung, wobei vor allem die Altpreußen beider Fraktionen F. Duncker, Forckenbeck, Hoverbeck, Löwe, Schulze und Unruh sowie der Leipziger Lorenz auf Auflösung drängten.[25] Den Antrag, zu diesem Zweck die Generalversammlung zu berufen, lehnte die Mehrheit ab. Oetker und Rochau plädierten zwar für die baldige Berufung der Generalversammlung, aber sie wollten den Verein auf neuer programmatischer Grundlage reorganisieren.[26] Nachdem Bennigsen für die Vertagung der Auflösungsfrage votiert hatte, kam man überein, zunächst die Wahlen zum konstituierenden Reichstag abzuwarten und bis dahin auch die Berufung der Generalversammlung zu vertagen. Auf Schulzes Wunsch wurde in die Ansprache an die Vereinsmitglieder der Hinweis aufgenommen, daß man nach der Konstituierung des »aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgegangenen Organs des Nationalwillens« darüber beraten wolle, ob man die nationale Arbeit »in der Form des Nationalvereins« fortführen wolle. Damit war der Nationalverein erstmals öffentlich zur Disposition gestellt.

---

23 Vgl. dazu W. J. Mommsen, Kaiserreich, 1990; ders., Verfassung, 1990.

24 Zu den weiteren Gegnern der Indemnität zählten u. a. Becker, Berger, Classen-Kappelmann, Harkort, Jacoby, Lasswitz, Pauli, Rönne, Runge, Virchow, Waldeck und Ziegler.

25 A-Prot.NV, 17.–18. 11. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19. Weitere Teilnehmer: Bennigsen, Fries, Lammers, Lorenz, Lüning, Nagel, Oetker, Rochau, Schenck, E. Wiggers, M. Wiggers. Anfang August 1866 hatte Unruh erstmals die Auflösung des NV ins Gespräch gebracht, da der Verein in der Vorkriegsphase nicht in der Lage gewesen sei, »zu gemeinschaftlichem, übereinstimmendem Handeln in den einzelnen deutschen Staaten« durchzudringen und »ein Auseinandergehen wie 1859« zu verhüten (ähnlich auch im Ausschuß, A-Prot.NV, 6. 8. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19). Seine weitere Mitarbeit machte er davon abhängig, daß der Verein »für die volle Realunion von Hannover, Hessen, Nassau und Schleswig-Holstein mit Preußen und für den Anschluß von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt an den Bundesstaat« wirksam agitieren würde, Unruh an Bennigsen, 3. 8. 1866, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 1, 1910, S. 746 f.

26 Zur Haltung Oetkers vgl. bereits seinen Brief an Bennigsen, 2. 8. 1866, BAP, Nl. Bennigsen.

Vor allem zur Unterstützung des Wahlkampfes, der erstmals unter den Bedingungen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts stattfand, sollte der Nationalverein vorläufig erhalten werden. Das war insofern konsensfähig, als sich auch die nationalliberale und die fortschrittliche Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses auf ein gemeinsames Wahlkomitee unter Leitung Löwe-Calbes geeinigt hatte. Der gemeinsame Wahlaufruf vom 12. November zeigte deutlich, daß es dabei vor allem um die Absicherung der Kriegsergebnisse und des norddeutschen Bundesstaats ging.[27] Zur finanziellen Unterstützung der Wahlagitation beschloß der Ausschuß die Verwendung von 5000 fl. aus Vereinsmitteln, die er wenigstens teilweise dem Berliner Zentralwahlkomitee zur Verfügung stellte.[28] Allerdings wurden weitergehende Forderungen wie die Löwes, die Flottengelder verfügbar zu machen, ebenso abgelehnt, wie die Errichtung eines »allgemeinen Agitationsfonds der liberalen Nationalpartei«, der außer den Wahlen auch die für die »Reichstagsmitglieder unserer Partei« notwendigen »Entschädigungen« – also Diäten – aufbringen sollte.[29] Auch der Plan Nagels, jeder der 150 norddeutschen Nationalvereinsagenturen 50 Taler für die Wahlagitation zur Verfügung zu stellen, scheint nicht umgesetzt worden zu sein.[30]

Außer durch finanzielle Mittel beteiligte sich der Nationalverein nach bewährtem Muster durch die Mobilisierung seiner Mitglieder und Agenten am Wahlkampf. In der Ansprache an die Vereinsmitglieder forderte der Ausschuß auf, alle Kräfte aufzubieten, um »im Anschluß an verwandte Parteibestrebungen und deren etwa schon vorhandene Organisationen, die Wahl von Männern durchzusetzen, deren nationale Gesinnung und politische Vergangenheit Bürgschaft dafür leistet, daß sie als Mitglieder des Parlaments im Dienste der Nationalsache ihre Schuldigkeit tun«. Die Agenten wurden brieflich zur Bildung von Wahlausschüssen aufgefordert, die mit den Komitees der benachbarten Wahlbezirke und mit dem Berliner Zentralwahl-

---

27 L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 80 ff. Unterzeichner des Wahlaufrufs waren u. a. F. Duncker, Faucher, Lasker, Lette, Löwe, Oppenheim, Parisius, Runge, Siemens, Unruh. Während der NV-Ausschuß in Berlin tagte, veranstaltete das Zentralwahlkomitee am 17.12. eine große Volksversammlung, bei der Oppenheim, Schulze, Lasker und F. Duncker Seite an Seite auftraten.

28 Das A-Prot. verzeichnet, daß der Vorstand ermächtigt wurde, über die 5000 fl. zu verfügen; die Ansprache an die Mitglieder legt nahe, daß die Gelder zumindest teilweise dem Berliner Komitee übergeben wurden. Die Zusammenarbeit wird auch dadurch belegt, daß Parisius vom Vorstand des NV im Namen des Zentralwahlkomitees Adressen von Vertrauensleuten »unter der nationalliberalen Partei [sic!] außerhalb des alten Preußen« erbat, Parisius an Nagel, 21.11.1866, BAP, Akten NV, 36, Bl. 151; vgl. ferner das Zirkular Parisius' vom 28.11.1866, StadtB München, Briefe NV. In den neupreußischen Provinzen wurden zum Teil eigene Zentralwahlkomitees gebildet, so am 14.12. das der »nationalliberalen Partei« in Hannover unter Leitung Bennigsens, Albrechts und v.d. Horsts, das nur lose organisiert war, aber auf die Reste der Nationalvereinsstruktur zurückgriff, vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 14 ff.; M. Busch, Übergangsjahr, 1897, S. 141 ff.; N. Matern, 1959, S. 148 ff.; einen Überblick über die Wahlorganisation in den einzelnen Ländern gibt K. E. Pollmann, 1985, S. 110 ff.

29 A-Prot.17.–18.11.1866, BAP, Nl. Oetker, 19. Das Zentralwahlkomitee erstattete dennoch die im Wahlkampf anfallenden Reisekosten liberaler Parlamentarier (aus NV-Geldern?), vgl. K. E. Pollmann, 1985, S. 112.

30 Nagel an [Bennigsen], 26.1.1867, 27.1.1867, StadtB München, Briefe NV.

komitee in Verbindung treten sollten.[31] Wenn die Wahlergebnisse den Erwartungen der Liberalen bei weitem nicht entsprachen, so wird man doch sagen können, daß sie ohne die Unterstützung des Nationalvereins, der ein letztes Mal die fehlenden Bürokratien der einzelstaatlichen Parteien notdürftig ersetzte, vermutlich noch ungünstiger ausgefallen wären. Die nationalliberale Fraktion wurde mit 80 von 297 Mandaten die stärkste Fraktion, während es die Fortschrittspartei auf ganze 19 Mandate brachte. Selbst wenn man die 27 Altliberalen hinzurechnet, was bei ihren durch das Abstimmungsverhalten belegten Affinitäten zum konservativen Lager problematisch ist, blieb man mit 47,1% unterhalb der absoluten Mehrheit. In den Verfassungsberatungen war man daher auf Kompromisse angewiesen.[32]

Am 16. April nahm der konstituierende Reichstag die Verfassung des norddeutschen Bundes mit 230 zu 53 – darunter die Voten von 15 Fortschrittsabgeordneten – Stimmen an. Aus der Sicht der linksliberalen Verfassungsgegner bestanden die entscheidenden Mängel im beschränkten Budgetrecht des Reichstags, das den Militäretat vorläufig ausklammerte, im Fehlen von Bundesministern und einer klar umrissenen juristischen Ministerverantwortlichkeit sowie darin, daß den süddeutschen Staaten der Beitritt aus eigenem Recht verweigert wurde. Die von den Nationalliberalen durchgesetzten Veränderungen des Bismarckschen Verfassungsentwurfs wie die politische »Verantwortlichkeit« des Kanzlers vor dem Reichstag (»lex Bennigsen«) und die auf Fries zurückgehende Beibehaltung der ursprünglich nicht vorgesehenen geheimen Wahl genügten ihnen nicht.[33] Schulze, der noch im Februar 1867 mit Bennigsen über ein gemeinsames Wahlprogramm für den Norddeutschen Reichstag verhandeln wollte, erklärte unmittelbar nach der Schlußabstimmung seinen Austritt aus dem Ausschuß des Nationalvereins, wenig später gefolgt von Duncker, Hoverbeck und Jacoby.[34] Nicht die Indemnitätsdebatten des Abgeordnetenhauses, sondern erst die Annahme der Verfassung des Norddeutschen Bundes spaltete den Nationalvereinsausschuß. Die seit Mai 1867 einsetzenden Vorbereitungen auf die Wahl des Norddeutschen Reichstags verliefen getrennt und ohne nachweisbare Unterstützung seitens des Nationalvereins für die eine oder andere Richtung.[35]

---

31 Ansprache veröffentlicht in WBlNV, Nr. 79, 22.11.1866; vgl. den erläuternden Rundbrief Nagels an die Agenten, 21.11.1866, BAP, Nl. Oetker, 19, Bl. 369 f. Das letzte Flugblatt des Nationalvereins: Der Nationalverein vor den Parlamentswahlen, 1866, wahrscheinlich von L. Nagel stammend, endete mit der Aufforderung, national gesinnte Männer ins Parlament zu wählen, damit auf diese Weise der Anschluß Süddeutschlands sichergestellt werde.

32 Vgl. D. Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, 1974, S. 107; E. R. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 3, [3]1988. S. 649.

33 E. R. Huber, ebd., S. 658 ff., S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 285 f.; L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 94; R. Aldenhoff, 1984, S. 219 ff.; zu den Verfassungsberatungen K. E. Pollmann, 1985, S. 198 ff., sowie die Übersicht der vom Reichstag bewirkten Änderungen des Verfassungsentwurfs ebd., S. 521 ff.

34 Schulze an Bennigsen, 18.2.1867, in: H. Schulze, Schriften, Bd. 3, 1910, S. 304 f.; Schulze an Vorstand NV, 16.4.1867, ebd., S. 305 f.; WBlNV, Nr. 101 u. 103, 25.4. u. 9.5.1867.

35 L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, 1878, S. 98 ff.; vgl. dazu Twesten an Lipke, 1.6.1867, 12.6.1867, 23.6.1867, in: J. Heyderhoff (Hrsg.), Sturmjahre, 1925, S. 379 ff.

Der Rumpf der preußischen Fortschrittspartei unternahm jetzt, wiederum auf Drängen Schulzes, den kurzlebigen Versuch, eine eigene Parteiorganisation nach dem Muster des Nationalvereins aufzubauen: wie es Schulze bereits 1861 gewünscht hatte, gab sie sich ein *Vereins*statut, das feste Mitgliedschaften, Jahresbeiträge in Höhe von einem Taler, eine Generalversammlung, einen Ausschuß und einen Vorstand einführte.[36] Durch das Ausscheiden der preußischen Fortschrittler und ihre selbständige organisatorische Konstituierung war der Nationalverein endgültig und im wörtlichen Sinn zu einem nationalliberalen Verein geworden. Für diejenigen Kräfte, die den Nationalverein als außerparlamentarische Ergänzug der Reichstagsfraktion bewahren wollten, lag darin eine letzte Chance, denn die Gefahr lähmender interner Auseinandersetzungen war gebannt.[37]

In einer Artikelserie unter dem bezeichnenden Titel »Der Neuliberalismus« regte Nagel an, den Nationalverein, nachdem ihm die süddeutschen und preußischen Radikalen gleichermaßen den Rücken gekehrt hätten, »einfach als Verein der nationalliberalen Partei« zu reorganisieren. Denn »ohne feste Organisation ist jede politische Partei im heutigen Deutschland ohnmächtig«.[38] Nagel wies nachdrücklich darauf hin, daß gerade unter den neugeschaffenen Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts eine Honoratiorenorganisation keine Gewähr für politische Erfolge mehr bieten konnte. »Nach wie vor aber, ja in erhöhtem Maße, besteht heute für die Nationalpartei das Bedürfnis, eine strammere Organisation zu besitzen, als sie den übrigen bürgerlichen Parteien bisher zu eigen gewesen. Heute auf solche Organisation zu verzichten und in die alte lockere Form des Parteizusammenhangs zurückzufallen, hieße die verbesserte Waffe mit der schlechteren zu vertauschen in einem Augenblick, wo an die Stelle der Vorbereitungen und Übungsmanöver der ernsthafte Feldzug tritt«. Gerade angesichts des schwindenden Einflusses auf die unteren Schichten seien »Zusammenfassung, Disziplin, Organisation« umsomehr vonnöten.[39] In diesem Zusammenhang hatten Nagel, Lammers und Rochau bereits seit geraumer Zeit das Projekt einer neuen, finanziell gut ausgestatteten Zeitung des Nationalvereins diskutiert, die in Berlin erscheinen sollte.[40]

Nagel bot auch Ansätze zu einer programmatischen Neuorientierung, die ihn eindeutig als Nationalliberalen kennzeichnen. Dabei verteidigte er den Nationalverein gegen die seit den Polemiken Treitschkes und Baumgartens um sich greifenden Vorwürfe, daß das nationale Programm des Vereins während der Konfliktzeit bis zur Unkenntlichkeit verzerrt worden sei. Nur durch die programmatische Übernahme der Reichsverfassung sei die »Bil-

---

36 T. Nipperdey, Organisation, 1961, S. 17 f.; K. E. Pollmann, 1985, S. 259 ff.

37 H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 67 f., argumentiert deshalb zu einseitig, wenn er in der Spaltung der FSP den eigentlichen Grund für die Auflösung des Nationalvereins sieht.

38 WBlNV, Nr. 106–108, 30.5.–13.6.1867.

39 Nagel an Agenten, 15.1.1867, BAP, Nl. Oetker, 19, Bl. 372. Auch Lammers betonte im WBlNV, Nr. 79, 22.11.1866, ausdrücklich, daß es nicht ausreiche, in der Fraktion des Norddeutschen Reichstags aufzugehen, daß man vielmehr eine dauerhafte Organisation jenseits der Sessionen benötige.

40 Vgl. Rochau an [Nagel], 5.3.1867, StadtB München, Briefe NV.

dung einer zusammenhängenden, politisch aktionsfähigen Partei in Süddeutschland« möglich gewesen. Auch das Zusammengehen mit den Demokraten und der Kompromiß mit allen Kräften der »Bewegungspartei« seien notwendig gewesen, »um die Nation in Respekt zu setzen«. Vor dem Krieg sei der Sturz des Regimes der einzig mögliche Weg zum Ziel gewesen. Jetzt, nach dem Krieg, gehe es um Kompromisse mit der bestehenden Regierung. Dazu brauche man ein klares Programm, auf dessen Grundlage der Nationalverein reorganisiert werden müsse. Dieses Programm sei »die Mitarbeit an dem Werke der Neugestaltung Deutschlands«, um »möglichst viel Freiheit in das neue Gebäude einzuführen«. Fruchtbringend werde das neue Programm nur sein, wenn es die Einheit an die Spitze stelle und »das Maß unserer Freiheitsansprüche demgemäß beschränken« werde. Die Parole: zuerst Einheit, dann die Freiheit beschreibe keine zeitliche Abfolge sondern eine »Priorität des Ranges«. Stießen beide Prinzipien zusammen, müsse das der Einheit vorgehen.[41]

Im April 1867 diskutierte der Ausschuß ausführlich über die weitere Zukunft des Nationalvereins. Die Mehrheit schien dabei wiederum der Auflösung zuzuneigen. Allerdings kam man den Anhängern der Fortführung soweit entgegen, daß man die Entscheidung der Frage um einige weitere Monate verschob.[42] Damit hatte der Nationalverein eine letzte Bewährungsfrist erhalten. Das praktische Betätigungsfeld, auf dem der Verein jenseits der Wahlen seine Notwendigkeit beweisen konnte, ergab sich mit der auf ihren Höhepunkt zusteuernden Luxemburg-Krise gewissermaßen von selbst. In der Luxemburg-Krise ging es um den künftigen Status des Herzogtums, für das bislang der holländische König als Herzog dem Deutschen Bund angehört hatte. Das Gebiet war sowohl Bestandteil französischer Kompensationsforderungen wie Gegenstand nationaldeutscher Begehrlichkeiten.

Die Nationalvereinler knüpften bei der Behandlung der Luxemburg-Frage an ihre altbewährte Kriegsstrategie an. Mehr als um die territoriale Erweiterung ging es ihnen bei der Verfolgung ihrer »cavouristischen Nützlichkeitstheorie« um die Instrumentalisierung eines Kriegs gegen Frankreich zum Zwecke der nationalen Einigung. Am 1. April fragte Bennigsen mit Wissen und Zustimmung Bismarcks im Nordeutschen Reichstag offiziell an, was die Regierung über französische Kompensationsforderungen bezüglich Luxemburgs wisse. Zugleich stellte er klar, daß unter keinen Umständen deutscher Boden preisgegeben werden dürfe und jeder Einverleibungsversuch einer fremden Macht gleichbedeutend mit Krieg sei.[43] Gleichzeitig versuchten Nagel, Rochau und Brater die Angelegenheit in Süddeutschland »zum Gegenstand einer Volksbewegung« zu machen, allerdings mit wenig Erfolg.[44]

---

41 Vgl. die Artikelserie »Der Nationalverein vor und nach dem Kriege«, WBlNV, Nr. 85–87, 3.–17.1.1867.

42 A-Prot.NV, 17.4.1867, BAP, Nl. Oetker, 19.

43 Vgl. H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 35 ff. Dort auch die Reichstagsrede Bennigsens; ferner L. Gall, Bismarck, 1980, S. 404 ff.; S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 241 ff., 287.

44 Rochau an Nagel, 2.4.1867, in: H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 42; ähnlich bereits im März Nagel an Bennigsen, ebd. Brater knüpfte an die Luxemburg-Agitation die Absicht,

Darüber hinaus beauftragte der Nationalverein das Vorstandsmitglied August Metz, nach Luxemburg zu reisen, um dort politische Verbindungen anzuknüpfen und prodeutsche Kundgebungen zu organisieren. Von den offensichtlich enttäuschenden Ergebnissen seiner Bemühungen berichtete Metz im April dem Ausschuß. Eine anschlußwillige Bevölkerung gab es in Luxemburg nicht.[45] Die Affäre verlor zudem schnell an politischer Brisanz, da Bismarck Ende April in eine internationale Konferenz einwilligte, die bereits im Mai die Errichtung eines neutralen luxemburgischen Pufferstaats beschloß. Trotzdem verfolgte der Nationalverein das Projekt noch bis in den September hinein fort. Im Mai finanzierte er weitere Reisen der von Lammers protegierten Barmer Gymnasiallehrer Dr. Döring und Dr. Leibing[46], die genauso erfolglos blieben. Leibing schätzte, daß bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit von 90% der Luxemburger für Frankreich stimmen würde.[47] Die Rolle der Nationalliberalen im Krieg von 1870/71 und beim Aufkommen der Annexionsforderungen betreffend Elsaß-Lothringen knüpfte nahtlos an diese Politik an.[48]

Nach dem doppelten Scheitern der Luxemburg-Agitation, die weder die nationale Frage vorangebracht noch einen nachhaltigen Popularitätsschub gebracht hatte, anerkannte auch Nagel mit Bedauern, daß die Auflösung des Vereins noch im laufenden Jahr stattfinden würde.[49] Erst jetzt war die Entscheidung endgültig gefallen. Die Auflösung des Vereins bildete den einzigen Tagesordnungspunkt der Ausschußsitzung vom 29. September 1867, an der Bennigsen erstmals in der Vereinsgeschichte nicht teilnahm. Der Antrag, das zuständige Gremium der Generalversammlung zu berufen, wurde mit 8 gegen immerhin 4 Stimmen angenommen. Gegen die Auflösung stimmten

---

die im Vorjahr gescheiterten Bemühungen zur Gründung einer nationalliberalen Partei Süddeutschlands wiederzubeleben, Brater an Nagel, 29.5. 1867; Rochau an Nagel, 28.5. 1867; Brater an Nagel, 20.6. 1867, ebd., S. 72 ff.; T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 154 f. Vgl. zu den wenig erfolgreichen agitatorischen Bemühungen in Süddeutschland für Württemberg D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 393 f.; für Baden L. Gall, Liberalismus als regierende Partei, 1968, S. 399 f.; für Bayern T. Schieder, Kleindeutsche Partei, 1936, S. 151 ff.; auch nach den Berichten des WBlNV blieb die Agitation in Süddeutschland matt, es fanden nur wenige Mitgliederversammlungen in Wiesbaden, Pforzheim und Heidelberg statt.

45 V-Prot.NV, 14.4. 1867, BAP, Nl. Oetker, 19; A-Prot.NV, 17.4. 1867, ebd. Vgl. auch die Auszüge aus einem Zirkular Nagels an die Ausschußmitglieder vom 21.4. bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 43.

46 Franz Leibing (1836–1875), ev.; Berliner Handwerkersohn; Philosophie-Studium, Dr. phil.; seit 1863 Lehrer an Elberfelder Realschule; 1866 als Einjährig-Freiwilliger zum Kriegsdienst eingezogen; stirbt 1875 an den Spätfolgen einer Erkrankung aus dem Feldzug; vgl. A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 130.

47 A-Prot.NV, 29.9. 1867, BAP, Nl. Oetker, 19; Leibing an Nagel, 2.5. [1867], StadtB München, Briefe NV. Vgl. ferner den Bericht Leibings an Lammers vom 2.5. 1867 und den Bericht Dörings an Metz vom 28.7. 1967 bei H. Oncken, Bennigsen, Bd. 2, 1910, S. 43, Anm. 5, S. 44, Anm. 2; A. Emminghaus, Lammers, 1908, S. 141 ff.

48 Vgl. zusammenfassend E. Kolb, Weg aus dem Krieg, 1989, S. 113 ff.

49 Nagel an Ausschuß, 1.7. 1867, BAP, Bl. Oetker, 19, Bl. 388. Oetker berichtet von einem letzten offensichtlich erfolglosen Versuch, aus den gleichgesinnten Teilen des Nationalvereins zur Bildung einer »Deutschen Reichspartei« zu gelangen, vgl. F. Oetker, Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1885, S. 494 f.; Oetker an Nagel, 8.7. 1867, StadtB München, Briefe NV.

Metz, Lüning, Oetker und Nagel oder Lammers, dafür Brater, Forckenbeck, Fries, Jungermann, Lorenz, Rochau, Eduard und Moritz Wiggers. Lünings Antrag auf sofortige Gründung einer Nachfolgeorganisation wurde ebenso verworfen wie Lammers Vorschlag, wenigstens ein Komitee niederzusetzen, das die auswärtige Politik des Ausschusses, also die Kriegstreiberei gegen Frankreich, fortsetzen und zu dessen Unterstützung nach und nach Lokalkomitees gegründet werden sollten.[50]

Der Termin für die Generalversammlung wurde in der letzten Vorstandssitzung am 3. Oktober 1867 festgesetzt.[51] Man beschloß, die Verhandlungen diesmal nicht mehr stenographisch protokollieren, sondern in einem von Lammers redigierten ausführlichen Bericht dokumentieren und verbreiten zu lassen. In der vorbereitenden Ausschußsitzung in Kassel diskutierte man nur noch über die Verwendung der verbliebenen Flottengelder in Höhe von über 106 000 fl., wobei Metz sich mit dem Vorschlag, die Gelder an die Marineverwaltung des Norddeutschen Bundes zu überweisen, ziemlich mühelos gegen konkurrierende Pläne durchsetzen konnte. Die Zinsen der Flottengelder verteilte man, ähnlich wie 1865, an die Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, an die Seemannsschule in Hamburg und an den Rechtsschutzverein in London.[52]

Die letzte Generalversammlung selbst verlief ohne tiefgreifende Kontroversen. Die 90 Teilnahmer stammten nahezu ausschließlich aus den neupreußischen Gebieten, aus Bremen, Oldenburg und vor allem aus Kassel und dem nahegelegenen Hannoversch-Münden. Sie trieb ganz offensichtlich die Neugier auf das Schauspiel einer leibhaftigen Generalversammlung mit viel nationalliberaler Prominenz. In seiner Eröffnungsrede begründete Bennigsen die Auflösung damit, daß »andere Organe« die Aufgabe des Nationalvereins übernommern hätten. Damit war der Norddeutsche Reichstag gemeint. Die Auflösung erschien in Bennigsens Argumentation das natürliche und folgerichtige Ergebnis einer äußeren Entwicklung zu sein. Das war bewußt unscharf und verschleiernd und ließ die langen Diskussionen um die Auflösung nicht erahnen. Auch das zweite von Bennigsen vorgebrachte und von Fries und Metz wiederholte Argument, daß der Nationalverein für den Eintritt Süddeutschlands erfolgreich zu wirken nicht imstande sei, weil er kein Vertrauen im Volk besitze, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der eigentliche Grund der Auflösung der fehlende politische Wille der Nationalvereinsführung war. Der Auflösungsantrag wurde ohne nennenswerten Widerstand gebilligt und zur Abwicklung der finanziellen Angelegenheiten der bisherige Ausschuß als Liquidationskommission eingesetzt.[53]

---

50 A-Prot.NV, 29.9.1867, BAP, Nl. Oetker, 19. Nagel bekannte sich in dem Artikel »Zur Parteiorganisation« anschließend nochmals zu der Auffassung, daß das »liberale Bürgertum« und die Nationalliberale Partei auch in Zukunft eine dem Nationalverein »ähnliche Organisation« benötigten, ohne jedoch näher auszuführen, WBlNV, Nr. 123, 30.9.1867.

51 V-Prot.NV, 3.10.1867, BAP, Nl. Oetker, 19. Dort auch das entsprechende Rundschreiben Nagels an die Vereinsagenten vom 3.10.1867.

52 A-Prot.NV, 10.11.1867, BAP, Nl. Oetker, 19.

53 Verhandlungen NV VII (1867), S. 8 ff.

Wie aus den Protokollen der Liquidationskommission hervorgeht, griff die Liquidationskommission mit der Verwendung von 4616 fl. zur Wahlkampfhilfe für die Zollparlamentswahlen im Mai 1868 ein letztes Mal in die Politik ein, ohne zu derartigen Aktionen durch die Generalversammlung des aufgelösten Vereins ermächtigt zu sein. Die Angelegenheit war nur von mäßigem Erfolg: von den 85 zu vergebenden Mandaten fielen 59 an die Gegner des Zollvereins.[54] Die übrigen nach Abzug aller Verplichtungen noch verbliebenen Gelder verteilte man in kleineren Beträgen an verschiedene Anwärter.[55] Der Nationalverein, der angetreten war, »durch das Mittel der Assoziation das deusche Volk zur Macht zu erheben«[56], beendete seine Tätigkeit in der Manier eines Wohltätigkeitsvereins.

Es ist wichtig und zutreffend, wenn Na'aman schreibt, die Liberalen hätten die »historische Bedeutung einer politischen Massenorganisation« nicht im vollen Umfang begriffen, aber es stimmt einfach nicht, daß sie die Folgen der Preisgabe der Nationalvereinsorganisation weder beachtet noch bedauert hätten.[57] In den Diskussionen seit dem November 1866 waren alle Argumente ausführlich erwogen worden: die Vorteile permanenter Organisierung auch jenseits der Wahlkämpfe ebenso, wie die Notwendigkeit einer volkstümlichen Organisierung angesichts des allgemeinen Wahlrechts. Zumindest ein Teil der liberalen Elite im Nationalverein besaß durchaus ein Gespür für die Voraussetzungen erfolgreicher Politik unter den Bedingungen des entstehenden »politischen Massenmarkts« (Rosenberg). Auch wenn es ernstzunehmende Gründe gab, die dafür sprachen, den Nationalverein aufzulösen: die Spaltung der liberalen Bewegung und der unübersehbare Mangel an Popularität, so wäre es in der Situation des Jahres 1867 durchaus möglich und unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts auch geboten gewesen, den Nationalverein oder eine vergleichbare Organisation als Verein der nationalliberalen Partei zu erhalten. Nicht die Umstände erzwangen die Preisgabe des Nationalvereins, sondern der fehlende politische Wille der Mehrheit der Verantwortlichen.

Die Folgen der Preisgabe einer effektiven Parteiorganisation waren weitreichend und auf lange Sicht fatal. Daß nach Erreichung des deutschen Nationalstaats die Integrationskraft der liberalen *Bewegung* nachließ und sich die Basis der liberalen *Parteien* verringerte, war unvermeidlich. Vermeidbar – zumindest auf mittlere Sicht – wäre der Verlust der organisatorischen Kompetenz des liberalen Bürgertums gegenüber der sich formieren-

---

54 D. Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, 1988, S. 110.

55 Die erste Sitzung der Liquidationskommission fand am 11./12.11.1867 in Kassel statt (StadtB München, Akten NV), die letzte am 17.5.1868 in Berlin: das Protokoll der Schlußrevision datiert auf den 4.6. und wurde am 11.6. an die ehemaligen Agenten versandt; Exemplar im BAP, Nl. Oetker, 19, Bl. 411 f. Die Gelder wurden verwendet für ein Freiherr-von-Stein-Denkmal (300 fl.), für ein Rückert-Denkmal (200 fl.), für eine deutsche Bürgerschule in Konstantinopel (1000 fl.), für die Nordpolexpedition eines Herrn Petermann (1000 fl.) und für ein deutsches Hospital in New York (700 fl.).

56 WBlNV, Nr. 1, 6.4.1865.

57 S. Na'aman, Nationalverein, 1987, S. 235 f., 324.

den politischen Arbeiterbewegung gewesen: zur längerfristigen Bewahrung seiner politischen Hegemonie zeigte sich das liberale Bürgertum nur dort in der Lage, wo – begünstigt durch die Wahlrechtsregelungen – der Rückgriff auf informelle Politikstrukturen ausreichte: nämlich in den Städten und Gemeinden.[58]

Bennigsen, der selbst die Auflösung des Nationalvereins zwar nicht gewünscht, aber nach Lage der Dinge schließlich für unvermeidlich gehalten hatte, erkannte darin »einen beklagenswerten Mangel an Selbstgefühl und nachhaltiger politischer Kraft im deutschen Bürgertum«.[59] Die überwiegende Mehrheit des Nationalvereinsausschusses hatte sich derjenigen Auffassung der Alt- und Rechtsliberalen angeschlossen, die mit der Errichtung des Norddeutschen Bundes ihr wichtigstes Ziel verwirklicht sahen. Daß die Preisgabe der politischen Organisationen zumindest in der Tendenz eine Einwilligung in die bestehenden Verhältnisse bedeutete, scheint unabweisbar. Vereinsförmige politische Organisierung galt maßgeblichen Teilen des liberalen Bürgertums offensichtlich stets als ein Mittel oppositioneller Politik, das sich mit der jetzt angestrebten »Regierungsfähigkeit« nicht vereinbaren ließ.

Daß das politische Bürgertum 1866/67 sein Organisationsverhalten schlagartig änderte und seine eigenständige Machtbasis preisgab, daß keinerlei Traditionsbildung stattfand, sondern daß mehr als eine Generation vergehen mußte, ehe das Interesse an den Organisationen der nationalen Verfassungsbewegung, insbesondere am Nationalverein, kurzzeitig wiedererwachte, liefert ein wichtiges Indiz für die These, daß der Liberalismus als emanzipatorische Bewegung im Jahr 1866/67 eine Niederlage erlitten hat, die nachhaltige psychologische Folgen zeitigte. Das gilt, obwohl die folgenden zehn Jahre zur zweiten großen Reformepoche des 19. Jahrhunderts wurden, an der das nationalliberale Bürgertum maßgeblich beteiligt war. Die Erfolge des nationalliberalen Bürgertums auf parlamentarischer Ebene beruhten dabei weniger auf eigener Kraft als darauf, daß es dringend gebraucht wurde, um dem neuen staatlichen Gebilde Halt und Legitimität nach innen und außen zu geben.[60] Zu spüren bekamen sowohl die Nationalliberalen wie die Linksliberalen das Fehlen »volkstümlicher Organisationen« erst, als die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sich gegen Ende der 1870er Jahre änderten und Bismarck seine Bündnispartner im konservativen Lager suchte und fand.

---

58 Vgl. C. Gotthardt, 1992, S. 107 ff.; D. Langewiesche, »Staat« und »Kommune«, 1989; sowie die Beiträge bei L. Gall (Hrsg.), Stadt und Bürgertum, 1990. Es ist daher übertrieben, wenn K. H. Pohl, 1991, S. 109 ff., die Nationalliberalen vor 1878 wegen ihrer überregionalen Verbreitung und der fehlenden Beschränkung auf ein festes »Milieu« zu derjenigen Partei stilisiert, die dem Typus einer »demokratischen Integrationspartei« am nächsten gekommen sei.

59 So seine Formulierung vor dem Ausschuß, A-Prot.NV, 17.–18. 11. 1866, BAP, Nl. Oetker, 19.

60 Vgl. das Urteil G. A. Ritters, Die deutschen Parteien, 1985, S. 67.

Als gegen Ende der 1850er Jahre der Druck der Reaktion nachließ, begannen die liberalen und demokratischen Kräfte damit, die zerschlagene nationale Verfassungsbewegung der Revolutionsjahre gemeinschaftlich zu reorganisieren. Das bisherige Modell föderativer Vereinszusammenschlüsse gaben sie dabei zugunsten einer zentralistischen Verbandsstruktur auf. Beginnend mit dem Volkswirtekongreß, gefolgt von Nationalverein, Handelstag und Abgeordnetentag gelangte dieser Prozeß in den Jahren 1862/63 zum Abschluß. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die bürgerliche nationale Verfassungsbewegung über ein dichtes politisches Organisationsgeflecht, das sich nicht auf die nationale Ebene beschränkte, sondern über die enge Verknüpfung mit den einzelstaatlichen Fortschrittsparteien und dem lokalen Vereinswesen weit in die Landespolitiken und in das alltägliche Leben der Menschen hineinreichte. Aufgrund einer Vielzahl von Doppelmitgliedschaften in den leitenden Ausschüssen der Organisationen, die durch häufig langjährige persönliche Bekanntschaften ergänzt wurden, bildete sich eine etwa achtzigköpfige nationale Funktionselite des politischen Bürgertums aus, die wegen ihrer Verfügungsgewalt über den organisatorischen Apparat in der Lage war, gesamtnationale Strategien in politisches Handeln umzusetzen. Diese Elite wurde wesentlich durch das protestantische akademische Bildungsbürgertum geprägt, wobei die Juristen einen Anteil von zwei Dritteln ausmachten.

Das wichtigste Ziel der nationalen Verfassungsbewegung war die Schaffung eines deutschen Bundesstaats konstitutioneller Prägung, der an die Stelle der seit 1815 bestehenden staatenbündischen Verfassung der deutschen Länder treten sollte. Den Maßstab gab dabei die Reichsverfassung von 1849. Hinter diesem Ziel traten alle anderen verfassungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zurück, die vorläufig kompromißfähig blieben; dies ermöglichte das Zusammengehen der 1848er-Konstitutionellen und 1848er-Demokraten in gemeinsamen Organisationen. Ihr tendenziell revolutionäres Vorhaben zur Errichtung eines deutschen Bundesstaats versuchte die nationale Elite durch eine gesamtnational angelegte Strategie zu erreichen, die sich stark an der Entwicklung der preußischen Politik orientierte.

In einer ersten Phase, die zeitlich mit der sogenannten Neuen Ära in Preußen zusammenfiel, sollte durch die Entfesselung eines nationalen Kriegs ein Mechanismus in Gang gesetzt werden, der das staatenbündische System durchbrach und Preußen über die Kriegsdauer hinaus an die Spitze eines neuartigen politischen Gebildes brachte, zu dessen innerer Stabilisierung die Berufung eines nationalen Parlaments unabwendbar schien. Flankierend kam die sogenannte Wehrpolitik hinzu. Sie bezweckte zum einen, durch die Sammlung von Spendengeldern den Grundstock zum Aufbau einer nationalen Flotte zu legen, und strebte zum anderen – in symbolischer Vorwegnahme der allgemeinen Wehrpflicht – durch die militärische Ausbildung der

Turner und Schützen eine Steigerung der nationalen Wehrkraft an. Damit leistete die nationale Verfassungsbewegung zweifellos einen Beitrag zur Verwurzelung des Militärischen im Alltagsleben und damit letztlich einen Beitrag zur Militarisierung der Gesellschaft »von unten«. An dieser Stelle wird die Problematik des Nationalismus als emanzipatorischer Ideologie erkennbar: einerseits war er ohne Zweifel eine revolutionäre, die bestehende Ordnung in Frage stellende und politische Partizipation einfordernde Kraft, die durch die beschriebene nationale Elite durchaus funktional eingesetzt wurde; andererseits zeigte er eine zunehmende Tendenz zur ideologischen Verselbständigung und Verhärtung. Nach dem Wegfall des emanzipatorischen Gehalts, der sich von 1864 bis 1878 schrittweise vollzog, drangen die seit Beginn der Nationalbewegung angelegten, in der Paulskirche zutage getretenen und in der Wochenschrift des Nationalvereins in großer Dichte verbreiteten chauvinistischen und zum Teil schon rassistischen Versatzstücke in den Vordergrund.

Spätestens seit dem Amtsantritt des reaktionären Ministeriums Bismarck war die ursprüngliche Strategie der nationalen Verfassungsbewegung blokkiert, da sie nach verbreiteter Auffassung ein liberal geführtes Preußen voraussetzte. Dem trug sie Rechnung, indem sie bei der Verfolgung der Kriegsstrategie eine »Pause« einlegte. Bis zum anvisierten Sturz Bismarcks verlegte sie den Schwerpunkt der politischen Aktivitäten in die einzelstaatlichen Parlamente, um die Landespolitiken zu vereinheitlichen und den Reformdruck am Bundestag zu erhöhen. Zu diesem Zweck vervollständigte sie durch die Förderung der verschiedenen Fortschrittsparteien und die Gründung des Handelstags und des Abgeordnetentags ihr organisatorisches Instrumentarium. Gleichzeitig weitete sie die Palette ihrer Agitationsformen aus, indem sie im großen Stil Volksversammlungen organisierte und sich demonstrativ an nationalen Festen beteiligte. Die förmliche Erhebung der Reichsverfassung von 1849 inklusive der Wahlgesetze zum Programm des Nationalvereins sollte dabei die süddeutschen Föderalisten und die Demokratie bei der Stange halten. Während dieser Phase gelang es der nationalen Verfassungsbewegung, durch die organisatorische Scheidung der bundesstaatlichen Großdeutschen von den staatenbündischen Großdeutschen ihre Stellung im südlichen Deutschland zu festigen. Im Laufe des Jahres 1863 wuchs allerdings in der Anhängerschaft der Unmut, weil man weder dem Sturz Bismarcks noch der bundesstaatlichen Einigung erkennbar näher gekommen war.

Aber erst im Verlauf des Schleswig-Holstein-Konflikts 1863/64 geriet die nationale Verfassungbewegung in eine tiefgreifende Krise, von der sie sich nicht mehr erholen konnte. Ihr Konzept, den Aufbau einer augustenburgischen Bundestruppe zu unterstützen, um auf diese Weise einen nationalen Krieg gegen Dänemark unvermeidbar zu machen und Bismarcks Sturz zu erzwingen, scheiterte an der zögerlichen Haltung des Augustenburgers einerseits und der entschlossenen Politik des preußischen Ministers andererseits. Spätestens seit den militärischen Erfolgen der preußischen Truppen lief man den Ereignissen hinterher und geriet unter den Druck entgegengesetzter Tendenzen: dem großpreußischen Annexionismus auf der einen und dem

antipreußischen extremen Föderalismus auf der anderen Seite. Nationalverein und Abgeordnetentag versuchten in mehreren Anläufen vergeblich, die zentrifugalen Kräfte erneut zu einem gemeinsamen nationalen Programm zu bündeln. Die Wiederaufwertung regionaler und einzelstaatlicher Bindungen führte zum schrittweisen Zerfall der nationalen Verfassungsbewegung.

In dieser Situation eröffnete der preußische Bundesreformvorschlag vom 9. April 1866 neue Perspektiven, indem er eine Möglichkeit zur »positiven Agitation« bot. Seit Anfang April vollzog sich in zähen Verhandlungen eine begrenzte Annäherung zwischen der preußischen Regierung und Teilen der nationalen Verfassungsbewegung, die in den Verfassunskompromiß von 1867 mündete. Dieser Annäherungsprozeß, der die unabdingbare Voraussetzung für die liberale Mitwirkung an der Ausgestaltung des neuen Staats war, wurde durch die Politik der nationalen Verbände schrittweise gefördert, die die preußische Regierung bei der innenpolitischen Absicherung des Kriegs und der Sicherung der Kriegserfolge absichtsvoll unterstützten. Aus diesem Grunde erscheint der Begriff der »Revolution von oben« treffend, der die wechselseitige Verschränkung gesellschaftlichen und staatlichen Handelns beinhaltet.

Mit der Erreichung eines norddeutschen Bundesstaats, der im liberalen Lager als bloße Vorstufe zum Nationalstaat gesehen wurde, verloren Volkswirtekongreß, Handelstag und Abgeordnetentag ihre nationalpolitische Bedeutung. Der Nationalverein, der sich inzwischen durch Austritte und Abspaltungen zum Verein der nationalliberalen Partei verengt hatte, hätte als moderne Parteiorganisation erhalten werden können und unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts auch müssen. Indem ihn die Verantwortlichen nach ausführlichen Diskussionen ohne zwingende Gründe preisgaben, machten sie sich von der Kooperationsbereitschaft Bismarcks in weitaus größerem Maße abhängig, als die Umstände es erfordert hätten.

Betrachtet man die liberal-demokratische nationale Verfassungsbewegung im ganzen, so läßt sich für den Untersuchungszeitraum kaum behaupten, daß sie sich zu einer bloßen bürgerlichen Klassenbewegung verengt habe. Abgesehen davon, daß die Klassenbildungsprozesse noch im vollen Gang waren, verfolgte der politische Liberalismus auch in den 1860er-Jahren eine ganze Reihe von verfassungs- und nationalpolitischen Zielen, die über die Klassengrenzen hinaus Unterstützung fanden; das gelang ihm deshalb, weil er alle seine Reformvorstellungen in den Begriff des Nationalstaats hineinprojezieren konnte. Dennoch handelte es sich beim Kongreß deutscher Volkswirte und beim Nationalverein um spezifisch bürgerliche (Klassen-) Organisationen, die mit voller Absicht auf dem Wege der Mitgliedsbeiträge die Arbeiter, kleinen Handwerker und Händler von der Mitwirkung ausschlossen. Die unteren Bevölkerungsschichten wurden lediglich durch das verbundene lokale Vereinswesen der Arbeiter, Turner und Schützen sowie durch Spendensammlungen, patriotische Feste und Volksversammlungen in die Bewegung integriert. Erst durch den Abfall bzw. Verfall des klein- und unterbürgerlichen Vereinswesens seit 1863/66 verengte sich der Liberalismus von einer durchaus klassenübergreifenden *sozialen Bewegung* zu einer *Partei* ne-

ben anderen. Dieser Prozeß war unvermeidlich, nachdem die integrative Klammer des gemeinsamen Strebens nach dem Nationalstaat entfiel.

Die Bedeutung des Einschnitts von 1848/50 für die Geschichte der nationalen Verfassungsbewegung und des bürgerlichen Liberalismus, der der Bewegung seinen Stempel aufdrückte, sollte daher nicht überschätzt werden. Trotz aller ideologischen und taktischen Modifizierungen im Gefolge der gescheiterten Revolution ist doch das eigentlich Auffällige die Kontinuität sowohl der Personen, der politischen Ziele als auch der grundsätzlichen Bereitschaft des politischen Bürgertums zur außerparlamentarischen Organisierung. Die Epoche von 1857 bis 1867 wird man unter liberalismusgeschichtlichen Aspekten als Spätphase des Bewegungsliberalismus – und damit zur Revolution von 1848/49 gehörig – begreifen müssen, und nicht als Frühphase des Liberalismus des Kaiserreichs.

Inwieweit zählte die nationale Verfassungsbewegung, oder genauer, inwieweit zählte der verbliebene Kern der nationalliberalen Elite zu den Siegern oder Besiegten des Jahres 1866/67? Bereits die Selbsteinschätzung der Zeitgenossen war ambivalent, weil die Gründung des norddeutschen Bundesstaats unter Führung einer reaktionären Regierung erfolgte und die Liberalisierung des politischen Systems erschwerte. Die beginnende Zusammenarbeit mit Bismarck vollzog sich unter krisenhaften Bedingungen und glich der Flucht nach vorn aus einer ausweglosen politischen Lage. Dennoch waren die Verfassungskompromisse in Preußen und im Norddeutschen Reichstag notwendig, wenn das liberale Bürgertum weiterhin als *nationale* politische Kraft agieren und an der Ausgestaltung der neuen staatlichen Ordnung mitwirken wollte; sie können deshalb keinesfalls als Beleg für politischen Opportunismus oder machtpolitische Blindheit gelten. Nimmt man jedoch das schlagartig geänderte Organisationsverhalten und das konsequente Verschweigen der eigenen politischen Vergangenheit als Maßstab, so zeigt sich deutlich, daß die liberale Elite in ihrem Selbstbewußtsein angeschlagen war. Sie schloß sich denjenigen Kräften im eigenen Lager an, die jede Form außerparlamentarischer Organisierung als oppositionelle Handlung auffaßten und für unvereinbar mit der »Regierungsfähigkeit« des Liberalismus hielten. In *dieser* Hinsicht leistete das nationalliberale Bürgertum im Jahr 1867 tatsächlich einen freiwilligen Machtverzicht.

Aufgeben sollte man zumindest für den Untersuchungszeitraum die Vorstellung, die praktische Politik der deutschen Liberalen sei primär von gesellschaftspolitischen Leitbildern oder verfassungspolitischen Idealen geprägt worden, die sich womöglich in einem spezifischen bürgerlichen oder liberalen politischen Stil niedergeschlagen hätten. Die Untersuchung der politischen Geschichte des überregional organisierten und ausgerichteten Liberalismus der 1860er Jahre zeigt zwar, daß die grobe Richtung – ein nationaler Bundesstaat konstitutionellen Zuschnitts bei einer möglichst staatsfreien Wirtschafts- und Sozialordnung – stets beibehalten wurde. Bezüglich der konkreten Ausgestaltung des neuen Staatswesens blieb man jedoch genauso flexibel wie in der Wahl der politischen Mittel. Man taktierte und finassierte, schmiedete Intrigen und traf heimliche Absprachen, bekannte sich öffentlich zur Reichsverfassung, die man intern jederzeit aufzugeben

bereit war, verurteilte öffentlich den drohenden Bürgerkrieg, den man intern vorbereiten half. All das verlieh der Politik der liberal-demokratischen Führungsgruppe einen kalt berechnenden Zug, der den verbreiteten Vorwurf des bürgerlichen »Idealismus« – im Kontrast zu Bismarcks »Realismus« – fragwürdig erscheinen läßt.

Greift man abschließend die Frage nach den Alternativen zur preußisch dominierten »Revolution von oben« auf, so läßt sich feststellen: eine revolutionäre Alternative hat es nicht gegeben, weil die weit überwiegende Mehrheit der liberal-demokratischen Führungsschicht keine Revolution gewollt hat oder sie für undurchführbar hielt, und weil eine breite revolutionäre Strömung in der Bevölkerung nicht nachweisbar ist. Auch eine Reform des Deutschen Bundes nach dem österreichischen Modell, die den staatenbündischen Charakter nicht überwunden hätte, besaß keine Aussicht auf Verwirklichung, und zwar nicht nur, weil Preußen sich verweigerte, sondern auch, weil sämtliche Organisationen des liberal-demokratischen Bürgertums, das zweifellos die stärkste gesellschaftliche Kraft jener Jahre war, die Errichtung eines echten Bundesstaates zur conditio sine qua non erklärten; dies galt auch für die großdeutsche Demokratie im Süden Deutschlands. Die Wiederaufwertung des Deutschen Bundes bei Teilen der volksparteilichen Richtung seit 1864 widerspricht dem nicht; sie resultierte vorwiegend aus einem antipreußischen Affekt und entbehrte als reine Defensiv-Position aller zukunftsweisenden Elemente.

Man mag darüber spekulieren, ob die 1866–68 errichtete Ordnung eines norddeutschen Bundesstaats, der durch einen reformierten Zollverein und durch Militärverträge die süddeutschen Staaten einbezog, dauerhaften Bestand hätte haben können. Wer dies behauptet, darf nicht allein auf die Bismarckschen Konzeptionen sehen: vielmehr muß auch das politische Wollen der gesellschaftlichen Kräfte berücksichtigt werden. Für die nationalliberalen Parteien war der norddeutsche Bundesstaat nur der Auftakt zur nationalen Einigung. Die Versuche der nationalliberalen Reichstagsfraktion und des Nationalvereins, die Luxemburg-Krise zu einem nationalen Einigungskrieg auszuweiten, stimmen wie die Kriegsbegeisterung und der Annexionismus von 1870/71 skeptisch, ob eine dauerhafte Stabilisierung einer solchen Ordnung möglich gewesen wäre. Damit soll nicht behauptet werden, daß es prinzipiell keine Alternative zu der gewaltsamen Art und Weise der Gründung eines norddeutschen bzw. deutschen Bundesstaats gegeben hätte. Denkbar wäre zum Beispiel die Herstellung eines Konsensus gewesen, bei dem Österreich freiwillig aus Deutschland ausgeschieden, die Mittelstaaten ihrer Mediatisierung zugestimmt und die europäischen Mächte die Entstehung eines neuen Machtstaats akzeptiert hätten; wahrscheinlich waren derartige Lösungen allerdings nicht. Trotz aller berechtigten Hinweise auf die negativen Folgen für die Verfassungsstruktur des Kaiserreichs, die die nationale Einigung auf kriegerischem Wege unter Hegemonie eines reaktionär reagierten Preußens mit sich brachte, läßt sich jedoch eines mit Sicherheit sagen: hätte sich die vom bürgerlichen Liberalismus dominierte nationale Verfassungsbewegung mit ihrer Strategie durchgesetzt, wäre die deutsche Nationalstaatsgründung nicht weniger blutig verlaufen.

Kurzbiographien der Mitglieder der nationalen Funktionselite

Ludwig Karl *Aegidi* (1825–1901), ev.; Jura-Studium in Königsberg, Heidelberg, Berlin; Dr. jur., 1857–59 Prof. in Erlangen, 1859–68 in Hamburg, 1877–1901 in Berlin; Mitarbeit an der Deutschen Zeitung; seit 1861 Mithg. des »Staatsarchivs«; als politischer Schriftsteller Mitarbeiter in M. Dunckers Literarischem Büro; 1871–77 vortragender Rat im Auswärtigen Amt; MdL 1867–68, 1873–79; MdR 1867–70 (freikonservativ).

L NDB 1, S. 88; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 369 f.

Karl *Barth* (1811–1886), kath.; Bruder von M. Barth; Jura-Studium in München, Dr. jur.; Rechtsanwalt in Augsburg; im katholischen Vereinswesen tätig; MdL 1863ff.; Zollparlament (fraktionslos); MdR 1871–74 (Zentrum); Mitglied Reformverein 1862–63; A-AT 1862–66.

L M. Schwarz, 1965, S. 260; W. Kosch, Staatshandbuch, Bd. 1, 1963, S. 63.

Marquard *Barth* (1809–1885); kath.; Jura-Studium in München; Dr. jur.; seit 1837 Anwalt in Kaufbeuren; 1873 Rat am Reichsoberhandelsgericht Leipzig; MdNatV (WH, AH); Gothaer Versammlung; MdL 1855–73 (FSP), Zollparlament; MdRT 1871–73 (Liberale Reichspartei); A-AT 1866–67.

L ADB 46, S. 220 f.; NDB 1, S. 605 f.; R. Koch, 1989, S. 74.

Hermann *Baumgarten* (1825–1893), ev.; Geschichts-Studium in Jena, Halle, Bonn, Göttingen, Burschenschafter; Dr. phil.; Journalist, Deutsche Zeitung, Deutsche Reichszeitung bis 1852; Freundschaft mit Gervinus und Linksentwicklung in fünfziger Jahren; seit 1852 in München; Mitarbeiter in Dunkkers »Literarischem Büro«, der SZ und der Zeit; seit 1861 Professor in Karlsruhe, seit 1872 in Straßburg.

L ADB 55, S. 437 ff.

Heinrich *Behrend* (1817–1893), ev.; Studium in Paris, Berlin; Getreide- und Holzhandel in Danzig; Fabrikant und Kommerzienrat; 1862–63 Vizepräsident der Handelskammer; MdL 1855–63 (FSP); A-HT 1861–65; A-NV 1861–62; A-AT 1862; nach Konkurs seiner Firma 1863 Rückzug aus Politik.

L P. Conrad/B. Haunfelder, 1986, S. 42; Altpreußische Biographie, Bd. 1, 1941, S. 41 f.

Rudolf v. *Bennigsen* (1824–1902), ev.; Gutsbesitzer; Jura-Studium in Heidelberg, Göttingen; 1846–56 im hannoverschen Staatsdienst; 1868–88 Landesdirektor des Provinzialverbandes Hannover, 1888–97 Oberpräsident der Provinz Hannover; MdL 1856–83 (FSP/NLP); MdR 1867–83 (NLP); Vorsitzender des NV 1859–67; A-KdV 1858–59; A-AT 1862–67.

L NDB 2, S. 50 ff.; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 376; H. ONCKEN, Bennigsen, 2 Bde., 1910; Der Nationalliberalismus, 1981.

Moritz *Bering* (1806–1888); Kommissionsgeschäft in Leipzig; Stadtrat; Mitglied der Handelskammer 1856–71; A-NV 1862–64, A-HT 1867–68.

L Handelstag, Bd. 1, 1911, S. 416 f.

Karl *Biedermann* (1812–1901), ev.; Geschichts-Studium in Heidelberg; Dr. phil.; Teilnahme am Hambacher Fest; 1835 Prof. in Leipzig, 1853 amtsenthoben; seit 1855 Leiter der Weimarischen Zeitung; 1863 Wechsel zur Leipziger Deutschen Allgemeinen Zeitung; Vorparlament; MdNatV (AH); Gothaer Versammlung; MdL 1849–50; 1869–76; MdR 1871–74; Mitglied des NV; A-KdV 1862.

L NDB 2, S. 223 f.; R. KOCH, 1989, S. 89; K. BIEDERMANN, Mein Leben, 2 Bde., 1887; J. MÜLLER, 1972; R. BAZILLION, 1990.

Johann Kaspar *Bluntschli* (1808–1881), ev.; Jura-Studium in Zürich, Berlin, Bonn; Dr. jur.; Staatsdienst in Zürich; 1848–61 Prof. in München, dann in Heidelberg; Mitglied der I. Kammer seit 1861; Mitbegründer des Deutschen Protestantentags 1863; Präsident des Juristentags 1862; A-AT 1862–67.

L ADB 27, S. 28 ff.; NDB 2, S. 337 f.; M. FASSBENDER-ILGE, 1981, S. 15 ff.

Viktor Karl *Böhmert* (1829–1918), ev.; Jura-Studium in Leipzig; bis 1855 Gerichtsaktuar in Leipzig; 1856 Richter; 1856 Redakeur der »Germania« in Heidelberg, 1857–60 des BrHbl; 1861–66 Syndikus der Bremer Handelskammer; 1866 Prof. f. Nationalökonomie in Zürich; 1875–95 Leiter des statistischen Büros in Dresden; Mitglied NV, A-KdV 1858–67.

L NDB 2, S. 394 f.; V. BÖHMERT, Rückblicke und Ausblicke, 1900.

Karl Ludwig Theodor *Brater* (1819–1869), ev.; Jura-Studium in Erlangen, Heidelberg, Würzburg; Dr. jur.; bis 1848 im Staatsdienst; 1848–51 Bürgermeister in Nördlingen; Mitherausgeber des Deutschen Staatswörterbuchs; seit 1859 leitender Redakteur der BW und der SZ; MdL 1858–69 (FSP); A-NV 1859–67; A-AT 1862–67.

L ADB 3, S. 261 ff.; NDB 2, S. 538; M. FASSBENDER-ILGE, 1981, S. 32 ff.

Karl Joseph Wilhelm *Braun* (1822–1893), kath.; Jura-Studium in Marburg, Göttingen; Dr. jur.; seit 1843 im Staatsdienst, seit 1849 Advokat, 1855 Appellationsgerichtsrat in Wiesbaden; MdL 1849–79 (FSP/NLP); MdR 1867–87 (NLP); Mitglied NV und AT; A-KdV 1858–83, A-AT 1866–67.

L ADB 55, S. 454 ff.; NDB 1, S. 555; E. GRANDPIERRE, 1923; W. SEELIG, 1980; B.-R. KERN, 1983.

Franz Peter *Buhl* (1809–1862), ev.; Weingutsbesitzer in Deidesheim; Vorparlament; MdL 1844–49, 1856–62; unterstützte 1847 die Deutsche Zeitung und seit 1859 die SZ; sein Gut diente als wichtiger Treffpunkt der nationalen Elite.

L NDB 3, S. 11; T. SCHIEDER, Buhl, 1938.

Karl Philipp *Cetto* (1806–1890), kath.; Kaufmann in Trier; Vorparlament, 50er Ausschuß, MdNatV (WH), Gothaer Versammlung; MdL 1850–52, 1862–67 (FSP); A-NV 1860–67; A-AT 1862–67.

L R. KOCH, 1989, S. 114.

Johann *Classen-Kappelmann* (1816–1879), ev.; nach Handelslehre 1844 Gründung eines eigenen Geschäfts in Köln; Spinnerei- und Trikotfabrikbesitzer; Stadtverordneter seit 1850; Handelskammer seit 1859; A-KdV 1863–65, A-NV 1863–64, A-HT 1861–68; MdL 1866–67 (FSP).

L T. PARENT, 1982, S. 39 ff.

Karl *Crämer* (1818–1902), ev.; Aufstieg vom Handwerksgesellen zum Fabrikanten in Doos bei Nürnberg; 1869 Verkauf der Firma, Magistratsrat in Nürnberg; Mitbegründer des Arbeiterbildungsvereins in Nürnberg; MdL 1848–93 (FSP); A-NV 1859–65; A-AT 1862–66; 1865 im Ausschuß der Volkspartei.

L NDB 3, S. 386 f.; P. MÜLLER, 1990, S. 249 ff.

Franz *Duncker* (1822–1888), ev.; Philosophie- und Geschichts-Studium in Berlin; 1848 Hauptmann der Berliner Bürgerwehr, seit 1863 Verleger und Eigentümer der VZ; 1865 Vorsitzender des Handwerkervereins; 1869 Mitbegründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine; MdL 1862–77 (FSP), MdR 1871–77 (FSP); A-NV 1859–67, A-AT 1862–67.

L B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 394 f.; J. FRÖLICH, 1990, S. 38 ff.

Max *Duncker* (1811–1886), ev.; Geschichts- und Philosophie-Studium in Berlin, Bonn; Burschenschafter; Dr. phil.; 1837 zu 7 Jahren Haft verurteilt, nach 6 Monaten begnadigt; 1842 Prof. in Halle, 1857 in Tübingen; 1859 Leiter des Berliner »Preßbüros«; 1861–66 vortragender Rat des Kronprinzen; 1867 Direktor der pr. Staatsarchive; MdNatV (C); Gothaer Versammlung; MdL 1849–52; MdR 1867.

L ADB 48, S. 171 ff.; NDB 4, S. 195 f.; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 395.

Karl Bernhard Arwed *Emminghaus* (1831–1916), ev.; Jura- und Kameralstudium in Jena, Dr. jur.; 1855–58 Staatsdienst; 1858 Wechsel zur Dresdener Feuerversicherungsgesellschaft; seit 1861 Redakteur des BrHbl.; 1866 Prof. für Nationalökonomie in Karlsruhe; 1873–1903 Bankdirektor in Gotha; Mitglied des KdV und NV.

L NDB 4, S. 484; C. GOTTHARDT, 1992, S. 235, Anm. 86.

Karl Julius *Faucher* (1820–1878), ev.; Dr. phil.; Linkshegelianer, Journalist, 1850 mit Prince-Smith Hg. der freihändlerischen »Berliner Abend-Post«, nach dem Verbot der Zeitung Exil in England, Redakteur des »Morning-Star«, hielt sich 1858 kurz in Berlin auf, wo er bei F. Duncker wohnte; 1860 Rückkehr nach Deutschland, Gründer und Redakteur der VwVjS 1863–66, MdL 1861–65 (FSP); 1867–70 (NLP), A-KdV seit 1861; Mitglied NV.

L NDB 5, S. 29; B. MANN, 1988, S. 128.

Karl August *Fetzer* (1809–1885), ev.; Jura-Studium in Tübingen, Heidelberg; Rechtsanwalt in Stuttgart; MdL 1845–76 (FSP/Deutsche Partei); Vorparlament; MdNatV (DH); Rumpfparlament; A-AT 1863–67.

L R. KOCH, 1989, S. 157.

Max v. *Forckenbeck* (1821–1892), kath.; Jura-Studium in Gießen, Berlin; Beamtenlaufbahn bis 1848; 1848–49 im konstitutionellen Vereinswesen Schlesiens aktiv; 1849–72 Advokat, seit 1859 in Elbing; 1872–78 Oberbürgermeister in Breslau, 1878–92 in Berlin; MdL 1859–73 (FSP/NLP); Herrenhaus 1873–92; MdR 1867–92 (NLP); A-NV 1861–64, 1865–67.

L ADB 48, S. 631 ff.; NDB 5, S. 296 ff.; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 401.

Karl Philipp *Francke* (1805–1870), ev.; Jura-Studium in Göttingen, Heidelberg, Kiel; 1827–48 im dänischen Staatsdienst, 1848–50 holsteinischer Regierungspräsident, Bevollmächtigter bei der Zentralgewalt u. Chef des Finanzdepartements bei der provisorischen schleswig-holsteinischen Regierung; seit 1851 Regierungspräsident in Coburg, 1858 zum Geheimen Staatsrat erhoben, Ende 1863 Finanzminister der Augustenburgischen Nebenregierung in Schleswig-Holstein; MdNatV (C, AH), Gothaer Versammlung, MdL in Schleswig-Holstein 1849–51, in Preußen 1867–70; MdR 1867 (bundesst.-konst.); A-KdV 1862–63.

L ADB 7, S. 238 ff.; NDB 5, S. 326 f.; R. KOCH, 1989, S. 165; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 401 f.; U. HETTINGER, 1990.

Gustav *Freytag* (1816–1895), ev.; Philologie-Studium in Berlin, Breslau; 1838 Dr. phil, 1839 Privatdozent in Breslau; Schriftsteller und Journalist; 1848–61, 1867–70 Mithrsg. des Grenzboten; 1854 Hofrat, 1886 Geheimer Hofrat; MdR 1867 (NLP); Mitglied NV.

L ADB 48, S. 749 ff.; NDB 5, S. 425 ff.; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 403.

Hugo *Fries* (1818–1883), ev.; Jura-Studium in Göttingen, Jena; Burschenschafter; Sohn des Philosophen Jakob Friedrich Fries; Staatsdienst 1841–46; Advokat 1846–50 in Berka, dann in Weimar; 1848 Beteiligung an Bürgerwehr in Berka; 1872 Dr. jur. h. c.; 1874 Kreisgerichtsdirektor; 1879 Landgerichtspräsident; MdL 1849ff; A-NV 1859–67; A-AT 1862–67.

L NDB 5, S. 608; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 404; A. NEUMANN, 1912, S. 7, Anm. 3.

Theodor Immanuel *Georgii* (1826–1892), ev.; Jura-Studium in Tübingen, Heidelberg, Burschenschafter; 1848 Vorsitzender des Hanauer Turntags; 1861–87 Vorsitzender des Zentralausschusses der deutschen Turnerschaft; Advokat in Esslingen seit 1851; A-NV 1860–61.

L NDB 6, S. 246; A. HEGELE, Georgii, 1941.

Adolf *Godeffroy* (1814–1893), ev.; Kaufmann in Hamburg; Mitbegründer und Direktor der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrtaktiengesellschaft Hapag; 1849–51 Militärkommissar; MdL 1853–67; Mitglied des Bürgerausschusses 1859–62; A-AT 1863–65.

L NDB 6, S. 494; W. HEYDEN, 1909, S. 41 f.

Friedrich Wilhelm August *Grumbrecht* (1811–1883), ev.; Jura-Studium in Göttingen, Marburg; seit 1845 Advokat; 1855–83 (Ober-) Bürgermeister in Harburg; MdNatV (WH); Gothaer Versammlung; MdL 1848, 1850–52, 1864–70, 1879–82 (FSP/NLP); MdR 1867–1878 (NLP); A-KdV 1863–68; Mitglied NV.

L R. KOCH, 1989, S. 194; C. GOTTHARDT, 1992, S. 132, Anm. 21.

Ludwig *Häusser* (1818–1867), ev.; Geschichts- und Philosophie-Studium in Heidelberg, Jena; Dr. phil.; Mitarbeiter der Deutsche Zeitung; seit 1849 Prof. in Heidelberg; Mitbegründer des Protstantentags; MdL 1848–50; 1855–65; A-AT 1862–65.

L ADB 11, S. 100 ff.; NDB 6, S. 456 ff.; A. KALTENBACH, 1965.

Friedrich Wilhelm *Henneberg* (1815–1880), ev.; Jura-Studium; Dr. jur. und Notar in Gotha; Nachfolger Schulzes als Genossenschaftsanwalt; MdL 1848ff.; MdR 1867–71 (FSP); Mitbegründer des KdV; Mitglied NV; A-AT 1863–66.

L B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 352; A. EMMINGHAUS, Geschichte der Lebensversicherungsbank, 1877, S. 352; M. WYRWOL, 1952, S. 61 f.

Julius *Hölder* (1819–1887), ev.; Jura-Studium in Tübingen; 1841–53 im Staatsdienst, dann Syndikus der Stuttgarter Lebensversicherungsanstalt; 1881 württembergischer Innenminister; MdL 1849–50, 1856–81 (FSP/Deutsche Partei), MdR 1871–81 (NLP/Gruppe Schauß-Völk); Mitglied NV 1861–65; A-AT 1862–63, 1866.

L ADB 50, S. 446 ff.; NDB 9, S. 321; D. LANGEWIESCHE, Hölder, 1977.

Leopold v. *Hoverbeck* (1822–1875), ev.; Rittergutsbesitzer; Jura-Studium in Königsberg, Berlin; Auskultator, 1862–75 Landschaftsdirektor der Provinz Preußen; MdL 1859–70 (FSP); MdR 1867–75 (FSP)); A-NV 1861–67; A-AT 1862–67.

L ADB 50, S. 483 ff.; NDB 9, S. 663 f.; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 420; L. PARISIUS, Hoverbeck, 3 Bde., 1897–1900.

Ludwig August *Jordan* (1811–1883), kath.; Weingutsbesitzer in Deidesheim; 1856–66 Vorsitzender der pfälzischen Handelskammer, Vorparlament; 1848–58 Bürgermeister von Deidesheim; MdL 1845–55, 1862–71 (FSP); MdR 1871–80; A-HT 1861–68.

L ADB 55, S. 509 f.; NDB 10, S. 602 f.

Hermann Gottlob *Joseph* (1811–1869), ev.; Gutsbesitzer, Jura-Studium in Leipzig; Dr. jur., Advokat in Leipzig; MdL 1837, 1845–49, Vorparlament; MdNatV (D); 1850–55 Exil; 1859–69 Stadtverordneter; Agent des NV, A-AT 1862–63, 1866; Mitorganisator der FSP, 1866 nationalliberal.

L T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 381, Anm. 267; R. KOCH, 1989, S. 232.

Wilhelm *Jungermann* (1829–1886), ev.; Jura-Studium in Marburg; Stadtgerichtsassesor in Kassel bis 1861; Journalist bei der Zeit, SZ, ab 1865 Chefredakteur FJ; nach Annexion kommissarischer Ministerialsekretär im Kanzleramt, dann Anwalt am Landgericht Berlin; MdL 1863–66; MdR 1867 (NLP); A-NV 1865–67.

L B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 422 f.

Julius *Knorr* (1826–1881), kath.; Jura-Studium in München; Essig- und Spirituosenfabrikant; Teilnehmer am 1. Demokratenkongreß 1848; Beteiligung an Arbeiterbildungsvereinen; 1862 Erwerb der Neuesten Nachrichten, die seit Redaktionseintritt von Vecchioni zur FSP-Zeitung Münchens und vom NV finanziell unterstützt wird; MdL 1869–71 (FSP); Mitglied und Agent NV, sympathisiert 1864–66 mit der Volkspartei.

L NDB 12, S. 217; T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 259, Anm. 557.

Georg Friedrich *Kolb* (1808–1884), ev.; Journalist und Statistiker; seit 1837 Stadtrat in Speyer, 1848 Bürgermeister; Vorparlament, MdNatV (DH); Rumpfparlament; 1853–59 Exil in Zürich; seit 1860 Redakteur der NFZ; MdL 1848, 1863–66 (FSP); A-AT 1863–65; beteiligt sich 1864–66 an der Volkspartei.

L NDB 12, S. 441 f.; E. KRAUTKRÄMER, 1959; R. KOCH, 1989, S. 252.

August *Lammers* (1831–1892), ev.; Philologie-Studium in Göttingen; 1848 Freiwilliger für Schleswig-Holstein; Journalist bei der WZ (1852–53, 1859–61), bei der Hildesheimer Allgemeinen (1853–57), bei der Zeitung für Norddeutschland (1857–59); bei der Zeit und SZ (1861–64), bei der Elberfelder Zeitung (1864–66), beim BrHbl (1866–92); Mitglied KdV, NV; A-NV 1866–67; MdL 1876–79 (NLP).

L ADB 51, S. 536 ff.; A. EMMINGHAUS, Lammers, 1908.

Friedrich August *Lang* (1822–1866), kath. (?); Dr. jur., Journalist; seit 1846 im Staatsdienst, 1854 als Hofgerichtsprokurator in Wiesbaden; MdL 1848–59, 1861–66 (FSP); A-NV 1859–67, A-AT 1862–67.

L W. Breidenbach, 1948; O. Renkhoff, 1985, S. 225.

Theodor *Lehmann* (1824–1862), ev.; Jura-Studium in Berlin, Tübingen, Heidelberg, Kiel; Burschenschafter; 1848–49 Beteiligung an Bürgerwehr und Freikorps; seit 1851 Anwalt in Kiel; MdL 1859–1862; A-NV 1859–62.

L NDB 14, S. 94 f.; J. Wetzel, 1971.

Wilhelm Adolf *Lette* (1799–1868), ev.; Jura-Studium in Heidelberg, Göttingen, Berlin; Burschenschafter und Teilnehmer am Wartburgfest; Beamtenlaufbahn; Vorsitzender Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen; MdNatV (C), Gothaer Versammlung, MdL 1850–68 (Linkes Zentrum, NLP); MdR 1867–70 (NLP); A-KdV 1858–68; Mitglied des NV und AT.

L ADB 18, S. 459 f.; NDB 14, S. 356; R. Koch, 1989, S. 264; H. Conrad/B. Haunfelder, 1986; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 431; M. Fischer, [2]1899.

Wilhelm *Löwe-Calbe* (1814–1886), ev.; Medizin-Studium in Halle; Dr. med.; MdNatV (DH), Präsident des Rumpfparlaments; Emigration in Schweiz, England, USA; 1861 Rückkehr; MdL 1863–67, 1873–76; MdR 1867–81 (FSP); A-NV 1864–67, A-AT 1862–67.

L R. Koch, 1989, S. 272; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 434.

Heinrich Otto *Lüning* (1818–1868), ev.; Theologie- und Medizin-Studium in Greifswald, Breslau; Dr. med. in Rheda (Westfalen); Hg. des Westfälischen Dampfbootes 1845–48; zeitweise Mitglied im Bund der Kommunisten; Exil in Schweiz; 1856 Rückkehr nach Deutschland, MdL 1862–66 (FSP); A-NV 1860–67, A-AT 1866–67; später nationalliberal.

L NDB 15, S. 471.; K. Koszyk, Bd. 2, 1958, S. 29 ff.

Karl *Mathy* (1807–1868), ev.; Jura- und Staatswiss.-Studium in Heidelberg, Burschenschafter; nach dem Hambacher Fest aus Staatsdienst entlassen, 1835–40 Exil in der Schweiz; Mitbegründer der Deutschen Zeitung; 1849 badischer Finanzminister; nach 1854 im Bankwesen tätig (Berliner Diskontogesellschaft, Gothaer Privatbank, Leipziger Kreditgesellschaft), 1864 Wiedereintritt in badische Regierung als Handelsminister, seit 1866 leitender Minister; Vorparlament, MdNatV (C), Gothaer Versammlung; MdL 1842–52, 1862–68.

L ADB 20, S. 595 ff.; NDB 16, S. 380 f.; R. Koch, 1989, S. 277; G. Freytag,

Hermann Heinrich *Meier* (1809–1898), ev.; kaufm. Ausbildung; Reeder und Kaufmann; (stellv.) Vorsitzender der Handelskammer 1862–72; 1857–1888 Präsident der Norddeutschen Lloyds; MdNatV (AH); Gothaer Versammlung, MdL 1861–74; MdR 1867–71, 1878–87 (NLP); A-HT 1862–65, dessen Vorsitzender 1864–65; Mitglied NV.

L NDB 16, S. 642 f.; R. Koch, 1989, S. 280; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 437; F. Hardegen, 1920.

August *Metz* (1818–1874), mosaisch; Jura-Studium in Gießen, Heidelberg; Burschenschafter; seit 1848 Advokat in Darmstadt; während der Revolution aktiv im demokratischen Vereinswesen; MdL 1850–56, 1862–74 (FSP, später NLP); MdR 1871–73 (NLP); A-NV 1859–67; A-AT 1862–67.

L H. G. Ruppel/B. Gross, 1980, S. 185 f.; H. Blum, Vorkämpfer, 1899, S. 105 ff.; M. Wettengel, Revolution, 1989, S. 227, Anm. 32.

Otto *Michaelis* (1826–1890), ev.; Jura-Studium in Bonn, Berlin; 1849 wegen Pressevergehens Entlassung aus dem Staatsdienst; seit 1856 Leiter der volkswirtschaftlichen Redaktion der NZ; MdL 1862–67 (FSP, NLP); MdR 1867–70 (NLP); A-KdV 1862–66; Mitglied NV, AT; 1867–1880 vortragender Rat Bismarcks.

L H. Conrad/B. Haunfelder, 1986, S. 94; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 438.

Johannes *Miquel* (1828–1901), ev.; Jura-Studium in Heidelberg, Göttingen; Burschenschafter, Kommunistenbund, seit 1852 Anwalt in Göttingen; 1865 Oberbürgermeister Osnabrück; 1870–76 im Verwaltungsrat der Berliner Diskontogesellschaft; 1880–1890 Oberbürgermeister in Frankfurt, seit 1890 preußischer Finanzminister; MdL 1863–82 (FSP, NLP); MdR 1871–77 (NLP); A-NV 1859–67; A-AT 1862–67.

L B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 439; W. Mommsen, Miquel, Bd. 1, 1928; W. Guhl, 1928; R. Lembcke, 1962.

Eduard *Moll* (1814–1896), ev.; Drahtstiftfabrikant in Mannheim; 1848/49 im Vaterländischen Verein der Stadt aktiv; 1864–70 Vorsitzender der Handelskammer (bis 1866 stellv.), Stadtverordneter; A-HT 1861–70, MdL 1861–68, Mitglied NV und AT, Oberbürgermeister von Mannheim 1870–91.

L Badische Biographien, Bd. 5, S. 569 ff.; W. Kosch, Staatshandbuch, Bd. 2, 1963, S. 869; F. Waldeck, 1926, S. 99.

Theodor *Müllensiefen* (1802–1879), ev.; Glas-Industrieller aus Crengeldanz bei Witten; Sozialpolitiker im Sinne Schulze-Delitzschs; ein Brief vom 26. 9. 1862 an den Kronprinzen, den er um Einwirkung auf den König bittet, den Konflikt zu beenden, führt zu einem politischen Skandal, der seinen Rückzug aus der Politik einleitet; zieht sich Ende 1865 in die Schweiz zurück; MdL 1848–49, 1861–62 (FSP), A-NV 1859–63.

L P. H. Mertes, 1938.

Gustav *Müller* (1823–1875), Großkaufmann in Stuttgart, 1861–62 Vorsitzender der Handelskammer Stuttgart; MdL 1870–75 (Deutsche Partei), MdR 1871–1875 (NLP); A-HT 1862–75, A-KdV 1862–65.

L D. Langewiesche, Liberalismus und Demokratie, 1974, S. 240, 287; H. Brandt, Parlamentarismus, 1987, S. 692, Anm. 310.

Sigmund *Müller* (1810–1899); Jura-Studium in Tübingen, Heidelberg, Giessen, Burschenschafter; Dr. jur., seit 1833 Advokat und Notar in Frankfurt, 1881 Justizrat; Mitglied des Frankfurter Arbeiterbildungsvereins, des Schüt-

zenvereins, Präsident des Schützenfests 1862; MdL seit 1848, 1856–63 Präsident; A-NV 1859–66; A-AT 1862–67.

L Leipziger Illustrierte Zeitung, 1864, I, S. 64, 66; Frankfurter Jahrbuch, 1899, S. 162 f.

Lorenz Theodor *Nagel* (1828–1895), ev.; Philosophie- und Jura-Studium in Erlangen, Leipzig; Burschenschafter; Teilnehmer an Barrikadenkämpfen in Leipzig; 1854–55 Redakteur in Diezels »Blättern der Zeit«; seit 1855 Advokat in Wiesbaden; 1863 Redakteur der SZ, seit 1870 der »Concordia« in Berlin, seit 1882 Sekretär der Gewerbekammer in Hamburg; 1860 Sekretär des NV, dessen Geschäftsführer seit 1865, A-NV 1865–57.

L ADB, Bd. 55, S. 563 ff.; W. Siemann (Hrsg.), Polizeiverein, 1983, S. 125, Anm. 89.

Friedrich *Nebelthau* (1806–1875), ev.; Jura-Studium in Marburg, Göttingen; Obergerichtsanwalt; 1848 Vizebürgermeister, seit 1866 Oberbürgermeister in Kassel; MdL 1836–66; MdR 1867–71 (NLP); Herrenhaus seit 1867; Mitglied NV, A-AT 1862–67.

L ADB 23, S. 348 ff.; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 442.

Friedrich *Oetker* (1808–1881), ev.; Jura-Studium in Marburg; Dr. jur.; seit 1837 Anwalt in Kassel; Vorparlament; führendes Mitglied des konstitutionellen Kasseler Bürgervereins 1848; 1851–59 Exil in Helgoland, Belgien; Eigentümer der Hessischen Morgen-Zeitung; MdL 1848–50; 1862–76 (NLP), MdR 1867–81 (NLP); A-NV 1859, 1863–67; A-AT 1862–67.

L ADB 24, S. 541 ff.; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 444 f.; W. Mommsen, Oetker, 1942.

Eduard *Pickford* (1823–1866); ev.; Kaufmannslehre in Heidelberg, Handelsschule in Leipzig; Aufenthalt in Lyon; 1845 Aufnahme eines staatswissenschaftlichen Studiums in Heidelberg; 1850–60 Privatdozent in Heidelberg; ausgedehnte journalistische Tätigkeit, seit 1863 als Redakteur in Konstanz; MdL 1863–66 (seit 1865 FSP); A-KdV 1858–59; A-NV 1865–67.

L Badische Biographien, Bd. 2, 1875.

Gottlieb Karl Georg *Planck* (1824–1910), ev.; Jura-Studium in Göttingen, Berlin; Dr. jur. h. c.; bis 1855 im Staatsdienst; 1863 Obergerichtsrat in Meppen, seit Mai 1868 in Celle; seit 1874 führendes Mitglied der Kommission zur Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches; MdL 1852–55, 1867–68; MdR 1867–74 (NLP); enger Freund Bennigsens und Mitbegründer des NV; ständige Mitarbeit an der WSchNV; A-AT 1862–63.

L B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 448; C. Gotthardt, 1992, S. 133, Anm. 32,; F. Frensdorff, 1914.

Ludwig Christian Graf zu *Reventlow* (1824–1892), ev.; Jura-Studium in Kiel, Heidelberg; 1848 Freiwilliger für Schleswig-Holstein; 1854–57 Staatsdienst, seit 1858 Advokat in Kiel; seit 1862 Vorsitzender des NV-Landeskomitees; 1865 preußischer Amtmann in Husum und Bredtstedt; 1868 Landrat in Husum; in 1850ern und 1860ern MdL; A-NV 1862–64.

L Biogr. Lexikon für Schleswig-Holstein, Bd. 7, 1985, S. 238 ff.

August Ludwig *Reyscher* (1802–1880), ev.; Jura-Studium in Tübingen, Burschenschafter; Dr. jur.; Prof. in Tübingen seit 1831; Vorparlament; bis 1851 im Staatsdienst, anschließend Tätigkeit als als Advokat in Stuttgart; MdL 1848–49, 1851–55, 1858–63 (FSP); A-NV 1859–61; Mitbegründer der nationalliberalen Deutschen Partei.

L ADB 28, S. 360 ff.; H.-O. Mayer, 1928; J. Rückert, 1974.

Gabriel *Riesser* (1806–1863), mosaisch; Jura-Studium in Kiel, Heidelberg; Dr. jur.; erhielt wegen seiner jüdischen Herkunft keine Anstellung; arbeitete als Anwalt, Publizist und Notar in Hamburg; Vorparlament, MdNatV (WH, NH), Gothaer Versammlung; A-NV 1859–61.

L ADB 28, S. 586 ff.; M. Isler, Bd. 1, 1867.

Ludwig August *Rochau* (1810–1873), ev.; Jura-Studium in Göttingen; Burschenschafter, Teilnahme am Frankfurter Wachensturm; Exil in Frankreich; Bund der Geächteten; 1846 Rückkehr nach Deutschland, Vorparlament; 1849–50 Redakteur der Reichszeitung; Herausgeber der WSchNV und des WBlNV; A-NV 1859–67; MdR 1867–73 (NLP).

L ADB 28, S. 725 f.; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 455 f.

Karl *Rückert* (1824–1899), ev.; Sohn des Dichters Friedrich Rückert, Medizin-Studium in Berlin; Dr. med.; Arztpraxis in Coburg; A-NV 1859–60, 1865–67.

L R. Genée, 1897, S. 173; J. Erdmann (Hrsg.), 1988, S. 86.

Franz Hermann *Schulze-Delitzsch* (1808–1883), ev.; Jura-Studium in Leipzig, Halle; Laufbahn im Staatsdienst; 1841–49 Patrimonialrichter in Delitzsch, 1850–51 Kreisrichter in Posen; 1851 Abschied und Tätigkeit als Anwalt; seit 1859 Gründung des Deutschen Genossenschaftsverbandes und dessen Anwalt; MdL 1848–49, 1861–75, MdR 1867–83 (FSP); A-KdV 1858–66; A-NV 1859–67; A-AT 1862–67.

L ADB 33, S. 18 ff.; B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989, S. 466; R. Aldenhoff, 1984; Schulze-Delitzsch, 1987, S. 227 ff.

Adolf *Seeger* (1815–1865), ev.; Jura-Studium in Tübingen, Burschenschafter; Jurist; 1848–49 Stadtdirektor in Stuttgart; verläßt 1850 den Staatsdienst und arbeitet als Anwalt; Mitbegründer der Lebensversicherungsbank; MdL 1848–55, 1862–65 (FSP); A-NV 1861–65; A-AT 1862–63.

L ADB 22, S. 570.

Fedor *Streit* (1820–1904), ev.; Jura-Studium in Jena, Heidelberg, Burschenschafter; 1848 Eintritt in Staatsdienst in Sonnefeld; Teilnahme am ersten Demokratenkongreß; Gründer des Coburger Bürgervereins 1848; Journalist; seit 1856 Advokat in Coburg; MdL 1857–67; Geschäftsführer NV 1859–65; A-AT 1862–67.

L T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 424, Anm. 520a; K. BECHSTEIN, Streit, 1925.

Heinrich v. *Sybel* (1817–1895), ev.; Geschichts-Studium in Berlin; Dr. phil.; 1846–56 Prof. in Marburg, bis 1861 in München und dann in Bonn; seit 1875 Direktor der preußischen Staatsarchive; Vorparlament; MdL 1848, 1862–64 (linkes Zentrum), 1874–80 (NLP); MdR 1867 (NLP); A-AT 1862–67.

L ADB 54, S. 645 ff; H. CONRAD/B. HAUNFELDER, 1986, S. 140; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 476; M. FERRES, 1930; H. SEIER, Staatsidee, 1961.

Johann Friedrich Gottlob *Tafel* (1801–1874), ev.; Jura-Studium, Burschenschafter; Rechtsanwalt in Stuttgart; Vorparlament; MdNatV (DH), Rumpfparlament; MdL 1849–56, 1864–48 (FSP, Deutsche Partei); Zollparlament; A-AT 1864–67, Mitglied NV.

L R. KOCH, 1989, S. 398.

Hans-Viktor v. *Unruh* (1806–1886), ev.; technische Ausbildung; bis 1844 u. a. als Regierungsbaurat im Staatsdienst; Industrieller im Eisenbahnbau; 1857–74 Generaldirektor der »Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnbedarf«; MdL 1848–49; Vorsitzender des Zentralwahlkomitees der FSP 1861–63; MdL 1863–71 (FSP/NLP), MdR 1867–79 (NLP); A-NV 1859–67; A-AT 1862–87.

L ADB 39, S. 312 ff.; H. CONRAD/B. HAUNFELDER, 1986, S. 145; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 479.

Johann Georg *Varrentrapp* (1808–1886), ev.; Medizin-Studium in Heidelberg, Burschenschafter; Dr. med.; seit 1842 Chefarzt am Heilig-Geist-Hospital in Frankfurt; Vorparlament; MdL 1842–84; Finanzier der SZ; Mitbegründer des NV und des AT; A-AT 1863–66.

L ADB 39, S. 500 ff.; W. C. v. ARNSWALDT, 1908, S. 82 ff.

Moritz *Veit* (1808–1864), mosaisch; Philologie-Studium in Berlin; Dr. phil.; Schriftsteller und Verleger; 1830 Hg. des Musen-Almanach; MdNatV (C), Gothaer Versammlung, Mitglied der I. Kammer 1851, MdL 1858–61 (altliberal); A-NV 1859–1861.

L ADB 39, S. 535 ff.; H. CONRAD/B. HAUNFELDER, 1986, S. 147.

Josef *Völk* (1819–1882), kath.; Jura-Studium in München; Dr. jur.; seit 1855 Rechtsanwalt in Augsburg; 1848/49 im demokratischen Vereinswesen aktiv; MdL 1855–82 (FSP); MdR 1871–79 (Liberale Reichspartei, NLP); A-AT 1863–67.

L ADB 40, S. 230 ff.; R. KÄRTNER, 1941; W. GROHS, 1990, S. 66 ff.

Hermann *Weigel* (1828–1887), ev.; Jura-Studium in Bonn, Marburg, Berlin; Rechtsanwalt und Notar in Breslau; 1862 Obergerichtsanwalt in Kassel; 1870–73 Bürgermeister in Kassel; MdL 1863–66, Herrenhaus 1867–87; MdR 1867–81 (NLP); Mitglied NV, A-KdV 1863–66; A-HT 1861–66.

L B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 486.

Eduard Wilhelm *Wiggers* (1815–1892), ev.; Jura-Studium in Kiel; seit 1838 Advokat und Notar in Rendsburg; 1848 Bürgerverein; 1853–60 Entzug der Zulassung als Advokat; MdL 1847–51, 1861ff.; tritt Anfang 1865 aus Engerem Ausschuß aus; A-NV 1862–66, A-AT 1862–66

L Biogr. Lexikon für Schleswig-Holstein, Bd. 3, 1974, S. 281 ff.

Moritz *Wiggers* (1816–1894), ev.; Jura-Studium in Heidelberg, Göttingen; seit 1853 Advokat in Rostock; 1848/49 radikaler Demokrat; Hg. der Rostocker Zeitung; MdL 1848–50; 1853–57 Untersuchungshaft; MdR 1867–81 (FSP); A-NV 1862–67; A-AT 1863–67.

L ADB 42, S. 465 ff.; B. HAUNFELDER/K. E. POLLMANN, 1989, S. 488.

Adolf *Wilbrandt* (1837–1911); Philosophie-Studium in Rostock, Berlin, München; Dr. phil.; 1859–61 Redakteur der SZ; 1865–71 als Schriftsteller in München, dann in Wien; 1881 Direktor des Burgtheaters; Mitglied NV, 1864 Sekretär des 36er-Ausschusses.

L W. KOSCH, Literatur-Lexikon, Bd. 4, 1958, S. 3373; A. WILBRANDT, Erinnerungen, 1907.

Maximilian Wilhelm Gottlieb *Wirth* (1822–1900); Jura-Studium in Heidelberg; Sohn Johann Georg August Wirths; Journalist bei verschiedenen Zeitungen; aktiv in Arbeiterbildungsverein und Schützenverein; volkswirtschaftlicher Agitator; geht 1865 als Direktor des eidgenössischen statistischen Büros nach Bern; Herausgeber des AG; A-KdV 1861–64; A-NV 1864–65.

L T. OFFERMANN, Arbeiterbewegung, 1979, S. 225, Anm. 354.

Tabelle 4: Ausschußmitglieder des Kongresses Deutscher Volkswirte*

	1858	1859	1860	1861	1862	1863	1864	1865
Albrecht, S. W. (Hannover)							1x	
Bennigsen, R. v. (Bennigsen)	x	x						
Biedermann, K. (Leipzig)					11.9.62			
Billing, C. (München)					11.9.62			
Böhmert, V. (Bremen)		15.9.59	x	x	x	x	x	x
Braun, K. (Wiesbaden)	x	x	x	x	x	x	x	x
Carnall, D. v. (Breslau)						17.9.63		
Classen-Kappelmann, J. (Köln)						17.9.63	25.8.64	31.8.65
Faucher, J. (Frankfurt)				x	x	x	x	x
Francke, K. (Coburg)		x			11.9.62			
Grumbrecht, A. (Harburg)							25.8.64	31.8.65
Hopf, J. (Heidelberg)	x	x	x	x	11.9.62	x	x	x
Kerstorff (Augsburg)				12.9.61				
Knorr, J. (München)								31.8.65
Lette, W. A. (Berlin)	x	x	x	x	x	x	x	x
Macowiczka, F. (Erlangen)								31.8.65
Michaelis, O. (Berlin)					11.9.62	x	x	x
Müller, G. (Stuttgart)					11.9.62	x	x	x
Patow, R. v. (Berlin)	23.9.58							
Pickford, E. (Konstanz)	x							
Prince-Smith, J. (Berlin)							25.8.64	x
Rentzsch, H. (Dresden)						17.9.63	25.8.64	31.8.65
Rewitzer, F. X. (Chemnitz)	23.9.58							
Röpell, K. (Danzig)						17.9.63	25.8.64	31.8.65
Schröder G. F. H. (Mannheim)						17.9.63	25.8.64	
Schubert, F. W. (Königsberg)	26.3.59							

	1858	1859	1860	1861	1862	1863	1864	1865
Schulze-Del., H. (Potsdam)	x	x	x	12. 9. 61	x	x	x	x
Soetbeer, A. (Hamburg)		15. 9. 59		12. 9. 61				
Sonnemann, L. (Frankfurt)							25. 8. 64	31. 8. 65
Steinbeis, F. (Stuttgart)		15. 9. 59	x	x				
Strackerjahn, L. (Oldenburg)						17. 9. 63	25. 8. 64	31. 8. 65
Varrentrapp, G. (Frankfurt)	23. 9. 58							
Weigel, H. (Breslau/Kassel)						17. 9. 63	25. 8. 64	31. 8. 65
Wichmann, N. D. (Hamburg)						17. 9. 63	25. 8. 64	31. 8. 65
Wirth, M. (Frankfurt)				12. 9. 61	x	x		
Wolff, O. (Stettin)						17. 9. 63	25. 8. 64	31. 8. 65

Vorsitzender:
W. A. Lette 1858–1868

* *x = durch die Generalversammlung gewählt; die Datumsangabe zeigt den Zeitpunkt der Kooptation an*

Tabelle 5: Ausschußmitglieder des Deutschen Nationalvereins

	1859	1860	1861	1862	1863	1864	1865
Behrend, H. (Danzig)			25. 8. 61	8. 10. 62			
Bennigsen, R. v. (Bennigsen)	x	x	x	x	x	x	x
Bering, M. (Leipzig)			3. 3. 62	8. 10. 62	17. 10. 63		
Braemer, K. (Ernstburg)	12. 3. 60	5. 9. 60	25. 8. 61				
Brater, K. (München/Frankfurt)	x	x	x	x	x	x	x
Cetto, K. (St. Wendel)		6. 9. 60	25. 8. 61		17. 10. 63	1. 11. 64	29. 10. 65
Classen-Kappelmann, J. (Köln)					17. 10. 63	1. 11. 64	
Crämer, K. (Nürnberg)	16. 10. 59	x	25. 8. 61	x	x	x	
Delbrück, A. (Berlin)		21. 1. 61	25. 8. 61	8. 10. 62	17. 10. 63		
Duncker, F. (Berlin)			25. 8. 61	8. 10. 62	17. 10. 63	1. 11. 64	29. 10. 65
Forckenbeck, M. (Berlin)			25. 8. 61	8. 10. 62	17. 10. 63		8. 6. 66
Fries, H. (Weimar)	x	x	x	x	x	x	x
Georgii, T. (Esslingen)		5. 9. 60	25. 8. 61				
Götte, K. (Hamburg)			3. 3. 62	8. 10. 62	17. 10. 63		
Gourdé, L. (Wiesbaden)	x	5. 9. 60	25. 8. 61				
Heyner, J. (Leipzig)			25. 8. 61	8. 10. 62	17. 10. 63		
Hoverbeck, L. (Nickelsdorf)			25. 8. 61	8. 10. 62	17. 10. 63	1. 11. 64	30. 10. 65
Jacoby, J. (Königsberg)					17. 10. 63	1. 11. 64	30. 10. 65
Jessen, P. (Altona)						11. 6. 65	29. 10. 65
Jungermann, W. (Kassel)						26. 2. 65	29. 10. 65
Ladenburg, L. (Mannheim)		5. 9. 60	25. 8. 61	8. 10. 62	17. 10. 63		
Lammers, A. (Bremen)							14. 5. 66
Lang, F. (Wiesbaden)	11. 12. 59	5. 9. 60	x	x	17. 10. 63	1. 11. 64	x
Lehmann, T. (Kiel)	13. 11. 59	5. 9. 60	x				
Leue, F. G. (Köln)			3. 3. 62	8. 10. 62			

	1859	1860	1861	1862	1863	1864	1865
Lorenz, M. (Leipzig)					22.12.63	1.11.64	30.10.65
Löwe-Calbe, W. (Berlin)						2.11.64	x
Lüning, O. (Rheda)		5.9.60	25.8.61	8.10.62	17.10.63	1.11.64	29.10.65
Mayer, G. (Leipzig)	x	x					
Metz, A. (Darmstadt)	x	x	x	x	x	x	x
Miquel, J. (Göttingen)			25.8.61	8.10.62	x	x	x
Molinari, T. (Breslau)				17.5.63	17.10.63		
Müllensiefen, T. (Crengeld.)	13.11.59	5.9.60	3.3.62	8.10.62	17.10.63		
Müller, S. (Frankfurt a. M.)	x	x	x	x	x	x	x
Nagel, L. (Frankfurt a. M.)							29.10.65
Niebour, A. (Oldenburg)	13.11.59						
Oetker, F. (Kassel)	11.12.59				17.10.63	1.11.64	30.10.65
Pickford, E. (Konstanz)							30.10.65
Preetorius, C. (Alzey)						1.11.64	29.10.65
Reventlow, L. (Kiel)				8.10.62	17.10.63		
Reyscher, A. L. (Cannstatt)	x	x	x				
Riesser, G. (Hamburg)	x	5.9.60					
Rochau, L. A. (Heidelberg)	11.12.59	x	x	x	x	x	x
Rose, M. (Leipzig)		5.9.60					
Rückert, K. (Coburg)	11.12.59	5.9.60					30.10.65
Rückert, L. (Coburg)							30.10.65
Schenck, F. (Wiesbaden)							30.10.65
Schulze-Del., H. (Potsdam)	x	x	x	x	x	x	x
Seeger, A. (Stuttgart)			25.8.61	x	x	x	
Streit, F. (Coburg)	16.10.59	x	x	x	x	x	
Unruh H. V. (Berlin)	x	x	x	x	x	x	x
Veit, M. (Berlin)	x	5.9.60					

	1859	1860	1861	1862	1863	1864	1865
Wiggers, E. (Rendsburg)					22.12.63	1.11.64	x
Wiggers, M. (Rostock)				8.10.62		1.11.64	30.10.65
Wirth, M. (Frankfurt a. M.)						1.11.64	

Vorsitzende:

Müller	16.9.1859–16.10.1859
Bennigsen	16.10.1859–11.11.1867

Vorstand:

16.10.1859	Bennigsen (Vorsitzender), Fries (Stellvertreter), Streit (Geschäftsführer)
11.12.1859	Aufnahme von Rückert
6.9.1860	Aufnahme von Reyscher
25.8.1861	Schulze-Delitzsch für Rückert
8.10.1862	Metz für Reyscher
20.11.1864	Aufnahme von Rochau und Nagel
März 1865	Streit tritt zurück
30.10.1865	Schulze-Delitzsch tritt zurück, Aufnahme von Lang und Lüning

Tabelle 6: Ausschußmitglieder des Deutschen Handelstages

	1861	1862	1865
Beckerath, H. v. (Krefeld)		x	x
Behrend, H. (Danzig)	x	x	x
Classen-Kappelmann, J. (Köln)	x	x	x
Deneke, K. (Magdeburg)			x
Dietrich, G. (Berlin)	x		x
Finckh, K. (Reutlingen)	x		
Hänle, L. (München)	x		
Hansemann, D. (Berlin)	x		
Hertel, A. v. (Augsburg)			x
Hurtzig, F. (Hannover)	7. 3. 62		
Jordan, L. A. (Deidesheim)	x	x	x
Liebermann, B. (Berlin)		x	x
Limburger, B. (Leipzig)		9. 11. 64	
Meier, H. H. (Bremen)	7. 3. 62	x	x
Moll, E. (Mannheim)	x	x	x
Müller, G. (Stuttgart)		x	x
Oberleithner, K. (Schönberg/Mähren)	x		
Puscher, W. (Nürnberg)	x		
Reincke, Th. (Altona)		9. 11. 64	x
Reuter, F. W. (Braunschweig)		9. 11. 64	
Roß, E. D. (Hamburg)	x		
Sattler, J. (Schweinfurt)		x	x
Scherbius, G. (Frankfurt a. M.)		x	x
Schramm, K. A. (Dresden)	x		
Soetbeer, A. (Hamburg)	x	x	x
Stahlberg, P. J. (Stettin)	7. 3. 62	x	x
Sybel, A. v. (Düsseldorf)	x	x	x
Weigel, H. (Breslau)	x	x	x
Wertheim, F. v. (Wien)	x		
Wesenfeld, K. L. (Elberfeld)	7. 3. 62	x	x

Vorsitzende:

Hansemann	18. 5. 1861–18. 10. 1862
Beckerath	18. 10. 1862–29. 9. 1863
Liebermann	29. 9. 1863–9. 11. 1864
Meier	9. 11. 1864–28. 9. 1865
Dietrich	28. 9. 1865–23. 10. 1868

Tabelle 7: Ausschußmitglieder des Deutschen Abgeordnetentags

	1862	8.1863	12.1863	1866
Barth, K. (Erlangen/Augsburg)	x	x	x	
Barth, M. (Erlangen)				x
Baudissin, E. (Friedrichshof)				x
Behrend, H. (Danzig)	x			
Bennigsen, R. v. (Bennigsen)	x	x	x	x
Bluntschli, J. K. (Heidelberg)	x	22.8.	x	x
Bockelmann, J. C. (Retwischhöh)				x
Brater, K. (Frankfurt)	29.9.	22.8.	21.12.63	20.5.
Braun, K. (Wiesbaden)				20.5.
Cetto, K. (St. Wendel)	29.9.	22.8.		20.5.
Christmann, R. (Dürkheim)			24.01.64	
Cichorius, T. (Leipzig)	29.9.			
Crämer, K. (Nürnberg)	x	x	x	
Duncker, F. (Berlin)			x	20.5.
Fetzer, K. A. (Stuttgart)		22.8.	x	20.5.
Feustel, F. (Augsburg)			x	
Fries, H. (Weimar)	x	x	x	x
Godeffroy, A. (Hamburg)			x	
Golden, K. (Zweibrücken)				20.5.
Haberkorn, L. (Camenz)			x	
Häusser, L. (Heidelberg)	29.9.	x	x	
Hansen, A. (Grumbye)			01.10.65	
Henneberg, F. W. (Gotha)			x	
Hölder, J. (Stuttgart)	x	x		x
Hoverbeck, L. (Nickelsdorf)	x	x	x	x
Jacoby, J. (Königsberg)				20.5.
Joseph, H. (Leipzig)	x	x		x
Jung, J. G. (Köln)		22.8.		
Knies, K. (Heidelberg)				20.5.
Kolb, G. F. (Frankfurt)			x	
Lang (Plauen)				20.5.
Lang, F. (Wiesbaden)	x	x	x	x
Lette, W. A. (Berlin)	x	22.8.		
Löwe-Calbe, W. (Berlin)	29.9.	x	x	x
Lüning, O. (Rheda)				20.5.
Mammen, F. A. (Plauen)			x	
Metz, A. (Darmstadt)	x	x	x	x
Miquel, J. (Göttingen)			x	20.5.
Müller, S. (Frankfurt)	x	x	x	x
Nebelthau, F. (Kassel)	29.9.	22.8.	x	x
Oberländer, L. (Coburg)	x			

	1862	8.1863	12.1863	1866
Oetker, F. (Kassel)	x	x	24.01.64	x
Passavant, F. E. (Frankfurt)		22.8.		20.5.
Pauli, F. (Köln)			x	
Pfeiffer, F. (Bremen)	x		x	x
Planck, G. (Göttingen)	29.9.	22.8.		
Schulze-Del., H. (Potsdam)	x	x	x	x
Seeger, A. (Stuttgart)	29.9.	22.8.		
Seeger, L. (Stuttgart)			x	
Streit, F. (Coburg)			x	
Sybel, H. v. (Bonn)	29.9.	x	x	x
Tafel, G. (Stuttgart)			09.04.64	20.5.
Twesten, K. (Berlin)			x	x
Unruh, H. V. (Berlin)	x	x	x	x
Varrentrapp, G. (Frankfurt)			x	
Vieweg, E. (Braunschweig)		x	x	20.5.
Völk, J. (Augsburg)		22.8.	x	x
Wiggers, E. (Rendsburg)	x	x		x
Wiggers, M. (Rostock)		x		x

Vorsitzender: Müller

Vorstand:

29.9.1862	Müller, K. Barth
22.8.1863	Müller, K. Barth, Häusser, Metz, Passavant
21.12.1863	Müller, K. Barth, Häusser, Metz, Brater, Kolb, Lang, Varrentrapp
20.5.1866	Müller, M. Barth, Bluntschli, Metz, Passavant

a) Abbildungen

1. Herzogliche Reithalle in Coburg . . . . . Schutzumschlag
Royal Archives, Windsor
2. Aussschuß des Deutschen Handelstags, 1862 . . . . . Vor- und Nachsatzblatt
Handelstag, Bd. 1, 1911
3. Rudolf v. Bennigsen
B. Haunfelder/K. E. Pollmann, 1989 6
4. Fedor Streit
Bundesarchiv, Potsdam 12
5. Mitglied der Frankfurter Jugendwehr, 1865
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M. 167
6. Aussschuß des Deutschen Schützenbundes, 1862
Illustrirte Zeitung, Leipzig 180
7. Ehrengabe des Nationalvereins für das Deutsche Schützenfest, 1862
Illustrirte Zeitung, Leipzig 256
8. Deutscher Abgeordnetentag im August 1863
Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt a. M. 282
9. Sigmund Müller, 1864
Illustrirte Zeitung, Leipzig 336

b) Tabellen

1. Regionale Mitgliederstruktur des Nationalvereins 104
2. Teilnehmer der Abgeordnetentage aufgeschlüsselt nach Herkunftsstaaten 245
3. Übersicht der Tagungsorte und Termine der Vollversammlungen . 304
4. Ausschußmitglieder des Kongresses Deutscher Volkswirte . . . 448
5. Ausschußmitglieder des Deutschen Nationalvereins 450
6. Ausschußmitglieder des Deutschen Handelstages 453
7. Ausschußmitglieder des Deutschen Abgeordnetentags 454

A. Ungedruckte Quellen

1. Stadtarchiv (StadtA Augsburg)

Nachlaß Joseph Völk

2. Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem (GSTA-B)

III. HA. (Zentralbüro des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten)
- Nr. 188–190 Die deutschen Reformbestrebungen von Privatpersonen und Vereinen 1862–1866/70

3. Staatsbibliothek Berlin (Stabi Berlin)

Nachlaß Gustav Freytag

4. Bundesverband der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVRB)

Briefsammlung Schulze-Delitzsch

5. Universitätsbibliothek (UB Bonn)

Nachlaß Gottfried Kinkel

6. Staatsarchiv Bremen (STA Bremen)

Nachlaß Heinrich Hermann Meier [7,16]

7. Archiv der Handelskammer Bremen (HK Bremen)

Bestand Deutscher Handelstag [Ha II 1, Bde. 1–3]

8. Staatsarchiv Coburg (STA Coburg)

Nachlaß Alfred Sauerteig

LA A Hausarchiv Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha
- 7186 Politische Akten und Korrespondenzen, vol. II (1859)
- 7188 Akten und Korrespondenzen, den deutschen Nationalverein betref., vol. I (1859)
- 7189 Akten und Korrespondenzen, dass., vol. II (1859–1861)
- 7190 Politische Akten und Korrespondenzen, vol. I (1860)
- 7191 dass., vol. II (1860)
- 7192 dass., vol. III (1860)
- 7193 dass., vol. I (1860–1861)

- 7195 dass., vol. I (1861)
- 7196 dass., vol. II (1861)
- 7208 Eingänge in Schleswig-Holsteinischen Angelegenheiten (1863–1864)
- 7209 Politische Akten und Korrespondenzen (24. 11.–21. 12. 1863)
- 7210 Politische Akten und Korrespondenzen (21. 12. 1863–6. 2. 1864)
- 7447 Bericht des Privatsekretärs Bollmann über das Schützenfest in Bremen (1861)
- 7448 Akten und Korrespondenzen, den Deutschen Schützenbund, vornehmlich das Schützenfest zu Gotha 1861, und Turnvereinsangelegenheiten betref., vol. I (1861–1864)
- 7449 dass., vol. II (1861–1864)
- 7450 dass., vol. III (1861–1868)

9. Stadtarchiv Coburg (StadtA Coburg)

- A 45 Acten des Magistrats Herzgl. Residenz-Stadt das Domicilieren des deutschen Nationalvereins in der hiesigen Stadt betr. (1859)
- A 47 Acten des Magistrats Herzgl. Residenzstadt die zur Geltendmachung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holsteins geschehenen Schritte betr., vol. I (1863)
- A 48 dass., vol. II (1864)
- A 725 Acten des Magistrats Herzgl. Residenz-Stadt die Einwanderung und Bürgeraufnahme des K. K. Lieutnants a. D. Ludwig Schweigert von Agram betr. (1864–1865)
- B 221 Akten die Volkszählung im Herzogthum Coburg am 3. 12. 1864 betr.
- B 442 Einwohnerverzeichnis Coburgs ca. 1860

10. Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Dortmund (WWA)

Nachlaß Theodor Müllensiefen [F4]
Bestand Handelskammer Bochum [K2, Nr. 831, Bd. 1]

11. Bundesarchiv, Außenstelle Frankfurt (BAF)

Nachlaß Franz-Peter Buhl [FN 4]
Nachlaß Karl Philipp Francke [FN 6]
Nachlaß Heinrich v. Gagern [FN 7]
Nachlaß Georg Friedrich Kolb [FN 9]
Nachlaß Gustav Struve [FN 17]
Teilnachlaß Johann Georg Varrentrapp [ZSg. 1/202]
Nachlaß Oskar v. Wydenbruck [FN 16]
Ernst Lenhoff: Schulze-Delitzsch als Politiker. Mit einem Anhang: Politische Briefe an Dr. Sigmund Müller in Frankfurt a. M. aus den Jahren 1863–1872 [ZSg. 3/4]

12. Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt (UB Frankfurt)

Nachlaß Friedrich Ernst Passavant
Nachlaß Johann August Speltz
Teilnachlaß Johann Georg Varrentrapp

13. Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen (UB Göttingen)

Nachlaß Gottlieb Planck

14. Universitätsbibliothek Heidelberg (UB Heidelberg)

Nachlaß Ludwig Häusser [Häusser 1453, Heid. Hs. 3741]
Nachlaß Karl Knies [Heid. Hs. 982]

15. Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel (LB Kiel)

Nl. Wilhelm Ahlmann (Cc 18)

16. Bundesarchiv, Koblenz (BA)

Nachlaß Clodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst [NL 7]

17. Historisches Archiv der Stadt Köln (HAStK)

Nachlaß Johannes Classen-Kappelmann [1025]
Nachlaß Hermann Becker [1011a]

18. Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Köln (RWWA)

- 1–14–1 Acta der Handelskammer zu Cöln den Handelstag betr. 1858–1862
- 1–14–2 Handelskammer zu Cöln, Acten betr.: den Deutschen Handelstag
- 20–14–1 Handelskammer zu Duisburg, Acten betr.: Deutscher Handelstag

19. Stadtarchiv Krefeld (StadtA Krefeld)

Nachlaß Hermann v. Beckerath [40/2]
Nachlaß Ludwig Seyffardt [40/15]

20. Deutsches Literaturarchiv Marbach (DLitA Marbach)

Nachlaß Friedrich Notter

21. Geheimes Staatsarchiv, Außenstelle Merseburg (GSTA-M)

Rep. 77. Ministerium des Innern
- Tit. 343 A, Nr. 120 Acta betr. die auf Reform der deutschen Bundesverfassung gerichteten Bestrebungen sowie den National Verein, 3 Bde.
- Tit. 662, Nr. 35 Acta betr. die Vereine und die Volksbewegungen zu Gunsten der Herzogthümer Schleswig und Holstein (Dez. 1863–Sept. 1864)
- Tit. 1104, Nr. 7, Bd. 2 Acta betr. den Congreß deutscher Volkswirte und die Verhandlungen desselben (25. 7. 1858–2. 2. 1869)

Rep. 92. Nachlässe
- Nachlaß David Hansemann
- Nachlaß Karl Ludwig Zitelmann

22. Stadtbibliothek München, Monacensia-Abteilung (StadtB München)

Deutscher Nationalverein, Akten, 6 Bde.
Deutscher Nationalverein, Briefe, 4 Kästen

23. Stadtarchiv Nürnberg (StadtA Nürnberg)

Nachlaß Karl Crämer

24. Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (LHA-P)

Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium Tit. 94
- Lit.D Nr. 335 (9540–9542) Die Bestrebungen des deutschen Nationalvereins für die nationale Einigung Deutschlands (1859–1909)
- Lit.F Nr. 328 (9868) Überwachung des Demokraten Dr. phil. Julius Christian Faucher (1854–1878)
- Lit.G Nr. 367 (10097) Die Gothaische Partei (1851–1861)
- Lit.N Nr. 59 (11949) Überwachung des Privatdozenten und Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung Dr. Karl Nauwerck aus Neustrelitz (1832–1892)
- Lit.O Nr. 105 (12059) Die Gründung des »Deutschen Offiziertages« und die Herausgabe des Organs »Deutsche Wehrzeitung« (1864–1865)
- Lit.P Nr. 410 (12210) Die deutschen Burschenschafter, insbesondere Zeitungsausschnitte über das Burschenschaftsfest in Jena im August 1865 (1864–1865)
- Lit.S Nr. 1109 (12946) Nachforschungen nach der revolutionären Druckschrift »Der Staatsanzeiger der deutschen Nation« und nach anderen demokratischen Flugblättern (1859–1860)
- Lit.V Nr. 72 (13915) Der Demokrat und Schriftsteller Jacob Venedey aus Köln (1850–1871)
- Lit.Z Nr. 170 (14401) Die Zeitschrift »Hermann«, Deutsches Wochenblatt aus London, Jahrgänge 1859 und 1860 (1859–1860)

Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Polizeipräsidium Tit. 95 Sekt. 5
- Lit.P Nr. 23 (15337) Acta, betr. den Verein für Wahrung der verfassungsmäßigen Preßfreiheit in Preußen (1863–1865)

25. Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BAP)

Bestand Deutscher Nationalverein [61 Na 2]
Nachlaß Hermann Baumgarten [90 Ba 5]
Nachlaß Rudolf v. Bennigsen [90 Be 5]
Nachlaß Hugo Fries [90 Fr 3]
Nachlaß Julius Knorr [90 Kn 1]
Nachlaß Heinrich Marquardsen [90 Ma 1]
Nachlaß Karl Mathy [90 Ma 2]
Nachlaß Wilhelm Adolf Lette [90 Le 3]
Nachlaß Friedrich Oetker [90 Oe 1]
Nachlaß Fedor Streit [90 Str 5]
Nachlaß Jakob Venedey [90 Ve 1]

26. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig (LASH)

Nachlaß Theodor Lehmann [Abt. 399.1094]

Abt. 22 IV DD Akten der Herzoglich Schleswig-Holsteinischen Landesregierung 1863–1866
- II 3 Organisation der Armee (Generalia)
- II 13 Acten des Herzoglich Schleswig-Holstein'schen Kriegs-Departement die Beschaffung der für die Bewaffnung, Ausrüstung und Bekleidung des Herzogl. Contingents, ferner zur Bestreitung der Bureau-Costen des Departement erforderlichen Geldmittel und die deshalb mit dem Herzogl. Finanzdepartement ferner mit der »geschäftsleitenden Commission der Versammlung deutscher Landesvertreter« in Frankfurt a. M. geführten Correspondenz betr.
- IV 25 Acten für das Herzogl. Schleswig Holsteinische Departement der Finanzen, Central-Ausschuß in Frankfurt a. M.

27. Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HSTA-S)

E 146 Ministerium des Innern III
- 1959 Acten betr. den s. g. Nationalverein
- 1970 Politische Kundgebungen in der Schleswig-Holsteinischen Erbfolge-Frage

28. Württembergische Landesbibliothek, Stuttgart (WLB)

Nachlaß Julius Hölder [Cod. hist. fol. 880]
Nachlaß August Ludwig Reyscher [Cod. hist. fol. 767]

29. Universitätsbibliothek Tübingen (UB Tübingen)

Teilnachlaß Robert v. Mohl [Md 613]

30. Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel (STA Wolfenbüttel)

Nachlaß Georg Fein [211 N]
- 12 A Neu Fb1, Nr. I 120: Acta betr. die im hies. Lande stattfindenden Versammlungen behufs Bildung einer nationalen Parthei in Deutschland (1859–1865)

31. Zentralbibliothek Zürich (UB Zürich)

Nachlaß Johann Kaspar Bluntschli [FA Bluntschli]

B. Gedruckte Quellen und Literatur

1. Stenographische Verhandlungsprotokolle und Berichte*

a) Kongreß deutscher Volkswirte

Bericht über die Verhandlungen der ersten Versammlung des volkswirthschaftlichen Congresses zu Gotha vom 20. bis 23. September 1858, Beilage zu: Der Arbeitgeber, hrsg. v. Max Wirth, Nr. 107–110, vom 13.10.–3.11.1858.

Zweite Versammlung des Kongresses deutscher Volkswirte zu Frankfurt a. M. vom 12. bis 15. September 1859, Beilage zu: Der Arbeitgeber, hrsg. v. Max Wirth, Nr. 157–161, 19.10.–19.11.1859.

Die Verhandlungen des Kongresses deutscher Volkswirte. Dritte Versammlung in Köln am 10.–14. September, Frankfurt a. M. 1860.

Die Verhandlungen des Vierten Kongresses deutscher Volkswirte zu Stuttgart am 9., 10., 11. und 12. September 1861, Stuttgart 1861.

Die Verhandlungen des fünften Kongresses deutscher Volkswirte zu Weimar am 8., 9., 10. und 11. September 1862, Weimar 1862.

Bericht über die Verhandlungen des sechsten Kongresses Deutscher Volkswirte zu Dresden, am 14., 15., 16., 17. Dezember 1863, Berlin 1863.

Bericht über die Verhandlungen des siebenten Kongresses Deutscher Volkswirte zu Hannover am 22., 23., 24., 25. August 1864, Berlin 1864.

Bericht über die Verhandlungen des achten Kongresses Deutscher Volkswirte zu Nürnberg am 28., 29., 30., 31. August 1865, Berlin 1865.

Bericht über die auf Veranlassung der ständigen Deputation des volkswirthschaftlichen Congresses am 4. August 1866 abgehaltene Versammlung zu Braunschweig, in: VjsVW 4 (1866), Bd. 2, S. 180–198.

b) Deutscher Nationalverein

Verhandlungen der ersten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins am 3., 4. und 5. September 1860, Coburg 1860.

Verhandlungen der zweiten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins in Heidelberg am 23. und 24. August 1861, Coburg 1861.

Verhandlungen der dritten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins in Coburg am 6. und 7. Oktober 1862, Coburg 1862.

Verhandlungen der vierten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins. Leipzig am 16. Oktober 1863, Coburg 1863.

Verhandlungen der fünften Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins. Eisenach, am 31. Oktober und 1. November 1864, Coburg 1865.

Verhandlungen der sechsten Generalversammlung des Deutschen Nationalvereins in Frankfurt a. M., am 29. Oktober 1865, Frankfurt a. M. 1865.

---

* Die stenographischen Verhandlungsprotokolle der General- und Hauptversammlungen der untersuchten Organisationen wurden unter Punkt 1 gesondert aufgeführt. Alle weiteren Quellen und die Literatur finden sich unter Punkt 2. Selbständige anonyme Broschüren wurden nach der Buchstabenfolge des ersten Substantivs eingereiht (vgl. z. B. Politischer *D*ialog zwischen einem Bayern und einem Preußen, Berlin 1859), Zeitungen und Zeitschriften dagegen mechanisch nach der Buchstabenfolge des ersten Titelwortes (z. B. *R*heinische Zeitung; Süddeutsche Zeitung).

Verhandlungen der siebenten und letzten General-Versammlung des Deutschen Nationalvereins. Cassel, den 11. November 1867, Frankfurt 1867.

c) Deutscher Handelstag

Verhandlungen des ersten deutschen Handelstags zu Heidelberg vom 13. bis 18. Mai 1861, Berlin 1861.
Verhandlungen des Zweiten deutschen Handelstages zu München, vom 14. bis 18. Oktober 1862, Berlin 1862.
Verhandlungen des Dritten Deutschen Handelstages zu Frankfurt a. M., vom 25. bis 28. September 1865, Berlin 1865.

d) Kongreß deutscher Abgeordneter

Verhandlungen des Congresses deutscher Abgeordneter in Weimar am 28. und 29. September 1862, Weimar 1862.
Verhandlungen des zweiten Congresses deutscher Abgeordneter in Frankfurt a. M. am 21. und 22. August 1863, Frankfurt a. M. 1863.
Verhandlungen der Mitglieder deutscher Landesvertretungen in Frankfurt a. M., Montag den 21. Dezember 1863, Frankfurt a. M. 1863.
Verhandlungen der Mitglieder deutscher Landesvertretungen in Frankfurt a. M., Sonntag den 1. Oktober 1865, Frankfurt a. M. 1865.
Verhandlungen des dritten Congresses deutscher Abgeordneter am 20. Mai 1866 zu Frankfurt am Main, Frankfurt a. M. 1866

2. Weitere Quellen und Literatur

Das Abgeordnetenfest zu Köln am 22. und 23. Juli 1865. Vollständiger Festbericht, Leipzig 1865.
Ackermann, Karl, Gustav v. Struve mit besonderer Berücksichtigung seiner Bedeutung für die Vorgeschichte der badischen Revolution, phil. Diss. Heidelberg 1914.
Adam, Reinhard, Der Liberalismus der Provinz Preußen zur Zeit der neuen Ära und sein Anteil an der Entstehung der Deutschen Fortschrittspartei, in: Altpreußische Beiträge. Festschrift zur Hauptversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine zu Königsberg/Preußen vom 4.–7. 9. 1933, Königsberg 1933, S. 145–181.
[Aegidi, Ludwig Karl], Preußen und der Frieden von Villafranca. Ein Beitrag zur neuesten deutschen Geschichte, Berlin 1859.
Aegidi, Ludwig Karl, Zur Propaganda der national-konstitutionellen Partei. Von einem freimüthigen Widersacher der Revolution, Berlin 1849.
Aegidi, Ludwig Karl, Das Verhältnis der Turner und Turnvereine zur Politik, Hamburg 1863.
[Aegidi, Ludwig Karl], Vorwände und Thatsachen. Ein Beitrag zur Kritik der Opposition gegen den Handelsvertrag vom 2ten August, Berlin 1862.
Die Aera. Organ des deutschen Nationalvereins für dessen Mitglieder und Freunde in Preußen, Coburg, 30. 4. 1863–22. 12. 1863.
Aldenhoff, Rita, Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984.
Allgemeine Zeitung, Augsburg, 1862–1863.

Alter, Peter, Nationalismus, Frankfurt a. M. 1985.
Amman, Traute, Die Stellung der deutschen politischen Gruppen zum Habsburgerstaat in den Jahren 1859–1866, phil. Diss. (masch.) Hamburg 1948.
Ammermüller, Friedrich, Der französisch-preußische Handelsvertrag. Beiträge zu dessen Beurtheilung verfaßt im Auftrage des Comités der Gegner des Vertrags. I. Die Entstehung des Vertrages, Stuttgart 1863.
[Ammon, Friedrich v.], Erinnerungen an Fr. von Ammon, [Bonn 1878].
Ammon, Friedrich, Lebenserinnerungen, in Auswahl hrsg. v. J. Zander, [Köln 1937].
Anderson, Eugene N., The social and political conflict in Prussia 1854–64, Lincoln/Nebraska 1954.
Angermann, Erich, Robert von Mohl 1800–1875. Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten, Neuwied 1962.
Angerstein, Eduard, Ruf zum Turnen. Offene Briefe eines Turners an Jedermann, Stade 1859.
Angerstein, Eduard, Ernst Bär (Hrsg.), Gedenkbuch zur Erinnerung an das 2. allgemeine deutsche Turn- und Jubelfest zu Berlin, den 10., 11. u. 12. August 1861, Zwickau 1861.
Aphorismen. 24. Juni, Hamburg 1863.
Der Arbeiterfreund. Zeitschrift des Centralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen, im Auftrage des Centralvereins red. v. Karl Braemer, Berlin 1863–1866.
Der Arbeitgeber. Archiv für die gesammte Volkswirtschaft. Centralanzeiger für Stellen- und Arbeitssuche, hrsg. v. Max Wirth, Frankfurt a. M., 1858–1862.
Arnswaldt, Werner Constantin v., Aus der Geschichte der Familie Varrentrapp, Frankfurt a. M. 1908.
Austermühle, Theo, Die Volkswehrbestrebungen der Turn-, Schützen- und Arbeitervereine in Deutschland und die Versuche zur Reformierung des deutschen Turnwesens 1859–1869, Diss. Halle 1971.
Autographische Frankfurter Correspondenz, hrsg. v. d. geschäftsleitenden Kommission des 36er-Ausschusses, März-September 1864.
Baasch, Ernst, Der Verein für Handelsfreiheit in Hamburg 1848 bis 1868, in: Zeitschrift für Hamburgische Geschichte 24 (1920), S. 32–60.
Bachmann, Harald, Werner Korn, Helmut Claus, Elisabeth Dobritzsch (Hrsg.), Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha 1818–1893 und seine Zeit, Augsburg 1993.
Bachteler, Kurt, Die öffentliche Meinung in der italienischen Krisis und die Anfänge des Nationalvereins in Württemberg 1859, phil. Diss. Tübingen 1934.
Bahne, Siegfried, Vor dem Konflikt. Die Altliberalen in der Regentschaftsperiode der »Neuen Ära«, in: U. Engelhardt u. a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 154–196.
Balser, Frolinde, Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, 2 Bde., Stuttgart 1962.
Bamberger, Ludwig, Erinnerungen, hrsg. v. Paul Nathan, Berlin 1899.
Bamberger, Ludwig, Juchhe nach Italia [1859], in: Gesammelte Schriften, Bd. 3: Politische Schriften 1848–1868, Berlin 1895, S. 159–192.
Bamberger, Ludwig, Alte Parteien und neue Zustände [1866], in: Gesammelte Schriften, Bd. 3: Politische Schriften 1848–1868, Berlin 1895, S. 293–336.
Bandmann, Otto, Die deutsche Presse und die nationale Frage 1864–66, phil. Diss. Leipzig 1909.
Barmeyer, Heide, Die hannoverschen Nationalliberalen 1859–1885, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 53 (1981), S. 65–85.

Bartel, Horst, Ernst Engelberg (Hrsg.), Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen, Bd. 1, Berlin (Ost) 1971.

Barth, Karl, Rede zur Zeit des Jubiläums der Leipziger Befreiungs-Schlacht. Gehalten im Großdeutschen Reform-Vereine zu Legau, Augsburg 1863.

Bauer, Edgar, Konfidentenberichte über die europäische Emigration in London 1852–1861, hrsg. v. Erik Gamby, Trier 1989.

[Baumgarten, Hermann], Denkschrift des vaterländischen Vereins zu Braunschweig über die Organisation der Partei an die Versammlung in Gotha, Beilage zu Nr. 154 der Deutschen Reichs-Zeitung, Braunschweig, 30. 6. 1849.

[Baumgarten, Hermann], Deutschland und die italienische Frage. Zur Verständigung zwischen Nord und Süd, Nördlingen 1859.

Baumgarten, Hermann, Ludwig Jolly, Staatsminister Jolly. Ein Lebensbild, Tübingen 1897.

Baumgarten, Hermann, Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik. 1866, hrsg. v. Adolf M. Birke, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1974.

[Baumgarten, Hermann], Partei oder Vaterland. Ein Wort an die norddeutschen Liberalen, Frankfurt a. M. 1866.

Baumgarten, Hermann, Die deutsche Presse und die Frankfurter Pfingstversammlung, Frankfurt a. M. 1862.

Baumgarten, Hermann, Protokoll der in Frankfurt a. M. am 8. Juni 1862 abgehaltenen Versammlung, o. Ort u. Jahr (1862).

Bayerische Wochenschrift, hrsg. v. Karl Brater, München, 2. 4. 1859–24. 9. 1859.

Bazillion, Richard J., Modernizing Germany. Karl Biedermann's career in the kingdom of Saxony, 1835–1901, New York/Bern/Frankfurt a. M./Paris 1990.

Bebel, August, Aus meinem Leben, Berlin (Ost) [7]1989.

Bechstein, Konrad, Die öffentliche Meinung Thüringens und die deutsche Frage 1864–1866, in: Zeitschrift des Vereins für thüringische Geschichte und Altertumskunde, Bd. NF 25 (1922/24), S. 138–193, Bd. NF 26 (1926), S. 65–139.

Bechstein, Konrad, Fedor Streit. Ein Kämpfer für Einheit und Freiheit 1848, 1859, 1866, Coburg 1925.

Becker, Hermann, Meine Candidatur zum Abgeordnetenhause, Dortmund 1862.

Becker, Hermann, Gegen die Militärvorlage, Berlin 1863.

Becker, Josef, Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden. 1860–1876, Mainz 1973.

Bedford, Francis, Coburg 1857 im Spiegel früher Photographien. 32 Schwarzweiß-Photographien, Coburg [1988].

Behrend-Rosenfeld, Elsbeth, Die politischen Ideen Oskar v. Wydenbrugks nach seinen Schriften und nach seiner Tätigkeit, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte und Altertumskunde, Bd. NF 25 (1922/24), S. 105–137, Bd. NF 26 (1926), S. 141–172, 185–225.

Der Beobachter. Ein Volksblatt aus Schwaben, Stuttgart, 1861–1864.

Berdahl, Robert M., Der deutsche Nationalismus in neuer Sicht, in: H. A. Winkler (Hrsg.), Nationalismus, Königstein/Ts. 1978, S. 138–154.

Berding, Helmut (Hrsg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984.

Berding, Helmut (Hrsg.), Vom Staat des Ancien Régime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder zu seinem 70. Geburtstag, München/Wien 1978.

Bergengruen, Alexander, David Hansemann, Berlin 1901.

Bergsträsser, Ludwig, Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München [10]1960.

Bergsträsser, Ludwig, Die Heidelberger »Deutsche Zeitung« und ihre Mitarbeiter, in: Historische Vierteljahresschrift 31 (1937), S. 127–161, S. 343–374.

Bernhardi, Theodor v., Aus dem Leben des Theodor v. Bernhardi, Bde. 4–6, Leipzig 1895–1897.

Bernstein, A[aron], Schulze-Delitzsch. Leben und Wirken, Berlin 1879.

Bernstein, Eduard, Die Briefe Johannes Miquels an Karl Marx, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie 32,2 (1914), S. 4–6, 65–75.

Bernstein, Eduard, Johannes Miquel über Karl Marx und seine Abwendung von ihm, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie 32,2 (1914), S. 188–196.

Beseler, Wilhelm, Das deutsche Interesse in der italienischen Frage, Leipzig 1859.

Best, Heinrich, Der »Ausschluß«. Elitenstruktur und die kleindeutsche Lösung 1848/49. Ergebnisse einer kollektiven Biographie der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, in: Bericht über den 16. Österreichischen Historikertag vom 3. bis 7. September 1984, Wien 1985, S. 609–619.

Best, Heinrich, Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland, Göttingen 1980.

Beust, Friedrich Ferdinand Graf v., Aus drei Viertel-Jahrhunderten. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Bd. 1: 1809–1866, Stuttgart 1887.

Biedermann, Karl, Fünfzig Jahre im Dienst des nationalen Gedankens. Aufsätze und Reden, Breslau 1892.

[Biedermann, Karl], Bericht über den ersten Deutschen Journalistentag, gehalten zu Eisenach am 22. Mai 1864, Leipzig 1864.

Biedermann, Karl, Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte, Bd. 2, Breslau 1887.

[Biedermann, Karl], Die Savoyer Frage. Denkschrift an Preussens Staatsmänner von einem deutschen Patrioten, Weimar 1860.

Biefang, Andreas, Hermann Heinrich Becker (1820–1885), in: Rheinische Lebensbilder 13 (1993), S. 153–181.

Biermann, Wilhelm, Franz Leo Benedikt Waldeck. Ein Streiter für Freiheit und Recht, Paderborn 1928.

Allgemeine deutsche Biographie, hg. durch die historische Kommission bei der königlichen Akademie der Wissenschaften, Bde. 1–56, Leipzig 1875–1912.

Altpreußische Biographie, hg. im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesgeschichte, Bd. 1, Königsberg 1941.

Badische Biographien, hrsg. v. Fr. v. Weech, A. Krieger, Bd. 5, Heidelberg 1905.

Bremische Biographie des neunzehnten Jahrhunderts, hrsg. v. d. Historischen Gesellschaft des Künstlervereins, Bremen 1912.

Neue deutsche Biographie, hg. von der historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bde. 1–16, Berlin 1953–1990.

Birke, Adolf M., Günther Heydemann (Hrsg.), Die Herausforderung des internationalen Staatensystems. Nationale Ideologie und staatliches Interesse zwischen Restauration und Imperialismus, Göttingen/Zürich 1989.

Bismarck, Otto v., Die gesammelten Werke, Bde. 4–6/1: Politische Schriften 1862–1867, hrsg. v. Friedrich Thimme, Berlin 1925–1929.

Bittel, Karl, Eduard Pfeiffer und die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung, München/Leipzig 1915.

Blackbourn, David, Geoff Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980.

Blackbourn, David, Geoff Eley, The Peculiarities of German History. Bourgois Society and Politics in Nineteenth-Century Germany, Oxford/New York 1984.

Bleiber, Helmut (Hrsg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871, Berlin (Ost) 1977.

Bleiber, Helmut, Polenvereine 1831–1832, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 576–582.

[Blind, Karl], Der Anschlag der »Ersten Theilung« Deutschlands. Ein Sendschreiben zu Händen des Nationalvereins in Coburg, London 1860.

[Blind, Karl], Offener Brief der Gesellschaft der Vaterlandsfreunde zu London an den Ausschuß des Vereins der Deutschen National-Partei zu Frankfurt am Main, [London 1859].

Blum, Hans, Vorkämpfer der deutschen Einheit. Lebens- und Charakterbilder, Berlin 1899.

Blum, Hans, Die Totenfeier eines deutschen Flüchtlings, in: Gartenlaube. Illustriertes Familienblatt, Nr. 46 (1862), S. 731–736.

Bluntschli, Johann Kaspar, Denkwürdiges aus meinem Leben, Bde. 2–3, Nördlingen 1884.

[Bluntschli, Johann Kaspar], Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren. Wörtlicher Abdruck des Kommissionalberichts an die H. Regierung des Standes Zürich, Zürich 1843.

[Bluntschli, Johann Kaspar], Die Neugestaltung von Deutschland und der Schweiz, Zürich 1867.

Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft während der Reichsgründungszeit 1848–1881, Köln/Berlin 1966.

Böhme, Helmut (Hrsg.), Probleme der Reichsgründerzeit 1848–1879, Köln/Berlin 1968.

Böhmert, Viktor, Deutschlands wirtschaftliche Neugestaltung, in: PrJbb. 18 (1866), S. 269–304.

Böhmert, Victor, Die Entstehung des Volkswirtschaftlichen Kongresses vor 25 Jahren (Zur Erinnerung an Schulze-Delitzsch, Huber, Lette und Prince-Smith), in: VjsVW 21 (1884), S. 193–225.

Böhmert, Viktor, Rückblicke und Ausblicke eines Siebzigers, Dresden 1900.

Börner, Karl Heinz, Bourgeoisie und Neue Ära in Preußen, in: H. Bleiber (Hrsg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871, Berlin (Ost) 1977, S. 395–432.

Börner, Karl Heinz, Die Krise der preußischen Monarchie von 1858–1962, Berlin (Ost) 1976.

Böse, Heinz-Günther, Ludwig Simon von Trier (1819–1872). Leben und Anschauungen eines rheinischen Achtundvierzigers, phil. Diss. (masch.) Mainz 1951.

Boldt, Werner, Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution von 1848. Darstellung und Dokumentation, Paderborn 1971.

Boldt, Werner, Die württembergischen Volksvereine von 1848 bis 1852, Stuttgart 1970.

Bollmann, Karl, Der Herzog von Coburg und mein Austritt aus seinen Diensten, Hamburg 1861.

Bollmann, Karl, Dem Nationalverein, Kopenhagen 1862.

Bosl, Karl (Hrsg.), Bayerische Biographie, 2 Bde., Regensburg 1983–1988.

Der Bote vom Niederrhein, hrsg. v. Friedrich Albert Lange, 1. 10. 1865 – 29. 6. 1866, (Reprint Duisburg 1968).

Botzenhart, Manfred, Das preußische Parlament und die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1848, in: G. A. Ritter (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1983, S. 14–40.

Botzenhart, Manfred, Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850, Düsseldorf 1977.

Botzenhart, Manfred, Franz Leo Benedikt Waldeck (1802–1870), in: Westfälische Lebensbilder 13 (1985), S. 108–129.

Boysen, Carl, Ludwig Graf zu Reventlow. Ein Beitrag zur Geschichte der Jahre 1863–1866, in: ZSHG 61 (1933), S. 451–488.

Brandt, Harm-Hinrich, Liberalismus in Österreich zwischen Revolution und Großer Depression, in: D. Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988, S. 136–160.

Brandt, Hartwig, Zu einigen Liberalismusdeutungen der siebziger und achtziger Jahre, in: GG 17 (1991), S. 512–530.

Brandt, Hartwig, Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987.

Brandt, Hartwig, Republikanismus im Vormärz. Eine Skizze, in: K. Malettke (Hrsg.), 175 Jahre Wartburgfest. 18. Oktober 1817 – 18. Oktober 1992. Studien zur politischen Bedeutung und zum Zeithintergrund der Wartburgfeier, Heidelberg 1992, S. 121–152.

[Brater, Karl], Was will Deutschland im Kriege?, München 1859.

Brater, Karl, Preußen und Bayern in der Sache der Herzogthümer, Nördlingen 1864.

Braun, Harald, Geschichte des Turnens in Rheinhessen. Ein Beitrag zur wechselseitigen Beeinflussung von Politik und Turnen, Bd. 2: 1850–1918, Alzey 1987.

Braun, Karl, Auf dem Marsch zur Freiheit. Erinnerungen an den deutschen Vereinstag zu Braunschweig am 4. August 1866, in: ders., Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei, Bd. 2, Leipzig 1869, S. 1–44.

Brederlow, Jörn, »Lichtfreunde« und »Freie Gemeinden«. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49, München/Wien 1976.

Breidenbach, Wilhelm, Friedrich Lang, in: Nassauische Lebensbilder 3 (1948), S. 219–232.

Bremer Handelsblatt, red. v. Viktor Böhmert (1861–63 von Arwed Emminghaus, 1866–67 von August Lammers), Bremen, 1857–63, 1866–67.

Breuilly, John, Wieland Sachse, Joachim Friedrich Martens (1806–1877) und die Deutsche Arbeiterbewegung, Göttingen 1984.

Bruckmüller, Ernst, Ein »deutsches« Bürgertum? Zu Fragen nationaler Differenzierung bürgerlicher Schichten in der Habsburgermonarchie vom Vormärz bis um 1860, in: GG 16 (1990), S. 343–354.

Rolf Brütting, Fürstlicher Liberalismus und deutscher Nationalstaat – Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha und der »Coburger Kreis« im letzten Jahrzehnt des Deutschen Bundes 1857–1866, in: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 36 (1991), S. 19–220.

Buddruss, Eckhard, Zum Wandel des deutschen Italienbildes vor 1866 – die Auseinandersetzung um die Anerkennung des Königreichs Italien in Bayern und Württemberg, in: Annali dell' Istituto storico italo-germanico in Trento 13 (1987), S. 327–350.

Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien, 3 Bde., Berlin (Ost) 1970–1984.

Die Bundesexekution und was wir Schleswig-Holsteiner dabei zu thun haben, Hamburg ²1863.

Das erste deutsche Bundesschießen und seine Bedeutung. Ein Wort an Nord- und Süddeutschland, Frankfurt a. M. 1862.

Burg, Peter, Die Triaspolitik im Deutschen Bund. Das Problem einer partnerschaftlichen Mitwirkung und eigenständigen Entwicklung des Dritten Deutschlands, in:

H. Rumpler (Hrsg.), Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation, Wien/München 1990, S. 136–161.

Busch, Moritz, Neue Tagebuchblätter, Leipzig 1879.

Busch, Moritz, Tagebuchblätter, Bd. 3, Leipzig 1899.

Busch, Moritz, Das Übergangsjahr in Hannover, Leipzig 1867.

Bussche, Alexander v., Heinrich Alexander von Arnim. Liberalismus, Polenfrage und deutsche Einheit, Osnabrück 1986.

Bußmann, Walter, Zur Geschichte des Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: H. Böhme (Hrsg.), Probleme der Reichsgründungszeit, Köln/Berlin 1968, S. 85–103.

Cahn, Wilhelm (Hrsg.), Aus Eduard Laskers Nachlaß. Erster Teil, Berlin 1902.

Carsten, Francis L., August Bebel und die Organisation der Massen, Berlin 1991.

Cervelli, Innocenzo, Deutsche Liberale im Vormärz. Profil einer politischen Elite (1833–1847), in: W. Schieder (Hrsg.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 312–340.

Coburger Arbeiterzeitung/Allgemeine Deutsche Arbeiterzeitung, hg. vom Arbeiterfortbildungsverein in Coburg, 25. 12. 1862–8. 8. 1866 (Reprint, 2 Bde., Leipzig 1977).

Conrad, Horst, Bernd Haunfelder, Preußische Parlamentarier. Ein Photoalbum 1859–1867, Düsseldorf 1986.

Conze, Werner, Möglichkeiten und Grenzen der liberalen Arbeiterbewegung in Deutschland. Das Beispiel Schulze-Delitzsch, in: H. J. Varain (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973, S. 85–102.

Conze, Werner, Dieter Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966.

Daebel, Joachim, Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64, phil. Diss. Köln 1969.

Dalwigk, Reinhard v., Die Tagebücher des Freiherrn von Dalwigk zu Lichtenfels aus den Jahren 1860–1870, hrsg. v. W. Schüßler, Berlin 1920.

Dann, Otto, Die Anfänge politischer Vereinsbildung in Deutschland, in: U. Engelhardt u. a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung, Stuttgart 1976, S. 197–232.

Dann, Otto, Der deutsche Bürger wird Soldat. Zur Enstehung des bürgerlichen Kriegsengagements in Deutschland, in: R. Steinweg (Hrsg.), Lehren aus der Geschichte? Historische Friedensforschung, Frankfurt a. M. 1990, S. 61–84.

Dann, Otto (Hrsg.), Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein europäischer Vergleich, München 1981.

Dann, Otto, Die Lesegesellschaften und die Herausbildung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft in Europa, in: ders. (Hrsg.), Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation, München 1981, S. 9–28.

Dann, Otto, Der moderne Nationalismus als Problem der historischen Entwicklungsforschung, in: ders. (Hrsg.), Nationalismus und sozialer Wandel, Hamburg 1978, S. 9–22.

Dann, Otto (Hrsg.), Nationalismus und sozialer Wandel, Hamburg 1978.

Dann, Otto, Nationalismus und sozialer Wandel in Deutschland 1806–1850, in: ders. (Hrsg.), Nationalismus und sozialer Wandel, Hamburg 1978, S. 77–128.

Dann, Otto, Geheime Organisierung und politisches Engagement im deutschen Bürgertum des frühen 19.Jahrhunderts. Der Tugendbundstreit in Preußen, in: P.-C. Ludz (Hrsg.), Geheime Gesellschaften, Heidelberg 1979, S. 399–428.

Dann, Otto (Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft, München 1984.

Kurze geschichtliche Darstellung der Gründung des Nationalen Vereins auf dem am 3., 4. und 5. November 1848 zu Cassel von Abgeordneten politischer Vereine Deutschlands, [Kassel 1848].

Deffner, Carl, Der französisch-preußische Handelsvertrag. Beiträge zu dessen Beurtheilung verfaßt im Auftrage des Comités der Gegner des Vertrags. Die nationale Seite des Vertrags, Stuttgart 1863.

Dehio, Ludwig, Beiträge zu Bismarcks Politik im Sommer 1866 unter Benutzung der Papiere Robert von Keudells, in: FBPG 46 (1934), S. 147–165.

Dehio, Ludwig (Hrsg.), Die preußischen Demokraten und der Krieg von 1866. Aus dem Briefwechsel von Karl Rodbertus mit Franz Ziegler, in: FBPG 39 (1927), S. 229–259.

Dehio, Ludwig, Die Taktik der Opposition während des Konfliktes, in: HZ 140 (1929), S. 279–347.

Delbrück, Rudolph v., Lebenserinnerungen 1817–1867. Mit einem Nachtrag aus dem Jahre 1870, Bd. 2, Leipzig 1905.

Demokratie und Nationalität. Antwort auf die »Demokraten-Stimme aus der freien Schweiz«, Hamburg [1864].

Demokratische Studien, hrsg. v. Ludwig Walesrode, Hamburg, Bde. 1–2, 1860–1861.

Denk, Heinz, Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus und zum konstitutionellen Reichstag des Norddeutschen Bundes in der Stadt Köln in den Jahren 1848–1867, phil. Diss. (masch.) Bonn 1954.

Denkschrift des Vereins für Handelsfreiheit in Hamburg an den ersten deutschen Handelstag in Heidelberg betreffend die künftige Organisation des Zollvereins, Hamburg 1861.

Deutsch, Karl W., National and Social Communication. An Inquiery into the Foundations of Nationality, Cambridge (Massachusetts)/London [2]1966.

Deutsch, Karl W., Nationenbildung, Nationalstaat, Integration, hrsg. v. A. Ashkenasi u. P. Schulze, Düsseldorf 1972.

Der Deutsche Eidgenosse, Zweimonatsschrift, hrsg. v. Verein Deutsche Freiheit und Einheit, London/Hamburg 15. 3. 1865–Mai 1867 (Reprint Glashütten/Taunus 1973).

Deutsche Jahrbücher für Politik und Literatur, red. v. Heinrich Bernhard Oppenheim, Berlin, Bde. 1–13, 1861–1864.

Deutsche Schützen- und Wehrzeitung. Organ des deutschen Schützenbundes. Zeitschrift zur Besprechung von Schützen-, Turn- und Wehrangelegenheiten, Coburg, 5. 10. 1861–31. 12. 1863.

Deutsche Turn- und Volkswehrzeitung, hrsg. v. Fedor Streit, Coburg, Nr. 1–5, 15. 7. 1861–15. 9. 1861.

Deutsche Turn-Zeitung. Blätter für die Interessen des gesammten Turnwesens, redigiert v. Max Rose (seit 1860 v. Ferdinand Götz), Leipzig, 1856–1865.

Deutsche Wehrzeitung. Organ des deutschen Offizierstages, hg. von einer Anzahl Offizieren außer Dienst, Coburg, Nr. 1–62, 15. 1. 1864–28. 3. 1865.

Deutsches Wochenblatt. Organ der deutschen Volkspartei, hrsg. v. Ludwig Eckardt, Mannheim, 22. 12. 1864–22. 9. 1867.

Politischer Dialog zwischen einem Bayern und einem Preußen, Berlin 1859.

Diezel, Gustav, Die Bildung einer nationalen Partei in Deutschland, eine Notwendigkeit in der jetzigen Krise Europas, Gotha 1855.

Dorn, Karl, Die Anfänge der Deutschen Fortschrittspartei in Bayern, phil. Diss. (masch.) München 1922.

Dowe, Dieter, Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820–1852, Hannover 1970.

Droysen, Johann Gustav, Briefwechsel, Bd. 2: 1851–1884, hrsg. v. Rudolf Hübner, Berlin/Leipzig 1929.

Droz, Jacques, L'opinion publique dans la Province Rhenane au cours du conflict austro-prussien 1864–66, Bonn 1932.

Duckwitz, A[rnold], Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841–1866. Ein Beitrag zur bremischen und deutschen Geschichte, Bremen 1877.

Düding, Dieter, Die deutsche Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts als Vereinsbewegung. Anmerkungen zu ihrer Struktur und Phänomenologie zwischen Befreiungskriegszeitalter und Reichsgründung, in: GWU 42 (1991), S. 601–624.

Düding, Dieter, Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung, und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung, München 1984.

Düding, Dieter, Nationale Oppositionsfeste der Turner, Sänger und Schützen im 19. Jahrhundert, in: ders. u. a., (Hrsg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum ersten Weltkrieg, Reinbeck 1988, S. 166–190.

Düding, Dieter, Peter Friedemann, Paul Münch (Hrsg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum ersten Weltkrieg, Reinbek 1988

Dülmen, Richard v., Die Gesellschaft der Aufklärer. Zur bürgerlichen Emanzipation und aufklärerischen Kultur in Deutschland, Frankfurt a. M. 1986.

Duncker, Max, Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß, hrsg. v. Johannes Schultze, Stuttgart/Berlin 1923 (Reprint Osnabrück 1967).

Eckardt, Fritz, Die turnerische Bewegung von 1848/49, Frankfurt a. M. 1925.

Eckardt, Julius, Lebenserinnerungen, Bd. 1, Leipzig 1910.

Eckardt, Ludwig, Deutschösterreich in seinen Beziehungen zu Deutschland. Eine den Führern der deutschen Bewegung gewidmete Denkschrift, hg. und bevorwortet von F. Lang, Ausschußmitglied des deutschen Abgeordnetentages, Wiesbaden 1863.

Eckardt, Ludwig, Fichte, ein Vorbild des deutschen Volkes, und seine Bedeutung für die Gegenwart. Öffentlicher Vortrag an der Fichtefeier am 19. Mai 1862, im Rathaussaale zu Karlsruhe, Karlsruhe 1862.

Eckardt, Ludwig, Politische Flugblätter, Nr. 1–5, Mannheim 1866.

Eckardt, Ludwig, Nationalität oder Freiheit? Centralisation oder Föderation? Ideen zu einer geschichtsphilosophischen Würdigung des begonnenen Weltkriegs. Eine Frage an die Völker Europas in den Tagen einer neuen napoleonischen Zeit und neuer drohender Weltkämpfe, Wenigenjena 1859.

Eckardt, Ludwig, Für Schleswig-Holstein und zur deutschen Lage. Öffentlicher Vortrag in der Volksversammlung vom 13. Juni 1863 zu Mannheim, auf Beschluß der Versammlung durch die geschäftsführenden Mitglieder des Nationalvereins veröffentlicht, Mannheim 1863.

Eckardt, Ludwig, Die Völkerschlacht von Leipzig in ihrer Bedeutung für Deutschlands Vergangenheit und Zukunft. Vortrag zur Vorfeier, Leipzig den 17. Okt. 1863, Leipzig/Wenigenjena 1863.

Eckert, Georg (Hrsg.), Friedrich Albert Lange. Über Politik und Philosophie. Briefe und Leitartikel 1862–1875, Duisburg 1968.

Eichel, Wolfgang, Vom »Allgemeinen Deutschen Turnbund« zur »Deutschen Turnerschaft« – eine entscheidende Wende in der Geschichte der deutschen Körperkultur (1849–1871), paed. habil. (masch.) Leipzig 1965.

Eichmeier, Jens-Peter, Anfänge liberaler Parteibildung (1847–1854), phil. Diss. Göttingen 1968.

Eisfeld, Gerhard, Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858–1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Hannover 1969.

Elben, Otto, Lebenserinnerungen 1823–1899, Stuttgart 1931.

Ellissen, O. A., Friedrich Albert Lange. Eine Lebensbeschreibung, Leipzig 1891.

Eley, Geoff, State formation, nationalism and political culture: some thougths on the unification of Germany, in: ders., From unification to nazism. Reinterpreting the German past, Boston 1986, S. 61–84.

Emminghaus, A[rwed], Entwicklung, Krisis und Zukunft des Deutschen Zollvereins, Leipzig 1863.

Emminghaus, A[rwed], Geschichte der Lebensversicherungsbank für Deutschland zu Gotha. Zur Feier der fünfzigsten Wiederkehr des Tages der Begründung der Bank, Weimar 1877.

Emminghaus, A[rwed], August Lammers. Lebensbild eines deutschen Publizisten und Pioniers der Gemeinnützigkeit aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, Dresden 1908.

Enbring-Romang, Udo, Karl Rodbertus (1805–1875). Sozialismus, Demokratie und Sozialreform. Studien zu Leben und Werk, Pfaffenweiler 1990.

Engelberg, Ernst, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, München 1991.

Engelberg, Ernst (Hrsg.), Im Widerstreit um die Reichsgründung. Eine Quellensammlung zur Klassenauseinandersetzung in der deutschen Geschichte 1849–1871, bearb. v. Rolf Weber, Berlin (Ost) 1970.

Engelhardt, Ulrich, Volker Sellin, Horst Stuke (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976.

Epkenhans, Michael, Westfälisches Bürgertum, preußische Verfassungsfrage und Nationalstaatsgedanke 1830–1871, in: K. Teppe, M. Epkenhans (Hrsg.): Westfalen und Preußen. Integration und Regionalismus, Paderborn 1991, S. 125–147.

Eras, Wolfgang, Der Kongreß deutscher Volkswirthe; seine Entstehung und seine IX. Jahresversammlung, in: Jahrbücher für Volkswirthschaft 1 (1867), S. 138–164.

Erdmann, Jürgen (Hrsg.), 200 Jahre Friedrich Rückert. 1788–1866. Dichter und Gelehrter. Katalog der Ausstellung, Coburg 1988.

Erdmann, Manfred, Die verfassungspolitische Funktion der Wirtschaftsverbände in Deutschland 1815–1871, Berlin 1968.

Ernst, Sigrid, Klara v. Eyll, Bibliographie zur Geschichte und Organisation der Industrie- und Handelskammern und des Deutschen Industrie- und Handelstags, Bonn 1986.

Ernst II., Herzog v. Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, 3 Bde., Berlin 1887–1889.

Faber, Karl-Georg, Realpolitik als Ideologie. Die Bedeutung des Jahres 1866 für das politische Denken in Deutschland, in: HZ 203 (1966), S. 1–45.

Faber, Karl-Georg, Strukturprobleme des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Der Staat 14 (1975), S. 202–227.

Färber, Hans, Der Liberalismus und die kulturpolitischen Fragen in Baden von 1850–1870, phil. Diss. (masch.) Freiburg 1959.

Fassbender-Ilge, Monika Hildegard, Liberalismus, Wissenschaft, Realpolitik. Untersuchung des »Deutschen Staats-Wörterbuchs« von Johann Caspar Bluntschli und Karl Brater als Beitrag zur Liberalismusgeschichte zwischen 48er Revolution und Reichsgründung, Frankfurt a. M. 1981.

Faulenbach, Bernd, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

Fehrenbach, Elisabeth, Preußen-Deutschland als Faktor der französischen Außenpolitik in der Reichsgründungszeit, in: E. Kolb (Hrsg.), Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880, München 1980, S. 109–138.

Fehrenbach, Elisabeth, Die Reichsgründung in der deutschen Geschichtsschreibung, in: T. Schieder, E. Deuerlein (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970, S. 259–290.

Fehrenbach, Elisabeth, Bürokratische Verfassungspolitik und gesellschaftliche Bewegung. Zur sozialen Basis des deutschen Frühliberalismus, in: K. D. Bracher, P. Mikat, K. Repgen, M. Schumacher, H.-P. Schwarz (Hrsg.): Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag, Berlin 1992, S. 47–58.

Fehrenbach, Elisabeth, Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815–1871, München 1992.

Fenske, Hans (Hrsg.), Der Weg zur Reichsgründung 1850–1870, Darmstadt 1977.

Ferres, Martin, Heinrich v. Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 bis 1862, Berlin 1930.

Fesser, Gerd, Zur Klassenbasis des Deutschen Nationalvereins und seiner Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung, in: S. Schmidt (Hrsg.), Politik und Ideologie des bürgerlichen Liberalismus im Revolutionszyklus zwischen 1789 und 1917, Jena 1983, S. 46–52.

Fesser, Gerd, Linksliberalismus und Arbeiterbewegung. Die Stellung der Deutschen Fortschrittspartei zur Arbeiterbewegung 1861–1866, Berlin (Ost) 1976.

Fesser, Gerd, Deutscher Nationalverein (Nationalverein) 1859–1867, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 201–215.

Fesser, Gerd, Adolf Streckfuß und der Berliner »Volkstümliche Wahlverein« im Jahre 1861, in: WZ Jena 21 (1972), S. 285–290.

Fesser, Gerd, Zur Struktur und politischen Konzeption der Deutschen Fortschrittspartei in der Konfliktszeit, in: H. Bleiber (Hrsg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871, Berlin (Ost) 1977, S. 457–474.

Das Fest der Abgeordneten von Rheinland-Westphalen gehalten zu Köln am 18. und 19. Juli 1863. Vollständiger Festbericht, Leipzig 1863.

Die Fichte-Feier der Berliner Mitglieder des National-Vereins. 19. Mai 1862, Ein Erinnerungsblatt, Berlin 1862.

[Fischer, Marie], Ein Lebensbild des verewigten Präsident Dr. Lette. Zu seinem 100jährigen Geburtstag, Berlin ²1899.

Fischer, Wolfram, Unternehmerschaft, Selbstverwaltung und Staat, Berlin 1964.

Flora, Peter, Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, Opladen 1974.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. I. [Hermann Schulze-Delitzsch, ohne Titel], Gotha 1860.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. II. [Theodor Lehmann, ohne Titel], Gotha 1860.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. III. [August Ludwig Reyscher:] Die Bundes-Kriegsverfassung, Coburg 1861.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. IV. [Karl Brater:] Politischer Bericht des Vereins-Ausschusses, erstattet in der zweiten Generalversammlung in Heidelberg, Coburg 1861.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. V. [Heinrich Rickert:] Die deutsche Flotte, Coburg 1861.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. VI. [Karl Brater:] Politischer Bericht des Vereinsausschusses, erstattet in der dritten Generalversammlung in Coburg, Coburg 1862.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. VII. [Gottlieb Planck:] Für die Reichsverfassung vom 28. März 1849, Coburg 1862.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. VIII. [Johannes Miquel:] Politischer Bericht des Ausschusses erstattet in der vierten Generalversammlung zu Leipzig, Coburg 1863.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. IX. [Karl Brater:] Politischer Bericht erstattet in der fünften Generalversammlung des Nationalvereins in Eisenach, Coburg 1864.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. X. [Karl Brater:] Politischer Bericht erstattet an die sechste Generalversammlung zu Frankfurt a. M. vom Vereinsvorstande, Frankfurt a. M. 1865.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. XI. [Ludwig August Rochau:] Die Lage des Nationalvereins im Anfange des Jahres 1866, Frankfurt a. M. 1866.

Flugblätter des Deutschen Nationalvereins. Nr. XII. [Lorenz Nagel?:] Der Nationalverein vor den Parlamentswahlen, Frankfurt a. M. 1867.

Foerster, Cornelia, Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes, Trier 1982.

Foerster, Cornelia, Sozialstruktur und Organisationsformen des Deutschen Preß- und Vaterlandsvereins von 1832/33, in: W. Schieder (Hrsg.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 147–166.

Die Fortschrittspartei in Erlangen in den Jahren 1864–1866, ihre Konsequenz und Überzeugungstreue. Ein Beitrag zur Kenntnis der national-liberalen Partei überhaupt, Nürnberg 1869.

Frankfurter Journal, Frankfurt a. M., 1858–1859.

Franz, Georg, Liberalismus. Die deutsch-liberale Bewegung in der habsburgischen Monarchie, München 1955.

Frensdorff, F[erdinand], Gottlieb Planck, deutscher Jurist und Politiker, Berlin 1914.

Frey, Theodor, Lebens-Erinnerungen und Erlebnisse. Biographische Skizzen, Eberbach 1896.

Freytag, Gustav, Politische Aufsätze, in: Gesammelte Werke, erste Serie, Bd. 7, Leipzig/Berlin o. J.

Freytag, Gustav, Erinnerungen aus meinem Leben, in: Gesammelte Werke, zweite Serie, Bd. 8, Leipzig/Berlin o. J.

Freytag, Karl, Karl Mathy, in: Gesammelte Werke, zweite Serie, Bd. 8, Leipzig/Berlin o. J.

Fricke, Dieter, Maxi Giersch, Der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen (ZWAK) 1844 bis etwa 1916, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 544–551.

Fröbel, Julius, Deutschland und der Friede von Villafranca, Frankfurt a. M. 1859.

Fröbel, Julius, Ein Lebenslauf. Aufzeichnungen, Erinnerungen und Bekenntnisse, Bd. 2, Stuttgart 1891.

Frölich, Jürgen, Die Berliner »Volks-Zeitung« 1853 bis 1867. Preußischer Linksliberalismus zwischen »Reaktion« und »Revolution von oben«, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1990.

Fülling, Erich, Die preußischen Altliberalen im Heeresreform- und Verfassungskampf und die Entstehung der nationalliberalen Partei, phil. Diss. Marburg 1933.

Gaedertz, Karl Theodor, Aus Fritz Reuters jungen und alten Tagen. Neues über des Dichters Leben und Werden auf Grund ungedruckter Briefe und Dichtungen, Bd. 3, Wismar 1901.

Gaedertz, Karl Theodor, Fritz Reuter-Reliquien, Wismar 1885.

Gagel, Walter, Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen liberalen Parteien 1848–1918, Düsseldorf 1958.

[Gaisberg, A. v.], Grundzüge über Gründung und Ausbildung von Jugendwehren (Wehrvereinen), Stuttgart 1863.

Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1983.

Gall, Lothar: Bürgertum in Deutschland, Berlin 1989.
Gall, Lothar, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890, München/Wien 1984.
Gall, Lothar, Ludwig Häusser als Historiker und Politiker des kleindeutschen Liberalismus, in: Ruperto Carola 41 (1967), S. 82–90.
Gall, Lothar, Liberalismus und »bürgerliche Gesellschaft«. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Gesellschaft in Deutschland, in: HZ 220 (1975), S. 324–356.
Gall, Lothar, Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1968.
Gall, Lothar, Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, in: HZ 228 (1979), S. 98–108.
Gall, Lothar (Hrsg.), Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert, München 1990.
Gasch, Rudolf (Hrsg.), Justus Carl Lion (13. März – 30. Mai 1901). Sein Briefwechsel mit Alwin Martens und anderes von ihm, Leipzig 1929.
Gebauer, J. H., Herzog Friedrich VIII. von Schleswig-Holstein, Stuttgart/Berlin 1912.
Gebhardt, Hartwig, Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49, Hamburg 1974.
Gebhardt, Walter, Die deutsche Politik der Augsburger Allgemeinen Zeitung 1859–1866, phil. Diss. München 1935.
Genée, Rudolph, Zeiten und Menschen. Erlebnisse und Meinungen, Berlin 1897.
Gensel, Julius, Der deutsche Handelstag in seiner Entwicklung und Tätigkeit 1861–1901, Berlin 1902.
Georgii, Theodor, Aufsätze und Gedichte. Eine Sammlung, eingeleitet von J. C. Lion, Hof 1885.
Georgii, Theodor (Hrsg.), Das erste deutsche Turn- und Jugendfest zu Coburg den 16.–19. Juni 1860, Leipzig 1860.
Gerteis, Klaus, Leopold Sonnemann. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Nationalstaatsgedankens in Deutschland, Frankfurt a. M. 1970.
Geschichte der Frankfurter Zeitung. Volksausgabe, Frankfurt a. M. 1911.
Gluth, Oskar, Wilhelm Bauer. Der Erfinder des unabhängigen Unterseeboots. Sein Werk und seine Enttäuschungen im Rahmen seines Lebens dargestellt, München-Leipzig 1911.
Godechot, Jacques, The new concept of the Nation and its Diffusion in Europe, in: O. Dann, J. Dinwiddy (Hrsg.): Nationalism in the Age of French Revolution, London 1988, S. 13–26.
Goldner, H., Vor 50 Jahren. Zur Enstehungsgeschichte des Deutschen National-Vereins, Eisenach 1909.
Gotthardt, Christian, Industrialisierung, bürgerliche Politik und proletarische Autonomie. Voraussetzungen und Varianten sozialistischer Klassenorganisationen in Nordwestdeutschland 1863 bis 1875, Bonn 1992.
Gottwald, Herbert, Heinz Herz, Deutscher Protestantenverein (DPV) 1863–1945, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 251–257.
Graf, Friedrich Wilhelm, Die Politisierung des religiösen Bewußtseins. Die bürgerlichen Religionsparteien im deutschen Vormärz: Das Beispiel des Deutschkatholizismus, Stuttgart/Bad Cannstatt 1978.
Grambow, Ludolf, Die deutsche Freihandelspartei zur Zeit ihrer Blüte, Jena 1903.
Grandpierre, Ernst, Karl Braun. Ein nassauischer Mitarbeiter am Bau der deutschen Einheit, Idstein 1923.
Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Parteien, Wiesbaden 1962.
Grebing, Helga, Der »deutsche Sonderweg« in Europa 1806–1945. Eine Kritik, Berlin/Köln/Mainz 1986.
Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik und Literatur, hrsg. v. Gustav Freytag u. Julian Schmidt, Leipzig, Bde. 16–25, 1857–1866.

Grew, Raymond, A sterner plan for Italian unity. The Italian National Society in the risorgimento, Princeton 1963.

Grohs, Winfried, Die Liberale Reichspartei 1871–1874. Liberale Katholiken und föderalistische Protestanten im ersten Deutschen Reichstag, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1990.

Grube, Walter, Die Neue Ära und der Nationalverein. Ein Beitrag zur Geschichte Preußens und der Einheitsbewegung, phil. Diss. Marburg 1933.

Grube, Walter, Aus der Geschichte der Einheitsbewegung in Württemberg. Max Duncker im Briefwechsel mit Karl Klüpfel, A. L. Reyscher, Hermann Reuchlin und W. L. Holland 1859–1871, in: Württembergische Vierteljahreshefte für Landesgeschichte 42 (1936), S. 323–356.

Grün, Karl, Geschichte des ersten deutschen Bundesschießens zu Frankfurt am Main, Coburg 1862.

Grünthal, Günther, Parlamentarismus in Preußen 1848/49–1857/58. Preußischer Konstitutionalismus – Parlament und Regierung in der Reaktionsära, Düsseldorf 1982.

[Grumbrecht, Friedrich Wilhelm August], Politische Bertrachtungen für die Gegenwart und die nächste Zukunft von einem alten (nicht Alt-) Liberalen, Bremen 1866.

Gruppe-Kelpanides, Heidemarie, Das Frankfurter Bundesschießen von 1862 – ein »nationales Verbrüderungsfest«. Eine Untersuchung zu deutschen Nationalfesten zwischen 1859 und 1866, in: Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung, NF, Bd. 4, Gießen 1977, S. 19–37.

Gugel, Michael, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857–1867, Köln 1975.

Guhl, Wilhelm, Johannes von Miquel. Ein Vorkämpfer deutscher Einheit, Berlin 1928.

Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1990 (1962).

Hackenberg, Karl E., Der rote Becker. Ein deutsches Lebensbild aus dem neunzehnten Jahrhundert, Leipzig 1902.

Haelschner, Hugo, Otto Jahn, Heinrich Bürgers, Johann Classen-Kappelmann, Aufruf für Schleswig-Holstein. Reden gehalten zu Köln am 20. Dezember 1863, Köln 1863.

[Hänel, Albert]: Aus Schleswig-Holstein an das Preußische Haus der Abgeordneten. Von einem bisherigen Mitgliede der deutschen Fortschrittspartei in Preußen und jetzigen Schleswig-Holsteiner, Berlin 1863.

[Häusser, Ludwig], Beschluß des Deutschen Abgeordnetentages vom 21. August 1863 und dessen Begründung durch Herrn Prof. Häusser aus Heidelberg, Frankfurt a. M. 1863.

Häusser, Ludwig, Die Reform des deutschen Bundestags. Eine Berichterstattung an die in Frankfurt a. M. versammelten Abgeordneten, Frankfurt a. M. 1863.

Häusser, Ludwig, Sylvesterbetrachtungen aus Süddeutschland, in: PrJbb 15 (1865), S. 84–101.

Hagenah, Hermann, Wilhelm Ahlmann. Das Lebensbild eines Schleswig-Holsteiners, [Kiel] 1930.

Hagenah, Hermann, 1863. Die nationale Bewegung in Schleswig-Holstein, in: ZSHG 56 (1927), S. 271–396.

Hahn, Hans-Werner, Altständisches Bürgertum zwischen Beharrung und Wandel. Wetzlar 1689–1870, München 1991.

Hahn, Hans-Werner, Geschichte des Deutschen Zollvereins, Göttingen 1984.

Hahn, Hans-Werner, Hegemonie und Integration. Voraussetzungen und Folgen der preußischen Führungsrolle im Deutschen Zollverein, in: H. Berding (Hrsg.), Wirt-

schaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 45–70.

Hahn, Hans-Werner, Mitteleuropäische oder kleindeutsche Wirtschaftsordnung in der Epoche des Deutschen Bundes, in: H. Rumpler (Hrsg.), Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation, Wien/München 1990, S. 186–214.

Hahn, Hans-Werner, Nassauischer Wahlkampf im preußischen Wetzlar. Ein kleiner Beitrag zu den Landtagswahlen vom Dezember 1864, in: Nassauische Annalen (1989), S. 167–174.

Hambrecht, Rainer, Herzog Ernst II. und der Literarisch-politische Verein, in: H. Bachmann, W. Korn, H. Claus, E. Dobritzsch (Hrsg.), Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha 1818–1893 und seine Zeit, Augsburg 1993, S. 73–90.

Hamerow, Theodore S., The Social Foundation of German Unification 1858–1871, Bd. 1: Ideas and Institutions, Princeton 1969, Bd. 2: Struggles and Accomplishments, Princeton 1972.

[Hammeran, J. A.] (Hrsg.), Stenographische Festblätter Nrn. 1–8. Toaste und Reden vom Festbankett vom 17. bis 22. Juli 1862, [Frankfurt a. M. 1862].

Der deutsche Handelstag 1861–1911, hrsg. v. Deutschen Handelstag, 2 Bde., Berlin 1911–1913.

Der französische Handelsvertrag und seine Gegner. Ein Wort der Verständigung von einem Süddeutschen, Frankfurt a. M. 1862.

Hanisch, Manfred, Für Fürst und Vaterland. Legitimitätsstiftung in Bayern zwischen Revolution 1848 und deutscher Einheit, München 1991.

Hanneken, Arno, Leben und Wirken Wilhelm Emil Angersteins unter besonderer Berücksichtigung seiner Zeit als Turnlehrer in Köln, Diplomarbeit (masch.), Sporthochschule Köln 1989.

[Hansemann, David]: Betrachtungen über den ersten deutschen Handelstag. Aus der Haude und Spenerschen Zeitung besonders abgedruckt mit erläuternden Anmerkungen, Berlin 1861.

Hardegen, Friedrich, H. H. Meier, der Gründer des Norddeutschen Lloyd. Lebensbild eines Bremer Kaufmanns 1809–1898, Berlin/Leipzig 1920.

Hardtwig, Wolfgang, Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewußtsein im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, in: GG 16 (1990), S. 269–295.

Hardtwig, Wolfgang, Politische Gesellschaft und Verein zwischen aufgeklärtem Absolutismus und der Grundrechtserklärung der Frankfurter Paulskirche, in: G. Birtsch (Hrsg.), Grund- und Freiheitsrechte im Wandel von Gesellschaft und Geschichte. Beiträge zur Geschichte der Grund- und Freiheitsrechte vom Ausgang des Mittelalters bis zur Revolution von 1848, Göttingen 1981, S. 336–358.

Hardtwig, Wolfgang, Studentische Mentalität – Politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaften, in: HZ 242 (1986), S. 581–628.

Hardtwig, Wolfgang, Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt, in: HZ 231 (1980), S. 265–324.

Hardtwig, Wolfgang, Protestformen und Organisationsstrukturen der deutschen Burschenschaft 1815–1833, in: H. Reinalter (Hrsg.), Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49, Frankfurt a. M. 1986, S. 37–76.

Hardtwig, Wolfgang, Strukturelemente und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789–1848, in: O. Dann (Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft, München 1984, S. 11–51.

Harkort, Friedrich, Die Preußische Marine und die deutsche Flotte, Berlin 1861.

Hartmann, Moritz, Gesammelte Werke, Bd. 10, Stuttgart 1874.
Haunfelder, Bernd, Die politischen Wahlen im Regierungsbezirk Münster 1848–1867, Münster 1982.
Haunfelder, Bernd, Klaus E. Pollmann, Reichstag des Nordeutschen Bundes 1867–1870. Historische Photographien und biographisches Handbuch, Düsseldorf 1989.
Haupts, Leo, Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der »Neuen Ära«. Zur Geschichte des preußischen Konstitutionalismus, in: HZ 227 (1978), S. 45–85.
Hauser, Christoph, Anfänge bürgerlicher Organisation. Philhellenismus und Frühliberalismus in Südwestdeutschland, Göttingen 1990.
Haym, Rudolf, Aus meinem Leben. Erinnerungen von Rudolf Haym, Berlin 1902.
Haym. R[udolf], Das Leben Max Dunckers, Berlin 1891.
Heck, Gerhard, Dalwigk und der Nationalverein in Hessen. Ein Beitrag zur mittelstaatlichen Politik gegenüber kleindeutsch-demokratischen Bestrebungen, phil. Diss. Frankfurt a. M. 1968.
Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart ²1969.
Hegele, Anton, Theodor Georgii. Rechtsanwalt, Begründer und Führer der schwäbischen und deutschen Turnerschaft 1826–1892, in: Schwäbische Lebensbilder, Bd. 2, Stuttgart 1941, S. 183–199.
Hegele, A[nton]: Carl Kallenberg. Der Rufer zur Sammlung 1860, Ludwigsburg 1937.
Heidelberger Tageblatt (seit Jg. 1861 Heidelberger Zeitung), 1860–61.
Heinzelmann, Josef, Carl Wallau und die Mitgründer der Mainzer Arbeiterbewegung, in: A. M. Keim (Hrsg.), Mainz und die soziale Frage in der Mitte des 19. Jahrhunderts, Ausstellungskatalog, Mainz 1977, S. 29–38.
Helfert, Rolf, Die preußischen Liberalen und der Heereskonflikt von 1861, Bonn 1989.
[Henneberg, Friedrich-Wilhelm], Deutsche Noth und Hülfe dem freien deutschen Landmann von einem Freunde des Vaterlandes, hg. im Auftrag des deutschen Nationalvereins, Gotha 1860.
[Henneberg, Friedrich-Wilhelm], Die Militärconvention zwischen Preußen und Coburg-Gotha. Bericht des Militärausschusses des gemeinschaftlichen Landtags der beiden Herzogthümer Coburg-Gotha, Coburg 1861.
[Henneberg, Friedrich-Wilhelm], Vor den Wahlen. Mahnung eines Deutschen in den Kleinstaaten an seine Genossen im Groß-Staate Preußen, Gotha 1861.
[Henneberg, Friedrich Wilhelm], Wieder vor den deutschen Wahlen. Betrachtungen und Mahnungen eines Deutschen aus den Kleinstaaten an seine deutschen Mitbürger gegen den Krieg und für Begründung einer wahren gesammtdeutschen Freiheit, Gotha 1866.
Henneberg, Friedrich Wilhelm, Ein offenes Wort an die Landbewohner vor den Parlamentswahlen, Gotha 1867.
Hentschel, Volker, Die deutschen Freihändler und der Volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885, Stuttgart 1975.
Hentschel, Volker, Nationalpolitische und sozialpolitische Bestrebungen in der Reichsgründungszeit. Das Beispiel Heinrich Bernhard Oppenheim, in: JIDG 5 (1976), S. 299–345.
Hermann. Deutsches Wochenblatt aus London, Jg. 1859–1860.
Herrmann, Paul, Die Entstehung des Deutschen Nationalvereins und die Gründung seiner Wochenschrift, phil. Diss. Berlin 1932.
Herrmann, Renate, Gustav Freytag. Bürgerliches Selbstverständnis und preußisch-deutsches Nationalbewußtsein. Ein Beitrag zur Geschichte des national-liberalen Bürgertums der Reichsgründungszeit, phil. Diss. Würzburg 1974.

Herzig, Arno, Günter Trautmann (Hrsg.), »Der kühnen Bahn nur folgen wir. . .«. Ursprünge, Erfolge und Grenzen der Arbeiterbewegung in Deutschland, Bd. 1, Hamburg 1989.

Hess, Adalbert, Die Landtags- und Reichtagswahlen im Großherzogtum Hessen 1865–1871, phil. Diss. (masch.) Frankfurt a. M. 1955

Hess, Adalbert, Das Parlament das Bismarck widerstrebte. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit (1862–1866), Köln/Opladen 1964.

Hess, Ulrich, Geschichte Thüringens 1866 bis 1914. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Volker Wahl, Weimar 1991.

Hettinger, Ulrich, Karl Philipp Francke 1805–1870. Eine Lebensgeschichte im Zeichen der schleswig-holsteinischen Frage, in: ZSHG 115 (1990), S. 87–198.

Heydemann, Günther: Philhellenismus in Deutschland und Großbritannien, in: A. M. Birke, G. Heydemann (Hrsg.): Die Herausforderung des internationalen Staatensystems. Nationale Ideologie und staatliches Interesse zwischen Restauration und Imperialismus, Göttingen/Zürich 1989, S. 31–60.

Heyden, Wilhelm, Die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft 1859–1862, Hamburg 1909.

Heyderhoff, Julius (Hrsg.), Franz von Roggenbach und Julius Jolly: Politischer Briefwechsel 1848–1882, in: ZGO, NF 47 (1935), S. 77–116; NF 48 (1935), S. 189–244.

Heyderhoff, Julius (Hrsg.), Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859–1870, in: P. Wentzcke, J. Heyderhoff (Hrsg.), Deutscher Liberalismus im Zeitalter Bismarcks. Eine politische Briefsammlung, Bd. 1, Bonn/Leipzig 1925.

Heyner, Karl, Das erste Bundesschießen in Deutschland abgehalten zu Frankfurt a. M. im Juli 1862 (Abdruck aus den Frankfurter Familienblättern, Belletristische Beilage zum Frankfurter Anzeiger), Frankfurt a. M. 1862.

Hildebrandt, Gunther, Politik und Taktik der Gagern-Liberalen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/1849, Berlin (Ost) 1989.

Hippel, Wolfgang v. (Hrsg.), Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? Die Französische Revolution im deutschen Urteil von 1789 bis 1945, München 1989.

Hirth, Georg, E. Strauch (Hrsg.), Blätter für das dritte allgemeine deutsche Turnfest zu Leipzig, 2. bis 5. August 1863, Leipzig 1863.

[Hirth, Georg (Hrsg.)], Statistisches Jahrbuch der Turnvereine Deutschlands. Im Auftrag des Ausschusses der Deutschen Turnvereine hrsg. v. Georg Hirth, Leipzig 1863.

Hirth, Georg (Hrsg.), Das erste allgemeine Deutsche Schützenfest in Verbindung mit dem Thüringer Turnfest zu Gotha den 7. bis 11. Juli 1861. Ein Erinnerungsblatt für Deutschlands Schützen und Turner, Gotha 1861.

Hirth, Georg (Hrsg.), Das gesammte Turnwesen. Ein Lesebuch für deutsche Turner. 133 abgeschlossene Muster-Darstellungen von den vorzüglichsten älteren und neueren Turnschriftstellern, Leipzig 1865.

Hjeholt, Holger, Treitschke und Schleswig-Holstein. Der Liberalismus und die Politik Bismarcks in der schleswig-holsteinischen Frage, München/Berlin 1929.

Hoffmann, W., Geschichte des Norddeutschen Kartells, in: Burschenschaftliche Blätter 18 (1903/4), S. 87f., 121f., 149–152, 173f., 197f., 221f., 245–247.

Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig zu, Denkwürdigkeiten, hrsg. v. Friedrich Curtius, Bd. 1, Stuttgart/Leipzig 1906.

Hope, Nicholas Martin, The Alternative to German Unification. The Anti-Prussian-Party. Frankfurt, Nassau, and the two Hessen 1859–1867, Wiesbaden 1973.

Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1900, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz [3]1986.

Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 2: Der Kampf um Einheit und Freiheit 1830–1850, Bd. 3: Bismarck und das Reich, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz [3]1988.

Hueber, Alfons, Das Vereinsrecht im Deutschland des 19. Jahrhunderts, in: O. Dann (Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft, München 1984, S. 115–132.

Illner, Eberhard, Bürgerliche Organisierung in Elberfeld 1775–1850, Neustadt a. d. Aisch 1982.

Isler, M[eyer] (Hrsg.), Gabriel Riesser's Gesammelte Werke, 4 Bde., Frankfurt a. M./Leipzig 1867–1868.

Jacoby, Johann, Die Grundsätze der preußischen Demokratie. Zwei Reden gehalten in der Königsberger Urwähler-Versammlung am 10. und 11. November 1858, Berlin 1859.

Jacoby, Johann, Gesammelte Schriften und Reden, 2 Bde., Hamburg 1877.

Jacoby, Johann (Hrsg.), Heinrich Simon. Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk, Berlin [2]1865.

Das Jahrhundert. Zeitschrift für Politik und Literatur, Hamburg, Bde. 1–4, 1856–1859.

Jansen, Karl, Schleswig-Holsteins Befreiung, hg. u. ergänzt v. Karl Samwer, Wiesbaden 1897.

Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), In search of liberal Germany. Studies in the history of German liberalism from 1789 to the present, Oxford 1990.

Jeran, Eberhard, Deutsche Turnerschaft (DT), in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 380–390.

John, Michael, Liberalism and Society in Germany 1850–1880. The Case of Hannover, in: European Historical Review 102 (1987), S. 579–598.

John, Michael, Associational life and the development of Liberalism in Hannover 1848–66, in: K. H. Jarausch (Hrsg.), In search of liberal Germany, Oxford 1990, S. 161–186.

Kahan, Alan, The victory of German liberalism? Rudolf Haym, Liberalism and Bismarck, in: Central European History 22 (1989), S. 57–88.

Kaernbach, Andreas, Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes. Zur Kontinuität der Politik Bismarcks und Preußens in der deutschen Frage, Göttingen 1991.

Kärtner, Reingart, Dr. Joseph Völk und die deutsche Frage in Bayern. 1866–1870, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben 54 (1941), S. 7–59.

Kalkoff, Hermann, Nationalliberale Parlamentarier 1867–1917 der Reichstage und Einzellandtage. Beiträge zur Parteiengeschichte, Berlin 1917.

Kaltenbach, Anneliese, Ludwig Häusser. Historien et patriote (1815–1867), Paris 1965.

Kaschuba, Wolfgang, Zwischen Deutscher Nation und Deutscher Provinz. Politische Horizonte und soziale Milieus im frühen Liberalismus, in: D. Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988, S. 83–108.

Kastendieck, Hermann, Liberalismus in Bremen, phil. Diss. (masch.) Kiel 1952.

Katzenstein, Peter J., Disjoined Partners. Austria and Germany since 1815, Berkeley/Los Angeles/London 1976.

Kern, Bernd-Rüdiger, Studien zur politischen Entwicklung des nassauischen Liberalen Karl Braun, in: Nassauische Annalen 94 (1983), S. 185–201.

Kiepert, Adolf, Rudolf von Bennigsen. Rückblick auf das Leben eines Parlamentariers, Hannover/Berlin [2]1903.

Kiesewetter, Hubert, Industrielle Revolution in Deutschland 1815–1914, Frankfurt a. M. 1989.

Kling-Mathey, Christiane, Gräfin Hatzfeldt. 1805 bis 1881. Eine Biographie, Bonn 1989.

Klötzer, Wolfgang (Hrsg.), Clotilde Koch-Gontard an ihre Freunde. Briefe und Erinnerungen aus der Zeit der deutschen Einheitsbewegung 1843–1869, Frankfurt a. M. 1969.

Knoll, Joachim H., Julius H. Schoeps (Hrsg.), Friedrich Albert Lange. Leben und Werk, Duisburg 1975.

Koch, [Paul], Die Sammlungen für die Deutsche Flotte, in: Marine-Rundschau 7 (1896), S. 137–148.

Koch, Rainer, Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung, Kelkheim 1989.

Kocka, Jürgen (Hrsg.), Bildungsbürgertum im neunzehnten Jahrhundert, Bd. IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart 1989.

Kocka, Jürgen (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987.

Kocka, Jürgen, German history before Hitler. The debate about the German »Sonderweg«, in: Central European History 23 (1988), S. 3–16.

Kocka, Jürgen, Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800–1875, Bonn 1983.

Kocka, Jürgen, Stand – Klasse – Organisation. Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland vom späten 18. bis zum frühen 20. Jahrhundert im Aufriß, in: H. U. Wehler (Hrsg.), Klassen in der europäischen Sozialgeschichte, Göttingen 1979, S. 137–165.

Koennecke, Jürgen, Eduard Ferdinand Angerstein. Leben und Wirken eines Turnerfunktionärs, Diplomarbeit (masch.), Sporthochschule Köln 1987.

Kölnische Zeitung, 1859–1860.

Kohl, Horst (Hrsg.), Bismarck-Jahrbuch, Bd. 4, Leipzig 1897.

Kolb, Eberhard (Hrsg.), Europa und die Reichsgründung. Preußen-Deutschland in der Sicht der großen europäischen Mächte 1860–1880, München 1980.

Kolb, Eberhard, Großpreußen oder Kleindeutschland? Zu Bismarcks deutscher Politik im Reichsgründungsjahrzehnt, in: J. Kunisch (Hrsg.): Bismarck und seine Zeit, Berlin 1992, S. 11–36.

Kolb, Eberhard, Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz, in: Saeculum 26 (1975), S. 111–127.

Kolb, Eberhard, Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedensanbahnung 1870/71, München 1989.

Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik und das Problem der Kontinuität vom Kaiserreich zum »Dritten Reich«, in: J. Dülffer, B. Martin, G. Wollstein (Hrsg.), Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch, Frankfurt a. M./Berlin 1990, S. 273–289.

Kolb, Georg Friedrich, Lebenserinnerungen eines liberalen Demokraten 1808–1884, hrsg. v. Ludwig Merckle, Freiburg 1976.

Kolb, Georg Friedrich, Die Nachteile des stehenden Heerwesens, Leipzig 1863.

Konrad, Lieselotte, Baden und die schleswig-holsteinische Frage 1863–1866, Berlin 1935.

Koppen, Wilhelm: Jakob Venedey. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland, phil. Diss. Frankfurt a. M. 1921.

Kosch, Wilhelm, Deutsches Literatur-Lexikon. Biographisches und Bibliographisches Handbuch, 4 Bde., Bern 1954–1958.

Kosch, Wilhelm, Biographisches Staatshandbuch. Lexikon der Politik, Presse und Publizistik, 2 Bde., Bern/München 1963.

Kosim, Jan, Zur Geschichte der Vereine zur Unterstützung der Polen in Deutschland unter Berücksichtigung der Bayerischen Pfalz und der Landgrafschaft Hessen-Homburg, in: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte 4 (1978), S. 313–355.

Koszyk, Kurt, Das »Dampfboot« und der Rhedaer Kreis. Die erste politische Zeitschrift Westfalens als Spiegel der Presse im Vormärz, in: Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 2, Dortmund 1958, S. 1–60.

Krautkrämer, Elmar, Georg Friedrich Kolb (1808–1884). Würdigung seines journalistischen und parlamentarischen Lebens im Vormärz und in der deutschen Revolution, Meisenheim 1959.

Krieger, Leonard, The German Idea of Freedom. History of a Political Tradition, Chicago/London [2]1972.

Kropat, Wolf-Arno, Die nassauischen Liberalen und die Politik Bismarcks in den Jahren 1866 bis 1867, in: Zeitschrift für Hessische Landesgeschichte 16 (1966), S. 215–296.

Kupke, Georg (Hrsg.), Vor 50 Jahren. Briefwechsel zwischen Dr. Karl Lorentzen und den Führern der Augustenburgischen Partei 1863–1866, Leipzig 1914.

Kurmeier, Karl, Die Entstehung der nationalliberalen Partei Hannovers, phil. Diss. (masch.) Göttingen 1923.

[Lammers, August], Die wirtschaftliche Reformbewegung in Deutschland, in: PrJbb. 6 (1860), S. 563–583.

Landes, David S., Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973.

Friedrich Lang, der nassauische Volkstribun, in: Kulturkämpfer. Zeitschrift für öffentliche Angelegenheiten, hrsg. v. Otto Glagau, Heft 118 (1885), S. 8–20.

Lange, Karl, Bismarck und die norddeutschen Kleinstaaten im Jahre 1866, Berlin 1930.

Lange, Karl, Braunschweig im Jahre 1866, Braunschweig 1929.

Lange, Karl, Der Nationalverein im Herzogtum Braunschweig, in: Braunschweiger Heimat 22 (1931), S. 74–80.

Langewiesche, Dieter, Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: GG 4 (1978), S. 324–361.

Langewiesche, Dieter, Bildungsbürgertum und Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: J. Kocka (Hrsg.), Bildungsbürgertum im neunzehnten Jahrhundert, Bd. IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart 1989, S. 95–122.

Langewiesche, Dieter, Deutschland und Österreich: Nationswerdung und Staatsbildung in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert, in: GWU 42 (1991), S. 754–766.

Langewiesche, Dieter, Gesellschafts- und verfassungspolitische Handlungsbedingungen und Zielvorstellungen europäischer Liberaler von 1848, in: W. Schieder (Hrsg.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983, S. 341–362.

Langewiesche, Dieter: Julius Hölder (1819–1887). Zur Geschichte des württembergischen und deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 26 (1977), S. 151–166.

Langewiesche, Dieter, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung, Düsseldorf 1974.

Langewiesche, Dieter, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

Langewiesche, Dieter (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988.

Langewiesche, Dieter, Konstitutionelle Monarchie, Republik und »soziale Frage«. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: HZ 230 (1980), S. 529–548.

Langewiesche, Dieter, »Nation« und »Nationalstaat«. Zum Funktionswandel politisch-gesellschaftlicher Leitideen in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert, in: F. W. Busch (Hrsg.), Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung in beiden deutschen Staaten, Oldenburg 1988, S. 173–182.

Langewiesche, Dieter, Reich, Nation und Staat in der jüngeren deutschen Geschichte, in: HZ 254 (1992), S. 341–381.

Langewiesche, Dieter, »Revolution von oben?« Krieg und Nationalstaatsgründung in Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Revolution und Krieg, Zur Dynamik historischen Wandels seit dem 18. Jahrhundert, Paderborn 1989, S. 117–134.

Langewiesche, Dieter, Rezension zu: Shlomo Na'aman, Der deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867, Düsseldorf 1987, in: AfS 29 (1989), S. 730–732.

Langewiesche, Dieter, »Staat« und »Kommune«. Zum Wandel der Staatsaufgaben in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: HZ 248 (1989), S. 621–635.

Langewiesche, Dieter, »... für Volk und Vaterland kräftig zu würken ...«. Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871, in: O. Grupe (Hrsg.): Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel, Tübingen 1990, S. 22–61.

Lassalle, Ferdinand, Nachgelassene Briefe und Schriften, hrsg. v. Gustav Mayer, 6 Bde., Stuttgart/Berlin 1921–1925 (Reprint Oldenburg 1967).

Lassalle, Ferdinand, Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. Eine Rede gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Barmen, Solingen und Düsseldorf, in: ders., Gesammelte Reden und Schriften, hrsg. v. Eduard Bernstein, Bd. 3, Berlin 1919, S. 341–391.

Laufenberg, H[einrich], Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend, Bd. 1, Hamburg 1911 (Reprint Berlin/Bonn 1977).

Layer, Adolf, Wilhelm Bauer, in: Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Bd. 10, Weißenhorn 1979, S. 258–318.

Lechner, Georg, Die schleswig-holsteinische Frage im Briefwechsel zwischen Franz von Roggenbach und Karl Samwer, in: ZSHG 88 (1963), S. 175–235, 89 (1964), S. 33–60.

Lees, Andrew, Revolution and reflection. Intellectual change in Germany during the 1850's, The Hague 1974.

Le Mang, Richard, Der deutsche Nationalverein, Berlin [1909].

Lembcke, Rudolf, Johannes Miquel und die Stadt Osnabrück unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1865 bis 1869, Osnabrück 1962.

Lepsius, M. Rainer, Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: G. A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56–80.

Lette, W[ilhelm] [Adolf], Der volkswirtschaftliche Kongreß und der Zollverein. Vortrag im Berliner Handwerkerverein am 6. Januar 1862, Berlin 1862.

[Lette, Wilhelm Adolf], Promemoria und Referat über die Militär-Frage, zum Anhalt bei deren vorläufigen Besprechung im freien parlamentarischen Verein, [Berlin 1862].

[Lette, Wilhelm Adolf], Vortrag des Abgeordneten für den Wahlkreis Königsberg in N., Präsidenten Dr. Lette, vor seinen Wählern in Cüstrin am 15. November 1862, [Cüstrin 1862].

Levefre, Albert, Fritz Hurtzig (1825–1897). Ein Beitrag zur Entwicklung der hannoverschen Industrie und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Hannoversche Geschichtsblätter, NF 28 (1974), S. 121–274.

Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), hrsg. v. D. Fricke u. a., 4 Bde., Leipzig 1983–1986.

Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Bde. 1, 3, 7, Neumünster 1970, 1974, 1985.

Österreichisches Biographisches Lexikon, hrsg. v. der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bde. 1–11, Wien 1957–1988.

L[öwe-Calbe], W[ilhelm], Zur Geschichte der volkswirthschaftlichen Bewegung in Deutschland, in: DtJbb 3 (1862), S. 210–221.

[Löwe-Calbe, Wilhelm], Die gegenwärtige innere und äußere Lage Preußens. Vortrag des Herrn Abgeordneten Dr. Löwe-Calbe am 19. October 1864 im Berliner Arbeiter-Verein, Berlin 1864.

Löwe-Calbe, Wilhelm, Preußens Beruf in der deutschen Sache, in: DtJbb 2 (1862), S. 169–190.

Lorentzen, Theodor, Die Einigung der Jenaer Burschenschaft (1870) und der Zusammenschluß der Gesamtburschenschaft (1881), in: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der deutschen Burschenschaften 15 (1938), S. 1–216.

Losch, Philipp, Die Abgeordneten der kurhessischen Ständeversammlungen von 1830–1866, Marburg 1909.

Ludz, Peter-Christian (Hrsg.), Geheime Gesellschaften, Heidelberg 1979.

Luhn, Rolf, Nationaler Verein für Deutschland (NVfD) 1848–1849, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 391–396.

Lutz, A., Geschichte der Turngemeinde zu Hanau 1837–1887. Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens, Hanau 1887.

Luys, Karin, Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung von 1815 bis 1819, Münster 1992.

Machtan, Lothar, Dietrich Milles, Die Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie. Zum Verhältnis gesellschaftlicher und politischer Herrschaft in Preußen-Deutschland 1850–1878/79, Frankfurt a. M./Berlien/Wien 1980.

Mager, Fritz, Herzog Ernst II. und die Schleswig-Holsteinische Frage 1863–1866. Eine historiographische Studie, phil. Diss. Greifswald 1910.

Mammen, Franz v., Franz August Mammen in Plauen. Leben und Wirken eines sächsischen Industriellen, Leipzig 1935.

Manca, Anna Gianna, Prassi politica e questione organizzativa nel liberalismo politico prussiano negli anni della Nuova Era (1858 – 1862), in: Annali dell' Istituto storico italo-germanico in Trento 14 (1988), S. 341–388.

Mann, Bernhard, Biographisches Handbuch für das Preußische Abgeordnetenhaus 1867–1918, Düsseldorf 1988.

Mann, Bernhard, Die Württemberger und die deutsche Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1975.

Mannheim, Karl, Das Problem der Generation, in: Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie 7 (1928), S. 157–185, S. 309–330.

Marx, Karl, Friedrich Engels, Werke, Bd. 30, Berlin (Ost) 1982.

Matern, Norbert, Politische Wahlen in Hildesheim 1848 bis 1867, phil. Diss. Bonn 1959.

[May, Martin], Dänische Keckheit und deutsche Schwäche. Ein Mahnruf an das deutsche Volk. Zum 18. Oktober 1863, Coburg 1863.

Mayer, Gustav, Johann Baptist Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1909 (Reprint Glashütten im Taunus 1970).

Mayer, Gustav, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863–1870), in: AGSA (1912), S. 1–67.

Mayer, Hans-Otto, A. L. Reyscher als Politiker, phil. Diss. Tübingen 1928.
[Mayer, Karl], Eine Festfahrt zu Heinrich Simon's Denkmal. Ein Brief von Karl Mayer aus Eßlingen an einen Freund in Stuttgart, in: DtJbb 6 (1863), S. 286–321.
McCord, Norman, The anti-corn law league 1838–1846, London 1958.
Mechtler, Paul, Die öffentliche Meinung in Österreich zur schleswig-holsteinischen Frage 1863–1864, in: ZSHG 69 (1941), S. 291–352.
[Meding, Oskar], Offener Brief an Herrn von Bennigsen, Hannover 1860.
[Meding, Oskar], Sendschreiben an Frau Mathilde Raven, Hannover 1861.
Megerle, Klaus, Ökonomische Integration und politische Orientierung deutscher Mittel- und Kleinstaaten im Vorfeld der Reichsgründung, in: H. Berding (Hrsg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 102–127.
Meinecke, Friedrich, Weltbürgertum und Nationalstaat, hrsg. v. Hans Herzfeld, München 1962.
Mertes, P[aul] H., Theodor Müllensiefen, ein märkischer Politiker. Das politische Gedankenbild eines westfälischen Industriellen, in: FBPG 50 (1938), S. 33–59.
Meyer, Dora Henny: Die Weserzeitung von 1844 bis zur Reichsgründung. Die Entwicklung einer führenden deutschen Zeitung, Bremen 1932.
Meyer, Wolfgang, Das Vereinswesen der Stadt Nürnberg im 19. Jahrhundert, phil. Diss. Würzburg 1970.
Michaelis, Hans-Thorald, Herzog Ernst II. und das Schützenwesen, in: H. Bachmann, W. Korn, H. Claus, E. Dobritzsch (Hrsg.), Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg und Gotha 1818–1893 und seine Zeit, Augsburg 1993, S. 91–118.
Michaelis, Hans-Thorald, Schützengilden. Ursprung – Tradition – Entwicklung, München 1985.
[Miquel, Johannes v.], Johannes von Miquels Reden, hrsg. v. Walther Schultze u. Friedrich Thimme, Bd. 1: 1860–1869, Halle 1911.
Mittelstaedt, Anni, Der Krieg von 1859. Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland, Stuttgart/Berlin 1904.
Mittheilungen des Central-Vereins für das Wohl der arbeitenden Klassen, Berlin, Hefte 4, 5 (1858) (Reprint Hagen 1980).
Möller, Heidrun v., Großdeutsch und kleindeutsch. Die Entstehung der Worte in den Jahren 1848–1849, Berlin 1937.
Mohl, Robert v., Lebenserinnerungen 1799–1875, Bd. 2, Stuttgart/Leipzig 1902.
Molisch, Paul (Hrsg.), Briefe zur deutschen Politik Österreichs von 1849 bis 1918, Wien/Leipzig 1934.
Molisch, Paul, Geschichte der deutsch-nationalen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Verfall der Monarchie, Jena 1926.
Moltmann, Günter, Die deutsche Flotte von 1848/49 im historisch-politischen Kontext, in: Die deutsche Flotte im Spannungsfeld der Politik 1848–1985, hrsg. v. Deutschen Marine Institut und v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford 1985, S. 21–41.
Mommsen, Theodor, Die Annexion Schleswig-Holstein. Ein Sendschreiben an die Wahlmänner der Stadt Halle und des Saalkreises, Berlin 1865.
Mommsen, Wilhelm, Zur Beurteilung der deutschen Einheitsbewegung, in: HZ 138 (1928), S. 523–543.
Mommsen, Wilhelm, Johannes Miquel, Bd. 1: 1828–1866, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1928.
Mommsen, Wilhelm, Friedrich Oetker (1808–1881). Politiker und Journalist, in: Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck, Bd. 3, Marburg 1942, S. 308–320.
Mommsen, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, München 1960.

Mommsen, Wolfgang J., Das deutsche Kaiserreich als System umgangener Entscheidungen, in: ders., Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M. 1990, S. 11–38.

Mommsen, Wolfgang J., Der Deutsche Liberalismus zwischen »klassenloser Bürgergesellschaft und »organisiertem Kapitalismus«. Zu einigen neueren Liberalismusdefinitionen, in: GG 4 (1978), S. 77–90.

Mommsen, Wolfgang J., Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 als dilatorischer Herrschaftskompromiß, in: ders., Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich, Frankfurt a. M. 1990, S. 39–65.

Mosse, George L., Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegung in Deutschland von den napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Berlin 1976.

Müller, Joachim, Karl Biedermann und die preußische Hegemomie in Deutschland. Vom Liberalismus zum Bonapartismus, phil. Diss. (masch.) Leipzig 1972.

Müller, Klaus-Jürgen, Einheit und Freiheit im Denken Wilhelm Rüstows. Bemerkungen zur politischen Vorstellungswelt deutscher Demokraten im Zeitalter der Reichsgründung, in: JIDG 3 (1974), S. 119–151.

Müller, Moritz, Ein Wort über die Nichtmitglieder und Gegner des Deutschen Nationalvereins, Leipzig 1860.

Müller, Petrus, Liberalismus in Nürnberg 1800–1871. Eine Fallstudie zur Ideen- und Sozialgeschichte in Deutschland im 19. Jahrhundert, Nürnberg 1990.

Na'aman, Shlomo, Von der Arbeiterbewegung zur Arbeiterpartei. Der fünfte Vereinstag der Deutschen Arbeitervereine zu Nürnberg im Jahre 1868. Eine Dokumentation, Berlin 1986.

Na'aman, Shlomo, Arbeiterbewegung und Arbeiterzeitung, in: D. Dowe (Hrsg.), Flugblatt vom Ständigen Ausschusse des Vereinstages deutscher Arbeitervereine/ Deutsche Arbeiterhalle, Berlin/Bonn 1980 (Reprints).

Na'aman, Shlomo, Arbeitervereine, Arbeitertage und Arbeiterverband – drei Etappen auf dem Weg zur Arbeiterpartei, in: D. Dowe (Hrsg.), Berichte über die Verhandlungen der Vereinstage deutscher Arbeitervereine 1863–1869, Berlin/Bonn 1980, S. IX–LI.

Na'aman, Shlomo, Jüdische Aspekte des Deutschen Nationalvereins (1859–1867), in: JIDG 15 (1986), S. 285–307.

Na'aman, Shlomo, Demokratische und soziale Impulse in der Frühgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Jahre 1862/63, Wiesbaden 1969.

Na'aman, Shlomo, Der Bund der Kommunisten in Deutschland in der zweiten Phase seines Bestehens, in: AfS 5 (1965), S. 5–82.

Na'aman, Shlomo, Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/63. Darstellung und Dokumentation, Assen 1975.

Na'aman, Shlomo, Lassalle, Hannover [2]1971.

Na'aman, Shlomo, Der deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867, Düsseldorf 1987.

Na'aman, Shlomo, Vom Nationalverein des Volkes zum Anti-Nationalverein der Arbeiter. Demokratie und Klassenverständnis bei Ferdinand Lassalle, in: A. Herzig/G. Trautmann (Hrsg.), »Der kühnen Bahn nur folgen wir. . .«. Ursprünge, Erfolge und Grenzen der Arbeiterbewegung in Deutschland, Bd. 1, Hamburg 1989, S. 63–82.

Na'aman, Shlomo, Jewish participation in the Deutscher Nationalverein 1859–1867, in: Leo Back Institute Year Book 34 (1989), S. 81–93.

Der Nationalverein und Deutschlands Zukunft, Leipzig 1860.

Der Nationalverein in seinem Wirken. Zu Nutz und Frommen des deutschen Volkes, Leipzig 1861.

Was der deutsche Nationalverein will. Eine Skizze. Von einem Preußen an seine Landsleute, Coburg 1863.

National-Zeitung, Berlin, 1857–1860, 1866.

Der Nationalliberalismus in seiner Epoche. Rudolf von Bennigsen: Gedenkschrift anläßlich der Gründung der Rudolf von Bennigsen-Stiftung, Baden-Baden 1981.

Naujoks, Eberhard, Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung (1865–1871), Wiesbaden 1968.

Naujoks, Eberhard, Die parlamentarische Enstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/1874), Düsseldorf 1975.

Nerrlich, Paul (Hrsg.), Arnold Ruges Briefwechsel und Tagebuchaufzeichnungen aus den Jahren 1825–1880, Bd. 2, Berlin 1886.

Neue Frankfurter Zeitung (Handelszeitung), hrsg. v. Leopold Sonnemann, Frankfurt a. M., 1864–1866.

Neumann, Arno, Die Mitarbeit der Thüringer am deutschen Nationalverein, in: Jahresbericht der Städtischen Oberrealschule zu Jena, Jena 1912, S. 3–20.

Neumann, Hannes, Die deutsche Turnbewegung in der Revolution 1848/49 und in der amerikanischen Revolution, Schorndorf 1968.

Neupert, Edgar, Einige gemeinsame Aspekte der Strategie und Taktik in der Politik verschiedener Interessenorganisationen der Bourgeoisie in den sechziger Jahren, in: WZ Jena 14 (1965), S. 235–237.

Niederrheinische Volkszeitung, hrsg. v. Friedrich Giebe (ab 1.7. 1862 v. Hermann Becker u. Friedrich Giebe), Düsseldorf/Köln, 12.9. 1861–31.12. 1862.

Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1983.

Nipperdey, Thomas, Grundprobleme der deutschen Parteiengeschichte im 19. Jahrhundert, in: G. A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 32–56.

Nipperdey, Thomas, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Düsseldorf 1961.

Nipperdey, Thomas, Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: H. Boockmann (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte der historischen Forschung in Deutschland, Göttingen 1972, S. 1–44.

Noltenius, Rainer, Dichterfeiern in Deutschland. Rezeptionsgeschichte als Sozialgeschichte am Beispiel der Schiller- und Freiligrath-Feiern, München 1984.

Obermann, Karl, Die deutsche Einheitsbewegung und die Schillerfeiern 1859, in: ZfG 3 (1955), S. 705–734.

Das erste Oberwesergau Turnfest in Verbindung mit einem Kreis-Festschießen des Schützenvereins zu Göttingen vom 30. August bis 2. September 1863. Mit den beim Feste gehaltenen Reden nach stenographischen Berichten, Göttingen 1863.

O'Boyle, Leonore, The German Nationalverein, in: Journal of Central European Affairs 16 (1957), S. 333–352.

Oetker, Friedrich, Ansichten und Winke, Frankfurt a. M. 1860.

Oetker, Friedrich, Zum neuen Jahr und neuen Kampfe, Frankfurt a. M. 1861.

Oetker, Friedrich, Lebenserinnerungen, Bd. 3: Neue Studien und neue Kämpfe 1856–1867, hrsg. v. Fr. Oetker jun., Kassel 1885.

Oetker, Friedrich, Winke aus der Ferne, Frankfurt a. M. 1862.

Oetker, Friedrich, Wünsche und Vorschläge, Frankfurt a. M. 1861.

Offermann, Toni: Arbeiterbewegung und liberales Bürgertum in Deutschland 1850–1863, Bonn 1979.

Offermann, Toni, Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49 bis 1860/64, in: GG 13 (1987), S. 419–447.

Offermann, Toni (Hrsg.), August Bebel und der Deutsche Nationalverein. Unbekannte Briefe Bebels aus seiner Tätigkeit in der sächsischen Arbeiterbewegung, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 14 (1978), S. 312–328.

Offermann, Toni, Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich. Berliner und Kölner Fortschrittsliberalismus in der Konfliktzeit, in: D. Langewiesche (Hrsg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 1988, S. 109–136.

Offermann, Toni, Rezension zu: Shlomo Na'aman, Die Konstituierung der deutschen Arbeiterbewegung 1862/62. Darstellung und Dokumentation, Assen 1975.

Offermann, Toni, Das liberale Vereinsprinzip als Organisationsform der frühen deutschen Arbeiterbewegung der 1860er Jahre, in: A. Herzig/G. Trautmann (Hrsg.), Der kühnen Bahn nur folgen wir...«, Ursprünge, Erfolge und Grenzen der Arbeiterbewegung in Deutschland, Bd. 1, Hamburg 1989, S. 39–62.

Olshausen, Justus v., Briefe aus der Zeit der Befreiung Schleswig-Holsteins, in: ZSHG 69 (1941), S. 132–290.

Olshausen, Th[eodor], Der deutsche Juristentag. Sein Werden und Wirken. Eine Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum, Berlin 1910.

Oncken, Hermann, Rudolf v. Bennigsen. Ein deutscher Liberaler und Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren, 2 Bde., Stuttgart-Leipzig 1910.

Oncken, Hermann (Hrsg.), Aus den Briefen Rudolf v. Bennigsens, in: Deutsche Revue. Eine Monatsschrift, hrsg. v. Richard Fleischer, Stuttgart/Leipzig, Bde. XXX (1905) – XXXI (1906).

Oncken, Hermann (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854–1871. Briefwechsel, Tagebücher, Bd. 1, Stuttgart/Berlin/Leipzig 1927.

Oncken, Hermann, Der Nationalverein und die Anfänge der deutschen Arbeiter-Bewegung 1862/63. Aus den Papieren des Nationalvereins, in: AGSA 2 (1912), S. 120–127.

Oncken, Hermann, Zu Johannes Ronge, in: HZ 101 (1908), S. 100–104.

Oppenheim, H[einrich] B[ernhard], Deutschlands Noth und Ärzte. Nebst einem offenen Brief an Julius Fröbel, Berlin 1859.

Oppermann, Otto, Georg Fein, ein Politiker der burschenschaftlichen Linken. Mit Briefen von Fein und J. G. Compes aus den Jahren 1830 und 1831, in: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der deutschen Burschenschaften 1 (1910), S. 240–280.

Padtberg, Beate-Carola, Rheinischer Liberalismus in Köln während der politischen Reaktion in Preußen nach 1848/49, Köln 1985.

Parent, Thomas, »Passiver Widerstand« im preußischen Verfassungskonflikt. Die Kölner Abgeordnetenfeste, Köln 1982.

Parisius, Ludolf, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte mit einem Vorwort über die gegenwärtige Kanzlerkrisis, Berlin 1878.

Parisius, Ludolf, Die Deutsche Fortschrittspartei von 1861–1878. Eine geschichtliche Skizze, Berlin 1879.

Parisius, Ludolf, Leopold Freiherr von Hoverbeck. Ein Beitrag zur vaterländischen Geschichte, 3 Bde., 1897–1900.

Paschen, Joachim, Demokratische Vereine und preußischer Staat. Entwicklung und Unterdrückung der demokratischen Bewegung während der Revolution von 1848/49, München/Wien 1977.

Pfau, Ludwig, Politisches und Polemisches aus den nachgelassenen Schriften, Stuttgart [1895].

Pfizer, Paul A., Politische Aufsätze und Briefe, hrsg. v. G. Küntzel, Frankfurt a. M. 1925.

Pflanze, Otto, Bismarck and the Development of Germany, Bd. 1: The Period of Unification, 1815–1871, Princeton/New Jersey 1990.

Philipps, Otto, Johann und Georg Egestorff. Leben und Wirken zweier niedersächsischer Wirtschaftsführer, Oldenburg 1936.

Philippson, Martin, Max von Forckenbeck. Ein Lebensbild, Dresden/Leipzig 1898.

Pirazzi, Emil, Ein Wort an England von Schleswig-Holsteins Recht und Ehre. Denkschrift gerichtet an die Mitglieder des englischen Unterhauses, Frankfurt 1864.

[Planck, Gottlieb:] Der Nationalverein, seine Entstehung und bisherige Wirksamkeit, hg. im Auftrag des Vereinsvorstandes vom Geschäftsführer, Coburg 1861.

Pohl, Hans (Hrsg.), Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft, Wiesbaden 1989.

Pohl, Hans (Hrsg.), Zur Politik und Wirksamkeit des deutschen Industrie- und Handelstags und der Industrie- und Handelskammern 1861–1949, Stuttgart 1987.

Pohl, Hans, Stellungnahmen des Deutschen Handelstages zur Verkehrs- und Außenwirtschaftspolitik 1914, in: ders. (Hrsg.), Zur Politik und Wirksamkeit des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Industrie- und Handelskammern 1861–1918, Stuttgart 1987, S. 50–65.

Pohl, Karl Heinrich, Die Nationalliberalen – eine unbekannte Partei?, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 3 (1991), S. 82–112.

Die auswärtige Politik Preußens 1858–1871. Diplomatische Aktenstücke, hrsg. v. Reichsinstitut für Geschichte, zweite Abteilung, Bd. 6: April 1865 bis März 1866, Berlin 1939.

Pollmann, Klaus Erich, Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985.

Portner, Ernst, Die Einigung Italiens im Urteil liberaler deutscher Zeitgenossen. Studie zur inneren Geschichte des kleindeutschen Liberalismus, Bonn 1959.

Poschinger, Heinrich Ritter v., Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 2: 1847–1879, Breslau 1895.

Preußische Jahrbücher, hrsg. v. Rudolf Haym, Berlin, Bde. 1–18, 1858–1866.

Der erste Deutsche Protestantentag gehalten zu Eisenach am 7. und 8. Juni 1865, Elberfeld 1865.

Stenographisches Protokoll über die am 26. Juli 1863 in Offenburg abgehaltene Landes-Versammlung, Lahr 1863.

Pyta, Wolfram, Liberale Regierungspolitik im Preussen der »Neuen Ära« vor dem Heereskonflikt: Die preußische Grundsteuerreform von 1861, in: FBPG NF 2 (1992), S. 179–247.

Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859–1866, hrsg. v. Heinrich Ritter v. Srbik, Bde. 2–5, Berlin 1936–1938.

Rapp, Adolf, Die Württemberger und die nationale Frage 1863–1871, Stuttgart 1910.

Raschke, Joachim, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Abriß, Frankfurt a. M. 1985.

Raumer, Kurt v., Karl Brater und die Anfänge der nationaldeutschen Bewegung in Bayern (1859–1862), phil. Diss. (masch.) München 1924.

Raumer, Kurt v., Das Jahr 1859 und die deutsche Einheitsbewegung in Bayern, in: Quellen und Darstellungen zur Geschichte der deutschen Burschenschaften 8 (1925) Heidelberg ²1966.

Raumer, Kurt v., Eine preußische Zeitungsgründung in München 1859, in: Deutsche Rundschau 203 (1925), S. 150–158.

Rauschnabel, G[eorg], Geschichte des Männerturnvereins Stuttgart. Festschrift zur Feier seines 50jährigen Bestehens, Stuttgart 1893.

Rautenberg, Hans-Werner, Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik im Spiegel der deutschen Diplomatie und der öffentlichen Meinung, Wiesbaden 1979.

Rautenberg, Heinz (Hrsg.), Wir wollen Deutsche bleiben. Briefe zum Kampf Schleswig-Holsteins um sein deutsches Schicksal 1855–1863, Leipzig 1939.

Rautenberg, Heinz, Untersuchungen zur Geschichte der schleswig-holsteinischen Parteien im Winter 1864/65, in: ZSHG 61 (1933), S. 378–450, 62 (1934), S. 213–310.

Raven, Mathilde, Herr von Bennigsen und der deutsche Nationalverein. Ein offenes Wort an den anonymen Verfasser des »offenen Briefes«, Coburg 1860.

Raven, Mathilde, Die deutsche Frage und die servile Presse. Eine Antwort auf das Sendschreiben des Anonymus No. IV, Coburg 1861.

Real, Willy, Zur Geschichte der Bundesreformbestrebungen in den Jahren 1859–1862, in: Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung 4 (1963), S. 152–254.

Real, Willy, Österreich und Preußen im Vorfeld des Frankfurter Fürstentages, in: Historisches Jahrbuch 86 (1966), S. 339–393.

Real, Willy; Pfingstversammlung und Abgeordnetentag (1862). Eine Studie zur Geschichte der politischen Willensbildung in der Ära der Reichsgründung, in: Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung 8 (1970), S. 163–235.

Real, Willy, Der deutsche Reformverein. Großdeutsche Stimmen und Kräfte zwischen Villafranca und Königgrätz, Lübeck-Hamburg 1966.

Reinalter, Helmut (Hrsg.), Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa 1815–1848/49, Frankfurt a. M. 1986.

Reininghaus, Wilfried u. a., Quellen zur Geschichte des Deutschen Industrie- und Handelstages in Kammerarchiven 1861 bis 1981, Bonn 1986.

Renkhoff, Otto, Nassauische Biographien. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten, Wiesbaden 1985.

Renner, Veronika, Karl Twesten, Vorkämpfer der liberalen Rechtsstaatsidee. Studien zu seiner politischen Entwicklung, phil. Diss. (masch.) Freiburg 1954.

Rentzsch, Gunter, Zum Kampf kleinbürgerlicher Demokraten um die allgemeine Volksbewaffnung dargestellt am Coburger Kreis (1860–1866), Diss. (ms.) Jena 1986.

Rentzsch, Hermann (Hrsg.), Handwörterbuch der Volkswirthschaftslehre, Leipzig 1866.

Reulecke, Jürgen, Sozialer Frieden durch soziale Reform. Der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in der Frühindustrialisierung, Wuppertal 1983.

Reyscher, August Ludwig, Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (1802–1880), hrsg. v. Karl Riecke, Freiburg/Tübingen 1884.

Reyscher, A[ugust] L[udwig], Die Ursachen des deutschen Krieges und seine Folgen, Stuttgart [4]1867.

Rheinische Zeitung, hrsg. v. Hermann Becker u. Friedrich Giebe, Düsseldorf/Köln, 1. 1. 1863–30. 6. 1866.

Richter, Robert, Studien zur Londoner Emigration von 1850–1860, phil. Diss. Berlin 1966.

Rischbieter, Henning, Der Handelsvertrag mit Frankreich und die Zollvereinskrise (1862–1864) in der öffentlichen Meinung Deutschlands, phil. Diss. (masch.) Göttingen 1952.

Ritter, Gerhard A., Shlomo Na'aman als Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, in: H.-P. Harstick, A. Herzig, H. Pelger (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Geschichte. Festschrift für Shlomo Na'aman zum 70. Geburtstag, Trier 1983.

Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.

Ritter, Gerhard A., Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985.

Ritter, Gerhard A. (Hrsg.), Regierung, Bürokratie und Parlament in Preußen und Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1983.

Rodbertus, Johann Karl, Gesammelte Werke und Briefe, hrsg. v. Thilo Ramm, Bde. 2 u. 6, Osnabrück 1971–1972.

Rochau, Ludwig August v., Grundsätze der Realpolitik. Angewendet auf die staatlichen Zustände Deutschlands, neu hg. u. eingeleitet v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1972 [1853].

Rösch-Sondermann, Hermann, Gottfried Kinkel als Ästhetiker, Politiker und Dichter, Bonn 1982

Röhrich, Wilhelm, Die Bedeutung und die Aufgabe eines allgemeinen deutschen Handelstags, [Gotha 1861].

Rohe, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlage deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.

Rommel, Hans Georg, Der kurhessische Verfassungskonflikt 1859–1862. Ein Beitrag zum Problem des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland, phil. Diss. (masch.) Marburg 1950

Rosenberg, Hans (Hrsg.), Ausgewählter Briefwechsel Rudolf Hayms, Berlin/Leipzig 1930.

Rosenberg, Hans, Honoratiorenpolitiker und »großdeutsche« Sammlungsbestrebungen im Reichsgründerjahrzehnt, in: Jahrbuch zur Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 19 (1970), S. 155–233.

Rosenberg, Hans, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands. Vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des Deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie, 2 Bde., München/Berlin 1935.

Rosenberg, Hans, Theologischer Rationalismus und vormärzlicher Vulgärliberalismus, in: ders., Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz, Göttingen 1972, S. 18–50.

Roßmäßler, Emil Adolf, Unsere Lage. Ein ernstes Wort an das deutsche Volk und seine Fürsten, Leipzig 1866.

Roßmäßler, Emil Adolf, Mein Leben im Verkehr mit der Natur und dem Volke, hrsg. v. Karl Ruß, Hannover 1874.

Rückert, Joachim, August Ludwig Reyschers Leben und Rechtstheorie. 1802–1880, Berlin 1974.

Rühl, Hugo, Ferdinand Götz. Ein deutsches Turnerleben, Leipzig 1921.

Rüstow, W[ilhelm], Die preußische Armee und die Junker, Hamburg 1862.

Rüstow, Wilhelm, Erinnerungen aus dem italienischen Feldzuge von 1860, 2 Bde., Leipzig 1861.

Rüstow, W[ilhelm], Das preußische Militärbudget für 1862. Ein Hülfsbüchlein für die preußischen Wahlversammlungen und das neue Abgeordnetenhaus, Berlin [3]1862.

Rüstow, Wilh[elm], Die Wahrheit über den preußischen Wehr-Gesetzentwurf, Nördlingen 1860.

Rüstow, W[ilhelm], Zur Warnung vor den Compensationen in der peußischen Militärfrage. Sechs Briefe an einen Abgeordneten, Hamburg 1863.

Rumpler, Helmut (Hrsg.), Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation, Wien/München 1990.

Rumpler, Helmut, Das »Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch« als Element der Bundesreform im Vorfeld der Krise von 1866, in: ders. (Hrsg.), Deutscher Bund

und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation, Wien/München 1990, S. 215–234.

Runge, Gerlinde, Die Volkspartei in Württemberg 1864–1871. Die Erben der 48er-Revolution im Kampf gegen die preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage, Stuttgart 1970.

Ruppel, Hans G., Birgit Groß, Hessische Abgeordnete 1820–1833. Biographische Nachweise für die Landstände des Großherzogtums Hessen (2.Kammer) und den Landtag des Volksstaates Hessen, Darmstadt 1980.

Saile, Wolfgang, Hermann Wagener und sein Verhältnis zu Bismarck. Ein Beitrag zur Geschichte des konservativen Sozialismus, Tübingen 1958.

Sapper, Agnes, Frau Pauline Brater. Lebensbild einer Deutschen Frau, München 1908.

Satzungen des Deutschen Schützenbundes gegründet am 11. Juli 1861, Gotha 1861.

Satzungen des Deutschen Schützenbundes gegründet am 11. Juli 1861, Bremen 1864.

Sauer, Paul, Revolution und Volksbewaffnung. Die württembergischen Bürgerwehren im 19. Jahrhundert, vor allem während der Revolution von 1848/49, Ulm 1976.

Sauerteig, Alfred, Coburger Zeitungsgeschichte, Coburg 1949.

Schäfer, Dieter: Der Deutsche Handelstag auf dem Weg zum wirtschaftlichen Verband. Der Deutsche Handelstag als bürgerlicher Beitrag zur deutschen Politik, in: H. J. Varian (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973, S. 120–138.

Schäffle, Albert Eberhard Friedrich; Aus meinem Leben, Bd. 1, Berlin 1905.

Scheeben, Elisabeth, Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha. Studien zu Biographie und Weltbild eines liberalen deutschen Bundesfürsten in der Reichsgründungszeit, Frankfurt a. M./Bern/New York/Paris 1987.

Schieder, Theodor, Franz Peter Buhl – Franz Armand Buhl, in: Deutscher Westen – Deutsches Reich. Saarpfälzische Lebensbilder 1 (1938), S. 151–168.

Schieder, Theodor, Die geschichtlichen Grundlagen und Epochen des deutschen Parteiwesens, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1958, S. 133–171.

Schieder, Theodor, Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln/Opladen 1961.

Schieder, Theodor, Die Krise des bürgerlichen Liberalismus. Ein Beitrag zum Verhältnis von politischer und gesellschaftlicher Verfassung, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1958, S. 58–88.

Schieder, Theodor, Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa, hrsg. v. O. Dann u. H. U. Wehler, Göttingen 1991.

Schieder, Theodor, Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863–1871, München 1936.

Schieder, Theodor, Partikularismus und nationales Bewußtsein im Denken des Vormärz, in: ders., Nationalismus und Nationalstaat, Göttingen 1991, S. 166–196.

Schieder, Theodor, Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1958, S. 11–57.

Schieder, Theodor, Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1958.

Schieder, Theodor, Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: ders., Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit. Studien zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1958, S. 110–132.

Schieder, Theodor, Ernst Deuerlein (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970.

Schieder, Wolfgang, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963.

Schieder, Wolfgang (Hrsg.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983.

Schierbaum, Hansjürgen, Die politischen Wahlen in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirks Trier 1849–1867, Düsseldorf 1960.

Schiller, Herbert (Hrsg.), Briefe an Cotta. Vom Vormärz bis Bismarck 1833–1863, Bd. 3, Stuttgart/Berlin 1934.

Schmaling, Eberhard, Die politische Haltung der »National-Zeitung« zum Abschluß der bürgerlichen Umwälzung (1858/59–1866). Ein Beitrag zur Geschichte des Linksliberalismus, phil. Diss. (masch.) Dresden 1980.

Schmidt, Gustav, Die Nationalliberalen – eine regierungsfähige Partei? Zur Problematik der inneren Reichsgründung 1870–1878, in: G. A. Ritter (Hrsg.), Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 208–223.

Schmidt, Paul, Die Wahlen im Regierungsbezirk Koblenz 1849 bis 1867/69, Bonn 1971.

Schmidt, Siegfried, Der Hallgarten-Kreis (HK) 1839–1846, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 81–83.

Schmidt, Siegfried, Der Hallgarten-Kreis 1839–1847. Zur Genese des bürgerlichen Parteienwesens im deutschen Vormärz, in: WZ Jena 13 (1964), S. 221–228.

Schmidt, Siegfried (Hrsg.), Politik und Ideologie des bürgerlichen Liberalismus im Revolutionszyklus zwischen 1789 und 1917, Jena 1983.

Schmidt, Siegfried, Deutscher Reformverein (DRV) 1862–1866, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 258–263.

Schmidt, Walter u. a., Deutsche Geschichte, Bd. 4: Die bürgerliche Umwälzung von 1789–1871, Köln 1984.

Schneider, Carl, Die Hamburger Turnerschaft von 1816, von ihrer Begründung bis zur Gegenwart, Hamburg 1891.

Schoeps, Hans-Joachim, Der Frankfurter Fürstentag und die öffentliche Meinung in Preußen, in: GWU 19 (1968), S. 73–90.

Schoeps, Julius H., Friedrich Albert Lange und die deutsche Turnbewegung, in: J. H. Knoll, J. H. Schoeps (Hrsg.): Friedrich Albert Lange. Leben und Werk, Duisburg 1975, S. 133–144.

Schott, Sigmund, Wo hinaus? Politische Flugschrift, Stuttgart 1860.

Schraepler, Ernst, Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830–1853. Die politische Tätigkeit der deutschen Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx, Berlin/New York 1971.

Schüler, G[ottlieb] C[hristian], Betrachtungen über die anzustrebende Einheit Deutschlands, Berlin 1859.

[Schüler, Gottlieb Christian, Max Wirth], Deutschlands Einheit und Centralgewalt. Mit Rücksicht auf die den Gegenstand behandelnden Werke, Berlin 1860.

Schützenfest-Zeitung. Tagesberichte von dem in Verbindung mit dem Thüringer Turnfest am 8. bis 11. Juli 1861 in Gotha stattfindenden Ersten Deutschen Schützenfest, hg. unter Mitwirkung des Festausschusses, Gotha 1861.

Schulthess, Heinrich, Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Bde. 1–7 (1860–1866), Nördlingen 1861–1867.

Schultz, Ursula, Die Politik Bismarcks in den Jahren 1862–1866 im Spiegel der rheinischen Presse, phil. Diss. Bonn 1933.

Schultze, Johannes, Eine preußische Zeitungsgründung in München 1859 (Briefe Heinrichs von Sybel an Max Duncker), in: Deutsche Rundschau 192 (1922), S. 25–33.

Schultze, Walther, Friedrich Thimme (Hrsg.), Rudolf von Bennigsens Reden, Bd. 1, Halle 1911.

Schulz, Gerhard, Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung, in: PVS 2 (1961), S. 124–154.

Schulze, Bernhard, Zur linksliberalen Ideologie und Politik. Ein Beitrag zur politischen Biographie Schulze-Delitzschs, in: H. Bartel, E. Engelberg (Hrsg.), Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen, Berlin (Ost) 1971, S. 271–307.

Schulze, Bernhard, Wirtschaftspolitische Auffassungen bürgerlicher Demokraten im Jahrzehnt der Reichsgründung, in: H. Bartel, E. Engelberg (Hrsg.), Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung. Voraussetzungen und Folgen, Berlin (Ost) 1971, S. 379–410.

Schulze, Hagen, Perspektiven für Deutschland. Nationalverein und Reformverein, in: A. M. Birke u. a. (Hrsg.), Die Herausforderung des Staatensystems. Nationale Ideologie und staatliches Interesse zwischen Restauration und Imperialismus, Göttingen/Zürich 1989., S. 141–157.

Schulze, Hagen, Der Weg zum Nationalstaat, München 1985.

Schulze, Helmut, Die Bedeutung der nordwestdeutschen Turnvereine für die Einheitsbewegung und die Entwicklung der Turnkunst 1816–1866, phil. Diss. Marburg 1935.

Schulze-Delitzsch. Ein Lebenswerk für Generationen, hrsg. v. Deutschen Genossenschaftsverband e. V., Wiesbaden 1987.

Schulze-Delitzsch, Hermann, Schriften und Reden, hrsg. v. F[riedrich] Thorwart, Bde. 1–5, Berlin 1909–1913.

Schunke, Werner, Die deutschen Freihändler und die Entstehung der nationalliberalen Partei, Leipzig 1916.

Schupp, Friedrich, Karl Wettstein, Die Entstehung des ersten Allgemeinen Deutschen Handelstags 1861, Karlsruhe 1911.

Schwab, Herbert, Aufstieg und Niedergang der Nationalliberalen Partei. Zur Geschichte des Nationalliberalismus in Deutschland 1864–1880, phil. habil. (masch.) Jena 1968.

Schwab, Rudolf, Der deutsche Nationalverein, seine Entstehung und sein Wirken, Berlin 1902.

Schwarz, Max, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.

Schwarz, Peter Klaus, Nationale und soziale Bewegung in Oldenburg im Jahrzehnt vor der Reichsgründung, Oldenburg 1979.

[Schweitzer, Johann Baptist v.], Offizielle Festzeitung für das Allgemeine Deutsche Schützenfest zu Frankfurt a. M. Im Auftrag des Central-Comité's redigiert unter Verantwortlichkeit von J. B. v. Schweitzer, Frankfurt a. M. 1862.

Schweitzer, J[ohann] B[aptist] v., Zur deutschen Frage, Frankfurt a. M. 1862.

Schweitzer, Johann Baptist v., Die Venetianische Frage vom deutschen Gesichtspunkte aus. Zur Vertheilung an die Mitglieder und Freunde des Nationalvereins am 19. Februar 1861 im »Wolfseck« zu Frankfurt a. Main, [Frankfurt a. M. 1861].

Schwemer, Richard, Geschichte der freien Stadt Frankfurt a. M. 1814–1866, Bd. 3/2, Frankfurt a. M. 1918,

Schwentker, Wolfgang, Konservative Vereine und Revolution in Preußen 1848/49. Die Konstituierung des Konservativismus als Partei, Düsseldorf 1988.

Schwineköper, Berent, Wilhelm Pieper Teutoniae als Göttinger Revolutionär (1848) und als Emigrant in London im Kreise von Karl Marx und Friedrich Engels (1849–1859), in: Einst und Jetzt. Jahrbuch des Vereins für corpsstudentische Geschichtsforschung 9 (1964), S. 5–23.

Seeber, Gustav, Deutsche Fortschrittspartei (DFP) 1861–1884, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 623–648.
Seefried, Walter, Mittnacht und die Deutsche Frage bis zur Reichsgründung, Stuttgart 1928.
Seeger, Adolf, Die Aufgaben der neu zu wählenden Kammer der Abgeordneten in Württemberg, Stuttgart 1861.
Seelig, Winfried, Von Nassau zum Deutschen Reich. Die ideologische und politische Entwicklung von Karl Braun 1822–1871, Wiesbaden 1980.
Seier, Hellmut (Hrsg.), Akten und Dokumente zur kurhessischen Parlaments- und Verfassungsgeschichte 1848–1866, Marburg 1987.
Seier, Hellmut, Die Staatsidee Heinrich von Sybels in den Wandlungen der Reichsgründungszeit 1862–71, Lübeck/Hamburg 1961.
Seier, Helmut, Verfassungskämpfe und Parlamentarismus in Kurhessen zwischen Revolution und Annexion 1848–1866. Eine Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Akten und Dokumente zur kurhessischen Parlaments- und Verfassungsgeschichte 1848–1866, Marburg 1987, S. IX–LXXVIII.
Sell, Friedrich C., Die Tragödie des Deutschen Liberalismus, Baden-Baden [2]1981.
Seyffardt, Ludwig Friedrich, Erinnerungen, Leipzig 1900.
Seyppel, Marcel, Die Demokratische Gesellschaft in Köln 1848/49. Städtische Gesellschaft und Parteientstehung während der bürgerlichen Revolution, Köln 1991.
Sheehan, James J., German History 1770–1866, Oxford 1989.
Sheehan, James J., Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. 1770–1914, München 1983.
Sheehan, James J., Liberalismus und Gesellschaft in Deutschland 1815–1848, in: L. Gall (Hrsg.), Liberalismus, Königstein/Ts. [3]1985, S. 208–231.
Sheehan, James J., What is German History? Reflections on the Role of the »Nation« in German History in Historiography, in: Journal of Modern History 53 (1981), S. 1–23.
Siemann, Wolfram, Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871, Frankfurt a. M. 1990.
Siemann, Wolfram, »Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung«. Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985.
Siemann, Wolfram (Hrsg.), Der »Polizeiverein« deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49, Tübingen 1983.
Siemann, Wolfram, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a. M. 1985.
Siemann, Wolfram, Wandel der Politik – Wandel der Staatsgewalt. Der Deutsche Bund in der Spannung zwischen »Gesammt-Macht« und »völkerrechtlichem Verein«, in: H. Rumpler (Hrsg.), Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation, Wien/München 1990, S. 59–73.
Siemens, Werner v., Lebenserinnerungen, Berlin 1892.
Silberner, Edmund (Hrsg.): Johann Jacoby. Briefwechsel 1850–1877, Bonn 1978.
Silberner, Edmund, Johann Jacoby. Politiker und Mensch, Bonn 1976.
Snell, John L., The democrativ movement in Germany 1789–1914, Chapel Hill 1976.
Somogyi, Eva, Vom Zentralismus zum Dualismus. Der Weg der deutschösterreichischen Liberalen zum Ausgleich von 1867, Wiesbaden 1983.
Spahn, Martin, Zur Entstehung der nationalliberalen Partei, in: Zeitschrift für Politik 1 (1908), S. 346–470.
Srbik, Heinrich Ritter v., Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Römischen Reich bis Königgrätz, 4 Bde., München 1935–1942.

Stalmann, Gertrud, Der Kongreß deutscher Volkswirte (1858–1885), Düsseldorf 1926.
Statuten des Turn- und Wehrvereins zu Coburg, Coburg 1862.
Stillich, Oscar, Die politischen Parteien in Deutschland, Bd. 2: Der Liberalismus. Eine wissenschaftliche Darlegung seiner Grundsätze und seiner geschichtlichen Entwicklung, Leipzig 1911.
Stöckl, Rudolf, Adam Trabert und die demokratisch-republikanischen Bestrebungen in Kurhessen 1848–1868, phil. Diss. (masch.) Marburg 1958.
Stoll, Karl, Die politische Stellung der Frankfurter Zeitung (Neue Frankfurter Zeitung, Frankfurter Handelszeitung) in den Jahren 1859–1871, phil. Diss. Frankfurt a. M. 1932.
Streit, Fedor, Aus meinem Leben. Mit einem Anhang: Mittheilungen aus dem Rechtsleben in einem deutschen Kleinstaat, [Korrekturabzug der Druckfahnen, Leipzig 1877, Nl. Streit].
Strobel, Georg W., Die liberale deutsche Polenfreundschaft und die Erneuerungsbewegung Deutschlands, in: P. Ehlen (Hrsg.), Der polnische Freiheitskampf 1830/31 und die liberale deutsche Polenfreundschaft, München 1982, S. 31–47.
Struck, Wolf-Heino, Das Streben nach bürgerlicher Freiheit und nationaler Einheit in der Sicht des Herzogtums Nassau, in: Nassauische Annalen 77 (1966), S. 142–216.
Struve, Gustav, Diesseits und Jenseits des Oceans, Coburg 1863.
Ständische Studien oder Stellung des Nationalvereins den Landesvertretungen gegenüber, Harburg 1863.
Stürmer, Michael, Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871–1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus, Düsseldorf 1974.
Süddeutsche Zeitung, hrsg. v. Karl Brater u. August Lammers, München (ab 1.7. 1862 Frankfurt), 1859–1864.
Süssmilch, Nadja, Die Entwicklung des Linksliberalismus von 1864–1871, phil. Diss. (masch.) Berlin (Ost) 1978.
Süssmilch, Nadja, Die Position der Deutschen Fortschrittspartei im preußisch-österreichischen Krieg 1866, in: H. Bleiber (Hrsg.), Bourgeoisie und bürgerliche Unwälzung 1789–1871, Berlin (Ost) 1977, S. 475–498.
Sybel, Heinrich v., Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. Vornehmlich nach den preußischen Staatsacten, Bde. 2–4, München/Berlin ²1889–1890.
Temme, J[oducus] D[onatus] H[ubertus]: Erinnerungen, hrsg. v. Stephan Born, Leipzig 1883.
Tempeltey, Eduard (Hrsg.), Gustav Freytag und Herzog Ernst von Coburg im Briefwechsel 1853–1893, Leipzig 1904.
Tenfelde, Klaus, Die Entfaltung des Vereinswesens während der industriellen Revolution in Deutschland (1850–1873), in: O. Dann (Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft, München 1984, S. 55–114.
Thomas, Michael, Das 50. Jubiläum der Jenaer Burschenschaft im August 1865. Burschenschaften und »Revolution von oben«, in: H. Asmus (Hrsg.): Studentische Burschenschaft und bürgerliche Umwälzung. Zum 175. Jahrestag des Wartburgfestes, Berlin 1992.
Thomas, R. Hinton, Liberalism, Nationalism and the German Intellectuals (1822–1847). An Analysis of the Academic and Scientific Conferences of the Period, Cambridge 1951.
Tiedemann, Christoph v., Aus sieben Jahrzehnten, Bd. 1: Schleswig-Holsteinische Erinnerungen, Leipzig 1905.
Tischler, Andreas, Die philhellenische Bewegung der 1820er Jahre in den preußischen Westprovinzen, phil. Diss. Köln 1981.

Tormin, Walter, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart/Berlin /Köln/ Mainz 1966.

Tornow, Ingo, Das Münchener Vereinswesen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, mit einem Ausblick auf die zweite Jahrhunderthälfte, phil. Diss. München 1976.

Trabert, Adam, Historisch-literarische Erinnerungen, Kempten/München 1912.

[Treitschke, Heinrich v.], Heinrich von Treitschkes Briefe, Bd. 2: 1859–1866, hrsg. v. Max Cornicelius, Leipzig 1913.

Treitschke, Heinrich v., Bundesstaat und Einheitsstaat, in: ders., Historische und Politische Aufsätze, Bd. 2, Leipzig [7]1913, S. 77–244.

Treitschke, Heinrich v., Die Parteien und die Herzogtümer, in: PrJbb 16 (1865), S. 375–401.

Treue, Wilhelm (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme seit 1861, Göttingen [2]1962.

Treue, Wolfgang, Die deutschen Parteien. Vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1975.

Überhorst, Horst, Der Barrenstreit und sein politisch-historischer Hintergrund, in: Leibesübungen 18 (1967), Heft 9, S. 3–6.

Übungsvorschriften für freiwillige Wehrvereine, Coburg 1861.

Uelsmann, Erich, Beiträge zur niederrheinischen Parteiengeschichte, insbesondere zur Neuen Ära und zum Verfassungskonflikt (1858–1863), in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 109 (1926), S. 93–144.

[Ulbricht], Das zweite allgemeine deutsche Turnfest in Berlin am 10.–13. August 1861 und der Besuch desselben durch die österreichischen Turner, Wien 1861.

Ullmann, Hans-Peter, Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.

Ullrich, Hartmut, Bürgertum und nationale Bewegung im Italien des Risorgimento, in: O. Dann (Hrsg.), Nationalismus und sozialer Wandel, Hamburg 1978, S. 129–156.

[Unruh, Hans Viktor v.], Erinnerungen aus dem Leben des Hans Viktor von Unruh, hrsg. v. Heinrich v. Poschinger, Stuttgart/Leipzig/Berlin/Wien 1895.

Unruh, H[ans] V[iktor]: Erfahrungen aus den letzten drei Jahren. Ein Beitrag zur Kritik der politischen Mittelparteien, Magdeburg 1851.

Unruh, Hans Viktor, Was hat Preußen zunächst in der Deutschen Sache zu thun? Ein Brief an die Herausgeber der »deutschen Jahrbücher«, in: DtJbb 1 (1861), S. 1–26.

Valentin, Veit, Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849, 2 Bde., Reprint Köln/Berlin 1977.

Valjavec, Fritz, Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770–1815, Reprint Düsseldorf 1978.

Varain, Heinz Josef (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973.

Venedey, Hermann, Jakob Venedey. Darstellung seines Lebens und seiner politischen Entwicklung bis zur Auflösung der ersten deutschen Nationalversammlung 1849, Stockach 1930.

[Venedey, Jakob], Ave Caesar, imperator, Morituri te salutant! Flugblatt von Jakob Venedey. Zum Besten des auf dem Schlachtfelde zu Leipzig zu errichtenden gesamtdeutschen Invalidenhauses, Müllheim 1866.

Venedey, Jakob, Denkschreiben eines Freimaurers an seinen Bruder in Christo Alban Stolz, Lahr 1862.

Venedey, Jakob, Pro domo und pro patria gegen Karl Vogt, Hannover 1860.

Venedey, Jakob, Das Grundübel im Nationalverein, Freiburg 1864.

Venedey, Jakob, John Hampden und die Lehre vom gesetzlichen Widerstande, Duisburg [3]1865.

Venedey, Jakob, Der italienische Krieg und die deutsche Volkspolitik. An das Volk Preußens, Hannover 1859.

Venedey, Jakob, Die Polenfrage vor dem preußischen Abgeordnetenhause, Zürich 1863.
Venedey, Jakob, Rede zur Begründung der Freiburger Zusätze zu den Frankfurter Vorschlägen für die Ostermontag-Versammlungen, Karlsruhe 1864.
Venedey, Jakob, Rede bei der Gründung des Schleswig-Holstein-Vereins im Weilerthal, Müllheim 1864.
Venedey, Jakob, Rettung aus den »einfach anarchischen« Zuständen des deutschen Bundes. Eine Schleswig-Holstein-Rede, Müllheim 1864.
Verhandlungen der ersten General-Versammlung des Religiösen Reform-Vereins am 24. und 25. October 1863 in Frankfurt a. M., Frankfurt a. M. 1863.
Verhandlungen des Handelstags in Berlin vom 20. Februar bis 2. März 1860. Offizielle Ausgabe, Berlin 1860.
Verhandlungen des Hannoverschen Handelstags in Hildesheim am 18. und 19. Juli 1862, Hildesheim 1862.
Verhandlungen des Dritten Deutschen Juristentags 1862, Berlin 1862.
Verhandlungen der Landesversammlung von Angehörigen der deutschen Fortschrittspartei in Württemberg zu Esslingen, Stuttgart 1863.
Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte, Berlin, 1863–1866.
Vogt, Karl, Andeutungen zur gegenwärtigen Lage Europas, Frankfurt a. M. 1864.
Vogt, Karl, Studien zur gegenwärtigen Lage Europas, Genf/Bern 1859.
Volksfreund für das Mittlere Deutschland, hrsg. v. Nikolas Hadermann, Frankfurt a. M., 1859–1863.
Volkswirthschaftliche Monatsschrift, im Verein mit bewährten Fachgenossen hrsg. v. E[duard] Pickford, Erlangen 1858–1859.
Volks-Zeitung. Organ für Jedermann aus dem Volke, red. v. Franz Duncker, Berlin, 1858–1860.
Wahl, Adalbert, Beiträge zur Geschichte der Konfliktszeit, Tübingen 1914.
Waldeck, Florian, Die Mannheimer Oberbürgermeister von 1810–1891, in: Kurpfälzer Jahrbuch 1926, S. 94–99.
Walker, Mack, German Hometowns. Community, State, and General Estate 1648–1871, Ithaca/London 1971.
Weber, Marie-Lise, Ludwig Bamberger. Ideologie statt Realpolitik, Stuttgart 1987.
Weber, Rolf, Centralausschuß der Demokraten Deutschlands (Centralausschuß) 1848–1849, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 391–402.
Weber, Rolf, Centralmärzverein (CMV) 1848–1849, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 403–412.
Weber, Rolf, Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866, Berlin (Ost) 1962.
Weber, Rolf, Demokratische Volkspartei 1863–1866, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 504–513.
Weber, Rolf, Von Frankfurt nach Olmütz. Zur Genesis und Politik des gothaischen Liberalismus 1849/50, in: H. Bleiber (Hrsg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung 1789–1871, Berlin (Ost) 1977, S. 361–394.
Weder, Horst, Das Coburger Turnfest von 1860 und der Weg zur deutschen Einheit, in: Theorie und Praxis der Körperkultur 9 (1960), S. 485–499.
Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reiches bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen »Deutschen Doppelrevolution»1815–1848/49, München 1987.
Wehler, Hans-Ulrich, Wie bürgerlich war das deutsche Kaiserreich?, in: J. Kocka (Hrsg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 243–280.

Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), Friedrich Kapp. Vom radikalen Frühsozialisten des Vormärz zum liberalen Parteipolitiker des Bismarckreichs. Briefe 1843–1884, Frankfurt a. M. 1969.

Wehler, Hans-Ulrich, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.

Weidner, Friedrich, Gotha in der Bewegung von 1848. Nebst Rückblicken auf die Zeit von 1815 an, Gotha 1908.

[Weigel, Hermann], Der Deutsche Handelstag. Antrag der Handelskammer zu Breslau für die Verhandlungen in Heidelberg betreffend die Einrichtung, Verfassung, Wiederkehr und dauernde Vertretung des Handelstages, Breslau 1861.

Weismann, Heinrich (Hrsg.), Das allgemeine deutsche Schützenfest zu Frankfurt am Main, Juli 1862. Ein Gedenkbuch. Mit Benutzung der Schriftstücke des Central-Comités, Frankfurt a. M. 1863.

Wende, Peter, Radikalismus im Vormärz. Untersuchungen zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie, Wiesbaden 1975.

Wentzcke, Paul, Wolfgang Klötzer (Hrsg.): Deutscher Liberalismus im Vormärz. Heinrich von Gagern. Briefe und Reden 1815–1848, Göttingen 1959.

[Wesendonck, Hermann], Der Handels-Vertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein. Ein Beitrag zur Lösung der handelspolitischen Wirren, Elberfeld 1862.

Weser-Zeitung Bremen, 1857–1859.

Westermanns Jahrbuch der Illustrierten Deutschen Monatshefte. Ein Familienbuch für das gesamte geistige Leben der Gegenwart, Braunschweig, Bde. 1–6 (1856/57–1859).

Westphal, Otto, Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. Eine Untersuchung über die Preußischen Jahrbücher und den konstitutionellen Liberalismus in Deutschland von 1858 bis 1863, München 1919.

Wettengel, Michael, Der Centralmärzverein und die Entstehung des deutschen Parteienwesens während der Revolution von 1848/49, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung 3 (1991), S. 34–81.

Wettengel, Michael, Die Revolution 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989.

Wetzel, Jürgen, Theodor Lehmann und die nationale Bewegung in Schleswig-Holstein 1859–1862, Neumünster 1971.

White, Dan S., The splintered party. National Liberalism in Hessen and the Reich 1867–1918, Cambridge (Massachusetts)/London 1976.

Wickert, Lothar, Theodor Mommsen – Otto Jahn. Briefwechsel 1842–1868, Frankfurt a. M. 1962.

Widenmann, Gustav, Zur Bundesreform. Ein Separatvotum aus dem National-Verein, Nördlingen 1861.

Wiede, Peter, Wilhelm Rüstow (1821 bis 1878). Ein Militärschriftsteller der deutschen Linken, phil. Diss. München 1957.

Wiggers, Julius, Aus meinem Leben, Leipzig 1901.

[Wiggers, Julius], Der Prozess gegen die Mitglieder des Nationalvereins in Rostock. Mit Aktenstücken, Frankfurt a. M. 1865.

Wilbrandt, Adolf, Gespräche und Monologe. Sammlung vermischter Schriften, Stuttgart 1989.

[Wilbrandt, Adolf], Für Schleswig-Holstein! Wie den Schleswig-Holsteinern zu helfen ist, und was uns allen Noth thut. An den deutschen Bürger und Bauer, Braunschweig 1864.

Wilbrandt, Adolf, Aus der Werdezeit. Erinnerungen. Neue Folge, Stuttgart/Berlin 1907.

Wild, Karl, Karl Theodor Welcker, ein Vorkämpfer des älteren Liberalismus, Heidelberg 1913.

Winkler, Heinrich August, Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861–1866, Tübingen 1964.

Winkler, Heinrich August, Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79, in: GG 4 (1978), S. 5–28.

Winkler, Heinrich August (Hrsg.), Nationalismus, Königstein/Ts. 1978.

[Winterhoff, C.], Demokraten-Stimme aus der freien Schweiz zur Sache Schleswig-Holsteins. Die neueste Phase der Schleswig-Holsteinischen Frage. Ein Flugblatt vom Baum der Erkenntnis gefallen und aufgelesen von einem großdeutschen Anti-Koburger, Hamburg 1863.

Winterhoff, C., Mit Skorpionen statt mit Ruthen. Blicke in die Gegenwart und Zukunft des Vaterlandes, insbesondere Enthüllungen über den Charakter der Schleswig-Holsteinischen Bewegung und der sogenannten Fortschritts- und Nationalpartei, London 1864.

Winzen, Max, Die Entwicklung der politischen Gedanken Jakob Venedeys und sein Auftreten in der Frankfurter Nationalversammlung, phil. Diss. Bonn 1926.

Wirth, Max, Ernste und frohe Tage aus meinen Erlebnissen und Streifzügen, Köln 1884.

Wirth, Max, Die deutsche Nationaleinheit in ihrer volkswirtschaftlichen, geistigen und politischen Entwicklung an Hand der Geschichte, Frankfurt a. M. 1859.

Wittner, Otto, Moritz Hartmanns Leben und Werke. Ein Beitrag zur politischen und literarischen Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert, 2 Bde., Prag 1906–1907.

Witzmann, Georg, Die Gothaer Nachversammlung zum Frankfurter Parlament im Jahre 1849 (Das »Gothaer Parlament«). Eine Studie aus der Vorgeschichte und aus der Jugendzeit des deutschen Parlamentarismus, Gotha 1917.

Wochen-Blatt des National-Vereins, hg. im Auftrag des Vereinsausschusses, Frankfurt, 6. 4. 1865–19. 7. 1866, Heidelberg, 13. 9. 1866–30. 9. 1867.

Wochenblatt des Deutschen Reformvereins. Organ der Großdeutschen Parthei, Frankfurt a. M., 3. 1. 1864–25. 12. 1864.

Wochenschrift des Nationalvereins, hrsg. v. Ludwig August v. Rochau, Coburg, 1. 5. 1860 – März 1865.

Wolf, Siegbert, Liberalismus in Frankfurt am Main. Vom Ende der freien Stadt bis zum Ersten Weltkrieg (1866–1914), Frankfurt a. M. 1987.

Wolkan, Rudolf (Hrsg.), Briefe von Moritz Hartmann, Wien/Berlin/Leipzig/München 1921.

Wollstein, Günter, Das »Großdeutschland« der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49, Düsseldorf 1977.

Wortmann, H., Dr. Justus Carl Lion. Sein Wirken für die deutsche Turnkunst, Leipzig o. J.

Wydenbruck, Oskar v., Reichstag oder Parlament? Jena 1862.

Wydenbrugk, Oskar v., Die Stellung der großdeutschen Partei zu der projektierten Versammlung deutscher Abgeordneter, Beilage zur Augsburger Allgemeinen Zeitung Nr. 172, 21. 6. 1862.

Wyrwol, Magda, Die parteipolitische Entwicklung der thüringischen Kleinstaaten in den Jahren der Reichsgründung 1859–1871, phil. Diss. (masch.) Jena 1952.

Zeise, Roland, Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den politischen Konzeptionen der deutschen Handels-, Industrie- und Bankenbourgeoisie in der politischen Krise von 1859–1866, in: Jahrbuch für Geschichte 10 (1974), S. 176–184.

Zeise, Roland, Zur Genesis und Funktion der deutschen Handelskammern und des Deutschen Handelstags bis zur Reichsgründung 1871, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1976, IV, S. 63–81

Zeise, Roland, u. a., Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) 1861–1935, in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 136–156.

Zeise, Roland, Kongreß deutscher Volkswirte (KdV), in: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 278–282.

Zeise, Roland, Der Kongreß deutscher Volkswirte und seine Rolle beim Abschluß der bürgerlichen Umwälzung (1858–1871), in: Jahrbuch für Geschichte 21 (1980), S. 147–167.

Zeise, Roland, Die Politik der kapitalistischen Wirtschaftsverbände 1858 bis 1866 – eine Variante zur Politik der liberalen Bewegung?, in: S. Schmidt (Hrsg.), Politik und Ideologie des bürgerlichen Liberalismus im Revolutionszyklus zwischen 1789 und 1917, Jena 1983, S. 59–66.

Zeise, Roland, Zur Rolle der kapitalistischen Interessenverbände beim Abschluß der bürgerlichen Umwälzung in den deutschen Staaten, in: Jahrbuch für Geschichte 14 (1976), S. 125–175.

Zeise, Roland, Die Rolle des Zollvereins in den politischen Konzeptionen der deutschen Bourgeoisie von 1859–1866, in: H. Bleiber (Hrsg.), Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789–1871, Berlin (Ost) 1977, S. 433–455.

Die Zeit. Tageblatt für Politik, Handel und Wissenschaft, unter Mitwirkung von L. Häusser, R. v. Mohl, G. Riesser, D. Strauss und E. Zeller red. von August Lammers, Frankfurt, 3. 3. 1861–30. 6. 1862.

Zeitschrift des Central-Vereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen. Im Auftrag und unter Mitwirkung des Vorstandes und Ausschusses hrsg. v. Guido Weiß, Leipzig, Bde. 1–4, 1859–1862.

Zimmermann, Erich, Der deutsche Reformverein, phil. Diss. Heidelberg 1929.

Zöllner, Wilhelm August, Nicht gehaltene Rede in der Versammlung deutscher Volksvertreter zu Weimar. Abgeordneter zur Deutschen Nationalversammlung für den 2. Wahlbezirk des Königreichs Sachsen, [Zürich 1862].

Zorn, Wolfgang, Die wirtschaftliche Integration Kleindeutschlands in den 1860er Jahren und die Reichsgründung, in: HZ 216 (1973), S. 304–334.

Zorn, Wolfgang, Sozialgeschichtliche Probleme der nationalen Bewegung in Deutschland, in: T. Schieder, P. Burian (Hrsg.), Sozialstruktur und Organisation europäischer Nationalbewegungen, Bd. 1, München 1971, S. 97–119.

Zorn, Wolfgang, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland in der Zeit der Reichsgründung, in: T. Schieder, E. Deuerlein (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970, S. 197–225.

Zorn, Wolfgang, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Zusammenhänge der deutschen Reichsgründerzeit (1850–1879), in: HZ 197 (1963), S. 318–342.

Zunkel, Friedrich, Die gesellschaftliche Bedeutung der Kommunikation in Bürgergesellschaften vom 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts, in: H. Pohl (Hrsg.), Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft, Wiesbaden 1989, S. 255–283.

Zunkel, Friedrich, Der rheinisch-westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1962.

Zwanglose Blätter aus dem deutschen National-Verein. Herausgegeben vom Geschäftsführer, Nr. 1–26, 1864.

Register

Vorbemerkung: Die Seitenangaben unterscheiden grundsätzlich nicht zwischen dem Haupt- und dem Fußnotentext. Namen von Historikern wurden nur dann aufgenommen, wenn sie sich im Haupttext fanden. Die kursiv gesetzten Zahlen verweisen auf biographische Angaben im Text.

Aegidi, Ludwig Karl 34, 40 f., 43, 67, 89, 100, 108, 265, 331, *436*
Ahlmann, Wilhelm 77, 145, *345*, 412
Albrecht, Siegfried Wilhelm *73*, 74 f., 77, 412, 423
Amelung, Hermann 152, 254
Ammermüller, Friedrich 77, 126, 231, 239, 265, 270, 286, 324
Ammon, Friedrich v. 129, *130*,
Ancker, Heinrich 194
Angerstein, Eduard Ferdinand *159*, 162, 172 f.
Angerstein, Wilhelm 172, 379
Arndt, Gustav 217 f.
Arnheim 349
Arnim, Heinrich v. 47, *67*, 130, 141, 194, 222 f., 228
Aronheim 353, 412
Auerbach, Berthold 255

Bamberger, Ludwig 86, *103*, 121, 250, 360
Barth, Karl 240, 245, 281, 324, 326, 328, 337, 346, 353, 358, 373, 375, 384, 392, 402, *436*
Barth, Marquard 47, 71, 76, 229, 231–233, 326, 328, 377, 419, *436*
Baudissin, Adalbert Heinrich v. 373
Bauer, Edgar 380
Bauer, Wilhelm *191*
Baumeister 353
Baumgarten, Hermann 40 f., 43, 47, 69 f., 72, 76, 121 f., 130, 228–231, 233, 252, 262, 281, 288, 312, 314, 331, 347, 397, 401, 417, 425, *436*
Bebel, August 13, 48, 102, 159, 164, 380, 403 f.
Becher, August 329
Becker, Hermann 48, *63*, 65, 121, 127, 197, 211, 250, 263, 266, 286, 306, 360, 363, 379 f., 383, 422
Beckerath, Hermann v. 67, 208, *270*, 271
Behrend, Heinrich 193, 196, 199, 202, 208, 212 f., 216 f., 241, 254, 266, 268, 270, 275, 301, *436*
Bennigsen, Rudolf v. 13 f., 22, 47, 49, 59, 62–64, 67 f., 72–77, 79, 82, 86–88, 92, 95 f., 104, 108, 115–117, 119, 131 f., 134, 136, 138, 140–142, 146 f., 149 f., 157, 165 f., 169 f., 175 f., 178 f., 182, 186 f., 196, 200–202, 204 f., 211, 223, 225 f., 228–231, 233 f., 236, 241, 252, 254, 260, 262, 266, 275, 278, 280 f., 285, 289, 293 f., 301, 306, 311, 313, 315 f., 324, 326, 328, 346–348, 353, 358, 366–371, 373, 376, 378, 381, 385 f., 388, 392 f., 396 f., 400, 402, 406, 409–412, 419 f., 422–424, 426–428, 430, *437*
Berger, Johann Nepomuk 237, 239, *240*, 324, 329
Berger, Louis 55, 77, 422
Bering, Moritz 86, 107, 189, 295, 412, *437*
Berlepsch 251
Berlet 58
Bermbach, Adolph 251, 327
Bernhardi, Theodor v. 138, 312, 396, 400
Bernstorff, Albrecht v. 201
Beseler, Georg 409
Beseler, Wilhelm 69, 87, 409
Bessel, August 118
Best, Heinrich 227
Beust, Friedrich Ferdinand v. 37, 201, 295, 356
Bichler, Eduard 362
Biedermann, Karl 43, 47, 49, 61, 63, 67–72, 129, 138 f., 149, 221 f., 229, 261, 266, 276, 306, 353, 376 f., 406, 410, 412, *437*

Bismarck, Otto v. 13, 15, 22, 38, 70, 78, 186, 204, 288, 291 f., 296, 312–315, 321, 328, 338 f., 346, 348 f., 356 f., 360, 366, 372, 375, 378, 381, 383, 387–402, 406–413, 415, 417, 421, 424, 426 f., 432–435
Blind, Karl 102, 251, 380
Blum, Hans 251
Blum, Robert 258
Bluntschli, Johann Kaspar 43, 47, 67, 93, 228–231, 233–243, 274 f., 281, 305 f., 323, 328, 346, 365, 373, 392, 397, 402 f., 407, 416 f., *437*
Böhmert, Viktor 50 f., 53–64, 71 f., 74, 77, 261 f., 266, 301, 366, 372 f., 376, 386, 397, 401, 412, 414, *437*
Bötticher, Friedrich v. 103
Bokelmann, Conrad Johann *373*, 383, 392, 419
Bollmann, Karl 123, *158*, 165, 174, 182, 360
Boppenhausen 172
Borchardt 251
Born, David 175, 266
Born, Stefan 175, 251
Borries, Wilhelm Friedrich v. 141, 148, 211, 249
Brämer, Karl *130*, 193
Brater, Karl 26, 43, 45, 49, 58, 69, 76 f., 86, 95, 112, 118, 137 f., 140, 142, 151, 202 f., 225, 228–231, 252, 270, 275, 278, 289 f., 295, 311, 316, 326, 337, 342–344, 346, 348, 350, 352, 358, 365, 367, 369 f., 376 f., 392, 400, 402, 418, 420, 426, 428, *437*
Braun 170 f., 353
Braun, Karl 47, 49, 62, 65, 69, 71, 76 f., 95, 128, 216, 262, 266 f., 275, 301, 325, 383, 394–399, 401–404, 412, 414, 417, 419
Braunfels, Ludwig 26, 72, 77 f., 383, 403
Bresgen, Franz Joseph Hubert *364*
Brestl, Rudolf 237
Breusing, Karl 74 f.
Briegleb, Moritz 229, 231, 353
Brinz, Alois *232*, 233–237, 326, 328, 380
Brockhaus, Heinrich 75, 189, 412
Brückner, Rudolph 171, 335
Bucher, Lothar 390
Büchner, Georg 379
Büchner, Ludwig 48, *379* 380
Bürgers, Heinrich 26, *87*, 191, 198 f., 353 f., 363, 369, 379, 386 f.
Buff, Friedrich Christian *346*
Buhl, Franz-Peter 71, 76 f., 228–231, 233, *438*
Bunsen, Georg v. 243, 257
Busch, Moritz 189, 299, 376

Cavour, Camillo Bensodi di 81
Cetto, Karl 47, 49, 55, 76 f., 175, 199, 229, 231, 257, 311, 328, 366, 383, 388, 400, 419, 421, *438*
Christian Prinz v. Sonderburg-Glücksburg 310
Christmann, Rudolf 65, 250 f., 326, 328, *349*, 352, 358, 392
Cichorius 189
Classen-Kappelmann, Johann 63, 65, 208, 211, 213, 215–217, 263, 422
Claussen 353
Cobden, Richard 90 f.
Crämer, Karl 47, 65, 72, 86 f., 103, 107, 127, 152, 267, 275, 326, 358, 369, 375, 384, 404, 418
Cretzschmar, E. 75
Cronberg 353
Curtius, Julius 270 f.

Daebel, Joachim 332
Dähne, Eduard 101
Dahlmann, Hermann Friedrich 373
Dalwigk zu Lichtenfels, Reinhard v. 37 f., 278
Dann, Otto 28
De Castro 145
Deffner, Karl 265, 326
Delbrück, Adelbert 86, 102, *109*, 189, 199, 202, 311
Delbrück, Rudolf 109, 255
Demmler, Georg Adolf 77, 103 f.
Deutsch, Karl W. 19
Diederichs 257
Dietrich, Gustav 408, 411 f.
Diez, Eduard 93
Diezel, Gustav *42*, 43 f., 89
Dölitzsch 74
Döring 427
Dörsterling 270
Droysen, Johann Gustav 43, 67, 85, 139, 186
Duncker, Franz 47, 55, 67, 71, 75, 77, 84–86, 95 f., 131, 175, 196 f., 199, 202,

254 f., 257, 275, 301, 311, 316, 326, 328, 347, 358, 366, 373, 385, 388, 392 f., 396, 400, 412, 419, 422–424, *438*
Duncker, Hermann 410
Duncker, Max 40, 43, 47, 70 f., 85 f., 89, 123, 131 f., 138, 150, 187 f., 221 f., 229 f., 285, 315, 409–411, *438*
Du Plat, Cesar 340–342
Dusch, Gottfried v. 141
Duvernoy, Gustav 125, 141, 223, 326

Eckardt, Ludwig 48, *118*, 255, 295 f., 318, 324, 351, 360–364, 366, 368 f., 371, 379 f., 385
Edel, Karl 328, *334*
Edelsheim, Ludwig v. 281, 340
Egestorff, Georg 101, 271
Ehmck, Rudolf *117*, 178, 183, 186, 256
Eichelsdörfer, Johann Peter 404
Eichler, Johann Casimir 189
Eisfeld, Gerhard 276
Elben, Otto 77, 305
Emminghaus, Arwed 63, 263, 368, 412, *438*
Engel, Ernst 71
Ernst II. Herzog v. Coburg und Gotha 36, 42 f., 57, 76, 79, 82, 88 f., 123, 147, 157 f., 170 f., 174, 178, 182, 184, 186 f., 223, 326, 340
Eulenburg, Friedrich Albert v. 409 f.

Faber, Karl Georg 41
Fabricius, Franz 171
Faucher, Julius 63, 90 f., 264, 266, 301, 356, 410, 412 f., 423, *439*
Fehrenbach, Salomon 327
Fein, Georg 48, 77, 87, 103, 122, 251, 295 f., 318, 379 f.
Fetzer, Karl August 47, 285 f., 325 f., 346, 352, 358, 376, 392, 407, 419, *439*
Feustel, Friedrich 346, 352, 375, 392
Fichte, Johann Gottlieb 255
Finckh, Karl *216*
Fischel, Eduard 85
Fischer, Ferdinand 106, 286
Fleckh, Johann Anton 237, 326, 329
Flottwell, Eduard Heinrich v. 67
Foerster, Cornelia 30
Forckenbeck, Max v. 47, 193–196, 199, 202, 311, 422, 428, *439*
Forstmann 373
Francke, Karl 43, 47, 49, 55–58, 76, 79, 147, 150, 159, 187, 252, 335, 340–344, *439*
Franz 326
Freiligrath, Ferdinand 251
Frese, Julius 48, 75, 77, 199, 373, 379, 383, 403
Frey, Ludwig *211*
Frey, Theodor 209, *210*
Freytag, Gustav 47, 49, 55, 57, 71, 79, 89, 187, 189, 229, 231, 280 f., 320, 326, 331 f., 335, 347, 385, *439*
Friedländer 172
Friedleben, Julius 71, 77, 169, 185, 191, 251
Friedrich Prinz v. Augustenburg 310–321, 329–338, 340–351, 355, 358, 367, 373–375, 432
Friedrich I. Großherzog v. Baden 213–215, 281–283, 315
Friedrich III. König v. Preußen, deutscher Kaiser 315
Friedrich VII. König v. Dänemark 142 f., 310
Friedrich Wilhelm I. Kurfürst v. Kurhessen 133
Friedrich Wilhelm IV. König v. Preußen 56
Fries, Hugo 47, 49, 67, 71–79, 84, 86–88, 92, 96, 103, 122, 127, 132, 139 f., 149, 231, 233, 236 f., 240 f., 247, 254, 266, 272 f., 275, 280, 294, 311, 315 f., 333, 341, 346, 348, 352 f., 358, 362, 368–370, 376–378, 385, 392, 406, 412, 419, 422, 424, 428, *439*
Fröbel, Julius 225, 238
Funcke 270

Gagern, Heinrich v. 69, 71, 128 f., 141, 242, 270, 322
Gall, Lothar 130, 362, 389, 421
Garibaldi, Giuseppe 81, 157, 184, 249, 332
Gebhardt 170
Georg V. König v. Hannover
Georgii, Theodor 47, 95, 108, 126, 158–160, 162–164, 166, 170–176, 185, *440*
Gervinus, Georg Gottfried 43, 69, 87, 141

Gießler 172
Gildemeister, Otto *352*
Giskra, Karl 324
Gneist, Rudolf v. 55
Godeffroy, Adolf 186, 353, 358, *440*
Gögg, Armand 361 f., 403 f.
Götting, Karl 74
Götz, Ferdinand *159*, 161–163, 172 f., 331
Goldschmidt 214
Goltz, Robert Heinrich Ludwig v. 315
Gottburg 94
Gourdé, L. 77, 85 f., 92, 128
Grabow, Wilhelm *130*, 229
Grandow 229
Gröning, Hermann 221, 295 f., 412
Groote, Alfred *363*, 364, 380, 383
Groß, Karl 237, 326
Grün, Karl 257, 286, 404
Grumbrecht, August 47, 64, 107, 267, 409–414, *440*
Gugel, Michael 421
Guttentag, Ludwig Joseph Immanuel 86

Haberkorn, Ludwig 328
Habicht, Hugo 75, 170
Hadermann, Nikolaus 77, 127
Hänle, Leo *216*, 268, 270
Haeusser, Ludwig 43, 47, 69–71, 87, 130, 214, 223, 228–233, 237, 242 f., 245, 262, 275, 281, 283–287, 306, 324 f., 328, 337, 343, 346, 348, 351–353, 369, 374, *440*
Hagen 250
Hagen, Adolf 190, 203
Hamel, J. G. 403
Hann 326
Hansemann, David 93, *210*, 211, 213, 215, 217 f., 261, 263, 269–271
Hansen, Andreas 383
Harkort, Friedrich 55, 189, 422
Harnier, Richard 137
Hartmann 93
Hartmann, Moritz 128, 251
Hartwig, Heinrich Wilhelm 137
Hassenpflug, Ludwig v. 133
Hauser, Christoph 29 f.
Hausmann 172
Haußmann, Julius 48
Haym, Rudolf 43, 47, 67, 288, 397, 400
Hecker, Friedrich 329
Hegnenberg-Dux, Friedrich v. 326, 328
Heldmann, Peter Christian *78*, 250, 327, 403
Helldorf, Julius v. 13
Henckel v. Donnersberg, Graf Guido 101
Henneberg, Friedrich Wilhelm 47, 49, 55, 58, 60, 75, 77, 79, 96, 110, 266, 273, 275, 301, 331, 346 f., 353, 358, 412, 414, *440*
Hennig, Julius v. 422
Hentschel, Volker 22
Hering, Hermann 73, 75, 77 f., 266, 273
Hertz, Hartwig Samson *54*, 56, 77
Herwegh, Georg 234
Heyder 93
Heymann 171
Heyner, Joseph 107 f., 275 f., 295
Hildebrand 353
Hirth, Georg 178
Hirzel, Salomom 189, 229, 231
Hölder, Julius 72, 77, 123, 141, 151, 226, 229, 231, 233, 237, 239, 241, 243, 267, 275, 281, 284, 286, 301, 323–326, 328, 402, 407, 418 f., *440*
Hoffmann, J. 75
Hofmann 326
Hofmann, Friedrich *191*
Hohenemser, Wilhelm 191, 361, 383
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig v. 285
Hopf, Julius 58, *62*, 64, 67
Horst, Erdwin v.d. 423
Hoverbeck, Leopold v. 47, 175, 191, 193–196, 199, 202, 229, 232 f., 241, 257, 275, 289, 301, 311, 326, 328, 358, 373, 388, 419, 422, 424, *440*
Hoyer 57, 353
Huber, Ernst Rudolf 133, 279
Huber, Viktor Aimé 43, 55, 330
Hünersdorf 58, 60, 171, 266, 331
Hurtzig, Fritz *271*

Jablonski, Paul Ernst 383
Jacobi 172
Jacobs, E. 75
Jacoby, Johann 48, 127, 199, 250 f., 311, 316, 364, 369, 379, 422, 424
Jäger, Bernhard 75
Jahn, Friedrich Ludwig 154
Jakobs 335

Jensen, Hugo 94
Jessen, Peter Willers 373 f.
Johann König v. Sachsen 37
John, Richard Eduard *117*, 254
Jolly, Julius 87, 141, 231, 242 f., 281, 283, 397, 407
Jordan 47, 175
Jordan, Ludwig August 208, 213, 268, *441*
Joseph, Hermann 47, 74, 275, 301, 324, 419, *441*
Josephi 237
Jucho, Friedrich Siegmund 43, 243, 378
Jungermann, Wilhelm 230 f., 382, 386, 400, 412, 428, *441*

Kaiser 237
Kallenberg, Karl *158*, 159–161, 163, 170–172, 181
Kapp, Friedrich *116*, 360
Katzenstein, J. 75
Katzenstein, Peter J. 227
Keil, Ernst 96
Keller, Gottfried 251
Kerstorff 216, 263 f., 270
Keudell, Robert v. 400
Kiefer, Friedrich 419
Kinkel, Gottfried 102, 183, 399
Klauhold, Alfred 229
Kling 172
Knorr, Julius 47, 49, 77, 103, 107, 201, 257, 296, 301, 379, 384, *441*
Köchly, Hermann 251
Körner, Theodor 319
Kolb, Georg Friedrich. 65, 156, 250 f., 301, 326, 329, 337, 343, 346, 352, 358, 365, 375, 383, 392, 398, 404, *441*
Kopfer, Wilhelm 362
Kornberg 353
Kortkampf, Friedrich 119
Kotzenberg, Heinrich *296*
Kreutzberg, Karl Joseph 270
Kreuznacher 75
Krickel 172
Krieger, Leonard 13
Kübeck, Aloys v. 338, 382
Kupsch 161
Kuranda, Ignaz 237

Ladenburg, Leopold 107, 152, 231, 311, 353, 367
Ladendorff, August 353 f.
Lamey, August 213, 243
Lammers, August 47, 52, 54–56, 63 f., 67, 71 f., 74–76, 95, 97, 179, 186 f., 196, 228–231, 262, 319, 376, 387, 399, 412, 422, 425, 427 f., *441*
Lang, Friedrich 47, 77, 85 f., 92, 127, 142, 151, 228 f., 231, 233, 275, 323 f., 328, 337, 346, 353, 394 f., 399, 412, 415, *441*
Lange, Friedrich Albert 156, 270 f., 379
Langewiesche, Dieter 42, 149
Langmann, D. 113
Lasker, Eduard 421, 423
Lassalle, Ferdinand 14, 23, 48, 102, 128, 135, 178, 182 f., 185, 234, 249, 284, 292
Lasswitz, Karl Wilhelm 433
Legnani 82
Lehmann, Theodor 47, 77, 86, 143–147, 189, 340, *442*
Leibing, Franz *427*
Leiste, E. 294, 412
Lenz 161
Lerchenfeld, Gustav v. 69, 322, 325 f., 328
Lette, Wilhelm Adolf 47, 55–60, 62, 67 f., 71, 74, 76 f., 95, 201, 243 f., 261, 263 f., 266, 280, 410–412, 421, 423, *442*
Leue, Friedrich Gottfried 67
Liebermann, Bernhard 268, 408
Liebknecht, Wilhelm 48, 159, 164
Lion, Justus Carl *163*, 172
Löwe, Ludwig *116*
Löwe-Calbe, Wilhelm 47, 107, 199, 203, 250 f., 255, 258, 264, 328, 335, 347, 351–353, 358, 360, 379, 385, 388, 393, 400, 409, 412, 419, 422 f., *442*
Lorenz, Moritz 107, 189, 412, 422, 428
Lucius, E. 75, 77, 87
Lüning, Otto 48, 77, 87, 92, 127, 146 f., 151 f., 175, 196, 198, 202, 251, 254, 257, 366, 383, 388, 400, 412, 419, 421 f., 428, *442*

Macowizka, Franz 57
Mammen, Franz August 328, 358, 373, 376
Maron, Hermann 218, 412
Martens, Alwin 163

Martens, Joachim Friedrich 296
Marx, Karl 87, 99, 181, 183, 251
Maßmann 161
Mathy, Karl 47, 49, 55, 59–61, 63, 75, 129, 229, 231, 281, 301, *442*
Maximilian II. v. Bayern 37
May, Martin 295
Mayer, Gustav 77, 92, 128
Mayer, Karl 48, 86, 251, 364, 379, 404
Mays 231
Meding, Oskar v. 141
Meier, Hermann Heinrich 47, 129, 186, 208, 243, 270, 341, 376, *442*
Meinecke, Friedrich 19
Mellien, Moritz 356
Metz, August 47, 72, 75–78, 84–86, 92, 95, 117, 126 f., 142, 151, 183, 189, 191, 196, 199, 202, 230–233, 241, 245, 252, 257, 275, 278, 311, 316, 324, 328, 337, 342, 346, 352, 358, 367, 369, 373, 376 f., 383–385, 387, 392, 412, 419, 427, *443*
Meyer, Alexander 412
Meyer, F. 141
Meyern, Gustav v. 326
Michaelis, Otto 47, 55, 61, 67, 72, 199, 264, 266, 268, 270, 356, 412–414, *443*
Miquel, Johannes 13, 74, 77, 87, 99, 108, 127, 150, 152, 202, 225, 241, 245, 254, 275, 294 f., 316, 332 f., 353, 358, 360, 367, 369, 374, 386, 402, 406, 409–411, *443*
Mittermaier, Karl Joseph Anton 43, 57, 77, 130, 185, *214*
Möller 373
Mönich 58
Mohl, Moritz 72
Mohl, Robert v. 43, 134, *214*, 223, 229, 283, 312, 340
Mohr, Martin Johann 251
Molinari, Theodor 311
Moll, Eduard 175, 216, 231, 270, 408, *443*
Mommsen, Theodor 85 f., 144, 189, 195 f., 199, 312, 345, 359, 376–378
Mommsen, Wilhelm 15, 192
Morgenstern 404
Mühlfeld 237, 324, 326, 328
Müllensiefen, Theodor 199, 202, *443*
Müller 339
Müller, Gustav 141, 408, *443*
Müller, Moritz *107*, 308, 361
Müller, Sigmund 25, 47, 75, 77–79, 85, 92, 107, 142, 169, 231, 245, 257, 280 f., 285, 311, 325–328, 337, 341–343, 346, 348, 352, 358, 369, 373, 375–378, 381 f., 392–394, 397 f., 402–405, 411, 419, *443 f.*
Murschel, Wilhelm 141, 223

Na'aman, Shlomo 22 f., 44, 82–84, 87–89, 106, 197, 205, 253, 255, 292, 303, 317, 360, 369, 429
Nägele, Ferdinand 285
Nagel, Lorenz 43, 71, 93 f., 97, 281, 370–372, 376, 392, 394, 399, 417 f., 422–428, *444*
Napoleon III. 128, 138, 140
Nauwerck, Karl 48, 103, 250 f., 353 f.
Nebelthau, Friedrich 137, 226, 229 f., 243, 346, 353, *444*
Neergardt, R. J. E. v. 380, 404
Neupert, Edgar 21
Niebour, Adalbert 86, *132*
Noelle, August 113
Notter, Friedrich 77, *125*
Oberländer, Leopold 266

Oesterlen, Ludwig August 324–326, 379 f., *382*, 384
Oetker, Friedrich 47, 77, 128 f., 134–137, 229, 242, 278, 306, 324–326, 329, 353, 376, 378, 392, 400, 402, 410 f., 419, 422, 427 f., *444*
Offermann, Toni 21, 23, 46, 278
Oncken, Hermann 14, 22, 36, 66, 81, 192, 204, 421
Oppenheim, Heinrich Bernhard *103*, 203, 360, 423
Orges, Hermann *157*, 182
Otto 353

Pagenstecher, Alexander Heinrich Karl 141, 262
Pagenstecher, E. 141
Parisius, Ludolf 192, 199, 252, 355, 423
Passavant, Friedrich Ernst 65, 77, 245, 326, 403–405
Patow, Robert Frhr. v. 47, 55, *62*, 63, 72
Paul, Jean 258
Pauli, Fritz 373, *376*, 422
Pavenstedt 412

Petermann, August 429
Pfau, Ludwig 48, 364
Pfeifer, Karl 126
Pfeiffer, Eduard *126*,
Pfeiffer, Friedrich *186*, 225, 229, 231, 233, 243, 305, 324, 352 f.
Pflanze, Otto 14
Philipps, Adolf 199
Pickford, Eduard 49, 54, 56 f., 65, 72, 214, *444*
Pieper, Wilhelm 87, *99*,
Pirazzi, Emil 65, 77, 169–171, *355*
Pirch, Wilhelm Ferdinand v. 359
Planck, Gottlieb 47, 49, 62, 76, 84, 97, 237 f., 275, 305, 324, *444*
Plate, Johann Friedrich 171
Plitt, H. Gustav 75
Pözl, Joseph 328
Pollmann, Klaus Erich 422
Preetorius, Karl Julius 257, 296, 369, 379
Prince-Smith, John 58, 63, 72, 412
Probst, Rudolf 126, 231–233, 237, 242 f., 324–326
Puscher, Wilhelm 269

Raabe, Wilhelm 77
Raffauf, Matthias Joseph 383
Rau, Karl Heinrich 57 *214*
Rave, Christian 353
Raven, Mathilde 141
Real, Willy 221, 280
Rechbauer, Karl *232*, 233–237, 239 f., 325 f., 328 f.
Rechberg, Johann Bernhard v. 268, 339
Reichenheim, Leonor 55
Reichensperger, August 323
Reichensperger, Franz Peter 323
Reimer, Georg 85, 229
Reinganum, Maximilian 72, 77, 251, 257, 319
Reinhard, J. G. 171
Reinhard, Ludwig 93, *94*, 250, 267, 327
Renner 94
Rentzsch, Hermann 64
Reuß, Andreas 75, 77, *152*,
Reventlow, Ludwig v. 311–313, 340, 367, 376, *444 f.*
Rewitzer, Franz-Xaver *62*, 72
Reyscher, August Ludwig 13, 47, 72, 77 f., 85–87, 92, 115, 125 f., 134, 139, 142, 150 f., 154, 186, 204, 223, 225, 231, 275, 327, 418, *445*
Rickert, Heinrich 188, 193, 195
Riedel 375
Rieger 353
Riepen, Claus 379
Riesser, Gabriel 67, 69, 75, 128, 135, 144, 229, *445*
Rittershaus, Emil 379
Rittinghausen, Moritz 247
Ritzhaupt, C. A. 211, 213, 270
Rochau, August Ludwig 39, 42, 47, 72, 75, 77, 85, 87, 92, 94 f., 97 f., 111, 121–123, 142, 148, 150, 164, 196, 203, 224, 306, 314, 366 f., 369 f., 388, 394, 405, 409, 412, 415, 422, 425 f., 428, *445*
Rodbertus, Karl 86, 127, 235, 323, 390
Röckel, August 234, 273, 361 f., 379, 404
Rödinger, Johann Friedrich 223, 251
Römer, August *376*
Römer, Friedrich *69*, 72, 125, 223, 407
Rönne, Ludwig v. 67, 231, 243, 266, 373, 422
Röpell, Richard 266, 421
Roggenbach, Franz v. 201, 208, 213, 224, 234, 237, 242, 274, 283, 312, 315, 331, 340, 343, 396 f.
Rohe, Karl 14
Ronge, Johannes 114
Roon, Albrecht v. 187
Rose, Max 103, 107
Rosenberg, Hans 429
Roß, Edgar Daniel 213
Roßmäßler, Emil Adolf 164, *250*, 251, 257, 327, 363
Rückert, Friedrich 429
Rückert, Leopold 152, 159, 166
Rückert, Karl 73, 77, 86, 92, 97, 273, 400, 412, *445*
Rüstow, Wilhelm 48, *157*, 158, 165 f., 168, 175 f., 182–185, 321
Ruge, Arnold 127
Rumpler, Helmut 16
Runge, Heinrich 200, 351 f., 422 f.
Russel, Lord John 356

Sänger, Karl v. 67, *130*, 131
Samwer, Karl 43, 58, 72, 320, 343
Sauerländer 179
Savigny, Friedrich Karl v. 201, 395–397, 401 f.

Schaefer 172
Schaeffle, Albert 242, 264, 270, 322 f., 325, 328
Schaffrath, Wilhelm 74, 324, 378 f.
Schamberger 93
Scheiner 237
Schenck, Fridrich 96, 379, 412, 422
Scherbius, Gustav 408
Schleinitz, Alexander v. 140, 315
Schlemmer 229, 231
Schlimper, Friedrich Wilhelm 353
Schloenbach, Arnold 159, 162
Schmerling, Anton v. 224
Schmidt, Julian 189, 376
Schott, Sigmund 126, 231–233, 239
Schröder, Heinrich 65, 270
Schröder, Hermann Heinrich 171
Schubert, Friedrich-Wilhelm *56*, 57, 63, 67 f., 231, 234
Schüler, Gottlieb Christian 74 f., 127, 241, 327
Schultheiß 296
Schulz 251
Schulze-Delitzsch, Hermann 25, 47, 49, 54–57, 59–61, 67 f., 72–77, 79 f., 83–86, 88–92, 95 f., 100, 104, 107, 116 f., 121–123, 127, 136, 147, 153, 175, 188 f., 194–197, 199, 200, 202, 205, 236, 242, 252, 254 f., 257 f., 266 f., 275–277, 281, 285, 287, 289, 293, 302, 311, 313, 316, 325, 335, 342 f., 347 f., 360, 366–369, 377 f., 385, 388, 392 f., 400, 403, 405, 412, 419, 422–425, *445*
Schuselka, Franz 237
Schwaderer 285
Schwarzenberg, Phillip 251
Schweigert, Ludwig 48, 93, *94*, 107, 178, 182 f., 185, 316, 320 f., 332
Schweitzer, Johann Baptist v. 162, 169–171, 174, 179, 181, 184, 189, 249
Schwerin, Maximilian v. 37
Seeger, Adolf 113, 126, 258, 275 f., 301, 323–325, 369, *445*
Seeger, Ludwig 65, 126, 231, 239, 324, 346
Sell, Friedrich 421
Seydlitz, Georg Wilhelm Heinrich v. 243, 281, 373
Siegel 75
Siemann, Wolfram 14, 34, 142
Siemens, Werner 47, 195, 199, *268*, 271, 423
Simon, Heinrich 250 f.
Simon, Heinrich jun. 251
Simon, Ludwig 250
Simson, Eduard v. 72, 329
Soetbeer, Adolf 213, 412
Sonnemann, Leopold 48, 65, 72, 77, *169*, 170, 264, 292 f., 319, 379
Souchay, Eduard Franz 43, *72*, 229, 231 f., 267
Speeth 93
Speltz, Johann August v. 79
Stachow, Julius Heinrich Eduard 176, 178
Stahlberg, Friedrich Julius 408
Stahr, Adolf 255
Stavenhagen, Friedrich 313
Stein, Julius 231
Stein, Karl Frhr. v. 429
Steinbeiß, Ferdinand 65, 263
Stern, Sigismund 319
Sterzing, Albert 170, 185, 331, 335, 353
Stolpe 237
Strackerjahn, Ludwig 64, 412, *414*
Strauß, Abraham 179
Strauß, David 229
Streckfuß, Adolf 48, 77, 295
Streit, Fedor 43 f., 48, 71–75, 77, 79 f., 84, 90, 92–94, 97 f., 100, 107, 110 f., 113–119, 141, 145–150, 152, 162, 165 f., 168, 170 f., 173–177, 181–183, 185, 190, 196–198, 201, 204, 223, 229, 231, 234, 236, 248, 254, 257, 275 f., 288, 293–295, 316, 320 f., 325 f., 328, 330, 333 f., 346, 352, 358, 366, 368–371, 380, 382–384, 387, *445 f.*
Struve, Gustav 48, 114, 293, 369, 404
Supf 251
Sybel, Alexander v. 65, *216*, 217, 268–270, 408, 412
Sybel, Heinrich v. 14, 72, 95, 149, 229, 231, 233, 235, 261, 285 f., 288, 312, 348, 354 f., 397, 402, *446*
Sydow, Rudolf v. 338
Szabel, Balthasar 270 f.

Tafel, Gottlob 47, 72, 141, 151, 250, 285, 324, 327, 352, 358, 376, 392, 402, 407, *446*
Taschner 75

Temme, Jodukus Deodatus Hubertus 48, 251, *364*
Tempeltey, Eduard 199, 280
Tenfelde, Klaus 33
Thienemann 174
Tiedemann, Christian 331
Titus, Nikolaus 73 f., 251
Trabert, Adam 48, 137, 227, 257, 285, *361*, 369, 379 f., 382–385, 404
Treitschke, Heinrich v. 108, 359, 373, 376 f., 385, 409, 425
Twesten, Karl 109, 255, 312, *348*, 359, 376 f., 379, 391 f., 410, 421 f.

Ullmann, Hans-Peter 307
Umbscheiden, Phillip 326, *347*, 418
Unger 237
Ungern-Sternberg, Johann Paul Friedrich August v. 283, 340
Unruh, Hans-Viktor v. 13, 47, 67 f., 70, 72, 75, 77–79, 86, 88, 95, 131 f., 151, 175, 195, 197, 199 f., 202 f., 230 f., 240, 252, 255, 275, 287, 293, 311, 315, 324–326, 328, 346–348, 351 f., 358, 369, 373, 376–378, 385, 388, 400, 421–423, *446*
Urban 395–397, 420
Usinger 332

Vaerst, Hermann Hans Hugo v. 373
Valentini, v. 356
Vangerow, Karl Adolf v. 141
Varnbüler, Friedrich Gottlob Karl v. 63, 263
Varrentrapp, Albert 57, 169, 229, 231, 343
Varrentrapp, Georg 49, 62, 72, 76 f., 228 f., 231, 319, 332, 337, 341, 346, 352, 354, 358, 392, *446*
Vecchioni, August Napoleon 103, 257, 384
Veit, Moritz 43, 55, 67, 76 f., 84 f., 92, 128, 130, 132, 139, 255, 301, 352, *446*
Venedey, Jakob 45, 77, *87*, 118, 122, 127, 191, 239, 241 f., 244, 285 f., 323, 327, 351, 361, 363, 368, 382, 403
Vieweg, Eduard 326, 328, 346, *353*, 358, 392
Vincke, Georg v. 47, 55, 131, 193 f., 234
Virchow, Rudolf 85 f., 189, 195 f., 255, 313, 373, 422
Völk, Joseph 69, 125, 226, 231 f., 238, 275, 284, 286 f., 324–326, 328, 346, 353, 358, 376 f., 382, 392, 407, 418 f., *446*
Vogt, Karl 128, 251
Volkhausen, Karl 353
Vollhard, Karl 229, 231

Wagener, Hermann 390, 396
Waldeck, Benedikt Franz Leo 127, 195, 199 f., 293, 356, 359 f., 363, 422
Walesrode, Ludwig 44, 128, 249
Wallau, Friedrich Karl *87*, 360
Walter, Adolph 239
Wartenburg, Karl 103
Wasserfuhr, Hermann 296
Watzdorf, Bernhard v. 63
Weber 172
Weber, Alfred 74, 152, 368
Weber, Rolf 177
Wehrenpfennig, Wilhelm 85, *86*, 284, 376, 403, 406
Weigel, Hermann 208, 211, 215–217, 263, 269 f., 301, 408, 412, *446 f.*
Weiß, Guido *68*, 77, 379
Weizel, Gideon v. 215
Welcker, Karl Theodor 26, 57, 136, 141, 152, 253, 286, 403
Wentzel, v. 339, 347, 355, 387, 406
Wertheim, Franz v. *216*
Wesendonck, Maximilian Hugo 251
Wesenfeld, Karl Ludwig 270, 408, 412
Wettengel, Michael 32, 39
Wex, Franz Julius *145*, 191, 379
Wichmann, N. D. 54, 61
Wiggers, Eduard 326, 342, 346, 353, 358, 367, 376, 392, 412, 422, 428, *447*
Wiggers, Julius 266
Wiggers, Moritz 47, 87, 231, 233, 266, 328, 412, 419, 422, 428, *447*
Wiggers, Wilhelm F. 419
Wilbrandt, Adolf 229, 337, 353, *447*
Wilhelm I. v. Preußen 36 f., 139, 145, 178, 188, 193, 223, 279, 287, 291, 315, 409, 412, 414
Wilhelm I. v. Württemberg 37
Wilhelm III. v. Holland 426
Wilhelmi, Ferdinand 172, *181*
Wilson, George 90
Winkler, Heinrich August 421
Winter, Theodor 75, 296

Winterhoff, Karl 360
Wirth, Franz 169
Wirth, Max 54 f., 57, 77, 99, 107, 175, 221, 251, *447*
Wislicenius, Gustav Adolf 251
Wittich 93
Wolff, Otto 58, 63, 72, 266
Wraa, Christian 187, 361
Wuttke, Heinrich 353, 379
Wydenbrugk, Oskar v. 129, 235, 322–324 f.

Zabel, Friedrich Wilhelm *68*, 75, 85 f., 131, 151, 199, 255
Zedlitz-Neukirch, Constantin v. 37
Zeller, Eduard 229
Ziegler, Franz 127, 150, 390, 422
Zimmermann, Eduard Wilhelm 324
Zinn, Gorg 353 f.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Biefang, Andreas:
Politisches Bürgertum in Deutschland 1857 – 1868 :
nationale Organisationen und Eliten / Andreas Biefang. – Düsseldorf :
Droste, 1994
(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien ; Bd. 102)
ISBN 3-7700-5180-7
NE: GT

∞

This publication is printed on paper which meets the minimum requirements of American National Standard for Information Sciences – Permanence of Paper for Printed Library Materials, ANSI Z39.48-1984

EX OFFICINA
1994

Satz
aus der Stempel-Garamond der Monotype
pagina Tübingen

Papier
Geese Hamburg

Gewebe
Bamberger Kaliko

Druck
Verlagsdruckerei Schmidt Neustadt/Aisch

Printed in Germany